

DE GRUYTER

*Jan Foitzik und Nikita W. Petrow*

# **DIE SOWJETISCHEN GEHEIMDIENSTE IN DER SBZ/DDR VON 1945 BIS 1953**

TEXTE UND MATERIALIEN ZUR ZEITGESCHICHTE 17

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

# Texte und Materialien zur Zeitgeschichte



Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

Band 17

Herausgegeben vom  
Institut für Zeitgeschichte

Redaktion:  
Hartmut Mehringer und Udo Wengst

De Gruyter Berlin · New York

Jan Foitzik · Nikita W. Petrow

**Die sowjetischen Geheimdienste  
in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953**

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

De Gruyter Berlin · New York

Gemeinschaftsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin  
und der Stiftung Demokratie Moskau (Stiftung Alexandr N. Jakowlew)



Gefördert von der  
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

⊗ Gedruckt auf säurefreiem Papier,  
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

ISBN 978-3-11-023014-7

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright 2009 by Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, 10785 Berlin,  
[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für  
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung  
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

# Vorwort

Mit der sowjetischen Armee kamen 1945 auch die Sicherheitsdienste der UdSSR nach Ostdeutschland. Neben den Truppen und der Administration des Besatzungsregimes nahmen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auch das Volkskommissariat des Innern (NKWD) und das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (MGB) unmittelbar politische Funktionen wahr.

Vorrangige Aufgabe von NKWD und MGB waren personelle Säuberungsaktionen und politische Einflußnahme auf dem Gebiet der späteren DDR. Innerhalb der Besatzungsverwaltung operierten sie im Verbund mit den Inneren Truppen des NKWD/MGB, der Militärischen Zensur und der Spionage-Abwehr.

In der Forschung wurde bislang unterschätzt, daß die Einrichtungen der regulären Besatzungsverwaltung (und später der DDR) in Abhängigkeit von den sowjetischen Sicherheitsdiensten standen. Diese waren unmittelbar am Aufbau der politischen Polizei und der Staatssicherheit beteiligt, die als ihre direkten Hilfsorgane entstanden und deren Anleitung und Kontrolle ihnen oblagen. Da sich der Wirkungsbereich der Sicherheitsdienste ursprünglich auf die deutsche Zentralverwaltung für Inneres konzentrierte, hatten sie zudem entscheidenden Anteil an der Errichtung des politischen Systems der DDR nach sowjetischem Muster.

Der vorliegende Band erschließt in drei Teilen 246 Quellen, die Entstehung, Tätigkeitsbereiche und Alltag von NKWD und MGB dokumentieren. Die Edition, die auf intensiven Recherchen der letzten zwanzig Jahre basiert, präsentiert damit Quellen, die bisher für eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik fehlten.

Die Dokumente stammen hauptsächlich aus den Beständen des Russischen Staatlichen Militärarchivs und des Staatsarchivs der Russischen Föderation. Einige der Quellen fanden sich auch im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte und im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes. Für die Einleitung und die Kommentierung wurden außerdem Bestände des Bundesarchivs, des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Archivs des Ostbüros der SPD herangezogen. Bis auf wenige Ausnahmen werden die hier versammelten Quellen zum ersten Mal in deutscher Übersetzung publiziert.

Die Dokumentation nimmt vor allem die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsapparates in der SBZ/DDR in den Blick. Ediert wurden vorrangig interne Anweisungen der Führung sowie Dokumente zur Parteiarbeit und Parteikontrolle. Einen besonderen Stellenwert haben wir dem Alltag der Sicherheitsorgane zugemessen, deren Selbst- und Fremdwahrnehmung in diesem Bereich besonders deutlich werden. Die Organisationsstruktur des sowjetischen Sicherheitsapparates, seine geographische Verteilung in der SBZ/DDR und personelle Ausstattung sowie die Kurzbiographien des Leitungspersonals werden systematisch dokumentiert.

Eine umfangreiche Einleitung gibt auf der Grundlage des neuesten Forschungsstandes einen Überblick über die historische Entwicklung.

Berlin, im Mai 2009

Jan Foitzik und Nikita Petrow



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	5
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	9
Jan Foitzik und Nikita W. Petrow: Der Apparat des NKWD-MGB der UdSSR in Deutschland: Politische Repression und Herausbildung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ/DDR 1945–1953 . . . . .	13
Dokumentenverzeichnis . . . . .	67
Dokumente	
Teil I: Formierung und Dislozierung der Operativen Gruppen . . . . .	87
Teil II: Tätigkeitsbereiche . . . . .	191
Teil III: Personal und Alltag . . . . .	363
Über die Autoren und Übersetzer . . . . .	509
Namensregister . . . . .	511
Ortsregister . . . . .	522





## Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst [der DDR]
AP RF	Archiv Prezidenta Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau
AsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjet-Republik
AWP RF	Archiw wneschnei politiki Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
BArch	Bundesarchiv
Bl.	Blatt
BStU-Archiv	Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission in der Sowjetisch Besetzten Zone (Deutschlands)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FSB	Federalnaja sluschba besopasnosti Rossijskoi Federazii, d.i. Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation
GARF	Gossudarstwenny archiw Rossijskoi Federazii, d.i. Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau
Gen.	Genosse
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GKO, GOKO	Gossudarstwenny komitet oborony, d.i. Staatliches Verteidigungskomitee der UdSSR
GPU	Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije, d.i. Staatliche Politische Verwaltung), Bezeichnung für die sowjetische politische Polizei von 1922 bis 1934
GRU	Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije, d.i. Hauptverwaltung für Aufklärung [des Generalstabs der Roten/Sowjetischen Armee]
GSBSD	Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland
GUKR	Glawnoje uprawlenije kontrawaswedki, d.i. Hauptverwaltung Abwehr [des Generalstabes der Roten/Sowjetischen Armee]
Kfz	Kraftfahrzeug

KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Komitee für Staatssicherheit [beim Ministerrat der UdSSR]
Komsomol	[Wsesojusny Leninski] Kommunistitscheski sojus molodjoschi, d.i. [Allsowjetischer Leninscher] Kommunistischer Jugendverband [der UdSSR]
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LDP/LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
Lkw	Lastkraftwagen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MGB	Ministerstwo/Ministr gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Ministerium/Minister für Staatssicherheit [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKGB)
MWD	Ministerstwo/Ministr wnutrennych del, d.i. Ministerium/Minister für Inneres [der UdSSR] (ab 1946, vorher NKWD)
NKGB	Narodny komissariat/Narodny komissar gossudarstwennoi besopasnosti, d.i. Volkskommissariat/Volkskommissar für Staatssicherheit [der UdSSR] (bis 1946, danach MGB)
NKWD	Narodny komissariat/Narodny komissar wnutrennych del, d.i. Volkskommissariat/Volkskommissar für Inneres [der UdSSR] (bis 1946, danach MWD)
NKO	Narodny komissariat oborony, d.i. Volkskommissariat für Verteidigung [der UdSSR] (bis 1946)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
op	ossobaja papka, d.i. Sondermappe
Pkw	Personenkraftwagen
RGANI	Rossijski gossudarstwenny archiw nowejschei istorii, d.i. Russisches Staatsarchiv für neuere Geschichte, Moskau
RGASPI	Rossijski gossudarstwenny archiw sozialno-polititscheskoi istorii, d.i. Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Moskau
RGWA	Rossijski gossudarstwenny wojenny archiw, d.i. Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau
RSFSR	Rossijskaja Sowjetskaja Federatiwnaja Sozialistitscheskaja Respublika, d.i. Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAG	Sowjetische bzw. Staatliche Aktiengesellschaft
SAPMO BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone [in Deutschland]
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland
SMA	Sowjetische Militäradministration [für Landesverwaltung der SMAD]
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland

Smersch	Smert schpionam, d.i. Tod den Spionen, Abkürzung für GUKR
SNB	Sowjetisches Nachrichtenbüro
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ss	strogo sekretno, d.i. streng geheim
SSR	Sowjetskaja Sozialistitscheskaja Respublika, d.i. Sozialistische Sowjetrepublik
SSSR	Sojus Sowjetskich Sozialistitscheskich Respublik, d.i. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
TschK, Tscheka	[Wserossijskaja] Tschreswytschainaja Komissija po borbe s kontrrewoljuziei, spekuljaziei i sabotaschem, d.i. [Allrussische] Sonderkommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage; Bezeichnung für die sowjetische politische Polizei von 1917 bis 1922
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
WOKS	Wsesojusnoje obschtschestwo kulturnych swjasei s saganizei, d.i. All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland
WKP(B)	Wsesojusnaja kommunistitscheskaja partija (bolschewiki), d.i. All-Unions-Kommunistische Partei (Bolschewiki), ab 1925, ab 1952 KPdSU
WTsch	Wyssokaja tschistota, d.i. Hochfrequenz, Abkürzung für das abhörsichere Fernmeldesystem der UdSSR
ZA FSB	Zentralny archiw Federalnoi sluschby besopasnosti, d.i. Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes [der Russischen Föderation], Moskau
ZAMO RF	Zentralny archiw Ministerstwa oborony Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Podolsk bei Moskau
ZK	Zentralkomitee



# **Der Apparat des NKWD-MGB der UdSSR in Deutschland: Politische Repression und Herausbildung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ/DDR 1945–1953**

**Von Jan Foitzik und Nikita W. Petrow**

## **I. Sowjetische Staatssicherheitsdienste in der SBZ/DDR**

Zu dem Zeitpunkt, als Truppen der Roten Armee auf deutsches Gebiet vorstießen, gab es in der Sowjetunion vier selbständige Geheimdienste, deren Tätigkeitsfelder und Aufgaben sich deutlich voneinander unterschieden. Die Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ hatte die Funktion der militärischen Abwehr und unterstand dem Volkskommissar für Verteidigung Stalin.<sup>1</sup> Analoge Aufgaben erfüllte die Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats der Seekriegsflotte in den Truppenteilen und Verbänden der Marine. Die Funktion der Geheimpolizei innerhalb der UdSSR nahm das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) wahr, zu dem auch die Auslandsaufklärung gehörte. Und schließlich gab es das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) unter Berija,<sup>2</sup> das über die Inneren Truppen, die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee, die Gefängnisse, die Lager und die Miliz verfügte<sup>3</sup>.

Nach Osteuropa kamen zusammen mit den sowjetischen Truppen auch Einheiten der militärischen Abwehr „Smersch“ und NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee, die unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen hatten. Während die Abwehr „Smersch“ nur in den Truppenteilen und Verbänden der Roten Armee wirkte und für deren Sicherheit sorgte, gegen „Verrat“ und gegen feindliche Agenten in der Truppe zu kämpfen hatte, war es die Aufgabe der unmittelbar den Kampfverbänden folgenden NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes, umfassende Razzien durchzuführen und alle „verdächtigen und feindlichen Elemente“ festzunehmen<sup>4</sup>. Die Einheiten des NKWD hatten außerdem in den besetzten Gebieten die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und das sowjetische Besatzungsregime aufrechtzuerhalten. Natürlich unterstützten sich beide Dienste gegenseitig, aber erst mit Einrichtung des Postens eines Bevollmächtigten des NKWD bei den Fronten der Roten Armee wurden ihre Aktivitäten auch offiziell zusammengefaßt<sup>5</sup>.

Im Frühjahr 1945 wurden auch Vertreter aus den NKGB-Organen nach Deutschland geschickt: aus der Ersten Verwaltung mit der Aufgabe, die nachrichtendienstliche Tätigkeit in den

---

<sup>1</sup> Stalin, Iossif Wissarionowitsch (1879–1953), 1943 Marschall und 1945 Generalissimus der Sowjetunion; 1922–52 Generalsekretär des ZK der WKP(B), ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare/ab 1946 des Ministerrates der UdSSR, 1941–45 Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR und 1941–47 Volkskommissar/Minister für Verteidigung bzw. für Streitkräfte der UdSSR.

<sup>2</sup> Berija, Lawrenti Pawlowitsch (1899–1953), ab 1921 führende Positionen in Sicherheitsorganen, 1934–53 Mitglied des ZK der WKP(B), 1938–45 und März bis Juli 1953 Volkskommissar/Minister für Inneres der UdSSR, ab 1941 stellvertretender und 1946–53 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; 1945 Marschall; ab 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>3</sup> Lubjanka: WTschK-OGPU-NKWD-NKGB-MGB-MWD-KGB. 1917–1991. Sprawotschnik. Hg. A. N. Jakowlew, Autoren: A. I. Kokurin, N. W. Petrow, Moskwa 2003.

<sup>4</sup> Vgl. Dokumente Nr. 1 und Nr. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Dokumente Nr. 3, Nr. 5, Nr. 7, Nr. 11 und Nr. 19.

westlichen Besatzungszonen zu entfalten<sup>6</sup>, und aus der Dritten Verwaltung mit dem Auftrag, Operative Gruppen<sup>7</sup> des NKGB der UdSSR für den Eisenbahn- und den Schiffstransport in der SBZ zu bilden. Wie allein schon die Tatsache zeigt, daß sich in Ostdeutschland Vertreter aller sowjetischen Repressionsorgane befanden, verfolgte der Kreml die weitergehende Absicht einer Sowjetisierung der eroberten Länder. Denn wenn es nur um die Sicherheit der Truppen der Roten Armee gegangen wäre, die sich dort aufhielten, dann hätten die Organe der militärischen Abwehr, die ohnehin unabdingbare Bestandteile der Armee waren, völlig ausgereicht.

Die Durchführung der gesamten Repressionspolitik in den von der Roten Armee besetzten Gebieten lag in den Händen des NKWD. Diese Ordnung legte Befehl Nr. 0016 des NKWD der UdSSR vom 11. Januar 1945 fest, mit dem für alle Richtung Westen vorrückenden Fronten Bevollmächtigte des NKWD ernannt wurden<sup>8</sup>. Dieser Befehl wie auch die ihm folgenden ordnete für die von der Roten Armee besetzten Gebiete großangelegte politische Säuberungen an.<sup>9</sup> Damit wurden im Grunde die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in den Ländern Mittel- und Osteuropas dem Kreml genehme Regime an die Macht gelangen konnten. Die Einbeziehung der neuen Länder in die Sphäre der sowjetischen politischen Interessen erfolgte nicht auf freiwilliger Basis, sondern mußte erzwungen werden, indem man Polizeiregime und eine entsprechende öffentliche Ordnung errichtete.

Neben diesen weiterreichenden politischen Plänen verfolgten die Bevollmächtigten des NKWD und die ihnen unterstellten Operativen Gruppen auch naheliegende Ziele zur Absicherung des Hinterlandes der vorrückenden Truppen, indem sie großangelegte Razzien durchführten, die eingenommenen Gebiete „säuberten“ und Deutsche als unbezahlte Arbeitskräfte in die UdSSR zum Einsatz in den personell unterbesetzten Betrieben verbrachten<sup>10</sup>. Im großen und ganzen unterschied sich die Politik der UdSSR 1945 in den besetzten deutschen Gebieten in ihren Zielen und Methoden kaum von der deutschen Okkupationspolitik in der Sowjetunion.

Ursprünglich wurden alle Personen, die von den Apparaten der Frontbevollmächtigten des NKWD festgenommen oder verhaftet worden waren, in die UdSSR transportiert. Doch angesichts ihrer Vielzahl wurde beschlossen, sie in Deutschland selbst unterzubringen. Mit NKWD-Befehl Nr. 00461 vom 10. Mai 1945 begann die Einrichtung von Gefängnissen und Lagern bei den NKWD-Frontbevollmächtigten<sup>11</sup>. Somit änderte sich die Situation und alle Festgenommenen blieben auf dem Territorium Deutschlands. Punkt 7 des genannten Befehls sah die Bildung einer Sondergruppe im zentralen Apparat des NKWD in Moskau vor, welcher der Oberst der Staatssicherheit B. A. Ljudwigow vorstand und die das von den Frontbevollmächtigten des NKWD eingehende Material auswerten sollte, um auf dieser Grundlage Orientierungen auszuarbeiten. NKWD-Befehl Nr. 00549 vom 22. Mai 1945 hob diesen Punkt wieder auf und bestimmte die Bildung der Abteilung „F“ des NKWD, die – wie es dort heißt – geschaffen wurde „zur ständigen Aufsicht über die Erfüllung der Direktiven und Anweisungen des NKWD der UdSSR durch die Apparate der Frontbevollmächtigten des NKWD sowie zur Gewährleistung der operativen Auswertung des Materials, das von den Organen des NKWD-NKGB-Smersch durch ihre operative, auf Agenten gestützte Arbeit auf den Territorien anderer, durch die Rote

---

<sup>6</sup> Vgl. Dokumente Nr. 54 und Nr. 92.

<sup>7</sup> Die Bezeichnungen Operative Gruppe und Operativgruppe, Operativer Sektor und Operativsektor werden hier synonym verwendet. In den Primärquellen wurden außerdem die Abkürzungen Opergruppe oder Opersektor benutzt.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: Die Apparate des NKWD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953), in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Berlin 1998, Bd. 1, 2.

<sup>9</sup> Vgl. Dokumente Nr. 3, Nr. 5, Nr. 7, Nr. 11 und Nr. 19.

<sup>10</sup> Zur Mobilisierung der Deutschen vgl. Dokumente Nr. 5 und Nr. 6.

<sup>11</sup> Vgl. Dokument Nr. 84.

Armee von den faschistischen deutschen Eroberern befreiter Länder gesammelt wurde“<sup>12</sup>. Zum Chef der Abteilung „F“ ernannte man den Kommissar der Staatssicherheit 3. Ranges Sudoplatow<sup>13</sup>, sein Stellvertreter wurde Kommissar der Staatssicherheit M. A. Sapewalin<sup>14</sup>. Die Abteilung bestand aber nicht lange und wurde am 30. August 1945 mit NKWD-Befehl Nr. 001001 wieder aufgelöst. Nach Abschaffung der Abteilung „F“ wurden die Apparate der Bevollmächtigten des NKWD bei den außerhalb der UdSSR stationierten Gruppen der sowjetischen Truppen direkt vom Volkskommissar für Inneres der UdSSR geleitet.

Daß in der ersten Zeit die gesamte Repressionspolitik in Deutschland in den Händen des NKWD konzentriert war, erklärt sich mit der herausgehobenen Stellung von Berijas Volkskommissariat für Inneres innerhalb der sowjetischen Machthierarchie. Ihm vor allem hatte Stalin die Durchführung höchst wichtiger Repressionsmaßnahmen anvertraut. Erinnert sei an die Massenerschießung polnischer Kriegsgefangener in Katyn, Charkow und Kalinin 1940, an die Aussiedlung der Deutschen aus dem Wolgagebiet 1941, an die Aussiedlung vieler Kaukasusvölker 1944 und an ähnliche verbrecherische Aktionen. Seit 1941 gehörte Berija zur „engeren Führung“ des Landes. Im Juni 1941 wurde er Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (GKO), dem eigentlichen Machtzentrum während des Krieges. Auch die umfassenden polizeilichen Strafaktionen in den von der Roten Armee besetzten Gebieten wären ohne den Einsatz der zahlreichen Untereinheiten der NKWD-Truppen nicht möglich gewesen. Die Arbeitsgrundsätze und Aufgaben der Operativen Gruppen des NKWD wurden in einer Direktive des Bevollmächtigten des NKWD für die 2. Belorussische Front Zanawa<sup>15</sup> klar formuliert:

„Beim Vorrücken der Roten Armee muß die Operative Gruppe unmittelbar den vordersten Einheiten folgen, damit beim Einrücken der Truppen in Städte und Ortschaften unverzüglich alle Personen ergriffen werden, die laut Befehl des Volkskommissars festzunehmen sind, sowie Waffen, Verzeichnisse, Archive und andere Dokumente eingezogen werden. An der Spitze der Operativen Gruppe hat unbedingt ihr Chef oder einer seiner Stellvertreter zusammen mit dem Bataillon der NKWD-Truppen vorzurücken.“<sup>16</sup>

Die Direktive sah vor, daß die NKWD-Operativgruppen zusammen mit den Abwehrabteilungen „Smersch“ der entsprechenden Truppenteile der Roten Armee stationiert werden sollten, damit sie diese und deren Feldgefängnisse nutzen könnten. Doch auch beim Weiterücken der Front Richtung Westen blieben die Operativen Gruppen und die ihnen zugeordneten Einheiten der NKWD-Truppen in den Städten als ständige Polizeikräfte stationiert: „Zur Säuberung der durch die Rote Armee befreiten Städte und umliegenden Ortschaften von feindlichen Elementen sind Operative Gruppen des NKWD und militärische Kräfte in erforderlicher Stärke zurückzulassen, wobei zu den von ihnen zurückgelassenen Gruppen eine ständige Verbindung zu gewährleisten ist“.<sup>17</sup> Diese Anordnung führte dazu, daß die NKWD-Operativgruppen, die zusammen mit der Feldarmee vorrückten, ständig neu aufgefüllt werden mußten.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen warf der Bevollmächtigte des NKWD bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBSD) Serow<sup>18</sup> die Frage der Komplet-

<sup>12</sup> GARF 9401/12/184.

<sup>13</sup> Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch (1907–1996), Generalleutnant; 1953 inhaftiert, 1958 zu 15 Jahren Haft verurteilt und bis 1968 in Haft.

<sup>14</sup> GARF 9401/12/184.

<sup>15</sup> Zanawa, Lawrenti Fomitsch (1900–1955), 1945 Generalleutnant; ab 1921 in Sicherheitsorganen tätig, 1938–41 NKWD und 1941–51 NKGB/MGB in Weißrußland, 1951–52 stellvertretender MGB der UdSSR, ab 1953 inhaftiert.

<sup>16</sup> Vgl. Dokument Nr. 4.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Nach Auflösung der Fronten und der Apparate der NKWD-Bevollmächtigten wurde mit NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 der Posten des NKWD-Bevollmächtigten bei der GSBSD geschaffen. Im März



tierung seines Apparats auf. Diese Frage war dadurch aktuell geworden, daß ein Teil der operativen Mitarbeiter zur Unterstützung der polnischen Sicherheitsorgane sowie zur Koordinierung gemeinsamer Repressionsmaßnahmen in Polen zurückgelassen worden war. Serow verlangte deshalb für die Arbeit in Deutschland zusätzliches Personal. Dazu schrieb er am 7. Mai 1945 aus Berlin nach Moskau an den Volkskommissar für Inneres Berija:

„Mit dem NKWD-Befehl vom 17. Januar 1945 waren den Frontbevollmächtigten des NKWD von den Kaderabteilungen des NKWD-NKGB 200 operative Mitarbeiter für die Bildung von Operativen Gruppen in den Städten zur Verfügung gestellt worden. Die operativen Mitarbeiter, die damals der 1. Belorussischen Front zugeteilt wurden, hatten wir zu Instruktoren für die Landkreise und Wojewodschaften<sup>19</sup> auf dem Territorium Polens ernannt. Mit Rücksicht darauf, daß diese operativen Mitarbeiter Arbeitserfahrungen in Polen gesammelt haben, wurden sie von mir an ihren Orten zurückgelassen. Zur Zeit benötigen wir für die Organisation operativ-tschechistischer<sup>20</sup> Maßnahmen in Deutschland mindestens 200 operative Mitarbeiter des NKWD-NKGB, außerdem 20 operative Führungskräfte, die gemäß Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 2. Mai 1945 als Bevollmächtigte des NKWD in deutschen Großstädten zu ernennen sind. Ich bitte Sie, die Bereitstellung der fehlenden Anzahl operativer Mitarbeiter zu verfügen.“<sup>21</sup>

Dieser Bitte war eine Liste von neun Führungskräften aus dem System von NKWD und NKGB beigelegt, die Serow als seine Untergebenen in Deutschland zu sehen wünschte<sup>22</sup>.

Außerdem sollten, wie Serow schrieb, für den von ihm zu bildenden Apparat zusätzlich elf Führungskräfte vom Range stellvertretender Chefs von Verwaltungen des NKWD-NKGB, mindestens aber von Abteilungsleitern aus Verwaltungen des NKWD-NKGB geschickt werden. Berija nahm dieses Schreiben zur Kenntnis und versah es mit dem Entscheid:

„Gen. Kobulow! Unterbreiten Sie zusammen mit den Genossen Abakumow<sup>23</sup> und Obrutschnikow<sup>24</sup> eigene Vorschläge, wer und wie viele zur Unterstützung von Gen. Serow nach Deutschland zu schicken sind. 10. Mai 1945 – L. Berija.“<sup>25</sup>

---

1946 wurde der NKWD in MWD umbenannt, entsprechend wurde Serow zum Bevollmächtigten des MWD der UdSSR bei der GSBSD (vgl. Dokument Nr. 39). – Serow, Iwan Alexandrowitsch (1905–1990), Generaloberst; Jan.-Juli 1945 NKWD-Bevollmächtigter bei der 1. Belorussischen Front und Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Front für Zivilangelegenheiten. Juli 1945–24. Feb. 1947 Bevollmächtigter des NKWD/MWD der UdSSR in Deutschland, Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung und Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSBSD. 1947–März 1954 Erster stellvertretender MWD der UdSSR, 1954–58 Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der UdSSR; 1955 Armeegeneral, 1958–63 Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (GUR) des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR. 1963 zum Generalmajor degradiert, 1965 Ausschluß aus der KPdSU.

<sup>19</sup> „Wojewodschaft“, polnische Verwaltungseinheit, entspricht in etwa dem preußischen Bezirk.

<sup>20</sup> Tschechistische Maßnahmen, Tschechist. Ursprünglich Selbstbezeichnung und Euphemismus für verdeckte Ermittlungstätigkeit. Abgeleitet von der russischen Abkürzung „[W]TschK“ für: [Wserossijskaja] Tschreswytshainaja Komissija po borbe s kontrrewoljuziei, spekuljaziei i sabotaschem, d.i. [Allrussische] Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage, dem ersten sowjetischen Geheimdienst von Dez. 1917 bis 1922.

<sup>21</sup> GARF 9401/1/2201, Bl. 98.

<sup>22</sup> Ebenda, Bl. 99.

<sup>23</sup> Abakumow, Wiktor Semjonowitsch (1908–1954), 1941–43 Chef der Sonderabteilung und stellvertretender Volkskommissar für Inneres (NKWD), 1943–46 Chef der Hauptverwaltung Gegenspionage (Smersch) und stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung, 1946–51 Minister für Staatssicherheit der UdSSR, danach verhaftet, 1954 hingerichtet.

<sup>24</sup> Obrutschnikow, Boris Pawlowitsch (1905–), 1941–53 Stellvertreter des NKWD/MWD/MGB für Kaderfragen bzw. Chef der Kaderverwaltung; 1945 Generalleutnant (1955 degradiert).

<sup>25</sup> GARF 9401/1/2201, Bl. 98.

Solange Berija der allmächtige Leiter des NKWD und Koordinator der übrigen Geheimdienste war, wurden seine Anweisungen sowohl vom Chef der Abwehr „Smersch“ Abakumow als auch vom stellvertretenden Volkskommissar für Staatssicherheit B. S. Kobulow<sup>26</sup> widerspruchslos ausgeführt. Zusammen mit dem stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR für Kaderangelegenheiten Obrutschnikow schrieben sie unverzüglich zur Antwort:

„In Übereinstimmung mit Ihrer Anweisung halten wir für notwendig:

a) 200 operative Mitarbeiter zu Serows Verfügung abzukommandieren, davon 100 aus den Reihen der Abwehr „Smersch“ und je 50 aus NKWD und NKGB.

b) 15 verantwortliche Mitarbeiter aus NKWD, NKGB und Abwehr „Smersch“ entsprechend der beigefügten Liste zum Einsatz in Führungsfunktionen zu entsenden.“<sup>27</sup>

Auf dem Dokument findet sich die kurze Verfügung: „Bestätigt. L. Berija. 11. Mai 1945“<sup>28</sup>. Am gleichen Tag ging nach Berlin an Serow das chiffrierte Telegramm Nr. 238 ab, in dem ihm die Entsendung von 200 operativen Mitarbeitern (100 aus der Abwehr „Smersch“ und je 50 aus NKWD und NKGB) sowie die Namensliste der 15 nach Deutschland für den „Einsatz in Führungsfunktionen“ geschickten Mitarbeiter mitgeteilt wurden<sup>29</sup>.

Die Liste und der dienstliche Rang der zu Serows Verfügung eintreffenden operativen Mitarbeiter war höchst beeindruckend<sup>30</sup>. Im Vorfeld der Entscheidung des Hauptquartiers des Oberkommandos zur Auflösung der Fronten setzte sich Serow am 29. Mai 1945 dafür ein, daß die Operativen Gruppen des NKWD, die vorher zu den Apparaten der NKWD-Bevollmächtigten der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front gehört hatten (die sich ebenfalls auf dem Territorium Deutschlands befanden), nicht aufgelöst würden, sondern unter seine Führung kämen, und er bat Berija, eine entsprechende Entscheidung zu treffen<sup>31</sup>. Seit dieser Zeit rissen Serows Klagen über Personalmangel nicht ab. Aus der Einsicht, daß mit der Bildung der SMAD auch der Apparat des NKWD in Deutschland einen dauerhaften Status erlangt, sorgte sich Serow um die Erweiterung der Stellenpläne für seine Mitarbeiter. Seine Sicht des Problems legte er in einem Schreiben an Berija vom 12. Juni 1945 dar: „Ich halte es für zweckmäßig, über unsere Linie in allen Kreisen, Städten, Bezirken und Provinzen Operative Gruppen des NKWD zu bilden, die als Organe der Militäradministration zu tarnen sind“. Zur Auffüllung dieser Gruppen waren nach Serows Berechnungen 1.700 Mitarbeiter erforderlich. Derzeit stünden ihm aber insgesamt nur etwa 800 Mitarbeiter zur Verfügung, davon bei Meschik<sup>32</sup> (NKWD-Bevollmächtigter der 1. Ukrainischen Front) – 200, bei Zanawa (NKWD-Bevollmächtigter der 2. Belorussischen Front) – 280 und bei ihm selbst (NKWD-Bevollmächtigter der 1. Belorussischen Front) – 320. Wenn, wie Serow an Berija schrieb, entschieden werde, daß die Gruppen von Meschik und Zanawa erhalten blieben,

<sup>26</sup> Kobulow, Bogdan Sacharowitsch (1904–1953), Generaloberst; 1937–38 Volkskommissar für Inneres in Georgien, danach leitender Mitarbeiter des NKWD, ab 1941 Stellvertretender NKWD bzw. NKGB, 1943–45 Erster Stellvertreter des NKGB. Ab 1946 stellvertretender und 1951–53 Erster stellvertretender Chef der Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland, gleichzeitig 1947–49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der sowjetischen Betriebe in Deutschland, 1949–53 stellvertretender Vorsitzender der SKK für SAG-Angelegenheiten, ab März 1953 Erster stellvertretender Innenminister der UdSSR und Leiter der Hauptverwaltung für Staatssicherheit, 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

GARF 9401/1/2201, Bl. 100.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Ebenda, Bl. 102–103.

<sup>30</sup> Archiw nowejszei istorii Rossii. Serija „Publikazii“, Bd. II. Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001, S. 352.

<sup>31</sup> Vgl. Dokument Nr. 28.

<sup>32</sup> Meschik, Pawel Jakowlewitsch (1910–1953), 1943 Generalleutnant; leitender Mitarbeiter des NKWD der UdSSR, 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

dann bitte er um eine Verfügung, daß zur Auffüllung der NKWD-Operativgruppen die 900 fehlenden operativen Mitarbeiter aus der Abwehr „Smersch“ bereitgestellt werden sollten. Nach seinen Angaben würden bei der Auflösung der Truppenteile der 1. und 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front etwa 2.000 operative Mitarbeiter der Abwehr „Smersch“ in Reserve gehen<sup>33</sup>.

Einige Tage später, am 16. Juni 1945, schickte Serow eine weitere Bitte nach Moskau, diesmal an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Tschernyschew: „Für die Arbeit als Leiter von Filtrierungskommissionen bei den Lagern für Repatrianten bitte ich 20 qualifizierte operative Mitarbeiter aus den Reihen der freigestellten Mitarbeiter der Abwehr ‚Smersch‘ zu meiner Verfügung abzukommandieren. Die zu diesem Zweck entsandten Offizierschüler kommen mit der Arbeit nicht zurecht“<sup>34</sup>.

Angesichts der Aufgaben, die Serow bei der Durchführung von Repressionsmaßnahmen in Deutschland zu lösen hatte, reichte ihm die vorhandene Anzahl operativer Mitarbeiter nicht aus. Am 25. Juni 1945 wandte er sich erneut an Berija und teilte mit, daß im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abzug der alliierten Truppen mehr als 35 „Kreis- und Bezirksstädte“, darunter Leipzig, zur sowjetischen Besatzungszone hinzukommen würden und daß für alle diese Städte neue Operative Gruppen des NKWD geschaffen werden müßten. Dafür seien mindestens 190 zusätzliche operative Mitarbeiter, davon zwölf Personen aus den Reihen des „Führungspersonals“, erforderlich. Außerdem würden, wie Serow weiter schrieb, über die Linie der SMAD 15 Bezirks- bzw. Provinzialverwaltungen geschaffen, so daß man in diesen Städten die Operativen Gruppen von derzeit zwei bis drei Mitarbeitern auf zehn bis 15 aufstocken müsse. Daraus ergebe sich ein Bedarf von weiteren 180 Personen. Auch bat Serow darum, 160 operative Mitarbeiter bereitzustellen, um die Offizierschüler des NKWD, die in den Lagern für Repatrianten in Deutschland arbeiteten, ablösen zu können. Insgesamt waren nach Serows Berechnungen 530 zusätzliche operative Mitarbeiter „für die Organisation tschekistischer Maßnahmen in Deutschland“ erforderlich<sup>35</sup>.

Serows Bitte stieß bei Berija auf volles Verständnis, und eine Verfügung zur Bereitstellung von Mitarbeitern – allerdings nicht im gewünschten Umfang – wurde erteilt. Darüber wurde Serow am 3. Juli 1945 direkt vom Chef des NKWD-Sekretariats Mamulow<sup>36</sup> informiert. Danach sollten zu Serows Verfügung entsandt werden: 80 Mitarbeiter der Abwehr „Smersch“, darunter Absolventen der Moskauer „Smersch“-Schule, 120 Mitarbeiter aus der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der GSBSD (insgesamt also 200 Mitarbeiter aus den Reihen der Abwehr) und weitere 100 operative Mitarbeiter des NKWD und NKGB aus den aufgelösten Apparaten der NKWD-Bevollmächtigten der 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front. Wie Mamulow versicherte, werde das operative Personal innerhalb von fünf Tagen zu seinem Bestimmungsort abkommandiert. „Alle Anweisungen werden von den Genossen Abakumow und Obrutschnikow vor Ort erteilt“<sup>37</sup>.

Es verging kein Monat und Ende Juli 1945 klagte Serow erneut darüber, daß ihm Leute fehlten. Diesmal war der Zeitpunkt glücklich gewählt. Er wandte sich an Berija, als dieser sich zusammen mit Stalin in Potsdam aufhielt, und klagte darüber, daß er nur 850 Mitarbeiter zur Verfügung

---

<sup>33</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 151-152. In dem gleichen Schreiben bat Serow darum, Georgi Prokopjewitsch Dobrynin zum Chef der Abteilung Inneres der SMAD zu ernennen.

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 66. – Tschernyschew, Wassili Wassiljewitsch (1896–1952), Generaloberst; 1937–52 stellvertretender Volkskommissar/Minister für Inneres der UdSSR.

<sup>35</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 106-107.

<sup>36</sup> Mamulow, Stepan Solomonowitsch (1902–1976), Generalleutnant; 1939–46 Chef des Sekretariats des NKWD, ab 1946 stellvertretender Minister für Inneres der UdSSR, März-Apr. 1953 Chef des Sekretariats des MWD. Im Juni 1953 verhaftet und 1954 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

<sup>37</sup> GARF 9401/1/2202, Bl. 105.

habe<sup>38</sup>. Der verwunderte Berija erteilte den Apparaten von NKWD, NKGB und der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ die Weisung, der Sache auf den Grund zu gehen und ihm Meldung zu erstatten. Am 30. Juli 1945 wurde Berija über das Ergebnis informiert: „Wie eine Überprüfung durch die Kaderabteilungen des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ ergab, stehen dem Gen. Serow (nach unvollständigen Angaben) zur Verfügung: vom NKWD der UdSSR – 471 Personen, vom NKGB der UdSSR – 266 Personen, von der Spionageabwehr „Smersch“ des NKO – 509 Personen, die zu unterschiedlichen Zeiten zu ihm abkommandiert wurden. Das sind insgesamt 1.246 Personen, und nicht – wie Gen. Serow in seinem Bericht angibt – 850 Personen“.<sup>39</sup> Dessen ungeachtet waren die Führer von NKWD, NKGB und Spionageabwehr damit einverstanden, daß aus den Reihen der Tschekisten, die zu Stalins Schutz während der Potsdamer Konferenz in Deutschland eingetroffen waren, für Serow zusätzlich 225 Personen abgestellt werden sollten (100 vom NKGB, 75 vom NKWD und 50 von der Abwehr „Smersch“). Berija kam dem ständig klagenden Serow entgegen und versah dieses Schreiben mit der Verfügung: „Einverstanden. 250 Personen – die Listen sind mit Gen. Serow abzustimmen“.<sup>40</sup>

Im Sommer 1945 machten sich ressortbedingte Reibereien zwischen der Abwehr „Smersch“ und dem NKWD bemerkbar. In den Operativen Gruppen, die Serow unterstanden, kamen viele Mitarbeiter aus der Abwehr, deren Chef Abakumow war. Und dieser hatte den Kampf um die Führung der gesamten Repressionspolitik in Deutschland aufgenommen. So hatte Abakumow beschlossen, seine Operativen Gruppen ebenfalls in alle deutschen Städte zu entsenden und erteilte dem Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ in Deutschland Wadis<sup>41</sup> eine entsprechende Anweisung. Als Serow davon erfuhr, schrieb er am 22. Juli 1945 an Berija voller Empörung: „Ich halte es meinerseits für unzweckmäßig, wenn in den deutschen Städten Operative Gruppen des NKWD und der Spionageabwehr „Smersch“ parallel operative Arbeit unter Einsatz von Agenten leisten“<sup>42</sup>. Doch ohne Rücksicht auf Serows Proteste wurden im Juli 1945 bei den Organen der SMA in allen Ländern und Provinzen sowie in Berlin Abteilungen der Spionageabwehr „Smersch“ gebildet (für die Bezirke und Städte ernannte man Bevollmächtigte dieser Abteilungen). Allerdings beschränkten sich deren Funktionen im wesentlichen auf die Beobachtung des sowjetischen Personals, während die Durchführung von Strafaktionen gegen Deutsche weiterhin das Vorrecht der NKWD-Operativgruppen blieb.

Die Mitarbeiter der NKWD-Operativgruppen in Deutschland hatten einen provisorischen Status. Zwar nahmen sie hier Führungsfunktionen in den Operativen Sektoren der Länder und Provinzen ein, waren Chefs von Operativen Gruppen des NKWD in deutschen Städten, dennoch wurden sie weiterhin in ihren früheren Dienststellungen in den Organen des NKWD-NKGB in der Sowjetunion geführt, d.h., sie waren vorübergehend abkommandiert und mußten danach wieder auf ihre früheren Posten in der UdSSR zurückkehren.

Im Juni 1945 wurden in den Ländern und Provinzen Operative Sektoren des NKWD geschaffen, um die Tätigkeit der Operativen Gruppen vor Ort anzuleiten. Außerdem entstanden bei den Verwaltungen der SMA der Länder und Provinzen Sektoren für Inneres (später zu Abteilungen aufgewertet), die für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und die Führung der neugebildeten deutschen Polizeiorgane zuständig waren. Im internen Schriftwechsel war bis zum Dezember 1945 die Zugehörigkeit der Operativen Sektoren und der ihnen unterstehenden Operativen

<sup>38</sup> Vgl. Dokument Nr. 43.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Wadis, Alexandr Anatoljewitsch (1906–1968), Generalleutnant; 1944–45 Chef der Abwehr-Verwaltung der 1. Belorussischen Front; 1928–52 (Ausschluß) WKP(B). 1945 Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der GSBSD. 1954 Aberkennung des Ranges eines Generalleutnants.

<sup>42</sup> Vgl. Dokument Nr. 42.

Gruppen zum NKWD deutlich ausgewiesen. Doch ganz nach Serows Wunsch, deren Tätigkeit zu tarnen und ihnen den Anschein von Untergliederungen der SMAD zu geben, änderte sich vom Dezember 1945 an ihre Bezeichnung, wobei in Wirklichkeit natürlich die bisherige behördliche Zugehörigkeit beibehalten wurde. Ein Beleg dafür findet sich im Schriftwechsel der Inneren Truppen. Der Kommandeur des 219. Grenzregiments Grabowski teilte am 29. Dezember 1945 seinen Bataillonskommandeuren mit: „Nach einer mündlichen Anweisung des Chefs des Operativen Sektors der SMA Generalmajor Nikitin<sup>43</sup> stelle ich klar, daß die bisherigen Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR künftig als Operative Gruppen der SMA (Sowjetische Militäradministration) zu bezeichnen sind. Diese Anweisung ist der gesamten Mannschaft zur Kenntnis zu geben“<sup>44</sup>.

Die Führungskader der Operativen Sektoren des NKWD wurden unter den Mitarbeitern des Apparats des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland ausgewählt, darunter auch unter denen, die im Mai 1945 zu Serows Verfügung entsandt worden waren. Der erste Chef des NKWD-Operativsektors für das Land Mecklenburg wurde beispielsweise Generalmajor Dobrynin<sup>45</sup>, von August 1945 an hatte dann Generalmajor Gubin diesen Posten inne<sup>46</sup> und von November 1945 an Generalmajor D. M. Nikitin, der seit Frühjahr 1945 als Stellvertreter von Serow im Apparat des NKWD-Bevollmächtigten für die 1. Belorussische Front gearbeitet hatte. Auch Generalmajor Malkow<sup>47</sup> hatte von Februar 1945 an in Serows Gruppe gearbeitet. In seinem Lebenslauf beschrieb er seinen Werdegang so:

„Auf persönlichen Wunsch wurde ich an die Front nach Polen abkommandiert. In Polen hatte ich den Posten des Bevollmächtigten für die Wojewodschaft Poznan inne und arbeitete unter [...] Serows Führung. In der Provinz Pommern wurde ich zum Chef des Operativen Sektors der Stadt Stargard, dann zum Chef des Operativen Sektors von Stettin ernannt. Später war ich Chef des Operativen Sektors von Fürstenwalde (Deutschland), dann stellvertretender Chef des Operativen Sektors von Berlin. Im Juli 1945 wurde ich auf den Posten des Chefs der Abteilung Inneres der SMAD berufen“<sup>48</sup>.

Hier sei angemerkt, daß Malkow weiterhin formal in seiner bisherigen Dienststellung als Chef der NKWD-Verwaltung für das Gebiet Iwanowo geführt wurde. Von diesem Posten wurde

---

<sup>43</sup> Nikitin, Dmitri Michailowitsch (1899–1969), Oberst/1945 Generalmajor; 1943–45 Volkskommissar für Inneres der Karelo-Finnischen SSR; 1919 WKP(B). 1945–47 Chef des Operativen Sektors Mecklenburg des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Inneres der UdSSR in Deutschland bei der GSBSD.

<sup>44</sup> RGWA 32921/1/28, Bl. 141.

<sup>45</sup> Im Aug. 1945 wurde der Stellvertreter des Chefs der Hauptverwaltung Lager Dobrynin nach Moskau an seine Hauptarbeitsstelle zurückgeschickt. – Dobrynin, Georgi Prokopjewitsch (1907–1977), Generalmajor; 1939–47 stellvertretender Chef des GULAG des NKWD/MWD der UdSSR. 1945 Chef des Operativen Sektors des NKWD Mecklenburg. 1947–51 Chef des GULAG des NKWD/MWD der UdSSR, ab 1951 stellvertretender Chef der Verwaltung der Truppen des MWD der UdSSR zum Schutz der Industrieanlagen und der Eisenbahn, danach Chef der Hauptinspektion des MWD der UdSSR, ab 1952 Chef der MGB-Hauptverwaltung für Kontrolle und Inspektion des Regierungsschutzes, 1954–59 Chef der 7. Verwaltung des KGB der UdSSR, 1959–62 Oberberater des KGB in der Mongolei.

<sup>46</sup> Im Zusammenhang mit einem Ausbruch von Bandenkriminalität in Jaroslawl wurde der Chef der NKWD-Verwaltung für das Gebiet Jaroslawl im Nov. 1945 zu seiner Hauptarbeit zurückbeordert (GARF 9401/1/2223, Bl. 249-250). – Gubin, Wladimir Wladimirowitsch (1904–1972), Generalmajor; 1927 WKP(B), 1941–48 Chef einer NKWD-/MWD-Gebietsverwaltung in der UdSSR, gleichzeitig 1945 Chef des Operativen Sektors Mecklenburg; ab 1951 Innenminister der Kasachischen SSR, ab 1954 KGB-Vorsitzender beim Ministerrat der Kasachischen SSR, ab 1959 Chef KGB-Gebietsverwaltung von Pensa, 1964 pensioniert; 1957 Generalleutnant.

<sup>47</sup> Malkow, Pawel Michailowitsch (1904–1983), Oberst/Generalmajor; ab 1944 NKWD-Beauftragter in Polen und Ostdeutschland. Nach Kriegsende u.a. stellvertretender Leiter des NKWD/NKGB des Operativen Sektors Berlin, 1945–48 Chef der Abteilung/Verwaltung Inneres der SMAD.

<sup>48</sup> RGASPI 17/100/254786 (Personalakte des Mitarbeiters der Nomenklatur des ZK der WKP(B) P. M. Malkow). – Die Abteilung Inneres der SMAD wurde 1946 zur Verwaltung umgewidmet.

er erst im November 1945 durch NKWD-Befehl entbunden, bis dahin hatte er in Deutschland die Stellung eines Abkommandierten. Das gilt gleichermaßen auch für die meisten anderen Chefs der Operativen Sektoren.

Der Kaderbestand im Apparat des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland änderte sich ständig. Mitarbeiter, deren Kommandierungszeit abgelaufen war, kehrten in die UdSSR zurück, an ihrer Stelle trafen neue ein. 1945 gab es keinerlei offiziell bestätigten Stellenplan für ständige Mitarbeiter des Apparats des NKWD-Bevollmächtigten. Mit dieser Situation und der daraus folgenden Kaderfluktuation waren Serow und die Führer von NKWD und NKGB nicht zufrieden. Die nach Deutschland entsandten Mitarbeiter sollten einen ständigen Status erhalten. Am 26. Januar 1946 wandten sich der Volkskommissar für Inneres Kruglow<sup>49</sup> und der Volkskommissar für Staatssicherheit Merkulow<sup>50</sup> mit einer Denkschrift an Berija, in der sie die Notwendigkeit der Ausarbeitung und Bestätigung provisorischer Stellenpläne für die Operativen Gruppen von NKWD und NKGB in der SBZ darlegten<sup>51</sup>.

Fünf Tage später, am 31. Januar 1946, schickten Merkulow und Kruglow eine Denkschrift an Stalin, in der sie mitteilten, daß zum Bestand der Operativen Gruppen 2.230 Mitarbeiter des NKWD und 399 Mitarbeiter des NKGB gehörten. Außerdem gebe es über die Linie des NKGB in Berlin eine kleine Operative Gruppe für nachrichtendienstliche Tätigkeit mit 35 Mitarbeitern. In der Denkschrift wurde vorgeschlagen, den Bevollmächtigten des NKWD bei der GSBSD Serow im Nebenamt zum Bevollmächtigten des NKGB in Deutschland zu ernennen. Außerdem sollte die Arbeit der Operativen Gruppen so gestaltet werden, daß sie in Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung von NKWD und NKGB stehe<sup>52</sup>. Doch zu dieser Denkschrift traf Stalin keine formelle Entscheidung, so daß alles beim alten blieb.

Neben den Operativen Gruppen des NKWD, die Serow unterstanden und seine Anweisungen erfüllten, schickte man aus der UdSSR ständig weitere Operative Gruppen (von zentralen wie von lokalen Dienststellen des NKWD und des NKGB), die mit unterschiedlichsten Aufträgen ausgestattet waren. So informierte der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Staatssicherheit Kobulow am 10. Oktober 1945 Berija darüber, daß in Berlin zwei operativ-tschechistische Gruppen eingetroffen seien: Eine unter der Leitung des Chefs der Vierten Sonderabteilung des NKWD Krawtschenko<sup>53</sup> (zur Suche nach wissenschaftlichen Ausrüstungen und deren Abtransport), die andere unter Führung des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Militärbezirks Tbilissi Ruchadse<sup>54</sup> und des Volkskommissars für Staatssicherheit der Autonomen Sowjetrepublik Nord-Ossetien Kakutschaja<sup>55</sup> (zur Auskundschaftung der georgischen Emigration).<sup>56</sup> Am 31. Januar 1946 teilte Merkulow Serow mit, daß eine zehnköpfige Operative Gruppe

<sup>49</sup> Kruglow, Sergei Nikiforowitsch (1907–1977), Armeegeneral; 1939–43 stellvertretender, 1943–45 Erster stellvertretender und 1945–56 NKWD/MWD der UdSSR.

<sup>50</sup> Merkulow, Wsewoljod Nikolajewitsch (1895–1953), Generaloberst; ab 1938 Stellvertreter Berijas als NKWD, ab 1941 NKGB, 1941–43 Erster stellvertretender NKWD, 1943–46 NKGB bzw. MGB, ab 1947 Chef der Hauptverwaltung für das sowjetische Auslandsvermögen, 1950–53 Minister für Staatskontrolle; 1953 hingerichtet.

<sup>51</sup> GARF 9401/2/144, Bl. 153–154.

<sup>52</sup> Vgl. Dokument Nr. 54.

<sup>53</sup> Krawtschenko, Walentin Alexandrowitsch (1906–1956), Generalmajor; 1945 Chef der Vierten Sonderabteilung des NKWD.

<sup>54</sup> Ruchadse, Nikolai Maximowitsch (1905–1955), Generalleutnant; 1945 Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Militärbezirks Tbilissi, 1948–52 Minister für Staatssicherheit in Grusinien, 1952 verhaftet und 1955 zum Tode verurteilt.

<sup>55</sup> Kakutschaja, Warlam Alexejewitsch (1905–1982), Generalmajor; 1943–47 Volkskommissar für Staatssicherheit der Autonomen Sowjetrepublik Nord-Ossetien; 1956 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und bis 1968 in Haft.

<sup>56</sup> Vgl. Dokument Nr. 51.

des NKGB unter dem Chef der Ersten Verwaltung des NKGB der Belorussischen SSR Detschko<sup>57</sup> nach Berlin geschickt worden sei („mit der Aufgabe, die belorussischen Nationalisten in Deutschland auszukundschaften“) und bat ihn, die Gruppe zu unterstützen und ihr Transportmittel zur Verfügung zu stellen<sup>58</sup>.

Im Mai 1946 wurde die Struktur des MGB der UdSSR wesentlich umgebaut und erweitert. Die Organe der militärischen Abwehr „Smersch“, die bis dahin dem Volkskommissar für Verteidigung Stalin unterstanden, wurden nun als Dritte Hauptverwaltung in den Bestand des MGB eingegliedert. Zum neuen Minister für Staatssicherheit wurde anstelle von Merkulow am 4. Mai 1946 Abakumow ernannt, der bisher die Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ geleitet hatte.

Diese Reorganisation und Umstellung auf der Führungsebene hatte auch auf die in Deutschland agierenden sowjetischen Geheimdienste und ihre Unterstellungsverhältnisse wesentlichen Einfluß. Ihre gesamte Arbeit wurde nun – natürlich mit Wissen Stalins – von Abakumow unter Kontrolle genommen. Die Übergabe der Funktionen wurde im Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) P 59/39 vom 20. August 1946 offiziell geregelt, wo es in Punkt 4 heißt:

„Die operativ-tschechistische Arbeit und die Ermittlungstätigkeit in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind beim Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR zu konzentrieren, wofür aus dem MWD der UdSSR an das MGB der UdSSR das Agenten- und Informantennetz, die Vorgänge, das Personal, die Untersuchungshaftzellen und Inneren Gefängnisse, das Vermögen, die Gebäude und die materiellen Werte zu übergeben sind.

Beim MWD der UdSSR verbleiben die Gefängnisse für Verurteilte und die Durchgangsgefängnisse, die Sonderlager und die Bewachung von Gefangenentransporten.

Es wird festgelegt, daß Verhaftungen wegen politischer Verbrechen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nur von den Organen des MGB vorzunehmen sind.

Die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vorhandenen Truppen des MWD der UdSSR (7 Regimenter) sind operativ dem MGB der UdSSR zu unterstellen<sup>59</sup>.

Mit dem gleichen Beschluß wurde auch der Apparat des Beraters beim polnischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit<sup>60</sup> mit seinem Personal und allen Unterlagen vom MWD an das MGB übergeben.

Im zentralen Apparat des MGB schuf man kein spezielles Organ für die Koordinierung der Tätigkeit des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Die allgemeine Führung lag jetzt beim Apparat der Auslandsaufklärung, d. h. der Ersten Hauptverwaltung des MGB. Außerdem wurde im September 1946 Generalleutnant Kowaltschuk<sup>61</sup> auf den Posten des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland berufen, der gleichzeitig stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR war und der sich seiner Stellung gemäß mit allen Berichten und Anträgen direkt an Abakumow wandte. Als die Aufklärung dann vom MGB an das im Mai 1947 geschaffene Informationskomitee beim Ministerrat der UdSSR<sup>62</sup> übergeben wurde, betraute man die Zweite Hauptverwaltung

---

<sup>57</sup> Detschko, Michail Fjodorowitsch (1912–), 1959 Ausschluß aus der KPdSU.

<sup>58</sup> GARF 9421/1/9, Bl. 218.

<sup>59</sup> Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) P 53/39 vom 20. Aug. 1946, in: AP RF 3/58/9.

<sup>60</sup> Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (d. i. Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego) war von 1945 bis 1954 das Zentrum der polnischen Geheimpolizei.

<sup>61</sup> Kowaltschuk, Nikolai Kusmitsch (1902–1972), Generalleutnant; 1927 WKP(B); 1943–45 Chef der Abwehrverwaltung der 4. Ukrainischen Front, 1945–46 Chef der Abwehrverwaltung des Militärbezirks Karpaten. Ab Mai 1946 stellvertretender MGB der UdSSR und ab Sept. 1946 gleichzeitig Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland. Ab Aug. 1949 MGB der Ukrainischen SSR, März–Mai 1953 MWD der Lettischen SSR, Juni–Juli 1953 MWD-Oberberater in Polen, Sept. 1953–Mai 1954 Chef einer MWD-Gebietsverwaltung in der UdSSR. 1954 wurde K. der Generalsrang aberkannt.

<sup>62</sup> Das Informationskomitee beim Ministerrat, später beim Außenministerium der UdSSR, koordinierte die nachrichtendienstliche Tätigkeit im Ausland.

(Abwehr) des MGB der UdSSR mit der Anleitung des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland.

Im September 1946 begab sich der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Generalleutnant Kowaltschuk nach seiner Ernennung zum MGB-Bevollmächtigten in Deutschland nach Berlin, um von Serow die Geschäfte zu übernehmen. Mit ihm kam eine große Gruppe von Mitarbeitern des zentralen MGB-Apparats nach Berlin, die Serows Leute ersetzen sollte. Das Protokoll für die Übergabe der Geschäfte und Vermögen des Apparats des Bevollmächtigten von Serow an Kowaltschuk wurde am 2. November 1946 unterschrieben. Von November 1946 an lag also die gesamte Repressionstätigkeit in der SBZ beim Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Serow wurde zwar noch bis Februar 1947 als Bevollmächtigter des MWD in Deutschland und als Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD geführt, doch nunmehr war er nur noch für die Sonderlager des MWD in Deutschland sowie für die Verwaltung Inneres der SMAD zuständig.

Die Struktur des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland wurde durch einen Befehl des MGB der UdSSR vom 5. November 1946 bestimmt. Sie hielt sich im wesentlichen an den Aufbau der Territorialorgane in der UdSSR. Doch es gab gewisse Unterschiede. So war die wichtigste Abteilung im Apparat des Bevollmächtigten die 5. Abteilung, die aus der von der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD übernommenen Abteilung „für die Arbeit unter der sowjetischen Kolonie in Deutschland“ hervorgegangen war. Diese Abteilung war zuständig für die Beobachtung der Stimmungen und die Bespitzelung des zahlreichen Personals der SMAD und anderer sowjetischer Zivileinrichtungen in Deutschland. Dagegen lag die Kontrolle über die in Deutschland stationierten Armee-Einheiten nach wie vor bei der militärischen Abwehr, d.h. bei der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD.

Der Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland bestand aus einem Sekretariat sowie aus Abteilungen und Unterabteilungen. Zu den Abteilungen gehörten: die 1. (Aufklärung), 2. (Spionageabwehr), 3. (Geheimpolitik), 4. (Ermittlung), 5. (für die sowjetische Kolonie), 6. (Untersuchung) und die Transportabteilung (zuständig für die Beaufsichtigung und operative Betreuung des Eisenbahn- und Schiffstransports). Zu den Hilfsabteilungen zählten: Unterabteilung A (Registratur und Archiv), Unterabteilung B (operative Technik), die Kader-Unterabteilung sowie die Unterabteilung Verwaltung und Finanzen. Auch die lokalen Organe des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland waren einer weitreichenden Reorganisation unterzogen worden. Die Operativen Sektoren des MWD für die Länder und Provinzen wurden in Operative Sektoren des MGB umbenannt, ihre innere Struktur (Bezeichnung und Funktionsbestimmung der Abteilungen und Unterabteilungen) dem Apparat des Bevollmächtigten angeglichen. Die Operativen Gruppen des NKWD-MWD in den Bezirken, Städten und Kreisen nannte man von nun an Abteilungen des MGB. Insgesamt gab es im Dezember 1946 nach den neuen Stellenplänen sechs Operative Sektoren des MGB für die Länder und Provinzen, zu denen 20 Bezirksabteilungen, 128 Stadt- bzw. Kreisabteilungen und acht Stadtbezirksabteilungen in Berlin gehörten<sup>63</sup>.

Der neuen Struktur des Apparats des MGB-Bevollmächtigten entsprechend wurden im November 1946 die Abteilungen Spionageabwehr des MGB bei den SMA-Verwaltungen der Länder und Provinzen aufgelöst. Ihr Personal kam zum größten Teil in die 5. Abteilungen der Operativen Sektoren des MGB.

Wie bereits festgestellt, befanden sich zwischen 1945 und 1947 die Führungskräfte des Apparats des MGB-Bevollmächtigten – die Stellvertreter des Bevollmächtigten und die Chefs der

<sup>63</sup> Vgl. RGWA 32933/1/49, Bl. 548-553. Dem Dislozierungsverzeichnis der Inneren Truppen des MWD zufolge befanden sich im April 1946 in der SBZ 18 Operativgruppen für Bezirke und 183 Operativgruppen des MWD für Kreise und Städte unter ihrer Bewachung (vgl. RGWA 32925/1/146, Bl. 189-192).



Operativen Sektoren – im Status abkommandierter Mitarbeiter in Deutschland, die formal noch in ihren früheren Dienststellungen in der UdSSR geführt wurden. So behielt der Chef des Operativen Sektors des NKWD-MWD für Thüringen Beschadow<sup>64</sup> das Amt des Ministers für Staatssicherheit der Kabardinischen ASSR und Martirossow<sup>65</sup>, Chef des Operativen Sektors des NKWD-MWD-MGB für die Provinz Sachsen, blieb stellvertretender Chef der MGB-Verwaltung für das Gebiet Gorki. Die Situation änderte sich erst Ende 1947, als durch Befehle des MGB der UdSSR einige offizielle Ernennungen für Führungspositionen im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland erfolgten. Bei einigen Führungskräften erfolgte die Ernennung nachträglich. So wurde G. A. Melnikow<sup>66</sup> erst mit MGB-Befehl vom 8. Dezember 1947 zum Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ernannt, obwohl er faktisch bereits seit 10. dem Dezember 1946 diesen Posten einnahm. Anfang 1948 erhielt das Spitzenpersonal des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland den Rang von Partei-Nomenklaturkadern. Mit Beschluß des Sekretariats des ZK Nr. St. 344/47g vom 18. März 1948 wurden sechs Posten der Chefs der Operativen Sektoren und drei Posten der Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland in die Nomenklatur des ZK der WKP(B) aufgenommen<sup>67</sup>. Von diesem Zeitpunkt an mußten Ernennungen und Abberufungen von Mitarbeitern dieser Ebene erst vom Sekretariat des ZK der WKP(B) bestätigt werden, bevor sie durch MGB-Befehle offiziell verkündet werden konnten.

Die Einführung dieser Bestätigungsprozedur für die Kader im Apparat des MGB-Bevollmächtigten war Teil eines allgemeinen Plans zur Säuberung des gesamten operativen Personals der Sicherheitsorgane in Deutschland. Ein niedriger Stand der Disziplin, häufige Trinkgelage und Gesetzesverletzungen bis hin zu Gewaltakten gegen die ortsansässige Bevölkerung und Raubtaten waren keine Seltenheit.<sup>68</sup> Solche Gewohnheiten hatten die Mitarbeiter von NKWD und Spionageabwehr „Smersch“ während des Frontalltags angenommen. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist eine Meldung des politischen Stellvertreters eines Bataillonskommandeurs des 16. Grenzregiments an den Chef der Politischen Abteilung des Regiments Kalinin vom 18. Februar 1945, in der er darüber informierte, daß der stellvertretende Bataillonskommandeur für Aufklärung A. P. N.<sup>69</sup> eine Rauferei mit seinem Untergebenen Unterleutnant D. angefangen hatte, wobei sich beide im volltrunkenen Zustand befanden. N. hatte D. beleidigt und wollte ihn verprügeln. „Nach D.s Bericht sind Trinkgelage in der operativ-tschechistischen Gruppe zum System geworden. Man trinkt vor dem Frühstück, vor dem Mittagessen und vor dem Abendbrot. Diese Trinkgelage hatte Hauptmann N. eingeführt.“ Die Meldung enthält die Bitte, N. „vor der Partei zur Verantwortung zu ziehen“<sup>70</sup>. Doch N. setzte seinen Dienst fort und wurde Chef von NKWD-Operativgruppen in mehreren deutschen Städten.

---

<sup>64</sup> Beschadow, Grigori Akimowitsch (1897–1955), Generalmajor (1951 degradiert); 1944–47 Volkskommissar/Minister für Staatssicherheit der Autonomen Kabardischen Sowjetrepublik, gleichzeitig 1945–46 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD des Landes Thüringen. Im Dez. 1947 verhaftet und 1951 wegen Amtsmissbrauchs und Verstoßes gegen sozialistisches Eigentum zu 10 Jahren Haft verurteilt, 1953 gerichtlich rehabilitiert.

<sup>65</sup> Martirossow, Georgi Iossifowitsch (1906–), Generalmajor; 1945–47 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB in Sachsen-Anhalt. Ab Juli 1947 stellvertretender und ab 1951–52 Chef einer MGB-Gebietsverwaltung, 1952–53 MGB und 1953–54 MWD der Armenischen SSSR, 1954–55 Chef der KGB-Gebietsverwaltung von Archangelsk, 1955 pensioniert und aus der KPdSU ausgeschlossen.

<sup>66</sup> Melnikow, Grigori Alexandrowitsch (1898–1972), Generalmajor; 1944–45 stellvertretender Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ einer Front, ab 1946 Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Bis zur Pensionierung 1955 beim KGB tätig.

<sup>67</sup> RGASPI 17/116/344, Bl. 117.

<sup>68</sup> Vgl. die Dokumente im Teil III der Edition.

<sup>69</sup> Aus Gründen des Datenschutzes werden nur die Namensinitialen genannt.

<sup>70</sup> RGWA 32888/1/110, Bl. 8.

Zur Erhöhung der Disziplin sollten Überprüfungen der Parteiorganisationen in den Apparaten der MGB-Operativsektoren dienen.<sup>71</sup> Außerdem wurden von den Parteiorganen Razzien an verurteilten Orten durchgeführt. So unternahmen Vertreter der Politischen Abteilung der SMAD am 1. Juni 1946 eine Razzia und kontrollierten die Autos, die zum „Schwarzen Markt“ in Berlin-Lichtenberg gefahren waren. An diesem Tag wurden A., der Fahrer des Staatssicherheitsministers der UdSSR, und andere Fahrer von Chefs der militärischen Abwehr festgenommen.<sup>72</sup>

In Einzelfällen, wenn es um ein ganz spezielles Problem – das Verhalten der jungen Mitarbeiterinnen der Militärzensur des MGB – ging, mußte die Führung die MGB-Truppen um Hilfe bitten, damit diese Mitarbeiterinnen vor Militärangehörigen der GSBSD abgeschottet würden. Wie es in einer Meldung vom 13. April 1948 heißt, gebe es keine Anlagen zum Schutz der Abteilung Militärzensur in Strausberg. Dort befanden sich Gebäude für die Lehrgänge der Militärzensur. Die Meldung fährt fort: „In die Zensur dringen die Militärangehörigen der Panzer- und der Fliegertruppen ein, sie veranstalten dort Trinkgelage und randalieren, am 10. April 1948 wurde sogar bei einer Randalie geschossen.“<sup>73</sup> Daraufhin beschloß man, die rückwärtige Seite des Gebäudekomplexes mit Wachposten und Wachhund abzusichern. In dem Garten, von dem aus die Besucher eingedrungen waren, sollte eine Streife mit dem Wachhund Naida patrouillieren.<sup>74</sup>

Ein weiteres Problem für den Apparat des NKWD-MWD in Deutschland waren die Repatrianten<sup>75</sup>, die in großer Zahl zur Arbeit als Dolmetscher und sogar in unteren operativen Dienststellungen herangezogen wurden. Viele von ihnen erhielten auch Waffen. Die Folge war, daß es nicht selten zu blutigen Zwischenfällen kam.<sup>76</sup> 1947 wurde der Beschluß gefaßt, die Repatrianten aus allen Einrichtungen der SMAD, darunter auch aus dem Apparat des MGB, zu entlassen und in die UdSSR zurückzuschicken. Doch die Ausführung dieses Beschlusses erwies sich als recht schwierig. Die Repatrianten hatten durchaus keine Eile mit ihrer Rückkehr in die Heimat, sie widersetzten sich ihrer Abreise, manche flohen in die Westzonen. Schließlich ging man daran, sie zwangsweise zurückzuschicken. In einem Bericht des 1. Bataillons des 105. Schützenregiments für Juni 1947 wird dazu mitgeteilt: „24. Juni 1947 – aus der Operativen Abteilung von Bernau wurden Dolmetscher und Wachleute aus den Reihen der Repatrianten in die Sowjetunion zurückgeschickt, die in der Gruppe gearbeitet hatten. Der Chef der Operativen Gruppe hatte Hinweise erhalten, daß einige von ihnen nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollten, sondern vorhatten, in die Zone der Alliierten zu fliehen. Daraufhin stellte er dem 1. Zug der 3. Kompanie die Aufgabe, die Operative Gruppe abzusperren und niemand durchzulassen“. Im Ergebnis wurden sechs Personen festgenommen, die fliehen wollten.<sup>77</sup>

Die Umstrukturierungen, die Anfang 1949 im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland vorgenommen wurden, standen im direkten Zusammenhang mit der Schaffung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ. Am 7. März 1949 sandte Abakumow an Stalin die Mitteilung Nr. 5166/A, in der es um Maßnahmen ging, die in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) vom 28. Dezember 1948 zur Schaffung deutscher Staatssicherheitsorgane in der SBZ ergriffen wurden. Zu diesem Thema wandte er sich in einem Schreiben vom 2. April 1949 noch einmal an Stalin. Darin ist von der „Verstärkung der Arbeit der Staatssicherheitsorgane“ in Deutschland sowie vom Aufbau deutscher Sicherheitsorgane die Rede.

<sup>71</sup> Vgl. Dokumente Nr. 212, Nr. 217 und Nr. 227.

<sup>72</sup> GARF 5704/1/6/, Bl. 165. Aus dieser Mitteilung ist zu schließen, daß sich Abakumow zu diesem Zeitpunkt in Berlin aufhielt.

<sup>73</sup> RGWA 32933/1/63, Bl. 23.

<sup>74</sup> Ebenda, Bl. 27.

<sup>75</sup> Gemeint sind sowjetische Staatsangehörige, die während des Krieges als Militärangehörige oder Zivilisten nach Deutschland verschleppt wurden und nach Kriegsende in die UdSSR zu repatriieren waren.

<sup>76</sup> Vgl. Dokument Nr. 191.

<sup>77</sup> RGWA 32933/1/60, Bl. 103-104.

Wie Abakumow mitteilte, sollten für alle Landkreise, in denen deutsche Staatssicherheitsorgane geschaffen würden, zugleich auch Kreisabteilungen des MGB gebildet werden. Dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten und den Operativen Sektoren übertrug man nun die Anleitung und Kontrolle der deutschen Sicherheitsorgane. Weiter schrieb Abakumow, er habe 115 Mitarbeiter des MGB der UdSSR zur Arbeit im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland geschickt<sup>78</sup>.

Diese Umstrukturierungen im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland wurden durch Befehl des MGB der UdSSR vom 25. März 1949<sup>79</sup> festgelegt. Danach sollten in den Operativen Sektoren der Länder die Bezirksabteilungen des MGB beseitigt werden und an ihre Stelle in den Großstädten Stadtabteilungen des MGB treten. Zum Zwecke „größerer Konspiration“, wie Abakumow an Stalin schrieb<sup>80</sup>, wurden im Apparat des MGB-Bevollmächtigten Buchstabenkodes zur Bezeichnung der Abteilungen eingeführt. Die Transportabteilung hieß von nun an Abteilung RW, aus der Abwehrabteilung wurde Abteilung LI, aus der Untersuchungsabteilung die Abteilung OS, aus der Kaderabteilung die Abteilung FK, aus der Registratur- und Archivabteilung die Abteilung RS usw.

1949 erreichte die personelle Ausstattung des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ihren Höchststand. Nach der Umstrukturierung gab es im April 1949 40 Stadt- und 91 Kreisabteilungen des MGB (in Berlin wie bisher acht Stadtbezirksabteilungen). Schätzungen zufolge betrug die Gesamtzahl der Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten und seiner Landesorgane, eingeschlossen das gesamte Dienstpersonal (Fahrer, Dolmetscher, Gefängnisaufseher), zu diesem Zeitpunkt mindestens 4.000 Personen.

Neue Veränderungen in den Stellenplänen des Apparats des MGB-Bevollmächtigten vollzogen sich nach einem MGB-Befehl vom 4. August 1950<sup>81</sup>. Danach wurde die Transportabteilung (Abteilung RW) aufgelöst und ihre Funktion der Abteilung zur Beaufsichtigung der MfS-Organen der DDR (Abteilung MK) übertragen. Außerdem hob man den Operativen Sektor für Berlin auf, die Bearbeitung des sowjetischen Sektors von Berlin ging direkt an den Apparat des MGB-Bevollmächtigten über. Den neuen Stellenplänen entsprechend wurden auch alle Stadt- und Kreisabteilungen des MGB aufgelöst, an ihre Stelle traten kreisübergreifende MGB-Abteilungen, welche die Zuständigkeit für mehrere Kreise unter einer Führung vereinten. Neu im Apparat des MGB-Bevollmächtigten war die Abteilung zur operativen Beaufsichtigung der SAG Wismut. Wegen der Urangewinnung war dieses Objekt für Moskau von außerordentlicher Wichtigkeit. Ursprünglich hatte von 1945 an eine Operative Sondergruppe des NKWD-MWD bei der SAG Wismut bestanden, die später in eine Operative Abteilung umgewandelt und im Mai 1948 in den Operativen Sektor des MGB für das Land Sachsen eingegliedert wurde. Im Zusammenhang mit den neuen Stellenplänen ging diese Abteilung als Abteilung WT im August 1950 in den Apparat des MGB-Bevollmächtigten über. Insgesamt kam es infolge der Reorganisation von 1950 zu einer deutlichen Reduzierung der Personalstärke des MGB-Apparats in Deutschland.

Mit MGB-Befehl vom 13. Juni 1952 wurde wiederum ein neuer Stellenplan für den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland eingeführt<sup>82</sup>. An die Stelle der fünf Operativen Sektoren für die Länder traten nun 14 Operative Sektoren für die Bezirke. Der neue Aufbau der MGB-Organen in Deutschland nach Bezirken entsprach der neuen administrativ-territorialen Gliederung der DDR. Außerdem wurden durch diesen MGB-Befehl zwei zusätzliche Posten für Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten für Deutschland eingeführt und ein Posten eines Stell-

---

<sup>78</sup> ZA FSB 4-os/7/5, Bl. 603-605.

<sup>79</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 0097 vom 25. März 1949.

<sup>80</sup> ZA FSB 4-os/7/5, Bl. 603-605.

<sup>81</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 00418 vom 4. Aug. 1950.

<sup>82</sup> ZA FSB 66/1, Befehl des MGB der UdSSR Nr. 00399 vom 13. Juni 1952.

vertreter des Bevollmächtigten, der zugleich im Nebenamt als Chef der Verwaltung WT fungierte. Die Struktureinheit zur Beaufsichtigung der SAG Wismut war also in den Rang einer Verwaltung erhoben worden. Insgesamt hatte der MGB-Bevollmächtigte für Deutschland diesem neuen Stellenplan entsprechend sechs Stellvertreter. Die anderen Veränderungen betrafen die Funktionen der Abteilungen im Apparat des Bevollmächtigten. Neu geschaffen wurde eine Abteilung für Auslandsaufklärung, die Hauptaufmerksamkeit des Apparats galt nun der aktiven Aufklärung in Westdeutschland. Die Übertragung von Aufklärungsfunktionen auf den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland hing damit zusammen, daß am 2. November 1951 die Auslandsaufklärung aus dem Informationskomitee beim Außenministerium wieder an das MGB der UdSSR übergeben worden war. Nach dieser Reorganisation hatte der Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland eine Personalstärke von etwa 2.200 Mitarbeitern.

Weitreichende Veränderungen in Struktur und Tätigkeit des Apparats des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland gab es nach Stalins Tod. Der neue Innenminister Berija richtete am 19. Mai 1953 an das Präsidium des ZK der KPdSU die Denkschrift Nr. 66/B, in der er seine Unzufriedenheit mit der Arbeit des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland zum Ausdruck brachte. Darin heißt es, die operative, auf Agenten gestützte Arbeit befände sich auf niedrigem Niveau, Verhaftungen „reaktionärer Elemente“ würden „ohne System“ erfolgen. Wie es weiter heißt, verfüge der Apparat des Bevollmächtigten über 2.222 Mitarbeiter und 14 Operative Sektoren in den Bezirken der DDR. Im Grunde ersetze er die Staatssicherheitsorgane der DDR und hindere sie an der Arbeit, so das Fazit in Berijas Schreiben. Im weiteren wurden Vorschläge dargelegt, nach welchen Grundsätzen eine Reorganisation des Apparats des Bevollmächtigten zu erfolgen habe. Zu dessen Aufgaben sollte vor allem gehören: Unterstützung – in Form von Ratschlägen und Empfehlungen – der Staatssicherheitsorgane der DDR; Spionageabwehr innerhalb der DDR nur in den Fällen, welche die Interessen der Sowjetunion berührten und der Verhinderung des Eindringens von Agenten ausländischer Geheimdienste in die sowjetische Kolonie dienten; geheimdienstliche Aufklärung in Westdeutschland nach den Vorgaben des MWD der UdSSR. Berija schlug vor, den Stellenplan des Apparats des Bevollmächtigten auf 328 Mitarbeiter zu reduzieren, die Operativen Sektoren in den Bezirken aufzulösen und statt ihrer drei bis vier Berater bei jeder Bezirksverwaltung der DDR-Staatssicherheit zu installieren<sup>83</sup>.

Berijas Vorschläge wurden umgesetzt. Im Grunde liefen sie darauf hinaus, die gesamte Arbeit der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR auf Beratungsfunktionen zu reduzieren. Die Rechte des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland gingen jetzt nicht viel weiter als die der Oberberater des MWD in den analogen Apparaten der sowjetischen Staatssicherheit bei den Geheimdiensten der „Volksdemokratien“.

Nach Berijas Verhaftung wandte sich die neue Führung des MWD an das Präsidium des ZK der KPdSU mit dem Ersuchen, den vorher reduzierten Stellenplan von 328 auf 540 Mitarbeiter aufzustocken. Davon ist im Schreiben des MWD Nr. 196/K vom 13. Juli 1953 die Rede<sup>84</sup>. Diese Verstärkung des Apparats wurde zwar gestattet, doch die Organisationsprinzipien und Rechte des Apparats des Bevollmächtigten wurden beibehalten. Die regionalen Untergliederungen der Staatssicherheit (Operative Sektoren) fanden also keine Neuaufgabe. Man beschränkte sich vielmehr darauf, in die deutschen Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit Berater zu schicken, deren Anzahl nun allerdings zwischen fünf und neun schwankte. In dem selben Schreiben wird festgestellt, die frühere, von Berija diktierte Entscheidung zu Aufgaben und Struktur des Apparats des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland sei durch „eine unrichtige Einschätzung der politischen und operativen Lage in Deutschland“ bedingt gewesen, der Apparat sei von seiner Kontrollfunktion gegenüber der deutschen Staatssicherheit befreit worden, was „offenbar ver-

<sup>83</sup> ZA FSB 4-os/11/3, Bl. 412-416.

<sup>84</sup> Ebenda, 7, Bl. 295-298.

früht war angesichts der Schwäche der Organe des MfS der DDR<sup>85</sup>. Wie die Autoren des Schreibens vorschlugen, dürfe man sich jetzt nicht auf Ratschläge und Empfehlungen beschränken, vielmehr sei der Apparat des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland mit dem Recht auszustatten, die Arbeit des MfS der DDR zu lenken und zu beaufsichtigen. Für die Struktur des Apparats des MWD-Bevollmächtigten waren sieben operative Funktionalabteilungen, eine Untersuchungsabteilung und ein Inneres Gefängnis vorgesehen.

Die erneute personelle Verstärkung der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR stand im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953, bei denen sich aus Arbeiterdemonstrationen in Ostberlin ein Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft entwickelt hatte. Dennoch erfolgte 1953 zweifellos eine beträchtliche Reduzierung des Apparats der sowjetischen Staatssicherheit in der DDR und eine Beschränkung ihrer Funktionen im Vergleich zu Stalins Zeiten.

## II. Innere Truppen des NKWD-MGB in der SBZ/DDR

Die Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland waren das Hauptinstrument der Repressionspolitik. Bei der Durchführung von Operationen vor Ort (bei Durchkämpfungsaktionen, Razzien oder bei der massenhaften Aushebung der erwachsenen deutschen Bevölkerung zum Abtransport in die UdSSR) konnten sie sich auf die militärischen Kräfte der ihnen unterstellten Grenzregimenter des NKWD stützen, die in die Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes eingegangen waren.

Die Richtlinie über die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee war am 28. April 1942<sup>86</sup> vom stellvertretenden Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Schaposchnikow<sup>87</sup> und vom stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Apollonow<sup>88</sup> bestätigt worden. Darin heißt es: „Der Schutz des Hinterlandes der Fronten wird von den Kriegsräten der Fronten organisiert und von den Truppenteilen und rückwärtigen Diensten des Volkskommissariats für Verteidigung sowie von den dazu eigens bereitgestellten Truppenteilen des NKWD der UdSSR verwirklicht.“ Der Richtlinie zufolge hatten die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes folgende Aufgaben:

- „1. Kampf gegen Diversanten, Spione und Banditen im Hinterland der Front;
2. Kampf gegen Deserteure und Marodeure;

---

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> Gleichzeitig wurde am 28. Apr. 1942 mit NKWD-Befehl Nr. 00852 innerhalb der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR die Verwaltung für die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee geschaffen. Mit NKWD-Befehl vom 4. Mai 1943 erhielt diese Verwaltung den Status einer selbständigen Hauptverwaltung innerhalb des NKWD der UdSSR. Aufgelöst wurde die Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee durch NKWD-Befehl Nr. 001206 vom 13. Okt. 1945. Von diesem Zeitpunkt an unterstanden die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD, der Nordgruppe der Truppen und der Zentralgruppe der Truppen direkt der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR. Vgl. WTschK-OGPU-NKWD-NKGB-MGB-MWD-KGB. 1917–1991. Sprawotschnik 2003, S. 78–79, S. 85.

<sup>87</sup> Schaposchnikow, Boris Michailowitsch (1882–1945), Marschall der Sowjetunion; 1937–43 mit Unterbrechungen stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR und zeitweilig Chef des Generalstabes der Roten Armee.

<sup>88</sup> Apollonow, Arkadi Nikolajewitsch (1907–1978), ab 1942 stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR, 1943 Generaloberst.

3. Liquidierung kleiner Abteilungen und Gruppen des Gegners, die ins Hinterland der Front eingeschleust oder versprengt wurden (MPi-Schützen, Fallschirmspringer, Signalgeber u. a.);
4. in besonderen Fällen (auf Beschluß des Kriegsrates<sup>89</sup> der Front) Schutz der Verkehrswege auf bestimmten Abschnitten<sup>90</sup>.

Der Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front unterstand dem Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD, in operativer Hinsicht aber dem Kriegsrat der Front. Für alle Fragen der Unterbringung, der Organisationsstruktur, der Stellenpläne und der personellen Auffüllung der Truppen war das NKWD der UdSSR zuständig. Die Rechte der Dienstkommandos der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes wurden folgendermaßen bestimmt: Sie haben „das Recht, innerhalb des von den NKWD-Truppen zu schützenden Gebietes alle Personen festzunehmen, die das von der militärischen Führung für den frontnahen Streifen festgesetzte Regime verletzen, bei ausnahmslos allen Zivil- und Militärpersonen, die sich durch das Gebiet bewegen, die Ausweispapiere zu kontrollieren und Personen festzunehmen, bei denen der Verdacht auf feindliche antisowjetische Tätigkeit besteht bzw. diese festgestellt wurde (Spione, Kollaborateure usw.)“. Die Richtlinie betont: „Die Aktionen der Dienstkommandos müssen entschlossen und nachdrücklich sein, bis hin zum Waffengebrauch.“<sup>91</sup>

Ursprünglich wurde – der Direktive zufolge – die Tiefe des Fronthinterlandes vom Generalstab der Roten Armee bestimmt, doch bereits am 27. Juli 1942 nahmen der Chef des Generalstabs Wassilewski<sup>92</sup> und der Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres Apollonow eine Korrektur vor und legten fest, daß „die Tiefe des Fronthinterlandes, das von den NKWD-Truppen zu schützen ist, von den Kriegsräten der Fronten ([und] der selbständigen Armeen) gemeinsam mit den Chefs der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front bestimmt wird“<sup>93</sup>.

1945 änderte sich bei einigen Fronten die Unterstellung der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes. Mit NKWD-Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 wurden bei den Fronten der Roten Armee Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR ernannt<sup>94</sup>, die für die Durchführung aller Straf- und Zwangsmaßnahmen im Hinterland der vorrückenden Truppen verantwortlich waren.<sup>95</sup> Von nun an unterstanden die Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes direkt den NKWD-Bevollmächtigten der Fronten und die Truppenkommandeure wurden zu deren Stellvertretern ernannt. Gleichzeitig erweiterte sich der Aufgabenbereich der NKWD-Truppen. Neben der Verhaftung „feindlicher Elemente“ waren sie nun auch zuständig für die Zwangsmobilisierung zur Arbeit in der UdSSR, für die Aussiedlung der Bevölkerung aus dem frontnahen Streifen, für den Schutz der Spionageabwehr „Smersch“ und der den NKWD-Operativgruppen unterstehenden Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen, für die Bewachung von Gefangenentransporten und der Sonderlager des NKWD. In den von der Roten Armee eingenommenen Städten wurden Operative Gruppen des NKWD gebildet. Zur Bewachung der von ihnen genutzten Gebäude, Untersuchungshaftzellen und Gefängnisse unterstellte man ihnen aus dem Bestand der Truppen zum Schutz des Hinterlandes Sicherungseinheiten. Diese Einheiten wurden außerdem zu Ver-

<sup>89</sup> Der Kriegsrat war ein militärpolitisches Institut bei den Oberbefehlshabern von Armeen und Fronten, das bis 1948 mit sehr weitreichenden zivilen und militärischen Vollmachten ausgestattet war. Danach nahm es nur beratende politische Funktionen wahr.

<sup>90</sup> Vgl. Dokument Nr. 1.

<sup>91</sup> Ebenda.

<sup>92</sup> Wassilewski, Alexandr Michailowitsch (1895–1977), Marschall der Sowjetunion; 1942–45 und dann wieder ab 1946 Chef des Generalstabs und stellvertretender Volkskommissar/Minister für Verteidigung der UdSSR. Zweifacher Held der Sowjetunion.

<sup>93</sup> RGWA 32905/1/163, Bl. 171.

<sup>94</sup> Mit Ausnahme der 2. und 3. Ukrainischen Front.

<sup>95</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

haftungen unter der Bevölkerung, zum Durchkämmen von Gebieten sowie zur Durchführung von Razzien eingesetzt.

Im Frühjahr 1945 kämpften in Deutschland die Truppen der 2. Belorussischen Front (hauptsächlich in der Provinz Mecklenburg), der 1. Belorussischen Front (im Raum Berlin), der 1. Ukrainischen Front (in Schlesien, im Land Sachsen und zum Teil in der Provinz Brandenburg) und der 3. Belorussischen Front (in Ostpreußen). Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes der Roten Armee in Deutschland<sup>96</sup> waren im Mai 1945 folgende Regimenter der Grenz- bzw. Inneren Truppen des NKWD stationiert:

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front: die Grenzregimenter Nr. 38 (Fehrbellin, dann Berlin)<sup>97</sup>, Nr. 105 (Berlin), Nr. 127 (Mariendorf), Nr. 157 (Nauen), Nr. 331 (Wiesenburg) und Nr. 333 (Berlin).

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front: Nr. 87 (Tribsees), Nr. 218 (Greiffenberg)<sup>98</sup>, Nr. 219 (Güstrow); die 63. Schützendivision der Inneren Truppen (Woldegk) und in ihrem Bestand die Schützenregimenter Nr. 32 (Greifswald), Nr. 273 (Lychen, Pritzwalk, dann Boek) und das 108. Grenzregiment (Strasburg).<sup>99</sup>

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front: die Grenzregimenter Nr. 11 (Hindenburg), Nr. 16 (Michelau, dann Dresden), Nr. 83 (Freiberg), Nr. 334 (Falkenberg)<sup>100</sup>; die 58. Schützendivision der Inneren Truppen (Dresden) und in ihrem Bestand die Schützenregimenter Nr. 372 (Dresden, dann Cottbus), Nr. 373 (Breslau), Nr. 374 (Cottbus)<sup>101</sup>.

Mit NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 wurde aus dem Apparat des NKWD-Bevollmächtigten der 1. Belorussischen Front der Apparat des NKWD-Bevollmächtigten bei der GSBSD gebildet. Dem Bevollmächtigten wurden lediglich zehn Grenzregimenter zur Verfügung gestellt – das 16., 38., 83., 87., 105., 127., 157., 219., 331. und das 333.<sup>102</sup> Dabei waren zu diesem Zeitpunkt das 38., 87. und 219. Regiment völlig mit dem Schutz der Potsdamer Konferenz<sup>103</sup> beschäftigt, sie konnten also für den Schutz der NKWD-Operativgruppen und die Bewachung ihrer Untersuchungshaftzellen und Gefängnisse nicht herangezogen werden.<sup>104</sup>

Einer mündlichen Verfügung Berijas gemäß wurde mit Befehl Nr. 0025 vom 10. August 1945 das 92. Grenzregiment, das vorher zu den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 4. Ukrainischen Front gehörte, in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD aufgenommen.<sup>105</sup>

<sup>96</sup> Ohne Ostpreußen.

<sup>97</sup> Genannt werden die Stationierungsorte der Regiments-Kommandostellen. Die Sicherungseinheiten, die von diesen Regimentern zum Schutz der NKWD-Operativgruppen bereitgestellt wurden, waren an anderen, mitunter weit entfernten Orten untergebracht.

<sup>98</sup> Wurde im Juni 1945 nach Stettin umgesetzt, im Juli nach Poznan und ging ein in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der Streitkräfte.

<sup>99</sup> Ab dem 6. Juni 1945 befand sich die Kommandostelle der Division in Mahlsdorf (12 Kilometer östlich von Berlin). Nach NKWD-Befehl Nr. 00874 vom 26. Juli 1945 begann die Division im August mit der Verlagerung nach Ostpreußen und vom 24. Sept. 1945 an war ihre Kommandostelle in Königsberg. Vgl. RGWA 38686/1/25, Bl. 1-20.

<sup>100</sup> Im Juli 1945 wurde das 334. Grenzregiment, das bis dahin in Torgau und Dessau stationiert war, in den Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der Streitkräfte überstellt.

<sup>101</sup> Laut Kampfbefehl des Stabs der 58. Schützendivision Nr. 0025 vom 4. Juli 1945 wurden Einheiten der Division zum Schutz der Eisenbahnstrecke Brest-Warschau-Poznan umgesetzt (RGWA 32891/1/120, Bl. 127). Am 20. Juli 1945 befand sich die Kommandostelle der Division in Prag (RGWA 38650/1/191, Bl. 90).

<sup>102</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

<sup>103</sup> Die Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der UdSSR fand vom 17. Juli bis 2. Aug. 1945 statt.

<sup>104</sup> Im Juni wurden die genannten Regimenter dem Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Kruglow unterstellt und in dem Potsdamer Vorort Babelsberg stationiert.

<sup>105</sup> RGWA 32925/1/297, Bl. 27.

Bald nach Abschluß der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 lief eine großangelegte Operation zur Durchkämmung der SBZ an.<sup>106</sup> Zu diesem Zweck wurden den Operativen Sektoren alle vorhandenen Grenzregimenter zur Verfügung gestellt. Dem Operativen Sektor des NKWD in Berlin wurden das 105. und 333. Regiment überstellt, dem Operativen Sektor der Provinz Mecklenburg-Vorpommern – das 87. und 219. Regiment, dem Operativen Sektor der Provinz Brandenburg – das 127. und 331. Regiment, dem Operativen Sektor der Provinz Sachsen – das 92. und 157. Regiment, dem Operativen Sektor des Landes Sachsen – das 16. und 38. Regiment und dem Operativen Sektor des Landes Thüringen – das 83. Regiment.<sup>107</sup> Nach dem Ende der Operation blieb diese Unterstellung weiter bestehen. Die den Chefs der Operativen Gruppen unterstellten Sicherungseinheiten der NKWD-Truppen hatten folgende Aufgaben: „Schutz der Stationierungsorte der Operativen Gruppen und Sicherungseinheiten, Außenbewachung der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen, Bewachung von Gefangenentransporten, Eliminierung verbrecherischer Elemente sowohl zusammen mit operativen Mitarbeitern als auch selbständig, Durchführung von Razzien und Durchkämpfungsaktionen in Wohnorten und Waldgebieten“.<sup>108</sup>

Ende 1945 begann die Reduzierung der NKWD-Truppen in Deutschland. Mit NKWD-Befehl Nr. 001155 vom 4. Oktober 1945 wurde das 333. Grenzregiment im November 1945 aus Deutschland abgezogen und in den Bestand der 82. Division der Inneren Truppen eingegliedert.<sup>109</sup>

Im Mai 1946 wurden die zu den MWD-Truppen in Deutschland gehörenden Grenzregimenter in Schützenregimenter der Inneren Truppen umbenannt<sup>110</sup>, ihre bisherige Nummerierung blieb dabei erhalten.

1946 wurden in die UdSSR zurückgeführt und aufgelöst: im Juli das in Dresden stationierte 16. Regiment<sup>111</sup>, das in Güstrow stationierte 219. und das in Potsdam stationierte 331. Regiment; im Dezember das 127. Regiment<sup>112</sup> und das in Güstrow stationierte 87. Regiment.

Von Dezember 1946 an, nach Bestätigung der neuen Stellenpläne für den Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland und dessen örtliche Organe, waren die Grenzregimenter zum Schutz der MGB-Objekte folgendermaßen verteilt:

38. Regiment (Leipzig)<sup>113</sup> – ausschließlich eingesetzt zur Bewachung der acht MWD-Sonderlager und zwei Gefängnisse;<sup>114</sup>

83. Regiment (Güstrow)<sup>115</sup> – für die Objekte des MGB-Operativsektors der Provinz Mecklenburg;

92. Regiment (Dresden)<sup>116</sup> – für die Objekte des MGB-Operativsektors des Landes Sachsen;

<sup>106</sup> Vgl. Dokument Nr. 45.

<sup>107</sup> Vgl. Dokument Nr. 46.

<sup>108</sup> RGWA 32925/1/110, Bl. 110.

<sup>109</sup> Ebenda, 297, Bl. 44.

<sup>110</sup> Auf der Grundlage des Befehls Nr. 0017 der Verwaltung für die Truppen des MWD in Deutschland vom 18. Mai 1946.

<sup>111</sup> Nach MWD-Befehl Nr. 00711 vom 24. Juli 1946.

<sup>112</sup> Nach MWD-Befehl Nr. 001070 vom 4. Dez. 1946. Im Sept. 1946 war das Regiment in die „besondere Reserve“ überführt worden und erfüllte den Auftrag Serows zur Auffindung deutscher Raketenspezialisten und ihrer Verbringung in die UdSSR.

<sup>113</sup> Im Dez. 1955 wurde das Regiment zum 199. selbständigen Schützenbataillon umgebildet und im Aug. 1956 zur Auflösung aus Leipzig in das Gebiet Lwow umgesetzt.

<sup>114</sup> Dabei ging es um folgende Sonderlager: Nr. 1 (Mühlberg), Nr. 2 (Buchenwald), Nr. 4 (Bautzen), Nr. 5 (Fürstenwalde), Nr. 6 (Jamlitz), Nr. 7 (Oranienburg), Nr. 8 (Torgau), Nr. 9 (Neubrandenburg) und der Gefängnisse Nr. 6 (Lichtenberg) und Nr. 7 (Torgau). Kurz davor war die Bewachung des in Berlin befindlichen Sonderlagers Nr. 3 (Weißensee) aufgehoben worden (RGWA 32925/1/140, Bl. 94-95).

<sup>115</sup> Im Feb. 1954 in die UdSSR zurückgeführt und aufgelöst.

<sup>116</sup> Im Sept. 1956 aus Deutschland abgezogen.



105. Regiment (Berlin)<sup>117</sup> – für die Objekte der MGB-Operativsektoren Berlins und der Provinz Brandenburg;

157. Regiment (Halle)<sup>118</sup> – für die MGB-Operativsektoren der Provinz Sachsen und des Landes Thüringen.<sup>119</sup>

Zum 25. Dezember 1946 betrug die Gesamtstärke der MWD-Truppen in Deutschland laut Stellenplan 6.688 Mann.<sup>120</sup>

In den folgenden Jahren wurden neue Einheiten der Inneren Truppen nach Deutschland verlegt, dabei blieb die zahlenmäßige Stärke der MWD-Truppen in Deutschland etwa auf dem gleichen Stand. Das hing damit zusammen, daß die Stellenpläne der Regimenter der Inneren Truppen auf Friedensstärke umgestellt und dabei fast um die Hälfte gekürzt wurden. Die neu herangeführten Regimenter übernahmen hauptsächlich die Bewachung der zahlreichen Objekte der SAG Wismut zur Förderung und Anreicherung von Uranerz. Nach Deutschland zu den MGB-Truppen wurden verlegt: im Februar 1948 – das 141. Schützenregiment (Schwarzenberg)<sup>121</sup>, im März 1949 – das 14. Schützenregiment (Chemnitz/Schneeberg)<sup>122</sup>, im Dezember 1949 – das 9. Schützenregiment (Chemnitz)<sup>123</sup>, im September 1950 – das 12. (Aue) und das 18. Schützenregiment (Johanngeorgenstadt).<sup>124</sup> Laut Stellenplan zählten die Inneren Truppen des MGB in Deutschland zum 10. Januar 1951 insgesamt 5.385 Mann.<sup>125</sup>

Das Führungszentrum war die Verwaltung der Truppen des NKWD/MGB in Deutschland. Mit NKWD-Befehl Nr. 00805 vom 9. Juli 1945 war die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD umbenannt worden. Am 23. Oktober 1945 wurde durch NKWD-Befehl Nr. 001257 ihr Stellenplan umgestaltet und sie erhielt die neue Bezeichnung Verwaltung der Inneren Truppen des NKWD – ab März 1946 des MWD – in Deutschland. Im Januar 1947 erfolgte die Unterstellung der Inneren Truppen unter das MGB. Mit MGB-Befehl Nr. 0041 vom 4. Februar 1949 wurde die Verwaltung für die MGB-Truppen in Deutschland umgestaltet. Am 2. September 1952 ordnete dann MGB-Befehl Nr. 00692 die Reduzierung der MGB-Truppen an. Bis zum Februar 1957 wurden die Einheiten der MWD-Truppen aus der DDR abgezogen und aufgelöst.

Die Analyse der Dokumente der NKWD-MGB-Truppen in Deutschland ermöglicht es, den Charakter ihrer Handlungen wie überhaupt die Ausrichtung der Repressionspolitik des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MGB in Deutschland zu begreifen. Zugleich wird deutlich, wie kompliziert und mitunter sogar konfliktreich die Beziehungen zwischen den verschiedenen Repressionsbehörden waren. Für die Kommandeure der Inneren Truppen waren die Chefs der Operativen Sektoren bzw. Operativen Gruppen des NKWD die übergeordneten operativen Chefs. Dieses Unterstellungsverhältnis und die Forderung nach strenger Einhaltung dieser Unterordnung wird in mehreren Weisungsdokumenten direkt ausgesprochen.<sup>126</sup> Dennoch entstanden in dieser Hinsicht immer wieder Mißverständnisse und Konflikte.<sup>127</sup> Das betraf insbesondere die Frage, wer das Recht hatte, Disziplinarstrafen zu verhängen. So hatte der Chef der NKWD-Operativ-

---

<sup>117</sup> Im Jan. 1957 aus Deutschland abgezogen und in die Grenztruppen eingegliedert.

<sup>118</sup> Im Aug. 1956 aus Deutschland abgezogen und aufgelöst.

<sup>119</sup> RGWA 32933/1/49, Bl. 550-552.

<sup>120</sup> Ebenda, Bl. 548.

<sup>121</sup> In Deutschland stationiert bis Apr. 1954.

<sup>122</sup> In Deutschland stationiert bis Apr. 1954, danach aufgelöst.

<sup>123</sup> In Deutschland stationiert bis Okt. 1952, danach aufgelöst.

<sup>124</sup> Beide Regimenter blieben bis Aug. 1956 in Deutschland und wurden dann aufgelöst.

<sup>125</sup> RGWA 32925/1/189, Bl. 37.

<sup>126</sup> Vgl. Dokumente Nr. 13 und Nr. 64.

<sup>127</sup> Vgl. Dokumente Nr. 151, Nr. 172, Nr. 198 und Nr. 219.

gruppe Nr. 19 in Berlin einem Sergeanten des 105. Regiments wegen der mangelhaften Durchsuchung einer Deutschen drei Tage Arrest gegeben. Der Kommandeur des 105. Regiments hielt seinen Sergeanten für unschuldig und sah zudem in diesem Vorgehen eine Verletzung seiner eigenen Rechte. Am 31. Juli 1945 wandte sich Alexejew in einem Schreiben an den Chef des Berliner Operativen Sektors, in dem er den Sergeanten in Schutz nahm und schrieb: „Außerdem teile ich mit, daß – einer Klarstellung des Chefs der NKWD-Truppen Generalmajor Simin zufolge – der Chef eines operativen Abschnitts Militärangehörigen des mir anvertrauten Regiments gegenüber keine disziplinarischen Rechte besitzt. Eine Bestrafung darf in diesem Fall nur mit meinem Wissen erfolgen“.<sup>128</sup> Nicht selten sind auch Klagen über den „nicht bestimmungsgemäßen“ Einsatz von Militärangehörigen der Truppen. Charakteristisch in diesem Sinne – und solche Dokumente sind nicht vereinzelt – ist die Beschwerde des Kommandeurs des 2. Bataillons an den Kommandeur des 331. Regiments vom 12. Juni 1946, daß sich der Chef des MWD-Operativsektors Filatow<sup>129</sup> den Rotarmisten Iwan Dmitrijewitsch Nesterow aus seinem Bataillon als Ordonnanz zu seiner persönlichen Verfügung halte<sup>130</sup>. Und während früher die Grenzsoldaten praktisch an allen Maßnahmen der NKWD-Operativgruppen beteiligt waren, von Razzien und Verhaftungen bis hin zu Erschießungen, wurde am 31. Dezember 1945 eine Direktive der Verwaltung der Truppen erlassen, mit der es den Grenzregimentern verboten wurde, Angehörige der Inneren Truppen zur Unterstützung der Tschekeiten bei Erschießungen bereitzustellen.<sup>131</sup>

Nicht weniger intensiv war der Schriftwechsel zwischen den Kommandeuren von Einheiten der Inneren Truppen und den Chefs von Operativen Sektoren des NKWD-MWD zu Fragen der Standortverteilung und personellen Auffüllung der Einheiten.<sup>132</sup> Bemerkenswert ist hier ein bestimmter Interessenkonflikt. Die Einheiten der Inneren Truppen waren am rationellen Einsatz der Mannschaften interessiert und setzten sich dafür ein, daß ihre Einheiten möglichst in der Nähe der zu bewachenden Objekte stationiert wurden. Die Chefs der NKWD-Operativgruppen waren dagegen bestrebt, die Kreise möglichst flächendeckend mit ihrem Netz zu überziehen, und wollten über möglichst viele Untersuchungshaftzellen verfügen, auch wenn diese mitunter weit voneinander entfernt waren. Sehr bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Schriftwechsel des Kommandos des 87. Regiments, das im Oktober 1945 seine Wünsche in einem Zusatz zur Stationierungsliste formulierte: „Es wäre wünschenswert, wenn die in Ückermünde stationierte Operative Gruppe dichter am Gefängnis untergebracht werden könnte, denn das Gefängnis ist von der Arbeitsstelle der operativen Mitarbeiter 600 Meter entfernt und Gefangene, die zum Verhör gebracht werden, müssen eine Straße entlang geführt werden, an der Einwohner des Ortes wohnen“.<sup>133</sup> Nach Ansicht des Regimentskommandos hätte damit ein Kommando Begleitposten eingespart werden können. In diesem Zusammenhang wird auch etwas über die Grundsätze gesagt, nach denen die Mannschaften für die Bewachung eingeteilt wurden: Der Operativen Gruppe

<sup>128</sup> RGWA 32933/1/48, Bl. 22. – Simin, Pawel Michailowitsch (1904–1973), Generalmajor; Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. Juli 1945–Mai 1946 Chef der Verwaltung der Truppen des NKWD/MWD in Deutschland.

<sup>129</sup> Filatow, Stepan Iwanowitsch (1901–1980), Generalmajor; ab 1940 im Zentralapparat des NKWD, 1941–44 Volkskommissar für Inneres/für Staatssicherheit der Kabardino-Balkarischen ASSR, 1945–46 stellvertretender Gebietsleiter für Staatssicherheit. März 1946–März 1950 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB der Provinz/des Landes Brandenburg. 1950–51 Oberberater des MGB beim bulgarischen Innenministerium, ab 1951 stellvertretender MGB der Udmurtischen ASSR, 1953 Gebietsleiter der MWD-Verwaltung in Kasan, Juli 1954 pensioniert. Im Juni 1956 Parteiausschluß „wegen Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“, im Aug. 1971 Parteiwiederaufnahme.

<sup>130</sup> RGWA 38816/1/47, Bl. 154.

<sup>131</sup> Vgl. Dokument Nr. 114.

<sup>132</sup> Vgl. Dokumente Nr. 25, Nr. 26, Nr. 33, Nr. 34 und Nr. 35.

<sup>133</sup> RGWA 32923/1/44, Bl. 7 Rs.

eines Kreises stand eine Sicherungseinheit von 26 bis 30 Mann zur Verfügung, für den Operativbevollmächtigten des NKWD in einer Stadt wurden zwei bis vier oder vier bis fünf Mann bereitgestellt<sup>134</sup>.

Mitunter versuchten die Regimentskommandeure Einfluß zu nehmen auf die Entscheidung über den Standort der Operativen Gruppen. So informierte am 31. März 1946 der Kommandeur des 331. Grenzregiments Oberstleutnant Smirnow den Chef des MWD-Operativsektors für die Provinz Brandenburg Filatow darüber, daß der Chef der MWD-Operativgruppe für den Kreis Teltow Major Terpigorjew dem Kommandeur des 3. Bataillons des 331. Regiments die schriftliche Anweisung erteilt hatte, zur Bewachung der Operativen Gruppe einen zusätzlichen Posten abzustellen. Wie Smirnow schreibt, habe er sich zur Prüfung der Zweckmäßigkeit persönlich zum Stationierungsort der Operativen Gruppe nach Mahlow begeben. Dabei habe er festgestellt, daß „das Gebäude, in dem die Operative Gruppe untergebracht ist, nicht den festgelegten Anforderungen entspricht“. Smirnow bat darum, „dem Chef der Operativen Gruppe in Mahlow die Verfügung zu erteilen, die Operative Gruppe in ein anderes, besser geeignetes Gebäude umzusetzen“<sup>135</sup>.

Oft stießen Versuche der Regimentskommandeure, das Schema der Bewachung der Operativen Gruppen selbständig zu verändern, auf heftige Ablehnung. Der Kommandeur des 105. Regiments Grabowski, der erst wenige Tage zuvor seinen Posten eingenommen hatte, erließ am 24. Juli 1946 Befehl Nr. 028 zur Organisation der Bewachung der Operativen Gruppen in Berlin und Potsdam<sup>136</sup>. Wie Grabowski später erklärte, ließ er sich von den allgemeinen Anweisungen des Chefs der Truppen Kusnezow sowie von der „persönlichen Anweisung“ des Stabschefs der Truppen Wolkow leiten, doch er hatte sich dabei überhaupt nicht mit dem Chef des MWD-Operativsektors Sidnew<sup>137</sup> beraten, dessen Objekte bewacht werden sollten<sup>138</sup>. Ein an den Operativen Sektor gesandtes Exemplar des Befehls schickte Sidnew an Grabowski mit der zornigen Verfügung zurück: „Gen. Grabowski. 1. verändern Sie den Befehl; 2. Gen. Serow erteile die Anweisung, den Gruppen in den Stadtbezirken einen Zug zur Verfügung zu stellen; 3. erteilen Sie ohne Absprache mit mir nicht solche Befehle. Sidnew 30. Juli 1946“<sup>139</sup>.

Die Situation normalisierte sich erst, nachdem die MWD-Truppen in das System des MGB eingegliedert worden waren. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die operative, auf Agenten gestützte Arbeit, die der Apparat des Bevollmächtigten durchführte, an das MGB übergeben. In diesem Zusammenhang entstand die „Instruktion über den Dienst der Garnisonen der Inneren Truppen des MGB, die in Deutschland stationiert sind“, die vom Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Kowaltschuk am 27. Juli 1947 bestätigt und danach allen MGB-Operativsektoren und den Einheiten der Truppen zugeschiedt wurde<sup>140</sup>. Ein Jahr später wurde sie allerdings schon wieder durch die Direktive des Stabs der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Nr. Sch/1-02539 vom 22./25. Oktober 1948 aufgehoben und durch die „Instruktion zum Dienst von Garnisonen, die Objekte bewachen“ ersetzt<sup>141</sup>.

---

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> RGWA 38816/1/44, Bl. 206.

<sup>136</sup> RGWA 32933/1/54, Bl. 216.

<sup>137</sup> Sidnew, Alexei Matwejewitsch (1907–1958), Generalmajor; 1945–47 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB im sowjetischen Sektor von Berlin. Ab Dez. 1947 MGB der Tatarischen ASSR, im Jan. 1948 unter dem Vorwurf des Amtsmißbrauchs verhaftet. Nach früher veröffentlichten sowjetischen Dokumenten als „Marodeur“ zum Tode verurteilt und hingerichtet, tatsächlich jedoch am 6. Okt. 1951 durch die „Sonderberatung des MGB“ zur psychiatrischen Zwangsbehandlung verurteilt und 1953 entlassen.

<sup>138</sup> RGWA 32933/1/54, Bl. 229.

<sup>139</sup> Ebenda.

<sup>140</sup> Ebenda, 55, Bl. 246-247.

<sup>141</sup> Ebenda, 62, Bl. 504.

Die Verfügungen der Führung der Inneren Truppen in Deutschland zur Übernahme bzw. Beendigung der Bewachung von Objekten lassen Schlüsse darüber zu, wo sich die Objekte befanden und wer von den Chefs aus dem System des MGB sich zu welcher Zeit in Deutschland aufhielt. So sollte beispielsweise Kowaltschuk als Bevollmächtigter des MGB in Deutschland Serow im Amt ablösen. Nach einer Meldung des Kommandeurs des 3. Bataillons an den Kommandeur des 105. Regiments vom 11. Oktober 1946 war auf Befehl des Chefs des Zentralen Operativen Sektors für Berlin Generalmajor Sidnew am Eingang Nr. 57 ein in drei Schichten besetzter Posten „für die Bewachung des stellvertretenden Ministers des NKGB“<sup>142</sup> aufgestellt worden. Oder ein anderes Beispiel: Vom 29. Juli 1947 an wurden Militärangehörige des 105. Regiments zum 24-Stunden-Dienst am Telefonapparat für die Hochfrequenzleitung im Arbeitszimmer des stellvertretenden MGB-Bevollmächtigten in Deutschland Generalmajor Sarelua<sup>143</sup> eingeteilt (Adresse: Karlshorst, 2. Linie Haus 41)<sup>144</sup>. Sareluas Haus in Karlshorst wurde auch nach seiner Abreise noch bewacht, mindestens bis zum November 1948 befand es sich noch unter Bewachung durch das 2. Bataillon des 105. Regiments<sup>145</sup>. Und vom 11. Dezember 1948 an wurde für die Wohnung des stellvertretenden MGB-Bevollmächtigten in Deutschland Tschaikowski<sup>146</sup> nach einer Verfügung des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland ein Postendienst rund um die Uhr eingerichtet<sup>147</sup>.

Allerdings entstanden auch hier Konflikte, welche die Folge von Serows heimlichem Kampf gegen die Vertreter des MGB waren. So gab es im Juli 1946 einen Schriftwechsel zur Aufhebung der Bewachung für den Vertreter der Auslandsaufklärung des MGB General L. A. Malinin<sup>148</sup>, der als Stellvertreter des Politischen Beraters beim Obersten Chef der SMAD geführt wurde. Wie sich herausstellte, war auf Serows Anweisung die von den Truppen des NKWD bereitgestellte Bewachung aufgehoben worden, weil dieser Einsatz „nicht deren direkter Bestimmung“ entsprach. Malinin protestierte und schrieb darüber sogar eine Beschwerde an Kruglow<sup>149</sup>.

Anhand der Verfügungen über die Bewachung von Objekten läßt sich auch der Zeitpunkt feststellen, an dem neue Gefängnisse eröffnet oder vorhandene geschlossen bzw. deren Standorte verändert wurden. Beispielsweise ist aus Meldungen ersichtlich, daß der stellvertretende Chef der Verwaltung Inneres der SMAD Lapenkow<sup>150</sup> im September 1946 damit befaßt war, am Standort Treptower Allee<sup>151</sup> 49 Untersuchungshaftzellen einrichten zu lassen, die der Verwaltung unterstanden. Am 26. September 1946 übernahm das 105. Regiment die Bewachung dieses Objekts<sup>152</sup>. Vom 30. März 1947 an wurden allerdings auf Befehl des Befehlshabers der Inneren Truppen Burmak<sup>153</sup> Objekte der Verwaltung Inneres der SMAD nicht mehr von den Inneren

<sup>142</sup> Ebenda, 56, Bl. 309.

<sup>143</sup> Sarelua, Wladimir Jekwtimowitsch (1903–1979), Generalmajor; 1946–47 Vertreter der Ersten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR in Berlin, 1947–48 stellvertretender MGB-Bevollmächtigter in Deutschland.

<sup>144</sup> RGWA 55, Bl. 198. – Vermutlich handelt es sich um eine konspirative Adressenangabe, da sich im Haus Nr. 41 nach „deutschen Angaben“ das Transformatorenhaus befand.

<sup>145</sup> RGWA 65, Bl. 57.

<sup>146</sup> Tschaikowski, Pjotr Mitrofanowitsch (1902–1985), Oberst; 1947–52 stellvertretender MGB-Bevollmächtigter in Deutschland.

<sup>147</sup> RGWA 65, Bl. 93.

<sup>148</sup> Malinin, Leonid Andrejewitsch (Deckname: General Georgiew) (1907–1982), Generalmajor; als Mitarbeiter der Aufklärungsverwaltung des NKWD 1946–48 stellvertretender Politischer Berater der SMAD für Sonderfragen, zugleich Leiter der sowjetischen Auslandsaufklärung in Deutschland. 1948 Mitarbeiter des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR, danach beim Eisenbahnschutz tätig.

<sup>149</sup> RGWA 54, Bl. 202–205.

<sup>150</sup> Lapenkow, Nikolai Jefimowitsch (1907–1986); Oberstleutnant/Oberst; 1945–47 Stellvertreter des Chefs der Verwaltung Inneres der SMAD.

<sup>151</sup> Seit 1949 Puschkinallee (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>152</sup> RGWA 32933/1/49, Bl. 476.

<sup>153</sup> Burmak, Pjotr Wassiljewitsch (1901–1973), Generalleutnant; Befehlshaber der Inneren Truppen der MWD/MGB der UdSSR.

Truppen bewacht<sup>154</sup>. Es gibt auch Informationen über andere Haftorte: Das Gefängnis in Pan-kow wurde geschlossen, die Gefangenen wurden in das Lichtenberger Gefängnis überstellt. Die Bewachung dieses Objekts, für die das 38. Schützenregiment zuständig war<sup>155</sup>, wurde am 1. Juli 1947 aufgehoben. Am 27. Dezember 1947 teilte der Kommandeur des 105. Schützenregiments Alexejew dem Chef der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Kusnezow<sup>156</sup> mit, daß der Berliner MGB-Operativsektor bei der Operativen Gruppe des Stadtbezirks Prenzlauer Berg „für ein bis anderthalb Monate eine provisorische Filiale des Untersuchungsgefängnisses eingerichtet hat“, die Untersuchungsgefangenen würden im Kellergeschoß des Gebäudes in entsprechend eingerichteten Zellen untergebracht; auf Befehl Kowaltschuks werde eine Wach-Garnison von 15 Mann bereitgestellt<sup>157</sup>. Am 1. Februar 1949 bestand diese Filiale des Gefängnisses des Operativen Sektors allerdings immer noch<sup>158</sup>.

### III. Operative Arbeit mit Agenten und Repressionspolitik

Seit dem Einmarsch der Roten Armee versetzten die von den Apparaten der NKWD-Frontbevollmächtigten durchgeführten Operationen – Razzien, Durchkämpfungsaktionen, die massenhafte Aushebung der erwachsenen deutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit in der UdSSR – durch ihre Unabwendbarkeit und ihre Ausmaße die Deutschen in Angst und Schrecken, lähmten ihren Willen zum Widerstand. Im Februar 1945 heißt es in einer Meldung der Politischen Abteilung des 16. Grenzregiments, daß sich die deutsche Bevölkerung, „in Furcht versetzt durch die deutsche Propaganda“, den einrückenden Truppen gegenüber beflissen verhält, „mit Angst erwarten sie ihr Schicksal, daß sie von den anwesenden NKWD-Truppen ausnahmslos vernichtet würden“<sup>159</sup>. „Bei der Durchsuchung eines Gebäudes mit 60 Wohnungen in Gleiwitz durch eine bewegliche Gruppe schlief keiner der Hausbewohner, obwohl es schon spät war, alle saßen angezogen in ihren Wohnungen.“<sup>160</sup>

Das Fehlen von speziell für die Arbeit in Deutschland ausgebildeten Mitarbeitern in den Operativen Gruppen und in den Truppen des NKWD erwies sich bald als schwerwiegendes Problem. In einem Bericht der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front für Januar 1945 heißt es dazu: „Die Unkenntnis der deutschen Sprache, des Schrifttums und der Dokumente verlangt bereits jetzt dringend die Ausgabe irgendwelcher einheitlicher Dokumente für die Zivilbevölkerung der deutschen Gebiete, die von der Roten Armee eingenommen wurden, damit die uns feindlich gesonnenen Elemente mit Erfolg ermittelt und festgesetzt werden können“.<sup>161</sup>

Dessen ungeachtet entfaltete man die repressive Tätigkeit. In einem Bericht vom 26. Mai 1945 an den Kommandeur des 157. Grenzregiments Oberstleutnant Mokryschew beschreibt der Kommandeur des 2. Bataillons des Regiments Major Rogatschew den Dienst der Unterabteilung Aufklärung des Bataillons „unter den neuen Bedingungen“: „Das operative Personal der Aufklärer arbeitet intensiv an der Ermittlung und Festnahme der feindlichen Elemente, dazu werden Infor-

---

<sup>154</sup> RGWA 32933/1/55, Bl. 79.

<sup>155</sup> Ebenda, 60.

<sup>156</sup> Kusnezow, Jow Sergejewitsch (1896–1951), Generalmajor; Mai 1946–Aug. 1949 Chef der MWD-/MGB-Truppen in Deutschland.

<sup>157</sup> RGWA 32933/1/61, Bl. 205.

<sup>158</sup> Ebenda, 66, Bl. 27-34.

<sup>159</sup> Ebenda, 32888/1/110, Bl. 18.

<sup>160</sup> Ebenda.

<sup>161</sup> Ebenda, 32891/1/125, Bl. 6.

manten und Ermittlungsagenten aus der deutschen Bevölkerung und aus anderen Nationen genutzt. Ein Mangel in der Arbeit der Unterabteilung Aufklärung besteht darin, daß nicht alle ihre Mitarbeiter bereits über die erforderliche Zahl von Agenten zur Ermittlung wie zur Identifizierung verfügen.“ Ein weiterer Mangel sei „die ungenügende Arbeit der Unterabteilung Aufklärung mit dem Ermittlungsaktiv hinsichtlich seiner Erziehung (Tschekestisierung)“. <sup>162</sup>

Die erhöhte Aufmerksamkeit für die Arbeit mit Agenten spiegelt sich auch in den Berichten der NKWD-Operativgruppen wider. Diese vermerkten in einer speziellen Rubrik, wie viele Deutsche nach Angaben von Agenten verhaftet wurden. So wird im Bericht der NKWD-Operativgruppe der Stadt Jessen für Oktober 1945 festgehalten, daß die Operative Gruppe „nach Hinweisen von Agenten“ 16 Personen verhaftete, nach „sonstigen Angaben der Aufklärung“ 19 Personen <sup>163</sup>. Im gleichen Bericht gibt der Chef der Operativen Gruppe an: „Im Berichtsmonat unternahm die Operative Gruppe große Anstrengungen zur Werbung von Agenten auf allen Arbeitsfeldern sowie zum Aufbau eines weitverzweigten Netzes in den Dörfern.“ <sup>164</sup> Die Geschäftsführung in den Operativen Gruppen der Kreise war derjenigen analog, wie sie in den territorialen Untergliederungen der Staatssicherheit in der UdSSR praktiziert wurde, sie zeichnete sich freilich durch eine gewisse Kompaktheit aus. Es wurden Journale geführt, in die Informationen über die Agenten und ihre Angaben eingetragen wurden, außerdem vermerkte man die Personen, die einer operativen Bearbeitung unterzogen wurden. Das ist dem Protokoll einer Geschäftsübergabe in der NKWD-Operativgruppe von Jessen zu entnehmen. <sup>165</sup>

Auf dem besetzten deutschen Gebiet wurden großangelegte Razzien durchgeführt. <sup>166</sup> In der Zeit vom 19. bis 21. Mai 1945 unternahmen in Dresden Kräfte der 58. Schützendivision der Inneren Truppen eine „Säuberung der Stadt“, bei der 31.503 Personen „unterschiedlichen Kontingents“ <sup>167</sup> festgenommen wurden. Die Entscheidung über die Durchführung solcher Operationen und die Einbeziehung der Truppen trafen in jedem Fall die „höheren operativen Chefs“ – die Frontbevollmächtigten des NKWD oder Führungskräfte der Spionageabwehr „Smersch“. Den Plan für die „Säuberung“ des Kreises Insterburg in Ostpreußen bestätigte beispielsweise am 3. März 1945 der Gehilfe des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ Generalmajor Bolotin <sup>168</sup>, und den Plan für die Durchführung von „operativen Maßnahmen unter Einsatz von Truppen“ im Kreis Insterburg bestätigte der Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 3. Belorussischen Front Selenin <sup>169</sup>.

Die Operativen Sektoren des NKWD-MWD für die Provinzen und Länder (von November 1946 an Sektoren des MGB) und ihre lokalen Organe, die Operativen Gruppen der Bezirke, Städte und Kreise, erfüllten in der SBZ die Funktionen einer politischen Polizei, zugleich führten und lenkten sie in operativer Hinsicht die deutsche Kriminalpolizei. Darüber hinaus zog man deutsche Polizeikräfte heran, wenn es um die Erfüllung der eigenen Aufgaben ging und deutsche Staatsbürger zu verhaften waren. Nach Aufzeichnungen des Polizeichefs von Sachsen-Anhalt

<sup>162</sup> So im Text des Dokuments. In: RGWA 32926/1/61, Bl. 294.

<sup>163</sup> Ebenda, 32883ju/1/79, Bl. 82.

<sup>164</sup> Ebenda, Bl. 81 Rs.

<sup>165</sup> Vgl. Dokument Nr. 112.

<sup>166</sup> Vgl. Dokumente Nr. 45, Nr. 46, Nr. 98, Nr. 109, Nr. 110 und Nr. 111.

<sup>167</sup> RGWA 32891/1/125.

<sup>168</sup> Ebenda, 38816/1/37, Bl. 189. – Bolotin, Grigori Samoilowitsch (1896–1990), Generalmajor; 1943–46 Gehilfe des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“, 1955 degradiert.

<sup>169</sup> RGWA 38816/1/37, Bl. 240–243. – Selenin, Pawel Wassiljewitsch (1902–1965), Generalleutnant; 1944–45 Chef der Verwaltung Spionageabwehr der 3. Ukrainischen Front, 1945–47 Chef der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD. 1948 aus gesundheitlichen Gründen in die Reserve versetzt, im Okt. 1951 inhaftiert wegen angeblicher Zersetzungstätigkeit innerhalb des MGB und 1952 zu Zwangsheilung mit Isolation verurteilt. 1954 wurde das Verfahren zwar eingestellt, doch im Dez. 1954 wurde ihm der Rang des Generalleutnants aberkannt.

waren 1946 von der deutschen Polizei in der Provinz 10.179 Personen „für die Verwaltung der SMA“ bzw. – wie es unter Deutschen hieß – „für den russischen NKWD“ verhaftet worden<sup>170</sup>.

Einen hohen Stellenwert in der Tätigkeit des NKWD-MGB-Apparats in Deutschland hatte der Kampf gegen „Spione“. Als Spionage wurde dabei schon jeder Versuch von Deutschen qualifiziert, Informationen über die Tätigkeit der sowjetischen Staatssicherheit in Deutschland zu sammeln. In der operativen Sammelmeldung Nr. 001 des 2. Bataillons des 105. Regiments für Januar 1949 ist beispielsweise zu lesen: „Nach Angaben des Chefs der Kreisabteilung des MGB für Friedrichshagen beobachten Geheimdienste ausländischer Staaten intensiv die Arbeit der MGB-Abteilungen. Sie erteilen ihren Agenten den Auftrag, die quantitative und qualitative Zusammensetzung des Personals der MGB-Abteilungen herauszufinden, ebenso das persönliche Verhalten der Mitarbeiter in der Arbeit und im Alltag, wann und wie sie zur Arbeit gehen, wie sie sich in der Freizeit bewegen. Zur Aufklärung nutzen sie Beobachter aus der ortsansässigen deutschen Bevölkerung und werben Reinemachefrauen an, die in den Abteilungen oder in den Wohnungen von operativen Mitarbeitern arbeiten.“<sup>171</sup>

Von der Führung des MGB in Deutschland wurden wahrhaft titanische Anstrengungen unternommen, um die eigene Tätigkeit zu tarnen, die Mitarbeiter streng zu isolieren und die Kontakte zur deutschen Bevölkerung auf ein Minimum zu beschränken.<sup>172</sup> Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Direktive der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland vom 7. Juli 1951, die den Mitarbeitern verbot, sich bei privaten deutschen Fotografen ablichten zu lassen<sup>173</sup>. Wer solche Verbote verletzte, wurde streng bestraft.<sup>174</sup>

Die Tätigkeitsfelder des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland und der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD waren wie folgt voneinander abgegrenzt: Die Abwehrverwaltung des MGB konzentrierte sich als militärische Spionageabwehr völlig auf die in der SBZ stationierten Truppenteile. In den Tätigkeitsbereich der militärischen Abwehr fielen die Militärangehörigen, ihre Familien, die Bewohner militärischer Siedlungen und nur jene Deutschen, die Kontakte zu diesem Personenkreis hatten. Der Apparat des MGB-Bevollmächtigten dagegen spielte in der gesamten Ostzone die Rolle der politischen Geheimpolizei, deren Tätigkeit sich auf die gesamte deutsche Bevölkerung und alle sowjetischen Staatsbürger richtete, mit Ausnahme der Militärangehörigen, mit denen sich wie gesagt die militärische Abwehr befaßte. Eine weitere sehr wichtige Aufgabe des Apparats des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland war (vor allem ab Anfang der fünfziger Jahre) die nachrichtendienstliche Aufklärung in Westdeutschland und den Nachbarstaaten.

Die von den Untersuchungsorganen des Apparats des MGB-Bevollmächtigten bearbeiteten Verfahren verlangten eine Verhandlung vor Ort, vor einem ordentlichen Tribunal. Zunächst waren alle abgeschlossenen Untersuchungsverfahren zur Verhandlung an Militärtribunale von Armeeverbänden übergeben worden, die in Deutschland stationiert waren. Später wurde durch die geheime Verfügung des Ministerrats der UdSSR Nr. 10659rs vom 5. September 1946 ein Militärtribunal bei der SMAD mit einem Stellenplan von 19 Personen eingesetzt<sup>175</sup>.

---

<sup>170</sup> GARF 8131/37/3418, Bl. 7.

<sup>171</sup> RGWA 32933/1/66, Bl. 10.

<sup>172</sup> Vgl. Dokumente Nr. 217 und Nr. 227.

<sup>173</sup> Ebenda, 68, Bl. 143. – Bereits am 16. März 1948 wurde Militärangehörigen und sowjetischen Zivilisten in der SBZ verboten, Tagebuch zu führen, sich mit Pornographie abzugeben oder sich mit deutschen Frauen fotografieren zu lassen, weil derlei Gefahren für den Familienfrieden in der Sowjetunion mit sich bringe. Als Bestrafung wurde bei Zuwiderhandlung paradoxerweise die Abkommandierung in die Heimat angedroht. In: GARF 7103/1/56, Bl. 56.

<sup>174</sup> Vgl. Dokumente Nr. 235 und Nr. 237.

<sup>175</sup> ZA FSB 4-os/4/46. Mit diesem Beschluß erhielt das bereits seit Juni 1945 bestehende Militärtribunal der GSBSD einen formellen Status.

Die Härte, mit der die sowjetische Staatssicherheit bei ihren Repressionen gegen die deutsche Bevölkerung vorging, stand im Widerspruch zu den von der SED-Führung um Ulbricht<sup>176</sup> und Pieck<sup>177</sup> proklamierten Grundsätzen. Viele Fälle, in denen Mitarbeiter des Apparats des MGB-Bevollmächtigten offene Plünderungen, Unterschlagungen oder politische Morde begingen, drangen in die Öffentlichkeit. Die Moskauer Führung war gezwungen zu reagieren. Um den Schein zu wahren, wurden zahlreiche Mitarbeiter bestraft, wenngleich nicht allzu hart. Daß festgenommene bzw. verhaftete Deutsche während eines Verhörs oder aus Gründen der Provokation zu Tode kamen, untergrub den Glauben der Bevölkerung an die vorgetäuschte „Humanität“ der Besatzungsmacht. Dabei waren solche Arbeitsmethoden unvermeidlicher Bestandteil der Tätigkeit des MGB, sie wurden in der UdSSR umfassend praktiziert. Darauf zu verzichten wäre für die Tschekisten ganz undenkbar gewesen. In Fällen, in denen solche Methoden des MGB nach außen gedrungen waren, mußte man natürlich Maßnahmen ergreifen. Als zum Beispiel im Februar 1947 der Verdacht aufkam<sup>178</sup>, daß eine Deutsche auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht umgebracht worden war, wurden Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB in Sachsen-Anhalt bestraft. Der Chef des Operativen Sektors Martirossow wurde von seinem Posten entfernt und in die UdSSR zurückgeschickt. Allerdings waren die Strafen für sadistische Untersuchungsführer in der Regel nicht allzu streng. So wurden Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg, zwei alte Untersuchungsrichter, bei deren Verhör ein deutscher Untersuchungshäftling starb, nur zu drei Jahren Haft verurteilt.

Nach den zahlreichen Verhaftungen, die 1945 in der SBZ vorgenommen wurden, brachte die Folgezeit keine Milderung der Strafpolitik. Zwar gab es 1946 und 1947 weniger Verhaftungen durch den Apparat des MGB-Bevollmächtigten als 1945, doch ihre Anzahl blieb noch recht hoch. Am 28. Februar 1948 informierte Abakumow Molotow<sup>179</sup> darüber, daß 1947 auf dem Territorium der Sowjetischen Zone insgesamt 4.308 „feindliche Elemente“ aus der deutschen Bevölkerung verhaftet wurden<sup>180</sup>.

Von Zeit zu Zeit starteten die sowjetischen Tschekisten großangelegte Operationen, die sich auf die gesamte Besatzungszone erstreckten und bei denen alle verdächtigen Personen aufgegriffen werden sollten.<sup>181</sup> Eine solche Operation wurde beispielsweise im April 1948 durchgeführt. Über diese umfassenden Säuberungen und Razzien in der SBZ informierte Abakumow Stalin, Molotow und Kusnezow<sup>182</sup> in seinem Schreiben Nr. 4144/A vom 22. Mai 1948, in dem er Kowaltschuks Angaben über die vom 27. bis 30. April 1948 durchgeführte „Operation zur Festnahme von Spionen und verdächtigen Elementen“ wiedergab. Dabei hatte man Ortschaften, Bahnhöfe, Häfen, Gaststätten, Hotels, Spelunken u.a. systematisch durchkämmt. Festgenommen wurden 19.717 Personen, darunter 120 Mitarbeiter der SMAD, doch der weitaus größte Teil der Festgenommenen waren Deutsche oder Staatsbürger anderer Staaten (17.699). Die „Filtration“ der Festgenommenen brachte folgendes Ergebnis:

<sup>176</sup> Ulbricht, Walter (1893–1973), 1946–50 stellvertretender Vorsitzender der SED, 1949/50–71 Mitglied des Politbüros des Parteivorstandes bzw. des ZK, Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der SED, 1949–60 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

<sup>177</sup> Pieck, Wilhelm (1876–1960), 1945–46 Vorsitzender der KPD, 1946–49 Mitvorsitzender der SED, 1949–60 Staatspräsident der DDR.

<sup>178</sup> Vgl. Dokument Nr. 135.

<sup>179</sup> Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1890–1986), 1939–49 und 1953–56 Volkskommissar/Minister des Äußeren der UdSSR, 1953–57 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

<sup>180</sup> ZA FSB 4-os/6/26, Bl. 129–150.

<sup>181</sup> Ab Jan. 1947 sollten solche Aktionen alle zwei Monate durchgeführt werden und die entsprechenden Befehle auf regionaler Ebene erlassen werden.

<sup>182</sup> Kusnezow, Alexei Alexandrowitsch (1905–1950), ab 1939 Mitglied des ZK, Apr. 1946–Juni 1948 Leiter der ZK-Kaderverwaltung und bis Jan. 1949 Sekretär des ZK der WKP(B), Mitglied des Organisationsbüros des ZK, 1949 verhaftet, 1950 hingerichtet, 1954 rehabilitiert.



Verhaftungen – 18,  
Übergabe an die Verwaltung Spionageabwehr des MGB – 76,  
Übergabe an die Staatsanwaltschaft – 1,  
Abschiebung in die UdSSR – 3,  
Übergabe an die deutsche Polizei – 761,  
Freigelassen – 18.104.

Die übrigen 295 Personen befanden sich noch, wie es in der Mitteilung hieß, in der Phase der Überprüfung<sup>183</sup>.

Der Apparat der sowjetischen Staatssicherheit in Deutschland unterstand nicht der SMAD, sondern direkt dem Ministerium für Staatssicherheit und Minister Abakumow in Moskau. Dabei spielte der Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland eine höchst wichtige Rolle innerhalb der SBZ. Das ist allein schon daraus zu entnehmen, daß von den 348 Führungskräften der SMAD, die am 24. Juni 1948 Orden verliehen bekamen, mindestens 40 der Ausgezeichneten (d. i. 11,5 Prozent) aus dem Apparat der MGB-Bevollmächtigten in Deutschland oder aus den Operativen Sektoren des MGB der Länder kamen<sup>184</sup>.

Eine sehr große Rolle spielte der Apparat des MGB-Bevollmächtigten bei der verdeckten Kontrolle der politischen Parteien und überhaupt der politischen Situation in der SBZ.<sup>185</sup> Die rücksichtslose Einmischung der sowjetischen Staatssicherheit in die Angelegenheiten der regierenden SED stieß mitunter sogar bei den Mitarbeitern der SMAD auf Protest.<sup>186</sup> Aufmerksam verfolgten die sowjetischen Tschekisten den „Parteiaufbau“ in den „bürgerlichen“ Blockparteien und lenkten diese in die gewünschte Richtung. Notfalls durchkreuzten sie auch die „schädlichen“ Versuche dieser Parteien, ihren Einfluß zu verstärken. Beispiele für Aktivitäten dieser Art gibt es nicht wenige. So wird in einer operativen Sammelmeldung für Juli 1947 festgestellt, die Abteilungen des MGB-Operativsektors für das Land Sachsen hätten Maßnahmen ergriffen „zur Aufdeckung der praktischen Aktivitäten, die von der LDP-Führung der SBZ unternommen wurden, um eine eigene selbständige Jugendorganisation aufzubauen“<sup>187</sup>. Mit nicht nachlassender Aufmerksamkeit bedachte die sowjetische Staatssicherheit auch die führenden Funktionäre der SED. Über ihre Beziehungen untereinander, die Vorgänge hinter den Kulissen, die Sitten und Gebräuche unter ihnen – über all das wurde Stalin regelmäßig vom Minister für Staatssicherheit der UdSSR informiert. Beispielsweise richtete Abakumow am 16. April 1949 an den Kreml die Mitteilung Nr. 5302/A „über das Verhalten des Vorsitzenden des Parteivorstands der SED Grotewohl im persönlichen Leben“<sup>188</sup>.

#### IV. Rechtsbefugnisse sowjetischer Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR

Mit der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 ging in Deutschland „die oberste Regierungsgewalt [...], einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“

---

<sup>183</sup> ZA FSB 4-os/6/9, Bl. 123-134.

<sup>184</sup> Wedomosti Werchnowo Soweta SSSR vom 2. Juli 1948.

<sup>185</sup> Vgl. Dokumente Nr. 155, Nr. 156, Nr. 157, Nr. 161 und Nr. 163.

<sup>186</sup> Vgl. Dokument Nr. 150.

<sup>187</sup> RGWA 32883/1/95, Bl. 107.

<sup>188</sup> RGANI. Kartei der in das ZK der WKP(B) eingehenden Korrespondenz. – Grotewohl, Otto (1894–1964), 1945–46 geschäftsführender Vorstand der SPD, 1946–54 Mitvorsitzender der SED, 1949–64 Mitglied im Politbüro des ZK der SED, 1949–64 Ministerpräsident/Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

auf die Regierungen der „Vier Mächte“ über<sup>189</sup>. Artikel 2 dieser Deklaration legte im Absatz e) ausdrücklich fest, daß zivile Polizeieinrichtungen von den Alliierten Vertretern bestimmt werden.

Nach der „Feststellung“ der Regierungen Großbritanniens, der USA und der UdSSR sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 übten die militärischen Oberbefehlshaber die oberste Gewalt jeder „in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ aus.

Zur Verwaltung der SBZ entstand am 9. Juni 1945 eine „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD). Nach der Bildung der DDR übertrug die SMAD mit der Erklärung vom 10. Oktober 1949 die von ihr bis dahin ausgeübten Verwaltungsfunktionen der Provisorischen Regierung der DDR. Zur „Kontrolle über die Erfüllung der Potsdamer und der anderen Deutschland betreffenden gemeinsamen Viermächtebeschlüsse“ durch die DDR-Regierung wurde am 11. Oktober 1949 in Berlin eine „Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) geschaffen<sup>190</sup>, deren Aufgaben 1953 die „Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland“ übernahm. Mit der Erklärung der Regierung der UdSSR vom 25. März 1954 wurde der DDR unter dem Vorbehalt der Wahrnehmung der Vier-Mächte-Verpflichtungen die Souveränität<sup>191</sup> gewährt und die Kontrolle durch die Hohe Kommission beendet. Formell löste ein Beschluß des Ministerrats der UdSSR vom August 1954 die Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland auf und stellte fest, daß Befehle der SMAD und SKK und auch „die in den Jahren 1945 bis 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der Vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und andere Verordnungen auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit verlieren“.<sup>192</sup> Nach Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland durch Erklärung der sowjetischen Regierung vom 25. Januar 1955<sup>193</sup> erfolgte nach dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt am 14. Mai 1955<sup>194</sup> im Vertrag vom 20. September 1955<sup>195</sup> sowie im sogenannten Stationierungsabkommen vom 12. März 1957<sup>196</sup> eine umfassende völkerrechtliche Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.

Die allgemeinen politischen Proklamationen der vier Besatzungsmächte wurden durch die Gesetzgebung des Kontrollrats konkretisiert. Fragen der inneren Sicherheit und der Strafvollmachten der Besatzungsmächte regelte das Kontrollrats-Gesetz Nr. 4 vom 30. Oktober 1945 über die „Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens“. Im Artikel 3 entzog es deutschen Gerichten die Rechtshoheit bei Verfolgung „strafbare[r] Handlungen, die sich gegen die alliierten Besat-

<sup>189</sup> Berliner Erklärung der Vier Alliierten vom 5. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1968, S. 43–51.

<sup>190</sup> Erklärung des Obersten Chefs der SMAD, Armeegeneral Tschuikow vom 10. Okt. 1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. I, Berlin (Ost) 1954, S. 229–231, hier S. 231. In den wesentlichen Punkten entspricht dem auch die Erklärung des Vorsitzenden der SKK in Deutschland Tschuikow vom 11. Nov. 1949 zur Bildung der SKK, in: Ebenda, S. 236–237.

<sup>191</sup> Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954 über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR, in: Ebenda, S. 303–304.

<sup>192</sup> Regierung der UdSSR beschließt Aufhebung von Befehlen der SMAD und der SKK/6. Aug. 1954, in: Ebenda, S. 274, sowie Beschluß der Regierung der UdSSR: Über die Auflösung der Hohen Kommission der UdSSR in Deutschland, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III, Berlin (Ost) 1956, S. 284–285. Prawda, Moskwa, vom 25. Jan. 1955.

<sup>194</sup> Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den Volksrepubliken Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik.

<sup>195</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III, Berlin (Ost) 1956, S. 280–283.

<sup>196</sup> Abkommen über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen vom 12. März 1957, mit Notenaustausch vom 27. April 1957, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. V, Berlin (Ost) 1958, S. 677–685.

zungsmächte richten“ sowie „strafbare[r] Handlungen, die von Nazis oder von anderen Personen begangen wurden und die sich gegen Staatsangehörige Allierter Nationen oder deren Eigentum richten, sowie [von] Versuche[n] zur Wiederherstellung des Naziregimes oder zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Naziorganisationen“<sup>197</sup>. Das Gesetz Nr. 4 stand in der Rechtskontinuität der Moskauer Deklaration vom 31. Oktober 1943<sup>198</sup>, auf die sich das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 „über Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben“<sup>199</sup>, ausdrücklich bezog. Diese Bestimmungen ergaben sich bereits aus dem Kontrollrats-Gesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 über die Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie dem strafbewehrten Verbot ihrer Neubildung. Nach Artikel III des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 waren die Besatzungsmächte berechtigt, innerhalb ihrer Besatzungszonen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Zugehörigkeit zu verbrecherischen Organisationen im Sinne des Urteils des Internationalen Militärtribunals vor ihre eigenen Gerichte zu bringen<sup>200</sup>. Die Prozedur legte die Direktive des Kontrollrats Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 fest.<sup>201</sup> Sie ließ darüber hinaus „die Internierung von Deutschen zu, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind“<sup>202</sup>. Nach Abschnitt III des Artikels III erstreckte sich die Geltungskraft der Direktive ausdrücklich auch auf jenen Personenkreis, der „nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt [...] noch gefährdet.“<sup>203</sup> Ähnlich weitreichende und auslegbare Vollmachten enthielt die Direktive des Kontrollrats Nr. 24 vom 12. Januar 1946 über die „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“.<sup>204</sup> Außerdem waren Gerichte der Militärregierung beispielsweise ausdrücklich zur Verfolgung von Verstößen gegen das Verbot des Waffenbesitzes nach Kontrollrats-Befehl Nr. 2 vom 7. Januar 1946 und von Verstößen gegen das im Kontrollrats-Gesetz Nr. 43 vom 30. Dezember 1946 ausgesprochene Verbot der Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung und Lagerung von Kriegsmaterial befugt.<sup>205</sup>

Unabhängig von solchen weitreichenden besatzungsrechtlichen Normen wandte die sowjetische Besatzungsmacht in der SBZ ihr nationales Recht an. Formelle Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsapparats in der SBZ stellte der NKWD-Befehl Nr. 00780 vom 4. Juli 1945 dar: Er hob die noch vom Kriegsgeschehen geprägten NKWD-Befehle Nr. 0016<sup>206</sup> und Nr. 0061<sup>207</sup> auf und erweiterte gleichzeitig die Vollmachten des Befehls Nr. 00315 vom

---

<sup>197</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin, Nr. 2 vom 30. Nov. 1945, S. 26-27.

<sup>198</sup> Darin einigten sich die USA, Großbritannien und die UdSSR auf das Prinzip, dem Deutschen Reich teilweise die Gerichtshoheit zu entziehen und die im Titel des Gesetzes Nr. 10 genannten Verbrechen einschließlich der Zugehörigkeit zu Organisationen, die später vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg für verbrecherisch erklärt wurden, nach Gesetzen des Gewahrsamsstaates und in jenen Ländern zu ahnden, in denen diese Verbrechen begangen wurden.

<sup>199</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 50-55.

<sup>200</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 50-55.

<sup>201</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 11/31. Okt. 1946, S. 184-194.

<sup>202</sup> Ebenda, S. 184.

<sup>203</sup> Ebenda., S. 188.

<sup>204</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 5 vom 31. März 1946, S. 98-115.

<sup>205</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 13 vom 31. Dez. 1946, S. 234-239.

<sup>206</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>207</sup> Vgl. Dokument Nr. 5.

18. April 1945<sup>208</sup> dahingehend, daß nunmehr auch nach der deutschen Kapitulation neu entstandene antisowjetische Organisationen und Gruppen zu bekämpfen waren<sup>209</sup>. Dieser Befehl blieb bis Februar 1954 in Kraft<sup>210</sup>.

Darüber hinaus wurde auf die SBZ nicht nur die Geltungskraft des Strafgesetzbuches der RSFSR ausgedehnt, sondern auch die in der Sowjetunion übliche Praxis der außergerichtlichen strafrechtlichen Ahndung. Nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR war beispielsweise Spionage, Diversion, Terror, antisowjetische Agitation und Propaganda, konterrevolutionäre Sabotage, Mitgliedschaft in antisowjetischen Organisationen mit Freiheitsentzug nicht unter 25 Jahren be- wehrt. Einige dieser Tatbestände standen im offenen Widerspruch zu internationalen Rechts- normen. Unvereinbar mit der allgemeinen Rechtsnorm wie zivilisatorischen Grundsätzen war insbesondere der Artikel 17 dieses Strafgesetzbuches, wonach der bloße Vorsatz selbst dann strafbar war, wenn zu dessen Durchführung weder Mittel noch Gelegenheit vorlagen, also bloße „Gesinnung“ als Straftat gewertet und sehr oft mit dem Tode bestraft wurde. Bis zum Beschluß des Obersten Gerichts der UdSSR vom 5. Februar 1953 wurde gegen Ausländer nach „Gesetzen der Kriegszeit“ verfahren, wobei bis zum 19. April 1956 gegen Urteile wegen „konterrevolutio- närer Tätigkeit“ nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR Berufung grundsätzlich nicht zugelassen war. Das letzte bekannte Urteil gegen einen Deutschen in der DDR fällte ein sowjeti- sches Militärtribunal am 24. Oktober 1955. Erst das bereits genannte Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. März 1957 legte fest, daß Straftaten gegen sowjetische Truppen in der DDR nach DDR-Recht zu bestrafen sind. Diese abstrakte Norm, später in zahlreichen Vereinbarungen konkretisiert, wurde allerdings niemals in der Praxis umgesetzt.

## V. Einfluß der Struktur der Besatzungsverwaltung auf die Tätigkeit der Sicherheitsorgane

Die Stellung des sowjetischen Sicherheitsapparates in der SBZ/DDR war nicht nur das Ergebnis der Wahrnehmung seiner rechtlichen Kompetenzen nach internationalem und sowjetischem Recht, sondern auch seiner herausragenden Funktion und Position innerhalb der Besatzungsver- waltung. Das NKWD/das MWD bzw. ab August 1947 das MGB<sup>211</sup> betreute das gesamte System der streng geheimen Nachrichtenverbindungen (sogenannte WTsch-Verbindungen<sup>212</sup>). Davon un- abhängig kontrollierte die Militärzensur des NKGB/MGB in der SBZ seit Kriegsende alle Systeme sowohl der geheimen behördlichen und polizeilichen Kommunikation als auch die gesamten Postverbindungen einschließlich der gewöhnlichen Briefpost. Abwehraufgaben nahm der MGB- Apparat innerhalb des sowjetischen Personals und in der deutschen Bevölkerung wahr. Der Ein- fluß der ab Herbst 1946 in mehreren Schritten verschärften Geheimhaltung auf die Arbeitsweise und Personalpolitik der SMAD wird evident, wenn man beachtet, daß SMAD-Befehl Nr. 0010 vom 19. Februar 1947 die neuerliche Überprüfung aller in den Jahren 1945 und 1946 erteilten Zulassungen von SMAD-Mitarbeitern zum Umgang mit geheimen Unterlagen und eine Mini- mierung der von der SMAD beschäftigten deutschen Angestellten anordnete.<sup>213</sup> Im Mai 1949 befahl der Oberste Chef der SMAD nach entsprechender Direktive des Chefs des Generalstabes

---

<sup>208</sup> Vgl. Dokument Nr. 11.

<sup>209</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

<sup>210</sup> Er wurde durch MWD-Befehl Nr. 0099 vom 16. Feb. 1954 aufgehoben.

<sup>211</sup> GARF 9401/2/170, Bl. 346-349.

<sup>212</sup> WTsch für „wyssokaja tschistota“, d.i. Hochfrequenz. Abkürzung für das abhörsichere Fernmeldesystem.

<sup>213</sup> Stab der SMAD Nr. 6/003222 vom 27. Juni 1947, in: GARF 7317/7/42, Bl. 33-40.

vom 4. Mai 1949, alle SMAD-Beschäftigten, die keine explizite Zulassung durch das MGB besaßen, sofort von der Arbeit mit Geheimmaterial auszuschließen. Ohne schriftliche Genehmigung des MGB dürfe künftig niemand Zugang zu geheimen Schriftstücken haben, ein Verstoß gegen diese Bestimmungen werde als Verrat militärischer und Staatsgeheimnisse bestraft. Aufgrund dieser Neuordnung mußten innerhalb eines Monats alle bis 1947 erteilten Zulassungen erneuert werden<sup>214</sup>.

Das MGB war aber auch deshalb ein bestimmender Machtfaktor auf dem Gebiet der Personalpolitik, weil Truppenoffiziere nach militärischen Dienstvorschriften und Zivilpersonen nach zivilem sowjetischem Verwaltungsrecht Weisungen von MGB-Mitarbeitern Folge zu leisten hatten. Umgekehrt schuldete ein Geheimdienstangehöriger nur seinem fachlichen („operativen“) Dienstvorgesetzten Gehorsam, sogar einem ranghöheren militärischen („disziplinarischen“) Dienstvorgesetzten durfte er falsche Auskünfte geben. So leistete sich Generaloberst Serow etwa gegenüber seinem Vorgesetzten Marschall Schukow nicht nur objektiv Befehlsverweigerung, sondern informierte ihn sogar vorsätzlich falsch, wie er später selbstbewußt Stalin berichtete<sup>215</sup>.

Unter dem Vorbehalt der „Bestätigung“ durch die jeweils territorial und fachlich zuständigen Besatzungsorgane stand grundsätzlich auch jede personalpolitische Maßnahme der ostdeutschen Verwaltung. Doch solche Fachaufgaben nahmen die Operativen Gruppen ursprünglich unmittelbar wahr. Mit der Direktive des Hauptquartiers des sowjetischen Oberkommandos vom 20. April 1945 über die Bildung deutscher Verwaltungsorgane<sup>216</sup> und der Bildung des Amtes eines Stellvertreters des Oberbefehlshabers für Zivilverwaltung im gleichen Monat wurde der Amtsinhaber mit allen Kompetenzen „bei der Organisierung der örtlichen Verwaltung [und] der Ernennung von Bürgermeistern, Polizeichefs, Gemeindevorstehern und Mitarbeitern von Gerichten und Staatsanwaltschaften“ ausgestattet, er war unmittelbar dem NKWD der UdSSR verantwortlich<sup>217</sup>. Am 6. Juni 1945 wurde der zuständige Stellvertreter des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front Generaloberst Serow zwar formell zum Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung bestellt, doch diese Fachaufgaben verlagerte er nicht vollständig in den für diese Aufgaben geschaffenen Kommandanturdienst der SMAD, so daß in der SBZ eine „Doppelherrschaft“ der Kommandanturen und der Sonderstruktur des NKWD entstand.<sup>218</sup>

Im Zuge der Nachkriegsreorganisation des sowjetischen Sicherheitsapparates verblieben in der Kompetenz des MWD in der SBZ – außer seinen im Rahmen der SMAD wahrgenommenen Fachaufgaben – nur noch die Internierungslager für Amtsträger des NS-Systems und Gefängnisse für gerichtlich verurteilte Deutsche, während die Untersuchungsgefängnisse für politische Übertritter ausdrücklich dem MGB unterstellt wurden. Obwohl der Apparat des MGB in der SBZ 1946/47 aus der allgemeinen Besatzungsverwaltung, in die er aufgrund der vorangegangenen

---

<sup>214</sup> Stab der SMAD Nr. 6/00411 vom 25. Mai 1949, in: GARF 9409s/1s/39, Bl. 35ff.

<sup>215</sup> Vgl. Serow/Stalin/8. Feb. 1948, in: *Wojennyje archiwy* 1/1993, S. 208-213, hier S. 209. – Schukow, Georgi Konstantinowitsch (1896–1974), Marschall der Sowjetunion; Ab 1942 Erster stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR und stellvertretender Oberster Befehlshaber. Nahm am 8. Mai 1945 als Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front die Kapitulation der deutschen Wehrmacht entgegen. 1945–46 Oberbefehlshaber der GSBSD und Oberster Chef der SMAD. Danach für kurze Zeit Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte und stellvertretender Minister für die Verteidigung der UdSSR, 1946–53 Chef der Militärbezirke Odessa und Nord-Ural, ab 1953 Erster Stellvertreter und 1955–57 Minister für Verteidigung der UdSSR; 1941–46 Kandidat des ZK der WKP(B), 1952–57 Mitglied des ZK und 1956 Kandidat sowie 1957 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, ab 1958 im Ruhestand. 1939, 1944, 1945 und 1956 Held der Sowjetunion.

<sup>216</sup> Abgedruckt in: Scherstjanoi, Elke (Hg.): *Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen*, München 2004, S. 145. Siehe auch: Foitzik, Jan: *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999, S. 331f.

<sup>217</sup> Der Vorsitzende des GKO Stalin/Anordnung vom 22. Apr. 1945, in: GARF 9401/2/95, Bl. 319-320.

<sup>218</sup> Petrow, Nikita W.: *SWAG i nemezkie organy samouprawlenija*, Moskwa 2006, S. 30-31.

Organisationspolitik und fachlicher Kompetenzzuweisung geraten war, formell ausgegliedert wurde, blieb er konspirativ weiterhin in die reguläre SMAD-Struktur integriert. In den westlichen Besatzungszonen beispielsweise wurden die sowjetischen Repatriierungs- und Reparations-einrichtungen genutzt, um die Aufklärungstätigkeit zu tarnen. Geheimdienstoffiziere waren auch in Leitungen zentraler Fachinstanzen der SMAD präsent. Im Amtsbereich des Politischen Beraters der SMAD/der SKK war beispielsweise der für Deutschland zuständige Chef der sowjetischen Auslandsaufklärung als Stellvertreter „eingebaut“<sup>219</sup>: 1945–46 Oberst A. M. Korotkow<sup>220</sup>, 1946–48 Generalmajor L. A. Malinin, 1947–50 W. F. Rasin<sup>221</sup> und 1949–52 Generalleutnant I. I. Iljitschow<sup>222</sup>.

Grundsätzlich war die sowjetische Besatzungsverwaltung auf die Hilfe von Deutschen angewiesen. Schon die ersten internen Weisungen vom Frühjahr 1945 enthielten die Forderung, „antifaschistisch eingestellte“ Personen als „Informatoren“ der Kommandanturen zu gewinnen, um die Stimmung der Bevölkerung auszuforschen.<sup>223</sup> Ebenfalls lassen sich Initiativen zur Bildung gemischter deutsch-russischer Einrichtungen belegen, die als sowjetische Dienststellen legalisiert deutsche Mitarbeiter beschäftigten. Sie durchliefen oft mehrere Einrichtungen, in denen ihre fachliche und politische Eignung überprüft wurde, bevor solche Organisationseinheiten aus der

<sup>219</sup> Murphy, David E.; Kondrashev, Sergei A.; Bailey George: *Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War*, New Haven, London 1997, S. 21, S. 33 und S. 47.

<sup>220</sup> Korotkow, Alexandr Michailowitsch (1909–1961). Oberst; nach Abschluß der Mittelschule ab 1928 in der Staatssicherheit, ab 1933 in der Aufklärung in Westeuropa eingesetzt, 1934–38 in Paris, 1939 vorübergehend aus der Staatssicherheit entlassen, 1940–41 Resident des NKGB in Berlin, 1941–45 Chef der 1. (deutschen) Abteilung der 1. Verwaltung des NKGB; 1932 Kandidat und 1939 Mitglied der WKP(B). Ab April 1945 in Deutschland als Resident der Ersten Hauptverwaltung des NKGB, Okt. 1945–Feb. 1946 als Chef der sowjetischen Auslandsaufklärung in der SBZ auf der Planstelle des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD, 1946–50 stellvertretender Chef der Verwaltung für Auslandsaufklärung bzw. Chef der Verwaltung für illegale Auslandsaufklärung des MGB der UdSSR bzw. 1947–50 in gleicher Funktion beim Informationskomitee beim Außenministerium der UdSSR und ab 1950 Mitglied des Informationskomitees, 1950–53 stellvertretender Chef des Büros Nr. 1 des MGB (zur Durchführung von Diversions- und Terrorakten im Ausland), 1953 wieder Chef der Verwaltung für illegale Auslandsaufklärung des MGB, 1953–54 Chef und 1954–57 stellvertretender Chef der Ersten Hauptverwaltung Aufklärung des KGB der UdSSR; 1956 Generalmajor; 1957–61 Chef der KGB-Vertretung beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

<sup>221</sup> Rasin, Wassili Fjodorowitsch (auch: Wassili Trifonowitsch Rasin und Wassili Petrowitsch Roschtschin, eigentlich Jakow Fjodorowitsch Tischtchenko) (1903–1988). 1920 WKP(B), ab 1925 in den Aufklärungsorganen der Roten Armee, ab 1925 Mitarbeiter des Generalkonsulats der UdSSR in Charbin/China und 1926–29 der dortigen Residentur der sowjetischen Auslandsaufklärung, 1929 Mitarbeiter der Auslandsaufklärung in Wladiwostok, 1930–32 stellvertretender Chef der 5. Abteilung der NKWD-Hauptverwaltung, ab 1932 Mitarbeiter der sowjetischen Auslandsaufklärung des NKWD in Deutschland und 1935–38 Resident in Österreich; 1938 aus der Staatssicherheit entlassen und 1941 reaktiviert, ab 1941 Chef einer Unterabteilung der 4. Verwaltung des NKGB; 1943–45 Resident der Auslandsaufklärung in Schweden, 1945–47 in Finnland und 1947–50 in Berlin. Offiziell 1947–49 Vierter Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD für Sonderfragen und Chef der Konsularabteilung. 1950–53 im Moskauer Zentralapparat für Auslandsaufklärung tätig, 1953 pensioniert.

<sup>222</sup> Iljitschow, Iwan Iwanowitsch (1905–1983). 1925 WKP(B), ab 1929 in der Roten Armee, 1938 Absolvent der Militärpolitischen Lenin-Akademie, 1938 Chef der Politischen Abteilung der Aufklärungsverwaltung des Generalstabes (GRU), 1942 Generalleutnant, 1942–43 Chef und 1943–47 stellvertretender Chef der GRU, 1948–49 stellvertretender Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR. Ab Juli 1949 Stellvertreter und ab Okt. 1949 Erster Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD und anschließend bis 1952 der SKK, 1952–53 Chef der Diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR (ab Juni 1952 im Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters), Juni 1953–Juli 1955 Hochkommissar der UdSSR in Österreich, 1956–66 Leiter der 3. Europäischen Abteilung, 1966–68 Botschafter in Dänemark, 1968–75 zuletzt Abteilungsleiter in der Planungsverwaltung des Außenministeriums der UdSSR, ab 1975 im Ruhestand.

<sup>223</sup> Entwurf/Weisungen der Militärärzte der Fronten, der Militärärzte der Armeen/[o.D.], in: AWP RF 457a/1/13/2, Bl. 111–116.

unmittelbaren Abhängigkeit der Besatzungsmacht entlassen und als deutsche Einrichtungen profiliert wurden. Ein frühes Beispiel bietet etwa die „Berliner Zeitung“, die ursprünglich von der 1. Belorussischen Front herausgegeben wurde. Im September 1945 beantragte die Zeitung bei der SMAD mit Erfolg die Genehmigung zur Bildung einer „Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Dokumente“, die als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert, die Suche und Sammlung von Dokumenten aus der NS-Zeit im Auftrag des ZK der KPD als Geschäftszweck angab. Zusammen mit dem Berliner Magistrat und der „Deutschen Volkszeitung“, dem Zentralorgan der KPD, sollte die Gesellschaft, „an deren Spitze unsere Leute stehen“, zu einem Drittel Miteigner sein, um „eine Mehrheit des Magistrats zu verhindern“.<sup>224</sup> Laut Bearbeitungsvermerk stimmte Marschall Schukow der Bildung der Gesellschaft zu und am 2. Oktober 1945 verabschiedete der Berliner Magistrat ihre Satzung. Einige archivalische Spuren solcher Einrichtungen lassen sich gar nicht eindeutig einordnen. Beispielsweise ein durch den Geheimbefehl der SMAD vom 4. November 1946 geschaffenes „deutsches Büro zum Studium der Presse“, dessen 113 deutsche Mitarbeiter aus deutschen Budgets zu finanzieren, aber der Propagandaverwaltung der SMAD zu unterstellen waren<sup>225</sup>, oder ein mit 250 Planstellen ausgestattetes „Büro für Aufklärung und kulturellen Aufbau“ zur Ausforschung der Stimmung der Bevölkerung sowie Koordinierung der Informations- und Propagandaaarbeit, das formell dem Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung angeschlossen werden sollte.<sup>226</sup> Die Frage, was real oder fiktional in ihrem Amtsbereich war, beschäftigte zwar oft die deutschen Amtschefs, wie aus der Aktenüberlieferung vielfach hervorgeht. Im Hinblick auf die Geheimhaltungspraxis ist diese Frage jedoch unerheblich.

Komplexere Metamorphosen institutioneller und personeller Art machte das Informationsbüro der SMAD (auch genannt: Sowjetisches Nachrichtenbüro, abgekürzt: SNB) durch, das mit der Sammlung „laufender Informationen über internationales und innerdeutsches Leben für das SMAD-Kommando sowie von Informationen für die Regierung über politische und ökonomische Fakten in allen vier Besatzungszonen“<sup>227</sup> beauftragt war. Mit SMAD-Befehl Nr. 069 vom 29. März 1946 verfügte das SNB über eine Abteilung Wirtschaftsinformation mit 14 Stellen für sowjetisches Personal in der Zentrale und 18 in den Bezirken<sup>228</sup>. Wie deutsche Zeitzeugen berichteten, stand die Sammlung von Berichten aus dem ökonomischen, sozialen und politischen Bereich im Mittelpunkt des Büros<sup>229</sup>.

Im September 1946 beschäftigte das Büro bereits 184 sowjetische Mitarbeiter. Es unterhielt Korrespondenten-Abteilungen in Berlin und in den Ländern/Provinzen der SBZ, für die im Frühjahr 1946 125 Korrespondenten tätig waren. Es handelte sich um „Antifaschisten“, wobei „die wichtigsten Informationen über die innenpolitische Lage in Berlin durch Menschen gemacht werden, die in der UdSSR geschult worden sind“<sup>230</sup>, hieß es im amtlichen Bericht nach Moskau. Für außerplanmäßige Honorare verfügte das Büro monatlich über 41.000 Rubel<sup>231</sup>, was damals 82.000 RM entsprach. In der Berliner Zentrale waren im Februar 1946 31 deutsche Mitarbeiter beschäftigt, die zwischen 400 und 1.500 RM im Monat verdienten und zusätzlich täg-

---

<sup>224</sup> Berliner Zeitung/Generalleutnant Bokow/7. Sept. 1945 sowie Bericht von Major Wolkow vom 13. Sept. 1945, in: AWP RF 457a/1/10/2, Bl. 53-54.

<sup>225</sup> Befehl Nr. 0361 vom 30. Okt./4. Nov. 1946, in: GARF 7317/7s/27, Bl. 294-297.

<sup>226</sup> Tjulpanow/Semjonow/5. Nov. 1948, in: AWP RF 457a/5/7/28, Bl. 213-214.

<sup>227</sup> Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/33, Bl. 1-192, hier Bl. 14.

<sup>228</sup> Befehl des Obersten Chefs der SMAD an den Stab der SMAD Nr. 069 „Über die Organisation der Wirtschaftsinformation in der SBZ“ vom 29. März 1946, in: GARF 7317/7/23, Bl. 66.

<sup>229</sup> AsD, Ostbüro/03226.

<sup>230</sup> Sokolowski/Bericht über Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/33, Bl. 1-192, hier Bl. 15.

<sup>231</sup> SMAD-Befehl Nr. 67 vom 20. Sept. 1945, in: GARF 7317/8/1, Bl. 268.

lich mit 400 Gramm Brot, 140 Gramm Fleisch und 25 Gramm Fett versorgt wurden.<sup>232</sup> 1947 wurden allein der Zentrale schon 245 Planstellen für deutsche Mitarbeiter genehmigt, davon 27 für Fahrer.<sup>233</sup>

In größeren Städten und in den Kreisen der Provinz Brandenburg waren im April 1946 35 sowjetische Korrespondenten eingesetzt.<sup>234</sup> Die SNB-Filiale in Mecklenburg soll über 13 Nebenstellen verfügt haben<sup>235</sup>, für Sachsen wurden elf Nebenstellen genannt. Das Landesbüro in Dresden soll etwa 80 ständige deutsche Berichterstatte und weitere 30 bis 40 Honorarkräfte beschäftigt haben.<sup>236</sup> Die Berichte des SNB wurden als „Nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert und durften sogar zentralen sowjetischen Behörden nur mit der Genehmigung des ZK-Sekretärs Michail Suslow ausgehändigt werden.<sup>237</sup>

Mit der Lizenzierung des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“ (ADN) im Oktober 1946 ging ein Teil der Funktionen des SNB in deutsche Hand über, beim sowjetischen Informationsbüro blieben 1948 nur noch drei Deutsche beschäftigt. Im ADN „bekleideten leitende Positionen und verantwortliche Stellungen [...] in der Hauptsache ehemalige KPD-Mitglieder“, heißt es im offiziellen Bericht der SMAD nach Moskau.<sup>238</sup> Deutsche Mitarbeiter des SNB wurden in Tarnagenturen wie „Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme“ mit Sitz Berlin, Parkstraße 15, überführt<sup>239</sup>, wo auch das Informationsbüro der SMAD seinen Sitz hatte. Später wurde das „Deutsche Institut für sozialökonomische Probleme“ dem Innenministerium der DDR angegliedert. Ehemalige leitende SNB-Mitarbeiter waren auch der erste Leiter des ADN, Georg Wilhelm Hansen<sup>240</sup>, seine Nachfolgerin Deba Wieland<sup>241</sup> oder der spätere Generalleutnant der DDR-Staatssicherheit Franz Gold<sup>242</sup>.

An der Durchführung „verdeckter“ Operationen war auch das offizielle Presseorgan der SMAD, die „Tägliche Rundschau“, beteiligt. In den Jahren 1947 und 1948 hatte sie beispielsweise die Gesellschaft zum Studium der Kultur der UdSSR mit vier Millionen Mark zu subventionie-

<sup>232</sup> SMAD-Befehl Nr. 48 vom 12. Feb. 1946 mit Anlagen, in: GARF 7317/8/36a, Bl. 61-63.

<sup>233</sup> Stabschef der SMAD Generalleutnant Dratwin/Planstellenverzeichnis des Informationsbüros der SMAD/29. Jan. 1947, in: GARF 7317/8/51, Bl. 68-71.

<sup>234</sup> Stabschef der SMA Brandenburg Oberst Goldenschein/Chef des Informationsbüros der SMAD/8. Apr. 1946, in: GARF 7077/1/31, Bl. 146-148.

<sup>235</sup> AsD, Ostbüro/03226.

<sup>236</sup> Bericht vom 5. Apr. 1951, in: AsD, Ostbüro/03226.

<sup>237</sup> Chef des Informationsbüros der SMAD W. Koltypin/Vorstandsmitglied des WOKS Kislowa/2. Feb. 1948, in: GARF 5283/22/106, Bl. 52. – Suslow, Michail Andrejewitsch (1902–1982), 1946–48 Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen des ZK der WKP(B), 1947–82 Sekretär des ZK der KPdSU.

<sup>238</sup> Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im IV. Quartal 1946, in: GARF 7317/7/36, Bl. 14.

<sup>239</sup> AsD, Ostbüro/03226. Das Institut wurde mit einem SMAD-Befehl vom 5. Apr. 1946 gebildet und mit dem SMAD-Befehl Nr. 7 vom 20. Jan. 1948 um 66 Planstellen für deutsche Mitarbeiter erweitert. Vgl. GARF 7317/8/14, Bl. 26.

<sup>240</sup> Hansen, Georg (eigentlich: Leitner, Willi) (1903–1976) war in den 1920er Jahren Mitarbeiter der sowjetischen militärischen Aufklärung und deshalb in England 1932 zu neun Jahren Haft verurteilt, 1935 in die Sowjetunion abgeschoben, dort war er u.a. Chefredakteur des Deutschen Volkssenders. 1946–52 war Hansen Generaldirektor des ADN, 1952–56 Leiter der Abteilung Presse- und Rundfunk im ZK der SED, 1956–62 stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“.

<sup>241</sup> Wieland, Deba (1916–1992). Geboren in Moskau, aufgewachsen in Riga, 1933 Mitglied der KP Frankreichs, 1939 Emigration in die UdSSR, 1946 nach Deutschland, 1946–49 Redakteurin bzw. Chefredakteurin beim SNB und 1949 im Deutschen Institut für sozialökonomische Probleme beim Ministerium für Inneres der DDR, 1949–52 leitende Mitarbeiterin des Amtes für Information der DDR, 1952–77 Generaldirektor des ADN.

<sup>242</sup> Gold, Franz (1919–1977), 1932 Mitglied der KP der Tschechoslowakei, im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee, 1946–48 Personalchef des SNB Sachsen, 1948–50 Direktor der Tarnagentur Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme in Berlin-Weißensee, 1950 Personalchef beim Berliner Rundfunk, danach Abteilungsleiter bei der Deutschen Volkspolizei bzw. im Staatssicherheitsdienst, 1972 Generalleutnant.



ren<sup>243</sup> und 1949 vergab sie auf Anweisung von Marschall Sokolowski<sup>244</sup> an Westberliner Studenten Stipendien in Westwährung<sup>245</sup>. Wie das SNB unterhielt auch die „Tägliche Rundschau“ in der SBZ ein flächendeckendes Korrespondentennetz<sup>246</sup>.

Komplexere Formen solcher asymmetrischen Vernetzung gab es in allen Bereichen. Aber „überall [herrschte] strengste Geheimhaltung“, denn auch nach dem Krieg waren „die Regeln der Konspiration noch voll in Kraft“, so daß wichtige Dinge nur unter vier Augen erörtert wurden<sup>247</sup>, teilte der führende sowjetische Diplomat in Deutschland Semjonow in seinen Erinnerungen mit. Doch zur Camouflage der wahren Absichten zwang vor allem das Kontrollrats-Gesetz Nr. 31 vom 5. Juli 1946, denn es löste „alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, welche die Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung von Personen zum Zweck haben“, auf, unabhängig davon, ob sie „gesetzmäßig eingesetzten deutschen Polizeistellen unterstehen oder unter die Kontrolle von Ortsbehörden gestellt sind“. Ausdrücklich verbot es zugleich unter Strafandrohung deren Neubildung.<sup>248</sup> Ihre Tätigkeit tarnte die Besatzungsverwaltung aber nicht nur vor der Außenwelt, denn selbst gegenüber führenden SED-Funktionären wurden konspirative Führungspraktiken angewandt. So bezeichnete die SMAD-Propagandaverwaltung intern 1946 mehrere Mitarbeiter des Zentralsekretariats der SED namentlich als „Spione“ und hielt pragmatisch fest: „Einen Spion länger in der SED zu halten, macht keinen Sinn, aber ihn zu entfernen, ist auch schwierig, weil es große Unruhe in der SED [...] und in anderen Kreisen hervorruft.“<sup>249</sup> Nach Moskau meldete der Verwaltungschef Tjulpanow<sup>250</sup>, daß sogar Gespräche über wichtige Fragen immer wieder auch einem breiten Kreis des SED-Apparates bekannt würden, so daß angesichts dieser „mangelnden Wachsamkeit in der SED“ auf Seiten der SMAD besondere Sorgfalt und eine selektive Behandlung der Mitglieder des Zentralsekretariats der SED notwendig seien.<sup>251</sup>

<sup>243</sup> Vgl. Stellvertretender Chef der Informationsverwaltung der SMAD Abramow/Chef der Finanzverwaltung der SMAD Maletin/18. Nov. 1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 155, Tjulpanow/Sitnin/12. Juni 1947, in: AWP RF 0457b/4/29/25, Bl. 36 und Dymshiz/Bericht, in: AWP RF 0457b/6/38/27, Bl. 30-36.

<sup>244</sup> Sokolowski, Wassili Danilowitsch (1897–1968), Armeegeneral/1946 Marschall der Sowjetunion; ab Juni 1945 Erster Stellvertreter und März 1946–März 1949 Oberbefehlshaber der GSBSD und Oberster Chef der SMAD, ab März 1949 Erster Stellvertreter des Verteidigungs- bzw. ab Feb. 1950 des Kriegsministers der UdSSR, 1952–60 Generalstabschef und Erster stellvertretender Kriegsminister (ab 1953 Verteidigungsminister). 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>245</sup> Stellvertretender Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD Artjuchin/Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Kabanow/14. Apr. 1949, in: GARF 7317/55/11, Bl. 59.

<sup>246</sup> Befehl des Chefs des Verlags und des Chefredakteurs der Zeitung „Tägliche Rundschau“ in Personalangelegenheiten Nr. 254/1 vom 15. Aug. 1946, in: GARF 7408/2/1, Bl. 76.

<sup>247</sup> Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 232. – Semjonow, Wladimir Semjonowitsch (1910–1992), 1945–46 Erster Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD für allgemeine und außenpolitische Fragen sowie Chef der Abteilung Politik, 1946–49 Politischer Berater des Obersten Chefs der SMAD und anschließend bis 1953 Politischer Berater des SKK-Vorsitzenden, 1953 kurze Zeit Leiter der 3. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR, 1953–55 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland. 1955–78 stellvertretender Außenminister der UdSSR, ab 1966 Kandidat des ZK der KPdSU, 1978–86 UdSSR-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>248</sup> Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 8 vom 1. Juli 1946, S. 163.

<sup>249</sup> Oberst Nasarow, in: Stenogramm der Beratung der Mitglieder der Kommission des ZK der WKP(B) mit Abteilungschefs der Propagandaverwaltung der SMAD, in: RGASPI 17/128/150, Bl. 32. – Unter anderem wurde dort der Name eines späteren stellvertretenden DDR-Ministers genannt, welcher der Gestapo seine Mitarbeit angeboten habe. Da dies tatsächlich auch aus Gestapo-Akten hervorgeht, ist davon auszugehen, daß der interne Informationsaustausch innerhalb der SMAD recht gut funktionierte. Bei dem Betroffenen handelte es sich um einen Absolventen der Moskauer militärpolitischen Schule der Komintern.

<sup>250</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch (1901–1984), Oberst/Generalmajor; 1945–49 Chef der Verwaltung Propaganda/Information der SMAD. 1949 Rückkehr in die UdSSR.

<sup>251</sup> Is dokladnoi sapiski S. Tjulpanowa w ZK WKP(b) M. Suslowu o plenumie Zentralnowo Prawlenija SEPG 19-20 ijunja 1946g./25 ijunja 1946g., in: SWAG. Uprawlenije propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow 1945–1949.

Im Juni 1946 wurde Walter Ulbricht auf solche Sicherheitsmängel aufmerksam gemacht, und in den SED-Landesvorständen veranlaßten die SMAD-Landesverwaltungen konkrete Maßnahmen, um „erhöhte Wachsamkeit“ sicherzustellen.<sup>252</sup> Im Sommer 1947 redete auch Wilhelm Pieck in dieser Sache den Mitgliedern des Parteivorstands der SED ins Gewissen und riet ihnen: „Nicht immer sagen, was [wir] denken. Nur [das], was notwendig ist, um bestimmte Wirkung“ zu erzielen.<sup>253</sup>

Vor diesem Hintergrund verdient die Personalpolitik der SMAD in der SBZ besondere Aufmerksamkeit. Zu den politischen Remigranten aus der UdSSR und Altkommunisten, denen die Besatzungsmacht zunächst das größte Vertrauen entgegenbrachte, gesellten sich bald die Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene, die nach dem Krieg in die Kompetenz des sowjetischen MWD fielen. Ab 1946 brachte sie eine Sonderkommission des ZK der WKP(B) und die Politische Hauptverwaltung der Armee in großer Zahl in die SBZ.<sup>254</sup> Als sie die SMAD bevorzugt im Polizeiwesen der SBZ einsetzte, entstand selbst bei bewährten Altkommunisten und Rückkehrern aus der sowjetischen Emigration „das Gefühl, daß man uns hintanstellte“.<sup>255</sup> Eine amerikanische Quelle meldete am 8. Oktober 1948 unter Berufung auf einen sowjetischen Informanten, daß laut einem Geheimbefehl vom 22. August 1948 Schlüsselpositionen in der ostdeutschen Verwaltung mit früheren Mitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland zu besetzen waren.<sup>256</sup> Dies läßt sich zwar nicht verifizieren, doch die 1954 mehr als elftausend in der SED wirkenden Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen wurden durch das Zentralsekretariat der SED personalpolitisch beobachtet<sup>257</sup>, wie der administrative Euphemismus lautete. In der DDR-Staatssicherheit genossen ab 1953 bei der Personalauswahl besondere Protektion in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft „bewährte“ SED-Mitglieder neben politischen Remigranten aus der UdSSR und aktiven Widerständlern.<sup>258</sup>

## VI. Aufbau des ostdeutschen Polizeistaates

Über die Anfänge der ostdeutschen politischen Polizei ist vergleichsweise viel bekannt.<sup>259</sup> Die übliche Fokussierung auf die besondere Funktion von Polizei und Justiz im diktatorischen Herrschaftssystem übersieht aber, daß im sowjetischen Typus der „Machtverwaltung“ (im Gegensatz zum modernen Typus der „Sachverwaltung“) alle Bereiche der öffentlichen Tätigkeit eine Ein-

Sbornik dokumentow. Pod redakciei Bernda Bonwetscha, Gennadija Bordjugowa i Normana M. Naimarka, Moskwa 1994, S. 48-51, hier S. 50.

<sup>252</sup> Ebenda, S. 50f.

<sup>253</sup> Vgl. Piecks Notizen zur 13. Tagung des PV der SED vom 20./21. Aug. 1947, in: SAPMO BArch, ZPA/Nachlaß 36/655.

<sup>254</sup> Konassow, W. B.: Sudby nemezkich wojennoplennyx w SSSR: Diplomatscheskije, prawowyje i polititscheskije aspekty problemy. Wologda 1996, S. 137f.

<sup>255</sup> SAPMO, ZPA/EA 1275/1.

<sup>256</sup> BArch, OMGUS/ODI 7/33-3/1-9/8.

<sup>257</sup> Vgl. W. Wöhr – Abt. Personalpolitik des Zentralsekretariats der SED/Bericht/o. D. [21. Juni 1947], in: BArch 10/4; Kirchner/Wölk/18. Sept. 1949, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (abgekürzt: BLHA), 332/L IV/2/11/759; siehe auch: Berlin, 8. Feb. 1954/Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen, in: BArch, SAPMO ZPA/IV 2/5/1371.

<sup>258</sup> Vgl. Dienstweisung 43/53 des Staatssekretärs für Staatssicherheit vom 6. Nov. 1953/Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit, zitiert nach: Schumann, Silke: Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit Berlin 1950–1957. Aufbau und Tätigkeitsfelder. Hausarbeit Humboldt-Universität zu Berlin, 1996, S. 92.

<sup>259</sup> Vgl. hierzu: Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutsch-

heit bilden und tendenziell durch Zwang reguliert werden, so daß also – aus einem anderen Blickwinkel gesehen – innerhalb des entdifferenzierten Herrschaftssystems einer totalitär verfaßten Diktatur notwendigerweise alle öffentlich wirksamen Initiativen Zwangsimpulse auslösten. In der Nachkriegsgeschichte der SBZ beförderten insbesondere Sachzwänge im Versorgungs- und Wirtschaftsbereich die Entwicklung des Polizeistaates nachhaltig. Diese Entwicklung bremste bis 1952 die föderale Verfassungsstruktur der SBZ/DDR, worunter auch die vielfältigen Formen politischer Resistenz subsumiert werden können.

Die ostdeutsche administrative Infrastruktur wirkte ursprünglich auch in rechtlicher Hinsicht als bloßes Instrument der sowjetischen Besatzungsverwaltung. Die Transformation der direkten Besatzungsdiktatur in eine durch die SED repräsentierte abhängige Diktatur nach dem Muster des sowjetischen Parteienstaates kennzeichneten zwei Prozesse: Zum einen wurde die SED selbst nach dem zentralistischen Führungsprinzip organisatorisch und politisch diszipliniert, zum anderen delegierte die Besatzungsmacht Fachaufgaben sukzessive zur deutschen Verwaltung. Zeitlich verliefen beide Prozesse parallel und verstärkten einander. In sachlicher Hinsicht gestaltete sich die Entwicklung jedoch extrem komplex, weil die ordnungspolitischen Teilresultate vielfach mit den machtpolitischen Intentionen konfligierten, welche die deutschen Akteure gegenüber der Besatzungsmacht geltend machten. Paradox war schließlich nicht nur das Gesamtergebnis, denn die repräsentative Funktion der SED wuchs proportional zum Grad ihrer politischen Abhängigkeit von der Besatzungsmacht. Konflikte prägten aber auch die Verlaufsmomente im Prozeß der stufenweisen asymmetrischen Aufgabenübertragung von der Besatzungsmacht zu ostdeutschen Institutionen. Sie resultierten nicht nur aus der mangelnden organisatorischen und sachlichen Synchronisierung zwischen Besatzungsverwaltung und SED, deren vielfältige Ursachen

---

land“, Band VIII, Baden-Baden 1995, S. 297-361; Kubina, Michael: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949, in: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 413-500; Sacharov, Vladimir V./Filippovych, Dmitrij N./Kubina, Michael: Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wilke, Manfred (Hg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 293-335; Kubina, Michael: Kontrolle und Repression als integraler Bestandteil der Parteiarbeit. Zu den Anfängen der parteiinternen Kontroll- und Repressionsapparate, in: Baumann, Ulrich/Kury, Helmut (Hg.): Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht, Freiburg i. Br. 1998, S. 203-224; Kubina, Michael: Ifo-Dienste und andere parteiinterne „Vorläufer“ des MfS, in: Deutschland Archiv 1998, S. 994-1006; Gieseke, Jens: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950, in: Dierk Hoffmann und Hermann Wentker (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ, München 2000; Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, Dresden 2001, S. 55-64; Herz, Andrea/Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952, Erfurt 2002; Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeiapparates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952, in: Behring, Rainer und Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u.a. 2003, S. 201-267; Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone. Ursprung und Entwicklung der K 5, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998, S. 125-156; Tantzsch, Monika: „In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut“. Die Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Deutschland Archiv 1998, S. 48-56; Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006; Lübeck, Wilfried: „Fortwährende Überprüfungen aller Bevölkerungsschichten“. Der Informationsdienst der KPD/SED als Vorläufer der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 1998, S. 629-634; Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Florath, Bernd u.a. (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146-168.

nicht zuletzt auch in der unterschiedlichen Rechtstradition begründet waren. Für Konflikte und Reibungen – nicht zuletzt auch zwischen den deutschen Akteuren – sorgte bereits die föderalistische und sektorale Auffächerung der ostdeutschen Verwaltung, deren einzelne Segmente im unterschiedlichen Grad von der vertikalen Ordnungsstruktur abhängig waren. Unabhängig davon, ob die vertikale Ordnungskomponente mittelbar mit der SED oder unmittelbar mit der Besatzungsmacht identifiziert wird, kontrollierte die Besatzungsverwaltung grundsätzlich alle Prozesse und intervenierte aktiv in sie.

Zwar tendierte die Besatzungsverwaltung dazu, ihr Machtprivileg zu wahren und zu deutschen Einrichtungen vorrangig die Verantwortung zu delegieren, doch von administrativen, ökonomischen und politischen Sachzwängen getrieben, „überholte“ die SED ordnungspolitisch mehrmals die SMAD und tangierte damit ihre „führende Rolle“. Eine solche Konfliktsituation spitzte sich nach den ersten Wahlen im Herbst 1946 zu, als die SED ordnungspolitische Initiative ergriff, um mit Hilfe einer forcierten administrativen Zentralisierung in der SBZ „eine volksdemokratische Ordnung“ zu errichten<sup>260</sup>, die geeignet war, die nach der Verabschiedung der Verfassungen der SBZ-Länder 1946/47 den Ländern formal zustehenden staatsrechtlichen Vollmachten effektiv vorzuenthalten. Konzentriert auf die Einführung einer zentralen deutschen Wirtschaftsplanung als politisches Nahziel, verkündete Ulbricht schon auf der Sitzung des Parteivorstands der SED vom 22./23. Januar 1947, daß ein „Wendepunkt in unserer Aufgabenstellung in der SBZ“ erreicht worden sei. „Damit wurden bei uns die Grundsätze einer volksdemokratischen Ordnung in den Ländern geschlossen [sic], ein neuer Typ der demokratischen Ordnung [...] [ist entstanden].“ Grotewohl bezeichnete die SBZ damals schon als „demokratisches Volksregime“ und stellte sie auf die gleiche Stufe mit Jugoslawien, Bulgarien, der ČSR und Polen<sup>261</sup>. Zwar konfigurierte diese „Generallinie“ keineswegs mit der Politik der SMAD, doch auf Stalins Geheiß wurde dieses Selbstverständnis 1948 auf das Stadium der „larvierten Volksdemokratie“ reduziert und dieser Sonderstatus im parteioffiziellen Geschichtsnarrativ der SED erst 1952 überwunden<sup>262</sup>. Dies tangierte jedoch nicht das Rollenverständnis der SED, die für sich in Anspruch nahm, „von ihrer Geburtsstunde an [als] eine staatsaufbauende Partei in der SBZ und auch in Berlin“ zu fungieren und darin auch „die führende Rolle“<sup>263</sup> wahrzunehmen.

Realpolitisch hielt es die SED damals für dringend notwendig, die erreichten politischen „Er-rungenschaften“ – also die Ergebnisse der personellen Säuberungen im Rahmen der Entnazifizierung und der Enteignungen durch Bodenreform im agrarischen und durch Sequestrierung im industriellen Bereich – polizeistaatlich abzusichern. Diesen Kurs beschleunigte die SED ab Mitte 1947, und zwar nicht nur unter dem abstrakten Hinweis auf den sich „ständig verschärfenden Kampf zwischen Reaktion und der neuen demokratischen Ordnung“, sondern auch mit konkreten Schlagworten wie Schwarzmarkt, Schieberei und „Sabotage durch Kompensationsgeschäfte“, bei denen auch „Bestechungen eine große Rolle spielen und bei den Russen mehr als bei uns“, wie der Innenminister von Thüringen Werner Eggerath feststellte<sup>264</sup>. Ulbricht formulierte schon

<sup>260</sup> Ulbricht, Walter: Strategie und Taktik der SED. Zur gegenwärtigen Lage, in: Einheit. Theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Berlin, Nr. 5/Okt. 1946, S. 257-271.

<sup>261</sup> Grotewohl/Die politische Lage und Bericht über die Erklärung des Marschalls Sokolowski, in: Stenographische Niederschrift über die 8. Tagung des PV der SED, 22. und 23. Januar 1947, in: BArch, SAPMO, ZPA/IV 2/1/7.

<sup>262</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Die deutsche Volksdemokratie. Geschichte, Theorie und Rezeption des Begriffs in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv 1975, S. 375-389, hier S. 387f.

<sup>263</sup> Referat Dahlem: Die organisatorischen Richtlinien der Partei, in: Stenographische Niederschrift der 8. Tagung des Parteivorstands am 22./23. Jan. 1947, in: BArch, SAPMO, ZPA/IV 2/1/9, Bl. 202.

<sup>264</sup> Stenographischer Bericht über die Innenministerkonferenz am 11. und 12. Aug. 1947, in: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (abgekürzt: BStU-Archiv), AS 229/66, Bl. 6. – Eggerath, Werner (1900–1977), 1945–46 Vorsitzender

damals das weitreichende Ziel, die gesamte öffentliche Verwaltung in der SBZ an die von Kommunisten beherrschten Innenministerien anzubinden<sup>265</sup>, was später auch durchgesetzt werden sollte. Und schon im Oktober 1947 plädierte er auch für die Schaffung eines zentralen Nachrichtenamtes bei der Deutschen Verwaltung des Innern und forderte: „Wir müssen überall Vertrauensleute haben und müssen wissen, was los ist“.<sup>266</sup> Beides bewegte sich im Rahmen der dokumentierten sowjetischen Vorgaben. Ab Anfang 1948 intensivierte Ulbricht seine Aktivitäten und begründete im Juli 1948 den beschleunigten Ausbau des „Staates als Instrument der herrschenden Klasse“ mit der Stalinschen „gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes“<sup>267</sup>. Nach Ulbrichts Vorstellungen hatten sogar die Parlamente als bloße „Vollzugshilfsorgane zur Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen“ zu fungieren, und die einheitliche und bereits zentralisierte zonale Polizeiverwaltung sollte als Vorbild für die gesamte „Staatsorganisation“ dienen. Erwin Lampka, der Leiter des Sekretariatsbüros der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), lobte bei dieser Gelegenheit die bereits geleistete Vorarbeit der deutschen Zentralverwaltung des Innern bei der strukturellen Gleichschaltung der Landesverwaltungen und die herausgehobene Rolle des Innenministeriums in den Ländern als „koordinierendes Ministerium“, das „für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Verwaltungsarbeit [...] verantwortlich“ sei.<sup>268</sup> Nach Bildung der DDR unterstrich die herausragende Steuerungsfunktion des Innenministeriums im Herrschaftssystem der Beschluß des Politbüros der SED Nr. 56 vom 15. November 1949 über „Richtlinien für die Personalarbeit der staatlichen Verwaltung in der DDR“: Sie schrieben vor, daß die Beschäftigung im öffentlichen Dienst grundsätzlich vom Innenministerium individuell genehmigt werden mußte. Diese Regelung galt analog für alle Verwaltungsebenen der Länder, Kreise und Kommunen<sup>269</sup>. Der sowjetische Bericht kommentierte den Beschluß mit der Feststellung: „Die Ernennung aller Beschäftigten erfolgt erst nach Überprüfung und Bestätigung durch das ZK der SED“.<sup>270</sup>

Grundsätzlich blieb das Personalwesen jedoch eine Domäne der Besatzungsmacht, die weiterhin die Oberkontrolle ausübte. Zunächst wurde sie von den Fachverwaltungen der SMAD wahrgenommen, ab Sommer 1948 einheitlich von etwa 100 Angestellten der Abteilung Zivilverwaltung und in der SKK von der Abteilung für Verwaltungsfragen.<sup>271</sup> Die SED begann mit dem Aufbau eines zentralen Nomenklaturensystems in der Hauptsache mit der Bildung einer Abteilung Leitenden Organe der Partei und Massenorganisation des ZK im Jahr 1952.<sup>272</sup>

---

der KPD-Bezirksleitung Thüringen, 1946–47 Vorsitzender der SED-Landesleitung ebenda, 1946–47 Vizepräsident der Landesverwaltung und 1947–52 Ministerpräsident von Thüringen.

<sup>265</sup> Anton/Plenikowski – Abt. Landespolitik/Stenographischer Bericht über die Innenminister-Konferenz am 11. und 12. Aug. 1947, in: BSTU-Archiv, MfS AS 229/66, hier Bl. 30.

<sup>266</sup> Bericht über die Innenministerkonferenz vom 12. Okt. 1947, in: BArch, SAPMO IV 2/13/109, Bl. 71 und Bl. 74.

<sup>267</sup> Referat von Walter Ulbricht, in: Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948, S. 9-37.

<sup>268</sup> Referat Lampka, in: Ebenda, S. 51.

<sup>269</sup> Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 56 vom 15. Nov. 1949, in: SAPMO BArch DY 30/IV 2/2/56, Bl. 87-89.

<sup>270</sup> Iljitschow/Gribanow/9. Feb. 1950/Bericht über Ergänzung des Regierungsapparats der DDR, in: AWP RF 082/37/14/200, Bl. 71-73, hier Bl. 73.

<sup>271</sup> Vgl. Zarewskaja-Djakina, Tatjana W.: Abteilung Zivilverwaltung, in: Möller, Horst/Tschubarjan, Alexandr O. (Hg.): SMAD Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 462-464. – So sind beispielsweise im Findbuch 64 des GARF-Bestandes Nr. 7317 3.225 „Personaldossiers politischer, gesellschaftlicher und staatlicher Funktionsträger der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ aus den Jahren 1945–53 überliefert. Der Bestand muß schon deshalb als unvollständig angesehen werden, weil sich darin keine Personaldossiers westdeutscher Funktionsträger befinden, die ebenfalls systematisch gesammelt und in den Geschäftsakten vereinzelt auch zu finden sind. Das Findbuch 65: „Personalbögen, Charakteristiken, Berichte, Schriftwechsel und anderes Material betreffend deutsches Führungspersonal aus demokratischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Ministerien, Ämtern und Bereichen der Wirtschaft, 1945–1950“ ist noch nicht ausgewertet worden.

<sup>272</sup> Vgl. Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 152f., S. 882.

Die Besatzungsmacht verhielt sich jedoch zurückhaltend, wenn es um die Genehmigung der ambitionierten SED-Projekte ging. Deutschlandpolitisches Taktieren bremste sie dabei genauso wie die Sonderinteressen der zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Fachämter, die nur ungern ihre Machtbefugnisse mit deutschen Dienststellen teilen wollten. Heftiger Widerstand gegen den Aufbau eines ostdeutschen staatspolizeilichen Apparates wurde aus dem sowjetischen Sicherheitsapparat angemeldet, der ab 1947 sowohl in der Besatzungsverwaltung in Deutschland als auch bei der sowjetischen Regierung vor dem Hintergrund der Reinstallierung der im Krieg beschädigten „führenden Rolle“ der kommunistischen Partei in Kompetenzkonflikte verwickelt war. Zur politischen Isolation der sowjetischen Geheimdienste trug außerdem nicht unwesentlich bei, daß der politische Terror in der SBZ mit der Lockerung der Zensur in Westdeutschland von der unabhängigen Presse als Dauerthema aufgegriffen wurde. Im Juni 1948 leitete der Sicherheitsminister Abakumow an Molotow eine Aktennotiz des MGB-Beauftragten in Deutschland, Generaloberst Kowaltschuk, weiter, in der sich dieser über die Unfähigkeit der deutschen Justiz beklagte. Sie sei unter dem Einfluß von Mitgliedern „bürgerlicher Parteien“ unfähig, „demokratische Umgestaltungen“ durchzuführen<sup>273</sup>. In einem undatierten Bericht Kowaltschuks an Abakumow über die Lage im Parteivorstand der SED, den Außenminister Molotow am 23. Juli 1948 nach Berlin an Sokolowski und Semjonow mit der Bitte um Stellungnahme sandte, wurden zwar auch politische Bedenken angemeldet: Der bald darauf nach Westdeutschland geflohene Erich Gniffke<sup>274</sup> wurde als Vertreter von Kurt Schumacher<sup>275</sup> im Parteivorstand der SED vorgestellt, darin unterhalte Gniffke unter dem Schutz von Grotewohl, der Alleinführer der SED werden möchte, ein konspiratives SPD-Netz.<sup>276</sup> Es handelte sich jedoch vor allem um Belege über einen innerbürokratischen Schaukampf, denn die SED insistierte bereits seit einiger Zeit auf eine Änderung des SMAD-Befehls Nr. 160 vom 3. Dezember 1945<sup>277</sup>, weil das deutsche Recht die darin

<sup>273</sup> Petrow, Nikita: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland 1945–1953, in: Mironenko, Sergej u.a. (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Berlin 1998, S. 143–157, hier S. 153.

<sup>274</sup> Gniffke, Erich Walter (1895–1964), 1945/46 zusammen mit Max Fechner und Otto Grotewohl Vorsitzender des Zentralkomitees der SPD, ab Apr. 1946 Mitglied des Parteivorstands und des Zentralsekretariats der SED, Okt. 1948 Flucht nach Westdeutschland, SED-Ausschluß, SPD.

<sup>275</sup> Schumacher, Kurt (1895–1952), ab 1946 Vorsitzender der SPD in Westdeutschland, 1949–52 Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag.

<sup>276</sup> Kowaltschuk/Abakumow/o. D./Dokladnaja sapiska O poloschenii w ZK SEPG“, in: AWP RF 0457a/5/7/28, Bl. 124–134. Darin wurden u.a. Friedrich Ebert, Else Bauer, Paul Szillat, Carl Moltmann und Max Fechner solcher Verbindungen beschuldigt. – Moltmann, Carl (1884–1960), 1945/46 1. Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied des Parteiausschusses der SPD, 1946 SED, Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK; 1946–48 Landesvorsitzender der SED in Mecklenburg-Vorpommern, 1946–52 Mitglied und Präsident des Mecklenburgischen Landtags. – Szillat, Paul (1888–1958), 1945 SPD, Oberbürgermeister von Rathenow, 1946 SED; 1946–50 Mitglied des Parteivorstands, 1950 wegen „Sozialdemokratismus“ verhaftet und wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, 1956 Entlassung aus der Haft, Flucht nach Berlin (West). – Bauer, Else (1893–1950), 1945/46 SPD/SED, 1945–50 Mitglied und Vizepräsidentin des brandenburgischen Landtags. – Ebert, Friedrich (1894–1979), 1945/46 Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg, ab 1946 Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK der SED, 1947–50 Mitglied des Zentralsekretariats und ab 1949 des Politbüros des ZK; 1948–67 Oberbürgermeister von Ost-Berlin. – Fechner, Max (1892–1973), 1945 SPD, 1946–53 Mitglied des Parteivorstands bzw. des ZK der SED und bis 1949 stellvertretender Vorsitzender des Zentralsekretariats des Parteivorstands; 1948–49 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz in der SBZ und 1949–53 Minister für Justiz der DDR. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 als angeblicher „Feind des Staates und der Partei“ seines Amtes enthoben, aus der SED ausgeschlossen und 1953 verhaftet, 1955 wegen „Verbrechens gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive 38“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt; 1956 Entlassung, 1958 Wiederaufnahme in die SED.

<sup>277</sup> SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dez. 1945 „Über die Verantwortung für die Sabotage und die Diversionsakte [gegen den wirtschaftlichen Aufbau (Strafverfolgung)]“, in: BArch, DQ 2. Er stellte in Anlehnung an Artikel

verankerten Straftatbestände „Diversions“ und „Sabotage“ des sowjetischen Rechts nicht kannte und sie daher von deutschen Gerichten nicht angewandt werden konnten<sup>278</sup>. Erst mit der Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 23. September 1948 über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung<sup>279</sup> konnte in der SBZ schließlich ein einheitliches Wirtschaftsstrafrecht durchgesetzt werden, das den politischen Erfordernissen der SED entsprach. Am 11. Dezember 1948 intervenierte Abakumow bei Stalin, Molotow und dem ZK-Sekretär Kusnezow abermals wegen der K 5-Dezernate der deutschen Kriminalpolizei und schlug ihre Auflösung vor, weil sie wegen ihrer Spitzelnetze von amerikanischen und britischen Beamten der westdeutschen Besatzungsbehörden als „deutsche Gestapo“ bezeichnet würden. Auch Ulbrichts Wünsche nach Errichtung deutscher Staatsschutzbehörden, die der SED-Funktionär in Moskau vorgetragen hatte, halte das sowjetische MGB vorläufig für nicht zweckmäßig, weil dann auch in den Westzonen deutsche Aufklärungsorgane entstehen würden. Außerdem herrsche Mangel an zuverlässigem deutschem Personal. Da die Spionageabwehr in der SBZ Organe des sowjetischen MGB leisteten, argumentierte der Sicherheitsminister, „besteht keine Notwendigkeit, für solche Zwecke einen deutschen Apparat zu bilden“<sup>280</sup>. In diesem Konflikt gab sich die SED-Führung nach außen kompromißbereit. Pieck bot im Dezember 1948 sogar die Auflösung der K 5 an, was im Sommer 1949 auch geschehen sein soll<sup>281</sup>, und schlug vor, „unter direkter Kontrolle der sowjetischen Besatzungsorgane und des Präsidenten der Verwaltung des Innern eine ‚Hauptabteilung zum Schutze der Wirtschaft und der demokratischen Ordnung‘ zu bilden“<sup>282</sup>.

Der sowjetische Ministerrat hatte bereits am 6. Juli 1948 einen Beschluß über die „Stärkung der deutschen Polizei in der Sowjetischen Besatzungszone“ gefaßt, und schließlich gab das sowjetische Politbüro am 28. Dezember 1948 dem Antrag der beiden SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl statt, in der SBZ die „Staatliche Sicherheit“ zu verstärken<sup>283</sup>. Gleichzeitig erteilte es den Auftrag, mit dem verdeckten Aufbau einer ostdeutschen Armee zu beginnen.<sup>284</sup> Im Vollzugsbericht des Staatssicherheitsministers Abakumow an Stalin vom 2. April 1949 hieß es lapidar, daß zur „Leitung und Kontrolle der deutschen Sicherheitsorgane“ zusätzlich 115 MGB-Mitarbeiter nach der SBZ abgestellt würden, damit bei allen Kreisverwaltungen der deutschen Staatssicherheit entsprechende Einrichtungen des MGB-Apparates eingerichtet werden könnten<sup>285</sup>. Mit 425 Anschlüssen, verteilt auf vier Telefonleitungssysteme, verfügte der MGB-Bevollmächtigte damals über das beste Telekommunikationssystem in der SBZ.<sup>286</sup> 1948 begann sich innerhalb der SMAD die Erkenntnis durchzusetzen, daß die deutsche Verwaltung nur mittelbar über die SED zu kontrollieren sei, weil die direkte Einmischung der Besatzungsmacht in den Dienst-

59 des Strafgesetzbuches der RSFSR die „gegen den von den deutschen Selbstverwaltungsorganen durchgeführten wirtschaftlichen Aufbau gerichtete verbrecherische Tätigkeit“ unter drakonische Strafanandrohung.

<sup>278</sup> Seltsamerweise befindet sich bereits beim Befehlsskizzenentwurf ein Schreiben vom 22. Nov. 1945, in dem auf diese Tatsache hingewiesen wurde. Vgl. GARF 7317/8/2, Bl. 312. Der Befehl war außerdem in den Ländern in nicht einheitlichen amtlichen deutschen Übersetzungen veröffentlicht worden, was zusätzliche juristische Auslegungsprobleme schuf.

<sup>279</sup> Wortlaut in: Zentralverordnungsblatt. Hg. namens aller Zentralverwaltungen von der Deutschen Justizverwaltung der SBZ in Deutschland, Berlin 1948, Nr. 41, S. 439.

<sup>280</sup> Petrow, Die Apparate des NKVD/MVD 1998, S. 153.

<sup>281</sup> Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn u.a. 1962, S. 17.

<sup>282</sup> Vgl. Pieck: „Antwort auf die Fragen zur Besprechung am 18.12.48“, in: Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 247–259 sowie S. 261f.

<sup>283</sup> Vgl. Ergebnis der 4-stündigen Besprechung am 18.12.1948, in: Ebenda, S. 261f.

<sup>284</sup> Petrow, Nikita: Formirovanije nemezich organow gosbesopasnosti, Manuskript 2007, S. 5.

<sup>285</sup> Petrow, Die Apparate des NKVD/MVD 1998, S. 153.

<sup>286</sup> Vortrag über die Verallgemeinerung der Erfahrungen der Tätigkeit der Verwaltung Verbindungen der SMAD für das Jahr 1949. Berlin 1950, in: AWP RF, SWAG/1/21/7, Bl. 75.

stellen die Autorität der deutschen Amtsleiter ruiniere. Im Mai 1949 wurden die Einheiten der K 5 aus der allgemeinen Polizeistruktur ausgegliedert und zentral der K 5-Abteilung in Berlin unterstellt, von der übrigen Polizeiarbeit separiert wurden zugleich alle Geschäftsvorgänge dieses besonderen Dienstzweiges.

Von traditionellen polizeilichen Aufgaben wich bereits die nach Kriegsende von den lokalen sowjetischen Kommandanten in der SBZ geschaffene, von ihnen direkt angeleitete und streng kontrollierte Polizei ab, da sie beispielsweise nicht nur mit der „Registrierung der gesamten Einwohnerschaft des Kreises“, sondern auch schon mit der – nach Kontrollratsrecht ausdrücklich verbotenen – „Beobachtung ihres Verhaltens“ beauftragt wurde. Zum Polizeidienst ließ die SMAD nur SED-Mitglieder zu.<sup>287</sup> Als Rechtsgrundlage für die Polizeiarbeit zur „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ wurde die Kontrollratsdirektive Nr. 16 vom 6. November 1945<sup>288</sup> interpretiert, die dem Buchstaben nach nur die Bewaffnung der deutschen Polizei erlaubte. Eine zentrale ostdeutsche Einrichtung „zur Leitung sämtlicher Einrichtungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“<sup>289</sup> entstand mit der Deutschen Verwaltung des Innern in der SBZ auf der Grundlage des Geheimbefehls Nr. 0212 vom 30. Juli 1946. Nach diesem Datum begann die SMAD damit, ostdeutsche Polizeiorgane mit Rechtskompetenzen auszustatten. Gegenüber der Moskauer Führungsspitze begründete dies der fachlich zuständige Stellvertreter des Obersten Chefs der Besatzungsverwaltung und Chef der sowjetischen Sicherheitsapparate in der SBZ Generaloberst Serow mit der Notwendigkeit der Zentralisierung der „von uns in der SBZ organisierten Polizei“, damit sie „sich unter unserer Führung die notwendigen Gewohnheiten aneignet und das künftige Innenministerium ergeben kann“.<sup>290</sup> Reziprok erklärte der führende kommunistische Polizeipolitiker Erich Mielke am 30. Oktober 1946: „Die Deutsche Verwaltung des Innern arbeitet unter direkter Leitung der Abteilung für Innere Angelegenheiten der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands und ist bestrebt, alle Anordnungen und Hinweise aufs sorgfältigste zu erfüllen.“<sup>291</sup> Der politische Kontext der Bildung der ostdeutschen Zentralverwaltung für Inneres ergibt sich aus der Ankündigung der SMAD vom Juni 1946, im Herbst 1946 Kommunal- und Landtagswahlen in der SBZ stattfinden zu lassen. Ebenfalls mit Blick auf künftige Wahlen war erst einige wenige Monate zuvor in der SBZ die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) entstanden.

Unabhängig von der Besatzungsmacht riefen nach Kriegsende deutsche Kommunisten den früheren internen „KPD-Abwehrdienst“ wieder ins Leben, spontan entstanden auch Abteilungen „S“ für „Sonder- bzw. Sicherheitsaufgaben“ bei der Polizei, die sich ebenfalls Befugnisse der politischen Polizei anmaßten. Innerhalb der KPD-Kaderabteilung war schon 1945 „auf Wunsch der SMA“ ein Informationsdienst „zur Erforschung der Stimmung der Bevölkerung“ geschaffen worden. Von dessen Existenz erfuhr der aus der SPD kommende Mitvorsitzende der SED Grotewohl erst im März 1947 aus der Westberliner Presse und ordnete dessen „sofortige Beseitigung“ an.<sup>292</sup> 1945 entstanden auch bei den Landesverwaltungen der SBZ, vermutlich aufgrund einer mündlichen Weisung des Chefs der Besatzungsverwaltung Marschall Schukow, wie es damals in kommunistischen Führungskreisen hieß, deutsche Nachrichten- oder Informationsämter mit nachgeordneten regionalen Dienststellen. 1947 hielt man hier auch schon in westdeutschen Industrie-

<sup>287</sup> Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig von 1945–1948 (23. Juli 1948), in: GARF 7077 stsch/1/6, Bl. 1-112 und 1-14 (Anhang), hier zitiert nach S. 77 der deutschen Übersetzung (Manuskript).

<sup>288</sup> Betr. Bewaffnung der deutschen Polizei, Wortlaut, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 3 vom 31. Jan. 1946, S. 42.

<sup>289</sup> Verordnung über die Deutsche Verwaltung des Innern in der SBZ. Entwurf, ohne Datum. [1946], in: BStU-Archiv, Sekretariat des Ministers/336, Bl. 12-15.

<sup>290</sup> Vgl. Dokument Nr. 128.

<sup>291</sup> Erich Mielke auf der Konferenz vom 30. Okt. 1946, zit. nach: Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates 1992, S. 158.

<sup>292</sup> SED-Provinz Sachsen/Zentralsekretariat der SED/Halle, den 24. März 1947, in: BArch, SAPMO, Zentrales Parteiarchiv, Nachlaß Grotewohl, 305, Bl. 88.



zentren „ein möglichst lückenloses Netz von Vertrauensleuten und Informatoren für unerlässlich“<sup>293</sup>. Gefördert wurde der Ausbau der „Staatsicherheit“ nicht zuletzt auch durch die Disziplinierung der SED als einer stalinistischen „Partei neuen Typus“. Ab Anfang 1948 forderte Walter Ulbricht im Zentralsekretariat immer wieder innerparteiliche Säuberungen<sup>294</sup>, und im März 1948 inszenierte die Besatzungsmacht umfangreiche Verhaftungen unter früheren Sozialdemokraten in Berlin, Sachsen und Thüringen wegen Kontakten zum SPD-Ostbüro und angeblicher Zusammenarbeit mit dem amerikanischen und britischen Geheimdienst<sup>295</sup>. Die erste Kominform-Resolution zu Jugoslawien beschleunigte den Prozeß. Im Juli 1948 entschied sich der Parteivorstand der SED „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“<sup>296</sup>, und im September 1948 wurden ständige Parteikontrollkommissionen gebildet, „um die Sauberkeit der Partei zu sichern“<sup>297</sup>.

Die stufenweise Delegation von Aufgaben von der sowjetischen zur ostdeutschen Verwaltung war mit einer Zentralisierung der ursprünglich föderalen deutschen Staatsstrukturen verbunden. Bereits 1946 hatte die zonale Vereinheitlichung der unter der Bezeichnung K 5 für „Aufträge der Besatzungsmacht“ und politische Straftaten zuständigen Kommissariate/Dezernate der ostdeutschen Kriminalpolizei begonnen, denen die SMAD mit dem Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947<sup>298</sup> im Rahmen der Entnazifizierung auch strafrechtliche Kompetenzen übertrug. Mit Polizeibefugnissen wurden damals zwar auch andere Verwaltungszweige ausgestattet<sup>299</sup>, doch in der kompetenziellen Diffusion, die sowohl das dynamische Konkurrenzverhältnis zwischen der föderalen Verfassungsstruktur der SBZ und den zentralistischen Intentionen der SED als auch die latente Konfliktsituation zwischen sowjetischen und deutschen Dienststellen erzeugte, bleibt das institutionelle Detailbild unscharf<sup>300</sup>. Ab Oktober 1947 „spezialisierte“ sich die K 5 auf Aufgaben der politischen Polizei als einer „Auftragsangelegenheit der Besatzungsmacht“<sup>301</sup>. „Das Kommissariat K 5 hat die Aufgabe, die demokratischen Einrichtungen, ihre Entwicklung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone vor Störungsversuchen zu schützen.“<sup>302</sup> Die Zahl der Mitarbeiter der K 5 stieg von etwa 160 (1946) bis April 1948 auf

<sup>293</sup> Landesregierung Sachsen/Exposé: Das (neue) Landesnachrichtenamt und seine Aufgaben vom 5. Dez. 1947, in: BStU-Archiv, AS 299/66, Bl. 273.

<sup>294</sup> Malycha, Andreas/Hedeler, Wladyslaw: Die Stalinisierung der SED, Mainz 1991, S. 41.

<sup>295</sup> Vgl. Pieck-Notizen. Besprechung bei Semjonow am 5. Juni 1948, in: BArch, SAPMO, ZPA, Nachlaß 36, 735. Vgl. auch die Besprechung vom 9. Sept. 1948, ebenda.

<sup>296</sup> Malycha/Hedeler, Stalinisierung 1991, S. 25ff.

<sup>297</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>298</sup> Wortlaut in: Zentralverordnungsblatt. Hg. namens aller Zentralverwaltungen von der Deutschen Justizverwaltung der SBZ in Deutschland, Berlin 1947, S. 185-186.

<sup>299</sup> Zum Beispiel im Bereich Handel und Versorgung, als die SMAD im Nov. 1947 den DWK-Beschluß vom 25. Aug. 1947 bestätigte. Vgl. Der Präsident der deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung Handke/Richtlinien für die Organisation der Versorgungskontrolle in der SBZ/1. Nov. 1947. Bestätigt durch den Stellvertretenden Chef der Verwaltung Handel und Versorgung der SMAD – Berlin, 17. Nov. 1947, in: BArch C 15/764. Oder auch in den Bereichen Finanzen und Preiskontrolle.

<sup>300</sup> Die deutsche Aktenüberlieferung belegt, daß die SED in der SBZ ursprünglich ein System der extralegalen Volkskontrolle anstrebte, die mit Polizeibefugnissen ausgestattet werden sollte. Die SMAD bremste zwar dieses Projekt zeitweilig, zumindest teilweise legalisierte sie es aber später. Die dokumentarischen Spuren sind aber inkonsistent und verflüchtigen sich zudem. Vgl. dazu: Foitzik, SMAD 1999, S. 394ff. Am 1. Juli 1949 waren in den „Organen der Volkskontrolle“ 14.546 Mitarbeiter beschäftigt, 53,2 Prozent von ihnen gehörten der SED an. Vgl. Iljitschow/Gribanow/27. Feb. 1950/Bericht über die Tätigkeit der örtlichen Machtorgane der DDR, in: AWP RF 082/37/14/200, Bl. 74ff., hier Bl. 84.

<sup>301</sup> Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern Wagner an Hauptmann Patoka von der SMAD/15. Juni 1948, in: BArch D 01/7/365, Bl. 285.

<sup>302</sup> Entwurf eines Memorandums „Allgemeines über die Aufgaben und den Arbeitsbereich des Kommissariats 5“, o. D. [1948], zitiert nach Laufer, Die Ursprünge des Überwachungsstaates 1992, S. 162.

fast 700 und auf 1.600 im Juni 1949. Nur etwa zehn Prozent von ihnen wurden nach Überprüfung durch den sowjetischen Sicherheitsapparat in die „Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums“ im Innenministerium der DDR übernommen<sup>303</sup>, die am 8. Februar 1950 in ein selbständiges Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überführt wurde. Eine allgemeine Rechtsgrundlage für dessen staatspolizeiliche Tätigkeit bot Artikel 6 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949, in dem es hieß: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. [...] Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht zu wählen und gewählt zu werden.“ Nach Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens gemäß SMAD-Befehl Nr. 201/1947 übertrug der Chef der Deutschen Volkspolizei am 27. Februar 1950 der DDR-Staatssicherheit die Vollmacht zur Bearbeitung von „Verstößen gegen Artikel III A III der Kontrollrats-Direktive Nr. 38“<sup>304</sup>. Dieser weiter oben bereits zitierte Artikel erklärte Personen, die nach dem 8. Mai 1945 politische – nicht nur nationalsozialistische – Verbaldelikte begangen haben oder noch begehen werden, für „belastete Aktivisten“ im Sinne der Entnazifizierungsbestimmungen.

Bereits im Januar 1949 hatte das SMAD-Kommando beim zuständigen ZK-Sekretär Suslow beantragt, dafür zu sorgen, daß der tschechoslowakische und polnische Geheimdienst ihre Tätigkeit in der SBZ einstellten, nachdem mit dem jugoslawischen Agentennetz schlechte Erfahrungen gemacht worden seien<sup>305</sup>. Einen Beschluß darüber, daß die volksdemokratischen Länder in der DDR die Agenturarbeit einzustellen hätten, faßte das sowjetische Politbüro erst 1951.<sup>306</sup> Anders als in den übrigen „Volksdemokratien“ wurde aber in der SBZ/DDR mit der Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 3309-1385 vom 2. August 1949 die Tätigkeit des sowjetischen Sicherheitsdienstes nicht eingestellt. 1953 soll das sowjetische Staatssicherheitsministerium versprochen haben, im Apparat des MfS der DDR keine inoffiziellen Quellen mehr anzuwerben<sup>307</sup>. Solche frommen Wünsche verfehlen jedoch die fragile Komplexität eines Geheimdienstes, dessen administrative Praxis im Idealfall irregulär zu sein hat.

## VII. Entwicklung nach 1949

Mit SMAD-Befehl Nr. 0037 vom 11. August 1949 wurden in ostdeutsche Einrichtungen für innere Angelegenheiten 53 sowjetische Berater entsandt: einer in die Abteilung Ausbildung der Deutschen Zentralverwaltung des Innern, zwölf an deutsche Polizeischulen und 40 in die Bereitschaften der Kasernierten Volkspolizei (KVP).<sup>308</sup> Nachdem die Stellenpläne der ostdeutschen KVP-Bereitschaften auf das Drei- bis Vierfache aufgestockt worden waren, wurde die Zuständigkeit

<sup>303</sup> Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt, Berlin 2000, S. 58. – Die Zahl der Angehörigen der Kriminalpolizei in der SBZ wurde zum 1. Nov. 1948 mit 4.150 angegeben. Vgl. Geschichte der Militärverwaltung der SMAD, Juli 1945–Nov. 1948. Berlin 1948, in: AWP RF 0457/1/13/5, Bl. 156.

<sup>304</sup> Chef der Deutschen Volkspolizei/Richtlinie zu der Dienstanweisung Nr. 13/50 vom 17. Feb. 1950/27. Feb. 1950, in: BStU-Archiv AS 607/66, Bl. 16.

<sup>305</sup> Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Fragen Russkich an den Sekretär des ZK Suslow/12. Jan. 1949, in: GARF 7317/3/4.

<sup>306</sup> RGASPI 17/162/46, Bl. 203.

<sup>307</sup> Zit. nach Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter 2000, S. 91.

<sup>308</sup> GARF 7317/7/95, Bl. 348-349; GARF 7317/8/90, Bl. 500; GARF 7317/17/1, Bl. 82.

für die Anleitung und Kontrolle der Verwaltung für Ausbildung von Polizeikadern bei der Deutschen Verwaltung des Innern mit SMAD-Befehl Nr. 0041 vom 23. August 1949 von der Verwaltung für Innere Angelegenheiten zur Militärischen Verwaltung der SMAD verlagert<sup>309</sup>. Dieses Beispiel soll lediglich die Sicherheitsarchitektur veranschaulichen. Nach der Bildung der DDR 1949 amtierte der Leiter des sowjetischen Sicherheitsapparats in der DDR (genannt: „Inspektion“) als stellvertretender Vorsitzender des Chefs der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK), der Nachfolgeeinrichtung der SMAD. Damit wurde auch die frühere innerinstitutionelle Konkurrenz bereinigt: Die sowjetische Kontrolle über die ostdeutsche Staatssicherheit und Volkspolizei konzentrierte man wieder in einer Besatzungsbehörde.

Zugleich wurde 1949 die Geheimhaltung verschärft, der gesamte interne und externe Schriftwechsel der SKK war jetzt als „streng geheim“ zu behandeln. Am 14. Juli 1951 beschloß das sowjetische Politbüro, die bestehenden Abwehr- und Westapparate der KPD/SED in eine dem Ministerrat der DDR unterstellte Auslandsaufklärung umzuwandeln<sup>310</sup>. Getarnt wurde der „Außenpolitische Nachrichtendienst“ (APN) nach sowjetischem Vorbild als „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) und formell dem Außenministerium der DDR angeschlossen. Ausweislich der Protokolle des sowjetischen Politbüros stimmte dieses Gremium der „Ernenennung“ Ackermanns zum Chef des APN durch „Tschujkow und Iljitschow“, also durch die SKK-Leitung, zu<sup>311</sup>. Die tatsächliche Leitung des APN lag beim Vertreter des sowjetischen Informationskomitees. 1953 erfolgte die Eingliederung des „Außenpolitischen Nachrichtendienstes“ in das MfS der DDR: In der Sowjetunion war die Agenturarbeit schon Ende 1951 wieder in das MGB verlagert worden. Das MfS der DDR zählte 1953 nach sowjetischen Angaben 10.000 und 1956 16.000 hauptamtliche Mitarbeiter. 1952 verfügte es über 21.034 Informanten<sup>312</sup>.

Bis zu Stalins Tod befand sich das MfS unter der totalen Kontrolle des sowjetischen Dienstes. Sowjetische Instrukteure wirkten als Berater bei den Leitungen der Kreisdienststellen des MfS: Sie wurden in den deutschen Stellenplänen geführt und aus dem DDR-Staatshaushalt bezahlt, sie kontrollierten die gesamte Personalpolitik und waren unmittelbar mitverantwortlich für die Arbeit der Dienststelle.<sup>313</sup> Eine Arbeitsteilung trat insoweit ein, als sich der sowjetische Apparat auf „Spionage“ und „antisowjetische“ Delikte spezialisierte und die übrigen „Staatsverbrechen“ den ostdeutschen Organen überließ. Inhaftierte das MGB in der SBZ 1948 noch etwa viereinhalbtausend Menschen, so fielen die Zahlen 1949 auf etwa dreitausend und 1950 auf zweitausend zurück; mit 3.300 Verhaftungen im zweiten Halbjahr 1952 verdoppelte das MfS seine Statistik des ersten Halbjahres<sup>314</sup>. Am 9. Juni 1953 wurden die sowjetischen Beratergruppen bei den Kreisdienststellen des MfS aufgelöst. Den Hintergrund bildete die Auflösung des sowjetischen

---

<sup>309</sup> GARF 7317/7/95, Bl. 362-363.

<sup>310</sup> Petrow, Formirowanije nemezkich organow gosbesopasnosti, Manuskript 2007, S. 13.

<sup>311</sup> RGASPI 17/162/46, Bl. 87. – Tschujkow, Wassili Iwanowitsch (1900–1982), Armeegeneral. Im Krieg Armeebefehlshaber, zuletzt 1943–45 der 8. Garde-Armee. 1945–46 Chef der SMA Thüringen, 1946–49 stellvertretender bzw. Erster stellvertretender und März 1949–53 Oberbefehlshaber der GSBSD, 1949 Oberster Chef der SMAD, 1949–53 Vorsitzender der SKK. 1953–60 Chef des Militärbezirks Kiew, 1955 Marschall der Sowjetunion; 1960–64 Chef der Infanterie und stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR, 1961–72 Chef der sowjetischen Zivilverteidigung, ab 1972 Generalinspekteur. 1944 und 1945 Held der Sowjetunion. – Ackermann, Anton (1905–1973), 1926 KPD, bis 1945 Emigration in der UdSSR, 1945–46 Mitglied des ZK der KPD, ab 1946 Mitglied des Zentralsekretariats, ab 1949 Kandidat des Politbüros der SED, 1949–53 Staatssekretär im Außenministerium der DDR.

<sup>312</sup> Angaben nach Petrow, Formirowanije nemezkich organow gosbesopasnosti, Manuskript 2007, S. 15. – Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart 2001, S. 56 nennt 30.000 inoffizielle Mitarbeiter im Jahr 1952.

<sup>313</sup> Chlobustow, Oleg: Na perednjem kraje „chodnoi wojny“, in: [Http://www.chekist.ru/article/1251](http://www.chekist.ru/article/1251) (12.07.2007), S. 20.

<sup>314</sup> Petrow, Formirowanije nemezkich organow gosbesopasnosti, Manuskript 2007, S. 13, S. 9 und S. 15.

Staatssicherheitsministeriums nach Stalins Tod. Der neue Innenminister Berija, in dessen Agenda dieser Aufgabenbereich jetzt fiel, schlug eine radikale Kürzung des sowjetischen Apparats in der DDR vor und das Präsidium des ZK der KPdSU stimmte dem Vorschlag am 20. Mai auch zu.<sup>315</sup> Mit der Umgruppierung war in Berlin eine Kontrollgruppe des sowjetischen Innenministeriums unter der Leitung von Generalleutnant Amajak S. Kobulow<sup>316</sup> beschäftigt, als in der DDR am 17. Juni 1953 der Volksaufstand ausbrach, der das sowjetische Innenministerium vor besondere operative Herausforderungen stellte<sup>317</sup>. Allein in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni verhafteten sowjetische Organe in der DDR zwar 3.361 Personen, das MfS lediglich 909<sup>318</sup>. Doch für kurze Zeit geriet die gesamte Staatssicherheitsarchitektur in der DDR ins Wanken, als eine am 17. Juni 1953 nach Ost-Berlin entsandte, hochrangig besetzte Inspektion des sowjetischen Innenministeriums vom MfS-Minister Zaisser<sup>319</sup> zunächst am 20. Juni 1953 die Überführung der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei in das MfS forderte – einen entsprechenden Beschluß des Politbüros des ZK der SED hatte die SKK-Leitung noch vor einem Jahr außer Kraft gesetzt<sup>320</sup>. Einige Tage später, am 24. Juni, forderten die sowjetischen Inspektoren paradoxerweise wiederum die Auflösung des MfS, dessen Aufgaben jetzt das Innenministerium der DDR wahrnehmen sollte. Letzteres wurde zwar ausdrücklich als „Meinung Berijas“ legitimiert, doch wurde sie auch von dem ebenfalls am 17. Juni 1953 nach Berlin eingeflogenen militärischen Krisenstab unter der Leitung des Ersten Stellvertreters des Verteidigungsministers und des Chefs des Generalstabes Marschall Sokolowski gutgeheißen und schließlich umgesetzt. Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands in großen Teilen der DDR am 17. Juni 1953 übernahm nämlich die sowjetische Armee die Garantie für die „Staatssicherheit“ der DDR.<sup>321</sup>

Nachdem 38 besondere Einsatzgruppen des sowjetischen Innenministeriums, bestehend aus jeweils 60 Mann, die Sicherheitslage in der DDR überprüft hatten, konnte der neue Chef der

<sup>315</sup> Vgl. hierzu auch: Kramer, Mark: Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 80-126, hier S. 91.

<sup>316</sup> Kobulow, Amajak Sacharowitsch (1906–1955), Generalleutnant; 1938–39 stellvertretender NKWD der Ukrainischen SSR, 1939–41 Berater der sowjetischen Botschaft in Berlin (Resident des NKWD), ab 1941 NKWD in Usbekistan, ab 1945 Chef der operativen Verwaltung und stellvertretender Chef der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD/MWD der UdSSR (GUPWI), ab 1951 Chef der Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (UPWI) des MWD und Erster stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Lager (GULAG) des MWD. 1955 hingerichtet.

<sup>317</sup> Vgl. Foitzik, Jan: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren“. Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: Deutschland Archiv 1/2000, S. 32-49.

<sup>318</sup> Sokolowski-Semjonow/an Molotow-Bulganin/Telefogramm po WTsch iz Berlina, 18. Juni 1953, in: AWP RF 082/41/93/280, Bl. 11-12.

<sup>319</sup> Zaisser, Wilhelm (1893–1958), Volksschullehrer, ab 1921 Angestellter der KPD; 1924 militärpolitischer Lehrgang an der M[ilitär]-Schule der Komintern in Moskau; Mitarbeiter des Generalstabs der Roten Armee bzw. der GRU, ab 1926 leitender Mitarbeiter des M-Apparats der KPD, 1927–39 Mitarbeiter der Komintern in Moskau; 1936–38 militärischer Berater in der spanischen Volksarmee (1936 Brigadegeneral), Sept. 1940 Erwerb der sowjetischen Staatsbürgerschaft, ab 1941 Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlawPURKKA), 1943–47 Angestellter des ZK der WPK(B). 1947 Rückkehr nach Deutschland (SBZ); 1947–48 Chef der Landespolizei von Sachsen-Anhalt, 1948–49 Innenminister des Landes Sachsen und stellvertretender Ministerpräsident, ab Juni 1949 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern in der SBZ, ab 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, mit der Bildung des MfS ab Feb. 1950 Minister für Staatssicherheit; Juli 1953 wegen „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“ aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen und als Minister abgesetzt, 1954 SED-Ausschluß, danach Übersetzer.

<sup>320</sup> Lindenberger, Thomas: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln u.a. 2003, S. 54.

<sup>321</sup> Vgl. Foitzik, „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren“, in: Deutschland Archiv 1/2000, S. 32-49.

Vertretung des sowjetischen Innenministeriums in der DDR Pitowranow<sup>322</sup> noch im Sommer 1953 die Zahl seiner Mitarbeiter auf 540 erhöhen.<sup>323</sup> Außerdem wurde der Dependance des sowjetischen Innenministeriums in der DDR wieder das Recht eingeräumt, die Arbeit ihrer Kollegen in der DDR-Staatssicherheit „unmittelbar zu kontrollieren“ und ihnen direkte Anweisungen zu erteilen.<sup>324</sup> Schon die Verhaftungszahlen von 1953 belegen hinlänglich, daß das sowjetische Vertrauen in die ostdeutsche Staatssicherheit nicht sehr groß war. Pitowranow amtierte in der DDR zunächst als Bevollmächtigter des Innenministeriums der UdSSR in der DDR, ab 1954 als Beauftragter des Komitees für Staatssicherheit (KGB) und Leiter der „Inspektion für Fragen der Sicherheit beim Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland“, ab 1955 schließlich als Leiter des Apparats des „Obersten Beraters des KGB beim Ministerrat der UdSSR bei den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“.

Eine amüsante Anekdote in der Geschichte der ostdeutschen Staatssicherheit bildet die Tatsache, daß in der verworrenen Sicherheitslage nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bis zum 10. Juli 1953, als die Öffentlichkeit von der Verhaftung Berijas erfuhr, die bereits am 26. Juni erfolgt war, Berijas Emissäre in der DDR das nach ihren Worten „kopfloste“ SED-Politbüro noch am 30. Juni zur Annahme der Pläne ihres bereits seit vier Tagen inhaftierten Vorgesetzten bewegen konnten<sup>325</sup>: Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR wurde im Rang eines Staatssekretariats dem Innenministerium unterstellt, was man 1955 wieder korrigierte. Das unter aktiver Mitwirkung sowjetischer Sicherheitsberater 1953 erarbeitete Statut und die 1953/54 ebenfalls in enger ostdeutsch-sowjetischer Zusammenarbeit durchgeführte Reorganisation der SED-Parteorganisation in der DDR-Staatssicherheit entsprachen aber bereits dem „modernisierten“ sowjetischen Modell: Die Verantwortung für die parteipolitische Arbeit in den Dienststellen des MfS lag von 1953 bis 1989 bei den zuständigen territorialen SED-Leitungen. An der Spitze waren 1953 mit der „Abteilung für Sicherheitsfragen“ des ZK der SED und der „Sicherheitskommission des Politbüros“ Lenkungsorgane geschaffen worden, deren Fäden der Erste Sekretär der SED Walter Ulbricht in der Hand behielt. Die SED übernahm damit die frühere Führungskompetenz der sowjetischen Staatssicherheit. Die politische Prärogative der „herrschenden Partei“ unterstrich auch das 1954 erlassene Verbot, innerhalb des SED-Parteiparats „Aufklärung“ zu betreiben.<sup>326</sup>

<sup>322</sup> Pitowranow, Jewgeni Petrowitsch (1915–1999), 1945 Generalmajor, 1956 Generalleutnant. Absolvent des Instituts für Kommunikationswissenschaft, im Krieg Chef des NKWD/NKGB in den Bezirken Gorki, Kirow und Kuibyschew, 1945–46 NKGB Usbekische SSR, 1946–51 Chef der Zweiten Hauptverwaltung des MGB und 1950–51 stellvertretender MGB der UdSSR, 1951–52 in Untersuchungshaft, 1953 stellvertretender Chef der MWD-Verwaltung für Spionageabwehr. 1953–57 MWD-Bevollmächtigter in Deutschland bzw. ab 1954 Beauftragter des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (KGB) bzw. Leiter der „Inspektion für Fragen der Sicherheit beim Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland“ und ab 1955 Leiter des Apparats des „Obersten Beraters des KGB beim Ministerrat der UdSSR bei den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“. 1957–60 Chef der 4. Verwaltung des KGB, 1960–62 KGB-Vertreter in China (Peking), 1977–83 stellvertretender und 1983–88 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer der UdSSR.

<sup>323</sup> Chlobustow, Oleg: Na perednjem kraje „cholidnoi wojny“ 2007, S. 32 und S. 34.

<sup>324</sup> Petrov, Nikita: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953). Eine historische Skizze, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato, Bd. 1, Berlin 1998, S. 143–157, hier S. 155.

<sup>325</sup> Vgl. hierzu: Handschreiben des Ministers für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, an den SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl, 13. Juli 1953, in: Hoffmann, Dierk; Schmidt, Karl-Heinz; Skyba, Peter: Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, München 1993, S. 176–178, sowie Foitzik, Jan: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren“, in: Deutschland Archiv 1/2000, S. 32–49.

<sup>326</sup> Schumann, Die Parteorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit 1996, S. 32f., S. 44, S. 64. – In der SMAD/SKK war die parteipolitische Arbeit im MGB-Apparat schon ab Ende 1946 der Politischen Verwaltung/Abteilung unterstellt, deren Leitung gegenüber dem ZK der WKP(B) rechenschaftspflichtig war.

Nach dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt und der Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA) im Januar 1956, womit die Kasernierte Volkspolizei (KVP) einen neuen Namen, neue Uniformen und eine bessere Bewaffnung erhielt, wurde das MfS mit den anderen Fachdiensten in den „Volksdemokratien“ gleichgestellt. Vorausgegangen war die Beendigung der Kontrolle durch die Hohe Kommission und die Aufhebung der Beschränkungen des Kontrollrates und der von der SMAD und der SKK erlassenen Befehle im Jahr 1954 sowie der Vertrag vom 20. September 1955 über eine völkerrechtliche Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR. Nach dem 1. November 1958 waren nur noch 32 Verbindungsoffiziere des KGB beim MfS der DDR tätig: Vier Spezialisten für die Aufklärung, neun für die Abwehr, zwei für Untersuchung und je ein Verbindungsoffizier für die 15 Bezirke<sup>327</sup>. Die Außenabsicherung der Einrichtungen der sowjetischen Truppen in der DDR übernahm das MfS der DDR im Zusammenwirken mit der militärischen Abwehr der Sowjetischen Armee erst 1962<sup>328</sup>, obwohl dies schon 1957 vertraglich vereinbart worden war.

Jens Gieseke datiert die Aufbauphase des MfS bis 1952/53<sup>329</sup>. Zweckmäßigerweise sollte der Zeitraum mit Blick auf die internationalrechtlichen Regelwerke bis 1957/58 und mit Rücksicht auf die rechtliche Sonderlage Berlins sogar bis 1961/62 ausgedehnt werden: Weil Berlin Regierungssitz war und hier noch nach 1957/58 asymmetrische Formen deutsch-sowjetischer „Sicherheitskooperation“ fortgesetzt wurden, die nicht als lokal isoliert werden können. Auch im funktionalen Sinne leistete das MfS in den 1950er Jahren noch nicht das, was es später versprach. Zum tragenden Element der auf mehreren Säulen fußenden Staatssicherheitsarchitektur der DDR<sup>330</sup> gehörte damals noch die Volkspolizei: 1955 „bearbeitete“ sie beispielsweise mit 5.618 noch doppelt so viele Personen wegen sogenannter Staatsverbrechen als das MfS mit 2.784.<sup>331</sup>

Ein eigenes Profil, das ihr heutiges Geschichtsimagen als „Schwert der Partei“ prägt, gewann die DDR-Staatssicherheit erst nach dem Mauerbau in den 1960er Jahren. Diese „staatstragende“ Rolle kopierte die staatsstiftende Funktion der sowjetischen Staatssicherheit in der SBZ, wie sie ihre Weisungsdokumente normierten und die auch ihrem eigenen Selbstverständnis entsprach.<sup>332</sup> Die Arbeitsteilung zwischen dem Innen- und dem Staatssicherheitsministerium verdiente nebenbei schon deshalb größere Beachtung, weil die DDR nach dem 1953 inkriminierten „Berija-Modell“ einer machtpolitisch um das Innenministerium (und nicht unmittelbar um die „herrschende Partei“) zentrierten Herrschaftsstruktur aufgebaut wurde und auch danach noch einige Jahre offensichtlich nach diesem Prinzip funktionierte. Eine „Preisgabe der DDR“, wie die gern tradierten Legenden der öffentlichen politischen und historischen Diskurse und Narrative lauten, kann Berija

Vgl. auch: Protokoll der Sitzungen des Politbüros Nr. 73 [vom 13. Jan. 1950], in: RGASPI 17/162/43, Bl. 112-113.

<sup>327</sup> Generalleutnant E. Mielke und Generalmajor A. Korotkow/Vereinbarung über den Unterhalt von Offizieren des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR für Koordinierung und Verbindung mit dem MfS der DDR vom 30. Okt. 1959, in: BStU, Sekretariat des Ministers/423. Im Dokument werden 15 Bezirke genannt, tatsächlich waren es 14. Als 15. Bezirk wurde der Bereich der Wismut betrachtet.

<sup>328</sup> So bei: Satjukow, Silke: Besatzer. „Die Russen“ in Deutschland 1945–1994, Göttingen 2008, S. 135. 1962 beispielsweise laut: BStU, Bezirksverwaltung Leipzig/Leitung 01215; 1963 laut MfS-Dienstanweisung Nr. 3/63 vom 1. Juni 1963, in: BStU, Archiv der Außenstelle Chemnitz/XVIII/2382. – Die Aktenlage ist schon insoweit unklar, weil nicht bekannt ist, wie der Truppenschutz von 1957 bis 1962 gewährleistet wurde. Grundsätzlich enthalten die Sachakten der DDR-Staatssicherheit oft unspezifische Angaben.

<sup>329</sup> Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter 2000, S. 86.

<sup>330</sup> Hierzu vgl. Lindenberger, Volkspolizei 2003.

<sup>331</sup> Herbstritt, Georg: Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989. Eine Chronik der Wende im Bezirk Neubrandenburg. Mit einem Anhang: Studie über das Verhältnis von Volkspolizei und Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die mecklenburgische Landeskirche. Schwerin 1998, S. 249.

<sup>332</sup> Vgl. Dokumente Nr. 2, 39, 87, 89, 92, 128, 130 und 135.

schon deshalb nicht bezweckt haben, weil dem sowjetischen Innenminister dazu die organisatorische Grundlage fehlte. Aufgrund der Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 1787-670ss vom 14. April 1952 wurden in der DDR nämlich wieder 136 Kommandanturen errichtet<sup>333</sup>, die man den Chefs der lokalen Garnisonen unterstellte. Damit fungierte die Besatzungsarmee, wie in den Jahren von 1945 bis 1950 in der SBZ, bereits vor dem 17. Juni 1953 wieder unmittelbar als tragende Säule der „Staatssicherheit“ der DDR. Mit der Verkündung des Ausnahmezustands in der DDR übernahm dort die sowjetische Armee für kurze Zeit sogar die totale Kontrolle, einschließlich der Kontrolle über die Einrichtungen des sowjetischen Innenministeriums. Gelockert wurde das militärische Kommandantursystem erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre.<sup>334</sup> In diesem Zeitraum fand die Umwandlung von der Besatzungs- zur Parteidiktatur statt, die als die „innere Staatsgründung“ der DDR<sup>335</sup> symptomatisch mit dem 17. Juni 1953 als Zäsur verknüpft wird.

1955 schloß das MfS erste bilaterale Kooperationsabkommen ab und begann, sich am Konzert der volksdemokratischen Sicherheitsdienste zu beteiligen. Deutsch-sowjetische Mischformen der extralegalen und verdeckten Steuerungs- und Manipulationsfunktion blieben konstitutiv. Dies ist evident insbesondere im Hinblick auf den – faktisch – exterritorialen Status der sowjetischen Truppen in der DDR.

## VIII. Resultate der sowjetischen Repressionspolitik in der SBZ/DDR

Interniert wurden in der SBZ durch die Besatzungsmacht nach amtlichen sowjetischen Angaben in den Jahren 1945 bis 1949 122.700 und nach neueren Erhebungen 154.000 Deutsche, etwa 43.000 von ihnen starben in der Haft.<sup>336</sup> Das MGB verhaftete im Zeitraum von 1947 bis 1953 in der SBZ/DDR nach – sehr unvollständigen – amtlichen Statistiken 16.137 Deutsche, mit Ausnahme von 195 Personen wegen „antisowjetischer Tätigkeit“.<sup>337</sup> 35.000 bis 40.000 Deutsche wurden nach Schätzungen der russischen Militärstaatsanwaltschaft in der SBZ/DDR von 1945 bis 1955 nach „Gesetzen der Kriegszeit“ durch sowjetische Militärtribunale verurteilt<sup>338</sup>. 20.000 bis 25.000 von ihnen wurden in die UdSSR deportiert, nachdem in der DDR nach offiziellen Angaben Anfang 1950 etwa 5.500 durch sowjetische Militärtribunale Verurteilte aus der Haft entlassen und weitere 10.500 zur weiteren Strafverbüßung an DDR-Behörden übergeben worden

---

<sup>333</sup> 140 Kommandanturen nach: Scherstjanoi, Elke: Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953, München 1998, S. 88f. – Die Bemühungen um die Desekretierung der Anordnung verliefen ergebnislos, weil der Beschluß zugleich Mobilisierungspläne enthält.

<sup>334</sup> Vgl. hierzu: Foitzik, Jan/Korschunow, Juri M./Künzel, Christiane: Kommandanturen, in: SMAD Handbuch 2009, S. 564-594, hier insbes. S. 574f.

<sup>335</sup> Vgl. hierzu: Kowalczyk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

<sup>336</sup> Plato, Alexander von: Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland, in: Mironenko, Sergej u.a. (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Berlin 1998, S. 19-75, hier S. 54.

<sup>337</sup> In der Statistik sind ganz offensichtlich die nach dem 17. Juni 1953 Verhafteten nicht berücksichtigt, die streng genommen nicht mehr vom MGB, sondern vom MWD festgenommen wurden. Angaben nach: Mosochin, O. B.: Prawo na repressii. Wnesudebnyje polnomotschija organow gossudarstwennoi besopasnosti (1918–1953), Moskwa 2006, S. 383-468. – Danach wurden vom MGB in der SBZ/DDR 1947 4.450, 1948 4.215, 1949 2.908, 1950 2.091, 1951 1.604, 1952 608 und 1953 261 Deutsche verhaftet.

<sup>338</sup> Kopalin, Leonid: Die Rechtsgrundlage der Rehabilitierung widerrechtlich repressierter deutscher Staatsangehöriger, in: Hilger, Andreas/Schmidt, Ute/Wagenlehner, Günther: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953, Köln 2001, S. 353-384, hier S. 366.

waren<sup>339</sup>. 1954 saßen in DDR-Gefängnissen 5.628 von sowjetischen Gerichten verurteilte Deutsche ein<sup>340</sup>.

Schon 1949/50 bewegte sich der Anteil der durch sowjetische Militärtribunale wegen spezifischer nationalsozialistischer Delikte verurteilten und in der DDR internierten Deutschen zwischen 25 und 30 Prozent, 48 Prozent der Urteile wurden wegen nach dem 8. Mai 1945 begangener politischer Delikte gefällt.<sup>341</sup> Von den mehr als 25.000 derzeit dokumentierten Urteilen der sowjetischen Militärtribunale gegen deutsche Zivilisten in der SBZ/DDR in den Jahren 1945 bis 1955 bezogen sich 3.140 Urteile (d. i. 12,4 Prozent) auf Kriegs- und Gewaltverbrechen sowie 243 Fälle (d. i. 1,0 Prozent) auf illegalen Waffenbesitz, 18.176 Urteile (d. i. 71,9 Prozent) erfolgten wegen sogenannter konterrevolutionärer Verbrechen nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR, die übrigen beriefen sich auf andere Bestimmungen dieses Strafgesetzbuches.<sup>342</sup>

Todesurteile wurden von 1945 bis 1955 gegen 2.943 Personen ausgesprochen und gegen 2.223 auch vollstreckt.<sup>343</sup> Wegen Kriegs- und Gewaltverbrechen wurden 529 Todesurteile gegen deutsche Zivilisten vollzogen, weitere 26 wegen illegalen Waffenbesitzes.<sup>344</sup> Die meisten Todesurteile wurden wegen sogenannter konterrevolutionärer Verbrechen nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR und sogenannter Spionage vollstreckt.

Diese statistischen Angaben belegen hinlänglich, daß die sowjetischen Militärtribunale in der SBZ/DDR in der Hauptsache als Organe der politischen „Klassenjustiz“ wirkten. Ihre Tätigkeit kollidierte nicht nur mit dem internationalen und dem deutschen, sondern vielfach auch mit dem sowjetischen Recht. Noch zu Beginn der fünfziger Jahre beschäftigte sich das Politbüro des ZK der WKP(B) auf Antrag der zuständigen sowjetischen Aufsichtsinstanzen vergeblich mit der Abgrenzung der Kompetenzen der sowjetischen und deutschen Gerichtsbarkeit in der DDR. Als vorläufig müssen die oben genannten Repressionszahlen jedoch auch deshalb angesehen werden, weil neue Fälle bekannt geworden sind, in denen deutsche Staatsbürger aus der DDR nach ihrer Deportation in die UdSSR noch 1953 durch formal nicht zuständige Militärtribunale inner-sowjetischer Militärbezirke zum Tode verurteilt und dort hingerichtet worden sind. Ein solches Vorgehen stand im krassen Widerspruch zur Fiktion einer völkerrechtlichen und strafprozessualen Rechtsförmigkeit, die die administrative Hinterlassenschaft sowjetischer Instanzen erzeugt und die auch als Ordnungsgrundlage für die historische Bewältigung dient.

## Zur Einrichtung

In die Edition wurden 246 Dokumente aufgenommen, hauptsächlich aus den Beständen des Russischen Staatlichen Militärarchivs (RGWA) und des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF), einige Dokumente wurden im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte

<sup>339</sup> Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert: „Nazis“, „Spione“, „Sowjetfeinde“? Die SMT-Verurteilten im April 1953 in Torgau, in: Deutschland-Archiv Nr. 5/1995, S. 456–466, hier S. 457.

<sup>340</sup> Mironenko, Sergej u.a. (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingel. und bearb. von Ralf Possekel, Berlin 1998.

<sup>341</sup> Vgl. hierzu auch: Morré, Jörg: Speziallager des NKWD. Sowjetische Internierungslager in Brandenburg 1945–1950, Potsdam 1997, S. 20. Zit. nach: Wentker, Hermann: Die juristische Ahndung von NS-Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Kritische Justiz 2002/Heft 1, S. 60–78, hier S. 62.

<sup>342</sup> Nach: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln 2003, S. 21.

<sup>343</sup> Roginskij, Arsenij/Rudolph, Jörg/Drauschke, Frank/Kaminsky, Anne (Hg.): „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005, S. 31.

<sup>344</sup> Ebenda, S. 31.



(RGASPI) und im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) aufgefunden. Die meisten Dokumente werden zum ersten Mal in deutscher Übersetzung publiziert<sup>345</sup>. Die russische Dokumentenedition<sup>346</sup> weicht nur insoweit von der deutschen ab, als ein Dokument ausgetauscht wurde.

Bei der Auswahl der Dokumente wurden Originale bevorzugt, waren diese nicht auffindbar, wurde auf beglaubigte Kopien zurückgegriffen. Die Dokumente wurden in drei thematische Teile chronologisch einsortiert und erhielten eine fortlaufende Ordnungsnummer. Die redaktionellen Titel sind in enger Anlehnung an das Dokument gebildet worden. Der Dokumententitel besteht aus der Angabe der Quellenart, des Absenders und Empfängers unter Angabe der Funktionsstellungen, des Sachbetriffs und des Entstehungsdatums. Bei Befehlen, Rundschreiben und Direktiven wird der amtliche Titel in Anführungszeichen angeführt und ihre Nummer genannt.

Unterhalb des Dokumententitels sind gegebenenfalls der Geheimhaltungsgrad, die Kodenummer oder andere administrative Vermerke des Aktenbildners vermerkt, falls diese Angaben nicht bereits im Titel enthalten sind. Grundsätzlich bedeuteten die Ziffern 00 vor der Befehlsnummer „streng geheim“, die Ziffer 0 entsprach der Stufe „geheim“, eine Nummer ohne Nullen trugen nicht geheime Befehle.

Das Entstehungsdatum des Dokuments wird im Titel vermerkt. Einige Befehle waren zweifach datiert: Dabei gibt das erste Datum den Tag der Unterzeichnung des Dokuments an, das zweite den Tag seiner Registrierung im Sekretariat. Wenn Datumsangaben von den Herausgebern stammen, wurde das in einer Fußnote vermerkt und erklärt, wie die Angabe gebildet wurde.

Bei einigen Dokumenten wurden Abschnitte weggelassen, deren Inhalt nicht zum Thema der Edition gehört. Wenn ein Dokument nur auszugsweise veröffentlicht wird, so wird es im Titel entsprechend gekennzeichnet. Ausgelassene Textteile werden mit Auslassungspunkten in eckigen Klammern vermerkt und ihr Inhalt wird in einer Fußnote kurz benannt. Unkorrektheiten im Text, die einen inhaltlichen Sinn haben (falsche Schreibweise von Namen, unrichtige Datumsangaben, stilistische Fehler), wurden beibehalten und in Fußnoten ausgewiesen, Ergänzungen der Herausgeber wurden in eckige Klammern gesetzt. Handschriftliche Einfügungen und Korrekturen in der russischen Originalvorlage werden in Kursivschrift gebracht, darauf wurde aus formalen Gründen nur bei der Wiedergabe von Unterschriften unter den Originaldokumenten verzichtet.

In den Übersetzungen wurden alle Gliederungen und Absätze der Originalvorlage beachtet. Ebenso wurden Hervorhebungen, Streichungen und Einfügungen im Dokumententext vermerkt. In einigen Fällen wurden größere, im Original durchgestrichene Textteile in spitzen Klammern wiedergegeben. Die Unterschriften unter den Dokumenten wurden beibehalten, verzichtet wurde auf die Wiedergabe der Beglaubigungsvermerke. Lediglich Zwischenüberschriften sind einheitlich durch eine fette Schrift hervorgehoben und numerische Datumsangaben aufgelöst worden.

Der Fundstellennachweis enthält die Bezeichnung des Archivs, die Nummer des Bestandes und des Verzeichnisses, der Akte und der Blattzahl; außerdem ist vermerkt, ob es sich um ein Original oder um eine Kopie handelt. Da die meisten Dokumente maschinengeschrieben sind, wird die Art der Ausfertigung nur bei handschriftlichen Dokumenten oder bei gedruckten Exemplaren vermerkt. Zudem wird gegebenenfalls eine frühere Veröffentlichung bibliographisch nachgewiesen.

Handschriftliche Verfügungen und Vermerke werden nach dem Text des Dokuments in Kursivschrift wiedergegeben. Falls Unterschriften nicht entziffert werden konnten, wurde in eckigen Klammern lediglich „Unterschrift“ vermerkt.

---

<sup>345</sup> Bereits veröffentlicht sind Übersetzungen der Dokumente Nr.: 3, 5, (teilweise) 7, 11, 19, 39, (teilweise) 83, 91, 100, 113. Die Redaktion der hier vorgestellten Übersetzungen weicht davon geringfügig ab.

<sup>346</sup> Vgl. Apparat NKWD-MGB, SSSR w sowetskoi sone okkupazii Germanii/GDR 1945–1953gg. Sbornik dokumentow. Redaktery-sostawiteli N. Petrow, Ja. Foitzik, Moskwa 2009.

In Fußnoten werden Querverweise auf andere Dokumente der Edition sowie das Fehlen bzw. der Fundort von Anlagen vermerkt, die im Dokument erwähnt sind. Im Dokument genannte Personen erhalten bei ihrer ersten Erwähnung einen biographischen Kurzvermerk, dessen Schwerpunkt die Dienststellung zum Zeitpunkt der Erwähnung bildet. Sofern die russischen Koordinaten- bzw. Kode-Bezeichnungen nicht aufgelöst werden konnten, wurden sie lediglich transkribiert. Gleiches gilt für deutsche Personennamen. Auch bei vielen Ortsangaben war die Lokalisierung nicht möglich. Die Nachnamen von Opfern von Straftaten und von Straftätern, deren Relevanz als „Personen der Zeitgeschichte“ zweifelhaft erscheint, wurden anonymisiert.

Die Transkription nach Duden-Regeln basiert auf der Überlegung, daß die Edition für ein Publikum ohne philologische Fachbildung bestimmt ist. Die sprachkundigen Fachleute werden auf die russische Ausgabe verwiesen.

Als Übersetzer aus dem Russischen wirkten Dr. Rolf Semmelmann und Dr. Viktor Knoll<sup>347</sup>. Sylvia Richter begleitete das gesamte Vorhaben und stellte auch das Namens- und das Ortsregister zusammen. Korrektur lasen Andrea Wismath und Anna Gaßner im Rahmen ihres Praktikums. Für ihre Unterstützung danken wir insbesondere Frau Monika Tantzsch, russischen und deutschen Archivaren sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

---

<sup>347</sup> Viktor Knoll übersetzte die Dokumente Nr.: 6, 13, 17, 21, 22, 36, 55, 57, 58, 59, 60, 82, 87, 94, 101, 115, 116, 126, 127, 129, 133, 136, 138, 139, 142, 143, 149 und 188.



# Dokumentenverzeichnis

<b>Teil I: Formierung und Dislozierung der Operativen Gruppen</b> . . . . .	87
Nr. 1. Richtlinie über die Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee. 28. April 1942 . . . . .	89
Nr. 2. Begleitschreiben des Chefs der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR Scheredega an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Südwest-Front Rogatin mit der Anlage „Instruktion an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front der kämpfenden Roten Armee“. 30. April 1942 . . . . .	91
Nr. 3. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0016 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der Fronten der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen“. 11. Januar 1945. . . . .	94
Nr. 4. Direktive des Frontbeauftragten des NKWD der UdSSR für die 2. Belorussische Front Zanawa über Arbeitsprinzipien, Unterstellung und Aufgaben der Operativen Gruppen des NKWD. 22. Januar 1945 . . . . .	99
Nr. 5. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0061 „Zu Maßnahmen für die Umsetzung der Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees [der UdSSR] Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945“. 6. Februar 1945 . . . . .	100
Nr. 6. Direktive Nr. Sch/1-00230 des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front über die Umsetzung der in der Anordnung Nr. 7467ss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 3. Februar 1945 enthaltenen Forderungen und über die Mobilisierung von zur körperlichen Arbeit tauglichen Deutschen männlichen Geschlechts für den Abtransport in die UdSSR. 6. Februar 1945. . . . .	103
Nr. 7. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00101 „Über ergänzende Maßnahmen zu den Befehlen des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 und Nr. 0061 vom 6. Februar 1945“. 22. Februar 1945 . . . . .	105
Nr. 8. Kampfbefehl Nr. 9 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 2. April 1945 . . . . .	107
Nr. 9. Meldung des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow an den Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Bildung und Verteilung von Operativen Gruppen des NKWD im Abschnitt der 5. Panzer-Garde-Armee. 10. April 1945. . . . .	110
Nr. 10. Kampfbefehl Nr. 5 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 11. April 1945 . . . . .	111
Nr. 11. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00315 „Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945“. 18. April 1945 . . . . .	112
Nr. 12. Denkschrift des Bevollmächtigten des NKWD bei der 1. Belorussischen Front Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Bildung von Operativen Gruppen in Berlin. 23. April 1945 . . . . .	114

Nr. 13. Direktive des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Subarew an den Kommandeur der 58. Schützendivision Podoljako über die Notwendigkeit einer strikten Unterstellung der Truppen unter die Chefs der Operativen Gruppen. 23. April 1945 . . . . .	116
Nr. 14. Kampfbefehl Nr. 6 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 23. April 1945 . . . . .	117
Nr. 15. Kampfانordnung Nr. Sch/1-001030 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 24. April 1945 . . . . .	118
Nr. 16. Direktive des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Nr. Sch/1-001083 über die Ordnung der Dienstausbübung in Berlin. 27. April 1945 . . . . .	120
Nr. 17. Gesonderter Kampfbefehl Nr. 15 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front. 29. April 1945 . . . . .	121
Nr. 18. Meldung des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin über die Erfüllung der Kampfانordnung zur Dienstausbübung in Berlin. 2. Mai 1945 . . . . .	122
Nr. 19. Befehl des NKWD Nr. 00453 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Territoriums Ostpreußens von feindlichen Elementen“ vom 5. Mai 1945 . . . . .	123
Nr. 20. Kampfbefehl Nr. 7 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 7. Mai 1945 . . . . .	124
Nr. 21. Direktive des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Generalmajor Subarew an den Kommandeur der 58. Schützendivision Generalmajor Podoljako bezüglich der Entsendung eines Bataillons des 372. Regiments nach Dresden. 9. Mai 1945 . . . . .	126
Nr. 22. Kampfbefehl Nr. 13 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front. 17. Mai 1945 . . . . .	127
Nr. 23. Befehl des Stabschefs des 105. Grenzregiments Major Maschin über die Zuweisung operativer Abschnitte in Berlin für die Einheiten des Regiments. 18. Mai 1945 . . . . .	128
Nr. 24. Meldung des Kommandeurs des 87. Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Organisation des Dienstes des Regiments. 21. Mai 1945 . . . . .	129
Nr. 25. Meldung des Kommandeurs des 87. Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Forderung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD Oberst Fukin nach Verlegung der Kommandostelle des Regiments nach Barth. 21. Mai 1945 . . . . .	130
Nr. 26. Gesuch des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Brandenburger Verband Oberst Pimenow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow über die Bereitstellung zweier Sicherungseinheiten für den Schutz von Operativen Gruppen. 23. Mai 1945. . . . .	131
Nr. 27. Anweisung des Stabschefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Oberst Tischajew an den Kommandeur des 87. Grenzregiments bezüglich der verstärkten Kontrolle über die Tätigkeit der Sicherungseinheiten. 26. Mai 1945 . . . . .	131

Nr. 28. Denkschrift des Bevollmächtigten des NKWD für die 1. Belorussische Front Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über den Verbleib der Operativen Gruppen des NKWD der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front in Deutschland. 29. Mai 1945 . . . . .	132
Nr. 29. Kampfbefehl Nr. 0013 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 2. Juni 1945 . . . . .	133
Nr. 30. Kampfbefehl Nr. 0014 des Stabs des 333. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 2. Juni 1945 . . . . .	135
Nr. 31. Aus einer Mitteilung des NKWD-Bevollmächtigten für die 2. Belorussische Front Generalleutnant Zanawa an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die im Zeitraum vom 15. Januar bis 5. Juni 1945 durchgeführte operative Arbeit unter Einsatz von Agenten. 7. Juni 1945 . . . . .	136
Nr. 32. Spezieller Kampfbefehl Nr. 10 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 7. Juni 1945 . . . . .	137
Nr. 33. Schreiben des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD in Fürstenwalde Kommissar der Staatssicherheit Malkow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin mit der Bitte, die ihm zugeteilten Sicherungseinheiten der Inneren Truppen bis zur Sollstärke aufzufüllen. 13. Juni 1945 . . . . .	138
Nr. 34. Mitteilung des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin an den Chef der NKWD-Operativgruppe Fürstenwalde Kommissar der Staatssicherheit Malkow über die Bereitstellung zusätzlicher Sicherungseinheiten zu seiner Verfügung. 16. Juni 1945 . . . . .	139
Nr. 35. Gesuch des Chefs der NKWD-Operativgruppe des Potsdamer Verbandes Oberst Pimenow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow über die Bereitstellung von Grenzsoldaten zum Schutz der Operativen Gruppen. 16. Juni 1945 . . . . .	139
Nr. 36. Befehl des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow an den Kommandeur des 108. Schützenregiments Oberstleutnant Tschurkin bezüglich der Aufstellung eines Schützenbataillons für den Schutz der Potsdamer Konferenz. 18. Juni 1945 . . . . .	140
Nr. 37. Denkschrift des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an den Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Stalin über die Reorganisation des Apparats der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1., 2., 3. Belorussischen Front und bei der 1. und 4. Ukrainischen Front. 22. Juni 1945 . . . . .	140
Nr. 38. Denkschrift des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD für die 2. Belorussische Front Generalleutnant Jedunow an den Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSBSD Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow über die Abkommandierung von Mitarbeitern des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ zu dessen Verfügung. 3. Juli 1945. . . . .	142
Nr. 39. NKWD-Befehl Nr. 00780 über die Auflösung der Apparate der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 2. und 3. Belorussischen sowie bei der 1. und 4. Ukrainischen Front und die Ernennung des Staatssicherheitskommissars 2. Ranges Serow zum Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR für die GSBSD. Moskau, 4. Juli 1945 . . . . .	143
Nr. 40. Bericht des amtierenden Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Oberst Tischajew an das Mitglied des Kriegsrats der	

Nordgruppe der Truppen Generalleutnant Subbotin über die Tätigkeit der Truppen unter den Bedingungen der Auflösung der Front. 8. Juli 1945. ....	145
Nr. 41. Denkschrift des stellvertretenden Volkskommissars für Inneres der UdSSR für Kaderfragen Obrutschnikow an das ZK der WKP(B) über Veränderungen im Bestand der Inneren Truppen des NKWD im Zusammenhang mit der Auflösung der Fronten der Roten Armee. 17. Juli 1945 .....	146
Nr. 42. Schreiben des Staatssicherheitskommissars 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über eine unrichtige Anweisung des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ Abakumow zur Bildung von Operativen Gruppen der Spionageabwehr „Smersch“ in deutschen Städten. 22. Juli 1945 .....	148
Nr. 43. Denkschrift des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow, des stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Kobulow, des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR Abakumow und des stellvertretenden Volkskommissars für Inneres der UdSSR für Kaderfragen Obrutschnikow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Bereitstellung von Mitarbeitern für operative Arbeit in Deutschland zur Verfügung Serows. 30. Juli 1945. ....	149
Nr. 44. Einsatzplan für die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 31. Juli 1945. ....	150
Nr. 45. Befehl des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Nr. 0031 über die Beteiligung der Inneren Truppen am Durchkämmen des Geländes und an Razzien zur Ergreifung von „Banditen und anderen Elementen“. 3. August 1945 .....	151
Nr. 46. Kampfbefehl Nr. 0017 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 4. August 1945. ....	153
Nr. 47. Kampfbefehl Nr. 0014/OP des Stabs des 105. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 8. August 1945. ....	154
Nr. 48. Kampfbefehl Nr. 002 des Stabs des 16. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 18. August 1945 .....	155
Nr. 49. Verfügung des Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow an die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD der Länder und Provinzen über den Einsatz der ihnen unterstellten Inneren Truppen. 27. August 1945 .....	156
Nr. 50. Schreiben des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Apollonow über die Organisation der Bewachung von Objekten des NKGB in Deutschland. 2. September 1945 .....	158
Nr. 51. Denkschrift des stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Kobulow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Entsendung von Operativen Gruppen des NKWD und des NKGB nach Berlin und Wien. 10. Oktober 1945. ....	158
Nr. 52. Befehl Nr. 0273 des Stabs der GSBSD über die Organisation der Sicherung der Außengrenze Berlins durch Wachposten. 18. Oktober 1945 .....	159
Nr. 53. Spezieller Kampfbefehl Nr. 0020 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 22. Oktober 1945 .....	160
Nr. 54. Schreiben des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Kruglow und des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an Stalin mit dem	

Vorschlag zur Ernennung Serows zum nebenamtlichen Bevollmächtigten des NKGB in Deutschland. 31. Januar 1946 . . . . .	161
Nr. 55. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR in Deutschland Generalmajor Kusnezow an den Chef der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak über Aufgaben und Tätigkeit der Inneren Truppen des MWD in Deutschland. Moskau, 26. September 1946. . . . .	162
Nr. 56. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow mit der Bitte, Serow eine Anweisung zur Übergabe der „tschekistischen Betreuung“ des SMAD-Apparats an die Organe des MGB zu erteilen. 16. Oktober 1946. . . . .	166
Nr. 57. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak an den stellvertretenden Minister für Inneres der UdSSR Apollonow über die Aufgaben und den Einsatz der Inneren Truppen des MWD in Deutschland und die Notwendigkeit einer Reduzierung der Anzahl der durch diese zu bewachenden Objekte des MGB. Oktober 1946 . . . . .	167
Nr. 58. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak an den stellvertretenden Minister für Inneres der UdSSR Apollonow über die Bitte des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland Generaloberst Serow und des Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow, ihnen unterstellte Truppen wegen Überbeanspruchung von der Bewachung von Frachtgut und Gefangenentransporten freizustellen. Moskau, 18. Oktober 1946 . . . . .	169
Nr. 59. Information über eine Meldung des Chefs der Inneren Truppen in Deutschland Generalmajor Kusnezow zum Einsatz der Truppen und zur Übernahme des Schutzes von Objekten der Sächsischen Bergbauverwaltung. 23. Oktober 1946 . . . . .	170
Nr. 60. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow mit der Bitte, die Verfügung von Generaloberst Serow bezüglich der Verwendung der Inneren Truppen in Deutschland aufzuheben. 24. Oktober 1946 . . . . .	171
Nr. 61. Schreiben von Generaloberst Serow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow über die Geschäftsübergabe an den Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk und die Beendigung seiner Arbeit in Deutschland. 2. November 1946. . . . .	171
Nr. 62. Schreiben des stellvertretenden Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Abyrow an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow mit der Bitte, die Ausquartierung von Deutschen aus dem Stationierungsraum des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen zu gestatten. Berlin, 19. November 1946 . . . . .	172
Nr. 63. Denkschrift des Chefs der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Brandenburg Oberst Filinow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über die Anzahl der WKP(B)- und Komsomol-Grundorganisationen und -Gruppen im Operativen Sektor des MGB des Landes. 21. Januar 1947 . . . . .	173
Nr. 64. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure der Inneren Truppen über die Unterstellung der Inneren Truppen in Deutschland und die Notwendigkeit, die Forderungen der operativen Chefs zu erfüllen. 7. Mai 1947. . . . .	175



Nr. 65. Befehl Nr. 00399 des MGB der UdSSR zur Bekanntgabe der Stellenpläne des offiziellen und inoffiziellen Personals und der Geschäftsordnung der 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin des MGB. 15. Mai 1947 . . . . .	176
Nr. 66. Information über die zahlenmäßige Stärke der Inneren Truppen des MGB in Deutschland und die Verteilung der Truppen auf die Erfüllung der Aufgaben. Nicht vor dem 1. August 1947 . . . . .	179
Nr. 67. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow zur Überprüfung des Standorts der Abteilung Spionageabwehr der 8. Garde-Armee. 18. August 1948 . . . . .	181
Nr. 68. Direktive Nr. Sch/1-0/80 der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über das Verbot der Durchfahrt durch die Westsektoren Berlins für das Personal. 23. Januar 1950. . . . .	182
Nr. 69. Direktive Nr. Sch/1-01934 der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über die Verstärkung des Schutzes für die Organe des MGB in Deutschland. 24. August 1950 . . . . .	182
Nr. 70. Kampfbefehl Nr. 003 des Stabes der Inneren Truppen des MGB in Deutschland. 14. Oktober 1950 . . . . .	183
Nr. 71. Schreiben des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Oberst Dawydow an den Minister für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow über die Forderung der SAG Wismut nach Erweiterung der Bewachung. 18. April 1951 . . . . .	184
Nr. 72. Verfügung des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant M. I. Sladkewitsch an die Regimentskommandeure über Maßnahmen zum Schutz der SAG Wismut. August 1952 . . . . .	185
Nr. 73. Schreiben des Direktors der SAG Wismut Bogatow an den Chef der Inneren Truppen des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch über die Einrichtung von Passierscheinbüros bei einigen Stadtkommandanturen. 3. August 1953 . . . . .	187
Nr. 74. Bericht der Hauptverwaltung für Inneren Schutz des MWD der UdSSR über die Tätigkeit der Militärkommandanturen in der Sonderzone, in der die Betriebe der SAG Wismut liegen. 7. September 1953 . . . . .	187
Nr. 75. Bericht der Hauptverwaltung für Inneren Schutz des MWD der UdSSR über die „Zone mit Sonderregime“ für die Gebiete, in denen die SAG Wismut tätig ist. 23. September 1953. . . . .	190
<b>Teil II: Tätigkeitsbereiche . . . . .</b>	<b>191</b>
Nr. 76. Direktive Nr. 00284op des Kriegsrats der 1. Belorussischen Front über die Schaffung eines frontnahen Evakuierungstreifens. 8. Februar 1945 . . . . .	193
Nr. 77. Kampfbefehl Nr. 002 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 9. Februar 1945 . . . . .	194
Nr. 78. Direktive Nr. 10/1-00/0284 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 30. März 1945 . . . . .	196
Nr. 79. Direktive Nr. 10/1-00339 des Stabs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD über den Kampf gegen Deserteure. 4. April 1945 . . . . .	196
Nr. 80. Denkschrift des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 3. Belorussischen Front Generalleutnant Selenin an den Volkskommissar für Inneres	

der UdSSR Berija über die Lage in Königsberg und die Arbeit der Operativen Gruppen in der Stadt. 13. April 1945 . . . . .	197
Nr. 81. Befehl Nr. 0017 des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front „Über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den stellvertretenden Chef der Abteilung Aufklärung des 157. Grenzregiments Hauptmann K.“. 25. April 1945 . . . . .	200
Nr. 82. Direktive Nr. 1-1249 des Stabschefs des 331. Grenzregiments über das verwerfliche Verhalten von Grenzsoldaten, das vom stellvertretenden Volkskommissar für Inneres Serow beobachtet wurde. 25. April 1945. . . . .	201
Nr. 83. Direktive Nr. P/00564 des Chefs der Verwaltung der NKWD-Truppen für den Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin bezüglich der Unzulässigkeit von Ausschreitungen und Willkürakten gegenüber Vertretern von Staaten, die sich nicht im Krieg mit der UdSSR befinden. 1. Mai 1945 . . . . .	202
Nr. 84. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461 „Zur Organisation von Lagern (Gefängnissen) bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR“. 10. Mai 1945 . . .	203
Nr. 85. Direktive des Stabschefs des 92. Grenzregiments Oberstleutnant Smirnow an den Kommandeur des 1. Bataillons Hauptmann Galkin zur rechtzeitigen Meldung exakter Angaben über die Festnahme von „Agenten“ und „Diversanten“. 4. Mai 1945 . . .	208
Nr. 86. Mitteilung des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin über die Organisation der Arbeit „zur Eliminierung feindlicher Elemente“ in Ostpreußen. 5. Mai 1945 . . . . .	209
Nr. 87. Direktive Nr. Sch/1-001326 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front bezüglich der Umstellung der Arbeit mit Agenten sowie der operativen Tätigkeit der Truppe. 21. Mai 1945 . . . . .	210
Nr. 88. Bericht des stellvertretenden Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der 1. Belorussischen Front Generalmajor Sidnew an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow über eine im Gebäude des deutschen Reichsinnenministeriums aufgefundene Fernsprechvermittlungsanlage. 25. Mai 1945 . . .	211
Nr. 89. Mitteilung des amtierenden Kommandeurs des 157. Grenzregiments der NKWD-Truppen Oberstleutnant Mokryschew an den Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front über die Auswertung der Direktive Nr. Sch/1-001326 des Truppenstabs vom 21. Mai 1945 und die Erweiterung des Agentennetzes. 27. Mai 1945 . . . . .	212
Nr. 90. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den Stabschef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberst Wolkow über die Umstellung der operativen Tätigkeit. 28. Mai 1945 . . .	213
Nr. 91. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00606 „Zu den Ergebnissen einer Untersuchung des Bandenüberfalls auf das NKWD-Sonderlager Nr. 10“. 31. Mai 1945 . . .	213
Nr. 92. Schreiben des Volkskommissars der Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Aufgaben der tschechistischen Organe in Deutschland. 19. Juni 1945 . . . . .	215
Nr. 93. Direktive Nr. Sch/1-01835 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front zur Übergabe aller Festgenommenen und Verhafteten an die Operativen Gruppen des NKWD. 6. Juli 1945 . . . . .	217
Nr. 94. Befehl Nr. 0028 an die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD „Über Maßnahmen zum Kampf gegen kriminelle Elemente und Aus-	

schreitungen von Militärangehörigen gegenüber der einheimischen Bevölkerung auf dem Territorium Deutschlands“. 10. August 1945 . . . . .	217
Nr. 95. Meldung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD der Provinz Sachsen Generalmajor Martirossow an den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR in Deutschland Generaloberst Serow über die Registrierung des Führungs- und des politischen Personals von SS und SA, von Mitarbeitern der Gestapo und aller NSDAP-Mitglieder. 11. August 1945 . . . . .	219
Nr. 96. Bericht über die Anzahl der Personen, die bei der Operation gemäß Befehl Nr. 0063 des Kriegsrats der GSBSD von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD festgenommen wurden. 20. August 1945 . . . . .	220
Nr. 97. Bericht über den Stand des Agenten- und Informantenapparats der Aufklärungsabteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD für Mai, Juni, Juli und die erste Augushälfte 1945 sowie Vorschläge über weitere Maßnahmen in diesem Bereich. 21. August 1945 . . . . .	221
Nr. 98. Bericht des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für Mecklenburg-Vorpommern Generalmajor Gubin an den Chef der SMA Generaloberst Fedjuninski zu Mängeln in der Durchführung der großangelegten Operation zur Durchkämmung der Provinz. 22. August 1945 . . . . .	223
Nr. 99. Bericht über die Anzahl der von Juni bis August 1945 von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Festgenommenen. 22. August 1945 . . . . .	225
Nr. 100. Aus dem Bericht des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin, Molotow und Malenkow über die Tätigkeit der Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland. 10. September 1945 . . . . .	226
Nr. 101. Direktive des Stabschefs des 331. Grenzregiments Major Prochorenko bezüglich der Bewachung der Gefängnisse der Operativen Gruppen des NKWD. 13. September 1945. . . . .	227
Nr. 102. Denkschrift des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für das Land Thüringen Generalmajor Beschadow an den Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow zur Ordnung der Innenbewachung der Gefängnisse. Weimar, 15. September 1945. . . . .	228
Nr. 103. Direktive Nr. 19/10-00528 der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des NKWD der UdSSR „Über den Kampf gegen die Verletzung der revolutionären Gesetzmäßigkeit“. 28. September 1945. . . . .	228
Nr. 104. Bericht des Kommandeurs des 3. Bataillons Major Platonow an den stellvertretenden Kommandeur des 92. Grenzregiments Major Ignatow über die dienstliche Tätigkeit des Bataillons. 28. September 1945 . . . . .	229
Nr. 105. Mitteilung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Brandenburg Generalleutnant Fokin an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres Generaloberst Serow zu nicht wahrheitsgemäßen Meldungen der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD. 5. Oktober 1945 . . . . .	231
Nr. 106. Direktiv-Schreiben des stellvertretenden Chefs der SMA Mecklenburg-Vorpommern Generalmajor Skossyrew und des Chefs des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für die Provinz Generalmajor Gubin an die Militärkommandanten der Bezirke, Landkreise und Städte sowie an die Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der Bezirke und Landkreise über die unnormalen Beziehungen zwischen den Mitarbeitern der Kommandanturen und der Operativen Gruppen. Schwerin, 20. Oktober 1945 . . . . .	233

Nr. 107. Direktive Nr. Sch/1-003099 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über Maßnahmen zum Schutz der Militärparaden in den Städten am 7. November. 22. Oktober 1945 . . . . .	235
Nr. 108. Meldung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Landkreis Querfurt Hauptmann Wassiltschenko an den Chef der Operativen Gruppe für den Bezirk Merseburg Oberstleutnant Michailow über den Abschluß der Ermittlungen im Fall einer Gruppe von Deutschen. 15. November 1945 . . . . .	236
Nr. 109. Bericht des Chefs der 2. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberstleutnant Rudenko an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin. Berlin, 19. November 1945 . . . . .	236
Nr. 110. Bericht des Obergehilfen des Chefs der 1. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Hauptmann Bolschakow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin. 19. November 1945. . . . .	238
Nr. 111. Bericht des Untergehilfen des Chefs der 2. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberleutnant Lukojanow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Bahnhof Lichtenberg von Berlin. 19. November 1945 . . . . .	239
Nr. 112. Protokoll der Geschäftsübergabe in der Operativen Gruppe des NKWD in Jessen. 23. November 1945 . . . . .	240
Nr. 113. Aus der Denkschrift des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin, Molotow, Malenkow und Mikojan über die Tätigkeit der Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland. 23. November 1945. . . . .	241
Nr. 114. Direktive Nr. P/001619 der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über das für die Grenzregimenter erlassene Verbot, Mannschaften für Erschießungen abzustellen. 31. Dezember 1945 . . . . .	242
Nr. 115. Bericht des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Überprüfung des Zustandes der Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppen in Berlin. 31. Dezember 1945 . . . . .	242
Nr. 116. Anweisung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD in Berlin Generalmajor Sidnew an die Chefs der Operativen Gruppen bezüglich Maßnahmen zur Verhinderung von Ausbrüchen aus den Untersuchungshaftzellen. 7. Januar 1946 . . . . .	245
Nr. 117. Bericht des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Bezirk Leipzig Oberstleutnant Kolomeizew an den Chef des Operativen Sektors des NKWD für das Land Sachsen Generalmajor Klepow über Fälle von Bandenkriminalität, Raub und Plünderungen. 27. Februar 1946 . . . . .	246
Nr. 118. Meldung des Kommandeurs des 16. Grenzregiments Oberst Sabotin an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über Maßnahmen im Kampf gegen Bandenkriminalität, Raub und Plünderung. 11. März 1946. . .	249
Nr. 119. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den stellvertretenden Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des	

Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Alysow über eine Explosion und die Zerstörung von Gebäuden, in denen die 1. und 2. Operative Gruppe des NKWD in Berlin untergebracht sind. 16. März 1946. . . . .	249
Nr. 120. Meldung des Chefs der 5. Sicherungseinheit Oberleutnant Konanychin an den amtierenden Kommandeur des 219. Grenzregiments Oberstleutnant Gulin über die Flucht von Personen, die vom Operativen Sektor des NKWD festgehalten wurden. 29. März 1946 . . . . .	251
Nr. 121. Mitteilung des amtierenden Kommandeurs des 219. Grenzregiments Oberstleutnant Gulin an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Flucht eines Majors der amerikanischen Armee aus der Beaufsichtigung durch den Operativen Sektor des NKWD. 31. März 1946 . . . . .	253
Nr. 122. Direktive Nr. 1/004554 des Stabs des 219. Grenzregiments der MWD-Truppen zum ungehinderten Passieren der Zonengrenze für Kommunisten und Sozialdemokraten, die zu einem Vereinigungsparteitag fahren. 19. April 1946. . . . .	254
Nr. 123. Meldung des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Kontrolle der Untersuchungshaftzellen der 1. und 2. Abteilung des Zentralen Operativen Sektors des MWD in Berlin. 25. April 1946 . . . . .	255
Nr. 124. Plan der operativen, auf Agenten gestützten Maßnahmen zur Absicherung der Leipziger Messe. April 1946. . . . .	256
Nr. 125. Befehl Nr. 062 für die Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD „Über Maßnahmen zur Absicherung der Leipziger Messe“. Berlin, 5. Mai 1946 . . .	262
Nr. 126. Meldung des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow über einen Fluchtversuch deutscher Gefangener aus den Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 3 in Berlin. 6. Juni 1946. . . . .	263
Nr. 127. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure „Über die Intensivierung der Suche und Festnahme von feindlichen und verbrecherischen Elementen“. 21. Juni 1946 . . . . .	265
Nr. 128. Denkschrift des stellvertretenden Innenministers der UdSSR Generaloberst Serow für den Innenminister der UdSSR S. N. Kruglow über die Arbeit zur Organisation der deutschen Polizei in der SBZ. 26. Juni 1946. . . . .	268
Nr. 129. Direktive des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an die Bataillonskommandeure bezüglich der Verbesserung des Dienstes und der aktiven Bekämpfung „verbrecherischer Elemente“ im Abschnitt des Regiments. 27. Juni 1946 . . . . .	272
Nr. 130. Schreiben des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors des MWD der Provinz Mecklenburg-Vorpommern Oberstleutnant Surikow an den Chef der SMA der Provinz Generalmajor Skossyrew zu unbegründeten, von Militärkommandanturen vorgenommenen Verhaftungen. 28. August 1946 . . . . .	274
Nr. 131. Eingabe des stellvertretenden Chefs der Operativen Gruppe des MWD für den Bezirk Erfurt Major Nisow an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generalleutnant Kowaltschuk über unhaltbare Zustände in der Arbeit des Operativen Sektors des NKWD-MWD in Thüringen. 23. September 1946. . . . .	275

Nr. 132. Beschreibung der Handlungen der Wachgarnison für das Gefängnis Lichtenberg zur Vereitelung eines Ausbruchs von Gefangenen. 10. Oktober 1946 . . . . .	278
Nr. 133. Meldung des amtierenden Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Borodkin an den Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow über die Flucht eines deutschen Gefangenen aus den Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 18 in Berlin. 29. November 1946 . . .	279
Nr. 134. Jahresbericht über die militärische und operativ-dienstliche Tätigkeit des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen des MWD in Deutschland für das Jahr 1946. 21. Januar 1947 . . . . .	280
Nr. 135. Denkschrift des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow und der Militärstaatsanwälte der SMAD Schawer und Kotljar an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Wyschinski über die Ergebnisse der Arbeit der Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Halle im Zusammenhang mit der Ermordung Maders und den Schiebergeschäften Schwabes. 21. März 1947. . . . .	304
Nr. 136. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure der Inneren Truppen bezüglich der verstärkten Bewachung von Gefängnissen und Untersuchungshaftzellen der Organe des MGB in Deutschland. 11. Mai 1947. . . . .	314
Nr. 137. Schreiben des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow an den Chef der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak mit der Bitte um Anweisungen zur Frage der Ausstellung von Passierscheinen für das Überschreiten der Grenze. 24. Mai 1947 . . . . .	315
Nr. 138. Instruktion für die Bewachung von Festgenommenen und Inhaftierten in den Untersuchungshaftzellen des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen. 3. Juni 1947 . . . . .	315
Nr. 139. Instruktion für die Bewachung festgenommener und inhaftierter Personen in den Untersuchungshaftzellen des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg. 12. Juni 1947 . .	318
Nr. 140. Orientierung Nr. 1/001258 des Stellvertreters des Kommandeurs des 92. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland zur Flucht eines gefangenen Deutschen aus der Kreisabteilung des MGB in Greiz. 13. Juni 1947. . . .	320
Nr. 141. Meldung über die operative Lage im Abschnitt des 2. Schützenbataillons des 105. Schützenregiments. 16. Juni 1947 . . . . .	322
Nr. 142. Anweisung des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Generalmajor Klepow an den Kommandeur des 92. Schützenregiments Oberst Bljumin bezüglich der Verstärkung der Bewachung des Gefängnisses in Dresden. 12. September 1947. . . . .	323
Nr. 143. Meldung des Kommandeurs des 92. Schützenregiments Oberst Bljumin an den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Generalmajor Klepow über die Verstärkung der Bewachung des Gefängnisses in Dresden. Dresden, 14. September 1947 . . . . .	324
Nr. 144. Direktive Nr. Sch/1-002585 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland an die Regimentskommandeure über die Verstärkung der Bewachung und der Kontrolle des Dienstes. 13. Dezember 1947 . . . . .	326
Nr. 145. Direktive Nr. Sch/1-00235 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Organisation der Kontrolle über die Dienstausbildung und zu Maßnahmen im Kampf gegen Desertionen. 30. Januar 1948. . . . .	327

Nr. 146. Anweisung Nr. 1/0352 des Stabs des 105. Schützenregiments an die Bataillonskommandeure über die Ordnung, in der Angaben über verhaftete „Agenten ausländischer Geheimdienste“ und „Führer von Untergrundorganisationen“ mitzuteilen sind. 3. März 1948 . . . . .	329
Nr. 147. Anordnung Nr. 1029-355ss des Ministerrats der UdSSR zu „Deutschland betreffenden Fragen“ und zur Ordnung für die Verhaftung und die Inhaftierung von Deutschen. 31. März 1948 . . . . .	330
Nr. 148. Direktive Nr. Sch/1-0822 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Ordnung für Besuche von sowjetischen Militärangehörigen in Berlin. 7. April 1948 . . . . .	332
Nr. 149. Denkschrift des Militärstaatsanwalts der Truppen des MGB der UdSSR in Deutschland Kuprijanow über die Ergebnisse einer Überprüfung des Ermittlungsstandes und der Haftbedingungen im Potsdamer Gefängnis des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg. 14. April 1948 . . . . .	333
Nr. 150. Meldung des Chefs der Abteilung Information bei der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Kusminow an den Chef des Operativen Sektors des MGB Oberst Jegoschin „über Fälle grober Einmischung von Mitarbeitern des Operativen Sektors in innerparteiliche Angelegenheiten der SED“. 19. April 1948 . . . . .	335
Nr. 151. Anweisung Nr. 1/01052 des Stabs des 105. Schützenregiments an die Bataillonskommandeure über das Verbot des Einsatzes von Truppenangehörigen als Diensthabende in den Kreisabteilungen des MGB. 26. Juni 1948 . . . . .	336
Nr. 152. Meldung des Bataillonskommandeurs Major Komissarow an den Kommandeur des 105. Schützenregiments über eine Orientierung des Operativen Sektors des MGB zu feindlichen Handlungen von „Untergrundgruppen“. Potsdam, 28. Juli 1948. . . . .	337
Nr. 153. Direktive Nr. Sch/1-01900 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Ordnung der Bewachung von Gefängnissen und Sonderlagern in Deutschland. 3. August 1948 . . . . .	338
Nr. 154. Direktive Nr. Sch/1-02454 des Stabs der Truppen des MGB zur besonderen Wachsamkeit beim Aufenthalt von Militärangehörigen in Berlin bzw. bei der Durchreise durch Berlin. 9. Oktober 1948. . . . .	338
Nr. 155. Denkschrift des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk über die Lage in der Demokratischen Bauernpartei und der Christlich Demokratischen Union in der SBZ mit Begleitschreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow. Moskau, 18. Juni 1949 . . . . .	339
Nr. 156. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow „über provokatorische Ausfälle des Mitarbeiters der jugoslawischen Militärmission in Berlin Marjanowitsch“. 14. Dezember 1949. . . . .	345
Nr. 157. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow über ein Vorkommnis in einem Jugenderholungslager der Freien Deutschen Jugend. Moskau, 22. Juli 1950. . . . .	346
Nr. 158. Entwurf einer Anweisung an den Oberbefehlshaber der GSBSD Armee general Tschujkow und den Politischen Berater des Vorsitzenden der SKK Semjonow über die Zuständigkeit der Militärtribunale der GSBSD. 20. September 1950 . . . . .	347

Nr. 159. Instruktion zur Organisation des Gefangenentransports aus dem Gefängnis Berlin-Lichtenberg zu Haftorten auf dem Territorium der UdSSR. 17. März 1951. . . . .	349
Nr. 160. Schreiben des Kommandeurs des 105. Regiments Oberst Alexejew an den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Kurenkow über den schlechten technischen Zustand von Waggons, die für den Gefangenentransport bestimmt sind. 23. März 1951. . . . .	351
Nr. 161. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow, des Außenministers der UdSSR Wyschinski und des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Ignatjew an Stalin über massenhafte Ausschreitungen in den Betrieben der SAG Wismut mit einem Beschlußentwurf für das Politbüro des ZK WKP(B) im Anhang. 10. September 1951 . . . . .	352
Nr. 162. Beschreibung der Handlungen des Wachpostens beim Operativen Sektor des MGB für das Land Mecklenburg, des Soldaten Tschernow von der 8. Schützenkompanie des 83. Schützenregiments, zur Festnahme „des Residenten eines ausländischen Geheimdienstes“. 30. Oktober 1951. . . . .	355
Nr. 163. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Ignatjew an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow über die unbefriedigende Sicherung der Grenze der DDR. 9. Januar 1952 . . . . .	357
Nr. 164. Meldung des Stabschefs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Jeremejew an den Stabschef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über die Notwendigkeit einer „Grundausstattung von Gebäuden, in denen verbrecherische Elemente bewacht werden“. 15. Mai 1952. . . . .	358
Nr. 165. Schreiben des Stabschefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Makarow über die Verletzung der Vorschriften für die Bewachung von Objekten. 2. August. 1952 . . . . .	359
Nr. 166. Anordnung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den Kommandeur des 105. Schützenregiments über die Notwendigkeit der Bereitstellung einer zuverlässigen Bewachung für die Begleitung von Arrestanten. 31. Dezember 1952. . . . .	360
<b>Teil III: Personal und Alltag</b> . . . . .	363
Nr. 167. Mitteilung des Chefs der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberstleutnant Lysanow an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über „moralische Verkommenheit“ und Trunksucht bei Offizieren des 333. Grenzregiments. 11. Januar 1945 . . . . .	365
Nr. 168. Meldung des Militärkommandanten von Stargard Oberst Subkow an den Kriegsrat der 1. Belorussischen Front über eine Gruppe von Mitarbeitern der Abwehrabteilung „Smersch“ der 61. Armee, die Vergewaltigungen verübten. 22. März 1945 . . . .	366
Nr. 169. Orientierung der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Nr. 15/2-02453 zu Erscheinungen von Prinzipienlosigkeit und Liberalismus bei der Behandlung von amoralischem Verhalten in den Truppen. 18. April 1945 . . . . .	367
Nr. 170. Meldung des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Oberst Glina an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über ungesetzliche Handlungen des Majors L. M. K. im Dorf Martinsberg. 27. Juni 1945 . . .	368



Nr. 171. Mitteilung des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin an den Chef der Abteilung zur Führung der Militärkommandanturen der GSBSD Oberst Schestakow über das unwürdige Verhalten von Mitarbeitern einer Operativen Gruppe des NKWD. 29. Juni 1945 . . . . .	369
Nr. 172. Begleitschreiben des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen Oberst Ignatow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow zum Bericht von Oberleutnant Domschenko über das Fehlverhalten des Chefs einer Operativen Gruppe des NKWD Oberstleutnant Surikow mit Anlage. 2. August 1945 . . . . .	370
Nr. 173. Aus einer Meldung des Chefs der Verwaltung der Militärkommandantur des Bezirks Magdeburg Oberst Lipatschew an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMA der Provinz Sachsen über außerordentliche Vorkommnisse. 28. August 1945 . . .	372
Nr. 174. Bericht des Militärkommandanten von Rudolstadt Oberstleutnant Lebedew an den Chef der SMA Thüringen über die ungesetzliche Entnahme von Vieh bei inhaftierten Deutschen durch die Operative Gruppe des NKWD. 4. September 1945 . . . .	373
Nr. 175. Meldung des Chefs der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD Generaloberst Serow über ungesetzliche Handlungen des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD des Kreises Nordhausen Hauptmann Frolow. 12. September 1945. . . . .	374
Nr. 176. Denkschrift des Chefs der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD Generaloberst Serow über die Ergebnisse einer Untersuchung, die durch eine Meldung über unkorrektes Verhalten des Militärkommandanten von Blankenburg ausgelöst wurde. 21. September 1945. . . . .	375
Nr. 177. Meldung des Militärkommandanten der Stadt Freiberg Oberstleutnant Koschmjak an das Mitglied des Kriegsrates der SMAD Generalleutnant Bokow über ungesetzliche Handlungen der Operativen Gruppe des NKWD. 24. September 1945 . . . .	377
Nr. 178. Befehl des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR in Deutschland „Über die Erteilung einer Disziplinarstrafe für den Gehilfen des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD von Halberstadt Petropawlowski“. Potsdam, 10. Oktober 1945 . . . . .	379
Nr. 179. Meldung des Militärkommandanten des Kreises Salzwedel Oberstleutnant Smetanin an den Chef der Verwaltung der Militärkommandantur des Bezirks Magdeburg über die Tötung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD Hauptmann Issakow. 4. November 1945 . . . . .	380
Nr. 180. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über untragbares Verhalten von Mitarbeitern des Operativen Sektors des NKWD. 15. November 1945 . . . . .	381
Nr. 181. Schreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko an den Kriegsrat der 8. Garde-Armee über gesetzlose Handlungen der Chefs von Grenzposten. 27. November 1945 . . . . .	382
Nr. 182. Schreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko an den Chef der Abteilung Abwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee über einen Willkürakt des Mitarbeiters der Abwehr „Smersch“ Hauptmann Schubin. 28. November 1945 . . . . .	383
Nr. 183. Begleitschreiben des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin an den Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland	

Generaloberst Serow mit einem Anhang von Dokumenten zu Raubtaten von sowjetischen Militärangehörigen gegen die deutsche Bevölkerung. 1. Dezember 1945 . . .	384
Nr. 184. Schreiben des Chefs der Garnison und Militärkommandanten von Berlin Generalleutnant Smirnow an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen, die Militärangehörige des 105. Grenzregiments verübten. 7. Dezember 1945. . .	389
Nr. 185. Mitteilung des Chefs der Abteilung Abwehr „Smersch“ bei den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Panassenko an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über die Inhaftierung des Angehörigen des 2. Bataillons des 83. Grenzregiments A. N. M. wegen „verräterischer Absichten“. 8. Dezember 1945. . . .	390
Nr. 186. Mitteilung des Chefs der Abteilung Abwehr „Smersch“ der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Panassenko an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über die Inhaftierung eines Praktikanten der Unterabteilung Aufklärung des 3. Bataillons des 38. Grenzregiments. 15. Dezember 1945. . . . .	392
Nr. 187. Befehl des Kriegsrates der GSBSD Nr. WS/0242 über das Verbot für Militär-angehörige, sich an Truppenteile und Einrichtungen der alliierten Armeen zum Erhalt von Medikamenten zu wenden. 11. März 1946. . . . .	393
Nr. 188. Direktive des stellvertretenden Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Alysow an die Chefs der Operativen Sektoren der Länder und Provinzen bezüglich der Unzulässigkeit des Tragens der Grenztruppenuniform durch Militärangehörige, die Dienst in den Operativen Gruppen versehen. 23. März 1946 . . . . .	394
Nr. 189. Meldung des amtierenden Chefs der Politischen Abteilung der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Plotnikow an den Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalmajor Skorodumow über die Inhaftierung eines Militärangehörigen des 83. Grenzregiments durch die Abwehrorgane „Smersch“. 30. März 1946 . . . . .	395
Nr. 190. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über den Tod des Gefreiten Jakowlew. 5. April 1946 . . . . .	396
Nr. 191. Begleitschreiben des Chefs der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin an den Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des MWD der UdSSR mit Befehl des Operativen Sektors des MWD für die Provinz Sachsen zur Überstellung des Mitarbeiters des Operativen Sektors P. P. P. an das Militärtribunal im Anhang. 4. Mai 1946. . . . .	397
Nr. 192. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Bezirkskommandantur Gera Woloschin an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja über einen Skandal, den Mitarbeiter der Spionageabwehr der 8. Garde-Armee im Operntheater auslösten. 21. Juni 1946 . . . . .	399
Nr. 193. Meldung des amtierenden Militärkommandanten von Stadtroda Major Wassiljew an den Militärstaatsanwalt der SMA Thüringen und an den Chef der Verwaltung der Bezirksmilitärkommandantur Gera über das untragbare Verhalten von Mitarbeitern der militärischen Abwehr. 22. Juli 1946 . . . . .	400
Nr. 194. Begleitschreiben zur Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Militärkommandantur für den Bezirk Gera Woloschin an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja über rowdyhaftes,	

gewalttätiges Verhalten von Offizieren der Spionageabwehr der 40. Panzerjägerbrigade mit Anlage. 24. Juli 1946 . . . . .	402
Nr. 195. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Militärkommandantur für den Bezirk Erfurt Oberst Awramow an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja über rowdyhaftes Verhalten von Mitarbeitern einer Operativen Gruppe des NKWD. 25. Juli 1946 . . . . .	405
Nr. 196. Begleitschreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko an den Chef des Operativen Sektors des MWD Generalmajor Beschadow zum Protokoll einer Vernehmung des Gehilfen des Chefs der Militärkommandantur des Kreises Stadtroda über das Verhalten von Mitarbeitern des MWD. 26. Juli 1946 . . . . .	405
Nr. 197. Begleitschreiben des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors des MWD für die Provinz Sachsen für Kaderfragen Oberstleutnant Schelnow an den Militärstaatsanwalt der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Oberstleutnant Tomtschakowski mit Befehl über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den ehemaligen Chef der Operativen Gruppe des MWD des Kreises Sangerhausen im Anhang. 14. August 1946. . . . .	406
Nr. 198. Direktive des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland Generaloberst Serow an die Chefs der Operativen Sektoren des MWD zur unrichtigen Anwendung der Disziplinarvorschrift der Streitkräfte der UdSSR hinsichtlich der Verhängung von Strafen über Offiziere der Inneren Truppen. 15. August 1946 . . . . .	407
Nr. 199. Mitteilung des amtierenden Chefs des Operativen Sektors des MWD des Landes Thüringen Oberstleutnant Nikulin an den Chef der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko bezüglich einer Überprüfung von Aussagen, die in einer Anzeige des Bürgermeisters von Camburg enthalten sind. 8. September 1946 . . . . .	408
Nr. 200. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg Oberst Filinow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über die Tötung des stellvertretenden Chefs der Abteilung Inneres der SMA-Verwaltung Hauptmann Morosow und die schwere Verwundung von Oberstleutnant Sch. 13. September 1946 . . . . .	409
Nr. 201. Meldung des Militärkommandanten des Kreises Weimar Oberst Fonderanzew an den Chef der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko über Fälle von Verletzungen der Disziplin durch Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB. 11. November 1946. . . . .	411
Nr. 202. Urteil des Militärtribunals der MWD-Truppen in Deutschland über Mitarbeiter des Operativen Sektors des MWD für das Land Thüringen. 16. November 1946. . . . .	412
Nr. 203. Begleitschreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Sachsen Oberst Guskow an den Chef des Operativen Sektors der Provinz Sachsen Generalmajor Martirosow zu einer anonymen Anzeige über verwerfliche Handlungen von Major W. A. T. mit Anlage. 5. Februar 1947 . . . . .	415
Nr. 204. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg Oberst Filinow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über ungesetzliche Nebenwirtschaften, die dem Operativen Sektor des MGB gehören. 20. Februar 1947. . . . .	416
Nr. 205. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über die Tötung des Sergeanten einer Kommandantur	

Kotschubei durch Mitarbeiter der Abwehr des MGB der 20. Division der 8. Garde-Armee. 20. März 1947 . . . . .	416
Nr. 206. Bericht des Chefs der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung für die Provinz Sachsen Oberst Guskow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über den Amtsmissbrauch des ehemaligen Chefs der Operativen Gruppe des MWD für den Kreis Altmark W. A. T. 28. April 1947 . . . . .	417
Nr. 207. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA-Verwaltung Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über die Verletzung des Chefs der MGB-Abteilung in Sonneberg Leschnew bei einem Autounfall. 24. Juli 1947 . . . . .	418
Nr. 208. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR Fedotow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über Maßnahmen zur Verhinderung von Enttarnung der Mitarbeiter der Aufklärung, die im Apparat der SMAD arbeiten. 23. August 1947 . . . . .	419
Nr. 209. Schreiben des amtierenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über Maßnahmen zur Verhinderung von Enttarnung von Mitarbeitern der Aufklärung, die im Apparat der SMAD arbeiten. 9. September 1947 . . . . .	420
Nr. 210. Bericht über außerordentliche Vorkommnisse in den Truppenteilen der Inneren Truppen des MGB in Deutschland im Jahr 1947. 10. September 1947 . . . . .	421
Nr. 211. Denkschrift des Abteilungsleiters der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) N. Wisschilin an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über die Reorganisation der Parteigrundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD und deren Unterstellung unter die Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) sowie über die Bestätigung Kusnezows als Parteisekretär dieser Organisation. 4. Oktober 1947 . . . . .	424
Nr. 212. Aus einer Denkschrift des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Sachsen-Anhalt Oberst Kolunow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew zur Überprüfung des Standes der politischen und der Parteiarbeit im Operativen Sektor des MGB des Landes. 6. November 1947 . . . . .	425
Nr. 213. Schreiben des Sekretärs des Parteikomitees des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen-Anhalt Hauptmann Sadoroschny an den Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk „über Mängel der Parteiarbeit in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors“. 14. November 1947 . . . . .	434
Nr. 214. Dienstliche Beurteilung des Chefs des Operativen Sektors der Stadt Berlin Generalmajor Sidnew. 19. November 1947 . . . . .	448
Nr. 215. Parteibeurteilung des Mitglieds der WKP(B) und ehemaligen Chefs des Operativen Sektors des MGB der Stadt Berlin Generalmajor Sidnew. 26. November 1947 . . . . .	448
Nr. 216. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung Sareluas als Chef der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Militärbezirk Transkaukasien. Moskau, 10. Januar 1948 . . . . .	449
Nr. 217. Aus einer Denkschrift des Inspektors der Politischen Verwaltung der SMAD Major Palyga an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über eine Kontrolle des Standes der Parteiarbeit im Operativen Sektor des MGB des Landes Mecklenburg. 14. Januar 1948. . . . .	451

Nr. 218. Schreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Batkow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow zur Untersuchung des Selbstmords des Mitarbeiters der Abteilung Inneres der SMA-Verwaltung Major S. 18. Februar 1948 . . . .	458
Nr. 219. Bericht zum Untersuchungsmaterial über den Fall des Soldaten Machmutschin vom 105. Schützenregiment der MGB-Truppen, der als Wachposten bei der Stadtbezirksabteilung Köpenick geschlagen worden sein soll. 27. Februar 1948 . . . . .	463
Nr. 220. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Mecklenburg Oberst Schestakow. 25. März 1948. . . . .	465
Nr. 221. Parteibeurteilung über den Chef der Verwaltung für Inneres der SMAD Generalmajor Malkow. 10. April 1948. . . . .	466
Nr. 222. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg Generalmajor Filatow. 25. Mai 1948. . . . .	467
Nr. 223. Dienstliches Zeugnis für den stellvertretenden Bevollmächtigten des MBG in Deutschland Oberst Tschaikowski. 28. Mai 1948 . . . . .	467
Nr. 224. Bericht einer Abteilung der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) zur Überprüfung der Fakten, die im Schreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Batkow dargelegt wurden. 2. Juni 1948 . . . . .	468
Nr. 225. Information des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generaloberst Schikin an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über das Verschwinden des Operativbevollmächtigten der Rostocker Bezirksabteilung des MGB Hauptmann Gurschijew. 7. Dezember 1948 . . . . .	470
Nr. 226. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung des Generalmajors Filatow als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg durch das ZK der WKP(B). 19. Januar 1949 . . . . .	470
Nr. 227. Aus einem Bericht des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Mecklenburg Oberst Belych an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Russow zur Überprüfung des Standes der Parteiarbeit in der Bezirksabteilung Greifswald des MGB. 20. Januar 1949. . . . .	474
Nr. 228. Bericht der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) über das Verschwinden des Operativbevollmächtigten der Rostocker Bezirksabteilung des MGB des Landes Mecklenburg Hauptmann Gurschijew. 9. März 1949 . . . . .	476
Nr. 229. Mitteilung des stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Generalmajor Melnikow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Russow über die Bestrafung des Chefs der Kreisabteilung des MGB in Mühlhausen. 6. Mai 1949 . . . .	477
Nr. 230. Auskunft der Abteilung Verwaltungsorgane des ZK der WKP(B) über den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Tschaikowski. 24. August 1949 . . . . .	477
Nr. 231. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung von Oberst Pimenow als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen durch das ZK der WKP(B). Moskau, 22. August 1950 . . . . .	478
Nr. 232. Beurteilung des Mitarbeiters des Informationskomitees beim Außenministerium der UdSSR Oberst Graur. 6. Januar 1951 . . . . .	480
Nr. 233. Meldung des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch an den Chef der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak über das Anhören einer Sendung des Senders „Stimme Amerikas“ durch Militärangehörige des 12. Schützenregiments. 23. April 1951 . . . . .	481

Nr. 234. Begleitschreiben des Chefs der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Kleschtschew an den Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Tereschtschenko mit dem Befehl der Inneren Truppen in Deutschland Nr. 087 über die Ordnung für die Arbeit von Radiozentralen in der Anlage. 22. Mai 1951. . . . .	484
Nr. 235. Schreiben des amtierenden Chefs der Politischen Abteilung des Inneren Schutzes des MGB der UdSSR Oberst Demjaschkin an den amtierenden Chef der Inneren Truppen in Deutschland Oberst Wolkow über die Notwendigkeit, Fälle von Begegnungen zwischen sowjetischen Militärangehörigen und deutschen Polizisten zu überprüfen. 28. September 1951 . . . . .	486
Nr. 236. Aus der Anklageschrift in der Sache der ehemaligen Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MWD in Deutschland Beschanow, Klepow u. a. 2. Oktober 1951 . . . . .	486
Nr. 237. Meldung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen in Deutschland Oberst Wolkow an den Chef der Hauptverwaltung Innerer Schutz des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak über den Fall des Austauschs von Fotografien zwischen einem sowjetischen Militärangehörigen und einem deutschen Polizisten. Berlin-Grünau, 9. Oktober 1951 . . . . .	493
Nr. 238. Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR in der Strafsache gegen die ehemaligen Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MWD in Deutschland Beschanow, Klepow u. a. 17. Oktober 1951 . . . . .	494
Nr. 239. Auskunft der Abteilung Verwaltungsorgane des ZK der WKP(B) über den Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Dawydow. November 1951 . . . . .	497
Nr. 240. Meldung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den Chef des Inneren Schutzes des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak über die Aufbewahrung antisowjetischer Flugblätter durch einen Zugführer des 105. Schützenregiments. 11. Dezember 1951. . . . .	498
Nr. 241. Dienstliches Zeugnis über den stellvertretenden Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg Oberst Sitnow. 18. Februar 1952. . . . .	500
Nr. 242. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Vorlage im ZK der WKP(B) über die Bestätigung von Oberst Sitnow als Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Brandenburg. 12. März 1952. . . . .	501
Nr. 243. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Oberst Pimenow. 8. Juli 1952 . . . . .	502
Nr. 244. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zu Oberst Pimenow. 30. Juli 1952. . . . .	503
Nr. 245. Erklärung des ehemaligen Chefs des Operativen Sektors des NKWD-MGB für die Provinz Mecklenburg Generalmajor Nikitin an das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU aus Anlaß der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. 12. April 1957. . . . .	504
Nr. 246. Erklärung der ehemaligen Militärstaatsanwälte der SMA-Verwaltung der Provinz Mecklenburg Michailowski und Pustowalow an das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU zu den gegen den ehemaligen Chef des Operativen Sektors des NKWD-MGB der Provinz Mecklenburg Generalmajor Nikitin vorgebrachten Beschuldigungen. Moskau, 12. April 1957. . . . .	506



## **Teil I: Formierung und Dislozierung der Operativen Gruppen**





## **Nr. 1. Richtlinie über die Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee. 28. April 1942**

Streng geheim

1. Der Schutz des Hinterlandes der Fronten wird von den Kriegsräten der Fronten organisiert und von den Truppenteilen und rückwärtigen Diensten des Volkskommissariats für Verteidigung sowie von den dazu eigens bereitgestellten Truppenteilen des NKWD der UdSSR verwirklicht.<sup>1</sup>

2. Die Truppen des NKWD, die das Hinterland der kämpfenden Roten Armee schützen, haben folgende Aufgaben:

- 1.) Kampf gegen Diversanten, Spione und Banditen im Hinterland der Front<sup>2</sup>;
- 2.) Kampf gegen Deserteure und Marodeure;
- 3.) Liquidierung kleiner Abteilungen und Gruppen des Gegners, die ins Hinterland der Front eingeschleust oder versprengt wurden (MPi-Schützen, Fallschirmspringer, Signalgeber u. a.);
- 4.) in besonderen Fällen (auf Beschluß des Kriegsrates der Front) Schutz der Verkehrswege auf bestimmten Abschnitten.

3. Die Zusammensetzung der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee wird für jede Front gesondert vom Generalstab der Roten Armee und dem NKWD der UdSSR bestimmt.

4. Die Führung der Truppen des NKWD im Bereich der jeweiligen Front liegt beim Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der Front, der in jeder Beziehung dem Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR untersteht.

In operativer Hinsicht untersteht der Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der Front auch dem Kriegsrat der Front und erfüllt dessen Anweisungen zum Schutz des Fronthinterlandes in Übereinstimmung mit den in vorliegender Richtlinie genannten Aufgaben.

Die Tiefe des Fronthinterlandes, das durch die Truppen des NKWD zu schützen ist, wird vom Generalstab der Roten Armee zusammen mit dem NKWD der UdSSR festgelegt.<sup>3</sup>

Ein Einsatz der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes, der nicht ihrer direkten Bestimmung entspricht, darf nur mit Erlaubnis des NKWD der UdSSR erfolgen.

---

<sup>1</sup> Die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Armee (Feldarmee) gehörten zunächst zur Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD. Mit Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00792 vom 4. Mai 1943 wurde eine eigene Hauptverwaltung der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Armee gebildet. Vgl.: Lubjanka: WTsChK-OGPU-NKWD-NKGB-MGB-MWD-KGB. 1917–1991. Sprawotschnik, Moskwa 2003, S. 79.

<sup>2</sup> Eine „Richtlinie über die Tätigkeit der geheimdienstlichen Aufklärungsorgane der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee“ wurde durch Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 001116 vom 1. Juni 1942 bestätigt.

<sup>3</sup> Am 27. Juli 1942 schickten der Chef des Generalstabs der Roten Armee A. M. Wassilewski und der Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres A. N. Apollonow eine gemeinsame Direktive an die Kriegsräte der Fronten und die Chefs der Verwaltungen der Truppen des NKWD zum Schutz des Fronthinterlandes, in der es hieß, diese könnten mit sofortiger Wirkung selbst die Tiefe des Fronthinterlandes bestimmen.

„Die Erfahrungen der operativen Tätigkeit der Truppen des NKWD, die das Hinterland der kämpfenden Roten Armee schützen, zeigten – vor allem in Zeiten von Bewegungsoperationen –, daß die Grenzen des Fronthinterlandes, das von den Truppen des NKWD zu schützen ist, nicht konstant sein können und völlig von der Lage an der Front sowie vom Bestand der NKWD-Truppen, die diese Aufgabe im Bereich der jeweiligen Front zu erfüllen haben, abhängen.

Im Zusammenhang damit ist Absatz 3 des Punktes 4 der „Richtlinie über die Truppen des NKWD, die das Hinterland der kämpfenden Roten Armee schützen“ zu verändern und durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „Die Tiefe des von den NKWD-Truppen zu schützenden Hinterlandes der Front wird von den Kriegsräten der Fronten (Selbständiger Armeen) zusammen mit den Chefs der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes bestimmt“. In: RGWA 32905/1/163, Bl. 171.

5. Organisationsstruktur, Stellenpläne, Auswahl der Führungskader und alle übrigen Fragen des Aufbaus der Truppen des NKWD zum Schutz des Fronthinterlandes liegen in der Zuständigkeit des NKWD der UdSSR und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht verändert werden.

Die Verlegung von Truppenteilen des NKWD von einer Front zu einer anderen erfolgt auf Beschluß des Generalstabs der Roten Armee und wird durch Befehle des NKWD der UdSSR realisiert.

6. Die Versorgung der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes (auch mit Waffen) erfolgt auf Bestellung der Versorgungsorgane der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes durch die für die Versorgung zuständigen Organe der Roten Armee. Die Verrechnung für alle Arten der materiell-technischen Sicherstellung wird zentral zwischen der Verwaltung Militärische Versorgung des NKWD der UdSSR und den zentralen Versorgungsorganen der Roten Armee vorgenommen.

7. Die Dienstkommandos der NKWD-Truppen, die für den Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee verantwortlich sind, haben das Recht, innerhalb des von den NKWD-Truppen zu schützenden Gebietes alle Personen festzunehmen, die das von der militärischen Führung für den frontnahen Streifen festgesetzte Regime verletzen, bei ausnahmslos allen Zivil- und Militärpersonen, die sich durch das Gebiet bewegen, die Ausweispapiere zu kontrollieren und Personen festzunehmen, bei denen der Verdacht auf feindliche antisowjetische Tätigkeit besteht bzw. diese festgestellt wurde (Spione, Kollaborateure usw.).

Die Aktionen der Dienstkommandos müssen entschlossen und nachdrücklich sein, bis hin zum Waffengebrauch.

8. Für ihre operativ-dienstliche Tätigkeit sind die NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes gegenüber dem Kriegsrat und dem Chef der Inneren Truppen des NKWD der UdSSR rechenschaftspflichtig, und zwar nach einer Ordnung und zu Terminen, die von diesen festgelegt werden.

Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR Marschall der Sowjetunion Schaposchnikow<sup>4</sup>

Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Generalmajor Apollonow

*RGWA 32905/1/163, Bl. 169-170. Beglaubigte Kopie.*

Veröffentlicht in: Petrow, N. W.: *Perwy predsdatel KGB Iwan Serow*, Moskwa 2005, S. 217-219.

---

<sup>4</sup> Schaposchnikow, Boris Michailowitsch (1882–1945), Marschall der Sowjetunion; 1942–43 Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR.

**Nr. 2. Begleitschreiben des Chefs der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR Scheredega<sup>5</sup> an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Südwest-Front Rogatin<sup>6</sup> mit der Anlage „Instruktion an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front der kämpfenden Roten Armee“. 30. April 1942**

Streng geheim

Nr. 19/1-00176

Anbei wird für die Führung die „Instruktion an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front der kämpfenden Roten Armee“ übersandt.

Es ist strengstens verboten, die Instruktion zusammen mit dem chiffrierten Text aufzubewahren, eine Kopie oder Auszüge aus der Instruktion anzufertigen.

Der Erhalt der Instruktion ist unverzüglich zu bestätigen.

Anhang: „Instruktion“ auf 4 Blatt.

*An den Chef des Stabes 1. Aufbewahren in einer gesonderten Aktenmappe. 2. Unverzüglich den Empfang melden. 3. Durcharbeiten mit dem Personal der operativen Abteilung und den Kreisunterabteilungen. 4. Die Gen. Nikonorow, Trikulow und Jerschow in Kenntnis setzen. 5. Dem Kommandeur der 8. motorisierten Schützendivision, dem Kommandeur der 26. Division zur besonderen Verwendung und den Kommandeuren der Wachregimenter gegen Quittung bekanntgeben. 4. Mai [1942] [Unterschrift]; 12. Mai [1942]. 1. Auf einer Zusammenkunft der Kommandeure und Kommissare der Truppenteile ist die Bekanntmachung zu präzisieren. 2. Die Kommandeure und Kommissare der Truppenteile und Verbände sind einzuladen zur Einweisung über die gegenseitigen Beziehungen. 4. Mai [19]42.*

Anlage

„Ich bestätige“

Volkskommissar für Inneres der UdSSR

L. Berija

29. April 1942

Streng geheim

Vernichten bei Gefahr der Ergreifung durch den Gegner.

Instruktion an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front der kämpfenden Roten Armee

I. Aufgaben der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front:

Die Truppen des NKWD, die für den Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee eingesetzt sind, haben die Aufgabe, im frontnahen Streifen eine Ordnung einzuführen, die den kämpfenden Truppenteilen der Roten Armee eine normale Bewegung sichert.

Auf den vom Gegner befreiten Territorien haben die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes bis zur Wiederherstellung der Organe der Sowjetmacht Maßnahmen zur Schaffung einer revolutionären Ordnung zu ergreifen.

<sup>5</sup> Scheredega, Iwan Samsonowitsch (1904–1977), 1942–44 Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR.

<sup>6</sup> Rogatin, Wladimir Tarassowitsch (1899–1955), Generalmajor; Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Südwest-Front, 1945 in gleicher Funktion bei der 2. Belorussischen Front.

Hauptaufgaben der operativen Kampfhandlungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Front-hinterlandes sind:

1. Aufspüren und Festnahme von gegnerischen Agenten, die ins Hinterland der Front eingeschleust wurden, Ergreifung von Verrätern und Günstlingen der Deutschen in den von den deutschen Okkupanten befreiten Gebieten.

2. Liquidierung von Gruppen und Abteilungen des Gegners, die ins Hinterland der kämpfenden Roten Armee eingeschleust oder versprengt wurden (MPi-Schützen, Fallschirmspringer, Diver-santen und andere feindliche Elemente, die das Hinterland desorganisieren können).

3. Unterbindung jeder Art von antisowjetischer Aktivität sowie aller Erscheinungen von Bändertum im Hinterland der kämpfenden Roten Armee, Ergreifung der Organisatoren und Teilnehmer solcher Aktionen.

4. Kampf gegen Deserteure und Marodeure.

5. Durchführung von Maßnahmen, gemeinsam mit den lokalen Organen des NKWD, zur Orga-nisation des frontnahen Regimes.

6. In Einzelfällen und auf Beschluß der Kriegsräte der Fronten – Schutz der Verbindungswege in einzelnen Abschnitten im Streifen des Fronthinterlandes.

7. Zur Erfüllung der genannten Aufgaben ist der Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes verpflichtet:

a) die ihm zur Verfügung stehenden NKWD-Truppen in ständiger Einsatzbereitschaft zu hal-ten und ihre Tätigkeit tagtäglich zu kontrollieren;

b) durch richtige Organisation der militärischen Ausbildung der Truppenteile und Einheiten und durch die politische Erziehung der Mannschaft die Fähigkeit zu erlangen, zur Vermeidung von Diversionsakten die ins Fronthinterland eingeschleusten feindlichen Agenten aktiv aufzuspü-ren und rechtzeitig festzunehmen und die Verräter an der Heimat und andere konterrevolutionäre Elemente rechtzeitig zu ergreifen;

c) die Lage in dem zu schützenden Streifen des Fronthinterlandes zu verfolgen und nötigen-falls die Organisation des Hinterlandschutzes rasch umzustellen, und zwar in Abhängigkeit von den Kampfhandlungen der Truppen der Roten Armee und der von diesen zu erfüllenden Auf-gaben;

d) die Wege und Richtungen zu kennen, über die gegnerische Agenten oder Diversions- und Aufklärungstrupps durch die Gefechtslinien der Truppen der Roten Armee in unser Hinterland eindringen können; rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu deren Festnahme zu ergreifen und die Kampftruppen der Roten Armee vorbeugend zu informieren, damit diese in bestimmten Abschnitten einen militärischen Schutz organisieren.

Die genannten Maßnahmen ergreift der Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes innerhalb des Streifens des Fronthinterlandes, der vom Generalstab der Roten Armee zusammen mit dem NKWD der UdSSR festgelegt wurde.

## II. Aufgaben der tschekistischen Aufklärungsorgane in der Verwaltung und den Einheiten der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz für die operative Arbeit mit Agenten:

Zur richtigen Organisation der wechselseitigen Beziehungen und Arbeitskontakte zwischen den territorialen Organen des NKWD, den Organen der Besonderen Abteilungen und den tschekisti-schen Aufklärungsorganen, die zum Bestand der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinter-landes gehören, ist künftig von folgendem auszugehen:

1. Die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz organi-sieren im frontnahen Streifen die Spionageabwehr, um die Truppen im Rücken zu schützen.

Die Führung der Maßnahmen zur operativen Arbeit mit Agenten liegt in den NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes beim Stellvertreter des Chefs der NKWD-Truppen für operativ-tschekistische Arbeit.

2. Hauptaufgaben der tschekistischen Aufklärungsorgane sind: Aufspüren und Festnahme gegnerischer Agenten, von Diversanten, Banditen, Deserteuren, Marodeuren, Günstlingen und Helfershelfern der deutschen Okkupanten, präventive Verhinderung von antisowjetischen Aktivitäten jeder Art.

3. Die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes erstatten über alle festgenommenen gegnerischen Aufklärer und Diversanten unverzüglich Meldung an die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Fronthinterlandes der kämpfenden Roten Armee, an die entsprechenden lokalen NKWD-Organen und an die Besondere Abteilung der Front.

4. Zu allen festgenommenen Personen leiten die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz innerhalb von zwei bis drei Tagen eine vorläufige Untersuchung ein; nach deren Abschluß übergeben sie – in Abhängigkeit vom Charakter der Verbrechen – die Festgenommenen zusammen mit dem Untersuchungsmaterial und den Beweisstücken den lokalen NKWD-Organen (Aufklärer und Diversanten, Festgenommene mit Funkgeräten, die über geheime Treffpunkte und Spionageverbindungen in unserem Hinterland verfügen und den Auftrag haben, die Reserven der Roten Armee, die Rüstungsindustrie, die Verbindungswege und andere Objekte auszukundschaften und Diversionsakte zu verüben).

Festgenommene Aufklärer und Diversanten, die über geheime Treffpunkte und Spionageverbindungen verfügen oder die mit Aufträgen ausgestattet sind, die auf Stäbe und Einrichtungen der Roten Armee zielen, sowie diejenigen, die im Aufstellungsraum die Gefechtsordnungen von Truppenteilen und Verbänden der kämpfenden Roten Armee militärisch erkunden sollen – werden den entsprechenden Organen der Besonderen Abteilungen übergeben.

5. Die territorialen NKWD-Organen, die Organe der Besonderen Abteilungen des NKWD und die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz sind verpflichtet, sich umgehend wechselseitig zu informieren, wenn es Vermutungen gibt, daß in den frontnahen Streifen Spione, Diversanten, Terroristen, Banditen, Deserteure oder andere Personen, nach denen gefahndet wird, eingedrungen sind bzw. diese dort auftauchen.

6. Die Aufklärungsabteilung der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz der kämpfenden Roten Armee hat alles Material über Verteilung, Personal, Arbeitsmethoden und die gesamte Tätigkeit der gegnerischen Aufklärungsorgane, das durch den Einsatz von Agenten erkundet wurde, regelmäßig an die 2. Verwaltung des NKWD der UdSSR zu übermitteln.

7. Die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz können in Fällen operativer Zweckmäßigkeit Agentenverbindungen über abgeworbene gegnerische Agenten aufbauen und eigene Agenten – nach vorheriger Abstimmung mit dem entsprechenden NKWD-UNKWD<sup>7</sup> oder den zuständigen Besonderen Abteilungen – ins Hinterland des Gegners einschleusen.

8. Beim Vorrücken der Truppen der Roten Armee und der Befreiung besetzter Gebiete von den gegnerischen Truppen übernehmen die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz bis zum Eintreffen der Vertreter der territorialen NKWD-Organen in den Ortschaften die Festnahme und Inhaftierung von Helfershelfern der deutschen Faschisten und Verrätern.

Nach Eintreffen der Vertreter der territorialen NKWD-Organen übernehmen die entsprechenden Territorialorgane des NKWD die Leitung dieser Arbeit, und die tschekistischen Aufklärungsorgane der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz unterstützen die lokalen NKWD-Organen bei den von diesen durchzuführenden operativen, auf Agenten gestützten Maßnahmen zur Säuberung der befreiten Gebiete von feindlichen Agenten.

---

<sup>7</sup> UNKWD, für Uprawlenije (d.i. Verwaltung) des NKWD, Bezeichnung für Gebietsverwaltungen des NKWD.

III. Beziehungen der Chefs der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz, zur militärischen Führung und zu den lokalen Organen:

1. Die NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz werden befehligt vom Chef der Truppen und vom Kriegskommissar, die die Verantwortung tragen für die zuverlässige Organisation des Schutzes des Hinterlandes, für die Einsatzbereitschaft und die Kampfhandlungen der Truppen, aber auch für deren materiell-technische Ausstattung und die Truppenwirtschaft.

2. Der Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz ist der übergeordnete militärische Chef auch für die Inneren Truppen des NKWD, deren Standorte sich im Hinterlandstreifen befinden. Mit den NKWD-Truppen zum Schutz von Eisenbahnanlagen und Industriebetrieben sowie mit den Truppen zur Bewachung von Transporten erfolgt ein Zusammenwirken in Fragen der Sicherung des Hinterlandschutzes.

3. Über die operative Lage im Hinterland der Front, über die Ergebnisse von operativen Kampfhandlungen der NKWD-Truppen sowie über die durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung des Hinterlandschutzes erstattet der Chef der Verwaltung regelmäßig Bericht vor dem Kriegsrat der Front.

4. Die Chefs der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Hinterlandschutz unterhalten ständige Arbeitsbeziehungen zu den Partei- und Staatsorganen sowie zu den örtlichen NKWD-Organen des jeweiligen Gebietes und Rayons in Fragen der Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung in den Ortschaften des frontnahen Streifens, der Durchsetzung des frontnahen Regimes sowie in Fragen der Organisation und des operativen Einsatzes der einheimischen Bevölkerung bei der Säuberung der Ortschaften von zweifelhaften und antisowjetischen Elementen.

Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR Generalmajor Scheredega  
Stellvertreter des Chefs der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD der UdSSR und Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Obermajor der Staatssicherheit Leontjew<sup>8</sup>

*RGWA 32925/1/106, Bl. 43. Original; Bl. 44-47, beglaubigte Kopie.*

**Nr. 3. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0016 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der Fronten der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen“. 11. Januar 1945**

Streng geheim

Zur Gewährleistung der Säuberung des Hinterlandes der Fronten der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen<sup>9</sup> befehle ich:

1. Als Frontbevollmächtigte des NKWD der UdSSR zu ernennen:

Für die 2. Baltische Front<sup>10</sup>:

Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Kubatkin<sup>11</sup> (Chef der NKGB-Verwaltung des Lenin-grader Gebiets)

---

<sup>8</sup> Leontjew, Alexandr Michailowitsch (1902–1960), Obermajor der Staatssicherheit.

<sup>9</sup> Bereits mit Beschluß des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 7163ss vom 18. Dez. 1944 wurde dem NKWD die Organisation des Schutzes des Hinterlandes und der Kommunikationswege der Roten Armee in Ostpreußen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien übertragen.

<sup>10</sup> Die 2. Baltische Front war 1944/45 an der Kurlandoperation beteiligt.

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Schelesnikow (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Abyrow<sup>12</sup> (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 1. Baltische Front<sup>13</sup>:

Gen. Staatssicherheitskommissar Tkatschenko<sup>14</sup> (Bevollmächtigter des NKWD und NKGB für die Litauische SSR)

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Channikow<sup>15</sup> (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Serebrjakow<sup>16</sup> (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 3. Belorussische Front<sup>17</sup>:

Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Abakumow (Chef der Hauptverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“)

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Selenin (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalleutnant Ljuby<sup>18</sup> (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 2. Belorussische Front<sup>19</sup>:

Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Zanawa (Volkskommissar für Staatssicherheit der Belorussischen SSR)

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Jedunow<sup>20</sup> (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Rogatin (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 1. Belorussische Front<sup>21</sup>:

Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow (stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR)

---

<sup>11</sup> Kubatkin, Pjotr Nikolajewitsch (1907–1950), 1945 Generalleutnant, 1950 in der „Leningrader Affäre“ hingerichtet.

<sup>12</sup> Abyrow, Wassili Alexejewitsch, Generalmajor.

<sup>13</sup> Die 1. Baltische Front war 1944/45 an der Kurlandoperation beteiligt.

<sup>14</sup> Tkatschenko, Iwan Maximowitsch (1910–1955), 1945 Generalleutnant.

<sup>15</sup> Channikow, Nikolai Georgijewitsch (1896–1948), Generalleutnant.

<sup>16</sup> Serebrjakow, Boris Pawlowitsch (1904–1956), Generalmajor; 1946–50 Innenminister der Karelo-Finnischen SSR, danach bis 1954 stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Miliz des MWD der UdSSR.

<sup>17</sup> Die 3. Belorussische Front operierte 1944/45 in Ostpreußen.

<sup>18</sup> Ljuby, Iwan Semjonowitsch (1904–1969), Generalleutnant.

<sup>19</sup> Die 2. Belorussische Front operierte 1944/45 in Ostpreußen und Hinterpommern und war an der Schlacht um Berlin beteiligt.

<sup>20</sup> Jedunow, Jakow Afanassjewitsch (1896–1985), Generalleutnant.

<sup>21</sup> Die 1. Belorussische Front führte 1945 die Weichsel-Oder-Operation und die Schlacht um Berlin durch.



als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Wadis (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Simin (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 1. Ukrainische Front<sup>22</sup>:

Gen. Generalleutnant Meschik (stellvertretender Chef der Hauptverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“)

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Ossetrow<sup>23</sup> (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Subarew (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

Für die 4. Ukrainische Front<sup>24</sup>:

Gen. Generalleutnant Seliwanowski<sup>25</sup> (stellvertretender Chef der Hauptverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“)

als Stellvertreter:

Gen. Generalleutnant Kowaltschuk (Chef der Frontverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“) und

Gen. Generalmajor Fadejew<sup>26</sup> (Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front).

2. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben, entsprechend dem Vormarsch der Truppenteile der Roten Armee, auf dem von gegnerischen Truppen befreiten Territorium unverzüglich die notwendigen tschekistische Maßnahmen durchzuführen, um die Ermittlung und Inhaftierung von Spionen und Diversanten der deutschen Geheimdienste, von Terroristen, von Mitgliedern verschiedener feindlicher Organisationen und Gruppen von Banditen und Aufständischen zu gewährleisten, unabhängig von deren Nationalität und Staatsbürgerschaft; sie haben illegale Radiosender, Waffenlager, illegale Druckereien und andere für die Feindtätigkeit bestimmte materiell-technische Ausrüstungen aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Gewährleistung der genannten Maßnahmen in Städten, großen Ortschaften, Eisenbahnknotenpunkten und Industriebetrieben zu gelten, um den gegnerischen Agenten die Möglichkeit für die Ausübung von Zersetzungstätigkeit zu nehmen.

Zu verhaften sind gleichfalls Führungs- und Einsatzkräfte der Polizei, Leitungspersonal von Gefängnissen und Konzentrationslagern, Militärkommandanten, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Mitglieder von Kriegsgewichtungen und Militärtribunalen, Leiter von Vertretungen und Verwaltungen auf Gebiets- und Kreisebene, Bürgermeister, Mitglieder faschistischer Organisationen, Leiter großer Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten, Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen, Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen, Kommandeure und Angehörige von Armeen

---

<sup>22</sup> Die 1. Ukrainische Front beteiligte sich an der Weichsel-Oder-, der Berliner und an der Prager Operation.

<sup>23</sup> Ossetrow, Nikolai Alexandrowitsch (1905–), Generalleutnant.

<sup>24</sup> Die 4. Ukrainische Front operierte 1944/45 in den Karpaten und der Tschechoslowakei.

<sup>25</sup> Seliwanowski, Nikolai Nikolajewitsch (1901–1997), Generalleutnant; 1943–46 stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“, 1945 NKWD-Bevollmächtigter bei der 4. Ukrainischen Front und dann Berater beim polnischen Ministerium für öffentliche Sicherheit, 1946–51 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR, 1951–53 inhaftiert.

<sup>26</sup> Fadejew, Sergei Maximowitsch, Generalmajor.

der gegen die UdSSR kriegführenden Länder und der sogenannten „Russischen Befreiungsarmee“<sup>27</sup>, wie auch sonstige verdächtige Elemente.

Bei der Organisation der Maßnahmen zur Säuberung der von gegnerischen Truppen befreiten Territorien ist zu berücksichtigen, daß der deutsche Geheimdienst zurückgelassene Agenten vor dem Rückzug sorgfältig getarnt hat.

Bei der Durchführung der genannten Maßnahmen sind von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR die Spionageabwehroorgane „Smersch“ der Fronten umfassend einzusetzen.

3. Zur Gewährleistung der durch den vorliegenden Befehl vorgesehenen Maßnahmen:

a) hat der stellvertretende Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Obrutschnikow jedem Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR 150 erfahrene Tschekisten zur Verfügung zu stellen;

b) zur Gewährleistung der tschekistisch-militärischen Maßnahmen sind den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Fronten in einer Stärke von 31.099 Mann zur operativen Verwendung zu unterstellen und zusätzlich 27.900 Mann für ihre Verstärkung bereitzustellen, davon:

#### Der 2. Baltischen Front:

das 12. und 130. Grenzregiment und zusätzlich das 338. Schützenregiment des NKWD in einer Gesamtstärke von 4.020 Mann.

#### Der 1. Baltischen Front:

das 31., 33. und 216. Grenzregiment und zusätzlich das 329. Schützenregiment des NKWD in einer Gesamtstärke von 5.004 Mann.

#### Der 3. Belorussischen Front:

das 13., 86., 132., 217. und 331. Grenzregiment und zusätzlich die 57. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD (369., 370. und 371. Schützenregiment) in einer Gesamtstärke von 12.035 Mann.

#### Der 2. Belorussischen Front:

das 87., 218., 219. und 332. Grenzregiment und zusätzlich die 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD (32. Motschützen-, 273. Schützen- und 108. Grenzregiment des NKWD) in einer Gesamtstärke von 9.993 Mann.

#### Der 1. Belorussischen Front:

das 38., 127., 157. und 333. Grenzregiment und zusätzlich die 64. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD (2., 18. und 98. Grenzregiment und 145. Schützenregiment der NKWD-Truppen) in einer Gesamtstärke von 11.160 Mann.

#### Der 1. Ukrainischen Front:

das 16., 83. und 334. Grenzregiment und zusätzlich das 11. Grenzregiment und die 104. Grenzabteilung des NKWD in einer Gesamtstärke von 7.331 Mann.

---

<sup>27</sup> „Russische Befreiungsarmee“, von der deutschen Führung aus sowjetischen Kriegsgefangenen aufgestellte zwei russische Freiwilligendivisionen unter der Führung von Generalleutnant Andrei Andrejewitsch Wlassow (1900–1946). 1944/45 auf dem Gebiet der Tschechoslowakei eingesetzt.

Der 4. Ukrainischen Front:

das 90., 92. und 337. Grenzregiment und zusätzlich die 59. Schützendivision der NKWD-Truppen (375., 376. und 377. Schützenregiment der NKWD-Truppen) in einer Gesamtstärke von 9.456 Mann.

4. Gen. Generalleutnant Stachanow<sup>28</sup> hat die Konzentration der zusätzlich bereitzustellenden Verbände und Truppenteile des NKWD entsprechend der Standortverteilung zum 20. Januar 1945 zu gewährleisten.

5. Der Chef der Abteilung für Eisenbahntransporte des NKWD Gen. Staatssicherheitskommissar Arkadjew<sup>29</sup> hat die rechtzeitige Überführung der Truppen und des operativen Personals an ihre Bestimmungsorte zu gewährleisten.

6. Der Chef der NKWD-Abteilung für die Regierungs-, „WTsch“-Verbindungen Gen. Staatssicherheitskommissar Andrejew<sup>30</sup> hat für die Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR eine ununterbrochene „WTsch“-Verbindung sowohl mit dem Zentrum als auch mit ihren Operativgruppen vor Ort zu gewährleisten.

7. Der Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Gen. Tschernyschew hat innerhalb von drei Tagen die entsprechenden Lagerunterkünfte für die Aufnahme der ausgehobenen feindlichen Elemente bereitzustellen.

8. Die Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben die Ausführung ihrer Aufgaben unverzüglich in Angriff zu nehmen und täglich über den Erfüllungsstand des vorliegenden Befehls Bericht zu erstatten sowie, wenn dies notwendig wird, sofort Meldung zu machen.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar für Staatssicherheit L. Berija

*ZA FSB 66/1/880, Bl. 35-40. Original.*

Veröffentlicht in: Archiw nowieschei istorii Rossii. Serija „Publikazii“/T. 2 Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950 gg. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001. S. 11-14.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Mironenko, Sergej, Niethammer, Lutz, von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 142-146.

---

<sup>28</sup> Stachanow, Nikolai Pawlowitsch (1901–1977), Generalleutnant; Chef der Hauptverwaltung Grenztruppen des NKWD/MWD, 1951–53 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR.

<sup>29</sup> Arkadjew, Dmitri Wassiljewitsch (1900–1954), Generalmajor.

<sup>30</sup> Andrejew, Michail Alexandrowitsch (1906–1971), Generalmajor; 1942–46 Chef der NKWD-Abteilung für die (angeblich abhörsichere) Regierungshochfrequenzleitung, 1947–52 in Untersuchungshaft.

## **Nr. 4. Direktive des Frontbeauftragten des NKWD der UdSSR für die 2. Belorussische Front Znanawa über Arbeitsprinzipien, Unterstellung und Aufgaben der Operativen Gruppen des NKWD. 22. Januar 1945**

Streng geheim

Nr. 10 s/s

An alle Chefs von Operativen Gruppen des NKWD

An alle Chefs von Abteilungen der Spionageabwehr „Smersch“ der Armeen

An alle Regimentskommandeure der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der

2. Belorussischen Front

Mit dem Ziel, die vollständige Erfüllung von Befehl Nr. 0016 des Volkskommissars für Inneres der UdSSR <Gen. L. P. Berija><sup>31</sup> vom 11. Januar d.J.<sup>32</sup> zur entschlossenen Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee der 2. Belorussischen Front von feindlichen Elementen sicherzustellen, ordnen wir an:

1. Beim Vorrücken der Roten Armee muß die Operative Gruppe unmittelbar den vordersten Einheiten folgen, damit beim Einrücken der Truppen in Städte und Ortschaften unverzüglich alle Personen ergriffen werden, die laut Befehl des Volkskommissars festzunehmen sind, sowie Waffen, Verzeichnisse, Archive und andere Dokumente eingezogen werden.

An der Spitze der Operativen Gruppe hat unbedingt ihr Chef oder einer seiner Stellvertreter zusammen mit dem Bataillon der NKWD-Truppen vorzurücken.

2. Die Operative Gruppe, die den vordersten Einheiten der Roten Armee folgt, bezieht, wie bereits angewiesen, Stellung am Standort der Abteilungen der Spionageabwehr „Smersch“ der Armeen, damit sie die Möglichkeit hat, die Abwehrorgane und die operativ unterstellten Truppen umfassend zu nutzen und mit uns eine ununterbrochene „WTsch“-Verbindung zu unterhalten.

3. Zur Säuberung der durch die Rote Armee befreiten Städte und umliegenden Ortschaften von feindlichen Elementen sind Operative Gruppen des NKWD und militärische Kräfte in erforderlicher Stärke zurückzulassen, wobei zu den von Ihnen zurückgelassenen Gruppen eine ständige Verbindung zu gewährleisten ist.

Zu Leitern der Gruppen sind erfahrene operative Mitarbeiter zu ernennen.

4. Die von der Operativen Gruppe Verhafteten sowie die von den „Smersch“-Abwehrorganen der Gruppe überstellten Personen sind nicht verstreut unterzubringen, sondern in eigens für die Unterbringung von Inhaftierten eingerichteten Unterkünften zu konzentrieren, wobei eine zuverlässige, jede Flucht ausschließende militärische Bewachung sicherzustellen ist.

Bei besonders wichtigen Inhaftierten sind Untersuchungen einzuleiten, damit konterrevolutionäre Untergrundorganisationen aufgespürt und ihre Teilnehmer rechtzeitig und konsequent ausgehoben werden können.

5. Besonders wichtige Inhaftierte – Spione, Diversanten, Terroristen, Führer von Banden, aufständischen und anderen Organisationen, offizielle Mitarbeiter von Spionage- und Abwehrorganen des Gegners – sind nicht in Lager zu überstellen, sondern der Untersuchungsabteilung der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der Front zu übergeben.

6. Wie sich zeigt, versuchen die „Smersch“-Abwehrorgane der Armeen nach Bildung der operativ-tschenkistischen Gruppen des NKWD die Arbeit zur Aushebung feindlicher Elemente, wie sie im Befehl des Volkskommissars aufgeführt sind, den Operativen Gruppen zu überlassen, was völlig unzulässig ist.

<sup>31</sup> Der Familienname ist durchgestrichen.

<sup>32</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

Die „Smersch“-Abwehrorgane haben höchst intensiv an der Festnahme feindlicher Elemente auf den vom Gegner befreiten Territorien zu arbeiten und haben diese den Operativen Gruppen des NKWD zu übergeben.

7. Einige Chefs von Operativen Gruppen klagen über fehlende Abstimmung mit den Truppenkommandeuren in der operativen Arbeit und über deren Unverständnis für die allgemeinen Aufgaben der Operativen Gruppen.

Wir stellen noch einmal klar, daß die NKWD-Truppen in operativer Hinsicht den Chefs der Operativen Gruppen unterstehen und daß die Kommandeure der den Gruppen zugeordneten Regimenter und – wo es sich nicht um Regimenter handelt – die Kommandeure der zugeordneten Einheiten Stellvertreter der Chefs der Operativen Gruppen sind.

Wir weisen mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Chefs der Operativen Gruppen des NKWD für die entschiedene Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen die volle Verantwortung tragen.

Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der 2. Belorussischen Front Staatssicherheitskommissar 3. Ranges L. Zanawa

Stellvertretender Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der 2. Belorussischen Front Generalleutnant Jedunow

Stellvertretender Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin

*RGWA 38686/1/20, Bl. 2-3. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 5. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0061 „Zu Maßnahmen für die Umsetzung der Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees [der UdSSR] Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945“. 6. Februar 1945**

Streng geheim

Zur entschiedenen Unterbindung aller von deutscher Seite ausgehenden Versuche zu Terror- und Diversionsakten durch für die Feindtätigkeit im Hinterland der vorrückenden Roten Armee von den deutschen Kommandostäben und Geheimdiensten zurückgelassene Deutsche – in Erfüllung der Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945<sup>33</sup> – befehle ich:

1. Den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Belorussischen Front Gen. Serow, bei der 2. Belorussischen Front Gen. Zanawa, bei der 3. Belorussischen Front Gen. Abakumow und bei der 1. Ukrainischen Front Gen. Meschik – gemeinsam mit den Frontoberbefehlshabern entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um im Operationsgebiet der Roten Armee jegliche Versuche feindlicher Elemente, gleich ob Deutsche oder Personen anderer Nationalität, zur aktiven Feindtätigkeit, gleich ob gegen Militäreinheiten oder einzelne Offiziere und Soldaten der Roten Armee gerichtet, zu unterbinden und sich dabei von NKWD-Befehl Nr. 0016ss vom 11. Januar 1945<sup>34</sup> leiten zu lassen.

Durch gnadenlose Liquidierung an Ort und Stelle ist schonungslos mit Personen abzurechnen, die nachweislich terroristische und Diversionshandlungen begangen haben.

---

<sup>33</sup> Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 7467ss vom 3. Feb. 1945 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Fronten von Terroristen und Diversanten“, in: RGASPI 644/1/369, Bl. 12-14. – Das Kürzel „ss“ hinter der Ordnungsziffer steht für „strogo sekretno“, d.i. streng geheim.

<sup>34</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

2. In den Abschnitten der 1. Belorussischen, 2. Belorussischen, 3. Belorussischen und 1. Ukrainischen Front sind alle zu körperlicher Arbeit tauglichen und waffenfähigen deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren zu mobilisieren.

Die Leitung der Mobilisierung wird den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1., 2., 3. Belorussischen und bei der 1. Ukrainischen Front übertragen.

3. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR, die Genossen Serow, Zanawa, Abakumow und Meschik, haben unter Ausnutzung der von den Fronten zu leistenden Hilfe in Form von Mannschaften, Transportkapazitäten, Treibstoff und sonstigen materiell-technischen Versorgungsgütern zur Mobilisierung folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Durch die Militärkommandanten ist im Namen der Frontoberkommandos ein Mobilisierungsbefehl für Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren zu erlassen. In dem Befehl zur Einberufung der mobilisierten Deutschen sind das Verfahren, die Fristen und die Sammelpunkte anzugeben. Alle zu mobilisierenden Deutschen sind zu verpflichten, komplette Garnituren Sommer- und Winterkleidung, Schuhe, mindestens zwei Garnituren Unterwäsche, einen Satz Bettwäsche (Decke, Laken, Bezüge), Dinge des täglichen Bedarfs (Geschirr und Besteck) und einen Vorrat an Lebensmitteln für mindestens 15 Tage mitzubringen.

Im Befehl ist zu erklären, daß bei Nichterscheinen an den Sammelpunkten die der Mobilisierung unterliegenden Personen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

b) Zeitgleich mit der Bekanntgabe der Mobilisierung sind mit Mitteln und Kräften der Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR die zu Mobilisierenden zu erfassen und ihr Erscheinen an den Sammelpunkten sicherzustellen. Deutsche, die sich der Mobilisierung entziehen, sind vor ein Kriegsgericht zu stellen.

c) Für die Aufnahme der Mobilisierten ist territorial die erforderliche Zahl von Sammelpunkten einzurichten. Die Verpflegung an den Sammelpunkten erfolgt durch die Versorgungsorgane der Front.

d) An den Sammelpunkten ist eine Registrierung aller eintreffenden mobilisierten Deutschen zu organisieren. Alle, die in der deutschen Armee oder im Volkssturm<sup>35</sup> gedient haben, sind als Kriegsgefangene in die NKWD-Auffanglager bei den Fronten zu überstellen.

Von den übrigen zu körperlicher Arbeit tauglichen deutschen Männern sind Arbeitsbataillone mit einer Stärke von je 750 bis 1.200 Mann zu formieren. Jedem Arbeitsbataillon sind aus dem von der Kaderhauptverwaltung des Volkskommissariats für Verteidigung bereitgestellten Offiziersbestand fünf Offiziere, darunter ein Bataillonskommandeur und ein Feldscher mit einem Vorrat an Medikamenten, zuzuteilen.

e) Der Transport der mobilisierten Deutschen entsprechend den Anweisungen des NKWD an ihre Einsatzorte hat bataillonsweise zu erfolgen. Für jeden Transport sind Wachmannschaften aus den den NKWD-Frontbevollmächtigten unterstellten NKWD-Wachtruppen zusammenzustellen.

4. Der Chef der NKWD-Wachtruppen Gen. Generalleutnant Botschkow hat die Bewachung der mobilisierten Deutschen auf ihrem Transport von den Sammelpunkten bei den Fronten zu ihren Einsatzorten zu gewährleisten. Dafür sind den NKWD-Bevollmächtigten folgende Einheiten zu unterstellen: Gen. Serow das 322. Regiment, Gen. Zanawa das 483. Sonderbataillon<sup>36</sup>, Gen. Abakumow das 135. Sonderbataillon, Gen. Meschik das 496. Sonderbataillon der NKWD-Wachtruppen.

Für die Gewährung praktischer Unterstützung bei der Organisation des Wachschutzes der mobilisierten Deutschen werden folgende Offiziere vor Ort befohlen: an die 1. Belorussische Front

<sup>35</sup> Der Volkssturm wurde im Sept. 1944 gebildet, um alle bisher nicht kämpfenden waffenfähigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren für die Verteidigung aufzubieten. Eingesetzt vor allem für Bau- und Schanzarbeiten, Sicherungsaufgaben sowie zur Verteidigung von Ortschaften in unmittelbarer Heimatgegend. Äußerlich durch eine Armbinde mit der Aufschrift „Deutscher Volkssturm – Wehrmacht“ gekennzeichnet.

<sup>36</sup> Beim Sonderbataillon der NKWD-Wachtruppen handelte es sich um eine Militäreinheit für Sonderaufgaben mit eigener Nummer und eigenem Siegel.

Generalmajor Potechin<sup>37</sup>, an die 2. Belorussische Front Generalmajor Spassenko<sup>38</sup>, an die 3. Belorussische Front Oberstleutnant Korolew, an die 1. Ukrainische Front Oberst Stepanow<sup>39</sup>.

5. Der stellvertretende Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Obrutschnikow und der Chef der Grenztruppen des NKWD der UdSSR Gen. Generalleutnant Stachanow haben innerhalb von fünf Tagen 320 Offiziere (80 pro Front) und 200 operative Mitarbeiter (50 pro Front), darunter je 100 vom NKWD und 100 vom NKGB, für den Einsatz bei der Mobilisierung der Deutschen auszuwählen und zu den Genossen Serow, Zanawa, Abakumow und Meschik abzukommandieren.

6. Der Leiter der Abteilung Eisenbahn- und Schiffstransporte des NKWD Gen. Arkadjew ist verpflichtet:

a) dem Volkskommissariat für Transportwesen und der Zentralverwaltung für Militärtransporte den Bedarf an Transportmitteln für die Verlegung der mobilisierten Deutschen von den Sammelpunkten an ihre Einsatzorte zu melden und die rechtzeitige Bereitstellung entsprechend ausgerüsteten rollenden Materials zu gewährleisten;

b) für die Einrichtung eines Netzes von Versorgungspunkten die Transportrouten der mobilisierten Deutschen festzulegen und eine entsprechende Aufstellung über die Versorgungspunkte den NKWD-Frontbevollmächtigten zu übergeben;

c) fünf Mitarbeiter der Abteilung zu den NKWD-Frontbevollmächtigten abzukommandieren, um vor Ort den Eisenbahntransport der mobilisierten Deutschen zu regeln.

7. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR, die Genossen Serow, Zanawa, Abakumow und Meschik, haben ab 10. Februar 1945 täglich über den Fortgang der Mobilisierung Meldung zu machen.

8. Die Kontrolle über die Ausführung dieses Befehls wird den stellvertretenden Volkskommissaren für Inneres der UdSSR, den Genossen Kruglow und Tschernyschew, übertragen.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR L. Berija

*ZA FSB 66/1/880, Bl. 72-76. Original.*

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Mironenko, Sergej, Niethammer, Lutz, von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 149-151.

---

<sup>37</sup> Potechin, Nikolai Nikolajewitsch (1903–), Generalmajor.

<sup>38</sup> Spassenko, F. A. (1902–), Generalmajor.

<sup>39</sup> Stepanow, Iwan Alexandrowitsch, Oberst.

**Nr. 6. Direktive Nr. Sch/1-00230 des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front über die Umsetzung der in der Anordnung Nr. 7467ss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 3. Februar 1945 enthaltenen Forderungen und über die Mobilisierung von zur körperlichen Arbeit tauglichen Deutschen männlichen Geschlechts für den Abtransport in die UdSSR. 6. Februar 1945**

Besonders wichtig

Streng geheim

Ohne Recht auf Anfertigung von Kopien

An den Kommandeur der 64. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD

An die Kommandeure der Grenzschutzregimenter der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front, die Chefs der 107. Selbständigen Mobilen Gruppe und des Kommandos für Sergeantenausbildung, an den Kommandeur der 108. Besonderen Fernmeldekompanie

Nur: Kommandeur der 64. Schützendivision, des 38., 157., 127., 333. Grenzschutzregiments, Chefs der 107. Selbständigen Mobilen Gruppe und des Ausbildungskommandos und Kommandeur der 108. Besonderen Fernmeldekompanie

Seit dem Einmarsch der Roten Armee sind von der deutschen Bevölkerung auf dem Territorium Deutschlands Terroranschläge gegen Militärangehörige der Roten Armee sowie Diversionsakte auf die Verkehrsverbindungen der Front verübt worden.

Zur Unterbindung solcher Erscheinungen fordert das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR in seiner Anordnung Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945:

1. Entschiedene Maßnahmen gegenüber Deutschen und Personen anderer Nationalität zu ergreifen, denen die Beteiligung an terroristischen Anschlägen gegen Militärangehörige und an Diversionsakten auf die Verkehrsverbindungen der Front nachgewiesen wurde.

„Durch gnadenlose Liquidierung an Ort und Stelle ist schonungslos mit Personen abzurechnen, die nachweislich terroristische und Diversionshandlungen begangen haben.“<sup>40</sup>

2. Zu mobilisieren sind alle Deutschen männlichen Geschlechts im Alter von 17 bis 50 Jahren, die Arbeit verrichten und eine Waffe tragen können:

– Aus den mobilisierten Deutschen sind Arbeitsbataillone in der Stärke von jeweils 1.000 bis 1.200 Mann zu bilden, diese sind zu Wiederaufbauarbeiten vorzugsweise nach Weißrußland und in die Ukraine zu verbringen.

Für jedes Arbeitsbataillon sind zwölf Offiziere der Roten Armee abzustellen.

– Die Mobilisierten haben sich an Sammelstellen einzufinden, wobei warme Kleidung, intaktes Schuhwerk, Bettzeug, Wäsche zum Wechseln und ein Lebensmittelvorrat für zwei Wochen mitzubringen sind.

– Die Bewachung der Mobilisierten auf dem Transport obliegt den Wachtruppen des NKWD.

3. Deutsche, die in der deutschen Armee oder im Volkssturm gedient haben, sind als Kriegsgefangene zu behandeln und in Kriegsgefangenenlager zu überführen.

In Umsetzung der Anordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees werden auf Befehl des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front folgende Maßnahmen durchgeführt:

1) Mobilisierung und Zuführung der Deutschen in den Wojewodschaften Poznań und Łódź sowie auf dem deutschen Territorium.

<sup>40</sup> Der Satz ist auch in der Vorlage durch Anführungszeichen gekennzeichnet.



2) Mit der allgemeinen Leitung der Mobilisierung werden betraut:

- a) der Vertreter des Kriegsrates der Front Generaloberst Tscherewitschenko<sup>41</sup>;
- b) der Vertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR Generalmajor Sidnew.

3) Für jede Wojewodschaft werden Militärkommandanten ernannt, denen operativ-militärische Gruppen unterstellt werden; Standorte sind: Poznań, Łódź, Landsberg (für den Bezirk Frankfurt).

4) Innerhalb jeder Wojewodschaft werden gemäß der Anzahl der Kreise Kommandanten ernannt: für Poznań – 25, für Łódź – 12, für Frankfurt – 10.

5) Für die Zusammenfassung der Mobilisierten werden neun Lager an folgenden Standorten eingerichtet: 1. Poznań, 2. Schrimm, 3. [unleserlich], 4. Kalisch, 5. Inowrocław, 6. Łódź, 7. Zdunsk [unleserlich]<sup>42</sup>, 8. Landsberg und 9. Reppek<sup>43</sup>, jedes Lager mit einer Aufnahmekapazität von 5.000 Mann.

6) Zu Lagerkommandanten werden Offiziere der Grenztruppen des NKWD ernannt.

Die Bewachung der Lager erfolgt durch die Polnische Armee mit jeweils einem Bataillon pro Lager.

7) Um jegliches Aufbegehren der Deutschen entschieden zu unterbinden, werden bei den Militärkommandanten der Wojewodschaften und der Bezirke Strafkommandos von jeweils bis zu 120 Mann gebildet, die mit der Aufgabe betraut werden, alle sich der Mobilisierung entziehenden Personen festzunehmen und im Falle von Widerstand zu liquidieren.

Ich befehle:

1. Auf dem Territorium Deutschlands sind der Dienst und die Verlegung der Regimenter bataillonsweise, in Ausnahmefällen auch in Kommandos von zwei bis drei Einheiten, zu organisieren, wobei die Führung der letzteren stets durch Offiziere des Bataillonsstabes zu erfolgen hat.

Kleinere Kommandos sind nicht zu entsenden. In der Regel sind Einsatzgruppen in einer Stärke von 20 bis 25 Mann unter dem Kommando eines Offiziers zu verwenden, wobei diese mit Funkgerät und Pionier- und Minenräumbegleitung auszustatten sind.

2. Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front sind aus der 64. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD bis zum 7. Februar 1945 drei mobile motorisierte Gruppen in der Stärke von jeweils 120 Mann zu bilden.

Die mobilen Gruppen sind an folgenden Standorten in Bereitschaft zu halten:

- vom 18. Grenzschutzregiment – Łódź;
- vom 145. Schützenregiment – Poznań;
- vom 127. Grenzschutzregiment – Landsberg.

Die mobilen Gruppen sind in operativer Hinsicht den Militärkommandanten der Wojewodschaften Łódź und Poznań und des Bezirks Frankfurt zu unterstellen.

3. Die Suche und Ergreifung von Deutschen, die sich vor der Mobilisierung verbergen, ist aktiv zu betreiben und diese sind an die Sammelstellen zu überstellen.

4. Die Gesamtheit der operativen und militärischen Maßnahmen muß darauf gerichtet sein, feindliche Aktivitäten sowie Terroranschläge und Diversionsakte gegen die Verkehrsverbindungen der Front seitens der Deutschen entschieden zu unterbinden.

5. Die gesamte Truppe ist über die Bedeutung dieser Maßnahmen aufzuklären und im Geiste des Hasses und der gnadenlosen Abrechnung mit dem Feind zu erziehen.

6. Die Wachsamkeit und Umsicht der Mannschaften, Sergeanten und Offiziere ist umfassend zu erhöhen. Es ist ständige Kampfbereitschaft herzustellen.

---

<sup>41</sup> Tscherewitschenko, Jakow Timofejewitsch (1894–1976), Generaloberst.

<sup>42</sup> Wahrscheinlich: Zduńska Wola (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>43</sup> Wahrscheinlich: Reppen (Anm. d. Übers. R. S.).

7. Die Absicherung der Marschbewegungen und der Schutz der Standorte sind zu erhöhen. Den Militärangehörigen ist zu untersagen, sich einzeln von der Truppe zu entfernen. Waffen sind stets mitzuführen.

Diese Anweisung ist allen Offizieren in vollem Wortlaut zur Kenntnis zu bringen, den Soldaten und Sergeanten ist sie zu erläutern.

Nach Vollzug ist die Direktive bis zum 20. Februar 1945 an den Stab der Truppen zurückzusenden.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin

Stabschef Oberst Wolkow<sup>44</sup>

*RGWA 32925/1/100, Bl. 47-48. Original.*

## **Nr. 7. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00101 „Über ergänzende Maßnahmen zu den Befehlen des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 und Nr. 0061 vom 6. Februar 1945“. 22. Februar 1945**

Streng geheim

In Ergänzung der Befehle des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945<sup>45</sup> und Nr. 0061 vom 6. Februar 1945<sup>46</sup> befehle ich:

1. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben die entsprechend NKWD-Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 Verhafteten nach folgender Maßgabe in die Lager des NKWD einzuweisen:

a) Kommandeurs- und Mannschaftsdienstgrade der deutschen Armee und anderer gegen die UdSSR kriegführender Länder, Kommandeurs- und Mannschaftsdienstgrade des Volkssturms, Führungs- und Einsatzkräfte der Polizei, der Gefängnisse und Konzentrationslager, Militärkommandanten, Militäruntersuchungsrichter, Militärstaatsanwälte und Angehörige anderer paramilitärischer Organisationen sind in Kriegsgefangenenlager einzuweisen.

b) Zivilpersonen (keine Staatsbürger der UdSSR), Angehörige verschiedener feindlicher Organisationen, Leiter von Gebiets-, Stadt- und Kreisverwaltungen, Bürgermeister, Leiter großer Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten, Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure, Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen und sonstige feindliche Elemente sind in Internierungslager der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR<sup>47</sup> einzuweisen.

c) Sowjetbürger sind in die Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD der UdSSR<sup>48</sup> einzuweisen.

d) Arbeitsbataillone aus Deutschen, die gemäß Beschluß des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945 mobilisiert wurden, sind entsprechend den Anordnun-

<sup>44</sup> Wolkow, Alexandr Matwejewitsch, Oberst; Chef des Stabes der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front, 1945–53 Chef des Stabes der Inneren Truppen des NKWD/MWD/MGB in Deutschland.

<sup>45</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>46</sup> Vgl. Dokument Nr. 5.

<sup>47</sup> Anfang 1945 wurde die Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (UPWI) in den Rang einer Hauptverwaltung (GUPWI) erhoben. Befehl Nr. 00100 des Volkskommissar für Inneres der UdSSR vom 20. Feb. 1945 sah eine Verwaltung für Kriegsgefangene und eine Verwaltung für Internierte/Mobilisierte vor, gleichzeitig wurde die für Ermittlungen zuständige operative Abteilung in den Rang einer Verwaltung erhoben.

<sup>48</sup> Gebildet 1941 unter der Bezeichnung „spezlager“ (d.i. Spezial- bzw. Sonderlager), im Feb. 1945 in Überprüfungs- und Filtrationslager umbenannt.

gen der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR zum Arbeitseinsatz zu bringen.

2. Die operativ-tschechistische Betreuung der Kriegsgefangenen und Internierten sowie der in Arbeitsbataillone mobilisierten Deutschen obliegt der Operativverwaltung der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR und den entsprechenden NKWD/UNKWD.

3. Die Überprüfung und die Führung von Ermittlungen gegen feindliche Elemente, die unter Sowjetbürgern in den Überprüfungs- und Filtrationslagern des NKWD der UdSSR ermittelt wurden, obliegt

a) den „Smersch“-Abwehrorganen des Volkskommissariats für Verteidigung in diesen Lagern – bei Angehörigen der Roten Armee, die in Kriegsgefangenschaft oder eingekesselt waren;

b) den zuständigen Territorialorganen des NKWD/NKGB – bei Zivilpersonen.

4. Der Chef der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR Gen. Generalleutnant Kriwenko<sup>49</sup> und der stellvertretende Chef der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Kobulow haben zusammen mit den entsprechenden Organen des NKWD einen strengen Nachweis über die eingelieferten internierten und mobilisierten Deutschen und Personen anderer Nationalität sowie die verdeckte Bearbeitung dieser Kontingente durch Informanten zu sichern mit dem Ziel, aktive feindliche Elemente unter ihnen zu ermitteln.

Falls operativ erforderlich, sind die operativen Maßnahmen mit dem NKGB, der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung und der Verwaltung Aufklärung der Roten Armee zu koordinieren.

Der Chef der Abteilung Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar Schitikow<sup>50</sup> hat die gleiche Arbeit für die Zivilpersonen in den Überprüfungs- und Filtrationslagern zu organisieren.

5. Der stellvertretende Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Tschernyschew hat zusammen mit den Genossen Kriwenko und Schitikow die Bereitschaft der Kriegsgefangenen- und Internierungslager sowie der Überprüfungs- und Filtrationslager zur Aufnahme und Unterbringung der von den Fronten eintreffenden Kontingente für zunächst 100.000 Personen und zum 15. März für weitere 100.000 Personen zu sichern.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar der Staatssicherheit

L. Berija

Anhang zum Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00101 vom 22. Februar 1945:  
Plan zur Verteilung der Kontingente, die von den Frontbevollmächtigten des NKWD in die Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD der UdSSR zu überstellen sind

Nr. des Lagers	Standort des Lagers	Anzahl
1. 048	Schachty, Gebiet Rostow	1.000
2. 140	Kalinin	1.000
3. 174	Podolsk, Gebiet Moskau	1.000
4. 240	Stalino, Gebiet Stalinsk	5.000

<sup>49</sup> Kriwenko, Michail Spiridonowitsch (1904–1954), Generalleutnant. Chef der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR.

<sup>50</sup> Schitikow, Nikita Ionowitsch (1896–1974), 1944–46 Chef der Abteilung Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD.

Nr. des Lagers	Standort des Lagers	Anzahl
5. 0258	Charkow, Ukrainische SSR	1.000
6. 283	Stalinogorsk, Gebiet Moskau	7.000
7. 0301	Grosny, Gebiet Grosny	1.500
8. 0302	Kisel, Gebiet Molotow	7.000
9. 0305	Boksity, Gebiet Swerdlowsk	2.000
10. 0308	Tula	5.000
11. 0310	Woroschilowgrad, Ukrainische SSR	4.000
12. 0312	Tschusowaja, Gebiet Molotow	3.000
13. 0313	Petrosawodsk, Karelo-Finnische SSR	3.000
14. 0314	Kemerowo, Gebiet Kemerowo	4.000
15. 0315	Prokopjewsk, Gebiet Kemerowo	5.000
16. 0321	Gasoprowod, Gebiet Saratow	3.500
17. 0324	Schatura, Gebiet Moskau	3.000
18. 0325	Orechowo-Sujewo, Gebiet Moskau	3.000
Insgesamt		60.000

Schitikow

*ZA FSB 66/1/880, Bl. 123-126. Original.*

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in:

Ritscher, Bodo: Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKVD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, in: Deutschland Archiv 1993, S. 726-727 (ohne Anlage);

Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 157-159.

## **Nr. 8. Kampfbefehl Nr. 9 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 2. April 1945**

Serie „G“

Kampfbefehl Nr. 9. Stab der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. Karschin (7090) 02.04.45. 12.00 Uhr, Karte 200.000-42

1. Im Ergebnis erfolgreicher Angriffsoperationen von Truppen der Front wurden die Städte Gdynia und Danzig befreit. Reste der deutschen Armee im Abschnitt der 2. Belorussischen Front haben sich in den Gebieten östlich von Danzig und nordwestlich von Gdynia verschanzt. Frontverlauf am 1. April [19]45, 24.00 Uhr: Vogtei [?] (1070), Schöneberg (1060), Neukirch (0060), Rothof (0050), Prauster Pfarrdorf (1040), Albrecht [?] (1040), Wahlendorf (2040), Heubude (2050), weiter am Ufer der Danziger Bucht bis zum Hafen Gdynia (4040), Dobki (5030), Kasimir (5030), Mechlinken (5030), weiter am Ufer der Bucht Putziger Wiek bis Heinow (7030), weiter am Ufer der Ostsee.<sup>51</sup>

<sup>51</sup> Die mit [?] gekennzeichneten Orte konnten nicht identifiziert werden. (Anm.d. Übers. R. S.).

2. Die Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front mit der unterstellten 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD versehen ihren Dienst mit einem Teil der Kräfte zur Abspernung des festgelegten frontnahen Streifens von zehn Kilometer Tiefe an der Ostseeküste. Mit ihren Hauptkräften unter Führung der Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR erfüllen sie den Befehl des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Nr. 0016 vom 13. Januar 1945.<sup>52</sup>

3. Rechts liegt das 369. Schützenregiment der Inneren Truppen des NKWD der 3. Belorussischen Front, die Grenze zu ihm verläuft über: Nickelswalde (2060), Christburg (7090), Saalfeld (6000), Osterode (5030), alle Punkte, außer Osterode, sind für die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front einschließlich. Der Regimentsstab befindet sich in Preußisch Holland.

Links liegt das 38. Grenzregiment, die Grenze zu ihm verläuft über: Neu Werder (0030), Groß Jestin (9040), Standemin (8050), Wutzow (7070), Bärwalde (5080), alle Punkte für das 218. Grenzregiment ausschließlich.

Der Stab des 38. Grenzregiments befindet sich in Freienwalde (2020), sein 1. Schützenbataillon in Naugard (4000).

4. a) Der Kommandeur des 218. Grenzregiments hat weiterhin seinen Teil des Kampfbefehls Nr. 008 zu erfüllen und an der Grenze des zehn Kilometer breiten frontnahen Streifens zum Hinterland Dienst zu tun.

b) Die Kommandeure des 87. und des 332. Grenzregiments haben ihre Regimenter nach Beendigung der Transportbewachung und der Übergabe der Gefängnisse und Sammelstellen für Kriegsgefangene zu sammeln und sich an die Standorte der Spionageabwehr „Smersch“ der Armeen und der Operativen Gruppen zu begeben:

87. Grenzregiment – in den Raum der 65. Armee und der 2. Stoßarmee,

332. Grenzregiment – in den Raum der 70. und der 49. Armee.

Für die operative Betreuung unter Leitung der Operativen Gruppen der Armee haben abzugeben:

Der Kommandeur des 87. Grenzregiments – ein Bataillon dem Chef der Operativen Gruppe der 2. Stoßarmee Oberstleutnant der Staatssicherheit Micheitschew<sup>53</sup> zur operativen Unterstellung und ein Bataillon dem Chef der Operativen Gruppe der 65. Armee Oberst der Staatssicherheit Fukin<sup>54</sup> zur operativen Unterstellung.

Der Kommandeur des 332. Grenzregiments – ein Bataillon dem Chef der Operativen Gruppe der 49. Armee Oberst der Staatssicherheit Frolow<sup>55</sup> zur operativen Unterstellung und ein Bataillon dem Chef der Operativen Gruppe der 70. Armee Oberst Sotski<sup>56</sup> zur operativen Unterstellung.

Je ein Bataillon ist in Reserve zu halten für den Fall, daß auf Anweisung der Chefs der Operativen Gruppen der Armeen Inhaftierte auf dem Weg von den Operativen Gruppen in die Gefängnisse zu bewachen sind.

c) Der Kommandeur des 219. Grenzregiments hat sich mit seinem gesamten Regiment in die operative Unterstellung unter den Chef der Operativen Gruppe der 19. Armee Oberst der Staatssicherheit Chwat<sup>57</sup> zu begeben.

d) Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD hat:

das 32. Schützenregiment im vollen Bestand in die operative Unterstellung unter den Chef der Operativen Gruppe der 19. Armee Oberst der Staatssicherheit Chwat und

---

<sup>52</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>53</sup> Micheitschew, Alexandr Iwanowitsch (1912–1983).

<sup>54</sup> Fukin, Konstantin Alexandrowitsch (1900–1979).

<sup>55</sup> Frolow, Alexei Fjodorowitsch (1907–).

<sup>56</sup> Sotski, Pawel Stanislawowitsch (1905–1983).

<sup>57</sup> Chwat, Alexandr Grigorjewitsch (1907–1990).

das 108. und 273. Schützenregiment in die operative Unterstellung unter den Chef der Operativen Gruppe der 5. Panzerarmee Oberst der Staatssicherheit Armjaninow<sup>58</sup> zu übergeben.

5. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD und die Kommandeure des 87., 218., 219. und 332. Grenzregiments haben Maßnahmen zur schnellstmöglichen Rückführung ihrer Einheiten zu ergreifen, die sich zur Bewachung von Transporten, Gefängnissen und Sammelpunkten für Kriegsgefangene im Aktionsraum von Operativen Gruppen befinden, aus deren Unterstellung sie zur Ausführung des vorliegenden Befehls zurückgezogen werden.

6. Die Bewachung der Sammelpunkte für Kriegsgefangene ist zu übertragen  
des Sammelpunkts der 5. Panzerarmee und der 19. Armee – auf die 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD,

des Sammelpunkts der 49. und der 70. Armee – auf das 332. Grenzregiment,

des Sammelpunkts der 2. Stoßarmee und der 65. Armee – auf das 87. Grenzregiment.

Dementsprechend hat die Aufnahme und die Übergabe der Sammelpunkte für Kriegsgefangene in kürzester Frist zu erfolgen.

7. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD und die Kommandeure des 87., 218., 219. und 332. Grenzregiments haben zuverlässige Maßnahmen zu ergreifen, damit es bei der Umgruppierung und Verlegung nicht dazu kommt, daß Mannschaften zurückbleiben oder verloren gehen.

8. Die Standorte der Regimentsstäbe sind von den Regimentskommandeuren so zu wählen, daß die zuverlässige Führung der den Operativen Gruppen der Armeen unterstellten Bataillone gesichert ist und der Arbeitskontakt und die Verbindung zu den Chefs der Operativen Gruppen der Armeen aufrechterhalten werden kann.

Der Stab der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD ist in Zoppot unterzubringen.

9. Meldung zu erstatten ist:

- a) über den Erhalt des Befehls,
- b) über den Beginn der Ausführung,
- c) über die Sammlung der Regimenter,
- d) über das Erreichen der neuen Standorte und den Eintritt in die operative Unterstellung unter die Chefs der Operativen Gruppen, wie von diesem Befehl vorgesehen.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin

Amtierender Stabschef der Truppen Oberst Ljubitow<sup>59</sup>

*RGWA 32921/1/27, Bl. 39-41. Beglaubigte Kopie.*

<sup>58</sup> Armjaninow, Dmitri Michailowitsch (1910–1949).

<sup>59</sup> Ljubitow, Iossif Michailowitsch.

**Nr. 9. Meldung des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow<sup>60</sup> an den Chef der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Bildung und Verteilung von Operativen Gruppen des NKWD im Abschnitt der 5. Panzer-Garde-Armee. 10. April 1945**

Streng geheim

Nr. 10/1-00376

Mit Befehl Nr. 1 des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 5. Panzer-Garde-Armee Oberst der Staatssicherheit Armjaninow vom 7. April 1945 wurden zur richtigen Verteilung der tschekistischen militärischen Kräfte, die die Erfüllung von NKWD-Befehl Nr. 0016<sup>61</sup> und die rigorose Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen gewährleisten sollen, im Aktionsraum der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 5. Panzer-Garde-Armee folgende Operative Gruppen gebildet:

a) Operative Gruppe in Gdynia – Chef der Operativen Gruppe ist Major der Staatssicherheit A. W. Fajustow<sup>62</sup>.

Der Gruppe ist das 2. Bataillon des 273. Schützenregiments unterstellt.

b) Operative Gruppe in Zoppot – Chef der Operativen Gruppe ist Major der Staatssicherheit W. P. Sikejew<sup>63</sup>.

Der Gruppe ist das 3. Bataillon des 273. Schützenregiments unterstellt.

c) Operative Gruppe in Danzig – Chef der Operativen Gruppe ist Hauptmann der Staatssicherheit N. P. Betcher<sup>64</sup>.

Der Gruppe ist das 1. Bataillon des 108. Schützenregiments unterstellt.

d) Operative Gruppe in Danzig – Chef der Operativen Gruppe ist Major I. I. Orlow<sup>65</sup>.

Der Gruppe ist das 2. Bataillon des 108. Schützenregiments unterstellt.

e) Operative Gruppe in Oliva (Lager) – Chef der Operativen Gruppe ist Oberstleutnant der Staatssicherheit W. A. Simachin<sup>66</sup>.

Der Gruppe ist das 1. Bataillon des 273. Schützenregiments zugeordnet.

f) Untersuchungsgruppe im Lager Danzig – Chef der Gruppe ist Oberstleutnant der Staatssicherheit A. G. Spirjagin<sup>67</sup>.

g) Gruppe für die in Arbeitsbataillonen mobilisierten Deutschen beim Lager Danzig – Chef der Gruppe ist Oberstleutnant F. I. Rjabow<sup>68</sup>.

Die militärische Betreuung der Untersuchungsgruppe und der Gruppe für die mobilisierten Deutschen erfolgt durch das 108. und das 273. Schützenregiment.

Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow  
Stabschef der Division Oberstleutnant Kuriltschik<sup>69</sup>

*RGWA 32904/1/107, Bl. 187. Original.*

---

<sup>60</sup> Ignatow, Jewgeni Fjodorowitsch (1902–).

<sup>61</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>62</sup> Fajustow, Alexandr Wassiljewitsch (1914–).

<sup>63</sup> Sikejew, Walentin Pawlowitsch (1911–1985), Major; 1945 Chef einer NKWD-Operativgruppe in Zoppot, ab 1946 stellvertretender Chef der MGB-Abteilung im Bezirk Magdeburg.

<sup>64</sup> Betcher, Nikolai Petrowitsch (1906–1972), Hauptmann der Staatssicherheit; 1945 Chef einer NKWD-Operativgruppe in Danzig, dann Chef der NKWD-Operativgruppe im Kreis Greifswald.

<sup>65</sup> Orlow, Iwan Iwanowitsch (1915–1990).

<sup>66</sup> Simachin, Wassili Andrianowitsch (1905–).

<sup>67</sup> Spirjagin, Alexandr Georgijewitsch (1905–).

<sup>68</sup> Rjabow, Philipp Iwanowitsch (1897–1968).

<sup>69</sup> Kuriltschik, Fjodor Antonowitsch.

## **Nr. 10. Kampfbefehl Nr. 5 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 11. April 1945**

Serie „G“

Kampfbefehl Nr. 5. Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front, Falkenburg 11. April 1945, 14.00 Uhr, Karte 200.000-42

1. Im Raum südöstlich von Danzig und an der Küste der Putziger Nehrung leistet der Gegner hartnäckigen Widerstand und setzt die Evakuierung von Mannschaften und Technik fort.

2. Teile der Roten Armee gingen in Entfaltung ihres Angriffs bis zum 10. April 1945 auf folgende Linie vor: Vogtei [?] (1070), Schöneberg (1060), Ptjublau [?] (0050), Rothof (0050), Osterwick (1050), Wrozlaß [?] (1050), Westlich-Neufähr (2050), weiter an der Küste der Bucht Putziger Wiek bis Heinow [?] (7030), weiter an der Ostseeküste bis Wald Dievenow (8080), Cammin (8080), Zebbin (7070), Hagen (6070), weiter an der Ostküste des Stettiner Hafens, am östlichen Ufer des Dammscher Sees, am Ostufer der Ostoder bis Nieder Kränig (7050)<sup>70</sup>.

Im Hinterland der Front ließ der Gegner Divisions- und Terrorgruppen mit dem Ziel zurück, Zersetzungsarbeit zu leisten und Terrorakte auf Militärangehörige der Roten Armee zu verüben.

Es gab den Fall, daß eine Patrouille der Kommandanturverwaltung in der Stadt Stolp beschossen wurde, und in der Stadt Kolberg kam es zur Vergiftung von Militärangehörigen der Kommandanturverwaltung, indem Personen deutscher Nationalität Arsen an das Essen gegeben hatten.

3. Die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front mit der unterstellten 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD versehen mit einem Teil der Kräfte ihren Dienst zur Absperrung des festgelegten frontnahen Streifens von zehn Kilometer Tiefe an der Ostseeküste. Mit ihren Hauptkräften erfüllen sie unter Führung der Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR den Befehl des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Nr. 0016 vom 13. Januar 1945.<sup>71</sup>

4. Rechts liegt das 369. Schützenregiment der Inneren Truppen des NKWD bei der 3. Belorussischen Front. Die Grenze zu ihm verläuft über Osterode (5030), Saalfeld (6000), Christburg (7090), Nickelswalde (2060), alle Punkte, mit Ausnahme von Osterode, sind für die NKWD-Truppen der 2. Belorussischen Front einschließlic.

Der Regimentsstab befindet sich in Preußisch Holland.

Links liegt das 38. Grenzregiment, die Grenze verläuft über: Schneidemühl, Schloppe (8070), Gottberg (8020), Wildenbruch (7070), Uchtdorf (7060).

Der Regimentsstab befindet sich in Dertzow (7090).

5. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD hat das 108. Schützenregiment und ein Bataillon des 273. Schützenregiments in voller Stärke in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 5. Panzerarmee Oberst der Staatssicherheit Armjaninow zu überführen.

In die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 19. Armee Oberst der Staatssicherheit Chwat ist das 32. Schützenregiment und zwei Bataillone des 273. Schützenregiments zu überführen.

Der Kommandeur des 87. Grenzregiments hat ein Bataillon in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 65. Armee Oberst der Staatssicherheit Fukin zu überführen.

<sup>70</sup> Die mit [?] gekennzeichneten Orte konnten nicht identifiziert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>71</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.



Ein Bataillon ist in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 2. Stoßarmee Oberst der Staatssicherheit Micheitschew zu überführen.

Ein Bataillon ist für die Bewachung der Inhaftierten der Operativen Gruppen von Micheitschew und Fukin in Reserve zu halten. Der Regimentsstab mit der Reserve ist im Raum Dölitz (9090) zu stationieren.

Der Kommandeur des 219. Grenzregiments hat ein Bataillon in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 49. Armee Oberst der Staatssicherheit Frolow zu übergeben.

Ein Bataillon ist in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 70. Armee Oberst der Staatssicherheit Sotski zu übergeben.

Ein Bataillon ist für die Bewachung der Gefangenen der Operativen Gruppen von Frolow und Sotski in Reserve zu halten.

Der Regimentsstab ist zusammen mit der Reserve im Raum Naugard (4000) zu stationieren.

6. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD und die Kommandeure des 87. und des 219. Grenzregiments haben sich umgehend mit den Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR in Verbindung zu setzen, um die Konzentrierungsräume für die Bataillone zu präzisieren.

Die Umgruppierung ist bis zum 18. April 1945 abzuschließen.

7. Die Kommandeure der 63. Schützendivision und die Kommandeure des 87. und des 219. Schützenregiments haben bis zum 17. April 1945 den Marschbefehl mit Anhang der Plan-tabelle, der Marschroute und der Marschskizze vorzulegen.

8. Meldung ist zu erstatten:

- a) über den Erhalt des Befehls,
- b) über den Beginn der Ausführung,
- c) über den Abmarsch zu den neuen Standorten,
- d) über die Punkte der täglichen Übernachtungen der Stäbe und der Einheiten,
- e) über die Ankunft an den neuen Standorten,
- f) über den Termin des Eintritts in die operative Unterstellung unter die in vorliegendem Befehl festgelegten Chefs der Operativen Gruppen.

Chef der NKWD-Truppen für den Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin

Amtierender Stabschef der Truppen Oberst Ljubitow

*RGWA 32904/1/107, Bl. 190-191. Original.*

## **Nr. 11. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00315 „Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945“. 18. April 1945**

Streng geheim

In teilweiser Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945<sup>72</sup> befehle ich:

1. Von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR sind künftig beim Vorrücken der Truppen der Roten Armee auf das vom Feind befreite Territorium bei der Durchführung tscheki-

---

<sup>72</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

stischer Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen zu verhaften:

- a) Spione, Diversanten und Terroristen der deutschen Geheimdienste;
- b) Angehörige aller Organisationen und Gruppen, die von der deutschen Führung und den Geheimdiensten des Gegners zur Zersetzungsarbeit im Hinterland der Roten Armee zurückgelassen wurden;
- c) Betreiber illegaler Funkstationen, Waffenlager und illegaler Druckereien, wobei die für Feindtätigkeit bestimmten materiell-technischen Ausrüstungen zu beschlagnahmen sind;
- d) aktive Mitglieder der nationalsozialistischen Partei;
- e) Führer der faschistischen Jugendorganisationen auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene;
- f) Mitarbeiter von Gestapo<sup>73</sup>, SD<sup>74</sup> und sonstigen deutschen Straforganen;
- g) Leiter von Gebiets-, Stadt- und Kreisverwaltungen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen.

2. Personen, die nachweislich terroristische und Diversionshandlungen begangen haben, sind entsprechend dem Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0061 vom 6. Februar 1945<sup>75</sup> an Ort und Stelle zu liquidieren.

3. Militärische und politische Offiziers- und Mannschaftsdienstgrade der gegnerischen Armee sowie der paramilitärischen Organisationen Volkssturm, SS<sup>76</sup>, SA<sup>77</sup> wie auch das Personal von Gefängnissen, Konzentrationslagern, Militärkommandanturen, der Militärstaatsanwaltschaften und Gerichte sind, wie festgelegt, in die Kriegsgefangenenlager des NKWD einzuweisen.

4. Offiziers- und Mannschaftsdienstgrade der „Russischen Befreiungsarmee“ sind in die Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD einzuweisen.

5. Der Abtransport der bei der Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee inhaftierten Personen in die Sowjetunion ist einzustellen.

Festgelegt wird, daß einzelne Inhaftierte, an denen operatives Interesse besteht, mit Genehmigung des NKWD der UdSSR in die UdSSR überstellt werden können.

6. Um die Verhafteten an Ort und Stelle unterzubringen, haben die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR die nötige Anzahl von Gefängnissen und Lagern einzurichten.

Zur Bewachung dieser Gefängnisse und Lager sind die den Frontbevollmächtigten unterstellten Wachtruppen des NKWD der UdSSR einzusetzen.

Vom stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Tschernyschew ist zusammen mit den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR innerhalb von fünf Tagen die Standortverteilung der an den Fronten zu schaffenden Gefängnisse und Lager zu erarbeiten und mir zur Bestätigung vorzulegen.

7. Die Frontbevollmächtigten des NKWD haben die Unterlagen aller Inhaftierten, die sich in ihrem Gewahrsam befinden, zu überprüfen.

Invaliden, Kranke, Arbeitsunfähige, Alte über 60 Jahre und Frauen, die nicht unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen, sind freizulassen.

8. Die Genossen Staatssicherheitskommissare 2. Ranges Tschernyschew und Kobulow<sup>78</sup> haben

<sup>73</sup> Gestapo, für: Geheime Staatspolizei. Politische Polizei, 1939 mit dem Sicherheitsdienst (SD) der SS zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengeschlossen. Durch das Urteil des Nürnberger Militärtribunals 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt.

<sup>74</sup> SD, für: Sicherheitsdienst der Schutzstaffel der NSDAP (SS). Entstanden 1931. Durch das Urteil des Nürnberger Militärtribunals 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt.

<sup>75</sup> Vgl. Dokument Nr. 5.

<sup>76</sup> SS, für: Schutzstaffel der NSDAP. Durch das Urteil des Nürnberger Militärtribunals 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt.

<sup>77</sup> SA, für: Sturmabteilung der NSDAP.

<sup>78</sup> D. i. Amajak S. Kobulow, Chef der operativen Verwaltung der GUPWI.

zusammen mit dem Leiter der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR Gen. Kriwenko und dem Leiter der Abteilung Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD der UdSSR Gen. Schitikow die notwendigen Filtrationsmaßnahmen für Inhaftierte, die von den Fronten in die Lager des NKWD überstellt wurden, zu organisieren und durchzuführen. Dabei ist wie folgt zu verfahren:

a) Personen, die unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen, sind in Internierungslagern in Gewahrsam zu belassen;

b) Personen, die nicht unter die Bestimmungen nach Punkt 1 des vorliegenden Befehls fallen und zu denen kein weiteres Material ermittelt wird, sind, sofern physisch dazu in der Lage, der Industrie zur Arbeit zu überstellen. Invaliden, Alte und Arbeitsunfähige sind nach der Überprüfung organisiert an ihren ständigen Wohnsitz zu entlassen.

<Über den Verlauf der Überprüfung haben die Genossen Tschernyschew und Kobulow dekadente Bericht zu erstatten.><sup>79</sup>

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar der Staatssicherheit

L. Berija

*ZA FSB 66/1/881, Bl. 20-23. Original.*

Veröffentlicht in: Archiw noweichei istorii Rossii. Serija „Publikazii“/t. 2. Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001, S. 16-18.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in:

Ritscher, Bodo: Zur Herausbildung und Organisation des Systems von Speziallagern des NKVD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, in: Deutschland Archiv 1993, S. 727-728;

Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 178-180.

## **Nr. 12. Denkschrift des Bevollmächtigten des NKWD bei der 1. Belorussischen Front Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Bildung von Operativen Gruppen in Berlin. 23. April 1945**

Streng geheim

Empfangen über „WTsch“

### 1. Belorussische Front

Moskau, NKWD der UdSSR – Genossen L. P. Berija

Zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und zur Durchführung operativ-tschechistischer Maßnahmen in Berlin wurden von uns nach der Einnahme der Stadt gemeinsam mit dem Stab der Front folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Den in Berlin bestehenden 20 Verwaltungsbezirken entsprechend wurden vom Stab der Front Militärkommandanten für diese Stadtbezirke ernannt, zu deren Unterstützung je ein Regiment aus Fronttruppen bereitgestellt wurde.

---

<sup>79</sup> Der Text in Klammern ist im Original durchgestrichen.

2. Zur Durchführung operativ-tschechischer Maßnahmen wurden in jedem Stadtbezirk Operative Gruppen mit je 10-15 operativen Mitarbeitern eingesetzt.

Zu Chefs der Operativen Gruppen wurden qualifizierte operative Mitarbeiter ernannt, mindestens im Range von stellvertretenden Chefs der „Smersch“-Abwehrabteilung bei einer Armee oder einem Korps, die sich bereits in der Nähe von Berlin befinden.

Die Chefs der Operativen Gruppen erhielten Aufgabenstellungen gemäß Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 0016<sup>80</sup> und Ihrer zusätzlichen Direktive.

3. Den Chefs der Operativen Gruppen wurden die uns zur Verfügung stehenden operativen Karteien, Listen der uns interessierenden Personen<sup>81</sup> und andere Unterlagen zwecks Installierung von Anlagen<sup>82</sup> bzw. zur Durchführung von Verhaftungen übergeben. Zur Identifizierung von Personen, an denen operatives Interesse besteht, gibt es bei den Operativen Gruppen inhaftierte Berliner.

4. Zur Organisation des Absperrdienstes rund um Berlin wurden drei Regimenter der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front in einer Gesamtstärke von 4.200 Mann zusammengezogen und es wurden – wo es möglich war – Kontrollposten errichtet.

Außerdem wurden den Operativen Gruppen der Berliner Stadtbezirke zur Begleitung und Bewachung der Verhafteten je eine Sicherungseinheit aus den Grenzregimentern zugeteilt.

5. Im Zusammenhang mit der Direktive des Hauptquartiers des Obersten Befehlshabers zur Ernennung von Bürgermeistern der Städte durch Befehle der Militärkommandanten wäre es zweckmäßig<sup>83</sup>, für die Posten der Berliner Bezirksbürgermeister unter den Berlinern in den Kriegsgefangenenlagern Personen auszuwählen, auf die sich die Militärkommandanten in ihrer Arbeit stützen können.

Gen. Schukow unterstützt diese Bitte.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

I. Serow

*GARF 9401/1/2201, Bl. 157-158. Original.*

<sup>80</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>81</sup> Ein für „höhere Stäbe“ der Roten Armee erstelltes Namensverzeichnis von deutschen Staatsbeamten, Industriebossen usw. vom 1. Mai 1945 befindet sich in: RGASPI 82/2/1163, Bl. 1-59.

<sup>82</sup> Vorlage: „prowedenie ustanowki“.

<sup>83</sup> Die Bildung deutscher Verwaltungsorgane westlich der Oder-Neiße-Linie wurde mit der Direktive des Hauptquartiers des Oberkommandos Nr. 11072 vom 20. April 1945 an die Kommandierenden der Truppen und die Kriegsräte der 1. und der 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front befohlen. Wortlaut in: Solotarew, W. A. (Hg.): Russki archiw. Welikaja otetschestwennaja, Bd. 4(5): Bitwa sa Berlin (Krassnaja Armija w poweschennoj Germanii). Dokumenty i materialy, Moskwa 1995, S. 220.

**Nr. 13. Direktive des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Subarew<sup>84</sup> an den Kommandeur der 58. Schützendivision Podoljako<sup>85</sup> über die Notwendigkeit einer strikten Unterstellung der Truppen unter die Chefs der Operativen Gruppen.  
23. April 1945**

Streng geheim

Durch Melder  
Nr. 1/00738

An den Kommandeur der 58. Schützendivision Gen. Generalmajor Podoljako.

Ich habe Kenntnis davon erhalten, daß Sie die Anweisungen des Bevollmächtigten des NKWD Gen. Generalleutnant Meschik wie auch meine Anweisungen hinsichtlich der Bereitstellung von Truppen für die Operativen Gruppen der „Smersch“-Abwehrabteilung der Front nicht erfüllen.

Das 374. Schützenregiment sollte von Ihnen angewiesen werden, den Schutz der Operativen Gruppen der „Smersch“-Abwehrabteilung der Front zu gewährleisten und sich strikt an die Anweisungen der Chefs dieser Gruppen zu halten.

Statt dessen haben die abkommandierten militärischen Einheiten unter Berufung auf Anweisungen der Regimentsführung begonnen, eigenmächtig zu handeln. Die militärischen Einheiten, die den Operativen Gruppen in Steinau, Lübben und Grünberg zugeteilt wurden, ordnen sich nicht den Chefs der Operativen Gruppen unter, sondern handeln selbständig. Sie haben einen eigenen Dienst in Form von Hinterhalten, Streifen und Wachposten organisiert und nehmen widerrechtlich Festnahmen und Verhaftungen vor, womit sie gegen unsere Anweisungen verstoßen.

Der Divisionsstab kontrolliert die Umsetzung der erteilten Anweisungen nur oberflächlich, womit er diese unhaltbaren Zustände sanktioniert.

Ich befehle:

1. Innerhalb von 24 Stunden nach Erhalt dieses Schreibens ist die ordnungsgemäße Umsetzung der Anweisungen zur Unterstützung der Operativen Gruppen durch die Truppeneinheiten sicherzustellen.

2. Die Kommandeure der Einheiten, die den Operativen Gruppen Steinau, Lübben und Grünberg zugeteilt wurden, sind zur Ordnung zu rufen, wobei diejenigen, die sich eigenmächtiger Handlungen und der Mißachtung von Anweisungen schuldig gemacht haben, zu bestrafen sind.

3. Bekräftigen Sie gegenüber allen Offizieren die Verbindlichkeit der Regelung hinsichtlich der Unterstellung unter den Befehl der Chefs der Operativen Gruppen der „Smersch“-Abwehrabteilungen.

4. Vollzug ist bis zum 24. April 1945 24.00 Uhr zu melden.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front  
Generalmajor Subarew

*RGWA 32891/1/117, Bl. 190. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>84</sup> Subarew, Nikolai Prokofjewitsch (1904–1980), Generalmajor.

<sup>85</sup> Podoljako, Nikolai Petrowitsch (1900–1950), Generalmajor.

## **Nr. 14. Kampfbefehl Nr. 6 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 23. April 1945**

Serie „G“

Kampfbefehl Nr. 6. Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Falkenburg, 23. April 1945. 20.00 Uhr. Karte 200.000-42

1. Im Abschnitt südöstlich von Danzig und an der Küste der Putziger Nehrung hält der Gegner die früheren Linien. Am Westufer der Oder leistet der Gegner durch Beschuß und Gegenvorstöße hartnäckigen Widerstand.

2. Truppenteile der Roten Armee, die um die Einnahme eines Brückenkopfes kämpften, erreichten am Abend des 22. April 1945 die Linie Wald Dievenow (8080), Cammin (8080), Hagen (6070), Stepenitz (4070), Langenberg (8070), Altdamm (1070), Greifenhagen (0060), Pipperwiese<sup>86</sup> (8050).

3. Die Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front mit der unterstellten 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD versehen mit einem Teil der Kräfte ihren Dienst zur Absperrung des festgelegten frontnahen Streifens von zehn Kilometer Tiefe an der Ostseeküste. Mit ihren Hauptkräften erfüllen sie unter Führung der Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der UdSSR den Befehl des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Nr. 0016 vom 13. Januar 1945.<sup>87</sup>

4. Links liegt das 38. Grenzregiment, die Grenze zu ihm verläuft auf der Linie Schneidemühl, Schloppe (8070), Gottberg (8020), Wildenbruch (7070), Uchtdorf (7060).

Der Stab des 30. Grenzregiments befindet sich in Röhrchen (7060), sein 1. Schützenbataillon in Königsberg<sup>88</sup> (7060).

5. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD hat das 108. Schützenregiment im vollem Bestand dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 5. Panzerarmee Oberst der Staatssicherheit Armjaninow operativ zu unterstellen.

Das 32. Schützenregiment ist in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 19. Armee Oberst der Staatssicherheit Chwat zu übergeben.

Das 273. Schützenregiment ist in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 49. Armee Oberst der Staatssicherheit Frolow zu übergeben.

Im Zusammenhang damit hat der Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 19. Armee Oberst der Staatssicherheit Chwat das 1. und das 2. Schützenbataillon des 273. Schützenregiments auf Lastkraftwagen in die Verfügung des Regimentskommandeurs zu überstellen.

Das 87. Grenzregiment mit Ausnahme eines Bataillons geht in die operative Unterstellung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 65. Armee Oberst der Staatssicherheit Fukin über.

Ein Bataillon ist dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 2. Stoßarmee Oberst der Staatssicherheit Micheitschew operativ zu unterstellen.

Das 219. Grenzregiment mit Ausnahme eines Bataillons ist dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 70. Armee Oberst der Staatssicherheit Sotski operativ zu unterstellen.

Ein Bataillon ist dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 2. Stoßarmee Oberst der Staatssicherheit Micheitschew operativ zu unterstellen.

<sup>86</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>87</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>88</sup> Königsberg/Neumark (polnisch: Chojna) (Anm. d. Übers. R. S.).

6. Die Kommandeure der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD und die Kommandeure der Grenzregimenter haben mit Erhalt dieses Befehls in den Grenzen der jeweiligen Armee den Absperrrdienst zu organisieren und, geleitet von der Anweisung Nr. 00193 des Volkskommissars für Inneres Gen. Berija, unter Führung der Chefs der Operativen Gruppen die Festnahme der durch die genannte Anweisung vorgesehenen Kontingente vorzunehmen.

7. Es ist Meldung zu erstatten

- a) über den Erhalt des Befehls,
- b) über den Beginn der Ausführung,
- c) über das Abrücken an die neuen Standorte,
- d) über die Punkte der täglichen Übernachtungen der Stäbe und Einheiten,
- e) über die Ankunft an den neuen Standorten,
- f) über den Zeitpunkt des Eintritts in die operative Unterstellung unter die Chefs der Operativgruppen wie von vorliegendem Befehl bestimmt.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR für die 2. Belorussische Front  
Generalmajor Rogatin

Amtierender Chef des Truppenstabes Oberst Ljubitow

*RGWA 32921/1/27, Bl. 38 mit Rückseite. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 15. Kampfanordnung Nr. Sch/1-001030 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 24. April 1945**

Streng geheim

An die Kommandeure des 105., 157. und 333. Grenzregiments

Nur: An den Kommandeur

Karte 100000-44

### Kampfanordnung

Gemäß Beschluß des Stellvertreters des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Gen. Kommissar der Staatssicherheit 2. Ranges Serow werden das 105., 157. und 333. Grenzregiment für den Dienst zur Säuberung und Sicherung Berlins eingeteilt, wobei der Chef der Zentralen Operativen Gruppe Gen. Generalmajor Melnikow<sup>89</sup> in operativer Hinsicht Gen. Serow untersteht.

Ich befehle:

1. Das 105. Grenzregiment hat sich bis zum Abend des 24. April 1945 in Ahrensfelde zu konzentrieren und nachfolgend mit zwei Bataillonen die Organisation des Dienstes im 1. Sektor des Autobahnringes: Hennigsdorf (3678), Mühlenbeck (3690), Blumberg (3006), Neuenhagen (2210), Kalkberg (1616), Werlsee (1018), weiter die Autobahn bis zum Oder-Spree-Kanal, und mit einem Bataillon im nordöstlichen Teil von Berlin (alle Punkte – außer Neuenhagen – ausschließlich) in Angriff zu nehmen.

2. Das 157. Grenzregiment hat die Bewegung hinter den Armeen in dem mit Befehl Nr. 008 festgelegten Streifen fortzusetzen und hat nachfolgend die Aufgabe, die Linie Hennigsdorf (3678), Potsdam (1064) zu erreichen, um mit zwei Bataillonen den Dienst im 2. Sektor des Autobahnringes: Hennigsdorf (3678), Elstal (2402), Satzkorn (1660), Kemnitz (1054), Göhlisdorf

---

<sup>89</sup> Melnikow, Grigori Alexandrowitsch (1898–1972), Generalmajor; 1944–45 stellvertretender Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 1. Belorussischen Front; 1946–51 Stellvertreter des MGB-Bevollmächtigten in Deutschland. Bis zur Pensionierung 1955 beim KGB tätig.

(0450), Spremberg (9860), Michendorf (9864) (alle Punkte – außer Michendorf – einschließlich) und mit einem Bataillon im Westteil Berlins zu organisieren.

3. Das 333. Grenzregiment hat die Bewegung hinter den Armeen in dem durch Befehl Nr. 008 festgelegten Streifen fortzusetzen und hat nachfolgend die Aufgabe, die Linie Spandau (2476), Potsdam (1064), Michendorf (9864) zu erreichen, um mit zwei Bataillonen den Dienst im 3. Sektor des Autobahnringes: ab Oder-Spree-Kanal bis Kablow-Ziegelei (9812), Hoherlehme (9804), Genshagen (9884), Michendorf (9864) und mit einem Bataillon im Südteil Berlins zu organisieren.

4. Am 24. April 1945 bis 17.00 Uhr haben sich die Regimentskommandeure dem Chef der Berliner Garnison, dem Befehlshaber der 5. Armee Bersarin<sup>90</sup> persönlich vorzustellen. Seine Kommandostelle befindet sich in einem Schloß im Vorort Friedrichsfelde (1800). Über die Ergebnisse der Vorstellung ist am 24. April 1945 bis 23.00 Uhr Meldung zu erstatten. Am gleichen Ort ist auch Gen. Generalmajor Melnikow aufzusuchen.

Der Erhalt ist über Funk zu bestätigen.

Anhang: Karte im Maßstab 1:100.000 Exemplar Nr. ...

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Wolkow (Simin)

Chef des Stabes Oberst Kanewski<sup>91</sup> (Wolkow)<sup>92</sup>

Information:

1. Zum 1. Sektor gehören die Stadtbezirke Nr. 4, 5, 15, 16, 17, 18, 19.
2. Zum 2. Sektor gehören die Stadtbezirke Nr. 3, 7, 8, 9, 10 und 20.
3. Zum 3. Sektor gehören die Stadtbezirke Nr. 1, 2, 6, 11, 12, 13, 14.

Für den Chef der Operativen Abteilung

Oberstleutnant Gorbatko<sup>93</sup>

*Den Erhalt haben bestätigt:*

105. Grenzregiment mit Kode      Nr. 0295 vom 24. April 1945. A. Bolschakow<sup>94</sup>

– " –      Nr. 279 vom 26. April 1945. A. Bolschakow

Auskunft zum chiffrierten Telegramm Nr. 827 vom 24. April 1945

RGWA 32925/1/103, Bl. 132 mit Rückseite. Original.

<sup>90</sup> Bersarin, Nikolai Erastowitsch (1904–1945); Generaloberst; 1944–45 Kommandeur der 5. Stoßarmee; leitete die Eroberung Berlins, ab 28. Apr. 1945 Chef der Garnison und Militärkommandant der Stadt Berlin. Starb am 16. Juni 1945 in Berlin bei einem Verkehrsunfall. 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>91</sup> Chef des Stabes Kanewski, Anatoli Jakowlewitsch, Oberstleutnant.

<sup>92</sup> Die Dienstränge weisen die in Klammern angegebenen Offiziere aus und nicht die eigentlichen Unterzeichner.

<sup>93</sup> Für ihn unterzeichnete A. Bolschakow.

<sup>94</sup> Bolschakow, A., Hauptmann.



**Nr. 16. Direktive des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Nr. Sch/1-001083 über die Ordnung der Dienstausübung in Berlin. 27. April 1945**

Streng geheim

An die Kommandeure des 105., 157. und 333. Grenzregiments der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Armee

Nur: An den Kommandeur des 105., 157. und 333.

In Abänderung seiner Entscheidung zur Organisation des Dienstes rund um Berlin, die den Kommandeuren der Grenzregimenter am 25. April 1945 persönlich mitgeteilt wurde, entschied der stellvertretende Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Serow, daß die Grenze für die Organisation des Dienstes der Autobahnring um Berlin ist.

Ich befehle:

1. Eintritt in die operative Unterstellung unter den Chef der Zentralen Operativen Gruppe für Berlin der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der Front Generalmajor Melnikow und bis zum Abend des 28. April 1945 Organisation des Dienstes gemäß Gefechtsanordnung Nr. Sch/1-001030 vom 24. April 1945, nachdem die dort genannten Linien bezogen wurden.

Die Regimenter haben jeweils zwei Bataillone auf dem Autobahnring und jeweils ein Bataillon in Berlin einzusetzen, wobei letztere in den Stadtbezirken des eigenen Sektors als Sicherungseinheiten zu stationieren sind.

Es ist zu verhindern, daß Agenten ins Hinterland eindringen oder gegnerische Soldaten und Offiziere sich in Zivilkleidung in unser Hinterland absetzen.

Alle durchkommenden Personen sind zu kontrollieren, Verdächtige sind festzunehmen und sorgfältig zu überprüfen.

2. Für alle Zufahrtsstraßen nach Berlin sind auf dem Autobahnring Kontrollposten zu errichten: vom 105. Grenzregiment 14, vom 157. und vom 333. Grenzregiment jeweils 13.

Auf den Hauptstraßen sind reguläre<sup>95</sup> Kontrollposten einzurichten.

Die Kontrollposten sind strikt gemäß Artikel 83 der „Instruktionen zum Dienst der Truppen“ und der „Ordnung über die Arbeit regulärer Kontrollposten“ auszustatten, wobei nicht zuzulassen ist, daß nachlässig und unkultiviert angefertigte Verkehrszeichen angebracht werden.

Die an den Kontrollposten Diensttuenden haben die Schirmmützen der Grenztruppen und eine korrekte Uniform zu tragen.

Die Ausführung ist am 30. April 1945 zu melden.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin

Chef des Stabes Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 136. Original.*

---

<sup>95</sup> Vorlage: „planstellengemäße“.

## Nr. 17. Gesonderter Kampfbefehl Nr. 15 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front. 29. April 1945

Serie „G“

Rauscha. 29. April 1945. 17.00 Uhr

1. Der Gegner leistet unverändert hartnäckigen Widerstand.

2. Die Einheiten der Roten Armee haben bis zum Abend des 28. April 1945 folgende Linie erreicht: Lübben (5020), Wendisch-Buchholz (7010), Friedersdorf (9010), Schmöckwitz (0000) und weiter entlang der Dahme<sup>96</sup> bis zum südöstlichen Stadtrand von Berlin, südlicher Stadtrand von Berlin, Zehlendorf (1070), Michendorf, Wittenberg und weiter entlang der Elbe bis Belgern (0060), Belgern, Seehausen (8070), Großenhain, Königsbrück, Welka (7010), Löwenberg (6060), Kalthausen (5080), Wolfskirch (4020), Strehlen, Neiße, Neustadt, Mockern (6090) und Bieskau.

3. Die Einheiten der NKWD-Truppen gehen mit ihrer rechten Flanke in folgenden Richtungen zur Sicherung des Hinterlandes der kämpfenden Armeen über:

4. Rechts – 331. Grenzregiment in Richtung der 1. Belorussischen Front.

Grenzverlauf zu ihm: Oberhermsdorf (4030), Groß Gastrose (5070), Lübben (5020), Teupitz (7000), Mittenwalde (9000), Mariendorf (1090), Berlin-Zentrum. Alle Ortschaften mit Ausnahme von Oberhermsdorf und Groß Gastrose für das 334. Grenzregiment einschließlich.

Links – 215. Grenzregiment in Richtung der 4. Ukrainischen Front. Grenzverlauf zu ihm bleibt unverändert.

5. 334. Grenzregiment rückt bis zum Abend des 3. Mai d.J. bis zur Linie Lübben, Baruth (6090), Dahme (5090), Herzberg (3070) und weiter am Kanal entlang bis Ruhland (0020) und Hoyerswerda (0040) vor.

Beim Vorrücken an die bezeichnete Linie sind die Bataillone anzuweisen, das Hinterland im jeweiligen Abschnitt von feindlichen Elementen zu säubern.

Kommandostelle des Regiments – Raum Calau (3020).

Grenze rechts – Grenzbereich des 331. Grenzregiments.

Links – ohne Veränderungen.

6. Der Kommandeur der 58. Schützendivision rückt mit dem 374. Regiment bis zum Abend des 2. Mai bis zur Linie östliches Spreeufer, Cottbus und Uhyst vor.

Regimentsstab im Raum Cottbus.

Das 374. Regiment konzentriert bis zum Abend des 30. April 1945 ein Bataillon im Vorort Berlin-Dahlem, Simderstraße<sup>97</sup>.

Zur Unterstützung der Operativen Gruppen der „Smersch“-Abwehrverwaltung der Front sind folgende Gruppen bereitzustellen:

Brandenburg – ein Zug zur Verfügung von Gen. Oberstleutnant Tonikjan<sup>98</sup>,

Wittenberg – 20 Mann zur Verfügung von Gen. Major Terentjew<sup>99</sup>,

Luckenwalde – 20 Mann zur Verfügung von Gen. Major Kriwatschow<sup>100</sup>,

Lübben – 20 Mann zur Verfügung von Gen. Major Wolkow,

Senftenberg – 10 Mann zur Verfügung von Gen. Hauptmann Podosinnikow<sup>101</sup>.

<sup>96</sup> Im Dokument fälschlich: „Fluß Ema“ (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>97</sup> Straße ist nicht identifizierbar (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>98</sup> Tonikjan, Aschot Bogdanowitsch (1905–).

<sup>99</sup> Terentjew, Michail Petrowitsch (1917–), Major; 1945 Chef der Operativgruppe in Wittenberg, ab 1945 Chef der Operativgruppe des Bezirks Torgau, ab 1947 Abteilungschef bei der Operativgruppe des Bezirks Merseburg.

<sup>100</sup> Kriwatschow, Dmitri Afanassjewitsch (1908–1980), Major.

<sup>101</sup> Podosinnikow, Jakow Semjonowitsch, Hauptmann; Chef der Operativen Gruppe Senftenberg.

Zur Unterstützung der Operativen Gruppen sind folgende Gruppen in Bereitschaft zu halten: in Görlitz – 20 Mann, in Großenhain – 10 Mann, die auf meinen Befehl abrücken.

7. Die Kommandostelle der Verwaltung der NKWD-Truppen bei der 1. Ukrainischen Front befindet sich in Rauscha.

8. Verbindung wird über Funk und über mobile Mittel gehalten.

9. Meldung ist zu erstatten:

- a) über den Erhalt des Befehls,
- b) über den Beginn des Vormarsches,
- c) über das Erreichen der Linien.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front/Chef der NKWD-Truppen bei der 1. Ukrainischen Front Generalmajor Subarew

Amtierender Stabschef der Verwaltung der NKWD-Truppen bei der 1. Ukrainischen Front Oberst Burow<sup>102</sup>

Amtierender Chef der Operativen Abteilung Oberstleutnant Drukow

*RGWA 32891/1/120, Bl. 103-104. Original.*

**Nr. 18. Meldung des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew<sup>103</sup> an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin über die Erfüllung der Kampfanordnung zur Dienstausbübung in Berlin. 2. Mai 1945**

Streng geheim

Karte: 1:100.000 – 43

Zu Nr. sch/1-001083

Ich melde, daß bis zum Abend des 28. April 1945 der Dienst der Einheiten des Regiments gemäß Kampfanordnung Nr. Sch/1001030 vom 24. April 1945<sup>104</sup> organisiert wurde.

Das 1. und 2. Schützenbataillon rückten zum Autobahnring vor und begannen dort mit ihrem Dienst.

Das 3. Schützenbataillon verrichtet seinen Dienst im Vorort Karlshorst 116987<sup>105</sup>. Auf den Hauptstraßen wurden reguläre Kontrollposten eingerichtet. Zusätzlich wurden vier Kontrollposten von Kampfeinheiten eingerichtet. Sieben Sicherungseinheiten wurden den Chefs der Operativen Gruppen der „Smersch“-Abwehrabteilung von Berliner Stadtbezirken operativ unterstellt. Die Standorte dieser Einheiten werden gesondert mitgeteilt.

Die Kontrollposten wurden gemäß Artikel 83 der „Instruktion über den Dienst der Truppen“ und der „Ordnung über die Arbeit von Kontrollposten“ ausgestattet.

Kommandeur des 105. Rigaer Grenzregiments der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberst Alexejew

Amtierender Chef des Regimentsstabes Hauptmann Judowin

*RGWA 32925/1/103, Bl 137. Original.*

---

<sup>102</sup> Burow, Pjotr Nikolajewitsch.

<sup>103</sup> Alexejew, Wassili Wassiljewitsch.

<sup>104</sup> Vgl. Dokument Nr. 15.

<sup>105</sup> Die kursiv gesetzten Ziffern wurden handschriftlich eingetragen.

## Nr. 19. Befehl des NKWD Nr. 00453 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Territoriums Ostpreußens von feindlichen Elementen“ vom 5. Mai 1945<sup>106</sup>

Streng geheim

Zur Gewährleistung der Säuberung des Territoriums Ostpreußens von Spionen, Terroristen, Diverstanten und sonstigen feindlichen Elementen, die im Hinterland der Roten Armee operieren, befehle ich:

1. Nach Ostpreußen wird der stellvertretende Volkskommissar für Inneres der UdSSR Gen. Generaloberst Apollonow abkommandiert und mit ihm zusammen der Chef der Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Gen. Generalleutnant Gorbatjuk<sup>107</sup> und der Chef der Verwaltung für Spionageabwehr „Smersch“ des Moskauer Militärbezirks des Volkskommissariats für Verteidigung Gen. Generalleutnant Tutuschkin<sup>108</sup>.

2. Der Chef der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung bei der 3. Belorussischen Front Gen. Generalleutnant Selenin hat Gen. Generaloberst Apollonow 400 operative Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Heranzuziehen für die durchzuführende Arbeit sind im Bedarfsfall auch Mitarbeiter der Organe der Spionageabwehr „Smersch“ bei den Truppenteilen der Roten Armee, die auf dem Territorium Ostpreußens stationiert sind.

3. Zur bestmöglichen Organisation der Säuberung des Territoriums Ostpreußens von feindlichen Elementen hat Gen. Apollonow:

a) operative Sektoren zu bilden, deren Leitung erfahrenen Tschekisten zu übertragen ist und die mit der entsprechenden Anzahl operativer Mitarbeiter auszustatten sind;

b) jeden operativen Sektor mit der erforderlichen Anzahl von NKWD-Einheiten auszustatten, wobei die in Ostpreußen befindlichen NKWD-Einheiten einzusetzen sind: die 57. Division der Inneren Truppen des NKWD mit drei Regimentern und das 13., 31., 33., 86., 132. und 217. Regiment der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee;

c) die Standortverteilung der NKWD-Truppen in Ostpreußen zu überprüfen, um in den größeren Städten geballte Kräfte zu konzentrieren. Über vorgenommene Veränderungen in der Standortverteilung dieser Einheiten ist Bericht zu erstatten;

d) in jedem operativen Sektor Ermittlungsgruppen (bestehend aus erfahrenen Tschekisten-Untersuchungsführern) zu bilden, die erforderlichen Gefängnisunterkünfte bereitzustellen und die nötige Bewachung der Gefangenen zu sichern;

e) in Königsberg, in den Häfen Pillau und Elbing sowie in den anderen großen Städten Ostpreußens die öffentliche Ordnung herzustellen;

f) die Verbindung zu den operativen Sektoren herzustellen, immer über die von ihnen geleistete Arbeit auf dem laufenden zu sein und die alltägliche praktische Anleitung ihrer operativen Arbeit zu gewährleisten;

4. Der Chef der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung bei der 3. Belorussischen Front Generalleutnant Gen. Selenin hat Gen. Apollonow die erforderliche Unterstützung bei der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben zu gewähren.<sup>109</sup>

5. Bei der Säuberung des Territoriums Ostpreußens von feindlichen Elementen hat sich Gen.

<sup>106</sup> Aufgehoben durch MWD-Befehl Nr. 099 vom 16. Feb. 1954.

<sup>107</sup> Gorbatjuk, Iwan Markowitsch (1903–1957), Generalleutnant; 1943–45 Chef der Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee.

<sup>108</sup> Tutuschkin Fjodor Jakowlewitsch (1900–1959), Generalleutnant.

<sup>109</sup> Der kursiv gesetzte Text ist von Hand am linken Rand geschrieben.

Apollonow von NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945<sup>110</sup> leiten zu lassen und dem NKWD der UdSSR über den Verlauf *der Ausführung des jetzigen Befehls*<sup>111</sup> Bericht zu erstatten.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR

Generalkommissar der Staatssicherheit L. Berija

ZA FSB 66/1/881, Bl. 132-133. *Original.*

Veröffentlicht in: Archiw nowieschei istorii Rossii. Serija „Publikazii“/t. 2. Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001, S. 18-19.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 187-189.

## **Nr. 20. Kampfbefehl Nr. 7 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 7. Mai 1945**

Serie „G“

Kampfbefehl Nr. 7. Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. Ort: Wiedelhöhe<sup>112</sup>, 1 Kilometer südlich von Warsow (2060). 7. Mai 1945. 18.00 Uhr. Karte: 200.000-42

1. Nach einer erfolgreichen Offensive am 7. Mai 1945 12.00 Uhr auf der Linie Wismar, Schwerin, Neustadt, Grabow, Dömitz vereinigten sich die Fronttruppen an der Elbe mit den Truppen der Alliierten, die Vernichtung noch vorhandener einzelner Widerstandsnester wird fortgesetzt.

Im Hinterland der Front:

– In den Ruinen der Städte und in den Wäldern verbergen sich in eigens angelegten Verstecken, die mit Lebensmittelvorräten, Waffen, Munition und Sprengmitteln ausgestattet sind, Untergrundgruppen, die von den gegnerischen Geheimdiensten gebildet wurden, um Diversions- und Terrorakte zu verüben.

– Einzelne oder kleine Gruppen von Soldaten und Offizieren des Gegners verbergen sich in Zivilkleidung an abgelegenen Orten und in Kellern und geben sich den Anschein, daß sie zur einheimischen Bevölkerung gehören.

– In einer großen Bewegung in östlicher Richtung befinden sich Bürger der UdSSR und anderer Staaten, die aus deutscher Zwangsarbeit befreit wurden, sowie Militärangehörige, die beim Gegner in Gefangenschaft waren. Mit ihnen zusammen versuchen gegnerische Agenten und andere verbrecherische Elemente ins Hinterland der Front einzudringen.

2. Die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front mit der unterstellten 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD der UdSSR erfüllen mit ihren Hauptkräften den Befehl Nr. 0016 des Volkskommissars für Inneres der UdSSR vom 13. Januar 1945 und die Direktive Nr. 00198.

3. Rechts – entlang der Ostseeküste erfolgt der Schutz und die Verteidigung der kämpfenden Truppen der Roten Armee und der Seekriegsflotte.

Links liegt das 38. Grenzregiment, die Grenze zu ihm verläuft über: Schwedt (8050), Gransee (7070), Wittenberg (7080) – alle Orte für die Truppen der 2. Belorussischen Front einschließlich.

---

<sup>110</sup> Vgl. Dokument. Nr. 11.

<sup>111</sup> Der kursiv gesetzte Text ist von Hand geschrieben und ersetzt: „der durchgeführten Arbeit hat Gen. Apollonow“.

<sup>112</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

Der Stab des 38. Grenzregiments befindet sich in Fehrbellin (5040).

4. Der Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD hat:

a) das 32. Schützenregiment dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 2. Stoßarmee Oberstleutnant der Staatssicherheit Micheitschew in operative Unterstellung zu übergeben.

Der Regimentsstab wird in Greifswald stationiert.

b) das 273. Schützenregiment dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 49. Armee Oberst der Staatssicherheit Frolow in operative Unterstellung zu übergeben.

Der Regimentsstab wird in Pritzwalk stationiert.

c) Aus dem Bestand des 108. Schützenregiments sind je ein Bataillon den Chefs der Operativen Gruppen folgender Armeen operativ zu unterstellen: 2. Stoßarmee – Oberstleutnant der Staatssicherheit Micheitschew, 70. Armee – Oberst Sotski und 49. Armee – Oberst Frolow.

Der Stab des Regiments wird in der Nähe des Standorts des Divisionsstabes stationiert.

Der Stab der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD wird im Raum Strasburg stationiert.

5. Das 218. Schützenregiment – ein Bataillon ausgenommen – hat unter operativer Führung des Chefs der Operativen Gruppe bei der 19. Armee den Schutz des Hinterlandes der 19. Armee zu organisieren und *an einem Abschnitt* die Verbindungswege der Front zu sichern.

Ein Bataillon ist für mich in Reserve zu halten, mit Standort in Stettin.

Die Verlegung ist bis zum 14. Mai 1945 abzuschließen.

Der Regimentsstab wird in Greifenberg stationiert.

6. Das 219. Grenzregiment ist dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 70. Armee Oberst Sotski operativ zu unterstellen.

Der Regimentsstab wird in Güstrow stationiert.

7. Das 87. Grenzregiment ist dem Chef der Operativen Gruppe des NKWD der UdSSR bei der 65. Armee Oberst der Staatssicherheit Fukin operativ zu unterstellen.

Der Regimentsstab wird in Tribsees stationiert.

8. Die Bewachung folgender Sammelpunkte für Kriegsgefangene hat zu übernehmen:

Sammelpunkt Nr. 2 – 218. Grenzregiment,

Sammelpunkt Nr. 17 – 219. Grenzregiment,

Sammelpunkt Nr. 8 – 32. Schützenregiment,

Sammelpunkt Nr. 25 – 273. Schützenregiment,

Sammelpunkt Nr. 101 – 87. Grenzregiment.

9. Meldung ist zu erstatten:

a) über den Erhalt des Befehls,

b) über den Beginn der Ausführung,

c) über das Abrücken zu den neuen Standorten,

d) über die Orte der täglichen Übernachtungen der Stäbe und Einheiten,

e) über das Eintreffen an den neuen Standorten,

f) über den Zeitpunkt des Eintritts in die operative Unterstellung unter die Chefs der Operativen Gruppen, wie von vorliegendem Befehl bestimmt.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin

Amtierender Chef des Stabes der NKWD-Truppen Oberst Ljubitow

*Gemeldet 19.35 [Uhr], 8. Mai 1945.*

*RGWA 32921/1/27, Bl. 34 mit Rückseite. Kopie.*

**Nr. 21. Direktive des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Generalmajor Subarew an den Kommandeur der 58. Schützendivision Generalmajor Podoljako bezüglich der Entsendung eines Bataillons des 372. Regiments nach Dresden. 9. Mai 1945**

Streng geheim

Nr. 1/00823

Durch Melder

Der Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR Gen. Generalleutnant Meschik hat befohlen:

1. Entsenden Sie das Bataillon des 372. Schützenregiments, das sich auf dem Marsch von Berlin nach Cottbus befindet, umgehend zur Verfügung von Oberst Glina und Oberstleutnant Nikaschow nach Dresden.

Der Kommandeur des Bataillons hat sich über den Militärkommandanten der Stadt mit Oberst Glina<sup>113</sup> oder Oberstleutnant Nikaschow in Verbindung zu setzen oder diese im Bereich des Gefängnisses zu suchen.

2. Entsenden Sie eine Gruppe von 15 Mann zur Verfügung von Oberstleutnant Kolomijzew nach Görlitz (6090).

Der Gruppenführer hat sich über den Militärkommandanten der Stadt mit Oberstleutnant Kolomijzew in Verbindung zu setzen oder diesen im Bereich des Gefängnisses zu suchen.

3. Entsenden Sie eine Gruppe von 15 Mann zur Verfügung von Major Sorkin<sup>114</sup> nach Finsterwalde (2010).

Der Gruppenführer hat sich über den Militärkommandanten der Stadt mit Major Sorkin in Verbindung zu setzen oder diesen im Bereich des Gefängnisses zu suchen.

Ich erlaube, diese beiden Gruppen aus dem Bataillon auszugliedern, das aus Berlin anrückt.

Das Bataillon hat Berlin am 7. Mai verlassen. Um die Erfüllung der Aufgabe zu beschleunigen, muß das Bataillon bereits unterwegs erreicht werden.

4. Stellen Sie ein Bataillon für eine rasche Verlegung nach Prag bereit, die gesondert angeordnet wird, und konzentrieren Sie es in Cottbus.

Halten Sie dafür Kraftfahrzeuge bereit.

Vollzug ist zu melden.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR Generalmajor Subarew

Stabschef der NKWD-Truppen Oberst Karpow<sup>115</sup>

*RGWA 32891/1/117, Bl. 178. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>113</sup> Glina, Ilja Iljitsch (1908–1960).

<sup>114</sup> Sorkin, Lew Michailowitsch (1914–).

<sup>115</sup> Karpow, Sergei Dmitrijewitsch, Oberst; Stabschef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front, danach Chef der Operativen Abteilung der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR.

## **Nr. 22. Kampfbefehl Nr. 13 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front. 17. Mai 1945**

Serie „G“

Radebeul 17. Mai 1945. 12.00 Uhr; Karte 200.000-42

1. Hitlerdeutschland hat, durch die Rote Armee und die Truppen der Alliierten in die Knie gezwungen, in der Nacht zum 9. Mai 1945 kapituliert. Der Vaterländische Krieg 1941–1945 ist zu Ende, wir haben gesiegt.

2. Im Zusammenhang mit dem Ende der Kampfhandlungen haben die NKWD-Truppen ihren Dienst weiterhin in folgendem Abschnitt zu verrichten:

Rechts: 331. Grenzregiment der NKWD-Truppen der 1. Belorussischen Front – Groß Körös (3000). Grenzverlauf: Oberhermsdorf (4030), Groß Gastrose (4070), Lübbenau (4020), Dahme (4090), Elster (4050), alle Ortschaften mit Ausnahme Oberhermsdorf und Groß Gastrose einschließlich für 334. Grenzregiment.

Links: Grenze zur Tschechoslowakei. Kommandostelle der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 4. Ukrainischen Front – Pardubice (4050).

3. Das 334. Grenzregiment rückt bis zum Abend des 26. Mai 1945 bis zur Linie Wittenberg (5030), Kemberg (4030), Torgau (1060), Dahlen (9060), Riesa (3070) vor. Der Dienst ist entlang der Elbe bis Bergeri<sup>116</sup> und weiter entlang der Straße Dahlen – Wermsdorf zu organisieren.

Grenzverlauf: rechts – 331. Grenzregiment der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front.

Links – Schweinitz (8020), Großenhain (8090), Riesa (8070), Nerchau. Alles einschließlich.

Kommandostelle des Regiments im Raum Falkenberg (1070).

4. Das 83. Grenzregiment rückt bis zum Abend des 24. Mai 1945 bis zur Linie Döbeln (6060), Oederan (3070), Marienberg (1070) vor. Der Dienst ist entlang der Linie Mjugalbi<sup>117</sup> und weiter entlang der Flüsse Zschopau und Flöha zu organisieren.

Grenzverlauf: rechts – die linke [Flanke] des 334. Grenzregiments.

Links – die Grenze zur Tschechoslowakei.

Kommandostelle des Regiments im Raum Freiberg (4080).

5. Das 16. Grenzregiment konzentriert sich bis zum Abend des 25. Mai 1945 vollständig im Raum Dresden und bezieht dort (außerhalb der Stadt) Quartier.

6. Die Kommandostelle der 58. Schützendivision ist bis zum Abend des 19. Mai 1945 zusammen mit dem 372. Schützenregiment, mit Ausnahme der zum Schutz verschiedener Objekte abgestellten Einheiten, in den Raum Dresden (außerhalb der Stadt) zu verlegen.

Standorte der übrigen Regimenter: 373. – Breslau, 372. – Cottbus, ein Bataillon des 374. Schützenregiments – Sprottau, 11. Grenzregiment – Hindenburg.

7. Die Regimenter haben bei Erreichen der Sicherungslinie ihre Einheiten möglichst bataillonsweise zu kasernieren. (Bei kleineren Sicherungsabschnitten in besonders wichtigen Gebieten können zwei bis drei Wachkommandos zusammengelegt werden).

8. Die Kommandeure sind anzuweisen, den Kampf gegen Disziplinlosigkeit, besondere Vorkommnisse und Mißerfolge bei der Durchführung von Operationen zu verstärken. Alle besonderen Vorkommnisse und operativen Mißerfolge sind innerhalb von drei Tagen gründlich zu untersuchen.

9. Alle Kommandeure der Einheiten sind anzuweisen, ihr besonderes Augenmerk auf die umfassende Festigung der Disziplin und die Durchsetzung einer strengen militärischen Ordnung in

<sup>116</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers.).

<sup>117</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers.).



den Truppenteilen und Einheiten zu richten. Moralische Verfehlungen sind entschieden zu bekämpfen, die Qualität des Dienstes und der Arbeit in sämtlichen Bereichen ist zu verbessern.

10. Kommandostelle – Radebeul (6000), Moltke-Straße.

Verbindung über Funk, mobile Mittel, Meldestellen.

11. Meldung ist zu erstatten:

a) bei Erhalt des Befehls,

b) beim Beginn der Ausführung,

c) beim Erreichen der Linien und bei Konzentration der Truppen.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Ukrainischen Front Generalmajor Subarew

Stabschef der NKWD-Truppen Oberst Karpow

Chef der Operativen Abteilung Oberst Burow<sup>118</sup>

*RGWA 32891/1/120, Bl. 123-124. Original.*

### **Nr. 23. Befehl des Stabschefs des 105. Grenzregiments Major Maschin über die Zuweisung operativer Abschnitte in Berlin für die Einheiten des Regiments. 18. Mai 1945**

Die kämpfende Armee

Befehl an das 105. Rigaer Grenzregiment der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front

Zur bestmöglichen Erfüllung der Kampfanzordnung Nr. 0012 des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front vom 16. Mai 1945 hat der Regimentskommandeur befohlen:

1. Die Bataillonskommandeure haben jeweils eine Sicherungseinheit zur Betreuung der folgenden operativen Abschnitte zuzuweisen:

1. Schützenbataillon – Abschnitt Nr. 17, stationiert in Friedrichsfelde, Miquelstraße<sup>119</sup> Nr. 1, Chef des operativen Abschnitts – Garde-Oberstleutnant Archipenkow<sup>120</sup>.

2. Schützenbataillon – Abschnitt Nr. 5, stationiert am Schlesischen Bahnhof, Gärtnerstr. Nr. 6, Chef des Abschnitts – Oberstleutnant Kondratenko<sup>121</sup>;

3. Schützenbataillon – Abschnitt Nr. 16, stationiert in Schöneeweide, Ecke Grünauer Straße, Hasselwerder Straße, Major Tschetschkow<sup>122</sup>.

Von den Abschnitten 1, 4, 18 und 19 sind die Sicherungseinheiten abzuziehen und ihre Betreuung ist den Sicherungseinheiten des 38. Grenzregiments zu übergeben.

2. Alle frei werdenden Sicherungseinheiten sind für den Dienst in den Abschnitten der Bataillone einzusetzen, um alle Zufahrtsstraßen nach Berlin abzusperren.

3. Der Kommandeur des 1. Schützenbataillons hat eine ausgezeichnete Sicherungseinheit von 30 Mann (ohne Troß) bereitzustellen, die dem Chef der Zentralen Operativen Gruppe für Berlin zur Absicherung der Arbeit der zentralen Gruppe zu übergeben ist, damit der Zug der mobilen Gruppe des Regiments, der zur Zeit dort Wachdienst leistet, abgelöst werden kann.

---

<sup>118</sup> Burow, Pjotr Nikolajewitsch.

<sup>119</sup> Seit 1951 Zachertstraße (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>120</sup> Archipenkow, Alexei Wassiljewitsch (1912–1959).

<sup>121</sup> Kondratenko, Boris Kalistratowitsch (1904–1985).

<sup>122</sup> Vorlage: „Tschitschkow“. – Tschetschkow, Semjon Timofejewitsch (1913–1979).

4. Der Kommandeur des 3. Schützenbataillons hat die Bewachung des Sammelpunkts für Kriegsgefangene Nr. 92 fortzusetzen.

Die Organisation des Dienstes ist abzuschließen und es ist zu den Terminen, die im operativen Befehl des Regiments Nr. 0011/OP vom 17. Mai 1945 festgelegt sind, Meldung zu erstatten.

In den Meldungen ist die vollständige Dislozierung aller Untereinheiten der Bataillone mit Stadtteil, Straße und Hausnummer exakt zu angeben.

Stabschef des Regiments Major Maschin

*RGWA 32925/1/103, Bl. 200. Original.*

**Nr. 24. Meldung des Kommandeurs des 87. Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk<sup>123</sup> an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Organisation des Dienstes des Regiments. 21. Mai 1945**

Nr. 1-001107

Auf Ihr chiffriertes Telegramm Nr. 586 über den unzulänglichen Einsatz von Aufklärungs- und Suchtrupps<sup>124</sup> melde ich:

1. Das operative Personal der Operativen Gruppen und des Regiments konzentriert sich auf Anweisung von Oberst Fukin vollständig auf die Aufklärung der Kreiszentren und größeren Ortschaften mit Hilfe von Agenten.

In Übereinstimmung damit und zur Gewährleistung der Ordnung in den Städten und größeren Ortschaften erfolgen Truppeneinsätze auf Anforderung der operativen Chefs. Truppenkräfte werden auch verwendet für die sofortige Umsetzung von Hinweisen zur Festnahme oder Aushebung von gegnerischen Agenten, von kriminellen und feindlichen Elementen in den großen Ortschaften und ihrer Umgebung, für den Schutz von Betrieben mit staatlicher Bedeutung für die UdSSR sowie für den Streifendienst.

Nach den Berichtsdocumenten zu urteilen, können die Sicherungseinheiten, die zur Erfüllung der genannten Aufgaben eingesetzt werden, nicht als Aufklärungs- und Suchtrupps bezeichnet werden, denn sie entsprechen in ihrer Zusammensetzung und der Art der Aufgabenerfüllung nicht dieser Bezeichnung. Vielmehr handelt es sich um tschekistisch-militärische Operationen.

Ein Aufklärungs- und Suchtrupp als Form einer Sicherungseinheit würde in diesen Fällen nicht den Anforderungen der Situation entsprechen, dagegen führen tschekistisch-militärische Operationen zu positiven Ergebnissen.

So wurden allein in den letzten fünf Tagen bei solchen Operationen vier Diversanten, eine Gruppe (fünf Personen) einer im Untergrund tätigen Diversantenorganisation und ein Soldat mit Waffe und Munition gefaßt.

Aus diesem Grund und mit Rücksicht auf die neuen Bedingungen des Dienstes haben weder ich noch mein Stab den Kommandeuren der Einheiten gegenüber die Forderung erhoben, Aufklärungs- und Suchtrupps als eine der Hauptformen der Sicherungseinheiten zum Einsatz zu bringen.

<sup>123</sup> Olschuk, Alexandr Wikentjewitsch.

<sup>124</sup> Vorlage: „raswedywatelno-poiskowye grupy“, „RPG“.

Außerdem werden die für Operationen nicht eingesetzten Einheiten angesichts des großen Rückstands in der militärischen Ausbildung während des Winters und Frühjahrs im hohen Maße für Übungen zur Kampfausbildung herangezogen.

Kommandeur des 87. Ossowezkier Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk  
Stabschef des 87. Ossowezkier Grenzregiments Major Weselow

*An den Kommandeur des 87. Grenzregiments. Der Dienst hat stark nachgelassen, beschäftigen Sie sich nicht mit formalen Antwortschreiben und Berufungen auf den Chef der Operativgruppe, sondern tun Sie grundsätzlich ihren Dienst. Rogatin. 22. Mai 1945. Mitteilung gemäß Verfügung: 22. Mai 1945. R[ogatin].*

*RGWA 32904/1/111, Bl. 60. Original.*

**Nr. 25. Meldung des Kommandeurs des 87. Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin über die Forderung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD Oberst Fukin nach Verlegung der Kommandostelle des Regiments nach Barth. 21. Mai 1945**

Streng geheim

Nr. 1-001108

Der Bevollmächtigte für Zivilverwaltung bei der 65. Armee Gen. Oberst der Staatssicherheit Fukin fordert nachdrücklich die Verlegung der Kommandostelle des Regiments an seinen Standort in Barth.

Die Erfüllung dieser Forderung würde eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringen:

Die Kommandostelle würde sich an der äußersten linken Flanke des Abschnitts befinden, 200 Kilometer entfernt vom 1. Schützenbataillon und 86 Kilometer vom 3. Schützenbataillon.

Eine solche Entfernung der Kommandostelle des Regiments von den wichtigsten Einheiten würde eine lebensnahe Führung und Kontrolle der Einheiten sowie die Verbindung mit mobilen und technischen Mitteln erschweren, der Durchlauf der dienstlichen Dokumente würde auf allen Wegen länger dauern.

Für diese Verlegung besteht keinerlei Notwendigkeit, da die Arbeitskontakte mit dem Operativchef völlig befriedigend über Funk realisiert werden können.

Aus den genannten Gründen und weil zudem die operative Unterstellung unter Oberst Fukin zeitweiligen Charakter trägt, bitte ich Sie darum, den Verbleib der Kommandostelle des Regiments in Demmin zu verfügen.

Kommandeur des 87. Ossowezkier Grenzregiments Oberstleutnant Olschuk  
Stabschef des 87. Ossowezkier Grenzregiments Major Weselow

*An den Chef des Stabes. Habe persönlich über „WTsch“-Leitung mit Gen. Fukin über die Unzweckmäßigkeit dieses [Vorhabens] gesprochen. Rogatin. 22. Mai 1945. Operativabteilung. Es wird Meldung erstattet. [Unterschrift]. 21. Mai 1945.*

*RGWA 32904/1/111, Bl. 61. Original.*

**Nr. 26. Gesuch des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Brandenburger Verband Oberst Pimenow<sup>125</sup> an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow über die Bereitstellung zweier Sicherungseinheiten für den Schutz von Operativen Gruppen. 23. Mai 1945**

Streng geheim

Nr. 259/s

Die Operative Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ bei der 1. Belorussischen Front für den Brandenburger Verband verfügt seit ihrem Eintreffen auf dem Territorium Deutschlands nicht über die erforderliche Anzahl von Soldaten für den Schutz des Gebäudes der Operativen Gruppe sowie für die Bewachung der Untersuchungshaftzellen und der Überführung von Spezialkontingenten in die Lager.

Der Militärkommandant der Stadt Brandenburg Oberst Wolkow konnte keine Schützenkompanie bereitstellen, da er selbst nicht über Truppeneinheiten verfügt und die für die Militärkommandantur erforderliche Anzahl von Soldaten vom Kommandeur der 283., im Raum der Stadt Brandenburg stationierten Gomeler Schützendivision zur Verfügung gestellt bekam.

Ich bitte um Ihre Unterstützung bei der Bereitstellung von zwei Sicherungseinheiten von Grenzsoldaten für die Operative Gruppe.

Garde-Oberst Pimenow

*An Simin. Muß ihnen gegeben werden. I. Serow. 27. Mai. Frage ist entschieden. Simin. 1. Juni. N-I. Sm. pr. 013<sup>126</sup>. [Unterschrift]. 26. Mai.*

*RGWA 32925/1/104 Bl. 203. Original.*

**Nr. 27. Anweisung des Stabschefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Oberst Tischajew<sup>127</sup> an den Kommandeur des 87. Grenzregiments bezüglich der verstärkten Kontrolle über die Tätigkeit der Sicherungseinheiten. 26. Mai 1945**

Geheim

Nr. 10/1-010793

Die Anzahl der von den Einheiten Ihres Regiments Festgenommenen ist in den letzten zehn Tagen stark zurückgegangen.

Während in der Zeit vom 5. bis 14. Mai 1945 das Regiment 2.731 Personen festnahm, waren es vom 15. bis 25. Mai 1945 insgesamt 709.

<sup>125</sup> Pimenow, Konstantin Terentjewitsch (1911–1978), Oberst. Im Krieg in der militärischen Abwehr, zuletzt Chef der NKWD-Operativgruppe in Radom und Berater der polnischen Staatssicherheit in der Wojewodschaft Kielce. Ab Mai 1945 Chef der Operativgruppe des NKWD/MWD für den Bezirk Potsdam und Dez. 1946 der MGB-Bezirksverwaltung Bernau, später Eberswalde, ab Aug. 1948 stellvertretender und 1950–52 Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Sachsen. 1952–60 MGB-/KGB-Funktionen in der Armee in der UdSSR.

<sup>126</sup> Diese aus dem Russischen transliterierten Kürzel sind nicht auflösbar; „Sm. pr. 013“ könnte heißen: Siehe Befehl oder Anlage 013.

<sup>127</sup> Tischajew, Iwan Wassiljewitsch.

Die häufigste Anwendung im Dienst finden Kommandos wie Kontrollposten, Spähtruppen und seltener auch Patrouillen, während die Hauptform des Dienstkommandos, der Aufklärungs- und Suchtrupp, im ganzen Monat Mai nicht zum Einsatz kam.

Die Ignorierung der Hauptform des Dienstkommandos, des Aufklärungs- und Suchtrupps, sowie eine gewisse Vernachlässigung der Kontrolle über die Ihnen unterstehenden Einheiten wirkten sich natürlich in der Verringerung der Dienstergebnisse aus.

Der Chef der Truppen hat befohlen:

1. Die Organisation des Dienstes im Regiment ist zu verbessern und es sind verstärkt Aufklärungs- und Suchtrupps als Hauptform des Dienstkommandos auszusenden.

2. Die Beschäftigung mit formalen Antwortschreiben und die Berufung auf den Chef der Operativgruppe des NKWD, um zu begründen, warum die Forderung nach täglicher Aussendung von Aufklärungs- und Suchtrupps nicht erfüllt wird, ist zu unterlassen.

3. Die Kontrolle über die dienstliche Tätigkeit der Sicherungseinheiten ist zu verstärken, um bei den Festnahmen quantitativ und qualitativ bessere Ergebnisse zu erzielen.

Im Auftrag: Chef des Stabes der NKWD-Truppen Oberst Tischajew

*RGWA 32904/1/111, Bl. 59. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 28. Denkschrift des Bevollmächtigten des NKWD für die 1. Belorussische Front Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über den Verbleib der Operativen Gruppen des NKWD der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front in Deutschland.  
29. Mai 1945**

Streng geheim

Empfangen über „WTsch“  
aus Berlin

Moskau, NKWD der UdSSR – an Genossen L. P. Berija

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Umgruppierung der Truppen der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front<sup>128</sup> halte ich es für zweckmäßig, die operativ-tschechistischen Gruppen, die in den deutschen Städten unter den NKWD-Bevollmächtigten dieser Fronten arbeiten, vorübergehend an Ort und Stelle zu belassen, bis wir diese Gruppen mit operativen Mitarbeitern neu aufgefüllt haben.

Außerdem bitte ich darum, von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes dieser Fronten (der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen) je zwei Regimenter für den NKWD zur

---

<sup>128</sup> Mit der Direktive des Hauptquartiers des Obersten Kommandos der Roten Armee Nr. 11095 vom 29. Mai 1945 war mit Wirkung vom 10. Juni 1945 aus den fünf Armeen der 1. Belorussischen Front – unter Einbeziehung der 2. Stoßarmee sowie von Teilen der 49. und der 70. Armee der 2. Belorussischen Front – die „Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland“ (GSBSD) zu bilden. Gleichzeitig wurden die östlich der Oder-Neiße-Linie und in Polen stationierten Truppen der 2. Belorussischen Front als „Nordgruppe der [sowjetischen] Streitkräfte“ und die in Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn stehenden Einheiten der 1. Ukrainischen Front als „Zentralgruppe der [sowjetischen] Streitkräfte“ aufgestellt. Vgl. ZAMO RF 148a/3763/213, Bl. 126-128. Veröffentlicht in: Solotarew, W. A. (Hg.): Russki archiw. Welikaja otetschestwennaja, Bd. 4(5): Bitwa sa Berlin (Krassnaja Armija w powerschennoj Germanii). Dokumenty i materialy, Moskwa 1995, S. 419-420.

Sicherung operativer Maßnahmen auf diesem Territorium, zum Schutz und zur Bewachung von Gefangenenerüberführungen zurückzuhalten.

Ich bitte um Ihre Entscheidung.

Serow

*An Tschernyschew, Stachanow, Obrutschnikow. Setzen Sie sich mit Gen. Antonow<sup>129</sup> im Bereich Reorganisation der Fronten in Verbindung und legen Sie Ihre Vorschläge vor. L. Berija. 29. Mai 1945.*

*An die Genossen Stachanow und Obrutschnikow wurden Kopien mit dem Entscheid des Gen. Berija versandt.*

*Operatives Personal von je 100 [Unterschrift].*

*[Vermerk auf der Rückseite:] In Deutschland bleibt die 1. Belorussische Front. Die 2. Belorussische [Front] wird nach Polen verlegt. Die 4. Ukrainische Front wird aufgelöst. Die 1. Ukrainische Front geht nach Österreich in die Abschnitte der 4. und der 3. Ukrainischen Front.*

*GARF 9401/1/2201, Bl. 303 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 29. Kampfbefehl Nr. 0013 des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 2. Juni 1945**

Serie „G“

1. Der deutsch-faschistische Untergrund hat damit begonnen, seine terroristische und Diversionstätigkeit durch Untergrundorganisationen wie „Werwolf“<sup>130</sup> u. a. zu aktivieren.

2. Die NKWD-Truppen bei der 1. Belorussischen Front fahren damit fort, das Hinterland der Besatzungstruppen der Roten Armee auf dem Territorium Deutschlands zu schützen und die feindliche Tätigkeit des faschistischen Untergrundes zu unterbinden.

3. Das 105. Rigaer Grenzregiment hat – in der operativen Unterstellung unter Generalmajor Sidnew – bis zum Abend des „4.“ Juni 1945<sup>131</sup>

a) mit den Operativen Gruppen der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ zusammen den Dienst in den Berliner Stadtbezirken 1, 4, 5, 6, 13, 14, 15, 16, 17 und 18 in Sicherungseinheiten zu organisieren;

b) den Flugplatz Johannistal/Adlershof und die Druckerei für Banknoten (Stadtbezirk Mitte, Seidelstraße<sup>132</sup>) zu bewachen.

Kommandostelle des Regiments: Karlshorst.

4. Das 333., mit dem Kutusow-Orden <III. Klasse><sup>133</sup> ausgezeichnete Grenzregiment hat – in der operativen Unterstellung unter Gen. Generalmajor Sidnew – bis zum Abend des „4.“ Juni 1945:

<sup>129</sup> Antonow, Alexei Innokentjewitsch (1896–1962), Armeegeneral; 1945 Chef des Generalstabes der Roten Armee.

<sup>130</sup> Unter dieser Bezeichnung gründete im Sommer 1944 Heinrich Himmler eine Partisanenbewegung gegen die vorrückenden Alliierten. Ein entsprechender Aufruf des Propagandaministers Joseph Goebbels vom 1. Apr. 1945 erzielte in Deutschland kaum Wirkung, wurde jedoch von den Besatzungsmächten zunächst als Bedrohung wahrgenommen. In der SBZ wurden verschiedentlich lokale Jugendgruppen unter „Werwolf“-Verdacht festgenommen und interniert. Ein organisatorischer Zusammenhalt zwischen ihnen war nicht vorhanden, die Bedrohungswahrnehmung der Besatzungsmacht reflektierte in hohem Maße die eigene Partisanentradiation.

<sup>131</sup> Die Tagesangaben wurden handschriftlich in die durch maschinenschriftliche Anführungszeichen gekennzeichneten Leerstellen eingetragen. Es handelte sich um allgemeine administrative Praxis.

<sup>132</sup> Die Straße ist in Berlin-Mitte nicht identifizierbar (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>133</sup> Der Ausdruck in Klammern ist in der Vorlage durchgestrichen.

- a) mit den Operativen Gruppen der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ den Dienst in den Berliner Stadtbezirken 2, 3, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 19 und 20 in Sicherungseinheiten zu organisieren;
- b) den Flugplatz Tempelhof und die Reichskanzlei (Hitlers) zu bewachen.

Kommandostelle des Regiments: Buckow-Ost.

5. Das 157. Rotbanner-Grenzregiment hat sich bis zum Abend des „7.“ Juni 1945 in Wittenberge (7080) zu konzentrieren, sich in die operative Unterstellung unter den Chef der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ Oberst Nikitin<sup>134</sup> zu begeben und

- a) den Schutz des Hinterlandes der Nr. ... Armee zu organisieren;
- b) mit Truppenkräften die operativ-tschechistische Arbeit der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ des Gen. Oberst Nikitin abzusichern.

Kommandostelle des Regiments: Wittenberge.

6. Das 127. Pommersche Grenzregiment hat sich bis zum Abend des „6.“ Juni 1945 in Frankfurt/Oder zusammenzuziehen, sich dem Chef der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ Gen. Kommissar der Staatssicherheit Malkow<sup>135</sup> (stationiert in Fürstenwalde) operativ zu unterstellen und:

- a) den Dienst zum Schutz des Hinterlandes der Besatzungstruppen zu organisieren, indem sie einen Hinterlandsicherungsposten an der Übersetzstelle der Oder im Abschnitt Küstrin (ausschließlich) – Guben (einschließlich) bilden;

- b) mit Truppenkräften die operativ-tschechistische Arbeit der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ des Gen. Kommissar der Staatssicherheit Malkow abzusichern.

Kommandostelle des Regiments: Frankfurt/Oder.

7. Das 331. Grenzregiment hat sich bis zum Abend des „6.“ Juni 1945 in Brandenburg zu konzentrieren, sich dem Chef der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ Gen. Oberst Klykow<sup>136</sup> operativ zu unterstellen und:

- a) den Schutz des Hinterlandes der Nr. ... Armee zu organisieren,
- b) mit Truppenkräften die operativ-tschechistische Arbeit der Operativen Gruppe der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ des Gen. Oberst Klykow abzusichern.

Kommandostelle des Regiments: Brandenburg.

8. Das 38. Rotbanner-Grenzregiment bildet meine Reserve:

- a) bis zum 2. Juni, 16.00 Uhr, hat sich ein Bataillon in Potsdam im Raum des Kronprinzen-Palais ([unleserlich] Straße) zu konzentrieren, hat sich dem Gen. Kirdin<sup>137</sup> (aus der Gruppe des Stellvertreters des Volkskommissars für Inneres Gen. Kruglow) zur Verfügung zu stellen und auf dessen Anweisung den Schutz von Objekten zu übernehmen;

- b) zwei bis drei Sicherungseinheiten haben bis zum Abend des „5.“ Juni 1945 einen Hinterlandsicherungsposten an der Übersetzstelle über die Oder im Abschnitt Küstrin (einschließlich) – Stolpe (7040) einzurichten;

- c) der übrige Bestand des Regiments hat sich bis zum „4.“ Juni 1945 in Pankow zu konzentrieren.

Kommandostelle des Regiments: Pankow.

9. Meine Kommandostelle: Grünau (auf der Karte nicht eingezeichnet), ein Kilometer westlich von Wendenschloß (1000).

10. Meldung zu erstatten ist:

- a) über den Erhalt des Befehls,

---

<sup>134</sup> D.i. Nikitin, Dmitri Michailowitsch (1899–1969), Oberst und ab 9. Juli 1945 Generalmajor.

<sup>135</sup> Malkow, Pawel Michailowitsch.

<sup>136</sup> Klykow, Afanassi Nikolajewitsch (1903–1969).

<sup>137</sup> Kirdin, Sergei Timofejewitsch (1897–1967).

- b) über den Beginn der Organisation des Dienstes an den neuen Orten,
- c) in Sammelberichten nach Meldetabelle.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin  
Stabschef Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 217 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 30. Kampfbefehl Nr. 0014 des Stabs des 333. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 2. Juni 1945**

Serie „G“

Buckow-Ost (19 f), Stadtplan Berlins 1:25.000 (1945)

1. Der deutsch-faschistische Untergrund hat damit begonnen, seine terroristische und Diversions-tätigkeit durch Untergrundorganisationen wie „Werwolf“ u. a. zu aktivieren.

2. Das Regiment, das Generalmajor Sidnew operativ unterstellt ist, hat bis zum Abend des 4. Juni 1945 die Aufgabe:

- a) den Dienst mit den Operativgruppen der Spionageabwehr „Smersch“ im 2., 3., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 19. und 20. Stadtbezirk von Berlin in Sicherungseinheiten zu organisieren;
- b) den Flugplatz Tempelhof und die Reichskanzlei (Hitlers) zu bewachen.

3. Die Bataillone haben bis zum Abend des 4. Juni den Dienst mit den Operativgruppen der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ zu organisieren. Die Sicherungseinheiten sind wie folgt zu stationieren:

a) 3. Schützenbataillon: 15. Sicherungseinheit im 19. Bezirk – Pankow (3r)<sup>138</sup>, abzulösen ist die Sicherungseinheit des Grenzregiments;

14. Sicherungseinheit im 20. Bezirk – Tegel (1s), abzulösen ist die 14. Sicherungseinheit des Grenzregiments in Alt Tegel Nr. 10;

12. Sicherungseinheit im 3. Bezirk – Wedding (6n), abzulösen ist die 7. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments in der Müllerstraße 128;

11. Sicherungseinheit bewacht die Reichskanzlei (Hitlers);

13. Sicherungseinheit/Operativ-tschechistische Gruppe – bleibt an ihrem Ort;

Kontrollposten des Bataillons – Buckow-Ost;

Kommandostelle: Britz.

b) 2. Schützenbataillon: 10. Sicherungseinheit im 2. Bezirk – am bisherigen Ort;

8. Sicherungseinheit im 11. Bezirk – Schöneberg (13l), abzulösen ist die 1. Sicherungseinheit des 1. Schützenbataillons [unseres] Regiments in Hauptstraße Nr. ...;

6. Sicherungseinheit im 12. Bezirk – Steglitz (16i), abzulösen ist die 2. Sicherungseinheit des 1. Schützenbataillons in der Lepsiusstraße Nr. ...;

9. Sicherungseinheit bewacht den Flugplatz Tempelhof, abzulösen ist die 11. Sicherungseinheit des 3. Schützenbataillons;

7. Sicherungseinheit – die Reserve des Kommandeurs des Schützenbataillons ist für den Unterricht einzusetzen;

Kontrollpunkt und Kommandostelle des Bataillons sind am bisherigen Ort.

c) 1. Schützenbataillon: 1. Sicherungseinheit im 8. Bezirk – Spandau (6w), abzulösen ist die 12. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments in Falkenhagener Str. Nr. 33;

<sup>138</sup> Die in diesem Dokument benutzen Koordinaten bzw. Code-Bezeichnungen wurden lediglich transkribiert.



2. Sicherungseinheit im 7. Bezirk – Charlottenburg, abzulösen ist die 8. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments in Kaiserdamm Nr. ...;

5. Sicherungseinheit im 9. Bezirk – Wilmersdorf (12i), abzulösen ist die 2. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments in Kaiserallee Nr. 89;

3. Sicherungseinheit im 10. Bezirk – Zehlendorf, abzulösen ist die 3. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments in Kronprinz[essinnen]straße<sup>139</sup> Nr. 349;

Kontrollpunkt und Kommandostelle des Bataillons sind an der bisherigen Stelle.

4. Die Bataillonskommandeure haben sich mit den Kommandeuren der abzulösenden Einheiten über Zeit und Ordnung der Ablösung der Sicherungseinheiten zu verständigen.

5. Meine Kommandostelle: Buckow-Ost.

6. Meldung zu erstatten ist

a) über den Erhalt des Befehls,

b) bei Beginn des Dienstes an den neuen Orten,

c) in täglichen Operativmeldungen 15.00 Uhr.

Kommandeur des 333. Grenzregiments Oberst Bitschewski

Stabschef Major Poljakow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 225 mit Rückseite. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 31. Aus einer Mitteilung des NKWD-Bevollmächtigten für die 2. Belorussische Front Generalleutnant Zanawa an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die im Zeitraum vom 15. Januar bis 5. Juni 1945 durchgeführte operative Arbeit unter Einsatz von Agenten. 7. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. 685/s/s

Die Operativen Gruppen des NKWD wurden entsprechend der Anzahl der kämpfenden Armeen gebildet. Die uns zur Verfügung gestellten Mitarbeiter des NKWD, des NKGB, der Spionageabwehr „Smersch“ und der NKWD-Truppen wurden auf die Operativen Gruppen aufgeteilt und mit Transportmitteln ausgestattet. Zu Leitern der Gruppen wurden erfahrene operative Mitarbeiter aus dem Führungspersonal des NKWD, des NKGB und der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der Front ernannt.

Mit dem Ziel, beim Vormarsch der Roten Armee die feindlichen Elemente unverzüglich zu verhaften, folgte bei Vorstößen der Fronttruppen ein Teil der Operativen Gruppe unter Führung ihres Chefs bzw. dessen Stellvertreters mit den unterstellten Einheiten der NKWD-Truppen unmittelbar den Spitzenverbänden, so daß es möglich war, beim Einrücken der Truppen in Städte und Ortschaften alle Personen festzunehmen, die für eine Verhaftung vorgesehen waren, und Waffen, Technik sowie Archiv- und andere Dokumente zu beschlagnahmen.

Der übrige Teil der Operativen Gruppe verblieb die ganze Zeit über im Stationierungsraum der Abteilungen der Spionageabwehr „Smersch“ der Armeen. So bestand die Möglichkeit, die Organe der Spionageabwehr „Smersch“ und die ihnen zu operativen Zwecken unterstellten Truppen umfassend einzusetzen und eine kontinuierliche Verbindung zu uns aufrechtzuhalten.

---

<sup>139</sup> Die Kronprinzessinnenstraße in Zehlendorf wurde 1937 in Schopenhauerstraße umbenannt (Anm. des Übers. R. S.).

Bis zum 25. Januar d.J. handelten die Operativen Gruppen im wesentlichen im Hinterland der Roten Armee auf dem früher befreiten Territorium Polens. Denn die deutsche militärische Führung hatte, wie festgestellt worden war, in einem frontnahen Streifen von 25-30 Kilometern die Bevölkerung evakuiert, so daß die Truppen der Roten Armee in den ersten Tagen des Vorrückens nur auf Einzelpersonen stießen, nicht aber auf die einheimische Bevölkerung.

Erst beim Eindringen in Territorien, die vom Gegner in einer Tiefe von 40-50 Kilometern besetzt waren, traf man auf die Bevölkerung, und von diesem Zeitpunkt an entfalteten die Operativen Gruppen ihre Arbeit.

Für die Ihrem Befehl gemäß durchzuführende Säuberung der durch die Rote Armee befreiten Städte, großen Ortschaften und Eisenbahnknotenpunkte von feindlichen Elementen haben wir Operative Gruppen zurückgelassen, die in erforderlicher Stärke mit Truppenkräften versehen sind.

*GARF 9401/2/127, Bl. 76-77. Original.*

### **Nr. 32. Spezieller Kampfbefehl Nr. 10 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 7. Juni 1945**

Serie „G“

Spezieller Kampfbefehl Nr. 10. Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. Ort: Wiedelhöhe<sup>140</sup>, 1 Kilometer südlich von Warsow (2060)  
7. Juni 1945, 10.00 Uhr. Karte 200.000-42

Zur Umsetzung der Verfügung des Chefs der Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Nr. 61321 vom 6. Juni 1945 befehle ich:

1. Die Kommandeure des 87. und des 219. Grenzregiments haben für die Erfüllung einer operativen Aufgabe 1.000 moralisch gefestigte Personen auszuwählen und haben diese unter ihrem persönlichen Kommando zum 15. Juni 1945 in Berlin zu konzentrieren, wo sie sich dem Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Gen. Kommissar der Staatssicherheit 2. Ranges Kruglow zur Verfügung stellen.

2. Das ausgewählte Personal hat mit sich zu führen: Bewaffnung – 85 Prozent Gewehre und 15 Prozent Maschinenpistolen; Munition – ein Kampfsatz.

3. Zur rechtzeitigen Konzentrierung des Personals sind alle in den Regimentern vorhandenen Kraftfahrzeuge einzusetzen.

4. Mein Stellvertreter für Rückwärtige Dienste Oberstleutnant Kotyk hat die Bewaffnung – entsprechend Punkt 2 dieses Befehls – und die Verpflegung für die Fahrt sicherzustellen.

5. Mein Stellvertreter für den Politischen Bereich Oberstleutnant Masurowski hat für die Zeit der Erfüllung der operativen Aufgabe durch die Einheiten Major Pokidajew zum 87. und Oberstleutnant Smetanin zum 219. Grenzregiment abzukommandieren.

6. Der Marschbefehl für die Regimenter mit beigefügter Marschtabelle ist mir bis zum Abend des 9. Juni 1945 vorzulegen.

7. Meldung zu erstatten ist:

- a) über den Erhalt des Befehls,
- b) über den Abmarsch,

<sup>140</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

- c) vom Marsch täglich 18.00 Uhr,
- d) über die Ankunft in Berlin.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Generalmajor Rogatin

Chef des Stabes der NKWD-Truppen Oberst Tischajew

*RGWA 32921/1/27, Bl. 33. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 33. Schreiben des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD in Fürstenwalde Kommissar der Staatssicherheit Malkow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin mit der Bitte, die ihm zugeteilten Sicherungseinheiten der Inneren Truppen bis zur Sollstärke aufzufüllen. 13. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. 29

An den Chef der Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Gen. Generalmajor Simin<sup>141</sup>

Aus dem 1. Bataillon des 127. Grenzregiments, das zur Absicherung der Arbeit der mir anvertrauten sieben Operativgruppen eingesetzt ist, sind 50 Prozent der Sollstärke zur Aufstellung anderer Einheiten im Raum Pillau an der Weichsel und in Berlin abkommandiert worden.

So wurden aus der 1. Sicherungseinheit (Bernau – 220.000 Einwohner) zehn Mann abkommandiert, aus der 2. Einheit (Beeskow) – 13 Mann, aus der 3. Einheit (Strausberg – 230.000 Einwohner) – neun Mann, aus der 4. Einheit (Bad Freienwalde) – neun Mann, aus der Reserveeinheit (Fürstenwalde) – vier Mann, und die 5. Einheit ging am 7. Juni 1945 im vollen Bestand an die Weichsellinie im Raum Pillau.

Die Verringerung der Mannschaftsstärke der Sicherungseinheiten auf die Hälfte bereitet große Schwierigkeiten in der Arbeit der Operativgruppen, denn es besteht keine Möglichkeit, die erforderliche Anzahl von Kontrollpunkten einzurichten, die großen Waldgebiete und die Städte regelmäßig zu durchkämmen und andere Dienste, etwa den Einsatz von Aufklärungs- und Suchtrupps als wirksamste Form des Dienstes, durchzuführen.

Die Fahndung nach Verbrechern und ihre Festnahme kann bei dieser ungenügenden Anzahl von Kämpfern in den Sicherungseinheiten nicht zu ernsthaften Ergebnissen führen.

Im Zusammenhang mit dem Dargelegten bitte ich Sie, die Sicherungseinheiten des 1. Bataillons des 127. Grenzregiments bis zu ihrer Sollstärke aufzufüllen.

Chef der NKWD-Operativgruppe Fürstenwalde Kommissar der Staatssicherheit Malkow

*Malkow ist mitzuteilen: Kurzfristig können wir nur drei Sicherungseinheiten zu Ihnen verlegen. Simin 16. Juni. N-1. Auszuführen Kanewski 15.<sup>142</sup> Juni. Ausgeführt 16. Juni 1945. A. Bolschakow.*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 231. Original.*

---

<sup>141</sup> In der Vorlage fälschlich: „Kusmin“.

<sup>142</sup> So in der Vorlage, wahrscheinlich Tippfehler.

**Nr. 34. Mitteilung des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin an den Chef der NKWD-Operativgruppe Fürstenwalde Kommissar der Staatssicherheit Malkow über die Bereitstellung zusätzlicher Sicherungseinheiten zu seiner Verfügung. 16. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. III/1-001659

Auf Nr. 29 vom 13. Juni 1945

Ich teile mit, daß in nächster Zeit zur Sicherung der Arbeit der Operativen Gruppen drei Sicherungseinheiten des 127. Grenzregiments abgestellt werden, die zur Zeit eine operative Aufgabe an der Weichsel erfüllen.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin

Stellvertreter des Stabschefs der NKWD-Truppen Oberstleutnant Kanewski

*RGWA 32925/1/104, Bl. 244. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 35. Gesuch des Chefs der NKWD-Operativgruppe des Potsdamer Verbandes Oberst Pimenow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow über die Bereitstellung von Grenzsoldaten zum Schutz der Operativen Gruppen. 16. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. 283/s

**Gesuch**

Die Operativen Gruppen des NKWD in den Kreisen des Potsdamer Verbandes haben im Ergebnis ihrer Tätigkeit eine erhebliche Anzahl von Festgenommenen und Inhaftierten.

Diese werden bis zu ihrer Überführung zur Untersuchungsgruppe des Verbandes einige Tage in den Kreisen festgehalten, doch wegen des Fehlens von Mitteln zur Bewachung ist die Arbeit der betreffenden Operativen Gruppen sehr erschwert und die Möglichkeit der Flucht von Verhafteten ist nicht ausgeschlossen.

Ich bitte um Ihre Verfügung zur Bereitstellung der erforderlichen Anzahl von Grenzsoldaten zur Ausstattung der Operativen Gruppen mit einer zuverlässigen Bewachung.

Chef der NKWD-Operativgruppe des Potsdamer Verbandes Garde-Oberst Pimenow

*An Gen. Simin. Es ist bereitzustellen. I. Serow. Es ist ein Vorschlag zu unterbreiten, wann zwei bis drei Sicherungseinheiten zweckmäßigerweise bereitgestellt werden. Simin. 23. Juni. N-1. Dem Kommandeur des 331. Grenzregiments wurde die Anweisung erteilt, zwei Sicherungseinheiten bereitzustellen. Die Ausführung ist am 28. Juni zu melden. Kanewski. 24. Juni.*

*Für Potsdam wurde die 9. und 10. Sicherungseinheit des 331. Grenzregiments bereitgestellt. Operative Sammelmeldung Nr. 00140 vom 28. Juni. A. Bolschakow.*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 237. Original.*

**Nr. 36. Befehl des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow an den Kommandeur des 108. Schützenregiments Oberstleutnant Tschurkin bezüglich der Aufstellung eines Schützenbataillons für den Schutz der Potsdamer Konferenz. 18. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. 10/1-0078k  
Kämpfende Armee

An den Kommandeur des 108. Schützenregiments der Inneren Truppen des NKWD Gen. Oberstleutnant Tschurkin

Für die Durchführung besonderer Aufträge befehle ich:

Es ist ein Schützenbataillon in der Stärke von 400 Mann aufzustellen.

Die Aufstellung des Bataillons erfolgt gemäß gültigem Stellenplan (0141).

Ein Exemplar der Liste mit den Namen des ausgewählten Personals ist mir bis zum Abend des 19. Juni 1945 vorzulegen.

Die Listen sind von Ihnen und vom Oberbevollmächtigten der Spionageabwehr „Smersch“ zu unterzeichnen.

In die Liste dürfen nicht aufgenommen werden:

1. Personen, die trinken.
2. Die eine Neigung zum Marodieren erkennen lassen.
3. Die Unzufriedenheit bekunden.
4. In politischer Hinsicht unzuverlässig sind.
5. Andere Fehler aufweisen.
6. Älter als 40 Jahre sind.

Bewaffnung des Personals: Gewehre – 85 Prozent, Maschinenpistolen – 15 Prozent. Munition – ein Kampfsatz.

Das Bataillon ist vorschriftsmäßig mit Transportmitteln auszustatten, ohne Kraftfahrzeuge.

Vollzug mit verschlüsseltem Funkspruch folgenden Inhalts melden: „Listen sind fertig“.

Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberst Ignatow  
Stabschef der Division Oberstleutnant Kuriltschik

*RGWA 38686/1/20, Bl. 269. Original.*

**Nr. 37. Denkschrift des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an den Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR Stalin über die Reorganisation des Apparats der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1., 2., 3. Belorussischen Front und bei der 1. und 4. Ukrainischen Front. 22. Juni 1945**

Streng geheim

Nr. 718/b

Staatliches Verteidigungskomitee – Genosse I. W. Stalin

Seit Januar 1945 wirken bei der 1., 2. und 3. Belorussischen Front sowie bei der 1. und 4. Ukrainischen Front auf Ihre Anweisung hin ernannte Bevollmächtigte des NKWD, zu deren Verfügung

operative Mitarbeiter des NKWD, des NKGB, der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung und Truppen des NKWD abgestellt wurden.

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Truppen der Roten Armee im Westen hält es der NKWD der UdSSR für zweckmäßig, den genannten Apparat der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei den Truppen der Roten Armee wie folgt zu reorganisieren:

1. Auf dem Territorium Deutschlands ist bei der Gruppe der Truppen des Gen. Schukow der Apparat des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR beizubehalten. Mit der Funktion des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der Gruppe der Truppen des Gen. Schukow ist weiterhin Gen. Serow zu betrauen, neben seiner Funktion, die ihm mit der Anordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 1326-301ss vom 6. Juni d. J. übertragen wurde.<sup>143</sup>

2. Als Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR sind zu ernennen:

a) Bei der Gruppe der Truppen des Gen. Konjew<sup>144</sup> (auf dem Territorium Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei) – Gen. Generalleutnant Meschik, zur Zeit Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front;

b) bei der Gruppe der Truppen des Gen. Rokossowski<sup>145</sup> (auf dem Territorium Polens) ist die Funktion des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR nebenamtlich auf Gen. Generalleutnant Seliwanowski zu übertragen, der Berater beim polnischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit ist;

c) bei der Gruppe der Truppen des Gen. Tolbuchin<sup>146</sup> (auf dem Territorium Rumäniens und Bulgariens) – Generalmajor Pawlow<sup>147</sup>, zur Zeit Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 3. Ukrainischen Front.

3. Den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR werden folgende Aufgaben übertragen:

a) Beaufsichtigung und Leitung der Arbeit zur Säuberung des von der Roten Armee eingenommenen Territoriums von Agenten der deutschen Aufklärungs- und Spionageabwehrgänge; Aufspüren und Ausheben von deutsch-faschistischen Untergrundgruppen und Gruppen des sog. Werwolf, die vom Gegner zurückgelassen wurden, sowie Aufspüren und Festnahme von Kriegsverbrechern, wofür die Organe der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung, des NKGB und des NKWD zuständig sind;

b) Führung der Truppen des NKWD, die sich auf dem jeweiligen Territorium befinden;

c) Anleitung der Arbeit der Überprüfungs- und Filtrierungskommissionen in den Repatriierungslagern für Sowjetbürger bei den Fronten;

d) Anleitung der Arbeit der Frontabteilungen für Kriegsgefangene und Sicherstellung der Überführung der Kriegsgefangenen in die UdSSR.

4. Den obengenannten Bevollmächtigten des NKWD sind NKWD-Truppen in folgender Stärke zur Verfügung zu stellen:

Gen. Serow – für das Territorium Deutschlands: zehn Regimenter;

<sup>143</sup> Vgl. Anordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR Nr. 1326-301ss vom 6. Juni 1945 „Über die Bildung der Militäradministration für die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, in: SMAD Handbuch 2009, S. 731-735. Dieser Anordnung entsprechend wurde I. A. Serow zum Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Zivilverwaltung ernannt, zuständig für die Anleitung und Kontrolle der deutschen Verwaltungsorgane.

<sup>144</sup> Konjew, Iwan Stepanowitsch (1897–1973), Marschall der Sowjetunion; 1944–45 Oberbefehlshaber der 1. Ukrainischen Front, 1945–46 Oberbefehlshaber der Zentralgruppe der sowjetischen Streitkräfte, 1955–60 der Streitkräfte des Warschauer Paktes, 1961–62 Oberbefehlshaber der GSSD.

<sup>145</sup> Rokossowski, Konstantin Konstantinowitsch (1896–1968), Marschall der Sowjetunion; 1945–49 Oberbefehlshaber der Nordgruppe der sowjetischen Streitkräfte.

<sup>146</sup> Tolbuchin, Fjodor Iwanowitsch (1884–1949), Marschall der Sowjetunion; 1945–47 Oberbefehlshaber der Südgruppe der sowjetischen Streitkräfte.

<sup>147</sup> Pawlow, Iwan Iwanowitsch, Generalmajor; Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 3. Ukrainischen Front bzw. der Südgruppe der sowjetischen Streitkräfte.

Gen. Meschik – für das Territorium Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei: sechs Regimenter;

Gen. Seliwanowski – für das Territorium Polens: 15 Regimenter;

Gen. Pawlow – für das Territorium Rumäniens und Bulgariens – vier Regimenter.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR L. Berija

*GARF 9401/2/97, Bl. 28-31. Beglaubigte Kopie.*

Veröffentlicht in: Archiw nowelskiej historii Rosji. Serija „Publikaczi” / T. 2. Specjalnyje lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei, Moskwa 2001, S. 27-28.

**Nr. 38. Denkschrift des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD für die 2. Belorussische Front Generalleutnant Jedunow an den Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSBS Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow über die Abkommandierung von Mitarbeitern des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ zu dessen Verfügung. 3. Juli 1945**

Streng geheim

Nr. 769s/s

Auf Anweisung des Gen. Kommissar der Staatssicherheit 3. Ranges Zanawa entsende ich zusätzlich zu Ihrer Verfügung 41 Personen – Mitarbeiter des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ sowie Offiziere der NKWD-Truppen – für den Einsatz in der operativen Arbeit.

Von den Ihnen übergebenen Personen kommen 15 vom operativen Personal des NKGB der Weißrussischen SSR, außer den acht bereits früher übergebenen Personen.

Anhang: Liste<sup>148</sup>

Stellvertreter des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR Generalleutnant Jedunow

*Gen. Martirossow<sup>149</sup> zur Verfügung zu stellen. I. Serow. 6. Juli.*

*An Gen. Simin: Der Transport dieser Mitarbeiter nach Magdeburg ist sicherzustellen. I. Serow. N-1. Ausgeführt. Kanewski. 7. Juli. Zu den Akten. A. Bolschakow. 7. Juli. Eingangs-N[ummer]. 2125. 7. Juli 1945. Eingang[s-Nummer] 4974. 7. Juli 1945.*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 253. Original.*

---

<sup>148</sup> Die Liste fehlt in der Vorlage.

<sup>149</sup> Der Name Martirossow wurde über den Namen Beschanow geschrieben.

**Nr. 39. NKWD-Befehl Nr. 00780 über die Auflösung der Apparate der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 2. und 3. Belorussischen sowie bei der 1. und 4. Ukrainischen Front und die Ernennung des Staatssicherheitskommissars 2. Ranges<sup>150</sup> Serow zum Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR für die GSBSD. Moskau, 4. Juli 1945**

Streng geheim

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Truppen der Roten Armee im Westen befehle ich:

1. Die Apparate der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR an der 2. und 3. Belorussischen sowie der 1. und 4. Ukrainischen Front sind aufzulösen.<sup>151</sup>

Die abkommandierten Mitarbeiter des NKWD/NKGB sowie der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung sind an ihre früheren Arbeitsstellen abzukommandieren.<sup>152</sup>

2. Der Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR bei der 1. Belorussischen Front wird umbenannt in Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

3. Zum Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland wird Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow ernannt.

4. Dem Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland werden folgende Aufgaben übertragen:

a) die Organisation und Leitung der operativen Arbeit unter Einsatz von Agenten auf dem von sowjetischen Truppen besetzten deutschen Gebiet;

b) die Enttarnung und Liquidierung von Spionen, Diversanten, Terroristen sowie der UdSSR feindlichen Organisationen und Gruppierungen – gleich ob von deutschen Geheimdiensten zur subversiven Tätigkeit im Hinterland der Roten Armee gebildet und zurückgelassen oder neu entstanden;

c) die Fahndung nach und Aushebung von Kriegsverbrechern, Mitarbeitern der Gestapo und anderer deutscher Straforgane, von Führungskräften der nationalsozialistischen Organisationen auf Orts-, Stadt- und Gebietsebene, von militärischen und politischen Führungskadern der paramilitärischen Organisationen: Volkssturm, SS, SA sowie von Gefängnissen und Konzentrationslagern, Militärkommandanturen und anderen paramilitärischen Einrichtungen des faschistischen Staatsapparats;

d) die Enttarnung und Liquidierung illegaler Funkstationen, Waffen- und Munitionslager sowie illegaler Druckereien;

e) die Leitung der Arbeit der NKWD-Überprüfungs- und Filtrationskommissionen in den Repatriierungslagern für sowjetische Staatsbürger;

f) die Leitung der Tätigkeit der NKWD-Abteilung für Kriegsgefangene auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland; die Aufsicht und Kontrolle über den Abtransport der Kriegsgefangenen in die UdSSR sowie die Organisation der Übergabe der aus Gefangenschaft zurückkehrenden deutschen Kranken und Invaliden an die deutsche Verwaltung.

<sup>150</sup> Noch 1945 dem militärischen Rang des Generalobersts angeglichen.

<sup>151</sup> Das betraf die entsprechenden Einrichtungen in Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien.

<sup>152</sup> Das Personal für die durch NKWD-Befehl Nr. 0016 (vgl. Dokument Nr. 3) eingeleitete Operation war im Jan. an die Front abkommandiert worden und sollte jetzt an seine Dienstorte in der Sowjetunion zurückkehren.



5. Dem NKWD-Bevollmächtigten bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow sind die Regimenter der NKWD-Grenztruppen Nr. 127, 157, 331, 333, 38, 105, 87, 219, 16 und 83 zur Verfügung zu stellen.

6. Dem NKWD-Bevollmächtigten bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow werden unterstellt:

a) die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland;

b) die Lager, Gefängnisse und Überprüfungs- und Filtrationspunkte des NKWD auf deutschem Territorium.

7. Genosse Serow hat über die Ergebnisse der geleisteten Arbeit wie festgelegt dem NKWD der UdSSR regelmäßigen Bericht zu erstatten.

8. Der Chef der Hauptverwaltung für Spionageabwehr des Volkskommissariats für Verteidigung „Smersch“ Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Abakumow hat der Verwaltung für Spionageabwehr des Volkskommissariats für Verteidigung „Smersch“ bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland die Anweisung zu geben, daß diese neben der von den Organen der Spionageabwehr „Smersch“ zu leistenden Arbeit Genossen Serow bei der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben die nötige Unterstützung gewähren.

9. Die Leitung der Tätigkeit der Überprüfungs- und Filtrationskommissionen in den Repatriierungslagern für sowjetische Staatsbürger, der NKWD-Abteilungen für Kriegsgefangene sowie der Unterhalt der Gefängnisse und Lager für Gefangene im Bereich der Nordgruppe der Roten Armee in Polen, der Zentralgruppe in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei sowie der Südgruppe in Rumänien und Bulgarien wird den Chefs der Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der genannten Armeegruppen übertragen.

Zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben ist den Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nord-, Zentral- und Südgruppe der sowjetischen Besatzungstruppen je eine Gruppe aus 15 Operativmitarbeitern beizugeben.

10. Die Befehle des NKWD der UdSSR Nr. 0016 und Nr. 0061 von 1945<sup>153</sup> treten außer Kraft und sind aufzuheben.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar der Staatssicherheit L. Berija

*Aufgehoben durch Befehl Nr. 0099 – 1954 des MWD.*

*GARF 9401/12/178, Bl. 14-16. Beglaubigte Kopie.*

Veröffentlicht in: Archiw nowiechei istorii Rossii. Serija „Publikazii“ / T. 2. Spezialnyje lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945–1950. Sbornik dokumentow i statei, Moskwa 2001, S. 28-30.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekkel, Berlin 1998, S. 201-203.

---

<sup>153</sup> Vgl. Dokumente Nr. 3 und Nr. 5.

**Nr. 40. Bericht des amtierenden Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Oberst Tischajew an das Mitglied des Kriegsrats der Nordgruppe der Truppen Generalleutnant Subbotin<sup>154</sup> über die Tätigkeit der Truppen unter den Bedingungen der Auflösung der Front. 8. Juli 1945**

Streng geheim

**Bericht**

In Ausführung des Befehls Nr. 0016 des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Gen. Berija vom 11. Januar 1945<sup>155</sup> wurde die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front mit den unterstellten Truppenteilen dem Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 2. Belorussischen Front Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Zanawa unterstellt.

Bis zum 4. Juli 1945 führten die Verwaltung und die Truppenteile operativ-militärische Aufgaben nur auf dessen Anweisung aus. Gleichzeitig waren einige Truppenteile bei der Bewachung und der Demontage von Betrieben auf dem Territorium Deutschlands eingesetzt.

Auf Grund der Verfügung des Chefs der Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Nr. 51321 vom 6. Juni 1945 wurden das 87., das 219. [Regiment] und ein Bataillon des 218. Regiments dem Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Kruglow zur Verfügung gestellt. Am 4. Juli 1945 ging zudem die 63. Schützendivision mit drei Regimentern in dessen Verfügung über.

Zur Zeit, d. h. zum 9. Juli 1945 bewacht die Verwaltung der Truppen mit zwei Bataillonen die Übergänge an der Oder und sichert die Demontagearbeiten sowie den Abtransport der Ausrüstungen aus den Betrieben ins Landesinnere. Außerdem gibt es eine Verfügung des Stellvertreters des Volkskommissars Gen. Tschernyschew über die zusätzliche Bereitstellung von drei Bataillonen für die Begleitung der Ausrüstungen ins Landesinnere.

Mit Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00780 vom 4. Juli 1945<sup>156</sup> wurde der Apparat des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR für die 2. Belorussische Front aufgelöst, die Leitung der Tätigkeit der Überprüfungs- und Filtrierungskommissionen des NKWD bei den Repatriierungslagern für sowjetische Staatsbürger und der NKWD-Abteilungen für Kriegsgefangene sowie die Unterhaltung der Gefängnisse und Gefangenenlager im Abschnitt der Nordgruppe der Truppen der Roten Armee in Polen wurden der Verwaltung der Truppen übertragen.

Der Chef der Verwaltung der Truppen Gen. Generalmajor Rogatin begab sich im Zusammenhang mit der Reorganisation der Verwaltungen zum Hinterlandschutz der kämpfenden Roten Armee nach Moskau, um konkrete Anweisungen zu erhalten.

Amtierender Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front Oberst Tischajew

*RGWA 32904/1/111, Bl. 67. Original.*

<sup>154</sup> Subbotin, Nikita Jegorowitsch (1904–1968), Generalleutnant; Mitglied der 2. Belorussischen Front und dann des Kriegsrats der Nordgruppe.

<sup>155</sup> Vgl. Dokument Nr. 3.

<sup>156</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

**Nr. 41. Denkschrift des stellvertretenden Volkskommissars für Inneres der UdSSR für Kaderfragen Obrutschnikow an das ZK der WKP(B) über Veränderungen im Bestand der Inneren Truppen des NKWD im Zusammenhang mit der Auflösung der Fronten der Roten Armee. 17. Juli 1945**

Streng geheim

Nr. 40/5/36016

Volkskommissariat für Inneres  
Abteilung Kader  
An das ZK der WKP(B)  
Gen. Popow<sup>157</sup>

Wir berichten über Veränderungen im Zusammenhang mit der Auflösung der Fronten der kämpfenden Roten Armee im Westen.

Mit Befehl des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Nr. 00805 vom 9. Juli 1945 wurden die Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Fronten der kämpfenden Roten Armee umbenannt:

I. Die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Zum Bestand dieser Truppen gehören:

- 16. Grenzregiment,
- 38. Grenzregiment, Träger des Rotbanner- und Suworow-Ordens,
- 83. Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens,
- 87. Ossowez-Grenzregiment,
- 127. Pommern-Grenzregiment, Träger des Kutusow-Ordens,
- 105. Rigaer Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens,
- 157. Grenzregiment, Träger des Rotbanner- und des Alexander-Newski-Ordens,
- 219. Grydnsk-Grenzregiment,
- 331. Grenzregiment, Träger des Bogdan-Chmelnizki-Ordens,
- 333. Grenzregiment, Träger des Kutusow-Ordens und des Ordens Roter Stern.

Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland ist Generalmajor Pawel Michailowitsch Simin.

Chef der Politischen Abteilung (zugleich Stellvertreter des Chefs für den politischen Bereich) ist Oberst Mark Dmitrijewitsch Schljachtin<sup>158</sup>.

Stellvertreter des Chef der Politischen Abteilung ist Oberstleutnant Nikolai Iwanowitsch Wolski.

II. Die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der sowjetischen Truppen.

Zum Bestand dieser Truppen gehören:

- 90. Karpaten-Grenzregiment, Träger des Ordens Roter Stern,

---

<sup>157</sup> Popow, Michail Timofejewitsch, ab 1943 Abteilungsleiter, ab 1946 stellvertretender Leiter der Abteilung Kader der Organe für Inneres, für Staatssicherheit, der Staatsanwaltschaft und Gerichte in der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B), 1954–59 Inspektor des ZK der KPdSU.

<sup>158</sup> Schljachtin, Mark Dmitrijewitsch (1905–), Oberst; 1945–49 Chef der Politischen Abteilung und politischer Stellvertreter des Chefs der Inneren Truppen des NKWD/MGB in Deutschland.

- 218. Grydnsk-Grenzregiment,
- 334. Grenzregiment.

Ernannt wurden:

zum Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Nordgruppe der sowjetischen Truppen – Generalmajor Wladimir Tarassowitsch Rogatin,  
zum Chef der Politischen Abteilung (zugleich Stellvertreter des Chefs für den politischen Bereich) – Oberstleutnant Iossif Michailowitsch Masurowski,  
zum Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung – Oberstleutnant Iwan Fjodowitsch Smetanin.

III. Die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Ukrainischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Zentralgruppe der sowjetischen Truppen.

Zum Bestand der Truppen gehören:

- 10. Rymnik-Grenzregiment, Träger des Bogdan-Chmelnizki-Ordens,
- 24. Prut-Grenzregiment, Träger des Bogdan-Chmelnizki-Ordens,
- 37. Jassk-Grenzregiment,
- 128. Jassk-Grenzregiment,
- 335. Grenzregiment,
- 336. Budapest Grenzregiment, Träger des Alexander-Newski-Ordens.

Ernannt wurden:

zum Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Zentralgruppe der sowjetischen Truppen – Generalmajor Jow Sergejewitsch Kusnezow,  
zum Chef der Politischen Abteilung (zugleich Stellvertreter des Chefs für den politischen Bereich) – Oberst Iossif Markowitsch Schtschukin,  
zum Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung – Oberstleutnant Pawel Nikiforowitsch Gontscharow.

IV. Die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 3. Ukrainischen Front in Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Südgruppe der sowjetischen Truppen.

Zum Bestand dieser Truppen gehören:

- 17. Ismailsk-Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens,
- 25. Nischnednestrowsk-Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens,
- 91. Belgrader Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens.

Ernannt wurden:

zum Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Südgruppe der sowjetischen Truppen – Generalmajor Iwan Iwanowitsch Pawlow,  
zum Chef der Politischen Abteilung (zugleich Stellvertreter des Chefs für den politischen Bereich) – Oberst Georgi Iwanowitsch Naneischwili,  
zum Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung – Oberstleutnant Pawel Petrowitsch Bondarenko.

V. Die Verwaltungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Leningrader, der 3. Belorussischen, der 1. und 4. Ukrainischen Front mit den Truppenteilen:

- 12. Rigaer Grenzregiment,
- 13. Wilensker Grenzregiment, Träger des Alexander-Newski-Ordens,
- 31. Königsberger Grenzregiment, Träger des Ordens Roter Stern,
- 86. Königsberger Grenzregiment,
- 92. Karpaten-Grenzregiment, Träger des Rotbannerordens,
- 130. Rigaer Grenzregiment,
- 132. Minsker Grenzregiment, Träger des Ordens Roter Stern,

- 134. Ruschtschuker Grenzregiment, Träger des Bogdan-Chmelnizki-Ordens,
- 215. Grenzregiment, Träger des Ordens Roter Stern,
- 216. Grenzregiment,

220. Grenzregiment, Träger des Kutusow-Ordens werden in die Reserve der Hauptverwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee überführt.

VI. Die Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Samlander Gruppe der Truppen der 3. Belorussischen Front wird aufgelöst.

Die Unterlagen über den Einsatz von Oberstleutnant Stepan Iwanowitsch Issajew werden gesondert vorgelegt.

Stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR Obrutschnikow

*Ins Geheimarchiv. Entsprechende Veränderungen wurden in die Registratur eingetragen. 18. Juli 1945. [Unterschriften].*

*RGASPI 17/127/788, Bl. 103 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 42. Schreiben des Staatssicherheitskommissars 2. Ranges Serow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über eine unrichtige Anweisung des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ Abakumow zur Bildung von Operativen Gruppen der Spionageabwehr „Smersch“ in deutschen Städten. 22. Juli 1945**

Streng geheim

Nach Mitteilung des Chefs der Berliner Operativen Gruppe des NKWD hat die Verwaltung der Spionageabwehr „Smersch“ der Gruppe der Truppen<sup>159</sup> auf Anweisung des Gen. Wadis eigene Operative Gruppen der „Smersch“-Spionageabwehr nach Berlin und in andere deutsche Großstädte geschickt, um eine auf Agenten gestützte Tätigkeit zu entfalten.

Im Gespräch mit Gen. Wadis teilte dieser mit, es gebe eine Anweisung des Gen. Abakumow über die Bildung eigener Operativer Gruppen zur operativen Betreuung der Umgebung der Stationierungsorte von Truppenteilen und Verbänden der Gruppe der Truppen.

Ich halte es meinerseits für unzumutbar, wenn in den deutschen Städten Operative Gruppen des NKWD und der Spionageabwehr „Smersch“ parallel operative Arbeit unter Einsatz von Agenten leisten.

In den Truppenteilen und Divisionen, die in Ortschaften stationiert sind, gibt es operative Mitarbeiter der Spionageabwehr „Smersch“, die die Aufgabe haben, sowohl in den Truppenteilen als auch in deren Umgebung operative Arbeit unter Einsatz von Agenten zu leisten.

Insofern sind die zusätzlichen Operativen Gruppen, die die Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ entsandt hat, überflüssig.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

I. Serow

*!st entschieden worden. Gen. Abakumow wurden Anweisungen erteilt. B. Obrutschnikow.*

*GARF 9401/1/2202, Bl. 271. Original.*

Veröffentlicht in: N. W. Petrow: Perwy predsdatel KGB Iwan Serow, Moskwa 2005, S. 227.

---

<sup>159</sup> Gemeint ist die Gruppe der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland (GSBSD).

**Nr. 43. Denkschrift des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow, des stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Kobulow, des Chefs der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR Abakumow und des stellvertretenden Volkskommissars für Inneres der UdSSR für Kaderfragen Obrutschnikow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Bereitstellung von Mitarbeitern für operative Arbeit in Deutschland zur Verfügung Serows. 30. Juli 1945**

Streng geheim

PALMA<sup>160</sup>, Genosse L. P. Berija

Entsprechend Ihrem Entscheid zur Denkschrift des Gen. Serow bezüglich der Notwendigkeit einer zusätzlichen Bereitstellung von operativem Personal zur Betreuung der deutschen Städte melden wir:

1. Wie eine Überprüfung durch die Kaderabteilungen des NKWD, des NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ ergab, stehen dem Gen. Serow (nach unvollständigen Angaben) zur Verfügung: vom NKWD der UdSSR – 471 Personen, vom NKGB der UdSSR – 266 Personen, von der Spionageabwehr „Smersch“ des Volkskommissariats für Verteidigung – 509 Personen, die zu unterschiedlichen Zeiten zu ihm abkommandiert wurden. Das sind insgesamt 1.246 Personen, und nicht – wie Gen. Serow in seinem Bericht angibt – 850 Personen.

2. Wir halten es für möglich, von dem operativen Personal, das zur Zeit von Gen. Kruglow eingesetzt wird, Gen. Serow 100 NKGB-Mitarbeiter und 75 NKWD-Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Gen. Abakumow stellt 50 Mitarbeiter der Spionageabwehr „Smersch“ ab.

3. Die namentliche Liste der Mitarbeiter, die NKWD-NKGB bereitstellen, werden wir nach Ihrer Entscheidung zusammenstellen.

4. Wegen des Fehlens exakter Angaben über die Anzahl der auf deutschem Territorium eingesetzten operativen Mitarbeiter von NKWD-NKGB halten wir es für zweckmäßig, zur Präzisierung dieser Frage den stellvertretenden Chef der Kaderabteilung des NKWD der UdSSR Oberst Salnikow<sup>161</sup> und den Chef einer Unterabteilung der Kaderabteilung des NKGB der UdSSR Oberstleutnant Bogatow<sup>162</sup> nach Deutschland abzukommandieren.

Wir bitten um Ihre Anweisungen.

Merkulow, Kobulow, Abakumow, Obrutschnikow

*Einverstanden. 250 Personen – die Liste ist mit Gen. Serow abzustimmen. L. Berija. 31. Juli 1945. Den Genossen Merkulow, Abakumow, Obrutschnikow zugeschickt. 31. Juli 1945.*

*GARF 9401/1/2222, Bl. 151. Original.*

<sup>160</sup> Nicht auflösbare interne Kodebezeichnung, möglicherweise für die Dringlichkeitsstufe.

<sup>161</sup> Salnikow, S. F.

<sup>162</sup> Bogatow, Konstantin Filippowitsch (1914–).

## **Nr. 44. Einsatzplan für die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 31. Juli 1945**

Streng geheim

„Ich bestätige“

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin

„...“<sup>163</sup> Juli 1945

Einsatzplan der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD.

Entsprechend der von den Chefs der Operativen Gruppen des NKWD für die Provinzen Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen sowie für die Länder Thüringen und Sachsen vorgelegten Anforderungen werden für operative Maßnahmen sowie für die Bewachung und Begleitung von Gefangenen elf Regimenter und zwei Bataillone benötigt, davon:

- für die Provinz Mecklenburg:
- für die 27 Operativen Gruppen in den Landkreisen und Städten – 27 Sicherungseinheiten und die gleiche Anzahl von Einheiten für Bewachung und Begleitung von Gefangenen; das sind insgesamt 54 Sicherungseinheiten, entsprechend drei Regimenter;
- für die Provinz Brandenburg:
- für die vier Verbände, zu denen 21 Operative Gruppen gehören, – 21 Sicherungseinheiten, das entspricht einem Regiment und einem Bataillon;
- für das Land Sachsen:
- für fünf Operative Gruppen in Bezirken, 28 in Landkreisen und acht in Städten – sieben Bataillone, das sind zwei Regimenter und ein Bataillon;
- für das Land Thüringen:
- ein Regiment und ein Bataillon;
- für die Provinz Sachsen:
- für drei Operative Gruppen in Bezirken und 34 in Landkreisen sowie für zwei Gefängnisse – drei Bataillone, 34 Sicherungseinheiten und ein Regiment als Reserve, das sind vier Regimenter.

Nicht eingegangen in diese Aufstellung sind die Einheiten, die für die Absicherung operativer Maßnahmen in der von unseren Truppen besetzten Zone Berlins benötigt werden.

Ausgehend davon, daß sich im Bestand der Verwaltung der Truppen elf Grenzregimenter befinden und laut Anforderungen der Chefs der Operativen Gruppen, außer „Groß-Berlin“, elf Regimenter und zwei Bataillone benötigt werden, halte ich folgenden Einsatz für möglich:

1. Je ein Regiment wird den Chefs der Operativen Gruppen operativ unterstellt: Provinz Mecklenburg – das 157., Provinz Brandenburg – das 38., Provinz Sachsen – das 87., Land Thüringen – das 16. und Land Sachsen – das 83. Grenzregiment. Insgesamt fünf Regimenter.

2. Dem Chef der Operativen Gruppe für die von unseren Truppen besetzte Zone Berlins – zwei Grenzregimenter (105. und 333.).

3. Für den Dienst an der 400 Kilometer langen Grenze zwischen dem von sowjetischen Truppen besetzten Territorium Deutschlands und Polen an Oder und Neiße von der Ostsee bis zur tschechoslowakischen Grenze werden zwei Grenzregimenter abgestellt (127. und 331.).

---

<sup>163</sup> Hier war der Tag der Bestätigung einzutragen, was oft unterblieb.

4. Für den Dienst an der Grenze zwischen dem von sowjetischen Truppen besetzten Territorium Deutschlands und der Tschechoslowakei – 219. Grenzregiment.

5. Als Reserve für den Chef der Truppen abzustellen – 92. Grenzregiment.

Insgesamt: Elf Regimente.

Da entlang der gesamten Zonengrenze zwischen den von sowjetischen und den von den alliierten Truppen besetzten Territorien Deutschlands in den Provinzen fünf Armeen und ein Kavalleriekorps stationiert sind (2. Kavalleriekorps, 2., 3., 47., 8. Armee und die 1. Panzerarmee), die die Unverletzlichkeit des von den sowjetischen Truppen besetzten Territoriums gewährleisten können, sich außerdem in diesen Provinzen die Operativen Gruppen befinden, denen Grenzregimente unterstellt werden, und schließlich mit Rücksicht darauf, daß die gegenwärtige Anzahl unserer Truppenkräfte nicht ausreicht, um außer den Truppen der Roten Armee auch noch Grenzregimente an dieser Linie aufzustellen, halte ich die vorliegende Verteilung unserer Truppen für annehmbar.

Für den Stabschef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberstleutnant Kanewski

*RGWA 32925/1/110, Bl. 52 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 45. Befehl des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Nr. 0031 über die Beteiligung der Inneren Truppen am Durchkämmen des Geländes und an Razzien zur Ergreifung von „Banditen und anderen Elementen“. 3. August 1945**

Streng geheim

An die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD

*Nur an Gen. Simin*

Land Sachsen – Gen. Generalmajor Klepow<sup>164</sup>

Land Thüringen – Gen. Generalmajor Beschanow

Provinz Sachsen – Gen. Generalmajor Martirossow

Provinz Brandenburg – Gen. Generalleutnant Fokin<sup>165</sup>

Provinz Mecklenburg – Gen. Generalmajor Dobrynin

Zentrale Berliner Gruppe – Gen. Generalmajor Sidnew

Chef der NKWD-Truppen – Gen. Generalmajor Simin

Auf Befehl von Gen. Marschall Schukow führen die Einheiten und Verbände der GSBSD in der Zeit zwischen 10. und 15. August d. J. an ihren Stationierungsorten eine Operation zum Durchkämmen von Gelände und Ortschaften durch.

<sup>164</sup> Klepow, Sergei Alexejewitsch (1900–1972), Generalmajor; Schlosser, ab 1920 in Organen der Staatssicherheit im Transportwesen, 1923–54 (Ausschluß) WKP(B); 1941 NKWD-Gebietsleiter, ab 1942 stellvertretender Verwaltungschef im NKWD bzw. NKGB der UdSSR. 1945–48 Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB im Land Sachsen, Jan. 1948 verhaftet und 1951 wegen Amtsmißbrauchs und Schädigung des sozialistischen Eigentums zu zehn Jahren Haft verurteilt und degradiert; 1953 rehabilitiert und aus dem Dienst entlassen; Drucker.

<sup>165</sup> Fokin, Pjotr Maximowitsch (1900–1979), Generalleutnant; ab 1941 Volkskommissar für Inneres der Krim-ASSR, 1944–46 Leiter der NKGB/MWD-Gebietsverwaltung Krim, gleichzeitig 1945–46 Chef des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Brandenburg. Im Juni 1946 aus seiner innersowjetischen Funktion wegen Amtsmißbrauchs entlassen, ab 1947–51 MGB-Gebietsleiter.



Geleitet von Befehl Nr. 00780<sup>166</sup> des NKWD der UdSSR vom 4. Juli d.J. und von meinen Anweisungen vom 9. Juli d.J., sollen sich die Operativen Gruppen des NKWD an dieser Operation sehr aktiv beteiligen.

Die Vorbereitung und praktische Durchführung der bevorstehenden operativ-tschechistischen Maßnahmen haben Sie wie folgt zu organisieren:

1. Die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD setzen sich unverzüglich mit den entsprechenden Befehlshabern der Armeen in Verbindung, machen sich mit Befehl Nr. 063<sup>167</sup> von Gen. Marschall Schukow vom 3. August 1945 vertraut und beteiligen sich an den diesen Befehl betreffenden Planungen der Kriegsräte der Armeen.

2. Die Chefs der Operativen Gruppen des NKWD nehmen Verbindung auf mit den Kommandeuren der Einheiten und Verbände, die die Durchkämpfungsoperation durchführen, und beteiligen sich an der Ausarbeitung des Plans der allgemeinmilitärischen Maßnahmen, wobei sie die tschechistischen Fragen sorgfältig herausarbeiten.

3. Die Chefs der Operativen Gruppen des NKWD erarbeiten konkrete Pläne zur Organisation der Filtrierungsgruppen des NKWD, zu deren Standort, zur Ordnung, in der die Untersuchungen zu führen sind, zur Bewachung und Begleitung der Festgenommenen und Verhafteten.

4. Für die Operativen Gruppen des NKWD, die die Filtrierung der Verhafteten vornehmen, sind die qualifiziertesten operativen Mitarbeiter und Ermittler abzustellen.

5. Falls für die Durchführung von Razzien, Hinterhalten und Wohnungsdurchsuchungen notwendig und operativ sinnvoll, muß man bei der Erfüllung solcher Aufgaben die energischsten Offiziere der Truppen und der Organe des NKWD einsetzen, denen Grenzsoldaten beizugeben sind.

6. Die den Chefs der NKWD-Sektoren operativ unterstellten Grenztruppen sind bei der bevorstehenden Operation zur Mitwirkung an den verantwortungsvollsten Abschnitten heranzuziehen: bei Razzien in größeren Ortschaften, an Verkehrsknotenpunkten, bei der Einrichtung von Kontrollpunkten, an den wichtigsten Ausgängen von Waldgebieten, an denen sich Banditen und andere Elemente, die sich ihrer Festnahme entziehen wollen, konzentrieren werden.

7. Die Ordnung der Übergabe von Personen, die von den Truppenteilen und Verbänden festgenommen und verhaftet werden, ist folgendermaßen festzulegen:

a) Alle von den Truppenteilen und Verbänden festgenommenen Angehörigen der Roten Armee sind zu verhaften und unter Bewachung den Kommandeuren der Truppenteile und Verbände bzw. den Stadtkommandanten zu überstellen.

b) Alle Zivilpersonen, die beim Durchkämmen der Gegend und in den Ortschaften festgenommen und verhaftet werden, sind von den Kommandeuren der Truppenteile und Verbände den Chefs der Operativen Gruppen des NKWD zu übergeben, wo sie von Grenzsoldaten bewacht werden und ihr Verhör organisiert wird.

8. Zusätzlich zu den in den Provinzen vorhandenen NKWD-Truppen werden den Chefs der NKWD-Sektoren für die Zeit vom 4. bis 10. August d.J. folgende Regimenter operativ unterstellt:

Gen. Generalmajor Dobrynin –	219. und 87. Grenzregiment	
Gen. Generalleutnant Fokin –	331. und 127.	" , 38. Brandenburg
Gen. Generalmajor Martirossow –	157. und 92.	" , Provinz Sachsen
Gen. Generalmajor Beschadow –	83.	" , Land Thüringen
Gen. Generalmajor Klepow –	16. und 38.	" , Land Sachsen

---

<sup>166</sup> Vgl. Dokument Nr. 39.

<sup>167</sup> Vgl. Dokument Nr. 94.

9. Nach Beendigung der Operation, d. h. am 16./17. August d. J., ist über die geleistete Arbeit ein zusammenfassender Bericht vorzulegen.

I. Serow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 361- 362. Original.*

## **Nr. 46. Kampfbefehl Nr. 0017 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 4. August 1945**

Serie „G“

1. Ab 10. August 1945 wird auf dem von sowjetischen Truppen besetzten Territorium Deutschlands eine großräumige tschekistisch-militärische Operation durchgeführt.

2. Die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD nehmen an der Operation unter folgender operativer Führung teil:

a) 219. und 87. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Mecklenburg Gen. Generalmajor Dobrynin, sein Standort – Schwerin;

b) 331. und 127. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Brandenburg Gen. Generalleutnant Fokin, sein Standort – Potsdam;

c) 92. und 157. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Sachsen Gen. Generalmajor Martirossow, sein Standort – Halle;

d) 105. und 333. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD Gen. Generalmajor Sidnew, sein Standort – Berlin;

e) 16. und 38. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD für das Land Sachsen Gen. Generalmajor Klepow, sein Standort – Dresden;

f) 83. Grenzregiment – unter dem Chef des Operativen Sektors des NKWD für das Land Thüringen Gen. Generalmajor Beschanow, sein Standort – Weimar.

3. Bis zum Abend des 9. August 1945 konzentrieren sich die Regimenter in den von den Chefs der Operativen Sektoren zugewiesenen Räumen.

4. Am 5. August 1945 haben die Regimentskommandeure bei den in Punkt 2 des Befehls genannten Chefs der Operativen Sektoren zu erscheinen, um von diesen Anweisungen über Aufgaben, Verteilung und das weitere Vorgehen der Regimenter während der Operation zu erhalten.

5. Nach Beendigung der Operation verbleiben die Regimenter für den weiteren Dienst in der operativen Unterstellung der Chefs der Operativen Sektoren in der in Punkt 2 des vorliegenden Befehls genannten Zuordnung, mit Ausnahme des 333. Grenzregiments, das sich als meine persönliche Reserve zum 17. August 1945 in Alt-Gliencke konzentriert (südöstliche Umgebung Berlins).

Der Kommandeur des 333. Grenzregiments übergibt die zu bewachenden Objekte und den Dienst in den Operativen Gruppen dem 105. Grenzregiment.

6. Meine Kommandostelle: Grünau.

7. Die Verbindung ist über Funk und Verbindungsoffiziere aufrechtzuerhalten.

Sofortige chiffrierte Meldung über Funk:

- über den Erhalt des Befehls,
- über den Zeitpunkt des Abmarschs in die Konzentrierungsräume,
- über die Ankunft in den Konzentrierungsräumen,

- über den Beginn der Operation,
- über den Verlauf der Operation – täglich, entsprechend der Meldetabelle.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin  
Stellvertretender Stabschef Oberstleutnant Stroitelew

*RGWA 32925/1/103, Bl. 304 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 47. Kampfbefehl Nr. 0014/OP des Stabs des 105. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 8. August 1945**

Serie „G“  
Hohenschönhausen

In der Zeit vom 10. bis 13. August 1945 wird in Berlin eine großräumige Operation zur Säuberung und zur Ergreifung feindlicher Elemente und Ordnungsverletzer durchgeführt.

Mit Kampfbefehl Nr. 0017<sup>168</sup> des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD vom 3. August 1945 wird dem Regiment befohlen, die Säuberung der Stadtbezirke Mitte, Weißensee, Lichtenberg und Pankow vorzunehmen.

Demgemäß befehle ich hiermit:

Die Bataillonskommandeure und der Chef der Mobilien Gruppe des Regiments haben je eine Operative Gruppe mit acht Offizieren und 40 Mann (Unteroffiziere und Soldaten) zu bilden.

Zum 9. August 1945, 11.00 Uhr erfolgt unter dem Kommando der Bataillonskommandeure und des Chefs der Mobilien Gruppe des Regiments die Übergabe dieser Gruppen in die Verfügung der Chefs der operativen Abschnitte des NKWD:

1. Schützenbataillon – Weißensee,
2. Schützenbataillon – Lichtenberg,
3. Schützenbataillon – Pankow,

Mobilen Gruppe – Mitte (Chef des 4. operativen Abschnitts).

Die Operation beginnt am 10. August 1945, 3.00 Uhr.

Sie endet am 13. August 1945, 20.00 Uhr.

Die Meldungen über die Ergebnisse des Dienstes sind entsprechend der Tabelle für Sofortmeldungen zu erstatten.

Nach Beendigung der Operation ist eine ausführliche Beschreibung der Ergebnisse der Arbeit der Operativen Gruppen zu geben.

Kommandeur des 105. Rigaer, mit dem Rotbannerorden ausgezeichneten Grenzregiments der NKWD-Truppen Oberst Alexejew<sup>169</sup>

Chef des Regimentsstabs Major Maschin

*RGWA 32925/1/103, Bl. 325. Original.*

---

<sup>168</sup> Vgl. Dokument Nr. 46.

<sup>169</sup> Alexejew, Michail Leonidowitsch.

## Nr. 48. Kampfbefehl Nr. 002 des Stabs des 16. Grenzregiments der NKWD-Truppen. 18. August 1945

Serie „G“

Dresden, Karte 1:200.000

1. Auf der Grundlage des Befehls Nr. 0017<sup>170</sup> des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin vom 3. August 1945 begab sich das Regiment zur Sicherung des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für das Land Sachsen nach Dresden, hier erfolgte die Übergabe in die operative Unterstellung unter den Chef des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für das Land Sachsen Generalmajor Klepow.

2. Der Abschnitt der operativen Betreuung durch das Regiment umfasst zwei Bezirke – Dresden und Bautzen. Zum Bezirk Dresden gehören die Landkreise:

Großenhain (8090), Meißen (7090), Freiberg (4080), Dippoldiswalde (4000), Pirna (4020).

Zum Bezirk Bautzen gehören die Landkreise:

Löbau (6070), Görlitz (6090), Zittau (4080), Kamenz (8030).

3. Der Abschnitt zur operativen Betreuung für das 1. Bataillon – Bezirk Bautzen.

Stationierung der Sicherungseinheiten:

- |                      |                  |
|----------------------|------------------|
| 1. Sicherungseinheit | – Zittau (4080)  |
| 2.       "           | – Bautzen (7060) |
| 3.       "           | – Löbau (6070)   |
| 4.       "           | – Görlitz (6090) |
| 5.       "           | – Bautzen        |

4. Der Abschnitt zur operativen Betreuung für das 2. Bataillon – Bezirk Dresden.

Stationierung der Sicherungseinheiten:

- |                      |                         |
|----------------------|-------------------------|
| 6. Sicherungseinheit | – Pirna (4020)          |
| 7.       "           | – Freiberg (4080)       |
| 8.       "           | – Meißen (7090)         |
| 9.       "           | – Großenhain (8090)     |
| 1.       "           | – Dippoldiswalde (4000) |

In Dresden ist das Gefängnis zu bewachen, für die Bewachung ist eine Gruppe aus der Reservesicherungseinheit abzustellen.

Ein Plan für die Bewachung des Gefängnisses ist mir am 21. August 1945 vorzulegen.

Kommandostelle des Bataillons – Dresden.

5. Das 3. Bataillon bewacht mit einer Sicherungseinheit weiterhin die Kommandostelle des Chefs des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für das Land Sachsen, die übrigen Einheiten konzentrieren sich in Dresden bei der Kommandostelle des Regiments als meine Reserve.

6. Die Kommandeure des 1. und des 2. Bataillons haben die Sicherungseinheiten bis zum Abend des 19. August 1945 in die genannten Standorte zu führen.

7. Kommandostelle des Regiments – Dresden.

Die Verbindung ist über Funk, Telefon und Melder zu halten.

Meldung zu erstatten ist:

– über den Erhalt des Befehls,

<sup>170</sup> Vgl. Dokument Nr. 46.

- über das Erreichen der Standorte durch die Sicherungseinheiten,
- täglich, entsprechend der Tabelle für Sofortmeldungen.

Kommandeur des 16. Grenzregiments Oberst Sabotin  
Chef des Regimentsstabs Oberstleutnant Siwkow

RGWA 32925/1/103, Bl. 364- 365. *Original.*

**Nr. 49. Verfügung des Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland  
Generaloberst Serow an die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD der  
Länder und Provinzen über den Einsatz der ihnen unterstellten Inneren  
Truppen. 27. August 1945**

Geheim

Nr. 002465

An die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD:

Provinz Brandenburg – Gen. Generalleutnant Fokin

Provinz Sachsen – Gen. Generalmajor Martirossow

Provinz Mecklenburg<sup>171</sup> – Gen. Generalmajor *Nikitin*<sup>172</sup>

Land Sachsen – Gen. Generalmajor Klepow

Land Thüringen – Gen. Generalmajor Beschadow

Berlin – Gen. Generalmajor Sidnew

An die Kommandeure des 16., 38., 83., 87., 92., 105., 127., 157., 219., 331. und des 333. Grenzregiments der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD

Die in die operative Unterstellung unter die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD überführten Grenzregimenter sind als militärische Kraft wie folgt einzusetzen:

- für die Beseitigung von Diversions- und terroristischen Gruppen, von Banden, von Sabotage durch absichtliche Verzögerungen<sup>173</sup> sowie sonstiger, von faschistischen oder anderen verbrecherischen Elementen ausgehender feindlicher Erscheinungen;
- für die unter der Führung der Chefs von Operativen Gruppen durchzuführenden Razzien, Haussuchungen, Verhaftungen und andere tschekistisch-militärische Maßnahmen;
- für die Bewachung und den Schutz von Standorten der Operativen Sektoren, der Operativgruppen und der Truppenteile selbst.

Der Chef des Operativen Sektors des NKWD ist operativer Chef für alle ihm unterstellten Grenzregimenter. Der Kommandeur eines Grenzregiments (wo es mehrere gibt, bestimmt der Chef des Operativen Sektors einen von ihnen) ist Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors für die Truppen.

Die Chefs der Operativen Sektoren, der Bezirke und der Operativen Gruppen des NKWD tragen zusammen mit den Kommandeuren der Truppenteile und Einheiten die Verantwortung für den politisch-moralischen Zustand, die Disziplin und die militärische Ausbildung der Truppen.

---

<sup>171</sup> Dem deutschen Staatsrechtsverständnis nach war Mecklenburg zwar ein Land, von der SMAD wurde es jedoch 1945–47 konsequent als „Provinz“ bezeichnet (auch als „Provinz Mecklenburg-Vorpommern“). Diese Sprachkonvention wurde in den Dokumenten beibehalten.

<sup>172</sup> „Nikitin“ wurde handschriftlich eingetragen über dem Namen Gubin.

<sup>173</sup> Vorlage: „wolyinka“.

Ihre operativen Aufgaben erhalten die Einheiten der Regimenter nur von den Chefs der Operativen Gruppen, denen diese Einheiten zugeteilt wurden.

Ein Einsatz von Angehörigen der Truppen, der nicht ihrer direkten Bestimmung entspricht, etwa als Ordonanzen, Köche, Wachleute usw., ist untersagt.

In direkter Linie (in Fragen der Organisation, Auffüllung, dienstliche Laufbahn der Offiziere, Ausbildung und Erziehung, disziplinarische Praxis, Nachrichtenverbindungen und Versorgung der Truppen in jeder Hinsicht) unterstehen die Truppen dem Chef der NKWD-Truppen. Diese Fragen werden nicht von den operativen Chefs entschieden; wenn sie sich ergeben, legen sie sie dem Chef der NKWD-Truppen vor.

Die Truppen lassen sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von den Dienstvorschriften und Anweisungen der Roten Armee, von den Befehlen des NKWD der UdSSR und von vorliegender Anweisung leiten. Es werden keinerlei weitere Ordnungen für die Truppen aufgestellt.

Für den korrekten und rationellen Einsatz der Truppen ist es erforderlich:

1. Die Kommandeure der Regimenter und Einheiten täglich über die operative Lage auf dem laufenden zu halten.

2. Auf der Grundlage der vorliegenden Stärkemeldung den vollständigen Einsatz des Personals im Dienst zu kontrollieren. Dabei ist zu beachten:

a) eine tägliche Beanspruchung für Soldaten von acht Stunden, für Sergeanten (Gruppenführer) von fünf Stunden, für Offiziere – in Abhängigkeit von der Lage;

b) daß für die Einheiten täglich drei Stunden Kampfausbildung angesetzt werden müssen.

3. Wenn irgend möglich, sollen die Truppenteile kompakt zusammengehalten werden (bataillonsweise).

Die organisatorische Grundeinheit des Regiments, die Sicherungseinheit, *darf nicht weiter aufgeteilt werden, sie ist bei den Operativen Gruppen*<sup>174</sup> zu stationieren.

4. Unter allen Umständen muß den Chefs von Operativen Sektoren und Bezirken eine Reserve von der Stärke eines Bataillons, mindestens aber einer Sicherungseinheit zur Verfügung stehen, damit sie die Möglichkeit haben, mit bewaffneten Kräften auf eine Veränderung der Situation in ihrem Sinne zu reagieren.

5. Bei tschekistisch-militärischen Operationen wird ein operativer Mitarbeiter zum Chef ernannt, der Truppenkommandeur wird in diesem Fall dessen Stellvertreter.

Doch bei militärischen Operationen wird ein Truppenkommandeur zum Chef ernannt, dem zur operativen Absicherung der Operation ein operativer Mitarbeiter als Stellvertreter beizugeben ist.

6. Die Verhängung von Strafen und die Erteilung von Belobigungen für Militärangehörige darf nur durch den Truppenkommandeur erfolgen, dem der zu Bestrafende bzw. zu Belobigende direkt untersteht.

7. Die Aufklärungsunterabteilungen der Grenzregimenter organisieren die operative, auf Agenten gestützte Arbeit auf Anweisung der Chefs der Operativen Sektoren des NKWD. *Gleichzeitig*<sup>175</sup> leiten sie die Aufklärungsunterabteilungen der Bataillone an.

8. Die Ordnung für die Berichterstattung über die Truppenlinie bleibt wie bisher, d.h., die Einheiten erstatten Bericht – entsprechend der Tabelle für Termin- und für außerterminliche Meldungen – vor der Verwaltung der NKWD-Truppen. Die Ordnung für die Rechenschaftslegung der Einheiten vor den Operativen Chefs wird von letzteren festgelegt, begrenzt auf *die notwendigen Informationen*.<sup>176</sup> Es ist nicht sinnvoll, neue Formen der Rechenschaftslegung einzuführen.

Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR für die GSBSD Generaloberst Serow

RGWA 32925/1/104, Bl. 294-296. Original.

<sup>174</sup> Die kursiv gesetzten Worte wurden handschriftlich eingetragen.

<sup>175</sup> Gestrichen sind die Worte: „mit der operativen Betreuung von drei bis vier Landkreisen [leiten sie] unmittelbar“.

<sup>176</sup> Die kursiv gesetzten Worte wurden handschriftlich eingetragen.

**Nr. 50. Schreiben des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Apollonow über die Organisation der Bewachung von Objekten des NKGB in Deutschland. 2. September 1945**

Streng geheim

Nr. 5610/M

Für die Organisation der Bewachung von Objekten des NKGB der UdSSR in Deutschland bitte ich Sie um eine entsprechende Anweisung, daß Gen. Guljajew 20 Rotarmisten aus den Reihen der NKWD-Truppen, die sich in Deutschland befinden, zur Verfügung zu stellen sind.

Volkskommissar für Staatssicherheit der UdSSR W. Merkulow

*An Simin. Bereitzustellen nach Absprache mit Gen. Guljajew. Apollonow. 4. Sept. 1945.*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 294. Original.*

**Nr. 51. Denkschrift des stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Kobulow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Entsendung von Operativen Gruppen des NKWD und des NKGB nach Berlin und Wien. 10. Oktober 1945**

Streng geheim

In Ausführung Ihres Auftrags berichte ich:

1. Eine operativ-tschechistische Gruppe unter Leitung von Gen. Generalmajor Krawtschenko ist am 5. Oktober d. J. in Berlin eingetroffen.

2. Eine operativ-tschechistische Gruppe unter Leitung von Gen. Generalmajor Eitingon<sup>177</sup> ist am 10. Oktober d. J. in Wien eingetroffen.

3. Eine operativ-tschechistische Gruppe unter Leitung von Gen. Generalleutnant Ruchadse und Gen. Generalmajor Kakutschaja ist am 10. Oktober d. J. in Berlin eingetroffen.

Die operativen Gruppen sind zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben entsandt worden.

B. Kobulow

*GARF 9401/1/2223, Bl. 158. Original.*

---

<sup>177</sup> Eitingon, Naum Issaakowitsch (1899–1981), Generalmajor; stellvertretender Chef der 4. Sonderabteilung und stellvertretender Chef des Sonderbüros des NKWD der UdSSR.

## **Nr. 52. Befehl Nr. 0273 des Stabs der GSBSD über die Organisation der Sicherung der Außengrenze Berlins durch Wachposten. 18. Oktober 1945**

Geheim

An die Befehlshaber der 1. und 2. Garde-Panzerarmee  
an den Befehlshaber der Artilleriegruppe  
an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe  
Kopie: an den Stadtkommandanten von Berlin

Der Oberbefehlshaber der Gruppe hat befohlen:

1. Bis zum 25. Oktober 1945 ist die Sicherung der Außengrenze von Groß-Berlin durch Wachposten zu organisieren, entsprechend dem beigegeführten Auszug aus dem vom Kriegsrat bestätigten Schema.

2. Zu jedem Posten gehören sieben Mann mit einem rangniederen Kommandeur an der Spitze. Je zwei bis vier Posten bilden die Sicherungseinheit eines Zuges mit einem Offizier an der Spitze, zwei bis drei Züge sind zu einem Kompaniebereich mit einem Kompaniechef an der Spitze zusammenzufassen. Die Ablösung dieser Kompanien sollte mindestens einmal in zehn Tagen erfolgen.

3. Der Standort der Posten ist im Gelände zu präzisieren. Sie sind so aufzustellen, daß sie möglichst viele Straßen überschauen können; das ganze System der Posten im Kompaniebereich muß die volle Kontrolle über alle Straßen im Kompaniebereich sichern. Jeder Posten ist mit einem Schlagbaum auszustatten.

4. Aufgabe der Bewachung: Der Eintritt bzw. die Einfahrt von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten und Offizieren auf unser Territorium ohne spezielle, vom Stab der GSBSD ausgestellte Passierscheine ist nicht zuzulassen, mit Ausnahme der Straße, die den alliierten Truppen zugewiesen wurde: Berlin – Michendorf, mit dem weiteren Zugang zur Autobahn. Mit Passierscheinen, die von Führungen oder Stäben der alliierten Truppen ausgestellt wurden, darf niemand durchgelassen werden.

5. Soldaten und Offiziere, die versuchen, außerhalb der ihnen zugewiesenen Straßen nach Berlin zu fahren, sind festzunehmen und mit Kurier dem sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen zu übergeben.

Anhang: Auszug aus dem Organisationschema für die Sicherung der Außengrenze Groß-Berlins durch Wachposten.<sup>178</sup>

Stabschef der GSBSD Generaloberst Malinin<sup>179</sup>

*Anweisungen nach dem Schema.*

*Es wurde der spezielle Kampfbefehl Nr. 0020 vom 22. Okt. ausgegeben. A. Bolschakow. 22. Okt. 1945.*

*RGWA 32925/1/103, Bl. 396-397. Original.*

<sup>178</sup> Dem Dokument ist eine Karte Berlins beigegeführt, auf der die Standorte der Sicherungseinheiten der NKWD-Truppen eingezeichnet sind, in: RGWA 32925/1/103, Bl. 398.

<sup>179</sup> Malinin, Michail Sergejewitsch (1899–1960), Generaloberst; 1944–45 Stabschef der 1. Belorussischen Front. 1945–48 Stabschef und stellvertretender Oberbefehlshaber der GSBSD. 1948–50 Chef des Hauptstabes und stellvertretender Oberbefehlshaber der Bodentruppen, 1952–60 Erster Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. 1953 Armeegeneral. 1945 Held der Sowjetunion.



**Nr. 53. Spezieller Kampfbefehl Nr. 0020 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD. 22. Oktober 1945**

Serie „G“

Berlin (Grünau)

An die Kommandeure des 105. und des 331. Grenzregiments

Gemäß Befehl des Oberbefehlshabers der GSBSD ist bis zum 25. Oktober 1945 die Sicherung der Außengrenze von Groß-Berlin mit Wachposten mit folgenden Aufgaben zu organisieren:

a) Der Eintritt bzw. die Einfahrt von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten und Offizieren in unser Territorium ohne spezielle, vom Stab der GSBSD ausgestellte Passierscheine ist nicht zuzulassen, mit Ausnahme der Straße, die den alliierten Truppen zugewiesen wurde: Berlin – Michendorf, mit dem weiteren Zugang zur Autobahn.

Mit Passierscheinen, die von Führungen oder Stäben der alliierten Truppen ausgestellt wurden, darf niemand durchgelassen werden.

b) Alle Soldaten und Offiziere der alliierten Truppen, die versuchen, außerhalb der ihnen zugewiesenen Straße nach Berlin hineinzukommen *oder aus Berlin* herauszukommen, sind festzunehmen und mit Kurier dem sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen zu überstellen.

2.<sup>180</sup> Die Bewachung ist entsprechend dem beigegeführten Schema zu organisieren.

3. Die Kommandeure des 105. und 331. Grenzregiments organisieren die Bewachung mit Posten in den Bezirken, die im beigegeführten Schema angegeben sind. Sie setzen dafür die in den jeweiligen Stadtbezirken stationierten Einheiten ein.

Ab 25. Oktober 1945 sind an allen Hauptstraßen und deren Anschlüssen rund um die Uhr Posten aufzustellen, besetzt mit einem Sergeanten und mindestens zwei Mann.

Die Abschnitte zwischen den Posten sind durch Streifen und Aufklärungstrupps zu kontrollieren. Auf nicht einsehbaren Straßen sind getarnte Posten einzurichten.

Die Standorte für die Posten und die anderen Dienstkommandos sind vor Ort zu präzisieren, wobei diese so zu wählen sind, daß möglichst viele Straßen erfaßt werden und das ganze System der Dienste die volle Kontrolle über alle Straßen in dem zu bewachenden Abschnitt sichert.

Jeder Posten ist mit einem Schlagbaum auszustatten.

4. Für die Dienstkommandos sind gebildete, sehr reife und disziplinierte Sergeanten und Rotarmisten auszuwählen, die sorgfältig über Verhaltensnormen zu instruieren sind. Besonderer Wert ist auf taktvolles, höfliches Verhalten zu Offizieren und Soldaten der alliierten Truppen zu legen, wenn deren Recht auf Durchfahrt kontrolliert wird, aber auch wenn sie festgenommen und zum Kommandanten begleitet werden.

Die Offiziere haben die Kommandos öfter zu kontrollieren und an deren Dienst persönlich teilzunehmen.

5. Meine Kommandostelle: Grünau.

6. Verbindung – wie bisher. Meldungen sind zu erstatten: die erste nach Erhalt des Befehls, die zweite am 24. Oktober 1945 bis 12.00 Uhr über die Bereitschaft zur Bewachung, im weiteren nach Meldetabelle.

---

<sup>180</sup> So in der Vorlage.

Anhang: Kopierter Auszug aus dem Schema zur Bewachung und Information *nur für die Kommandeure des 105. und 331. Grenzregiments.*

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin  
Stabschef der Truppen Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 399 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 54. Schreiben des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Kruglow und des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an Stalin mit dem Vorschlag zur Ernennung Serows zum nebenamtlichen Bevollmächtigten des NKGB in Deutschland. 31. Januar 1946**

Streng geheim

Nr. 735/m/333/k

Auf dem von der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands wird die tschekistische Arbeit zur Zeit von den Operativen Gruppen des NKWD unter Leitung des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR Gen. Serow durchgeführt.

Zum Bestand der Operativen Gruppen des NKWD gehören 2.230 Mitarbeiter der Organe und der Truppen des NKWD und 399 operative Mitarbeiter des NKGB.

Der NKGB der UdSSR verfügt in Berlin lediglich über eine kleine operative Gruppe von 35 Mitarbeitern, die ausschließlich für die Aufklärung tätig sind.

Diese Situation führte in der Praxis dazu, daß sich der NKWD der UdSSR vielfach mit Fragen beschäftigen musste, die unmittelbar in die Zuständigkeit der Organe des NKGB der UdSSR fallen (Erkundung, Verhaftung und Ermittlung in Spionage- und Diversionsfällen, Entsendung von Agenten in die Besatzungszonen der Alliierten mit Aufklärungsaufträgen, Fahndung nach Agenten der ehemaligen deutschen Geheimdienste, Bearbeitung von Emigranten usw.).

Zur besseren Abgrenzung der Funktionen von NKWD und NKGB auf dem Territorium Deutschlands halten wir Folgendes für zweckmäßig:

1. Der Bevollmächtigte des NKWD der UdSSR Gen. Serow ist außerdem im Nebenamt zum Bevollmächtigten des NKGB der UdSSR zu ernennen.

2. Die Arbeit innerhalb der Operativen Gruppen von NKWD-NKGB auf dem Territorium Deutschlands ist so zu gestalten, daß jede Operativgruppe ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den Aufgabenstellungen sowohl des NKWD der UdSSR als auch des NKGB der UdSSR leistet.

Wir bitten um Ihre Anweisungen.

W. Merkulow

S. Kruglow

*Durchlief das Sekretariat des Gen. Merkulow unter Nr. 735/m.*

*GARF 9401/2/134, Bl. 231-232. Kopie.*

Veröffentlicht in: N. W. Petrow: Perwy predsdatel KGB Iwan Serow, Moskwa 2005, S. 243.

**Nr. 55. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR in Deutschland Generalmajor Kusnezow an den Chef der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak über Aufgaben und Tätigkeit der Inneren Truppen des MWD in Deutschland. Moskau, 26. September 1946**

Streng geheim

Nr. Sch/1-002871

**Denkschrift**

Mit Direktive Nr. 002465 des Stellvertreters des Ministers für Inneres der UdSSR Gen. Generaloberst Serow vom 27. August 1945<sup>181</sup> erging an die Inneren Truppen des MWD in Deutschland folgender Auftrag:

- Liquidierung von Diversions- und Terrorgruppen und Banden, Bekämpfung von Sabotage durch absichtliche Verzögerung<sup>182</sup> und anderer feindlicher Aktivitäten seitens faschistischer und anderer verbrecherischer Elemente;
- Durchführung – unter der Führung der Chefs von Operativen Gruppen – von Razzien, Durchsuchungen, Festnahmen sowie anderer operativ-militärischer Sondermaßnahmen;
- äußere Bewachung von Gefängnissen und Untersuchungshaftzellen sowie Begleitung von Gefangenentransporten;
- Sicherung und Verteidigung der Standorte der Operativen Sektoren, Operativen Gruppen und der Truppen selbst.

Gemäß diesem Auftrag wurden die mir unterstellten Regimente dem operativen Kommando der Chefs von sechs Operativen Sektoren unterstellt und entsprechend auf die Provinzen verteilt.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des 322. Regiments der Wachtruppen wurde mit Verfügung Nr. 29608 des Stellvertreters des Ministers für Inneres Gen. Generaloberst Apollonow vom 26. April 1946 die Sicherung der Lager und Haftanstalten des MWD in Deutschland sowie die Bewachung der Gefangenentransporte sowohl innerhalb Deutschlands als auch in die UdSSR ebenfalls den Inneren Truppen des MWD in Deutschland übertragen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben standen bis Juni 1946 zehn Regimente zur Verfügung, die zum Bestand der Inneren Truppen des MWD in Deutschland gehörten.

Nach der Auflösung des 219. und 16. Schützenregiments<sup>183</sup>, der 107. Besonderen Mobilen Gruppe und des 23. Kraftwagenbataillons sowie der Verlegung des 331. Schützenregiments, die mit der Unterstellung unter das Kommando des Chefs der Inneren Truppen des MWD der Ukraine zusammenhing, verfügen die Inneren Truppen in Deutschland nur noch über sieben Schützenregimente, deren Sollstärke nach der Überprüfung der Stellenpläne im Mai 1946 deutlich reduziert wurde.

Demgegenüber hat sich der Umfang der Aufgaben, die die Truppen zu bewältigen haben, nicht nur nicht verringert, sondern ist sogar gewachsen.

Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der personellen Ausstattung der Truppen wurde eine Umgruppierung der Kräfte vorgenommen, in deren Folge die verbliebenen Einheiten die Sicherung all jener Objekte übernahmen, die ursprünglich durch zehn Regimente bewacht worden sind.

---

<sup>181</sup> Vgl. Dokument Nr. 49.

<sup>182</sup> Vorlage: „wolyinka“.

<sup>183</sup> Mit Befehl Nr. 0017 der Verwaltung der Inneren Truppen des MWD in Deutschland vom 18. Mai 1946 wurden die Grenzregimente in Schützenregimente umbenannt.

Gegenwärtig sind die Regimenter für die Sicherung von 345 Objekten zuständig.

Die Reduzierung der Truppen um drei Regimenter hat bei einem gleichzeitigen Fehlbestand von 821 Mann (Stand 1. September 1946) die bereits bestehende Überbeanspruchung der Einheiten weiter verstärkt und einige zusätzliche Schwierigkeiten geschaffen, die die Erfüllung der vor den Truppen in Deutschland stehenden Aufgaben behindern.

Die Schwierigkeiten, mit denen der Dienst für die Einheiten der Truppen verbunden ist, bestehen hauptsächlich in Folgendem:

1. Jedes Regiment ist derzeit für die Bewachung einer Vielzahl von Objekten (von 40 bis 80) zuständig, die auf dem Territorium von zwei bis drei Provinzen verstreut sind und sich in beträchtlicher Entfernung von den Regiments- und Bataillonsstäben befinden.

Die Einheiten der Truppen sind in kleine Garnisonen und Wachposten zersplittert, die Mehrzahl der 345 zu sichernden Objekte wird durch kleine Gruppen von Militärangehörigen in der Stärke von fünf bis zehn Mann bewacht.

Die nachfolgend angeführte Standortübersicht der Einheiten zeigt, daß die zu sichernden Objekte bis zu 200 Kilometer von den Stäben entfernt liegen, was natürlich die Führung der Einheiten erschwert, zusätzlichen Personalaufwand verursacht und die Organisation der militärischen und politischen Ausbildung behindert.

2. Es wurde festgestellt, daß vom Istbestand jedes Regiments 321 Mann passiven Dienst (Bereitschaftsdienst) verrichten, zwischen 80 und 120 als regulärer Fehlbestand ausfallen und bis zu 115 Mann durch Dienstreisen, Urlaub, Krankenhausaufenthalte sowie Ausbildung an der Schule für Sergeanten, Köche, Fahrer, Filmvorführer und andere Fachrichtungen verhindert sind. Im Ergebnis werden lediglich 51 Prozent des vorschrittsmäßigen Personalbestandes eines Regiments unmittelbar für die Sicherung von Objekten, die Begleitung von Gefangenentransporten, die Durchführung aktiver Suchmaßnahmen usw. eingesetzt, was völlig unzureichend ist und dazu führt:

a) daß die Militärangehörigen täglich mindestens zwölf Stunden Dienst verrichten und mitunter innerhalb von zwei bis drei Monaten keinen einzigen Ruhetag haben;

b) daß die Regiments- und Bataillonskommandeure über keinerlei Reserven verfügen und im Falle der Durchführung dringlicher Suchaktionen und anderer Operationen gezwungen sind, den Postendienst von drei auf zwei Schichten umzustellen, um die dafür erforderlichen Kräfte bereitstellen zu können;

c) daß die militärische Ausbildung des Personals, insbesondere im Bereich der taktischen Schulung und der Schießausbildung (praktische Schießübungen), höchst unregelmäßig, nur mit übermäßigem Kraftaufwand und auf niedrigem Niveau durchgeführt werden kann.

So wurde das 60-Stunden-Programm aufgrund der dienstlichen Überbeanspruchung des Personals, die selbst eine Ausbildung auf Gruppenebene ausschloß, im Juli und August 1946 nur zu 60 bis 89 Prozent erfüllt.

Erschwerend kommt hinzu, daß gegenwärtig 33 Zugführer fehlen.

Um zu verdeutlichen, welcher Belastung die Einheiten ausgesetzt sind, hier einige Angaben zum 83. Schützenregiment:

– Zum 1. September 1946 besteht das Regiment aus 1.145 Mann, der Fehlbestand beträgt 106 Mann. Außerhalb des Standortes halten sich aus verschiedenen legitimen Gründen 126 Personen auf, 60 Mann sind täglich im Innendienst beschäftigt. Somit sind, einschließlich der 321 Personen, die passiven Dienst verrichten, insgesamt 613 Mann oder 48,8 Prozent der Sollstärke nicht an der Bewachung von Objekten beteiligt.

Für die Sicherung von 58 Objekten bleiben 638 Mann übrig (einschließlich der Offiziere, die den Dienst organisieren), wobei der tägliche Bedarf für den Wachdienst 450 Mann und für die Begleitung von Gefangenentransporten durchschnittlich 150 Mann im Monat beträgt.

Während diese ernsthafte Belastung alle Einheiten der Truppen betrifft, die mit der Bewachung von Objekten der Operativen Sektoren des MWD in den Provinzen der SBZ betraut sind, wer-

den die Dienstbedingungen des 38. Schützenregiments noch dadurch erschwert, daß sich die durch das Regiment zu bewachenden Objekte auf das gesamte Territorium der SBZ verteilen. Die Dienstbedingungen des Regiments können wie folgt gekennzeichnet werden:

Das 38. Schützenregiment bewacht zehn Lager und zwei Gefängnisse mit insgesamt bis zu 80.000 Insassen.

Nach den Festlegungen des Befehls Nr. 0313 des NKWD der UdSSR müßte ein so umfangreiches Gefangenekontingent von mindestens 1.600 bis 1.800 Mann bewacht werden, wobei allein für die Besetzung der Posten (aktiver Dienst) der Einsatz von 930 bis 980 Mann vorgeschrieben wäre.

So sind für die Bewachung des Sonderlagers Nr. 9 – Neubrandenburg – mit 12.000 Insassen laut Dienstvorschrift für die Posten 170 Mann erforderlich. Faktisch ist das 38. Schützenregiment jedoch nur in der Lage, für dieses Objekt eine Schützenkompanie (96 Mann) bereitzustellen, und selbst diese hat nicht die vorgeschriebene Sollstärke.

Das Sonderlager Nr. 1 – Mühlberg – mit 15.000 Insassen wird ebenfalls nur durch eine Schützenkompanie gesichert, während die Dienstvorschriften den Einsatz einer Wachmannschaft in der Stärke von 250 Mann verlangen.

Eine eigens zur Überprüfung des Zustandes der Sicherheit der genannten Objekte entsandte Kommission aus Vertretern des Stabes der Truppen und der Verwaltung für die Sonderlager sah sich veranlaßt, mich auf die äußerst unzureichende Stärke der verfügbaren Wachmannschaften hinzuweisen und vor unerwünschten Folgen zu warnen, dies um so mehr, als in der Umgebung einiger dieser Lager (Neubrandenburg, Mühlberg, Jamlitz) keine anderen militärischen Einheiten stationiert sind.

Über den Rahmen der oben genannten Verpflichtungen hinaus obliegt den Truppen die Bewachung von Gefangenentransporten aus diesen Lagern – sowohl auf dem Territorium Deutschlands als auch von dort in die UdSSR. Neben Häftlingstransporten begleiten die Truppen auch Transporte von Kriegsgefangenen und diversem Frachtgut in die UdSSR, wofür monatlich bis zu 400 Mann abgestellt werden, wobei die Begleitmannschaften in der Regel über einen Monat unterwegs sind.

Die nachfolgende Tabelle, die über den Personaleinsatz der Truppen im Bereich der Transportbegleitung im August Auskunft gibt, zeigt, wie das Personal im einzelnen eingesetzt wurde:

Art des Transports	Anzahl der eingesetzten Militärangehörigen	Tagesbedarf an Militär- angehörigen	Anzahl der Transporte
Transporte über die Grenzen der SBZ hinaus	276	276	6
Transporte innerhalb der Zone	1.242	41	267
Begleitung von Loko- motiven und anderen Gütern im Auftrage des MWD der UdSSR	36	36	18
Insgesamt	1.554	357 <sup>184</sup>	288 <sup>185</sup>

<sup>184</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 353.

<sup>185</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 291.

Zur Verdeutlichung einige Beispiele zur Dauer der Begleitmissionen:

a) Eine unter dem Kommando von Oberleutnant Saweljew stehende Gruppe des 127. Schützenregiments in der Stärke von 48 Mann begleitete einen Kriegsgefangenentransport in die UdSSR und war vom 12. Juli bis 31. August 1946 unterwegs, d. h. 51 Tage;

b) eine unter dem Kommando von Oberleutnant Janewitsch stehende Gruppe des 38. Schützenregiments in der Stärke von 31 Mann begleitete einen Kriegsgefangenentransport in die UdSSR und war vom 15. Juli bis 15. August unterwegs, d. h. 30 Tage;

c) eine unter dem Kommando von Oberleutnant Sacharow stehende Gruppe des 127. Schützenregiments in der Stärke von 37 Mann begleitete einen Häftlingstransport in die UdSSR und war vom 24. Juli bis 21. August unterwegs, d. h. 28 Tage.

Da ich über keinerlei Truppenreserven für die Transportbewachung, insbesondere für die Sicherung von Transporten in die UdSSR, verfüge, bin ich gezwungen, Kommandos aus verschiedenen Abteilungen und Einheiten zusammenzustellen, was dazu führt, daß solche Gruppen am häufigsten Regelwidrigkeiten begehen und Gefangenausbrüche zulassen, da die Offiziere ihre Mannschaften nicht kennen und das Personal nicht mit den Besonderheiten des Begleitdienstes vertraut ist. Die Anleitungen, die zwei–drei Tage vor Abfahrt eines Transports durchgeführt werden, sind dafür völlig unzureichend.

Die vom Stab der Truppen eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung der Anzahl der zu bewachenden Objekte mindern die Belastungen, denen die Einheiten ausgesetzt sind, nur in geringem Maße.

Darüber hinaus melde ich, daß das 127. Schützenregiment gemäß Verfügung des Stellvertreters des Ministers für Inneres der UdSSR Gen. Generaloberst Serow am 23. September 1946 zu dessen besonderer Verfügung für die Durchführung von Sonderaufträgen abgestellt wurde.<sup>186</sup>

Im Zusammenhang damit wurden die 54 ursprünglich vom 127. Schützenregiment bewachten Objekte unter den Schutz des 87., 157., 92. und 105. Schützenregiments gestellt, was die Dienstbedingungen für die Einheiten der Truppen weiter verschlechterte und die Ausbildung und Erziehung des Personals in den Untereinheiten noch mehr erschwerte. Unter diesen Bedingungen waren fast alle Regimenter dazu gezwungen, zum Zweischichtdienst überzugehen, was mit einer weiteren Mehrbelastung der Soldaten und Sergeanten verbunden ist.

In Anbetracht des oben Ausgeführten bitte ich, die Möglichkeit einer Komplettierung der mir unterstellten Truppen zu prüfen, die durch folgende Maßnahmen erreicht werden könnte:

1. Besetzung der Vakanzen in den Truppeneinheiten,
2. Erhöhung der Sollstärke des 38. Schützenregiments um ein Bataillon,
3. Entbindung von der Aufgabe, Kriegsgefangenen- und Häftlingstransporte aus den Gefängnissen und Lagern in die UdSSR zu begleiten. Diese Aufgabe übersteigt derzeit meine Möglichkeiten, da für diese Zwecke weder in den Regimentern noch bei mir in der Truppenverwaltung freie Reserven verfügbar sind. Es ist erforderlich, ein Transportsicherungsregiment nach Deutschland zu verlegen.

<sup>186</sup> Im Sept. 1946 wurde das 127. Schützenregiment der Truppen des MWD in Deutschland als „Besondere Reserve“ abgestellt und erhielt – auf der Grundlage der Verfügung des Ministerrats der UdSSR Nr. 10805 vom 9. Sept. 1946 – von I. A. Serow den Auftrag, deutsche Fachleute für die Entwicklung und Herstellung von Raketentechnik zu suchen und in die UdSSR zu bringen. Nach Erfüllung dieses Auftrags übernahm das Regiment auf Anweisung von Serow die Bewachung der Sonderlager des MWD in Deutschland Nr. 5 und 6 und des Gefängnisses Nr. 6 im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg (vgl. RGWA 32932/1/51, Bl. 443). Gemäß Befehl Nr. 001070 des MWD der UdSSR vom 4. Dez. 1946 wurde das Regiment in die UdSSR abgezogen und aufgelöst. Die Auflösung wurde verkündet durch Regimentsbefehl Nr. 0071 vom 28. Dez. 1946 (vgl. RGWA 32932/1, Vorwort zum Bestandsverzeichnis).

Diese Fragen sind dem Stellvertreter des Ministers Gen. Generaloberst Serow vorgetragen worden und er wies mich an, keine Begleitmannschaften für Transporte außerhalb Deutschlands mehr aufzustellen, worüber Sie von ihm durch ein chiffriertes Telegramm unterrichtet wurden, denn ich kann einen von Ihnen oder dem Stellvertreter des Innenministers Gen. Generaloberst Apollonow erteilten Befehl einfach nicht erfüllen.

4. Zustimmung zu einer Reduzierung des militärischen Ausbildungsprogramms für die Soldaten und Sergeanten auf 45 bis 50 Monatsstunden,

5. Anfrage an den Minister für Staatssicherheit der UdSSR mit der Bitte, die Möglichkeit einer Zusammenfassung der Operativen Gruppen des MGB in den Städten und Bezirken Deutschlands bei gleichzeitiger Reduzierung weniger aktiver Landkreis- und Kreisgruppen zu prüfen. Diese Maßnahme würde die Organisation des Objektschutzes erleichtern und die Möglichkeit geben, die militärische Ausbildung und die Erziehung des Personals bis zu einem bestimmten Grade zu normalisieren. Die Chefs der Operativen Sektoren der Provinzen werden ohne Zustimmung der Zentrale eine solche Maßnahme nicht ergreifen.

Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow  
Stellvertreter des Stabschefs Oberstleutnant Gordejew

*RGWA 38650/1/299, Bl. 154-161. Original.*

**Nr. 56. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow mit der Bitte, Serow eine Anweisung zur Übergabe der „tschekistischen Betreuung“ des SMAD-Apparats an die Organe des MGB zu erteilen. 16. Oktober 1946**

Streng geheim

Nr. 1557/A

Ich übersende Ihnen hiermit das Gesuch des Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit Gen. Kowalschuk zur Frage der operativen, auf Agenten gestützten Betreuung des Apparats der SMAD und der deutschen Selbstverwaltungsorgane.

Ich bitte Sie, Gen. Serow die Anweisung zu erteilen, daß die tschekistische Betreuung des Apparats der SMAD und der deutschen Selbstverwaltungsorgane dem MGB zu übertragen ist, ausgehend von dem Beschluss des Politbüros des ZK der WKP(B) vom 20. August d. J.<sup>187</sup>, dem zufolge die operativ-tschekistische Arbeit in der SBZ Deutschlands in den Händen des Ministe-

---

<sup>187</sup> Im Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) Nr. P53/39 vom 20. Aug. 1946 ging es um Fragen der Geschäftsübergabe innerhalb des MGB der UdSSR vom bisherigen Minister Merkulow an den neuen Minister Abakumow. Im Beschluß ist auch die Rede von der Bildung neuer Struktureinheiten im MGB sowie über Veränderungen in der Unterstellung von Struktureinheiten des MWD. So heißt es in Punkt 4: „Die operativ-tschekistische und die Ermittlungstätigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist in den Händen des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR zu konzentrieren, das Agenten- und Informantennetz, die Bearbeitungen, das Personal, die Untersuchungshaftzellen und Inneren Gefängnisse, das Vermögen, die Gebäude und materiellen Werte sind vom MWD der UdSSR dem MGB der UdSSR zu übergeben. Beim MWD der UdSSR verbleiben die Gefängnisse für Verurteilte und Versickte, die Sonderlager und die Begleitung von Gefangenentransporten. Es wird festgelegt, daß Verhaftungen auf Grund von politischen Verbrechen in der SBZ Deutschlands nur von den Organen des MGB vorzunehmen sind. Die in der SBZ Deutschlands vorhandenen Truppen des MWD der UdSSR (7 Regimenter) sind operativ dem MGB der UdSSR zu unterstellen.“ (In: AP RF 3/58/9).

riums für Staatssicherheit zu konzentrieren ist und Verhaftungen dort nur von den Organen des MGB<sup>188</sup> vorgenommen werden dürfen.

Abakumow

Anlage

Streng geheim

An den Minister für Staatssicherheit der UdSSR Gen. Generaloberst Abakumow

Durch eine Verfügung des Stellvertreters des Ministers für Inneres Gen. Serow wurden die Abteilungen für Inneres der SMA<sup>189</sup> mit der operativen, auf Agenten gestützten Betreuung des Apparats der SMAD und darüber hinaus auch mit der tschekistischen Arbeit in den deutschen Selbstverwaltungsorganen sowohl in Berlin als auch in den Provinzen beauftragt.

Da ich das nicht für richtig halte, versuchte ich die Frage mit Gen. Serow zu klären. Dabei berief ich mich auf den Beschluss des ZK der WKP(B), daß die gesamte operative, unter Einsatz von Agenten erfolgende Arbeit in Deutschland in den Händen des MGB zu konzentrieren ist, und bestand darauf, daß den Abteilungen für Inneres der SMA untersagt wird, operative Arbeit mit Agenten zu leisten und Verhaftungen vorzunehmen.

Gen. Serow war mit mir nicht einverstanden.

Ich unterbreite Ihnen das zwecks weiterer Verfügungen.

Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generalleutnant Kowaltschuk

ZA FSB 40s/4/16, Bl. 163-164. Kopie.

Veröffentlicht in: N. W. Petrow: Perwy predsdatel KGB Iwan Serow, Moskwa 2005, S. 249-250.

**Nr. 57. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak an den stellvertretenden Minister für Inneres der UdSSR Apollonow über die Aufgaben und den Einsatz der Inneren Truppen des MWD in Deutschland und die Notwendigkeit einer Reduzierung der Anzahl der durch diese zu bewachenden Objekte des MGB. Oktober 1946**

Streng geheim

Nr. 24/10-00

Ich melde,

daß der Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Gen. Generalmajor Kusnezow Folgendes berichtet:

Gemäß Anordnung Nr. 2243-925ss des Ministerrates der UdSSR<sup>190</sup> vom 5. Oktober d. J. wurden die Inneren Truppen des MWD in Deutschland durch den Stellvertreter des Ministers für

<sup>188</sup> Auf dem Original von Abakumows Schreiben befindet sich der Vermerk: „Eine Anweisung über die Übergabe an das MGB ist Gen. Serow persönlich erteilt worden. 24. Okt. Kruglow.“ (In: GARF 9401/1/2605, Bl. 369). Das Schreiben wurde im Sekretariat des MWD am 25. Okt. 1946 unter der Eingangsnummer 4608 registriert (ebenda).

<sup>189</sup> Als SMA wurden die Verwaltungen der SMAD in den Ländern/Provinzen der SBZ bezeichnet.

<sup>190</sup> In Übereinstimmung mit der Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 2243-925ss vom 5. Okt. 1946 „Über die Förderung der Erze Wismut und Kobalt in Sachsen“ wurden Sokolowski und Serow beauftragt, besondere



Inneres Gen. Generaloberst Serow beauftragt, 30 Objekte der Sächsischen Bergbauverwaltung zu bewachen, wofür bis zu 350 Mann erforderlich sein werden.

Gegenwärtig werden in Deutschland 345 Objekte durch Regimenter der Inneren Truppen des MWD bewacht. Von jedem Regiment werden zwischen 40 und 80 Garnisonen eingerichtet, die bis zu 200 Kilometer von den Stäben entfernt sind.

Das 127. Schützenregiment wurde in die Reserve versetzt und erfüllt einen Sonderauftrag der Führung.

Der personelle Fehlbestand der Inneren Truppen in Deutschland beträgt 950 Mann.

Über Reserven verfügt Generalmajor Kusnezow nicht.

Die Wachposten, die zur Sicherung wichtiger Objekte eingesetzt werden, sind angesichts des spürbaren Personalmangels deutlich zu schwach, so wird:

Das Sonderlager Nr. 1 (Mühlberg) mit 15.000 Gefangenen von einer Kompanie in der Stärke von 96 Mann bewacht; das Sonderlager Nr. 9 (Neubrandenburg) mit 12.000 Gefangenen wird von einer Kompanie in der Stärke von 96 Mann bewacht. Insgesamt bewacht das 38. Regiment zehn Lager und zwei Gefängnisse, in denen 80.000 Gefangene untergebracht sind. In den zu sichernden Objekten ist der Wachdienst nach dem Zweischichtsystem organisiert.

In Anbetracht dessen, daß an den genannten Standorten keine anderen Truppen der Sowjetarmee stationiert sind, können die zahlenmäßige Schwäche und die erhöhte Dienstbelastung der Posten zu unerwünschten Folgen führen.

Darüber hinaus stellen die Truppen monatlich bis zu 400 Mann für die Bewachung von Gefangenen-, Kriegsgefangenen- und Frachtguttransporten bereit.

Die steigende Anzahl der Objekte und der wachsende Bedarf an Personal für ihre Sicherung lassen es unter Berücksichtigung der aktuellen Stärke der Inneren Truppen in Deutschland als notwendig erscheinen, die Zweckmäßigkeit der Existenz einzelner kleinerer und wenig aktiver Operativer Gruppen des MGB in den Kreisen und Bezirken Deutschlands unter dem Gesichtspunkt einer Reduzierung und Zusammenfassung zu prüfen.

Diese Maßnahme würde es ermöglichen, ein Bataillon des 92. Schützenregiments, das derzeit für die Sicherung der Operativen Gruppen des MGB in den Ländern Sachsen und Thüringen zuständig ist, zur Bewachung der Objekte der Sächsischen Bergbauverwaltung einzusetzen.

Obwohl die personelle Stärke der Inneren Truppen für die Erfüllung ihres Auftrages zur Sicherung von Objekten in Deutschland offenkundig unzureichend ist und somit ein Verstoß gegen die MWD-Befehle bezüglich der Stärke des Wachpersonals für Objekte mit Gefangenen vorliegt, weigert sich der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Gen. Kowaltschuk, einer Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Existenz einzelner kleinerer und wenig aktiver Operativgruppen des MGB in den Kreisen und Bezirken Deutschlands zum Zwecke ihrer Reduzierung und Zusammenfassung zuzustimmen.

In Anbetracht des oben Ausgeführten bitte ich Sie, den Minister für Staatssicherheit der UdSSR um die Reduzierung der wenig aktiven operativen Kreis- und Bezirksgruppen sowie um die Zusammenfassung der operativen Stadt- und Bezirksgruppen des MGB in Deutschland zu ersuchen, damit die Truppen für die Sicherung der neu zugewiesenen Objekte und den verstärkten Schutz der bereits vorhandenen Objekte freigestellt werden können.

---

Instruktionen für die Militärkommandanten der Städte, in deren Nähe sich die Objekte der Sächsischen Bergbauverwaltung befanden, auszuarbeiten und in diesem Gebiet ein Sonderregime einzuführen. Gemäß Punkt 18 dieser Anordnung wurde die Bewachung der Objekte den Inneren Truppen des MWD in Deutschland übertragen. Zum Text der Anordnung vgl.: Rjabowa, A. D. (Hg.): Atomny projekt SSSR. Dokumenty i materialy w 3-ch tomach, Band 2, Buch 3, Moskwa 2002, S. 43-47.

Die Inneren Truppen in Deutschland sind von der Aufgabe zur Bewachung von Gefangenentransporten (Sonderkontingente) und von Frachtgut zu entbinden.

Chef der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak

*Bis zur Reduzierung der Truppen zurückhalten.*

*RGWA 38650/1/299, Bl. 258-259. Kopie.*

**Nr. 58. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak an den stellvertretenden Minister für Inneres der UdSSR Apollonow über die Bitte des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland Generaloberst Serow und des Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow, ihnen unterstellte Truppen wegen Überbeanspruchung von der Bewachung von Frachtgut und Gefangenentransporten freizustellen. Moskau, 18. Oktober 1946**

Geheim

Nr. 24/10-0578

Ich melde:

Während Ihres Aufenthaltes in Litauen übermittelte Ihr Sekretariat meinem Stellvertreter Gen. Generalleutnant Sladkewitsch<sup>191</sup> am 15. September d.J. das an Sie adressierte chiffrierte Telegramm Nr. 1447 des Gen. Generaloberst Serow vom 14. September 1946, in dem Sie dieser bittet, dem Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Gen. Generalmajor Kusnezow keine Anweisungen bezüglich der Bereitstellung von Begleitmannschaften für die Sicherung von Gefangenentransporten (Sonderkontingent) und Frachtgut durch die in Deutschland stationierten Inneren Truppen des MWD zu erteilen, da die Truppen bereits überbeansprucht sind und das 127. Schützenregiment vom 23. September 1946 an zwecks Durchführung eines Sonderauftrages in die Reserve versetzt wurde.

Zugleich melde ich, daß sich der Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Gen. Generalmajor Kusnezow mit derselben Bitte an mich gewandt hat.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Chef der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalleutnant Burmak

*Von einer Entsendung von Wachtruppen nach Deutschland kann überhaupt keine Rede sein. 21. Okt. 1946. Apollonow.*

*Ist Kusnezow mitzuteilen. 22. Okt. 1946.*

*RGWA 38650/1/299, Bl. 256. Original.*

---

<sup>191</sup> Sladkewitsch, Moissei Iossifowitsch (1906–1980), Generalleutnant; ab 1944 stellvertretender Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des NKWD/MWD/MGB. 1949–53 Chef der Verwaltung der MGB-Truppen in Deutschland.

**Nr. 59. Information über eine Meldung des Chefs der Inneren Truppen in Deutschland Generalmajor Kusnezow zum Einsatz der Truppen und zur Übernahme des Schutzes von Objekten der Sächsischen Bergbauverwaltung.  
23. Oktober 1946**

Streng geheim

**Information**

Der Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland meldet in [seinem Schreiben] Nr. 1577 vom 19. Oktober 1946:

Gemäß Anordnung Nr. 2243-925ss des Ministerrats der UdSSR vom 5. Oktober 1946 hat der Stellvertreter des Ministers für Inneres Gen. Generaloberst Serow die Bewachung der Objekte der Sächsischen Bergbauverwaltung<sup>192</sup> befohlen.

Derzeit beläuft sich die Zahl der zu bewachenden Objekte der Bergbauverwaltung auf 30; für deren Sicherung ist unter normalen Dienst- und Ausbildungsbedingungen die Bereitstellung mindestens eines Bataillons in vorgeschriebener Sollstärke erforderlich.

Der allgemeine Fehlbestand an Sergeanten und Mannschaften in den Truppen beläuft sich derzeit auf 950 Mann.

Zur Durchführung einer wichtigen Operation wurden 880 Soldaten und Offiziere des 127. Schützenregiments und der Sergeantenschule abkommandiert. Diese Operation ist mit der Begleitung von 55 Bahntransporten in die UdSSR verbunden und wird mindestens einen Monat in Anspruch nehmen. Über Reserven oder freie Einsatzkräfte verfügt er momentan nicht. Darüber hinaus gebietet die Lage dringend eine Verstärkung des Schutzes der Objekte des MWD – von Sonderlagern und Gefängnissen, in denen bis zu 80.000 Personen eines schwer zu bewachenden Kontingents untergebracht sind.

Um den ihm erteilten Auftrag zu erfüllen, entschloß er sich, ein Schützenbataillon des 92. Schützenregiments abzuziehen, das mit der Sicherung der Objekte von Operativen Gruppen des MGB betraut ist. Einer Reduzierung der Zahl der Objekte in den Operativen Sektoren der Länder Sachsen und Thüringen stimmt der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Kowaltschuk nicht zu.

Angesichts der steigenden Zahl von Objekten, die durch die Inneren Truppen des MWD in Deutschland zu bewachen sind, und des hohen Fehlbestandes an Sergeanten und Mannschaften ist die Truppe im Dienst einer starken Überbelastung ausgesetzt. Die Mehrzahl der Objekte kann nur im Zweischichtdienst bewacht werden. Im Interesse der Qualität des Dienstes, der Ausbildung und Erziehung der Truppe bittet er eindringlich: 1. Den Minister für Staatssicherheit der UdSSR zu bitten, eine Prüfung aller derzeit existierenden Objekte und Operativen Sektoren im Sinne einer Reduzierung vorzunehmen. 2. Den Fehlbestand an Sergeanten und Mannschaften in den Truppen auszugleichen.

Sachlich richtig:

Stellvertretender Chef der 2. Unterabteilung Major Kladow

*RGWA 38650/1/299, Bl. 257. Original.*

---

<sup>192</sup> Als „Sächsische Bergbauverwaltung“ wurde ursprünglich der Arbeitsbereich der Wismut SAG bezeichnet.

**Nr. 60. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow mit der Bitte, die Verfügung von Generaloberst Serow bezüglich der Verwendung der Inneren Truppen in Deutschland aufzuheben. 24. Oktober 1946**

Streng geheim

Nr. 8574/A

Laut einer Mitteilung des Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Gen. Kowaltschuk nehmen derzeit von den sieben Regimentern der Truppen des MWD der UdSSR, die zur Absicherung der operativen Aufgaben der Organe des MGB der UdSSR in Deutschland abgestellt wurden, zwei Regimenter nicht ihre Funktionen wahr: Das 38. Regiment ist mit der Bewachung der Lager des Ministeriums für Inneres und der Begleitung von Gütertransporten aus Deutschland in die UdSSR betraut und das 127. Regiment wurde in die Reserve versetzt und soll ebenfalls für die Bewachung von Lagern und den Transportbegleitedienst eingesetzt werden.<sup>193</sup>

Darüber hinaus stellen die Truppen des Innenministeriums auf Anweisung von Gen. Serow ein Schützenbataillon für die Bewachung von Objekten der Bergbauverwaltung in Sachsen zur Verfügung.<sup>194</sup>

Die verbleibenden Truppen weisen einen beträchtlichen personellen Fehlbestand auf, was dazu führt, daß der Schutz der Objekte des MGB, der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen in Deutschland nicht im erforderlichen Umfang gewährleistet werden kann.

Ich bitte Sie Anweisung zu erteilen, die nicht bestimmungsgemäße Verwendung der zur Verfügung der Organe des MGB der UdSSR in Deutschland abgestellten Truppen des MWD zu unterbinden.

Die Anweisung von Gen. Serow bitte ich aufzuheben.<sup>195</sup>

Abakumow

RGWA 38650/1/299, Bl. 270. Original.

**Nr. 61. Schreiben von Generaloberst Serow an den Minister für Inneres der UdSSR Kruglow über die Geschäftsübergabe an den Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk und die Beendigung seiner Arbeit in Deutschland. 2. November 1946**

1. Gemäß der Anordnung der Regierung wurde die gesamte operative, auf Agenten gestützte Arbeit in Deutschland, die [bisher] von den durch uns aufgebauten Operativen Gruppen des MWD

<sup>193</sup> Vgl. Fußnote Nr. 186.

<sup>194</sup> Vgl. Fußnote Nr. 190.

<sup>195</sup> Das Schreiben Abakumows wurde im Sekretariat des MWD der UdSSR am 25. Okt. 1946 unter der Eingangsnummer 46067 registriert und zur Prüfung an die Hauptverwaltung Innere Truppen des MWD weitergeleitet. In der operativen Abteilung der Hauptverwaltung Innere Truppen wurde am 23. Nov. eine Übersicht über den Einsatz der Truppen des MWD in Deutschland vorbereitet, in der es hieß, daß ihre Ist-Stärke zum 20. Nov. 7.422 Mann betrug, von denen 3.880 Mann für den Schutz von Objekten und die Erfüllung anderer Aufgaben des MGB verwendet werden können. Der Chef der Hauptverwaltung für die Inneren Truppen nahm diese Materialien nach eingehender Prüfung zur Kenntnis und beließ alles beim alten, wovon ein Vermerk auf dem Dokument vom 26. Nov. 1946 zeugt: „Am 26. November d. J. sandte der Chef der Truppen Gen. Burmak die vorliegende Übersicht zusammen mit dem Schreiben Nr. 8574/A des Ministers für Staatssicherheit zurück, ohne irgendwelche Anweisungen erteilt zu haben“ (in: RGWA. 38650/1/299, Bl. 271).

geleistet wurde, dem Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Gen. Kowaltschuk übergeben, der sich in Deutschland befindet.

Gen. Kowaltschuk erhielt das gesamte operative Personal, sämtliche operative Dokumente, die materiellen Werte und die Kraftfahrzeuge, ihm wurden auch die Truppen des MWD, die die Operativen Gruppen und die Untersuchungshaftzellen betreuen, operativ unterstellt.

2. Im Verlauf des Jahres 1946 wurde das MWD durch Anordnungen des Ministerrates damit beauftragt, deutsche Spezialisten für Düsenflugzeuge, Funkpeilung, Raketenwaffen, Chemie und Optik entsprechend vorzubereiten und in die UdSSR zu bringen.

Vom 22. Oktober bis zum 1. November d.J. wurde die Umsiedlung der deutschen Spezialisten in die UdSSR vollständig durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dem Dargelegten bitte ich Sie um die Erlaubnis, zur weiteren Arbeit in meinem Amt ins Ministerium zurückzukehren.

Für die Arbeit in Deutschland auf der Linie des MWD steht weiterhin die Abteilung Inneres der SMA[D] unter Gen. Generalmajor Malkow zur Verfügung, der die Arbeit auf der Linie des MWD (Kontrolle der deutschen Polizei) absichern kann.

Stellvertretender Minister für Inneres der UdSSR (I. Serow)

*Zu den Akten. Kruglow.*<sup>196</sup>

*GARF 9401/1/2641, Bl. 112-113. Original.*

Veröffentlicht in: N. W. Petrow: *Perwy predsdatel KGB Iwan Serow*, Moskwa 2005, S. 251-252.

**Nr. 62. Schreiben des stellvertretenden Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Abysow an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow<sup>197</sup> mit der Bitte, die Ausquartierung von Deutschen aus dem Stationierungsraum des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen zu gestatten. Berlin, 19. November 1946**

Geheim

Nr. III/1-03363

Das 105. Schützenregiment der Inneren Truppen des MWD in Deutschland ist *seit Mai 1946*<sup>198</sup> in dem Berliner Stadtteil Neu-Hohenschönhausen stationiert.

Die Verwaltung des Regiments ist in vier Straßen untergebracht – Orankestraße, Waldowstraße, Freidowstraße<sup>199</sup> und Oberseestraße –, die zusammen einen militärischen Sperrbezirk bilden, der mit Schlagbäumen und entsprechender Bewachung abgetrennt ist.

---

<sup>196</sup> Das Schreiben wurde am 15. März 1947 in der 1. Unterabteilung des Sekretariats des MWD der UdSSR unter der Eingangsnummer 11218 registriert und in der Akte zum Schriftwechsel für das erste Halbjahr 1947 abgelegt. Nachdem er das Schreiben Anfang Nov. 1946 erhalten hatte, beeilte sich Minister Kruglow nicht mit der Rückberufung Serows nach Moskau. Höchstwahrscheinlich unternahm er gar nichts auf das Schreiben hin, sondern gab es erst nach Serows Rückkehr ins Sekretariat.

<sup>197</sup> Gorochow, Sergei Fjodorowitsch (1901–1974), Generalmajor; 1945–48 Chef der Verwaltung Kommandanturdienst und 1947–48 zugleich Stellvertreter des Chefs des Stabes der SMAD, 1948–49 Chef der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der SMAD.

<sup>198</sup> Die kursiv gesetzten Worte sind handschriftlich eingetragen.

<sup>199</sup> Wahrscheinlich Friedhofstraße (Anm. d. Übers. R. S.).

Indessen wohnen in einigen Häusern der genannten Straßen, d. h. auf dem Gebiet des militärischen Sperrbezirks für das Regiment, nach wie vor die deutschen Bewohner, was sich hinsichtlich der Gewährleistung der Sicherheit der Regimentsverwaltung und ihrer Offiziere als hinderlich erweist und was zudem die Anknüpfung unerwünschter Beziehungen zwischen dem Personal und den Deutschen begünstigt.

Außerdem hat das Regiment erhebliche Schwierigkeiten, auf Grund des Mangels an Wohnungen die Offiziere innerhalb des militärischen Sperrbezirks unterzubringen.

Im Zusammenhang mit dem Dargelegten und in Übereinstimmung mit Befehl Nr. 0106-46 des Obersten Chefs der SMAD und Oberkommandierenden der GSBSD bitte ich um Ihre Erlaubnis zur Ausquartierung der deutschen Bewohner aus den Häusern Orankestraße 22 und 23, Waldowstraße 46, Freidowstraße 7 und Oberseestraße 7.

Stellvertretender Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Abysow  
Chef des Truppenstabes Oberst Wolkow

*OP. Schreiben Sie an den Stadtbezirkskommandanten (mit Kopie an Gen. Abysow), daß man es, wenn es notwendig ist, tun soll. S. Gorochow. 22. November 1946.*

*Chef der Verw[altung] Kommandanturdienst. Bereiten Sie eine Anweisung an den Stadtbezirkskommandanten vor; er soll vor Ort prüfen und, falls notwendig, sollen die Häuser freigemacht werden, d. h. die Deutschen werden ausquartiert. 22. November 1946. [Unterschrift].*

*An Gen. Pankow. Bereiten Sie eine Anweisung vor. Sachno. 23. November 1946.*

*Ausgeführt. Sachno. 23. November 1946.*

*GARF 7317/9/55, Bl. 198. Original.*

**Nr. 63. Denkschrift des Chefs der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Brandenburg Oberst Filinow<sup>200</sup> an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew<sup>201</sup> über die Anzahl der WKP(B)- und Komsomol-Grundorganisationen und -Gruppen im Operativen Sektor des MGB des Landes. 21. Januar 1947**

Streng geheim

Nr. 0024

**Mitteilung**

über die Anzahl der in den operativen Abteilungen der Provinz Brandenburg existierenden Grundorganisationen und Gruppen der Partei und des Komsomol<sup>202</sup>, über die Anzahl der Mitglieder und Kandidaten der WKP(B), über die Anzahl der Komsomolzen in den einzelnen Grundorganisationen und deren Organisationsstruktur

<sup>200</sup> Filinow, Fjodor Gawrilowitsch, Oberst; 1946–47 Chef der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg.

<sup>201</sup> Andrejew, Iwan Michailowitsch (1904–1970), Generalmajor; stellvertretender Chef der Politischen Verwaltung der Westfront und der 3. Belorussischen Front. Ab 1945 Chef der Politischen Abteilung des Stabes der SMAD und stellvertretender Stabschef für politische Fragen, 1946–48 Chef der Politischen Verwaltung der SMAD.

<sup>202</sup> Komsomol, für: Leninscher Kommunistischer Allunions-Jugendverband, die einheitliche kommunistische Jugendorganisation für die 14- bis 28-Jährigen.

*Zum 20. Januar 1947*

1. Parteiorganisationen:

- a) Mitglieder der WKP(B) im Operativen Sektor der Provinz insgesamt – 345  
Kandidaten der WKP(B) im Operativen Sektor der Provinz insgesamt – 68
- b) Grundorganisationen insgesamt – 5, in jeder von ihnen gibt es ein Büro.  
An der Spitze steht das Büro bei der Verwaltung des Operativen Sektors, hier ist Oberleutnant Glinkin als freigestellter Sekretär tätig.  
In dieser Organisation gibt es:  
Mitglieder der WKP(B) – 88  
Kandidaten der WKP(B) – 12

Operative Abteilung des Bezirks Berlin<sup>203</sup>, Grundorganisation  
Mitglieder der WKP(B) – 59  
Kandidaten der WKP(B) – 19

Operative Abteilung des Bezirks Brandenburg, Grundorganisation  
Mitglieder der WKP(B) – 72  
Kandidaten der WKP(B) – 12

Operative Abteilung des Bezirks Cottbus, Grundorganisation  
Mitglieder der WKP(B) – 67  
Kandidaten der WKP(B) – 14

Operative Abteilung des Bezirks Eberswalde, Grundorganisation  
Mitglieder der WKP(B) – 59  
Kandidaten der WKP(B) – 11

- c) Parteigruppen gibt es im System des Operativen Sektors insgesamt 40.  
Bei der Verwaltung des Operativen Sektors der Provinz – 11,  
im Bezirk Cottbus, nach Kreisen – 8,  
im Bezirk Brandenburg, nach Kreisen – 7<sup>204</sup>,  
im Bezirk Berlin, nach Kreisen – 6,  
im Bezirk Eberswalde, nach Kreisen – 8.  
Die Parteigruppen haben fünf bis 25 Mitglieder der WKP(B), außer den Kandidaten der WKP(B), angeleitet werden sie von den Parteibüros der operativen Abteilungen der Bezirke.

2. Komsomolorganisationen:

- a) Gesamtzahl der Grundorganisationen des Komsomol im System:  
Operativer Sektor der Provinz – 5  
Gesamtzahl der Komsomolzen – 70.
- b) Grundorganisation bei der Verwaltung des Operativen Sektors der Provinz,  
Anzahl der Komsomolzen – 30.  
Das Büro des Komsomol in dieser Organisation leitet alle Komsomol-Grundorganisationen in den Bezirken an, in denen es Sekretäre und deren Stellvertreter, aber keine Büros gibt.

---

<sup>203</sup> Der Bezirk Berlin ist nicht mit Groß-Berlin identisch. Das Zentrum des Bezirks Berlin war Bernau.

<sup>204</sup> Diese Ziffer ist in der Vorlage durchgestrichen.

- c) Grundorganisation des Komsomol bei der operativen Abteilung des Bezirks Brandenburg, Anzahl der Komsomolzen für den Bezirk – 8,
  - d) Grundorganisation des Komsomol bei der operativen Abteilung des Bezirks Cottbus, Anzahl der Komsomolzen für den Bezirk – 12,
  - e) Grundorganisation des Komsomol bei der operativen Abteilung des Bezirks Berlin, Anzahl der Komsomolzen für den Bezirk – 10,
  - f) Grundorganisation des Komsomol bei der operativen Abteilung des Bezirks Eberswalde, Anzahl der Komsomolzen für den Bezirk – 10.
3. Komsomolgruppen gibt es wegen der geringen Zahl von Komsomolzen in den Kreisen nicht.

Veränderungen in der Struktur der Partei- und Komsomolorganisationen im System des Operativen Sektors halte ich nicht für notwendig.

Chef der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Brandenburg Garde-Oberst (Filinow)

*GARF 7077/1/50, Bl. 30-31. Original.*

**Nr. 64. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure der Inneren  
Truppen über die Unterstellung der Inneren Truppen in Deutschland und die  
Notwendigkeit, die Forderungen der operativen Chefs zu erfüllen. 7. Mai 1947**

Streng geheim

Nr. III/1-001025

An die Kommandeure der Truppenteile der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Nur: An den Kommandeur des 38., 83., 92., 105. und 157. Schützenregiments des MGB

In letzter Zeit gab es Fälle, daß Chefs von Garnisonen und Kommandeure von Untereinheiten Forderungen der Chefs von Operativen Gruppen des MGB zu Fragen der Transportbegleitung, der Qualität der Dienstausbübung und zu anderen Fragen, die mit der Erfüllung der unmittelbaren dienstlichen Aufgaben der Truppen zusammenhängen, nicht erfüllt haben.

Obendrein haben einige Kommandeure von Untereinheiten und Chefs von Garnisonen die legitimen Forderungen der operativen Chefs nicht nur nicht erfüllt, sondern wurden sogar noch grob und weigerten sich, ihre militärischen Vorgesetzten über diese Forderungen zu informieren.

Ich erinnere die Kommandeure der Truppenteile daran, daß die Hauptaufgabe unserer Truppen in der Betreuung der Organe des MGB besteht, und verlange:

1. Allen Kommandeuren von Untereinheiten und vor allem den Chefs von Garnisonen ist klarzumachen, daß die Chefs der entsprechenden MGB-Organen (Sektoren, Abteilungen und Operative Gruppen) ihre operativen Chefs sind, die, ohne sich in das innere Leben und die militärische Ausbildung der Untereinheiten (Garnisonen) einzumischen, im Interesse der Sicherung der Objekte und der von den Untereinheiten (Garnisonen) durchzuführenden Operationen deren dienstliche Tätigkeit bestimmen.

Die operativen Chefs haben das Recht,

- a) die Truppenkommandos zu kontrollieren und Alarm auszulösen,
- b) eine Verstärkung der Bewachung und eine ordnungsgemäße Dienstausbübung zu fordern,



c) die Bereitstellung von Truppenkommandos zu fordern, die zur Niederschlagung größerer Unruhen oder eines Aufruhrs unter Gefangenen, zur Abwehr eines Angriffs auf ein Objekt, zur Liquidierung feindlicher Elemente im Bereich des zu bewachenden Objekts und in anderen Fällen eingesetzt werden sollen.

Falls es aus irgendwelchen Gründen unmöglich ist, Verfügungen der operativen Chefs zu erfüllen, haben die betreffenden Kommandeure (Garnisonschefs) ihrem vorgesetzten Kommandeur darüber unverzüglich Meldung zu erstatten.

2. Alle Chefs von Garnisonen und Kommandeure von Untereinheiten sollen enge Arbeitskontakte zu ihren operativen Chefs unterhalten. Sie sind verpflichtet, ihnen mindestens zweimal im Monat Bericht zu erstatten über den Stand des Dienstes, die politisch-moralische Verfassung der Truppe sowie über die Bedürfnisse der Untereinheiten (Garnisonen). Bei der Ankunft an einem neuen Dienstort haben sie sich unverzüglich vorzustellen.

3. Über die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen zum Wesen des Dargelegten ist bis zum 24. Mai 1947 Meldung zu erstatten.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow  
Stellvertretender Chef des Truppenstabes Oberstleutnant Gordejew

*RGWA 32925/1/148, S. 233-234. Original.*

### **Nr. 65. Befehl Nr. 00399 des MGB der UdSSR zur Bekanntgabe der Stellenpläne des offiziellen und inoffiziellen Personals<sup>205</sup> und der Geschäftsordnung der 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin des MGB. 15. Mai 1947**

Streng geheim

1. Durch gesonderten Anhang gebe ich die Geschäftsordnung und die Stellenpläne des offiziellen und des inoffiziellen Personals der 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin des MGB bekannt.

2. Aus der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD ist die Installationsgruppe mit ihrem Personal an die 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin des MGB zu übergeben.

3. Der 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin des MGB ist die Erfüllung der Aufgaben der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD in bezug auf Installationen zu übertragen.

Minister für Staatssicherheit der UdSSR W. Abakumow

#### **Anlage**

„Ich bestätige“

Minister für Staatssicherheit der UdSSR

W. Abakumow

15. Mai 1947

---

<sup>205</sup> Vorlage: „glassnowo i neglassnowo sostawa“.

## **Geschäftsordnung**

für die 7. (operative) Abteilung des Operativen Sektors Berlin der SMA[D]

### 1. Aufgaben der Abteilung

Die 7. Abteilung des Operativen Sektors Berlin der SMA[D] hat folgende Aufgaben:

1. Organisation von Observierungen entsprechend den Aufträgen, die vom Chef des Operativen Sektors Berlin der SMA[D], von den Chefs der Operativen Sektoren anderer Provinzen und Länder der SBZ in Deutschland oder vom Chef der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD erteilt werden und die vom Bevollmächtigten des MGB der UdSSR unbedingt zu sanktionieren sind.
2. Installation von Anlagen entsprechend den Aufträgen, die vom Chef des Operativsektors Berlin der SMA[D], von den Chefs der Operativen Sektoren anderer Provinzen und Länder der SBZ oder vom Chef der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD erteilt werden.
3. Verhaftungen und Haussuchungen nach Anweisungen des Operativen Sektors Berlin der SMA[D] und der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD.
4. Operative Erfassung der Personen, die in den operativen, durch den Einsatz von Agenten gewonnenen Unterlagen der Abteilung erscheinen.
5. Rekrutierung, Registrierung und Unterweisung der Kader des inoffiziellen Personals der Abteilung.
6. Die wirtschaftlich-finanzielle Betreuung des inoffiziellen Personals der Abteilung.

### 2. Organisationsstruktur der Abteilung

Ihren Aufgaben entsprechend ist die 7. (operative) Abteilung wie folgt aufgebaut:

#### 1. Unterabteilung

Der 1. Unterabteilung obliegt die Observierung von sowjetischen Staatsbürgern, die Gegenstand von Aufklärungs- und Ermittlungsvorgängen des Operativen Sektors Berlin der SMA[D] oder anderer Operativer Sektoren der SBZ oder der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD sind, und die Installation von Anlagen bei diesem Personenkreis.

Auf Grund der besonderen Bedingungen, die in Berlin für die Observierung und Installation bestehen, und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, strengste Geheimhaltung zu wahren, ist die Arbeit der Unterabteilung wie folgt zu organisieren:

1. In der Unterabteilung sind vier Observierungsgruppen zu bilden, die aus je vier Aufklärern und dem Chef der Gruppe (einem Oberoperativbevollmächtigten) bestehen und die in besonderen konspirativen Wohnungen im sowjetischen Sektor unterzubringen sind.

2. Die Aufklärer einer Gruppe dürfen die Aufklärer der anderen Gruppen und deren konspirative Wohnungen nicht kennen.

3. Die Verbindung zur Leitung der Unterabteilung erfolgt nur über den Chef der Gruppe. Dieser ist verpflichtet:

- a) jeden Aufklärer genau zu kennen (seinen Charakter, seine Fähigkeiten und Schwächen), die Kräfte der Gruppe dementsprechend einzusetzen, ständig auf die strengste Einhaltung der Regeln der Konspiration zu achten, die politisch-erzieherische Arbeit und ein hohes Niveau der tschekistischen Disziplin der Mitarbeiter zu gewährleisten;

- b) theoretische und praktische Unterweisungen zur Observierung zu erteilen, die Dienstausübung der Mitarbeiter zu kontrollieren, ihnen praktische Hilfe in der Arbeit zu geben, dabei ständig um eine höhere Qualität in der Arbeit der gesamten Gruppe zu ringen.

4. Die Installationsgruppe wird von einem Oberoperativbevollmächtigten geleitet, sie ist in einer gesonderten konspirativen Wohnung untergebracht und installiert Anlagen in Häusern, die von sowjetischen Staatsbürgern bewohnt werden.

Die Verbindung mit der Leitung der Unterabteilung erfolgt nur über den Chef der Gruppe.

## 2. Unterabteilung

Der 2. Unterabteilung obliegt die Observierung von Ausländern, die Gegenstand von Aufklärungs- und Ermittlungsvorgängen des Operativen Sektors Berlin der SMA[D] oder anderer Operativsektoren der SBZ oder der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD sind, und die Installation von Anlagen bei diesem Personenkreis.

1. In der Unterabteilung werden drei Gruppen für Observierung und eine Gruppe für Installation gebildet.

2. Die Aufklärer und Installierer werden aus den Reihen sowjetischer Staatsbürger deutscher Nationalität rekrutiert und sie erhalten Decknamen; als Führungspersonal der Unterabteilung und der Gruppen werden erfahrene und bewährte Mitarbeiter aus dem Bereich Observierung und Installation der Organe des MGB ernannt.

3. Die Grundsätze für die Arbeit der Observierungsgruppen sind denen der Gruppen der 1. Unterabteilung analog.

4. Die Installationsgruppe installiert Anlagen in allen Sektoren Berlins. Für die Installationsarbeit werden Spezialagenten unter den bewährten deutschen Kommunisten angeworben.

Die Aufklärer und Installierer werden durch fiktive Dokumente abgesichert, die von deutschen Einrichtungen oder Firmen ausgestellt wurden.

## 3. Unterabteilung

Sie nimmt Verhaftungen und Haussuchungen nach Anweisungen des Operativen Sektors Berlin der SMA[D] und der Verwaltung Spionageabwehr bei der GSBSD vor, legt Hinterhalte an, sichert den Transport von Verhafteten und gewährleistet den Schutz von Regierungsmitgliedern der UdSSR während deren Aufenthalts in der SBZ.

Sie stellt die Diensthabenden der Abteilung.

### Erste Gruppe (operative Technik)

Sie organisiert den Einsatz von Mitteln der Funkverbindung und Tarnung in der Arbeit der 1. Unterabteilung und macht geheime Fotoaufnahmen.

### Zweite Gruppe (Wirtschaftsgruppe)

1. Sie sorgt für die materiellen Bedürfnisse des Personals der Abteilung, übernimmt die Bewirtschaftung der konspirativen Wohnungen, beschafft die operative Kleidung und kontrolliert deren Verwendung.

2. Sie versorgt das inoffizielle Personal mit Geldmitteln und Kleidung aller Art.

### Sekretariat der Abteilung (mit den Rechten einer Gruppe)

1. Das Sekretariat nimmt die Aufträge für Observierungen und Installationen in Empfang, organisiert ihre Registrierung und Weiterleitung in die Abteilung, sie führt eine Tabelle der Observierungsposten.

2. Es sammelt das Material der Observierungen und Installationen und organisiert die operative Registrierung der Personen, die Ziel von Observierungen und Installationen sind.

3. Es nimmt die gesamte Korrespondenz der Abteilung in Empfang, registriert sie und leitet sie weiter, es ist zuständig für die Schreibearbeit.

4. Es vervollständigt das inoffizielle Personal, organisiert und verwirklicht die personelle Registrierung, Überprüfung und spezielle Kontrollen des inoffiziellen Personals.

5. Es organisiert die tschekistische Ausbildung des inoffiziellen Personals und versorgt es mit operativen Dokumenten.

6. Es bereitet Material zur Beurteilung des inoffiziellen Personals vor und verfolgt dessen Weiterleitung.

Stellvertretender Chef der 5. Verwaltung des MGB der UdSSR Oberst Kusnezow<sup>206</sup>  
„Einverstanden“ – Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR  
Generalleutnant N. Kowaltschuk

*ZA FSB 66/1-t. Sbornik Nr. 40. Band 2, Bl. 75-80. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 66. Information über die zahlenmäßige Stärke der Inneren Truppen des MGB in Deutschland und die Verteilung der Truppen auf die Erfüllung der Aufgaben. Nicht vor dem 1. August 1947**

Streng geheim

Stand vom 1. August 1947:

1. Die Inneren Truppen des MGB in der SBZ verfügen über fünf Schützenregimenter mit einer Gesamtstärke von 6.131 Mann; 140 Garnisonen bewachen 191 Objekte des MGB und des MWD, davon:

### 38. Schützenregiment:

Bezirksabteilung – 1  
Gefängnisse – 2  
Kreis- und Stadtabteilungen des MGB und zugehörige Untersuchungshaftzellen – 9  
Sonderlager des MWD – 6  
Insgesamt werden für die Sicherung von 18 Objekten 632 Mann eingesetzt.

### 83. Schützenregiment:

Operative Sektoren – 1  
Bezirksabteilungen – 3  
Gefängnisse – 3  
Kreis- und Stadtabteilungen des MGB und zugehörige Untersuchungshaftzellen – 18  
Abteilungen des MGB bei der SMAD – 1  
Peilstationen – 1  
Sonderlager des MWD – 1  
Vorratslager der Wirtschaftsverwaltung des MGB der UdSSR – 1  
Flugzeug – 1  
Insgesamt werden für die Sicherung von 30 Objekten 306 Mann eingesetzt.

### 92. Schützenregiment:

Operative Objekte – 1  
Bezirksabteilungen des MGB – 3  
Gefängnisse – 6  
Kreis- und Stadtabteilungen des MGB und zugehörige Untersuchungshaftzellen – 20  
Peilstationen – 1  
Sonderlager des MWD – 1

---

<sup>206</sup> Kusnezow, Boris Wladimirowitsch (1907–1975), Oberst; 1946–48 Stellvertretender Chef der 5. Verwaltung des MGB der UdSSR.

Objekte der Sächsischen Bergbauverwaltung – 25

Insgesamt werden für die Sicherung von 59<sup>207</sup> Objekten 609 Mann eingesetzt.

105. Schützenregiment:

Zentrale Apparate – 1

Operative Sektoren – 2

Bezirksabteilungen des MGB – 2

Gefängnisse – 3

Kreis- und Stadtabteilungen des MGB und zugehörige Untersuchungshaftzellen – 19

Abteilungen des MGB bei der SMAD – 1

Abteilungen der Militärzensur des MGB – 2

Peilstationen – 1

Sonderlager (Autowerkstatt) des Operativsektors Berlin – 1

Abteilung des Handelsministeriums (Juwelenhandel) – 1

Insgesamt werden für die Sicherung von 33 Objekten 458 Mann eingesetzt.

157. Schützenregiment:

Operative Sektoren – 2

Bezirksabteilungen des MGB – 7

Gefängnisse – 9

Kreis- und Stadtabteilungen des MGB und zugehörige Untersuchungshaftzellen – 32

Peilstationen – 1

Insgesamt werden für die Sicherung von 51 Objekten 409 Mann eingesetzt.

Für die Sicherung von insgesamt 191<sup>208</sup> Objekten wird also Personal in der Gesamtstärke von 2.414 Mann eingesetzt.

2. Für die Bewachung des Transports von Spezialkontingenten sowohl innerhalb der SBZ als auch von hier in die UdSSR sowie für die Begleitung von Gütertransporten werden abgestellt:

vom 38. Schützenregiment	238 Mann
vom 83. "	295 Mann
vom 92. "	240 Mann
vom 157. "	271 Mann
Insgesamt	1.244 <sup>209</sup> Mann

3. Für die Sicherung von Stäben, Vorratslagern, Garnisonen und für den Innendienst wird Personal wie folgt eingesetzt:

vom 38. Schützenregiment	223 Mann
vom 83. "	230 Mann
vom 92. "	275 Mann
vom 105. "	265 Mann
vom 157. "	305 Mann
Insgesamt	1.298 Mann

---

<sup>207</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 57.

<sup>208</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 189.

<sup>209</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 1.044.

Für die Bewachung von Objekten, die Begleitung von Transporten, die Sicherung und Betreuung von Untereinheiten wird also Personal in einer Gesamtstärke von 4.956<sup>210</sup> Mann eingesetzt.

Chef der operativen Abteilung der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR  
Oberst Karpow

*RGWA 38650/1/308, Bl. 131-133. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 67. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA  
Thüringen Generalmajor Karpeljuk<sup>211</sup> an den Chef der Verwaltung  
Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow zur Überprüfung  
des Standorts der Abteilung Spionageabwehr der 8. Garde-Armee. 18. August  
1948**

Geheim

Nr. 1/052

In Ausführung eines mündlichen, telefonisch übermittelten Befehls von Oberst Schestakow<sup>212</sup>, der festzustellen verlangte, welche Truppenteile das Gebäude der „Thüringenwerke“ in Weimar nutzen, melde ich:

Die Kontrolle ergab, daß im Gebäude der „Thüringenwerke“ Abteilungen der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee, ein Untersuchungsgefängnis für 300 Personen und eine selbständige Wachkompanie der 8. Garde-Armee untergebracht sind.

Einer Freigabe des Gebäudes stimmt das Kommando der 8. Garde-Armee nicht zu, da für eine Verlegung der Verwaltung Spionageabwehr ein großer Aufwand an Finanzmitteln zur Einrichtung neuer Räume erforderlich wäre.

Zur Zeit befinden sich weder in dem Gebäude noch in den Kellerräumen irgendwelche speziellen Ausrüstungen und Anlagen. Wie der Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ erklärte, waren beim Eintreffen der sowjetischen Truppen 1945 alle Anlagen bereits von den Deutschen beiseite geschafft worden.

Chef der Abteilung Kommandanturdienst der SMA-Verwaltung Thüringen  
Generalmajor Karpeljuk

*GARF 7184/1/103, Bl. 136. Original.*

<sup>210</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 4.756.

<sup>211</sup> Karpeljuk, Andrei Iossifowitsch (1907–), Generalmajor; 1946–48 Chef der Abteilung Kommandanturdienst und 1948–49 Chef der Abteilung für militärische Fragen der SMA Thüringen.

<sup>212</sup> Schestakow, Sergei Michailowitsch (1905–1983), Oberst; ab 1944 Chef der Abteilung zur Leitung der Militärkommandanturen der 1. Belorussischen Front, 1945–48 stellvertretender Chef der Verwaltung Kommandanturdienst und 1948–49 Chef der Abteilung für Organisation und Rechnungsführung der SMAD.

**Nr. 68. Direktive Nr. Sch/1-0/80 der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über das Verbot der Durchfahrt durch die Westsektoren Berlins für das Personal. 23. Januar 1950**

Geheim

An den Kommandeur des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB  
Kopie an alle Kommandeure der Schützenregimenter der Inneren Truppen des MGB  
Dann: *in die Ablage*

Die Durchfahrt durch die Westsektoren Berlins nach Potsdam in Zügen der Eisenbahn oder der S-Bahn ist zu unterlassen.

Bei künftigen Fahrten nach Potsdam oder von Potsdam nach Berlin haben alle Truppenangehörigen, einschließlich ihrer Familienangehörigen, Groß-Berlin mit Kraftfahrzeugen zu umfahren oder den D-Zug Brest-Wildpark (Potsdam) mit den Stationen Köpenick (Berlin) und Wildpark (Potsdam) zu nutzen.

Beim Einsteigen in den Zug hat sich der Vorgesetzte des Kommandos direkt an den Chef des Zuges zu wenden, falls erforderlich, beruft er sich dabei auf die Verfügung des Chefs des Eisenbahnabschnitts Gen. Major Abramow vom 23. Dezember 1949.

Bei der Unterweisung ist das gesamte Personal auf ein entsprechendes persönliches Verhalten und die Einhaltung der Ordnung im Zug aufmerksam zu machen.

Stellvertretender Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Generalleutnant Sladkewitsch<sup>213</sup>  
Stellvertretender Chef des Truppenstabes Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/177, Bl. 3. Original.*

**Nr. 69. Direktive Nr. Sch/1-01934 der Verwaltung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über die Verstärkung des Schutzes für die Organe des MGB in Deutschland. 24. August 1950**

Geheim

An die Kommandeure des 38., 83., 92., 105., 9. und 141.<sup>214</sup> und 157. Regiments  
Nur: An den Kommandeur des Regiments (*zu den Akten*)

Zum verstärkten Schutz für die Organe des MGB in Deutschland verlange ich:

*Bis zum 30. August 1950* sind zusätzlich zu den vorhandenen Arten der Bewachung folgende Dienste einzurichten:

1. vom Kommandeur des 105. Schützenregiments:
  - a) für den Apparat des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland: zwei (ganztägig besetzte) Einlaßbüros, drei (ganztägige) Einlaßposten, fünf Gebäudeaufseher;
  - b) für die Objekte in Karlshorst: zwei (ganztägige) Einlaßposten, ein Gebäudeaufseher, ein Spezialobjekt (Hotel) – bereitzustellen im Bedarfsfall.

---

<sup>213</sup> Das Dokument unterschrieb A. M. Wolkow.

<sup>214</sup> Hier wie im folgenden sind die kursiv gesetzten Worte handschriftlich eingetragen.

2. von den Kommandeuren des 38., 83., 92., 157., 9. und 141. Regiments:

a) für die Operativen Sektoren: ein (ganztägig besetztes) Einlaßbüro, ein (ganztägiger) Einlaßposten, ein Gebäudeaufseher;

b) für die kreisübergreifenden Abteilungen: ein (ganztägiger) Einlaßposten, ein Gebäudeaufseher.

3. Die Einlaßbüros haben sicherzustellen, daß das Eindringen unbefugter Personen in Gebäude der Organe des MGB nicht zugelassen wird. Die Instruktionen für die Diensthabenden der Einlaßbüros und die Einlaßposten werden von den Stäben der Truppenteile ausgearbeitet, die Regimentskommandeure und Chefs der Operativen Sektoren bestätigen sie, ein Exemplar ist an den Truppenstab zu senden.

Für die Gebäudeaufseher gelten die beigelegten Instruktionen.

4. Für die Erfüllung der genannten Aufgaben ist das Personal sorgfältig auszuwählen, jeder einzelne ist von den Organen der Spionageabwehr zu überprüfen, es sind nur positiv charakterisierte Sergeanten und Soldaten einzusetzen, *die zur exakten Erfüllung der genannten Aufgaben befähigt sind.*

5. In der dienstfreien Zeit von Chefs kreisübergreifender Abteilungen sind deren Telefone zu dem Einlaßposten durchzustellen, die nach Anforderung ihrer vorgesetzten Chefs Mitarbeiter der Abteilung herbeirufen.

6. Die vorliegende Ergänzung der Dienstanweisungen sind in die dienstliche Dokumentation der zu bewachenden Gebäude aufzunehmen. Eine Kopie dieser Dokumentation mit den Ergänzungen ist dem Truppenstab bis zum 15. September 1950 vorzulegen.

Anhang: Instruktion für Gebäudeaufseher

*Amtierender* Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch<sup>215</sup>

*Amtierender* Chef des Truppenstabes Oberst Wolkow

RGWA 32925/1/177, Bl. 326-327. Original.

## **Nr. 70. Kampfbefehl Nr. 003 des Stabes der Inneren Truppen des MGB in Deutschland. 14. Oktober 1950**

Serie „G“

Berlin-Grünau, Karte 100.000-46

1. Das 12. und 18. Schützenregiment, die zum Bestand der Inneren Truppen des MGB in Deutschland gehören, sind für die Sicherung der Objekte der SAG Wismut einzusetzen. Ihre Dienstbereitschaft ist bis 15. November 1950 herzustellen.

2. Die Regimenter sind wie folgt zu stationieren: 12. Schützenregiment – Regimentsstab und 1. Schützenbataillon in Aue (0836), 2. Schützenbataillon in Niederschlema (0834), 3. Schützenbataillon in Oberschlema (0832); 18. Schützenregiment – im vollen Bestand in Johannegeorgensstadt (9038). Die Standorte der Untereinheiten und das Verzeichnis der zu bewachenden Objekte sind den beigelegten Karten und Listen zu entnehmen.

3. Die Kommandeure des 9., 14. und 141. Schützenregiments haben in der Zeit vom „15.“ bis „30.“ November 1950 einen Teil der Objekte entsprechend der beigelegten Aufstellung den Kommandeuren des 12. und 18. Schützenregiments zur Bewachung zu übergeben. Bei der Über-

<sup>215</sup> Das Dokument unterzeichnete A. M. Wolkow.



gabe der Objekte ist sicherzustellen, daß deren volle bewachungstechnische Einrichtung, wie sie in den Vorschriften der ressortübergreifenden Kommission vorgesehen ist, erhalten bleibt.

4. Meldungen sind zu erstatten: über die Ankunft am Standort, über die Dienstbereitschaft, über die Übergabe der Objekte – jeweils unverzüglich über Funk; eine Kopie der Protokolle zur Objektübergabe – mit der Post.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch  
Chef des Truppenstabes Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/177, Bl. 255. Original.*

**Nr. 71. Schreiben des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland  
Oberst Dawydw<sup>216</sup> an den Minister für Staatssicherheit der UdSSR  
Abakumow über die Forderung der SAG Wismut nach Erweiterung der  
Bewachung. 18. April 1951**

Streng geheim

Im laufenden Jahr beginnt die SAG Wismut mit der Ausbeutung einiger neuer Objekte.

In diesem Zusammenhang brachte Gen. Malzew<sup>217</sup> bei Gen. Kobulow<sup>218</sup> das Ersuchen vor, die militärische Bewachung um 421 Postenbereiche zu erweitern, was einen zusätzlichen Personalaufwand von 4.631 Mann erforderlich machen würde.

Doch nach vorläufiger Prüfung dieser Frage, bei der Möglichkeiten zur Reduzierung der Bewachung erörtert wurden, gelangte die SAG Wismut gemeinsam mit Gen. Kobulow zu der Feststellung, daß lediglich 266 Postenbereiche (mit 2.926 Mann) zusätzlich eingerichtet werden müssen.

Gen. Kobulow hatte, bevor das entsprechende Ersuchen der Regierung vorgelegt wird, Gen. Tschujkow<sup>219</sup> zum Zwecke der Abstimmung darüber informiert, daß die Verlegung von zwei zusätzlichen Regimentern der Truppen des MGB nach Deutschland erforderlich werden wird.

Mit Rücksicht darauf, daß sich bei Heranführung zusätzlicher Truppen die Besatzungskosten erhöhen würden, warf Gen. Tschujkow die Frage auf einer Sitzung der SKK<sup>220</sup> auf. Dabei wurde

---

<sup>216</sup> Dawydw, Semjon Prochorowitsch (1909–1959), Oberst; ab 1928 in der Polizei tätig, 1931–35 in der Flotte und ab 1939 in der Staatssicherheit; 1938 WKP(B); 1943–44 stellvertretender Chef der NKGB-Gebietsverwaltung Pensa, 1944–45 Chef der NKWD-Operativgruppe bei der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Baltischen Front, ab Mai 1945 Stellvertreter des Beraters des NKWD der UdSSR und ab Apr. 1946 Berater des MGB der UdSSR beim polnischen Ministerium für öffentliche Sicherheit, März 1950–Nov. 1951 Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland sowie stellvertretender Vorsitzender der SKK. Ab Dez. 1951 stellvertretender und ab März 1953 Chef der MGB-Gebietsverwaltung Swerdlowsk.

<sup>217</sup> Malzew, Michail Michailowitsch (1904–1982), Generalmajor; Ingenieur; ab 1935 in der Staatssicherheit, u.a. 1943–46 Leiter des Arbeitslagers des NKWD im Kohlebecken von Workuta. Ab Ende 1946 mit der Leitung der Sächsischen Bergbauverwaltung des MWD beauftragt, 1947–51 Generaldirektor der Wismut SAG, 1951–54 Chef der MWD-Hauptverwaltung Spezialbauten, 1955–64 stellvertretender Verwaltungschef beim Verteidigungsministerium der UdSSR.

<sup>218</sup> D. i. Kobulow, Bogdan Sacharowitsch.

<sup>219</sup> Tschujkow, Wassili Iwanowitsch (1900–1982), Armeegeneral. Im Krieg Armeebefehlshaber, zuletzt 1943–45 der 8. Garde-Armee. 1945–46 Chef der SMA Thüringen, 1946–49 stellvertretender bzw. Erster stellvertretender und März 1949–53 Oberbefehlshaber der GSBSD, 1949 Oberster Chef der SMAD, 1949–53 Vorsitzender der SKK. 1953–60 Chef des Militärbezirks Kiew, 1955 Marschall der Sowjetunion; 1960–64 Chef der Infanterie und stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR, 1961–72 Chef der sowjetischen Zivilverteidigung, ab 1972 Generalinspekteur. 1944 und 1945 Held der Sowjetunion.

in Anwesenheit von Gen. Kobulow der Beschluß gefaßt, das System der Bewachung zu überprüfen, um Möglichkeiten zu erkunden, wie man die neuen Objekte unter Heranziehung innerer Reserven in das System einbeziehen kann.

Zu diesem Zweck begab sich Gen. Sladkewitsch vor Ort, wo er gemeinsam mit Gen. Malzew folgendes feststellte:

- a) Die vorhandene Bewachung kann um 60 Postenbereiche (660 Mann) reduziert werden,
- b) die Truppen können – ermöglicht durch Rationalisierung, Anwendung kombinierter Dienstmethoden und eine gewisse Erhöhung der dienstlichen Belastung – über die festgelegte Norm hinaus 40 weitere Postenbereiche (440 Mann) übernehmen.

Somit reduziert sich der [zusätzliche] Bedarf an militärischer Bewachung auf 166 Postenbereiche bzw. 1.826 Mann.

Offensichtlich wird in nächster Zeit der Regierung das Ersuchen vorgelegt werden, zusätzlich Truppen für die Bewachung von Objekten der SAG Wismut bereitzustellen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre wird diesem Ersuchen voraussichtlich stattgegeben.

Im Zusammenhang damit hielte ich es für zweckmäßig, auf eine Reduzierung der Truppen des MGB in Deutschland vorläufig zu verzichten und die vorgesehene Auflösung eines Regiments aufzuschieben, bis die Frage des zusätzlichen Personalbedarfs für die Bewachung neu in Betrieb genommener Objekte der SAG Wismut endgültig geklärt ist.

Bevollmächtigter des MGB in Deutschland (Dawydow)

*RGWA 32925/1/189, Bl. 102-103. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 72. Verfügung des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant M. I. Sladkewitsch an die Regimentskommandeure über Maßnahmen zum Schutz der SAG Wismut. August 1952**

Streng geheim

Nr. 13/1-002159

An die Kommandeure des 9., 11., 12., 14., 18., 92., 141. und 157. Schützenregiments und den Chef der Operativen Gruppe des Truppenstabes

Nur: An den Kommandeur des ... Schützenregiments

Mit Befehl Nr. 0035 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 26. Juli d.J. wird zum Schutz der Betriebe und Anlagen der Aktiengesellschaft Wismut vor den Aktionen feindlicher Agenten und zur Gewährleistung ihrer normalen Produktionstätigkeit eine Zone mit besonderem Regime eingerichtet, mit folgender Grenzlinie: Markneukirchen, Arnoldsgrün, Werda, Jahnsgrün, Altmannsgrün, Ruppertsgrün<sup>221</sup>, Schneeberg, Hartenstein, Löbnitz, Zwönitz, Gelenau, Scharfenstein, Heinzebank, Marienberg, Kühnhaide<sup>222</sup> und weiter Richtung Westen entlang der Grenze zur Tschechoslowakei bis Markneukirchen.

Der Zugang zu dieser Zone ist streng begrenzt. Vertretern ausländischer Missionen und Deutschen, die in den Westzonen Deutschlands oder in den Westsektoren Berlins leben, ist der Zutritt nicht erlaubt.

<sup>220</sup> SKK, für: Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland, von 1949–53 tätige Nachfolgeeinrichtung der SMAD.

<sup>221</sup> Vorlage: „Robertsgrün“.

<sup>222</sup> Vorlage: „Konheide“.

Die Abgrenzung der Zone wird gewährleistet durch Einführung einer Passierscheinregelung, einer besonderen Paßordnung sowie durch die Einrichtung ständiger und mobiler Kontrollpunkte der Militärkommandanturen auf den Eisenbahnabschnitten, an den Chausseen und anderen Straßen.

Die Absicherung des besonderen Regimes in der Zone obliegt den Militärkommandanturen der Städte Auerbach, Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt, Annaberg, Marienberg sowie unseren Truppenteilen, die zur Bewachung der Objekte der Aktiengesellschaft Wismut eingesetzt sind.

Die Ausgabe von Passierscheinen für die Zone erfolgt in den Militärkommandanturen der Städte Plauen, Oelsnitz, Chemnitz, Flöha, Freiberg, Dippoldiswalde und Dresden. Dazu wird von der Aktiengesellschaft Wismut ein Offizier abgestellt, der als Stellvertreter des Militärkommandanten für das Einlaßregime fungiert und der ein Passierscheinbüro einrichtet, das mit Personal der MGB-Truppen besetzt wird.

Ich verlange:

1. Daß die Kommandeure der Truppenteile zu den genannten Militärkommandanten Arbeitskontakte herstellen und mit diesen nötigenfalls die militärischen Maßnahmen koordinieren, die in ihrem Abschnitt zu ergreifen sind.

2. Daß für den Dienst zur Ausstellung und Ausgabe der Passierscheine in den Kommandanturen bis zum 14. August d.J. den Stellvertretern des Kommandanten für das Passierscheinregime je ein Sergeant aus den Reihen der hauptamtlichen Kontrolleure und drei Soldaten zur Verfügung gestellt werden, und zwar für folgende Kommandanturen: 9. Schützenregiment – Chemnitz, 11. Schützenregiment – Freiberg, 12. Schützenregiment – Flöha, 14. Schützenregiment – Plauen, 92. Schützenregiment – Dresden, 141. Schützenregiment – Dippoldiswalde, 157. Schützenregiment – Oelsnitz.

3. Daß die Kommandeure der Truppenteile für den Dienst in den Passierscheinbüros gebildete, disziplinierte und moralisch gefestigte Militärangehörige persönlich auswählen und daß diese Auswahl mit dem Bevollmächtigten der Abteilung Spionageabwehr und dem Chef der Operativen Gruppe des Truppenstabes abgestimmt wird.

4. Daß die Truppenstäbe mindestens zweimal im Monat den Dienst, die militärische Ausbildung und die Disziplin des Personals der Passierscheinbüros kontrollieren. Der militärische und politische Unterricht für das Personal ist bei den Kompanien der Kommandanturen zu organisieren, was mit den Kommandanten zu vereinbaren ist.

5. Daß der Kommandeur des 9. Schützenregiments den Streifendienst im Gebiet von Objekt 49 in Freital organisiert. Die Ordnung des Dienstes ist mit dem stellvertretenden Chef des Objekts für das Wachregime abzustimmen.

6. Daß alle Maßnahmen, die die Truppenteile zur Sicherung des Regimes ergreifen, mit dem Chef der Operativen Gruppe des Truppenstabes abgestimmt werden.

Der Chef der Operativen Gruppe des Truppenstabes hat die Kontrolle über die Ausführung vorliegender Anweisungen zu organisieren.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch  
Chef des Truppenstabes Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/194, Bl. 85-86. Original.*

**Nr. 73. Schreiben des Direktors der SAG Wismut Bogatow<sup>223</sup> an den Chef der Inneren Truppen des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch über die Einrichtung von Passierscheinbüros bei einigen Stadtkommandanturen. 3. August 1953**

Streng geheim

Eine vom Oberbefehlshaber der GSBSD Gen. Armeegeneral W. I. Tschujkow bestätigte Instruktion vom 26. Juli 1952 an die Militärkommandanten der Kreise, in denen die SAG Wismut tätig ist, verlangt die Einrichtung von Passierscheinbüros bei den Militärkommandanturen der Städte Plauen, Oelsnitz, Chemnitz, Flöha, Freiberg, Dippoldiswalde und Dresden, für die die Truppen des MGB das Personal zu stellen haben.

Dem entsprechend bitte ich Sie zu verfügen, daß bis zum 14. August d.J. für die genannten Militärkommandanturen je vier Militärangehörige der Truppen des MGB abgestellt werden.

W. Bogatow

*St[abscheff]. Ist zu verfügen. Sladkewitsch. 11. Aug. 1952. Gen. Axenowitsch. Die Anweisung ist heute vorzubereiten. Wolkow. Die Anweisung wurde am 11. Aug. 1952 formuliert und an die Truppenteile verschickt. W. Axenowitsch. 12. Aug. 1952.*

*RGWA 32925/1/194, Bl. 84. Original.*

**Nr. 74. Bericht der Hauptverwaltung für Inneren Schutz des MWD der UdSSR über die Tätigkeit der Militärkommandanturen in der Sonderzone, in der die Betriebe der SAG Wismut liegen. 7. September 1953**

Geheim

Bericht über die Arbeit der Militärkommandanturen in der Zone mit Sonderregime der Aktiengesellschaft Wismut

Die Zone mit Sonderregime für die Gebiete, in denen die SAG Wismut in Deutschland tätig ist, wurde gemäß Anordnung des Ministerrates der UdSSR Nr. 2243-925ss vom 5. Oktober 1946 geschaffen.

Ursprünglich gehörten zu der Zone 14 Kreise des Landes Sachsen. In den mit Befehl Nr. 0284 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 4. März 1950 festgelegten Grenzen umfaßte sie ein Territorium von 3.408 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 2.123.383 Einwohnern.

Im Juli 1952 wurden die Grenzen der Zone mit Sonderregime überprüft und enger gezogen. Ausgeschieden aus der Zone wurden die Kurorte Bad Brambach und Bad Elster sowie die Kreise Dippoldiswalde, Freiberg und Flöha, wo die [S]AG Wismut im wesentlichen ihre Arbeit eingestellt hat.

Mit Befehl Nr. 0035 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 26. Juli 1952 wurde eine neue Zone mit Sonderregime festgelegt, mit der die wichtigsten Betriebe der [S]AG Wismut geschützt werden.

Zur Zeit liegen in der Zone sechs Förderbetriebe der [S]AG Wismut – die Objekte Nr. 131, 129, 118, 111, 103, 94, außerdem zwei Baubetriebe – die Objekte Nr. 83 und 99, und vier Anreicherungs- und Chemiebetriebe – die Objekte Nr. 19, 60, 79 und 25.

<sup>223</sup> Bogatow, Walentin Nikanofowitsch (1909–1980), Kombinatdirektor, ab 1950 stellvertretender und 1951–57 Generaldirektor der Wismut SAG bzw. Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG), 1957–76 stellvertretender Leiter einer Hauptverwaltung des Ministeriums für mittleren Maschinenbau der UdSSR.

Die innere Grenze verläuft im Südosten von dem Ort Kühnhaide, geht dann nach Norden über Marienberg, Gelenau, Zwönitz, Gartenstein, Rodewisch, Großfriesen und endet im Südwesten bei dem Grenzort Markneukirchen.

Die Länge der inneren Grenze beträgt 120 Kilometer, sie umfaßt ein Gebiet von 1.700 Quadratkilometern.

Von den 26 Kreisen des Bezirks Karl-Marx-Stadt gehören fünf (Annaberg, Aue, Auerbach, Schwarzenberg und Klingenthal) sowie zwei bezirksgeleitete Städte (Johanngeorgenstadt und Schneeberg) vollständig zur Sonderzone, die Kreise Marienberg, Zschopau und Stollberg sind teilweise einbezogen.

Insofern erstreckt sich die Tätigkeit der [S]AG Wismut auf zehn Kreise des Bezirks Karl-Marx-Stadt. Insgesamt umfasst die Zone mit Sonderregime 146 Gemeinden mit einer Bevölkerung von ca. 603.000 Einwohnern, das macht zahlenmäßig etwa ein Viertel des Bezirks aus (Gesamtzahl: 2.320.299 Einwohner, 768 Gemeinden).

Die Tätigkeitsgebiete der [S]AG Wismut in der Sonderzone werden mit 31 Kontrollposten gesichert, darunter:

- stationäre Kontrollposten an den Hauptstraßen, die in die Sonderzone führen: 15;
- Kontrollposten an den Bahnlinien: zehn;
- mobile Kontrollposten an den Nebenstraßen, die in die Sonderzone führen: sechs.

Diese Kontrollposten werden von folgenden Militärkommandanturen gestellt: Marienberg – zwei (einen stationären und einen an der Bahnlinie), Zschopau – zwei (beide an der Bahnlinie), Karl-Marx-Stadt – fünf (vier stationäre und ein mobiler), Stollberg – zwei (beide an der Bahnlinie), Aue – fünf (drei stationäre, ein mobiler, einer an der Bahnlinie), Schneeberg – zwei (ein stationärer und ein mobiler), Auerbach – fünf (zwei stationäre, zwei mobile, einer an der Bahnlinie), Plauen – fünf (zwei stationäre, ein mobiler, zwei an der Bahnlinie), Oelsnitz – zwei (beide stationäre), Klingenthal – einer (an der Bahnlinie).

Jeder Kontrollposten ist rund um die Uhr mit zwei bis drei Militärangehörigen besetzt, denen eine Polizeistreife beigegeben ist.

Die Polizeistreifen bei den Kontrollposten an den Straßen werden von der Volkspolizei der DDR gestellt, die zur Betreuung der [S]AG Wismut eingesetzt ist; bei den Kontrollposten an den Bahnlinien kommen sie von der Transportpolizei der Dresdener Reichsbahndirektion.

Die der [S]AG Wismut zugeordnete Polizei stellt zu diesem Zweck 76 Polizisten ab, die Transportpolizei 40.

Alle Kontrollposten der Sonderzone an den Hauptstraßen stehen mit den Militärkommandanturen in telefonischer Verbindung.

Die Ausstellung von Passierscheinen für die Einreise in die Sonderzone erfolgt bei den Militärkommandanturen in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen und bei den entsprechenden Kreisbehörden der Volkspolizei.

Bei den vier Militärkommandanturen in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen wurden Passierscheinbüros mit je vier Militärangehörigen der Truppen des MWD in Deutschland eingerichtet.

Außerdem wurden zu jeder der genannten Kommandanturen Offiziere des Wach- und Ordnungsdienstes der [S]AG Wismut abkommandiert, die als Stellvertreter des Militärkommandanten für das Passierscheinregime eingesetzt sind.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 15. August 1952 bis zum 1. Mai 1953 100.896<sup>224</sup> Passierscheine für die Sonderzone ausgegeben, davon für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten – 2.751, für einen Aufenthalt bis zu einem Monat – 24.179 und für einen Aufenthalt bis zu zehn Tagen mit dem Recht auf einmalige Durchreise – 76.966.

---

<sup>224</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 103.896.

Im gleichen Zeitraum erhielten 1.152 Antragsteller keinen Passierschein, teils wegen des Fehlens von Dokumenten, die die Notwendigkeit einer Einreise in die Sonderzone hätten belegen können, teils aus anderen Gründen, letzteres betraf vor allem Touristen, Vertreter freier Berufe, herumziehende Musiker u. a.

Von den Kontrollposten wurden in der Zeit von 15. August [1952] bis 1. Mai 1953 1.942 Personen festgenommen, darunter

- wegen des Versuchs der Einreise in die Sonderzone ohne Dokumente – 424,
- wegen abgelaufener Passierscheine – 359,
- ohne Passierscheine – 1.057,
- wegen Verletzung von Forderungen des Sonderregimes – 102.

Die Festgenommenen wurden meist den Kreisbehörden der Volkspolizei übergeben, damit diese die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Militärkommandanturen, die in der Sonderzone liegen:

1. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Marienberg. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt zwei Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberst Tertytschny.

2. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Annaberg. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Gruppe) stellt keine Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberstleutnant Slydnew.

3. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Schwarzenberg. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Gruppe) stellt keine Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberst Schkola.

4. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Aue. Diese Militärkommandantur 2. Ordnung (Kompanie) stellt fünf Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberst Sujasow.

5. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Auerbach. Diese Militärkommandantur 2. Ordnung (Kompanie) stellt fünf Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberst Koslow.

6. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Klingenthal. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Gruppe) stellt einen Kontrollposten, Militärkommandant ist Major Kriwoschew.

7. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Johanngeorgenstadt. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Gruppe) stellt keine Kontrollposten, Militärkommandant ist Major Atschin.

8. Stadt-Militärkommandantur Schneeberg. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt zwei Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberstleutnant Koschkin.

Von diesen acht in der Sonderzone liegenden Militärkommandanturen stellen fünf Kommandanturen 15 Kontrollposten, und drei stellen keine Kontrollposten.

Militärkommandanturen, die außerhalb der Sonderzone liegen und Kontrollposten stellen:

1. Bezirksmilitärkommandantur Karl-Marx-Stadt. Diese Militärkommandantur 1. Ordnung (Sonderkompanie) stellt fünf Kontrollposten, Bezirksmilitärkommandant ist Oberst Seliwerstow.

2. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Zschopau. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt zwei Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberstleutnant Kosjanenko.

3. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Stollberg. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt zwei Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberstleutnant Onufrijew.

4. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Plauen. Diese Militärkommandantur 2. Ordnung (Kompanie) stellt fünf Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberstleutnant Petrowski.

5. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Oelsnitz. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt zwei Kontrollposten, Militärkommandant ist Oberst Komandin.

6. Stadt- und Kreis-Militärkommandantur Zwickau. Diese Militärkommandantur 3. Ordnung (Zug) stellt keine Kontrollposten, sie ist mit der Ausstellung von Passierscheinen für die Einreise in die Sonderzone befaßt, Militärkommandant ist Oberstleutnant Krikun.

Somit betreuen 14 der 23 Militärkommandanturen des Bezirks Karl-Marx-Stadt die Sonderzone der [S]AG Wismut. Die Tätigkeit dieser 14 Militärkommandanturen zur Einhaltung des Passierscheinregimes und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den Tätigkeitsgebiete-

ten der [S]AG Wismut wird gemäß Instruktion und Befehl Nr. 0035 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 26. Juli 1952 vom Bezirksmilitärkommandanten sowie vom Wach- und Ordnungsdienst der [S]AG Wismut geleitet und koordiniert.

Amtierender Chef der 2. Abteilung Oberstleutnant I. Schibkow

*RGWA 38650/1/518, Bl. 11-16. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 75. Bericht der Hauptverwaltung für Inneren Schutz des MWD der UdSSR über die „Zone mit Sonderregime“ für die Gebiete, in denen die SAG Wismut tätig ist. 23. September 1953**

Streng geheim  
Exemplar Nr. 1

**Bericht**

Der amtierende Stabschef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland, Oberstleutnant Ponomarenko, meldete mit Nr. 139 vom 16. September 1953, daß gemäß Anordnung Nr. 2243-925ss<sup>225</sup> des Ministerrates der UdSSR vom 5. Oktober 1946 für die Gebiete, in denen die Aktiengesellschaft Wismut tätig ist, eine Zone mit Sonderregime gebildet worden war. Die Zone umfaßt ein Territorium von 1.700 Quadratkilometern, die Länge ihrer Grenze beträgt 120 Kilometer, innerhalb der Zone leben etwa 603.000 Einwohner. Territorium und Grenze der Zone wurden mit Befehl Nr. 0035 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 26. Juli 1952 festgelegt.

Auf dem Territorium der Sonderzone wurden von den Militärkommandanturen 31 Kontrollposten eingerichtet, davon 15 an Hauptstraßen, zehn an Bahnlinien und sechs an Nebenstraßen.

Jeder Kontrollposten ist mit zwei bis drei Militärangehörigen besetzt, zu ihrer Unterstützung sind ihnen außerdem Polizisten beigegeben (für die Kontrollposten an Hauptstraßen 76 Volkspolizisten, für die Kontrollposten an den Bahnlinien 40 Transportpolizisten).

Für die Einreise in die Sonderzone werden in den Militärkommandanturen von Dresden, Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen Passierscheine ausgestellt. Die Ausstellung der Passierscheine erfolgt in den Passierscheinbüros der Militärkommandanturen, in denen je vier Militärangehörige der Truppen des MWD tätig sind.

Die Objekte der Aktiengesellschaft Wismut werden von der Polizei mit 2.495 Polizisten betreut, davon Werkspolizei<sup>226</sup> – 2.305 Mann, Kriminalpolizei – 117 Mann, Ermittlungsabteilung – 40 Mann, Fahrzeugkontrolle – 33 Mann.

Die Werkspolizei bewacht: stillgelegte Schachtanlagen, Schürfstellen und Stollen – 60 Posten, Sprengstofflager – 87 Posten, zentrale Materiallager – 45 Posten, Kraftwerke – 13 Posten, Reparaturwerkstätten, einzelne Produktionsabschnitte der Anreicherungsanlagen, Wasserpumpstationen und Stauseen, Kompressionsanlagen, Bunker für geringwertiges Erz, Lokomotivschuppen – 55 Posten; Verwaltungsgebäude – 44 Posten, Gebäude der Kreispolizeireviere und Untersuchungshaftzellen – 36 Posten, Kontrollposten der Sonderzone – 18.

Chef der 2. Unterabteilung der 1. Abteilung des Stabs der Hauptverwaltung für Inneren Schutz des MWD der UdSSR Oberstleutnant Assendelft<sup>227</sup>

*RGWA 38650/1/518, S. 1-2. Original.*

---

<sup>225</sup> In der Vorlage fälschlich: „Nr. 1/43-925ss“.

<sup>226</sup> Vorlage: „proiswodstwenaja polizija“.

<sup>227</sup> Assendelft, Boris Pawlowitsch.

## **Teil II: Tätigkeitsbereiche**





## **Nr. 76. Direktive Nr. 00284op des Kriegsrats der 1. Belorussischen Front über die Schaffung eines frontnahen Evakuierungsstreifens. 8. Februar 1945**

Besonders wichtig

An die Kommandeure der 5. Stoßarmee, der 8. Garde-Armee, der 69. und 33. Armee

An den Chef der Rückwärtigen Dienste der Front

An den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Front

Kopie an: Chef des Generalstabs der Roten Armee

Karte 200.000

Ich befehle:

1. Es ist ein frontnaher Evakuierungsstreifen von 25 Kilometer Tiefe zu schaffen, in dem der Zivilbevölkerung der Aufenthalt verboten ist.

Die Grenze des frontnahen Streifens zum Hinterland wird wie folgt festgelegt:

a) für die 5. Stoßarmee: Bad Schönfließ, Pätzig, Warnitz, Ringenwalde, Lindwerder, Charlottenhof, Neu Balz;

b) für die 8. Garde-Armee: Woxholländer-Logau, Alt Limmritz, Klein Kirschbaum, Bahnhof Klein Kirschbaum;

c) für die 69. Armee: Schmagorei, Lieben, Biberteich, Sternberg, Leichholz;

d) für die 33. Armee: ausschließlich Topper, Schwiebus, ausschließlich Neu Bentschen, Bomst, Unruhstadt.

3. Bis zum 12. Februar 1945 ist die gesamte Zivilbevölkerung ins Hinterland hinter den angegebenen Streifen zu evakuieren.

4. In größeren Ortschaften an Straßen, über die Truppen herangeführt werden, darf die evakuierte Bevölkerung nicht untergebracht werden.

5. Der gesamten einheimischen Bevölkerung ist bekanntzugeben, daß Personen, die im Evakuierungsstreifen angetroffen werden, unverzüglich verhaftet und nach Kriegsrecht streng bestraft werden. Alle Angehörigen von Truppenteilen sowie von Einheiten und Einrichtungen der Rückwärtigen Dienste sind verpflichtet, alle Zivilpersonen, die im Evakuierungsstreifen angetroffen werden, unbedingt festzunehmen und den Kommandanten oder den Stäben der Truppenteile zu übergeben.

6. Weil gegnerische Agenten und Diversanten versuchen, in unseren Uniformen in das Kampfgebiet und das Hinterland der Truppen einzudringen, dürfen die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes innerhalb des Evakuierungsstreifens Militärangehörige, die über keinen von den Stäben der Truppenverbände und einzelner Einheiten ausgestellten Kommandierungsbefehl verfügen, nicht passieren lassen.

An allen Straßen, die zur Front führen, ist eine strenge Kontrolle einzurichten und alle Ortschaften im Hinterland der Truppen sind regelmäßig zu kontrollieren, um verdächtige Personen aufzuspüren und festzunehmen.

7. Über den Abschluß der Evakuierung des angegebenen frontnahen Streifens ist am 13. Februar 1945 unter Angabe der Anzahl der evakuierten Familien und der Gesamtzahl der evakuierten Personen Meldung zu erstatten.

Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front Marschall der Sowjetunion G. Schukow

Mitglied des Kriegsrats der [1.] Belorussischen Front Generalleutnant Teigin<sup>1</sup>

Stabschef der 1. Belorussischen Front Generaloberst Malinin

*Kopie von Telegramm Nr. 3827, 3829, 3831 wurde chiffriert übermittelt.*

*RGWA 32925/1/103, Bl. 26-27. Original.*

<sup>1</sup> Teigin, Konstantin Fjodorowitsch (1899–1981), Generalleutnant; ab 1936 politischer Offizier der NKWD-

## **Nr. 77. Kampfbefehl Nr. 002 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front. 9. Februar 1945**

Serie „G“

Karte 200000-42

1. Der Gegner leistet den vorrückenden Truppen der Roten Armee der Front hartnäckigen Widerstand, er geht an der rechten Flanke zum Gegenangriff über, im Zentrum und an der linken Flanke verteidigt er sich am linken Oderufer, wo er den von den Fronttruppen eingenommenen Brückenkopf zu beseitigen versucht.

2. In Ausführung des Befehls Nr. 00284/op des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front vom 8. Februar 1945<sup>2</sup> wird von den Einheiten der Roten Armee der Front vom 9. bis 12. Februar 1945 die einheimische Bevölkerung aus einem 25 Kilometer tiefen frontnahen Streifen im Abschnitt der Oder südlich von Peetzig (7040) evakuiert.

Die Grenze des Evakuierungsstreifens zum Hinterland verläuft auf der Linie: Bad Schönfließ (7070), Pätzig (6070), Warnitz (5070), Ringenwalde (5080), Lindwerder (4080), Charlottenhof (4090), Neu Balz (3090), Woxholländer-Logau, Alt Limmritz (2090), Klein Kirschbaum (1090), Bahnhof Klein Kirschbaum, Schmagorei, Lieben (0090), Biberteich (0000), Sternberg (9000), Leichholz (9010), Topper, Schwiebus (9030), Neu Bentschen (9050), Bomst (8050), Unruhstadt (7050) (alle Orte, außer Topper und Neu Bentschen, einschließlich für die Evakuierung).

In Erfüllung ihrer Aufgabe zum Schutz des Hinterlandes der Front leisten die NKWD-Truppen mit dem 38. Grenzregiment und zwei Bataillonen des 157. Grenzregiments ihren Dienst auf der Linie hinter den vorrückenden Truppenteilen der Roten Armee auf der rechten Flanke, mit dem 127. Grenzregiment und einem Bataillon des 157. Grenzregiments an der Grenze des Evakuierungsstreifens zum Hinterland.

Sie führen den Kampf gegen feindliche Agenten und Gruppen, die im Hinterland der Front zurückgeblieben sind, sie organisieren das Aufspüren und Liquidieren von Banden, nehmen feindliche Elemente fest, sorgen für Ordnung auf den Verbindungswegen, damit ein reibungsloser Verkehr gewährleistet ist.

4. Rechts – das 219. Grenzregiment, seine Grenze: Bromberg, Wittun (1060), Bärenbusch (3010) (ausschließlich), Neustettin (5010).

Links – das 83. Grenzregiment, seine Grenze: Smigal<sup>3</sup> (6000), Unruhstadt (7050), Odereck (6040), weiter entlang der Oder bis Ratdorf<sup>4</sup> (6080).

5. Das 38. Grenzregiment organisiert bis zum Abend des 11. Februar 1945 den Dienst hinter den vorrückenden Truppenteilen in nordwestlicher Richtung rechts – seine Abgrenzung zum 219. Grenzregiment: links Floth (7000), Wiesental (7060), Reetz (0030), Gollnow (3080), Achse der Verlegung – Erlau<sup>5</sup>, Schmilau (9000), Deutsch-Krone (0090).

Kommandostelle des Regiments: Schmilau.

6. Das 157. Grenzregiment organisiert bis zum Abend des 12. Februar 1945 den Dienst in folgendem Streifen: rechts – angrenzend an das 38. Grenzregiment; links: Lukatzkreuz (6060),

---

Truppen, 1940–41 politische Führungsaufgaben im Zentralapparat des NKWD, ab 1941 Stabsoffizier, zuletzt Mitglied des Kriegsrats der 1. Belorussischen Front. 1945–46 Mitglied des Kriegsrates der GSBSD. 1947 in die UdSSR. Im Juni 1947 wegen angeblicher dienstlicher Vergehen aus der Armee entlassen und 1948–53 inhaftiert, Juli 1953 rehabilitiert, ab 1956 im Ruhestand.

<sup>2</sup> Vgl. vorangehendes Dokument.

<sup>3</sup> Wahrscheinlich ist Schmiegel gemeint (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>4</sup> Wahrscheinlich ist Ratdorf/an der Oder gemeint (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>5</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

weiter entlang der Netze bis Zantoch (4020), weiter an der Warthe entlang bis Küstrin (2070). Alle Punkte einschließlich.

Aufgaben: a) *Ein* Bataillon ist an der Grenze des 25 Kilometer tiefen frontnahen Evakuierungsstreifens zum Hinterland in Sicherungseinheiten zu entfalten.

Zu kontrollieren ist die Evakuierung der einheimischen Bevölkerung aus dem Evakuierungsstreifen.

Zivilisten ist der Zugang zum Evakuierungsstreifen zu verbieten, Militärangehörige dürfen nur mit Dienstauftrag passieren.

Personen, die im Evakuierungsstreifen angetroffen werden, sind unverzüglich zu verhaften und nach Kriegsrecht zu bestrafen.

b) Ein Bataillon organisiert den Dienst hinter den Richtung Stettin vorrückenden Einheiten der Roten Armee.

c) Ein Bataillon ist in Reserve zu halten, es soll das Durchkämmen der Wälder nördlich von Landsberg (4010) organisieren.

Kommandostelle des Regiments: Soldin (6090).

7. Das 127. Grenzregiment organisiert bis zum Abend des 12. Februar 1945 den Dienst in folgendem Streifen: rechts – angrenzend an das 157. Grenzregiment, links – angrenzend an das 83. Grenzregiment.

Aufgaben: Das Regiment ist an der Grenze des 25 Kilometer tiefen frontnahen Evakuierungsstreifens zum Hinterland in Sicherungseinheiten zu entfalten.

Zivilisten ist der Zugang zum Evakuierungsstreifen zu verbieten, Militärangehörige dürfen nur mit Dienstauftrag passieren.

Personen, die im Evakuierungsstreifen angetroffen werden, sind unverzüglich zu verhaften und nach Kriegsrecht zu bestrafen.

Kommandostelle des Regiments: Görbitsch.

8. Das 333. Grenzregiment leistet seinen Dienst in Übereinstimmung mit dem speziellen Kampfbefehl Nr. 0042 vom 13. Januar 1945.

9. Die Kommandeure des 157. und des 127. Grenzregiments haben bei der Evakuierung der einheimischen Bevölkerung aus dem frontnahen 25-Kilometer-Streifen darauf zu achten, daß die evakuierte Bevölkerung nicht außerhalb des Streifens in größeren Ortschaften untergebracht wird, die an Straßen für die Heranführung von Truppen liegen.

Am 13. Februar 1945 ist bis 12.00 Uhr Meldung über den Abschluß der Evakuierung zu erstatten, dabei ist die Anzahl der evakuierten Familien und Personen anzugeben. Über den Verlauf der Evakuierung ist täglich in den regulären Sammelmeldungen über Funk zu berichten.

10. Die Kommandeure des 38., 157. und 127. Grenzregiments haben durch die Einrichtung von Kontrollposten und mit allen anderen Diensten eine strenge Kontrolle an den zur Front führenden Straßen auszuüben. Regelmäßig sind die Ortschaften im Hinterland der Truppen und im Evakuierungsstreifen zu kontrollieren, um verdächtige Personen aufzuspüren und festzunehmen.

11. Meine Kommandostelle: Gnesen.

12. Meldung ist zu erstatten: a) über den Erhalt des Befehls, b) über die Organisation des Dienstes in den neuen Abgrenzungen.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin

Stabschef Oberst Wolkow

RGWA 32925/1/103. Bl. 37- 38. Original.

**Nr. 78. Direktive Nr. 10/1-00/0284 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front. 30. März 1945**

Streng geheim

An die Kommandeure der Truppenteile der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 2. Belorussischen Front

Nur: *An den Kommandeur der 63. Schützendivision*

Von der Spionageabwehr „Smersch“ der 2. Belorussischen Front wurden zu verschiedenen Zeiten im Hinterland der Front Gruppen von Militärangehörigen aus Truppenteilen und Verbänden verhaftet, die sich aus dem Dienst in der Roten Armee entfernt hatten und sich verborgen hielten, die in den Ortschaften raubten und mordeten.

Es gab Fälle, in denen Gruppen von Deserteuren bei ihrer Verhaftung bewaffneten Widerstand leisteten. Eine von der Spionageabwehr „Smersch“ der 2. Belorussischen Front vorgelegte Orientierung versah Gen. Marschall der Sowjetunion Rokossowski und Gen. Generalleutnant Subbotin mit folgendem Entscheid:

An den Sekretär des Kriegsrates:

Zu versenden zur Kenntnisnahme an die Kriegsräte der Armeen, die Kommandeure der einzelnen Korps und die Chefs aller Waffengattungen. Ich fordere von allen, die energischsten Maßnahmen zur Sammlung aller Militärangehörigen zu ergreifen, die aus unterschiedlichen Gründen zurückgelassen wurden. Es ist festzustellen, wer fehlt, und es sind Maßnahmen zur Suche nach den Abwesenden einzuleiten. Die Böswilligsten von ihnen sind zu verurteilen und das Urteil ist vor der Front zu vollstrecken. Über die ergriffenen Maßnahmen ist Meldung zu erstatten.

Rokossowski  
Subbotin  
27. März 1945

*RGWA 38686/1/20, Bl. 131. Kopie.*

**Nr. 79. Direktive Nr. 10/1-00339 des Stabs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD über den Kampf gegen Deserteure. 4. April 1945**

Streng geheim

An die Kommandeure der Truppenteile der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD

Nur: An den Kommandeur des 32., 108., 273. Schützenregiments

Von der Spionageabwehr „Smersch“ der 2. Belorussischen Front wurden zu verschiedenen Zeiten im Hinterland der Front Gruppen von Militärangehörigen aus Truppenteilen und Verbänden verhaftet, die sich aus dem Dienst in der Roten Armee entfernt hatten und sich verborgen hielten, die in den Ortschaften raubten und mordeten.

Es gab Fälle, in denen Gruppen von Deserteuren bei ihrer Verhaftung bewaffneten Widerstand leisteten.

Gen. Marschall der Sowjetunion Rokossowski und Gen. Generalleutnant Subbotin fordern, die energischsten Maßnahmen zur Sammlung aller Militärangehörigen zu ergreifen, die aus unterschiedlichen Gründen zurückgelassen wurden. Es ist festzustellen, wer fehlt, und es sind Maßnahmen zur Suche nach den Fehlenden einzuleiten. Die Böswilligsten von ihnen sind zu verurteilen und das Urteil ist vor der Front zu vollstrecken.

Der Divisionskommandeur hat befohlen:

1. Die Anweisungen von Gen. Marschall der Sowjetunion Rokossowski und Gen. Generalleutnant Subbotin sind auszuführen.

2. Es sind die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, um diejenigen zu suchen und festzunehmen, die im Hinterland der Front zurückgeblieben sind, die sich unter allen möglichen Vorwänden vor dem Dienst in der Roten Armee verstecken, die als Marodeure die Bevölkerung ausrauben und Morde verüben.

3. Die Böswilligsten von ihnen sind der Militärstaatsanwaltschaft zu übergeben, damit sie zur Verantwortung gezogen werden.

4. Über die Festnahme von Personen des genannten Kontingents ist in den täglichen operativen Meldungen Bericht zu erstatten, mit genauer Beschreibung der Umstände ihrer Festnahme und ihrer Truppenzugehörigkeit sowie darüber, wohin sie überstellt wurden.

Stabschef der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD Oberstleutnant Kuriltschik<sup>6</sup>

Chef der 1. Abteilung des Stabes Oberstleutnant Gunsilowitsch

*RGWA 38686/1/20, Bl. 130. Beglaubigte Kopie.*

### **Nr. 80. Denkschrift des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 3. Belorussischen Front Generalleutnant Selenin an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Lage in Königsberg und die Arbeit der Operativen Gruppen in der Stadt. 13. April 1945**

Streng geheim

#### **3. Belorussische Front**

Ich berichte über die Lage in Königsberg.

Nach dreitägiger Bombardierung aus der Luft und Beschuß mit schwerer Artillerie und Geschosswerfern hat sich Königsberg in einen Trümmerhaufen verwandelt. Nur in den südlichen und westlichen Stadtteilen sind einige Häuser unversehrt geblieben.

Die Brände halten immer noch an. Die Straßen sind übersät mit Ziegeln, Eisenteilen, Holzstücken und Möbelteilen. Mit Ausnahme einiger Straßen, die für den Durchzug der Truppen freigeräumt wurden, ist die Stadt nicht befahrbar.

Wie sich bei einer Besichtigung von Königsberg und Umgebung feststellen ließ, hatte das deutsche Kommando nicht die Absicht, die Stadt zu übergeben. Das zeigt sich daran, daß die Stadt im Umkreis von fünf Kilometern von zwei Panzergräben und vier Stellungslinien mit Panzersperren und einer großen Anzahl von Feuerstellungen, befestigt mit Beton oder Stahlhauben, umgeben war. Die alten Befestigungsanlagen waren verstärkt und umgerüstet worden. Sie sind überall mit Beton- und Stahlhauben versehen, in denen MGs und Kanonen in Stellung gebracht wurden. Den oberen Bodenbelag auf den Forts hatte man bis zu vier Metern Stärke aufgeschüttet. Auf den Straßen der Stadt waren Barrikaden errichtet worden.

Die Steinhäuser am Stadtrand waren zu Feuerstellungen ausgebaut worden, die Zimmer der flachen Steinhäuser hatte man bis an die Decke mit Erde gefüllt, an den Kellerfenstern Schießscharten für MGs und MPs eingerichtet.

An den Zugängen zur Stadt waren Minenfelder angelegt worden. Allein am östlichen Stadtrand wurden von unseren Pionieren an einem Tag 186.000 Panzer- und Infanterieminen geräumt.

<sup>6</sup> Kuriltschik, Fjodor Antonowitsch.

Nach Angaben von Gefangenen waren fast alle Häuser der Stadt vermint worden. In den zwei Tagen nach dem Einrücken unserer Truppen wurden noch 13.800 Minen und 850 Sprengsätze mit Zeitzündern geräumt. In den meisten der brennenden Häuser gab es Explosionen.

Nach vorläufigen Angaben sind von den Industriebetrieben in Königsberg nur zwei Zellulosefabriken unversehrt geblieben. Wie von Deutschen zu erfahren war, die dort gearbeitet hatten, waren sie schon vor drei Monaten wegen Rohstoffmangels stillgelegt worden. Nur geringe Schäden haben die Werft, die Docks, die Kaianlagen und Anlegeplätze erlitten. Völlig erhalten geblieben sind drei Kraftwerke, an einem weiteren gibt es geringere Zerstörungen, die übrigen fünf Kraftwerke sind völlig zerstört. Ein Betrieb für Fleischwaren, eine Spirituosenfabrik, ein Schlachthaus, ein Getreidesilo und ein Kühlhaus sind unversehrt geblieben.

Nur wenig beschädigt sind das Gaswerk und das zugehörige Kraftwerk. Erhalten geblieben sind zwei Sägewerke und eine Ziegelei.

Alle diese Betriebe liegen in den westlichen und südlichen Stadtteilen.

Im Stadtzentrum sind nur die beiden unteren Etagen des Hauptpostamtes unversehrt geblieben, wo die Telegraphen- und Telefonanlagen untergebracht sind. Diese Anlagen sind noch völlig intakt.

Die Bahnhöfe sind zerstört. Die Gleise und alle Eisenbahnbrücken wurden von den Deutschen gesprengt. Ebenfalls gesprengt wurden die Eisenbahnwerkstätten sowie die Lokomotiv- und Waggondepots. Die Lokomotiven sind fast alle gesprengt worden, die meisten Waggons sind ausgebrannt. Auf den Hauptstrecken wurden an vielen Stellen die Schienenstöße gesprengt.

Die Wagenparks und Depots der Straßenbahn waren von den Deutschen zerstört worden, ein Teil von ihnen brannte aus nach der Bombardierung durch unsere Luftstreitkräfte.

Nach vorläufigen Angaben befanden sich zum 13. April d.J. in Königsberg etwa 100.000 Einwohner.

Nach Einnahme der Stadt durch unsere Truppen kamen die Einwohner, die sich in den Kellern verborgen hatten, nach und nach aus ihren Verstecken. In der Mehrzahl handelt es sich um Frauen, Kinder und Alte, arbeitsfähige Personen sind kaum darunter.

Mit dem Ziel, Spione, Diversanten, Terroristen und andere feindliche Elemente aufzuspüren, arbeiten in der Stadt unter der Leitung erfahrener operativer Mitarbeiter acht Operativgruppen mit insgesamt 120 Mann.

Um zu verhindern, daß sich die Bevölkerung in das von unseren Truppen eingenommene Territorium zerstreut, wurden alle Straßen rund um die Stadt von drei Regimentern der NKWD-Truppen abgeriegelt.

Bis zum 13. April d.J. wurden von unseren Operativgruppen 60.526 Personen festgenommen, davon 32.573 Deutsche, 13.052 Staatsbürger der UdSSR und 14.901 ausländische Staatsbürger.

Die UdSSR-Staatsbürger bringt man zu den Überprüfungs- und Filtrationspunkten des NKWD, die ausländischen Staatsbürger zu den vom Kriegsrat geschaffenen Kommandanturen. Die Deutschen werden an bestimmten Punkten der Stadt gesammelt, wo sie unter Aufsicht von Militärkommandanten stehen und von unseren Organen überprüft werden.

Inhaftiert wurden 1.710 Personen, davon

Agenten der deutschen Aufklärung und Spionageabwehr, Diversanten, Terroristen und hauptamtliche Mitarbeiter dieser Organe – 152,

Mitglieder der nationalsozialistischen Partei und Angehörige faschistischer Organisationen – 1.501,

Verräter, Handlanger der deutschen Okkupanten und andere feindliche Elemente – 57.

Aufschlüsselung nach Nationalität:

Deutsche – 1.621,

Russen – 43,

Ukrainer – 20,

Polen – 14,

Weißrussen – 12.

Unter den Inhaftierten befinden sich:

der ehemalige Richter am Stadtgericht Königsberg, Dr. jur. Kurt Zernik<sup>7</sup>, Deutscher, geb. 1886, aktives Mitglied der nationalsozialistischen Partei;

Kommandant des Kriegsgefangenenlagers in Königsberg Otto Andris, Deutscher, geb. 1892, Mitglied der nationalsozialistischen Partei;

Gendarmeriechef der Stadt Labiau Lütjens Markwot, Deutscher, Mitglied der nationalsozialistischen Partei seit 1932;

Gendarmeriechef des Bezirks Goldap Wilhelm Homann, Deutscher, aktives Mitglied der nationalsozialistischen Partei;

Staatsanwalt der Provinz Pommern Eberhard Meer, Deutscher, geb. 1883, Mitglied der nationalsozialistischen Partei seit 1933; Mitinhaber eines Brauereikonzerns in Ost- und Westpreußen;

ehemaliger Chef der Stadtpolizei von Augustowo und Grodno Emil Dietz, Deutscher, geb. 1892, Mitglied der nationalsozialistischen Partei, er persönlich verhaftete und erschoss mehr als 500 Kommunisten und Sowjetbürger;

Gehilfe des Chefs des Kriegsgefangenenlagers in Königsberg Fritz Guss, Deutscher, geb. 1911;

Gehilfe des Bürgermeisters von Königsberg Willi Schmick, Deutscher, geb. 1893, Mitglied der nationalsozialistischen Partei;

Resident der Gestapo, Kommandant des Kriegsgefangenenlagers im Königsberger Hafen, Kasimir Frantischek Makowetzki, geb. 1900, Pole.

Als Sammelpunkt für die Festgenommenen nutzen wir das ehemalige deutsche Kriegsgefangenenlager, das für 25.000 Gefangene berechnet ist, und die Gebäude und Kasernen in dem Vorort Quednau, in denen vorher Volkssturmlaute untergebracht waren und die etwa die gleiche Aufnahmekapazität haben.

Nach Angaben von Einwohnern der Stadt befinden sich in den Kellern der zerstörten Häuser noch Zivilisten und Angehörige der deutschen Armee, ein Teil von ihnen kann nicht herauskommen, andere halten sich dort verborgen.

Für das Öffnen der Keller unter den Ruinen und die Beräumung der Stadt hat das Frontkommando auf unseren Vorschlag hin spezielle Pionier- und Sanitätsbrigaden abkommandiert.

Gleichzeitig arbeiten unsere Operativgruppen an der Aushebung von Waffen- und Sprengstofflagern.

Selenin

*GARF 9401/2/95, S. 39-43. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>7</sup> Alle im Dokument genannten Namen wurden nur aus dem Russischen transkribiert.



**Nr. 81. Befehl Nr. 0017 des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front „Über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den stellvertretenden Chef der Abteilung Aufklärung des 157. Grenzregiments Hauptmann K.“. 25. April 1945**

Streng geheim

Am 8. April d.J. enttarnte der Obergewilfe des Chefs der Abteilung Aufklärung des 3. Bataillons des 157. Grenzregiments Leutnant Tschuprin bei einer Filtration den festgenommenen Deutschen Edmund Johannowitsch Becker als Agenten der deutschen Kriminalpolizei.

Erbost über die sowjetischen Aufklärungsorgane und aus Furcht davor, zur Verantwortung gezogen zu werden, versuchte der enttarnte Agent der deutschen Kriminalpolizei Becker mehrfach, aus der Untersuchungshaftzelle zu fliehen und stachelte auch die übrigen Festgenommenen zur Flucht an.

Außerdem leistete er gegen Leutnant Tschuprin Widerstand, so daß man ihn fesselte und in den Korridor der Untersuchungshaftzelle brachte.

Der Festgenommene Becker zerriss die Fessel und stürzte sich zweimal auf den Wachposten Alexejew, woraufhin dieser ihn mit dem Gewehrkolben mehrere Schläge versetzte und so die Flucht von Becker und den übrigen Festgenommenen verhindern konnte.

Statt die vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen, um die Flucht des Festgenommenen Becker zu verhindern und jeden Widerstand von dessen Seite auszuschließen, und statt die Ermittlung abzuschließen und die Ermittlungsergebnisse zusammen mit der Person Beckers der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ zu übergeben, befahl der stellvertretende Chef der Aufklärungsabteilung des Regiments Hauptmann K. unter Mißbrauch seiner Dienststellung und ohne hinreichenden Grund, den Festgenommenen Becker zu erschießen, was in der Nacht vom 9. zum 10. April 1945 von Oberleutnant B. vollzogen wurde, d.h., der Festgenommene Becker wurde von Oberleutnant B. erschossen.

Für die genannten strafbaren Handlungen wäre Hauptmann K. dem Militärtribunal zu übergeben, doch mit Rücksicht auf seinen tadellosen Dienst in der Vergangenheit befehle ich:

1. Für die Erschießung des Festgenommenen Becker ohne hinreichenden Grund erhält der stellvertretende Chef der Aufklärungsabteilung des 157. Grenzregiments Hauptmann K. 15 Tage Hausarrest mit Abzug von 50 Prozent seiner Dienstbezüge für jeden Tag des Arrests.

2. Hauptmann K. ist von seiner Dienststellung zu befreien und in eine Stellung umzusetzen<sup>8</sup>, die keine Beziehung zur Aufklärungstätigkeit hat.

3. Der Befehl ist allen Truppenoffizieren zur Kenntnis zu geben.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin  
Stabschef Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/297, Bl. 19. Original.*

---

<sup>8</sup> Im Text gestrichen: „mit Degradierung“.

**Nr. 82. Direktive Nr. 1-1249 des Stabschefs des 331. Grenzregiments über das verwerfliche Verhalten von Grenzsoldaten, das vom stellvertretenden Volkskommissar für Inneres Serow beobachtet wurde. 25. April 1945**

An alle Bataillonskommandeure

Der stellvertretende Volkskommissar Serow hat die Frontlinie abgefahren und dabei verwerfliches Verhalten von Grenzsoldaten beobachtet.

Mannschaften treiben sich beschäftigungslos auf den Straßen herum, der Dienst innerhalb der Bataillone ist nur schwach organisiert, Grenzsoldaten gehen in die Häuser, wühlen herum und tragen allerlei häuslichen Plunder weg, wobei nicht erkennbar ist, ob sie Dienst tun oder sich mit der Beschaffung von Trödelkram abgeben.

Solche Mängel in der Organisation des Dienstes traten bei Sicherungseinheiten des 1. und 2. Bataillons auf; ein Teil der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hat damit begonnen, sich hemmungslos mit der Beschaffung von Trödelkram zu beschäftigen.

Unter Hinweis auf das Dargelegte hat der Regimentskommandeur befohlen:

1. Die Kommandeure der Untereinheiten sind persönlich verantwortlich für das Verhalten der ihnen Unterstellten bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten.

2. Die Grenzsoldaten sind zur Ordnung zu rufen, sollen sie doch mit ihrem Dienst Träger dieser Ordnung sein.

3. Die Dienste der Grenzsoldaten sind vorschriftsmäßig zu organisieren; seitens der Offiziere ist zu kontrollieren und zu überprüfen, wie der Dienst durch die einzelnen Kommandos ausgeführt wird.

4. Es ist kategorisch verboten, Fahrten von Gruppen oder Einzelpersonen in Städte, die von der Roten Armee eingenommen wurden, zu organisieren, bei denen nach Beutegütern und Trödelkram gesucht werden soll.

5. Über jeden Fall derartiger Beschaffungsaktionen von Militärangehörigen der Untereinheiten ist dem Regimentskommandeur Meldung zu erstatten, damit die Betroffenen streng bestraft werden.

6. Über den Erhalt vorliegender Orientierung und deren Weiterleitung an die gesamte Truppe ist am 28. April d. J. auf dem Postwege Meldung zu erstatten.

Stabschef des 331. Grenzregiments Major Prochorenko

*RGWA 38816/1/36, Bl. 182. Original.*

Veröffentlicht in: N. W. Petrow: *Perwy presedatel KGB Iwan Serow*, Moskwa 2005, S. 226-227.

**Nr. 83. Direktive Nr. P/00564 des Chefs der Verwaltung der NKWD-Truppen für den Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin bezüglich der Unzulässigkeit von Ausschreitungen und Willkürakten gegenüber Vertretern von Staaten, die sich nicht im Krieg mit der UdSSR befinden. 1. Mai 1945**

Streng geheim

An die Kommandeure der Grenzregimenter  
An die Chefs der Politabteilungen der Grenzregimenter  
Nur *Operative Abteilung*

Der Kriegsrat der Front stellt in seiner Direktive Nr. 11564-11565 vom 30. April 1945 fest, daß von Militärangehörigen der Front Ausschreitungen gegenüber Vertretern ausländischer Staaten begangen wurden, die nicht gegen uns Krieg führen: Das Eigentum der Irischen Botschaft wurde geplündert, die Ehefrau eines japanischen Korrespondenten vergewaltigt.

Davon ausgehend, daß die Ursachen für diese Zwischenfälle in der Duldung durch die ranghöheren Kommandeure, politische Mitarbeiter und die Organe der Staatsanwaltschaft sowie im Fehlen eines echten Kampfes für die Umsetzung der Direktive Nr. 0143 des Kriegsrates der Front vom 1. März 1945 (über die Bekämpfung von Plünderungen und Ausschreitungen sowie die Herstellung geordneter Verhältnisse in den Truppen und insbesondere im Hinterland) zu suchen ist, fordert der Kriegsrat der Front:

1. Der Truppe ist unverzüglich zur Kenntnis zu bringen, daß diplomatisches Personal und Handelsvertreter sowie Korrespondenten und Journalisten ausländischer Staaten, die nicht gegen uns Krieg führen und sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten, das Recht auf Unantastbarkeit und Unversehrtheit ihrer Person und ihres Eigentums genießen, und jeder Übergriff, jeder Willkürakt gegenüber diesen eine ernsthafte Belastung der Beziehungen dieser Staaten zu unserem Staat nach sich ziehen kann. Jeder Militärangehörige, insbesondere jeder Offizier, ist verpflichtet, wenn in seinem Abschnitt solche Vertretungen oder Personen festgestellt werden, Maßnahmen zu deren Schutz sowie zum Schutz ihres Eigentums zu ergreifen und davon umgehend den Vorgesetzten in Kenntnis zu setzen, wobei dieses Eigentum bis zum Eintreffen des vorgesetzten Kommandeurs nicht unbeaufsichtigt zu lassen ist.

2. Die Besichtigung der Räumlichkeiten von Vertretungen ausländischer Staaten sowie die Überprüfung von Ausweispapieren ist ausschließlich Offizieren vom Regimentskommandeur aufwärts und den Chefs der Organe der Spionageabwehr „Smersch“ vorbehalten. Allen anderen Personen ist dies strikt untersagt.

Die Entnahme von Eigentum kann ausschließlich mit Genehmigung des Kriegsrates der Front erfolgen.

3. Der Fall der Vergewaltigung der Ehefrau eines japanischen Korrespondenten ist sofort und gründlich durch den Kriegsrat der 47. Armee und die Militärstaatsanwaltschaft zu untersuchen, der Schuldige ist, ohne Ansehen seines Ranges und seiner Dienststellung, festzunehmen und streng zu bestrafen.

4. Künftig gilt, daß für jeden Willkürakt gegenüber einem Vertreter eines ausländischen Staates, der nicht gegen uns Krieg führt, sowie die eigenmächtige Entnahme seines Eigentums neben den Schuldigen auch der Kommandeur der Untereinheit, dessen Untergebene dieses Verbrechen begangen haben, sowie der Kommandeur der Einheit und dessen Stellvertreter für politische Fragen abzusetzen und vor Gericht zu stellen sind, während der Kommandeur des Verbandes und der Chef des politischen Organs administrativ und parteiintern, bis hin zur Amtsenthebung, streng zu bestrafen sind.

Demgemäß befehle ich:

1. Die Anweisungen des Kriegsrates der Front sind der Truppe unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Zu diesem Zweck sind umgehend Offiziere der Verwaltung des Regiments in alle Einheiten zu entsenden.

In gesonderten Namenslisten der Angehörigen der einzelnen Einheiten sind das Datum der Bekanntgabe sowie Name und Dienstgrad des vortragenden Offiziers zu vermerken.

2. Im Falle der Feststellung einer Vertretung bzw. von Vertretern eines ausländischen Staates (Botschaft, Handelsvertretung, Korrespondenten und Journalisten) im Abschnitt eines Regiments ist unverzüglich eine Bewachung und Beobachtung zu organisieren und die Truppenverwaltung zu informieren.

3. Der Kampf gegen Tauschgeschäfte mit Beutegut<sup>9</sup>, Plünderungen und Ausschreitungen ist nochmals auf sämtlichen Ebenen (administrativ, partei- und komsomolintern sowie über die Öffentlichkeit) in aller Breite in der Truppe zu erörtern.

Solche Erscheinungen treten in der Truppe nach wie vor auf; zu unserer Schande werden immer noch Grenzsoldaten festgenommen und durch die Armeeorgane als Vergewaltiger und Marodeure vor Gericht gestellt (157. Grenzregiment).

4. Über den Erhalt der vorliegenden Direktive und über die Bekanntgabe der Anweisungen des Kriegsrates der Front ist Meldung zu erstatten.

Über die geleistete Arbeit zur Bekämpfung von Tauschgeschäften und Plünderungen ist bis zum 10. Mai 1945 gesondert zu berichten.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin

Chef der politischen Abteilung der Truppen Oberst Schljachtin

*RGWA, 32925/1/100, Bl. 345 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 84. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461 „Zur Organisation von Lagern (Gefängnissen) bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR“. 10. Mai 1945**

Streng geheim

In Ergänzung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 00315 vom 18. April 1945<sup>10</sup> befehle ich:

1. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Serow, Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Zanawa, Gen. Generalleutnant Selenin, Gen. Generalleutnant Meschik und Gen. Generalleutnant Kowaltschuk haben gemäß den beigefügten Stellenplänen und der Standortverteilung Lager und Gefängnisse zu organisieren. (Anlage 1 und 2<sup>11</sup>)

2. Den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR ist zu gestatten, entsprechend der Anzahl der Lager und Gefängnisse an den Fronten Gruppen aus drei bis sieben Mann zur Leitung der Lager und Gefängnisse zu bilden sowie ein bis zwei Mann zur Nachweisführung und Statistik abzustellen.

<sup>9</sup> Vorlage: „baracholstwo“.

<sup>10</sup> Vgl. Dokument Nr. 11.

<sup>11</sup> Anlage Nr. 2 wird hier nicht publiziert.

Für die Lager, Gefängnisse und Gruppen sind vorwiegend Mitarbeiter und Offiziere, die den Frontbevollmächtigten unterstehen, und von Frontstäben abgestellte Offiziere einzusetzen.

Der Häftlingsnachweis ist im Apparat des Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR nach der beigelegten Dienstanweisung (Anlage Nr. 3) zu führen.

Der Chef der 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR Gen. Oberst der Staatssicherheit Kusnezow<sup>12</sup> hat die zentrale Registratur dieses Kontingents getrennt von der allgemeinen Verbrecherregistratur zu führen.

3. Der Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Gen. Staatssicherheitskommissar 3. Ranges Obrutschnikow hat für die Besetzung der offenen Stellen für Chefs von Lagern und Gefängnissen sowie für Leiter der Nachweisapparate und Verwaltungsleiter Mitarbeiter auszuwählen und innerhalb von zehn Tagen den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR zur Verfügung zu stellen.

Gen. Generalleutnant Stachanow hat zur Komplettierung des Apparates der Lager an den Fronten Gen. Obrutschnikow 250 Mann aus dem Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsbestand der NKWD-Truppen zur Verfügung zu stellen und dem Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR der 4. Ukrainischen Front ein nichtselbständiges Bataillon zur Bewachung der Lager und Gefängnisse zuzuteilen.

4. Der Chef der Hauptverwaltung Kriegsversorgung des NKWD der UdSSR Gen. Generalleutnant des Intendanturdienstes Wurgaft<sup>13</sup> hat über die Fronten die Versorgung der in den Lagern und Gefängnissen internierten (inhaftierten) Deutschen nach den für Kriegsgefangene festgelegten Normen zu organisieren.<sup>14</sup>

Der Personalbestand der Lager ist nach den bestehenden Normen für Armeeingehörige zu versorgen.

5. Der Chef der Zentralen Finanzabteilung des NKWD der UdSSR Gen. Generalmajor des Intendanturdienstes Berenson<sup>15</sup> hat die Finanzierung der Gefängnisse und Lager bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR zu sichern.

6. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben einmal in fünf Tagen über „WTsch“ oder verschlüsselt nach dem beigelegten Formblatt (Anlage 4) über die durchgeführte Arbeit, über vorgenommene Verhaftungen und Festnahmen an das NKWD der UdSSR zu berichten. Vorkommnisse, Verhaftungen und Festnahmen von besonderer Bedeutung sind unverzüglich zu melden.

7. Zur Auswertung des von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR eintreffenden Materials, zur Erarbeitung von Informationen aus diesem Material, von operativen Richtlinien für die Organe des NKWD, NKGB und der Spionageabwehr „Smersch“ sowie zur Durchführung operativer Voruntersuchungen in den wichtigsten Fällen ist beim NKWD der UdSSR eine besondere Operativgruppe zu bilden. Ihr gehören an: Gen. Oberst der Staatssicherheit Ljudwigow<sup>16</sup> (Leiter der Gruppe), Gen. Oberst der Staatssicherheit Michailow (stellvertretender Leiter der Gruppe), Gen. Oberstleutnant der Staatssicherheit Maiorow, Gen. Oberstleutnant der Staats-

---

<sup>12</sup> Kusnezow, Alexandr Semjonowitsch (1899–1976), Oberst; 1943–53 Chef der 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR (zuständig für die allgemeine Nachweisführung).

<sup>13</sup> Wurgaft, Alexandr Alexejewitsch (1905–1947).

<sup>14</sup> Befehl des NKWD Nr. 001282 vom 18. Okt. 1944 legte für Kriegsgefangene die Tagesnorm mit 600g Roggenbrot, 10g Weizenmehl, 100g Graupen/Teigwaren, 30g Fleisch, 100g Fischprodukte, 920g Kartoffeln und Gemüse und 30g Salz fest. In: GARF 9401/1/162, Bl. 211.

<sup>15</sup> Berenson, Lasar Israiljewitsch (1898–1956).

<sup>16</sup> Ljudwigow, Boris Alexandrowitsch (1907–), Oberst; 1945 stellvertretender Chef des Sekretariats des NKWD der UdSSR, 1953 verhaftet, 1954 zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1965 amnestiert.

sicherheit Chimtschenko, Gen. Major der Staatssicherheit Leonow, Gen. Major der Staatssicherheit Frenkina, Gen. Hauptmann der Staatssicherheit Sokolow.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar der Staatssicherheit  
L. Berija

Anlage 1 zum Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461-1945

Streng geheim

**Standortverteilung der Lager und Gefängnisse  
bei den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR**

1. Belorussische Front

Lembertow <sup>17</sup>	Lager
Lodz	Lager
Poznan	Lager
Danzig	Lager
Krakow	Lager
Schneidemühl	Lager
Schwiebus	Lager
Landsberg	Lager
Fürstenwalde	Lager
Werneuchen	Lager

2. Belorussische Front

Graudenz	Gefängnis
Gollnow	Gefängnis
Stargard	Lager

3. Belorussische Front

Insterburg	Gefängnis
Tapiau	Gefängnis
Bartenstein	Gefängnis
Königsberg	Gefängnis
Preußisch Eylau	Lager
Domtau	Lager
Siedlung Panart <sup>18</sup>	Lager

1. Ukrainische Front

Tost	Gefängnis/Lager
Oppeln	Gefängnis/Lager
Rawitsch	Gefängnis/Lager

4. Ukrainische Front

Wadowice	Gefängnis
Bielsko	Gefängnis

<sup>17</sup> Ort ist nicht lokalisierbar, möglicherweise Libertow bei Krakau (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>18</sup> Ort ist nicht lokalisierbar (Anm. d. Übers. R. S.).

Ratibor	Gefängnis
Ruzomberok	Gefängnis
Myslowice	Lager

Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Staatssicherheitskommissar 2. Ranges Tschernyschew

*Anlage 3 zum Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461-1945*

Streng geheim

April 1945

### **Vorläufige Instruktion**

zur Ordnung der Nachweisführung über die Inhaftierten, die in gemäß NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 eingerichtete Gefängnisse und Lager eingeliefert wurden:

1. Über jeden Verhafteten wird von einem operativen Mitarbeiter eine Nachweis- und Kontrollakte angelegt. Die Akte soll folgende Dokumente enthalten: den Verhörbogen, die Anordnung über die Festnahme und die Inhaftierung in einem Gefängnis/Lager mit den Angaben zur Person des Festgenommenen und der Begründung für dessen Einlieferung in eine Haftanstalt; außerdem sind persönliche Dokumente beizulegen, die bei der Festnahme abgenommen wurden.

Die Nachweis- und Kontrollakte ist mit dem Verhafteten dem Gefängnis bzw. Lager zu übergeben.

Eine Kopie der Anordnung wird an die zuständige Gruppe für Nachweis und Statistik im Apparat des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR zur Einrichtung eines Personalregisters gesendet.

Die Gruppen für Nachweisführung stellen auf der Grundlage dieser Anordnungen die Kartei Nr. 1 für die Registrierung der Verhafteten im Apparat des Bevollmächtigten zusammen.

2. Wenn Material über konkrete verbrecherische Handlungen des Festgenommenen vorliegt oder an dem Festgenommenen operatives Interesse besteht (wegen der Art seiner dienstlichen Tätigkeit, seiner Beziehungen usw.), dann ist über ihn eine Ermittlungsakte anzulegen.

Nachweis und Registrierung der Ermittlungsakten erfolgen gemäß NKWD-Befehl Nr. 00931 von 1939.

3. Das Gefängnis/Lager nimmt auf der Grundlage der in der Nachweis- und Kontrollakte enthaltenen Anordnung eine Registrierung des Inhaftierten vor. Dabei ist unbedingt die Nachweiskarte (Formular Nr. 1) auszufüllen und von jedem Inhaftierten eine Karte mit seinem Fingerabdruck in zwei Exemplaren anzulegen.

4. Eine Zusammenstellung der Nachweis- und Registrierungsunterlagen des Inhaftierten (die Nachweiskarte nach Formular Nr. 1 und ein Exemplar der Fingerabdruck-Karte) wird den Nachweisgruppen bei den NKWD-Frontbevollmächtigten zugestellt; im Gefängnis/Lager verbleibt ein zweites Exemplar der alphabetischen Karten, aus denen ein alphabetisches Register der Inhaftierten erstellt wird; das zweite Exemplar der Fingerabdruckkarte wird der Nachweis- und Kontrollakte beigelegt.

5. Die Nachweisgruppen sind verpflichtet, innerhalb von 24 Stunden nach Erhalt der Registrierungsunterlagen diese an die 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR weiterzuleiten, einschließlich einer Liste mit den Familien-, Vor- und Vatersnamen der Inhaftierten, von denen Unterlagen eingereicht werden.

6. Die Gefängnisse/Lager haben an die entsprechenden Nachweisgruppen bei den Bevollmächtigten Benachrichtigungen über alle Abgänge von Inhaftierten aus dem Gefängnis/Lager zu schicken – bei deren Verlegung in ein anderes Gefängnis/Lager, aber auch bei Entlassungen und

Fluchten sowie im Todesfall. Diese Benachrichtigungen werden nach Eintrag der notwendigen Angaben in die Nachweiskartei der Gruppen für Nachweis und Statistik mit Begleitschreiben an die 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR gesendet.

Die Nachweis- und Kontrollakten der Verstorbenen und Entlassenen werden an die 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR geschickt.

7. Die Nachweisgruppen erarbeiten anhand der zentralen Erfassung Berichte über die Tätigkeit der Operativgruppen und über die Gefangenenzahlen und übermitteln sie verschlüsselt oder über „WTsch“ am 1. und 16. jedes Monats an die 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR (ein Formular für die Übersicht wird beigelegt).

8. Bei jeder Verlegung eines Gefangenen in ein anderes Gefängnis/Lager wird die über ihn angelegte Nachweis- und Kontrollakte und – soweit vorhanden – die Ermittlungsakte mitgeschickt.

Chef der 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR  
Oberst der Staatssicherheit Kusnezow

Streng geheim

In Übereinstimmung mit Befehl Nr. 00315 des NKWD der UdSSR vom 18. April 1945

Die inhaltlichen Angaben zu den Spalten der Übersicht werden nicht übermittelt, weder telegraphisch noch über „WTsch“.

Zu übermitteln über „WTsch“ Tel. Nr. 24-52.

Vom Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR  
für die .... Front.

Moskau, 1. Sonderabteilung des NKWD der UdSSR  
Gen. ....

14tägige telegraphische Übersicht zu Nr. 00315

.... Hälfte ..... (Monat) 1945

A. Veränderung der Gefangenenzahlen in 14 Tagen

Erstens – Anzahl der Gefangenen zum „...“:

Zweitens – Neuzugänge an Gefangenen in den 14 Tagen:

Drittens – Abgänge in den 14 Tagen:

Viertens – verbleibende Anzahl der Gefangenen zum „...“:

B. Aufgliederung der neu in den 14 Tagen zugegangenen Gefangenen nach den Kategorien gemäß Befehl Nr. 00315

C. Abgänge in den 14 Tagen

Erstens – Abtransport in die UdSSR (mit Zustimmung des NKWD der UdSSR):

Zweitens – Entlassungen:

Drittens – Todesfälle:

Viertens – Geflohene:

Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR

Chef der Nachweisgruppe

..... 1945

Übermittelt von:

Entgegengenommen von:



Anlage 4 zum Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00461 von 1945

Geheim

4. Mai 1945

**Aufstellung zu den Angaben über die geleistete Arbeit gemäß Befehl Nr. 00315 des NKWD der UdSSR vom 18. April 1945**

Anzahl der Inhaftierten nach Punkt 1 (aufgeschlüsselt nach Kategorie und Nationalität);

Anzahl der an Ort und Stelle erschossenen Verbrecher;

Anzahl der Ausgehobenen nach Punkt 3 (aufgeschlüsselt nach Kategorie und Nationalität), wie viele davon in Lager überstellt;

Anzahl festgenommener Angehöriger der „ROA“<sup>19</sup>, wie viele davon in Lager überstellt;

Menge beschlagnahmter Waffen;

Standortverteilung der entsprechend Punkt 6 eingerichteten Gefängnisse und Lager, sofern es diesbezüglich Veränderungen gibt;

Ergebnisse der Durchsicht des Materials zu den Inhaftierten.

Akkumulierte Angaben dazu sind jeweils zum 5., 10., 15. usw. jedes Monats zu machen.

Chef des Sekretariats des NKWD der UdSSR Staatssicherheitskommissar 3. Ranges S. Mamulow

*ZA FSB 66/1/881, Bl. 155-159, 162-165. Original.*

Veröffentlicht in: Archiw nowejszei istorii Rossii. Serija „Publikazii“/ T. 2. Spezialnye lagerja NKWD/MWD SSSR w Germanii. 1945 – 1950. Sbornik dokumentow i statei. Moskwa 2001, S. 19-25.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in (ohne Anlage 3 und 4): Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. Von Ralf Possekel, Berlin 1998, S.189-192.

**Nr. 85. Direktive des Stabschefs des 92. Grenzregiments Oberstleutnant Smirnow an den Kommandeur des 1. Bataillons Hauptmann Galkin zur rechtzeitigen Meldung exakter Angaben über die Festnahme von „Agenten“ und „Diversanten“. 4. Mai 1945**

Geheim

Nr. 1/01347

An den Kommandeur des 1. Bataillons Gen. Hauptmann Galkin

Kopie an: die Kommandeure des 2. und 3. Bataillons

Bis jetzt bleibt die Beschreibung charakteristischer Fälle von Festnahmen äußerst unbefriedigend. Die Dienstkommandos des Bataillons haben sieben Agenten/Diversanten verhaftet, doch das Regiment hat von Ihnen bis jetzt keine Beschreibung der Handlungen der Dienstkommandos erhalten. Der Bataillonsstab beschränkte sich lediglich auf einen formalen Bescheid über die Verhaftung von Agenten in den operativen Sammelmeldungen.

---

<sup>19</sup> ROA für: „Russkaja Oswoboditelnaja Armija“, d.i. „Russische Befreiungsarmee“.

Der Regimentskommandeur befahl:

Über die Festnahme der Agenten/Diversanten ist für jeden einzelnen Fall eine Beschreibung vorzulegen, in der folgende Fragen zu beantworten sind:

1. Anzahl der Festgenommenen, Zeit und Ort der Festnahme, mit genauen Angaben der Koordinaten.
2. Zusammensetzung und Art der Dienstkommandos.
3. Gründe der Festnahme: Was genau diente als Anlaß für die Festnahme?
4. Die Handlungen des Dienstkommandos und der Agenten/Diversanten bei der Festnahme sind genau zu beschreiben.

Das Material ist am 7. Mai 1945 dem Regiment vorzulegen.

Stabschef des 92. Karpaten-Grenzregiments, Träger des Rotbannerordens, der NKWD-Truppen  
Oberstleutnant Smirnow

*RGWA 32883/1/76, Bl. 159. Original.*

## **Nr. 86. Mitteilung des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin über die Organisation der Arbeit „zur Eliminierung feindlicher Elemente“ in Ostpreußen. 5. Mai 1945**

Streng geheim

Nr. 530/b

Zur Eliminierung feindlicher Elemente in Ostpreußen werden der stellvertretende Volkskommissar für Inneres Gen. Generaloberst Apollonow und mit ihm Gen. Generalleutnant Gorbatsjuk<sup>20</sup> und Gen. Generalleutnant Tutuschkin<sup>21</sup> dorthin entsandt.

Gen. Apollonow erhielt die Anweisungen, die notwendige operative Arbeit mit Agenten und die Ermittlungstätigkeit zu organisieren, die Festsetzung von Spionen, Diversanten, Terroristen und anderer feindlicher Elemente, die subversive Arbeit leisten, sicherzustellen und in den Städten und Häfen Ostpreußens die erforderliche öffentliche Ordnung herzustellen.

Gen. Apollonow stehen 400 operative Mitarbeiter und neun Regimenter der NKWD-Truppen zur Verfügung (die operativen Mitarbeiter und die Truppen befinden sich bereits vor Ort).

Der Chef der Spionageabwehr „Smersch“ bei der 3. Belorussischen Front Gen. Generalleutnant Selenin erhielt die Anweisungen, Gen. Apollonow die nötige Unterstützung bei dieser Arbeit zu geben.

Über den Verlauf der Säuberung Ostpreußens von feindlichen Elementen werden wir Bericht erstatten.

Zur Kenntnisnahme teile ich mit, daß mit dem Vorrücken der Roten Armee auf dem Territorium Ostpreußens von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR von Januar bis April d.J. mehr als 50.000 feindliche Elemente eliminiert wurden.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR L. Berija

*GARF 9401/2/95, Bl. 374. Beglaubigte Kopie.*

<sup>20</sup> Gorbatsjuk, Iwan Markowitsch (1903–1957), Generalleutnant; 1943–45 Chef der NKWD-Hauptverwaltung für die Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee.

<sup>21</sup> Tutuschkin, Fjodor Jakowlewitsch (1900–1959), Generalleutnant; stellvertretender und ab Juni 1945 NKWD-Bevollmächtigter in Ostpreußen.

**Nr. 87. Direktive Nr. Sch/1-001326 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front bezüglich der Umstellung der Arbeit mit Agenten sowie der operativen Tätigkeit der Truppe. 21. Mai 1945**

Streng geheim

An alle Kommandeure der Grenzregimenter der NKWD-Truppen der 1. Belorussischen Front  
Nur: An Kommandeur des 38., 157., 333., 127., 937. und 105. Grenzregiments

Im Zusammenhang mit der Beendigung der Kampfhandlungen an der Front hat sich auch die Lage auf dem Territorium Deutschlands grundlegend verändert. Von Ihnen ist jedoch im Hinblick auf diesen Arbeitsbereich des Regimentsstabes und der Einheiten keine Umstellung vorgenommen worden. Die operativen Berichte treffen größtenteils ohne Angaben zur Situation im jeweiligen Abschnitt ein, oder es wird – in seltenen Fällen – über versprengte Soldaten des Gegners, der durch die Einheiten der Roten Armee zerschlagenen deutschen Armee, berichtet, was vor dem allgemeinen Hintergrund der aktuellen Lage und angesichts der Aktivitäten feindlicher faschistischer Untergrundorganisationen als nicht mehr zeitgemäß erscheint.

Die verbliebenen faschistischen Organisationen und andere feindliche Elemente sind in den tiefen Untergrund gegangen und setzen den sogenannten kleinen Krieg fort, indem sie Sturm- und „Partisanenabteilungen“ sowie Terror- und Diversionsgruppen bilden, um Terroranschläge auf Militärangehörige der Roten Armee und auf die Vertreter der durch die Rote Armee geschaffenen neuen Verwaltungsorgane in Deutschland zu verüben.

Gleichzeitig unterwandern die feindlichen Elemente, insbesondere prominente Vertreter der faschistischen Partei, die Leitungsebene der Verwaltungsorgane, indem sie vorgeben, sich gegenüber der Roten Armee loyal zu verhalten und die in Deutschland existierenden Verhältnisse anzuerkennen. Tatsächlich verfolgen sie jedoch die Absicht, Zersetzungsarbeit zu leisten und die durch die Rote Armee eingeführte neue Ordnung in den Augen der einheimischen Bevölkerung zu diskreditieren.

Die bestehenden Terrorgruppen haben in letzter Zeit ihre Tätigkeit verstärkt, sie verüben Terroranschläge auf Militärangehörige der Roten Armee, zünden in Berlin Häuser an, rauben die Bürger aus und versuchen damit, die deutsche Bevölkerung gegen die Rote Armee und die örtlichen Machtorgane aufzuwiegeln.

Von Ihnen werden jedoch keinerlei Maßnahmen ergriffen, um ernsthaft gegen die Aktivitäten der feindlichen Elemente vorzugehen. Die Lageberichte spiegeln jedenfalls nichts davon wider, abgesehen von Meldungen darüber, daß Leichen von durch unbekannte Angehörige der Roten Armee Ermordeten aufgefunden wurden. Die meisten Meldungen sind wenig konkret (127. und 331. Grenzregiment) und enthalten keine Hinweise auf eingeleitete Maßnahmen zur Ermittlung von Terroristen.

Auch die Stimmung der ortsansässigen Bevölkerung und ihr Verhältnis zu den Einheiten der Roten Armee sowie die Arbeit der feindlichen Elemente unter der Bevölkerung u. a. m. bleiben gänzlich unbeleuchtet.

Von den vorstehenden Ausführungen ausgehend, hat der Chef der Truppen befohlen:

1. Der Regimentsstab und die Bataillone haben unverzüglich die Arbeit mit Agenten und den operativen Dienst umzustellen.
2. Die Bataillonskommandeure sind zu verpflichten, in den operativen Berichten Informationen zur aktuellen Situation, zur Stimmungslage in der ortsansässigen Bevölkerung und zu den in unserem Abschnitt operierenden feindlichen Elementen anzuführen.
3. In diesem Zusammenhang sind am Schema der operativen Berichte und der abendlichen Meldungen folgende Veränderungen vorzunehmen:

a) in den abendlichen Meldungen sind kurz die wichtigsten Ereignisse zusammenzufassen, die die operative Lage im Abschnitt des Regiments kennzeichnen, und die von Ihnen diesbezüglich eingeleiteten Maßnahmen darzulegen;

b) [es folgen:] die Kampftätigkeit der Einheiten, die Ergebnisse, unsere Verluste;

c) die Ergebnisse der operativen Tätigkeit des Tages (Anzahl, Kontingent der Festgenommenen) nach dem Ihnen bekannten festgelegten Kode;

d) Standortwechsel von Einheiten – von den Sicherungseinheiten aufwärts.

Diese Reihenfolge ist auch bei den operativen Berichten zu beachten, wobei die in den abendlichen Meldungen enthaltenen Informationen ausführlicher darzulegen sind.

4. Besondere Aufmerksamkeit ist der Beleuchtung der operativen Lage im Dienstabschnitt zu widmen, wobei eine maximale Vollständigkeit der diesbezüglichen Angaben anzustreben ist.

5. Der Empfang [der Direktive] ist über Funk zu bestätigen. Bis zum „27.“ Mai 1945 ist über die von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen zur Umstellung der Arbeit entsprechend den neuen Bedingungen dem Stab der Truppen Bericht zu erstatten.

Stabschef der NKWD-Truppen für den Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front  
Oberst Wolkow

Amtierender Chef der operativen Abteilung Oberstleutnant Kanewski

*RGWA 32925/1/100, Bl. 389 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 88. Bericht des stellvertretenden Chefs der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der 1. Belorussischen Front Generalmajor Sidnew an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow über eine im Gebäude des deutschen Reichsinnenministeriums aufgefundene Fernsprechvermittlungsanlage. 25. Mai 1945**

Nr. OG-025/12

Bei der Besichtigung des halbzerstörten Gebäudes des deutschen Innenministeriums (Unter den Linden, Regierungsviertel) wurde eine völlig erhalten gebliebene zentrale Fernsprechvermittlungsanlage gefunden, die mit speziellen Telegraphieapparaten ausgerüstet ist.

Wie die Vernehmung von Polizisten ergab, wurde die Anlage für die Verbindung des Ministeriums mit den nachgeordneten Organen in den Provinzen und Großstädten Deutschlands genutzt.

Die aufgefundene Anlage kann demontiert und anderweitig verwendet werden.

Stellvertretender Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der 1. Belorussischen Front Generalmajor Sidnew

*Gen. Simin. Unter Bewachung stellen und Sumbatow Mitteilung machen – der kann sie vielleicht gebrauchen. I. Serow.*

*Zu den Akten. Simin. 1. Juni. Zu den Akten Wolkow. 2. Juni. A. Bolschakow. 2. Juni.*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 205. Original.*

**Nr. 89. Mitteilung des amtierenden Kommandeurs des 157. Grenzregiments der NKWD-Truppen Oberstleutnant Mokryschew an den Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front über die Auswertung der Direktive Nr. Sch/1-001326 des Truppenstabs vom 21. Mai 1945 und die Erweiterung des Agentennetzes. 27. Mai 1945**

Streng geheim

Stab des Grenzregiments der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front, Träger des Rotbannerordens

An den Stabschef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front  
Zu Nr. Sch/1-001326 vom 21. Mai 1945. Eingangsnummer: 2064

1. Ich melde, daß die Direktive Nr. Sch-001326 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front mit allen Offizieren des Regiments, die den Dienst organisieren, ausgewertet wurde.

Gemäß den Forderungen der Direktive wurden Veränderungen an den operativen Berichten und abendlichen Funkmeldungen an den Regimentsstab und an die Bataillonsstäbe vorgenommen.

2. Den stellvertretenden Kommandeuren des Regiments und der Bataillone für Aufklärung wurde die Anweisungen erteilt, das Agentennetz auf drei bis fünf Agenten je Aufklärer zu erweitern (außer den Untergehilfen des Chefs der Aufklärungsabteilung des Bataillons).

Es ist erlaubt, zweitrangige Verbrecher anzuwerben, die das verbrecherische Milieu besser kennen, als Personen, die früher keine Verbindung zur faschistischen Partei, Gestapo usw. hatten.

Meinem Stellvertreter für Aufklärung wurde die Aufgabe gestellt, gegnerische Agenten aus den Reihen der qualifizierten Aufklärer anzuwerben.

3. Den Bataillonskommandeuren wurde die Anweisung erteilt, über ihre Agenten Personen zu ermitteln, die der Roten Armee gegenüber loyal eingestellt sind, und sie als Informanten zu nutzen (nach den Richtlinien für die Arbeit der Mitglieder des BS<sup>22</sup>). Als Informantennetz sind die örtlichen Machtorgane zu nutzen, wobei alle eingehenden Informationen ständig durch Agenten zu überprüfen sind.

4. Zum Studium der Methoden des Kampfes mit feindlichen und verbrecherischen Elementen wird der Regimentsstab bis zum 5. Juni 1945 eine „Übersicht zur Organisation des Dienstes auf dem Territorium Deutschlands unter den Bedingungen der Nachkriegszeit“ erstellen, der mit der gesamten Truppe durchzuarbeiten ist.

5. Die Bataillonskommandeure wurden angewiesen, monatlich in zwei Schichten Schulungen mit allen höheren Dienststrängen durchzuführen, in denen neue Listen des Feindes studiert und alle im Dienst der Dienstkommandos aufgetretenen positiven wie negativen Aspekte ausgewertet werden sollen.

6. Alle Offiziere der Untereinheiten und Dienste werden verpflichtet, das Verhalten der einheimischen Bevölkerung zu der vom Kommando der Roten Armee eingeführten Ordnung zu studieren.

7. Über die Sammlung von Informationen über feindliche Agenten und andere feindliche und verbrecherische Elemente, die zu verhaften sind, nutzen die Bataillonsstäbe im breiten Umfang die Repatrianten, auf deren Routen Sperrposten und Kontrollpunkte eingerichtet werden.

---

<sup>22</sup> BS für: „Bjuro sodeistwija“, d. i. „Büro für Unterstützung“, die organisatorische Form für die Anleitung des Informantennetzes, das mit dem Rundschreiben der Geheimen operativen Verwaltung der GPU Nr. 21 vom 25. Apr. 1922 eingeführt worden war. Vgl.: Lubjanka. Stalin i WTschK-GPU-OGPU-NKWD. Archiw Stalina. Dokumenty wysschich organow partinoi i gosudarstwennoi vlasti. Janwar 1922–Dekabr 1936. Pod red. akad. A. Jakowlewa; sost. W. N. Chaustow, W. P. Naumow, N. S. Plotnikow, Moskwa 2003, S. 24-27.

8. Ab 25. Mai 1945 führen die Bataillone unter Nutzung der durch Agenten gewonnenen Informationen in ihrem operativ zu betreuenden Abschnitt eine Kontrolle aller Ortschaften und Wälder durch, um Waffen- und Sprengstofflager auszuheben.

Amtierender Kommandeur des Regiments Oberstleutnant Mokryschew

Amtierender Stabschef Major Gorbatowski

*RGWA 32925/1/100, Bl. 391. Original.*

**Nr. 90. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew<sup>23</sup> an den Stabschef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberst Wolkow über die Umstellung der operativen Tätigkeit. 28. Mai 1945**

Streng geheim

Nr. 1/Sch-00640

An den Chef des Stabes der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Gen. Oberst Wolkow

Zu Nr. Sch/1-001326 vom 21. Mai 1945

Ich melde, daß zur Umstellung der operativen dienstlichen Tätigkeit auf die neuen Lagebedingungen den Kommandeuren der Untereinheiten konkrete Anweisungen erteilt wurden, wie der Dienst zu organisieren ist. Um sicherzustellen, daß über die Lage im Abschnitt aktuelle und konkrete Informationen eingehen, wurden mit den Operativen Gruppen der Spionageabwehr „Smersch“ und den Militärkommandanten in Berlin enge Kontakte hergestellt und ein gegenseitiger Informationsaustausch vereinbart.

Es wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Information des Truppenstabs über die Lage im Abschnitt des Regiments ergriffen.

Kommandeur des 105. Rigaer Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Rotbannerordens, Oberstleutnant Alexejew

Chef des Regimentsstabs Major Maschin

*RGWA 32925/1/100, Bl. 395. Original.*

**Nr. 91. Befehl des NKWD der UdSSR Nr. 00606 „Zu den Ergebnissen einer Untersuchung des Bandenüberfalls auf das NKWD-Sonderlager Nr. 10“. 31. Mai 1945**

Streng geheim

In der Nacht vom 20. zum 21. Mai d. J. ist von einer Bande ungeklärter Stärke ein Überfall auf das NKWD-Sonderlager Nr. 10 der 1. Belorussischen Front<sup>24</sup> verübt worden, wobei von den Banditen 466 Gefangene aus dem Lager befreit wurden.

<sup>23</sup> Alexejew, Wassili Wassiljewitsch, Oberstleutnant; 1942–46 Kommandeur des 105. Grenzregiments.

<sup>24</sup> Um welches Lager es sich handelte, ist nicht feststellbar.

Die durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß der den Chef des Lagers vertretende Major Krjutschkin noch am 19. Mai vom vorgesetzten Operativchef eine Warnung vor einem möglichen Bandenüberfall zur Befreiung von Lagerhäftlingen erhalten hatte.

Doch ungeachtet der Hinweise des vorgesetzten Operativchefs haben die für die Bewachung des Lagers Verantwortlichen, Major Krjutschkin, Leutnant Samochin, Chef der Wachgarnison des Lagers, und Hauptmann Drankin, stellvertretender Kommandeur des dem 322. Schützenregiment der NKWD-Wachtruppen angehörenden Bataillons, nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfbereitschaft und Verstärkung der Wachsamkeit der Wachen ergriffen:

- Die Offiziere des Lagers und der Wachtruppen wurden nicht kaserniert und befanden sich zum Zeitpunkt des Bandenüberfalls in ihren Privatquartieren. Major Krjutschkin selbst war in diesem Moment ebenfalls abwesend und nahm an einem Bankett beim Garnisonschef der Stadt teil.
- Ungeachtet der Gefahr eines Überfalls wurden die Annahme von Paketen und die Treffen der Gefangenen mit Angehörigen und Bekannten nicht eingestellt.
- Eine Reserve für den Fall eines Bandenüberfalls wurde nicht gebildet. Eine Verstärkung der Garnison blieb aus.

Im Ergebnis [*all dessen*]<sup>25</sup> hat die Bande in Kenntnis der Lage alle Offiziersquartiere blockiert und das Lager überfallen.

Die führunglosen Außenwachen des Lagers waren außerstande, den nötigen Widerstand zu leisten. Der diensthabende Offizier des Lagers wurde bei Beginn des Überfalls verletzt und konnte die Verteidigung des Lagers nicht leiten.

Ich befehle:

1. Die Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR Gen. Zanawa, Gen. Serow, Gen. Meschik, Gen. Kowaltschuk und Gen. Selenin haben in allen Frontlagern die Unterbringung der Gefangenen, die Ausrüstung und Organisation der Bewachung dieser Lager zu kontrollieren und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Möglichkeit ungestrafter Bandenüberfälle auf die Lager auszuschließen.

2. Alle Kommandeure von Verbänden und Truppenteilen des NKWD, die sich außerhalb unseres Landes befinden, haben alle erdenklichen Maßnahmen zur Erhöhung der Wachsamkeit des gesamten Truppenbestandes zu ergreifen und Militärangehörige, die Sorglosigkeit zulassen, streng zur Verantwortung zu ziehen.

3. Der zum Zeitpunkt des Überfalls den Leiter des Sonderlagers Nr. 10 vertretende Major Krjutschkin, der Leiter der Wachgarnison des Lagers Nr. 10 Leutnant Samochin und der stellvertretende Kommandeur des dem 322. Schützenregiment der NKWD-Wachtruppen angehörenden Bataillons Hauptmann Drankin sind zu verhaften und dem Militärtribunal zu übergeben.

4. Der Kommandeur des 322. Schützenregiments der NKWD-Wachtruppen Major Jakubenko, der Kommandeur der 46. Schützendivision Oberst Kriwonos und der Leiter des Sonderlagers Nr. 10 Hauptmann Alexandrow sind wegen Versagens ihrer Funktionen zu entheben und zu degradieren.

Der Befehl ist dem gesamten Offiziersbestand der Truppen und Organe des NKWD, die sich außerhalb unseres Landes befinden, bekanntzugeben.

Der Befehl ist per Fernschreiber zu versenden.

Volkskommissar für Inneres der UdSSR Generalkommissar der Staatssicherheit

L. Berija

ZA FSB 66/1/882, Bl. 17-18. Original.

---

<sup>25</sup> Der Text in Klammern ist handschriftlich hinzugefügt, statt der Worte „des Mangels an Wachsamkeit und der Sorglosigkeit der Offiziere“.

Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 193-194.

## **Nr. 92. Schreiben des Volkskommissars der Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über die Aufgaben der tschekistischen Organe in Deutschland. 19. Juni 1945**

Nr. 3652/m

Bei der Erörterung der Frage, welche Aufgaben vor den tschekistischen Organen auf deutschem Territorium stehen, nachdem Deutschland zerschlagen und besetzt wurde, sind wir zu dem Schluß gelangt, daß diese Aufgaben in Folgendem bestehen müssen:

### 1. Arbeit zur Spionageabwehr in der sowjetischen Besatzungszone:

- a) Aufbau eines dichten Agenten- und Informantennetzes,
- b) Fahndung nach und Verhaftung von Kriegsverbrechern,
- c) Fahndung nach und Verhaftung von Führungsmitgliedern der faschistischen Partei sowie von aktiven Angehörigen bestehender wie möglicherweise neu auf deutschem Boden entstehender faschistischer Organisationen;
- d) Aufspüren von Personen, die antisowjetische Agitation und Propaganda betreiben oder andere subversive Handlungen gegen die Sowjetunion, die sowjetische Besatzungsmacht und gegen die auf deutschem Boden stationierten Truppen der Roten Armee begehen;
- e) Unterbindung bzw. Aufklärung von Terroranschlägen, Diversionshandlungen, Spionage usw.;
- f) Aufklärung und Unterbindung der Tätigkeit ausländischer Geheimdienste, in erster Linie der britischen und amerikanischen;
- g) Studium der Stimmungen unter der Bevölkerung und der Arbeit der von uns geschaffenen deutschen Einrichtungen und Organisationen.

Mit dieser Arbeit müssen sich unserer Meinung nach die Operativen Gruppen des NKWD (Gen. Serow) und die Organe der Spionageabwehr „Smersch“ befassen, die mit operativen Funktionen (Recht auf Verhaftungen, Beschlagnahmen usw.) ausgestattet sind.

### 2. Nachrichtendienstliche Arbeit im engeren Sinne in der sowjetischen Besatzungszone:

- a) Aufbau eines relativ kleinen, aber sehr qualifizierten Agentennetzes in verschiedenen Bevölkerungskreisen Deutschlands und in verschiedenen deutschen Einrichtungen, und zwar mit der Perspektive, angeworbene Agenten im deutschen Apparat in Führungspositionen zu bringen, um von ihnen nicht nur gegenwärtig, sondern auch in Zukunft, in der sich die politische Struktur des heutigen Deutschlands verändern kann, Dokumente und andere nachrichtendienstliche Informationen zu bekommen.
- b) Aufbau illegaler Agentenstützpunkte<sup>26</sup> in den Großstädten Deutschlands mit bewährten und gut geschulten Kadern und Agenten des NKGB der UdSSR, die über zuverlässig arbeitende Verbindungen zum Zentrum verfügen.
- c) Sammlung gesicherter Informationen über die politische Lage in Deutschland.

Mit dieser Arbeit sollten sich die Operativgruppen der 1. Verwaltung des NKGB der UdSSR befassen, gut verborgen unter dem „Dach“ sowjetischer Einrichtungen auf deutschem Boden

<sup>26</sup> Vorlage: „residency“.



(Apparat des Politischen Beraters, die sowjetische Abteilung des Koordinierungsausschusses [des Kontrollrates für Deutschland], die Abteilungen für Reparation und für Repatriierung u. a.).<sup>27</sup>

Die operativen Handlungen auf Grund von Materialien dieser Gruppen (Verhaftungen) müssen von den Kräften der Operativgruppen des NKWD (Gen. Serow) ausgeführt werden.

3. Nachrichtendienstliche Arbeit in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone:

a) Sammlung von Materialien zur politischen und wirtschaftlichen Lage in den alliierten Besatzungszonen sowie zur Stimmung der Bevölkerung,

b) Studium der Maßnahmen und Arbeitsmethoden, mit denen die Briten, Amerikaner und Franzosen auf dem von ihnen besetzten Territorium Deutschlands ihre Politik durchführen,

c) Aufdeckung der Tätigkeit des britischen, amerikanischen und französischen Geheimdienstes gegen die Sowjetunion.

Diese Arbeit sollte in erster Linie über die 1. Verwaltung des NKGB der UdSSR laufen und von den in Punkt 2 genannten Operativen Gruppen ausgeführt werden, die zu diesem Zweck illegale Agentenstützpunkte schaffen und die Einschleusung und Niederlassung von Kadern des NKGB der UdSSR sowie von anderen bewährten Agenten in die britische, amerikanische und französische Besatzungszone Deutschlands organisieren.

4. Arbeit zur technischen Aufklärung, vor allem zum Problem „Enormos“<sup>28</sup>.

Zur Erkundung der geheimen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen, die das faschistische Deutschland im Krieg erfolgreich eingesetzt hat (auf dem Gebiet der Chemie, der Luftfahrt, der Funktechnik usw.) und zur Ermittlung der konkreten Ergebnisse, zu denen die deutschen wissenschaftlich-technischen Zentren in bezug auf „Enormos“ gelangt sind, wird eingerichtet:

a) ein selbständiger Agentenstützpunkt für XU<sup>29</sup> in der sowjetischen Besatzungszone, wofür die sowjetische Abteilung des Apparats des Koordinierungsausschusses [des Kontrollrates in Deutschland] als Deckung zu nutzen ist;

b) ein illegaler Agentenstützpunkt in den alliierten Zonen.

In den genannten Zonen sind qualifizierte und spezialisierte Agenten unterzubringen, die Agentenstützpunkte sind mit operativen Kadern zu besetzen, die über Erfahrungen auf der Linie XU verfügen.

Die Arbeit wird koordiniert mit dem Bevollmächtigten des NKWD auf dem Territorium Deutschlands Gen. Serow.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

W. Merkulow

*Die Anweisungen wurden Gen. Merkulow von Gen. Berija persönlich gegeben. Das Dokument ist Gen. Merkulow auf dessen Bitte hin zu übergeben. Das Dokument kommt von Merkulow zurück in die Aktenablage. S. M[amulow]. 3652/m vom 19. Juli 1945.*

*GARF 9401/1/2223, Bl. 52-56. Original.*

---

<sup>27</sup> Gemeint sind in der Hauptsache Einrichtungen der SMAD.

<sup>28</sup> „Enormos“ war die Tarnbezeichnung für die geheimdienstliche Aufklärung des amerikanischen Atomprojekts „Manhattan“. Vgl.: Tschikow, W.: Nelegaly, Teil 2, Moskwa 1997, S. 374.

<sup>29</sup> Gemeint ist offenbar die Arbeitslinie der wissenschaftlich-technischen Spionage, die üblicherweise mit dem Buchstaben X gekennzeichnet wurde, der angefügte Buchstabe U bedeutet die Spezialisierung auf Uran.

**Nr. 93. Direktive Nr. Sch/1-01835 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front zur Übergabe aller Festgenommenen und Verhafteten an die Operativen Gruppen des NKWD. 6. Juli 1945**

Geheim

An alle Kommandeure der Grenzregimenter der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front

Nur: An den Kommandeur *des 331. Grenzregiments*<sup>30</sup>

Der Chef der Truppen hat befohlen:

1. Vom heutigen Tag an sind alle von unseren Truppen Festgenommenen und Verhafteten nur an die Operativgruppen des NKWD zu übergeben.

2. Polnische Emigranten und Personen anderer Nationalität, die von den alliierten Truppen beim Abzug in ihre Zone zurückgelassen wurden und die sie ohne Dokumente, die von sowjetischen Vertretungen im Ausland ausgestellt wurden [sic], durch die Kontaktlinien zwischen den Truppen passieren lassen,<sup>31</sup> sind künftig nur den Organen der Spionageabwehr „Smersch“ zu übergeben.

Stellvertretender Chef des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberstleutnant Kanewski

Für den Chef der operativen Abteilung Major Posjawin

*Gen. Belkin. Die Anweisung des Kommandos ist den Kommandeuren des Regiments zur Kenntnis zu geben. Chef des Stabs [Unterschrift].*

*RGWA 38816/1/39, Bl. 19. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 94. Befehl Nr. 0028 an die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD „Über Maßnahmen zum Kampf gegen kriminelle Elemente und Ausschreitungen von Militärangehörigen gegenüber der einheimischen Bevölkerung auf dem Territorium Deutschlands“. 10. August 1945**

Streng geheim

Der Kriegsrat der GSBSD stellt in seinem Befehl Nr. 063 vom 3. August 1945 fest:

Ungeachtet mehrerer Befehle bezüglich des Verhältnisses der Militärangehörigen der Gruppe zur deutschen Bevölkerung kommt es nach wie vor zu Raubüberfällen, Gewalttätigkeiten und Willkürakten.

Eine Überprüfung hat gezeigt, daß diese empörenden Ausschreitungen hauptsächlich von ehemaligen Kriminellen, Trunkenbolden und rowdyhaften Elementen aus dem Kreise derjenigen ausgehen, die auf dem Territorium Deutschlands lebten, in Lagern untergebracht waren und bei den Deutschen arbeiteten.

<sup>30</sup> Die kursiv gesetzten Worte sind handschriftlich eingefügt.

<sup>31</sup> In der ersten Juli-Woche 1945 rückte die Rote Armee in die ursprünglich von amerikanischen und britischen Verbänden besetzten Gebiete in Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie in die westlichen Teile von Sachsen und Mecklenburg ein.

Zahlreiche Übergriffe gehen zudem auf das Konto von Gaunern aus dem Kreise der Vaterlandsverräter, die früher in der „Russischen Befreiungsarmee“ gedient haben und zufällig in die Reihen der Roten Armee gelangten, oder werden von ehemaligen Angehörigen der Roten Armee verübt, die desertiert sind.

Es gibt zahlreiche Übergriffe von Angehörigen des Kommandanturdienstes sowie von Militärangehörigen der Gruppe und der NKWD-Truppen.

Diese Ausschreitungen und Willkürakte, vor allem da sie nach dem Krieg stattfinden, kompromittieren uns in starkem Maße in den Augen der deutschen Antifaschisten und spielen den Faschisten bei ihrer verleumderischen Agitation gegen die Rote Armee und die Sowjetregierung in die Hände.

Die Kommandeure der Verbände und Einheiten haben nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine strenge Disziplin und Ordnung in der Truppe durchzusetzen, die unerlaubtes Entfernen von der Truppe, Trinkgelage und ungesetzliche Handlungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung ausschließen.

In Umsetzung des Befehls Nr. 063 des Oberbefehlshabers der GSBSD vom 3. August 1945 befehle ich:

1. Vom 10. August 1945 an ist der außerdienstliche Aufenthalt in den alliierten Besatzungszonen von Berlin für alle Kategorien von Militärangehörigen untersagt.

2. Die Kommandeure der Einheiten haben eine strenge innere Ordnung gemäß der Dienstvorschrift für den Innendienst durchzusetzen.

Es ist eine strenge Kontrolle zur Aufrechterhaltung einer solchen Ordnung sicherzustellen, die ein unerlaubtes Entfernen von der Truppe ausschließt; die Kommandeure der Einheiten müssen jederzeit darüber informiert sein, wo sich ihre Untergebenen aufhalten.

Die Sergeanten und Hauptfeldwebel sind zu unterweisen, daß sie Morgenappelle und abendliche Kontrollen gemäß den Paragraphen 187-191 der Dienstvorschrift der Roten Armee für den Innendienst aus dem Jahre 1944 durchführen, und sind zu verpflichten, diese auch ständig zu praktizieren.

Der Gewährung von Ausgängen ist in strenger Übereinstimmung mit den Paragraphen 197-202 der Dienstvorschrift der Roten Armee für den Innendienst aus dem Jahre 1944 zu handhaben. In allen Einheiten sind Erkennungsmarken für die Militärangehörigen einzuführen und ist deren [ordnungsgemäße] Aufbewahrung sicherzustellen.

Dienstreisen sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren; wenn sie erforderlich sind, dann sind Militärangehörige nur mit einem durch den Kommandeur der Einheit unterzeichneten Marschbefehl auf Dienstreise zu entsenden.

Dienstreisende sind gründlich über die Verhaltensregeln zu instruieren, nach ihrer Rückkehr ist ihr Verhalten während des Aufenthaltes außerhalb des Standortes der Einheit zu überprüfen.

Beurlaubungen und Exkursionen jeder Art, die mit einem Aufenthalt in Berlin verbunden sind, sind für alle Kategorien von Militärangehörigen zu untersagen.

Für Lkw- oder Pferdewagentransporte, die dem Nachschub oder der Versorgung anderer Objekte dienen, sind gegebenenfalls Routen und Übernachtungsstellen festzulegen.

Die Transportführer haben neben einem Marschbefehl, der eine Namensliste aller ihm unterstellten Fahrer (Feldwagenführer) enthalten muß, einen vom Kommandeur der Einheit unterzeichneten Routenplan mitzuführen, dieser ist dem Kommandanten der Ortschaft zwecks Zuweisung eines Übernachtungsquartiers vorzulegen.

Besondere Aufmerksamkeit ist diversen Kommandos zu widmen, die mit der Beaufsichtigung von Vieh- und Pferdeherden, der Durchführung von Mäh- und Erntearbeiten sowie der Bewachung einzelner Objekte betraut sind. Für solche Kommandos sind zuverlässige Leute unter der Führung eines erfahrenen Offiziers abzustellen, die eingehend zu instruieren sind. Die Arbeit dieser Kommandos, die in regelmäßigen Abständen abzulösen sind, ist ständig zu kontrollieren.

Die Unterbringung von Fahrzeugen, Fuhrwagen und Militärangehörigen sowie die Übernachtung in Privatquartieren ohne Erlaubnis des Militärkommandanten sind zu untersagen. Alle Personen, die ohne Genehmigung Quartier beziehen, sind festzunehmen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Die gesamte Bevölkerung ist darüber zu informieren, daß kein ortsansässiger Bewohner das Recht hat, Militärangehörigen ohne schriftliche Genehmigung des Militärkommandanten Quartier zu gewähren.

3. Ernsthafte Aufmerksamkeit ist der qualitativen Auswahl der Militärangehörigen für den Postendienst, insbesondere der Postenführer, zu widmen, die vor Dienstantritt gründlich zu instruieren sind.

4. Die Regimentskommandeure sind zu verpflichten, daß sie sich von den ihnen unterstellten Offizieren einmal im Monat über den Stand der Umsetzung des vorliegenden Befehls berichten lassen. Verstöße sind unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung der Offiziere, deren Untergebene diese begangen haben, zu analysieren; gegen solche Kommandeure sind strenge Maßnahmen zu ergreifen, notfalls sind sie gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen:

a) Die Arbeit der Ehrengerichte der Einheiten ist zu verstärken; Offiziere, die keine entschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Willkürakten und Ausschreitungen ergreifen, sind streng zu bestrafen.

b) Zum Kampf gegen Exzesse und Willkürakte ist die gesamte Partei- und Komsomolöffentlichkeit zu mobilisieren; zu diesem Zweck sind in allen Einheiten Versammlungen des Parteiaktivs durchzuführen, in denen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des vorliegenden Befehls zu erörtern sind. Als Redner sind die Chefs der Politischen Abteilungen sowie die stellvertretenden Kommandeure für politische Fragen zu verpflichten.

5. Der vorliegende Befehl ist unverzüglich allen Offizieren zur Kenntnis zu bringen, die Kenntnisnahme ist schriftlich zu bestätigen; die Kommandeure der Einheiten sind zu verpflichten, den Inhalt [des Befehls] persönlich vor versammelter Mannschaft zu erläutern.

6. Über den Stand der Umsetzung des vorliegenden Befehls ist mir jeweils zum 15. des Monats zu berichten.

Chef der NKWD-Truppen für den Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Generalmajor Simin  
Stabschef Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/297, Bl. 30-31. Original.*

**Nr. 95. Meldung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD der Provinz Sachsen Generalmajor Martirossow an den Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR in Deutschland Generaloberst Serow über die Registrierung des Führungs- und des politischen Personals von SS und SA, von Mitarbeitern der Gestapo und aller NSDAP-Mitglieder. 11. August 1945**

Empfangen über „WTsch“

Streng geheim

Ich halte es für zweckmäßig, in der Provinz Sachsen eine Registrierung des Führungs- und des politischen Personals von SS und SA, der Mitarbeiter der Gestapo und aller NSDAP-Mitglieder sowie der Kommandeure und des politischen Personals der ehemaligen Armee des Gegners durchzuführen.

Der Befehlshaber der 47. Armee Generalleutnant Perchorowitsch<sup>32</sup> ist mit dieser Maßnahme einverstanden.

Es wäre wünschenswert, allen, die die Registrierung durchlaufen haben, einen Vermerk in den Personalausweis einzutragen.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Martirossow

Durchgegeben: Martirossow 11. August 1945.

Empfangen: Bogomasow um 12.45 Uhr.

*An Gen. Gorochow, Gen. Nikitin. Man muß eine Mitteilung über „WTsch“ an alle Kommandanten und Chefs von Operativgruppen des NKWD über die Durchführung der Registrierung vorbereiten. I. Serow. 20. Aug.*

*Eingangs-N[umme]r. 1177. 22. Aug. 1945.*

*[Stempel:] Eingangs-N[umme]r. 009204. 8. Sept. 1945.*

*GARF 7317/9/21, Bl. 175. Kopie.*

## **Nr. 96. Bericht über die Anzahl der Personen, die bei der Operation gemäß Befehl Nr. 0063 des Kriegsrats der GSBSD von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD festgenommen wurden. 20. August 1945**

Streng geheim

Nr. Sch/1-002350

An den Stabschef der GSBSD Gen. Generaloberst Malinin

### **Bericht**

Von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD wurden bei der gemäß Befehl Nr. 0063 durchgeführten Operation festgenommen: 27.091 Deutsche, davon

- a) Offiziere der deutschen Armee – 146
- b) Soldaten und Unteroffiziere – 1.666
- c) Kommandeure und politisches Personal – 274
- d) Mitarbeiter der Gestapo – 62
- e) wichtige Funktionäre des Volkssturms – 353, davon wurden entlarvt
  - als Volkssturmführer – 130
  - als Spione und Diversanten – 44
  - als Agenten der Spionageabwehr – 1
  - als Führer der Hitlerjugend – 6
- f) ehemalige Militärangehörige der Roten Armee, die in Gefangenschaft waren – 737
- g) Militärangehörige der Roten Armee, die Befehl Nr. 225<sup>33</sup> verletzt haben – 1.173
- h) Bürger und Gefangene anderer Staaten – 527

---

<sup>32</sup> Perchorowitsch, Franz Jossifowitsch (1894–1961), Generalleutnant; ab Nov. 1944 Befehlshaber der 47. Armee der 1. Belorussischen Front/GSBSD; Juli 1945–Okt. 1945 Erster Stellvertreter des Chefs der SMA Sachsen-Anhalt, ab Feb. 1946 Befehlshaber der 28. Armee in Weißrußland, 1947–51 Verwaltungschef im Hauptstab der Bodentruppen. 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>33</sup> Wahrscheinlich ist hier der Befehl des Volkskommissars für die Verteidigung der UdSSR Stalin Nr. 227 vom 28. Juli 1942 „Keinen Schritt zurück!“ gemeint.

Beschlagnahmte Waffen und Munition:

1. schwere Maschinengewehre – 2
2. Pistolen – 16
3. leichte Maschinengewehre – 12
4. Gewehre – 132
5. Panzerbüchsen – 1
6. Klingen – 4
7. Sprengladungen – 3
8. Gewehrpatronen – 12.812
9. Funkgeräte – 4
10. Maschinenpistolen – 4
11. Handgranaten – 4
12. Panzerfäuste – 34
13. Granaten – 11
14. Artillerielager – 2
15. Lager für Kfz-Motoren – 26

Ein ausführlicher Bericht über die Ergebnisse der Operation wird zusätzlich zugeschickt.

Chef des Truppenstabs Oberst Wolkow

Chef der operativen Abteilung des Stabs Oberstleutnant Stroitelew

*RGWA 32925/1/105, Bl. 74 mit Rückseite. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 97. Bericht über den Stand des Agenten- und Informantenapparats der Aufklärungsabteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD für Mai, Juni, Juli und die erste Augushälfte 1945 sowie Vorschläge über weitere Maßnahmen in diesem Bereich. 21. August 1945**

Streng geheim

**Bericht über den Stand des Agenten- und Informantenapparats für Mai, Juni, Juli und die erste Augushälfte 1945**

Im Mai, Juni, Juli und der ersten Augushälfte 1945 gewann die Aufklärungsabteilung bei der Verwaltung der Truppen durch die Unterabteilungen für Aufklärung bei den Regimentern und Bataillonen 376 Agenten.

Mit Stand vom 15. August verfügen die Aufklärungsabteilung bei der Verwaltung der Truppen und die Unterabteilungen für Aufklärung bei den Regimentern und Bataillonen über die folgende Anzahl von Agenten:

Aufklärungsabteilung bei der Verwaltung der Truppen –	8
38. Grenzregiment –	17
105. Grenzregiment –	23
127. Grenzregiment –	28
157. Grenzregiment –	38
331. Grenzregiment –	50
<u>333. Grenzregiment –</u>	<u>33</u>
Insgesamt –	197

Die Arbeit mit Agenten verlief in diesem Zeitraum in zwei Richtungen:

Bevor die Anweisung kam, die es gestattete, unter den Deutschen Agenten anzuwerben, stützten sich die Aufklärungsabteilungen in ihrer Arbeit auf Agenten, die sie aus dem Kreis seinerzeit nach Deutschland verschleppter sowjetischer Staatsbürger und Bürger anderer versklavter Nationen gewonnen hatten. Das erwies sich nach kurzer Zeit als unzulänglich, deshalb orientierte sich die Arbeit etwa ab 22. Mai auf die Werbung von Agenten unter den Deutschen, die aus dem ehemaligen Parteimilieu kommen, sich zu uns aber loyal verhalten. Diese genießen in Kreisen, die uns gegenüber feindselig sind, Vertrauen und haben Verbindungen dorthin.

Es wurde offensichtlich immer dringender, bei der Gewinnung wertvoller Agenten und in der qualifizierten Arbeit mit ihnen gründlich durchdacht vorzugehen. Geworben wurden die Inhaber konspirativer Wohnungen und anderer Gelegenheiten für Treffs, sofern Angaben vorlagen, die deren Mitarbeit in unserem Sinne garantierten, außerdem zweitrangige verbrecherische Elemente, die selbst noch keine Verbrechen begangen haben, die aber über Zugang zum verbrecherischen Milieu verfügen. Grundlegend dabei war unbedingt die gezielte Anwerbung in bezug auf konkrete Objekte, die Gegenstand der Arbeit unter den neuen Bedingungen sind, und zwar mit Rücksicht darauf, daß unsere Agenten den faschistischen Untergrund ausfindig machen und dessen interne Aufklärung vornehmen können.

Hauptregel in der Arbeit mit den Agenten war die strengste Konspiration, die eine Vermeidung von Fehlschlägen garantiert, was unter Bedingungen der Friedenszeit, wo der Feind aus dem tiefen Untergrund heraus operiert, besonders wichtig ist.

In ihrer Gesamtheit erlaubten uns diese Maßnahmen, unsere Agenten (der „Stählerne“, „Finger“<sup>34</sup> u. a.) in den „Werwolf“-Untergrund einzuschleusen. Wie auf diese Weise festgestellt wurde, besteht ein weitverzweigtes, dichtes Netz von „Werwolf“-Organisationen mit einem Führungszentrum und einer bestimmten Struktur, auch konnten die Methoden zur Werbung neuer Mitglieder für diesen Untergrund ausgekundschaftet werden.

Stellvertreter des Chefs der NKWD-Truppen für Aufklärung Oberst Antonjuk<sup>35</sup>

*Anlage*

### **Vorschlag**

Streng geheim

21. August 1945

Mit Rücksicht darauf, daß der Einsatz von Agenten eine Hauptmethode im Kampf gegen den nazistischen Untergrund darstellt, ist es notwendig, ein weites Agentennetz aufzubauen, über das sich dieser Untergrund kontrollieren lässt.

Wie die Erfahrung zeigt, kommen wir nur über gute, qualifizierte Agenten an den faschistischen Untergrund heran und können dessen Wirken aufdecken, der übrige Apparat trägt lediglich dazu bei.

Auf diese Seite der Arbeit mit Agenten, die in der Auswahl und der vorläufigen Beobachtung des Objekts besteht, ist bei der Anwerbung und der Art der Verbindung mit den Agenten unter dem Gesichtspunkt der Konspiration das Hauptaugenmerk zu legen.

Unter den neuen Bedingungen der Stationierung der Regimenter ist es zweckmäßig, die Arbeit mit Agenten im Bereich der Standorte der Stäbe der Regimenter, Bataillone bis herab zu den Sicherungseinheiten zu organisieren.

---

<sup>34</sup> So in der Vorlage, möglicherweise „Finger“.

<sup>35</sup> Antonjuk, Iwan Awxentjewitsch (1901–1984), Oberst; 1945–46 stellvertretender Chef der NKWD-Truppen für Aufklärung.

Auf der unteren Ebene des Aufklärungsapparats (Bataillon, Sicherungseinheit) ist ein weites Netz von Agenten und Informanten aufzubauen und es sind Agentenführer<sup>36</sup> einzusetzen.

Die neue Zivilverwaltung ist intensiv in unserem Interesse zu nutzen.

Stellvertreter des Chefs der NKWD-Truppen für Aufklärung Oberst Antonjuk

*RGWA 32925/1/106, Bl. 26-27. Original.*

**Nr. 98. Bericht des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für Mecklenburg-Vorpommern Generalmajor Gubin<sup>37</sup> an den Chef der SMA Generaloberst Fedjuninski<sup>38</sup> zu Mängeln in der Durchführung der großangelegten Operation zur Durchkämmung der Provinz. 22. August 1945**

Streng geheim

An den Chef der SMA der Provinz Mecklenburg-Vorpommern  
Gen. Generaloberst Fedjuninski

Zu Mängeln in der Durchführung der großangelegten Operation zur Durchkämmung der Provinz vom 10. bis 15. August.

In Ergänzung der bereits früher an Sie gesandten Information über die Ergebnisse der Operation für die Provinz teile ich mit: Am 18. August führte ich eine Beratung mit den Chefs aller Operativgruppen der Provinz durch, bei der die Ergebnisse der Operation und die dabei aufgetretenen Mängel erörtert wurden:

Im Bezirk Greifswald hatten Einheiten des Kavalleriekorps von Generalleutnant Krjukow<sup>39</sup> die Überprüfung vorgenommen, dabei waren 3.095 Personen festgenommen und den Operativen Gruppen des NKWD zugeführt worden. Nach der Filtration wurden 40 Personen bei den Operativen Gruppen zurückgehalten.

Da sich bei der Landbevölkerung in den Personalausweisen kein Vermerk der Polizei befindet, wurden Einwohner massenweise festgenommen, so daß man zu einzelnen Operativen Gruppen gleichzeitig 300 bis 400 Personen brachte, darunter Alte, Schwangere und Kinder. Registriert wurden 18 Fälle, in denen der Bevölkerung wertvolle Gegenstände – Fahrräder, Stiefel, Uhren, Ringe – weggenommen wurden, vor allem im Landkreis Bergen (Insel Rügen).

Die Durchkämmung wurde oberflächlich durchgeführt und erfasste nicht das gesamte Territorium, die Kommandeure waren auf die Operation schlecht vorbereitet.

Im Bezirk Waren waren 3.146 Personen festgenommen und zu den Operativen Gruppen gebracht worden, 14 davon wurden inhaftiert.

<sup>36</sup> Vorlage: „residenty“.

<sup>37</sup> Gubin, Wladimir Wladimirowitsch (1904–1972), Generalmajor; ab 1938 leitende Funktionen in der Staatssicherheit, 1941–48 Chef einer NKWD-/MWD-Gebietsverwaltung in der UdSSR, gleichzeitig Aug.-Nov. 1945 Chef des Operativen Sektors Mecklenburg, ab 1948 MWD-Gebietsverwaltung Kemerowo, ab 1951 Innenminister der Kasachischen SSR, ab 1954 KGB-Vorsitzender beim Ministerrat der Kasachischen SSR, 1959–64 Chef der KGB-Gebietsverwaltung von Pensa; 1957 Generalleutnant.

<sup>38</sup> Fedjuninski, Iwan Iwanowitsch (1899–1977), Generaloberst; ab 1943 Befehlshaber der 2. Stoßarmee. 1945 Chef der SMA Mecklenburg, ab 1946 Befehlshaber des Militärbezirks Archangelsk, 1951–52 Stellvertreter und ab 1953 Erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers der GSBSD, 1954–57 Befehlshaber des transkaukasischen und 1957–65 des Militärbezirks Turkestan; 1955 Armeegeneral. 1939 Held der Sowjetunion.

<sup>39</sup> Krjukow, Wladimir Wiktorowitsch (1897–1959), Generalleutnant; 1942–45 Kommandeur des 2. Kavalleriekorps, 1948 wegen „Aneignung von Trophäeneigentum“ verhaftet und 1951 zu 25 Jahren Haft verurteilt, 1953 rehabilitiert, ab 1955 stellvertretender Chef der Militärjuristischen Akademie; 1945 Held der Sowjetunion.



Besonders schlecht arbeitete das Ersatzregiment (Kommandeur Oberst Trinko). Dieses Regiment nahm 99 Alte, Frauen und Kinder fest, die alle freigelassen wurden.

Zu den ernststen Mängeln in diesem Bezirk gehört es, daß alle Personen, die keine Personaldokumente hatten, festgenommen wurden, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter.

Bei der Operation wurden zwei Munitionslager entdeckt.

Bezirk Rostock: festgenommen und zu den Operativen Gruppen gebracht wurden 3.589 Personen, inhaftiert – 39, darunter drei Generäle.

Besonders schlecht organisiert war die Arbeit im Landkreis Güstrow (Bezirk Rostock), wo die militärischen Einheiten in manchen Ortschaften die gesamte Bevölkerung ausnahmslos gefangen nahmen und der Operativen Gruppe zuführten, was bei der deutschen Bevölkerung eine ungesunde Stimmung erregte. Es verbreiteten sich Gerüchte, alle Soldaten würden erschossen und die übrigen Männer in Konzentrationslager gebracht. Ein Deutscher, der Widerstand leistete, wurde von unseren Soldaten getötet.

Im Landkreis Parchim verlief die Operation unorganisiert, die Kommandeure kannten nicht ihre Pflichten und überließen es den Rotarmisten, selbst in die Wohnungen zu gehen. Das führte dazu, daß nach der Operation beim Bürgermeister Anzeigen der Bevölkerung über Diebstahl und Gewaltakte eingingen – über die Entwendung wertvoller Gegenstände gab es 18, über Vergewaltigungen sieben Anzeigen. Diese Fälle werden geprüft.

Im Landkreis Demmin wurden 472 Personen festgenommen, 23 inhaftiert.

Im Kreis gab es Fälle, daß sich Deutsche, die von der Überprüfung erfahren hatten, aus Angst vor einer Verhaftung in Kellern oder im Wald versteckten.

Es gab Fälle, in denen die Festgenommenen durchsucht und ihnen persönliche Gegenstände (Uhren, Ringe) weggenommen wurden. In diesem Landkreis liegt auch das Beutekommando der 65. Armee, dessen Angehörige sich unanständig verhalten, die gesamte Truppe betrinkt sich regelmäßig und läßt sich mit deutschen Frauen ein.

Im Landkreis Waren wurden 573 Personen festgenommen, davon nur drei inhaftiert. Unter den Festgenommenen befanden sich 153 alte Männer, 45 Schwangere bzw. alte Frauen und 56 Minderjährige.

Im Landkreis Neustrelitz wurden 1.073 Personen festgenommen, davon inhaftiert – 14.

Die Operation wurde mangelhaft durchgeführt, die Wälder wurden nicht vollständig überprüft, die an der Operation beteiligten Panzersoldaten handelten ohne die nötige Führung. Es wurden einige Fälle registriert, in denen der Bevölkerung wertvolle Gegenstände entwendet wurden.

Im Landkreis Malchin erfolgte die Durchkämmung der Gegend durch das 152. Ersatzregiment, von den 317 Festgenommenen wurde kein einziger inhaftiert.

Registriert wurde der Fall einer Vergewaltigung durch eine Gruppe und einige Fälle der Entwendung wertvoller Gegenstände.

Aus der Analyse des Materials der Operativen Gruppen über die durchgeführte Operation ergeben sich einige Schlußfolgerungen:

1. Die gleichzeitige Durchführung der großangelegten Operation in der ganzen Provinz wirkte sich positiv aus auf das Verhalten der deutschen Bevölkerung wie auf die Festigung der Disziplin in den Truppenteilen, die Zahl der sich beschäftigungslos Herumtreibenden wurde geringer, die Verantwortung der Truppenkommandeure erhöhte sich.

2. Die geringe Zahl von Inhaftierten für die Provinz erklärt sich damit, daß der größte Teil der an der Operation beteiligten Truppe keine Erfahrung in dieser Arbeit besaß und nicht genügend auf die Lage vorbereitet war. Außerdem wurden alle festgenommenen Russen ohne ausreichende Prüfung in die Repatriierungslager überstellt, so daß sich verbrecherische Elemente unter den Russen ihrer Verantwortung entziehen konnten.

3. Einzelne Kommandeure verletzten Ihren Befehl, demzufolge die Operativen Gruppen an der Spitze der Kommandeurs- und der politischen Kader stehen sollten und der verlangte, daß

Haussuchungen nur im Beisein eines Kommandeurs oder eines politischen Mitarbeiters vorgenommen werden dürfen. Letzteres führte dazu, daß die Mannschaften wertvolle Gegenstände entwendeten, was bei der Bevölkerung zu Recht Anlaß zu Klagen gab.

4. In einigen Landkreisen – Neustrelitz, Malchin, Güstrow – waren die operativen Pläne für die Durchführung der Operation von den Truppenkommandeuren nicht mit den Chefs der Operativen Gruppen des NKWD abgestimmt worden.

5. Die Organe der Spionageabwehr „Smersch“ verletzten fast überall den Befehl des Gen. Marschall Schukow in dem Punkt, daß alle festgenommenen Deutschen den Operativen Gruppen des NKWD übergeben werden sollten. Stattdessen suchten sie sich Personen heraus, an denen operatives Interesse besteht, während sie zugleich die Überprüfung der festgenommenen Russen oberflächlich und ohne besondere Ergebnisse durchführten, obgleich den Organen der Spionageabwehr „Smersch“ bekannt ist, daß sich unter den Russen Plünderer, Banditen und andere Elemente befinden, die für die „Smersch“-Organe von Interesse sind.

6. Das operative Personal des NKWD der meisten Operativen Gruppen hat seine Aufgaben erfolgreich gemeistert, mit Ausnahme einzelner Gruppen (Parchim, Güstrow), die angesichts der großen Anzahl der Zugeführten den Kopf verloren.

Andere bei den Operativen Gruppen aufgetretene Mängel wurden von uns während der Operation vor Ort korrigiert.

Um ähnliche Mängel und Fehler bei künftigen Operationen zu vermeiden, habe ich den Führungskadern der Operativen Gruppen auf der genannten Beratung die erforderlichen Weisungen erteilt.

Chef des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für die Provinz Mecklenburg und Vorpommern Generalmajor Gubin

[Stempel auf dem ersten Blatt des Dokuments:] *Eingangsnummer 00768 vom 9. Okt. 1945. [Unterschrift des Sachbearbeiters und Unterschrift von I. I. Fedjuninski].*

GARF 7103/1/8, Bl. 4-7. Original.

## **Nr. 99. Bericht über die Anzahl der von Juni bis August 1945 von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Festgenommenen. 22. August 1945<sup>40</sup>**

Streng geheim

### **Bericht**

über die Anzahl der von den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Festgenommenen und Entlarvten im Zeitraum Juni – August 1945

#### Militärangehörige der Roten Armee

1. Deserteure	117
2. Marodeure	43
3. ehemalige Kriegsgefangene	2.167
4. von ihren Einheiten Zurückgelassene	996
5. ohne vorschriftsmäßige Papiere	2.888
6. Verletzung des NKO-Befehls Nr. 225-42 <sup>41</sup>	87

<sup>40</sup> Die Vorlage ist undatiert, hier datiert nach dem Entscheid.

<sup>41</sup> Siehe Fußnote Nr. 33.

<u>7. Störer der öffentlichen Ordnung</u>	803
insgesamt	7.101
Militärangehörige Allierter Armeen	
1. ohne vorschriftsmäßige Papiere	438
2. Marodeure	20
3. Polen	908
<u>3. Franzosen</u>	2.412 <sup>42</sup>
ehemalige Kriegsgefangene insgesamt	3.312 <sup>43</sup>
Militärangehörige verbündeter Armeen insgesamt	6.642
<u>Zivilpersonen</u>	
1. Staatsbürger der UdSSR	39.102
2. Staatsbürger anderer Staaten	36.104
3. Verletzungen des festgelegten Regimes	162
4. ohne vorschriftsmäßige Papiere	2.456
5. verdächtige Elemente	14.619
6. aktive Angehörige des Volkssturms	1.379
<u>7. Angehörige des Volkssturms</u>	596
insgesamt	94.418
Festgenommene insgesamt	101.060
Chef der operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen	
Oberstleutnant Stroitelew	

*Die Zahlenangaben sind fehlerhaft, nochmals berechnen. [Unterschrift]. 22. Aug.*

*RGWA 32925/1/105, Bl. 88. Kopie.*

# **Nr. 100. Aus dem Bericht des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin, Molotow und Malenkow<sup>44</sup> über die Tätigkeit der Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland. 10. September 1945**

Streng geheim

Nr. 1065/b.

Rat der Volkskommissare der UdSSR	An Gen. I. W. Stalin
Rat der Volkskommissare der UdSSR	An Gen. W. M. Molotow
ZK der WKP(B)	An Gen. G. M. Malenkow

Bis zum 1. September 1945<sup>45</sup> haben die Operativen Gruppen des NKWD auf dem Territorium Deutschlands 69.624 Personen verhaftet, davon:

<sup>42</sup> Rechts neben den Angaben über Polen und Franzosen befindet sich eine geschweifte Klammer mit dem handschriftlichen Vermerk „ehemals in Gefangenschaft“.

<sup>43</sup> So in der Vorlage. Wie aus dem Bearbeitungsvermerk hervorgeht, ist die Aufstellung fehlerhaft.

<sup>44</sup> Malenkow, Georgi Maximilianowitsch (1901–1988), ab 1934 Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK, 1939–46 und 1948–53 Sekretär des ZK der WKP(B), 1939–57 Mitglied des Politbüros; 1953–55 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1955–57 Minister für Kraftwerke der UdSSR, 1957 ZK- und 1961 KPdSU-Ausschuß.

Spione und Diversanten des Gegners	2.502
führende und aktive Mitglieder der faschistischen Partei	47.322
offizielle Mitarbeiter von Gestapo, SD und anderen deutschen Straforganen	4.757
führende Mitarbeiter der Hitlerschen Verwaltungsorgane, Zeitungsredakteure und Autoren	2.056
antisowjetischer Veröffentlichungen	603
führende Mitarbeiter faschistischer Jugendorganisationen	2.584
Angehörige illegaler Diversions- und Terrororganisationen und -gruppen	9.800
andere feindliche Elemente	

Nach ihrer Nationalität gliedern sich die Verhafteten wie folgt: 57.657 Deutsche, 2.787 Polen, 4.771 Russen, 3.143 Ukrainer, 886 Belorussen, 380 Sonstige.

[...] <sup>46</sup>

Volkskommissar für Inneres der UdSSR L. Berija

*GARF 9401/2/98, Bl. 388. Beglaubigte Kopie.*

Deutsche Übersetzung des ungekürzten Wortlauts veröffentlicht in: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 205-208.

## **Nr. 101. Direktive des Stabschefs des 331. Grenzregiments Major Prochorenko bezüglich der Bewachung der Gefängnisse der Operativen Gruppen des NKWD. 13. September 1945**

Streng geheim

Nr. 1-002493

An alle Bataillonskommandeure

Nur: *Akte Nr. 1* <sup>47</sup>

In Umsetzung der Anweisung von Gen. Generaloberst Serow und des Befehls des Chefs der Truppen hat der Regimentskommandeur befohlen:

Die Bewachung der Gefängnisse hat nur von außen zu erfolgen.

Die Innenbewachung (Aufseher, Schließer usw.) ist aus dem Kreis zuverlässiger Repatrianten zusammenzustellen.

Vorstehendes ist den Chefs der Operativgruppen zur Kenntnis zu bringen.

Stabschef des 331. Bogdan-Chmelnizki-Orden-Grenzregiments Major Prochorenko

Gehilfe des Stabschefs des Regiments für den Dienst Leutnant Kalinzew

*RGWA 38816/1/39, Bl. 62. Original.*

<sup>45</sup> In einem ähnlichen Bericht vom Juli 1945 werden für die Zeit vom 1. Jan. bis 30. Juni 1945 folgende Angaben über Verhaftungen in der SBZ gemacht: Verhaftete insgesamt 49.601, davon Deutsche 37.987, Russen 4.610, Ukrainer 3.066, Polen – 2.787 (in: GARF 9401/1/2202, Bl. 103-104).

<sup>46</sup> Weggelassen wurden konkrete Beispiele von Verhaftungen und die Namen prominenter Verhafteter.

<sup>47</sup> Handschriftlich eingetragen.

**Nr. 102. Denkschrift des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für das Land Thüringen Generalmajor Beschanow an den Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow zur Ordnung der Innenbewachung der Gefängnisse. Weimar, 15. September 1945**

Nr. 118

Gestützt auf Ihren Befehl<sup>48</sup> gab der stellvertretende Chef der NKWD-Truppen bei der Gruppe dem mir unterstellten Regiment über verschlüsselten Spruch Nr. 1409 die Anweisung, daß die Bewachung der Gefängnisse des Operativen Sektors und der Operativen Gruppen nur von außen zu erfolgen hat.

Die Innenbewachung (Aufseher, Schließer usw.) soll dagegen laut dieser Anweisung Repatrianten übertragen werden.

Für die Innenbewachung der Gefängnisse werden nur sehr wenige Soldaten eingesetzt, ihr Ersatz durch unerfahrene Repatrianten hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die innere Ordnung in den Gefängnissen und die Führung der Untersuchungen, deshalb bitte ich um die Verfügung, daß die bestehende Ordnung für die Betreuung der Untersuchungsgefängnisse beizubehalten ist.

Chef des Operativsektors des NKWD der UdSSR für Thüringen  
Generalmajor Beschanow

*Gen. Simin. Wenn es wenige sind, dann ist das möglich. I. Serow.  
Stabschef. Die Frage ist noch offen. Simin. 29. Sept.*

*RGWA 32925 I/104, Bl. 309. Original.*

**Nr. 103. Direktive Nr. 19/10-00528 der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des NKWD der UdSSR „Über den Kampf gegen die Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit“. 28. September 1945**

Streng geheim

**Inhalt:**

Über den Kampf gegen die Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit

An die Chefs der Inneren Truppen des NKWD der Bezirke, die Kommandeure selbständiger Verbände und Truppenteile

Nur: *Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen in Königsberg*

Bei Operationen zur Bekämpfung des Bandentums gibt es nach wie vor Fälle, in denen Angehörige der Inneren Truppen des NKWD Festgenommene eigenmächtig schlagen und erschießen und sich ihre Sachen aneignen.

Am 24. Juli d. J. schlug Unterleutnant R. (221. Selbständiges Schützenbataillon der 25. Schützenbrigade), der bei der Vernehmung eines Festgenommenen anwesend war, diesen mit einem Knüttel. Zu dieser Angelegenheit ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Am 24. Juli d. J. eignete sich Obersergeant K. (218. Selbständiges Schützenbataillon der 24. Schützenbrigade) bei der Durchsuchung eines Festgenommenen dessen Sachen an, schlug ihn beim Abführen und erschöß ihn danach. Zu der Tötung des Festgenommenen wurde eine

---

<sup>48</sup> Vgl. das vorangehende Dokument.

fingierte Handlung erfunden, demnach sei dieser bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Diese fiktive Geschichte wurde auf Drängen und unter Beteiligung von Kompaniechef Leutnant W. konstruiert. Zu dieser Angelegenheit wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Am 21. August d. J. jagte Leutnant K. (267. Schützenregiment) dem Festgenommenen Repinski bei einem Verhör durch Schüsse in die Luft Angst ein und erschoss ihn später. Leutnant K. wurde vom Militärtribunal zu zwei Jahren verurteilt.

Solche Verletzungen der revolutionären Gesetzlichkeit bei den Truppen des NKWD sind absolut unzulässig, sie müssen auf das Entschiedenste bekämpft werden.

Ich verlange:

1. Es ist zu verbieten, daß Verhöre von Festgenommenen durch Militärangehörige der Inneren Truppen durchgeführt werden, Ausnahmen sind Offiziere der Aufklärung und speziell für die Arbeit in Filtrationspunkten geschulte Offiziere.

Wenn weder solche Offiziere noch operative Mitarbeiter verfügbar sind, die Situation es aber erforderlich macht, daß ein Festgenommener unverzüglich einem ersten Verhör unterzogen wird, darf dieses nur von einem Offizier geführt werden. Es ist ausnahmslos jedem kategorisch verboten, gegen einen Verhörten Gewalt anzuwenden.

2. Wenn bei einer Durchsuchung dem Betreffenden Sachen abgenommen werden, dann ist darüber ein Protokoll in zwei Exemplaren anzufertigen, eins davon ist unbedingt gegen Quittung der Person auszuhändigen, der die Sachen abgenommen wurden, das andere ist zusammen mit den abgenommenen Sachen den Organen des NKWD zu übergeben. Wer diese Ordnung verletzt, ist zur Verantwortung zu ziehen.

3. Die Forderungen der vorliegenden Direktive sind der gesamten Truppe zur Kenntnis zu geben und es ist warnend darauf hinzuweisen, daß eine Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit strengstens geahndet wird.

Stellvertreter des Chefs der Inneren Truppen des NKWD der UdSSR  
Generalleutnant Sladkewitsch

*An den Stabschef. Die Direktive ist allen Offizieren gegen Unterschrift zur Kenntnis zu geben und vor der übrigen Truppe zu verlesen. 17. Okt. 1945.*

*Die Direktive ist den Regimentern zur Bekanntgabe zuzuleiten. 18. Okt.*

*RGWA 38686/1/20, Bl. 307-308. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 104. Bericht des Kommandeurs des 3. Bataillons Major Platonow an den stellvertretenden Kommandeur des 92. Grenzregiments Major Ignatow<sup>49</sup> über die dienstliche Tätigkeit des Bataillons. 28. September 1945<sup>50</sup>**

Streng geheim

### **Bericht**

Zum Stand vom 1. Oktober 1945

Karte 1:100.000

Im Berichtszeitraum verrichtete die Aufklärungsunterabteilung des 3. Bataillons und die 13. Sicherungseinheit ihren Dienst im Gebiet von Dörlau (0012) und zur Sicherung des Bahnhofs Halle (0008), wo sich die operative Lage wie folgt darstellte:

<sup>49</sup> Ignatow, Semjon Kusmitsch (1915–1985).

<sup>50</sup> Datiert nach dem Vermerk über die Registrierung.

Hier waren festgestellt worden:

- a) Kommandeure einer „Volkssturm“-Abteilung,
- b) Kommandeure von SA- und SS-Trupps,
- c) Führungskader der NSDAP und andere verbrecherische Elemente, deren Tätigkeit auf die Untergrabung der Macht der Roten Armee in der Besatzungszone gerichtet war.

Ausgehend von der genannten Lage wurde auch die operative Arbeit mit Agenten im bezeichneten Abschnitt angelegt.

Im Ergebnis dessen konnten die Sicherungseinheit und die Aufklärungsoffiziere der Aufklärungsunterabteilung des 3. Bataillons in diesem Zeitraum insgesamt 93 Personen festnehmen und entlarven, davon:

- a) Kommandeure von „Volkssturm“-Bataillonen – 3
- b) Kommandeure von „Volkssturm“-Kompanien – 6
- c) „Zellenleiter“<sup>51</sup> der NSDAP – 15
- d) „Blockleiter“<sup>52</sup> – 65
- e) „Block“-Propagandisten – 4.

Mängel in der operativen Arbeit mit Agenten und der Ermittlungstätigkeit im Berichtsmonat waren:

a) Wenig genutzt wurde das Netz von Agenten und Informanten, so daß es im Abschnitt der operativen Tätigkeit nicht gelang, den „Werwolf“-Untergrund aufzudecken. Auch die Ermittlungstätigkeit war unzulänglich, infolgedessen konnte man über die Ermittlung nicht in den Untergrund eindringen.

b) Zu wenig und zu unqualifiziert wurde mit Agenten innerhalb der Haftzellen gearbeitet, was sich ebenfalls auf die Ermittlungsarbeit ausgewirkt hat. Aus diesem Grund konnte im Berichtsmonat über die Ermittlungstätigkeit keine einzige Untergrundorganisation aufgedeckt werden.

c) Schlecht aufgeklärt ist der Abschnitt der operativen Arbeit, insbesondere der Eisenbahnknotenpunkt Halle. Deshalb sind wichtige Objekte bis jetzt noch nicht mit einem Netz von Agenten und Informanten abgedeckt, bei denen es gerade möglich wäre, den gegen die Maßnahmen der Besatzungsmacht agierenden Untergrund aufzudecken.

Zur Überwindung der genannten Mängel in der operativen Arbeit mit Agenten und in der Ermittlungstätigkeit halte ich folgendes für erforderlich:

1. Am Eisenbahnknotenpunkt Halle ist ein verzweigtes Netz von Informanten aufzubauen, um Diversions- und Terroranschlägen vorzubeugen.

2. Mit dem Ziel einer tiefgehenden Aufklärung des Untergrundes sind qualifizierte Agenten auszuwählen und einzusetzen, die in der Lage sind, den „Werwolf“-Untergrund und die Agenten ausländischer Geheimdienste aufzudecken.

3. Die Ermittlungstätigkeit ist so zu organisieren, daß es mit ihrer Hilfe gelingt, in den Untergrund einzudringen. Dazu ist es erforderlich, daß qualifiziertere Aufklärungsoffiziere mit der Vernehmung des eintreffenden Kontingents verbrecherischer Elemente beauftragt werden, die es verstehen, die Arbeit innerhalb der Haftzellen zu organisieren und qualifiziertere Zellenagenten heranzubilden.

4. Aufklärungsoffizieren, die über wenig Erfahrung in der operativen Arbeit mit Agenten und in der Ermittlungstätigkeit verfügen, muß tagtäglich praktische Unterstützung gegeben werden, indem man zu ihrem Abschnitt fährt, gemeinsam die Agentenberichte auswählt und auswertet, Agenten auf ein Objekt ansetzt, Pläne für Vernehmungen aufstellt und in ihrer Anwesenheit Beschuldigte verhört.

---

<sup>51</sup> Der Zellenleiter war in der NSDAP für Parteimitglieder in vier bis acht Blocks (das sind 160 bis 480 Haushalte) zuständig.

<sup>52</sup> Der Blockleiter war der niedrigste Posten in der NSDAP. Er war für Parteimitglieder in 40 bis 60 Haushalten zuständig.

5. Um die operative Arbeit mit Agenten zu verbessern und die obengenannten Mängel zu beseitigen, muß die Kontrolle verstärkt werden.

6. Im Oktober d.J. ist mit den Aufklärungsoffizieren des 3. Bataillons eine tschekistische Ausbildung durchzuführen mit dem Thema: Verbesserung der operativen Arbeit mit Agenten und der Ermittlungstätigkeit und die Überwindung bestehender Mängel.

7. Erfahrene Offiziere anderer Dienste sind unter operativem Aspekt zu registrieren, um sie zur Ermittlung und zur Arbeit mit Agenten heranzuziehen.

8. Zur Erleichterung der Arbeit mit Agenten vor allem im Winter sind mindestens fünf „KW“<sup>53</sup> auszuwählen.

9. Es ist ein Stand zu erreichen, daß kein einziger Aufklärungsoffizier unvorbereitet zu Treffen mit Agenten und Informanten in seinen Abschnitt fährt.

Kommandeur des 3. Bataillons des 92. Karpaten-Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Rotbannerordens, Major Platonow

Stellvertretender Kommandeur für Aufklärung des 3. Bataillons des 92. Karpaten-Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Rotbannerordens, Major Axjutin

*Eingang 00892 vom 28. Sept. 1945.*

*RGWA 32883/1/82, Bl. 43-44. Original.*

**Nr. 105. Mitteilung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Brandenburg Generalleutnant Fokin an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres Generaloberst Serow zu nicht wahrheitsgemäßen Meldungen der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD. 5. Oktober 1945**

Streng geheim

Nr. 462

**Sondermitteilung**

Von der Verwaltung Kommandanturdienst wurde Ihnen mitgeteilt, daß die Militärkommandantur im Bezirk Cottbus im September d.J. mehr als zehn Munitionslager entdeckt hat.

Dazu berichte ich, daß die Mitteilung der Verwaltung Kommandanturdienst nicht der Wirklichkeit entspricht. Diese Munitionslager, insgesamt 14, wurden am 10. September d.J. bei einer Operation zum Durchkämmen des Geländes von einem Dienstkommando des 127. Grenzregiments der NKWD-Truppen nördlich von Peitz in einem Wald entdeckt.

Die aufgefundene Munition wurde dem Militärkommandanten von Cottbus zur Vernichtung übergeben.

Außerdem wurde Ihnen von der Verwaltung Kommandanturdienst mitgeteilt, die Militärkommandantur von Cottbus habe den wichtigen Spion Jussuf-Sai-Abdulasijew-Kulam-Gaidar-Ogly festgenommen.

Zu dieser Frage berichte ich:

Bei einer Operation zum Durchkämmen der Gegend wurde am 5. September d.J. in Cottbus auf der Straße der obengenannte Kulam-Gaidar-Ogly festgenommen. Er ist 50 Jahre alt, gebürtig aus Kabul (Afghanistan), afghanischer Staatsbürger und verfügt über höhere Bildung.

<sup>53</sup> Vorlage: „KK“. Gemeint sind konspirative Wohnungen.



Bei der Vernehmung in der Operativgruppe des Bezirks Cottbus sagte Kulam-Gaidar-Ogly über sich selbst aus:

„Vom fünften Lebensjahr an wurde ich von den Mullahs unterrichtet, danach erwarb ich im Selbststudium die Qualifikation eines Arztes. In diesem Beruf arbeitete ich etwa drei Jahre, dann wurde ich zum Stadtoberhaupt von Kabul ernannt und drei Jahre später zum Gouverneur von Afghanistan. Nachdem Amanui-Chan im Zusammenhang mit dem revolutionären Umschwung im Land Afghanistan verlassen hatte, war ich ebenfalls gezwungen, das Land zu verlassen und ging nach Italien, wo ich Amanui-Chan traf. In Rom diente ich am Hof Amanui-Chans. Ich interessierte mich nicht für politische und wirtschaftliche Fragen und lebte von den Mitteln, die ich aus Afghanistan mitgebracht hatte.

Womit sich Amanui-Chan und seine Umgebung beschäftigt haben, kann ich nicht sagen, da ich mich um deren Angelegenheiten nicht gekümmert habe.

Seit ich in Italien lebte, besuchte ich jedes Jahr meinen Bruder Kulam-Sadyg, der in Berlin, Thielallee 32, wohnte. 1943 besuchte ich wie in den vorangegangenen Jahren wieder meinen Bruder in Berlin, doch diesmal hatte ich Pech und konnte nicht nach Italien zurückkehren, da wegen der Kapitulation Italiens die Grenze geschlossen wurde. Mit dem alten abgelaufenen italienischen Paß konnte ich nicht in Berlin bleiben, so daß ich mich an den italienischen Konsul wenden mußte, der mir einen neuen italienischen Paß ausstellte. 1944 fuhr ich von Berlin nach Dresden, wo ich bis März 1945 in der Münchner Straße wohnte. Wegen der zunehmenden Bombardierung Dresdens verließ ich die Stadt und ging nach Bad Elster, das etwa 45 Kilometer von Plauen entfernt an der Grenze zur Tschechoslowakei liegt. In Bad Elster wohnte ich im Hotel Agnes Ruch, wo Prinz Mansur-Dowud aus Kairo mein Nachbar war, bevor er nach Kairo zurückkehrte.

Am 3. September d. J. fuhr ich nach Cottbus, um meinen Bruder Kulam-Sadyg zu suchen, der sich, wie ich vermutete, in der Umgebung von Cottbus in dem Dorf Lieberose aufhalten mußte. Am 5. September wollte ich mich nach Lieberose begeben, doch in Cottbus wurde ich auf der Straße von einer russischen Militärstreife festgenommen.

Mein Bruder Kulam-Nabi war Gesandter Afghanistans in Moskau, er starb 1934 oder 1935.

Der zweite Bruder, Kulam-Dscheidani, war afghanischer Gesandter in der Türkei, er starb sechs Monate nach dem Tod des ersten Bruders.

Der dritte Bruder, Kulam-Sadyg, ist zwei Jahre jünger als ich, er lebt zur Zeit in der Umgebung von Cottbus. Während der Regierungszeit von Padischacha Amanui-Chan war er Außenminister Afghanistans, danach lebte er in Delhi und Bombay (Indien) und vor dem Sturz Amanui-Chans war er Gesandter Afghanistans in Deutschland. ...“

Auf die Frage, womit er sich in Deutschland beschäftigt habe, antwortete Kulam-Gaidar-Ogly in der Vernehmung:

„Seit ich in Deutschland bin, habe ich nirgends gearbeitet und bin keiner Beschäftigung nachgegangen, ich lebte von den Mitteln meines Bruders Sadyg, der in Berlin Geschäfte hatte, von ihm erhielt ich monatlich 300 bis 400 Mark ...“.

Wie die Überprüfung ergab, wohnte in Lieberose tatsächlich Kulam-Gaidar-Oglys Bruder Kulam-Sadyg, der nach Angaben von Einheimischen Ende April 1945 mit seiner Familie angeblich nach Moskau abgereist ist.

Zwei Neffen von Kulam-Gaidar, Kulam-Chasan und Kulam-USman, wurden im September d. J. vom Militärkommandanten in Lübbenau festgenommen und von diesem in das Lager Frankfurt/[Oder] überstellt, während ihr Besitz und ihre Wertsachen von der Militärkommandantur beschlagnahmt wurden. Zur Zeit liegt in der Militärkommandantur des Bezirks Cottbus die Verfügung vor, diese Personen unverzüglich aus dem Lager wieder nach Lübbenau zu entlassen und ihnen ihren Besitz und ihre Wertsachen zurückzugeben.

Im August d. J. kam aus Dresden ein Vertreter des Operativen Sektors des NKWD, um einige der Afghane zu verhaften, die angeblich irgendwelchen Organisationen angehörten. Nach Aus-

kunft dieses Vertreters hatten aber Kulam-Gaidar-Ogly und dessen Bruder Kulam-Sadyg nach den in Dresden vorliegenden Angaben nichts damit zu tun.

Da sich bei der Voruntersuchung keine konkreten Indizien für eine feindliche Tätigkeit von Kulam-Gaidar-Ogly ergaben, wurde er aus der Haft entlassen. Davon wurde Gen. Generalmajor Petrowski<sup>54</sup>, der zur Kontrolle der Tätigkeit der Operativgruppe nach Cottbus kam, vom Chef der Operativgruppe des Bezirks Gen. Oberst Denskewitsch<sup>55</sup> in Kenntnis gesetzt.

Chef des Operativen Sektors des NKWD für die Provinz Brandenburg  
Generalleutnant P. Fokin

*Gen. Gorochow. Mit Meldungen nicht überstürzen. I. Serow. 6. Okt.  
In die Ablage. 15. Okt. 1945.*

*GARF 7317/9/25, Bl. 518-520. Original.*

**Nr. 106. Direktiv-Schreiben des stellvertretenden Chefs der SMA Mecklenburg-Vorpommern Generalmajor Skossyrew<sup>56</sup> und des Chefs des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für die Provinz Generalmajor Gubin an die Militärkommandanten der Bezirke, Landkreise und Städte sowie an die Chefs der Operativen Gruppen des NKWD der Bezirke und Landkreise über die unnormalen Beziehungen zwischen den Mitarbeitern der Kommandanturen und der Operativen Gruppen. Schwerin, 20. Oktober 1945**

Streng geheim

In letzter Zeit wurden in der Provinz einige Fakten festgestellt, die völlig unnormale Beziehungen zwischen den Mitarbeitern der Militärkommandanturen und der NKWD-Operativgruppen erkennen lassen. Solche Beziehungen haben ernste Auswirkungen auf die Arbeit beider Organe.

So ließ der Kommandant des Landkreises Neustrelitz Gen. Rolenko<sup>57</sup> Personen aus der deutschen Bevölkerung verhaften, mit denen sich der Art ihrer Verbrechen nach die NKWD-Organen beschäftigen mußten, und am 15. September verhaftete er den Fahrer der NKWD-Operativgruppe, <obwohl es dafür keinerlei Grund gab><sup>58</sup>.

In Greifswald veranstalteten am 12. Oktober d.J. der stellvertretende Stadtkommandant und ein operativer Mitarbeiter der NKWD-Operativgruppe, beide nicht mehr nüchtern, an einem öffentlichen Ort einen Skandal, der in eine Prügelei ausartete.

Im Landkreis Schönberg wurde den deutschen Besitzern von Werkstätten vom Kreiskommandanten Gen. Oichman<sup>59</sup> verboten, von Mitarbeitern des NKWD Aufträge zur Ausbesserung

<sup>54</sup> Petrowski, Fjodor Pawlowitsch (1907–1959), Generalmajor; 1945 stellvertretender Chef des Operativen Sektors des NKWD der Provinz Brandenburg.

<sup>55</sup> Denskewitsch, Michail Iljitsch (1909–1980), Oberst; ab Mai 1945 Chef der NKWD-Operativgruppe des Bezirks Cottbus, 1947–52 Chef des Operativen Sektors Sachsen-Anhalt. 1952–54 Chef einer MGB-/MWD-Gebietsverwaltung in Weißrußland, 1954–59 stellvertretender Vorsitzender des KGB beim Ministerrat der Weißrussischen SSR.

<sup>56</sup> Skossyrew (auch: Skossarew), Michail Alexandrowitsch (1906–), Generalmajor; 1945–46 Stellvertreter für Zivilangelegenheiten und Chef der Verwaltung der SMA Mecklenburg. Dez. 1946 in die UdSSR, 1947 Ausschuß aus der WKP(B).

<sup>57</sup> Rolenko, Witali Gerassimowitsch (1905–), Oberstleutnant; 1928 WKP(B), ab 1932 Parteifunktionär. 1944–45 Kreiskommandant in Polen, ab Mai 1945 Kreiskommandant von Neustrelitz, Okt. 1945 Kreiskommandant von [Burg] Stargard. Feb. 1948 in die UdSSR.

<sup>58</sup> Der hier eingeklammerte Text wurde in der Vorlage gestrichen.

<sup>59</sup> Oichman, Boris Abramowitsch (1903–), Oberstleutnant/Oberst; Arbeiter, ab 1924 in der Armee, ab 1938 Ge-

von Schuhen und Textilien oder zur Neuanfertigung von Kleidungsstücken anzunehmen, wobei er erklärte, daß es ohne seine Erlaubnis nicht gestattet sei, irgendwelche Arbeiten für den NKWD auszuführen.

Völlig unnormale Beziehungen bestehen zwischen dem Kreiskommandanten von Anklam und dem Chef der Operativgruppe des Kreises.

Solche Fakten gibt es auch in anderen Städten und Kreisen.

Da wir eine solche Situation in den Beziehungen zwischen den Kommandanten und den Chefs der NKWD-Operativgruppen als völlig unnormal betrachten,

**verlangen wir:**

1. Die Militärkommandanten und die Chefs der NKWD-Operativgruppen haben sachliche Arbeitskontakte herzustellen und außerdem für normale Beziehungen zwischen den Mitarbeitern der Kommandanturen und der Operativgruppen zu sorgen.

2. Allen Offizieren der Militärkommandanturen und der NKWD-Operativgruppen ist zu erläutern, daß sie höchst wichtige Aufgaben unseres sowjetischen Staates auf dem Territorium Deutschlands zu erfüllen haben und daß die kleinsten Disziplinverstöße des Personals die Arbeit beider Organe ernsthaft behindere.

3. Den Militärkommandanten ist es untersagt, Mitarbeiter der NKWD-Organen bzw. Militärangehörige der NKWD-Truppen festzunehmen und zu verhaften. In den Fällen, in denen das aber notwendig ist, weil die Betreffenden strafbare Handlungen begehen, sind die Festgenommenen unverzüglich an den Chef der Operativgruppe zur weiteren Untersuchung und zur Bestrafung der Schuldigen zu überstellen.

4. Alle bei den Militärkommandanturen eingehenden Materialien über die verbrecherische Tätigkeit faschistischer Elemente sind sofort an die NKWD-Operativgruppe zur Untersuchung weiterzuleiten.

5. Wenn es notwendig ist, auf dem Territorium des Kreises bzw. der Stadt großangelegte operative Maßnahmen (Razzien, Kontrollen, Festnahme von Banden oder flüchtiger Verbrecher usw.) durchzuführen, müssen die Kommandanten und die Chefs der Operativgruppen gemeinsam den Operationsplan entwerfen und alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel einsetzen.

6. Die Militärkommandanten und die Chefs der NKWD-Operativgruppen sind verpflichtet, sich gegenseitig über die Lage im Kreis bzw. der Stadt sowie über die durchzuführenden Maßnahmen zu informieren, sei es über die Linie der SMA, sei es über die Linie des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR.

7. Wir weisen die Militärkommandanten und die Chefs der NKWD-Operativgruppen warnend darauf hin, daß wir Erscheinungen unnormaler Beziehungen, Zank und mangelnde Koordination in der Arbeit künftig mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen als Ausdruck des fehlenden Willens dieser Mitarbeiter betrachten werden, die ihnen übertragenen Aufgaben ehrlich und gewissenhaft zu erfüllen.

Mit der vorliegenden Anweisung sind alle Offiziere der Kommandanturen und der NKWD-Operativgruppen bekannt zu machen.

Stellvertretender Chef der SMA für die Provinz Mecklenburg-Vorpommern

Generalmajor Skossyrew

Chef des Operativen Sektors des NKWD der UdSSR für die Provinz Mecklenburg-Vorpommern Generalmajor Gubin

*GARF 7103/1/9, Bl. 76-78. Original.*

---

schichtslehrer, ab 1941 Kriegsdienst, zuletzt Regimentskommandeur; 1930–35 (Ausschluß) und 1937–47 (Ausschluß) WKP(B). Okt. 1945–Okt./Dez. 1946 Kreiskommandant von Schönberg. Jan. 1947 Parteiausschluß „wegen unwürdigen Verhaltens als Kreiskommandant“.

## Nr. 107. Direktive Nr. Sch/1-003099 des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über Maßnahmen zum Schutz der Militärparaden in den Städten am 7. November. 22. Oktober 1945

Streng geheim

An alle Kommandeure von Grenzregimentern der NKWD-Truppen

Nur: An den Kommandeur des 219., 87., 157., 331., 105., 127., 92., 83., 38. und 16.

Der Oberbefehlshaber der GSBSD Gen. Marschall der Sowjetunion Schukow hat mit Befehl Nr. 0012 vom 15. Oktober 1945 befohlen, daß am 7. November 1945 zum 28. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in folgenden Städten eine Truppenparade durchgeführt wird:

1. Berlin – zum Kommandierenden der Parade wurde der Befehlshaber der 2. Garde-Panzerarmee Gen. Marschall der Panzertruppen Bogdanow<sup>60</sup> ernannt;

2. Schwerin – zum Kommandierenden der Parade wurde der Stellvertreter des Befehlshabers der 5. Stoßarmee Gen. Generalmajor Barinow<sup>61</sup> ernannt;

3. Magdeburg – zum Kommandierenden der Parade wurde der Kommandeur der 22. Mechanisierten Garde-Division Gen. Generalmajor Kosin ernannt;

4. Halle – zum Kommandierenden der Parade wurde der Stellvertreter des Befehlshabers der 47. Armee Gen. Generalmajor Kusmin ernannt;

5. Erfurt – zum Kommandierenden der Parade wurde der Stabschef der 8. Garde-Armee Gen. Generalmajor Beljowski<sup>62</sup> ernannt;

6. Dresden – zum Kommandierenden der Parade wurde der amtierende Befehlshaber der 1. Garde-Panzerarmee Gen. Generalleutnant der Panzertruppen Schalin<sup>63</sup> ernannt;

7. Leipzig – zum Kommandierenden der Parade wurde der Stellvertreter des Befehlshabers der 1. Garde-Panzerarmee Gen. Generalmajor Slyschnik<sup>64</sup> ernannt.

Gemäß den Anweisungen des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der GSBSD Gen. Generaloberst Serow werden die NKWD-Truppen mit Ausnahme des 92. Grenzregiments an der Parade nicht teilnehmen.

Ich befehle:

1. Die Kommandeure des 219., 157., 92., 83., 38. und des 16. Grenzregiments haben über die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD, der Kommandeur des 105. Grenzregiments hat über den Chef der Zentralen Operativgruppe für Berlin mit den Kommandierenden der Parade Kontakt aufzunehmen und den Schutz der Tribüne sowie der Fahrzeuge der Führer der Parade zu organisieren.

2. Über die Maßnahmen zum Schutz der Parade und die Stärke der dafür abgestellten Kräfte ist am 31. Oktober 1945 Meldung zu erstatten.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD

Generalmajor Simin

Stabschef Oberst Wolkow

RGWA 32925/1/103, Bl. 394. Original.

<sup>60</sup> Bogdanow, Semjon Iljitsch (1894–1960), Marschall der Panzertruppen; ab 1918 Berufssoldat; 1938–39 aus politischen Gründen inhaftiert; ab 1943 Kommandeur der 2. Garde-Panzerarmee. Juli–Sept. 1945 Chef der SMA Brandenburg, 1947 Kommandeur der Panzer- und mechanisierten Verbände der GSBSD, 1947–48 Erster Stellvertreter und 1948–53 Kommandeur der Panzer- und mechanisierten Truppen der Sowjetischen Armee. 1954–56 Chef der Kriegsakademie für Panzer- und motorisierte Verbände, danach Ruhestand. 1944 und 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>61</sup> Barinow, Alexandr Borissowitsch.

<sup>62</sup> Beljowski, Witali Andrejewitsch.

<sup>63</sup> Schalin, Michail Alexejewitsch (1897–1970).

<sup>64</sup> Slyschnik, Afanassi Nikitowitsch.

**Nr. 108. Meldung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Landkreis Querfurt Hauptmann Wassiltschenko<sup>65</sup> an den Chef der Operativen Gruppe für den Bezirk Merseburg Oberstleutnant Michailow<sup>66</sup> über den Abschluß der Ermittlungen im Fall einer Gruppe von Deutschen. 15. November 1945**

Streng geheim

An den Chef der Operativen Gruppe des NKWD für den Bezirk Merseburg Oberstleutnant Michailow

Ich melde, daß die Akte mit dem Material der abgeschlossenen Ermittlung über eine Gruppe von acht Personen – Fricke, Eulenburg, Hofmann, Panwitz, Matuschka, Dybis, Rekimberg und Menzel –, die vor ein Militärtribunal gestellt werden sollen, am 14. November d.J. an den Militärstaatsanwalt zur Prüfung und Anklageerhebung übermittelt wurde.

Die Inhaftierten Fricke, Eulenburg und andere, insgesamt acht Personen, sind am 15. November d.J. an das Gefängnis in Halle überstellt worden, wo sie bis zum Prozeß inhaftiert sein werden. Die Überstellung der Inhaftierten war mit Oberst Nikitin und dem Militärstaatsanwalt der 47. Armee abgestimmt worden.

Der Festgenommene G. war mit der Aufgabe freigelassen und in seinen Wohnort zurückgeschickt worden, Untergrundaktivitäten und in Haft zu nehmende Einzelpersonen festzustellen.

Der Gefangene K. wurde von uns als Agent angeworben, unter der [*Legende*]<sup>67</sup> einer Flucht erhielt er einen illegalen Status. Er bekam den Auftrag, den ehemaligen Bezirks-HJ-Führer<sup>68</sup> Wesche auszukundschaften, der nach vorliegenden Angaben in der Illegalität lebt.

Chef der Operativen Gruppe des NKWD Hauptmann I. Wassiltschenko

*In die Akte mit dem Kennzeichen RO 2sb R-4. [Unterschrift].*

*RGWA 32883/1/81, Bl. 78. Original.*

**Nr. 109. Bericht des Chefs der 2. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberstleutnant Rudenko an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin. Berlin, 19. November 1945**

**Bericht**

über die Ergebnisse einer Operation auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin

Einem vom stellvertretenden Volkskommissar Gen. Generaloberst Serow bestätigten Plan gemäß wurde am 17./18. November auf dem Schlesischen Bahnhof eine Operation (Razzia) durchgeführt.

Die Operation begann am 17. November, 19.00 Uhr und endete am 18. November 1945 um 7 Uhr.

---

<sup>65</sup> Wassiltschenko, Ilja Dmitrijewitsch.

<sup>66</sup> Michailow, Konstantin Nikolajewitsch (1897–1980).

<sup>67</sup> Das Wort wurde statt des durchgestrichenen „Vorwand“ eingetragen.

<sup>68</sup> HJ für: Hitlerjugend.

Zu der Operation waren 280 Soldaten, Sergeanten und Offiziere des 333. Grenzregiments herangezogen worden.

Der Hauptteil der Kräfte mit 200 Mann war zur Absperrung des Objekts – des Bahnhofs und angrenzender Quartiere – eingesetzt; 25 Mann zur Bewachung und Begleitung der Festgenommenen; 45 Mann, aufgeteilt in acht Gruppen, jeweils mit einem Aufklärungsoffizier, kontrollierten die Dokumente; zehn Mann blieben in Reserve.

Es wurde ein Filtrierungspunkt eingerichtet, da es die Lage erlaubte, alle Festgenommenen an einer Stelle zu sammeln. An dem Punkt arbeiteten sechs Aufklärungsoffiziere unter Gen. Oberst Pakentriger.

Kontrolliert wurden alle Personen, die sich zum Zeitpunkt der Operation auf dem Bahnhof, in Bahnhofsräumen, Gaststätten, Bierstuben oder einzelnen Häusern im Operationsgebiet befanden.

Nach Schätzungen wurden mehr als 3.000 Personen kontrolliert. Einer Filtration unterzogen wurden mehr als 800 Personen. Im Ergebnis wurden 34 Personen festgenommen, davon

1. Personen, die sich vor der Ausreise in die UdSSR drücken (Demobilisierte und Zivilpersonen) – 10,
2. Vaterlandsverräter – 1,
3. Personen, die illegal aus der Zone der Alliierten eingereist sind – 1,
4. Personen, die illegal aus der UdSSR oder aus Polen nach Deutschland eingereist sind – 7,
5. Personen mit ungültigen oder gefälschten Papieren – 15.

Die Festgenommenen wurden übergeben: der 17. Operativgruppe des NKWD – 20 Personen; dem Militärkommandanten des Schlesischen Bahnhofs – zwölf; der Aufklärungsabteilung der Truppenverwaltung – zwei [Personen].

Außerdem wurden vier Waffen beschlagnahmt: zwei Pistolen und zwei Armeerevolver.

Wie die Operation zeigte, sind Bahnhöfe Zufluchtsorte für alle möglichen zweifelhaften Personen und es besteht die Notwendigkeit, solche Razzien öfter durchzuführen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die günstigste Zeit für eine solche Operation von 14.00 bis 19.00 Uhr ist, da nach Einbruch der Dunkelheit der Betrieb deutlich abnimmt.

Viele aus Polen ausgesiedelte Deutsche leben längere Zeit mit ihren Familien auf dem Bahnhof im „Bunker“. Sie verfügen über keinerlei Dokumente außer Bescheinigungen ohne Stempel, mit der Unterschrift polnischer Bürgermeister. Sehr hoch ist die Zahl von Militärangehörigen, die sich herumtreiben und von den Kommandanten kaum kontrolliert werden.

Chef der 2. Unterabteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberstleutnant Rudenko

*An Serow gemeldet. Simin. 19. Nov. [1945].*

*RGWA 32925/1/103, Bl. 422 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 110. Bericht des Obergehilfen des Chefs der 1. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Hauptmann Bolschakow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin. 19. November 1945**

Geheim

**Bericht**

Entsprechend Ihrer Anweisung Nr. Sch/1-03344 vom 17. November 1945 führte ich vom 17. November, 19.45 Uhr bis 18. November, 01.00 Uhr auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin eine Operation durch, die die Kontrolle und die Festnahme von verbrecherischen Elementen und Personen ohne Papiere zum Ziel hatte.

Zu dieser Operation wurden 105 Offiziere, Sergeanten und Soldaten des 333. Grenzregiments sowie vier Offiziere der Truppenverwaltung herangezogen. Insgesamt nahmen 109 Personen an der Operation teil.

Während der Operation wurden auf dem Bahnhof etwa 3.000 Personen kontrolliert.

Von den Kontrollierten wurden 112 Personen festgenommen und zum Filtrierungspunkt gebracht, der vom Chef der 2. Unterabteilung der Aufklärungsabteilung der Truppenverwaltung Major Schpak geleitet wurde.

1. von den Festgenommenen erwiesen sich

a) als Deserteure der Roten Armee – 1 (von der 326. Schützendivision), er wurde dem Militärkommandanten des 5. Abschnitts des Stadtbezirks Mitte übergeben;

b) als Grenzverletzer der Besatzungszone, die vom Territorium Polens eingereist waren – 4 (drei Juden und ein Pole), sie wurden der zentralen Operativgruppe des NKWD für Berlin übergeben;

c) als Militärangehörige der Roten Armee, die die öffentliche Ordnung verletzten – 1 (Major Z. als Ruhestörer), er wurde dem Militärkommandanten des 5. Abschnitts des Stadtbezirks Mitte übergeben;

d) als aktive Prostituierte (Deutsche) – 1, sie wurde dem Chef des Filtrierungspunktes der deutschen Polizei des 5. Abschnitts des Stadtbezirks Mitte von Berlin übergeben.

Insgesamt – sieben Personen.

2. Unter den zum Filtrierungspunkt gebrachten Personen befanden sich Angehörige alliierter Armeen:

a) Briten – 1

b) Amerikaner – 1

c) Franzosen – 12.

Sie wurden nach der Kontrolle freigelassen.

3. Die übrigen 91 Festgenommenen waren Deutsche aus Berlin oder aus Vororten von Berlin, die keine entsprechenden Papiere hatten, sie wurden nach der Filtrierung freigelassen.

Während der Operation gab es keinerlei Exzesse oder besondere Vorkommnisse.

Verantwortlicher für die Durchführung der Operation

Obergehilfe des Chefs der 1. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Hauptmann Bolschakow

*RGWA 32925/1/103, Bl. 423 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 111. Bericht des Untergehilfen des Chefs der 2. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberleutnant Lukojanow an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Ergebnisse einer Razzia auf dem Bahnhof Lichtenberg von Berlin. 19. November 1945**

**Bericht**

über die Ergebnisse der Operation auf dem Bahnhof Lichtenberg von Berlin

Entsprechend Ihrer Anweisung Nr. Sch/1-03344 vom 17. November 1945 führte ich zusammen mit 50 Mann des 105. Grenzregiments am 17. November 1945 von 18.30 Uhr bis 21.00 Uhr eine Operation auf dem Bahnhof Lichtenberg von Berlin zur Kontrolle und zur Festnahme verbrecherischer Elemente durch.

Kontrolliert wurden insgesamt 400 Personen, davon 340 Zivilpersonen und 60 Militärangehörige der Roten Armee.

Von den Kontrollierten wurden 25 Zivilpersonen und acht Militärangehörige, also insgesamt 33 Personen, festgenommen und einer Filtrierung unterzogen.

Bei der Filtrierung erwies sich eine der festgenommenen Personen als Verletzer der Grenze der Besatzungszone, sie wurde an die Aufklärungsabteilung des 105. Grenzregiments überstellt.

Nach Abschluß der Operation auf dem Bahnhof Lichtenberg begab ich mich um 22.00 Uhr mit den Angehörigen des 105. Grenzregiments zum Schlesischen Bahnhof, wo ich mich Gen. Oberstleutnant Rudenko für die Teilnahme an der [dortigen] Operation zur Verfügung stellte.

Die unbefriedigenden Ergebnisse hinsichtlich der Festnahme von verbrecherischen Elementen erklärt sich damit, daß der Zug aus Poznań an geradzahligen Tagen um 11.30 Uhr am Bahnhof Lichtenberg ankommt und am gleichen Tag um 20.30 nach Poznań zurückfährt. Da es auf diesem Bahnhof keine Wartesäle gibt, sammelt sich die große Masse der Militärangehörigen der Roten Armee und der Polen um die Abfahrtszeit des Zuges.

Nach Auskunft des Militärkommandanten des Bahnhofs Lichtenberg ist bekannt, daß viele Polen ohne entsprechende Dienstaufträge und Angehörige der Roten Armee, unter denen sich Plünderer und andere verbrecherische Elemente befinden, aus Polen kommen.

Eine Operation am Bahnhof Lichtenberg ist zweckmäßigerweise an geradzahligen Tagen bei Ankunft des Zuges aus Poznań durchzuführen.

Untergehilfe des Chefs der 2. Unterabteilung der Operativen Abteilung des Stabs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Oberleutnant Lukojanow

*An Gen. Lukojanow. Das Material ist in die operative Sammelmeldung aufzunehmen, dabei sind die Ergebnisse insgesamt und aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bahnhöfe anzugeben. Zu verzeichnen ist, wie viele Mann an der Operation beteiligt waren und von welchen Untereinheiten sie bereitgestellt wurden. Gorbatko. 21. Nov. 1945.*

*An Serow gemeldet. Simin. 19. Nov. [1945].*

*RGWA 32925/1/103, Bl. 426 mit Rückseite. Original.*



**Nr. 112. Protokoll der Geschäftsübergabe in der Operativen Gruppe des NKWD in Jessen. 23. November 1945**

„Ich bestätige“

Chef der Bezirksabteilung der SMA Bezirk Torgau, Provinz Sachsen, Major Terentjew

„27.“ November 1945

**Protokoll**

23. November 1945

Wir Unterzeichneten, der Chef der Operativen Gruppe der Kreisstadt Jessen Oberleutnant Udalow und der neuernannte Chef der Operativen Gruppe der Stadt Jessen Hauptmann Schiwitzki, haben im Beisein von Major Ignatow vorliegendes Protokoll darüber aufgesetzt, daß mit dem heutigen Datum der Erstgenannte die unten aufgeführten operativen Dokumente übergeben und der Letztgenannte sie übernommen hat:

1. Personalakten zum Agenten- und Informantenapparat über 48 Personen
2. Arbeitsunterlagen über 38 Personen
3. Nachweisbuch für Agenten nach Vordruck Nr. 4 – ein Exemplar
4. Agentenvorgang Nr. 49 – ein Exemplar
5. Nachweisbuch zu den der Registrierung unterliegenden Elementen – ein Exemplar
6. Nachweisjournal zu den Untersuchungsakten nach Vordruck 41 – ein Exemplar
7. Alphabetisches Nachweisjournal zu den inhaftierten und festgenommenen Personen nach Vordruck Nr. 2 – ein Exemplar
8. Registrierungsjournal für die Agentenakten nach Vordruck Nr. 5 – ein Exemplar
9. Akte mit Weisungsdokumenten, 49 Blatt – ein Exemplar
10. Nachweisjournal für ausgehende Dokumente – ein Exemplar
11. Nachweisjournal für eingehende Dokumente – ein Exemplar
12. Protokolle zur Übergabe von Inhaftierten – eine Akte
13. Festgenommene, die sich – gemäß Haussuchungsprotokollen – mit ihren Dokumenten und Sachen in Gewahrsam befinden – 13 Personen
14. Geldmittel (fünftausend Mark) 5.000 Mark

Es übergab: (Udalow)

Es übernahm: (Schiwitzki)

Anwesend war: Major (Ignatow)

*In die Akte mit dem Kennzeichen RO 1 sb 1–5. [Unterschrift].*

*RGWA 32883/1/80, Bl. 84 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 113. Aus der Denkschrift des Volkskommissars für Inneres der UdSSR Berija an Stalin, Molotow, Malenkow und Mikojan<sup>69</sup> über die Tätigkeit der Operativen Gruppen des NKWD in Deutschland. 23. November 1945**

Streng geheim

Nr. 1312/b

An Gen. I. W. Stalin

Rat der Volkskommissare der UdSSR – Gen. W. M. Molotow

ZK der WKP(B) – Gen. G. M. Malenkow

Rat der Volkskommissare der UdSSR – Gen. A. I. Mikojan

Das NKWD der UdSSR berichtet über die Arbeit der NKWD-Operativgruppen in Deutschland für Oktober d. J.

Im Oktober wurden 7.919 Personen verhaftet, davon:

Agenten des deutschen Geheimdienstes und der Spionageabwehr – 492,

führende und aktive Mitglieder der faschistischen Partei – 3.233,

offizielle Mitarbeiter der Gestapo, des SD und anderer deutscher Strafborgane – 929,

führende Mitarbeiter der Hitlerschen Verwaltungsorgane, Zeitungsredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen – 279,

führende Mitarbeiter faschistischer Jugendorganisationen – 211,

Teilnehmer faschistischer Organisationen und Gruppen – 1.624,

sonstige feindliche Elemente – 1.151.

Von den in letzter Zeit vorgenommenen Verhaftungen sind folgende besonders charakteristisch: [...]<sup>70</sup>

Volkskommissar für Inneres der UdSSR L. Berija

*GARF 9401/2/102, Bl. 6. Beglaubigte Kopie.*

Deutsche Übersetzung des vollständigen Wortlauts in: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz; von Plato, Alexander (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingeleitet und hg. von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 216-219.

<sup>69</sup> Mikojan, Anastas Iwanowitsch (1895–1978), 1923–76 Mitglied des ZK, ab 1926 Volkskommissar und 1936–49 Volkskommissar/Minister für Außenhandel der UdSSR; 1935–66 Mitglied des Politbüros des ZK, 1955–64 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, 1964–65 Vorsitzender und 1965–74 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

<sup>70</sup> Weggelassen wurden konkrete Beispiele von Verhaftungen und die Namen prominenter Gefangener.

**Nr. 114. Direktive Nr. P/001619 der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über das für die Grenzregimenter erlassene Verbot, Mannschaften für Erschießungen abzustellen. 31. Dezember 1945**

Streng geheim

An die Chefs der Operativen Sektoren

Ich teile mit, daß ich den Kommandeuren der Grenzregimenter eine Weisung erteilt habe, die es ihnen kategorisch verbietet, auf Anforderung von Chefs der Operativen Gruppen Mannschaften zur Urteilsvollstreckung bereitzustellen.

Um mögliche Mißverständnisse in dieser Hinsicht zu vermeiden, bitte ich, den Chefs der Operativen Gruppen entsprechende Weisungen zu erteilen.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Generalmajor Simin

*RGWA 32925/1/536, Bl. 364. Original.*

**Nr. 115. Bericht des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Überprüfung des Zustandes der Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppen in Berlin. 31. Dezember 1945**

Streng geheim

Nr. 1/sch-001996

An den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Gen. Generalmajor Simin

Kopie an: Chef des Operativen Sektors der SMAD Gen. Generalmajor Sidnew

Ich melde, daß durch abkommandierte Offiziere des Regiments eine Überprüfung des Zustandes der von unseren Untereinheiten bewachten Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppen vorgenommen wurde, die folgendes ergab:

I. 1. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Archipenkov<sup>71</sup>).

Die neun Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Die Zellentüren bestehen aus Brettern, sind instabil, verfügen über einen „Spion“ und sind durch ein Innenschloß verschließbar. Die Zellenfenster sind vergittert und zu drei Vierteln mit Ziegelsteinen zugemauert. Die Beleuchtung ist schwach.

II. Die Operative Gruppe zur Bekämpfung von Bandenkriminalität (Chef der Operativen Gruppe: Garde-Major Maschewzew<sup>72</sup>).

Die vier Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe, sie sind für die Unterbringung von Gefangenen nicht geeignet. Die Gitter an den Fenstern sind schwach, die Türen bestehen aus dünnen Brettern, Schlösser fehlen. Eine Zelle besteht gänzlich aus Holzlatten, die durch Nägel in einem Abstand von ein bis fünf cm befestigt wurden. Zudem

---

<sup>71</sup> Archipenko (auch: Archipenkov), Alexei Wassiljewitsch (1912–1959).

<sup>72</sup> Maschewzew, Pawel Iwanowitsch (1903–1982).

lagert neben der Zelle eine große Menge von Brikettkohle, nebenan sind deutsche Arbeiter mit dem Zusägen von Brennholz beschäftigt. Ein Gefängnisauslauf ist nicht eingerichtet. Die Gefangenen werden in den Hof geführt, wo ständig operative Mitarbeiter und deutsche Arbeiter umherlaufen. Der Chef der Operativen Gruppe Garde-Major Maschewzew ergreift keinerlei Maßnahmen, um die Untersuchungshaftzellen einzurichten, obwohl der Chef der Wache zwei Meldungen an ihn gerichtet hat. Bei einer weiteren Unterbringung von Gefangenen in diesen Untersuchungshaftzellen besteht ständig die Gefahr von Ausbrüchen.

III. 4. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Kostikow<sup>73</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum. Für die Unterbringung von Gefangenen sind sie nicht geeignet. Die Fenster sind durch Steine oder Eisenplatten verstellt, Gitter fehlen. Die Türen sind aus Holz. Die Tür in Zelle Nr. 3 wird von außen durch einen Balken abgestützt. Eine Flucht ist jederzeit möglich.

IV. 8. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Suworow<sup>74</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Es handelt sich um vier Zellen mit drei Außenzugängen. Die Türen sind aus Holzbrettern, die nicht durch Eisenbeschläge verstärkt sind. Die Gitterstäbe in den Fenstern sind in zu großen Abständen angebracht und schwach. Ein Teil der Fenster ist überhaupt nicht vergittert, sondern mit Brettern verschlossen. Zelle Nr. 3 ist für die Unterbringung von Gefangenen nicht geeignet. Ungeachtet der wiederholten Forderungen des Chefs der Wache, die Untersuchungshaftzellen [ordnungsgemäß] auszurüsten, hat der Chef der Operativen Gruppe bisher keinerlei Maßnahmen ergriffen. Ein Gefängnisauslauf ist ebenfalls nicht eingerichtet.

V. 11. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Major Kondrazki<sup>75</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe, es handelt sich um 14 Zellen mit einem Außenzugang. Die Türen sind aus Holz und verschließbar. In den Zellen sind keine Pritschen vorhanden. Es gibt 18 Fenster mit schwachen Gittern.

VI. 12. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Gawrilow<sup>76</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe, es handelt sich um acht Zellen mit einem Außenzugang. Die Türen sind aus Holz und instabil. Zudem sind in sämtlichen Türen große Öffnungen vorhanden, die nur mit Eisenblech zugenagelt sind. Die Türen sind mit einem Fußtritt zu zertrümmern, besitzen Innenschlösser. Die Fenster sind schwach vergittert, sie sind zu drei Vierteln mit Ziegelsteinen zugemauert. Die Beleuchtung der Fenster vom Hof aus ist schlecht. Auf einer Seite ist überhaupt keine Beleuchtung vorhanden. Das Licht wird von den Gefangenen selbst ein- und ausgeschaltet, da sich die Schalter in der Zelle befinden.

VII. 15. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Major Schustorowitsch<sup>77</sup>).

Die drei Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem ehemaligen Pferdestall, sie sind instabil, mit Innenschloß zu verschließen. Über den Türen befinden sich vergitterte Fenster. Die Decke in einer der Zellen weist eine Öffnung auf, die auf den Dachboden führt; sie ist mit Brettern abgedeckt, die durch Ziegelsteine beschwert werden. Die Lichtschalter befinden sich in den Zellen.

VIII. 16. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Dubinin<sup>78</sup>).

Die neun Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Die Türen sind zu 50 Prozent aus Holz, Schlösser sind nicht vorhanden. Die Lichtschalter kön-

<sup>73</sup> Kostikow, Alexandr Dmitrijewitsch (1906–1976).

<sup>74</sup> Suworow, Semjon Trofimowitsch (1902–).

<sup>75</sup> Kondrazki, Leonid Ustinowitsch (1909–), 1947 WKP(B)-Ausschluß.

<sup>76</sup> Gawrilow, Pjotr Iwanowitsch (1908–).

<sup>77</sup> Schustorowitsch, Sjusja Selmanowitsch (1908–1984), ab Nov. 1946 Chef der MGB-Gruppe in Berlin-Köpenick.

<sup>78</sup> Dubinin, Andrei Andrejewitsch (1904–1983).

nen von den Gefangenen in den Zellen selbst betätigt werden. Die Außenbeleuchtung ist schlecht. Der Gefängnisauslauf ist nicht vollständig eingerichtet.

IX. 17. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Major Schtschenow<sup>79</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Es handelt sich um 15 Zellen mit zwei Außenzugängen. Die Türen sind aus Holz und mit Schlössern versehen. In einer der Zellen fehlt das Fenstergitter. In drei Zellen wurden Einweckgläser und andere Gläser vorgefunden.

X. 18. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Michailow<sup>80</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Die Zellentüren sind aus Holz, Schlösser sind nicht vorhanden, Pritschen fehlen. Ein Gefängnisauslauf ist nicht eingerichtet. Eine Beleuchtung der Fenster von außen ist nicht vorhanden.

XI. 19. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Mesinow<sup>81</sup>).

Die neun Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Die Türen sind aus Holz, mit „Spionen“. Verfügen über ein Schloß. Die Untersuchungshaftzellen besitzen nur einen Ausgang. Ein Gefängnisauslauf ist nicht eingerichtet. Die Fenster werden in der Nacht nur unzureichend von außen beleuchtet.

XII. 20. Operative Gruppe (Chef der Operativen Gruppe: Oberstleutnant Tschernych<sup>82</sup>).

Die 3 Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Operativen Gruppe. Die Türen sind aus Holz.

XIII. 1. Abteilung des Operativen Sektors der Stadt Berlin der SMAD (Chef der Abteilung: Oberstleutnant Wolkow<sup>83</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich in einem Kellerraum der Abteilung. Das Fenster im Waschraum ist nicht ganz sicher, da das Gitter schlecht befestigt ist. Die Lichtschalter befinden sich in den Zellen.

XIV. 2. Abteilung des Operativen Sektors der Stadt Berlin der SMAD (Chef der Abteilung: Oberstleutnant Pjarin<sup>84</sup>).

Die Untersuchungshaftzellen befinden sich wie bei den anderen Operativen Gruppen in einem Kellerraum. Die Zellenwände tragen zahlreiche Aufschriften. Das Licht ist in den Zellen ein- und auszuschalten.

XV. Sonderlager Nr. 3 (Chef des Lagers: Oberstleutnant Iwanow).

Die Gefangenen sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Da sie in einem Betrieb arbeiten und mit verschiedenen Instrumenten in Berührung kommen (Messer, Hämmer und andere Gegenstände), können Selbstmorde, Angriffe auf die Wachposten und Ausbrüche nicht ausgeschlossen werden.

In ausnahmslos allen Untersuchungsgefängnissen der Operativen Gruppen verliefen Heizungs- und Abflußrohre sowie Kabelleitungen durch die Zellen. Darüber hinaus bewahren die meisten Untersuchungsgefangenen mit Erlaubnis der Chefs der Operativen Gruppen Handtücher, Toilettengegenstände und Brillen in ihren Zellen auf, was Selbstmorde begünstigt. Anfragen der Chefs des Wachpersonals bezüglich der mangelhaften Ausstattung der Untersuchungsgefängnisse und der Verbesserung der Gefangenenbewachung werden von den Chefs der Operativen Gruppen weitgehend ignoriert. Dies trifft unter anderem für die Chefs der 4., 11., 12., 13., 15. und 16. Operativen Gruppe zu, insbesondere aber für den Chef der Gruppe zur Bekämpfung der Bandenkrimi-

---

<sup>79</sup> Schtschenow, Wassili Iwanowitsch (1906–1985).

<sup>80</sup> Michailow, Fjodor Iwanowitsch (1912–1988).

<sup>81</sup> Mesinow, Nikolai Georgijewitsch (1910–1979).

<sup>82</sup> Tschernych, Nikolai Alexandrowitsch (1904–1976).

<sup>83</sup> Wolkow, Anatoli Pawlowitsch (1909–1951).

<sup>84</sup> Pjarin, Anatoli Nikiforowitsch (1912–1963).

nalität. Der Chef des Operativen Sektors der SMAD Gen. Generalmajor Sidnew hat die Operativen Gruppen angewiesen, die festgestellten Mängel innerhalb von 15 Tagen zu beseitigen.

Kommandeur des 105. Rigaer-Rotbannerorden-Grenzregiments der NKWD-Truppen Oberstleutnant Alexejew

Chef des Regimentsstabes Major Maschin

*RGWA 32933/1/49, Bl. 17-18. Original.*

**Nr. 116. Anweisung des Chefs des Operativen Sektors des NKWD in Berlin  
Generalmajor Sidnew an die Chefs der Operativen Gruppen bezüglich  
Maßnahmen zur Verhinderung von Ausbrüchen aus den Untersuchungshaftzellen. 7. Januar 1946**

An alle Chefs der Operativen Gruppen der SMA

Nur: Chef des 105. Grenzregiments

Ungeachtet meiner Anordnungen hinsichtlich der Instandsetzung der Räumlichkeiten in den Untersuchungshaftzellen und der Herstellung geordneter Verhältnisse bei der Bewachung von Gefangenen haben einige Chefs von Operativen Gruppen diese [Anordnungen] bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt und keinerlei Maßnahmen ergriffen, um die in diesem Bereich vorhandenen Mängel zu beseitigen, was dazu führte, daß an einem einzigen Tag drei Ausbrüche aus Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppen unternommen wurden.

1. Am 23. Dezember flüchtete der Untersuchungsgefangene Schukow aus den Untersuchungshaftzellen der 2. Operativen Gruppe durch ein Fenster. Die Flucht wurde erst am 26. Dezember entdeckt.

2. Am 24. Dezember flüchtete der Untersuchungsgefangene Nedychljajew durch das Fenster einer Untersuchungshaftzelle der 8. Operativen Gruppe.

3. Am 24. Dezember kehrte der mit Urlaubsschein beurlaubte Untersuchungsgefangene Koglan nicht vom Freigang in das Lichtenberger Gefängnis zurück, was erst am 25. Dezember entdeckt wurde.

Eine durch Offiziere des 105. Grenzregiments vorgenommene Überprüfung des Zustandes der Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppen ergab eine Reihe von Mißständen, die solche Ausbrüche begünstigen. Zum Beispiel:

1. Operative Gruppe. Die Zellentüren bestehen aus Brettern, sind nicht stabil und entsprechen nicht ihrer Bestimmung.

2. Operative Gruppe. (Für die Bekämpfung von Bandenkriminalität). Die Gitter der Zellenfenster sind nicht stabil, die Türen bestehen aus dünnen Brettern. Schlösser sind nicht vorhanden, eine Zelle ist aus Holzlatten gezimmert worden, wobei der Abstand zwischen diesen bis zu fünf cm beträgt. Neben der Zelle wird Brikettkohle gelagert und Brennholz von deutschen Arbeitern zurechtgeseägt.

4. Operative Gruppe. Die Fenster der Zellen sind durch Steine oder Eisenplatten verstellt und nicht durch Gitter gesichert. Die Tür der Zelle Nr. 3 wird von außen durch einen Balken abgestützt.

8. Operative Gruppe. Die Gitterstäbe in den Fenstern sind in zu großen Abständen angebracht, sitzen nicht tief und nicht fest genug im Mauerwerk. Die Zellentüren sind dünn, instabil und werden nur durch schwache Verriegelungen gesichert.

11. Operative Gruppe. 18 Fenster der Untersuchungshaftzellen sind mit schwachen Gittern ausgestattet. In den Zellen sind keine Pritschen vorhanden.

12. Operative Gruppe. Die Zellentüren sind aus Holz, instabil, mit einem Fußtritt zu zertrümmern. Die Zellenfenster sind mit schwachen Gittern ausgestattet.

15. Operative Gruppe. Die Zellentüren sind instabil, in einer der Zellen befindet sich eine Öffnung, die auf den Dachboden führt. Diese ist lediglich mit Brettern abgedeckt, die durch Ziegel beschwert sind.

16. Operative Gruppe. Die Zellentüren sind aus Holz, Schlösser sind nicht vorhanden.

17. Operative Gruppe. In einer der Zellen ist ein Fenster nicht vergittert.

18. Operative Gruppe. Die Zellentüren sind aus Holz, keine Schlösser, die Zellen sind nicht mit Pritschen ausgestattet.

1. Abteilung des Operativen Sektors – die Untersuchungshaftzellen befinden sich in Kellerräumen, das Fenster des Waschrums ist aufgrund der schlechten Außenvergitterung nicht sicher.

Ich bekräftige die Notwendigkeit des Einsatzes von Zelleninformanten als eines Mittels zur Vorbeugung von Ausbrüchen.

Ich weise alle Chefs der Operativen Gruppen auf ihre strenge Verantwortlichkeit für jeden Ausbruch aus Untersuchungshaftzellen hin.

Die festgestellten Mängel sind bis zum 20. Januar zu beseitigen, Vollzug ist zu melden.

Chef des Operativen Sektors der Stadt Berlin der SMA[D] Generalmajor Sidnew

*RGWA 32933/1/49, Bl. 19. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 117. Bericht des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Bezirk Leipzig Oberstleutnant Kolomeizew<sup>85</sup> an den Chef des Operativen Sektors des NKWD für das Land Sachsen Generalmajor Klepow über Fälle von Banden-  
kriminalität, Raub und Plünderungen. 27. Februar 1946**

Streng geheim

Nr. 00237

**Bericht**

über Fälle von Bandenkriminalität, Raub und Plünderungen im Bezirk Leipzig

Stand vom 27. Februar 1946:

In letzter Zeit häufen sich im Bezirk Leipzig Fälle, in denen Zivilisten von deutschen Kriminellen, aber auch von Angehörigen der Roten Armee beraubt, ausgeplündert und ermordet werden.

Im Januar d. J. ereigneten sich:

Raub – 16 Fälle

Plünderung – 28 Fälle

Mord – kein Fall.

Im Februar d. J. nahmen solche Vorkommnisse deutlich zu:

Mord – 11 Fälle

Raub – 83 Fälle

Plünderung – 131 Fälle

---

<sup>85</sup> Kolomeizew, Pawel Iwanowitsch (1902–1975), Oberstleutnant; Chef der Operativen Gruppe des NKWD in Görlitz und ab Sept. 1945 für den Bezirk Leipzig.

Von Angehörigen der Roten Armee verübte Verbrechen:

Mord – 5 Fälle

Raub – 3 Fälle

Plünderung – 53 Fälle

Von deutschen Kriminellen verübte Verbrechen:

Mord – 6 Fälle

Raub – 80 Fälle

Plünderung – 78 Fälle

Ermordete nach Nationalität:

Deutsche – 10, davon 3 Frauen

Polen – 1

Sehr charakteristische Fälle von Mord, Raub und Plünderung sind die folgenden:

Am 3. Februar 1946 wurden in Oschatz im Schönewitzer Weg 1 im Keller vier Leichen gefunden. Dabei handelte es sich um:

Anna Reiter, Jahrgang 1883, geboren und wohnhaft in Oschatz,

Elfriede Stann, Jahrgang 1917, Tochter von Anna Reiter,

Otto Stann, Jahrgang 1919, Verwandter von Anna Reiter,

Arthur Schnell, Jahrgang 1900, geboren und wohnhaft in Dresden, Verwandter von Anna Reiter.

Wie sich bei der Ermittlung herausstellte, wurden die genannten Personen mit einer Pistole Kaliber 7,65 mm getötet. Am Ort des Verbrechens fand sich ein Uniformteil der Roten Armee.

Der Mord wurde in der Absicht begangen, aus dem Stall ein Schwein von 120 kg Gewicht zu entwenden. Die Schuldigen an diesem Verbrechen wurden noch nicht ermittelt.

Am 15. Februar 1946 wurde auf der Mestelstraße in Leipzig durch einen Kopfschuss aus einer Pistole ermordet: Zepnewski, Jahrgang 1906, geb. in Kanen (Polen), seiner Nationalität nach Pole.

Die unbekannten Verbrecher, drei Personen in Zivil, raubten die Armbanduhr des Ermordeten, stahlen sein Geld und fuhren in einem Auto in unbekannte Richtung davon.

Die Suche nach den Verbrechern dauert an.

Am 13. Februar 1946 wurde ebenfalls in Leipzig, in der Torgauer Straße, eine bekleidete Leiche gefunden. Die Identität des Ermordeten konnte nicht festgestellt werden, die Täter sind auch unbekannt.

Am 21. Februar 1946, 19.00 Uhr Ortszeit wurde in Göbschelwitz, Kreis Leipzig, der Stellvertreter des Polizeichefs des Kreises Herbert Maier durch einen Karabinerschuss ermordet. Maier war Jahrgang 1909, geboren in Leipzig, Deutscher, Mitglied der Kommunistischen Partei, Hauptmann der Polizei.

An der Ermordung Maiers waren sechs Soldaten und Sergeanten des 66. Motorisierten Regiments der 20. Schützendivision und eines Selbständigen Demontage-Bataillons beteiligt. Den Schuß auf Maier hatte der Soldat des 242. Selbständigen Demontagebataillons W. A. A. abgegeben. Der Mord war in der Absicht begangen worden, Maiers Pkw zu stehlen und fortzubringen.

Die Verbrecher wurden von der Kommandantur in Wiederitzsch gefaßt. Das Untersuchungsverfahren leitet der Staatsanwalt von Leipzig.

Zu diesem Fall wird eine Sondermeldung beigelegt.

Am 6. Februar 1946 erschien in der Garage des Polizeipräsidiiums von Leipzig ein Offizier der Roten Armee im Range eines Oberleutnants und wandte sich an die deutschen Fahrer mit der Bitte, sein Auto abzuschleppen, denn dieses sei stehengeblieben und springe nicht mehr an.

Einer der Fahrer wollte dem Oberleutnant gern diesen Dienst erweisen, nahm ihn in sein Auto und fuhr zu der angegebenen Adresse. An dem vermeintlichen Ort des stehenden Fahrzeugs angekommen, holte der Oberleutnant noch zwei Soldaten ins Auto und erklärte dem Fahrer:



„Wir sind Wlassow-Leute und brauchen das Auto für die Wlassow-Armee, steigen Sie im Guten aus dem Auto aus und gehen Sie nach Hause.“

Unterm Eindruck drohender Gefahr verließ der Fahrer das Auto und die angeblichen „Wlassow-Leute“ fuhren in unbekannte Richtung davon.

Am 17. Februar [1946] wurde während einer Durchkämpfungsoperation in Vergnügungsstätten der Stadt Naunhof bei der ortsansässigen Bevölkerung eine Ausweiskontrolle vorgenommen, dabei stahl man der Bürgerin Gaiko eine goldene Damenarmbanduhr. Wie die eingeleitete Durchsuchung ergab, hatten Militärangehörige der Gruppe von Leutnant Wladimir Iwanowitsch Jermakow, Kommandeur eines Panzerzugs des 1. Panzerregiments, die genannte Uhr gestohlen. Die Uhr wurde der Geschädigten zurückgegeben. Die Ermittlung zu dem Fall hat die Abteilung Abwehr „Smersch“ der 8. Mechanisierten Garde-Division übernommen.

Am 17. Februar [1946] wurde – ebenfalls während der Durchkämpfungsoperation in der Umgebung der Stadt Naunhof – der Einwohnerin des Dorfes Beucha [Vorname unleserlich] Rossel ein Fahrrad entwendet. Die Suche nach dem Fahrrad blieb ergebnislos. Den Fall dieses Fahrraddiebstahls hat die Abteilung Abwehr „Smersch“ der 8. Mechanisierten Garde-Division übernommen.

Am 17. Februar 1946 versuchte in der Gaststätte „Siedlung“ in der Siedlungsstraße in Grimma ein Unbekannter in der Uniform eines Angehörigen der Roten Armee die Einwohnerin der Stadt Ilse P. zu vergewaltigen, doch dank des Eingreifens von Deutschen wurde die Vergewaltigung verhindert. Der Unbekannte floh.

Am 14. Februar 1946 wurde in Leipzig in der Halleschen Straße [Nummer unleserlich] um 23.00 Uhr Karl Müller, Jahrgang [unleserlich], von Angehörigen der Roten Armee angehalten, bei der Ausweiskontrolle stahlen ihm die Unbekannten die Uhr.

Die Suche nach den Übeltätern blieb ergebnislos.

Im Zusammenhang mit den Fällen von Mord, Raub und Plünderung durch Angehörige der Roten Armee werden unter den Einwohnern des Bezirks Leipzig vielerlei Gerüchte verbreitet, die [ein Wort unleserlich] Unzufriedenheit auf die Angehörigen der Roten Armee lenken.

So teilt der Informant „Woldenburg“ in seiner Meldung mit:

Die Bürgerin Geißler, die im Braunkohlehandel arbeitet, erklärte in Anwesenheit mehrerer Personen:

„Heutzutage darf man bei Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße gehen, weil die russischen Banditen einen nicht in Ruhe lassen. Seht euch an, was bei Einbruch der Dunkelheit passiert. Vor vier Wochen haben zwei unbekannte russische Soldaten zwei Mädchen auf die Pferderennbahn geschleppt, haben sie vergewaltigt und ausgeraubt.“

„In der Sophienstraße<sup>86</sup> haben zwei Russen, die als Streife unterwegs waren, zwei Männer angehalten, den einen von ihnen haben sie getötet und ausgeraubt, den anderen, einen alten Mann, haben sie nach Hause gehen lassen.“

„Vor kurzem fuhr ich mit der Straßenbahn, Linie 10. Ein betrunkenener russischer Soldat fing Streit mit den Fahrgästen an, dann zog er seine Pistole und begann zu schießen, doch wegen des energischen Widerstands der Fahrgäste kam niemand zu Schaden.“

Am 11. Februar 1946 erklärte der Bürger Erich Dege, wohnhaft Niederfrankenstraße, auf der Fahrt nach Chemnitz im Beisein mehrerer Fahrgäste:

„Dieser Tage, als der Zug von Chemnitz nach Leipzig unterwegs war, drangen vier russische Soldaten in den Wagen ein und fingen an, die Fahrgäste auszurauben. Eine Frau zog die Notbremse, um den Zug zum Stehen zu bringen, in diesem Augenblick wurde sie von einem Soldaten mit einem Schuß aus seiner Maschinenpistole getötet.“

---

<sup>86</sup> In der russischen Vorlage: „Sofnenstraße“ (Anm. des Übers. R. S.).

Die Verbrecher versuchten zu entkommen, doch sie wurden von der Kommandantur des Bahnhofes Bad Lausick gefaßt.

Chef der Operativen Gruppe der SMA für den Bezirk Leipzig Oberstleutnant Kolomeizew  
Chef der 2. Unterabteilung der Operativen Gruppe der SMA für den Bezirk Leipzig  
Hauptmann Stepanow

*RGWA 32925/1/104, Bl. 362-365. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 118. Meldung des Kommandeurs des 16. Grenzregiments Oberst Sabotin<sup>87</sup> an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über Maßnahmen im Kampf gegen Bandenkriminalität, Raub und Plünderung. 11. März 1946**

Streng geheim

Nr. 1-00179

Hiermit übermittle ich Ihnen die Kopie eines Berichts des Chefs des Operativen Sektors der SMA des Landes Sachsen Gen. Generalmajor Klepow über Fälle von Bandenkriminalität, Raub und Plünderung im Bezirk Leipzig.

Gleichzeitig melde ich, daß in den Bezirken Dresden und Bautzen im Februar d.J. ebenfalls einzelne Fälle dieser Art zu verzeichnen waren.

Zur verstärkten Kontrolle im Abschnitt des Regiments und zur Verhinderung von Mord und Raub wurde den Bataillonskommandeuren befohlen, mit Dienstkommandos regelmäßig die Bahnhöfe, Personenzüge und die großen Ortschaften in ihrem Stationierungsraum zu kontrollieren, wobei sie ihre Einsätze mit den Militärkommandanten abzustimmen haben.<sup>88</sup>

Anlage: Text auf 4 Blatt.

Kommandeur des 16. Grenzregiments Oberst Sabotin  
Stabschef des Regiments Oberstleutnant Siwkow

*RGWA 32925/1/143, Bl. 361. Original.*

**Nr. 119. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den stellvertretenden Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Abysow über eine Explosion und die Zerstörung von Gebäuden, in denen die 1. und 2. Operative Gruppe des NKWD in Berlin untergebracht sind. 16. März 1946**

Streng geheim

Nr. 1/Sch-00608

Der Kommandant des Stadtbezirks Mitte Gen. Oberst Gnedin hatte etwa 100 Tonnen deutsche Munition – Minen, Panzerfäuste, Artilleriegranaten, Fliegerbomben usw. – in den Hof des Gebäudes der deutschen Polizei in der Kleinen Alexanderstraße bringen lassen, die ohne Bewachung dort lagerten.

<sup>87</sup> Sabotin, Fjodor Nikolajewitsch.

<sup>88</sup> Unterstrichen in der Vorlage.

Trotz wiederholten Drängens des Chefs der Operativen Gruppe Gen. Oberstleutnant Archipenkow ließ der Kommandant des Abschnitts unter Hinweis auf fehlende Transportmittel die Munition nicht wegbringen.

Als die Polizisten am 16. März 1946<sup>89</sup> Frühspott machten und die Sicherungseinheiten sich auf den Hofgang der Gefangenen vorbereiteten, kam es zu einer Explosion, bei der die Gebäude des Quartiers teilweise zerstört wurden (darunter auch das Gebäude der Polizei, der Operativen Gruppe und der Sicherungseinheiten).

Ein Teil der Dokumentation der Operativen Gruppen wurde herumgeweht, die Untersuchungszellen wurden beschädigt, so daß unter Ausnutzung der durch die Staubwolke entstandenen Dunkelheit und der Verwundung der Wachposten 30 Gefangene fliehen konnten.

Durch die Maßnahmen, die von den Chefs der 6. und der 10. Sicherungseinheit sowie vom gesamten Personal ohne Rücksicht auf Verwundungen und Verletzungen ergriffen wurden, konnten 23 Gefangene wieder gefaßt werden, sieben Personen blieben unauffindbar.

Infolge der Explosion erlitten von der 6. Sicherungseinheit:

Schwere Verwundungen – 1 Mann

Leichte Verwundung – 7 Mann

Leichte Quetschungen – 5 Mann

Von der 10. Sicherungseinheit:

Schwere Verwundungen – 3 Mann

Leichte Verwundung – 14 Mann

Leichte Quetschungen – 4 Mann.

Drei Schwerverwundete wurden ins Lazarett gebracht, drei Mann mit leichten Verwundungen und Quetschungen befinden sich im Sanitätsteil des Regiments, die übrigen sind im Dienst. Quetschungen erhielten auch vier Diensthunde.

Nach vorläufigen Angaben läßt sich feststellen:

Für Verbände bei den Verwundeten wurden verwendet: neun Laken, sieben Kissenbezüge, vier Bezüge von Matratzen. Ein Teil der Waffen ist unbrauchbar geworden – ihre Anzahl wird noch präzisiert, bei einem weiteren Teil sind nur leichte Reparaturen und erneutes Einschießen erforderlich, die Ergebnisse werde ich später melden. Die Lebensmittel, die sich bei den Sicherungseinheiten befanden, sind verdorben.

Unter den deutschen Polizisten gibt es Tote und Verwundete, deren genaue Zahl sich noch nicht feststellen ließ, da die Bergung von Verwundeten und Toten aus den Trümmern noch nicht abgeschlossen ist. Unter der Bevölkerung gibt es ebenfalls Tote und Verletzte, da sich die starke Detonationswelle weithin ausbreitete.

Eingeleitete Maßnahmen:

1. Hilfe für die Verwundeten.

2. Die Gefangenen der 1. Operativen Gruppe wurden ins Gebäude der 4. Operativen Gruppe gebracht.

3. Die Gefangenen der 2. Operativen Gruppe wurden zur 8. Kommandantur des Stadtbezirks Mitte gebracht.

4. Die Mannschaften der Sicherungseinheiten wurden in das Gebäude des Bataillonsstabs verlegt.

5. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Geflohenen mit Hilfe des 2. Bataillons, der Operativen Gruppe und der Abteilung Aufklärung des Regiments aufzuspüren.

---

<sup>89</sup> In der Vorlage fälschlich: „1945“.

Wie sich aus der vorläufigen Untersuchung ergab, waren zwei Polizisten an der Explosion schuld, die eine Granate in das Lager geworfen hatten. Die beiden Polizisten wurden verhaftet, weitere Einzelheiten werden noch genauer untersucht.

Anlage: 1. Skizze vom Ort der Explosion  
2. Liste der Geflohenen.<sup>90</sup>

Kommandeur des 105. Rigaer Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Rotbannerordens, Oberstleutnant Alexejew  
Chef des Regimentsstabs Major Maschin

*Mit Sondermeldung an Gen. Generaloberst Serow gemeldet. 22. März 1946.*

*RGWA 32925/1/141, Bl. 91-92. Original.*

**Nr. 120. Meldung des Chefs der 5. Sicherungseinheit Oberleutnant Konanychin an den amtierenden Kommandeur des 219. Grenzregiments Oberstleutnant Gulin<sup>91</sup> über die Flucht von Personen, die vom Operativen Sektor des NKWD festgehalten wurden. 29. März 1946**

Vom Chef der 5. Sicherungseinheit Oberleutnant Konanychin

An den amtierenden Kommandeur des 219. Gdynia-Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Kutusow-Ordens, Gen. Oberleutnant Gulin

Hiermit melde ich, daß am 18. März 1946 während meiner Abwesenheit der Diensthabende des Operativen Sektors den Diensthabenden der Sicherungseinheit Sergeant Turuschew anrief und ihm befahl, Oberstleutnant Lyssejew<sup>92</sup> zwei Mann zur Verfügung zu stellen.

Der Diensthabende der Sicherungseinheit Sergeant Turuschew stellte Untersergeant Budalejew und Rotarmist Koschin ab und schickte sie zu Oberstleutnant Lyssejew.

Als sich der Dienstälteste des Trupps Untersergeant Budalejew bei Oberstleutnant Lyssejew meldete, sagte dieser zu ihm, der Trupp solle ihm in die zweite Etage folgen. Den Dienstältesten des Trupps Untersergeant Budalejew nahm Oberstleutnant Lyssejew mit ins Dienstzimmer und sagte zu ihm, er solle dort warten, er selbst ging in einen Nebenraum. Rotarmist Koschin blieb im Flur. In dem Dienstzimmer, in dem Untersergeant Budalejew wartete, befanden sich außer ihm ein Verbindungsoffizier von der 15. Sicherungseinheit und vier Unbekannte, drei Zivilisten, zwei Frauen und ein Mann, außerdem ein Militärangehöriger der amerikanischen Armee. Die Unbekannten wurden von jemandem ins Nebenzimmer gerufen. Danach brachte man aus der Kantine des Operativen Sektors Mittagessen und eine Schachtel Zigaretten.

Später sagte Oberstleutnant Lyssejew im Beisein der Unbekannten zu Untersergeant Budalejew und Rotarmist Koschin, der ebenfalls zugegen war, daß sie zusammen mit den Unbekannten zu einem Hotel in der Stadt fahren werden, wo einer von ihnen auf die Unbekannten aufpassen soll, damit sie nicht allein auf die Straße gehen und mit Einheimischen sprechen, während der andere sich im Dienstzimmer des Hotels im Erdgeschoß aufhalten soll. Falls die Unbekannten etwas verlangen, soll er im Operativen Sektor anrufen und es ihnen bringen.

<sup>90</sup> Die Anlagen werden hier nicht veröffentlicht.

<sup>91</sup> Gulin, Nikolai Andrejewitsch.

<sup>92</sup> Lyssejew, Alexandr Wassiljewitsch (1905–1980), Oberstleutnant; ab 1928 in der Staatssicherheit, 1945–46 Chef der NKWD-Operativgruppe des Kreises Neustrelitz, 1947–53 Dienst beim MGB in der UdSSR.

Einer der Unbekannten wandte sich an Oberstleutnant Lyssejew und sagte: „Warum wird man uns begleiten, warum sollen die Rotarmisten bei uns bleiben? Wir sind keine Gefangenen.“ Daraufhin erklärte ihnen der neben Oberstleutnant Lyssejew stehende stellvertretende Chef der Aufklärungsabteilung Hauptmann Mamonow, daß sie keine Gefangenen und keine Verhafteten sind und daß Rotarmisten sie begleiten, damit sie nicht von der Kommandantur aufgegriffen werden, da sie keine Papiere bei sich haben.

Untersergeant Budalejew fragte Hauptmann Mamonow, um was für Personen es sich handelt, ob sie Gefangene sind oder nicht und wie man sie bewachen soll. Hauptmann Mamonow gab Untersergeant Budalejew zur Antwort, daß es sich nicht um Gefangene handelt. „Sie werden einfach auf sie aufpassen, damit sie nicht allein und ohne Erlaubnis aus dem Hotel in die Stadt gehen.“ Zugleich sagte Hauptmann Mamonow über die Dolmetscherin zu den Unbekannten, daß sie ohne Erlaubnis nicht in die Stadt gehen dürfen. Danach fragte Hauptmann Mamonow die Unbekannten, wie sie in den Pkw's zu fahren wünschen, die Frauen zusammen oder wie. Daraufhin sagten sie, sie würden paarweise fahren wollen, je ein Mann und eine Frau. Hauptmann Mamonow sagte dann, Untersergeant Budalejew solle in dem einen und Rotarmist Koschin in dem anderen Wagen mitfahren. Außerdem solle der Kommandant des Operativen Sektors Hauptmann Kudrjawzew sie begleiten und die Unbekannten in dem Hotel unterbringen.

Nachdem man in einem Hotel der Stadt angekommen war, brachte Hauptmann Kudrjawzew die Unbekannten auf deren Wunsch in zwei Zimmern unter, in dem einen den amerikanischen Offizier und eine Frau, die übrigen beiden in dem anderen Zimmer.

Untersergeant Budalejew fragte Hauptmann Kudrjawzew, wer die Zimmerschlüssel haben wird, worauf dieser antwortete, die Schlüssel würden die Unbekannten behalten, sie sollten selbst abschließen.

Am Abend des folgenden Tages, am 19. März 1946, betranken sich die Unbekannten, begannen zu lärmern und zu singen. Oberstleutnant Lyssejew rief mich daraufhin zu sich und befahl Hauptmann Mamonow, zusammen mit mir in das Hotel zu fahren und die Unbekannten aufzufordern, mit dieser Ungehörigkeit aufzuhören.

Im Hotel ermahnte Hauptmann Mamonow die Unbekannten durch die Dolmetscherin, ihr ungehöriges Benehmen sein zu lassen. Daraufhin antwortete der Offizier der amerikanischen Armee, sie seien keine Gefangenen und könnten darum singen und zechen. Hauptmann Mamonow erwiderte, sie seien tatsächlich keine Gefangenen und er verbiete ihnen zu singen, weil in dem Hotel außer ihnen noch russische Offiziere seien, die durch ihren Lärm beim Schlafen gestört würden.

Den Unbekannten brachte man aus der Offizierskantine des Hotels Speisen, nach ihrem Wunsch erhielten sie Zigaretten, man begleitete sie zum Frisör, zum Schuhmacher, man stellte ihnen ein Radio zur Verfügung.

Am 27. März 1946 hatten von 14.00 Uhr an Sergeant Klinnikow und Rotarmist Akmuradow Dienst zur Beaufsichtigung.

Um 16.00 Uhr baten der Zivilist und eine der Frauen darum, in die Schuhmacherei gehen zu dürfen, um sich die Stiefel reparieren zu lassen. Der Dienstälteste des Trupps Sergeant Klinnikow schickte Rotarmist Akmuradow mit ihnen und blieb selbst auf dem Korridor, um den amerikanischen Offizier und die andere Frau zu beobachten. Gegen 17.00 Uhr sagte eine Hotelangestellte zu der verbliebenen Frau, daß das Badezimmer frei sei. Die Frau bat Sergeant Klinnikow darum, ein Bad nehmen zu dürfen, und nachdem dieser das erlaubt hatte, nahm sie ihre Wäsche, ging ins Badezimmer und schloß sich ein. Der Offizier der amerikanischen Armee verschloß von innen sein Zimmer.

Um 20.00 Uhr kam Rotarmist Akmuradow mit den beiden Unbekannten vom Schuhmacher zurück und diese gingen in ihr Zimmer.

Um 20.45 Uhr bei der Wachablösung wollte Sergeant Klinnikow dem Dienstältesten des nächsten Wachtrupps Untersergeant Budalejew die Unbekannten übergeben.

Die beiden Unbekannten, die vom Schuhmacher zurückgekehrt waren, befanden sich in ihrem Zimmer. Als er an die Tür des Zimmers klopfte, in dem der amerikanische Offizier wohnte, kam keine Antwort. Daraufhin öffnete Sergeant Klinnikow die Tür mit einem Dietrich. Der amerikanische Offizier war nicht mehr im Zimmer, das Fenster zur Straße stand offen. Als sie nach unten gingen und das Bad mit einem Nachschlüssel öffneten, zeigte sich, daß auch die Frau nicht mehr da war, das zum Hof gehende Fenster war ebenfalls geöffnet.

Sergeant Klinnikow begann mit zwei Rotarmisten alle Räume des Hotels und die Gebäude auf dem Hof zu durchsuchen. Nachdem die Unbekannten nicht zu finden waren, rief er gegen 24.00 Uhr den Diensthabenden der Sicherungseinheit an und meldete, daß sich der Offizier der amerikanischen Armee und eine Frau aus dem Hotel entfernt haben.

Ich alarmierte die Sicherungseinheit und nach meiner Ankunft im Hotel ergriff ich Maßnahmen. Zugleich erstattes ich dem Chef des Operativen Sektors Meldung.

Eine zweitägige Suchaktion brachte keine positiven Ergebnisse.

Die Unbekannten waren aus Randow von der dortigen Kreiskommandantur zum Operativen Sektor überstellt worden.

Die Unbekannten waren der Major der amerikanischen Armee Eni Buton, Jahrgang 1922, und Frau Jedwiga<sup>93</sup> Juschana, Jahrgang 1920.

Chef der 5. Sicherungseinheit Oberleutnant Konanychin

*An den Stabschef. Gemeldet. L. Logwinenko [Gulin] 29. März.*

*Erledigt. [Unterschrift] 30. März [19]46; Oberstleutnant Lyssejew ist Chef der Untersuchungsabteilung des Operativsektors.*

*RGWA 32921/1/41, Bl. 122 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 121. Mitteilung des amtierenden Kommandeurs des 219. Grenzregiments Oberstleutnant Gulin an den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Flucht eines Majors der amerikanischen Armee aus der Beaufsichtigung durch den Operativen Sektor des NKWD. 31. März 1946**

Streng geheim

Nr. 1/00366

Stab des 219. Gdynia-Regiments der NKWD-Truppen, Träger des Kutusow-Ordens

An den Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD (für die Operative Abteilung)

Am 27. März 1946, 20.00 Uhr verschwand aus einem Hotel der Stadt Schwerin ein Major der amerikanischen Armee und mit ihm eine Frau. Beide hatten unter Aufsicht des Operativen Sektors gestanden.

Bei meinem Besuch in Schwerin konnte ich folgendes feststellen:

Am 18. März 1946 waren dem Operativen Sektor in Schwerin (4050) von der Kommandantur des Dorfes Randow ein Major der amerikanischen Armee, zwei Frauen und ein Mann in Zivil übergeben worden, die der Chef der Untersuchungsabteilung Oberstleutnant Lyssejew in einem Hotel der Stadt Schwerin unterbringen ließ, wo sie vom Sergeanten der 5. Sicherungseinheit Budalejew und vom Rotarmisten Koschin beaufsichtigt wurden.

<sup>93</sup> Der Name ist offensichtlich vertippt. Richtig: Jadwiga oder Hedwig.

Bei der Instruktion des Trupps erklärte der Ermittler des Operativen Sektors Hauptmann Mamonow, daß die ins Hotel zu bringenden Personen nicht Gefangene und nicht Festgenommene sind. Aufgabe des Trupps sei es, diese Personen zu beaufsichtigen, damit sie nicht, da sie keine Papiere haben, von der Kommandantur festgenommen würden. Im übrigen seien sie ihren Wünschen gemäß mit allem Nötigen zu versorgen.

Am 27. März 1946 versahen Sergeant Klinnikow und Rotarmist Akmuradow diesen Aufsiehtsdienst. Um 17.00 Uhr ging die Frau, die mit dem Major der amerikanischen Armee in einem Zimmer wohnte, ins Badezimmer und verschloß hinter sich die Tür. Zu dieser Zeit wurde die Tür des Zimmers, in dem sich der Major befand, ebenfalls von innen verschlossen.

Am 27. März 1946 um 20.00 Uhr bei der Dienstübergabe an Unterseergeant Budalejew klopfte Sergeant Klinnikow an die Tür, wo der Major der amerikanischen Armee wohnte, doch es kam keine Antwort. Daraufhin öffnete Sergeant Klinnikow die Tür mit einem Dietrich. Wie sich zeigte, war der Major nicht im Zimmer und ein zur Straße hinausführendes Fenster war geöffnet. Als die Tür zum Badezimmer geöffnet wurde, stellte sich heraus, daß die Frau ebenfalls nicht mehr da war. Der Major der amerikanischen Armee Eni Buton, Jahrgang 1922, und Frau Jadwiga Juschana, Jahrgang 1920, waren also aus dem Hotel der Stadt Schwerin geflohen.

Die Maßnahmen zur Suche nach den Geflohenen hatten keinen Erfolg.

Ich bin der Ansicht, daß für die Flucht der genannten Personen der Chef der Untersuchungsabteilung Oberstleutnant Lyssejew und der Ermittler des Operativen Sektors Hauptmann Mamonow die Verantwortung tragen, da sie diese in einem Hotel der Stadt unterbrachten, ihnen die Schlüssel anvertrauten und keine Bewachung, sondern lediglich eine Beaufsichtigung organisierten, wodurch Bedingungen für das Verschwinden der Unbekannten gegeben waren.

Amtierender Kommandeur des 219. Gdynia-Grenzregiments der NKWD-Truppen, Träger des Kutusow-Ordens, Oberstleutnant Gulin

Amtierender Stabschef des Regiments Hauptmann Kondraschin

*RGWA 32921/1/41, Bl. 123. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 122. Direktive Nr. 1/004554 des Stabs des 219. Grenzregiments der MWD-Truppen zum ungehinderten Passieren der Zonengrenze für Kommunisten und Sozialdemokraten, die zu einem Vereinigungsparteitag<sup>94</sup> fahren. 19. April 1946**

Streng geheim

An alle Chefs von Kontrollpunkten<sup>95</sup>

Nur: An den Chef von Kontrollpunkt „...“

Zusätzlich zu den Ihnen früher erteilten Anweisungen hat der Regimentskommandeur befohlen:

1. Allen Mitgliedern der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die das Delegiertenmandat eines Vereinigungsparteitags und ein Parteidokument vorwei-

---

<sup>94</sup> Am 21. und 22. April 1946 fand in Berlin der „Vereinigungsparteitag“ statt, die Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der SBZ bildeten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

<sup>95</sup> Die ersten festen acht Kontrollpunkte (auch: Kontroll-Passierstellen, Grenzkontrollpunkte; in den Dokumenten wurden sie nicht einheitlich bezeichnet) wurden an der Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen mit SMAD-Befehl Nr. 034 vom 12. Feb. 1946 errichtet. Die Chefs der Kontroll-Passierstellen und ihre Ersten Stellvertreter waren dem Chef der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD unterstellt. Vgl. Künzel, Christiane: Kontroll-Passierstellen/Zollkontrollpunkte/Kontrollpunkte, in: SMAD Handbuch 2009, S. 370-375.

sen können und die auf legalem oder illegalem Wege zu einem Vereinigungsparteitag beider Parteien auf Provinz- oder Zonenebene in eine Zone der Alliierten reisen wollen, ist ungehinderter Durchgang zu gewähren.

2. Über alle betreffenden Personen, die durchgelassen wurden, ist unverzüglich Meldung an den Regimentsstab zu erstatten.

3. Alle Chefs von Kontrollpunkten haben die vorliegende Anweisung auch ihren Stellvertretern zu übermitteln. Nach Kenntnisnahme ist sie an den Regimentsstab zurückzusenden.

Amtierender Chef des Regimentsstabs Hauptmann Kondraschin

*RGWA 32921/1/41, Bl. 171. Original.*

**Nr. 123. Meldung des Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin über die Kontrolle der Untersuchungshaftzellen der 1. und 2. Abteilung des Zentralen Operativen Sektors des MWD in Berlin. 25. April 1946**

Streng geheim

Nr. 1/sch-00929

Auf Ihren [Befehl] Nr. 00992 vom 28. März 1946.

Hiermit übermittle ich Ihnen Kopien der Protokolle zur Überprüfung der Einrichtung der Untersuchungshaftzellen der 1. und 2. Abteilung des Zentralen Operativen Sektors der SMA[D], die von einer Kommission unter Leitung eines Offiziers des Regimentsstabs durchgeführt wurde. In bezug auf diese Untersuchungshaftzellen wurde die innere Bewachung nicht abgegeben, sie wird von unseren Leuten ausgeführt.

Gleichzeitig melde ich, daß die Chefs der Operativen Gruppen für die Überprüfung der übrigen Untersuchungshaftzellen, für die die innere Bewachung abgegeben wurde, keine Erlaubnis erteilt haben, was sie damit begründeten, daß die innere Bewachung von ihnen vorgenommen würde, daß wir mit der inneren Bewachung der Haftzellen nichts zu tun hätten und diese nicht kontrollieren müßten.

Oberst Martemjanow<sup>96</sup> erklärte, er würde nur dann eine Überprüfung des Zustands der Untersuchungshaftzellen erlauben, wenn er dazu eine Weisung von Gen. Generaloberst Serow erhielte.

Anlage: Text auf 2 Blatt.

Kommandeur des 105. Riga-Grenzregiments der Truppen des MWD, Träger des Rotbannerordens, Oberstleutnant Alexejew

Für den Stabschef Major Konanenko

*RGWA 32933/1/49 Bl. 125. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>96</sup> Martemjanow, Pjotr Lukitsch (1903–1969).



## **Nr. 124. Plan der operativen, auf Agenten gestützten Maßnahmen zur Absicherung der Leipziger Messe. April 1946**

„Ich bestätige“

Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generaloberst (Serow)

Streng geheim

### **Plan**

der operativen, auf Agenten gestützten Maßnahmen zur Absicherung der Leipziger Messe

Gemäß Befehl Nr. 73 des Obersten Chefs der SMAD vom 6. März 1946 wird zur Belebung von Handel und Industrie in der SBZ und des Warenaustauschs der SBZ mit den anderen Besatzungszonen sowie mit anderen Ländern in Leipzig die Tradition der jährlichen Messen wieder aufgenommen.

Die erste Messe soll in der Zeit vom 8. bis 12. Mai 1946 stattfinden.

Zur Verhinderung und Unterbindung möglicher antisowjetischer Aktivitäten, unerwünschter Exzesse, Störungen und Demonstrationen sowie zum Aufspüren und Ergreifen von Spionen, Diversanten, Terroristen und anderen antisowjetischen Elementen hat der Operative Sektor der SMA für das Land Sachsen folgende Maßnahmen durchzuführen:

#### 1. Allgemeine Maßnahmen:

1. Die tschekistische Absicherung der Leipziger Messe wird den Operativen Gruppen des Bezirks und des Kreises Leipzig sowie den speziell abkommandierten operativen Mitarbeitern aus dem Operativen Sektor und aus Operativen Gruppen anderer Bezirke übertragen.

Alle operativen Kader, sowohl die lokalen als auch die abkommandierten, haben sich in der Zeit vom 4. bis 12. Mai 1946 in Bereitschaft zu halten. Jede Entfernung aus persönlichen Gründen ist für diese Zeit untersagt.

2. Zur Verstärkung der operativ-tschekistischen Arbeit in Leipzig werden für die Zeit der Messe zur Operativen Gruppe des Bezirks abkommandiert:

Eine Operative Gruppe mit 15 Mitarbeitern aus dem Operativen Sektor der SMA für das Land Sachsen mit je drei operativen Mitarbeitern aus jeder operativen Abteilung;

12 operative Mitarbeiter aus den anderen Bezirksoperativgruppen der SMA für das Land Sachsen: aus Dresden – 3, Bautzen – 3, Chemnitz – 3, Zwickau – 3;

5 operative Mitarbeiter sind aus den Kreisoperativgruppen des Bezirks Leipzig abziehen, und zwar je einen aus jeder Gruppe – Grimma, Oschatz, Döbeln, Rochlitz, Borna.

Insgesamt wird in Leipzig zur Absicherung der Messe operativ-tschekistisches Personal von 56 operativen Mitarbeitern konzentriert, eingerechnet die Mitarbeiter der Operativen Gruppen des Bezirks und des Kreises Leipzig.

3. Zeitpunkt für das Eintreffen des gesamten operativen Personals in Leipzig – 4. Mai 1946, 10.00 Uhr.

4. Das eintreffende operative Personal muß gut gekleidet und zweckentsprechend ausgerüstet sein.

5. Die Leitung der gesamten operativen Arbeit zur tschekistischen Absicherung der Leipziger Messe und des Polizeidienstes liegt in den Händen des Stellvertreters des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Oberst Petschenkin<sup>97</sup>.

---

<sup>97</sup> Petschenkin, Alexei Nikolajewitsch (1904–1955), Oberst; 1945–46 stellvertretender Chef des Operativen Sektors der NKWD/MWD für das Land Sachsen, ab Juli 1946 in gleicher Funktion in Thüringen.

Sein Stellvertreter ist der Chef der Operativen Gruppe für den Bezirk Leipzig Gen. Oberstleutnant Kolomeizew<sup>98</sup>.

6. Zur besseren tschekistischen Betreuung der Leipziger Messe bilden Gen. Oberst Petschenkin und Gen. Oberstleutnant Kolomeizew aus dem ihnen unterstellten operativen Personal bis zum 4. Mai 1946 neun Operative Sektoren für die Leipziger Stadtbezirke mit je fünf operativen Mitarbeitern, von denen einer als Chef zu bestimmen ist.

7. Diese Bezirks-Operativsektoren sind auf die acht Stadtbezirke zu verteilen, ein Operativer Sektor ist am Leipziger Hauptbahnhof zu stationieren.

8. Die Operativen Sektoren für die Stadtbezirke sind in Abschnitte aufzuteilen, denen jeweils ein für die operative Arbeit mit Agenten in dem Abschnitt persönlich verantwortlicher operativer Mitarbeiter des Stadtbezirkssektors zuzuweisen ist.

Der Chef des Stadtbezirkssektors leitet die Arbeit und führt unmittelbar die Filtration der Festgenommenen durch.

Die operativen Mitarbeiter des für den Hauptbahnhof zuständigen Sektors sind ebenfalls für spezielle Aufgaben einzuteilen – für die Betreuung der in den Zügen eintreffenden Messegäste durch Agenten, für die tschekistische Sicherung der sich auf dem Bahnhof aufhaltenden Reisenden, für die Überprüfung und Filtration der festgenommenen verdächtigen Elemente.

9. Der leitende Operativstab wird im Gebäude der für den Bezirk Leipzig zuständigen Operativen Gruppe der SMA untergebracht. Beim Stab wird es eine Sondergruppe von operativen Mitarbeitern zur Überprüfung und Filtration von Festgenommenen sowie eine Gruppe zur Beaufsichtigung und Kontrolle der für die Stadtbezirke zuständigen Operativen Sektoren und eine für die unmittelbare Durchführung der operativen Arbeit mit Agenten geben.

10. Der Stab der operativen Führung hat bis zum 4. Mai 1946 für die Einrichtung einer störungsfreien Telefonverbindung zu den Standorten der Operativen Sektoren in den Stadtbezirken und zum Operativen Sektor am Hauptbahnhof zu sorgen.

Bei den Operativen Sektoren der Stadtbezirke ist für Räumlichkeiten zur Unterbringung von Festgenommenen zu sorgen, diese sind entsprechend einzurichten.

Jedem Operativen Sektor eines Stadtbezirks ist ein Pkw zur Verfügung zu stellen.

11. Für den ständigen Kontakt zum operativen Führungsstab ist dem Stadtkommandanten von Leipzig und der deutschen Polizeiführung von Leipzig je ein operativer Mitarbeiter zuzuteilen.

Unabhängig davon haben die Operativen Sektoren der Stadtbezirke Arbeitskontakte zu den Militärkommandanten und deutschen Polizeidienststellen der Stadtbezirke und Abschnitte herzustellen.

12. Für operative Fahrten während der Messe sind dem operativen Führungsstab folgende Transportmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen:

9 Pkw des Fuhrparks der Operativen Gruppen für den Bezirk und den Landkreis Leipzig,

5 Pkw aus der Reserve der Operativen Gruppe für den Bezirk Leipzig,

5 Pkw und 2 Lkw vom Operativen Sektor der SMA für das Land Sachsen,

4 Pkw von den Operativen Gruppen in Chemnitz, Zwickau, Dresden und Bautzen, und zwar von jeder Gruppe ein Pkw.

Insgesamt wird ein Fuhrpark von 23 Pkw und 2 Lkw zusammengestellt.

13. Der Chef der Abteilung Allgemeine Verwaltung/Wirtschaft des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Hauptmann Perewerew hat für die Fahrzeuge gute Fahrer und anderthalb Tonnen Treibstoff aus der Reserve des Operativen Sektors bereitzustellen.

<sup>98</sup> Kolomeizew, Pawel Iwanowitsch.

## II. Operative Maßnahmen unter Einsatz von Agenten:

1. Der operative Führungsstab hat ab 4. Mai 1946 die Vorbereitungsarbeit zur tschechistischen Absicherung der Messe zu organisieren.

2. Das operative Personal der für die Stadtbezirke zuständigen Sektoren und der Führungsstab haben ab 4. Mai 1946 die Organisation der Arbeit mit Agenten für die zugewiesenen Objekte in Angriff zu nehmen, damit gewährleistet ist, daß Versuche zur Sabotierung oder Desorganisation der Messe sowie die Verbreitung von antisowjetischer Propaganda in Wort und Schrift rechtzeitig aufgedeckt und unterbunden werden.

3. In den Messehallen und Pavillons, in den Hotels und Gaststätten, in denen sich die Messegäste aufhalten werden, sind zusätzliche Agenten anzuwerben, nötigenfalls sind bewährte Agenten aus dem vorhandenen Netz in solche Objekte einzuschleusen.

Anzuwerben sind Portiers, Zimmermädchen, Hotelchefs, Kellner, Friseure, Köche und anderes Personal von Hotels, Gaststätten usw.

Einzuschleusende Agenten aus dem vorhandenen Netz sind ebenfalls in den genannten Stellungen unterzubringen.

4. Vom 4. bis 7. Mai 1946 ist die Arbeit mit dem bestehenden Agenten- und Informantennetz zu aktivieren, wobei dessen Aufmerksamkeit auf das Aufspüren von Personen oder Gruppierungen zu richten ist, die die Messe sabotieren oder desorganisieren wollen, sowie auf Personen mit subversiven und terroristischen Absichten und auf Elemente, die sich mit Spionage befassen.

Personen dieser Kategorien sind unverzüglich zu verhaften und sorgfältig zu verhören, um ihre Verbindungen und ihre wirklichen Absichten herauszubekommen.

In der Vorbereitungsphase auf die Messe ist besonders auf die Untergrundtätigkeit faschistischer Elemente und illegaler Druckereien zu achten, die provokatorische Flugblätter, Plakate usw. verbreiten könnten.

5. Während der gesamten Messe ist das Agenten- und Informantennetz, sofern nicht für spezielle Aufgaben vorgesehen, an Orten mit großen Menschenansammlungen sowie an Orten einzusetzen, an denen die Messegäste aus anderen Ländern und Besatzungszonen unterkommen, und zwar mit der Aufgabe, Spione, Diversanten und terroristische Elemente, Personen, die mündlich oder schriftlich antisowjetische Verleumdungen verbreiten, sowie sonstige Verdächtige ausfindig zu machen.

Das Agenten- und Informantennetz ist zudem damit zu beauftragen, von den Messegästen aus anderen Ländern und Besatzungszonen herauszufinden, welche Verbindungen sie haben und wie diese beschaffen sind.

6. Die Agenten und Informanten sind sorgfältig zu unterweisen, daß sie über jede von ihnen aufgespürte Person sofort die für sie zuständigen operativen Mitarbeiter in Kenntnis setzen, damit diese die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

7. Für die Arbeit mit dem Agenten- und Informantennetz ist in der Vorbereitungsphase wie für die Messezeit selbst ein dichter Zeitplan mit täglichen Treffen jedes Informanten mit seinem operativen Mitarbeiter aufzustellen, wobei für Informationen, die keinen Aufschub dulden, die Möglichkeit außerplanmäßiger Treffen vorzusehen ist, die mit dem Informanten gesondert zu verabreden sind.

8. Auf das uns interessierende, bereits registrierte Kontingent, das sich in Bearbeitung befindet, sind während der Messe besondere Agenten anzusetzen.

9. Der operative Führungsstab hat während der gesamten Messe aus den Reihen zuverlässiger Kommunisten, die in der deutschen Polizei Dienst tun, eine besondere Gruppe zur Observierung und Installierung [von Geräten] zu bilden und verfügbar zu halten, und zwar in einer Stärke von zehn Mann und fünf Installierern.

10. In der Nacht vor der Eröffnung der Messe und dann täglich während der ganzen Arbeit sind vom gesamten operativen Personal, vom Agenten- und Informantennetz, von den Grenz-

truppen und der deutschen Polizei die Straßen der Stadt und insbesondere die belebten Orte regelmäßig zu begehen, um möglicherweise angebrachte oder ausgestreute antisowjetische Flugblätter, Plakate, Aufschriften auf Zäunen oder Gebäuden usw. zu entdecken und zu beseitigen.

Besonderes Augenmerk ist auf die ständige, sorgfältige Kontrolle der Messehallen zu legen.

Falls gedruckte Flugblätter entdeckt werden, ist in jedem Fall eine gründliche Suchaktion nach den Autoren und Verteilern einzuleiten und diese sind zu verhaften.

11. Der Chef des Sektors für Inneres der SMA des Landes Sachsen Gen. Major Fjodorow<sup>99</sup> hat die Arbeit mit den Agenten unter den deutschen Polizisten zu organisieren, die zur Bewachung der Messehallen und der Orte, an denen sich Messegäste konzentrieren, eingesetzt sind.

In dieser Tätigkeit hat Gen. Fjodorow engen Kontakt zum Führungsstab zu halten.

12. Vom 4. Mai bis zum Abschluß der Messe sind alle Messehallen zweimal täglich, morgens und abends, durch operatives Personal sorgfältig unter dem Gesichtspunkt beabsichtigter Sprengungen oder Brandstiftungen zu kontrollieren. Falls solche Versuche entdeckt werden, sind unverzüglich Maßnahmen zu ihrer Unterbindung und zur Suche nach den Diversanten zu ergreifen.

### III. Maßnahmen zum Einsatz von Truppen:

1. Die Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD haben bis zum 6. Mai 1946 zur Gewährleistung des operativen Schutzes der Messe und für Einsätze 800 Soldaten und Offiziere in Leipzig zu konzentrieren.

2. Mit den Kräften der in Leipzig konzentrierten Grenztruppen sind 32 Abschnittspatrouillen von je fünf Mann zu organisieren, die rund um die Uhr in den zugewiesenen Abschnitten der Stadt patrouillieren.

Für den Patrouillendienst in der Stadt sind insgesamt 480 Mann abzustellen, die in drei Schichten einzuteilen sind.

Die Patrouillen der Grenztruppen haben ständige Verbindung zu den operativen Mitarbeitern der Operativen Sektoren in den Stadtbezirken zu halten. Alle Festgenommenen sind den Operativen Sektoren der Stadtbezirke zur Überprüfung und Filtrierung zu übergeben.

3. Die organisierten Patrouillen haben die Aufgabe, die nötige Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten, alle Arten von Exzessen zu verhindern bzw. zu unterbinden, verdächtige Personen und Ordnungsstörer festzunehmen, alle Arten antisowjetischer Flugblätter, Losungen, Aufschriften usw. zu beseitigen.

In ihrer Patrouillentätigkeit lassen sich die Grenztruppen des MWD auch von den allgemeinen Weisungen des Stadtkommandanten von Leipzig leiten.

4. Von den in Leipzig konzentrierten Grenztruppen sind auf dem Außenring der Stadt elf Kontrollpunkte mit je acht Mann und ein Kontrollpunkt am Hauptbahnhof mit 15 Mann einzurichten:

- Nr. 1 – 200 m östlich von Sommerfeld,
- Nr. 2 – südöstlicher Stadtrand bei Liebertwolkwitz,
- Nr. 3 – südlicher Stadtrand bei Wachau,
- Nr. 4 – südlicher Stadtrand bei Prödel,
- Nr. 5 – westlicher Stadtrand bei Markranstädt,
- Nr. 6 – Kreuzung von Landstraße und Bahnlinie südwestlich von Leutzsch,
- Nr. 7 – östlicher Stadtrand bei Quasnitz,
- Nr. 8 – Weggabelung südlich von Breitenfeld,
- Nr. 9 – Straßenkreuzung nördlich von Kleinwiederitzsch,

<sup>99</sup> Fjodorow, Iwan Grigorjewitsch (1907–), Major/Oberstleutnant; 1933 Absolvent eines Polytechnischen Instituts; 1928 WKP(B). 1945–46 Chef des Sektors/der Abteilung Inneres der SMA Sachsen und 1946–48 in der gleichen Funktion bei der SMA Mecklenburg.

Nr. 10 – Straßenkreuzung östlich von Kleinwiederitzsch,

Nr. 11 – östlicher Stadtrand bei Taucha,

Nr. 12 – Leipziger Hauptbahnhof.

5. Den Kontrollpunkten sind folgende Aufgaben zu stellen:

1.) Auf den Straßen aus Leipzig und in den Zügen vom Leipziger Hauptbahnhof sind jene Messe-gäste aus anderen Staaten und alliierten Zonen nicht durchzulassen, die als Dokument lediglich über einen Messeausweis mit einem Vermerk über die Einreise an einem Grenzkontrollpunkt verfügen.

Personen aus anderen Staaten und alliierten Zonen, die von der Messe abreisen, ist in die Dokumente ein Vermerk über die Abreise mit Stempel einzutragen.

Alle übrigen Gäste, die aus der SBZ anreisen, sowie die ortsansässige Bevölkerung sind nach sorgfältiger Kontrolle der Personaldokumente durchzulassen.

2.) Nicht durchzulassen auf den Landstraßen nach Leipzig sind Personen aus anderen Staaten und alliierten Besatzungszonen mit einem Messeausweis als Dokument, sofern sie sich auf irgend-eine Weise außerhalb der Stadtgrenzen von Leipzig aufgehalten haben. Alle diese Personen sind festzunehmen und den Operativen Sektoren der Stadtbezirke zu überstellen.

Alle Personen mit Wohnsitz in der SBZ sind bei Vorhandensein eines Messeausweises nach sorgfältiger Kontrolle der Dokumente nach Leipzig durchzulassen. Einwohner von Leipzig sind auf Grund ihrer Personalausweise auch ohne Messeausweis nach Leipzig durchzulassen.

3.) Im übrigen lassen sich die Kontrollpunkte von der Dienstvorschrift und der Instruktion „Über die Kontrollpunkte der Truppen des MWD“ leiten.

Alle festgenommenen verdächtigen Personen sind zur Filtrierung an die Operativen Sektoren der Stadtbezirke zu überstellen.

Der Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Oberst Petschenkin hat für die Bereitstellung qualifizierter Dolmetscher für alle Kontrollpunkte zu sorgen.

6. Die Kontrollpunkte haben am 5. Mai d. J. von 8.00 Uhr an ihren Dienst aufzunehmen.

7. Alle Kontrollpunkte haben entsprechend ihrem Standort engen Kontakt zu den Operativen Sektoren der jeweiligen Stadtbezirke aufzunehmen und mit diesen in ständiger telefonischer Verbindung zu bleiben.

Alle an den Kontrollpunkten auftauchenden unklaren Fragen zum Durchlaß von Personen werden in den Operativen Sektoren der Stadtbezirke geklärt.

Für die Ausstattung der Kontrollpunkte mit Telefonverbindungen ist Gen. Oberstleutnant Kolo-meizew zuständig.

8. Zur Absicherung der operativen Arbeit der Operativen Sektoren in den Stadtbezirken sind ihnen jeweils fünf Grenzsoldaten zur Verfügung zu stellen.

9. Für den Fall außerordentlicher Vorkommnisse ist beim 38. Grenzregiment eine bewaffnete Kampfeserve von 170 Mann zu bilden, die für Operationen eingesetzt werden kann.

Für das Ausrücken der Reserve sind zehn völlig intakte Lkw bereit zu halten.

Als Reserve für diesen Zweck ist auch das 8. Motorrad-Bataillon der 1. Garde-Panzerarmee in Grimma bereit zu halten.

Der teilweise oder vollständige Einsatz der Kampfeserve darf nur auf Befehl des Stellvertreters des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen für Truppenfragen Gen. Oberst Sabotin<sup>100</sup> und des Stellvertreters und Kommandeurs des 38. Grenzregiments Gen. Oberst Pawlow erfolgen.

<10. Die allgemeine Führung bei Maßnahmen, die mit dem Einsatz von Truppen verbunden sind, liegt beim Stellvertreter für Truppenfragen des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Oberst Sabotin.

---

<sup>100</sup> Sabotin, Fjodor Nikolajewitsch.

Zum Stellvertreter von Gen. Oberst Sabotin wird der Kommandeur des 38. Grenzregiments Gen. Oberst Pawlow ernannt.<sup>101</sup>

#### IV. Maßnahmen der deutschen Polizei:

Der Polizeichef von Sachsen Hofmann<sup>102</sup> hat zur Führung aller Maßnahmen, die den Polizeidienst betreffen, vom 4. Mai bis zum Ende der Messe in Leipzig persönlich anwesend zu sein und sich in seiner Tätigkeit nach den Anweisungen des Stellvertreters des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Oberst Petschenkin zu richten.

Zu diesem Zweck erarbeitet Sachsens Polizeichef Hofmann einen speziellen Maßnahmeplan für die Polizei, der folgende Fragen beinhaltet:

1. Die Polizei errichtet Kontrollpunkte an zwei Sperrkreisen der Stadt Leipzig, einen im Zentrum, den anderen am Stadtrand, und zwar an den Endpunkten von Straßen, an denen sich auch Kontrollpunkte der Roten Armee befinden.

2. Polizeikräfte gewährleisten an den Straßenkreuzungen die Regulierung des Straßenverkehrs, bringen die nötigen Hinweisschilder an und bestimmen die Stellen, an denen die Fahrzeuge anzuhalten haben.

3. Sie organisieren die erforderliche Ordnung an den Orten, an denen die nach Leipzig kommenden Gäste untergebracht sind – Hotels und Gaststätten; sie verhindern alle Fälle von Diebstahl, Raub, Ausschreitungen, Rowdytum usw.

4. Während der Messe versehen Polizeikräfte Streifendienst in den Straßen und auf Bahnhöfen der Stadt.

5. Im Zuge vorbereitender Maßnahmen säubert die Polizei die Stadt Leipzig von kriminellen und verwahrlosten Elementen und von Prostituierten. Festgestellte Diebesnester und offene Bordelle sind unter Aufsicht zu stellen.

6. Es sind Maßnahmen zur Verstärkung der Feuerwehr der Stadt zu ergreifen; Löschfahrzeuge und andere Brandbekämpfungsmittel sowie die Mannschaften der Feuerwehr sind in Bereitschaft zu versetzen.

7. Zur Gewährleistung der erforderlichen Ordnung in der Stadt während der Messe und zur Verhinderung jeder Art von kriminellen Vorkommnissen hat der Polizeichef von Sachsen die nötigen Maßnahmen zur Verstärkung der Polizei in Leipzig zu ergreifen, indem aus anderen Bezirken genügend Polizisten für die Dauer der Messe abgestellt werden.

8. Zu verstärken ist die Bewachung aller Polizeigefängnisse, um jede Möglichkeit von Ausbrüchen zu verhindern.

9. Für alle Messeobjekte ist eine Bewachung rund um die Uhr zu organisieren, wobei die Verteilung der Posten mit Gen. Oberst Petschenkin vor Ort abzustimmen ist.

Die Bewachung der Objekte beginnt am 5. Mai 1946, 8.00 Uhr.

Allen Polizeirevieren und –abschnitten in Leipzig ist die Anweisung zu erteilen, daß sie über Verlauf und Ergebnisse ihrer Arbeit sowie über alle registrierten Vorkommnisse unverzüglich die Operativen Sektoren in den Stadtbezirken sowie den Operativen Sektor der SMA für den Bezirk Leipzig zu informieren haben.

<sup>101</sup> Der Text in Klammern wurde in der Vorlage gestrichen.

<sup>102</sup> Hofmann, Artur (1907–1987), Maschinenschlosser; 1931 KPD; 1931–44 und 1944–45 in der UdSSR (1938 aus politischen Gründen elf Monate inhaftiert), 1944–45 Partisaneneinsatz in Schlesien und Polen. 1945 Rückkehr nach Deutschland mit der KPD-Initiativgruppe Ackermann; bis Okt. 1945 stellvertretender Landrat bzw. 2. Bürgermeister in Görlitz, dann 1945–50 Chef der sächsischen Polizei, 1949–52 sächsischer Innenminister, ab 1953 Leiter der Hauptabteilung III (Volkswirtschaft) des MfS, 1957–60 Offizier im besonderen Einsatz bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED, 1960–70 stellvertretender Leiter der MfS-Bezirksverwaltung; Oberst.

V. Zur Information:

1. Die beiden Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Oberst Petschenkin und Gen. Oberst Sabotin haben zu organisieren, daß der Operative Sektor zur Berichterstattung an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Gen. Generaloberst I. A. Serow regelmäßig (einmal am Ende des Tages) eine Information über den Verlauf der Messe sowie über die Ergebnisse der operativen, mit dem Einsatz von Agenten verbundenen Arbeit zusammenstellt.

Bei außerordentlichen Vorkommnissen ist sofort Meldung zu erstatten.

Chef des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Generalmajor Klepow

Stellvertreter des Chefs der Abteilung Inneres der SMAD Oberst Lapenkow<sup>103</sup>

Chef der Operativen Abteilung der Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD

Oberstleutnant Gordejew

*RGWA 32925/1/106, Bl. 81-89. Kopie.*

**Nr. 125. Befehl Nr. 062 für die Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD „Über Maßnahmen zur Absicherung der Leipziger Messe“. Berlin, 5. Mai 1946**

Geheim

Gemäß Befehl Nr. 73<sup>104</sup> des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD vom 6. März 1946 wird zur Förderung von Handel und Industrie auf dem Territorium der SBZ und des Handels mit anderen Ländern vom 8. bis 12. Mai 1946 in Leipzig eine Messe durchgeführt.

Zur Umsetzung der Anweisungen des Stellvertreters des Innenministers der UdSSR Gen. Generaloberst Serow und mit dem Ziel, mögliche antisowjetische Aktivitäten zu verhindern, die volle öffentliche Ordnung während der Messe zu gewährleisten und Ausschreitungen aller Art vorzubeugen, befehle ich:

1. Für alle mit dem Einsatz von Truppen verbundenen Maßnahmen ist der Kommandeur des 38. Grenzregiments Gen. Oberst Pawlow zuständig, dem zur Verstärkung für die gesamte Dauer der Messe 500 Mann von der Sergeantenschule der Truppen zur Verfügung zu stellen sind.

2. Der Chef der Sergeantenschule Major Krupninin hat sich mit dem Personal der Schule bis zum Abend des 6. Mai 1946 mit dem Zug nach Leipzig zu begeben und hat sich dort dem Befehl des Kommandeurs des 38. Grenzregiments zu unterstellen.

Verladebahnhof: Rummelsburg.

3. Der Kommandeur des 38. Grenzregiments läßt sich bei der Organisation des Dienstes von dem durch den Stellvertreter des Innenministers der UdSSR bestätigten Maßnahmeplan leiten (ein Auszug aus dem Plan wird beigefügt).

4. Der Kommandeur des 157. Grenzregiments hat zum Kontrollpunkt Nr. 5 (Bahnhof Marienborn und Landstraße), der Kommandeur des 92. Grenzregiments zum Kontrollpunkt Nr. 8 (Bahnhof Wartha), der Kommandeur des 83. Grenzregiments zum Kontrollpunkt Nr. 12 (Bahnhof Gutenfürst und Autobahn), der Kommandeur des 16. Grenzregiments zum Kontrollpunkt Nr. 17 (Bahnhof Bad Schandau<sup>105</sup> und Landstraße) verantwortungsbewußte Stabsoffiziere abzukommandieren

---

<sup>103</sup> Lapenkow, Nikolai Jefimowitsch (1907–1986), Oberstleutnant/Oberst; 1945–47 Stellvertreter des Chefs der Verwaltung für Inneres der SMAD.

<sup>104</sup> Vorlage fälschlich: „79“.

<sup>105</sup> Vorlage: „Bad Landau“.

und den jeweiligen Kontrollpunkt mit der erforderlichen Anzahl von Offizieren und Soldaten zu verstärken.

Die Kontrolle der Dokumente und Waren ist so zu organisieren, daß der Aufenthalt der Züge auf den Bahnhöfen nicht länger als 40 Minuten dauert. Alle kontrollierten Personen und Waren sind vorschriftsmäßig im Dienstjournal zu registrieren. Die offiziellen Messeausweise werden vom Chef der Streife mit einem Vermerk versehen, in dem die Zeit des Passierens des Kontrollpunkts festgehalten wird.

5. Bei der Kontrolle ist besonders auf die Übereinstimmung zwischen Passierschein und dem Personalausweis des Passierscheininhabers zu achten.

Bei allen Unkorrektheiten in den Dokumenten ist der Einreisende festzunehmen und unverzüglich der Truppenverwaltung zu melden.

6. Das Personal der Kontrollpunkte hat wie alle an der Absicherung der Leipziger Messe Beteiligten auf ein ordentliches Äußeres zu achten. Darüber hinaus verlange ich von allen Diensttuenden höfliches Verhalten bei der Kontrolle der Dokumente, hohe tschekistische Wachsamkeit und strenge Einhaltung der Vorschriften für den Grenzübergang von Personen und Waren.

7. Alle an Kontrollpunkten Diensttuenden haben sich die vorschriftsmäßige Form des Messeausweises und des Passierscheins, die mit Befehl Nr. 10 des Stabschefs der SMAD vom 3. April 1946 bekannt gegeben und die den Regimentern mit Nr. n/1-1297 vom 20. April 1946 zugeschickt wurden, genauestens einzuprägen.

8. Dem Kommandeur des 38. Grenzregiments sind für den Einsatz der Reserve zu einer Operation sieben fahrttüchtige Lkw zur Verfügung zu stellen.

9. Über die Ergebnisse der Arbeit der Kontrollpunkte und den Dienst der Kommandos in Leipzig ist bis zum 15. Mai 1946 ein gesonderter schriftlicher Bericht vorzulegen.

Chef der Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Generalmajor Simin  
Stabschef Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/106, Bl. 90-91. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 126. Meldung des Kommandeurs des 105. Schützenregiments  
Oberstleutnant Alexejew an den Chef der Inneren Truppen des MWD in  
Deutschland Generalmajor Kusnezow über einen Fluchtversuch deutscher  
Gefangener aus den Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 3  
in Berlin. 6. Juni 1946**

Geheim

Nr. 1/sch-01176

Ich melde, daß am 4. Juni 1946, 3.00 Uhr, die Insassen der Zelle Nr. 1 der Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 3, der ehemalige Hauptmann der SS-Truppen der deutschen Armee Schali Walbas und der ehemalige Flieger der deutschen Luftwaffe Reinhard Walter, den Sergeanten O., der zu diesem Zeitpunkt seinen Dienst im Flur des Zellentraktes versah, angriffen und zu erwürgen versuchten. Während der Auseinandersetzung rannte der Gefangene Schali Walbas in den Raum, in dem sich der Rotarmist S. nach seiner Ablösung durch Sergeant O. zur Ruhe gelegt hatte, um diesen ebenfalls zu erwürgen, die Waffe zu entwenden und unerkannt zu entkommen.



Im Ergebnis des Kampfes wurde Schali Walbas durch den Rotarmisten S., der zwei Schüsse abgab, getötet. Nachdem Reinhard Walter die Schüsse hörte, ließ er von Sergeant O. ab und rannte zum Ausgang der Untersuchungshaftzellen (siehe Schema<sup>106</sup>).

Sergeant O. versuchte, den Gefangenen durch den Gebrauch seiner Schußwaffe an der Flucht zu hindern, da er jedoch mit der Beutewaffe (eine Pistole der Marke „Walther“) nicht umgehen konnte, vermochte er nicht, diese zur Anwendung zu bringen.

Der den Außenbereich des Untersuchungsgefängnisses bewachende Posten, Rotarmist Schukozki von der 9. MPi-Schützenkompanie, entdeckte den Flüchtigen, als dieser den Ausgang passierte, und gab einen Feuerstoß ab, jedoch ergebnislos. Der Gefangene verschwand hinter einem Gebüsch, das 50 Meter von den Untersuchungshaftzellen entfernt liegt.

Um die übrigen Gefangenen der Untersuchungshaftzellen nicht entkommen zu lassen, verzichtete Rotarmist Schukozki auf eine Verfolgung und setzte seinen Dienst intensiver fort.

Durch die Schüsse alarmiert und in dem Wissen, daß der Innenhof lediglich über einen Ausgang verfügte, entschloß sich der Schlagbaumposten an der Kontrstraße<sup>107</sup> (an der Einfahrt zur Operativen Gruppe) Obersergeant Schirschow dem Gefangenen den Fluchtweg abzuschneiden, und lief die Seepriamadonestraße<sup>108</sup> entlang, wo er etwa 120 Meter von seinem Posten entfernt auf den sich im Gebüsch verbergenden flüchtigen Gefangenen stieß, der auf seinen vermeintlichen Verfolger, den Rotarmisten Schukozki, lauerte, um ihn zu überfallen, die Waffe zu entreißen und zu entkommen. Er wurde jedoch durch Obersergeant Schirschow überrascht und festgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt traf ein alarmierter MPi-Schützenzug der 9. Schützenkompanie am Ort des Zwischenfalls ein.

In der Zelle Nr. 1 befanden sich außer den beiden genannten Gefangenen zwei weitere Insassen (insgesamt saßen in der Zelle vier Personen ein), die es jedoch nicht gewagt hatten, aus den Untersuchungshaftzellen zu fliehen.

Der Fluchtversuch konnte dank des umsichtigen und entschlossenen Handelns des Schlagbaumpostens (an der Einfahrt zur Operativen Gruppe) Obersergeant Schirschow vereitelt werden.

In Anerkennung seiner Verdienste wurde Obersergeant Schirschow von mir ein kurzfristiger Heimaturlaub gewährt.

Die Ursachen für den Fluchtversuch waren folgende:

1. Das verbrecherisch-nachlässige Verhältnis der Wächter der Operativen Gruppe Sergeant O. und Rotarmist S. zu ihren Dienstpflichten.
2. Die Mißachtung der Dienstvorschriften für den Wachdienst; so wurde der ordnungsgemäße Zustand der Türen und der Räumlichkeiten der Untersuchungshaftzellen bei der Wachablösung des Innendienstes nicht überprüft.
3. Das Unvermögen, mit den Beutewaffen umzugehen, die dem Innendienst der Untersuchungshaftzellen als Dienstbewaffnung ausgehändigt wurden.

Anlage: Schema des Zwischenfalls<sup>109</sup>.

Kommandeur des 105. Rigaer-Rotbannerorden-Regiments der Inneren Truppen des MWD  
Oberstleutnant Alexejew  
Stabschef des Regiments Major Maschin

---

<sup>106</sup> Das im Dokument genannte Schema/Planskizze wird hier nicht veröffentlicht.

<sup>107</sup> Gemeint sein könnte die Kirdorfstraße in Köpenick (ab 1947 Seelenbinderstraße), wo sich eine der „Verhör- und Haftstätten des NKWD“ befunden haben soll (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>108</sup> Gemeint sein könnte die Wiesenpromenade, die sich in der Nähe der früheren Kirdorfstraße befindet (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>109</sup> Das im Dokument genannte Schema/Planskizze wird hier nicht veröffentlicht.

*Op[erative Abteilung] 1. in den Sammelbericht [aufnehmen]. 2. Einige weitere Fälle dieser Art zusammenfassen und eine Vorlage für Gen. Serow vorbereiten. Kusnezow. 10. Juni [1946].*

*RGWA 32925/1/101, Bl. 52 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 127. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure „Über die Intensivierung der Suche und Festnahme von feindlichen und verbrecherischen Elementen“. 21. Juni 1946**

Streng geheim

Nr. 1-001848

An alle Kommandeure der Schützenregimenter der Inneren Truppen des MWD

Nur: An Kommandeur ...

Der Stab der Truppen verfügt über eine ganze Reihe von Angaben, die darauf hinweisen, daß die aktiven Handlungen feindlicher und verbrecherischer Elemente in der SBZ Deutschlands nicht nachlassen.

Mehr noch, die ausländischen Geheimdienste haben die Einschleusung ihrer Spionage-, Diversions- und Terrorgruppen verstärkt und bilden besondere faschistische Organisationen, die über ihre Agenten deutsche Staatsbürger anwerben, die in der SBZ leben.

Der faschistische „Werwolf“-Untergrund und die feindlichen illegalen Gruppen anderer Couleur haben ihre antisowjetische Propaganda und die Verbreitung verschiedenartiger provokatorischer Gerüchte, die auf die Diskreditierung der Roten Armee und des Sowjetstaates gerichtet sind, verstärkt.

Es ist bekannt, daß der britische Geheimdienst in seiner Zone eine faschistische Organisation mit dem Namen „Edelweißpiraten“<sup>110</sup> gebildet hat. Einige Mitglieder dieser Organisation sind bereits durch unsere Organe des Innenministeriums festgenommen und enttarnt worden.

Wie sich zeigt, wurden die „Edelweißpiraten“ von den Engländern angewiesen, in der SBZ folgende Aktivitäten zu entfalten:

- Durchführung von Diversions- und Terroranschlägen und Beschaffung von Informationen über die Rote Armee,
- Verbreitung antisowjetischer Propaganda,
- Anwerbung von Jugendlichen, die auf dem Sowjetisch-Amerikanischen Besatzungsterritorium leben<sup>111</sup>,
- Verbreitung von Propaganda zugunsten des britischen Regimes.

Die Ergebnisse der operativen Diensttätigkeit der Einheiten zeigen folgendes:

1. Im März, April und Mai 1946 wurden 14 Fälle von Diversions- und Terroranschlägen ermittelt, bei denen allein sechs Militärangehörige der Roten Armee getötet oder verwundet wurden.

<sup>110</sup> Als „Edelweißpiraten“ wurden im „Dritten Reich“ informelle jugendliche Protestgruppen bezeichnet, die gegen die ideologische Vereinnahmung und Bevormundung der Jugend durch die NSDAP als Staatspartei auftraten. Nach Kriegsende hielten die Aktivitäten der losen nonkonformistischen Gruppen auch in der SBZ an.

<sup>111</sup> So in der Vorlage. 1946 schlugen die USA der UdSSR die Bildung einer gemeinsamen Besatzungszone in Deutschland vor, die die USA dann gegen Jahresende zusammen mit den Briten realisierten. Über die sowjetische Reaktion auf den Vorschlag ist bisher nichts bekannt.

Darüber hinaus ist aus den Angaben der Militärzensur<sup>112</sup> ersichtlich, daß viele Militärangehörige von Einheiten der GSBSD in ihren Briefen in die Heimat von verschiedenen terroristischen Aktivitäten feindlicher Elemente berichten.

2. Im selben Zeitraum wurden durch Truppenteile 30 Agenten ausländischer Aufklärungsorgane (19 britische und elf amerikanische) festgenommen, die Operativen Gruppen des MWD nahmen allein in Bezirk Cottbus (im März) und in Leipzig (vom 8. bis 12. Mai 1946) 26 Agenten fest.

Den Angaben der Militärzensur zufolge, die durch Meldungen des Kontrollpunktes Nr. 4 des 157. Schützenregiments bestätigt werden, wurden allein im März innerhalb von 20 Tagen zahlreiche Verletzungen der Zonengrenze durch Einzelpersonen und Gruppen registriert, die sich beim illegalen Grenzübertritt verschiedener Tricks bedienten. Es ist völlig offenkundig, daß sich unter den Grenzverletzern auch Agenten ausländischer Geheimdienste befinden, die unser Territorium zu erreichen versuchen.

3. Im Abschnitt des 83. Schützenregiments sind Versuche des faschistischen Untergrundes aufgedeckt worden, eine starke faschistische Organisation in der deutschen Studentenschaft zu bilden.

4. Die „Werwolf“-Organisationen haben eine breite antisowjetische Propaganda entfaltet und verbreiten verschiedene provokatorische Gerüchte. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 233 „Werwolf“-Mitglieder festgenommen.

5. Unverändert treiben Banden ihr Unwesen. Im genannten Zeitraum wurden allein durch unsere Truppen 70 bandenmäßig organisierte Überfälle registriert, bei denen 36 Deutsche durch Banditen getötet oder verletzt wurden.

Die massenhafte Einschleusung von Agenten ausländischer Geheimdienste in unsere Besatzungszone, die Wiederbelebung des faschistischen Untergrundes, Erscheinungen von Terror und Diversion sowie die anhaltende Bandenkriminalität verlangen von uns verstärkte Anstrengungen zur Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente.

Doch ungeachtet der komplizierten und ernsten operativen Lage auf dem Territorium der SBZ ist die Tätigkeit zur aktiven Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente nicht in allen Einheiten so organisiert, wie dies die Situation erfordert.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der operativen Diensttätigkeit der Einheiten für die Monate Januar–Mai 1946 (siehe Tabelle) vorgestellt.

Wie aus der angeführten Tabelle ersichtlich, zeigen das 127., 92. und 105. Schützenregiment die schlechtesten Dienstergebnisse.

Die unzureichenden Ergebnisse bei der aktiven Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente sind eine Folge davon, daß sich einige Kommandeure und Stäbe von Einheiten damit begnügen, ihren Verpflichtungen zur Sicherung der Objekte der Operativen Gruppen und zur Gewährleistung des Begleitschutzes von Transporten nachzukommen, während sie die ernstzunehmende Aufgabe unserer Truppen zur konsequenten und aktiven Verfolgung des Feindes in Vergessenheit geraten ließen.

In einigen Einheiten, insbesondere im 92. Schützenregiment, wurde die Entsendung von Streifen innerhalb des Dienstabschnitts des Regiments fast vollständig eingestellt.

Einzelne leitende Offiziere berufen sich auf die völlig unbegründete und daher falsche These, wonach die starke Beanspruchung der Männer durch die Sicherung von Objekten und den Be-

---

<sup>112</sup> Die „Militärzensur“ des MGB war für die geheime Kontrolle des sowjetischen und deutschen Postverkehrs in der SBZ zuständig. Vgl. Petrow, Nikita W.: Abteilung Militärzensur des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR in Deutschland bei der GSBSD, in: SMAD Handbuch 2008, S. 77-78. .

gleitschutz von Transporten in den Untereinheiten keine Reserven für die Entsendung von Streifen übrig ließe.

Solche Erklärungen werden vollständig durch die Dienstpraxis des 387. und 16. Schützenregiments widerlegt, die unter vergleichbaren Bedingungen ausreichende Reserven gefunden haben und ihre Tätigkeit zur Ermittlung von Feinden durchaus zufriedenstellend organisieren.

Das schädliche Gerede von einem Mangel an Personal hat dazu geführt, daß einige Stäbe die Organisierung von Ermittlungsmaßnahmen praktisch eingestellt haben, die Untereinheiten nicht für diese Aufgabe mobilisieren, die Analyse des Objektschutzes und die Suche nach Lösungen zur Freisetzung von Kräften für den Streifendienst vernachlässigen, nicht selbst die operative Lage im Dienstabschnitt des Regiments studieren, sondern sich mit der Kenntnisnahme der Lageberichte begnügen, die sie von den operativen Gruppen des MWD erhalten.

Die aktuelle Lage erfordert eine grundlegende Verbesserung der Tätigkeit zur Bekämpfung verbrecherischer Elemente auf dem Territorium der SBZ.

Ich befehle:

1. Die Kommandeure der Schützenregimenter haben entschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse des Dienstes zu ergreifen und werden angehalten, eine systematische und aktive Ermittlung und Verfolgung verbrecherischer und feindlicher Elemente in ihren Abschnitten zu organisieren.

2. Es ist verstärkt der Einsatz von Aufklärungs- und Suchtrupps, von Hinterhalten und Verstecken entlang der ermittelten und wahrscheinlichen Marschrouten von Banditen und anderen feindlichen Elementen zu praktizieren. Diese sind als wichtigste Formen des Streifendienstes anzusehen.

Über die Anzahl der eingesetzten Hinterhalte und Verstecke ist mit Angabe der Zahl der dabei festgenommenen Personen in dem Abschnitt „Ergebnisse der operativ-dienstlichen Tätigkeit“ der monatlichen operativen Meldungen zu berichten.

3. Die Regiments- und Bataillonsstäbe haben:

- a) die operative Lage in ihrem Abschnitt kontinuierlich und umfassender als bisher auszuwerten; die gewonnenen Angaben rechtzeitig zu verallgemeinern und die Untereinheiten entsprechend zu orientieren; die gesamte Truppe zu erhöhter tschekistischer Wachsamkeit zu mobilisieren; die Beobachtungen von Streifen sorgfältig auszuwerten und zu nutzen;

- b) die Bataillonsstäbe mindestens zweimal im Monat über die Ergebnisse der Tätigkeit der einzelnen Untereinheiten zu unterrichten, die Ursachen eines eventuellen Zurückbleibens in der Arbeit einzelner Untereinheiten zu analysieren und diesen bei der Beseitigung der festgestellten Mängel Unterstützung zu geben;

- c) die Untereinheiten tatkräftig bei der Organisierung des Dienstes und der Analyse der Situation zu unterstützen; insbesondere jenen Untereinheiten Hilfe zu leisten, in deren Tätigkeit Schwächen zutage getreten sind, wobei die betreffenden Untereinheiten in die Lage zu versetzen sind, wieder zu den führenden Kompanien aufzuschließen.

4. Die Umsetzung der Punkte 2 und 3 meiner Direktive Nr. III/1-00101 vom 11. Januar 1946 bezüglich der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in den jeweiligen Stationierungsabschnitten sowie der periodischen Durchführung von Razzien und Durchkämpfungsaktionen in den jeweiligen Abschnitten ist fortzusetzen.

5. Alle Offiziere sind aufzufordern, bei der Organisation des Dienstes zur Ermittlung und Festnahme von Feinden sowie bei der Durchsetzung einer strengen Ordnung im Hinterland der zu schützenden Truppen ein Höchstmaß an Initiative und Flexibilität aufzubieten.

Die Dienstpläne der kleineren Untereinheiten sind nochmals zu überprüfen und möglichst zu straffen, um diese von passiven Aufgaben zu entlasten. Es ist kontinuierlich nach Möglichkeiten eines effizienteren Einsatzes des für den Objektschutz eingeteilten Personals zu suchen, die eingesparten Kräfte sind im Suchdienst einzusetzen.

Anlage: Tabelle über die Ergebnisse der operativ-dienstlichen Tätigkeit.<sup>113</sup>

Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow  
Stabschef Oberst Wolkow

*An den Stab. Geben Sie Anweisung an die Bataillonskommandeure, weisen Sie jedem Bataillon einen Abschnitt für die Suche nach feindlichen Elementen zu. Fügen Sie eine Tabelle über die Festnahmen für das gesamte Regiment an. 25. Juni [1946]. Alexejew.*

RGWA 32933/1/49, Bl. 291- 294.

**Nr. 128. Denkschrift des stellvertretenden Innenministers der UdSSR  
Generaloberst Serow für den Innenminister der UdSSR S. N. Kruglow über  
die Arbeit zur Organisation der deutschen Polizei in der SBZ. 26. Juni 1946**

Geheim

An den Minister für Inneres der UdSSR  
Generaloberst Gen. S. N. Kruglow

**Über die von den Organen des Innenministeriums im zurückliegenden Jahr  
zur Organisation und Anleitung der deutschen Polizei in der SBZ geleistete Arbeit**

Die deutsche Polizei in der SBZ wurde von uns unmittelbar nach Kriegsende organisiert.

In Berlin wurden 20 Stadtbezirksverwaltungen der Polizei gebildet, an deren Spitze der Polizeipräsident von Berlin steht. Zum Polizeipräsidenten wurde der Deutsche Markgraf<sup>114</sup> ernannt, früher Hauptmann der deutschen Armee, Kriegsgefangener bei Stalingrad, dem wir den Rang eines Obersten verliehen haben.

In jedem Stadtbezirk gibt es mehrere Inspektionen, die ihrerseits über vier bis zehn Polizeiabschnitte verfügen. Zur Verbrechensbekämpfung besteht in jeder Stadtbezirksverwaltung der Polizei ein Kriminalkommissariat, und in den Polizeiabschnitten ein Kriminalbüro. Der gesamte Polizeiapparat Berlin untersteht den entsprechenden Abteilungen des Berliner Polizeipräsidiiums und wird von diesen angeleitet. Das gilt auch für die Stadtbezirksverwaltungen der Polizei, die sich in den Sektoren der Alliierten befinden.

Nach Ankunft der Alliierten in Berlin im Juni vergangenen Jahres verblieben im sowjetischen Sektor Berlins nur acht Stadtbezirksverwaltungen der Polizei, die übrigen kamen in den Zuständigkeitsbereich der Alliierten: zu den Amerikanern sechs, zu den Briten vier und zu den Franzosen zwei Stadtbezirksverwaltungen.

Zur Zeit unternehmen die Alliierten alles Mögliche, um es dem Polizeipräsidenten Berlins Oberst Markgraf unmöglich zu machen, die in den Sektoren der Alliierten befindlichen Stadtbezirksverwaltungen der Polizei zu leiten.

In den letzten vier Monaten warfen die Briten und die Amerikaner auf den Sitzungen der Interalliierten Kommandantur, im Direktorat für innere Angelegenheiten und sogar im Koordinierungs-

---

<sup>113</sup> Wird hier nicht veröffentlicht.

<sup>114</sup> Markgraf, Paul (1910–1993), Bäcker, ab 1931 Berufssoldat, geriet 1943 als Hauptmann bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft, Antifaschüler, Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945/46 KPD/SED, 1945–49 Polizeipräsident zunächst von Gesamt- und ab 1948 von Berlin (Ost), 1950 Besuch einer sowjetischen Militärakademie, danach Kommandeur einer Bereitschaft der Volkspolizei; Oberst der Kasernierten Volkspolizei, dann der Nationalen Volksarmee der DDR.

ausschuss an die zehnmals die Frage auf, daß in den unter alliierter Verwaltung stehenden Sektoren Berlins selbständige Polizeiverwaltungen zu bilden seien. An deren Spitze sollen Deutsche gestellt werden, die den Alliierten am genehmsten sind, und damit soll die Polizei aus der Unterstellung unter den Berliner Polizeipräsidenten Oberst Markgraf herausgelöst werden.

Als Motiv für diese Reorganisation bringen sie vor, daß es für den Polizeipräsidenten schwierig sei, einen so großen Polizeiapparat zu leiten. Im Zusammenhang damit operieren sie mit verschiedenen provokatorischen Materialien über einzelne Mitarbeiter der Berliner Polizei, die kompromittiert werden sollen, damit man sie von der Leitung der Polizeiinspektionen und Stadtbezirksverwaltungen in den alliierten Sektoren entferne.

Wir haben in diesem Fall entsprechende Maßnahmen ergriffen, um den Alliierten keine Möglichkeit zu geben, die Stadtbezirksverwaltungen der Polizei, die sich in den Sektoren der Alliierten befinden, dem Einfluß des Polizeipräsidenten Markgraf zu entziehen, doch Gen. Sokolowski ist geneigt, Zugeständnisse zu machen und dieser Teilung zuzustimmen, um den Streit zu beenden.

Die Unterstellung des Polizeipräsidenten Berlins erfolgt über zwei Linien: Die Hauptlinie der Unterstellung geht vom Ausschuß für öffentliche Sicherheit bei der Interalliierten Kommandantur Berlins aus, in administrativer Hinsicht untersteht er dem Oberbürgermeister Berlins.

In den Provinzen und Ländern der SBZ haben wir Provinzialpräsidien der Polizei geschaffen, die die Polizeiorgane in den Bezirken, Landkreisen und Kreisen anleiten.

Den deutschen Polizeiorganen in der SBZ haben wir die Aufgabe übertragen, gegen Verbrechen und Prostitution zu kämpfen, die öffentliche Ordnung herzustellen und sie im Sinne der Forderungen und Direktiven der SMA[D] aufrechtzuerhalten. Die Verfolgung von Fällen mit politischem Charakter haben wir den Organen des [sowjetischen] Innenministeriums in Deutschland übertragen.

Insgesamt sind in den deutschen Polizeiorganen 39.355<sup>115</sup> Mitarbeiter tätig, davon:

im sowjetischen Sektor von Berlin	4.599
im Land Sachsen	9.939
in der Provinz Sachsen	6.409
im Land Thüringen	5.486
in der Provinz Brandenburg	5.422
in der Provinz Mecklenburg	3.248
bei der Transportpolizei	4.352.

Von den Mitarbeitern der Polizei sind 30.523 Mitglieder der SED (davon 17.913 Mitglieder der [ehemaligen] Kommunistischen Partei und 12.610 Mitglieder der [ehemaligen] Sozialdemokratischen Partei), 8.142 Mitarbeiter sind parteilos und 690 gehören anderen Parteien an. Insgesamt leben in der SBZ ca. 20 Millionen Menschen.

Die Transportpolizei wurde von uns vor einem halben Jahr geschaffen. Diese Verzögerung erklärt sich damit, daß über die Linie des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR seinerzeit versprochen worden war, man werde in Deutschland für die Arbeit beim Eisenbahnverkehr operative Transportgruppen bilden. Doch da das nicht geschehen ist, gründeten wir die Transportpolizei für acht Eisenbahndirektionen mit einer Gesamtstärke von 4.352 Mann. Die Formierung der Transportpolizei war dadurch notwendig geworden, daß es auf den deutschen Eisenbahnstrecken sehr häufig zu Havarien und Unglücksfällen kam, die zu Unterbrechungen führten und somit den Abtransport der demontierten Ausrüstungen aus den Werken in die Sowjetunion gefährdeten.

<sup>115</sup> Rechnerisch: 39.455.

Bewaffnung der Polizei:

Im Zusammenhang mit der Häufung von Fällen, in denen kriminelle Elemente Polizisten überfielen und töteten, und angesichts der Tatsache, daß sich die Polizei in der SBZ in ihrer sechsmonatigen praktischen Arbeit hinsichtlich der Erfüllung der Direktiven der SMAD nicht schlecht bewährt und aktiv den Kampf gegen kriminelle Erscheinungen geführt hat, faßten wir den Beschluß, die Polizei mit Pistolen zu bewaffnen. Im Zusammenhang damit wurden 21.891 Pistolen ausgegeben. Über die Ordnung für den Einsatz der Waffen wurde eine strenge Instruktion erlassen, die mit den Mitarbeitern der Polizei auf Beratungen durchgearbeitet wurde und deren Kenntnis sie mit Unterschrift bestätigten.

Die Berliner Polizei verfügt außer den ausgegebenen 3.399 Pistolen auch noch über hölzerne Schlagstöcke für den einzelnen Polizisten.

Obwohl die Polizei seit einem halben Jahr über persönliche Waffen verfügt, gibt es keinen einzigen Fall von Mißbrauch oder unerlaubtem Einsatz der Waffen.

Kampf gegen kriminelle Erscheinungen:

Seit Januar d. J. wurden in der SBZ 243.103 verschiedene Verbrechen registriert, darunter  
im sowjetischen Sektor von Berlin – 41.351,  
im Land Thüringen – 24.194,  
im Land Sachsen – 43.632,  
in der Provinz Brandenburg – 30.127,  
in der Provinz Mecklenburg – 38.172,  
in der Provinz Sachsen – 25.420,  
im Eisenbahnverkehr – 40.207.

Von der Gesamtzahl der registrierten kriminellen Delikte wurden verübt:

Morde – 1.234,

Raubtaten – 20.349,

Diebstähle – 112.295,

Vergewaltigungen – 13.320.

Die übrige Zahl der Straftaten bezieht sich hauptsächlich auf kleinere Diebstähle und geringfügigere Delikte.

Von der Gesamtzahl der Straftaten in Berlin wurden 89.657 Verbrechen und Vergehen registriert.

Davon:

im sowjetischen Sektor von Berlin	41 Prozent
im amerikanischen Sektor	26 "
im britischen Sektor	20,2 "
im französischen Sektor	12,8 ".

Die charakteristischsten Straftaten sind Raubüberfälle auf die einheimische Bevölkerung in Verbindung mit Morden sowie Diebstähle in den Abend- und Nachtstunden.

In diesem Zeitraum wurden von den Organen des [sowjetischen] Innenministeriums in Deutschland 213 Banditengruppen beseitigt, von denen mehr als 1.350 Beteiligte verhaftet wurden. Im Verlauf der Untersuchungen der Fälle der verhafteten Bandenmitglieder wurde festgestellt, daß es sich bei ihnen entweder um Deserteure aus der Roten Armee oder um Repatrianten handelte, die sich der Rückkehr in die Heimat entzogen.

In Berlin geht ein hoher Prozentsatz an Raubüberfällen auf das Konto amerikanischer Militärangehöriger.

Säuberung der Polizeiorgane von eingedrungenen Nazis:

Nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands erfolgte der Aufbau der neuen, auf demokratischer Grundlage beruhenden Polizei in der ersten Zeit ohne ausreichende geheimdienstliche Überprüfung der in die Polizei aufzunehmenden Personen. Dieser Umstand machte es möglich, daß Nazis und politisch unzuverlässige Elemente in den Polizeiapparat eindringen.

Außerdem war in einigen Kreisen der Provinz Mecklenburg, aber auch im Land Thüringen und in den meisten Kreisen des Landes Sachsen und der Provinz Sachsen, der Polizeiapparat von den Alliierten besetzt worden. Im Zusammenhang damit erhielten die Organe des [sowjetischen] Innenministeriums die Anweisung, die in der deutschen Polizei tätigen Personen sorgfältig zu überprüfen und alle auszusondern, die nicht unseren Anforderungen entsprechen.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mit Hilfe eines Agenten- und Informantennetzes in der Polizei 7.509 Personen als feindliche oder politisch unzuverlässige Elemente aufgedeckt, die aus dem Polizeidienst entlassen und von denen mehr als 500 verhaftet wurden. Bei 250 Personen erfolgte eine aktive Bearbeitung als Agenten.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die Eisenbahndirektionen am meisten mit unzuverlässigen Mitarbeitern verschiedener Art durchsetzt sind. Bei der Eisenbahn gibt es eine hohe Konzentration ehemaliger Nazis. Das erklärt sich vor allem damit, daß sie aus ihrem Dienst bei der Eisenbahn nicht entlassen wurden, denn es handelt sich um qualifizierte Fachleute, deren Entlassung den Eisenbahnverkehr gelähmt hätte.

So sind beispielsweise, mit Stand vom 1. Mai d. J., von den 225.510 Arbeitern und Angestellten der Bahn 39.341 ehemalige Nazis, das sind ca. 18 Prozent. Darüber hinaus wurden ca. 47.000 Nazis bereits entlassen.

Infolge dieser Durchsetzung des Apparats der Eisenbahn kommt es häufig zu Unfällen, Havarien und anderen Zwischenfällen im Eisenbahnverkehr. Nach unvollständigen Angaben gab es in dem einen Jahr der Arbeit der Eisenbahn bei Zugunglücken ca. 500 Tote und 650 Verletzte. 149 Lokomotiven und 860 Waggons wurden bei Unfällen beschädigt.

Wie sich aus den Ermittlungen ergab, waren die Unfälle von Nazis als Sabotageakte organisiert worden oder von Banditen, die die Zugpassagiere ausrauben wollten.

Im Zusammenhang mit der von den Organen des [sowjetischen] Innenministeriums und der Transportpolizei geleisteten Arbeit zur Aufdeckung und Verhaftung der Verbrecher ist die Anzahl der Havarien und Unfälle inzwischen stark zurückgegangen.

Schlußfolgerungen:

1. Die von uns in der SBZ organisierten Polizeiorgane bewältigen in völlig zufriedenstellender Weise die ihnen gestellten Aufgaben hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Sinne der Anforderungen der SMAD sowie hinsichtlich der Umgestaltung Deutschlands nach demokratischen Grundsätzen.

2. Notwendig für eine zentrale Führung der Polizei in den Provinzen der SBZ ist gegenwärtig der Aufbau einer deutschen Zentralverwaltung des Innern nach dem Muster der 13 von der SMAD bereits geschaffenen deutschen Zentralverwaltungen (Deutsche Zentralverwaltung für Industrie, Deutsche Zentralverwaltung für Transport, Deutsche Zentralverwaltung für Justiz usw.).<sup>116</sup>

Eine Deutsche Zentralverwaltung des Innern wird nach einer entsprechenden Praxis unter unserer Anleitung die notwendige Routine erlangen und kann in der Perspektive in den Bestand eines künftigen Innenministeriums Deutschlands eingehen.

<sup>116</sup> Mit Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der SMAD vom 27. Juli 1945 wurde die Bildung von mehreren Zentralverwaltungen in Berlin angeordnet.



Gen. Sokolowski unterstützt unsere Ansicht und hat vor, diese Frage dem Ministerrat der UdSSR vorzulegen.<sup>117</sup>

Stellvertreter des Ministers für innere Angelegenheiten der UdSSR Generaloberst I. Serow

*Es ist eine Information anzufertigen. Kruglow. 3. Juli.*

*Auskunft. Es wurde ein Brief geschickt an die Genossen Stalin, Molotow, Berija, Schdanow Nr. 2925/k 6. Juli [19]46.*

*GARF 9401/1/2412, Bl. 385-391. Original.*

Veröffentlicht in: Petrow, Nikita W.; Lawinskaja, Olga W.; Nochotowitsch, Dina N. (Hg.): SWAG i nemezkiye organy samouprawlenija 1945–1949. Sbornik dokumentow, Moskwa 2006, S. 164-168.

**Nr. 129. Direktive des Kommandeurs des 105. Schützenregiments  
Oberstleutnant Alexejew an die Bataillonskommandeure bezüglich der  
Verbesserung des Dienstes und der aktiven Bekämpfung „verbrecherischer  
Elemente“ im Abschnitt des Regiments. 27. Juni 1946**

Streng geheim

Nr. 1/III-001304

An die Kommandeure des 1., 2. und 3. Bataillons

Nur: An den Kommandeur ...

Auf dem von sowjetischen Truppen besetzten Territorium Deutschlands sind viele Fälle aktiver Handlungen verbrecherischer Elemente festzustellen.

Die ausländischen Geheimdienste haben ihre Bemühungen zur Einschleusung von Spionen sowie von Diversions- und Terrorgruppen verstärkt und bilden besondere faschistische Organisationen, die über ihr Agentennetz deutsche Bürger anwerben, die in der SBZ leben.

Der faschistische „Werwolf“-Untergrund und feindliche illegale Gruppen anderer Couleur haben ihre antisowjetische Propaganda verstärkt, indem sie verschiedene provokatorische Gerüchte verbreiten, die auf eine Diskreditierung der Roten Armee und des Sowjetstaates gerichtet sind.

---

<sup>117</sup> Die Deutsche Verwaltung des Innern in der SBZ wurde mit Befehl Nr. 0212 des Obersten Chefs der SMAD vom 30. Juli 1946 (Wortlaut in: GARF 7317/7/25, Bl. 197-198) mit einem Stellenplan für 398 Mitarbeiter geschaffen. Später erhöhte sich die Anzahl der Stellen auf 600. Die vorläufige Geschäftsordnung wurde am 13. Jan. 1947 von Serow festgelegt (vgl. den Entwurf vom Okt. 1946, in: Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 529-532) und am 17. Juli 1947 vom Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Dratwin die endgültige Geschäftsordnung bestätigt. In ihrer Arbeit stieß diese Zentralverwaltung auf große Schwierigkeiten, weil sie von den Regierungen der Länder und Provinzen als „illegal und inkompetent“ angesehen und faktisch ignoriert wurde. Der Chef der Verwaltung für innere Angelegenheiten der SMAD Malkow bemerkte in einer an den Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD Gribanow gerichteten Mitteilung vom 28. Jan. 1948: „Die deutsche Verwaltung des Innern stößt bei der zentralen Führung der Polizeiorgane der Länder in fast allen Bereichen auf erhebliche Schwierigkeiten, da ihre Anordnungen in den Ländern als eine gesetzwidrige Einmischung in die Kompetenzen der Länderregierungen empfunden werden, die in Übereinstimmung mit den jeweiligen Verfassungen gewählt worden sind.“ In: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und hg. von Jochen P. Laufer und Georgij Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Berlin 2004, Bd. 3, S. 489. – Diese Übersetzung formuliert „weich“, denn laut Original wurden die zentralen Anweisungen in den Ländern nicht nur als rechtswidrig „empfunden“, sondern als verfassungswidrige Eingriffe abgelehnt.

Der britische Geheimdienst hat in seiner Besatzungszone eine faschistische Organisation mit dem Namen „Edelweißpiraten“ gebildet. Einige Mitglieder dieser Organisation sind durch unsere Organe des MWD verhaftet worden.

Diese faschistische Organisation ist von den Briten angewiesen worden, in der SBZ folgende Aktivitäten zu entfalten:

a) Durchführung von Diversions- und Terroranschlägen und Beschaffung von Informationen über die Rote Armee,

b) Verbreitung antisowjetischer Propaganda,

c) Anwerbung von Jugendlichen, die in der Sowjetisch-Amerikanischen Besatzungszone leben<sup>118</sup>.

d) Verbreitung von Propaganda zugunsten des britischen Regimes.

Parallel dazu haben die „Werwolf“-Organisationen eine breite antisowjetische Propaganda entfaltet und streuen diverse provokatorische Gerüchte.

Die massenhafte Einschleusung von Agenten ausländischer Geheimdienste in unsere Besatzungszone, die Wiederbelebung des faschistischen Untergrundes sowie Erscheinungen wie Terroranschläge und Bandenüberfälle geben dazu Anlaß, unsere Aufmerksamkeit auf die Verbesserung des Dienstes zur Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente zu konzentrieren.

Doch ungeachtet der komplizierten Lage im Standortbereich der Bataillone befindet sich der Dienst zur aktiven Ermittlung und zur Festnahme verbrecherischer Elemente in unseren Einheiten nicht auf der Höhe der Aufgaben, was durch die Ergebnisse der operativen Tätigkeit für den Zeitraum von Januar bis Mai 1946 belegt wird, die in nachfolgender Tabelle zusammengefaßt sind. Sie verdeutlicht, daß das 1. und 2. Bataillon in dieser Frage einen beträchtlichen Rückstand aufweisen.

Die unbefriedigenden Ergebnisse bei der aktiven Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente sind darauf zurückzuführen, daß die Bataillonskommandeure und ihre Stäbe sich damit begnügen, ihren Verpflichtungen zur Absicherung der Operativen Gruppen und zur Gewährleistung des Begleitschutzes nachzukommen, während sie die ernstzunehmende Aufgabe der ständigen aktiven Verfolgung des Feindes in Vergessenheit geraten ließen.

Die gegenwärtige Situation erfordert eine grundlegende Verbesserung des Dienstes zur aktiven Bekämpfung der verbrecherischen Elemente im Standortbereich des Regiments.

Ich befehle:

1. Die Bataillonskommandeure haben entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Ergebnisse der Arbeit zu verbessern; dazu ist eine systematische aktive Ermittlung und Festnahme verbrecherischer Elemente in folgenden Stadtbezirken zu organisieren:

1. Schützenbataillon – Weißensee, Prenzlauer Berg,
2. Schützenbataillon – Friedrichsfelde, Schöneeweide,
3. Schützenbataillon – Pankow, Glienicke.

2. Es ist verstärkt der Einsatz von Aufklärungs- und Suchtrupps, von Hinterhalten und Verstecken entlang der ermittelten oder wahrscheinlichen Marschrouten von Banditen und anderen feindlichen Elementen zu praktizieren.

Über die Anzahl der angelegten Hinterhalte und Verstecke ist mit Angabe der Zahl der durch sie festgenommenen Personen in dem Abschnitt „Ergebnisse der operativen Tätigkeit“ der monatlichen operativen Meldungen zu berichten.

3. Die Bataillonsstäbe haben die operative Lage in ihrem Abschnitt kontinuierlich und umfassender als bisher auszuwerten; die Angaben sind rechtzeitig zu verallgemeinern und die Kompanieführer entsprechend zu instruieren.

<sup>118</sup> Vgl. Fußnote Nr. 110.

Die gesamte Truppe ist zu erhöhter tschekistischer Wachsamkeit zu mobilisieren, die Beobachtungen von Streifen sind sorgfältig auszuwerten.

4. Die Ergebnisse der Tätigkeit sind mindestens zweimal im Monat zu analysieren und den Kompanieführern zur Kenntnis zu bringen, wobei auf die Ursachen eventueller Rückstände in der Arbeit der einzelnen Gruppen hinzuweisen und diesen bei der Überwindung der festgestellten Mängel Hilfe zu leisten ist.

5. Die Bataillonskommandeure und ihre Stäbe sind gehalten, die Kompaniechefs, insbesondere jene, in deren Tätigkeitsbereich Schwächen zutage getreten sind, tatkräftig bei der Organisation des Dienstes zu unterstützen, um die betreffenden Einheiten in die Lage zu versetzen, wieder zu den führenden Gruppen aufzuschließen.

6. Alle Offiziere sind aufzufordern, bei der Organisation des Dienstes, bei der Ermittlung und Festnahme von Feinden sowie bei der Durchsetzung einer strengen Ordnung in ihrem Abschnitt ein Höchstmaß an Initiative und Flexibilität aufzubieten.

Die vorliegende Direktive ist den Offizieren in gesonderten Beratungen zur Kenntnis zu bringen; zu ihrer Umsetzung ist die Partei- und Komsomolöffentlichkeit zu mobilisieren.

Über das Studium der vorliegenden Direktive ist mir bis zum 30. Juni 1946 schriftlich zu berichten.

Über die Ergebnisse der Arbeit ist mir gemäß der Meldetabelle für Eilmeldungen zu berichten.

Anlage: Tabelle über die Ergebnisse der operativ-dienstlichen Tätigkeit.<sup>119</sup>

Kommandeur des 105. Rigaer-Rotbannerorden-Schützenregiments

Oberstleutnant Alexejew

Stabschef des 105. Rigaer-Rotbannerorden-Schützenregiments Major Maschin

*RGWA 32933/1/49, Bl. 296-297. Original.*

**Nr. 130. Schreiben des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors des MWD der Provinz Mecklenburg-Vorpommern Oberstleutnant Surikow<sup>120</sup> an den Chef der SMA der Provinz Generalmajor Skossyrew zu unbegründeten, von Militärkommandanturen vorgenommenen Verhaftungen. 28. August 1946**

Nr. 1/002556

In letzter Zeit hat es Fälle gegeben, in denen Militärkommandanturen Verhaftungen unter der deutschen Bevölkerung wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit vorgenommen haben.

Am 5. August 1946 verhaftete die Polizei im Kreis Sternberg<sup>121</sup> auf Anweisung der Kommandantur von Warin<sup>122</sup> die fünf ortsansässigen Deutschen Wilhelm Frase, Elsa Frase, Wilhelm Thiel, Gerhard Hererd und Walter Zahn wegen antidemokratischer Propaganda und Agitation gegen die SED.

Ein ähnlicher Fall ging vom Militärkommandanten von Neubukow Major Litwak<sup>123</sup> aus.

Obwohl die Militärkommandanten bestens drüber unterrichtet sind, daß die Verfolgung politischer Verbrechen ausschließlich Sache der Sonderorgane ist, kommt es immer wieder vor, daß

---

<sup>119</sup> Wird hier nicht veröffentlicht.

<sup>120</sup> Surikow, Wassili Michailowitsch (1910–1978), Oberstleutnant; Chef der Operativen Gruppe des NKWD für den Bezirk Greifswald und ab Jan. 1946 stellvertretender Chef des Operativen Sektors Mecklenburg.

<sup>121</sup> Vorlage: „Sternberg“.

<sup>122</sup> Vorlage: „Warin“.

<sup>123</sup> Litwak, Leonid Arkadjewitsch, 1946 Kommandant von Neubukow, Kreis Wismar.

einzelne Militärkommandanturen Verhaftungen unter der deutschen Bevölkerung vornehmen, was in allen Fällen ungesetzlich ist und die Mitarbeiter der Operativen Gruppen vor Ort daran hindert, die notwendigen operativen Aufgaben zu erfüllen.

Mit Rücksicht auf das Mitgeteilte bitte ich darum, Anweisungen zu erteilen, daß die Militärkommandanturen unbegründete Verhaftungen dieser Art unterlassen.

Falls kompromittierendes Material über einzelne Personen aus der deutschen Bevölkerung vorliegt, müssen die Militärkommandanten dieses Material den Operativen Gruppen übergeben.

Stellvertretender Chef des Operativen Sektors der SMA für die Provinz Mecklenburg-Vorpommern

Oberstleutnant Surikow

*An den Stabschef. Den Kommandanturen sind Anweisungen zu erteilen. Skossyrew. 5. Sept. [19]46.*

*Major Kro[unleserlich]. Machen Sie einen Entwurf. [Unterschrift]. 5. Sept. [19]46.*

*Kanzlei. Die Weisung wurde erteilt. Schicken Sie eine Kopie an Gen. Oberstleutnant Surikow. [Unterschrift] 9. Sept. [19]46.*

*GARF 7301/1/26, Bl. 107. Original.*

### **Nr. 131. Eingabe des stellvertretenden Chefs der Operativen Gruppe des MWD für den Bezirk Erfurt Major Nisow<sup>124</sup> an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generalleutnant Kowaltschuk über unhaltbare Zustände in der Arbeit des Operativen Sektors des NKWD-MWD in Thüringen. 23. September 1946**

Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland wurden wir Mitarbeiter der Spionageabwehr „Smersch“ zu Operativen Sektoren des NKWD abkommandiert, die in Deutschland gebildet worden waren. So kam ich in den Operativen Sektor des Landes Thüringen und wurde dort zum Chef der Untersuchungsabteilung des Sektors ernannt.

Von Anfang an begegnete man uns Mitarbeitern der Abwehr „Smersch“ mit Geringschätzung; bei der Einweisung in die Arbeit erklärte man uns, wir Abwehrleute seien durch den Krieg verwöhnt und könnten nicht solide arbeiten. So primitiv – hieß es – werdet ihr nicht mehr arbeiten können, jetzt seid ihr nicht bei der Spionageabwehr „Smersch“, sondern im NKGB, wo man solider und mit verdeckten Methoden arbeiten, wo man kombinieren muß usw. Solche Einweisungen nahm üblicherweise der ehemalige Stabschef des Sektors Gen. Major Popow<sup>125</sup> vor, die gleiche Linie vertrat aber auch der Chef des Sektors Gen. Generalmajor Beschadow.

In Wirklichkeit verhielt es sich genau umgekehrt. Die Arbeitspraxis im Sektor war sehr primitiv und es gab überhaupt keine gründliche Arbeit mit Agenten, stattdessen überwog die „Arbeit“ mit den Händen und anderen Mitteln, weniger mit dem Kopf.

Nach solchen „Einweisungen“ führen die operativen Mitarbeiter in ihre Operativen Gruppen; von dem Augenblick an waren sie sich selbst überlassen und verfolgten in den meisten Fällen in Deutschland eine Linie nach ihrem Gutdünken.

Sechs bis acht Monate lang leitete die Führung des Sektors die Operativen Gruppen telefonisch an, gab ihnen aber fast keine reale, praktische Unterstützung. Die Tätigkeit der Operativen Gruppen unterlag keiner Kontrolle. Die Hauptrichtung in der Arbeit war die Festnahme aktiver Faschisten – vom Blockleiter aufwärts, und die Arbeit wurde danach bewertet, wie viele Personen

<sup>124</sup> Nisow, Konstantin Andrejewitsch (1906–1987).

<sup>125</sup> Popow, Konstantin Nikolajewitsch.

aus diesem Kontingent ins Sonderlager gebracht wurden. So begann ein eigenartiger Wettbewerb um die Anzahl der ins Sonderlager Überstellten, bei dem der Chef der Operativen Gruppe für Arnstadt Hauptmann S. an der Spitze stand (inzwischen wurde er wegen Trunkenheit und Verkommenheit abgelöst). Später stellte sich heraus, daß einzelne Gruppen ihren Anteil an Einlieferungen ins Sonderlager auch dadurch erhöht hatten, daß sie den Chef des Lagers mit Alkohol versorgten. In dieser Hinsicht tat sich Hauptmann S. besonders hervor. Und es war kein Zufall, daß der Chef des Lagers bei einer operativen Beratung der Chefs der Operativen Gruppen auf die Frage, wie er das Spezialkontingent aufnimmt, die unverschämte Antwort gab, das hänge von der Menge und der Qualität des mitgeschickten Kognaks ab.

Vor dem Hintergrund der massenhaften Festnahme von aktiven Faschisten und der mangelnden Kontrolle der Operativen Gruppen florierte mehr und mehr die Beschlagnahme von Gegenständen und Wertsachen und deren Aneignung durch das operative Personal und die Dolmetscher. Ein entschiedener und rechtzeitiger Schlag gegen diesen Mißbrauch blieb aus. In Einzelfällen beschränkte man sich auf gutes Zureden oder man nahm Umsetzungen von einer Gruppe in eine andere vor. So erging es auch dem Chef der Operativen Gruppe in Eisenach, der sogar an Schiebereien mit Zigaretten in Berlin beteiligt war, mit denen er Tausende Rubel verdiente. Doch man beschränkte sich darauf, ihn in den Sektor zu versetzen. Der Chef der Operativen Gruppe in Langensalza umgab sich mit zweifelhaften Deutschen, einem von ihnen stellte er eine offizielle Bescheinigung aus, die das Tragen einer Pistole erlaubte, und er selbst beschäftigte sich damit, die einheimische Bevölkerung auszurauben. Außerdem war Gen. W.<sup>126</sup> der Hauptlieferant für Autos, womit er die Anerkennung des Sektorenchefs erwarb. Zur Verantwortung wurde er nicht gezogen, sondern auf den verantwortungsvolleren Posten des Operativgruppenchefs von Eisenach versetzt, wo er weiterhin faulenzen konnte (erst in jüngster Zeit wurde er abgelöst).

Der Chef der Operativen Gruppe von Meiningen Hauptmann G. desorganisierte die ganze Arbeit und beging offenkundige Verbrechen, und das zu der Zeit, als sich der Chef des Sektors und der Stabschef oft bei ihm in der Gruppe aufhielten, ohne sich freilich für dessen operative Arbeit zu interessieren. Im Gefühl, keiner Kontrolle zu unterliegen und Wohlwollen zu genießen, beging er weiterhin Verbrechen, bis er selbst auf der Anklagebank saß und zu acht Jahren Umerziehungs- und Arbeitslager verurteilt wurde. Ähnlich erging es Operativgruppenchef G.<sup>127</sup> und Operativgruppenchef Gen. Hauptmann P.<sup>128</sup>

Zu solch üblen Machenschaften wurden die Operativen Gruppen auch von einzelnen Abteilungen des Operativen Sektors angeregt. Die Abteilung für Voruntersuchungen des Operativen Sektors beispielsweise wurde von den unerfahrenen Mitarbeitern Hauptmann M.<sup>129</sup> und Oberleutnant Sch.<sup>130</sup> geleitet, die für die Arbeit mit Agenten zuständig waren. Diese nahmen Verhaftungen vor, erzielten durch physische Einwirkung Geständnisse und übergaben dann die „Bearbeiteten“ in die Untersuchungsabteilung, die nach objektiven Ermittlungsverfahren gezwungen war, fast alle wieder auf freien Fuß zu setzen. Außerdem zeichnete sich die Abteilung für Voruntersuchungen durch ihre Neigung aus, Gegenstände und Wertsachen zu beschlagnehmen und sich anzueignen, so daß sie schon die Bezeichnung „Raubbüro“ erhielt. Und Hauptmann M. erzählte allen ganz offen, daß es ihm schon über sei, den Chef des Sektors und seine Frau mit „dicken Batzen“ zu versorgen.<sup>131</sup>

<sup>126</sup> W., Anatoli F. (1912–).

<sup>127</sup> Vgl. Dokument Nr. 202. – G., Sakir S. (1908–), Major; Chef der Operativen Gruppe in Greitz, Nov. 1946 nach Artikel 193-17 des Strafgesetzbuches der RSFSR (Amtsmißbrauch) zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt.

<sup>128</sup> P. war Chef der Operativen Gruppe in Hildburghausen.

<sup>129</sup> M., Suren A. (1915–), Oberleutnant/Hauptmann; ab 1946 Chef der Operativen Gruppe in Saalfeld, 1946 nach Artikel 193-17 des Strafgesetzbuches der RSFSR (Amtsmißbrauch) zu fünf Jahren Haft verurteilt.

<sup>130</sup> Sch., Abram W. (1905–), wurde zu fünf Jahren verurteilt.

<sup>131</sup> Vgl. Dokument Nr. 202.

Zur Untersuchungspraxis. Das Fehlen der nötigen Arbeit mit Agenten hatte übereilte Verhaftungen ohne Vorliegen ausreichenden Materials zur Folge, so daß sich das Schwergewicht der Arbeit auf die Untersuchung verlagerte, was die Entlarvung von Verbrechern äußerst erschwerte. Es begann eine Jagd nach Verhaftungen mit anschließender Ausfertigung von Gerichtsakten für das Militärtribunal. Diese Jagd brachte es mit sich, daß in einzelnen Abschnitten im Ermittlungsverfahren üble Methoden angewandt wurden, daß auf die Festgenommenen und Inhaftierten physisch eingewirkt wurde. Die Untersuchungsabteilung stellte in mehreren Fällen fest, daß an der Basis fiktive „Werwolf“-Untergrundorganisationen produziert worden waren. Als ein Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung und der stellvertretende Chef des Operativen Sektors Oberstleutnant Nikulin<sup>132</sup> eine Operative Gruppe aufsuchten und den Fall der verhafteten Teilnehmer einer „Werwolf“-Organisation sorgfältig überprüfen, stellte sich heraus, daß die Inhaftierten aufgrund physischer Einwirkungen erfundene Angaben gemacht hatten. Nach diesem Ergebnis wurden die 20 Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Auf ähnliche Weise wurde auch eine „Werwolf“-Untergrundorganisation mit 36 Mitgliedern in Hildburghausen „liquidiert“ (der Chef der dortigen Operativen Gruppe Hauptmann P. wurde inzwischen verhaftet). Und eine [fiktive] „Werwolf“-Gruppe in Erfurt wurde ebenfalls, nachdem der Fall von mir und dem stellvertretenden Chef des Operativen Sektors Gen. Nikulin überprüft worden war, aus der Haft entlassen.

Eine von der Abteilung für Voruntersuchungen verhaftete Gruppe von sieben Mitarbeitern der Kriminalpolizei wurde der Untersuchungsabteilung übergeben. Eine verbrecherische Tätigkeit dieser Gruppe konnte durch die Untersuchung nicht festgestellt werden. Der Leitung des Sektors gegenüber wurde die Frage der Freilassung der ganzen Gruppe aufgeworfen, doch Gen. General Beschadow war nur mit der Freilassung von fünf Personen einverstanden, während der Chef der Kriminalpolizei und ein [Kriminal]rat auf seinen Befehl hin ins Sonderlager überstellt werden sollten, was die Abteilung für Voruntersuchungen auch ausführte. Der Chef der Kriminalpolizei Trapse und [Kriminal]rat Reuter waren unterm faschistischen Regime fünf Jahre im Lager Buchenwald. Inzwischen wurden Trapse und Reuter wieder aus dem Sonderlager entlassen. Einige Fälle von Entstellungen in der Ermittlungspraxis werden vom Chef der Untersuchungsabteilung Gen. Gulst<sup>133</sup> auch heute noch verdeckt.

Stellvertretender Chef der [Operativen] Gruppe für den Bezirk Erfurt Major Nisow

*ZA FSB. Archiwno-sledstwennoe delo G. A. Beschadowa (Nr. R-120). Original.*

<sup>132</sup> Nikulin, Dmitri Georgijewitsch (1903–1978), Oberstleutnant; 1945–47 stellvertretender Chef des Operativen Sektors Thüringen.

<sup>133</sup> Gulst, Sinowitsch Naumowitsch (1909–), Oberst; ab 1931 in den Staatssicherheitsorganen in Grusien tätig; ab Apr. 1946 Chef der Untersuchungsabteilung des Operativen Sektors Thüringen, ab Nov. 1946 Chef der MGB-Bezirksverwaltung in Güstrow, ab Apr. 1947 wieder in der grusinischen Staatssicherheit. Apr. 1954 aus MWD entlassen und 1959 KPdSU-Ausschluß.

## **Nr. 132. Beschreibung der Handlungen der Wachgarnison für das Gefängnis Lichtenberg zur Vereitelung eines Ausbruchs von Gefangenen. 10. Oktober 1946**

### **Beschreibung**

der Handlungen der Garnison der 1. Schützenkompanie des 1. Schützenbataillons des 38. Schützenregiments der Inneren Truppen des MWD, Träger des Kutusow-Ordens, zur Bewachung des Gefängnisses Nr. 6 in Berlin-Lichtenberg (9020)

#### 1. Die Situation:

Eine Gruppe von fünf deutschen Gefangenen – Hans<sup>134</sup> Berger, Gustav Kestingschäfer, Emil Schmidt, Ferdinand Tille und Hans<sup>135</sup> Frenz –, die sich im Lichtenberger Gefängnis Nr. 6 befanden und die vom Militärtribunal zum höchsten Strafmaß – Erschießen – verurteilt worden waren, hatten schon lange einen Überfall auf die Wachmannschaft des Gefängnisses vorbereitet, um einen Massenausbruch zu begehen.

Am 7. Oktober, 6.00 Uhr hatte der diensthabende Wärter Untersergeant Juschnikow die Gefangenen der 4. Etage des Gefängnisses geweckt. Ein Gefangener von Zelle 124, der zum höchsten Strafmaß verurteilt ist, bat den diensthabenden Wärter Untersergeant Juschnikow darum, ihn zur Verrichtung seiner Notdurft aus der Zelle abzuführen. Als Untersergeant Juschnikow den Gefangenen aus der Zelle abführte und danach die Zelle wieder verschließen wollte, gab der Gefangene Juschnikow von hinten einen Schlag mit einem Brett auf den Kopf (das Brett hatte der Gefangene aus der Zelle mitgenommen), so daß Juschnikow das Bewußtsein verlor und hinfiel. Danach nahm der Gefangene Juschnikow die Schlüssel ab und öffnete die Zelle, in der sich noch vier ebenfalls zum höchsten Strafmaß verurteilte Gefangene befanden, und ließ sie heraus. Die Gefangenen versetzten Untersergeant Juschnikow noch weitere Schläge, warfen ihn in die Zelle und verschlossen die Tür. Danach gelang es den Gefangenen noch, Zelle Nr. 127 aufzuschließen, deren Insassen sie ebenfalls zur Flucht aufforderten.

Zu dieser Zeit bemerkte Wärter Kuschnerek, der in der 3. Etage Dienst hatte, Lärm von oben und begab sich rasch in die 4. Etage. Als er sah, was vorgefallen war, gab er dem Diensthabenden des Gefängnisses das Alarmsignal. Auf den Alarm hin eilte eine Gruppe von Wärtern in die 4. Etage. Die Gefangenen leisteten dem Kommando Widerstand, doch als sie die Aussichtslosigkeit des Widerstands sahen, stürzten sie in verschiedene Richtungen davon, um zu fliehen.

Der Diensthabende des Gefängnisses Obersergeant Filatow benachrichtigte den Wachposten der Garnison Soldat Umarow und den Militärkommandanten der Lichtenberger Kommandantur über den Überfall der Gefangenen auf die Wärter.

#### 2. Handlungsweise der Garnison:

Nachdem Wachposten Nr. 1 der Wachgarnison von Gefängnis Nr. 6 Soldat Umarow vom Diensthabenden des Gefängnisses Obersergeant Filatow das Signal bekommen hatte, gab er drei Schüsse ab. Der Diensthabende der Garnison Soldat Baranowski hörte die Schüsse des Wachpostens, erkannte die Situation, löste Kampfalarm für die Truppe aus und erstattete dem Chef der Garnison Leutnant Pristanskow Meldung über die Lage.

Der Chef der Garnison Leutnant Pristanskow und der zu dieser Zeit in der Garnison weilende Komsomolorganisator des Bataillons Unterleutnant Jurewitsch entschieden sich dafür, das Gefängnis mit 14 Mann der Garnison und 30 Mann des Zuges der Lichtenberger Kommandantur, der zur Verstärkung alarmiert worden war, abzusperren.

---

<sup>134</sup> Vorlage: „Hasch“.

<sup>135</sup> Vorlage: „Hanj“.

Die Absperrung wurde ausgeführt. Sie hatte zum Ziel, die Flucht von Gefangenen zu verhindern, falls diese bis in die Außenzone der Bewachung des Gefängnisses vordringen. Die zur Absperrung eingesetzten Kräfte wurden jeweils im Abstand von drei bis fünf Metern voneinander postiert, so daß das Gefängnis mit den Kräften der Garnison und mit dem Zug der Kommandantur völlig abgeriegelt war.

Gleichzeitig erhielt eine Gruppe der Reserve mit sieben Mann unter dem Kommando von Obersergeant Minin die Aufgabe, den Überfall von außen zurückzuschlagen.

Um Hilfe zu leisten und Einzelheiten des Überfalls der Gefangenen auf die innere Wache auszukundschaften, wurde unverzüglich eine Gruppe von drei Mann mit Unterleutnant Jurewitsch und den Soldaten Klimuschkin und Prjadiltschikow ins Gefängnisgebäude geschickt.

Nachdem zu erkennen war, daß nur fünf Gefangene aus einer Zelle entkommen waren, beteiligte sich die Gruppe nicht weiter an deren Ergreifung innerhalb des Gefängnisses, da hierfür die Kräfte des Kommandos der Wärter völlig ausreichten. Denn von den fünf Gefangenen, die ihre Zelle verlassen hatten, waren bereits drei beim Widerstand gegen das Kommando getötet worden. Den übrigen beiden war es gelungen, sich von der 4. Etage des Gefängnisses zu entfernen. Ein Gefangener hatte sich auf den Dachboden geschlichen, hatte eine Öffnung ins Dach gebrochen und versuchte, über diese Öffnung zu fliehen. Doch es gelang ihm nicht, aus dem Gefängnisgebäude zu entkommen, er wurde vom Kommando entdeckt und getötet. Der andere Gefangene war nach unten auf den Gefängnishof gelaufen und hatte sich hinter Kohlen versteckt, doch 20 Minuten nach dem Überfall wurde auch er entdeckt.

Im Ergebnis konnte durch die rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen eine Massenflucht von Gefangenen verhindert werden.

Bei den Zusammenstößen wurden vier Gefangene getötet und einer schwer verwundet. Bei der Garnison gab es keine Verluste.

Einer der Wärter, Untersergeant Juschnikow, wurde schwer verletzt. Angesichts seines bedenklichen Zustands wurde er ins Lazarett gebracht.

Kommandeur des 1. Bataillons des 38. Schützenregiments der Inneren Truppen des MWD,  
Träger des Suworow-Ordens, Major Baranow

Chef des Bataillonsstabs Hauptmann Stepanow

*RGWA 32925/1/102, Bl. 139-140. Original.*

**Nr. 133. Meldung des amtierenden Kommandeurs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Borodkin an den Chef der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Generalmajor Kusnezow über die Flucht eines deutschen Gefangenen aus den Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 18 in Berlin. 29. November 1946**

Geheim

Nr. 1/III-02529

Ich melde, daß am 26. November 1946, 7.40 Uhr der inhaftierte Deutsche Karl Hofke, Jahrgang 1911, geboren und wohnhaft in Berlin-Weißensee, Wernerstraße 7, aus den Untersuchungshaftzellen der Operativen Gruppe Nr. 18 entflohen ist.

Die Flucht ist auf ein Verschulden des Wärters der Operativen Gruppe Wladimir Tkatschenko zurückzuführen und erfolgte unter folgenden Umständen:

Um 7.00 Uhr, nach dem Wecken der Insassen, befahl Wärter Tkatschenko zwei Gefangenen, den Flur der Untersuchungshaftzellen zu reinigen. Nach Abschluß der Reinigungsarbeiten



führte Tkatschenko den Gefangenen Karl Hofke in den Dienstraum der Wächter und befahl ihm, auch diesen zu säubern, während er sich mit einem anderen Gefangenen in den Zellentrakt begab.

Der Gefangene nutzte die Abwesenheit des Aufsehers, um zur Treppe zu gelangen, stieg dann auf den Dachboden, lief eine andere Treppe hinab zum Eingang Nr. 10, der von niemandem bewacht wurde, und flüchtete.

Nach Entdeckung der Flucht wurden die Keller sämtlicher Häuser des Blocks durchsucht, eine Streife in den Abschnitt Weißensee entsandt und ein Hinterhalt in der Wohnung des Karl Hofke gelegt.

Der angeforderte Suchhund nahm im Dienstraum des Wachhabenden die Witterung auf, folgte der Spur auf den Dachboden, lief über den Eingang Nr. 10 auf die Straße und blieb an einer Straßenbahnhaltestelle stehen.

Weitere Fahndungsmaßnahmen blieben erfolglos.

Der Wachhabende von Posten Nr. 1 (siehe Schema<sup>136</sup>) ist für die Überwachung der Untersuchungszellen im Abschnitt zwischen den Eingängen Nr. 2 und Nr. 6 zuständig. Der Eingang Nr. 10 befindet sich außerhalb des bewachten Objekts und ist nicht gesichert.

Der gemeldete Zwischenfall konnte sich nur ereignen, weil die Türen des Dachbodens geöffnet waren. Die Wärter selbst hatten die Türen geöffnet, um eine Verbindung zwischen den Eingängen über den Dachboden herzustellen, worüber der Garnisonschef Leutnant Ignatjew den Chef der Operativen Gruppe seinerzeit informiert hatte, ohne daß irgendwelche Maßnahmen ergriffen worden wären.

Amtierender Regimentschef Oberstleutnant Borodkin  
Stabschef Major Golin

*RGWA 32925/1/102, S. 188. Original.*

## **Nr. 134. Jahresbericht über die militärische und operativ-dienstliche Tätigkeit des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen des MWD in Deutschland für das Jahr 1946. 21. Januar 1947**

Streng geheim

1/00130

### **Jahresbericht**

über die militärische und operativ-dienstliche Tätigkeit des 105. Riga-Schützenregiments  
der Inneren Truppen des MWD, Träger des Rotbannerordens, für 1946

Karte 1:200.000-41 und Berliner Stadtplan 1:25.000-45

#### 1. Operative Lage:

Im Berichtszeitraum wurden im Stationierungsgebiet der Untereinheiten des Regiments Aktionen der faschistischen Untergrundorganisation „Werwolf“ und einer faschistischen Jugendorganisation unter der Bezeichnung „Saxophonisten“ festgestellt.

Die Organisation der „Saxophonisten“ wurde im August 1946 aufgedeckt, sie bestand aus Mitgliedern der ehemaligen „Hitlerjugend“.

---

<sup>136</sup> Das im Dokument genannte Schema wird hier nicht abgedruckt.

Als Erkennungszeichen trugen die Mitglieder der Organisation auf der Innenseite des Jackettaufschlags als Abzeichen eine Nadel mit der Nachbildung einer weißen Blume, einer Gitarre oder eines Saxophons. Jeder von ihnen hatte eine Feuerwaffe und trug einen Decknamen.

Die Aktionen der beiden genannten Untergrundorganisationen richteten sich im wesentlichen darauf, die von den Besatzungstruppen eingeleiteten Maßnahmen zu untergraben, um dadurch die Demokratisierung Deutschlands aufzuhalten.

Hauptaufenthaltssorte der Mitglieder der „Saxophonisten“ waren der Stadtbezirk Neukölln sowie der Grunewald und der Stadtforst (amerikanische Besatzungszone).

Die Mitglieder der genannten Organisation kamen auch häufig in das Restaurant „Platz“ (sowjetische Besatzungszone).

Im August wurden 27 Mitglieder der „Saxophonisten“ von den amerikanischen Besatzungstruppen gefaßt.

In den folgenden Monaten wurden keine aktiven Handlungen dieser Organisation mehr registriert.

Zur praktischen Tätigkeit der faschistischen Organisationen „Werwolf“ und der „Saxophonisten“ im zurückliegenden Jahr gehörten antisowjetische Agitation, Einschüchterung der Bevölkerung, die der Sowjetischen Armee gegenüber loyal eingestellt ist, sowie Terror gegen Angehörige der Sowjetarmee und führende Vertreter der demokratischen Parteien.

Die Aktivitäten der faschistischen Elemente und des Untergrunds, die sich gegen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der SMAD richteten, wurden von den Militärbehörden der alliierten Staaten toleriert und begünstigt.

Besondere Aktivität zeigten die Untergrundorganisationen bei der Sabotierung der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen im Oktober<sup>137</sup>.

Beide Untergrundorganisationen sahen die Wiederherstellung des alten nazistischen Regimes als ihre Hauptaufgabe an.

In den ersten Monaten des Jahres konzentrierte sich die Organisation „Werwolf“ auf anti-sowjetische Agitation und die Propagierung ihrer Ideen unter der Bevölkerung. Zur Jahresmitte wurden die Mitglieder dieser Organisation aktiver und verübten Terroranschläge auf Angehörige der Sowjetarmee. Um das Ansehen der Angehörigen der Sowjetarmee und der lokalen Behörden zu untergraben, verübten sie in Uniformen von Militärangehörigen oder Polizisten Morde und Raubüberfälle.

– Wie sich aus der Vernehmung verhafteter Mitglieder der faschistischen Untergrundorganisation „Werwolf“ durch die 4. Operative Gruppe sowie aus den Aussagen von Angeklagten ergab, wurde die „Werwolf“-Organisation Mitte des Jahres aktiver und verübte an besonders belebten Orten und vor allem nachts Terroranschläge gegen Angehörige der Sowjetarmee. Von den Getöteten nahmen sie Uniformen, Waffen und Papiere und handelten dann unter dem Anschein von Angehörigen der Sowjetarmee.

– In der Nacht zum 24. Januar 1946 wurde in der Nähe des Alexanderplatzes ein Angehöriger der Sowjetarmee von unbekannten Deutschen in sowjetischen Uniformen mit einer Stichwaffe getötet. Die Identität des Militärangehörigen konnte nicht festgestellt werden, da ihm seine Papiere abgenommen worden waren.

Die aufgenommenen Ermittlungen (der Berliner Kriminalpolizei) bestätigten, daß der Mord von Mitgliedern des „Werwolfs“ verübt worden war.

– [Meldung] einer Streife der 16. Operativen Gruppe und der 4. Sicherungseinheit vom 4. März 1946: Bei einem Einbruch in eine Wohnung in Köpenick wurden vier Personen festgenommen.

<sup>137</sup> Bei den Wahlen in Berlin am 20. Okt. 1946 erhielten SPD – 48,7, CDU – 22,1, SED – 19,8 und LDPD – 9,4 Prozent der Stimmen. In Ostberlin: SPD 43, SED 30, CDU 18, LDPD 9 Prozent; in Westberlin: SPD 50,8, CDU 25,9, SED 12,4, LDPD 10,9 Prozent.

Bei ihrer Festnahme leisteten sie bewaffneten Widerstand und einer der Diebe in Polizeiuniform wurde erschossen. Wie die Filtrierung ergab, handelte es sich bei allen um Mitglieder des „Werwolfs“.

Am 2. April 1946, 14.00 Uhr wurde die Telefonverbindung zwischen der 13. Sicherungseinheit und einem Wachposten im Vorort Schönerlinde unterbrochen. Der zur Kontrolle der Leitung ausgesandte Trupp stellte fest, daß in zwei Kilometern Entfernung vom Standort der Einheit aus der Telefonleitung ein 150 Meter langes Stück entfernt worden war, und 200 Meter weiter fanden sie das herausgerissene Stück, aufgehängt auf Pfosten.

In der Nacht vom 18. zum 19. April wurde 300 Meter vom Wachposten entfernt zum zweiten Mal ein Stück von 30 Meter Länge aus der Telefonleitung entfernt.

– Am 24. August 1946 wurde von einer Streife der Kommandantur im Stadtbezirk Lichtenberg bei dem Deutschen Kogel Bausdorf, wohnhaft Helnowerstraße<sup>138</sup> Nr. 14, ein deutsches MG-34 und 489 dazugehörige Patronen beschlagnahmt. Das MG befand sich in einer Scheune, der Lauf war gereinigt, es war gut eingefettet und völlig einsatzbereit. Die Patronen wurden in zwei Blechkästen aufbewahrt, sie befanden sich in schußbereiten Gurten und waren leicht eingefettet.

– In der Nacht vom 20. zum 21. November 1946 wurden an der Endhaltestelle der Straßenbahn Linie 95 an der Krankenstraße im Stadtbezirk Köpenick<sup>139</sup> gegen 23.00 Uhr von drei Unbekannten drei Schüsse auf eine Kommandanturstreife abgegeben. Die Unbekannten flohen in den dortigen Wald.

– Nach Angaben des Chefs der Operativen Gruppe von Angermünde hatten Anfang Dezember Unbekannte eine Eisenbahnbrücke zwischen den Stationen Prenzlau und Angermünde vermint, über die ein Zug mit Reparationsgütern in die Sowjetunion durchgehen sollte. Durch Maßnahmen der operativen Mitarbeiter wurde dieser Diversionsakt vereitelt.

– In der Nacht vom 5. zum 6. Dezember 1946 wurde der Nazi Karl Werner, wohnhaft in Potsdam, Freinbachstraße<sup>140</sup> Nr. 69, von einer Kommandanturstreife entdeckt und gefaßt. Er hatte Kreide in der Hand und hatte faschistische Symbole und Losungen wie „Heil Hitler“ und „Heil Nazipartei“ an die Häuserwände gemalt. Werner wurde in den Operativen Sektor überstellt.

– Am 24. Dezember 1946 hatten Deutsche am Stettiner Bahnhof einen am Kopf schwer verletzten unbekannten Matrosen der Seekriegsflotte geborgen und in das französische Lazarett Nr. 6 gebracht. Er starb kurze Zeit darauf. Die Umstände der Verletzung des Matrosen konnten nicht aufgeklärt werden.

– Am 22. Juli 1946, 22.00 Uhr wurde der Dolmetscher der 5. Operativen Gruppe Peter Sot in einem Restaurant in der Holteistraße in Berlin von zehn Unbekannten in Zivil beraubt und niedergeschlagen, ihm wurden auch die persönlichen Dokumente abgenommen. Die Unbekannten konnten ungestraft entkommen.

– Am 29. September 1946 wurde gegen 20.00 Uhr auf dem Alexanderplatz der Inspektor für Propaganda des Stadtbezirks Mitte Oberleutnant Jemez von drei unbekannten Deutschen niedergeschlagen, ihm wurden auch Verletzungen mit einem Messer zugefügt.

– Am 3. Oktober 1946 wurde gegen 21.00 Uhr auf der Königsberger Straße in der Nähe der Kilchailwenbrücke<sup>141</sup> der Soldat der 478. Kabelkompanie Kowryschkin von unbekannten Personen durch einen Schuß aus einer Feuerwaffe am Knie verletzt.

– Am 22. Juli 1946 hängten Unbekannte auf dem Dach eines Hauses in der Holteistraße ein faschistisches Symbol auf.

---

<sup>138</sup> Vermutlich Hönower Straße, die es im Stadtbezirk Lichtenberg zweimal gibt (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>139</sup> Es könnte sich um die Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 67 am Krankenhaus Köpenick handeln (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>140</sup> So in der Vorlage.

<sup>141</sup> So in der Vorlage.

– Am 14. Oktober 1946 wurde im Verlaufe des Tages von Offizieren der 2. Operativen Gruppe in der Kleinen Alexanderstraße, Bezirk Mitte, fünf Plakate mit antisowjetischen Inhalt gefunden und von den Häuserwänden entfernt.

– Am 12. November 1946 wurden an Haus Nr. 7 in der Dorotheenstraße in Köpenick das faschistische Symbol und Parolen mit antisowjetischem Inhalt gemalt.

– Am 20. November 1946 waren in der Prilingerstraße<sup>142</sup> in Potsdam Plakate mit faschistischen Symbolen geklebt worden. An den Zäunen hatte man antisowjetische Parolen angebracht.

– Am 7. Dezember 1946 erstattete ein Deutscher namens Hesse, wohnhaft Potsdam, Neumannstraße<sup>143</sup> Nr. 14, beim Stadtkommandanten Anzeige; ihm seien in der vorangegangenen Nacht von unbekannten Angehörigen der Sowjetarmee zwei Hühner und ein Kaninchen gestohlen worden.

Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß Hesse eine verleumderische Anzeige erstattet hatte, um lügenhafte Gerüchte über die Angehörigen der Sowjetarmee zu verbreiten.

– Am 14. Januar 1946 wurde im Bezirk Neukölln (amerikanische Besatzungszone) auf einem Plakat der KPD mit großen Buchstaben eine faschistische Parole geschrieben.

– In einigen Briefen, die während einer Filtrierung bei Deutschen beschlagnahmt wurden, standen die beiden Ziffern „88“, was „Heil Hitler“ bedeutet, da der Buchstabe H an 8. Stelle im deutschen Alphabet steht.

Neben dem Terror gegen Angehörige der Sowjetarmee setzte der Untergrund auch die Vergiftung als Mittel der feindlichen Tätigkeit ein, indem Methylalkohol und Holzspiritus als alkoholische Getränke verkauft wurden.

– Am 15. April 1946 gab es eine Massenvergiftung unter Angehörigen der 8. Sicherungseinheit durch eine Flüssigkeit, die bei dem Deutschen Fritz Günsel gekauft worden war. Infolge der Vergiftung starben Soldat Kusnezow und Sergeant Serow, Soldat Choroschilow erblindete. Gefreiter Schewtschenko erlitt nur leichte Vergiftungen und kehrte zur Truppe zurück.

Günsel wurde verhaftet und zur Verantwortung gezogen.

– Am 7. August 1946 kauften Militärangehörige der Abschnittskommandantur des Bezirks Prenzlauer Berg bei einem Deutschen namens Romelt eine Flasche Wodka und nahmen sie mit in die Unterkunft. Vor dem Trinken des Wodkas wurde eine Probe analysiert und es stellte sich heraus, daß der Deutsche unter dem Anschein von Wodka Holzspiritus verkauft hatte.

Der Deutsche Romelt wurde festgenommen.

Im Laufe des Jahres führte neben den Geheimdiensten auch die Aufklärung der alliierten Staaten einen Kampf um die Sympathien der deutschen Bevölkerung für ihre Staaten und zur Kompromittierung der Angehörigen der Sowjetarmee, indem sie in deutsche Zeitungen wie „Kurier“, „Tagesspiegel“ und „Telegraph“, die unter alliierter Lizenz erscheinen, Erdichtungen über Vergewaltigungen und Raubüberfälle durch Angehörige der Sowjetarmee sowie Lügen und Verleumdungen über die Ziele der demokratischen Parteien lancierten.

In ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit interessiert sich die Aufklärung der ausländischen Staaten vor allem für die Anwesenheit und Stärke der in Deutschland stationierten Truppen des MWD, für die Reparationslieferungen und für die Demobilisierung von Angehörigen der Sowjetarmee.

Im Verlaufe des Jahres wurden Aktivitäten der ausländischen Aufklärungsorgane in den Stationierungsräumen der Truppen und der Operativen Gruppen registriert, die das Ziel verfolgten, die Stärke und Gefechtsbereitschaft der Truppen sowie die Arbeitsmethoden der Organe des MWD und des MGB herauszubekommen. Außerdem wurden Daten über die Stimmung in der deutschen Bevölkerung und über deren Einstellung zu Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ gesammelt. Dazu folgende Fakten:

<sup>142</sup> So in der Vorlage.

<sup>143</sup> So in der Vorlage.

– Am 14. September 1946 schlenderte eine unbekannte Deutsche die ganze Zeit durch die Luisenstraße in der Nähe des zentralen Operativen Sektors und betrat regelmäßig den Eingang zum Gebäude des Operativen Sektors. Dem Diensthabenden im Einlaßbüro Hauptfeldwebel Tschernega von der 8. Kompanie kam die Person verdächtig vor, so daß er sie festnahm und dem Operativen Sektor übergab.

Bei der Filtrierung wurde sie als Agentin des amerikanischen Geheimdienstes enttarnt.

– Am 4. Oktober 1946 beobachtete der Dienstälteste einer Wachgruppe an der Reichskanzlei, MPi-Schütze der 1. Schützenkompanie Gefreiter Suchatschew während seines Dienstes, wie ein Deutscher und eine Deutsche, die in der Reichskanzlei arbeiteten, Baumaterial entnahmen, sich in die Straßenbahn setzten und in die amerikanische Besatzungszone fuhren.

Gefreiter Suchatschew beschloß, sie festzunehmen, setzte sich ebenfalls in die Straßenbahn, holte sie ein und forderte sie zur Rückkehr auf. Bei der Festnahme mischte sich eine amerikanische Streife ein und forderte Suchatschew auf, in ein Auto zu steigen und ihnen zur amerikanischen Kommandantur zu folgen, was dieser verweigerte. Die Amerikaner ließen Suchatschew gehen, gaben aber auf ihn einen Feuerstoß aus einer MPi ab und verletzten ihn am linken Fuß. Mit Gewalt setzten sie dann Suchatschew in das Auto und brachte ihn zu ihrer Kommandantur, wo sich die amerikanische Aufklärung für folgende Fragen interessierte:

Wie viele Regimenter des MWD befinden sich in Berlin und wo sind sie stationiert?

Wann gab es eine Demobilisierung von Soldaten aus der Armee, wann wird es eine weitere geben und wie viele wird es betreffen?

Wer ist der Kommandeur des Truppenteils, des Bataillons, was sind deren Dienstgrade, Namen usw.?

– Zur Sammlung von Informationen über die Truppen des MWD, über ihre Aufgaben und ihre zahlenmäßige Stärke in Deutschland wurde von der amerikanischen Aufklärung der Soldat der 5. Schützenkompanie Iljin entführt, der zur Zeit vom Militärtribunal verurteilt wird.

– Am 8. Dezember 1946 gegen 2.30 Uhr hörte der Fahrer des 3. Schützenbataillons Soldat Roschnow, der im Pferdestall Dienst hatte, verdächtige Geräusche, die aus der Richtung der Soldatenkantine zu hören waren. Als sich Roschnow heranschlich, bemerkte er in zehn Meter Entfernung eine verdächtige Person, die über den Drahtzaun kletterte. Als der Unbekannte Roschnow bemerkte, floh er in die Ruine eines Hauses. Von dem alarmierten MPi-Schützenzug wurde er dort festgenommen. Aus der vorläufigen Vernehmung wurde bekannt, daß der Festgenommene im amerikanischen Sektor arbeitet und unter dem Verdacht der Spionage für die Amerikaner steht.

– Am 19. Dezember 1946 hatten Sergeant Piljuschko und Gefreiter Schumeiko (7. Schützenkompanie) in Zivilkleidung Wachdienst am Hotel des Handelsministeriums. Bei der Beobachtung der Umgebung bemerkte Gefreiter Schumeiko einen Unbekannten, der dem Hotelgebäude des Ministeriums gegenüber saß und etwas zeichnete. Der Unbekannte wurde festgenommen und bei der Durchsuchung fand man einen nicht zu Ende gezeichneten Plan vom Gebäude des Hotels des Handelsministeriums.

– Am 25. Mai 1946 wurde von einer Streife der 15. Sicherungseinheit bemerkt, daß in die Gaststätte der Deutschen Isel im Vorort Glienicke regelmäßig ein Unbekannter in der Uniform eines britischen Militärangehörigen einkehrte, nach einiger Zeit aber in Zivil mit der Deutschen Isel die Gaststätte verließ und spazieren ging.

Der Unbekannte wurde festgenommen und der 9. Operativen Gruppe übergeben.

– Aus Informationen der 17. Operativen Gruppe, die sie von Agenten erhielt, wurde bekannt, daß in der Nacht vom 25. zum 26. Juni 1946 von fünf Flugzeugen unbekannten Typs über den Wäldern der Stadtteile Köpenick und Spandau<sup>144</sup> konterrevolutionäre Flugblätter abgeworfen

---

<sup>144</sup> Spandau lag im britischen Sektor von Berlin.

wurden, die die deutschen Jugendlichen dazu aufriefen, in die britische Armee oder Polizei einzutreten. In anderen Flugblättern hieß es: „5 Wochen Krieg oder 20 Jahre Bolschewismus“.

– Nach Hinweisen der Operativen Gruppe von Potsdam wurde am 21. August 1946 ein fünfköpfiger Trupp vom 2. Bataillon unter dem Kommando von Zugführer Unterleutnant Schmali in das Dorf Kleinmachnow geschickt, um dort in einem Haus einen Hinterhalt anzulegen. Im Verlauf von drei Tagen wurden vier Unbekannte, dem äußeren Anschein nach Ortsansässige, gefaßt, die zu einem Treff erschienen waren.

Bei der Durchsuchung der Festgenommenen wurden wertvolle Dokumente und faschistische Literatur beschlagnahmt, die zur Verbreitung unter der Bevölkerung bestimmt war.

Die Festgenommenen werden verdächtig, mit einem ausländischen Geheimdienst in Verbindung zu stehen.

Bis zum 22. April 1946 bestanden in der SBZ vier legale politische Parteien: KPD, SPD, LDPD und CDU<sup>145</sup>. Am 22. April 1946 erfolgte die Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei zur SED. Der sich abspaltende Teil der sozialdemokratischen Partei bildete eine selbständige Partei unter der alten Bezeichnung SPD.

Zwischen den Parteien gab es einen ständigen Kampf, vor allem während der Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD, die die anderen Parteien und die faschistischen Untergrundorganisationen mit aller Kraft zu verhindern versuchten, indem sie Provokationen unternahmen, Verleumdungen ausspreuten, erlogene Gerüchte darüber verbreiteten, daß die Vereinigung der Parteien angeblich auf Druck der Russen hin stattfinde.

In der Zeit der Vereinigung betrieben die anderen Parteien und profaschistische Elemente eine Agitation sowohl gegen Mitglieder der kommunistischen Partei als auch gegen die Sowjetarmee. Es tauchten viele Flugblätter mit antidemokratischem, antisowjetischem Inhalt auf, in denen die SPD-Mitglieder aufgefordert wurden, gegen die Vereinigung mit den Kommunisten aufzutreten.

– Beim Sortieren der Briefe im Hauptpostamt wurde eine Ansichtskarte mit faschistischem Text entdeckt. An der Stelle der Briefmarken standen die vier Buchstaben „SS“ und „SS“<sup>146</sup> mit der Losung „Die Stunde der blutigen Rache hat geschlagen – Deutschland lebt“.

Außerdem wurde ein anonymer Drohbrief an Wilhelm Pieck<sup>147</sup> entdeckt.

– Am 22. April 1946 fanden Mitarbeiter der Kommandantur im Stadtbezirk Prenzlauer Berg ein Flugblatt, das die Jugendlichen dazu aufrief, gegen die Vereinigung Widerstand zu leisten und so zu leben, wie sie, die Jugendlichen, unter Hitler gelebt hatten. Weiter enthielt das Flugblatt den Appell, nicht den Kommunisten zu glauben, da diese angeblich unter dem Druck der Russen die Vereinigung der Parteien anstrebten.

– Nach Informationen der 17. Operativen Gruppe, die am 29. April 1946 von Quelle „P“ eingingen, wurden im britischen und im amerikanischen Sektor Berlins Plakate geklebt, die die SPD-Mitglieder dazu aufriefen, gegen die Vereinigung mit den Kommunisten zur SED aufzutreten.

– Am 20. August 1946 wurden von der Operativen Gruppe in Potsdam zwei deutsche Frauen festgenommen, die Plakate der KPD mit dem Aufruf zur Vereinigung abgerissen hatten.

Auch während der Wahlen zu den kommunalen Selbstverwaltungen<sup>148</sup> intensivierte sich der Kampf zwischen den Parteien.

<sup>145</sup> KPD für: Kommunistische Partei Deutschlands, SPD für: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, LDPD für: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, CDU für: Christlich-Demokratische Union.

<sup>146</sup> So in der Vorlage.

<sup>147</sup> Pieck, Wilhelm (1876–1960), 1918 Mitbegründer der KPD, 1933–45 Exil in der UdSSR; ab 1935 Vorsitzender der KPD und 1946–54 der SED, 1949–60 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1949–60 Staatspräsident der DDR.

<sup>148</sup> Gemeint sind die Gemeinde- und Kreistagswahlen. Sie fanden in der SBZ im Sept. 1946 statt.

– Am 15. September 1946 organisierte der Deutsche Harimann, Einwohner von Köpenick, eine Gruppe von Deutschen, die im Köpenicker Kino „Forum“ mit Lärmen und Pfiffen die Vorführung einer Wochenschau sabotierten, in der Aufrufe der SED zu den bevorstehenden Wahlen gezeigt wurden.

Harimann wurde festgenommen.

– Auf Weisung der sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland wurde im September im Vorort Köpenick eine Maßnahme durchgeführt, bei der Lohnarbeiter und Kleinunternehmer mit dem Ziel erfaßt wurden, sie in Betriebe umzusetzen, die Erzeugnisse für die Ausfuhr in die UdSSR herstellen.

Feindliche Elemente nutzten das zur Agitation gegen die sowjetische Besatzungsmacht aus und verbreiteten erlogene Gerüchte. Sie riefen dazu auf, gegen die SED zu stimmen, die angeblich ein Deutschland ohne Industrie haben will.

Im Kampf zwischen den Parteien geht es hauptsächlich darum, daß jede die Sympathien der Bevölkerung gewinnen will, um auf diese Weise die Mehrzahl der Sitze in den kommunalen Vertretungen zu erlangen.

Mit diesem Ziel führten die SPD, die LDPD und die CDU eine verleumderische Agitation gegen die SED, indem sie verkündeten, diese Partei sei von den Russen geschaffen worden, daß alle Exzesse in Deutschland von den Russen kämen und daß alle, die das nicht wollen, gegen die SED stimmen müßten.

– SPD-Mitglieder agitierten während der Wahlen unter der Bevölkerung folgendermaßen: „... erst mit dem Eintreffen der Streitkräfte der Sowjetunion breiteten sich in Deutschland Geschlechtskrankheiten, Diebstähle und Bandenkriminalität aus. Das alles brachten die Russen aus dem Osten mit. Wer das nicht will, muß gegen die SED stimmen, denn diese wird von den Russen unterstützt“.

Die reaktionären Elemente bauen in ihrem Kampf gegen die demokratischen Umgestaltungen in Deutschland auf die direkte Unterstützung der alliierten Staaten.

– Die Deutsche Ursula Groll, wohnhaft Berlin, Prenzlauer Allee 4, erklärte am 4. September 1946 in einem Restaurant im Kreise von Vertrauten: „Die Vereinigung von sozialdemokratischer und kommunistischer Partei erfolgte im direkten Auftrag Moskaus. Deshalb müssen wir mit allen Mitteln und Kräften die Arbeit der SED untergraben. Künftig werden uns die Engländer und die Amerikaner in diesem Kampf unterstützen.“

Beim Eintreffen der Sowjetarmee in Deutschland empfand die deutsche Bevölkerung unter dem Einfluß der Propaganda, die vom Propagandaministerium der Hitler-Regierung betrieben worden war, Furcht und sogar tierische Angst um ihr Leben. Als in der Folgezeit die Bevölkerung sah, welche Einstellung die Sowjetarmee tatsächlich ihr gegenüber hatte, begann sie sich loyal zur Sowjetarmee und zu den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht zu verhalten.

Mit der Ankunft der Alliierten in Berlin häuften sich unter dem Einfluß der Agitation des Untergrunds in den alliierten Zonen und der reaktionären Parteien unter der deutschen Bevölkerung feindliche Äußerungen über die Sowjetarmee und die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsbehörden.

Die Bevölkerung in der SBZ sympathisiert am meisten mit der SED, die sich loyal zur sowjetischen Militäradministration und zur Sowjetarmee verhält, doch einzelne Ausschreitungen von Militärangehörigen und die Handlungen von Banditen, die sich mit [sowjetischen] Uniformen verkleiden, untergraben ernsthaft das Ansehen der Sowjetarmee unter der deutschen Bevölkerung.

Das deutsche Volk bekundete sein Streben nach Demokratie vor allem bei der Demonstration zum 1. Mai 1946 in Berlin.

An dieser Demonstration nahmen 250.000 Menschen teil, davon:

- aus dem sowjetischen Sektor: 173.000,
- aus dem amerikanischen Sektor: 30.000,

- aus dem britischen Sektor: 19.000,
- aus dem französischen Sektor: 28.000.

Die Demonstrationzüge bewegten sich in allen Sektoren unter den Fahnen der alliierten Staaten und standen unter Losungen wie „Es lebe das Bündnis der Arbeiterklasse Deutschlands“, „Wir trennten uns von Hitler und Mussolini, wann werden wir mit Franco Schluß machen?“<sup>149</sup>, „Für Freiheit und Freude in der Welt“, „Wir sind gegen Reaktion und Militarismus“.

Auf der Kundgebung sprachen Vertreter der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei, ihre Reden wurden mit stürmischem Applaus und dem Gesang der Internationale aufgenommen.

Im abgelaufenen Jahr wurden im Stationierungsgebiet des Regiments immer wieder Fälle von [kriminellen] Handlungen einzelner Banditen bzw. von Gruppen registriert. Die Bandenriminalität ging aus von Militärangehörigen, die aus ihrem Truppenteil desertiert waren, von Repatrianten, von ehemaligen Militärangehörigen, die nach der Demobilisierung in Deutschland geblieben waren, aber auch von Personen aus der deutschen Bevölkerung. Die Banditen handelten üblicherweise in kleinen Gruppen von zwei bis zehn Leuten, sie verfügten über Waffen und gefälschte Papiere.

In deutschen Privatwohnungen, vor allem auf dem Gebiet der [west]alliierten Sektoren, suchten die verbrecherischen Elemente Deckung.

Manche Banditen und ihre Handlungen wurden von den [west]alliierten Militärbehörden begünstigt, einige agierten sogar mit deren Kenntnis.

Manche Banden verfügten über Siegel und Stempel von militärischen Einheiten, mit deren Hilfe sie gefälschte Dokumente aller Art anfertigten, was ihnen die Möglichkeit gab, überall in Deutschland zu wohnen und sich frei zu bewegen. Dazu folgendes:

Im Verlauf des Jahres wurde von Banditen entwendet: Siegel und Stempel von Feldpostnummer 28188, Siegel von Feldpostnummer 13269, Stempel von Feldpostnummer 13269, Stempel der Hauptkommandantur für Offiziere.

Aktionsräume der Banditen sind öffentliche Orte wie Märkte, Bahnhöfe, die Umgebung von Kinos, Restaurants, Geschäfte, abgelegene Vororte usw.

Ihre praktischen Aktionen bestehen hauptsächlich aus Raubüberfällen auf die ortsansässige Bevölkerung, aus der Ermordung von Einheimischen und einzelner [sowjetischer] Militärangehöriger, letzteres mit dem Ziel, sich Waffen, Dokumente und Uniformen anzueignen.

Im Jahr 1946 wurden 72 Fälle von Bandenriminalität registriert, davon

gegen Militärangehörige:

- Überfälle auf einzelne oder Gruppen von Militärangehörigen – 17

Dabei:

- Ermordete – 11
- Verwundete – 5

gegen die Bevölkerung und die Machtorgane:

- Raubüberfälle und Gewaltakte gegen die Bevölkerung – 55

Dabei:

- Ermordete – 22
- Verwundete – 9

Sehr charakteristisch sind folgende Fälle:

– Am 6. Februar 1946 wurde von der 6. Sicherungseinheit unter Leutnant Tschernenko die Bande „Lentschik“ ausgehoben, in deren Besitz Siegel und Stempel von Feldpostnummer

<sup>149</sup> Hitler, Adolf (1889–1945), ab 1921 Parteichef der NSDAP, 1933–45 deutscher Reichskanzler. – Mussolini, Benito (1883–1945), Führer der italienischen Faschisten und Ministerpräsident Italiens von 1922 bis 1943. – Franco, Francisco (1892–1975), Generalissimus; Oberbefehlshaber der spanischen Streitkräfte von 1935–39 und ab 1939 bis zu seinem Tod spanischer Staatschef.



28188 waren. Die Banditen verfügten über Schußwaffen, Pistolen und die nötige Menge an Munition.

(Siehe ausführlicher im Abschnitt „Typische Fälle von Festnahmen“)

– Am 27. Januar 1946 wurde im Stadtbezirk Wedding (französischer Sektor) von der Aufklärungsabteilung des Regiments eine Bande von neun Personen festgenommen, die unter dem Schutz der französischen Kommandantur operierte. Mit deren Wissen stahlen sie Lebensmittel aus deutschen Geschäften.

Die Bande bestand aus fünf Angehörigen der Sowjetarmee, die von ihren Truppenteilen desertiert waren, und vier Deutschen.

Chef der Bande war der ehemalige Militärangehörige Pokunow, der von der französischen Aufklärung als Agent angeworben wurde und Spionageaufträge erhielt, die auf die Untergrabung der Kampffähigkeit der Sowjetarmee gerichtet waren.

Die Bande Pokunows war mit Wissen der französischen Kommandantur entstanden.

– Am 23. März 1946 fand man an der Grenze zwischen den Stadtbezirken Prenzlauer Berg und Wedding (französischer Sektor) zwei Leichen von Angehörigen der Sowjetarmee. Bei der Untersuchung der Leichen wurde festgestellt, daß sie aus nächster Nähe mit Genickschüssen ermordet worden waren. Aus welchem Truppenteil die Militärangehörigen kamen, ließ sich nicht feststellen, da sie keine Papiere bei sich hatten.

Ortsansässige sagten aus, daß zwei Unbekannte in Zivil nach dem Mord in den französischen Sektor geflohen waren.

– Am 23. März 1946 fand man im Gebiet zwischen Bahnhof Gesundbrunnen und Falkplatz an der Grenze zum französischen Sektor zwei Leichen – die einer Frau und die eines Halbwüchsigen.

– Am 30. Juli 1946 gingen die Angehörigen eines in Tainitz<sup>150</sup> stationierten Regiments für Genesende Major Lukaschin und Oberleutnant Schadrin in die Gaststätte „Niwa“ und lernten dort den Chauffeur Lopak (einen Jugoslawen) kennen, mit dem sie verabredeten, daß er sie zur Weidenstraße Nr. 5 fährt. Außerdem sollte ein Unbekannter mitgenommen werden, der zum Anhalter Bahnhof wollte. Der Major und der Oberleutnant wurden zur genannten Adresse gefahren, danach ging die Fahrt zum Bahnhof weiter. Unterwegs verletzte der unbekannte Militärangehörige mit einem Pistolenschuß den Chauffeur am Hals, danach floh er.

– Am 19. August 1946 verhaftete eine Kommandanturstreife in Berlin einen Oberleutnant des 27. Selbständigen Regiments der Offiziersreserve, der am 16. Februar 1946 in ein Lazarett für Geschlechtskrankheiten geschickt worden war, aber nicht dorthin fuhr, sondern im amerikanischen Sektor blieb, wo er den Deserteur der Sowjetarmee Nossow und den Deutschen Pahl kennenlernte. In der Folgezeit fuhren die drei zu belebten Orten und beraubten die Bevölkerung.

– Am 31. Juli 1946 traten am Anhalter Bahnhof zwei Unbekannte in sowjetischen Uniformen, ein Oberleutnant und ein Soldat, auf den Leutnant der tschechoslowakischen Armee Ljaimer zu, der zur tschechoslowakischen Militärmission in Berlin abkommandiert war, und forderten ihn auf, seine Papiere vorzuweisen, nachdem sie sich als Mitarbeiter der MWD-Truppen vorgestellt hatten.

Leutnant Ljaimer zeigte seine Papiere, die Unbekannten kontrollierten die Dokumente, gaben sie zurück und forderten ihren Besitzer auf, im Auto mit zur Militärkommandantur zu kommen, angeblich zu einer sorgfältigeren Kontrolle.

Sie fuhren nach Blankenburg (Stadtbezirk Pankow), entwendeten die [Personal]-Papiere, eine Geldsumme von 3.600 Mark, eine goldene Uhr und zwei Koffer. Sie konnten ungestraft fliehen.

– Am 2. August 1946 kamen zu dem deutschen Geschäftsmann Johann Strauß, wohnhaft am Stadtbad<sup>151</sup> (Stadtbezirk Lichtenberg), drei Unbekannte, die sich als Kriminalpolizisten vorstellten und eine Haussuchung vornahmen. Bei dieser Haussuchung wurden entwendet: elf Brillanten-

---

<sup>150</sup> Möglicherweise handelt es sich um den Ort Teupitz südöstlich von Berlin. (Anm.d. Übers. R. S.).

<sup>151</sup> Das Lichtenberger Stadtbad befindet sich in der Atzpodienstraße (Anm. d. Übers. R. S.).

ringe, acht goldene Uhren, 21 goldene Ketten aus der Schweiz und 75.000 Mark. Danach konnten die Unbekannten ungestraft entkommen.

– Am 1. Oktober 1946 kamen gegen 23.00 Uhr drei Russen in Uniform zu der Deutschen L., wohnhaft Lindenallee Nr. 56, in die Wohnung. Nachdem sie Abendbrot gegessen hatten, versuchten die Unbekannten eine der Töchter zu vergewaltigen. Dieser gelang es, sich loszureißen und in den Hausflur zu entkommen, wo sie von zwei Banditen, die ihr gefolgt waren, mit einem Kopfschuß aus einer Pistole getötet wurde. Die zweite Tochter sprang aus der zweiten Etage aus dem Fenster und verletzte sich schwer.

Der in der Wohnung zurückgebliebene dritte Bandit stahl aus dem Schrank zwei Mäntel und ein Kleid und konnte wie die beiden anderen Banditen fliehen.

– Am 19. Oktober 1946 um 20.00 Uhr wurden der Deutsche Franz Keller und seine Frau Charlotte in ihrer Wohnung im Stadtbezirk Lichtenberg, Köpenicker Straße Nr. 48, von Unbekannten mit Pistolenschüssen getötet.

Die Unbekannten stahlen Sachen aus der Wohnung und entwendeten einen Pkw.

– Am 26. Oktober 1946 wurde in einem abgelegenen Forsthaus, fünf bis sechs Kilometer nordwestlich von Fürstenwalde (0632), Untersergeant Wjalow getötet. Die Unbekannten nahmen einen Revolver („Nagan“ 19151) an sich und flohen in unbekannte Richtung.

– Am 22. November 1946 nahm die Berliner Kommandantur wegen Desertion die Soldaten S. und P. vom 269. Schützenregiment der 88. Taron-Schützendivision fest. Beide waren im September aus ihrer Einheit desertiert und lebten seitdem in den [west]alliierten Sektoren Berlins, wo sie Raubüberfälle verübten. Anführer der Bande war Soldat P.

– Am 23. Dezember 1946, gegen 1.00 Uhr, wurde die Frau des Angehörigen der Sowjetarmee Oberleutnant N. von einer Bande am Tor eines Militärobjekts (Potsdam) aufgehängt.

– Es wurde festgestellt, daß an der Straße Potsdam-Teltow nach wie vor eine große Bande (20 bis 25 Personen) agiert, die mit Pistolen bewaffnet ist und vor allem aus ehemaligen, aus ihren Truppenteilen desertierten Angehörigen der Sowjetarmee sowie aus Repatrianten besteht.

Die Bande wird von einem ehemaligen Feldwebel der Sowjetarmee angeführt.

Neben den Aktivitäten von moralisch verkommenen Personen aus den Reihen der Sowjetischen Armee wurden auch Fälle registriert, daß als Russen getarnte Deutsche Raubüberfälle und Vergewaltigungen verübten:

– Am 23. Februar 1946 um 4.30 Uhr wurden von der Kommandanturstreife im Stadtbezirk Weißensee fünf Deutsche festgenommen, die ein Geschäft ausraubten und sich dabei auf Russisch unterhielten.

– Am 18. September 1946 nachts 3.00 Uhr drangen im Stadtteil Lichterfelde, Reischigerstraße<sup>152</sup> Nr. 7, bei der Deutschen Marilza drei Bewaffnete in Zivil ein, drohten ihr mit der Waffe, stahlen ihr 3.000 Mark und schlugen sie. Auf ihre Schreie hin kam ihr Neffe herbei, den die Banditen ebenfalls mit der Waffe bedrohten. Als dieser aus dem Fenster sprang, um nach Hilfe zu rufen, gaben die Banditen mehrere Schüsse auf ihn ab und flohen danach.

– Am 19. September 1946 kamen im Stadtbezirk Reinickendorf, Braunenstraße<sup>153</sup> Nr. 35, um 18.30 Uhr zwei Männer in das Geschäft des Uhrmachers Max Straßenburg und wollten das Geschäft ausrauben. Als sich der Uhrmacher wehrte und um Hilfe rief, versetzten ihm die Diebe einen Beilhieb auf den Kopf und versuchten zu fliehen, doch einer von ihnen wurde von der Polizei gefasst. Wie sich herausstellte, war der Festgenommene ein Deutscher namens Josef Miknosko, der als Fleischer arbeitete.

Im Verlaufe des Jahres gab es Fälle von Ausschreitungen, die von sowjetischen Militärangehörigen begangen wurden, darunter Raubüberfälle, Vergewaltigungen und Morde. Solche

<sup>152</sup> So in der Vorlage. Lichterfelde lag im amerikanischen Sektor von Berlin.

<sup>153</sup> So in der Vorlage. Reinickendorf lag im französischen Sektor von Berlin.

Fälle häuften sich besonders während der Demobilisierung, als die Ausschreitungen mancherorts Gruppencharakter annahmen.

Ausschreitungen begingen auch Personen, die ins Lazarett geschickt wurden bzw. von dort zurückkehrten, sowie Militärangehörige, die auf der Suche nach ihrem Truppenteil waren und sich frei von der Kontrolle durch ihre Kommandeure fühlten.

Die Leitungen mancher Lazarette verhielten sich nachlässig bei der Ausstellung der Papiere für die Entlassenen. Sie gaben nicht genau an, wann diese sich bei ihrem Truppenteil wieder einzufinden haben, wodurch die Militärangehörigen ungewollt die Möglichkeit erhielten, in Privatwohnungen zu leben und Raubtaten zu begehen.

– Am 1. Januar 1946 wurde von einem Kommando der 6. Sicherungseinheit in einem deutschen Restaurant am Alexanderplatz eine fünfköpfige Gruppe festgenommen, bei der es sich um Angehörige der Sowjetarmee der Selbständigen Kfz-Kompanie bei der Zentralen Kommandantur Berlins handelte. Über einen längeren Zeitraum hatte die Gruppe Raubtaten gegen die Bevölkerung verübt.

– Am 4. Januar 1946 nahm die Kommandantur des Stadtbezirks Mitte drei Angehörige der Sowjetarmee fest, die sich in Berlin aufhielten und unter dem Anschein, ihren Truppenteil zu suchen, in Wirklichkeit Raubtaten und Vergewaltigungen verübten.

– Am 9. September 1946 verübten die Angehörigen des 20. Selbständigen Disziplinar-Bataillons Oberleutnant B., Sergeant P. und Soldat T., die sich auf der Durchreise auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin aufhielten, einen bewaffneten Raubüberfall, der dem Gepäck auf dem Bahnsteig galt, das in die Waggons verladen werden sollte. Bei dem Versuch ihrer Festnahme durch die Kommandanturstreife ergriffen sie die Flucht und eröffneten das Feuer, wobei ein Angehöriger der Streife leicht an der Schulter verletzt wurde. Die zur Unterstützung eintreffenden Soldaten der Etappensperkkommandantur faßten die Plünderer Oberleutnant B. und Sergeant P., während T. bei dem Feuerwechsel getötet wurde.

– Am 15. September 1946 gingen der Oberleutnant der 25. Beutebrigade Sch. und der Kommandeur des Kfz-Zuges dieser Einheit Leutnant D., beide stark angetrunken, in die Wohnung der Deutschen Charlotte A., wohnhaft Ackerstraße Nr. 73 (französischer Sektor) und zerschnitten mit einem Rasiermesser die Kleidung an der Garderobe. Sch. und D. wurden festgenommen.

– Am 3. Oktober 1946 entwendeten die Militärangehörigen beim Bevollmächtigten des Sonderkomitees beim Ministerrat der UdSSR in Deutschland<sup>154</sup> Sergeant B. und die Soldaten K., Je. und K. vom Hof der Deutschen Martha Gädeck (Stadtbezirk Köpenick) ein Schaf und schlachteten es. Das Fleisch übergaben sie dem Deutschen Anton Felik zur Aufbewahrung. Die Marodeure wurden festgenommen.

– Am 6. Oktober 1946 um 20.00 Uhr begann der Gehilfe des Chefs der operativen Erfassungsabteilung der Selbständigen Beutebrigade der 5. Stoßarmee Hauptmann S. in einem deutschen Restaurant im Stadtbezirk Weißensee in volltrunkenem Zustand mit seiner Pistole ziellos um sich zu schießen, wobei der Deutsche Idol Fischer an der Hand verletzt wurde. S. wurde festgenommen.

– Am 6. Oktober 1946 ging der Mitarbeiter der Abteilung Spionageabwehr der 2. Mechanisierten Division Oberleutnant F. im betrunkenen Zustand in ein neu eröffnetes deutsches Volkshaus, wo gerade eine Versammlung von Deutschen stattfand, und schrie: „Ich bin Kommunist, und ihr seid alle Faschisten“. Einer der Deutschen, der die russische Sprache beherrschte, ging zu ihm und sagte, daß sich unter den Deutschen auch Kommunisten befänden. F. gab diesem

---

<sup>154</sup> Der Bevollmächtigte des Sonderkomitees beim Ministerrat der UdSSR für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in den von den deutschen Okkupanten befreiten Gebieten in der SBZ, vgl. hierzu: Ciesla, Burghard: Der Bevollmächtigte des „Sonderkomitees für Deutschland“ in der SBZ, in: SMAD Handbuch 2009, S. 91-99.

Deutschen zwei Faustschläge ins Gesicht. Die über F.s Verhalten empörten Deutschen schlugen Lärm, woraufhin dieser seine Pistole zog und die Deutschen bedrohte.<sup>155</sup>

– Am 14. November 1946 wurden von der Militärkommandantur die Militärangehörigen beim Bevollmächtigten des Sonderkomitees beim Ministerrat der UdSSR in Deutschland (Feldpostnummer 75462) Obersergeant K. und Soldat P. festgenommen, die auf der Straße nach Müggelheim (Köpenick) über längere Zeit 14 bewaffnete Raubüberfälle auf Deutsche verübt hatten.

– Am 24. November 1946 fuhr der Sergeant des 240. Granatwerferregiments der 6. Mechanisierten Division B. in der Uniform eines Leutnants der Sowjetarmee ohne Dienstauftrag nach Berlin, betrank sich in einem deutschen Restaurant im Stadtbezirk Pankow und versuchte, eine Deutsche zu vergewaltigen. B. wurde von der Kommandantur festgenommen.

### Schlußfolgerungen:

1. Im Vergleich zum Vorjahr verstärkten die faschistischen Untergrundorganisationen ihre Konspiration. In ihrem Kampf gegen die Besatzungsmacht begannen sie außer Terror auch folgende Methoden anzuwenden: raffinierte Agitation gegen die sowjetischen Truppen und die lokalen Machtorgane, Kompromittierung der Angehörigen der Sowjetarmee, indem Raubüberfälle auf Deutsche und Vergewaltigungen in sowjetischen Uniformen verübt werden, Ausnutzung des Kampfes zwischen den deutschen Parteien für die Untergrabung des Ansehens der SED und der Sowjetarmee.

2. Die feindlichen Elemente fanden Zuflucht und sogar Deckung bei den [west]alliierten Besatzungsbehörden. An folgenden Orten waren die Aktivitäten feindlicher Elemente am intensivsten: Prenzlauer Berg, Köpenick, Treptow, Friedrichshain, Neukölln, Grunewald, Stadtforst, Potsdam, Angermünde und Belzig.<sup>156</sup>

3. Im Verlauf des Jahres verstärkten die Geheimdienste ausländischer Staaten ihre Tätigkeit.

4. Zur Veränderung der Lage im zurückliegenden Jahr trugen vor allem zwei Faktoren bei: die Vereinigung von SPD und KPD und die Kommunalwahlen; denn in dieser Zeit konzentrierten alle Kräfte des Untergrundes ihren Kampf auf die Untergrabung des Ansehens der KPD und die Herabsetzung der SED.

5. Die Aktivitäten der Untergrundorganisationen erschwerten für die ganze Truppe die Organisation und Durchführung des Dienstes, verlangten von den Kommandos oft große Anstrengungen, zudem war bei der Organisation der operativ-dienstlichen Tätigkeit erhöhte Wachsamkeit geboten, um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können.

### 2. Militärische Einsätze des Regiments:

Im sowjetischen Sektor von Berlin wurden Aktionen von Banden mit vielen Mitgliedern nicht registriert.

Festgestellt wurden dagegen Banden mit zwei bis neun Mitgliedern, zu deren Bekämpfung keine Truppenoperationen erforderlich waren, sondern Spezialgruppen von acht bis neun Mann unter dem Kommando eines Offiziers eingesetzt wurden.

<sup>155</sup> Über das Vergehen F.s informierte der Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Gorochow den Chef der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBSD Selenin im Schreiben Nr. 03658, worin er mitteilte: „F. wurde festgenommen. Die Ermittlungen führt der Militärstaatsanwalt des Stadtbezirks Weißensee“ (in: GARF 7317 9/54, Bl. 417).

<sup>156</sup> Von den hier genannten Örtlichkeiten befanden sich Neukölln, Grunewald und der Stadtforst im amerikanischen Sektor von Berlin, in dem die sowjetische Besatzungsmacht nicht für die öffentliche Ordnung zuständig war. Somit lag eine Grenzverletzung im Sinne dieses Dokuments vor.

Der Einsatz dieser Gruppen brachte positive Ergebnisse, insbesondere der Gruppen aus dem 1. Bataillon und aus der Verwaltung des Regiments. Das Kontingent von verhafteten Banditen und Deserteuren war allein von diesen Gruppen festgenommen worden.

Typische Fälle für die Aktivitäten der kleineren Banden sind im Zusammenhang mit der operativen Lage bereits dargestellt worden.

### 3. Operativ-dienstliche Tätigkeit:

#### a) Organisation des Dienstes

Im Laufe des Jahres erfüllte das Regiment Aufgaben zum Schutz der Operativen Gruppen und des Operativen Sektors, zur Bewachung von Gefängnissen, Untersuchungshaftzellen und Spezialobjekten, zur Eskortierung von Gefangenen in Gefängnisse und Lager sowie zur Fahndung nach verbrecherischen Elementen und zu deren Festnahme.

Im ersten Halbjahr führten die Untereinheiten den Dienst in Sicherungseinheiten durch, die als Garnisonen organisiert waren.

Im Juli wurde der Schutz der Operativen Gruppen reorganisiert und die Anzahl der Posten verringert; mit dem freigesetzten Personal konnten die Untereinheiten des Regiments als Kompanien zum Wachdienst übergehen.

Der Übergang vom Garnisons- zum Wachdienst mit Kompanien schuf die Möglichkeit, die Ausbildung sowohl in kleineren Gruppen als auch mit den Untereinheiten (Trupps, Zügen) regelmäßig durchzuführen. Der Dienst wurde umsichtiger verrichtet, da es rund um die Uhr eine Kontrolle der Untereinheiten durch Offiziere gab. Die innere Ordnung und Disziplin verbesserten sich.

Im Zusammenhang mit der Demobilisierung der 1. und 2. Reihe und der Übernahme neuer, außerhalb Berlins liegender Objekte zur Bewachung ging das Regiment erneut dazu über, den Dienst nach Garnisonen zu organisieren. Die dienstliche Belastung der Truppe steigerte sich bis zu 12 und 14 Stunden am Tag, und die Entfernung der zu bewachenden Objekte erlaubte es nicht, den Dienst durch Offiziere täglich zu beaufsichtigen, Befehle und Anweisungen des Kommandos rasch zur Truppe durchzugeben und deren Erfüllung zu kontrollieren.

Auf die Organisation des Dienstes wirkte sich auch der Umstand aus, daß viele Garnisonen von Sergeanten geführt werden, die auf Grund ihrer geringeren Allgemeinbildung und militärischen Qualifikation sowie aus Mangel an Erfahrung in der Dienstorganisation dazu weniger imstande sind als Offiziere.

Schwieriger ist es auch, die Truppe über die operative Lage im Abschnitt des Regiments rechtzeitig zu informieren, die Besten im Dienst herauszustellen und die entfernten Garnisonen in materieller Hinsicht (Belieferung mit Lebensmitteln, Reparatur an Schuhwerk und Uniformen usw.) normal zu versorgen.

Die Durchführung von Ausbildungen mit einer ganzen Gruppe oder einem Zug, praktische Schießübungen und Wettkämpfe sind unter diesen Bedingungen unmöglich.

Der große Fehlbestand bei Soldaten und Sergeanten sowie bei Offizieren, insbesondere bei Zugführern, beeinträchtigte die qualitative Verbesserung des Dienstes. Die weite Entfernung und die Zerstreuung der Garnisonen erschwerte die ständige Kontrolle durch Offiziere sowie die normale Kommunikation und Verbindung.

b) Im Ergebnis der operativ-dienstlichen Tätigkeit wurden 1946 769<sup>157</sup> Personen festgenommen, davon

#### Militärangehörige:

1. Deserteure – 26
2. Banditen – 79

---

<sup>157</sup> So in der Vorlage, rechnerisch: 818.

3. Landesverräter<sup>158</sup> – 1
4. Plünderer und Gewalttäter – 13
5. ohne gültige Papiere – 349
6. Demobilisierte, die nicht mit in die UdSSR gingen – 6
7. Angehörige [west]allierter Armeen, die die [Grenzen der] Besatzungszone verletzten:
  - a) Briten – 22
  - b) Amerikaner – 20
  - c) Franzosen – 11

Zivilpersonen:

1. Agenten der deutschen Aufklärung – 1
2. Agenten der amerikanischen Aufklärung – 1
3. Banditen – 23
4. Landesverräter – 2
5. Mitglieder des „Werwolfs“ – 9
6. Aktivisten der faschistischen Partei – 14
7. Plünderer und Gewalttäter – 9
8. Verletzer der [Grenzen der] Besatzungszone – 7
9. ohne gültige Papiere – 20
10. sonstige verdächtige Elemente – 167
11. sonstige kriminelle Elemente – 3
12. von Deutschen Zwangsverschleppte:
  - a) aus der UdSSR – 19
  - b) aus anderen Ländern – 15
13. illegal aus der UdSSR Eingereiste – 1

Sehr typische Fälle für die Festnahme von verbrecherischen Elementen sind die folgenden:

– Am 6. Februar 1946 erhielt der Chef der 6. Sicherungseinheit Oberleutnant Leschenkow vom Chef der Operativen Gruppe für Bandenbekämpfung die Mitteilung, daß in der Nähe des Anhalter Bahnhofs (britischer Sektor) in der Wohnung der Deutschen Margarita D., Kumerkastraße<sup>159</sup> Nr. 12, in der 1. Etage eine Bande von unbekannter Größe lebt. Anführer der Bande sei ein Krimineller mit dem Spitznamen „Lentschik“.

Zur Aushebung der „Lentschik“-Bande stellte die Sicherungseinheit eine Gruppe ab, die unterm Kommando des stellvertretenden Chefs der Sicherungseinheit Leutnant Tschernenko stand. Als Leutnant Tschernenko an der angegebenen Adresse eintraf, waren in der Wohnung keine Bandenmitglieder zu finden. Bei einer Wohnungsdurchsuchung entdeckte man Siegel und Stempel von Feldpostnummer 28188, Blankoformulare für Dienstaufträge und Lazaretteinweisungen, drei Paar Armeeuniformen und andere Gegenstände.

Angesichts dieser Entdeckung und auf Grund von Informationen der Wohnungsinhaberin legte Leutnant Tschernenko einen Hinterhalt an, durch den nach anderthalb Stunden eines der Bandenmitglieder gefaßt werden konnte, das aus der 3. Etage die Treppen heruntergekommen war.

Die daraufhin eingeleiteten Maßnahmen führten dazu, daß auf dem Dach hinter Schornsteinen weitere drei Personen festgenommen wurden.

Für vorbildliches Handeln wurde den Angehörigen des Trupps mit Regimentsbefehl der Dank ausgesprochen.

<sup>158</sup> Paragraph 193 des Strafgesetzbuches der RSFSR von 1926 sah für Kapitulation vor dem Gegner die Todesstrafe mit Einziehung des Vermögens vor. Auch nach Paragraph 22 der sowjetischen „Bestimmungen über Militärverbrechen“ von 1927 wurde Kriegsgefangenschaft mit Landesverrat gleichgesetzt.

<sup>159</sup> So in der Vorlage. Möglicherweise Puttkamerstraße.

– Am 15. Februar 1946 führte ein Trupp der 1. Reservesicherungseinheit von vier Mann unterm Kommando von Obersergeant Kuljukin eine Ausweiskontrolle durch. Bei einem Unbekannten in der Uniform der Roten Armee stellte sich heraus, daß er nicht über die nötigen Papiere verfügte. Als der Trupp beschloß, ihn festzunehmen, bot der Unbekannte für seine Freilassung 10.000 Mark und alkoholische Getränke an. Er wurde dennoch festgenommen. Wie die Filtrierung ergab, handelte es sich bei dem Festgenommenen um Obersergeant I., den Anführer einer Bande, auf dessen Angaben hin zwei weitere Banditen verhaftet werden konnten.

– Am 12. März 1946 führte ein Trupp mit dem stellvertretenden Gruppenführer der 1. Reservesicherungseinheit Obersergeant Kuljukin und drei weiteren Mann am Alexanderplatz eine Ausweiskontrolle durch. Rotarmist Schingin aus diesem Trupp bemerkte dabei, daß sich ein in der Nähe von Militärangehörigen stehender Unbekannter in der Matrosenuniform der Schwarzmeerflotte rasch entfernte. Der rasche Weggang des Unbekannten erregte Verdacht, so daß der Trupp Maßnahmen zu dessen Festnahme ergriff. Da es dem Unbekannten nicht gelang, in der Menge zu verschwinden, wurde er festgenommen. Der Festgenommene, der sehr fassungslos wirkte, hatte zwar, wie sich bei der Kontrolle zeigte, Papiere, doch sein Verhalten war sehr verdächtig. Der Trupp forderte den Unbekannten deshalb auf mitzukommen. Angesichts der Ausweglosigkeit seiner Lage bot der Festgenommene dem Trupp zwei Liter Wodka, zwei Ledermäntel, zwei Paar Chromlederstiefel und zwei Uhren für seine Freilassung an. Dieses Angebot verstärkte den Verdacht und der Unbekannte wurde zum Bataillon gebracht.

Wie sich bei der Filtrierung herausstellte, war der Festgenommene in Matrosenuniform ein russischer Repatriant, der Raubtaten verübte und die Matrosenuniform zur Tarnung trug. Aufgrund seiner Angaben wurden drei weitere Banditen aus den Reihen der Militärangehörigen gefaßt.

– Am 26. März 1946 bemerkte Rotarmist Stepanow bei seinem Dienst als Wachposten beim Sonderlager des Operativen Sektors, das von der 2. Einsatzsicherungseinheit bewacht wird, daß aus einem Haus, das den Werkstätten gegenüber liegt, mit einem Gerät das Gebiet der Werkstätten beobachtet wird. Rotarmist Stepanow teilte das dem Chef der Wache mit, der seinerseits beim Chef der Sicherungseinheit Oberleutnant Tulubejew Meldung erstattete. Ein ausgeschickter Trupp von drei Mann nahm zwei Deutsche fest, die mit einem Scherenfernrohr das Gebiet der Werkstätten beobachtet hatten.

– Am 13. Juli 1946 gegen 2.00 Uhr hörte Rotarmist Solotonosch vom MG-Zug der 5. Kompanie, der als Wachposten zur Sicherung des Lebensmittellagers des Bataillons Dienst tat, vom Hof der Militärkommandantur des Stadtbezirks Pankow her eine Schießerei. Mit erhöhter Wachsamkeit setzte er seinen Dienst fort und begann die auf der Straße vorübergehenden Deutschen aufmerksamer zu betrachten. Dabei fiel ihm unter den Passanten ein Unbekannter auf, der mit schnellen Schritten die Straße entlang ging, sich verdächtig oft nach allen Seiten umsah, der außerdem unrasiert war. Dieser Umstand erregte Verdacht. Um die Identität des Unbekannten festzustellen, wurde er festgenommen. Als man ihn unter Bewachung zur Operativen Gruppe brachte, versuchte der Unbekannte zu fliehen, wurde aber erneut gefaßt.

– Am 20. August 1946 um 18.30 Uhr bemerkte Rotarmist Troschin von der 3. Kompanie des MPi-Schützenzuges des 1. Bataillons, der in der Gruppe von Oberleutnant Tul Dienst hatte, auf dem Bahnhof Weißensee einen Unbekannten in Zivil, der ihm verdächtig vorkam. Als Rotarmist Troschin ihn aufforderte sich auszuweisen, antwortete der Unbekannte erst auf Deutsch, dann auf Russisch, daß er keinerlei Papiere habe. Die Kenntnis der deutschen Sprache erhärtete noch den Verdacht. Zur Feststellung seiner Identität wurde der Unbekannte festgenommen und zum Gruppenführer gebracht, der ihn seinerseits zur 4. Operativen Gruppe bringen ließ. Zur Bewachung wurden zwei Mann bestimmt, Dienstältester der Eskorte war Rotarmist Troschin. Unterwegs versuchte der Festgenommene zu fliehen, bei seinem dritten Fluchtversuch wurde er von der Eskorte getötet. Bei der Durchsuchung des Getöteten wurde gefunden: eine Bescheinigung über eine Verwundung auf den Namen W. A. Lichman, Garde-Rotarmist des 303. Garde-Flug-

abwehrregiments der Reserve des Oberkommandos, Urkunden von Auszeichnungen „Für Verdienste im Kampf“, „Für den Sieg über Deutschland“ und „Für die Einnahme Berlins“, zwei deutsche Pässe auf seinen Namen und mit seinem Foto, ein Schlüsselbund und eine Parabellumpistole.

– Am 14. September 1946 ging eine unbekannte Deutsche in der Luisenstraße in der Nähe des Zentralen Berliner Operativen Sektors die Straße auf und ab und betrat immer wieder den Eingang zum Operativen Sektor, was bei Hauptfeldwebel Tschernega Verdacht erweckte. Um seinen Verdacht zu überprüfen, beschloß Hauptfeldwebel Tschernega, die Unbekannte intensiver zu beobachten. Nachdem er sich von deren ungewöhnlichem Verhalten überzeugt hatte, nahm er sie gegen 23.00 Uhr fest und brachte sie zum Diensthabenden des Operativen Sektors. Unter Ausnutzung des Umstands, daß der Diensthabende von seinem Dienst beansprucht wurde, konnte die Unbekannte fliehen, doch wurde sie zwei Häuserblocks vom Operativsektor entfernt von Hauptfeldwebel Tschernega eingeholt und erneut zum Diensthabenden gebracht. Bei der Filtrierung wurde festgestellt, daß die Unbekannte Agentin der amerikanischen Aufklärung war.

– Am 22. Dezember 1946 gegen 2.30 Uhr hörte der Fahrer des MG-Zuges des 3. Schützenbataillons Soldat Roschnow, der Dienst im Pferdestall hatte, ein verdächtiges Geräusch aus der Richtung der Soldatenkantine. Als er sich zur Soldatenkantine schlich, sah er in zehn Meter Entfernung einen Unbekannten, der über den Drahtzaun kletterte. Dieser hatte seinerseits Roschnow bemerkt und floh in eine Häuserruine. Von dem alarmierten MG-Zug wurde der Unbekannte festgenommen. Bei der vorläufigen Vernehmung stellte sich heraus, daß der Festgenommene im amerikanischen Sektor arbeitet und im Verdacht der Spionage für die Amerikaner steht.

#### Positive Seiten im Handeln der Dienstkommandos:

– Am 2. Januar 1946 prüfte Untersergeant Lupei (5. Sicherungseinheit, die die 2. Abteilung des Operativen Sektors bewacht) bei Antritt seines Dienstes bei den Untersuchungshaftzellen die Anwesenheit der Gefangenen und den Zustand der Zellen. Als er eine der Zellen betrat, erschien es ihm verdächtig, daß die Gefangenen den Durchgang zwischen den Pritschen verstellten. Nach zweimaliger Aufforderung gaben die Gefangenen den Durchgang frei.

Bei der sorgfältigen Untersuchung einer zugemauerten Tür entdeckte Untersergeant Lupei eine durchgehende Öffnung, die durch das Herauslösen von drei Ziegelsteinen entstanden war. Die Ziegel und den Mörtel hatten die Gefangenen in den Matratzen versteckt.

– Am 22. Februar 1946 führte der Chef der Untersuchungshaftzellen der 16. Operativen Gruppe (die von der 4. Sicherungseinheit bewacht werden) Obersergeant Negreschny mit einem Begleitposten einen Gefangenen aus der Zelle zum Verhör. Bevor er den Gefangenen abführte, nahm Negreschny eine gründliche Durchsuchung vor, wobei er in dessen Hosentasche ein Eisenstück entdeckte.

Beim Verhör kam heraus, daß der Gefangene einen Anschlag auf den operativen Mitarbeiter vorhatte, der ihn verhören sollte.

– Am 19. März 1946 erfuhr der Chef der 2. Einsatzsicherungseinheit Oberleutnant Tulubejew, daß ein Gefangener zusammen mit dem Gehilfen des Chefs der Werkstätten in die Stadt fahren sollte, um Einzelteile einzukaufen. Oberleutnant Tulubejew und Sergeant Skorbin durchsuchten den Gefangenen sorgfältig und fanden dabei sechs Briefe an Angehörige von Gefangenen, die in den Werkstätten arbeiteten. Dank dieser rechtzeitig ergriffenen Maßnahme konnte der Kontakt der Gefangenen zur Außenwelt verhindert werden.

– Am 15. April 1946 ging um 6.00 Uhr in den Untersuchungshaftzellen der 2. Abteilung des Operativen Sektors der SMA[D], die von der 5. Einsatzsicherungseinheit bewacht werden, das Licht aus. Der Diensthabende für die Untersuchungshaftzellen Obersergeant Pantschenko gab durch die Klappen in den Türen Kerzen in die Zellen durch, als es in einer Zelle, in der acht Verbrecher einsaßen, Lärm gegeben hatte. Bei der Kontrolle der Zelle wurden drei Löcher mit



einem Durchmesser von zwei bis zehn Zentimeter in der Wand entdeckt, und die Gefangenen gaben zu, daß sie einen Massenausbruch vorbereitet hatten.

– Am 13. April 1946 hatte Rotarmist Kabanow Dienst als Wachposten der 15. Einsatzsicherungseinheit zur Bewachung der Untersuchungshaftzellen der 9. Operativen Gruppe. Aus einer der Zellen, in der sich drei wichtige Verbrecher befanden, hörte er ein lautes Gespräch.

Rotarmist Kabanow trat an das Fenstergitter heran und bemerkte, daß die Ziegelsteine, in die das Gitter eingelassen war, zerstückelt worden waren und das Gitter ohne große Mühe entfernt werden konnte. Die Gefangenen wurden in eine andere Zelle verlegt. Beim Verhör gaben sie an, daß sie das Gitter zur Vorbereitung einer Flucht präpariert hatten, die sie in der Nacht vom 13. zum 14. April 1946 unternehmen wollten.

– Am 12. November 1946 sah Soldat Kolomijez, Schütze im 1. Zug der 9. Sanitätstransportkompanie, der zwölf Stunden Dienst hinter sich hatte, daß die Person, die ihn ablösen sollte, ebenfalls schon zwölf Stunden Dienst geleistet hatte. Er wandte sich deshalb mit der Bitte an den Zugführer, daß man ihn erneut zum Postendienst einteile. Kolomijez' Bitte wurde entsprochen und er leistete noch weitere sechs Stunden Dienst, ohne daß es dabei zu irgendwelchen Pflichtverletzungen gekommen wäre.

Für seine gewissenhafte Dienstausbübung wurde dem Soldaten Kolomijez der Dank ausgesprochen.

– Am 14. November 1946 bemerkte Soldat Moltschanow, Wachhabender auf Posten Nr. 3 zur Sicherung der Untersuchungshaftzellen der 18. Operativen Gruppe, die vom 1. Zug der 3. Schützenkompanie bewacht werden, daß die Gefangenen von Zelle Nr. 4 um 2.00 Uhr damit begannen, das Gitter eines auf die Straße hinausführenden Zellenfensters herauszubrechen. Er erstattete unverzüglich Meldung an den Diensthabenden der Garnison. Durch die eingeleiteten Maßnahmen konnte eine Flucht verhindert werden.

– Am 22. Dezember 1946 gegen 13.00 Uhr betrachtete Untersergeant Zwetkow, stellvertretender Kommandeur der 1. Gruppe des 1. Zuges der 8. Kompanie, bei der Übernahme des Dienstes als Diensthabender der Garnison zum Schutz der 1. Operativen Gruppe aufmerksam das zu sichernde Objekt und stellte fest, daß das Gitter eines Zellenfensters, an dem er rüttelte, herausgebrochen war. Auf der Innenseite der Zelle wurde eine Bresche entdeckt, die die Gefangenen mit einem aus einer Pritsche herausgerissenen Brett geschlagen und anschließend mit einem Karton verdeckt hatten. Die Gefangenen wurden in eine andere Zelle verlegt und eine Gruppenflucht konnte verhindert werden.

Für seinen wachsam und vorbildlichen Dienst wurde Untersergeant Zwetkow vom Regimentskommandeur mit 200 Rubeln ausgezeichnet; außerdem wurde ihm ein Kurzurlaub von zehn Tagen gewährt.

#### Negative Fälle beim Einsatz von Dienstkommandos:

– Am 28. Januar 1946 um 18.30 Uhr flohen aus den Werkstätten des Sonderlagers Nr. 3, für dessen äußere Bewachung die 1. Einsatzsicherungseinheit verantwortlich ist, während der Arbeit zwei Gefangene. Die Gefangenen öffneten das Fenster, zerschnitten den Drahtzaun und konnten entkommen.

Die Flucht konnte ausgeführt werden, weil der Wachposten, Rotarmist G., nicht wachsam genug war.

Rotarmist G. wurde vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 12. Januar 1946 brachte Rotarmist Jussup Sadykow von der 12. Sicherungseinheit auf Bitten eines deutschen Gefangenen einen Brief zu dessen Frau in die Wohnung, wofür er einen halben Liter Schnaps bekam.

Am 17. Januar 1946 brachte er zum zweiten Mal einen Brief zur Frau des Gefangenen und kam mit deren Antwort zurück, die er dem Gefangenen übergab.

Sadykow erhielt 20 Tage strengen Arrest.

– Am 5. März 1946 stellte Untersergeant Seitow als Chef der Wache bei einer Kontrolle fest, daß der Wachposten zur Sicherung der 1. Operativen Gruppe nicht auf seinem Posten war. Untersergeant Seitow leitete Suchmaßnahmen ein, und nach zwanzig bis fünfundzwanzig Minuten wurde Rotarmist T. schlafend auf dem Bürgersteig auf der gegenüberliegenden Straßenseite gefunden. Sein Gewehr lehnte neben ihm am Haus.

Rotarmist T. erhielt zehn Tage strengen Arrest.

– Am 25. Mai 1946 wurde bei einer Kontrolle der Wachposten der 12. Einsatzsicherungseinheit, die die Zentrale Operative Gruppe sichern, Schütze Sergeant Z. um 1.30 Uhr am Eingang Nr. 2 schlafend angetroffen.

Sergeant Z. wurde zum Soldaten degradiert.

– In der Nacht zum 30. August 1946 kletterte der Soldat der 5. Schützenkompanie M., der als Wachposten an einer Tankstelle Dienst hatte (Wache Nr. 9), um 3.30 Uhr auf das Dach, stellte sein Gewehr in die Ecke, legte sich hin und schlief ein.

M. wurde vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 6. September 1946 um 4.15 Uhr wurde der Schütze der 3. Kompanie Soldat Sch., der als Posten Nr. 3 der Wache Nr. 6 zur Sicherung der 10. Operativen Gruppe Dienst hatte, bei einer Kontrolle durch den Wachhabenden Sergeant Rastworow schlafend angetroffen.

Sch. erhielt zehn Tage strengen Arrest.

– Am 18. September 1946 stellte der Chef der Wache zum Schutz von General Sidnew Sergeant Dokur bei einer Kontrolle der Posten um 22.40 fest, daß Soldat Z. auf Posten Nr. 2 eingeschlafen war. Der benachbarte Posten, Gefreiter M., wollte ihn aufschrecken, warf seinen Mantel über den Kopf des Schlafenden und nahm ihn auf den Arm, stolperte aber und fiel hin, wobei sich Soldat Z. das linke Schienbein brach.

M. und Z. wurden disziplinarisch und in der Parteiorganisation zur Rechenschaft gezogen.

– Am 6. Oktober 1946 überlisteten der Führer des MPi-Schützenzuges der 9. Kompanie Unterleutnant S. und sein Gehilfe Sergeant W., die beide im Gebäude der Operativgruppe Nr. 15 untergebracht sind, den Wachposten, nahmen zwei deutsche Mädchen mit auf ihr Zimmer und hatten mit ihnen, nachdem sie alkoholische Getränke zu sich genommen hatten, Geschlechtsverkehr.

Leutnant S. und Sergeant W. erhielten Disziplinarstrafen.

– Am 17. Oktober 1946 traf der stellvertretende Chef der 7. Kompanie Leutnant Choma bei einer Kontrolle des Wachdienstes den Wachposten Soldat P. schlafend an.

Soldat P. erhielt eine Disziplinarstrafe.

– Am 18. Oktober 1946 wurde Soldat Ufimzew von der 9. Schützenkompanie bei seinem Postendienst rauchend angetroffen.

Wegen Verletzung der Vorschriften für den Garnisonsdienst erhielt Soldat Ufimzew eine Disziplinarstrafe.

– Am 22. Oktober 1946 wurde der Führer des MPi-Schützenzuges der 9. Kompanie Leutnant S. vom Diensthabenden des Bataillons vom Dienst suspendiert, da er angetrunken war.

Wegen nachlässiger Einstellung zur Erfüllung der Dienstpflichten erhielt Leutnant S. zehn Tage Hausarrest.

– Als am 1. November 1946 um 22.45 Uhr Leutnant Choma vom Bataillonsstab nach Hause zurückkehrte, fand er den Wachposten am Kommandopunkt der Kompanie nicht vor. Bei der anschließenden Suchaktion wurde der Wachposten Gefreiter P. auf einem Stuhl schlafend in einer Scheune auf dem Hof entdeckt.

Gefreiter P. erhielt eine Disziplinarstrafe.

– Am 9. Dezember 1946 hörte Soldat Sirjajew von der 9. Kompanie, der als Wachposten an den Untersuchungshaftzellen einer Operativen Gruppe Dienst tat, um 7.30 Uhr die Stimme eines Unbekannten aus einer Zelle. Als Sirjajew an das Fenster trat, sah er in der Zelle einen auf einem

Stuhl am Fenster sitzenden Gefangenen, der ihn um etwas zu rauchen bat. Sirjajew ließ sich von dem Gefangenen überreden und gab ihm durchs Fenster aus seiner Hosentasche Machorka.

Wegen Verletzung der Vorschriften für den Garnisonsdienst erhielt Soldat Sirjajew eine Disziplinarstrafe.

– In der Nacht zum 11. Dezember 1946 setzte sich der stellvertretende Gruppenführer B., der als Wachposten zur Sicherung der 10. Operativen Gruppe Dienst tat, auf die Treppe des Hauses und schlief ein. Vom Chef einer Abteilung des Operativen Sektors von Berlin Major Korotja wurde noch rechtzeitig bemerkt, daß der Posten eingeschlafen war.

Untersergeant B. erhielt eine Disziplinarstrafe.

– Am 6. Dezember 1946 wurde der Wachposten zur Sicherung der 2. Abteilung des Operativen Sektors und der 4. Operativen Gruppe, Soldat B. aus der 3. Schützenkompanie, im Dienst schlafend angetroffen.

Soldat B. erhielt eine Disziplinarstrafe.

Neben den Aufgaben zur Bewachung von Objekten verrichteten die Untereinheiten des Regiments zusätzlich noch Dienst als Wachmannschaft von Transporten. 1946 wurden dafür 866 Begleitkommandos bereitgestellt, darunter Begleitkommandos für Gütertransporte mit Flugzeugen Nr. 5.

Begleitkommandos	Zur Begleitung abgestellte Personen	Begleitete Personen	Begleitete Gütertransporte im Flugzeug	Dauer der Begleitdienste in Manntagen
Überführungen im Flugzeug	13	9	1	104
(Überführungen bis zur Grenze)	2.988	3.647	—	17.704
Insgesamt	3.001	3.656	1	

Anmerkung: Ein Manntag ist der Dienst eines Mannes pro Tag, wobei der Dienst mit acht Stunden berechnet wird.

In der Zeit vom 20. bis zum 28. August 1946 wurde zusammen mit den Militärkommandanturen und den Operativen Gruppen in Berlin eine tschekistisch-militärische Operation zur Aufspürung und Festnahme feindlicher Elemente durchgeführt. An der Operation waren insgesamt 1.459 Mann beteiligt, darunter vom Regiment:

– Offiziere: 26

– Soldaten und Unteroffiziere: 100.

Bei der Operation wurden 2.140 Personen festgenommen, davon 522 Personen unmittelbar durch Angehörige des Regiments, die an der Operation teilnahmen.

Für ihre ausgezeichneten Leistungen bei der Operation wurde allen Angehörigen des Musikzuges sowie dem ehemaligen Zugführer der 8. Kompanie Leutnant Choma mit Regimentsbefehl der Dank ausgesprochen.

Einsatz von Diensthunden im Jahre 1946:

a) Spürhunde – bei der Begleitung von Gefangenen in Gefängnisse oder Lager und zur Aufnahme von Spuren.

Durch Spurensicherung mit Hilfe von Hunden wurden gefaßt:

Untereinheit	Anzahl der Einsätze von Spürhunden	Festnahmen	
		Bandenkriminalitäts- verdächtige	Marodeure, Diebe
Verwaltung des Regiments	11	1	15
Schützenbataillone	1	—	2
Insgesamt	12	1	17

Darunter waren sechs erfolglose Einsätze von Spürhunden zur Suche nach Gefangenen, die aus Untersuchungshaftzellen geflohen waren. Der Grund für die Erfolglosigkeit war, daß die verbrecherischen Elemente zu ihrer Flucht alle möglichen Transportmittel benutzten.

b) Wachhunde – zur Bewachung von Objekten, bei Blockposten und freilaufend zur Bewachung.

– Im Mai bereitete eine dreiköpfige Gruppe von Gefangenen, die in den Kfz-Reparaturwerkstätten in Berlin arbeiteten, eine Flucht vor. Da sich aber in der Sperrzone freilaufende Hunde befanden, wurde die Flucht verhindert.

Außer dem genannten gab es keine weiteren Fälle, in denen durch den Einsatz von Hunden Fluchtversuche vereitelt wurden.

Typische Beispiele für den Einsatz von Spürhunden sind die folgenden:

– Am 25. März 1946 wurden zwei Kilometer nördlich von Falkenberg zwei Deutsche von Unbekannten ermordet. Zum Tatort wurde der Instrukteur des Hundedienstes Untersergeant Schutow mit dem Diensthund „Rex“ geschickt.

Nach seinem Eintreffen nahm der Hund die Spur auf, die über ein Feld zu dem Falkenberg gegenüberliegenden Stadtrand von Berlin in eine Gaststätte führte. Hier sprang der Hund einen unbekannten Deutschen an, der aus dem Fenster fliehen wollte, aber von „Rex“ gefaßt wurde. Der Festgenommene wurde dem Polizeirevier in Hohenschönhausen übergeben.

– Am 17. April 1946 hatten Unbekannte das Lebensmittel- und Futterlager eines selbständigen Eisenbahnbataillons beraubt.

Zum Tatort fuhr der Instrukteur des Hundedienstes des 3. Schützenbataillons Sergeant Fatejew mit Spürhund „Dschima“. Nachdem die Spur aufgenommen worden war, zeigte es sich, daß die Diebe durch den Zaun gekommen waren. In der Nachbarschaft befand sich ein Pferdestall von Deutschen. Dessen Beschäftigte mußten in Reih und Glied Aufstellung nehmen und der Spürhund „Dschima“ wurde zu ihrer Untersuchung losgelassen, in deren Ergebnis er zwei Deutsche ansprang.

– Am 21. August 1946 um 24.00 Uhr wurde die in Neu Fahrland stationierte Abteilung der Spionageabwehr der GSBSD von Unbekannten in sowjetischen Uniformen ausgeraubt. Acht Stunden später wurde Spürhund „Rex“ mit Instrukteur Schutow zum Tatort gerufen. Nach seinem Eintreffen nahm der Hund die Spur auf, die aus der Ortschaft heraus in einen Wald führte, wo in einer Entfernung von sechs Kilometern ein Teil der [geraubten] Sachen entdeckt wurde. Weiter führte die Spur in eine andere Ortschaft und in einem der Häuser sprang der Hund einen Deutschen an, der erklärte, acht Unbekannte in Uniformen von Militärangehörigen seien ins Haus gekommen, hätten irgendwelche Sachen dagelassen und seien vor einer Stunde in unbekannte Richtung verschwunden.

Der Hund nahm erneut die Spur auf, die zum Standort eines Truppenteils des Infanterieregiments 51559 führte. Alle Angehörigen des Truppenteils mußten sich in Reih und Glied aufstellen, doch der Hund sprang bei keinem von ihnen an, sondern führte in die Kellerräume, in

denen Angehörige des Truppenteils untergebracht waren. In der Unterkunft sprang er einen dort befindlichen Militärangehörigen an, der zugab, daß er an dem Raub beteiligt war, und aussagte, daß die übrigen sieben Beteiligten durch das Kellerfenster geflohen waren. Der erneut auf die Spur angesetzte Hund faßte auch diese.

Die Raubtäter wurden der Abteilung Spionageabwehr übergeben.

– Am 26. August 1946 waren bei Militärangehörigen, die im Stadtbezirk Pankow in der Nähe der 19. Operativen Gruppe stationiert sind, aus den Unterkünften Sachen gestohlen worden. Der angeforderte Spürhund „Rex“ nahm die Spur auf und führte zur 19. Operativen Gruppe, wo er den Chef der Untersuchungshaftzellen Sergeant R. ansprang. Dieser mußte zugeben, daß er den Diebstahl begangen hatte.

– Am 7. September 1946 war die Wohnung eines Mitarbeiters der Spionageabwehr bei der Gruppe beraubt worden. Spürhund „Rex“ wurde mit Unterseergeant Schutow zum Tatort nach Potsdam geschickt. Obwohl die Spur schon acht Stunden alt war und ungeachtet der Kompliziertheit der Situation, in der der Hund arbeitete, da der Raub innerhalb der Stadt verübt worden war, nahm er die Spur auf und führte auf den Dachboden eines Hauses, wo zwei Koffer entdeckt wurden. Danach ging der Hund auf die Straße, lief zwei Kilometer weiter zu einem Haus, wo er in einer der Wohnungen eine Deutsche ansprang. Letztere gab den Raub zu, sie wurde der Kriminalpolizei übergeben.

– Am 9. Dezember 1946 wurde um 1.00 Uhr im Lager eines Truppenteils des Infanterieregiments 39286 von Unbekannten ein Raub verübt. Zum Tatort wurde der Instrukteur des Hundedienstes Unterseergeant Schutow mit Spürhund „Rex“ gesandt. Nach seinem Eintreffen nahm der Hund die Spur auf, die drei Kilometer durch einen Wald zum Haus eines Deutschen führte. Bei der Haussuchung wurden die Lebensmittel gefunden. Als der Hund erneut angesetzt wurde, führte er zu einem Truppenteil, wo er von der aufgestellten Mannschaft vier Personen ansprang, die den Raub zugaben.

Im Jahr 1946 wurden zur Ausbildung von Spezialisten für das Abrichten von Hunden und die Arbeit mit ihnen im Juli und Oktober einmonatige Trainingskurse durchgeführt, bei denen 14 Instrukteure für Diensthunde und 18 Begleiter ausgebildet wurden.

Im Juli waren Kurse für Spür- und für Wachhunde.

Nachdem im November 33 Hunde an die 4. Schützendivision übergeben worden waren, blieben im Regiment:

- 5 Spürhunde
- 2 Wachhunde.

Für den Kauf von Hunden bei der Bevölkerung wurde eine Kommission unter Leitung von Leutnant Boschko, dem Chef des Hundedienstes, gebildet, die drei Hunde kaufte. Der Einkauf wird fortgesetzt.

Die Hunde werden wie folgt eingesetzt: Die Spürhunde zur Begleitung von Gefangenen und zur Aufnahme von Spuren. Die Wachhunde für den Dienst von Blockposten und als freilaufende Wachhunde.

Die Wachhunde wurden 1946 hauptsächlich im Dienst der Blockposten bei den Operativen Gruppen eingesetzt, die ihren Sitz in Berlin haben. Der starke Straßenverkehr wirkte sich aber negativ auf die Verrichtung des Dienstes aus.

Besser geeignet für den Dienst mit Hunden waren Objekte in kleineren Städten oder am Stadtrand (die im Dezember zugewiesen wurden).

Für den Erwerb von Diensthunden bei der ortsansässigen Bevölkerung ist es erforderlich, daß über die Verwaltung der Inneren Truppen des MWD in Deutschland eine Verbindung zu den Kommandanten und Bürgermeistern hergestellt wird, damit diese die Vertreter der Regimenter beim Kauf von Hunden unterstützen. Denn ohne diese Unterstützung erscheint ein Aufkauf einer größeren Menge von Hunden unmöglich.

4. Kampfverluste bei der Ausübung des Dienstes:<sup>160</sup>5. Verluste an Waffen, Kampftechnik und Munition:

Da vom Regiment keine operativ-tschechistischen Maßnahmen durchgeführt wurden, gab es keine Kampfverluste bei der Ausübung des Dienstes, keine Verluste an Waffen, Kampftechnik und Munition. Einzige Ausnahme: Die Ermordung von Unterseergeant Wjalow durch Banditen, die dessen persönliche Waffe, einen „Nagan“-Revolver Nr. 19151 und sieben Patronen entwendeten.

6. Außerordentliche Vorkommnisse und Verluste außerhalb von Kampfeinsätzen:

Bezeichnung des Vorkommnisses	Bataillon			Verwaltg. des Regiments	Fälle	Insgesamt	
	1. SB	2. SB	3. SB			Tote	Verletzte
Verluste infolge von Diversions- und Terrorakten (getötet/ verwundet)	1/0	—	—	—	1	1	—
Unvorsichtiger und ungeschickter Umgang mit der Waffe	0/1	—	—	—	1	—	1
Autounfälle/von Autos verletzt	0/1	0/1	2/0	0/2	6	2	6
Vergiftungen (Fälle/betroffene Personen)	—	1/4	—	—	1	—	—
Davon mit tödlichem Ausgang	—	2	—	—	—	2	—
Geheilt	—	2	—	—	—	—	—
Unrichtiger Waffengebrauch a) von Angehörigen des Regiments	0/1	—	—	—	1	—	1
b) von Militärs alliierter Armeen (getötet/verwundet)	—	—	1/0	—	1	1	—
Flucht von Gefangenen (gefaßt) (Fälle/Personen)	5/8	—	—	—	5	—	—
Davon: a) bei Überführungen (Fälle/Personen)	1/1	—	—	—	1	—	—
b) aus der Haft (Fälle/Personen)	4/7	—	—	—	4	—	—

<sup>160</sup> So in der Vorlage. Vermutlich wurde nach einem festen Schema berichtet.

## Teil II: Tätigkeitsbereiche

Bezeichnung des Vorkommnisses	Bataillon			Verwaltg. des Regiments	Fälle	Insgesamt	
	1. SB	2. SB	3. SB			Tote	Verletzte
Verloren, gestohlen (Fälle)							
a) Waffen	2	—	—	1	2	—	—
b) streng geheime und geheime Dokumente	—	1	—	—	1	—	—
Sonstige Vorkommnisse (Selbstmord, Desertion, Schlafen während der Wache, eigenmächtige Entfernung)							
Fälle	11	7	13	4	35	2	—
Insgesamt für das Regiment					59	8	6

### 7. Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die bei der Erfüllung von Kampf- und dienstlichen Aufgaben beschlagnahmt wurden:

Bei der Erfüllung dienstlicher Aufgaben wurden von den Kommandos im Kampf gegen Banditen beschlagnahmt:

Untereinheit	MPs	Gewehre	Pistolen	Granaten	Patronen	Scherenfernrohre
1. Schützenbataillon	—	—	7/3	—	—	1
2. Schützenbataillon	0/1	—	0/5	0/21	0/160	—
3. Schützenbataillon	3/0	1/0	—	—	—	—
Insgesamt	3/1	1/0	7/8	0/21	0/160	1

Anmerkung: Im Zähler werden die Beutestücke aus unserer Produktion, im Nenner die ausländischer Hersteller genannt.

### 8. Allgemeines Fazit zu den Ergebnissen der Kampf- und der operativ-dienstlichen Tätigkeit der Truppe und deren Zustand:

1. Im abgelaufenen Jahr wurde der Dienst zur Bewachung von Objekten ungeachtet schwieriger Bedingungen wachsam ausgeübt, so daß 33 Fluchtversuche, darunter auch Gruppenausbrüche, verhindert werden konnten.

2. Infolge richtigen und entschlossenen Handelns wurden 1946 769 Personen festgenommen, bei denen es sich um verdächtige oder feindliche Elemente bzw. um Personen ohne gültige Papiere handelte.

Die deutlich geringere Anzahl von Festnahmen im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich aus dem großen Fehlbestand an Personal, der infolge der Demobilisierung der 2. und 3. Reihe eingetreten ist. Die jetzige Personalstärke reicht lediglich zur Sicherung von Objekten aus, und auch das nur mit großen dienstlichen Belastungen. Nach Auffüllung des Regiments kamen neue Objekte hinzu, die zu bewachen sind, so daß die dienstliche Belastung der Truppe nach wie vor hoch ist.

3. Infolge gut organisierter und durchdachter Bewachung kam es bei Überführungen nicht vor, daß Gefangene geflohen sind. Mit Ausnahme eines Falles, bei dem der Gefangene sofort wieder festgenommen wurde.

4. Im Regiment verbesserte sich die innere Ordnung und Disziplin, es gab im Vergleich zum Vorjahr weniger Verluste außerhalb von Kampfeinsätzen, die auf Unkenntnis oder ungeschickten Umgang mit Waffen zurückzuführen sind.

Durch eine ganze Reihe von Befehlen und Anweisungen des Regiments, durch die Arbeit von Partei und Komsomol sowie durch die Besuche von Offizieren aus dem Stab und dem Kommando in den Einheiten konnten die Organisation der Bewachung und die Qualität des Dienstes verbessert werden.

Durch Übungsalarme im Regiment erhöhte sich die Kampfbereitschaft der Untereinheiten. Im Verlauf des Jahres konnten viele Offiziere des Regiments in ihren Einheiten die innere Ordnung, Disziplin sowie die Organisation und Durchführung des Dienstes verbessern.

Gute Ergebnisse zeigten:

1. Zug der 1. Schützenkompanie – Zugführer: Leutnant Gorbunow; 1. Zug der 2. Schützenkompanie – Zugführer: Unterleutnant Michailow; 2. Zug der 2. Kompanie – amtierender Zugführer: Obersergeant Wolkow; 1. Zug der 3. Schützenkompanie – Zugführer: Unterleutnant Kalkutin; 3. Zug der 4. Schützenkompanie – Zugführer: Unterleutnant Wankow; 1. Zug der 5. Schützenkompanie – Zugführer: Unterleutnant Schmali; 1. und 3. Zug der 6. Schützenkompanie – Zugführer: Unterleutnant Motynga und Unterleutnant Morosow.

Ausgezeichnete und gute Ergebnisse im Dienst, in der Ausbildung und in der Disziplin zeigten:

Gruppenführer:

Sergeant Anatoli Lisizin

Sergeant Nikolai Borissow

Sergeant Grigori Lobanow

Sergeant Iwan Piloschko

MG-Schützen, MPi-Schützen und Schützen:

Gefreiter Weniamin Schangin

Gefreiter Pawel Nikitin

Gefreiter Iwan Lunew

Soldat Nikolai Botscharow

Soldat Dmitri Kleimenow

Soldat Anatoli Sirotin

Soldat Arsentii Gawrilow

Soldat Pjotr Ossadtschuk

Soldat Iwan Derewinski

Soldat K. Baktemirow

Soldat Nikolai Tebin

Soldat Wassili Krawtschenko

Regimentskommandeur Oberstleutnant Grabowski<sup>161</sup>

Stabschef Major Puchow

*RGWA 32933/1/59, Bl. 27-48. Beglaubigte Kopie.*

<sup>161</sup> Grabowski, Jewgeni Alexandrowitsch, Major/Oberstleutnant.



**Nr. 135. Denkschrift des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow<sup>162</sup> und der Militärstaatsanwälte der SMAD Schawer<sup>163</sup> und Kotljär<sup>164</sup> an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Wyschinski<sup>165</sup> über die Ergebnisse der Arbeit der Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Halle im Zusammenhang mit der Ermordung Maders und den Schiebergeschäften Schwabes. 21. März 1947**

Streng geheim

Über die Ergebnisse der Arbeit der Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Halle im Zusammenhang mit der Ermordung Maders und den Schiebergeschäften Schwabes

Am 29. Januar 1947 begann in Halle, der Hauptstadt der Provinz Sachsen, die Verhandlung in der Sache der Angeklagten Alfred Peter, Regierungsrat der Kriminalpolizei, Heinrich Sturmman, Oberkriminalsekretär, Hans Zimmermann, arbeitslos, Otto Nolte, Werbegraphiker.

Sie alle werden beschuldigt, aus niederen Beweggründen die operative Mitarbeiterin der Kriminalpolizei Helga Mader, die früher als persönliche Sekretärin bei dem Schieber Schwabe gearbeitet hatte, ermordet zu haben.

Schon am ersten Verhandlungstag wurde völlig offenkundig, daß der Fall zur Organisation eines politischen Prozesses ausgenutzt werden sollte, der auf die Diskreditierung des kommunistischen Teils der SED, der führenden Persönlichkeiten aus den Reihen der ehemaligen Kommunisten in der Regierung der Provinz Sachsen und der Organe der sowjetischen Administration zielte.

Die im Prozeß ausgebreiteten, von der reaktionären Presse hochgespielten Ereignisse wurden noch weitergehend ausgenutzt. So unternahm man den Versuch, die Führung des Zentralkomitees<sup>166</sup> der SED, die Verwaltungsorgane der gesamten SBZ und die Organe der SMA[D] zu diskreditieren.

---

<sup>162</sup> Gribanow, Michail Grigorjewitsch (1906–1987), Jurist, ab 1941 Diplomat, zuletzt Berater der UdSSR-Mission in der Schweiz. Feb. 1947– Juli 1949 stellvertretender Politischer Berater der SMAD für Kontrollrats-Fragen, ab 1948 Gehilfe des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, 1949–53 stellvertretender bzw. Leiter der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums, 1953–55 im Zentralapparat des Außenministeriums, 1955–56 Leiter der Abteilung Skandinavien des Außenministeriums, 1956–62 Botschafter in Norwegen, 1962–81 Abteilungsleiter in der Verwaltung Außenpolitische Information, stellvertretender und dann Leiter der Verwaltung für allgemeine internationale Probleme des Außenministeriums der UdSSR.

<sup>163</sup> Schawer, Boris Matwejewitsch (1908–1951), Generalmajor; Jurist, bis 1930 Dozent an Rechtsinstituten und 1936–41 am Institut der Staatsanwaltschaft der UdSSR, im Krieg Leitender Staatsanwalt an der Front, 1942–43 Mitarbeiter der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der UdSSR, zuletzt Militärstaatsanwalt der 1. Ukrainischen Front. 1945–47 Militärstaatsanwalt der Zentralgruppe der sowjetischen Armee, 1947–49 Militärstaatsanwalt der GSBSD. Ab 1950 Militärstaatsanwalt der Moskauer Garnison.

<sup>164</sup> Kotljär, Nikolai Michailowitsch, Oberst; Militärstaatsanwalt der 5. Stoßarmee und 1945 erster Militärstaatsanwalt der Berliner Garnison, Dez. 1945–46 Militärstaatsanwalt für Mecklenburg, 1946–48 Militärstaatsanwalt der SMAD.

<sup>165</sup> Wyschinski, Andrei Januarjewitsch (1883–1954), Jurist, ab 1923 Staatsanwalt am Obersten Gericht der UdSSR, 1925–28 Rektor der Staatlichen Universität Moskau, 1934–44 stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR; 1935–39 Generalstaatsanwalt der UdSSR, 1940–46 Erster stellvertretender Volkskommissar des Äußeren der UdSSR. Mai-Aug. 1945 Politischer Berater des Oberbefehlshabers der GSBSD bzw. des Obersten Chefs der SMAD. 1946–49 stellvertretender Außenminister der UdSSR, 1949–53 Außenminister der UdSSR, 1953–54 Erster stellvertretender Außenminister der UdSSR und Ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNO.

<sup>166</sup> So in der Vorlage. Ein Zentralkomitee der SED entstand erst im Juli 1950.

Vor Gericht gab der Angeklagte Zimmermann, der vorher von ihm gemachte Aussagen widerrief, eine Erklärung ab, die auf folgendes hinausläuft:

Die Ermordung Maders erfolgte auf Befehl des Innenministers von Sachsen Robert Siewert<sup>167</sup> und des Polizeipräsidenten Georg König<sup>168</sup>.

Mader wurde ermordet, weil sie über Dokumente verfügte, die die kriminelle Tätigkeit führender Funktionäre der SED aus dem Kreis ehemaliger Kommunisten und führender Persönlichkeiten der Provinzialregierung bewiesen.

Mader war die persönliche Sekretärin des Großschiebers Schwabe. Sie führte dessen persönliche Korrespondenz, insbesondere ein Nachweisbuch über Lebensmittel, die die oben genannten führenden Persönlichkeiten, darunter auch Siewert und König, in großen Mengen illegal erhielten. Ein Teil der Lebensmittel wurde für Wilhelm Pieck bezogen.

Nach Schwabes Verhaftung gelang es Mader, diese Dokumente vor der Polizei zu verbergen. Von ihrer Existenz erfuhr Zimmermann. Er informierte darüber Innenminister Siewert. Dieser verlangte von ihm, die Dokumente Mader wegzunehmen. Das wurde gemacht und Siewert bekam die Dokumente. Mader forderte aber nachdrücklich, ihr die Dokumente zurückzugeben.

Außerdem wußte Mader, daß Polizeipräsident König Eigentum entwendet hatte, das bei Schwabes Verhaftung beschlagnahmt worden war. Einen Teil dieses Eigentums übergab man anderen führenden Persönlichkeiten der SED. Mader versuchte man über den „russischen NKWD“ zu isolieren. Am 15. Februar wurde Mader auf Befehl des Chefs des Operativen Sektors des MWD Oberst Schtachanowski<sup>169</sup> verhaftet. Bei der Haussuchung in der Wohnung von Mader erklärte diese dem Mitarbeiter des „NKWD“ Oberleutnant Sokolow, der die Verhaftung vornahm, sie kenne die Namen der Denunzianten und nannte die Namen Peter und Sturmman. Mader versprach Sokolow, seriöses Material über die Verbrechen dieser und anderer Personen zu übergeben, wenn sie nicht verhaftet wird. Sokolow war damit einverstanden. Mader sollte am 16. Februar 1946 um 10.00 Uhr bei ihm mit dem versprochenen Material erscheinen. Mader wurde auf freien Fuß gesetzt. Das Gespräch zwischen Sokolow und Mader hatte Sturmman belauscht, der sich im Nebenzimmer aufhielt.

Aus Angst vor einer Denunziation beim „russischen NKWD“ gaben Peter und Sturmman Zimmermann den Auftrag, Mader abzufangen.

Zimmermann erfüllte diesen Auftrag und brachte am Morgen des 16. Februar Mader in die Abteilung Kriminalpolizei der Regierung von Sachsen[-Anhalt]. Hier wurde ihr die Aktentasche abgenommen, in der sich die Denunziationen über Peter und Sturmman, aber auch Denunziationen über führende Persönlichkeiten der Regierung und der SED befanden.

Zimmermann informierte darüber persönlich Innenminister Siewert und übergab ihm die Denunziation über führende Persönlichkeiten. Danach gab Siewert über Regierungsrat Peter den Befehl „Mader zu vernichten“. Dieser Befehl wurde ausgeführt. Zimmermann und Nolte brachten Mader aus der Stadt heraus und als das Auto schnell die Landstraße entlang fuhr, gab Nolte

<sup>167</sup> Siewert, Robert (1887–1973), Maurer; 1918/19 KPD, 1920–29 Mitglied des sächsischen Landtags, 1929 KPD-Ausschluß, Funktionär der KPD-Opposition (KPDO). Nach 1933 illegal politisch tätig, 1935 verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, ab 1938 Haft im Konzentrationslager Buchenwald. 1945 Bezirksvorsitzender der KPD Sachsen-Anhalt und ab 1946 Mitglied des SED-Landesvorstandes ebenda. 1945 Erster Vizepräsident der Provinzialverwaltung und 1946–50 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Provinz/des Landes Sachsen-Anhalt. 1950 wegen früherer KPDO-Zugehörigkeit seiner Funktionen enthoben (später rehabilitiert), 1951 „öffentliche Selbstkritik“; 1950–67 Abteilungsleiter im Ministerium für Aufbau bzw. Sekretariatsleiter im Ministerium für Bauwesen der DDR.

<sup>168</sup> König, Georg, KPD/SED, Leiter der Polizeiabteilung in der ersten ernannten Provinzialverwaltung von Sachsen-Anhalt.

<sup>169</sup> Schtachanowski, Porfiri Alexandrowitsch (1896–1973), Oberst; 1918 WKP(B). 1945–47 Chef des Sektors/der Abteilung Inneres der SMA Sachsen-Anhalt.

Mader einen Genickschuß, danach wurde sie aus dem Auto geworfen, die Verbrecher kehrten in die Provinzialverwaltung zurück und meldeten Siewert die Ausführung seines Befehls.

Wie Zimmermann erklärte, beging er dieses Verbrechen aus folgenden Motiven:

1. Er hatte unbegrenztes Vertrauen zu Siewert, König und anderen führenden Persönlichkeiten.
2. Er wußte, daß Siewerts Befehl zur Vernichtung von Mader mit dem „russischen NKWD“ abgestimmt war, er hielt ihn deshalb für legitim.
3. Er wußte, wenn er nicht Mader „beiseite schafft“, würde man ihn „beiseite schaffen“, denn so war die Praxis in der Provinz, darüber wußte er gut Bescheid.

Die Angeklagten Peter und Sturmman distanzieren sich von ihren früheren Aussagen und bestätigen die Aussagen Zimmermanns.

Unter Berufung auf unleugbare Details und Tatsachen, die keine direkte Beziehung zur Sache hatten, gelang es Zimmermann, der von ihm vorgetragenen Version die nötige Überzeugungskraft zu verleihen.

Das in Verwirrung geratene Gericht unterbrach die Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Am 6. Februar begann erneut die Verhandlung in der Sache. Peter distanzierte sich von den Aussagen, die er am 29. Januar 1947<sup>170</sup> gemacht hatte.

Am 7. Februar verstarb ganz plötzlich Sturmman.

Am 9. Februar wurde das Urteil gesprochen. Es wurde anerkannt, daß der Mord an Mader von Sturmman organisiert worden war. Die Ausführenden der Ermordung waren Zimmermann und Nolte. Peter wurde für schuldig befunden, daß er als verantwortlicher Beamter der Kriminalpolizei keine Maßnahmen zur Verhaftung und Entlarvung der Verbrecher ergriffen hatte. Zimmermann und Nolte wurden zum Tode verurteilt, Peter zu vier Jahren Gefängnis.

In Anbetracht der Situation, die sich um diese Angelegenheit entwickelt hatte, stellte sich die Kommission folgende Aufgaben:

1. Aufdeckung der Ursachen, kraft derer solche Ereignisse in Halle vorkommen konnten, Rolle der Organe der sowjetischen Administration, der Parteiorgane und der Organe der Provinzialverwaltung von Sachsen[-Anhalt] in dieser Angelegenheit.

2. Feststellung des Straftatbestands in der Sache des Schiebers Schwabe und der Schuldigen in dieser Sache.

3. Feststellung der wirklichen Schuldigen an der Ermordung Maders; Nachforschung, ob führende Persönlichkeiten der Regierung der Provinz Sachsen und Mitarbeiter der SED in diese Angelegenheit verwickelt waren.

4. Falls eine Beteiligung von Siewert, König und anderer Personen an der Ermordung Maders und an den Schieberereien festgestellt werden sollte, dann waren deren wahre Motive zu ermitteln. Es war zu prüfen, ob deren Beteiligung an der Sache nicht eine Methode spezieller Schädlingstätigkeit zur Zersetzung der SED darstellt und ob eine Verbindung besteht zwischen diesen Personen und ihren verbrecherischen Handlungen und zentralen Berliner Organisationen.

5. Rehabilitierung von Siewert, König und anderen Personen, falls diese Opfer einer raffiniert ausgedachten und eingefädelten Provokation reaktionärer Elemente geworden waren.

6. Herausfinden der Personen, die das Material des Falles Schwabe-Mader für die Organisation eines politischen Prozesses ausnutzten.

Der Kampf zwischen den politischen Parteien, der bereits während der Ermittlungen um diese Angelegenheit entbrannt war, eine endlose Zahl von Provokationen, die Tatsache, daß seit Beginn der Ermittlungen in der Sache Schwabe-Mader schon ein Jahr vergangen war, die Beteiligung von 15 Beamten und Staatsanwälten an der Ermittlung, von denen viele absichtlich die Fakten verdrehten und Dokumente verschwinden ließen – das alles waren erhebliche Erschwernisse für die Arbeit der Kommission.

---

<sup>170</sup> In der Vorlage fälschlich: „1946“.

Dennoch gelang es, das Material zusammenzubringen, das für die Feststellung der Wahrheit erforderlich war.

1. Die Lage vor und während der Zeit, in der sich die Angelegenheit Schwabe und Mader abspielte:

Große Gebiete Sachsen[-Anhalts] waren von den amerikanischen Truppen besetzt worden. Die Häftlinge der Gefängnisse und Lager wie Buchenwald und Torgau und andere Gefangene wurden von den Amerikanern befreit. Diese Lager und Gefängnisse waren nicht nur von politischen Häftlingen, sondern auch von Kriminellen überfüllt. Berühmte Banditen, Berufsverbrecher, Kapitalbetrüger und Dokumentenfälscher wurden zusammen mit den politischen Häftlingen entlassen. Bei der Entlassung aus den Lagern bzw. Gefängnissen erhielt dieses ganze Pack von den amerikanischen Behörden Dokumente ausgestellt, daß sie „Opfer des Faschismus“<sup>171</sup> sind, daß sie also politische Häftlinge waren.

Solche Dokumente erhielten auch Zimmermann, Schwabe und andere Kriminelle.

Die Verwaltungsorgane in Halle entstanden bereits unter den Amerikanern, und diese besetzten die Posten bewußt mit zweifelhaften Personen, die aus den Gefängnissen entlassen worden waren und sich als politische Häftlinge ausgaben. Viele dieser Personen waren vom amerikanischen und britischen Geheimdienst angeworben worden und erhielten direkt den Auftrag, gegen die Kommunisten und die sowjetische Militäradministration zu agieren. Um ihre Position zu stärken, traten sie in die Kommunistische Partei ein. Solchen Gaunern gelang es oft, in führende Positionen zu gelangen.

So wurde ein gewisser Alfred Rieck, der sich als politischer Häftling ausgab, in Wirklichkeit aber ein Krimineller gewesen war, Polizeichef von Bernburg. Er ließ illegale Verhaftungen und Beschlagnahmungen vornehmen und verprügelte Gefangene.

Im Kreis Gräfenhainichen wurde ein gewisser Seifert Leiter der KPD-Organisation eines Ortes. Es kostete große Mühe, diesen Gauner zu entlarven, der schon zahlreiche Provokationen unternommen hatte.

Am 20. Februar 1947 befanden sich in den Hallenser Gefängnissen unter den Untersuchungsgefangenen 607 Kriminelle, die SED-Mitglieder waren. Die meisten von ihnen hatten sich, als sie [1945] aus dem Gefängnis entlassen worden waren, als politische Häftlinge ausgegeben.

Diese zweifelhaften Elemente suchten nicht nur in den deutschen Regierungs- und Parteiorganen Unterschlupf, viele von ihnen versuchten auch in unsere MWD- und MGB-Organen als Informanten oder Agenten einzudringen. Dieses Bestreben hatten auch viele ehemals aktive Faschisten, die um ihre Zukunft bangten.

Unsere jungen, unerfahrenen Mitarbeiter der MWD- und MGB-Organen warben nicht selten solche Leute an. Diese wiederum nutzten das ihnen erwiesene Vertrauen aus, ließen überall durchblicken, daß sie als Agenten und Informanten arbeiten, spekulierten mit ihrer Stellung und unternahmen verschiedene Provokationen.

Der Angeklagte Peter war Agent des Operativen Sektors des MWD der Provinzialverwaltung Sachsen der SMA, der Angeklagte Zimmermann stand in Verbindung zum Mitarbeiter des MGB des Operativen Sektors Leutnant Iossewitsch, der auch zum Mörder Nolte Beziehungen hatte.

Von der Arbeit dieser Personen als „Agenten des NKWD“ wußten nicht nur einzelne Einheimische und Amtspersonen, sondern darüber wurde sogar in Dokumenten von Polizeibeamten offiziell Mitteilung gemacht. So schrieb beispielsweise Oberkriminalsekretär Timme in seinem

<sup>171</sup> Solche Dokumente wurden nicht von den Amerikanern oder anderen Besatzungsmächten, sondern von deutschen Amtsstellen oder von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ ausgestellt. Vgl. Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ Handbuch, München 1990, S. 748-759.

Bericht zur Mordsache Mader: „Nolte ist undurchsichtig, er arbeitet für die Luisenstraße 7 (Operativer Sektor des MGB). Zur Zeit ist er mit den Russen weggefahren“.

Die Organe des MWD sind nicht genügend intensiv gegen die Enttarnung von Agenten vorgegangen. Wie wir feststellten, waren viele Agenten des MWD in der Polizei, bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft sowie bei den Anwaltschaften in Halle von den Deutschen enttarnt worden, in der Regel sogar auf Initiative der Agenten selbst.

In der Provinz Sachsen war eine Lage entstanden, wo es bei einigen Fragen äußerst schwer war, noch auseinanderzuhalten, wo die deutsche Polizei und wo die Organe des MWD und des MGB der UdSSR aktiv waren.

Alle Polizisten, die das Recht hatten, eine Waffe zu tragen, erhielten eine Bescheinigung, die vom Chef des Sektors für Inneres der SMA-Verwaltung für Sachsen Garde-Oberst Schtachanowski und dem jeweiligen Polizeichef unterschrieben war. Diese Bescheinigung war so formuliert, daß sich ihr Inhaber nicht nur als Angestellter der Polizei, sondern auch als Angestellter des MWD ausgeben konnte. Solche Bescheinigungen waren nach einem Befehl des Chefs der SMA[D]-Abteilung Generalmajor Malkow vom 26. Februar 1946 ausgegeben worden.

Wie festgestellt wurde, hatten die Mörder Sturmman und Peter unter Ausnutzung dieser Lage völlig unschuldige Menschen verhaftet.

Sturmman, ein ehemaliger faschistischer Offizier, der nach vorliegenden Informationen an der Vernichtung russischer Kriegsgefangener beteiligt war, war von den Amerikanern speziell als Beamter der Kriminalpolizei „eingebaut“ worden.

Bis in die jüngste Zeit ließen die Organe des MWD und des MGB eine große Anzahl von Deutschen verhaften, womit sie jeweils die deutsche Polizei beauftragten. Die Deutschen handeln in solchen Fällen im Namen des „russischen NKWD“. Das alles findet seinen Niederschlag in den offiziellen Berichten der deutschen Polizeiorgane.

So schrieb der Chef der Polizeiabteilung der Provinz Maier am 4. März 1947<sup>172</sup>: „Anzahl der für die Verwaltung der SMA im Jahre 1946 Verhafteten – 10.179“.<sup>173</sup>

Dem ist noch hinzuzufügen, daß die Polizeiorgane und die Organe des Innenministeriums von Sachsen[-Anhalt] äußerst schwach sind.

Innenminister Siewert ist ein willensschwacher, feiger Mensch, der unfähig ist, den Kampf gegen die übermütig werdenden Provokateure zu führen.

Siewert selbst flößt nicht das nötige Vertrauen ein. Wie festgestellt wurde, gibt es von ihm einige provokatorische Äußerungen.

In einem Referat auf einer Provinzkonferenz der Jugend in Halle nannte Siewert Anfang Juni 1946 die Sterblichkeitsziffer der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg und erklärte, daß die Bevölkerung Deutschlands bei dieser Sterblichkeit in 25 Jahren ausgestorben sein könnte.<sup>174</sup>

Auf einer Kundgebung am 12. Juni 1946 in Halle mit mehreren Tausend Teilnehmern erklärte Siewert, General Kotikow<sup>175</sup> (damals Chef der Provinz) habe ihm gesagt: „Deutschland ist ein

---

<sup>172</sup> In der Vorlage fälschlich: „1946“.

<sup>173</sup> Unterstrichen in der Vorlage.

<sup>174</sup> Die Sterblichkeitsrate lag im Dez. 1945 in der SBZ dreieinhalb und im April 1946 zweieinhalb Mal höher als 1938. Der Sterblichkeitsüberschuß betrug in der SBZ 1946 12,1 (nach SMAD-Angaben) bzw. 12,4 pro 1.000 Einwohner. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin(Ost) 1956, S. 34. Westdeutschland verzeichnete bereits 1946 einen Geburtenüberschuß.

<sup>175</sup> Kotikow, Alexandr Georgijewitsch (1902–1981), Generalmajor; Kupferschmied, ab 1919 Parteifunktionär, ab 1924 politischer Offizier in der Armee; im Krieg zuletzt ab 1943 Chef der Politischen Abteilung der 61. Armee der 1. Belorussischen Front. 1945–46 Chef der SMA Sachsen-Anhalt für Zivilangelegenheiten, 1946–50 Chef der Garnison und Kommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, 1949–50 Vertreter SKK im sowjetischen Sektor von Berlin. Danach bis 1955 in der Luftwaffe, zuletzt Generalleutnant.

großes Schachbrett, auf dem die Parteien Schach spielen. Auf der einen Seite wir (die Russen), auf der anderen die anderen Nationen, und die Schachfiguren, das ist das deutsche Volk“.<sup>176</sup>

1924 war Siewert als Anhänger der Fischer-Maslow-Gruppe<sup>177</sup> aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Polizeipräsident Georg König ist ein willenloser, nicht gerade kluger Mensch. Ende 1945 ließ er sich von seiner Frau scheiden und ging die Ehe mit einer gewissen Else Flahm ein. König ist 60, Flahm ist 32 oder 33 Jahre alt. König geriet unter den Einfluß der Flahm. Auf deren Wunsch ließ er Dr. Grote verhaften, einen Konkurrenten der Flahm in der Arztpraxis, außerdem vermachte er ihr illegal einen Pkw, der von einem Verbrecher beschlagnahmt worden war, und beging eine Reihe anderer ungesetzlicher Handlungen. Es gibt Informationen darüber, daß die Flahm in große Schiebereien mit einem gewissen Bickel verwickelt ist.

Ernste Auswirkungen auf die schwache Arbeit der Polizei und der Justizorgane der Provinz hat auch die Tatsache, daß dieses Ressort von Seiten der sowjetischen Administration von einem völlig ungebildeten, bornierten Menschen, dem Operativbevollmächtigten des Operativen Sektors des MWD Leutnant Djatlow, „angeleitet“ wird.

Von Djatlows Borniertheit zeugt allein schon folgende Tatsache. Der Generalstaatsanwalt der Provinz Fischl<sup>178</sup> hatte Djatlow am 9. November 1946 unter dem Aktenzeichen Nr. 2581/66 Auszüge aus den Aussagen zum Fall Mader übergeben. Daraus ging hervor, daß die Angeklagten zu beweisen versuchten, daß der Mord an Mader im Auftrag von Mitarbeitern des „russischen NKWD“ begangen wurde. Djatlow hat darauf nicht reagiert. Wie auch vorher schon weder der Chef des Operativen Sektors der Provinz Oberst Schtachanowski noch der Bevollmächtigte des Operativen Sektors Oberleutnant Sokolow darauf reagiert hatten.

Ihnen standen alle Unterlagen zur Verfügung, aus denen sich die Vorbereitung einer Provokation abzeichnete. Im Geschäftsgang bei Sokolow lag die Akte zur Anklage gegen Zimmermann und andere von Februar bis Juni 1946. In dieser Akte gab es direkte Hinweise darauf, daß die Beschuldigten versuchen würden, alles auf den „russischen NKWD“ abzuwälzen. Peter ist ein Agent des MWD. Nolte und Zimmermann standen in Verbindung mit einem Mitarbeiter des MGB. Ungeachtet dessen wurde die Akte der deutschen Polizei übergeben.

Man kann nicht umhin festzustellen, daß es an der nötigen Anleitung des Operativen Sektors in der Provinz Sachsen durch die Verwaltung für Inneres der SMAD mangelte. Von deren Chef Generalmajor Malkow wurden die völlig unhaltbaren Zustände in diesem Sektor nicht rechtzeitig bemerkt und abgestellt.

Bei der Nachweisführung über die Wertsachen, die von Mitarbeitern des MWD bei Deutschen beschlagnahmt wurden und die an den Staatshaushalt abzuführen sind, gibt es ernstzunehmende Mängel, die zu Mißbrauch führen können.

Einige Tage vor der Ermordung Maders übergab der Angeklagte Peter Oberst Schtachanowski Brillanten, Platin- und andere Schmucksachen im Wert von mehr als anderthalb Millionen

<sup>176</sup> Unterstrichen in der Vorlage.

<sup>177</sup> Fischer, Ruth (eigentlich: Elfriede Eisler, verheiratete: bis 1923 Elfriede Friedländer, bis 1929 Elfriede Golke) (1895–1961), 1918 Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Österreichs, 1919 ging sie nach Berlin und nannte sich seitdem „Ruth Fischer“. 1921 zusammen mit ihrem Lebensgefährten Arkadi Maslow in den Zentralkomitee der KPD und 1924 in das Politbüro gewählt. Nach politischen Konflikten mit der Komintern 1925–26 in Moskau, in Abwesenheit wurden Fischer und Maslow 1925 aus dem Politbüro der KPD und 1926 auch aus der KPD ausgeschlossen. 1933–40 Exil in Frankreich, 1941 in die USA, wo sie sich mit Forschungen über die Geschichte des Kommunismus beschäftigte. – Maslow, Arkadi (eigentlich Isaak Jefimowitsch Tschemerinski) (1891–1941), lebte ab 1899 in Berlin, 1923–24 in Moskau, 1924–26 in Haft. 1933–40 mit Ruth Fischer Emigration in Paris und bis 1936 politische Zusammenarbeit mit Leo Trotzki. 1940 Flucht nach Kuba.

<sup>178</sup> Fischl, Werner (1897–), Rechtsanwalt; 1945/46 KPD/SED, Apr. 1946–Juni 1952 Generalstaatsanwalt in Sachsen-Anhalt, dann Leiter der Rechtsstelle der Stadt Halle, Jan. 1955 Flucht nach Westdeutschland.

Vorkriegsmark, die bei Wilke von Wolk-Ramshausen beschlagnahmt worden waren. Die Übergabe dieser Wertsachen und die leichtfertige Weiterleitung des Falls an die Deutschen fielen zusammen und das erregte Verdacht.

Wie von uns festgestellt wurde, übergab Oberst Schtachanowski die obengenannten Wertsachen dem Apparat von General Malkow. Dort wurden sie ohne die nötige Ausfertigung von Dokumenten von Leutnant Gussew persönlich in Empfang genommen. Aus dem Apparat Malkows kamen die Wertsachen dann in das Sekretariat von Generaloberst Serow, wo sie Hauptmann Nikitin in Empfang nahm.

Es ist auch auf die Rolle einiger Mitarbeiter der SED auf Provinzialebene einzugehen.

Der Sekretär für Parteikader Otto Walter<sup>179</sup> hielt von März 1946 bis zum Prozeßbeginn (Januar 1947) eine Erklärung Zimmermanns bei sich zurück, in der dieser mitgeteilt hatte, daß der Mord an Mader im Auftrag des „russischen NKWD“ begangen worden war. Otto Walter fertigte sich eine Kopie dieses Dokuments an und hinterlegte sie „für alle Fälle“ bei dem Deutschen Scharf.

Als sich die gegen die SED gerichtete provokatorische Aktion voll entfaltete, hielt sich der SED-Vorsitzende der Provinz Sachsen aus der Sozialdemokratie, Böttge<sup>180</sup>, völlig aus dem Kampf gegen diese Provokation heraus und bezog eine Position der Nichteinmischung.

Nur unter diesen Bedingungen konnte die sogenannte Hallenser Angelegenheit entstehen, heranreifen und die Ausmaße einer großen politischen Provokation annehmen.

## 2. Die wirklichen Schuldigen in der Angelegenheit des Schiebers Schwabe und an der Ermordung Maders

Die Angelegenheit Schwabe kam am 24. November 1946<sup>181</sup> auf. Wie festgestellt wurde, hatte Schwabe eine kriminelle Vergangenheit mit mehreren Vorstrafen. Nach seiner Befreiung aus dem Lager durch die Amerikaner gab er sich als politischer Häftling aus. Von den Amerikanern hatte er die entsprechenden Dokumente erhalten und trat in die Kommunistische Partei ein. Gedeckt durch gefälschte Dokumente, erhielt er die Erlaubnis, eine Firma zu gründen, deren Aufgabe darin bestand, Lebensmittel zu erfassen und damit „Opfer des Faschismus“ zu versorgen. Unter diesem Aushängeschild begann Schwabe, großangelegte Schiebereien zu unternehmen und auf dem Schwarzmarkt Zucker, Mehl und andere Lebensmittel weiterzuverkaufen. Mit solchen Schiebergeschäften „verdiente“ er in kurzer Zeit über eine Million Mark.

Um den Schein einer Hilfe für die „Opfer des Faschismus“ zu wahren, übergab Schwabe eine geringe Menge von Lebensmitteln, buchstäblich in Kilogramm zu bemessen, an einige Mitarbeiter der Provinzialverwaltung und der KPD.

Wie festgestellt wurde, standen Siewert, König und der Provinzvorsitzende der KPD Koenen<sup>182</sup> mit Schwabe in keinerlei krimineller Verbindung.

---

<sup>179</sup> Walter, Otto (1902–1983), Zimmermann, 1920 KPD, Parteifunktionär, 1932/33 Mitglied des Reichstags; 1933 illegale Parteiarbeit, nach Verhaftung 1933 drei Jahre Gefängnis, dann Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen. 1945 Mitarbeiter der KPD-Landesleitung Sachsen-Anhalt in Halle, Mai 1949–50 Mitarbeiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, 1950–53 Erster Sekretär der SED-Landes-/Bezirksleitung im MfS, 1951–53 Leiter der Hauptabteilung Politikultur und stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR, 1953 Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit (für Verwaltung und Wirtschaft), 1957–64 Erster Stellvertreter des Ministers; 1959 Generalleutnant.

<sup>180</sup> Böttge, Bruno (1891–1967), Metallarbeiter, 1908 SPD, 1924–33 Bürgermeister Eisleben, 1933–35 Haft im Konzentrationslager wegen illegaler politischer Arbeit. 1945/46 SPD/SED, 1946–48 Landesvorsitzender der SED Sachsen-Anhalt, 1946–48 Mitglied des Landtags (Landtagspräsident), Okt. 1948 SED-Ausschluß.

<sup>181</sup> So im Dokument, wahrscheinlich ist von 1945 die Rede.

<sup>182</sup> Koenen, Bernard (1889–1964), KPD-Funktionär, 1933–45 Exil in der UdSSR, 1945/46 KPD/SED, 1945–46 Vorsitzender der KPD und 1946–52 Landesvorsitzender der SED in Sachsen-Anhalt, 1953–58 DDR-Botschafter in der Tschechoslowakei.

Als Schwabe verhaftet wurde und seine Schiebergeschäfte aufgedeckt wurden, nannte er zu seiner Rechtfertigung die Namen einiger verantwortlicher Persönlichkeiten, die von ihm Lebensmittel erhalten hatten. Diese Angaben wurden festgehalten. Das Protokoll zeigte König dem Parteivorsitzenden Koenen, der verfügte, die Angelegenheit Schwabe gesondert zu behandeln und das Material darüber, daß verantwortliche Mitarbeiter von ihm Lebensmittel erhalten hatten, zu einem gesonderten Verfahren herauszulösen.

Regierungsrat Peter erfüllte diese Anweisung und forderte von Schwabe, daß er ein neues Protokoll ohne Namensnennung von verantwortlichen Mitarbeitern unterschreiben soll. Als Schwabe dem nicht zustimmte, wurde er von Peter geschlagen, daraufhin unterschrieb er das Protokoll. Das erste Protokoll wurde vernichtet. Davon erfuhr Schwabe, so daß er Anlaß zu der Vermutung hatte, die SED-Führung und die Provinzialverwaltung würden die Aufdeckung seiner Geschäfte befürchten, und er begann, darauf zu spekulieren. Davon wußten Peter und Sturmman, die an der Ermittlung in dieser Sache beteiligt waren, und von ihnen erfuhr es auch Zimmermann. Dieser sah deshalb später die Möglichkeit, den Fall Schwabe mit dem Fall Mader zu verknüpfen.

Mader war Sekretärin bei Schwabe. Peter und Sturmman lernten sie kennen, als sie als Kriminalbeamte im Fall Schwabe ermittelten. Sturmman und Peter nahmen intime Beziehungen zu Mader auf. So erfuhr sie von deren Vergangenheit. Sie erhielt Kenntnis von vielen schweren Straftaten, die Peter und Sturmman begangen hatten. Peter hatte ein Verhältnis mit der Tochter von Polizeipräsident König, Erika König, außerdem stand die Ankunft seiner Frau mit den Kindern bevor. Mader wollte sich aber nicht von ihm trennen.

Sturmman brachte Mader bei sich in der Wohnung unter. Seine Frau erfuhr von dessen Beziehung zu Mader. Im Haus begann eine Zeit der Skandale und es kam zu einem Gerichtsverfahren wegen Sittenverletzung und Zerrüttung der Familie. Sturmman versuchte, Mader wieder auszuquartieren, doch das gelang ihm nicht. Daraufhin verabredeten Sturmman und Peter, Mader über die Organe des MWD zu „entfernen“. Sie schrieben eine Anzeige über Mader, in der sie mitteilten, diese sei eine polnische Spionin. Sie konnten aber die Anzeige nicht unterschreiben, da sie befürchten mußten, sie würde Mader vorgelegt und diese würde die von ihnen begangenen Verbrechen aufdecken. Auf ihre Bitte unterschrieb Zimmermann die Anzeige. Dieser brachte auch Mader zum MWD. Später wurde Mader freigelassen, wobei sie versprach, die ihr bekannten Verbrechen von Sturmman und Peter dem MWD zur Kenntnis zu bringen. Als die beiden das von Zimmermann erfuhren, fingen sie Mader ab, brachten sie zu sich und nahmen ihr die Aktentasche und die darin über sie enthaltenen Anzeigen ab. Danach sahen sie keinen anderen Ausweg, als Mader umzubringen. Damit beauftragten sie Zimmermann, der das nicht ablehnen konnte. Denn dieser hatte in der Vergangenheit mehrere Vorstrafen als Krimineller, hatte sich aber als politisch Verfolgter ausgegeben. Das wußten Peter und Sturmman. Auch nach seiner Befreiung aus dem Lager hatte Zimmermann einige Verbrechen begangen, und sie konnten ihn jederzeit verhaften. Nolte hatte ebenfalls eine kriminelle Vergangenheit und war zweimal verurteilt worden. Nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis durch die Amerikaner hatte Nolte einige Urkundenfälschungen begangen, für die er zu beliebiger Zeit verhaftet werden konnte. Deshalb ging Nolte ohne weiteres auf den Vorschlag ein, der ihm von den Kriminalbeamten unterbreitet wurde.

Nachdem der Mord begangen worden war, verwendeten Sturmman, Zimmermann und Peter alle Anstrengungen darauf, die Verantwortung für dieses Verbrechen den Organen der sowjetischen Administration – dem „russischen NKWD“ – zuzuschieben und diese damit in Mißkredit zu bringen.

Diese „Tätigkeit“ der Gauner wurde von Funktionären reaktionärer Gruppen und Parteien angeleitet, sie verbreiteten Flugblätter und organisierten dann einen provokatorischen politischen Prozeß. Auch erweiterte man den Rahmen der Provokation, indem führende Vertreter der SED und der Provinzialregierung aus den Reihen der Kommunisten hineingezogen wurden.



Das alles konnte ermittelt werden, weil nicht nur Zeugen und die Verurteilten vernommen wurden, sondern es auch gelang, den Briefwechsel der Gefangenen im Gefängnis aufzufinden. In ihren eigenhändigen Aufzeichnungen enthüllten sie völlig die Mechanik dieses Falles, und es ist daraus auch zu entnehmen, wie sie sich verabredeten, vor Gericht mit jener Version aufzutreten, die oben dargelegt wurde.

Wie sich zweifelsfrei ergab, waren Siewert, König und andere Personen in die Ermordung Maders nicht verwickelt.

### 3. Wer waren die Organisatoren und Verbreiter der provokatorischen Erfindungen im Fall Schwabe-Mader?

Es ist äußerst schwierig, in kurzer Zeit und auf unverdecktem Weg die verborgenen Agenten der Reaktion und der ausländischen Geheimdienste festzustellen und zu entlarven, die diese ganze provokatorische Arbeit im Fall Mader organisiert hatten. Solche Personen könnten sein:

a) Staatsanwalt Mosler, der von der Bearbeitung des Falles Mader suspendiert und später als ehemaliger Faschist aus der Staatsanwaltschaft entfernt wurde. Mosler war beteiligt an den Geschäften Schwabes.

b) Der Stellvertreter des Generalstaatsanwalts in Halle Martin Kostendeck, der alle Wendungen des Falles kannte, Ende 1946 die Arbeit im Stich ließ und in die britische Zone floh.

c) Der Oberstaatsanwalt des Bezirksgerichts von Stein, der nach Abschluß des Prozesses am 25. Februar in die Zone der [West-]Alliierten floh.

Stichhaltigere Beweise liegen gegen den Chef der Kriminalpolizei von Halle Berger vor.

Berger war früher ein Reaktionär, der Sonderaufträge der Gestapo im Osten ausführte. Er gehörte ehemals der SPD an, trat dann in die SED ein und führte insgeheim einen aktiven Kampf gegen ehemalige Kommunisten in der SED. Berger stand in Verbindung zu einem gewissen Peters, Mitarbeiter eines SED-Verlages. Nach gewissen Informationen ist Peters ein Verbindungsmann von Schumacher. In der Zeit der Prozeßvorbereitung fuhr Peters mehrmals nach Berlin und traf sich dort mit Vertrauten von Schumacher. Einige Angaben in den Flugblättern, die im Zusammenhang mit dem Fall Schwabe und Mader verbreitet wurden, waren nur Berger und seinen Vertrauten Lösche, Wolf und Timme bekannt. Das Auftauchen dieser Fakten in den Flugblättern beweist, daß diese Personen mit den Organisatoren der Provokation in Verbindung standen.

Da beim Operativen Sektor des MWD Material über die verbrecherische Tätigkeit dieser Personen in der Vergangenheit vorliegt, wurden sie in der Zeit, als die Kommission arbeitete, verhaftet. Bei der Haussuchung fand man bei ihnen mehr als 30 versteckte Pistolen. Auch entdeckte man bei ihnen Duplikate vieler Unterlagen zum Fall Schwabe und Mader, was ihre Beteiligung an der Organisation der Provokationen im Zusammenhang mit diesem Fall erhärtet. Und daß Berger eine zentrale Rolle bei dieser Provokation spielte, wird schließlich auch dadurch bestätigt, daß nach dessen Verhaftung die Verbreitung provokatorischer Gerüchte und Flugblätter aufhörte.

Im Verlauf ihrer Arbeit erhielt die Kommission auch Kenntnis davon, daß der Leiter des Gefängnisses von Naumburg, ein gewisser Burkhart, Zimmermann dazu angestiftet hatte, vor Gericht mit „Enthüllungen“ aufzutreten. Auch redete er Zimmermann zu, er solle ihm schriftliche Denunziationen über Siewert und andere übergeben, „da mit ihm, also mit Zimmermann, alles mögliche passieren kann“.

Als Zimmermann im Gefängnis von Naumburg einsaß, dessen Leiter Burkhart war, erhielt Zimmermann trotz strengen Verbots in der Zelle Besuch von drei Personen – einer Frau und zwei Männern. Das war Mitte September 1946. Wie sich herausstellte, sind die Passierscheine verschwunden, mit denen diese Personen das Gefängnis verließen. Indessen legte Zimmermann genau nach diesem Besuch seine Linie fest, mit Enthüllungen über Siewert, König und andere aufzutreten.

Buchstäblich einen Tag vor Prozeßbeginn, am 26. Januar 1947, wurden Sturmman und Zimmermann von „einer grauhaarigen, hinkenden Frau“ besucht, die aus Berlin eingetroffen war. Zimmermann bestätigte diesen Besuch.

Uns gelang es, diese Frau in Leipzig ausfindig zu machen. Es handelt sich um Dorothee Schweinberg. Bis Januar 1947 war sie nirgends angestellt. Vor Beginn des Prozesses wurde sie zur Verwaltungsberaterin für die Aufsicht über den Strafvollzug ernannt. Als „Praxiseinsatz“ wurde sie unverzüglich in das Gefängnis von Naumburg geschickt, wo Zimmermann und andere einsaßen. Bei einem Zellenrundgang besuchte sie auch Sturmman und Zimmermann. Auch war sie beim Prozeß anwesend, wiederum als „Praxiseinsatz“. Die Person Schweinbergs und ihr Handeln sind äußerst verdächtig.

Über alle diese Personen haben wir die Organe des MWD in Sachsen und die Verwaltung für Inneres der SMAD in Kenntnis gesetzt, die aus diesem Anlaß eine aktive Bearbeitung<sup>183</sup> einleiten müssen.

Mit Rücksicht auf die dargelegten Ereignisse würden wir folgendes für notwendig erachten:

1. Es sind Maßnahmen zur Gesundung der Arbeit unserer Organe des MWD in der SBZ zu ergreifen.

Unaufschiebbar sind Maßnahmen zur Stärkung der Kader der MWD- und der MGB-Organen in der Provinz Sachsen.

Weil sie ihrem Amt nicht gerecht werden, sind der Chef des Operativen Sektors von Sachsen Garde-Oberst Schtachanowski sowie der Operativbevollmächtigte Djatlow von ihren Posten zu entfernen.

2. Dem Innenminister der UdSSR Gen. Kruglow und dem Minister für Staatssicherheit Gen. Abakumow gegenüber ist die Frage aufzuwerfen, ob sie nicht Sonderkommissionen für die vollständige Revision der Arbeit der Organe des MWD und des MGB der Provinz Sachsen ernennen sollten und ob nicht auf der Basis dieser Materialien für alle Organe in der SBZ Schlußfolgerungen gezogen werden sollten.

3. Auszuarbeiten ist eine Geschäftsordnung für die Operativen Sektoren von MWD und MGB, in der deren Pflichten genau zu fixieren sind.

4. Es sind die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit Innenminister Siewert und Polizeipräsident König wegen mangelnder Vertrauenswürdigkeit von ihren Posten abgelöst werden.

5. Es erscheint zweckmäßig, der SED-Führung gegenüber die Frage des aus der Sozialdemokratie kommenden Parteivorsitzenden der Provinz Sachsen Böttge und des Sekretärs für SED-Kader Otto Walter zur Diskussion zu stellen.

6. Es sind energische Maßnahmen zur Gesundung der Kadersituation in den Organen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Polizei in der Provinz Sachsen zu ergreifen.

7. Der SED-Führung ist zu empfehlen, daß sie den Mitgliederbestand der SED-Organisation in der Provinz Sachsen kritisch überprüft, um die Organisation von Gaunern aller Art zu säubern, die nach ihrer Befreiung aus der Haft von den Amerikanern Dokumente als „Opfer des Faschismus“ erhalten haben.

Ein ausführlicher Bericht über die Arbeit der Kommission auf 73 Blatt wird beigelegt.

Anhang: Bericht auf 73 Blatt.<sup>184</sup>

Gribanow, Schawer, Kotljar

*GARF 8131/37/3418, Bl. 1-16. Original.*

<sup>183</sup> Vorlage: „rasrabotka“.

<sup>184</sup> Wird hier nicht veröffentlicht.

**Nr. 136. Direktive des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Generalmajor Kusnezow an die Regimentskommandeure der Inneren  
Truppen bezüglich der verstärkten Bewachung von Gefängnissen und  
Untersuchungshaftzellen der Organe des MGB in Deutschland. 11. Mai 1947**

Streng geheim

Nr. III/1-001047

An die Regimentskommandeure der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

Nur: An den Kommandeur des ... Regiments

Am 9. Mai 1947 sind aus den Untersuchungshaftzellen einer Stadtbezirksabteilung des MGB (Weißensee) des Operativen Sektors von Berlin vier verhaftete Deutsche entwichen, indem sie eine unbewachte Außenwand des Untersuchungsgefängnisses durchbrachen. Dabei handelt es sich um: Rauch, Bernhard, Jahrgang 1925, Godatz, Kurt, Jahrgang 1928, Reife, Ulf, Jahrgang 1928 und Stein, Harald, Jahrgang 1922.

Die Flucht ereignete sich unter folgenden Umständen:

Der Innenbereich der Untersuchungshaftzellen wird von Wächtern bewacht. Der Diensthabende Wächter A. verließ nachts seinen Posten und schlief in seiner Wohnung, die an die Untersuchungshaftzellen angrenzt.

Die Gefangenen durchbrachen die Mauer mit Hilfe einer 25 cm langen Eisenstange, einer Glasscherbe und eines Bolzens, der aus dem durch die Zelle führenden Heizungsrohr herausgebrochen wurde. Sie gelangten nach draußen und flüchteten unerkannt.

Die Suche nach den Flüchtigen blieb ergebnislos.

Die Zelle, aus der die Gefangenen ausgebrochen sind, entspricht nicht den Dienstvorschriften, da ein großer Teil des Raumes nicht durch den „Spion“ einsehbar ist, und der Durchbruch gerade durch den Teil der Wand erfolgte, der außerhalb des Sichtbereichs lag.

Die Flucht wurde ermöglicht durch:

- a) das verbrecherisch-nachlässige Verhältnis des Wächters A. zur Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten,
- b) die Mißachtung elementarer Dienstvorschriften bei der Einrichtung der Zelle,
- c) die mangelhafte Organisation des Wachdienstes im Außenbereich, in deren Folge eine Zellenwand der Untersuchungshaftzellen unbewacht blieb.

In Anbetracht des oben Angeführten befehle ich:

1. Der vorliegende Fluchtfall ist allen Garnisonen der Truppen des MGB in Deutschland zur Kenntnis zu bringen.
2. Das Organisationsschema des Objektschutzes ist nochmals zusammen mit den entsprechenden Vertretern der Organe des MGB (den Chefs der Haftanstalten und Untersuchungshaftzellen) mit dem Ziel zu überprüfen, dessen Effizienz durch eine rationellere Standortverteilung der Posten zu erhöhen.
3. Die jeweiligen operativen Chefs sind darauf hinzuweisen, daß es dringend erforderlich ist, Maßnahmen zur Umrüstung der Haftanstalten und Untersuchungshaftzellen zu ergreifen.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow  
Stellvertretender Stabschef der Truppen Oberstleutnant Gordejew

*RGWA 32925/1/150, Bl. 68 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 137. Schreiben des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow an den Chef der Hauptverwaltung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak mit der Bitte um Anweisungen zur Frage der Ausstellung von Passierscheinen für das Überschreiten der Grenze. 24. Mai 1947**

Geheim

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Apparats des Stellvertreters des Ministers für Inneres Generaloberst Serow in Deutschland werden vom Stab der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Passierscheine für das Überschreiten der Staatsgrenze der UdSSR an einige Einrichtungen und Truppenteile des MWD ausgegeben:

1. an die Abteilung Sonderlager der SMAD
  2. an die Abteilung des MWD bei der GSBSD für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen
  3. an das 11. Regiment für Regierungsfernmeldeverbindungen
  4. an das Basislager der Hauptverwaltung für Truppenversorgung des MWD der UdSSR
- Ich bitte um Anweisungen in dieser Frage.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow  
Stellvertretender Stabschef der Truppen Oberstleutnant Gordejew

*Gen. Welikanow. Erstellen Sie Bericht. Sladkewitsch. 4. Juni [19]47.*

*Sekretariat. Auskunft über „WTsch“. Dem Stabschef Oberst Wolkow wurde die Anweisung erteilt, die Ausgabe von Passierscheinen ohne Sanktion durch den stellvertretenden Minister des MGB in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk einzuschränken. Es ist Bericht zu erstatten und die Entscheidung der Frage zu melden. Die Anweisungen sind mit General Sladkewitsch abgestimmt worden. Oberst Welikanow. 6. Juni [19]47.*

RGWA 38650/1/308, Bl. 44. Original.

**Nr. 138. Instruktion für die Bewachung von Festgenommenen und Inhaftierten in den Untersuchungshaftzellen des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen. 3. Juni 1947**

„Bestätigt“

Stellvertretender Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Sachsen Oberst Jegoschin<sup>185</sup>

4. Juni 1947

Stellvertretender Kommandeur des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberstleutnant Smirnow

3. Juni 1947

<sup>185</sup> Jegoschin, Kusma Pantelejewitsch (1906–1988), Oberst; 1932 WKP(B), ab 1938 in der Staatssicherheit, 1939–41 Chef der NKWD-/NKGB-Gebietsverwaltung Kirow und 1944–45 Tjumen. Ab 1945 stellvertretender, Feb. 1948–Okt. 1948 (kommissarischer) und Okt. 1948–Aug. 1950 Chef des Operativen Sektors des MGB Sachsen. 1950–66 stellvertretender Chef der MGB/MWD-Gebietsverwaltung Charkow.

### **Instruktion**

für die Bewachung von Inhaftierten (Festgenommenen) in den Untersuchungshaftzellen der Abteilungen des MGB durch die Garnisonen des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

1. Eine zuverlässige Bewachung von Festgenommenen (Inhaftierten) in den Untersuchungshaftzellen der Abteilungen des MGB wird erreicht durch:

- ein richtiges Verständnis bei allen Abteilungschefs des MGB und bei den Chefs der militärischen Wacheinheiten dafür, daß die Staatssicherheitsorgane und die Truppen eine gemeinsame Aufgabe erfüllen, die auf den Schutz der Staatsinteressen der UdSSR in Deutschland gerichtet ist;

- ein durchdachtes, der konkreten Situation entsprechendes System der militärischen Bewachung und eine gewissenhafte Erfüllung der dienstlichen Pflichten durch alle Amtspersonen und alle Dienstkommandos;

- eine den Sicherheitsanforderungen genügende Ausstattung der Arresträume: Intakte Türen, Gitter in den Zellen, Schließvorrichtungen, Verstärkung der Absperrung, die Errichtung von Wachtürmen, Beleuchtung, Ausstattung der Posten mit Nachrichtentechnik und Alarmanlagen.

2. Für einen Ausbruch aus den Arresträumen tragen der Chef des Objekts und der Chef der Wacheinheit gleichermaßen die Verantwortung.

3. Der Objektleiter (Chef der Abteilung des MGB) trägt die volle Verantwortung für:

- die Ausstattung der Arresträume (die Sicherheit der Türen und der Gitter in den Zellen, die Beleuchtung, die Verstärkung der Absperrung, die Ausstattung der Posten mit Wachtürmen, Alarmanlagen, Brandschutzinventar usw.);

- die Betreuung der Festgenommenen/Inhaftierten (Verpflegung, Aufrechterhaltung der Sauberkeit in den Untersuchungshaftzellen, Begleitung der Gefangenen zu Verhören und bei Gängen zur Verrichtung der Notdurft, Durchsuchungen usw.);

- der Chef des Objekts ist darüber hinaus dafür verantwortlich, daß rechtzeitig Maßnahmen zur Beseitigung von Mängeln ergriffen werden, auf die er durch den Chef der Wacheinheit aufmerksam gemacht wird, sofern sie die oben genannten Bereiche betreffen.

4. Der Garnisonschef organisiert den täglichen Dienst zum Schutz des Objekts gemäß den Vorschriften für den Postendienst und der konkreten Situation entsprechend, indem er Wachposten innerhalb und außerhalb der Untersuchungshaftzellen aufstellt und einen Diensthabenden ernennt.

Der Chef der Garnison ist verantwortlich für:

- das System der Dienstorganisation zur Bewachung des Objekts,
- die gewissenhafte Erfüllung der dienstlichen Pflichten durch alle Dienstkommandos,
- die Verstärkung der Wachen auf Verlangen des Objektleiters und in Abhängigkeit von den Erfordernissen der Lage (worüber auf Verlangen Meldung zu erstatten ist),
- für die Verhinderung von Gefangenenausbrüchen.

5. Der Wachposten im Innendienst der Untersuchungshaftzellen ist bei Dienstantritt verpflichtet:

- den Posten zu übernehmen, d. h. die Gefangenen abzuzählen und zu übernehmen, die Sicherheit der Türen, Gitter, Schlösser und die Funktionstüchtigkeit der Beleuchtung zu überprüfen. Die Schlüssel für die Eingangstür des Zellentrakts zu übernehmen;

- niemanden ohne persönliche Anordnung des Objektleiters, des Garnisonschefs oder des Diensthabenden der Garnison in die Räumlichkeiten der Untersuchungshaftzellen herein- oder herauszulassen;

- eine Zerstörung oder Beschädigung von Fensterrahmen und Gittern durch die Gefangenen nicht zuzulassen und zu verhindern, daß die Gefangenen auf Fensterbänken sitzen, daß sie etwas von Straßenpassanten entgegennehmen oder Gegenstände und Zettel auf die Straße werfen, daß sie mit Außenstehenden sprechen oder Klopfzeichen mit den benachbarten Zellen austauschen;

- das Verhalten der Gefangenen durch den Sehschlitz („Spion“) zu beobachten, die Gefangenen zur Ordnung zu rufen und falls diese sich weigern, dieser Aufforderung nachzukommen, dem Chef der Garnison oder dem Diensthabenden Meldung zu erstatten;

- nachts dafür zu sorgen, daß in den Zellen der Gefangenen Licht brennt;

- die Aufnahme und Übergabe von Gefangenen nur in Gegenwart des jeweiligen Vorgesetzten – des Garnisonschefs oder des Diensthabenden der Garnison – vorzunehmen.

Der Außenposten für die Bewachung des Objekts ist verpflichtet:

- Überraschungsangriffe auf das Objekt sowie die Flucht von Gefangenen in seinem Dienst-(Überwachungs-)abschnitt zu verhindern,

- die Ausweispapiere aller Personen zu kontrollieren, die das zu bewachende Objekt betreten oder verlassen. Außenstehenden Personen ist nur auf persönliche Anweisung des Objektleiters, des Garnisonschefs oder des Diensthabenden der Garnison Zutritt zu gewähren;

- in der Nacht darauf zu achten, daß in den Zellen Licht brennt.

Anmerkung: Die besonderen Pflichten eines jeden Wachpostens sind der Dienstvorschrift für den Postendienst zu entnehmen.

6. Der Diensthabende der Garnison ist zugleich Diensthabender der Untersuchungshaftzellen, er ist verpflichtet:

- in Abwesenheit des Garnisonschefs (seines Stellvertreters) – gemäß vorliegender Instruktion – Gefangene aufzunehmen oder zum Verhör bzw. zu anderen Zwecken zu überstellen;

- über die Aufnahme und Überstellung von Gefangenen in vorschriftsmäßiger Form Buch zu führen,

- Personen aus dem Kreis des operativen Personals gemäß den Anweisungen des Objektleiters Zutritt zu den Untersuchungshaftzellen zu gewähren,

- bei der Durchsuchung der Gefangenen vor deren Unterbringung in einer Zelle anwesend zu sein, die Gefangenen bei der Überstellung zum Verhör, bei Gängen zur Verrichtung der Notdurft, bei Putzeinsätzen sowie Gängen, die anderen Zielen dienen, zu begleiten.

Die anderen Pflichten des Diensthabenden sind in einer gesonderten Instruktion für Diensthabende von Garnisonen festgehalten.

7. Der Garnisonschef oder der Diensthabende der Garnison haben auf Anordnung des Objektleiters oder seines Stellvertreters die Festgenommenen von den Angehörigen des operativen Personals zu übernehmen und in die Untersuchungshaftzellen einzuweisen.

Eine durch den Chef des Objekts bestätigte Liste der operativen Mitarbeiter befindet sich beim Garnisonschef.

Die Schlüssel der mit Gefangenen belegten Zellen werden auf Anordnung des Objektleiters von einer Person aus dem Kreise der operativen Mitarbeiter der Abteilung aufbewahrt.

Der Chef der Wacheinheit (Garnisonschef) ist verpflichtet, die Bewachung von Gefangenen abzulehnen, die in einem nicht den Anforderungen an Untersuchungshaftzellen entsprechenden Gebäude untergebracht sind.

8. Eine neu festgenommene (inhaftierte) Person wird bei ihrem Eintreffen in der Abteilung des MGB auf Anordnung des Objektleiters in Anwesenheit des Garnisonschefs oder des Diensthabenden der Garnison, vom Kommandanten der Abteilung oder einem dazu beauftragten operativen Mitarbeiter durchsucht; ihr werden alle überflüssigen Gegenstände und Sachen abgenommen, die für einen Verbleib in der Zelle nicht zugelassen sind.

Im Anschluß daran nimmt der Diensthabende der Garnison (der Garnisonschef) den Gefangenen in Verwahrung und begleitet diesen zusammen mit der Person, die die Durchsuchung vorgenommen hat, in die Untersuchungshaftzellen.

Der Diensthabende der Garnison trägt das Datum und die Uhrzeit der Aufnahme des neu Zugeführten in das Buch für die Registrierung der Zu- und Abgänge ein.

Das Buch für die Registrierung der Gefangenen wird in der vorgeschriebenen Form durch

den Diensthabenden der Garnison geführt und muß nummeriert, gebunden, mit einem Siegel versehen und durch die Unterschrift des Objektleiters beglaubigt sein.

9. Personen, die mit der Betreuung von Gefangenen betraut sind, ist nur in Anwesenheit des Garnisonschefs oder des Diensthabenden der Garnison Zutritt zu den Räumlichkeiten der Untersuchungshaftzellen zu gewähren und nur dann, wenn dort ein Wachposten Dienst tut.

Bei der Versorgung von Festgenommenen (Gefangenen) ist es kategorisch untersagt, gleichzeitig mehrere Zellen zu öffnen, die Gefangenen in Gruppen aus den Untersuchungshaftzellen zu führen oder eine Zelle bewaffnet zu betreten.

10. Die Gefangenen werden auf ihrem Weg zum Verhör durch Offiziere des operativen Personals der Abteilung sowie den Garnisonschef oder den Diensthabenden der Garnison, letztere bewaffnet, begleitet; der Kreis der [befugten] Offiziere ist in Punkt 7 der vorliegenden Instruktion festgelegt.

Eine Person, die einen Gefangenen zum Verhör begleitet oder diesen zu anderen Zwecken aus der Zelle abführt, ist verpflichtet, sich jedesmal in das Buch für die Registrierung der Zu- und Abgänge einzutragen, das ihr durch den Garnisonschef oder den Diensthabenden der Garnison vorgelegt wird.

11. Nächtliche Ausgänge der Gefangenen zur Verrichtung der Notdurft sind untersagt. Jede Zelle muß für diesen Zweck mit einem besonderen Behältnis ausgestattet sein.

Am Tage erfolgt der Ausgang in Begleitung einer durch den Chef des Objekts bestimmten Person, wobei stets der Diensthabende der Garnison (oder der Postenführer) – jeweils bewaffnet – anwesend sein muß.

12. Die Entlassung eines Gefangenen oder seine Übergabe an die Begleitmannschaft eines Gefangenentransports erfolgt nach mündlicher oder schriftlicher Anordnung des Objektleiters oder seines Stellvertreters, was durch einen entsprechenden Eintrag in das Buch für die Registrierung der Zu- und Abgänge festzuhalten ist.

Stabschef des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Regiments der Inneren Truppen des MGB Major Morosow

*RGWA 32925/1/149, Bl. 7-10. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 139. Instruktion für die Bewachung festgenommener und inhaftierter Personen in den Untersuchungshaftzellen des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg. 12. Juni 1947**

„Bestätigt“

Chef des Operativen Sektors der SMA des Landes Mecklenburg Garde-Oberst S. Loss<sup>186</sup>  
12. Juni 1947

### **Instruktion**

„Über die Organisation des Innenwachdienstes, der Aufnahme von Festgenommenen in die bzw. deren Überstellung aus den Untersuchungshaftzellen der Kreisabteilungen des Operativen Sektors“

1. Der Garnisonschef ist in operativer Hinsicht dem Chef der Kreisabteilung unterstellt.

---

<sup>186</sup> Loss, Semjon Lwowitsch (1906–1966), Oberst; 1929 WKP(B), ab 1930 in der Staatssicherheit; 1944–47 leitend in der Spionageabwehr der 2. Belorussischen Front und zuletzt der Nordgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Polen tätig. März-Aug. 1947 Chef des Operativen Sektors des MGB in Mecklenburg und Aug.-Dez. 1947 Chef des Operativen Sektors in Sachsen-Anhalt. Danach bis 1951 in der militärischen Abwehr des MGB in der UdSSR eingesetzt.

2. Die Aufnahme festgenommener Personen in den Untersuchungshaftzellen und deren Verteilung auf die Zellen erfolgt durch den Kommandanten der Kreisabteilung auf der Grundlage einer gemäß Artikel 100 des Strafgesetzbuches der RSFSR<sup>187</sup> zu erlassenden Anordnung, die durch den Chef der Kreisabteilung bestätigt wird, sowie einer Anweisung, die von Letzterem in jedem Einzelfall erteilt wird.

3. Die Durchsuchung der Festgenommenen erfolgt durch den Diensthabenden der Garnison in Anwesenheit des Operativbevollmächtigten der Kreisabteilung, der die Festnahme durchgeführt hat; Letzterer fertigt ein Protokoll der Leibesvisitation in drei Exemplaren aus, von denen ein Exemplar in die Gefangenenakte eingebunden, eines den Festnahmeunterlagen beigelegt und eines zusammen mit den sichergestellten Gegenständen und Wertsachen an den Kommandanten der Kreisabteilung zur Aufbewahrung übergeben wird. (Die Gefangenenakten werden vom Kommandanten der Abteilung aufbewahrt).

4. Die Registrierung der sichergestellten Gegenstände und Wertsachen wird durch den Kommandanten der Kreisabteilung vorgenommen, dieser ist auch für ihre Aufbewahrung verantwortlich.

5. Die Festgenommenen, die in den Untersuchungshaftzellen einsitzen, werden zur Verrichtung der Notdurft nicht aus der Zelle geführt, Hofgänge sind untersagt. Zur Verrichtung der Notdurft sind Behältnisse zu verwenden, die sich in den Zellen befinden müssen; diese sind jeden Morgen von einem der Festgenommenen unter Bewachung eines Soldaten und unter Aufsicht des Diensthabenden der Garnison oder des Kommandanten der Kreisabteilung in die Toilette zu entleeren.

6. Der Diensthabende der Garnison hat über den Zu- und Abgang von Festgenommenen in folgender Form Buch zu führen:

- a) Name, Vorname.
- b) Geburtsjahr.
- c) Wann festgenommen.
- d) Auf wessen Anordnung in die Untersuchungshaftzellen verbracht.
- e) Wann, auf wessen Anordnung entlassen.

Aufnahmen und Entlassungen aus den Untersuchungshaftzellen sind entsprechend zu vermerken.

7. Entlassungen werden durch den Kommandanten der Kreisabteilung vorgenommen und erfolgen auf Anordnung des Chefs der Kreisabteilung, wobei alle bei der Durchsuchung sichergestellten Gegenstände gegen Quittung zu übergeben sind. Die Quittung für den Erhalt aller sichergestellten Gegenstände wird den die inhaftierte Person betreffenden Untersuchungsmaterialien beigelegt, die nach deren Entlassung an den Chef der Abwehrabteilung zu übersenden sind.

8. Zur Bewachung des inneren Bereichs der Untersuchungshaftzellen wird ein Posten abgestellt, der verpflichtet ist:

- a) bei Dienstantritt die Inhaftierten abzuzählen, ihre Anwesenheit durch Inaugenscheinnahme (durch die „Spione“ in den Zellentüren) zu überprüfen und sie zu übernehmen;
- b) bei Dienstantritt die Funktionstüchtigkeit der Schlösser und Türen sowie der Beleuchtung und der Alarmanlage zu überprüfen. Alle Mängel sind zwecks Einleitung entsprechender Maßnahmen dem Diensthabenden der Garnison zu melden. Der Diensthabende der Garnison hat über alle Unregelmäßigkeiten umgehend dem Chef der Kreisabteilung Bericht zu erstatten;
- c) alle fünf bis zehn Minuten durch die „Spione“ der Zellentüren das Verhalten der Inhaftierten zu beobachten;

<sup>187</sup> Artikel 100 des Strafgesetzbuches der RSFSR bezog sich auf Verstöße gegen die Ordnung bei der Verwahrung und beim Schutz von Gegenständen und Örtlichkeiten, die der Staatsmacht gehören.



d) Selbstmord- oder Fluchtversuche zu unterbinden. Diesbezügliche Beobachtungen sind unverzüglich dem Diensthabenden der Garnison zu melden.

9. Der Garnisonschef oder der Diensthabende der Garnison ist verpflichtet, dem Kommandanten der Abteilung oder einem operativen Mitarbeiter (auf Anweisung des Chefs der Kreisabteilung) jederzeit ungehinderten Zutritt zu den Zellen zu gewähren, wobei auf die Einhaltung aller Vorschriften zur Vermeidung von Fluchtversuchen zu drängen ist.

10. Der Garnisonschef ist verpflichtet, auf Verlangen des Chefs der Kreisabteilung zusätzliche Posten einzusetzen und Begleitpersonal für die Abführung von Inhaftierten zum Verhör und deren Rückführung abzustellen. Die Inhaftierten sind nur einzeln und unter Bewachung von mindestens zwei Begleitpersonen zum Verhör zu bringen.

Auf Anweisung des Chefs der Kreisabteilung sind bestimmten Kategorien von Inhaftierten Handschellen oder Handfesseln anzulegen. Es ist kategorisch untersagt, die Festgenommenen länger als zwei Tage in den Untersuchungshaftzellen festzuhalten.

11. Für die Organisation der Verpflegung, den sanitären Zustand und die Ordnung in den Untersuchungshaftzellen sind der Chef der Kreisabteilung und der Kommandant verantwortlich.

Chef der Untersuchungsabteilung des Operativen Sektors der SMA des Landes Mecklenburg  
Oberstleutnant Gurulew<sup>188</sup>

„Einverstanden“

Kommandeur des 83. Rotbannerorden-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB  
Oberst Zelikow<sup>189</sup>

Anmerkung (zu Punkt 6). Bei jeder Überstellung eines Festgenommenen zum Verhör oder bei dessen Entlassung bzw. Verlegung an einen anderen Ort ist die Übergabe durch den Kommandanten der Operativen Gruppe in dem Buch für die Registrierung von Ab- und Zugängen zu vermerken, in dem eine Spalte „f) Übernahme des Festgenommenen aus den Untersuchungshaftzellen erfolgt. Unterschrift: ...“ vorhanden sein muß.

*RGWA 32925/1/149, Bl. 4 mit Rückseite. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 140. Orientierung Nr. 1/001258 des Stellvertreters des Kommandeurs des 92. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland zur Flucht eines gefangenen Deutschen aus der Kreisabteilung des MGB in Greiz. 13. Juni 1947**

Streng geheim

An alle Kommandeure von Schützenbataillonen des 92. Karpaten-Rotbanner-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

Nur: ...

Inhalt: „Über die Flucht des Festgenommenen Krause aus der Kreisabteilung des MGB in Greiz, die von der 2. Schützenkompanie des 1. Schützenbataillons bewacht wird“

Am 9. Juni 1947 ließ der Chef der Operativen Abteilung Hauptmann Katuschkin um 11.00 Uhr den Festgenommenen Krause aus der im Keller des gleichen Gebäudes gelegenen Untersuchungshaftzelle zu sich zum Verhör vorführen.

---

<sup>188</sup> Gurulew, Michail Innokentjewitsch (1908–1981).

<sup>189</sup> Zelikow, Pjotr Danilowitsch.

Ein Soldat der Garnison, Soldat Popow von der 2. Schützenkompanie, begleitete als Wache den Festgenommenen aus der Untersuchungshaftzelle bis in die 2. Etage zum Dienstzimmer des Chefs der Abteilung.

Um 11.30 Uhr, nach Abschluß des Verhörs, gab der Chef der Abteilung Hauptmann Katuschkin nicht dem Diensthabenden der Garnison Bescheid, sondern beauftragte seinen Dolmetscher, den Zivilangestellten Schuigaizer, damit, den Festgenommenen Krause zu den Untersuchungshaftzellen zu begleiten und dort der Wache zu übergeben.

Nachdem sie die Treppen bis zum Erdgeschoß hinuntergegangen waren, ließ Dolmetscher Schuigaizer den Gefangenen im Treppenhaus vor der verglasten, auf die Straße führenden Haustür stehen und wandte sich nach links in den Korridor, wo er die Tür des Diensthabenden öffnete und, sich halb in das Zimmer neigend, den Diensthabenden der Garnison Sergeant Panschukow um die Schlüssel für die Untersuchungshaftzellen bat.

Sergeant Panschukow hatte aber die Zellschlüssel nicht und antwortete, diese befänden sich beim Kommandanten der Operativen Abteilung. Daraufhin sprach Dolmetscher Schuigaizer den Chef der Kriminalpolizei an und trug ihm auf, nach oben zu gehen und Hauptmann Katuschkin Bescheid zu geben.

Der Festgenommene Krause nutzte die fehlende Beaufsichtigung, ging aus der Haustür auf die Straße und entfernte sich schrittweise nach rechts, in Richtung der Straßenkreuzung an der Hauptstraße.

Der Posten der Außenwache Soldat Kusubow befand sich zu dieser Zeit an der Ecke des Gebäudes der Abteilung, wo er auf der anderen Seite des Gebäudes nach den Fenstern der Untersuchungshaftzellen sehen wollte, was aber nicht zu seinen Aufgaben gehörte.

Daß Krause aus dem Gebäude gekommen war, hatte Posten Kusubow nicht bemerkt, da dieser in seinen leichten Schuhen keine Geräusche machte. Erst als er sich umdrehte, sah Kusubow 30 bis 40 Meter vor ihm einen Unbekannten, der sich entfernte.

Als der Posten „Halt! Stehenbleiben!“ rief, rannte Krause in Richtung Kreuzung davon. Die Waffe einsetzen konnte der Posten nicht, da auf der Hauptstraße viele Menschen unterwegs waren.

In diesem Augenblick, als der Posten rief und er den Fliehenden noch im Blick hatte, kamen der Dolmetscher der Abteilung Schuigaizer und der Diensthabende der Garnison Sergeant Panschukow auf die Straße gelaufen und nahmen Krauses Verfolgung auf. Doch dieser hatte die Kreuzung erreicht und konnte sich dort in dem Menschengewühl verbergen.

Die weitere Suche nach dem Geflohenen in der Stadt und auf den Bahnhöfen sowie die Maßnahmen zu seiner Ergreifung an anderen Orten blieben ergebnislos.

Die Flucht war aus folgenden Gründen möglich:

1. Weil der Chef der Abteilung des MGB sich unvorschriftsmäßig verhalten und keinen Begleitposten gerufen hatte, der den Gefangenen nach dem Verhör zurück in die Zelle bringt.

2. Weil das Kontrollregime beim Verlassen der Abteilung des MGB schlecht organisiert ist. Während der Eingang in das Gebäude von einem Posten kontrolliert wird und niemand hineingelangen kann, ohne daß er vom Posten festgehalten wird, erfolgt das Hinauslassen der Besucher auf Anordnung eines operativen Mitarbeiters oder eines Dolmetschers, der vom Korridor aus ruft, wobei es häufig vorkommt, daß er dabei den Posten nicht sieht und deshalb nicht weiß, ob dieser ihn gehört habe oder nicht.

3. Weil der Dolmetscher Schuigaizer sich bei der Begleitung des Festgenommenen nachlässig verhalten hat, indem er diesen allein an der Ausgangstür stehen ließ, niemanden damit beauftragte, den Festgenommenen zu beaufsichtigen, selbst aber zum Diensthabenden ging und sich dort auf ein Gespräch einließ.

4. Weil der Posten Kusubow nicht wachsam war und zur Ecke des Gebäudes ging, ohne sich ein einziges Mal umzublicken, so daß er den Weggang Krauses aus dem Gebäude nicht bemerkte. Er war aber der erste, der den Flüchtenden auf der Straße gesehen und Alarm gegeben hat.

Nach der Orientierung über Obenstehendes verlange ich:

1. Diese Orientierung ist allen Offizieren des Regiments zur Kenntnis zu geben und der gesamten Truppe entsprechend zu erläutern.

2. Die Bataillonskommandeure haben mit den Chefs der Abteilungen des MGB die Frage zu regeln, wie das Ein- und Auslaßregime bei den Abteilungen zuverlässig zu ordnen ist. Das betrifft insbesondere die Frage des Hinauslassens von Besuchern.

3. Bei Besuchen in den Garnisonen ist zu kontrollieren, wie das vorgeschriebene Ein- und Auslaßregime bei den Gebäuden der MGB-Abteilungen eingehalten wird.

Stellvertretender Kommandeur des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB Oberstleutnant Smirnow

Chef des Regimentsstabs Major Morosow

*RGWA 32883/1/91, Bl. 58-59. Original.*

## **Nr. 141. Meldung über die operative Lage im Abschnitt des 2. Schützenbataillons des 105. Schützenregiments. 16. Juni 1947**

Geheim

### **Operative Lage**

im Abschnitt des 2. Schützenbataillons

mit Stand vom 16. Juni 1947

1. Nach Angaben des Stellvertreters des Chefs des Operativen Sektors versuchen ausländische Geheimdienste, ihre Agenten in den Operativen Sektor und ins Bataillon einzuschleusen.

2. Die am 5. Mai d.J. aus dem Gefängnis in Potsdam geflohene Deutsche Claudia Winowskaja ist Agentin des britischen Geheimdienstes, nach ihrer Flucht hielt sie sich beim amerikanischen Geheimdienst auf und informierte diesen über Lage und System der Bewachung des Gefängnisses. Neulich wurde die Winowskaja von Mitarbeitern der Operativen Gruppe in Nauen festgenommen.

3. In die Stadt Nauen und Umgebung kommen regelmäßig britische und amerikanische Offiziere.

4. Nach Angaben des Chefs der Operativen Gruppe in Mahlow erfolgte in Mahlow und Umgebung bei der amerikanischen Armee ein Truppenaustausch, die Offiziere wurden dabei von höchst reaktionären abgelöst.<sup>190</sup>

5. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni d.J. wurde im Gefängnis von Brandenburg eine Flucht vorbereitet, die aber verhindert werden konnte.

Chef des Bataillonsstabes Hauptmann Buslenko

*RGWA 32933/1/60, Bl. 89. Original.*

---

<sup>190</sup> Mahlow und seine Umgebung lagen in Brandenburg und gehörten zur SBZ, amerikanische Truppen waren dort nicht stationiert.

**Nr. 142. Anweisung des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Generalmajor Klepow an den Kommandeur des 92. Schützenregiments Oberst Bljumin<sup>191</sup> bezüglich der Verstärkung der Bewachung des Gefängnisses in Dresden. 12. September 1947**

Streng geheim  
Eilt

An den Kommandeur des 92. Grenzregiments der Truppen des MGB Gen. Oberst Bljumin

Nach uns vorliegenden Agentenberichten hegt der faschistische Untergrund die Absicht, organisierte Überfälle auf Gefängnisse durchzuführen, um die dort einsitzenden Gefangenen zu befreien.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird in dem inneren Gefängnis des Operativen Sektors des Landes Sachsen eine große Anzahl überaus wichtiger Staatsverbrecher verwahrt, deren Gerichtsverhandlungen sich aus verschiedenen Gründen verzögern.

In den anderen inneren Gefängnissen der Bezirksabteilungen Leipzig, Bautzen, Chemnitz und Zwickau sind die Gefangenen zwar nicht so zahlreich und auch nicht so prominent wie in Dresden, doch sind auch hier die Pläne des faschistischen Untergrundes zu berücksichtigen.

Um mögliche schwerwiegende Folgen zu vermeiden und den Wachdienst in den Gefängnissen den aktuellen Erfordernissen anzupassen, verlange ich von Ihnen:

1. Unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bewachung des inneren Gefängnisses des Operativen Sektors in Dresden deutlich zu verstärken, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich dieses Gefängnis am Stadtrand (etwa zehn Kilometer vom Operativen Sektor und dem Regimentsstab entfernt) befindet; daher ist am Gefängnisstandort eine zuverlässige bewaffnete Reserve – mit Maschinengewehren ausgestattet – zu bilden, für den Verteidigungsfall sind Befestigungsanlagen (betonierte MG-Stellungen, Schießscharten für die Schützen, Maßnahmen zur zusätzlichen Einzäunung, Einsatz von Wachhunden usw.) zu errichten.

2. Das bestehende Bewachungssystem in den inneren Gefängnissen der Bezirksabteilungen zu überprüfen und entsprechend zu verschärfen, wobei zu berücksichtigen ist, daß in der letzten Zeit Ausbrüche aus diesen Gefängnissen stattgefunden haben.

Über die von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen ist Meldung zu erstatten.<sup>192</sup>

Generalmajor Klepow

*An den Stabschef. Orientieren Sie die Bataillonskommandeure entsprechend. 12. Sept. [19]47. Bljumin.*

*RGWA 32883/1/95, Bl. 155-156. Original.*

<sup>191</sup> Bljumin, Sinowi Ossipowitsch.

<sup>192</sup> Vgl. folgendes Dokument.

**Nr. 143. Meldung des Kommandeurs des 92. Schützenregiments Oberst Bljumin an den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Generalmajor Klepow über die Verstärkung der Bewachung des Gefängnisses in Dresden. Dresden, 14. September 1947**

Streng geheim

Nr. 1/002783

An den Chef des Operativen Sektors der SMA für das Land Sachsen Gen. Generalmajor Klepow  
Kopie: An den Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Gen. Generalmajor Kusnezow

In Umsetzung Ihrer Anweisung *ohne Nr.* vom 12. September 1947<sup>193</sup> sind von mir folgende Maßnahmen ergriffen worden:

– Im Zentralgefängnis von Dresden:

1. Die Garnison wurde verstärkt. Zusätzlich zu den ursprünglich eingesetzten fünf Posten werden nachts weitere vier Posten aufgestellt. Es wurde eine Reserve in Zugstärke gebildet. Dieses Bewachungssystem erlaubt es, die Zugänge zum Gefängnis zu kontrollieren.

2. Das gesamte Personal der Garnison und die Offiziere wurden von mir persönlich über die Lage unterrichtet.

3. Für die Offiziere der Untereinheiten wurde ein 24-stündiger Bereitschaftsdienst angeordnet.

Bei einer Überprüfung des Zustandes der Bewachung des Gefängnisses in Dresden habe ich festgestellt, daß der südliche Teil den verwundbarsten Abschnitt bildet und hier, über das Feld und die zerstörten Blöcke des Gefängnisses, am ehesten mit einem Angriff auf das Gefängnis gerechnet werden kann.

Diese Seite ist nicht durch eine durchgängige Umzäunung geschützt, die vorhandene Mauer ist an einigen Stellen zerstört, es gibt keinerlei Beleuchtung, was insgesamt ein verdecktes und ungehindertes Vordringen eines Angreifers bis zum funktionierenden Gefängnisblock ermöglicht.

Zugleich bietet die südwestliche Ecke des Gerichtsgebäudes, in dessen Erdgeschoß vier deutsche Familien wohnen, einem Angreifer die Möglichkeit, den Gefängnishof durch die Fenster dieser Wohnungen zu erreichen.

Das Territorium des Gefängnisses ist zudem über das Gebäude des deutschen Gerichts erreichbar, dessen Fenster unmittelbar auf den Hof führen.

Die bestehende Außenbeleuchtung (Elektrolampen) ist, zumal nur auf der nördlichen und östlichen Seite vorhanden, völlig unzureichend. Diese Beleuchtung gestattet es den Posten nicht, ihren Überwachungsabschnitt zu überschauen.

Darüber hinaus verfügt das Bewachungsobjekt im Bereich der Untersuchungsabteilung und auf der östlichen Seite über keinerlei Umzäunung. Dies gibt den Deutschen die Möglichkeit, ungehindert die Organisation des Wachdienstes und den Postendienst zu beobachten. Ein Zaun würde zudem ein zusätzliches Hindernis sowohl im Falle eines Angriffs als auch im Falle eines Fluchtversuchs bilden.

Um einen zuverlässigen Schutz des Dresdener Gefängnisses zu gewährleisten, der die Möglichkeit von Ausbrüchen und Überraschungsangriffen ausschließt, halte ich es für erforderlich, folgende Maßnahmen durchzuführen:

Vordringliche Arbeiten:

1. An der südlichen Seite muß die Mauer auf einer Länge von 30 Metern wiederhergestellt werden.

---

<sup>193</sup> Vgl. vorhergehendes Dokument.

2. An der westlichen Seite, von der Mauer bis zum Tor, muß auf einer Länge von 60 Metern ein durchgehender, 3,5 Meter hoher Bretterzaun errichtet werden.
3. Über die Mauer und den Bretterzaun muß in fünf Reihen Stacheldraht gespannt werden.
4. Es müssen drei Türme für Wachposten errichtet werden, die mit einer Klingelmeldeanlage zur Garnison auszustatten sind.
5. Die Elektrolampen für die Außenbeleuchtung müssen durch Reflektorscheinwerfer ersetzt werden, die an elf Stellen zu installieren sind.
6. Die Fenster in der 2. Etage des Gebäudes des deutschen Gerichts, die in den Gefängnishof führen, sind zu vergittern.
7. Die in demselben Gebäude wohnenden vier deutschen Familien sind umzusiedeln. Umzusiedeln sind darüber hinaus zwei deutsche Familien, die in einem einzeln stehenden Haus an der östlichen Seite wohnen, sowie die Deutschen, die in den Eckwohnungen des Hauses wohnen, in dem sich die Wohnungen der operativen Mitarbeiter befinden (gegenüber der Untersuchungsabteilung).

#### Nachgeordnete Arbeiten:

1. An der nördlichen und östlichen Seite des Gefängnisses muß auf einer Gesamtlänge von 170 Metern ein drei Meter hoher durchgängiger Bretterzaun errichtet werden. Über den Zaun sind fünf Reihen Stacheldraht zu spannen.
2. Auf der östlichen Seite des Blocks muß ein Raum für die Unterbringung von Wachmannschaften der Garnison eingerichtet werden.

Ich bitte Sie, die rasche Ausführung dieser Arbeiten, insbesondere der vordringlichen, anzuordnen.

Meinerseits werden der Ausbau der Stellungen und die Neuorganisation des Wachdienstes vorangetrieben.

Unter der Voraussetzung, daß die Maßnahmen zur technischen Verstärkung und zur Umstellung des Bewachungssystems realisiert werden, hätte man eine Garantie, daß Überraschungsangriffe ausgeschlossen sind und Fluchtversuche unterbunden werden könnten.

Was die übrigen Gefängnisse in der Provinz anbelangt, die von dem mir unterstellten Regiment bewacht werden, so habe ich folgende Maßnahmen angeordnet:

- Alle Kommandeure der Untereinheiten, die mit der Bewachung der Gefängnisse in Bautzen, Zwickau und Chemnitz betraut sind, wurden angewiesen, die Truppe über die aktuelle Lage zu informieren.
- An den Standorten der Bataillonskommandostellen in Bautzen und Zwickau wurden den Gefängnissen ständige Reserven zugeteilt, die mindestens Zugstärke aufweisen.
- Die Bataillonskommandeure wurden angewiesen, den Sicherheitszustand der Gefängnisse persönlich zu überprüfen und den Dienst auf die verschärfte Variante umzustellen.

Die Bewachung des Bezirksgefängnisses in Leipzig obliegt dem Kommandeur des 38. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland.

In Anbetracht der aktuellen Lage bitte ich Sie, die entsprechenden operativen Mitarbeiter anzuweisen, mich oder die für die Bewachung der jeweiligen Gefängnisse unmittelbar zuständigen Vorgesetzten täglich über konkrete Anhaltspunkte für Pläne des Untergrundes zu informieren, das eine oder andere Gefängnis anzugreifen. Dies würde es mir ermöglichen, die militärischen Kräfte zielgerichteter einzusetzen.

Kommandeur des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB Oberst Bljumin

*An den Chef des Stabes. Es ist so zu verfahren, wie wir es besprochen haben. Kusnezow. 18. Sept. [1947].*

*RGWA 32925/1/150, Bl. 159-160 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 144. Direktive Nr. Sch/1-002585 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland an die Regimentskommandeure über die Verstärkung der Bewachung und der Kontrolle des Dienstes. 13. Dezember 1947**

Streng geheim

An alle Regimentskommandeure der MGB-Truppen in Deutschland  
Nur – 38., 83., 92., 105., 157. Schützenregiment und 2. Spezialregiment

Im Zusammenhang mit der Zuspitzung der politischen Lage haben Diversions- und Terrorakte des faschistischen Untergrunds in letzter Zeit deutlich zugenommen.

– So wurde am 4. Oktober 1947, 21.00 Uhr in Bernburg (4080) vor die Tür der Ortsleitung der SED ein 200-Gramm-Sprengsatz gelegt und gezündet. Das Gebäude wurde beschädigt, Opfer gab es nicht. Am Ort der Explosion fand sich das Zeichen der faschistischen Organisation „Edelweißpiraten“.

– Am 12. Oktober 1947 wurde in Wernigerode (5020 – 20 Kilometer südwestlich von Halberstadt) von der Kreisabteilung des MGB eine Diversions- und Terrorgruppe von 15 Mann aufgedeckt und teilweise festgenommen, die die Absicht hatten, die Gebäude der Kommandantur, der MGB-Abteilung und der deutschen Kriminalpolizei zu sprengen und vorher das Personal der Kommandantur zu überfallen. Die Gruppe handelte im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes.

– In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober 1947 wurde eine Granate auf das Gelände des Benzinlagers der 3. Panzerarmee geworfen, um einen Brand zu entfachen.

– Nach Angaben der Kreisabteilung des MGB in Grimma (4080 – 25 Kilometer südöstlich von Leipzig) wurde am 21. Oktober 1947 in einer Untereinheit der 8. motorisierten Schützendivision eine Deutsche festgenommen, die zweimal versucht hatte, in die Soldatenküche zu den Kesseln vorzudringen. Bei der Festgenommenen wurde ein Fläschchen mit einer hochgiftigen Flüssigkeit entdeckt, die sie in die Kochkessel schütten wollte.

– Vom Operativen Sektor des Landes Brandenburg wurde eine Diversions- und Terrorgruppe ausgehoben, die die Absicht hatte, das Gebäude des Operativen Sektors zu sprengen und Diversionsakte gegen die operativen Mitarbeiter zu verüben. Der Gruppe war es bereits gelungen, Sprengstoff unter dem Gebäude des Operativen Sektors anzubringen, doch ihr weiteres Handeln wurde unterbunden.

– Am 19. November 1947 wurde in Nauen (3050) eine Gruppe des faschistischen Untergrunds mit ca. 30 Mitgliedern aufgedeckt. Davon wurden sieben Personen festgenommen, nach deren Aussagen folgende Waffen und Munition aufgefunden und eingezogen werden konnten: acht Gewehre, 20 Handgranaten, 15 Kilogramm Sprengstoff, acht Brandflaschen.

– Am 6. Dezember 1947 um 22.00 Uhr wurde in Bernburg (4080) von unbekannten Personen das Haus der SED gesprengt. Das Haus wurde zur Hälfte zerstört, Personen kamen nicht zu Schaden.

Aus den genannten, längst nicht vollständigen Angaben zu Erscheinungen von Feindseligkeit gegen die UdSSR, die sowjetischen Besatzungstruppen und die demokratischen Elemente Deutschlands ergibt sich für die Truppen die Aufgabe, erhöhte Vorsicht und Wachsamkeit an den Tag zu legen. Mit Rücksicht darauf

hat der Chef der Truppen befohlen:

1. Diese Orientierung ist allen Offizieren zur Kenntnis zu geben, *teilweise*<sup>194</sup> auch der gesamten Truppe.

---

<sup>194</sup> Handschriftlich eingetragen.

2. Die Offiziere aller Ränge sind auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, daß die Organisation der Bewachung verbessert und die Kontrolle des Dienstes aller rund um die Uhr im Einsatz befindlichen Kommandos verstärkt werden muß.

Stabschef der MGB-Truppen in Deutschland Oberst Wolkow  
 Chef der Operativen Abteilung Oberstleutnant Gordejew

RGWA 32925/1/149, Bl. 175-176. Original.

## **Nr. 145. Direktive Nr. Sch/1-00235 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Organisation der Kontrolle über die Dienstausbübung und zu Maßnahmen im Kampf gegen Desertionen. 30. Januar 1948**

Streng geheim

An alle Kommandeure der Schützenregimenter der MGB-Truppen in Deutschland  
 Nur: *An den Kommandeur des 105. Schützenregiments*

Am 16. Januar 1948 nachts gegen 3.00 Uhr desertierte in Finsterwalde (70 Kilometer nördlich von Dresden) aus der Wachgarnison für die Kreisabteilung des MGB der Diensthabende der Garnison Sergeant A. mit dem Pkw der Abteilung und entwendete dabei: aus der Garnison – acht Handgranaten und eine Pelzjacke, vom Chef der MGB-Abteilung – eine Pistole (eine weitere Pistole hatte A. illegal bei sich aufbewahrt), Stiefel und Lebensmittel.

Der Wachposten der Garnison Gefreiter Kalinin, der im Regiment zu den besten in Dienst und Ausbildung zählt, sah A., wie er zu so später Stunde mit Sachen und in einem ihm nicht zustehenden Auto vom Hof fuhr (A. war früher Traktorist und kann daher Auto fahren), hielt ihn aber nicht fest, nicht einmal dann, als dieser zu ihm sagte, er fahre spazieren.

Dieser beispiellose Fall eines frechen Raubs und einer Desertion wie auch zwei weitere Fälle von Desertion, die sich im Januar 1948 im 92. und 157. Schützenregiment ereigneten, waren nur deshalb möglich, weil in der Organisation und Ausübung des Dienstes folgende negativen Momente auftraten:

1. Die 24-Stunden-Dienste und insbesondere die Postendienste werden schlecht, mitunter sogar mit verbrecherischer Nachlässigkeit verrichtet, es werden dabei nicht die elementarsten Vorschriften für den Garnisons- und den inneren Dienst eingehalten.

2. Die Kontrolle über die Ausübung des Dienstes in den Garnisonen ist unbefriedigend. Die Offiziere und die Chefs der Garnisonen (aus den Reihen der Sergeanten) halten sich nicht an Abschnitt XI der Dienstvorschriften und unterlassen es, die Handlungen der ihnen Unterstellten und der Personen, die 24-Stunden-Dienste leisten, zu kontrollieren, insbesondere auch zur Nachtzeit. Die Offiziere wohnen nicht in den Garnisonen, sie erscheinen dort als seltene Gäste und bemerken deshalb auch nicht den plump-vertraulichen Umgang zwischen Sergeanten und Soldaten, die Haltung wechselseitiger Inschutznahme unter der Mannschaft.

3. Es fehlt ein enger, sachlicher Kontakt zu den Offizieren der MGB-Abteilung, Artikel 19 der Dienstvorschriften wird von den Chefs der Garnisonen und den Offizieren der Untereinheiten nicht eingehalten. Der Stab des 83. Schützenregiments erteilte den Chefs der Garnisonen sogar eine Instruktion, der zufolge die operativen Chefs von den Garnisonen nur in folgenden Fällen Personal anfordern dürfen: „[...] für die Bewachung des Hofgangs der Gefangenen, für die Begleitung von Gefangenen innerhalb des zu bewachenden Objekts, für die Niederschlagung einer Gefangenerevolte, für die Beseitigung von Unordnung in der Nähe des Objekts, für die Behebung der Folgen einer Naturkatastrophe im Objekt“.



Mit dieser Instruktion wurde das Wesen der den Truppen übertragenen Aufgaben entstellt. Es sind dies in erster Linie operative Aufgaben, die auf Anforderung und unter Leitung der operativen Chefs zu erfüllen sind. Außerdem hätte der Stab mit seiner Instruktion zwischen den Chefs der MGB-Abteilungen und den Garnisonschefs völlig falsche Beziehungen herstellen können.

4. Meine wiederholten Anweisungen, die persönlichen Sachen der Mannschaft regelmäßig zu kontrollieren, werden nicht erfüllt. Das zeigte sich daran, daß bei einigen Personen (den ehemaligen Angehörigen des 157. bzw. 38. Schützenregiments Petrow und A. sowie bei anderen) zufällig Waffen entdeckt wurden.

5. Die zu bewachenden Objekte werden nicht gründlich analysiert und nicht nach ihrer Wichtigkeit differenziert eingestuft. So kann es geschehen, daß die Mannschaft für die Garnisonen in der Nähe der Zonengrenze nicht [sorgfältig] ausgewählt wird, daß sie oft aus Personen mit amoralischen Tendenzen, aus zweifelhaften Militärangehörigen besteht. Überhaupt werden die Mannschaften der Garnisonen oft lange Zeit nicht ausgetauscht, was dazu beiträgt, daß die Militär-angehörigen Beziehungen zur ortsansässigen Bevölkerung aufnehmen und pflegen.

6. Die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zum Thema Fahneneid und Landesverrat als schwerem Verbrechen ist in der Truppe nicht entwickelt. In den Garnisonen wurde kein festes Aktiv gebildet, das den Verletzern von Disziplin und Ordnung entgegenzutreten könnte.

Ich befehle:

1. Die Einstellung zu Fragen der Kontrolle des Dienstes und zum Dienst überhaupt muß sich verändern; dafür muß ein politisches Verantwortungsbewußtsein entwickelt werden. Den Offizieren ist zu erläutern, daß sich die Pflichten für die Mannschaften der Garnisonen in Abhängigkeit von der operativen Lage ändern können, daß die Offiziere also diese Lage kennen müssen, um mit Rücksicht darauf den Dienst anzupassen.

Nicht in Worten, sondern in der Tat ist die gesamte Tätigkeit der Offiziere, aber auch der Stäbe, des politischen Apparats, der Partei- und Komsomolorganisationen den Interessen des Dienstes unterzuordnen.

2. Es sind zweistündige Lehrgänge abzuhalten zu den Themen: „Wie ist der Postendienst für die Bewachung der Garnison durchzuführen?“ und „Diensthabende einer Garnison“.

Dabei ist zu betonen, daß der Wachposten oder der Diensthabende nicht das Recht haben, irgend jemand ohne Erlaubnis des Chefs der Garnison oder des Chefs der MGB-Abteilung aus der Garnison hinauszulassen.

3. In Erfüllung meiner gesonderten Anweisung Nr. Sch/1-001742 vom 13. Juni 1946 ist eine überraschende und gründliche Kontrolle der persönlichen Sachen vorzunehmen, und zwar mit dem Ziel, nichtreguläre Waffen einzuziehen. Regelmäßig sind alle Räume sorgfältig zu inspizieren, sowohl die Unterkünfte als auch alle anderen Räume (insbesondere Lager, Werkstätten, Garagen, Pferdeställe, Werkstätten für Waffen, Bekleidungs- und Ausrüstungskammern, Sanitätsstellen). Besonderes Augenmerk ist dabei auf ungenutzte Öfen, Dachböden und Keller zu legen, aber auch auf Türen, die immer geschlossen sein sollen, sei es mit einem Schloß, sei es durch einen Brettverschluss.

4. Die Offiziere und die Chefs der Garnisonen haben die Kontrolle der Dienstausbübung bei den 24-Stunden-Diensten, insbesondere der Wachposten und der Diensthabenden der Garnisonen (der Untereinheiten), maximal zu verstärken, das betrifft vor allem die Nachtstunden. Abschnitt XI der Dienstvorschrift ist exakt einzuhalten.

5. Mit den Angehörigen der Truppe sind Gespräche zum Thema „Landesverrat – ein schweres Verbrechen“ zu führen. In diesen Gesprächen ist auf der Basis von Befehl Nr. 016 des Obersten Chefs der SMAD vom 19. Januar 1948 zu erläutern:

a) Daß die Verräter aus den Reihen der Sowjetarmee, welche Schliche und Listen sie auch anwenden mögen, immer vor dem Militärtribunal enden werden. Der größte Teil von ihnen wird schon in der SBZ festgenommen und diejenigen, die in die Westzonen Deutschlands fliehen

können, werden auf Grund bestehender zwischenstaatlicher Abkommen immer an die sowjetischen Behörden ausgeliefert.<sup>195</sup>

b) Durch unser Gesetz wird Verrat an der Heimat streng bestraft, und das betrifft nicht nur den Verräter selbst, sondern auch seine Verwandten (Eltern, Ehefrau, Brüder, Schwestern usw.)<sup>196</sup>, gegen die Repressionsmaßnahmen ergriffen werden. Auch Personen, die von der Absicht des Verbrechers wußten, aber nicht Meldung erstatteten, werden als Mitbeteiligte am Verrat zur Verantwortung gezogen<sup>197</sup>.

Der vorhandene Personalbestand der Untereinheiten ist zu 100 Prozent in solche Gespräche einzubeziehen.

6. Zum 15. Februar 1948 sind – gemeinsam mit den Chefs der Politischen Abteilungen und den Bevollmächtigten der Spionageabwehr – die Mannschaften der Garnisonen in der Nähe der Zonengrenze zu überprüfen und alle Verdacht erweckenden und moralisch unsicheren Personen ins Innere unserer Zone zu versetzen; die grenznahen Garnisonen sind mit sehr bewußten und standhaften Militärangehörigen, nach Möglichkeit mit einem Offizier an der Spitze, zu verstärken.

Chef der MGB-Truppen in Deutschland Generalmajor Kusnezow

Chef des Truppenstabs Oberst Wolkow

*An den Chef des Stabes. Erteilen Sie Anweisungen an die Untereinheiten und organisieren Sie die Kontrolle über die exakte Einhaltung. 2. Feb. [19]48 [Unterschrift].*

*An die Kommandeure der Schützenbataillone verschickt. [Unterschrift]. Chef der P[olitischen]-A[bteilung] in Kenntnis gesetzt. 3. Feb. [1948]. Kupritschenkow.*

*RGWA 32933/1/62, Bl. 81-83. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 146. Anweisung Nr. 1/0352 des Stabs des 105. Schützenregiments an die Bataillonskommandeure über die Ordnung, in der Angaben über verhaftete „Agenten ausländischer Geheimdienste“ und „Führer von Untergrundorganisationen“ mitzuteilen sind. 3. März 1948**

Geheim

An die Kommandeure des 1., 2. und 3. Bataillons

Nur: *in die Akte Nr.*

Die Angaben über festgenommene Agenten ausländischer Geheimdienste und Führer von Untergrundorganisationen, die von den Bataillonsstäben in den monatlichen operativen Sammelberichten gemacht werden, stimmen mit den Erfassungsdaten der Operativen Gruppen nicht überein.

Die Angaben zu diesem Kontingent an Festgenommenen werden von den Bataillonsstäben übertrieben.

<sup>195</sup> Diese Information entsprach nicht der Wirklichkeit. Vgl. dazu: Goeken-Haidl, Ulrike: Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006. – Vom Sept. 1945 bis Dez. 1948 desertierten 3.000 sowjetische Soldaten in die US-Zone. Vgl. CINCER Clay/Chief of Staff US Army for Chief Civil Affairs Division/9. Dec 1948, in: BArch., OMGUS/POLAD TS/33/100/1.

<sup>196</sup> Sippenhaftung gegen strafmündige (d. h. mit der Vollendung des zwölften Lebensjahres) Familienmitglieder (Freiheitsentziehung von fünf bis zehn Jahren bei Mittäterschaft oder Mitwisserschaft und in anderen Fällen fünf Jahre Verschickung nach Sibirien) sah der 1934 novellierte Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR vor. Verschärft mit dem Befehl des Hauptquartiers des Oberkommandos Nr. 270 vom 16. Aug. 1941.

<sup>197</sup> Bei Militärangehörigen waren zehn Jahre Freiheitsentzug angedroht.

Um solche Fälle künftig auszuschließen, hat der Regimentskommandeur befohlen:

1. Künftig sind Angaben über die Festnahme von Agenten ausländischer Geheimdienste und Führer von Untergrundorganisationen erst dann über Funk durchzugeben oder in operative Sammelmeldungen aufzunehmen, wenn sie in den Operativen Sektoren oder Bezirksabteilungen überprüft worden sind.

2. Solche Angaben über die von unseren Dienstkommandos Festgenommenen sind nach Erhalt in den täglichen Sammelberichten über Funk mitzuteilen.

Chef des Regimentsstabs Major Kupritschenkow

Gehilfe des Stabschefs des Regiments Oberleutnant Kononenko

*RGWA 32933/1/62, Bl. 126. Original.*

## **Nr. 147. Anordnung Nr. 1029-355ss des Ministerrats der UdSSR zu „Deutschland betreffenden Fragen“ und zur Ordnung für die Verhaftung und die Inhaftierung von Deutschen. 31. März 1948**

Streng geheim

Deutschland betreffende Fragen

Der Ministerrat ordnet an:

1. Es wird festgelegt, daß die nach der entsprechenden Ordnung bestätigten Jahreswirtschaftspläne für die SBZ, darunter die Pläne für Reparationslieferungen und für die Besatzungsausgaben, im Laufe des Jahres nicht geändert werden dürfen, es sei denn, die Deutsche Wirtschaftskommission<sup>198</sup> erteilt dazu in jedem Einzelfall ihre Zustimmung.

Die SMAD (Gen. Sokolowski) ist verpflichtet, sich streng an diese Ordnung zu halten.

2. Es wird als zweckmäßig erachtet, für die Jahre 1949–50 einen Zweijahreswirtschaftsplan für die SBZ aufzustellen.<sup>199</sup>

Die SMAD (Gen. Sokolowski) wird beauftragt, der Deutschen Wirtschaftskommission dafür die Zustimmung zu erteilen.

3. Die Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland beim Ministerrat der UdSSR (Gen. Merkulow) wird beauftragt, beim Abschluß eines Vertrags zwischen der gemischten sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft DEFA und der sowjetischen Aktiengesellschaft LINSE<sup>200</sup> einen Punkt aufzunehmen, der der Aktiengesellschaft DEFA das Recht zum selbständigen Vertrieb von Filmen eigener Produktion auf dem Territorium Deutschlands einräumt.

Die Genossen Merkulow und Bolschakow<sup>201</sup> werden beauftragt, im Vertrag zwischen der

---

<sup>198</sup> Die Deutsche Wirtschaftskommission in der SBZ (DWK) entstand im Juni 1947 als Vereinigung mehrerer deutscher Zentralverwaltungen mit dem Ziel, insbesondere die Wirtschaft der SBZ auf zentraler zonaler Ebene zu lenken. 1948 wurden ihre fachlichen und rechtlichen Kompetenzen erweitert und 1949 wurde sie in eine Regierung der DDR umgebildet.

<sup>199</sup> Der Zweijahresplan 1949–50 wurde von der SED am 29./30. Juni vorgelegt, von der DWK am 21. Juli 1948 beschlossen und im Sommer 1950 für erfüllt erklärt.

<sup>200</sup> DEFA, für: Deutsche Film Aktiengesellschaft (DEFA), 1946 als deutsche Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, 1947 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft mit einem sowjetischen Anteil von 55 Prozent umgewandelt. Vgl. Foitzik, Jan: DEFA, in: SMAD Handbuch 2009, S. 411. – LINSE (auch: LINSa) war eine SAG, vgl. Künzel, Christiane: Verwaltung Sowjetische [Staatliche] Aktiengesellschaften in Deutschland (SAG), in: SMAD Handbuch 2009, S. 388-395.

<sup>201</sup> Bolschakow, Iwan Grigorjewitsch (1902–1980), ab 1946 Minister für Filmwesen der UdSSR.

sowjetischen Aktiengesellschaft LINSE und der Organisation „Sowexportfilm“<sup>202</sup> die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.

4. Die SMAD (Gen. Sokolowski) wird beauftragt, den Deutschlandsender<sup>203</sup> dem deutschen Rundfunk zu übergeben.

5. Die SMAD (Gen. Sokolowski) wird damit beauftragt, beginnend mit dem 2. Quartal 1948 die Papierauslieferung für den Bedarf der SED um 2.000 Tonnen je Quartal zu erhöhen, wobei gleichzeitig der Papierverbrauch der SMAD für 1948 um 3.000 Tonnen zu verringern und weitere 3.000 Tonnen durch Reduzierung des Plans der Reparationslieferungen einzusparen sind, indem für 1948 der Plan der Reparationslieferungen an Druckerzeugnissen um sechs Millionen Mark gekürzt wird.

6. Das Ministerium für Nahrungsmittelreserven [der UdSSR] (Gen. Fomin<sup>204</sup>) wird beauftragt, im 2. Quartal 10.000 t Weizen, 10.000 t Roggen und 20.000 t Futtergetreide für eine Lieferung in die SBZ zu verladen, und das Ministerium für Außenhandel hat das Getreide an die SMAD zu liefern<sup>205</sup>, wobei im Austausch dafür Waren aus Deutschland in die Sowjetunion zu liefern sind: 1948 für 50 Prozent des Wertes, 1949 für die übrigen 50 Prozent.

7. Das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (Gen. Abakumow) und die SMAD (Gen. Sokolowski) werden beauftragt, für die Verhaftung und die Inhaftierung von Deutschen in der SBZ eine Ordnung einzuführen, bei der gesichert ist, daß

a) beide Vorsitzende der SED über wichtige Verhaftungsfälle, vor allem wenn es sich um Sozialisten handelt, informiert werden;

b) verurteilte Gefangene mit ihren Angehörigen in Briefwechsel treten können;

c) aus den Internierungslagern SED-Mitglieder und sozialistisch eingestellte Jugendliche, die auf unbegründete Denunziationen von Faschisten hin inhaftiert wurden, freigelassen werden;

d) von Zeit zu Zeit offene Gerichtsprozesse über inhaftierte Deutsche durchgeführt werden.

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR I. Stalin

Leiter des Büros des Ministerrates der UdSSR J. Tschadajew

*AP RF 93, Anordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 1029-355ss. Exemplar für den Versand.*

<sup>202</sup> Sowexportfilm, von 1946 bis 1949 als Vertretung und 1949–55 als selbständige Gesellschaft in der SBZ/DDR tätige Einrichtung der sowjetischen Allunions-Filmvereinigung für die Aus- und Einfuhr von Spielfilmen beim Ministerium für Kultur der UdSSR. Sie war in der SBZ/DDR unternehmerisch tätig und u. a. Eigentümerin von 55 Prozent des DEFA-Aktienkapitals. Vgl. Perkow, Maxim: Sojusexportfilm, in: SMAD Handbuch 2009, S. 380-381.

<sup>203</sup> Der Deutschlandsender, ab 1947 vom Sender in Königs Wusterhausen ausgestrahlt, war als gesamtdeutscher „Kampfsender“ konzipiert, ab 1971 „Stimme der DDR“.

<sup>204</sup> Fomin, Dmitri Iwanowitsch (1900–1986), ab 1946 Minister für Lebensmittelreserven der UdSSR.

<sup>205</sup> Geliefert wurden im Mai/Juni 1948 in die SBZ 22.538 Tonnen Getreide (7.141,9 t Weizen, 11.779,7 t Roggen und 3.616,7 t Gerste) aus der UdSSR. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III, Berlin (Ost) 1967, S. 154.

**Nr. 148. Direktive Nr. Sch/1-0822 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Ordnung für Besuche von sowjetischen Militärangehörigen in Berlin. 7. April 1948**

Geheim

An alle Kommandeure der Schützenregimenter der MGB-Truppen in Deutschland  
Nur: *An K[ommandeur] des 105. Schützenregiments*

Der Oberste Chef der SMAD stellte in seiner Direktive Nr. 6/00146 vom 26. März 1948 fest, daß sich in letzter Zeit Fälle häufen, bei denen Mitarbeiter der SMA[D] und ihre Familienangehörigen in den Westsektoren Berlins bei Durchreisen oder Besuchen festgenommen wurden.

Die meisten der Festgenommenen wurden von Organen des amerikanischen, britischen oder französischen Geheimdienstes verhört, wobei einige von ihnen geheim zu haltende Informationen preisgaben.

Der Oberste Chef der SMAD hat daraufhin allen Mitarbeitern der SMA[D] und ihren Familienangehörigen die Durchreise durch die Westsektoren Berlins bzw. deren Besuch strengstens verboten. Für Autofahrten nach Berlin sind folgende Marschrouten festgelegt worden:

1. Zufahrt aus Richtung Süden und Südwesten: Autobahnring, Waltersdorf, Bohnsdorf, Adlershof.
2. Zufahrt vom Norden und Nordwesten: Oranienburg, Buchholz, Prenzlauer Allee, Alexanderplatz.

Gleichzeitig legte der Oberste Chef der SMAD und Oberbefehlshaber der GSBSD mit Befehl Nr. 07 vom 29. März 1948 eine strenge Ordnung fest, nach der Angehörige der Sowjetarmee, ihre Familienangehörigen, Zivilangestellte und andere Staatsbürger der UdSSR, die aus dienstlichen Gründen in der SBZ leben, nach Berlin einzulassen sind.

Zur Vermeidung von Festnahmen von Angehörigen unserer Truppen und deren Familienangehörigen in den Westsektoren Berlins und zur Erfüllung der Anweisung des Obersten Chefs der SMAD Nr. 6/00146 vom 26. März 1948 befehle ich:

1. Allen Militärangehörigen und ihren Familienangehörigen ist der Besuch des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie die Durchreise durch diese Sektoren verboten.

2. Bei Dienstreisen nach oder durch Berlin sind unter Umgehung der westlichen Sektoren folgende Marschrouten einzuhalten:

- a) Bei der Zufahrt mit Autos:
  - aus Richtung Süden und Südwesten: Autobahnring, Waltersdorf, Bohnsdorf, Grünau;
  - aus Richtung Norden und Nordwesten: Oranienburg, Schönerlinde, Buchholz, Prenzlauer Allee, Alexanderplatz, Große Frankfurter Straße, Boxhagener Straße, Alt-Boxhagen<sup>206</sup>, Hauptstraße, Köpenicker Chaussee, Köpenick, Grünau.

Bei der Anfahrt aus dem 83. Schützenregiment ist folgende Marschroute erlaubt: Nauen, Wustermark, Potsdam, Teltow, Mahlow, Bohnsdorf, Grünau.

- b) Die Anfahrt mit der Bahn ist nur mit Zügen erlaubt, die im Schlesischen oder im Stettiner Bahnhof ankommen. Bei der Abfahrt aus Berlin darf nur auf den genannten Bahnhöfen zugestiegen werden.

- c) Bei Fahrten mit der S-Bahn von der Truppenverwaltung aus nach Potsdam ist folgende Marschroute einzuhalten: Grünau, Treptower Park, Schlesischer Bahnhof (Umsteigen auf dem Schlesischen Bahnhof), Potsdam ohne Ausstieg oder Aufenthalt bei der Durchfahrt durch den

---

<sup>206</sup> Seit 1919 Teil der Boxhagener Straße (Anm. d. Übers. R. S.).

amerikanischen und britischen Sektor. Diese Marschroute darf nur im Ausnahmefall genutzt werden, für Einzelreisende ist sie verboten.

3. Bei der Entsendung von Militärangehörigen nach Berlin sind in den Marschbefehlen für die Fahrt durch Berlin die Marschroute und die in Punkt 2 genannten Bahnhöfe anzugeben.

4. Beim Diensthabenden des Regiments ist ein Nachweis über die Fahrten aller Militärangehörigen zu führen, mit Angabe von Abfahrt und Ankunft am Bestimmungsort. Beim Diensthabenden haben vorzuliegen: ein Stadtplan von Berlin mit eingezeichneten Sektoren sowie eine Karte 1:200.000, in der die genannten Marschrouten eingezeichnet sind.

5. Befehl Nr. 07 des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD vom 29. März 1948 ist ohne Abstriche zu erfüllen.

Vorliegende Anweisung ist der gesamten Mannschaft, den Offizieren und Längerdienenden gegen Quittung zur Kenntnis zu geben.<sup>207</sup>

Amtierender Chef der MGB-Truppen in Deutschland Oberst Wolkow  
Stellvertretender Stabschef der Truppen Oberstleutnant Gordejew

*An den Chef des Stabes. 1. Anweisung an die Bataillone erteilen. 2. Auf dem Stadtplan zur Standortverteilung sind die Sektorengrenzen einzutragen, die Marschrouten zu markieren und der Plan ist an sichtbarer Stelle aufzuhängen. 3. Ist allen Offizieren und Soldaten unserer Garnison zur Kenntnis zu geben, dazu ist eine Liste anzufertigen. 4. Die Anweisung ausarbeiten, Karte und Stadtplan bearbeiten und mir Meldung erstatten. 10. Apr. [19]48, Alexejew.*

RGWA 32933/1/62, Bl. 174-175. Beglaubigte Kopie.

## **Nr. 149. Denkschrift des Militärstaatsanwalts der Truppen des MGB der UdSSR in Deutschland Kuprijanow<sup>208</sup> über die Ergebnisse einer Überprüfung des Ermittlungsstandes und der Haftbedingungen im Potsdamer Gefängnis des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg. 14. April 1948**

Streng geheim

Nr. 00583

An den Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Gen. Generalleutnant Kowaltschuk.

Kopie: An den Militärstaatsanwalt der Truppen des MWD der UdSSR Gen. Generalmajor Budargin

Bei seinem Aufenthalt im Operativen Sektor des Landes Brandenburg vom 6. bis 8. April 1948 nahm mein Gehilfe Gen. Major der Justiz Furman in Anwesenheit des Chefs der 6. Abteilung Gen. Major Siwakow<sup>209</sup> eine Überprüfung des Ermittlungsstandes in den Fällen der informellen Mitarbeiter<sup>210</sup> sowie der Haftbedingungen und der gesetzlichen Grundlagen für die Haft der im Potsdamer Gefängnis des Operativen Sektors einsitzenden Gefangenen vor.

Die Überprüfung ergab folgendes:

Zum 6. April 1948 betrug die Gesamtzahl der in dem bezeichneten Gefängnis verwahrten Personen 130. Davon wurden 19 Personen ohne staatsanwaltliche Anordnung festgehalten, dar-

<sup>207</sup> Vgl. auch Dokumente Nr. 68 und Nr. 154.

<sup>208</sup> Kuprijanow, Major/Oberst; 1947–51 Militärstaatsanwalt der Truppen des MGB der UdSSR in Deutschland.

<sup>209</sup> Siwakow, Iwan Iwanowitsch (1917–), Major; 1946–49 Chef der 6. Abteilung des MGB-Sektors im Land Brandenburg.

<sup>210</sup> Gemeint ist Strafverfolgung gegen geheime Mitarbeiter.

unter zehn Personen des Sonderkontingents, sogenannte Lagerleute, die in der Zeit vom 1. Oktober 1946 bis 24. Oktober 1947 eingeliefert wurden.

Ohne staatsanwaltliche Anordnung befinden sich in Gewahrsam:

1. Die Schwester des Anführers einer Gruppe der Untergrundorganisation „Odessa“<sup>211</sup>, Hilde Efen-Apelhagen, festgenommen am 6. November 1947 wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur genannten Organisation.

Zu diesem Fall erklärte der Chef der 6. Abteilung Major Siwakow, daß über die Entlassung der betreffenden Person erst nach der Festnahme aller Mitglieder der Organisation entschieden werde.

2. Die Mutter des Anführers der Untergrundorganisation „Odessa“ Gatzke, Helene, festgenommen am 21. Februar 1948 aus „operativen Gründen“.

3. E., Walter – ehemaliger Gestapomitarbeiter, festgenommen am 29. November 1947, der als Zelleninformant im Fall der Organisation „Odessa“ eingesetzt wird.

4. Der Einwohner der Stadt Berlin (amerikanischer Sektor) Ossadtschuk, Iwan, festgenommen am 5. Januar 1948 wegen des Verdachts, Verbindungen zu den Amerikanern zu haben.

Zur Sachlage:

Ossadtschuk arbeitete früher in der Operativen Abteilung des Bezirks Cottbus als Dolmetscher.

Im Zuge der Säuberung des Apparates von politisch unzuverlässigen Personen wurde Ossadtschuk von seinen Verpflichtungen als Dolmetscher entbunden und aus den Organen entlassen.

Seine Kontakte zu Deutschen aus dem Kreise der informellen Mitarbeiter der Cottbusser Operativen Abteilung nutzend, reiste Ossadtschuk regelmäßig aus Berlin an, um sich mit diesen zum Zwecke der Beschaffung von Lebensmitteln zu treffen, was durch die Aussagen Ossadtschuks selbst sowie einiger informeller Mitarbeiter bestätigt wird.

Der Erklärung des Gen. Major Siwakow ist zu entnehmen, daß Ossadtschuk als ehemaliger polnischer Bürger an die polnischen Behörden überstellt wird.

In einigen Fällen wurde eine nach dem vorliegenden Material für die Verhaftung völlig unerklärliche Verschleppung [des Verfahrens] festgestellt.

So wurde Sattler, Helmut am 25. März 1948 wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu den Straforganen des Lagers Auschwitz<sup>212</sup> festgenommen.

Sattler wurde auf Grund von Aussagen seines Nachbarn Münch festgenommen, der von den Verbrechen Sattlers aus dem Munde seiner Ehefrau Kenntnis erhalten habe, die ihrerseits wiederum von der Ehefrau Sattlers davon erfahren haben soll.

Obwohl Sattler die Beschuldigungen entschieden zurückweist, ist bis zum Tage der Überprüfung, d. h. 14 Tage nach der Festnahme, noch immer keinerlei Vernehmung der Ehefrauen Münch und Sattler erfolgt.

Ungeachtet ihrer Anweisung Nr. 4-1353 vom 29. Januar 1948, daß alle Strafsachen, die unter Aufsicht der Militärstaatsanwaltschaft der Inneren Truppen des MGB in Deutschland stehen, in den Untersuchungsabteilungen der Operativen Sektoren zusammenzufassen sind, befanden sich am Tage der Überprüfung vier Fälle (Kiback, Pordan, Westphal und Otto) in Bearbeitung bei den Untersuchungsunterabteilungen der Bezirksabteilungen, was 33 Prozent aller Strafsachen gegen informelle Mitarbeiter ausmacht, die im bezeichneten Operativen Sektor zum 6. April 1948 anhängig waren.

---

<sup>211</sup> Mit „Odessa“, Abkürzung für „O-rganisation d-er e-hemaligen SS-A-ngehörigen“, verbindet sich die Vorstellung von einer weltweit operierenden Geheimorganisation, die strafverfolgten ehemaligen SS-Angehörigen nach 1945 zur Flucht ins Ausland verhalf. Die historische Forschung widerlegte eine solche Theorie, die durch den Roman „The Odessa File“ von Frederick Forsyth aus dem Jahr 1972 (1974 verfilmt) sehr populär geworden war. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, wurde das MGB zur Anlage einer entsprechenden „Sammelablage“ durch eine Zeitungsmeldung „inspiriert“.

<sup>212</sup> Gemeint ist das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz.

Was die Haftbedingungen der Gefangenen anbelangt, so ergab die Überprüfung, daß etwa 50 Prozent der Insassen in Ermangelung von Kojen oder Pritschen auf dem Fußboden schlafen.

Festgestellt wurden ferner Fälle einer ungleichmäßigen Belegung der Zellen, so daß die Gefahr von Erkrankungen nicht auszuschließen ist.

So ist etwa Drescher, Fritz in einer 22 bis 23 Kubikmeter<sup>213</sup> großen Zelle untergebracht, während sich Apelhagen, Ledain und Halle, d. h. drei Häftlinge, eine Zelle von 11,69 Kubikmetern teilen.

Über die obenangeführten Fakten wurde nach Abschluß der Überprüfung der Chef des Operativen Sektors Gen. Generalmajor Filatow informiert.

In Anbetracht des oben Ausgeführten bitte ich, vom Chef des Operativen Sektors zu verlangen, daß die festgestellten Mängel umgehend abgestellt werden und ich über die Ergebnisse unterrichtet werde.

Militärstaatsanwalt der Truppen des MGB in Deutschland  
Major der Justiz Kuprijanow

*RGWA 39016/1/11, Bl. 103-105. Kopie.*

**Nr. 150. Meldung des Chefs der Abteilung Information bei der SMA des Landes Sachsen Oberstleutnant Kusminow<sup>214</sup> an den Chef des Operativen Sektors des MGB Oberst Jegoschin<sup>215</sup> „über Fälle grober Einmischung von Mitarbeitern des Operativen Sektors in innerparteiliche Angelegenheiten der SED“. 19. April 1948**

Streng geheim

Nr. 00127

An den Chef des Operativen Sektors des MGB Gen. Oberst Jegoschin<sup>216</sup>  
Kopie an: Chef der Verwaltung für Information der SMAD Gen. Oberst Tjulpanow<sup>217</sup>

**Meldung**

über Fälle grober Einmischung von Mitarbeitern des Operativen Sektors des MGB  
in innerparteiliche Angelegenheiten der SED

Aus Kreisunterabteilungen für Information (Dresden, Flöha, Aue, Oschatz) erreichen mich in letzter Zeit Klagen darüber, daß Mitarbeiter des MGB häufig Sekretäre und Mitarbeiter der

<sup>213</sup> So in der Vorlage. Wahrscheinlich waren Quadratmeter gemeint.

<sup>214</sup> Kusminow, Nikolai Alexandrowitsch (1904–1983), Oberstleutnant/Oberst; 1947–48 Chef der Abteilung Propaganda/Information der SMA Sachsen-Anhalt, 1948–49 Chef der Abteilung Propaganda/Information der SMA Sachsen, 1949–50 Chef des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin. 1950–57 politischer Offizier.

<sup>215</sup> Jegoschin, Kusma Pantelejewitsch (1906–1988), Oberst; 1932 WKP(B), ab 1938 in der Staatssicherheit, 1939–41 Chef der NKWD-/NKGB-Gebietsverwaltung Kirow und 1944–45 Tjumen. Ab 1945 stellvertretender, 1948 kommissarischer und 1948–50 Chef des Operativen Sektors des MGB im Land Sachsen. 1950–66 stellvertretender Chef der MGB/MWD-Gebietsverwaltung Charkow.

<sup>216</sup> Vorlage: „Igoschin“.

<sup>217</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch (1901–1984), Oberst/Generalmajor; 1927 WKP(B); 1945–49 Chef der Verwaltung Propaganda/Information der SMAD. 1949 Rückkehr in die UdSSR, 1950–56 Dozent für politische Ökonomie an der Marine-Akademie Leningrad, 1957–77 Lehrstuhlleiter für Ökonomie des modernen Kapitalismus, später für politische Ökonomie der Entwicklungsländer der Universität Leningrad.



Kreisleitung der SED zu Gesprächen zu sich bestellen und sich in innerparteiliche Angelegenheiten einmischen.

In Dresden wurde ein Mitarbeiter der Kreisleitung vom Bevollmächtigten der Operativen Gruppe im Namen des Chefs der Unterabteilung für Information der Stadt Oberst Pjatkin<sup>218</sup> einbestellt, im Kreis Plauen machte man die Unterabteilung für Information zu einem Ort, zu dem Mitarbeiter der Partei zu Gesprächen und Vernehmungen bestellt werden. Der Chef der Unterabteilung für Information für den Kreis Flöha schreibt: „In letzter Zeit häufen sich Fälle, in denen der Vorsitzende des SED-Kreisvorstandes in die Sonderabteilung bestellt wird, was meiner Meinung nach keine normale Erscheinung ist.“

Die häufigen telefonischen Bestellungen nur des einen Vorsitzenden des SED-Kreisvorstandes, nämlich Richters von der KPD<sup>219</sup>, in die Sonderabteilung schaffen zum einen anormale Beziehungen innerhalb des Kreisvorstandes, zum anderen erklären die Mitarbeiter der Sonderabteilung im Gespräch, die SED-Kreisleitung tue nichts und Richter selbst als Vorsitzender des Kreisvorstandes würde seine Arbeit schlecht ausführen. Solche Moralpredigten halten die Mitarbeiter der Sonderabteilung eine ganze Stunde lang, hören sich aber nicht die Meinung des SED-Vorsitzenden des Kreises an.

Richter wurde beispielsweise von Januar bis März siebenmal in die Sonderabteilung bestellt. Besonders grob sprach Oberleutnant Tarassow am 1. April 1948 mit Richter, seine Belehrung lief darauf hinaus, daß die SED nichts tut und der Kreisvorstand nicht die Führung übernimmt.

Ich bin der Ansicht, daß die häufigen Einbestellungen Richters in die Sonderabteilung und die ungeschickten Gespräche, die die Mitarbeiter der Sonderabteilung führen, in der Arbeit der SED nichts als Schaden anrichten.

Die Leiterin der Abteilung Volksbildung im Landratsamt Bautzen, SED-Mitglied Bibeck, berichtete, daß ein Mitarbeiter der Operativen Gruppe zum Pförtner einer Stadtschule kam, sich als Inspektor für Volksbildung der Militärkommandantur vorstellte, aber weder zum Direktor ging noch mit den Lehrern sprach, was unter den Lehrern Verdacht erregte und Unruhe auslöste.

Ich bitte Sie, Anweisungen zu erteilen, damit sich solche Fälle nicht wiederholen.

Chef der Abteilung für Information der SMA-Verwaltung des Landes Sachsen  
Oberst Kusminow

*GARF 7212/1/232, Bl. 152-153. Original.*

### **Nr. 151. Anweisung Nr. 1/01052 des Stabs des 105. Schützenregiments an die Bataillonskommandeure über das Verbot des Einsatzes von Truppenangehörigen als Diensthabende in den Kreisabteilungen des MGB. 26. Juni 1948**

Geheim

An die Kommandeure des 1., 2. und 3. Schützenbataillons  
Nur: *in Akte Nr.*

Der Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland weist in seinem chiffrierten Telegramm Nr. 1870 vom 24. Juni 1948 darauf hin, daß in vielen Kreisabteilungen des MGB Truppenange-

---

<sup>218</sup> Pjatkin, Andrei Abramowitsch (1905–1964), Oberst; 1928 WKP(B), ab Okt. 1946 Chef der Unterabteilung Propaganda in der Stadtkommandantur Dresden, 1948–49 Chef der Abteilung Zivilverwaltung der SMA Sachsen. Dez. 1949 in die UdSSR, (politischer) Inspektor bei der Truppe.

<sup>219</sup> Gemeint ist der aus der KPD stammende Vertreter in den nominell paritätisch besetzten SED-Leitungen.

hörige der Garnisonen nicht ihrer direkten Bestimmung gemäß, sondern als Diensthabende der Abteilung eingesetzt werden. Dadurch wird die Disziplin untergraben, denn bei der Erfüllung der Aufgaben eines Diensthabenden der Abteilung werden an die Truppenangehörigen geringere Disziplinanforderungen gestellt, ihr Tagesablauf gerät durcheinander und sie erhalten Sonderbedingungen für ihre Freizeit, können Jagdausflüge unternehmen usw.

Der Regimentskommandeur hat befohlen:

1. Es ist unverzüglich zu überprüfen und Meldung zu erstatten, ob in den Untereinheiten, den Garnisonen des Regiments ähnliche Fälle aufgetreten sind.

2. Künftig sind die Angehörigen der Untereinheiten nur ihrer direkten Bestimmung gemäß einzusetzen. Ihr Einsatz als Diensthabende in Kreisabteilungen des MGB ist untersagt.

Die Ausführung ist bis zum 1. Juli 1948 zu melden.

Amtierender Stabschef des Regiments Hauptmann Kolzun

Gehilfe des Stabschefs des Regiments für den Dienst Hauptmann Kononenko

*RGWA 32933/1/62, Bl. 289. Original.*

**Nr. 152. Meldung des Bataillonskommandeurs Major Komissarow an den Kommandeur des 105. Schützenregiments über eine Orientierung des Operativen Sektors des MGB zu feindlichen Handlungen von „Untergrundgruppen“. Potsdam, 28. Juli 1948**

Streng geheim

Nr. 00546

An den Kommandeur des 105. Rigaer Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland, Träger des Rotbannerordens, in Berlin-Biesdorf

Ich melde, daß der Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors Gen. Oberst Pantschurin<sup>220</sup> über folgendes informierte:

1. In Strausberg ist eine Untergrundgruppe aus der deutschen Bevölkerung aktiv, die im Auftrag des britischen Geheimdienstes arbeitet. Der Anführer der Gruppe lebt in einem Westsektor Berlins.

2. Im Kreis Cottbus verstärkten katholische Jugendorganisationen nach den Anschlägen auf die Führer der kommunistischen Parteien Italiens und Japans Togliatti und Tokuda<sup>221</sup> ihre Aktivität. Die katholische Jugend stellt sich die Aufgabe, Anschläge auf die Führer der SED zu unternehmen.

Der Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors bat darum, die Bataillonskommandeure, deren Einheiten in den genannten Kreisen Dienst tun, entsprechend zu warnen.

Bataillonskommandeur Major Komissarow

*An den Stabschef des R[egiments]. In den Bericht und zur Orientierung für die Bataillonskommandeure. [Unterschrift].*

*Eingangsnummer: 002341. 28. Juli [19]48. Anweisungen erteilt. 1. Aug. [19]48. [Unterschrift].*

*RGWA 32933/1/62, Bl. 387. Original.*

<sup>220</sup> Pantschurin, Boris Wassiljewitsch (1916–1989), Oberst; 1946–52 Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors des MGB im Land Brandenburg.

<sup>221</sup> Togliatti, Palmiro (1893–1964), war von 1947 bis 1964 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens. Tokuda, Kyuichi (1894–1953) war nach 1945 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Japans.

**Nr. 153. Direktive Nr. Sch/1-01900 des Stabs der MGB-Truppen in Deutschland zur Ordnung der Bewachung von Gefängnissen und Sonderlagern in Deutschland. 3. August 1948**

Geheim

An den Kommandeur des 157. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

Kopie: An alle Kommandeure von Truppenteilen der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

Nur: *An den K[ommandeur] des 105. Schützenregiments*

Hiermit stelle ich klar, daß unsere Truppen nur für die äußere Bewachung der Gefängnisse und Sonderlager zuständig sind und daß die Ablösung der Posten nur von der Außenseite der Umgrenzung des zu bewachenden Objekts aus erfolgen darf. Der Aufenthalt von einzelnen bewaffneten Militärangehörigen innerhalb des Lagers oder auf dem Gefängnishof, darunter auch von Wachposten, widerspricht dem geltenden inneren Regime der Gefängnisse und Lager.

Deshalb müssen sich die Wachtürme für die Posten der äußeren Bewachung auf der Umgrenzung oder an der Außenmauer des zu bewachenden Objekts befinden und müssen unbedingt mit einem Abgang zur Außenseite der Umgrenzung ausgestattet sein. Die Errichtung von Wachtürmen innerhalb des Lagers oder im Gefängnishof und das Anbringen von Abgängen von den Wachtürmen, die auf den Gefängnishof oder ins Lagerinnere führen, sind verboten.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalmajor Kusnezow

Stabschef der Truppen Oberst Wolkow

*An den Stabschef. Meines Erachtens gibt es bei uns solche Verletzungen nicht. Überprüfen Sie das und erstatten Sie mir Bericht. 6. Aug. [Unterschrift].*

*Den Bataillonskommandeuren wurden Anweisungen erteilt. 7. Aug. [19]48. [Unterschrift].*

*RGWA 32933/1/62, Bl. 399. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 154. Direktive Nr. Sch/1-02454 des Stabs der Truppen des MGB zur besonderen Wachsamkeit beim Aufenthalt von Militärangehörigen in Berlin bzw. bei der Durchreise durch Berlin. 9. Oktober 1948**

Geheim

An die Kommandeure aller Regimenter der MGB-Truppen in Deutschland

Nur: *105. Schützenregiment*

Der Oberste Chef der SMAD stellt in seiner Direktive Nr. 6/0431 vom 2. Oktober 1948 fest, daß einzelne Militärangehörige und ihre Familienangehörigen die Forderungen seiner Direktive Nr. 6/00146 vom 28. März 1948 „Über die Ordnung der Entsendung nach Berlin und die Durchreise durch Berlin“ nicht befolgen. Diese Forderungen wurden in Direktive Nr. Sch/1-0822 des Stabs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland vom 7. April 1948 dargelegt<sup>222</sup>.

Es wurden Fälle registriert, in denen Agenten ausländischer Geheimdienste, darunter auch deutsche Jugendliche, verschiedene Dienstleistungen anboten, sich mit den Militärangehörigen

---

<sup>222</sup> Vgl. auch Dokument Nr. 148.

und ihren Familienangehörigen bekannt machten und deren Redseligkeit ausnutzen, um geheimdienstlich relevante Informationen zu sammeln.

Es kam auch vor, daß Militärangehörige von Prostituierten und Schiebern nach Hause in die Westsektoren eingeladen wurden, wo sie von Vertretern ausländischer Besatzungsmächte festgehalten und verhört wurden.

Unter Hinweis auf das Dargelegte befehle ich:

Allen Offizieren, Sergeanten und Soldaten ist nochmals Direktive Nr. Sch/1-0822 vom 7. April 1948 zur Kenntnis zu bringen, auch den Familienmitgliedern der Militärangehörigen ist die Direktive im erforderlichen Umfang zu erläutern, und es ist vorsorglich auf die erhöhte Wachsamkeit bei Aufenthalt in Berlin aufmerksam zu machen.

Amtierender Chef der MGB-Truppen in Deutschland Oberst Wolkow

Stellvertretender Stabschef der Truppen Oberstleutnant Gordejew

*An den Stabschef. Nochmals allen Offizieren zur Kenntnis zu geben. Alexejew. 19. Okt. [19]48. Orientierung und Direktive sind noch einmal allen Offizieren zur Kenntnis zu bringen. Der Chef der P[olitischen] A[bteilung] ist darüber zu informieren. [Unterschrift]. 19. Okt. [19]48. Die Kommandeure der Schützenbataillone haben die Orientierung erhalten. 20. Okt. [19]48. [Unterschrift].*

*RGWA 32933/1/62, Bl. 496. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 155. Denkschrift des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk über die Lage in der Demokratischen Bauernpartei und der Christlich Demokratischen Union in der SBZ mit Begleitschreiben des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow. Moskau, 18. Juni 1949**

Streng geheim

Exemplar Nr. 1

Nr. 5571/A

Hiermit lege ich Ihnen die Denkschrift des in Deutschland weilenden Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit Gen. Kowaltschuk über die Lage in der Demokratischen Bauernpartei und der Christlich-Demokratischen Union in der SBZ vor.

W. Abakumow

*Gen. Grigorjan<sup>223</sup> in Kenntnis setzen. 21. Juni [19]49. W. Molotow. Verschickt: an Gen. Molotow, Gen. Malenkow.*

<sup>223</sup> Grigorjan, Wagan Grigorjewitsch (1902–), 1949–53 Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B)/KPdSU.

**Denkschrift des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland  
N. K. Kowaltschuk über die Lage in der Demokratischen Bauernpartei  
und der Christlich Demokratischen Union in der SBZ**

Streng geheim

Nr. 3/9441  
10. Juni 1949

Das den Organen des MGB in Deutschland vorliegende Material belegt, daß die DBD<sup>224</sup> ihre Stellung unter den parteilosen Klein- und Mittelbauern im Vergleich zu bürgerlichen Organisationen wie der LDP[D] und der CDU erheblich festigen konnte.

Die DBD gehört zum demokratischen Block<sup>225</sup> und nimmt am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der SBZ teil.

So wurden beispielsweise im Land Thüringen 18 DBD-Mitglieder in Führungspositionen der landwirtschaftlichen Gewerkschaften gewählt. Einige Kreistagsabgeordnete von Komitees für gegenseitige Bauernhilfe<sup>226</sup> traten in die DBD ein und sind nun faktisch deren Vertreter.

Die zunehmende Popularität der DBD wirkte sich vor allem auf ihr quantitatives Wachstum aus.

Zum 1. Januar 1949 zählte sie 10.456 Mitglieder, am 1. April d.J. waren es bereits 22.910 Mitglieder, d. h. in den drei Monaten traten 12.454 Personen in die DBD ein.

Exemplarisch ist das Wachstum der Partei in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Im ersten Quartal d.J. verzeichnete die DBD in Sachsen 3.024 Neuzugänge, in Sachsen-Anhalt waren es 2.381.

Das quantitative Wachstum der DBD geht vor allem auf den Eintritt von Bauern zurück.

Nach inoffiziellen Angaben sind 80 Prozent der Parteimitglieder ehemalige parteilose Bauern, 15 Prozent ehemalige SED-Mitglieder und fünf Prozent kommen aus LDP[D] und CDU.

Die ungenügende Arbeit der führenden Funktionäre zur Schulung der Parteikader, die den ideologischen Kampf gegen CDU und LDP[D] führen müßten, wirkt sich so aus, daß einige DBD-Funktionäre, wenn sie sich zu den politischen Aufgaben und Forderungen der Partei äußern, ihre persönliche Meinung darlegen und mitunter sogar im Grunde antisowjetische Aussagen von sich geben.

Das Mitglied des DBD-Kreisvorstandes von Gotha, Friedrich, erklärte am 13. Januar 1949 in einer öffentlichen Versammlung der DBD: „Ich bin der Meinung, daß für ein rasches Wachstum und eine Festigung der Partei die Sache so angepackt werden muß, daß wir jene Bauern, die heute noch die Ansichten der CDU und der LDP[D] teilen, in unsere Partei ziehen müssen, damit wir bei den Wahlen den anderen Parteien Stimmen wegnehmen und unser eigenes Ansehen erhöhen können. Dann wird unsere Partei stark genug sein, um in Fragen der wirtschaftlichen

---

<sup>224</sup> DBD für: „Demokratische Bauernpartei [Deutschlands]“. Im Frühjahr 1948 neben der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) unter kommunistischer Führung gebildete „bürgerliche“ Partei in der SBZ. Vgl. Wernet-Tietz, Bernhard: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Broszat/Weber, SBZ Handbuch 1993, S. 584-594.

<sup>225</sup> Einen „Block antifaschistisch-demokratischer Parteien“ bildeten die Vertreter der vier von der SMAD in der SBZ lizenzierten Parteien SPD, KPD, CDU, LDPD am 14. Juli 1945 in Berlin; 1948 erweitert um die „neuen“ Parteien DBD und NDPD sowie um den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der SBZ (FDGB).

<sup>226</sup> „Vereinigungen (auch: Komitees) der gegenseitigen Bauernhilfe“ entstanden im Zusammenhang mit der im Sept. 1945 eingeleiteten Bodenreform. 1946 schlossen sie sich zu Landesvereinigungen zusammen, 1947 entstand eine zonale „Zentrale Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“, die durch SMAD-Befehl Nr. 61 vom 14. Apr. 1948 als „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdGB) den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts bekam. 1990 traten der genossenschaftliche Raiffeisenverband und der Bauernverband die Rechtsnachfolge des VdGB an.

und politischen Führung die Initiative zu ergreifen, dann können wir die Bevölkerung vom Einfluß der Russen losreißen und selbst ihre Führung übernehmen.“

Der geschäftsführende DBD-Vorsitzende im Kreis Gera, Wilhelm Wichelmaier, ein ehemaliges CDU-Mitglied, sagte im Dezember 1948 in einer Diskussion mit Bauern zur Frage der politischen Orientierung der DBD: „Ich glaube, die Partei sollte sich nicht auf den Osten und nicht auf den Westen orientieren. Für uns gibt es nur eine Richtung – die Lösung der deutschen Fragen. Wenn wir uns für eine Orientierung auf den Osten aussprechen, dann würde das den meisten Mitgliedern unserer Partei nicht gefallen. Deshalb orientieren wir uns nur auf das deutsche Volk, auf Deutschland. Unser Volk und unser Land sind zur Zeit geteilt, doch wir wissen, daß die Einheit nur möglich werden wird, wenn wir alle Parteien der Bauern und Landwirte zu einer einheitlichen Bauernpartei vereinigen werden.“

Andererseits sind einzelne SED-Funktionäre, die die Ziele der DBD-Gründung, deren Taktik und Rolle im politischen Leben der SBZ nicht begriffen haben, der Ansicht, die DBD sei nur eine provisorische Partei, und sie betreiben eine feindselige Propaganda gegen sie.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe der SED von Bennstedt<sup>227</sup> im Saalkreis (Sachsen-Anhalt), Reinhold Zamtow, erklärte auf einer Versammlung der SED-Gruppe zur Frage des Eintritts in die DBD:

„Es hat überhaupt keinen Sinn in diese Partei einzutreten, weil sie nur bis April/Mai 1949 bestehen wird. Nur unsere Partei ist die staatstragende Partei, alle übrigen Parteien sind Mitläufer. Jetzt wird alles dafür getan, daß man uns nicht beschuldigen kann, wir würden in einem Land der Diktatur leben. Ich habe als Vorsitzender der SED-Gruppe vom Landesvorstand die Anweisung erhalten, alle Angelegenheiten in den anderen Parteien zu kontrollieren und zu prüfen. Alle Veranstaltungen im Dorf dürfen nur mit meiner Erlaubnis durchgeführt werden“.

Da DBD-Mitglieder auf ihren Versammlungen mehr und mehr die Tätigkeit einzelner Vorsitzender von Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe kritisierten, weil diese die politischen Leitlinien zur Demokratisierung des Dorfes nicht richtig umsetzten, besteht bei den Mitgliedern dieser Komitees eine feindselige Haltung zur Tätigkeit der DBD.

So sagte der erste Vorsitzende des Zonenvorstands der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe Körting<sup>228</sup> auf einer Beratung von Vertretern des FDGB<sup>229</sup> und der DBD:

„Wenn die DBD ihre Kritik an den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe nicht einstellt, dann werde ich mich über unser Komitee darum bemühen, der DBD den Boden unter den Füßen wegzuziehen, und werde meinen Organisationen die Weisung erteilen, offen Propaganda gegen die DBD zu betreiben, damit deren Stärkung verhindert wird.“

Auch wurde festgestellt, daß sich in den Führungen einzelner DBD-Organisationen eine erhebliche Anzahl großbäuerlicher und reaktionärer Elemente befindet, die eine feindliche Tätigkeit entfalten und verdächtige Verbindungen in die Westzonen Deutschlands unterhalten. Die großbäuerlichen Elemente betreiben zur Erhaltung ihrer Positionen auf dem Lande eine Propaganda zur Verteidigung der Großbauern und verhalten sich feindlich zu demokratischen Maßnahmen, die im Dorf durchgeführt werden.

Zur Charakterisierung des Vorstandsmitglieds der DBD in Sachsen-Anhalt Hermann Lindau teilte eine Quelle des MGB mit:

„Hermann Lindau tritt für die Verteidigung der Großbauern ein. Zur Zeit agitiert er verstärkt für einen Zusammenschluß der Bauern zur Verteidigung großbäuerlicher Interessen. Seine Pro-

<sup>227</sup> Vorlage: „Benndorf“.

<sup>228</sup> Körting, Otto (1884–), Schlosser, Landwirt; 1902 SPD, 1919–32 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt, 1945/46 SPD/SED. 1945–47 Landesvorsitzender der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in Sachsen-Anhalt, 1947–50 Vorsitzender der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in der SBZ. Juli 1950 aus der SED ausgeschlossen, 1952 verhaftet und nach einem Jahr Untersuchungshaft freigelassen.

<sup>229</sup> FDGB für: „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ in der SBZ.

paganda betreibt er sowohl im Landesvorstand und im Ausschuß der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe als auch unter den Bauern.“

Der Sekretär des Landesvorstands der DBD Hans Olbrich, ehemals SPD, nutzt seine Stellung dazu aus, das Aufrücken progressiver Parteimitglieder in führende Positionen der DBD zu verhindern, statt dessen bringt er offen reaktionäre Elemente im DBD-Vorstand unter. Olbrich stellte als seine Sekretärin im Landesvorstand der DBD die Frau des ehemaligen Offiziers der Waffen-SS Schnor ein, die sich feindselig zu allen demokratischen Umgestaltungen in der SBZ äußert.

Die ausländischen Geheimdienste zeigen besonderes Interesse an der DBD und sind bestrebt, ihre Agenten in die Partei zu schleusen. Zu diesem Zweck nutzen sie DBD-Mitglieder, die aus den bürgerlichen Parteien kommen.

So versuchte Herbert Weiß, Journalist bei dem LDP[D]-Blatt „Norddeutsche Zeitung“, in die DBD einzudringen. Weiß hielt sich während des Nazi-Regimes längere Zeit in Ungarn auf, wo er für den französischen Geheimdienst als Spion tätig war.

Im Juli 1948 war Weiß als Stenograph zu einer Zonenkonferenz der DBD nach Schwerin eingeladen worden. Nach Abschluß der Konferenz entwendete er ein Exemplar des stenographischen Protokolls der Konferenz. Zur Zeit bemüht er sich um eine Anstellung als Korrespondent beim „Bauern Echo“, dem Zentralorgan der DBD.

Angesichts des zunehmenden politischen Einflusses der DBD verstärkten die reaktionären Elemente in der Führung von LDP und CDU ihre feindselige Propaganda gegen die DBD und ergreifen Maßnahmen, um deren Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen zu verhindern.

CDU-Mitglieder im Land Brandenburg verbreiten Flugblätter mit Angriffen auf die DBD.

LDP[D]-Mitglied Schneider aus dem Kreis Weimar (Land Thüringen) trat am 18. Februar 1949 in einer DBD-Versammlung auf und erklärte:

„Ihr Programm ist bekannt, wir kennen auch sehr gut Ihre politische Richtung. Sie ziehen mit der SED zu Felde und die geht den Weg des Marxismus. Dieser Weg paßt nicht zu uns, deshalb brauchen wir Ihre Partei nicht. In unserem Dorf sind zwei Drittel der Erwachsenen Mitglieder der LDP[D]. Die Einwohner sind zufrieden mit der Führung durch unsere Partei, und wir wollen nicht in eine andere Partei eintreten.“

Die Situation der CDU wird zur Zeit durch einen erheblichen Mitgliederschwund charakterisiert.

Am 1. Januar des laufenden Jahres hatte die CDU (außer Berlin) 211.226 Mitglieder, am 1. Februar d.J. waren es dagegen 209.633. Von September 1948 bis Februar 1949 hat die CDU mehr als 3.000 Mitglieder verloren.

Anschaulicher Beweis für den Niedergang der Basisorganisationen von LDP[D] und CDU sind folgende Fakten:

Im Kreis Greiz (Land Thüringen) traten 20 CDU-Mitglieder in die DBD ein. Die meisten begründeten ihren Austritt aus der CDU damit, daß die CDU nicht die Interessen der Bauern verteidigt, sondern diese nur betrügt, daß es deshalb für Bauern keinen Sinn hat, in dieser Partei zu sein.

Im Januar 1949 trat auf einer Bauernversammlung im Dorf Kräschleben<sup>230</sup> (Land Thüringen) die Ortsgruppe der LDP[D] zusammen mit ihrem Vorsitzenden (zwölf Personen) in die DBD ein. Das taten auch drei CDU-Mitglieder, die bei der Versammlung anwesend waren.

Das Führungspersonal der CDU teilt sich in ihrer Reaktion auf die eingetretene Situation in zwei Gruppen, die sich in ihrem taktischen Vorgehen unterscheiden. Die eine Gruppe unter dem Parteivorsitzenden Nuschke<sup>231</sup> ist darum bemüht, den Einfluß der CDU in der Bevölkerung zu

---

<sup>230</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>231</sup> Nuschke, Otto (1883–1957), 1945 Mitbegründer der CDU, ab 1948 Erster Parteivorsitzender der CDU in der SBZ, 1949–57 stellvertretender Ministerpräsident bzw. stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

erhalten und die innerparteiliche Lage zu konsolidieren, indem sie ihre Unterstützung für die grundlegenden Lösungen und Maßnahmen der SED bezüglich der demokratischen Umgestaltung der SBZ möglichst deutlich zur Schau stellt. Diese Gruppe tritt gemäßigt für den Schutz bürgerlicher Interessen ein, deren Befriedigung sie im Rahmen der Zusammenarbeit mit der SED erreichen will, und hält an einer loyalen Einstellung zu den Maßnahmen der SMAD fest.

Mit Rücksicht darauf, daß eine antisowjetische Position der CDU-Führung bei der absoluten Mehrheit der werktätigen Bevölkerung der Zone und bei den nichtbürgerlichen CDU-Mitgliedern keine Unterstützung finden würde, treten Nuschke und seine Anhänger mit der Forderung auf, daß man den Kampf gegen die antisowjetischen Elemente innerhalb der CDU organisieren muß, und sie sprechen sich für die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie aus.

Ein beträchtlicher Teil der CDU-Mitglieder aus den Reihen der Mittel- und Kleinbourgeoisie bleibt zwar reaktionär eingestellt, doch sie sind gezwungen, Nuschkes Position zu unterstützen, da sie darin eine Möglichkeit sehen, zu einer gewissen Stabilisierung der außenpolitischen Lage und der innerparteilichen Situation zu kommen, die es bis zu einem gewissen Grade erlauben würde, der SED-Politik entgegenzuwirken und für die Verteidigung bürgerlicher Interessen einzutreten.

Die andere Gruppe in der CDU besteht aus den Anhängern Kaisers<sup>232</sup>, d.h. vor allem aus Vertretern der Großbourgeoisie, der Besitzer von Industrie- und Handelsunternehmen und reaktionär eingestellten Teilen der Intelligenz. Den Beitritt der CDU zum demokratischen Block betrachten sie als taktisches Manöver, das in Erwartung des abzusehenden Scheiterns der SED-Politik und eines militärischen Konflikts zwischen der Sowjetunion und dem westlichen Block zur Erhaltung der Partei notwendig ist. Nach Ansicht dieser Gruppe wird sich die Lage in Deutschland im Ergebnis eines solchen Zusammenstoßes in eine für sie und die CDU insgesamt günstigere Richtung verändern.

Außerdem nutzt diese Gruppe die Mitarbeit der CDU im demokratischen Block als legale Möglichkeit, einen aktiven Kampf gegen die Politik der SED und die Maßnahmen der SMAD zu führen. Dieser Kampf vollzieht sich verdeckt unter demagogischen Forderungen nach Gleichheit der Rechte sowohl für die volkseigenen Industriebetriebe und Genossenschaftseigner als auch für Privatunternehmer, Großbauern und Großhändler.

Ausgehend von dieser Taktik versuchten Kaiser und seine Gruppe mit allen Mitteln, auf Nuschke und seine Anhänger Druck auszuüben, um dessen Position als Präsidiumsvorsitzender des Volksrates<sup>233</sup> für den Kampf gegen die SED auszunutzen.

Zur Gruppe um Kaiser gehört der Minister für Wirtschaft und Versorgung des Landes Thüringen Dr. Gillessen<sup>234</sup>, der auf der Versammlung einer Betriebsgruppe der CDU zum Thema „Möglichkeiten zur Verwirklichung der Politik der Partei“ erklärte:

„Die Politik, die zur Zeit von der CDU betrieben wird, entspricht nicht den Anschauungen der meisten Parteimitglieder. Dennoch muß man an dieser Politik festhalten.“

Und weiter erläuterte Gillessen: „Die CDU könnte erklären, daß sie nicht in der Lage ist, diesen Weg weiterzugehen, aus dem Block austreten und in die Opposition gehen. Wenn sie diesen Schritt unternimmt, wird sie zwangsläufig aufgelöst.“

<sup>232</sup> Kaiser, Jakob (1888–1961), 1945–47 Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1947 von der SMAD abgesetzt; 1949–57 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1950–58 stellvertretender Vorsitzender der (westdeutschen) CDU.

<sup>233</sup> Ein Deutscher Volksrat wurde im März 1948 gebildet und im Mai 1949 in der SBZ nach „Einheitsliste“ gewählt, nach der DDR-Bildung erklärte er sich zur „Provisorischen Volkskammer der DDR“.

<sup>234</sup> Gillessen, Heinrich, Dr. (1896–), Mitglied der CDU, 1947–50 Minister für Versorgung in Thüringen, 1950 Flucht nach Bayern, 1957 wegen des Verdachts der Agententätigkeit für die DDR verhaftet.



In diesem Fall würden die CDU-Mitglieder von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen und der Einfluß der SED würde wachsen. Deshalb ist der einzig wahre Weg die Maskierung und die Weiterführung der Blockpolitik mit dem Ziel, den eigenen Einfluß auf die Massen, in der Hoffnung auf eine Veränderung der politischen Situation, zu erhalten.“

Der Vorsitzende des CDU-Vorstands von Siegmarschönau, Karl Seibt, sagte am 22. Dezember 1948 in einer Versammlung von CDU-Mitgliedern der Stadt:

„Die SED verkauft uns, wie Sie sehen, an die Russen, dafür wird sie eines Tages die Quittung erhalten. Otto Nuschke und Dertinger<sup>235</sup> sind auch zu verurteilen, wir wollen mit ihnen nichts gemein haben, sie haben sich auch den Russen verkauft.“

Die unversöhnliche Haltung der Reaktionäre unter den CDU-Mitgliedern gegenüber der SED zeigt sich besonders deutlich in ihrer Einstellung zum Zweijahresplan für die Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft der SBZ.

So erklärte der Vorsitzende einer CDU-Ortsgruppe, Schwebig, bei einer Sitzung des CDU-Präsidiums von Rehna (Land Mecklenburg) am 9. September 1948:

„Dieser Zweijahresplan ist kommunistisch und wurde von der SED auf der Grundlage russischer kommunistischer Forderungen ausgearbeitet. Die SED hält an kommunistischen Prinzipien fest, mit denen wir niemals übereinstimmen werden.“

Eine besondere Rolle in der Wühlarbeit der CDU spielen die reaktionären Elemente unter den katholischen Geistlichen.

Seit Juli 1948 entfalteten Angestellte der katholischen Kirche in Saalfeld eine rege Tätigkeit zum Aufbau einer katholischen Jugendvereinigung, an deren Spitze die katholischen Geistlichen Albrecht Auelbach (CDU-Mitglied) und Gregor Göpfert sowie eine Mitarbeiterin aus Auelbachs Büro, Klara Barwitzki, stehen.

Auelbach, Göpfert und Barwitzki verbreiten unter den Jugendlichen und Kindern reaktionäre Literatur und Zeitungen aus den Westzonen mit antisowjetischen Artikeln. Diese Literatur und auch materielle Unterstützung erhält Auelbach von der katholischen Organisation Caritas<sup>236</sup> in Würzburg (amerikanische Zone).

CDU-Funktionäre nutzen auch die schwache Arbeit der ländlichen SED-Organisationen aus und ziehen unschlüssige, schwankende Elemente aus der SED auf ihre Seite.

Bei der Aufdeckung der praktischen feindlichen Tätigkeit von reaktionären CDU-Mitgliedern wurde festgestellt, daß sie in letzter Zeit neben der Verstärkung der antisowjetischen Propaganda und des Kampfes gegen die SED ihre Wühltätigkeit auch in Richtung der Bildung von Untergrundgruppen aktivierten, die illegale Beziehungen zu Mitgliedern von CDU-Organisationen in den westlichen Besatzungszonen, in erster Linie zu Kaiser und seinen Anhängern, unterhalten.

Der Richter am Schweriner Bezirksgericht in Mecklenburg Wilhelm Thiemann sprach am 29. Januar 1949 einer Quelle des MGB gegenüber von einer illegalen Gruppe, die von CDU-Mitgliedern in Schwerin gebildet wurde:

„In Schwerin besteht eine Untergrundorganisation von zehn bis 15 Personen, der auch ich angehöre. Diese Organisation hat enge Verbindungen in die Westsektoren Berlins. Zu unserer Organisation gehört auch der frühere Landrat des Kreises Usedom, Werner Jöhren<sup>237</sup>, der Frak-

---

<sup>235</sup> Dertinger, Georg, Dr. (1902–1968), Journalist; 1946–49 Generalsekretär der CDU in der SBZ, 1949–53 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 1953 festgenommen und 1954 wegen angeblicher Spionage und Verschwörung zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1964 begnadigt und aus der Haft entlassen.

<sup>236</sup> Caritas, 1897 entstandene soziale Hilfsorganisation der römisch-katholischen Kirche in Deutschland.

<sup>237</sup> Jöhren, Werner (1900–1959), Architekt; 1945–48 CDU-Kreisvorsitzender von Usedom, 1946–48 Mitglied des Landtags und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern, 1947–Jan. 1948 Landrat von Usedom, nach Hausdurchsuchung vom 28. zum 29. April 1948 Flucht nach West-Berlin, im Dez. 1948 aus Ost-CDU und Landtag ausgeschlossen; ab 1948/49 bis zu seinem Tod Leiter des CDU-Ostbüros, 1949 neben P. F. Scheffler Mitbegründer und Leiter des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“.

tionsvorsitzende der CDU im Mecklenburger Landtag und Anfang 1948 in die Westsektoren Berlins geflohen war. Jöhren besitzt heute eine Druckerei, in der Artikel von Mitgliedern unserer Untergrundorganisation gedruckt werden.“

Man kann nicht umhin festzustellen, daß die reaktionär eingestellten CDU-Mitglieder von den britischen und amerikanischen Geheimdiensten ausgenutzt und in die von ihnen geschaffenen nazistischen und anderen antisowjetischen Untergrund- und Spionageorganisationen einbezogen werden. Zu den Aufgaben dieser Organisationen gehören Sabotageakte in den Betrieben der SBZ und der aktive Kampf gegen die SED und die von ihr ergriffenen Maßnahmen.

Am 16. Februar 1949 verhaftete der Operative Sektor des MGB für das Land Mecklenburg das Mitglied der Untergrundorganisation „Edelweißpiraten“ Walter Ins, Jahrgang 1925, Deutscher, CDU-Mitglied, der von Juni bis September 1948 als CDU-Kreisvorsitzender von Gartz gearbeitet hatte.

Bei der Untersuchung gab Ins an, daß er im August 1946 auf Vorschlag des Anführers der „Edelweißpiraten“ Letzki (alias Rodazek) in Gadebusch dieser Organisation beitrug und Stellvertreter von Letzki wurde.

Im Februar 1949 verhaftete der Operative Sektor des MGB für das Land Thüringen den Redakteur des CDU-Organs „Thüringer Tageblatt“ Heinz Baumann<sup>238</sup>, Jahrgang 1905, CDU-Mitglied, unter dem Verdacht der Spionagetätigkeit. Unter Ausnutzung seiner dienstlichen Stellung hatte Baumann das Erscheinen von Artikeln progressiver CDU-Funktionäre des Landes Thüringen systematisch verschleppt, gleichzeitig brachte er verschiedene reaktionäre Artikel und Glossen in der Zeitung unter. Baumann unterhielt Beziehungen zu der antisowjetischen Zeitung „Der Abend“<sup>239</sup> in Berlin, die unter amerikanischer Lizenz erscheint, und versorgte sie regelmäßig mit Material zur wirtschaftlichen und politischen Situation im Land Thüringen.

Zu dieser Frage gab Baumann bei der Untersuchung an:

„Die von mir stammenden Materialien wurden in der Zeitung ‚Der Abend‘ mit gewissen Entstellungen meines Textes veröffentlicht. Mit der Weitergabe der genannten Informationen wollte ich das Ansehen der SED und der SMA[D] untergraben, weil ich mit deren Politik unzufrieden war. So beschloß ich, den Kampf über die Presse aufzunehmen.“

Kowaltschuk

*RGASPI 82/2/1164, Bl. 111-122. Beglaubigte Kopie.<sup>240</sup>*

## **Nr. 156. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow „über provokatorische Ausfälle des Mitarbeiters der jugoslawischen Militärmission in Berlin Marjanowitsch“. 14. Dezember 1949**

Streng geheim

Exemplar Nr. 2

Nr. 6274/A

Ich berichte: Nach Mitteilung des stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Gen. Melnikow hat das Außenministerium der DDR am 8. Dezember d. J. die jugoslawische Militärmission in Berlin davon in Kenntnis gesetzt, daß den Mitarbeitern der Mission

<sup>238</sup> Baumann, Heinz, CDU, Okt. 1946–Feb. 1949 Chefredakteur des CDU-Organs „Thüringer Tageblatt“.

<sup>239</sup> „Der Abend“ erschien von 1946–81 in West-Berlin als Mittagszeitung.

<sup>240</sup> Die Kopie wurde beglaubigt vom Chef der Zweiten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR J. P. Pitowranow.

der Aufenthalt in den Grenzen der Republik verboten ist, da sie eine verbrecherische Tätigkeit ausüben und versuchen, die für das Territorium der Republik geltende gesetzliche Ordnung zu verletzen.

Im Zusammenhang damit bildete der Berliner Magistrat eine Inventarisierungskommission zur Erfassung der Vermögenswerte in Häusern, die von der jugoslawischen Mission genutzt werden.

Am 10. Dezember erschienen die Mitglieder der Magistratskommission in den von Mitarbeitern der jugoslawischen Militärmission belegten Räumen in der Barailstraße<sup>241</sup> Nr. 15 (Sowjetischer Sektor Berlins).

Der dort anwesende Mitarbeiter der Mission, der Jugoslawe Milan Marjanowitsch, Jahrgang 1920, Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, empfing die Mitglieder der Magistratskommission mit bössartigen, provokatorischen antidemokratischen Äußerungen. Dabei riß Marjanowitsch ein Porträt des Genossen Stalin von der Wand, warf es auf den Boden und zerbrach den Rahmen.

Konfrontiert mit den provokatorischen Handlungen Marjanowitschs, verließ die Magistratskommission die Räume, wodurch Marjanowitsch unbemerkt weggehen konnte.

Am 12. Dezember erschien Marjanowitsch erneut in den genannten Räumlichkeiten und wurde von der deutschen Polizei festgenommen.

Ich würde es für zweckmäßig halten, Marjanowitsch durch das Ministerium des Innern der DDR inhaftieren und die Ermittlungen unter Kontrolle eines Vertreters des MGB der UdSSR in Berlin führen zu lassen.

Ich bitte um Ihre Anweisungen.

Abakumow

*Zu den Akten. 12. Jan. [19]50. W. Molotow.*

*Verschickt an Gen. Stalin, Gen. Molotow, Gen. Berija, Gen. Malenkow.*

*RGASPI 82/2/1182, Bl. 11-12. Original.*

**Nr. 157. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR  
Abakumow an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der  
UdSSR Molotow über ein Vorkommnis in einem Jugenderholungslager der  
Freien Deutschen Jugend. Moskau, 22. Juli 1950**

Streng geheim  
Exemplar Nr. 2

Nr. 6951/A

Ich berichte: Nach Mitteilung des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Gen. Dawydow verbreiteten am 14. Juli d.J. führende Funktionäre der FDJ, angeblich mit dem Ziel, „die Standhaftigkeit der FDJ-Mitglieder im Falle eines Krieges“ zu prüfen, in einem Jugenderholungslager in Dittmannsdorf (Landkreis Borna, Land Sachsen) das provokatorische Gerücht, amerikanische Truppen hätten den Ostsektor Berlins eingenommen und die Spitzen von SED und DDR-Regierung – Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht – seien geflohen.

Bei der ausbrechenden Panik zogen 114 FDJ-Mitglieder (von den 120 im Lager befindlichen) ihre Uniform aus, einige vernichteten ihre Mitgliedsausweise und Abzeichen.

---

<sup>241</sup> So in der Vorlage.

Die sechs Polizisten, die mit in dem Lager waren, rissen sich die Schulterstücke ab und erklärten, daß sie nicht die Absicht hätten, den amerikanischen Truppen Widerstand zu leisten.

Am gleichen Tag gab es eine ähnliche Provokation in einer Jugendbrigade auf einer Baustelle im Landkreis Aue (Sachsen).

Die Ermittlungen in dieser Frage werden von den deutschen Organen der Staatssicherheit geführt.

Abakumow

*Ins Archiv. W. Molotow. 27. Juli [1950].*

*Verschickt an Gen. Stalin, Gen. Molotow, Gen. Berija, Gen. Malenkow.*

*RGASPI 82/2/1181, Bl. 42. Original.*

## **Nr. 158. Entwurf einer Anweisung an den Oberbefehlshaber der GSBSD Armeegeneral Tschujkow und den Politischen Berater des Vorsitzenden der SKK Semjonow über die Zuständigkeit der Militärtribunale der GSBSD. 20. September 1950**

Entwurf der Anweisung  
an die Genossen Tschujkow und Semjonow<sup>242</sup>

### **Über die Zuständigkeit der Militärtribunale der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland**

1. Es wird festgelegt, daß die Militärtribunale der GSBSD zuständig sind für ausnahmslos alle Fälle von Straftaten, die von Staatsbürgern der UdSSR, einschließlich sowjetischer Militärangehöriger, in Deutschland begangen wurden, darüber hinaus aber auch für folgende von deutschen Staatsbürgern verübte Straftaten:

<sup>242</sup> Der Entwurf der Anweisung war auf der Grundlage von Vorschlägen Tschujkows und Semjonows ausgearbeitet worden. Der Stellvertreter des Außenministers A. A. Gromyko verfaßte dazu eine Denkschrift und schickte sie unter der Nr. 139-gi am 20. Sept. 1950 an Stalin. Eine Kopie der Denkschrift mit dem Entwurf der Anweisung als Anhang wurde auch an Molotow, Malenkow, Berija, Mikojan, Kaganowitsch, Bulganin und Chruschtschow gesandt. Gromyko schrieb, Tschujkow und Semjonow hätten vorgeschlagen, eine Reihe von Fällen, die derzeit vor Militärtribunalen der GSBSD verhandelt werden, deutschen Gerichten zu übergeben. In Anbetracht der veränderten Lage in der SBZ nach Gründung der DDR und im Hinblick auf die Arbeitspraxis der Militärtribunale und die Notwendigkeit, die dort zu verhandelnden Fälle genauer zu definieren, halte das Außenministerium, wie Gromyko weiter schrieb, diesen Vorschlag für zeitgemäß und richtig. Nach Gromyko war der vorgelegte Entwurf der Anweisung bereits mit dem MGB, dem Justizministerium und der Generalstaatsanwaltschaft abgestimmt worden (vgl. AP RF 3/64/805, Bl. 33-37). Zu dieser Frage faßte das Politbüro am 25. Sept. 1950 (P 78/34) lediglich den Zwischenbeschluß „Über den Entwurf der Anweisung an Tschujkow und Semjonow zur Übergabe von Fällen, die gegenwärtig vor Militärtribunalen der GSBSD verhandelt werden, an deutsche Gerichte“. Er enthielt den Auftrag an Gromyko, „innerhalb von drei Tagen auf der Grundlage des Meinungsaustauschs eine erläuternde Denkschrift und einen überarbeiteten Entwurf der Anweisung an die Genossen Tschujkow und Semjonow zur Frage der Übergabe von Fällen, die gegenwärtig vor Militärtribunalen der GSBSD verhandelt werden, an deutsche Gerichte“ vorzulegen (ebenda Bl. 32). Doch das Politbüro kam weder nach drei Tagen noch später auf die Behandlung dieses Entwurfs zurück, was allerdings nicht bedeutete, daß die Frage längere Zeit in der Schwebe geblieben wäre. Wie die Analyse der Gerichtspraxis in der SBZ zeigt, wurden ihr Tschujkows und Semjonows Überlegungen zur Abgrenzung der Vollmachten durchaus zugrundegelegt, und das Militärtribunal der GSBSD und der Apparat des Bevollmächtigten des MGB folgten den neuen Richtlinien. Offensichtlich wollte Stalin in dieser Hinsicht generell keine strenge Regelung, denn ungeschrie-

- a) Staatsverbrechen nach Artikel 58-2 bis 58-14 des Strafgesetzbuches der RSFSR<sup>243</sup>;
  - b) Diebstahl sowjetischen staatlichen oder gesellschaftlichen Eigentums im Wiederholungsfall oder begangen in einer organisierten Gruppe (Bande) oder in großem Ausmaß. Dabei können Diebstähle, die in Betrieben sowjetischer Aktiengesellschaften verübt wurden, den Militärtribunalen zur Verhandlung übergeben werden, nachdem in jedem Einzelfall eine Abstimmung mit der SKK in Deutschland erfolgt ist;
  - c) Verbrechen gegen das Leben, die Gesundheit, die persönliche Sicherheit und das Eigentum von Staatsbürgern der UdSSR;
  - d) Strafsachen, bei denen Deutsche als Beteiligte von Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden, die von sowjetischen Staatsbürgern begangen wurden.
2. Andere Straftaten, die von deutschen Staatsbürgern auf dem Territorium Deutschlands verübt wurden, können nach Abstimmung mit der SKK in Deutschland und dem Außenministerium der UdSSR in jedem Einzelfall vor sowjetischen Militärtribunalen verhandelt werden.
3. Es wird festgelegt, daß von sowjetischen Militärtribunalen die Einziehung von Eigentum als zusätzliche Strafe in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen nur bei der Verurteilung von deutschen Staatsbürgern angewandt werden darf, die über große Immobilien, bedeutsame Vermögenswerte oder Kapitalien verfügen.
- Urteile von sowjetischen Militärtribunalen bezüglich der Einziehung von Eigentum verurteilter Deutscher müssen in diesen Fällen von der SKK in Deutschland zur Vollstreckung an zuständige deutsche Organe übergeben werden, die die durch die Enteignung eingenommenen Mittel an den Staatshaushalt der DDR abführen.
4. Die SKK (Gen. Tschujkow) wird beauftragt, der Regierung der DDR mitzuteilen, daß die sowjetische Regierung den Beschluß gefaßt hat, die Behandlung folgender, von deutschen Staatsbürgern verübter Straftaten, die bisher vor Militärtribunalen der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland verhandelt wurden, in die Zuständigkeit der Gerichte der DDR zu übergeben:
- a) illegaler Besitz von Waffen und Munition,
  - b) illegales Überschreiten der Demarkationslinie,
  - c) Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit, wenn diese Verbrechen nicht gegen die UdSSR gerichtet waren,
  - d) Verbrechen gegen die Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik oder gegen Maßnahmen ihrer Regierung, wenn von den Personen, gegen die diese Anklage erhoben wird, nicht gleichzeitig ermittelt wurde, daß sie auch Verbrechen gegen die UdSSR begangen haben.
- Gen. Tschujkow wird beauftragt, der Regierung der DDR gegenüber die Frage aufzuwerfen, welche notwendigen Maßnahmen zu ergreifen sind, um den zuverlässigen Kampf gegen die obengenannten Verbrechen sicherzustellen.

*RGASPI 82/2/1181, Bl. 83-84. Kopie.*<sup>244</sup>

---

bene, aber zu befolgende Regeln ließen ihm die berüchtigte, von ihm so geschätzte „Freiheit des Manövrierens“. Vgl. hierzu auch: Entwurf eines Ministerratsbeschlusses zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetischen Militärtribunale in Deutschland vom 20. Nov. 1951, in: Possekel, Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik 1998, S. 373-376, sowie Hilger, Andreas/Petrow, Nikita: „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherheitsapparate in Deutschland, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd.2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln 2003, S. 59-152.

<sup>243</sup> Im Artikel 58 waren sogenannte „konterrevolutionäre Verbrechen“, in der Hauptsache politische „Verbrechen“ erfaßt, außerdem auch Landesverrat und Spionage. Wortlaut dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 106-109.

<sup>244</sup> Vgl. auch AP RF 3/64/805, Bl. 33-37.

**Nr. 159. Instruktion zur Organisation des Gefangenentransports aus dem Gefängnis Berlin-Lichtenberg zu Haftorten auf dem Territorium der UdSSR.  
17. März 1951**

Streng geheim

„Ich bestätige“

Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Oberst Kurenkow<sup>245</sup>

Nr. 00677

[Stempel] Ausgangsnummer: 00677. 20. März 1951.

**Instruktion**

zur Organisation des Gefangenentransports aus dem Gefängnis Berlin-Lichtenberg  
zum Haftort auf dem Territorium der UdSSR

1. Die Organisation des Gefangenentransports aus dem Lichtenberger Gefängnis nach Brest obliegt der Abteilung „RS“<sup>246</sup> des Apparats des Bevollmächtigten. Die Abteilung „RS“ ist insbesondere zuständig für:

a) die Beschaffung der Dienstaufträge der Hauptverwaltung Lager des MWD der UdSSR für die zu transportierenden Gefangenen,

b) dafür, daß die Wirtschaftsverwaltung des MGB eine Nummer für den Militärtransport mit den Spezialwaggons für die Gefangenen vergibt und die Versorgung der Begleitmannschaft mit dem Reisebedarf sicherstellt;

c) die rechtzeitige Information der Gebietsverwaltung des MWD in Brest über die Anzahl der Gefangenen des Transports und das Datum ihres Eintreffens in Brest;

d) dafür, daß zwei bis drei Tage vor Abgang des Transports an das 105. Schützenregiment der Inneren Truppen des MGB in Deutschland eine Anforderung zur Bereitstellung einer Begleitmannschaft ergeht;

e) die Vereinbarung mit der Transportabteilung der SKK in Deutschland über die Durchfahrt der Waggons auf der Fahrtstrecke, über die Bereitstellung der Lokomotive und die technische Durchsicht der Waggons;

f) die Erstellung von Listen mit den Rastorten und Zwischenaufhalten der zu transportierenden Gefangenen,

g) die Kontrolle der korrekten Ausstellung der Personalakten und der Aufstellung über die Wertsachen der zu transportierenden Gefangenen im Gefängnis,

h) die Unterrichtung des Chefs der Begleitmannschaft und des operativen Mitarbeiters, der den Transport begleitet, über den Gefährlichkeitsgrad der Verbrecher, über die Ordnung des Transports bezüglich der Isolation von Gefangenen und ihrer Unterbringung in den Waggons;

i) die Kontrolle der Übergabe der Gefangenen an die sie aus dem Gefängnis begleitende Wachmannschaft, der Überführung der Gefangenen aus dem Gefängnis zu den Waggons, der Unterbringung der Gefangenen in den Waggons und der Sicherstellung ihrer Bewachung.

2. Zur Begleitung des Transports wird ein operativer Mitarbeiter abgestellt, der den Transport während der Fahrt zu beaufsichtigen, unverzüglich Meldung über einzelne Vorkommnisse unterwegs zu erstatten und die Gefangenen zusammen mit den Dokumenten am Bestimmungsort zu übergeben hat.

<sup>245</sup> Kurenkow, Alexei Nikolajewitsch (1915–1992), Oberst; 1949–53 Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland für Kaderfragen.

<sup>246</sup> Tarnbezeichnung für die Abteilung Registratur und Archiv.

Zu den Pflichten des den Transport begleitenden operativen Mitarbeiters gehört:

a) Übernahme der Personalakten, der Transportlisten, der Wertsachen der zum Transport bestimmten Gefangenen im Gefängnis für deren Überführung zum Bestimmungsort.

b) Aufsicht über die richtige, den Anweisungen der Abteilung „RS“ entsprechende Verteilung der Gefangenen auf die Waggons sowie über die Isolierung und Bewachung der Gefangenen unterwegs.

c) Sofortige telegraphische Meldung an die Abteilung „RS“ über alle möglichen Vorkommnisse während der Fahrt.

d) Gewährleistung der Vollständigkeit der Personalakten, der Transportlisten und der Wertsachen der Gefangenen entsprechend der Aufstellung und die Übergabe dieser Unterlagen am Bestimmungsort.

e) Sicherstellung, daß die Gefangenen am Bestimmungsort empfangen und von unserer Begleitmannschaft übergeben werden.

f) Übergabe der ausgefertigten Dokumente, die die Übergabe der Gefangenen mit ihren Personalakten, Wertsachen und Transportlisten am Bestimmungsort bestätigen, an die Abteilung „RS“.

3. Der Chef des Lichtenberger Gefängnisses ist verantwortlich für den Zustand der Waggons, die Bereitstellung von Transportmitteln für die Überführung der Gefangenen aus dem Gefängnis zu den Waggons und die Versorgung der Gefangenen mit Lebensmitteln für die Fahrt.

Der Chef des Lichtenberger Gefängnisses ist verpflichtet:

a) den Anweisungen der Abteilung „RS“ gemäß die Personalakten und die Aufstellung über die Wertsachen der zum Transport bestimmten Gefangenen auszufertigen und sie am Tag des Abtransports dem operativen Mitarbeiter zu übergeben, der den Transport begleitet;

b) die zum Transport bestimmten Gefangenen zusammen mit ihren persönlichen Sachen dem Chef der Begleitmannschaft gegen Quittung zu übergeben, und zwar gemäß der Transportliste, wobei unbedingt ein Vergleich der Gefangenen mit ihren Fotos und der Liste vorzunehmen ist;

c) die zum Transport bestimmten Gefangenen für die Fahrt mit Lebensmitteln, dem nötigen Geschirr und mit Kerzen zur nächtlichen Beleuchtung der Waggons zu versorgen;

d) am Tag des Abtransports dem Chef der Begleitmannschaft die Waggons zu übergeben und diese am Tag ihrer Rückkehr von der Begleitmannschaft in Empfang zu nehmen, was jeweils durch Protokolle festzuhalten ist. Notwendige Reparaturen an den Waggons sind rechtzeitig in Auftrag zu geben. Für die Reparatur der Waggons hat die Wirtschaftsabteilung beim Apparat des Bevollmächtigten zu sorgen.

4. Die Verantwortung für die Bewachung der Gefangenen von ihrer Übernahme im Gefängnis bis zu ihrer Übergabe am Bestimmungsort sowie für die Einhaltung der Isolierung der Gefangenen während der Fahrt liegt bei der Begleitmannschaft der Inneren Truppen des MGB in Deutschland.

Die zur Begleitung des Transports eingeteilte Mannschaft ist verpflichtet:

a) die Gefangenen aus dem Gefängnis nach der Transportliste zu übernehmen, wobei der einzelne Gefangene mit seinem Foto zu vergleichen ist, die Gefangenen zu den Waggons zu überführen, sie entsprechend der Weisung in den Zellen der Waggons unterzubringen und die Überführung der Gefangenen an ihren Bestimmungsort zu gewährleisten;

b) die Gefangenen und ihre persönlichen Sachen in einem Raum des Gefängnisses vor ihrer Verladung in die Spezialautos zu durchsuchen und ihnen Gegenstände abzunehmen, die zu Angriffen auf die Begleitmannschaften oder zur Flucht oder zum Selbstmord des Gefangenen dienen können, die Kabinen der Spezialautos und die Zellen der Waggons vor der Unterbringung der Gefangenen sorgfältig zu überprüfen;

c) die Flucht von Gefangenen, Selbstmordversuche, absichtliche Verzögerungen seitens der Gefangenen und Angriffe auf den Transport von außen zu verhindern;

d) für jeden Waggon mit Gefangenen zu deren innerer Bewachung einen Trupp einzuteilen, der ausreicht, die Bewachung der Gefangenen und ihre ständige Beobachtung zu gewährleisten und irgendwelche Verletzungen von Bestimmungen seitens der Gefangenen während der Fahrt zu unterbinden;

e) während eines Aufenthalts Außenposten zur Bewachung der Waggon einzuteilen,

f) den Aufenthalt fremder Personen, die mit dem Transport nichts zu tun haben, in den Waggon nicht zuzulassen;

g) mit den Eisenbahnverwaltungen unterwegs das Anhängen der Waggon an Züge zu vereinbaren,

e) während der Fahrt das Essen für die Gefangenen zuzubereiten und auszugeben,

f) für Sauberkeit in den Waggon zu sorgen und diese vor Beschädigungen und Zerstörungen zu bewahren,

g) bei irgendwelchen Vorkommnissen, sei es bei der Übernahme der Gefangenen, sei es während der Fahrt oder bei der Überführung der Gefangenen aus den Waggon in das Gefängnis am Bestimmungsort, unverzüglich mit der gesamten Truppe die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und dem Truppenteil über beliebige Verbindungen sofort Meldung zu erstatten.

h) Der Kommandeur des 105. Regiments stellt zur Begleitung der Gefangenenwaggon die Wachmannschaft entsprechend der Bestellung zusammen, und zwar für einen Waggon mit Gefangenen ein Kommando von 20 Mann, für zwei Waggon 30 Mann mit Offizieren und in beiden Fällen einen Hundeführer mit Spürhund.

Chef der Abteilung „RS“ des Apparats des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland  
Oberstleutnant Kortschagin<sup>247</sup>

Kommandeur des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Oberst Alexejew

*RGWA 32933/1/68, Bl. 79-83. Original.*

**Nr. 160. Schreiben des Kommandeurs des 105. Regiments Oberst Alexejew an den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Kurenkow über den schlechten technischen Zustand von Waggon, die für den Gefangenentransport bestimmt sind. 23. März 1951**

Geheim

Ausgangsnummer 0489

An den Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland

Gen. Oberst Kurenkow

Kopie an: Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland

Gen. Generalleutnant Sladkewitsch

Mit Ausgangsnummer 01200 vom 12. September 1950 hatte ich in einem Schreiben an Sie mitgeteilt, daß Waggon, mit denen Gefangene transportiert werden sollen, für diesen Zweck nicht entsprechend eingerichtet sind und technische Defekte aufweisen, was die Flucht von Häftlingen begünstigen kann und unterwegs Schwierigkeiten bei der Fahrt bereitet.

Am 26. Februar 1951 wurde ein Transport abgefertigt, obwohl mein Stellvertreter Gen. Oberstleutnant Sekretarjew<sup>248</sup> gegenüber Gen. Oberstleutnant Kortschagin und der Gehilfe des Stabs-

<sup>247</sup> Kortschagin, Michail Nikolajewitsch (1911–1983).



chefs Hauptmann Kosenkow dem Chef des Gefängnisses Nr. 6 Hauptmann Talanow<sup>249</sup> gegenüber persönlich erklärt hatten, daß die bereitgestellten Waggonen für den Transport nicht geeignet sind und von der Eisenbahnverwaltung nicht durchgelassen werden.

Am 28. Februar 1951 mußte infolge technischer Defekte an den Waggonen ein Transport mit 24 Gefangenen vom Bahnhof Frankfurt zurückkehren, ohne daß er seine Aufgabe erfüllt hatte.

Am 22. März 1951 wurde der Zug, der wegen technischer Defekte an den Waggonen für den Gefangenentransport ausgefallen war, am Bahnhof Frankfurt aufgehalten, er wurde zur Weiterfahrt nicht zugelassen und befindet sich in der Reparatur.

Wie die genannten Fakten zeigen, sind die für den Gefangenentransport verantwortlichen Personen bestrebt, die Transporte am Ausgangsbahnhof möglichst rasch abzufertigen, ohne an die weitere Erfüllung der Aufgabe des Transports zu denken.

Defekte an den Waggonen erschweren die Organisation des Dienstes und erhöhen die dienstliche Belastung der Mannschaften.

Mit vorstehendem Bericht bitte ich Sie, die Mitarbeiter des für den Abtransport von Gefangenen zuständigen Apparats anzuweisen, künftig dem technischen Zustand der Gefangenewaggonen die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken, damit es nicht infolge von technischen Defekten an den Waggonen zu außerordentlichen Vorkommnissen kommt.

Regimentskommandeur Oberst Alexejew

*RGWA 32933/1/68, Bl. 85. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 161. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow, des Außenministers der UdSSR Wyschinski und des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Ignatjew<sup>250</sup> an Stalin über massenhafte Ausschreitungen in den Betrieben der SAG Wismut mit einem Beschlusentwurf für das Politbüro des ZK WKP(B) im Anhang. 10. September 1951**

Streng geheim

Am 16. und 17. August d. J. kam es in der Stadt Saalfeld in der Deutschen Demokratischen Republik zu Ausschreitungen, nachdem die deutsche Volkspolizei zwei Deutsche, die in eine Schlägerei verwickelt waren und die bei der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut arbeiten, festgenommen hatte. Eine Menge von 600 bis 800 Personen brach in die Räumlichkeiten der Kreispolizeiverwaltung der Stadt Saalfeld ein und befreite die beiden von der Polizei festgenommenen Arbeiter.<sup>251</sup>

Am 17. August versammelte sich vor dem Gebäude des Justizgefängnisses in Saalfeld erneut eine Menge von 2.000 Personen, die zur Zerstörung des Gefängnisses und zu Angriffen auf die

---

<sup>248</sup> Sekretarjew, Konstantin Fjodorowitsch (1919–1989), Stellvertreter und 1954–55 Kommandeur des 105. Regiments, ab 1957 leitende Tätigkeit in den Grenztruppen des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB), 1968 Generalleutnant.

<sup>249</sup> Talanow, Nikolai Alexejewitsch (1910–), Hauptmann; 1948–51 Leiter des Lichtenberger Gefängnisses.

<sup>250</sup> Ignatjew, Semjon Denissowitsch (1904–1983), 1951–53 Minister für Staatssicherheit der UdSSR.

<sup>251</sup> Vgl. dazu auch die Meldung Nr. 71/I des MGB an Molotow vom 21. Aug. 1951 über Ausschreitungen in Saalfeld, in: RGASPI 82/2/1182, Bl. 80–82. – Nach historischen Darstellungen waren am Sturm ca. dreitausend Personen beteiligt. Vgl. Lindenberg, Volkspolizei 2003, S. 56.

Polizei aufgewiegelt wurde. Durch die vom Landesvorstand der SED ergriffenen Maßnahmen gelang es, Exzesse zu verhindern.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen kamen am 16. und 17. August in den Betrieben der Wismut im Kreis Saalfeld etwa 500 Personen nicht zur Arbeit.

Ähnliche Ereignisse, nur von geringerem Ausmaß, gab es auch in anderen Kreisen Thüringens und Sachsens, in denen Betriebe der Wismut liegen. In dem Dorf Sorge (Thüringen) griff eine Menge von 250 Personen Polizisten an und befreite zwei deutsche Arbeiter, die unter dem Verdacht festgenommen worden waren, Benzin gestohlen zu haben.

Im Dorf Berga (Thüringen) gab es den Versuch, eine Demonstration unter Absingen faschistischer Lieder zu organisieren.

In Zwickau (Sachsen) organisierten antidemokratische Kräfte einen Krawall in einer Gaststätte, der mit Angriffen auf die Volkspolizei und mit Drohungen verbunden war, die Ereignisse von Saalfeld zu wiederholen.

In einer Arbeitersiedlung in Rabenberg (Sachsen) griffen am 29. August etwa 200 deutsche Bergarbeiter die Polizei an und befreiten drei festgenommene Arbeiter.

Am 31. August kam es in Objekt Nr. 8 in der Nähe von Breitenbrunn (Sachsen) zu einem einständigen Streik von 100 Arbeitern, nachdem ein sowjetischer Soldat der Wachmannschaft am Einlaßhäuschen einen betrunkenen deutschen Arbeiter festgehalten hatte.

Wie die genannten Tatsachen beweisen, handelt es sich um organisierte, vorsätzliche provokatorische Handlungen mit antidemokratischem, antisowjetischem Charakter.

Nach Mitteilung von Gen. Tschujkow hat die im Auftrag des ZK der WKP(B) von der SKK durchgeführte Untersuchung ergeben, daß die Ausschreitungen in den genannten Ortschaften Thüringens und Sachsens, die in der Nähe der amerikanischen Besatzungszone liegen, Ergebnis der Wühlätigkeit anglo-amerikanischer Agenten sind. Begünstigende Bedingungen für das Entstehen dieser Ausschreitungen waren der unbefriedigende Stand der politischen Arbeit der Partei unter der deutschen Bevölkerung in den Wismut-Gebieten und die ungenügende Überprüfung des deutschen Personals in den Betrieben der Wismut. Letzteres hatte zur Folge, daß eine große Anzahl feindlicher Elemente hier eindringen konnte.

Die Ausschreitungen beweisen auch, daß die Arbeit der Volkspolizei in Thüringen und Sachsen sowie die Arbeit der Organe der Staatssicherheit einen unbefriedigenden Stand aufweisen.

Um solche Vorkommnisse künftig zu vermeiden, haben die SED-Führung, die SKK und die Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, mit denen die politische Arbeit der Partei unter den deutschen Arbeitern der Wismut gestärkt und besser organisiert, das Regime in den Regionen der [S]AG Wismut gefestigt und die Bewachung an der Demarkationslinie zur amerikanischen Besatzungszone verstärkt werden sollen.

Zugleich bittet Gen. Tschujkow um die Erlaubnis zur Durchführung eines öffentlichen Gerichtsprozesses gegen die Schuldigen an den provokatorischen Aktivitäten in Saalfeld und anderen Orten der Wismut-Region (19 Personen wurden verhaftet) und zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Prozesses in der Presse.<sup>252</sup>

Grotewohl ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Wir unsererseits halten es aus politischen Erwägungen nicht für zweckmäßig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen öffentlichen Gerichtsprozeß durchzuführen. Zur gründlicheren Klärung der Ursachen für die Ausschreitungen in einigen Orten Thüringens und Sachsens im Tätigkeitsgebiet der Wismut sehen wir es als notwendig an, daß von der SKK zusätzliche Untersuchungen veranlaßt werden, insbesondere zur Arbeit und zum Personal der Volkspolizei im Tätigkeitsgebiet

<sup>252</sup> Vgl. Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) Nr. P83/360 vom 4. Sept. 1951 „Über die Durchführung eines öffentlichen Gerichtsprozesses in Deutschland gegen die Schuldigen an provokatorischen Aktivitäten in Saalfeld“, in: RGASPI 17/3/1090.

der Wismut, zur Praxis der lokalen deutschen Organe, auch zur Arbeit der sowjetischen Vertreter in den Betrieben der Wismut usw.

Der Entwurf des Beschlusses des ZK der WKP(B) wird beigelegt.  
Wir bitten um Kenntnisnahme.

W. Molotow  
A. Wyschinski  
S. Ignatjew

Anlage

Entwurf

Streng geheim

### **Beschluß des ZK der WKP(B)<sup>253</sup>**

1. Es ist festzustellen, daß sich die SKK (Gen. Tschujkow, Gen. Semjonow, Gen. Semitschasnow<sup>254</sup>), aber auch die Genossen Kobulow und Dawydow in letzter Zeit nicht im erforderlichen Maße mit den Fragen der politischen Arbeit und der allgemeinen Lage in der Region, in der die [S]AG Wismut tätig ist, beschäftigt haben.

Die SKK wird verpflichtet, Fragen der politischen Lage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und dafür zu sorgen, daß seitens der zuständigen sowjetischen Organe, aber auch von den lokalen politischen und administrativen Organen auf deutscher Seite die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit sich unzulässige Zwischenfälle im Tätigkeitsgebiet der [S]AG Wismut, wie sie sich im August ereignet haben, nicht wiederholen können.

2. Gen. Tschujkow wird verpflichtet, die Durchführung folgender Maßnahmen sicherzustellen:

a) zusätzliche Untersuchung der Ursachen der genannten Zwischenfälle, insbesondere eine sorgfältige Überprüfung der Arbeit und des Personals der deutschen Volkspolizei in den Kreisen, in denen es zu den provokatorischen Aktivitäten gekommen war, sowie der Arbeit der entsprechenden deutschen Machtorgane, die Einleitung – über das ZK der SED – notwendiger Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der örtlichen Machtorgane und deren Annäherung an die Bevölkerung;

b) Überprüfung der Arbeitspraxis der sowjetischen Direktion der [S]AG Wismut hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den deutschen Arbeitern und Angestellten;

c) dem ZK der WKP(B) sind in drei Monaten praktische Vorschläge zur Verbesserung der Situation in den Tätigkeitsgebieten der [S]AG Wismut vorzulegen.

3. Die Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland (Gen. Sergejew<sup>255</sup>) und die Kaderabteilung des ZK der WKP(B) für die Außenhandels- und die diplomatischen Organe (Gen. Baranenkow<sup>256</sup>) werden beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Abteilung Information der [S]AG Wismut, die für die politische Arbeit unter den deutschen Arbeitern und Angestellten

---

<sup>253</sup> Angenommen und als Beschluß in der „Sondermappe“ des Politbüros unter Nr. P83/478-op am 11. Sept. 1951 beurkundet, in: RGASPI 17/162/46.

<sup>254</sup> Semitschasnow, Iwan Fjodorowitsch (1905–), stellvertretender Minister für Außenhandel der UdSSR, 1949–53 Erster Stellvertretender Vorsitzender der SKK, danach Bevollmächtigter des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR in der DDR, ab 1954 Stellvertreter und ab 1965 Erster Stellvertreter des Ministers für Außenhandel der UdSSR.

<sup>255</sup> Sergejew, Wassili Alexejewitsch (1905–1980), stellvertretender Außenhandelsminister und dann Chef der Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland beim Ministerrat der UdSSR, ab 1949 Erster stellvertretender Vorsitzender der SKK.

<sup>256</sup> Baranenkow, Fjodor Iljitsch (1903–1961), 1950–56 Leiter der Kaderabteilung des ZK der WKP(B)/KPdSU für Außenhandels- und diplomatische Organe.

zuständig ist, durch die Entsendung qualifizierter, die deutsche Sprache beherrschender politischer Mitarbeiter zu stärken.

4. Es wird als nicht zweckmäßig betrachtet, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen öffentlichen Gerichtsprozeß zu dem Fall der Ausschreitungen in Saalfeld durchzuführen.

*Kopie wurde versandt an die Genossen Malenkow, Berija, Mikojan, Kaganowitsch, Bulganin<sup>257</sup>, Chruschtschow<sup>258</sup>.*

*Beschluß 12. Sept. [1951].*

*RGASPI 82/2/1182, Bl. 84-88. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 162. Beschreibung der Handlungen des Wachpostens beim Operativen Sektor des MGB für das Land Mecklenburg, des Soldaten Tschernow von der 8. Schützenkompanie des 83. Schützenregiments, zur Festnahme „des Residenten eines ausländischen Geheimdienstes“. 30. Oktober 1951**

Geheim

### **Beschreibung**

der Handlungen des Wachpostens für den Operativen Sektor in Schwerin (4050), des Soldaten Tschernow von der 8. Schützenkompanie des 83. Schützenregiments, zur Festnahme des Residenten eines ausländischen Geheimdienstes. 30. Oktober 1951

Karte 100.000-48

### I. Situation:

Nach Angaben des Operativen Sektors in Schwerin, die den Angehörigen der 8. Schützenkompanie zur Kenntnis gebracht worden waren, kundschaften ausländische Geheimdienste in letzter Zeit verstärkt das Einlaßregime und die Bewachung des Operativen Sektors sowie dessen Bestand an operativen Mitarbeitern aus.

Schlußfolgerung: 1. Die operative Lage verlangt von den Offizieren die sorgfältige Unterweisung der Mannschaft, die zur Bewachung des Operativen Sektors in Schwerin eingesetzt ist, sowie die Einhaltung höchster tschekistischer Wachsamkeit bei der Ausübung des Dienstes.

### II. Aufgaben des Wachpostens Nr. 3 zur Bewachung des Operativen Sektors in Schwerin:

Bei der Einweisung der Mannschaft zum Dienstantritt wurde dem Soldaten Tschernow vom Kommandeur der 8. Schützenkompanie Oberleutnant Skatschkow folgendes aufgetragen:

<sup>257</sup> Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch (1895–1975), 1917 RKP(B)/ab 1925 WKP(B), 1918–27 in der Tscheke, 1931–37 Vorsitzender des Moskauer Stadtsowjets und Ministerpräsident der RSFSR; 1941–44 Mitglied der Kriegeräte verschiedener Fronten, dann stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung und gleichzeitig Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees, ab März 1946 stellvertretender Minister für Streitkräfte, 1947–49 und 1953–55 Minister für Streitkräfte bzw. für Verteidigung, 1955–58 Ministerpräsident der UdSSR, 1958 degradiert, 1960 Ruhestand; 1934–61 Mitglied des ZK, 1946–48 Kandidat und 1948–58 Mitglied des Politbüros/Präsidiums des ZK der WKP(B)/KPdSU; 1947 Marschall der Sowjetunion.

<sup>258</sup> Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (1894–1971), ab 1939 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B), 1938–47 Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine, ab 1949 Sekretär des ZK der WKP(B), 1953–64 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und zugleich 1958–64 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR. 1964 Held der Sowjetunion.

Er hat Dienst zu tun auf Posten Nr. 3 zur Bewachung und Sicherung des Operativen Sektors an der Südostseite und hat zu verhindern, daß fremde Personen die Umzäunung überwinden und daß sich Personen oder Autos in der Nähe des Operativen Sektors ansammeln.

Er hat das nahegelegene Gelände und die benachbarten Wohnungen von Deutschen zu beobachten. Verdächtige Personen sind festzunehmen und dem Diensthabenden des Bataillons ist darüber Meldung zu erstatten.

Die gleiche Einweisung in seine Pflichten erhielt Soldat Tschernow vom Diensthabenden des Bataillons Leutnant Schulín bei der Erteilung des Kampfauftrags, bevor die Schicht ihre Posten bezog.

### III. Ablauf der Handlungen:

In Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe zur Bewachung und Sicherung des Operativen Sektors bemerkte Soldat Tschernow auf Wachposten Nr. 3 am 30. Oktober 1951 um 14.00 Uhr einen Unbekannten, der so tat, als spazierte er am Gebäude des Operativen Sektors entlang, dabei aber aufmerksam den Posten und die Besucher des Operativen Sektors beobachtete.

Das Verhalten des Unbekannten erregte bei Soldat Tschernow Verdacht. Er intensivierte die Beobachtung des Unbekannten, beschloß aber, seinen Verdacht nicht dem Diensthabenden des Bataillons zu melden, da der Unbekannte die Absicht des Postens hätte erraten und entkommen können.

Gegen 14.50 Uhr kam der Gehilfe des Diensthabenden des Bataillons Unterleutnant Buralew zur Kontrolle des Postendienstes. Diesem teilte Soldat Tschernow kurz seinen Verdacht mit, ohne dabei dem Unbekannten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Unterleutnant Buralew befahl die weitere Beobachtung und ging selbst in die Wachstube, wo er über den Wachhabenden Meldung an den Diensthabenden des Bataillons erstattete.

In der Annahme, daß niemand ihn beachte, setzte der Unbekannte seine Spaziergänge am Gebäude des Operativen Sektors fort und beobachtete die im Operativen Sektor eintreffenden Autos und die operativen Mitarbeiter.

Um 15.00 Uhr, als sich der Unbekannte in 20 Meter Entfernung vom Posten befand, forderte Soldat Tschernow ihn auf stehenzubleiben.

Der Unbekannte beschleunigte daraufhin seine Schritte und versuchte zu entkommen, doch durch das energische Vorgehen von Soldat Tschernow wurde er festgenommen.

Nach seiner Festnahme versuchte der Unbekannte, Soldat Tschernow zu überreden, ihn nach Hause zu lassen, wobei er erklärte, er wohne in der Nähe des Operativen Sektors und habe hier auf einen Bekannten gewartet, der versprochen hatte, zu ihm zu kommen.

Doch Soldat Tschernow beachtete nicht die Bitte des Festgenommenen, befahl ihm stehenzubleiben und rief den Postenführer. Nach wenigen Minuten kam der Diensthabende des Bataillons Leutnant Schulín mit zwei bewaffneten Soldaten zum Posten.

Soldat Tschernow übergab den Festgenommenen und erläuterte die Gründe der Festnahme. Leutnant Schulín übergab dann den Festgenommenen dem Diensthabenden des Operativsektors.

Im Verlauf der Ermittlungen wurde von operativen Mitarbeitern des MGB festgestellt, daß es sich bei dem Festgenommenen um einen wichtigen Residenten eines ausländischen Geheimdienstes handelte. Nach seinen Aussagen wurden weitere Agenten verhaftet.

Schlußfolgerung: Zur Festnahme des Residenten eines ausländischen Geheimdienstes trugen bei:

1. Die sorgfältige Vorbereitung und Unterweisung der Mannschaft vor Antritt ihres Dienstes.
2. Die hohe tschekistische Wachsamkeit und Umsicht, die Soldat Tschernow als Wachposten beim Operativen Sektor bewies.

Für die tschechistische Wachsamkeit, Findigkeit und Entschlossenheit bei der Festnahme des Residenten eines ausländischen Geheimdienstes erhielt Soldat Tschernow als Auszeichnung eine Uhr mit seinem eingravierten Namen und einen Kurzurlaub mit Aufenthalt in der Heimat.

Chef der Operativen Abteilung des Stabs des MGB in Deutschland  
Oberstleutnant Gurjew

*RGWA 32933/1/68, Bl. 209-211. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 163. Denkschrift des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Ignatjew an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Molotow über die unbefriedigende Sicherung der Grenze der DDR. 9. Januar 1952**

Streng geheim  
Exemplar Nr. 2

Nr. 1951/I

Ich berichte über Informationen, die vom Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland eingegangen sind und die die unbefriedigende Sicherung der Grenze/Demarkationslinie<sup>259</sup> der Deutschen Demokratischen Republik betreffen.

Die Länge der Grenze/Demarkationslinie der DDR zur See und auf dem Lande beträgt mehr als 3.000 Kilometer. Sie wird bewacht von 23 Grenzpolizeikommandos, die der Hauptverwaltung der Volkspolizei der Republik unterstehen, sowie von sowjetischen Truppen, die im grenznahen Streifen stationiert sind und deren Kommando die allgemeine Führung der Grenzkommandos vor Ort innehat<sup>260</sup>.

Die Grenze/Demarkationslinie der DDR ist äußerst aktiv in dem Sinne, daß zahlreiche Verletzungen vorkommen. So gab es vom 1. Januar bis 15. November 1951 an der Demarkationslinie der DDR 101 Fälle von Provokationen durch Grenzsoldaten westlicher Besatzungsmächte. Im gleichen Zeitraum wurden 112.708 Grenzverletzer festgenommen, davon Übertritte aus Westdeutschland in die DDR – 49.968, aus der Tschechoslowakei und Polen – 525, aus der DDR nach Westdeutschland – 61.282, in die Tschechoslowakei und nach Polen – 933. Unter den festgenommenen Grenzverletzern wurden 37 Agenten des amerikanischen und 22 Agenten des britischen Geheimdienstes enttarnt und verhaftet.

Indessen ist die Organisation des Schutzes der Grenze unbefriedigend. Viele Polizisten sind mit abgenutzten Beutewaffen ausgerüstet. In den Einheiten wird kein Übungsschießen durchgeführt, die Polizisten sind mit den Waffen nicht vertraut. Die Telefonverbindung ist an einigen Abschnitten stark verschlissen, so daß der Wachdienst nicht gewährleistet ist.

Für den Schutz der Seegrenze gibt es nicht genügend einsatzfähige Boote. Von den vorhandenen 15 Schnellbooten sind nur sieben im Patrouillendienst, die übrigen befinden sich in der Reparatur. Treibstoff wird nur für zwölf Stunden Patrouillenfahrt pro Woche ausgegeben. Die Basis für die Boote des Seegrenzkommandos „Nord-2“ ist zu weit entfernt von dem zu bewachenden Abschnitt. Nicht selten kommt es vor, daß Grenzverletzer der Verfolgung entkommen konnten.

Die Länge der Grenzabschnitte, die von einem Doppelposten zu bewachen sind, beträgt mitunter 15 Kilometer. Die Begleitung der Grenzverletzer zum Polizeikommando erfolgt durch die Streife, die die Festnahme vorgenommen hat, und ihr Grenzabschnitt bleibt in dieser Zeit völlig unbewacht.

<sup>259</sup> Vorlage: „graniza-demarkazija“.

<sup>260</sup> D. h., daß die ostdeutschen Grenzkommandos operativ dem sowjetischen Truppenkommando unterstellt waren.

Einige Polizisten erlauben sich grobe Verletzungen der dienstlichen Disziplin: eigenmächtige Entfernung von ihren Posten, Trunkenheit, Anknüpfung außerdienstlicher Beziehungen zur Bevölkerung der Grenzzone oder zur Besatzung ausländischer Schiffe.

Das Personal der Grenzpolizei ist durchsetzt mit unzuverlässigen Elementen. 2.077 Angehörige der Polizei, d.h. 15,8 Prozent des gesamten Personals, waren in britischer oder amerikanischer Gefangenschaft und haben zudem Verwandte in Westdeutschland oder es bestehen Beziehungen dorthin.

In den ersten elf Monaten des Jahres 1951 desertierten 144 Personen aus der Polizei. Im gleichen Zeitraum verhafteten die Sicherheitsorgane der DDR 39 Angehörige der Grenzpolizei, gegen 28 wird wegen des Verdachts auf faschistische Tätigkeit und Spionage für amerikanische und britische Geheimdienste ermittelt.

Die operative Betreuung der Bevölkerung des grenznahen Streifens ist unzulänglich entwickelt. Das Wissen um Grenzgänger, Inhaber illegaler Herbergen und andere verdächtige Personen ist sehr unzulänglich, die Säuberung des Grenzstreifens von feindlichen Elementen kommt nur sehr langsam voran.

Genosse Tschujkow wurde über den unbefriedigenden Zustand der Sicherung der Grenze der DDR informiert.

S. Ignatjew

*Mit Gen. Gromyko<sup>261</sup>. W. M[olotow] 24. Jan. [1952].*

*Verschickt an die Genossen Stalin, Molotow, Malenkow, Berija, Bulganin, Mikojan, Chruschtschow.*

*RGASPI 82/2/1182, Bl. 91-93. Original.*

**Nr. 164. Meldung des Stabschefs des 105. Schützenregiments Oberstleutnant Jeremjew an den Stabschef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland über die Notwendigkeit einer „Grundausstattung von Gebäuden, in denen verbrecherische Elemente bewacht werden“. 15. Mai 1952**

Geheim

Nr. 0578

Hiermit melde ich, daß wir auf Anweisung von operativen Chefs aus dem Apparat des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Posten für die Bewachung feindlicher Elemente in Gebäuden aufstellen, bei denen es sich um ein- oder zweistöckige Wohnhäuser handelt und die für eine Bewachung nicht im geringsten eingerichtet sind.

Die Zeitspanne, in der die verbrecherischen Elemente unter Bewachung gehalten werden sollen, reicht von wenigen Tagen bis zu einem Monat und mehr. Da Fenster und Türen nicht vergittert sind, keine Fernsprechanlage vorhanden ist, Außenbeleuchtungen und andere Vorrichtungen fehlen, ist eine zuverlässige Bewachung nicht im mindesten gewährleistet und eine ungestrafte Flucht nicht ausgeschlossen, zumal die zu bewachenden Gebäude von dichten Gebüsch und Obstbäumen umgeben sind.

Unsere wiederholten Forderungen nach einer grundlegenden Ausstattung einiger Gebäude für diesen Zweck wurden von den operativen Chefs nicht erfüllt.

---

<sup>261</sup> Gromyko, Andrei Andrejewitsch (1909–1989), ab 1949 Erster stellvertretender und ab 1957 Außenminister der UdSSR, 1973–88 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

Ich bitte Sie, daß Sie sich mit einem Ersuchen an den Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR in Deutschland wenden bezüglich der Frage einer Grundausrüstung von Gebäuden, in denen verbrecherische Elemente unter Bewachung untergebracht werden sollen, damit unerwünschte Folgen abgewendet werden können.

Chef des Regimentsstabs Oberstleutnant Jeremejew

Gehilfe des Stabschefs des Regiments für den Dienst Hauptmann Kosenkow

*Erbitten Sie auch die Vorstellung von 2/83 und 105. Wolkow. 16. Mai;*

*an den Chef der 1. [Abteilung]. Sie erhalten von mir eine Anweisung. 16. Mai [19]52. [Unterschrift].*

*Die Eingabe wurde abgeschickt unter Nr. 13/1-002069 vom 2. Aug. [19]52 [Unterschrift]. 4. Aug. [19]52.*

*RGWA 32925/1/194, Bl. 4. Original.*

**Nr. 165. Schreiben des Stabschefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Makarow<sup>262</sup> über die Verletzung der Vorschriften für die Bewachung von Objekten. 2. August. 1952**

Streng geheim

Nr. 13/1-002069

In Ergänzung unserer Eingabe Nr. 13/1-001074 vom 21. April 1952 zur Frage der eingeschränkten Möglichkeiten zur Bewachung des Objekts von Gen. Oberst Tschitschajew<sup>263</sup> in Potsdam teile ich mit, daß von Untereinheiten des 105. Schützenregiments in einigen Häusern in Karlshorst – Arberstraße Nr. 4, Warmbaderstraße<sup>264</sup> Nr. 100, Grafenauer Weg Nr. 43 – unter ähnlichen Bedingungen ein Sonderkontingent bewacht wird.

Hier werden ebenfalls elementare Anforderungen für die Bewachung verletzt: Die Fenster sind nicht vergittert, zwischen den Posten und den Wachstuben besteht keine Verbindung, es fehlt eine Außenbeleuchtung des Abschnitts, es gibt nicht einmal eine feste äußere Umgrenzung. Wie in Potsdam widerspricht das Regime, unter dem das Sonderkontingent in Gewahrsam gehalten wird, nicht den üblichen Normen für den Gewahrsam unter Bewachung. So verfügen die Festgehaltenen über Messer, können sich frei im Gebäude bewegen, die unvergitterten Fenster öffnen usw.

Aus den dargelegten Gründen können die Kommandeure der Untereinheiten die zuverlässige Bewachung der Objekte nicht garantieren. Ich bin deshalb gezwungen, Sie noch einmal zu bitten, ein festes, in voller Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften stehendes Regime der äußeren militärischen Bewachung herzustellen.

Wenn diese Objekte in anderer Form und mit anderen Mitteln bewacht werden sollen, dann muß die Verantwortung für ihre Bewachung den entsprechenden operativen Chefs übertragen

<sup>262</sup> Makarow, Nikolai Iwanowitsch (1905– vermutlich 1960), Chef einer Abteilung in der Zweiten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR, ab 1951 stellvertretender Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland; 1955 aus KGB und KPdSU ausgeschlossen wegen „Diskreditierung“.

<sup>263</sup> Tschitschajew, Iwan Andrejewitsch (1896–1981), Oberst; Mitarbeiter der Ersten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR, 1952 auf Dienstreise in Potsdam.

<sup>264</sup> Seit 1976 Robert-Siewert-Straße (Anm. d. Übers. R. S.).



werden, da die Kommandeure der Untereinheiten unter den gegebenen Bedingungen diese Verantwortung nicht tragen können.

Ich bitte Sie, mich über Ihre Entscheidung in Kenntnis zu setzen.

Chef des Stabs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow

*RGWA 32925/1/194, Bl. 5. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 166. Anordnung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den Kommandeur des 105. Schützenregiments über die Notwendigkeit der Bereitstellung einer zuverlässigen Bewachung für die Begleitung von Arrestanten. 31. Dezember 1952**

Streng geheim

Nr. 13/1-03604

Wie eine Kontrolle der Organisation des Begleitedienstes im Regiment ergab, ist eine zuverlässige Bewachung bei der Begleitung von Arrestanten aus dem Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR zu den Operativen Sektoren (zum Zwecke operativer Ermittlung) nicht sichergestellt.

Bei der bestehenden Ordnung erfolgt die Überführung in einem Pkw und die Überführten werden nur von einem Militärangehörigen bewacht. Falls sich unterwegs ein Unfall ereignet oder ein Schaden an dem Fahrzeug auftritt, besteht die Möglichkeit zur Flucht, auch andere Vorkommnisse sind nicht auszuschließen.

Zur Verbesserung des Begleitedienstes und zur Vermeidung einer möglichen Flucht von Arrestanten verlange ich:

1. Die Begleitung aus dem Apparat zu einem Operativen Sektor und zurück ist – in Abhängigkeit von der Wichtigkeit des Kontingents – durch eine spezielle Deckung auf einem Lkw GAS-67 abzusichern.

Dafür ist in jedem Einzelfall in Absprache mit dem operativen Chef und auf dessen Bestellung hin neben dem Begleitsoldaten, der (zusammen mit den Arrestanten) in dem Pkw fährt, eine Gruppe zur Deckung – eine verstärkte Eskorte mit einem Offizier und drei bis vier Mann – einzuteilen.

Im Bedarfsfall ist in den Begleitschutz zusätzlich ein Instrukteur aus der Diensthundeabteilung mit einem Spürhund aufzunehmen.

2. Für den Begleitedienst sind aus der Mannschaft die diszipliniertesten, körperlich am besten trainierten Militärangehörigen auszuwählen, und mit ihnen ist eine Spezialausbildung (Übung) durchzuführen.

3. Für die Gruppe zur Deckung ist vom Chef des Konvois ein Dienstältester zu ernennen und dieser ist sorgfältig einzuweisen.

Bei der Einweisung ist außer auf die Einhaltung der Artikel 127 und 128 der Dienstvorschrift auf folgendes einzugehen:

- a) Besonderheiten der Marschroute des Konvois,
- b) Reihenfolge der Fahrzeuge und die Einweisung der Fahrer,
- c) Organisation der Beobachtung der Fahrzeuge und der Verbindung zwischen ihnen, Einsatz von Leucht- und Signalraketen,
- d) Vorgehen des Diensttrupps bei Verwicklung der Fahrzeuge in Unfälle und bei anderen erzwungenen Unterbrechungen der Fahrt,

e) Ordnung der Verbindung des Konvois mit dem Regimentsstab über das öffentliche Telefonnetz und über Telefonleitungen der Garnisonen von Truppenteilen.

4. Von den im Regiment vorhandenen Fahrzeugen ist ein GAS-67 abzustellen, der ständig in Fahrbereitschaft zu halten und der nur für den direkten Einsatz bestimmt ist.

5. Der Regimentsstab hat Skizzen für die Marschrouten von Konvois zusammenzustellen und danach den Begleitdienst zu kalkulieren.

6. Über die Erfüllung dieser Anordnung ist eine strenge Kontrolle zu organisieren.

Amtierender Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow

Amtierender Chef des Stabs der Truppen Oberstleutnant Schamin

*RGWA 32925/1/194, Bl. 102-103. Beglaubigte Kopie.*



### **Teil III: Personal und Alltag**



**Nr. 167. Mitteilung des Chefs der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberstleutnant Lysanow<sup>1</sup> an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über „moralische Verkommenheit“ und Trunksucht bei Offizieren des 333. Grenzregiments. 11. Januar 1945**

Streng geheim

Nach mir vorliegenden Angaben sind einige Offiziere des 333. Grenzregiments des NKWD moralisch verkommen, sie betrinken sich regelmäßig und begehen Gesetzesverletzungen, die Verbrechen gleichkommen.

Der Chef der Politischen Abteilung Major N. vernachlässigt seine dienstlichen Pflichten, betrinkt sich, ist in den Unterabteilungen kaum zu sehen und hat bei Offizieren wie bei Mitarbeitern der Politischen Abteilung keine Autorität.

In der Nacht zum 1. Januar 1945 rief N., völlig betrunken, um 3.00 Uhr nachts die Arzthelferin des Regiments Leutnant des medizinischen Dienstes K. zu sich in die Unterkunft, versuchte sie zu vergewaltigen und zerkratzte ihr das Gesicht. Von diesem Vorfall wissen viele Offiziere.

Zum 27. Jahrestag der WTsChK-OGPU<sup>2</sup> hatte Major N. vom Regimentskommandeur den Auftrag erhalten, den Offizieren ein von der Truppenverwaltung eingegangenes Grußtelegramm zu verlesen und dieses Telegramm an die Untereinheiten weiterzuleiten. Statt diesen Befehl zu erfüllen, betrank sich N. und das Telegramm wurde nicht verlesen. In den Unterabteilungen erfuhr man auch nichts von dem Telegramm.

Der Chef der Mobilen Gruppe des Regiments Major Alexandr S. T. betrinkt sich ebenfalls regelmäßig.

Am 15. Dezember 1944 erschien er in dem Dorf Sentjaschka-1 im betrunkenen Zustand in der Wohnung des Dorfbewohners R. J., stellte zwei Rotarmisten als Wachposten auf und versuchte J.s Tochter zu vergewaltigen. Als dieser begann, seine Tochter zu verteidigen, schlug ihn T. mit der Pistole ins Gesicht und floh auf den Hof.

Am 10. Dezember 1944 versuchte T. unter Androhung von Waffengewalt die Einwohnerin Dombowskaja zu vergewaltigen, die sich aber von ihm losreißen konnte und schreiend auf die Straße lief.

Am 16. Dezember 1944 trieb T., nachdem er sich mit seinem Untergebenen Oberleutnant Sch. betrunken hatte, unter Androhung von Waffengewalt alle auf die Straße, auch die Hausherrin, diese lief zur Mobilen Gruppe und bat um Hilfe.

Am 25. Dezember 1944 kam T. im betrunkenen Zustand in die Küche und sah, daß der Koch, Rotarmist Golub, zusammen mit dem Hausherrn Selbstgebrannten trank. Daraufhin begann T. im Beisein des Polen Rotarmist Golub zu beschimpfen und versetzte ihm drei Faustschläge. Danach gab er ihm acht Tage Arrest und drohte ihm: „Wenn du dich bei irgend jemandem beschwerst, gebe ich dir noch mehr.“

In der Nacht zum 26. Dezember 1944 scharte T. seine Untergebenen Hauptmann Bunzew, Oberleutnant des medizinischen Dienstes Schischow, Leutnant [Name unleserlich] und Unterleutnant Latijew um sich und veranstaltete in der Unterkunft eines Hauptmanns der polnischen Armee ein Trinkgelage. Dabei begann er eine Rauferei und wollte den Unterleutnant verprügeln.

---

<sup>1</sup> Lysanow, Gawriil Alexandrowitsch (1905–1980).

<sup>2</sup> WTsChK, für: Wserossijskaja Tschreswytschajnaja Komissija po borbe s kontrrewoluziej, spekulaziej i sabotašchem (d.i. Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage), Bezeichnung der sowjetischen politischen Polizei von 1917 bis 1922, von 1922 bis 1934 OGPU, für: Objedinjonnoje Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije (d.i. Vereinigte staatliche politische Verwaltung).

Als Latijew das merkte, riß er sich los und lief in die Schreibstube der Mobilen Gruppe. Doch T. folgte ihm, schlug ihm ins Gesicht, zerrte ihn auf den Korridor und versetzte ihm dort solange Fußtritte, bis man die beiden trennte.

Außerdem betätigt sich T. als Selbstversorger. So entnahm er illegal einen neuen britischen Uniformmantel und Schnürschuhe für Rotarmisten aus dem Lager und setzte sie wer weiß wo ab.

Das Dargelegte teile ich mit, damit Maßnahmen ergriffen werden.

Chef der NKWD-Abwehrabteilung „Smersch“ der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberstleutnant der Staatssicherheit Lysanow

*Chef der Polit[ischen] Abteilung. Schicken Sie einen Vertreter der Polit[ischen] Abteilung, der die genannten Fälle untersucht. Simin. 11. Jan. [19]45.*

*An Wolski<sup>3</sup>. Schnellstens untersuchen, Ergebnisse schriftlich melden. Schljachtin. 12. Jan. [19]45.*

*RGWA 32925/1/535, Bl. 1 mit Rückseite. Original.*

### **Nr. 168. Meldung des Militärkommandanten von Stargard Oberst Subkow<sup>4</sup> an den Kriegsrat der 1. Belorussischen Front über eine Gruppe von Mitarbeitern der Abwehrabteilung „Smersch“ der 61. Armee, die Vergewaltigungen verübten. 22. März 1945<sup>5</sup>**

Ausgangsnummer 05

An das Mitglied des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front, über den Chef der Abteilung Militärkommandanturen beim Kriegsrat der 1. Belorussischen Front Oberst Schestakow

#### **Sondermeldung des Militärkommandanten von Stargard**

Ich melde, daß eine Gruppe von Mitarbeitern der Abwehrabteilung „Smersch“ der 61. Armee mit Hauptmann G. an der Spitze, die in einer Durchgangsstation arbeiten, sechs polnische Mädchen unter Todesdrohungen vergewaltigt hat, und zwar unter folgenden Umständen:

Am Abend des 7. März 1945 wurden sieben Mädchen, eine Russin und sechs Polinnen, aus der Unterkunft der Durchgangsstation in die Räume der Abwehrabteilung „Smersch“ zum Verhör gerufen. Unter dem Anschein eines Verhörs durch die Abwehr „Smersch“ wurden sie dort bis ein Uhr nachts festgehalten, danach nahm jeder der Mitarbeiter von „Smersch“ eins der Mädchen zu sich in seinen Schlafrum. Die Mädchen weinten und baten, sie gehen zu lassen, doch die „Smersch“-Mitarbeiter ließen sie nicht weg und nötigten sie, Wein zu trinken. Zwei der Mädchen wurden geschlagen und gebissen. Fast allen Mädchen wurden die Kleider und die Schuhe vom Leib gerissen, dabei wurde ihnen mit Erschießung gedroht und vorgeworfen: „Wir haben euer Polen befreit, und ihr wollt noch nicht dafür bezahlen“. Die sechs polnischen Mädchen wurden mißbraucht. Das siebente Mädchen, die Russin, antwortete auf die Drohung von Oberleutnant Je., er gebe ihr 15 Minuten und wenn sie sich bis dahin nicht ins Bett lege, dann werde er sie erschießen: „Dann schießen Sie doch“. Danach rief Oberleutnant Je. einen Rotarmi-

---

<sup>3</sup> Wolski, Nikolai Iwanowitsch, stellvertretender Chef der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD.

<sup>4</sup> Subkow, Konstantin Terentjewitsch, Oberst; 1945 Kreiskommandant von [Burg] Stargard (vermutlich für den Kreis Neubrandenburg), Aug. 1945–47 Kreiskommandant von Guben.

<sup>5</sup> Datiert nach dem Registrierungsdatum für eingehende Post.

sten und befahl ihm, das Mädchen abzuführen. Als der Rotarmist mit ihr auf die Straße kam, fing sie an zu schreien. Daraufhin eilte meine Streife herbei und befreite das Mädchen.

Eine Untersuchung wurde durchgeführt, das Material wurde Oberstleutnant Barinow<sup>6</sup> übergeben. Über den Fall wurde der Militäruntersuchungsrichter der 61. Armee informiert.

Militärkommandant von Stargard Garde-Oberst K. Subkow

*GARF 7317/9/24, Bl. 175. Original.*

**Nr. 169. Orientierung der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Nr. 15/2-02453 zu Erscheinungen von Prinzipienlosigkeit und Liberalismus bei der Behandlung von amoralischem Verhalten in den Truppen. 18. April 1945**

Geheim

An den Chef der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Oberst Schljachtin

Kopie an alle Chefs der Politischen Abteilungen der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes von Fronten

Auf Nr. P/00330 vom 20. März 1945

Wie der von Ihnen eingegangenen Sondermeldung sowie Befehl Nr. 47 an die NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front zu entnehmen ist, hatte sich eine Gruppe von Offizieren des 38. Grenzregiments, zu der der Chef der 2. Reservesicherungseinheit Hauptmann A., Mitglied der WKP(B), der Chef der Einsatzsicherungseinheit Leutnant B., Mitglied der WKP(B), der Zugführer der 2. Reservesicherungseinheit Unterleutnant K. und der Hauptfeldwebel der 2. Reservesicherungseinheit Sergeant S., Mitglied der WKP(B), gehörten, am 24. Februar 1945 in der Ortschaft Schloppe (Deutschland) eine empörende Verhöhnung unserer sowjetischen, durch die Rote Armee aus faschistischer Versklavung befreiten Mädchen erlaubt, indem sie die Mädchen im betrunkenen Zustand mit der Waffe bedrohten, schlugen und vergewaltigten.

An dieser empörenden Verhöhnung sowjetischer Mädchen waren die Mitglieder der WKP(B) A., B. und S. beteiligt.

Die Parteikommission bei der Politischen Abteilung des 38. Grenzregiments ging bei der Frage, was mit den Mitgliedern der WKP(B) A., B. und S. auf Parteiebene zu geschehen habe, äußerst liberal und prinzipienlos vor, indem man sich auf die Verhängung einer Parteistrafe – Rüge mit Eintragung in die Mitgliederkartei – beschränkte.

Der Sekretär der Parteikommission bei der Politischen Abteilung des 38. Grenzregiments Gen. Chischnjak stand bei der Entscheidung der Frage nach der parteilichen Einwirkung auf die Mitglieder der WKP(B) A., B. und S. nicht auf der Höhe seiner Funktion, sondern zeigte Prinzipienlosigkeit und versöhnlerisches Verhalten im Kampf gegen amoralische Erscheinungen, die sich Kommunisten zuschulde kommen ließen.

Dem Sekretär der Parteikommission bei der Politischen Abteilung des 38. Grenzregiments Gen. Chischnjak wird wegen Prinzipienlosigkeit und versöhnlerischem Verhalten im Kampf gegen amoralische Erscheinungen eine Rüge ausgesprochen.

<sup>6</sup> Oberstleutnant Barinow war Militärstaatsanwalt der 61. Armee.



Vorliegende Orientierung ist den Chefs der Politischen Abteilungen und den Sekretären der Parteikommissionen der Grenzregimenter zur Kenntnis zu geben.

Chef der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee Generalmajor Zarew<sup>7</sup>

*[Sch]apawalow. An die Chefs der Politischen Abteilungen der Regimenter und an die Sekretäre der Parteikomitees schicken. 22. Apr. [1945].*

*Von der 2. Ukrainischen Front.*

*RGWA 32925/1/291, Bl. 118. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 170. Meldung des stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR bei der 1. Ukrainischen Front Oberst Glina<sup>8</sup> an den Volkskommissar für Inneres der UdSSR Berija über ungesetzliche Handlungen des Majors L. M. K. im Dorf Martinsberg. 27. Juni 1945<sup>9</sup>**

Streng geheim

Am 9. Juni d.J. schickte der Stabschef der 1. Abteilung des 951. Artillerieregiments der 391. Schützendivision eine Gruppe von Soldaten in das Dorf Martinsberg und befahl ihnen, bei den ortsansässigen Deutschen Benzin zu beschaffen und zur Abteilung zu bringen. Nachdem sie in dem Ort kein Benzin gefunden hatten, gingen die Rotarmisten in das Haus der deutschen Dorfbewohnerin Tarta Gottwald, nahmen ihr das Grammophon und die zugehörigen Schallplatten weg und wollten damit in die Abteilung zurückfahren. Als sie aus dem Haus kamen, trafen sie auf eine 25-köpfige Gruppe von Deutschen, die sie am Abtransport des Grammophons zu hindern suchte. Zwischen den Rotarmisten und den zusammengelaufenen Deutschen kam es zum Handgemenge, in dessen Verlauf Rotarmist S. zwei Deutsche mit Pistolenschüssen verwundete. Im Ergebnis der Schlägerei wurde auch Rotarmist Frolow verwundet.

Bei ihrer Rückkehr zum Regiment erklärten die genannten Rotarmisten dem Kommando gegenüber, sie seien von Deutschen beschossen worden und dabei sei Rotarmist Frolow verwundet worden.

Daraufhin nahm der Kommandeur des 951. Artillerieregiments, Held der Sowjetunion Major K., an die 70 Mann und zwei Geschütze und fuhr zum Ort des Vorfalls. Nach der Ankunft im Dorf Martinsberg holte Major K. die gesamte männliche Bevölkerung zusammen und ohne Untersuchung vor Ort erteilte er 15 Deutschen eine Prügelstrafe und ließ zwei von ihnen öffentlich erschießen.

Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß Major K. von den Rotarmisten falsch informiert worden war. Diese hatten von einem bewaffneten Angriff auf sie von Seiten der Deutschen berichtet, doch die Tatsache des Marodierens und des Waffengebrauchs gegen die Deutschen seitens der Rotarmisten hatten sie verschwiegen.

Nr. 00263/om

Glina

*Verschickt an die Genossen Stalin, Molotow, Antonow. 27. Juni 1945. Nr. 748/b.*

*GARF 9401/2/97, Bl. 71-72. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>7</sup> Zarew, Wassili Sergejewitsch (1900–1976), Generalmajor; 1943–46 Chef der Politischen Abteilung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee.

<sup>8</sup> Glina, Ilja Iljitsch (1908–1960), Oberst; stellvertretender Chef der Abwehrabteilung „Smersch“ bei der 1. Ukrainischen Front.

<sup>9</sup> Datiert nach dem Datum des Versands.

**Nr. 171. Mitteilung des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front Generalmajor Simin an den Chef der Abteilung zur Führung der Militärkommandanturen der GSBSD Oberst Schestakow über das unwürdige Verhalten von Mitarbeitern einer Operativen Gruppe des NKWD. 29. Juni 1945**

Geheim

Nr. Sch/1-01780

Am 24. Juni 1945 kamen die Oberoperativbevollmächtigten bei der Kommandantur der Stadt Guben Oberstleutnant der Staatssicherheit Sergei I. S. und Hauptmann Illarion J. sowie der Fahrer der Kommandantur Nikolai W. S. und die Dolmetscherinnen bei der Abwehrabteilung „Smersch“ des Kreises Guben Anna I. W. und Irina R. M. in Zivilkleidung mit einem Pkw zur Militärkommandantur des Dorfes Neuzelle, um zusammen mit dem Gehilfen der Militärkommandantur von Neuzelle Garde-Leutnant T. ein Trinkgelage zu veranstalten.

Im Zustand der Trunkenheit begab sich die ganze Gruppe unter Führung des Gehilfen der Militärkommandantur Garde-Leutnant T. zu einem Mitarbeiter des Bürgermeisters von Neuzelle und verlangte von ihm die Herausgabe von Stoffen für Anzüge. Als sie eine abschlägige Antwort erhielten, eröffnete Garde-Leutnant T. das Feuer aus seiner Pistole, dabei tötete er den Mitarbeiter des Bürgermeisters und verletzte den Oberoperativbevollmächtigten der Kommandantur in Guben Hauptmann J.<sup>10</sup>

Von dem am Ort des Vorfalls eintreffenden Dienstkommando der 13. Sicherungseinheit des 127. Grenzregiments unter dem Kommando des Chefs der Einheit Leutnant Kuraschin wurde die ganze Gruppe festgenommen und der Operativen Gruppe des NKWD in Guben übergeben.

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front  
Generalmajor Simin<sup>11</sup>  
Stellvertretender Stabschef Oberstleutnant Kanewski

*RGWA 32925/1/104, Bl. 252. Beglaubigte Kopie.*

<sup>10</sup> Über diesen Vorfall machte der Kreiskommandant von Guben am 26. Juni 1945 Meldung an den Chef der Verwaltung Militärkommandanturen der GSBSD Schestakow sowie an den Militärstaatsanwalt der Garnison und der GSBSD. In der Meldung werden Einzelheiten des Vorfalls angeführt: „Die Mitarbeiter der Operativen Gruppe Oberstleutnant S. und Hauptmann J. fuhren am 24. Juni mit zwei Dolmetscherinnen nach Neuzelle, was ihnen vom Chef der Operativen Gruppe Gen. Major Chasin gestattet worden war. Als sie vom Gehilfen des Kommandanten Leutnant T. erfuhren, daß sich beim Bürgermeister Bekleidungsgegenstände – Strümpfe, Socken u.a. – befinden, die diesem vom Kommandanten von Neuzelle übergeben worden waren, begaben sie sich zusammen mit Leutnant T. ins Lager der Bürgermeisterei. Ein Mitarbeiter der Bürgermeisterei, der sich im Lager aufhielt, verweigerte den Ankommenden den Zutritt zum Lager, wobei er sich auf ein Verbot des Kommandanten berief. Infolge der kategorischen Weigerung des Mitarbeiters der Bürgermeisterei, ihnen das Lager zu öffnen, griff Leutnant T. zu seiner Waffe und schoß ohne jede Vorwarnung auf den Mitarbeiter des Bürgermeisters, den die Kugel in die Brust traf und tötete. Der zweite Schuß, den T. abgab, verletzte den Mitarbeiter der Operativen Gruppe Hauptmann J. am Fuß“. (In: GARF 7317/9/24, Bl. 615 mit Rückseite). Später, am 15. Aug. 1945, bat der Chef der Verwaltung Militärkommandanturen der SMAD Gorochow den Kreiskommandanten von Guben, „schnellstens Material zur Tötung des Mitarbeiters des Bürgermeisters und zur Verletzung von Hauptmann J. vorzulegen“ (in: ebenda, Bl. 737).

<sup>11</sup> Anstelle des gedruckten Namens Simin wurde handschriftlich der Name Antonjuk eingetragen.

**Nr. 172. Begleitschreiben des Kommandeurs der 63. Schützendivision der Inneren Truppen Oberst Ignatow an den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres der UdSSR Serow zum Bericht von Oberleutnant Domschenko über das Fehlverhalten des Chefs einer Operativen Gruppe des NKWD Oberstleutnant Surikow<sup>12</sup> mit Anlage. 2. August 1945**

Geheim

Nr. 10/1-0819

Hiermit übermittle ich den Bericht des Kommandeurs der 6. Schützenkompanie des 32. Schützenregiments Oberleutnant Domschenko.

Anlage: Text auf 2 Blatt.

Kommandeur der 63. Schützendivision der Inneren Truppen des NKWD  
Oberst Ignatow

**Anlage**

24. Juli 1945

Vom amtierenden Kommandeur der 6. Schützenkompanie des 2. Bataillons des 32. Schützenregiments Oberleutnant Domschenko

An den Kommandeur des 32. Schützenregiments der Inneren Truppen Gen. Oberstleutnant Swistunow<sup>13</sup>

Ich melde, daß ich am 23. Juli 1945 vom Kommandeur der 6. Schützenkompanie die vorhandene Ausrüstung und Mannschaft übernahm. Zu dieser Zeit bereiteten sich die Soldaten nach einer Verfügung des Chefs der Operativen Gruppe Oberstleutnant Surikow, die von Leutnant Matrossow übermittelt worden war, auf eine Eskortierung [von Gefangenen] vor. Ich und Leutnant Matrossow waren mit der Übergabe bzw. Übernahme der Ausrüstung der Kompanie und der entsprechenden Beurkundung beschäftigt. Mit der Übernahme der Inhaftierten beauftragte ich den Führer des 2. Zuges Unterleutnant Tscheklezow. Von den 71 Inhaftierten wurden bei der Übernahme von Unterleutnant Tscheklezow und dem Arzthelfer der Kompanie Unterleutnant Winogradow 25 Personen ausgesondert, die erkrankt waren oder nicht das erforderliche Alter hatten. Diese Aussonderung der Inhaftierten erfolgte deshalb, weil man im Lager oder im Gefängnis nur ein bestimmtes Kontingent aufnimmt, während die übrigen zurückgeschickt werden. Nach den in den Gefängnissen bestehenden Vorschriften werden Arrestanten ohne ein zweites Paar Unterwäsche dort nicht aufgenommen. Und in den Lagern nimmt man Inhaftierte nur dann auf, wenn jeder einzelne von ihnen über Lebensmittel für zehn Tage verfügt. Der Chef der Operativen Gruppe Oberstleutnant Surikow rief Unterleutnant Tscheklezow zu sich und befahl ihm, alle Arrestanten vorbehaltlos zu übernehmen und unverzüglich mit der Eskortierung zu beginnen. Unterleutnant Tscheklezow wiederholte den Befehl von Oberstleutnant Surikow und kam zu mir, um über folgende Situation Meldung zu erstatten:

---

<sup>12</sup> Surikow, Wassili Michailowitsch (1910–1978), Oberstleutnant; Chef der Operativen Gruppe des Bezirks Greifswald, ab Jan. 1946 stellvertretender Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD im Land Mecklenburg.

<sup>13</sup> Swistunow, Alexandr Michailowitsch.

[Versorgungsgrad] für drei Tage

ausgegeben	laut Norm erforderlich	Fehlbestand
1. Brot – 78 kg	314 kg	236
2. Unterhosen – 5 Stück	40	35
3. Unterhemden – 25 Stück	40	15

Weitere Lebensmittel wurden an die Arrestanten nicht ausgegeben. Außerdem übergab man Inhaftierte, die schon mehrmals auf Transport waren und jedesmal zurückgeschickt worden waren.

Darüber hinaus teile ich mit, daß die für den Transport vorgesehenen Arrestanten bereits drei Tage nichts zu essen bekommen hatten, so daß es unmöglich war, mit ihnen die Entfernung bis zum Gefängnis in Strelitz<sup>14</sup> in drei Tagen zurückzulegen. Bei Versorgung mit Brot und Lebensmitteln brauchte man mindestens fünf Tage, um sie zu überführen (105 Kilometer).

Nach Kenntnisnahme der Situation ging ich zum Chef der Operativen Gruppe Oberstleutnant Surikow und erstattete ihm Meldung über das oben Dargelegte.

Statt die Fragen sachlich mit mir zu beraten, schrie mich Oberstleutnant Surikow an und bedachte mich mit nicht wiederzugebenden Äußerungen. Er befahl mir, unverzüglich alle für den Abtransport vorgesehenen Arrestanten zu übernehmen und sofort mit dem Abmarsch zu beginnen. Ich widersprach und sagte, daß ich den Transport erst dann übernehmen werde, wenn die Inhaftierten wenigstens mit einem Minimum an notwendigen Lebensmitteln und Unterwäsche versorgt sind, und daß ich die 25 bei der Übernahme aussortierten Arrestanten in den Transport zwar aufnehmen werde, daß ich aber darum bitte, für deren Übergabe einen Mitarbeiter der Operativen Gruppe mitzuschicken.

Darauf antwortete der Oberstleutnant lautstark: „Du bist ein Gauner und Halunke“, „ich gebe dir fünf Tage Arrest, leg sofort die Waffe ab, ich werde Sie ins Gefängnis bringen“. Ich weigerte mich, die Waffe abzulegen, und erklärte kategorisch, daß ich sie nicht ablegen werde. Daraufhin packte mich Oberstleutnant Surikow an der Brust, begann zu zerren und wollte mich gewaltsam entwaffnen, doch ich gab nicht nach und reagierte nicht auf seine Schläge. Als Oberstleutnant Surikow handgreiflich wurde, bat ich ihn, das zu unterlassen. Da er sah, daß er allein mit mir nicht fertig wurde, befahl Oberstleutnant Surikow vier Offizieren der Operativen Gruppe, die sich gerade im Dienstzimmer aufhielten, mich zu entwaffnen.

Hauptmann Betcher, Oberleutnant Krut und zwei weitere Offiziere (deren Namen ich nicht kenne) näherten sich uns mit dem Ziel, mich zu entwaffnen. Daraufhin riß ich meine rechte Hand von Oberstleutnant Surikow los und gab damit ein Zeichen. Ich befahl den Offizieren, daß sie mir nicht zu nahe kommen sollen, erstens weil ich kein Krimineller bin, zweitens weil ich nicht betrunken bin und drittens weil ich nicht verrückt bin und deshalb niemandem meine Waffe geben werde und mir sie gewaltsam nicht abnehmen lasse. Die Offiziere der Operativen Gruppe begriffen sehr gut die entstandene Lage und hielten deshalb ein.

Daraufhin befahl Oberstleutnant Surikow erneut seinen Untergebenen, mich zu entwaffnen, doch die Offiziere der Operativen Gruppe unterließen es wiederum, den Befehl auszuführen, vielmehr blieben sie stehen und sahen zu, wie sich die Ereignisse entwickeln würden.

Oberstleutnant Surikow ließ nicht von mir ab, sondern zerrte mich an der Brust und drängte mich in die Ecke des Dienstzimmers, wo er mich an der Gurgel packte.

Mit einem heftigen Ruck befreite ich meinen Kopf aus Oberstleutnant Surikows Händen, ging rasch zwei Schritte zur Seite, nahm einen Stuhl und stellte ihn zwischen mich und den Oberstleutnant, wobei ich sagte: Wenn Sie handgreiflich gegen mich werden, dann kann das nicht gut gehen. Als Oberstleutnant Surikow seine Hilflosigkeit sah, schrie er mich an: „Mach, daß du fortkommst“... usw.

<sup>14</sup> Vermutlich ist die Stadt Neustrelitz gemeint (Anm. d. Übers. R. S.).

Wie er mich nannte, womit er mich beschimpfte, muß ich wohl nicht beschreiben. Zeugen dieser Szene waren: Hauptmann Betcher, Oberleutnant Krut, der Führer des 2. Zuges der 6. Kompanie Unterleutnant Tscheklezow und noch zwei Offiziere der Operativen Gruppe, deren Namen ich nicht kenne.

Während der ganzen Auseinandersetzung sagte ich nicht ein beleidigendes Wort zu den Anwesenden, auch nicht zu Oberstleutnant Surikow.

Mein korrektes Verhalten können die Mitarbeiter der Operativen Gruppe bezeugen, die zu dieser Zeit im Dienstzimmer anwesend waren.

Wenn ich Ihnen das Vorgefallene darlege, so weiß ich doch sehr gut und kenne es aus der Vergangenheit, daß das Verhalten von Oberstleutnant Surikow für ihn natürlich keine Konsequenzen haben wird. Mitarbeiter von Operativen Gruppen haben schon manchmal Soldaten oder Offiziere unserer Truppen verprügelt, was für sie immer straflos ausging. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie dringend, mich an meine frühere Dienststelle zurückzusetzen. Wenn ich weiterhin Oberstleutnant Surikow unterstellt bleibe, kann ich mich für mein Verhalten nicht verbürgen.

Hinsichtlich des Abtransports der Arrestanten bitte ich, eine Anweisung zu erteilen oder eine Instruktion zu geben, die Aussagen zur Versorgung der zu überführenden Arrestanten und ihres Kontingents enthält.

Da wir in der Kompanie nicht über Beutewäsche und zusätzliche Lebensmittel verfügen, bin ich nicht imstande, die Inhaftierten zu versorgen. Mich unterwegs bei der Überführung mit Raub abzugeben, worauf der Chef der Operativen Gruppe Oberstleutnant Surikow baut, weigere ich mich.

Amtierender Chef der 6. Schützenkompanie des 32. Schützenregiments  
Oberleutnant Domschenko

*RGWA 38686/1/22, Bl. 120-123. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 173. Aus einer Meldung des Chefs der Verwaltung der Militärkommandantur des Bezirks Magdeburg Oberst Lipatschew<sup>15</sup> an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMA der Provinz Sachsen über außerordentliche Vorkommnisse. 28. August 1945**

Geheim

Nr. 0209

[...]<sup>16</sup>

7. Kreis Calbe

Auf dem Territorium des Kreises Calbe arbeiten zwei Operative Gruppen, die sich an ihrem Aufenthalts- und Arbeitsort den Militärkommandanten nicht vorstellten. Die genannten Operativen Gruppen gehören zum 157. Grenzregiment der NKWD-Truppen.

---

<sup>15</sup> Lipatschew, Pjotr Iwanowitsch (auch: Pjotr Pawlowitsch) (1904–1957), Oberst; 1929 WKP(B); ab 1926 in der Roten Armee, im Krieg zuletzt Kommandeur des 848. Schützenregiments der 267. Schützendivision der 51. Armee, Juli 1945 Bezirkskommandant von Magdeburg, Juli/Okt. 1945–Aug. 1946 Stadtkommandant von Magdeburg; Aug. 1946–Juli/Aug. 1947 Kreiskommandant des Saalkreises (Bezirk Merseburg). 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>16</sup> Weggelassen wurden Meldungen über Vorfälle in den Kreisen Burg, Osterburg, Quedlinburg u. a.

Die in Schönebeck befindliche Operative Gruppe unter dem Kommando von Leutnant Kulijan verhält sich äußerst fleghaft.

Am 22. August 1945 erschien eine Gruppe von Soldaten und Offizieren mit Leutnant Kulijan an der Spitze im betrunkenen Zustand beim Diensthabenden der Kommandantur und verlangten von ihm ein Auto. Der Diensthabende verwies sie an den Kommandanten, doch sie gingen nicht zu ihm, sondern erschienen in der Wachstube und versuchten dort, den Posten wegzuschicken und sich ein Auto zu nehmen.

Ein anderer Offizier, Leutnant Krupin, erschien bei der Polizei des Ortes, nahm sich mit Waffengewalt ein Auto und wollte es wegfahren, doch es hatte kein Benzin [im Tank].

Als er im betrunkenen Zustand zur Wachstube kam, ließ er seine Pistole fallen und ein Schuß löste sich.

Ohne den Gehilfen des Kommandanten Major Lobanow zu bemerken, sagte Leutnant Krupin, daß bald der Chef der Grenztruppen in die Stadt kommen und die Mitarbeiter der Kommandantur zwingen werde, zu Kreuze zu kriechen.

Tagsüber hatte Leutnant Kulijan ohne jede Grundlage einem deutschen Staatsbürger das Auto weggenommen.

In der Nacht vom 23. zum 24. August 1945 nahm eine Gruppe – ebenfalls unter Leitung von Leutnant Krupin – eine Deutsche fest, die ganze Gruppe war betrunken. Nach der Festnahme begannen sie, die vorhandenen Sachen zu besichtigen, wobei eine Dolmetscherin der Operativen Gruppe die Tochter der Festgenommenen schlug.

Am 23. August 1945 nahm sich Leutnant Krupin in einem Geschäft ohne zu bezahlen Lebensmittel, die für die deutsche Bevölkerung bestimmt waren. Eine Arbeitsgruppe des 157. Grenzregiments mit Leutnant Schkile, Unterleutnant Bereschnoi, Leutnant Nowik und einem Rotarmisten des 1. Bataillons dieses Regiments trieben sich in Calbe in Bierkneipen herum, fuhren mit Fahrrädern herum usw.

In der Nacht vom 23. zum 24. August 1945 wurde der Polizeichef Hammermann in die Operative Gruppe gerufen und festgenommen. Danach verlud die Operative Gruppe Polstermöbel, die der Militärkommandantur gehörten. Der Polizeichef wurde bis zum Morgen des 24. August 1945 im Keller festgehalten.

Zur Ergreifung von Maßnahmen wurde das Material an die Abwehrabteilung „Smersch“ geschickt.

Chef der Verwaltung und Militärkommandant des Bezirks Magdeburg

Held der Sowjetunion Oberst Lipatschew

*GARF 7133/1/115, Bl. 87-88. Original.*

#### **Nr. 174. Bericht des Militärkommandanten von Rudolstadt Oberstleutnant Lebedew<sup>17</sup> an den Chef der SMA Thüringen über die ungesetzliche Entnahme von Vieh bei inhaftierten Deutschen durch die Operative Gruppe des NKWD. 4. September 1945**

Geheim

Ich melde, daß am 4. September 1945, 23.00 Uhr von einer Streife der Kommandantur vier Fuhrwerke festgehalten wurden, die mit Getreide und Kartoffeln beladen waren. Außerdem waren

<sup>17</sup> Lebedew, Pjotr Maximowitsch (1898–), Oberstleutnant; 1920 WKP(B), im Krieg zuletzt Kommandeur des 1374. Schützenregiments der 416. Schützendivision. Nov. 1945–Apr. 1947 Kreiskommandant von Rudolstadt (Bezirk Gera), ab Apr. 1947 Stadtkommandant von Jena-Stadt (Bezirk Gera).

an die Fuhrwerke acht Kühe angebunden. Der Transport wurde von zwei Rotarmisten, Issak Ubaitulajew und Lukaschenko, begleitet.

Die festgenommenen Rotarmisten gaben an, daß sie das Getreide und die Kühe auf Befehl des Chefs der Operativen Gruppe Schtscherbakow<sup>18</sup> aus dem Dorf Engerda vom Hof des inhaftierten Nazis Dietz geholt haben.

Am 27. August 1945 wurden in Dorndorf auf dem Hof von Klaiser (einem inhaftierten Nazi) auf Befehl des Chefs der Operativgruppe Hauptmann Schtscherbakow eine Kuh und ein Schwein geschlachtet.

Eine Bestandsaufnahme für den Hof (Vieh, Getreide) wurde nicht angefertigt, für den Bürgermeister wurde ein Zettel voller Fehler geschrieben, dem zufolge ihm die Wirtschaft des inhaftierten Klaiser zur Betreuung übergeben wird.

Am 1. September 1945 hatten sich Rotarmisten, die bei Schtscherbakows Gruppe Dienst tun, acht Schweine beschafft, deren Herkunft unbekannt ist.

Am 3. September 1945 brachten Rotarmisten, die bei Schtscherbakows Gruppe Dienst tun, von einem unbekannten Ort vier Kälber auf einem Auto an.

Bei der Verhaftung von Nazis wird für deren Wirtschaft (Getreide, Vieh), die der Beschlagnahme unterliegt, kein Bestandsverzeichnis angefertigt, sondern derjenige, der die Verhaftung vornimmt, schreibt dem Bürgermeister eine Notiz, daß dieser die Betreuung der Wirtschaft des Verhafteten übernehmen soll. Doch dem Kommandanten [des Ortes] wird nicht mitgeteilt, daß eine Wirtschaft herrenlos geworden ist.

Diese Praxis kann meiner Meinung nach dazu führen, daß die der Konfiskation unterliegende Wirtschaft (Vieh, Getreide) durch ebendiese Bürgermeister ausgeraubt wird, und die teilweise Entnahme von Vieh und Getreide aus den beschlagnahmten Wirtschaften kann bei einzelnen Mitarbeitern der Gruppe [moralische] Zersetzung bewirken.

Kommandant Garde-Oberstleutnant P. Lebedew

*Kopie über Dolinski an Beschanow senden. 5. Sept. [19]45. Iw[an] Kol[esnitschenko].*

*GARF 7184/1/92, Bl. 34 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 175. Meldung des Chefs der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD  
Generalmajor Gorochow an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD  
Generaloberst Serow über ungesetzliche Handlungen des Chefs der  
Operativen Gruppe des NKWD des Kreises Nordhausen Hauptmann  
Frolow<sup>19</sup>. 12. September 1945**

Geheim

Nr. 1/04739

Am 20. August 1945 beschlagnahmte der Vertreter des NKGB<sup>20</sup> für den Kreis Nordhausen (Bezirk Erfurt, Land Thüringen) Hauptmann Frolow bei der Deutschen Fohlraut ohne gesetzliche Grundlage 900 Meter Stoff.

---

<sup>18</sup> Schtscherbakow, Flegont Iwanowitsch (1900–1965), Oberstleutnant; Chef der Operativen Gruppe des NKWD des Kreises Kyritz.

<sup>19</sup> Frolow, Wassili Arsentjewitsch, Hauptmann; Chef der Operativen Gruppe des NKWD des Kreises Nordhausen.

<sup>20</sup> So im Text des Dokuments. In Wirklichkeit geht es um den Chef der Operativgruppe des NKWD Hauptmann Wassili Arsentjewitsch Frolow.

Wie bei der Untersuchung festgestellt wurde, waren auf Befehl von Hauptmann Frolow zwei Offiziere und zwei Soldaten mit einem Auto zu der Deutschen Fohlraut gekommen und hatten von ihr die Herausgabe von Stoff verlangt. Die Deutsche weigerte sich, dieser Forderung nachzukommen, und wollte den Militärkommandanten informieren. Letzteres wurde ihr nicht gestattet, man schloß sie in ein anderes Zimmer ein, entnahm eigenhändig den Stoff und fuhr davon.

Der Militärkommandant des Kreises Nordhausen Oberstleutnant Krawtschenko<sup>21</sup> verlangte von Hauptmann Frolow eine Erklärung für die ungesetzliche Beschlagnahme des Stoffes. Dieser antwortete, er habe dazu ein Recht und weigerte sich, die Namen der Offiziere und Soldaten zu nennen, die an dem Raub beteiligt waren.

Das Material über die ungesetzliche Entnahme des Stoffes wurde der Abwehrabteilung „Smersch“ des Kreises Nordhausen übergeben.

Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD  
Garde-Generalmajor Gorochow<sup>22</sup>

*GARF 7317/9/21, Bl. 225. Kopie.*

**Nr. 176. Denkschrift des Chefs der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow an den stellvertretenden Obersten Chef der SMAD Generaloberst Serow über die Ergebnisse einer Untersuchung, die durch eine Meldung über unkorrektes Verhalten des Militärkommandanten von Blankenburg ausgelöst wurde. 21. September 1945**

Geheim

Nr. 23581

Bei einer vor Ort durchgeführten Untersuchung zur Frage des unkorrekten Verhaltens des Militärkommandanten der Stadt Blankenburg gegenüber einer Gruppe von Grenzsoldaten der 13. Sicherungseinheit des 157. Grenzkommandos wurde folgendes festgestellt:

Am 17. August d.J. war eine Gruppe von sechs Soldaten der 13. Sicherungseinheit des 157. Grenzkommandos in einem Auto nach Blankenburg gekommen und begann selbständig, ohne Benachrichtigung und ohne Erlaubnis des Militärkommandanten ihr Auto mit Möbeln aus der Wohnung eines Deutschen zu beladen.

Dieser Vorgang wurde dem diensthabenden Gehilfen des Militärkommandanten von Blankenburg vom Bürgermeister der Stadt telefonisch gemeldet. Der Diensthabende der Kommandantur Hauptmann Kalinkin fuhr unverzüglich zum Ort des Geschehens und verlangte von der Gruppe der Soldaten, die Dienstaussweise und die Erlaubnis zur Entnahme von Möbeln bei Privatpersonen zu sehen.

Die gesamte Gruppe weigerte sich kategorisch, irgendwelche Dokumente und Genehmigungen vorzuweisen. Daraufhin wurde die Gruppe zwecks weiterer Klärung zur Kommandantur gebracht.

Auf die Frage des Militärkommandanten Oberstleutnant Grobtschak<sup>23</sup> an den Dienstältesten der Gruppe Wiktor Petrowitsch Petropawlowski: „Warum handeln Sie ohne Benachrichtigung

<sup>21</sup> Krawtschenko, Andrei Iljitsch (1912–1976), Oberstleutnant; 1944 WKP(B), im Krieg zuletzt Regimentskommandeur, ab Okt. 1945 Stadt- und Kreiskommandant von Nordhausen. 1945 Held der Sowjetunion.

<sup>22</sup> Der Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Gorochow war bereits mit Meldung Nr. 073 vom 6. Sept. 1945 vom Chef der Abwehrabteilung „Smersch“ der SMA Thüringen über die Handlungen Frolows informiert worden (in: GARF 7184/1/92, Bl. 142-143).

<sup>23</sup> Grobtschak (auch: Grabtschak), Dmitri Wlassowitsch (1903–), Oberstleutnant; 1930 WKP(B). Bis Okt 1945 Kreiskommandant von Schwerin/Mecklenburg, ab Okt. 1945 Kreiskommandant von Blankenburg/Sachsen-



der Kommandantur?“ antwortete dieser: „Wir sind Ihnen nicht unterstellt und werden uns von Ihnen nicht befragen lassen, auch werden wir Ihnen keine Rechenschaft geben. Was ich tun wollte, werden Sie nicht erfahren.“ Daraufhin gab der Militärkommandant die Weisung an den Diensthabenden, alle bis zur weiteren Klärung festzuhalten und einen von ihnen zu ihrem Truppenteil zu schicken, damit der Kommandeur ihrer Einheit zur Kommandantur komme.

Als er diese Weisung hörte, gab einer der Sergeanten das Kommando „Waffen gefechtsbereit!“, und die ganze Gruppe der Grenzsoldaten versuchte, mit gezogener Waffe die Kommandantur zu verlassen. Durch entsprechende Maßnahmen wurden sie jedoch festgehalten, entwaffnet und bis zum Eintreffen des Kommandeurs ihrer Einheit im Empfangsraum der Kommandantur festgesetzt.

Nach drei bis vier Stunden traf Hauptmann Tibenin<sup>24</sup> in der Kommandantur ein. Er bezeichnete sich als Kommandeur des Grenzkommandos, doch er wies ebenfalls keinerlei Dokumente vor, die seine Identität und Dienststellung hätten beglaubigen können. Er erklärte, er habe den Auftrag, Möbel ausfindig zu machen, die den Niederlanden gehören und in diese Stadt verbracht worden seien, und überhaupt alles Eigentum von Faschisten zu beschlagnahmen und einzuziehen.

Im weiteren erklärte Hauptmann Tibekin, die Gruppe der Grenzsoldaten habe den Auftrag gehabt, die Möbel des inhaftierten deutschen Faschisten Speis zu konfiszieren. Daraufhin wurde die genannte Gruppe der Grenzsoldaten vom Militärkommandanten freigelassen.

Wie sich aus dem Untersuchungsmaterial ergibt, war das Verhalten des Militärkommandanten der Stadt Blankenburg Oberstleutnant Grobtschak völlig legitim und korrekt, Grobheiten und Gesetzlosigkeiten von Seiten der Mitarbeiter der Kommandantur hat es nicht gegeben.

Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMA[D]  
Garde-Generalmajor Gorochow

*An Simin. Bereiten Sie einen Befehl vor. I. Serow. 21. Sept. [Entwurf eines] Befehl[s] vorbereitet. Simin. 24. Sept.*

*Gen. Bolschakow. Zum 25. Sept. den Entwurf eines Befehls zur Unterschrift durch den stellvertretenden Volkskommissar vorbereiten und vorlegen. [Unterschrift]. 24. Sept. Ausgeführt. A. Bolschakow. 12. Okt.*

*[Auf dem zweiten Blatt mit Bleistift:] Tibekin – Chef der Operativen Gruppe, Petropawlowski sein Gehilfe.<sup>25</sup>*

*RGWA 32925/1/104, Bl. 323-324. Original.*

---

Anhalt, ab Apr. 1946 Kreiskommandant von Gardelegen/Sachsen-Anhalt, Feb. 1947–Jan. 1948 Kreiskommandant von Bernburg.

<sup>24</sup> So im Text des Dokumentes, richtig ist „Tibekin“.

<sup>25</sup> Vgl. Dokument Nr. 178.

**Nr. 177. Meldung des Militärkommandanten der Stadt Freiberg Oberstleutnant Koschmjak<sup>26</sup> an das Mitglied des Kriegsrates der SMAD Generalleutnant Bokow über ungesetzliche Handlungen der Operativen Gruppe des NKWD. 24. September 1945**

Geheim

Nr. 0198

An das Mitglied des Kriegsrates der SMAD Gen. Generalleutnant Bokow  
Kopie an Chef der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung für das Land Sachsen Oberst Sjablow<sup>27</sup>

In der Stadt Freiberg, Land Sachsen, arbeitet eine Operative Gruppe des NKWD. Diese Gruppe ist Oberstleutnant Wolkowysski<sup>28</sup> unterstellt, der seinen Sitz in Dresden hat. Das Verhalten und die Handlungen der Offiziere dieser Gruppe sind in vielen Fällen ungesetzlich, unbegründet und diskreditieren in den Augen der deutschen Bevölkerung unsere Aufklärungsorgane und die Rote Armee. Hier die Fakten:

In der Kommandantur ging die Meldung ein, daß sowjetische Offiziere alle Enten und Schwäne, die auf dem Teich im Stadtzentrum schwammen, erschossen haben. Wie wir feststellen konnten, hatten sich Offiziere aus der Operativen Gruppe diesen Streich erlaubt.

Im August kam zu meinem Stellvertreter für politische Fragen der Dolmetscher aus der Verkaufsstelle für Offiziere und teilte mit, daß ein Verkäufer zu Tschugunkin in die GPU<sup>29</sup> vorgeladen worden sei. Auf die Frage nach dem Grund der Vorladung sagte der Dolmetscher, der Verkäufer habe einem Offizier keinen Wodka ohne Talon gegeben. Als wir das dem Chef der Operativen Gruppe Hauptmann Tschugunkin mitteilten, sagte dieser, das sei ein Streich seines Stellvertreters gewesen, und ließ übermitteln, daß der Verkäufer nicht zu erscheinen habe.

Am 10. September 1945 gegen 19.00 Uhr kam ein Junge (ein Deutscher) zum Wachposten, der in der Nähe des Haupteingangs zur Kommandantur stand, und übergab ein Päckchen. Auf dem Umschlag stand: „An den Militärkommandanten der Stadt Dresden“. Der Posten übergab das Päckchen dem diensthabenden Gehilfen des Militärkommandanten Unterleutnant Kolzow. Dieser öffnete das Päckchen und sah, daß es vier Dokumente auf den Namen von Leutnant Jasykow enthielt, der in der Kreiskommandantur Dresden arbeitet. Im einzelnen handelte es sich um den Dienstausweis, einen Passierschein für Dresden, eine Bescheinigung, daß Jasykow bei der Kommandantur Nr. 6 arbeitet und eine Bescheinigung über Auszeichnungen. Mein Stellvertreter für politische Fragen setzte sich unverzüglich telefonisch mit dem Kommandanten des 6. Stadtbezirks in Verbindung und benachrichtigte ihn über die Dokumente. Der Kommandant kam

<sup>26</sup> Koschmjak, Georgi Danilowitsch (1909–1987), Oberstleutnant; 1943 WKP(B); im Krieg zuletzt Divisionsstabschef. Apr. 1945–Dez. 1946 Kreiskommandant Freiberg/Sachsen, Dez. 1946–Jan./Nov. 1947 Kreiskommandant von Osthavelland. Ab Feb. 1948 Dozent in Kiew, bis 1961 in der Armee. 1943 Held der Sowjetunion.

<sup>27</sup> Sjablow, Michail Iwanowitsch (1907–), Oberst; 1928 WKP(B), ab 1929 Parteifunktionär in der Roten Armee, 1933 Absolvent der Kommunistischen Universität Charkow und 1939 (im Fernstudium) der Militärpolitischen Lenin-Akademie. 1945–1949 Stellvertreter für politische Fragen der SMA Sachsen, 1945–49 Chef des/der politischen Sektors/Abteilung der SMA Sachsen. Ab 1950 Schulung, 1951–57 politischer Offizier, danach Oberingenieur.

<sup>28</sup> Wolkowysski, Wilgelm Arnoldowitsch (1905–1971), Oberstleutnant; Chef der Operativen Gruppe des NKWD des Bezirks Dresden.

<sup>29</sup> GPU für: Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije (d.i. Staatliche Politische Verwaltung), Bezeichnung für die sowjetische politische Polizei von 1922 bis 1934. In der Umgangssprache wurde das Kürzel „GPU“ in der ostdeutschen Bevölkerung auf die sowjetische politische Polizei angewandt und auch ironisch als „Grotewohl-Pieck-Ulbricht“ interpretiert.

nach Freiberg und berichtete folgendes: Leutnant Jasykow, der in dienstlichen Angelegenheiten durch Dresden gefahren war, traf unterwegs auf eine Gruppe von Rotarmisten mit grünen Schirmmützen, an deren Spitze ein Offizier stand. Jasykows Auto wurde angehalten. Man verlangte von ihm die Dokumente zur Kontrolle. Danach forderten sie ihn auf, nach Hause zu gehen, die Dokumente und das Auto würden sie, wie sie sagten, einziehen. Nach Jasykows Worten begann er zu protestieren, doch man versetzte ihm einige Schläge, dann nahm die Gruppe das Auto und fuhr davon. Es gelang uns festzustellen, daß es sich [bei dem Offizier] um Oberleutnant Danilenko von der Operativen Gruppe handelte. Er war es auch, der die Dokumente durch den deutschen Jungen zur Kommandantur bringen ließ. Jasykows Auto wurde in der Garage der Operativen Gruppe gefunden. Das Verhalten von Oberleutnant Danilenko und seinen Untergebenen muß man als eine Erscheinung von Banditentum betrachten.

Am 12. September 1945 teilte die Polizei mit, daß in der Stadt Saida ein russischer Hauptmann 17 Sack Zucker, zwei Sack Weizenmehl, zwei Sack Kartoffelmehl und 10.000 Mark an sich genommen hatte. Wie sich herausstellte, handelte es sich um den Stellvertreter Tschugunkins. Der Zucker und das Mehl waren Eigentum der Stadt, sie sollten in Form von Lebensmittelrationen an die Bevölkerung ausgegeben werden.

Am 17. September 1945 rief man von der städtischen Polizei in der Kommandantur an und teilte mit, daß ein betrunkenener sowjetischer Offizier zu ihnen gekommen sei und ein Fahrrad entwendet habe. Der diensthabende Gehilfe des Militärkommandanten Unterleutnant Wideman fuhr hin und stellte fest, daß Oberleutnant M. von der Operativen Gruppe sich diesen Streich erlaubt hatte.

Am 20. September 1945 wurde der Kommandantur eine Pistole – TT Nr. KO 2476, Herstellungsjahr 1943 – zusammen mit einer Fotografie zugestellt. Mit Hilfe der Fotografie konnte festgestellt werden, daß die Pistole Oberleutnant M. gehörte. Er hatte sie verloren, als er betrunken war. Über diesen M. kann man zwei Worte sagen: ein Trunkenbold und Krawallmacher, der sich überhaupt nicht mit seiner Arbeit befaßt. Er ist oft betrunken zu sehen, sowohl tagsüber als auch nachts.

Vom Chef der Kreispolizei gingen mehrere Anzeigen ein, daß die Mitarbeiter der Operativen Gruppe bei der Festnahme von Deutschen in der Regel Vieh für die eigene Versorgung entnehmen.

Am 4. September 1945 kam in das Dorf Haselbach (Kreis Marienberg) ein Lkw mit zwei Rotarmisten und zwei Zivilisten. Sie gingen zu Bauer Brodauf und erklärten, daß sie mit Befehl des Kreispolizeichefs bevollmächtigt sind, eine Haussuchung vorzunehmen. Bei der Haussuchung beschlagnahmten sie: zwei Kälber, acht Pfund Speck, zwei Paar Stiefel, zwei Damenmäntel, zwei Kleider, ein Kinderkleid, einen Pullover, ein Motorrad und ein Fahrrad sowie 150 Mark. Wie sich nachträglich herausstellte, waren diese Leute mit dem Lkw von der Operativen Gruppe des NKWD geschickt worden. Bei dieser Aktion war ein Franzose beteiligt, der trotz mehrfacher Aufforderungen, Freiberg zu verlassen, von Hauptmann Tschugunkin zurückgehalten wird, um von diesem für solcherart Aufgaben eingesetzt zu werden.

In der Operativen Gruppe arbeiten einige Soldaten und Kommandeure, die wegen Trunkenheit, moralischer Haltlosigkeit und Undiszipliniertheit aus der Kommandantur abberufen wurden. Und Tschugunkin sammelte sie um sich.

Dies ist bei weitem keine vollständige Aufzählung der Verfehlungen, die sich die NKWD-Operativgruppe erlaubte. Über die meisten davon wurde bereits im Bezirk Bericht erstattet, doch bis jetzt wurden keine Maßnahmen ergriffen. Unsererseits sind wir der Ansicht, daß sich die Operative Gruppe in ihrer Arbeit in Freiberg kompromittiert hat. Es wäre zweckmäßig, die Situation dort grundlegend zu bereinigen und die vorhandenen durch neue Leute zu ersetzen.

Militärkommandant von Freiberg

Held der Sowjetunion Garde-Oberstleutnant Koschmjak

Stellvertreter des Militärkommandanten für politische Fragen Oberstleutnant Koschelew

*An Gen. Generalmajor Klepow. Zu Ihrer Entscheidung. Chef der Politischen Abteilung der SMA Garde-Oberst Sjablow. 28. Sept. [19]45.  
Ausgeführt mit Ausgangsnummer 0114.  
GARF 7212/1/57, Bl. 162-163. Original.*

**Nr. 178. Befehl des Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR in Deutschland  
„Über die Erteilung einer Disziplinarstrafe für den Gehilfen des Chefs der  
Operativen Gruppe des NKWD von Halberstadt Petropawlowski“. Potsdam,  
10. Oktober 1945**

Am 17. August 1945 kamen der Gehilfe des Chefs der Operativen Gruppe von Halberstadt (Provinz Sachsen) Petropawlowski und der Mitarbeiter dieser Gruppe Leutnant Wyswanny mit vier Mann von der 13. Sicherungseinheit des 157. Grenzregiments nach Blankenburg, um eine Operation durchzuführen. Ohne sich mit dem Militärkommandanten der Stadt in Verbindung zu setzen und ihn über die Ziele des Aufenthalts zu informieren, machte sich Petropawlowski daran, bei dem inhaftierten deutschen Faschisten Speis eine Haussuchung vorzunehmen und Möbel zu beschlagnahmen.

Als der Diensthabende der Kommandantur Hauptmann Kalinkin zum Ort der Operation kam, um den Grund für die Beschlagnahme der Möbel zu erfahren, weigerte sich Petropawlowski, die Dienstausweise und die Genehmigung für die Beschlagnahme der Möbel vorzuweisen; infolgedessen wurde er zusammen mit dem Trupp festgenommen und zur weiteren Klärung zur Kommandantur gebracht.

Auf der Kommandantur weigerte sich Petropawlowski abermals, die Dokumente vorzuweisen, erlaubte sich Taktlosigkeiten gegenüber dem Militärkommandanten Oberstleutnant Grobtschak und versuchte, zusammen mit seiner Gruppe unter Androhung von Waffengewalt die Kommandantur zu verlassen.

Ich befehle:

1. Für Grobheit und Taktlosigkeit im Verhalten zum Militärkommandanten der Stadt Blankenburg erhält der Gehilfe des Chefs der Operativen Gruppe von Halberstadt Petropawlowski <„...“ Tage Hausarrest und 30 Prozent Abzug von seinen Dienstbezügen für jeden Arresttag> *einen Verweis.*<sup>30</sup>

2. Die Chefs der Operativen Sektoren haben dem gesamten operativen Personal gegenüber die Ordnung für den Kontakt und die Wechselbeziehungen zu den Militärkommandanten zu erläutern und Maßnahmen zu ergreifen, daß künftig unnormale Beziehungen unterbunden werden.

3. Der Befehl ist allen Offizieren und dem operativen Personal zur Kenntnis zu geben.

Bevollmächtigter des NKWD der UdSSR bei der GSBSD Generaloberst Serow

*RGWA 32925/1/104, Bl. 321. Beglaubigte Kopie.*

<sup>30</sup> Die Worte in Klammern wurden durchgestrichen und durch die kursiv gesetzten ersetzt.

**Nr. 179. Meldung des Militärkommandanten des Kreises Salzwedel Oberstleutnant Smetanin<sup>31</sup> an den Chef der Verwaltung der Militärkommandantur des Bezirks Magdeburg über die Tötung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD Hauptmann Issakow. 4. November 1945**

Streng geheim

Nr. 00121

An den Chef der Verwaltung und Militärkommandanten des Bezirks Magdeburg  
Kopie an den Chef der Verwaltung Spionageabwehr bei der SMAD, den Militärstaatsanwalt der SMAD

Ich melde, daß es in der Nacht vom 3. zum 4. November 1945 um 1.00 Uhr zu einem außerordentlichen Vorkommnis kam: der Tötung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD Hauptmann Issakow durch den Militärangehörigen Leutnant N. I. S.

Als Hauptmann Issakow im Auto durch die Stadt Salzwedel fuhr, kam zu ihm eine Deutsche gelaufen und erklärte, bei ihr in der Wohnung befänden sich zwei betrunkene Militärangehörige und würden Krach schlagen.

Hauptmann Issakow fuhr zum Diensthabenden der Militärkommandantur Leutnant Nowikow und bat um eine Streife. Der Diensthabende stellte vier Mann ab, und Hauptmann Issakow begab sich mit ihnen zum Ort des Geschehens.

Als er in die Wohnung kam, sah er, daß die Deutsche Elfriede K. von den Militärangehörigen Leutnant N. I. S. und Hauptmann T. vom 713. Schützenregiment der 171. Schützendivision der 3. Stoßarmee verprügelt worden war.

Auf dem Weg zur Kommandantur warf sich Hauptmann T. auf Hauptmann Issakow und rief: „Du verteidigst die Deutschen“. Danach packte er ihn an der Kehle und würgte ihn. Doch durch das Eingreifen der Streife wurde Hauptmann T. beiseite geführt und entwaffnet. In diesem Moment trat Leutnant S., der mit der Streife zur Seite gegangen war, auf Hauptmann Issakow zu, holte aus der Hosentasche eine Pistole und tötete ihn aus nächster Nähe.

Die Verbrecher wurden festgenommen, ins Gefängnis gebracht und es wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Militärkommandant des Kreises Salzwedel Oberstleutnant Smetanin

*Höchst dringend. OP[erative Abteilung]. Meldungen an Gen. Marschall Schukow, Telegin, Bokow. S. Gorochow. 9. Nov. [19]45.*

*Chef der Abteilung Information. Sehr dringende Meldung. A. Sachno. 9. Nov. [19]45. Ausgeführt. 9. Nov. [19]45<sup>32</sup>.*

*GARF 7317/9/26, Bl. 114. Original.*

---

<sup>31</sup> Smetanin, Georgi Nikiforowitsch, Oberstleutnant; Jan.-Okt./Nov. 1946 Kreiskommandant von Salzwedel (Bezirk Magdeburg).

<sup>32</sup> Die Meldung über die Tötung des Chefs der Operativen Gruppe des NKWD für den Kreis Salzwedel wurde vom Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Gorochow am 9. Nov. 1945 unter Nummer 05793 an den Oberbefehlshaber der GSBSD Schukow, an die Mitglieder des Kriegsrates der GSBSD Telegin und Bokow sowie an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Serow verschickt (in: GARF 7317/9/26, Bl. 115).

**Nr. 180. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA Thüringen Generalmajor Karpeljuk<sup>33</sup> an den Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über untragbares Verhalten von Mitarbeitern des Operativen Sektors des NKWD. 15. November 1945**

Geheim

Nr. 0515

Ich melde einen Fall von Verletzung der Ordnung, der sich in der Stadt Pößneck ereignet hat.

In der Nacht zum 1. November d.J. veranstaltete der Operativbevollmächtigte des NKWD Hauptmann Fomitschew in seiner Wohnung ein Saufgelage zu seinem Geburtstag. An dem Abend waren Offiziere der Operativen Gruppe sowie Dolmetscherinnen aus den Reihen der Repatrianten anwesend.

Nachdem sie sich betrunken hatten, befreiten die Offiziere der Operativen Gruppe mit Fomitschew an der Spitze (insgesamt sieben Personen) zwei Repatrianten, die von der Kommandantur festgenommen worden waren, weil sie sich vor dem Abtransport in die Heimat gedrückt hatten. Bei dieser Aktion wurde der Begleitposten Obersergeant Ponomarenko entwaffnet und geschlagen.

Danach veranstaltete die genannte Gruppe einen Krawall in der Kommandantur von Pößneck und versuchte, den Stellvertreter des Militärkommandanten für politische Fragen Hauptmann Dawydkin zu inhaftieren.

Über die untragbaren Handlungen dieser Offiziere, insbesondere von Hauptmann Fomitschew, Oberleutnant Schabalow und Sergeant Skubak wurde der Chef des Operativen Sektors des NKWD für Thüringen Generalmajor Beschadow informiert, verbunden mit der Bitte, gegen die Ordnungsstörer entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Chef der Abteilung Kommandanturdienst der SMA des Landes Thüringen Generalmajor Karpeljuk

*Gen. Sachno. Gen. Serow ist zu informieren. Schestakow.*

*Abteilung Information. Eine Meldung ist vorzubereiten. A. Sachno. 17. Nov. [19]45.*

*Ausgeführt. 19. Nov. 1945. [Unterschrift].<sup>34</sup>*

*GARF 7317/9/26, Bl. 165. Original.*

<sup>33</sup> Karpeljuk, Andrei Iossifowitsch (1907–), Generalmajor; ab 1927 in der Roten Armee, 1940 WKP(B). 1946–48 Chef der Abteilung Kommandanturdienst und 1948–49 Chef der Abteilung für militärische Fragen der SMA Thüringen, 1949 in die UdSSR.

<sup>34</sup> Eine an Serow adressierte Meldung analogen Inhalts wurde vom amtierenden Chef der Verwaltung Kommandanturdienst der SMAD Schestakow am 19. Nov. 1945 unter der Nummer 05934 abgeschickt (in: GARF 7317/9/26, Bl. 166).

**Nr. 181. Schreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko<sup>35</sup> an den Kriegsrat der 8. Garde-Armee über gesetzlose Handlungen der Chefs von Grenzposten. 27. November 1945**

Geheim

Nr. 0347

Bei einer im Kreis Sonneberg durchgeführten Kontrolle wurde eine Reihe von Gesetzlosigkeiten festgestellt, die Chefs von Grenzposten des 216., 222. und 271. Schützenregiments bzw. Ortskommandanten, die von ihnen ernannt worden waren, begangen hatten:

1. Im Dorf Almerswind hatte der Chef der Sicherungseinheit Unterleutnant Korjaschkin, 126. Schützenregiment, wie schon der vorherige Chef der Sicherungseinheit vom 220. Schützenregiment vom Bürgermeister ungesetzlich die Ausgabe von Lebensmitteln für die Mannschaft der Sicherungseinheit gefordert. Während ihres Aufenthalts hatten sie über den Bürgermeister etwa 1.000 Liter Milch und 200 Eier erhalten, außerdem hatten sie täglich Gespanne für den Dienst in der Einheit und zeitweise auch Arbeitskräfte zu sich beordert. Für die Arbeit wurde nichts bezahlt.

2. Auf die gleiche Weise wie Korjaschkin vorgehend, hatten in Drückendorf<sup>36</sup> der vorherige Chef der Sicherungseinheit vom 220. Schützenregiment und der Chef der Sicherungseinheit vom 126. Schützenregiment Unterleutnant Wjatkin vom Bürgermeister erhalten: 1.520 Liter Milch, 28 Doppelzentner Kartoffeln, 1.660 Eier, zwölf Hühner. Auch sie nahmen ein Gespann und eine Arbeitskraft, ohne sie zu bezahlen.

3. Im Dorf Effelder hatte der „Kommandant“ Oberleutnant Ossipow vom 220. Schützenregiment den Bürgermeister ungesetzlich angewiesen, für Truppenteile und einzelne Personen Lebensmittel und Futter bereitzustellen, auch er persönlich nahm sich davon. Bis zum Tag der Kontrolle waren vom Bürgermeister ausgegeben worden: 110 kg Mehl, 1.115 kg Hafer und Gerste, 6.115 kg Kartoffeln, 2.800 kg Gemüse, 200 kg Zwiebeln. Sie hatten auch Gespanne und Kraftfahrzeuge für die Arbeit in den Einheiten genommen, ohne etwas dafür zu bezahlen.

4. In der Stadt Schalkau hatte der „Kommandant“ Hauptmann Jefremow (216. Schützenregiment) vom Bürgermeister gefordert und auch erhalten: täglich etwa zwei kg Wurst, zwei kg Brot, 250 g Butter, zehn Eier, außerdem nahm er Autos und Pferdefuhrwerke für Transporte und Arbeitskräfte ohne Bezahlung. Auf diese Weise sammelten sich beim Bürgermeister unbezahlte Rechnungen über 12.000 Mark an. Ebenfalls in Schalkau hat Major Bepalow vom 271. Schützenregiment von den Einwohnern 150 Doppelzentner Zucker verlangt (im Gesamtwert von 10.000 Mark; dieser Zucker wurde nach Bayern gebracht).

In dieser Garnison gibt es fast täglich Fälle von marodeurhaftem Verhalten bei Personen, die Dienst an der Grenze leisten. Ebenfalls in Schalkau verlangte und erhielt „Kommandant“ Oberleutnant Schischkin, 271. Schützenregiment, in Fortführung von Jefremows alter Tradition vom Bürgermeister täglich zwei kg Wurst, zwei kg Brot und 100 g Butter.

---

<sup>35</sup> Kolesnitschenko, Iwan Sasonowitsch (1907–1984), Generalmajor; 1926 WKP(B); 1932 Absolvent eines Instituts für Meliorationsingenieurwesen in Odessa, ab 1932 in der Armee, 1939 Absolvent von militärpolitischen Lehrgängen, ab 1939 Inspektor in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, ab 1942 Mitglied des Kriegsrats der 63. Armee (spätere 3. Gardearmee). 1945–49 Stellvertreter für Zivilangelegenheiten und Chef der Verwaltung der SMA Thüringen. 1949–50 kommissarischer Vertreter der SKK in Thüringen; Sept. 1950 in die UdSSR, 1953 Absolvent der Woroschilow-Militärakademie, 1953–58 Chef der politischen Abteilung und politischer Stellvertreter des Chefs der Frunse-Militärakademie, 1958–60 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Generalstabes, 1960–64 Chef der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Militärpolitischen Lenin-Akademie, 1964 pensioniert. 1948 Leninorden.

<sup>36</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d.Übers. R. S.).

Im Dorf Mupperg verlangte und erhielt „Kommandant“ Oberleutnant Martynow, 216. Schützenregiment, vom Bürgermeister täglich 20 Liter Milch und wöchentlich 100 kg Kartoffeln, 80 Eier, 30 kg Fleisch. Insgesamt wurden auf diese Weise vom Bürgermeister ausgegeben: 570 Liter Milch, 162 Eier, 566 kg Fleisch, sechs kg Butter, 300 kg Gemüse und 780 kg Kartoffeln.

Martynow befahl einem Bauern, im Teich Fische zu fangen, und nahm davon etwa 100 kg für sich weg.

5. Im Dorf Litenberg<sup>37</sup> hatte „Kommandant“ Oberleutnant Rumjanzew dem Bürgermeister ungesetzlich Lebensmittel weggenommen. Dieser hatte während des Aufenthalts der Dienstseinheiten und der Kommandantur ausgegeben: 2.750 Liter Milch, 11.550 kg Kartoffeln, auch nahm er der Bürgerin Ida Hühe 100 kg frischen Fisch weg, ohne den Preis von 400 Mark zu bezahlen.

6. Im Dorf Hildburghausen hatte sich die in Almerswind stationierte Untereinheit 23 Fuhrwerke und ein Kraftfahrzeug genommen. Das alles geschah unter Drohungen gegen die Bürgermeister von Seiten der „Kommandanten“ und Chefs der Sicherungseinheiten.

Ich bitte um Bestrafung der Personen, die diese gesetzlosen Handlungen zugelassen haben, und um Anweisung an die Truppenteile, insbesondere an die im Grenzdienst stehenden, solche Handlungen künftig zu unterlassen.

Chef der SMA-Verwaltung Thüringen Garde-Generalmajor Kolesnitschenko

*GARF 7184/1/92, Bl. 334-335. Original.*<sup>38</sup>

**Nr. 182. Schreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko an den Chef der Abteilung Abwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee über einen Willkürakt des Mitarbeiters der Abwehr „Smersch“ Hauptmann Schubin. 28. November 1945**

Geheim

Nr. 0356

An den Chef der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee  
Kopie an Kriegsrat der 8. Garde-Armee

Am 18. November 1945 kam der Bevollmächtigte der Abwehr „Smersch“ des 174. Schützenregiments der 57. Schützendivision der 8. Garde-Armee Hauptmann Schubin in Begleitung des Chefs einer Grenzsicherungseinheit Hauptmann Achmadulin sowie zweier weiterer Offiziere und eines Rotarmisten, insgesamt fünf Personen, zur Lederfabrik „Heinrich Knoch“ in der Stadt Hirschberg.

Hauptmann Schubin verlangte, daß man ihm Leder für fünf Mäntel und fünf Paar Stiefel herausgibt. Als ihm das von der Direktion verweigert wurde, forderte er, daß man ihn in die Werks-halle führen soll. Dort entnahm er das noch nicht zurechtgeschnittene Leder für fünf Mäntel und vier Paar Chromlederstiefel (mehr war nicht vorhanden) und befahl, das Leder für das fünfte Paar Stiefel bis 19. November 1945 12.00 Uhr in die Unterkunft des Chefs der Grenzsicherungseinheit Hauptmann Achmadulin zu bringen.

Danach verhaftete Hauptmann Schubin den für Technik und Anlagen zuständigen Hauptingenieur des Werkes Heinrich Endert und fuhr weg.

<sup>37</sup> Ort konnte nicht lokalisiert werden (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>38</sup> Kolesnitschenkos Unterschrift fehlt, das vermerkte Datum der Vorbereitung des Schreibens ist der 24. Nov. 1945.



Ich bitte darum, die Angelegenheit zu untersuchen und die Schuldigen an dem Willkürakt zur Verantwortung zu ziehen.

Chef der Verwaltung der SMA für Thüringen Garde-Generalmajor Kolesnitschenko  
*GARF 7184/1/92, Bl. 336. Kopie.*

**Nr. 183. Begleitschreiben des Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin an den Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow mit einem Anhang von Dokumenten zu Raubtaten von sowjetischen Militärangehörigen gegen die deutsche Bevölkerung. 1. Dezember 1945**

Streng geheim

Nr. Sch/1-003558

Hiermit übermittle ich Kopien zu Raubtaten gegen die Bevölkerung, die vom Stellvertreter des Stabschefs der GSBSD Gen. Generalmajor Trussow<sup>39</sup> zugeschickt wurden. Der Stab der Gruppe hatte diese Dokumente vom Chef des Operativen Sektors der Militäradministration für das Land Sachsen Gen. Generalmajor Klepow zugesandt bekommen.

Ich melde, daß über die Linie der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD ununterbrochen daran gearbeitet wird, Raubtaten gegen die ortsansässige Bevölkerung zu unterbinden und die Täter zu ergreifen.

Ich bin der Ansicht, daß Gen. Generalmajor Klepow selbst entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung von Raubtaten ergreifen müßte und daß die Information über die Lage im Territorium des Operativen Sektors dem Unterstellungsverhältnis entsprechend erfolgen sollte.

Anlage: Text auf 5 Blatt (nur an den Adressaten).

Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Generalmajor Simin<sup>40</sup>  
Amtierender Stabschef Oberstleutnant Gordejew

*Woher wurde bekannt, daß Gen. Klepow etwas an den Stab geschickt hat? I. Serow. 6. Dez. Zu den Akten [Unterschrift] 25. Dez. [1945].*

---

<sup>39</sup> Trussow, Nikolai Michailowitsch (1906–1985), Generalmajor; ab 1929 in der Roten Armee, 1936 Absolvent der Stalin-Militärakademie für Mechanisierung und Motorisierung, ab 1941 in der Aufklärungsverwaltung des Generalstabes, zuletzt Chef der Aufklärungsabteilung der 1. Belorussischen Front und 1945–48 Chef der Aufklärungsabteilung der GSBSD. Danach stellvertretender Chef der Aufklärungsverwaltung des Generalstabes; 1955 Generalleutnant.

<sup>40</sup> Das Dokument ist von Alysow unterschrieben.

## Anlagen

Geheim

24. November 1945

Nr. 01687

An den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Gen. Generalmajor<sup>41</sup> Simin

Beiliegende Kopien von Dokumenten über Raubtaten gegen die Bevölkerung, die vom Chef des Operativen Sektors der Militäradministration für das Land Sachsen Gen. Generalmajor Klepow zugesandt wurden, übermittle ich Ihnen mit der Bitte, in Ausführung der Anweisungen von Gen. Generaloberst Malinin entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit das Kontingent der möglichen Raubtäter festgestellt werden kann; dies auch aus dem Grund, weil in dieser Region keine regulären Einheiten der Roten Armee stationiert sind.

Anhang: Text auf 5 Blatt (nur an den Adressaten).

Stellvertretender Stabschef der GSBSD Generalmajor Trussow

*Über die Linie der Truppen wird diese Arbeit ständig geleistet. Das Material an Serow schicken mit unserer Ansicht dazu, daß General Klepow selbst Maßnahmen ergreifen muß und streng nach Unterstellungsverhältnis informieren sollte. Simin. 27. Nov.*

*Auszuführen am 28. Nov. Gordejew. 27. Nov. [1945].*

## Anlage 1

Bericht aus dem Kreis Weißwasser

Kopie: An Militärkommandantur des Landes Sachsen

Dresden, 15. Oktober 1945

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag nahmen zwei Russen, einer in Zivil, der andere in Uniform, einer Flüchtlingsfrau 1.050 Mark und alle Wäsche weg. Sie treiben sich in den Dörfern der Umgebung herum und sagen, daß sie eine Wohnung in einem Keller in Ost-Prauske<sup>42</sup> haben. Sie kommen alle 14 Tage und halten sich bei einer Ukrainerin in Leibchen<sup>43</sup> bei der Familie Ensch auf. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um die gleichen, die sich hier in der Umgebung herumtreiben und möglicherweise auch um diejenigen, die auf einen Polizisten in Kleinsaubernitz geschossen haben.

Unterschrift:

Franz Strasse, Ernst Moller

Für die Richtigkeit der Angaben:

Abteilung Verteilung der Arbeitskräfte Niesky

Unterschrift: W. Geldner.

<sup>41</sup> In der Vorlage fälschlich: „Generalleutnant“.

<sup>42</sup> Vermutlich Ober Prauske, heute Ortsteil von Hohendubrau/Kreis Weißwasser (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>43</sup> Vermutlich der in der Nähe von Ober Prauske gelegene Ort Leipgen, heute Ortsteil von Mücka/Kreis Görlitz (Anm. d. Übers. R. S.).

Anlage 2

Schleife O[ber-]/L[ausitz], 21. September 1945

**Meldung**

Am 16. September 1945 hörten die Einwohner von Groß Düben die Sirene. Auf einem Auto waren bewaffnete russische Zivilisten angekommen und plünderten die Felder. Als einige Einwohner die Plünderer zu hindern suchten, begannen diese zu schießen. Einige Rotarmisten aus den dort stationierten Nachrichtentruppen unter dem Kommando eines Oberleutnants traten den Plünderern entgegen.

Das gestohlene Gemüse wurde dank des energischen Eingreifens des Oberleutnants zurückgegeben. Drei der russischen Zivilisten wurden entwaffnet, doch den übrigen ließ der Oberleutnant ihre Waffen. Die Kreispolizei Schleife O[ber-]/L[ausitz] bittet, zwecks Einleitung einer Untersuchung die russische Kreiskommandantur darüber zu informieren.

Am 17. September 1945 umkreisten russische Zivilisten, erneut in der Absicht zu plündern, einen Hof in Groß Düben. Die sofort in Aktion versetzte Sirene hinderte die Plünderer und zwang sie zur Flucht.

Kreispolizei

Unterschrift: Schmidt

Anlage 3

Weißwasser, 17. Oktober 1945

Kopie

Kreisleitung Weißwasser

An Landesvorstand der KPD

Dresden N 6

Platz der Roten Armee 3

Sehr geehrte Genossen!

Wir teilen Euch mit, daß wir bei der Werbung neuer Mitglieder auf große Schwierigkeiten stoßen, und zwar wegen des Verhaltens einiger Truppenteile der Roten Armee, insbesondere jener, die mit Demontagearbeiten beschäftigt sind. Es vergeht kein Tag ohne Vorkommnisse wie Vergewaltigungen, Plünderungen, Überfälle usw.

Im Gut Dürrbach liegt eine Untereinheit der Roten Armee unter dem Kommando eines Leutnants. Diese Untereinheit untersteht dem Truppenteil, der in Hoyerswerda stationiert ist. Diese Untereinheit stahl von den umliegenden Gütern alles landwirtschaftliche Inventar bis hin zu Schaufeln, Heugabeln und Harken, die der Bevölkerung gehören.

Außerdem bereiten sie dort Selbstgebrannten und verwenden dafür große Mengen von Kartoffeln. Jede Nacht versetzen diese Leute die Einwohner in Unruhe. Sie führen in den Fischteichen Explosionen herbei und vernichten dabei viele Zentner Fisch. Verständlicherweise stellen uns die Einwohner, wenn wir in Versammlungen auftreten, sofort die Frage, wie man arbeiten soll, wenn Teile der Roten Armee und die Demontagekommandos einen täglich daran hindern. Auf den Wegen und Straßen stehen einzelne Rotarmisten und nehmen den Leuten das Letzte weg, vor allem Fahrräder.

In Lodenau überfiel man einen Zug und raubte die Reisenden völlig aus, man zog ihnen sogar die Schuhe von den Füßen. Solche Vorkommnisse gibt es täglich. In Niesky fuhr am 15. Oktober 1945 der betrunkene Rotarmist Krischan durch die Straßen und schoß mit besonderer Freude in die wenigen noch heil gebliebenen Fenster. Zusammen mit anderen drang er in Wohnungen ein und stahl von den Leuten Geld und Sachen.

Besonders schwer leiden unter dieser Lage der Dinge die Bauern, da sie sich weigern, das Saatgut für die Aussaat herauszugeben. Alle Bemühungen blieben bisher erfolglos.

In Rietschen warf eine Untereinheit unter dem Kommando eines Leutnants Handgranaten in den Teich und tötete massenweise die Fische. Als Bürgermeister Frei sich einmischte, drohte man ihm Schläge mit dem Gewehrkolben an.

In Muskau trieb eine Untereinheit der Roten Armee alles Vieh zusammen und raubte den Bauern die Möglichkeiten für die Aussaat. Außerdem beschlagnahmte man alle Milch und ließ die Bevölkerung ohne Milch. In die Umgebung von Schleife, Mulkwitz und Rohne kommen Rotarmisten und polnische Arbeiter in Zivil und stehlen nachts Vieh aus den Ställen.

Vor einiger Zeit wurde ein Polizist durch einen Genickschuß getötet, der eine Plünderung verhindern wollte.

So vergeht kein Tag, an dem es nicht zu Plünderungen durch Rotarmisten und Ostarbeiter kommt.

In Weißwasser gab es am Sonnabend eine Schießerei zwischen Soldaten der Kreiskommandantur und Soldaten, die mit der Demontage der Ziegelei beschäftigt sind. Etwa eine halbe Stunde beschloß man sich mit Maschinenpistolen.

In Niesky gingen einige Leute, denen man alles gestohlen hatte, zur Kommandantur, um sich zu beschweren. Hier erkannten sie die Rotarmisten wieder, von denen sie bestohlen worden waren. Doch festgenommen wurden nicht die Rotarmisten, sondern die Leute, die sich zu beschweren gewagt hatten. Man hielt sie zwei bis drei Tage fest und schlug sie.

Aus Muskau ist noch folgendes zu berichten: Die dortige Untereinheit stellte Posten an den Vorratslagern auf und war nicht gewillt, Getreide, Milch und andere Lebensmittel, die die Bevölkerung zur Ernährung braucht, herauszugeben. Das Verhältnis zu den Bürgermeistern ist unglaublich. Von allen Seiten kommen zu uns Bürgermeister und verantwortliche Genossen und weigern sich, die Arbeit fortzusetzen. Sie lassen sich nicht von der Meinung abbringen, daß die ganze Arbeit sinnlos ist, da das, was sie heute schaffen, morgen durch das Verhalten der Truppen der Roten Armee wieder zerstört wird.

Sehr geehrte Genossen! Das ist nur ein kleiner Teil jener Schwierigkeiten, die uns bereitet werden und die uns bei der Erfüllung der Parteaufgaben behindern. Wir sind überzeugt, daß wir in unserer Arbeit große Erfolge erzielen werden, wenn die Truppen der Roten Armee endlich ihre Aufgabe einsehen und sich demgemäß der Bevölkerung gegenüber verhalten werden.

Freilich ist es verständlich, wenn Leute, die zwölf Jahre unter dem Hitlerfaschismus gelebt und in dieser Zeit ausländische Sender gehört haben, oft genug Radio Moskau, wo beständig wiederholt wurde: „Wir kommen zu euch als Befreier und Freunde“, wenn diese Leute, die jetzt im Verhalten der Truppen der Roten Armee die gegenteiligen Fakten erleben, sich bei dieser Lage der Dinge einfach weigern, zu uns in die Partei zu kommen. Insofern kompromittiert das Verhalten dieser plündernden Militärangehörigen nicht nur uns und unsere Parteiarbeit, sondern auch die sozialistische Idee und unsere gesamte Weltanschauung. Die Leute sagen: Wenn der Kommunismus so aussieht, dann wollen wir lieber nichts damit zu tun haben. Bei solchen indifferentsen Leuten ist das in den meisten Fällen verständlich.

Auf Versammlungen erklären wir immer wieder, daß das alles durch den Krieg, vor allem durch den Haß zu erklären ist, den die deutsche Armee durch ihre verbrecherischen Methoden der Unterdrückung anderer Völker hervorgerufen hat, und daß fünf Jahre Unterdrückung an den Menschen, die darunter zu leiden hatten, nicht spurlos vorübergehen, daß ein großer Teil des sowjetischen Volkes durch den verbrecherischen Hitlerfaschismus die Familie, das Zuhause und alles übrige verloren hat. Darauf antwortet man uns, das alles sei richtig, es sei bekannt, daß die Hitlerfaschisten nicht nur das deutsche Volk tyrannisierten, sondern auch fremde Völker, daß es sich doch aber um die Rote Armee handelt, eine hochqualifizierte Volksarmee, die jetzt die Gesetze des Umgangs mit dem Volk verletzt.

Möge man die Kriegsschuldigen, die Kriegs- und Naziverbrecher bestrafen, doch soll man endlich dem Volk die Möglichkeit geben, sich der Erfüllung der großen Aufgabe – dem Aufbau eines neuen Deutschlands – zu widmen.

Das Volk sieht in der Roten Armee eine Befreiungsarmee, aber jetzt wird das Ansehen der Roten Armee und unsere gesamte sozialistische Weltanschauung durch das Verhalten einzelner Plünderer in den Schmutz getreten.

Der Herr Staatsrat war am 16. Oktober persönlich beim Vizepräsidenten. Deshalb möchten wir darum bitten, daß auch von Eurer Seite aus alles unternommen wird, daß endlich die nötige Ruhe hergestellt wird und das Volk friedlich am Aufbau des neuen Deutschlands arbeiten kann.

Mit kommunistischem Gruß  
KPD-Kreisleitung Weißwasser  
Unterschrift: Greiner

P.S. Die Handwerker von Weißwasser arbeiten schon seit Monaten für die russische Kommandantur, sie verbrauchen dabei ihr eigenes Material, haben aber bis jetzt nicht einen Groschen bekommen.

#### *Anlage 4*

Rohne, 16. September 1945

Kopie  
Bürgermeister  
Kreispolizei  
Weißwasser (Oberlausitz)  
Über Herrn Kreisbürgermeister, Weißwasser O[ber-]/L[ausitz]

#### Betrifft Plünderungen:

In der Nacht vom 16. September 1945 gegen halb zwei (russische Zeit)<sup>44</sup> drangen erneut Einbrecher durch ein zerschlagenes Fenster in das Haus von Frau Sch., Rohne Nr. 70, ein (das Haus liegt etwa 800 Meter vom Dorf entfernt). Es waren mehrere Einbrecher. In das Zimmer kamen drei, einer von ihnen war in Uniform, die anderen beiden in Zivil. Einer drohte, Frau Sch. mit dem Dolch zu erstechen, da er vermutete, sie würde Lärm schlagen. Doch Lärm schlug eine im Haus lebende Flüchtlingsfrau. Der andere Zivilist war mit einer Pistole bewaffnet. Sie durchwühlten die ganze Wohnung und warfen Sachen und Möbel durcheinander. Sie nahmen Herren-, Damen- und Kinderwäsche an sich, außerdem Stoffreste, Geld und die im Haus noch vorhandenen Lebensmittel. Gleichzeitig durchwühlten sie alle Schränke und Kästen der bei Frau Sch. wohnenden Flüchtlingsfrau und warfen alles auf den Boden. Auch dort stahlen sie einige Sachen. Danach vergewaltigten sie die 17-jährige Tochter der Flüchtlingsfrau.

Einige der bei Frau Sch. und der Flüchtlingsfrau gestohlenen Sachen hat man heute im nahegelegenen Wald gefunden. Offenbar waren sie von den Plünderern unterwegs weggeworfen worden.

Die Dorfbewohner, die zu Hilfe geeilt waren, konnten nicht in das Haus kommen, da die Plünderer die ganze Zeit schossen. Dabei wurde ein Dorfbewohner verwundet, der wegen des starken Blutverlusts heute ins Krankenhaus nach Weißwasser gebracht wurde. Einer der Einbrecher hatte sich offenbar die Hand verletzt, als er das Fenster einschlug, denn er drang in die Wohnung mit blutenden Händen ein.

---

<sup>44</sup> Gemeint ist wohl die Moskauer Zeit, also die Mitteleuropäische Zeit plus zwei Stunden.

Diese plündernden Banden bedrohen die ortsansässige Bevölkerung. Diese Situation ist auf die Dauer unerträglich. Da die Plünderer immer mehr werden, bitte ich um das Ergreifen von Maßnahmen.

Bürgermeister

Unterschrift: Kranz

*RGWA 32925/1/104, Bl. 347-348. Original; Bl. 349-353. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 184. Schreiben des Chefs der Garnison und Militärkommandanten von Berlin Generalleutnant Smirnow<sup>45</sup> an den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen, die Militärangehörige des 105. Grenzregiments verübten. 7. Dezember 1945**

Geheim

Nr. 010158

An den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe der Truppen Generalmajor Simin

Kopie an: Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow

In letzter Zeit wurden im Stadtbezirk Weißensee, wo das 105. Grenzregiment des NKWD stationiert ist und sich das Lager Nr. 3 befindet, eine Reihe von Fällen amoralschen Verhaltens registriert, das sich in Gewalttätigkeiten und Plünderungen äußerte, die von Militärangehörigen der Grenztruppen des genannten Regiments bzw. Lagers begangen wurden.

1. Der Einwohner von Hohenschönhausen Ferdinand Schulz fuhr am 15. November, 17.00 Uhr auf dem Fahrrad nach Hause. Im Bereich des Lagers Nr. 3 wurde er von einigen Grenzsoldaten der Wachmannschaft des Lagers angehalten, die ihm das Fahrrad wegnahmen, ihn schlugen und dann das Rad auf den Hof des Lagers brachten. Die Kommandantur ergriff, nachdem sie vom Geschädigten eine Anzeige erhalten hatte, Maßnahmen, in deren Folge das Fahrrad vom Kommandanten des Lagers Hauptmann Tschumatschenko zurückgegeben wurde. Gleichzeitig versprach Hauptmann Tschumatschenko, Maßnahmen zu ergreifen und der Kommandantur darüber Mitteilung zu machen, doch offensichtlich wurden keine Maßnahmen ergriffen und die Kommandantur wurde nicht informiert, sie erfuhr nicht einmal die Namen der Plünderer.

2. Am 24. November 1945 um 22.30 Uhr wurde im Abschnitt Falkenberg-Weißensee von Streifen der Kommandantur eine Gruppe von fünf Angehörigen des 105. Grenzregiments festgenommen. Zu der Gruppe unter Oberleutnant Sch. gehörten Untersergeant S. sowie die Rotarmisten M., N. und L. Die Gruppe ging in die Häuser von Deutschen und durchsuchte ohne gesetzliche Grundlage Wohnungen und Dachböden. Nach Angaben der Bürgerin Suchowski war ihr im Ergebnis einer solchen „Haussuchung“ bereits ein Mantel aus der Wohnung abhanden gekommen. Bei der eingeleiteten Ermittlung gaben die Rotarmisten und die anderen Beteiligten an, bei ihnen seien zwei Pferde verschwunden und auf Befehl von Oberleutnant Sch. hätten sie auf der Suche nach den verschwundenen Pferden auch die Wohnzimmer durchsucht.

<sup>45</sup> Smirnow, Dmitri Iwanowitsch (1901–1975), Generalleutnant; ab 1920 in der Roten Armee, 1936 Absolvent der Frunse-Militärakademie. Nov. 1945–Apr. 1946 Chef der Garnison und Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin. 1960 pensioniert.

Bei der Durchsuchung der Festgenommenen wurden gefunden: bei Rotarmist N.: zwei Taschenuhren, drei Armbanduhren, zwei Goldringe; bei Rotarmist L.: zwei Taschenuhren, ein Goldring. Die Festgenommenen wurden am 25. November d.J. dem Kommandeur des 3. Bataillons des 105. Grenzregiments übergeben, damit dieser gegen die Schuldigen die entsprechenden Maßnahmen ergreift; das Material der Ermittlung wurde an den Regimentskommandeur geschickt.

3. Am 26. November d.J. kam der Deutsche Theodor Fiedel, ein Einwohner des Abschnitts Hohenschönhausen-Weißensee, um 10.00 Uhr morgens in die Kommandantur und gab an, daß am 25. November 1945 um 1 Uhr nachts ein betrunkenen Soldat in Grenzeruniform zu ihm in die Kolonie Orong, Aärmanstraße 14<sup>46</sup>, gekommen sei. Er habe den Hausherrn geschlagen, eine 73-jährige Frau vergewaltigt und sei danach weggegangen, wobei er seine grüne Schirmmütze in der Wohnung habe liegen lassen.

Solche Fälle äußerst flegelhaften und kriminellen Verhaltens sind nicht hinzunehmen, so daß ich darum bitten muß, daß schnellstens strenge Maßnahmen ergriffen werden, um solche Vorkommnisse zu verhindern.

Beim [weiteren] Auftreten solcher und ähnlicher Fälle werde ich direkt dem Kriegsrat der Gruppe der Truppen Meldung erstatten.

Chef der Garnison und Militärkommandant Berlins Generalleutnant Smirnow

*An Gen. Lep[in]. Melden Sie an Serow. 25. Dez. [19]45 [Unterschrift].*

*An Gen. Krapivin. An Gen. Serow ist gemeldet worden. 22. Dez. [Unterschrift].*

*GARF 7317/9/23, Bl. 166-167. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 185. Mitteilung des Chefs der Abteilung Abwehr „Smersch“ bei den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Panassenko<sup>47</sup> an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über die Inhaftierung des Angehörigen des 2. Bataillons des 83. Grenzregiments A. N. M. wegen „verräterischer Absichten“. 8. Dezember 1945**

Streng geheim

Nr. 03766

Sondermitteilung „Über die Inhaftierung von Untersergeant A. N. M.“

Am 10. Dezember 1945 wurde von uns der Militärangehörige des 2. Bataillons des 83. Grenzregiments der NKWD-Truppen Untersergeant Alexei N. M. verhaftet, Jahrgang 1921, gebürtig aus dem Dorf Batogowo im Kreis Nagorjewski, Gebiet Jaroslawl, Russe, parteilos, mit geringer Bildung, seiner sozialen Herkunft nach von Mittelbauern abstammend, unverheiratet, dem Vernehmen nach nicht vorbestraft, in der Roten Armee seit 1940, bei den NKWD-Truppen seit 1945.

Wie festgestellt wurde, äußerte A. N. M. verräterische Absichten und bereitete seinen Übertritt in die amerikanische Besatzungszone vor. Zu diesem Zweck wollte er den inhaftierten Deutschen Diamanti aus dem Gefängnis befreien, in dem er Wachdienst hatte. Dieser versprach ihm dafür, daß er beim Grenzübertritt zu den Amerikanern sein Begleiter und Führer sein wird. Außerdem wollte M. auch Obersergeant K. und Rotarmist W. zum Verrat an der Heimat überreden.

---

<sup>46</sup> Es könnte sich um die Annemariestraße in der Oranke Kolonie handeln, in deren Nähe NKWD-Truppen stationiert waren (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>47</sup> Panassenko, Nikolai Iwanowitsch (1914–1983).

Der als Zeuge vernommene Obersergeant K. gab folgendes an:

„Am 25. November machte mir M. in einem Gespräch folgenden Vorschlag: ‚Los, Wanja, wir gehen zu den Amerikanern, die werden uns gern aufnehmen. Lebensmittel für unterwegs habe ich, bis zur Grenze ist es nicht weit, ganze 31 Kilometer, die schaffen wir zusammen in einer Nacht.‘ Seine Flucht plante M. für den 27. November. Dabei sagte er, daß zusammen mit uns der inhaftierte Deutsche aus Zelle Nr. 3 fliehen wird, den er zum Zeitpunkt der Flucht aus dem Gefängnis gehen lassen wird.“

Rotarmist W., den M. ebenfalls zum Verrat an der Heimat zu überreden versuchte, gab zu dieser Frage an:

„Als wir uns am 27. November auf der 3. Etage des Gefängnisses in Suhl begegneten, fing M. im Gespräch mit mir an, über die Schwere des Dienstes in den NKWD-Truppen zu klagen. Im weiteren Gespräch sagte er dann: ‚Wenn du auch von hier weggehen willst, dann laß uns zusammen zu den Amerikanern gehen. Ich habe schon einen kleinen Trupp beisammen: K. und der Gefangene aus Zelle Nr. 3.‘ Auf meine Frage, wie wir denn weggehen könnten, sagte M.: ‚Heute abend, wenn alle schlafen, nehmen wir unsere Sachen, ich öffne die Zelle und lasse diesen Gefangenen heraus, er wird uns zu den Amerikanern führen, er ist schon mehrmals dort gewesen und zurückgekehrt und kennt genau den Weg.‘“

Ähnliche Angaben machte der inhaftierte Deutsche Diamanti, der bestätigte, daß M. versprochen hatte, ihn aus der Haft zu befreien, wenn er ihn dafür zu den amerikanischen Truppen führt.

Auf Grund dieser Angaben wurde M. von uns verhaftet und wird nach Artikel 19–58–1b<sup>48</sup> des Strafgesetzbuches der RSFSR strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

In der ersten Vernehmung gab er folgendes an:

„Ich wollte nicht bei den NKWD-Truppen dienen, ich bat darum, daß man mich zu einem Truppenteil der Roten Armee versetze, doch das wurde mir verweigert. Zuerst wollte ich desertieren, um bei einem Truppenteil der Roten Armee in den Dienst zu treten, doch dann änderte ich meine Absicht, weil ich befürchtete, für die Desertion zur Verantwortung gezogen zu werden. Deshalb beschloß ich, daß ich am besten in die amerikanische Besatzungszone fliehen werde und dort bleibe. Ich wußte, daß die Grenze nicht weit vom Standort unseres Bataillons entfernt ist und nicht bewacht wird. Und aus den Gesprächen der Gefangenen, die im Gefängnis sitzen, hatte ich erfahren, daß die Amerikaner sowjetische Staatsbürger, die zu ihnen fliehen, gut aufnehmen. Deshalb war ich fest entschlossen, zu den Amerikanern zu gehen, und wollte meine Flucht in den nächsten Tagen antreten, suchte aber noch Partner. Auf die Seite der Amerikaner hinüberzugehen, schlug ich K. und W. vor. Außerdem nahm ich im Gefängnis von Suhl Verbindung mit einem Deutschen auf, dessen Namen ich nicht kenne, der in Zelle Nr. 3 sitzt. Diesen wollte ich aus dem Gefängnis herauslassen und zusammen mit ihm fliehen, da er den Weg genau kennt und auch mit der Flucht einverstanden war. Nach dem Grenzübertritt wollte ich den Amerikanern sagen, daß ich geflohen bin, weil ich nicht in der Roten Armee dienen wollte.“

Zu dem Fall wird eine Untersuchung geführt.

Chef der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ des NKWD bei den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Panassenko

*An den Stabschef. Dem Chef der P[olitischen] A[bteilung] übergeben. 14. Dez. [Unterschrift].*

*Zu informieren: 1. Anfrage an das Regiment, warum keine Meldung über das, was bekannt war, erstattet wurde. 2. Chiffrierte Meldung nach Moskau. 3. Orientierung in die Regimenter. [Unterschrift]. 18. Dez. [19]45.*

*RGWA 32925/1/535, Bl. 8 mit Rückseite. Original.*

<sup>48</sup> So in der Vorlage. Artikel 58–1b des Strafgesetzbuches der RSFSR bezieht sich auf den Landesverrat. Die erste Ziffer könnte die Fassung des Artikels angeben.



**Nr. 186. Mitteilung des Chefs der Abteilung Abwehr „Smersch“ der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Panassenko an den Chef der Truppen Generalmajor Simin über die Inhaftierung eines Praktikanten der Unterabteilung Aufklärung des 3. Bataillons des 38. Grenzregiments. 15. Dezember 1945**

Streng geheim

Nr. 03784

**Sondermeldung**

„Über die Inhaftierung des Praktikanten der Aufklärungsunterabteilung des 3. Bataillons des 38. Grenzregiments der NKWD-Truppen F. I. Tsch.“

Am 8. Dezember 1945 wurde von uns der Praktikant der Unterabteilung Aufklärung des 3. Bataillons des 38. Grenzregiments des NKWD Soldat Fjodor I. Tsch., Jahrgang 1919, geboren in Moskau, Russe, Mitglied des Komsomol, 8-Klassenabschluß, seiner sozialen Herkunft nach Arbeiter, unverheiratet, dem Vernehmen nach nicht vorbestraft, bei den NKWD-Truppen seit 1939, nach Artikel 165-2<sup>49</sup> des Strafgesetzbuchs der RSFSR verhaftet.

Wie festgestellt wurde, hatte sich F. I. Tsch. in der Nacht vom 24. zum 25. November d.J. in der Uniform eines Unterleutnants eigenmächtig vom Standort seines Truppenteils in der Stadt Ronneburg (Deutschland) entfernt.

In dieser Nacht erschien er an der Wohnung des ortsansässigen Max Fritsche, stellte sich als Mitarbeiter der GPU vor und forderte Einlaß.

Nachdem er in die Wohnung gelangt war, schoß Tsch. mit seiner Pistole in die Luft, schlug den Wohnungsinhaber und unter Androhung von Waffengewalt beraubte er ihn, entwendete Wäschestücke und Wertsachen.

Im Untersuchungsverfahren bekannte sich Tsch. im vollen Maße für schuldig, eine Raubtat begangen zu haben, und gab an, er habe die Tat verübt, weil er betrunken war.

Das Untersuchungsverfahren ist abgeschlossen, der Fall wurde zur Verhandlung an das Militärtribunal der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD eingereicht.

Chef der Abteilung Abwehr „Smersch“ des NKWD bei den NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Panassenko

*An Stabschef, melden Sie an die Hauptverwaltung der Inneren Truppen. Simin. 17. Dez. [19]45.*

*Zu informieren: Was meldete das Regiment. [Unterschrift] 21. Dez. [19]45.*

*Gemeldet in Sammelmeldung Nr. 00351. 21. Dez. [19]45.*

*RGWA 32925/1/535, Bl. 9. Original.*

---

<sup>49</sup> So in der Vorlage. Wahrscheinlich ein Tippfehler, denn Artikel 165-2 des Strafgesetzbuchs der RSFSR stellte die Weigerung des Arztes, medizinische Hilfe zu gewähren, unter Strafe.

**Nr. 187. Befehl des Kriegsrates der GSBSD Nr. WS/0242 über das Verbot für Militärangehörige, sich an Truppenteile und Einrichtungen der alliierten Armeen zum Erhalt von Medikamenten zu wenden. 11. März 1946**

Geheim

An den Chef der Verwaltung der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe, an die Kriegsräte der Armeen, die Kommandeure selbständiger Verbände, die Chefs der Verwaltungen für Kommandanturdienst der SMA, an den Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Deutschland<sup>50</sup>, an die Chefs der Verwaltungen und Abteilungen der Gruppe der Truppen

In letzter Zeit gab es zahlreiche Fälle, in denen sich sowjetische Offiziere aller Ränge an alliierte Sanitätseinrichtungen und Stäbe wandten, um Medikamente zu erhalten, vor allem ging es dabei um Penizillin zur Heilung von Geschlechtskrankheiten. Einige Offiziere zahlen große Geldsummen für Medikamente, sie erniedrigen sich und bitten flehentlich. Auf dieser Basis können sowjetische Offiziere von einem ausländischen Geheimdienst leicht zu Spionagezwecken ausgenutzt werden.

Ich befehle, daß es allen Offizieren und Generälen ungeachtet ihres Ranges strengstens verboten ist, sich – aus welchem Anlaß auch immer – an Truppenteile oder Einrichtungen alliierter Armeen zu wenden.

Alle Offiziere sind davon in Kenntnis zu setzen und haben das zu quittieren. Ihnen ist zudem anzukündigen, daß für eigenmächtige Kontaktaufnahme zu irgendeinem Militärangehörigen der alliierten Armeen zwecks Erhalt medizinischer Hilfe oder von Medikamenten die Schuldigen dem Militärtribunal übergeben werden.

Wer zu seiner Heilung Penizillin benötigt, vor allem im Falle von Generälen und Obersten, wird dieses über eine Verfügung des Chefs der Sanitätsverwaltung der Gruppe zugeteilt bekommen.

Stellvertretender Oberbefehlshaber der GSBSD Generaloberst Malinin  
Mitglied des Kriegsrates der GSBSD Generalleutnant Telegin

*RGWA 32921/1/39, Bl. 85. Beglaubigte Kopie.*

<sup>50</sup> Der Bevollmächtigte des Sonderkomitees beim Ministerrat der UdSSR für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in den von den deutschen Okkupanten befreiten Gebieten in der SBZ („Sonderkomitee für Deutschland“) war 1945–47 auf dem Gebiet der Demontagen tätig. Vgl. den gleichnamigen Beitrag von Ciesla, Burghard in: SMAD Handbuch 2009, S. 91-99.

**Nr. 188. Direktive des stellvertretenden Chefs der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Alysow an die Chefs der Operativen Sektoren der Länder und Provinzen bezüglich der Unzulässigkeit des Tragens der Grenztruppenuniform durch Militärangehörige, die Dienst in den Operativen Gruppen versehen. 23. März 1946**

Geheim

Nr. III/1-0921

An die Chefs der Operativen Sektoren des NKWD:  
Provinz Brandenburg – Gen. Generalmajor Filatow  
Provinz Sachsen – Gen. Generalmajor Martirossow  
Provinz Mecklenburg – Gen. Generalmajor Nikitin  
Land Sachsen – Gen. Generalmajor Klepow  
Land Thüringen – Gen. Generalmajor Beschanow  
Stadt Berlin – Gen. Generalmajor Sidnew

Kopie an: alle Kommandeure der Grenzregimenter der NKWD-Truppen  
Nur: *An den Kommandeur des 105. Grenzregiments*

Die aus den Grenzregimentern für den Dienst in den Operativen Sektoren abgestellten Militär-angehörigen tragen weiterhin die Uniform der Grenztruppen und in ihren Soldbüchern ist bis heute eingetragen, daß sie in jenen Grenzregimentern Dienst tun, aus denen sie abkommandiert wurden.

Wenn diese Militärangehörigen von Kommandanturpatrouillen wegen Verstößen gegen die Militärdisziplin und unwürdiger Handlungen festgenommen werden, leiten die Militärkommandanten der Städte ihre Berichte über diese Vorkommnisse an die Kommandeure der Grenzregimenter weiter, in denen diese [Militärangehörigen] ursprünglich gedient haben.

Ich bitte, die Chefs der Operativen Gruppen anzuweisen, den in den Operativen Gruppen dienenden Militärangehörigen das Tragen von Grenztruppenuniformen zu untersagen und die Soldbücher der aus den Grenzregimentern zu Ihrer Verfügung abkommandierten Militärangehörigen entsprechend zu aktualisieren.

Stellvertretender Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Generalmajor Alysow  
Stellvertreter des Stabschefs Oberstleutnant Gordejew

*RGWA 32933/1/49, Bl. 174. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 189. Meldung des amtierenden Chefs der Politischen Abteilung der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Plotnikow an den Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MWD der UdSSR Generalmajor Skorodumow<sup>51</sup> über die Inhaftierung eines Militärangehörigen des 83. Grenzregiments durch die Abwehrorgane „Smersch“. 30. März 1946**

Streng geheim

Nr. P/00180

**Sondermeldung**

über die Inhaftierung des Sergeanten des 83. Rotbanner-Grenzregiments Fjodor F. B., Jahrgang 1920, Ukrainer, Kolchosbauer, in der Roten Armee seit 1940, bei den NKWD-Truppen seit Juni 1944, Kandidat der WKP(B), durch die Abteilung Abwehr „Smersch“

Am 5. Februar 1946 nahm F. F. B. unter Verletzung der Dienstvorschriften für den Wachdienst Verbindung zu einem inhaftierten Deutschen in einer Zelle auf. Von dem Deutschen erhielt er eine Mitteilung an dessen Frau und überbrachte sie dieser; die Frau gab B. eine Mitteilung für ihren Mann mit, die er dem Deutschen in der Zelle übergab. Von dem Deutschen erhielt B. eine weitere Mitteilung, die er jedoch aufgrund seiner Festnahme nicht mehr überbringen konnte.

Für den Dienst, den B. dem inhaftierten Deutschen erwies, bekam er von diesem einen Übergangsmantel.

Die Vermutung, daß B. Landesverrat vorbereitete, wurde im Untersuchungsverfahren nicht bestätigt.

B. wurde als Kandidat der WKP(B) gestrichen. Das Untersuchungsverfahren in der Sache B. ist abgeschlossen, in den nächsten Tagen wird B. vom Militärtribunal wegen Verletzung der Dienstvorschriften für den Wachdienst verurteilt werden. *Grund dafür, daß die Meldung nicht rechtzeitig erstattet wurde, war das sich hinziehende Untersuchungsverfahren in dieser Sache.*<sup>52</sup>

Amtierender Chef der Politischen Abteilung der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Major Plotnikow

*An Brunow. [1.] Zusätzlich in die Sammelmeldung aufnehmen, als Fall von Dienstvergehen, nicht von Verrat. Weiter zu kontrollieren. 2. Mit vollem Text der Sonderabteilung zur Kenntnis geben. 4. Apr. [19]46 Skorodumow.*

*Erkundigungen. Operative Abteilung informiert – wird man in die Sammelmeldung nicht aufnehmen. Brunow. 5. Mai [19]46. Wurde registriert.*

*RGWA 38650/1/1223, Bl. 67. Original.*

<sup>51</sup> Skorodumow, Pjotr Alexandrowitsch (1907–1983), Generalmajor; 1943–50 Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MWD der UdSSR.

<sup>52</sup> Der kursiv gesetzte Satz wurde handschriftlich eingefügt.

**Nr. 190. Bericht des Kommandeurs des 105. Grenzregiments Oberstleutnant Alexejew an den Chef der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD über den Tod des Gefreiten Jakowlew. 5. April 1946**

Geheim

Nr. 1/Sch-0757

An den Chef der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD  
Kopie an: Staatsanwalt der MWD-Truppen

**Ergänzung zur chiffrierten Meldung Nr. 99 vom 1. April 1946**

Am 31. März 1946 um 17.30 Uhr führte der Chef der 15. Einsatz-Sicherungseinheit Leutnant Solotowski die gesamte dienstfreie Mannschaft der Einheit in ein deutsches Kino zum Besuch des Films „Tschapajew“. Nach der Aufführung um 19.30 Uhr ließ er die Mannschaft antreten und befahl Hauptfeldwebel Kudinow, das Kommando über den Trupp zu übernehmen, er selbst ging voraus. Hauptfeldwebel Kudinow erlaubte dem Sergeanten Dimitrijew, dem Gefreiten Jakowlew und dem Rotarmisten Trofimow (aus Krankheitsgründen), die Einheit außerhalb der Marschkolonne zu begleiten, sie gingen 30 Meter vor der Kolonne auf dem Bürgersteig.

An der Kreuzung Hohenzollern- und Kinewaldestraße<sup>53</sup> im Vorort Glienicke fuhr ein von hinten kommender Pkw der Marke DKW mit einer Geschwindigkeit von 80-90 km/h auf den Bürgersteig und stieß mit der rechten Stoßstange den dort gehenden Gefreiten Jakowlew um, der mit dem Hinterkopf auf den rechten vorderen Kotflügel des Autos schlug. Infolge des Blutverlustes starb der Gefreite Jakowlew.

Sergeant Dimitrijew rief dem vorausgehenden Chef der Sicherungseinheit Leutnant Solotowski zu, er solle Maßnahmen zum Anhalten des wegfahrenden Pkws ergreifen. Leutnant Solotowski gab zwei Warnschüsse aus der Pistole ab, doch der Pkw hielt nicht an, sondern entfernte sich mit hoher Geschwindigkeit auf der Hohenzollernstraße. Leutnant Solotowski hielt den ersten Pkw an, der dem Pkw gefolgt war, das den Gefreiten Jakowlew angefahren hatte. Aus diesem Auto stieg ein Hauptmann der 9. Operativen Gruppe aus und schrie, warum man auf seinen Pkw schieße ...

Leutnant Solotowski fragte, wer in jenem Pkw gefahren sei. Der Hauptmann antwortete, es seien ein Hauptmann aus der 9. Operativen Gruppe und dessen Frau darin gewesen. Leutnant Solotowski hielt den Pkw bis zum Eintreffen des Chefs der Operativen Gruppe Major Sewastjanow<sup>54</sup> am Unfallort fest.

Nach seinem Eintreffen am Unfallort begab sich Major Sewastjanow zusammen mit Leutnant Solotowski und zwei Soldaten auf die Suche nach dem Pkw.

Ein Pkw der Marke DKW wurde in einer Straße entdeckt, in der die Operative Gruppe stationiert ist. Diesen Pkw schob Hauptmann Podoroschny mit den Händen und dirigierte ihn die Straße entlang.

Auf die Frage, wohin er den Pkw bringt und wem er gehört, antwortete Hauptmann Podoroschny, das wisse er nicht, irgend jemand habe ihn abgestellt und er wolle ihn von seiner Wohnung weggrollen.

Bei der weiteren Nachforschung stellte sich heraus, daß der Pkw der Marke DKW, mit dem der Gefreite Jakowlew getötet wurde, dem Mitarbeiter der 9. Operativen Gruppe Hauptmann Ossokin

---

<sup>53</sup> Vermutlich ist die Kindelwaldpromenade gemeint, die in die Karl-Liebkecht-Straße (früher Hohenzollernstraße) einmündet (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>54</sup> Sewastjanow, Iwan Stepanowitsch (1917–).

gehörte. Am rechten vorderen Kotflügel war eine eingedrückte Stelle in Form eines Hinterkopfes zu sehen.

Der Chef der Operativen Gruppe Major Sewastjanow ließ zur Klärung des Falles Hauptmann Ossokin rufen. Doch da Hauptmann Ossokin völlig betrunken war, konnte der Schuldige nicht festgestellt werden.

Bei einem Gespräch mit dem Chef der Operativen Gruppe Major Sewastjanow gab dieser an, daß Hauptmann Ossokin am 1. April d.J. am frühen Morgen ohne seine Erlaubnis an einen 120 Kilometer von Glienice entfernten Ort zur operativen Arbeit gefahren sei, wo er früher gearbeitet habe.

Somit gelang es nicht, den Schuldigen festzustellen, der den PKw gefahren und den Tod des Gefreiten Jakowlew verursacht hatte.

Die dienstliche Voruntersuchung wurde vom Ermittler des Regiments Oberleutnant Afanasjew geführt. Das Material wurde der Sonderkommission der Zentralen Operativen Gruppe des MWD übergeben, die die Untersuchung in der Sache übernommen hat.

Anlage: Lageskizze vom Ort, an dem der Gefreite Jakowlew getötet wurde<sup>55</sup>

Kommandeur des 105. Rotbanner-Grenzregiments der NKWD-Truppen

Oberstleutnant Alexejew

Chef des Regimentsstabs Major Maschin

*Gen. Sidnew schreiben und darum bitten, daß eine Untersuchung vorgenommen wird und man die Schuldigen zur Verantwortung zieht. Wolkow. 3. Apr. [1946].*

*RGWA 32925/1/141, Bl. 123 mit Rückseite. Original.*

**Nr. 191. Begleitschreiben des Chefs der MWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor Simin an den Chef der Hauptverwaltung Innere Truppen des MWD der UdSSR mit Befehl des Operativen Sektors des MWD für die Provinz Sachsen zur Überstellung des Mitarbeiters des Operativen Sektors P. P. P. an das Militärtribunal im Anhang. 4. Mai 1946**

Geheim „West“

Nr. Sch/1-01412

Am 14. April 1946 wurde in der Stadt Halle der Gefreite des 92. Grenzregiments Pawel Afanasjewitsch Tischajew vom Mitarbeiter des Operativen Sektors des MWD für die Provinz Sachsen P. mit einem Pistolenschuß getötet.

Die Untersuchung in dieser Sache wurde vom Chef des Operativen Sektors des MWD Gen. Generalmajor Martirosow geführt.

Mit beigefügtem Befehl Nr. 064 vom 17. April 1946 wird P. dem Militärtribunal übergeben.

Anhang: Text auf einem Blatt nur an die Adr[esse].

Chef der Truppen des MWD zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD

Generalmajor Simin

Stabschef Oberst Wolkow

<sup>55</sup> Die genannte Lageskizze wird hier nicht veröffentlicht.

*Anlage*

Befehl des Chefs des Operativen Sektors der SMA der Provinz Sachsen: „Zur Übergabe des Mitarbeiters der 4. Unterabteilung der 4. Abteilung des Operativen Sektors P. P. P. an das Militärtribunal“

Geheim

17. April 1946

Nr. 064

Halle

Am 14. April 1946 wurde in der Wohnung der Gruppe für Observierung der 4. Abteilung des Operativen Sektors vom Mitarbeiter dieser Gruppe, dem Repatrianten P. P. P., der Gefreite des 92. Karpaten-Rotbannerorden-Grenzregiments der MWD-Truppen Pawel Afanasjewitsch Tischajew getötet.

Die Tötung geschah unter folgenden Umständen:

Meinem Befehl gemäß suchte der operative Diensthabende des Operativen Sektors Leutnant Wassilkowski den Chef der 4. Unterabteilung der 4. Abteilung Hauptmann Rogosin, der am 14. April 1946 um 9.00 Uhr morgens zur Erfüllung einer wichtigen operativen Aufgabe wegfahren sollte. Da der operative Diensthabende nicht die Wohnadresse von Hauptmann Rogosin wußte, ging er in die Garage und bat darum, Rogosins Fahrer nach diesem zu schicken. Am 14. April 1946 um 7.00 Uhr rief der Dolmetscher von Hauptmann Rogosin, Fisun, beim operativen Diensthabenden an und teilte mit, daß Rogosin bereits am frühen Morgen zur Jagd ausgefahren sei. Da Dolmetscher Fisun sah, daß man Rogosin suchte und annahm, es könnte sich um eine dringende Aufgabe handeln, beschloß er, den schlafenden Mitarbeiter für Observierung P. zu wecken, doch dieser weigerte sich aufzustehen und verlangte, man solle ihn in Ruhe lassen. Als Gefreiter Tischajew sah, daß Fisun P. nicht zum Aufstehen bewegen konnte, beschloß er seinerseits auf P. einzuwirken und wollte ihn wecken. Darüber geriet P. in Wut, holte seine Pistole unter dem Kopfkissen hervor und schoß auf Tischajew, der einige Stunden später an der zugefügten Kopfwunde starb.

Einer Erlaubnis höhergestellter Chefs gemäß waren vier Rotarmisten aus dem 92. Grenzregiment abgestellt worden, die in regelmäßigen Abständen zur Observierung von Objekten herangezogen wurden. Die vier zugeteilten Rotarmisten hatten eine entsprechende Ausbildung erhalten, und in der Garderobe befand sich für sie die entsprechende Ausstattung. Hauptmann Rogosin hatte den Befehl erhalten, diese Rotarmisten nur für die zur Erfüllung der Aufgabe erforderliche Zeit aus ihrem Regiment zu holen. Die gesamte übrige Zeit sollten sie sich in ihrem Truppenteil aufhalten. Entgegen diesem Befehl behielt der Chef der 4. Unterabteilung der 4. Abteilung Hauptmann Rogosin die Rotarmisten Tischajew und Serpkow über einen längeren Zeitraum, nämlich einen Monat, ständig in der Gruppe, wo sie auch gepflegt wurden. Für den ständigen Aufenthalt der Rotarmisten Tischajew und Serpkow in der Gruppe bestand keine Notwendigkeit, noch weniger am Sonntag, den 14. April, als die Gruppe für Observierung keinerlei Aufgaben zu erfüllen hatte und die Rotarmisten bei ihrem Truppenteil hätten sein müssen.

Hauptmann Rogosin hatte zwar die Erlaubnis meines Stellvertreters Gen. Oberst Kusnezow<sup>56</sup>, am 14. morgens zur Jagd zu fahren, doch er informierte den operativen Diensthabenden nicht darüber, wann und wohin er fährt und wo er nötigenfalls zu finden wäre. Damit verletzte er den Befehl des Operativen Sektors Nr. 059 vom 9. April 1946.

---

<sup>56</sup> Kusnezow, Alexandr Wassiljewitsch (1907–1983), Oberst; 1935 Absolvent eines Bergbauinstituts; ab 1938 in der Staatssicherheit; 1927 WKP(B). 1945–47 stellvertretender und 1947 (kommissarischer) Chef des Operativen Sektors des NKWD/MWD/MGB der Provinz Sachsen-Anhalt, 1949–60 in Transportorganen des MGB/KGB der UdSSR.

Ich befehle:

1. Der Mitarbeiter der Gruppe für Observierung der 4. Abteilung des Operativen Sektors, der Repatriant Pjotr P. P. ist zu verhaften und dem Militärtribunal der MWD-Truppen zu übergeben.

2. Der Chef der 4. Unterabteilung der 4. Abteilung Hauptmann Rogosin erhält für die Verletzung meines Befehls bezüglich des Einsatzes von Rotarmisten des 92. Grenzregiments für die Erfüllung von Observierungsaufgaben sowie für die Nichteinhaltung meines Befehls Nr. 059 vom 9. April 1946 fünf Tage Arrest ohne Erfüllung dienstlicher Pflichten.

3. Es ist künftig verboten, Rotarmisten des 92. Grenzregiments für Observierungsaufgaben einzusetzen, falls ich nicht in jedem Einzelfall eine Sondererlaubnis dazu erteilt habe.

Von diesem Befehl ist das operative Personal des Operativen Sektors in Kenntnis zu setzen.

Chef des Operativen Sektors der SMA der Provinz Sachsen Generalmajor G. Martirosow

*Zur Registrierung. Überprüfen, ob rechtzeitig Meldung erstattet wurde. 10. Mai. Karpow.*

*RGWA 38650/1/288, Bl. 62. Original; Bl. 63 mit Rückseite. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 192. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Bezirkskommandantur Gera Woloschin an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja<sup>57</sup> über einen Skandal, den Mitarbeiter der Spionageabwehr der 8. Garde-Armee im Operntheater auslösten. 21. Juni 1946**

Geheim

**Meldung**

über ein außerordentliches Vorkommnis – den von einer Gruppe von Militärangehörigen verursachten Skandal in der Stadt Altenburg

Die Umstände, unter denen sich das außerordentliche Vorkommnis ereignete, waren folgende:

Am 20. Juni 1946 um 21.00 Uhr kamen der Mitarbeiter der Operativen Gruppe der 8. Garde-Armee Hauptmann Beloussow (Mitglied der WKP(B)), der Mitarbeiter des in Altenburg stationierten Beutebataillons Oberleutnant Uschakow (Mitglied der WKP(B)) und Sergeant Karpelew, der Fahrer von Hauptmann Beloussow, im betrunkenen Zustand während der Vorstellung in das Operntheater der Stadt Altenburg. Sie nahmen in der Theaterloge Platz und begannen zu rauchen, sich laut zu unterhalten und zu fluchen, verhielten sich provozierend. Nachdem die Theaterdirektion sie gebeten hatte, sich an die Ordnung zu halten, schlugen sie Lärm und bedachten die im Theater anwesenden Deutschen mit den übelsten Schimpfworten (Ihr seid alle Faschisten, ihr seid Lumpen).

Sergeant Karpelew verließ die Loge und ging auf die hintere Bühne, wo sich Künstler aufhielten. Er beschimpfte die Künstler mit unanständigen Worten, ging auf einen von ihnen los, während die übrigen Künstler die Flucht ergriffen, auch diejenigen, die gerade auf der Bühne im zweiten Akt des Stückes spielten. Daraufhin wurde die Aufführung abgebrochen, unter den anwesenden deutschen Bürgern im Saal erhob sich Lärm und Empörung über das Verhalten der russischen Militärangehörigen. Im Saal befanden sich mehr als 600 Besucher, darunter sechs Militärangehörige. Als der Theaterdirektor Sergeant Karpelew bat, die Vorstellung nicht weiter zu stören, zog dieser seine Pistole und richtete sie auf den Direktor.

<sup>57</sup> Kudrja, A. Ja.



Die Direktion des Theaters wandte sich daraufhin an die Kommandantur, die ihrerseits Stadtkommandant Oberstleutnant Rogow<sup>58</sup> informierte. Dieser erschien und es gelang ihm nur mit großer Mühe, die Krawallmacher festzunehmen. Sergeant Karpelew, aufgehetzt von Hauptmann Beloussow, leistete dem Kommandanten bewaffneten Widerstand, doch mit Hilfe des Kommandos konnte ihm die Waffe aus der Hand geschlagen werden, als er sie auf den Kommandanten richtete.

Nach der Festnahme der Krawallmacher, d. h. nach etwa 30 bis 40 Minuten, nahm das Theater die Vorstellung wieder auf und gab den 3. Akt, doch ein großer Teil der deutschen Zuschauer hatte aus Empörung über das Vorgefallene das Theater verlassen.

Hauptmann Beloussow und Oberleutnant Uschakow wurden am 21. Juni, um 1.00 Uhr nachts freigelassen, nachdem ihre Vorgesetzten informiert worden waren. Sergeant Karpelew wurde verhaftet und befindet sich in der Kommandantur von Altenburg. Dort wird auch der Pkw einbehalten.

Darüber wollte ich Ihnen Meldung erstatten.

Chef der Politischen Abteilung der Militärkommandantur des Bezirks Gera Oberstleutnant Woloschin

#### *Anlage*

Liste der Militärangehörigen, die in der Meldung erwähnt werden:

1. Hauptmann Beloussow – Mitarbeiter der Spionageabwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee
2. Oberleutnant Uschakow – Bevollmächtigter der Spionageabwehr „Smersch“ des Beutebataillons der 15. Beutebrigade
3. Sergeant Karpelew – Fahrer bei der Spionageabwehr „Smersch“ der 8. Garde-Armee.

*Meldung 1. an die Politische Abteilung der Armee, 2. an die Staatsanwaltschaft der SMA. 22. Juni [19]46. [Unterschrift].*

*Gemeldet. 22. Juni [19]46. [Unterschrift].*

*GARF 7184/1/53, Bl. 103-104. Original.*

### **Nr. 193. Meldung des amtierenden Militärkommandanten von Stadtroda Major Wassiljew an den Militärstaatsanwalt der SMA Thüringen und an den Chef der Verwaltung der Bezirksmilitärkommandantur Gera über das untragbare Verhalten von Mitarbeitern der militärischen Abwehr. 22. Juli 1946**

Geheim

Nr. 0516

An den Militärstaatsanwalt des Landes Thüringen

An den Chef der Bezirkskommandantur Gera

Kopie an: Politische Abteilung des Bezirks Gera

Am 19. Juli d. J. forderten die Militärangehörigen der Abwehrabteilung „Smersch“ der in Naumburg stationierten 10. Panzerjägerbrigade der Reserve des Oberkommandos Oberleutnant P. und

---

<sup>58</sup> Rogow, Iwan Iwanowitsch (1910–), Oberstleutnant; 1938 WKP(B), im Krieg zuletzt Regimentskommandeur, ab März 1946 Stadt- und Kreiskommandant von Altenburg/Thüringen.

Hauptmann D. die Deutschen Ruth G. und Margot Sch. (Dolmetscherinnen, die für die Militärkommandantur in Stadtroda arbeiten) in Eisenberg dazu auf, sich zu ihnen ins Auto zu setzen und ihnen den Weg zum Wohnsitz von Herrn Schilling, des Kriminalsekretärs von Eisenberg, zu zeigen, zu dem die beiden Frauen auch gerade unterwegs waren.

Doch statt zum Haus von Herrn Schilling zu fahren, erhöhte Oberleutnant P. die Geschwindigkeit, fuhr auf die Autobahn und brachte die beiden Frauen in einen Wald. Hier vergewaltigte Oberleutnant P. Ruth G. unter Androhung von Waffengewalt; Hauptmann D. versuchte ebenfalls unter Drohung mit der Waffe Margot Sch. zu vergewaltigen, doch diese konnte sich von ihm losreißen und in den Wald fliehen, wobei er zwei Schüsse aus seiner Pistole abgab.

Ruth G. wurde von ihnen zurück nach Eisenberg gebracht, wo diese unverzüglich dem Polizisten Herrn Schilling das Vorgefallene meldete.

Da sich Oberleutnant P. ebenfalls dort aufhielt, bereitete es keine besondere Mühe, den Vergewaltiger zu identifizieren, denn Herr Schilling kannte ihn vom Ansehen noch aus der Zeit, als die 40. Brigade in Eisenberg stationiert war. Die andere Betroffene war mit dem Schrecken davongekommen und kehrte am Morgen des folgenden Tages aus dem Wald nach Eisenberg zurück.

Nach alledem gingen Hauptmann D. (der sich bei der versuchten Vergewaltigung die Schulterstücke abgerissen hatte, was von vielen Zeugen bestätigt wird), Oberleutnant P., Oberstleutnant S., früher Stabschef der 10. Brigade, und noch ein Offizier in die Wohnung von Herrn Richter, des Besitzers einer Likörfabrik, und wollten dort übernachten. Zwischen Richter, seiner Tochter und Hauptmann D. kam es zu einem heftigen Streit, der die Anstandsgrenzen überschritt – Richter schlug seine Tochter, Hauptmann D. wollte mit einem Glas Richters Frau schlagen. Von dem Geschehen erfuhr der Chef des Lazarets 5250 Major Kowaltschuk. Nachdem er das Haus, in dem sich die Offiziere befanden, umstellen ließ, forderte Major Kowaltschuk diese auf, herauszukommen und verlangte von ihnen eine Erklärung. Hauptmann D. kam aus dem Haus gewankt und schoß auf Obersergeant Trojan, und als sich dieser hinter einer Ecke zu verbergen suchte, schoß Oberleutnant D. noch einmal. Als Reaktion darauf gab Obersergeant Trojan einen Schuß in die Luft ab.

Nach Klärung [der Situation] gelang es Major Kowaltschuk, die genannten Offiziere zur Ordnung zu rufen.

Am 20. Juli 1946 gab ich dem Gehilfen des Stabschefs Hauptmann Tytschin den Auftrag, die Umstände und das Wesen dieser Angelegenheit aufzuklären. Als er zusammen mit Major Kowaltschuk Ermittlungen vornahm, erschienen der Bevollmächtigte des MWD für Eisenberg Leutnant D. und Hauptmann D., beide hochgradig betrunken, im Lazarett. Leutnant D. begann unter Mißachtung von Rangordnung und Dienstvorschrift Major Kowaltschuk und Hauptmann Tytschin mit unflätigen Worten zu beschimpfen, wobei er erklärte, die einzige Macht in Eisenberg, das sei er, und deshalb verbiete er, daß ein Mitarbeiter der Kommandantur nach Eisenberg kommt; schließlich schimpfte er auch noch mit nicht wiederzugebenden Ausdrücken auf die Generalmajore Kolesnitschenko und Karpeljuk (siehe das Untersuchungsmaterial)<sup>59</sup>.

Auf der Grundlage des Obengenannten leitete der militärische Untersuchungsführer der Militärkommandantur für den Kreis Stadtroda Hauptmann Pschedezki eine Voruntersuchung ein, deren Material an den Militärstaatsanwalt für das Land Thüringen geschickt wurde.

Ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß das flegelhafte und schändliche Verhalten von Hauptmann D., Oberleutnant P. und Leutnant D., das die Ehre und Würde der Roten Armee tief verletzt, auch die Organe des MWD und der Spionageabwehr „Smersch“ in den Augen der Militärangehörigen und der deutschen Bevölkerung diskreditiert. Mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Wahlen zu den deutschen Selbstverwaltungen verlangt die Angelegenheit der

<sup>59</sup> Vgl. Dokument Nr. 196.

Vergewaltigung in Eisenberg eine unverzügliche und genaue Untersuchung, worum ich hiermit bitten möchte.

Amtierender Militärkommandant des Kreises Stadtroda Major Wassiljew  
Chef des Stabes Hauptmann Pschedezki

*Gemeldet am 24. Juli [19]46.<sup>60</sup>*

*GARF 7184/1/53, Bl. 148-149. Original.*

**Nr. 194. Begleitschreiben zur Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Militärkommandantur für den Bezirk Gera Woloschin an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja über rowdyhaftes, gewalttätiges Verhalten von Offizieren der Spionageabwehr der 40. Panzerjägerbrigade mit Anlage. 24. Juli 1946**

Geheim

Nr. 0124

Ich übermittle eine Meldung über rowdyhaftes und gewalttätiges Verhalten von Offizieren der Abteilung Abwehr „Smersch“ der 40. Panzerjägerbrigade, das sich im Bereich der Kreiskommandantur Stadtroda zugetragen hat, sowie die Politische Meldung des Militärkommandanten von Stadtroda Major Wassiljew zu diesem Fall.

Anlage: Meldung von Major Wassiljew, persönlich<sup>61</sup>

Instrukteur der Politischen Abteilung des Bezirks Gera Hauptmann Kurydkaschin

*Anlage*

Geheim

An den Chef der Politischen Abteilung der SMA des Landes Thüringen Oberst Kudrja

**Meldung**

Über einen Fall rowdyhaften und gewalttätigen Verhaltens von Offizieren der Abteilung Abwehr „Smersch“ der 40. Panzerjägerbrigade, der sich im Bereich der Kreiskommandantur Stadtroda ereignete

Am 19. Juli 1946 kamen gegen 21.00 Uhr die Mitarbeiter der Abwehrabteilung „Smersch“ der 40., in Naumburg stationierten Panzerjägerbrigade der Reserve des Oberkommandos, Oberleutnant P. und Hauptmann D., in die Stadt Eisenberg, die im Bereich der Militärkommandantur Stadtroda liegt.

Auf einem Platz in der Stadt, wo sie anhielten, riefen sie zwei junge deutsche Frauen, Ruth G. und Margot Sch., zu sich, die über den Platz liefen (wie sich herausstellte, waren sie Teilnehmerinnen an einem Lehrgang für Dolmetscher). Diese fragten sie, ob sie ihnen den Weg zur Wohnung von Kriminalsekretär (Chef der Kriminalpolizei) Schilling zeigen könnten. Die Frauen antworteten darauf, sie wüßten, wo dieser wohnt, und erklärten zudem, sie seien gerade zu ihm unterwegs, da eine von ihnen eine gute Bekannte von Schilling sei.

---

<sup>60</sup> Vgl. das folgende Dokument Nr. 194.

<sup>61</sup> Tatsächlich wird in der Anlage die Meldung von Oberstleutnant Woloschin mitgeteilt (Anm. d. Übers. R. S.).

Die Offiziere luden sie zu sich ins Auto ein, doch die Frauen weigerten sich zunächst und stiegen erst ein, als die Offiziere das von ihnen forderten und erklärten, sie seien Mitarbeiter der GPU.

Statt aber zu Kriminalsekretär Schilling zu fahren, rasten die Offiziere mit hoher Geschwindigkeit davon und fuhren aus der Stadt hinaus.

Die Offiziere waren angetrunken. Oberleutnant P. und Hauptmann D. hielten etwa drei Kilometer außerhalb der Stadt an, es war inzwischen gegen 22.00 Uhr. Oberleutnant P. zwang Ruth G. unter Drohungen mit der Waffe, mit ihm in den Wald zu kommen, in dessen Nähe das Auto stand. Dort wurde Ruth G. von Oberleutnant P. vergewaltigt.

Ruth G. war früher verheiratet, zur Zeit hat sie keinen Mann, sie ist 23 Jahre alt, stammt aus der Thüringer Provinz, von Beruf ist sie Lehrerin, Mitglied der Einheitspartei<sup>62</sup>, Teilnehmerin an einem Dolmetscherlehrgang in Eisenberg. Vor kurzem war sie auf Anordnung der Polizei zusammen mit Margot Sch. zeitweilig in der Verwaltung des Militärkommandanten von Stadroda eingesetzt worden, um bei Aufgaben im Zusammenhang mit den Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen mitzuhelfen. Am 19. Juli 1946 waren die beiden Dolmetscherinnen Ruth G. und Margot Sch. mit Erlaubnis des Stabschefs der Kommandantur für einige Zeit in persönlichen Angelegenheiten nach Eisenberg gefahren.

Hauptmann D. war mit Margot Sch. im Auto geblieben und begann diese zu bedrängen, indem er ihr Butter und andere Lebensmittel versprach, doch diese verweigerte sich. Daraufhin versuchte er sie zu vergewaltigen, was ihm aber nicht gelang, weil er sie nicht aus dem Auto ziehen konnte. Bei diesem Handgemenge riß er sich die Schulterstücke ab. Dann wollte er Oberleutnant P. um Hilfe rufen, der sich im Wald befand, und gab zwei Schüsse in die Luft ab. Diesen Augenblick, als sich Hauptmann D. etwas vom Auto entfernt hatte, nutzte die Dolmetscherin Margot Sch. aus, sprang aus dem Auto und floh in die entgegengesetzte Richtung in den Wald.

Hauptmann D. schoß aus seiner persönlichen Waffe nach ihr, traf sie aber nicht.

Wie Ruth G. ist auch Margot Sch. Teilnehmerin an einem Dolmetscherlehrgang und arbeitete zeitweilig in der Kommandantur. Sie ist 20 Jahre alt und kommt aus der Provinz Brandenburg.

Gegen 23 Uhr brachten Oberleutnant P. und Hauptmann D. die Dolmetscherin Ruth. G. zurück in die Stadt.

Hauptmann D. stieg aus dem Auto aus und verabedete sich mit Oberleutnant P. um 2.00 Uhr nachts. Oberleutnant P. fuhr Ruth G. zum Haus des Sekretärs der Kriminalpolizei, Herrn Schilling, er selbst blieb im Auto.

Ruth G. sprang aus dem Auto und floh zur Polizei, wo sie über das Vorgefallene Mitteilung machte. Schilling wurde gerufen, der Ruth G. persönlich kannte. Schilling ging auf die Straße und lud Oberleutnant P. zu sich ein, um den Vorfall aufzuklären.

Schilling bot Oberleutnant P. an, ihn nach Naumburg nach Hause zu fahren, womit dieser einverstanden war. Als sie aber auf die Straße kamen, setzte sich Oberleutnant P. ans Steuer. Da Schilling sah, daß dieser betrunken war, weigerte er sich mitzufahren, woraufhin P. allein davonfuhr.

Schilling fuhr mit einem Trupp seiner Polizisten in das Gebiet, wo die Vergewaltigung stattgefunden hatte, um Margot Sch. zu suchen. Bis 3.00 Uhr morgens durchstreiften sie das ganze Waldgebiet, konnten aber Margot Sch. nicht finden.

Margot Sch. blieb bis zum Morgen im Wald und kehrte dann in die Stadt zurück.

Als Schilling von der Suche nach Margot Sch. zurückkam, erhielt er die Nachricht, daß im Haus des Besitzers einer Likörfabrik, eines gewissen Richter, russische Militärangehörige randalieren.

Schilling wandte sich an den Chef des Lazarets 5250 Major Kowaltschuk und bat um Hilfe. Major Kowaltschuk umstellte mit einem Trupp Soldaten (etwa 12 MPi-Schützen) Richters Haus. Hauptmann D. kam aus dem Haus und begann zu schießen, wobei er den Sergeanten des Laza-

<sup>62</sup> Gemeint ist die SED.

retts Trojan fast getötet hätte. Daraufhin kam Oberstleutnant Skorynin (ehemaliger Stabschef der 40. Brigade) heraus und lud Major Kowaltschuk ins Haus ein, um die Angelegenheit zu klären. Nach allen Erklärungen im Haus von Richter lud Major Kowaltschuk Oberstleutnant Skorynin, Hauptmann D. und Oberleutnant P. zur Klärung des gesamten Vorfalls zu sich ins Lazarett ein, wo sie bis 5.00 oder 6.00 Uhr morgens blieben.

Nach allem Streit verließ Oberstleutnant Skorynin das Lazarett, die beiden anderen – D. und P. – fuhren etwas später weg zu ihren Freunden in der Stadt.

Im Grunde ging es bei dem Skandal um folgendes: Hauptmann D. hatte zu der Zeit, als seine Brigade in Eisenberg stationiert war, bei dem Besitzer der Likörfabrik Richter gewohnt und war auch noch nach Verlegung der Brigade an einen anderen Ort mehrmals bei Richter in dessen Wohnung.

In der Nacht vom 19. zum 20. Juli d. J. hielten sich außer Hauptmann D. und Oberleutnant P. auch noch Oberstleutnant Skorynin in Richters Wohnung auf. Hausherr Richter hatte von seiner Tochter verlangt, das Zimmer zu verlassen, in dem sich die Offiziere befanden, und sich insbesondere von Hauptmann D. fernzuhalten. Doch diese weigerte sich, woraufhin sie der Vater aus dem Zimmer zog und schlug. Nun begann Hauptmann D. zu lärmern und zu schimpfen. Als auf diesen Lärm hin Frau Richter erschien, warf D. ein Teeglas nach ihr, ohne sie aber zu treffen. Er verlangte, daß sie sich sofort aus dem Zimmer zu entfernen habe.

Über diesen Skandal wurde der Chef der Kriminalpolizei, Herr Schilling, von irgendeinem Deutschen informiert.

Im Auftrag des Militärkommandanten des Kreises Stadtroda traf der militärische Untersuchungsführer der Kommandantur Hauptmann Tytschin am 20. Juli d. J. zwischen 14 und 15 Uhr in Eisenberg ein, um eine Untersuchung einzuleiten.

Während der Befragung im Lazarett, wo sich Hauptmann Tytschin aufhielt, kamen der Bevollmächtigte des MWD für die Stadt Eisenberg Leutnant Demidow und Hauptmann D. im betrunkenen Zustand hinzu. Leutnant Demidow begann die Randalierer und Vergewaltiger Hauptmann D. und Oberleutnant P. zu verteidigen. Außerdem beleidigte er auf grobe, unanständige Weise den Chef des Lazaretts Major Kowaltschuk und Hauptmann Tytschin, wobei er erklärte: Ich bin Herr in der Stadt, keinen eurer Chefs erkenne ich an. Und in nicht wiederzugebenden Ausdrücken äußerte er sich über die Generäle Kolesnitschenko und Karpeljuk<sup>63</sup>. Leutnant Demidow erklärte weiter: „Mein Dienstherr ist allein General Beschadow, außer ihn erkenne ich niemanden an.“

Das gewalttätige, rowdyhafte Verhalten von Oberleutnant P. und Hauptmann D. ist bei vielen Einwohnern Eisenbergs bekannt geworden und hat eine für uns ungünstige Stimmung unter der Bevölkerung ausgelöst.

Den Bericht über die obengenannten Fakten verbinde ich mit der Bitte, Hauptmann D. und Oberleutnant P. zu bestrafen und zudem unverzüglich Leutnant Demidow aus Eisenberg abzu ziehen, der sich nicht nur im Zusammenhang mit der Angelegenheit D. und P., sondern auch schon früher völlig kompromittiert hat.

Der Bericht wurde anhand des Untersuchungsmaterials sowie nach Gesprächen mit Mitarbeitern der Kommandantur Stadtroda, die mit dieser Angelegenheit befaßt waren, zusammengestellt.

Chef der Politischen Abteilung der Militärkommandantur für den Bezirk Gera  
Oberstleutnant Woloschin

*Gen. Tscherepanow. 1. Meldung an die Politische Verwaltung der SMA[D], der Armee und an Beschadow. 2. Original an General Kolesnitschenko. A. Kudjra. 26. Juli [19]46. Meldung erfolgt. 29. Juli [19]46.*

*GARF 7184/1/53, Bl. 144-147. Original.*

---

<sup>63</sup> Vgl. Dokument Nr. 196.

**Nr. 195. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der Verwaltung der Militärkommandantur für den Bezirk Erfurt Oberst Awramow an den Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Kudrja über rowdyhaftes Verhalten von Mitarbeitern einer Operativen Gruppe des NKWD. 25. Juli 1946**

Geheim

**Außerordentliche Politische Meldung über ein besonderes Vorkommnis  
im Kreis Mühlhausen**

Ich melde einen Fall rowdyhaften Verhaltens, der sich am Abend des 21. Juli 1946 in der Gaststätte Schützenberg in Mühlhausen ereignete. Am 21. Juli 1946 ging gegen 23.00 Uhr bei der Kommandantur eine Mitteilung der städtischen Polizei ein, daß in der Gaststätte Schützenberg bei einer Tanzveranstaltung unbekannte Russen in Zivil einen Deutschen verprügeln.

Eine Patrouille der Militärkommandantur begab sich dorthin und fand einen zusammengeslagenen Deutschen, der bewußtlos war und auf der Straße vor der Gaststätte lag. Außer Schlägen waren ihm auch Messerstiche zugefügt worden. Die Schuldigen, bei denen es sich um die Zivilangestellten der örtlichen Operativen Gruppe Iwan P. Ch. und Iwan K. U. handelte, wurden ungeachtet ihres Widerstands festgenommen und zur Kommandantur gebracht. Der niedergeschlagene Deutsche Anton aus dem Dorf Sundhausen, Kreis Langensalza, befand sich in besorgniserregendem Zustand und wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. Die Festgenommenen wurden auf Anweisung des Militärstaatsanwalts des Landes Thüringen den Untersuchungsorganen des Operativen Sektors bei der SMA Thüringen übergeben. Eine Untersuchung läuft.

Chef der Politischen Abteilung der Verwaltung der Militärkommandantur für den Bezirk Erfurt Oberst Awramow

*Gen. Gerassimow. Mitteilung an Gen. Beschanow. A. Kudrja. 26. Juli [19]46.*

*Mitteilung bereits erfolgt. 23. Juli [19]46. [Unterschrift].*

*GARF 7184/1/53, Bl. 150. Original.*

**Nr. 196. Begleitschreiben des Chefs der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko an den Chef des Operativen Sektors des MWD Generalmajor Beschanow zum Protokoll einer Vernehmung des Gehilfen des Chefs der Militärkommandantur des Kreises Stadtroda über das Verhalten von Mitarbeitern des MWD. 26. Juli 1946**

Streng geheim

Nr. 01495

Hiermit sende ich Ihnen die Kopie des Protokolls einer Vernehmung des Gehilfen des Stabschefs der Militärkommandantur des Kreises Stadtroda Gen. Tytschin zum Verhalten des Bevollmächtigten der Operativen Gruppe des MWD für die Stadt Eisenberg, Gen. Leutnant D., und von Hauptmann D.

Ich bitte darum, Gen. D. wegen amoralischen Verhaltens und wegen seiner beleidigenden öffentlichen Äußerungen an meine und an Generalmajor Karpeljuks Adresse gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Anlage: Das Genannte auf „...“ Blatt<sup>64</sup>.

Chef der SMA-Verwaltung Thüringen Garde-Generalmajor Kolesnitschenko

*GARF 7184/1/10, Bl. 486. Kopie.*

**Nr. 197. Begleitschreiben des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors des MWD für die Provinz Sachsen für Kaderfragen Oberstleutnant Schelnow<sup>65</sup> an den Militärstaatsanwalt der Inneren Truppen des MWD in Deutschland Oberstleutnant Tomtschakowski mit Befehl über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den ehemaligen Chef der Operativen Gruppe des MWD des Kreises Sangerhausen im Anhang. 14. August 1946**

Geheim

Nr. 08/1894

Auf Ihr [Schreiben] Nr. 0897 vom 30. Juli 1946

Ich übermittle Ihnen die Kopie des Befehls des Chefs des Operativen Sektors der SMA der Provinz Sachsen über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den ehemaligen Chef der Operativen Gruppe des Kreises Sangerhausen Major Stepan Alexejewitsch Bogdanow wegen der Verwundung des Rotarmisten Wassili Tarassowitsch Pilipenko.

Anlage: Kopie des Befehls

Stellvertretender Chef für Kaderfragen des Operativen Sektors der SMA für die Provinz Sachsen Oberstleutnant Schelnow

*Anlage*

Befehl des Chefs des Operativen Sektors der SMA für die Provinz Sachsen

„Über die Verhängung einer Disziplinarstrafe über den ehemaligen Chef der Operativen Gruppe des Kreises Sangerhausen, Bezirk Merseburg, Major Stepan Alexejewitsch Bogdanow“

Geheim

13. August 1946

Nr. 0166

Halle

Am 17. Juli 1946 um 18.00 Uhr befand sich der ehemalige Chef der Operativen Gruppe des Kreises Sangerhausen Major S. A. Bogdanow auf dem Rückweg nach Hause. Zwei bis drei Kilometer vor der Stadt Eisleben sah er, wie ein deutscher Jugendlicher einem unbekannten Rotarmisten gegenüber Widerstand leistete, der ihm sein Fahrrad wegnehmen wollte.

Zur Klärung des Geschehens hielt Major Bogdanow sein Auto an, zeigte seinen Dienstaussweis und befahl dem Rotarmisten, bei dem es sich um den Angehörigen des 603. Granatwerferregiments der 15. Mechanisierten Division W. T. Pilipenko handelte, in das Auto einzusteigen und mit zur Kommandantur zu kommen, was dieser aber kategorisch verweigerte.

---

<sup>64</sup> Fehlt in der Akte.

<sup>65</sup> Schelnow, Alexandr Lawrentjewitsch (1908–1954).

Um die Erfüllung des erteilten Befehls zu erreichen, entscherte Major Bogdanow seine Pistole, und durch einen zufälligen Schuß fügte er dem Rotarmisten Pilipenko eine mittelschwere Verwundung am Kreuz zu.

Ich befehle:

Major Bogdanow erhält wegen seines verbrecherisch-leichtsinnigen Umgangs mit einer Feuerwaffe, in dessen Ergebnis der Rotarmist Pilipenko verwundet wurde, fünf Tage Arrest.

Begründung: Beschluß des Militärstaatsanwalts der Inneren Truppen des MWD vom 30. Juli 1946.

Chef des Operativen Sektors der SMA für die Provinz Sachsen

Generalmajor G. Martirossow

*RGWA 39016/1/99, Bl. 27. Original; Bl. 28. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 198. Direktive des Bevollmächtigten des MWD in Deutschland Generaloberst Serow an die Chefs der Operativen Sektoren des MWD zur unrichtigen Anwendung der Disziplinarvorschrift der Streitkräfte der UdSSR hinsichtlich der Verhängung von Strafen über Offiziere der Inneren Truppen. 15. August 1946**

Geheim

Nr. 0937/s

An die Chefs der Operativen Sektoren des MWD:  
Provinz Brandenburg – Gen. Generalmajor Filatow  
Provinz Sachsen – Gen. Generalmajor Martirossow  
Provinz Mecklenburg – Gen. Generalmajor Nikitin  
Land Sachsen – Gen. Generalmajor Klepow  
Land Thüringen – Gen. Generalmajor Beschanow  
Stadt Berlin – Gen. Generalmajor Sidnew

Kopie an: die Kommandeure des 83., 87., 92., 157., 127., 105. und 38. Schützenregiments der Inneren Truppen des MWD

Nur: An den Kommandeur des 105. Schützenregiments

Infolge der Verletzung des Punktes 6 der Direktive Nr. 002465 vom 27. August 1945 und der unrichtigen Auslegung der Artikel 7, 52 und 57 der Disziplinarvorschrift der Streitkräfte der UdSSR kommt es zu Fällen, in denen Chefs von Operativen Sektoren und Gruppen des MWD direkt über Offiziere der Inneren Truppen des MWD Strafen verhängen.

Ich erinnere an die Notwendigkeit, gegenüber Angehörigen der Inneren Truppen des MWD, die Objekte der Operativen Sektoren bewachen, die Forderungen der Direktive über die Ordnung zur Anwendung von Disziplinarstrafen bzw. Belobigungen strikt einzuhalten und nur über deren direkte Vorgesetzte in Aktion zu treten.

Alle Offiziere der Sektoren sind verpflichtet, die Disziplinarordnung der Streitkräfte der UdSSR zu studieren, und es ist Vorsorge zu treffen, daß die Offiziere die ihnen verliehenen Disziplinarbefugnisse nicht falsch auslegen.

Stellvertretender Innenministers der UdSSR Generaloberst I. Serow

*RGWA 32933/1/49, Bl. 406. Beglaubigte Kopie.*



**Nr. 199. Mitteilung des amtierenden Chefs des Operativen Sektors des MWD des Landes Thüringen Oberstleutnant Nikulin an den Chef der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitschenko bezüglich einer Überprüfung von Aussagen, die in einer Anzeige des Bürgermeisters von Camburg enthalten sind. 8. September 1946**

Streng geheim

Nr. 2/5755

Bei einer Überprüfung der Anzeige von Bürgermeister Esche aus Camburg, Kreis Jena, vom 25. Juli 1946 bezüglich des Operativbevollmächtigten der Operativen Gruppe der Stadt Jena, Leutnant Piskunow, wurde von uns festgestellt, daß die in der Anzeige von Bürgermeister Esche dargelegten Fakten in den meisten Fällen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen und daß ein Teil von ihnen zwar zutrifft, doch nicht in dem Sinne, wie in der Anzeige angegeben.

Die junge Frau Gisela Z. aus dem Dorf Abtlebschew<sup>66</sup> wurde zu keinem Zeitpunkt von Leutnant Piskunow festgenommen und war nicht über Wochen in dessen Wohnung eingeschlossen. Der [anderslautenden] Behauptung wurde von Leutnant Piskunow und von Gisela Z. kategorisch widersprochen.

In Wirklichkeit war Gisela Z. geschlechtskrank und befand sich zur Behandlung in einem deutschen Krankenhaus für Geschlechtskrankheiten in Stadtroda, und mit Wissen des Chefs der Operativen Gruppe von Jena Gen. Major Iwanow wurde Gisela Z. von Leutnant Piskunow aus operativen Gründen aus dem Krankenhaus genommen.

Was die Aussage betrifft, Leutnant Piskunow habe dem Jungen Helmut N. eine Pistole gegeben, so entspricht sie nicht der Wirklichkeit, sie wurde von niemandem bestätigt.

Zur Festnahme von zehn Personen aus dem Dorf Abtšitschitz<sup>67</sup> ist zu sagen, daß diese tatsächlich im April 1946 vorgenommen wurde. Auf eine Information von Helmut N. hin war eine Gruppe von zehn Personen durch die Operativgruppe Jena wegen des Besitzes von Schußwaffen und Munition festgenommen worden. Im Untersuchungsverfahren hat sich die Schuld der genannten Personen voll bestätigt, am 1. Juli 1946 wurde die Untersuchung abgeschlossen und der Fall wurde dem Gericht übergeben.

Unter Berufung auf Aussagen des Ehepaares Strauch aus Camburg hatte Bürgermeister Esche in seiner Erklärung angegeben, daß Leutnant Piskunow in seiner Wohnung nachts oft Frauenbesuch hat, daß sich in seiner Wohnung angeblich eines Nachts sogar sechs bis acht Frauen aufgehalten haben sollen.

Im Gespräch mit Frau Strauch hat diese die Angaben nicht bestätigt.

In seiner Erklärung hat Bürgermeister Esche angegeben, daß am 21. August 1946 Kurt Schindler aus dem Dorf Koatmen festgenommen wurde, ein Bruder des SED-Vorsitzenden von Kaotschen<sup>68</sup>.

Tatsächlich hat es diese Festnahme im Juli 1946 gegeben. Von der Operativen Gruppe Jena, speziell von Leutnant Piskunow, wurde der genannte Kurt Schindler, Bruder des SED-Vorsitzenden des Ortes, wegen des Verdachts der Spionage für den britischen Geheimdienst festgenommen.

Da Kurt Schindler bei seinem Bruder wohnte, war auch dieser von der Haussuchung betroffen, die Leutnant Piskunow durchführte. Dabei nahm Leutnant Piskunow von dem persönlichen Be-

---

<sup>66</sup> Offenbar handelt es sich um das Dorf Abtlöbnitz in der Nähe von Camburg (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>67</sup> Vermutlich handelt es sich hier ebenfalls um das Dorf Abtlöbnitz (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>68</sup> Offenbar beziehen sich beide Bezeichnungen auf den gleichen Ort, bei dem es sich um das in der Nähe von Camburg liegende Dorf Graitschen an der Höhe handeln könnte (Anm. d. Übers. R. S.).

sitz des Inhaftierten einige Sachen an sich, von denen anzunehmen war, daß dieser sie bei seinem Aufenthalt im Gefängnis benötigt.

Was die Festnahme der Bürgerin Thea Holzey in einem Tanzsaal der Stadt Camburg betrifft, so wurde diese tatsächlich festgenommen, doch nicht von Leutnant Piskunow und nicht auf dessen Weisung, sondern von einer Kommandanturstreife, und zwar aus dem Grund, weil Thea Holzey zusammen mit russischen Offizieren in dem Tanzsaal der Stadt Camburg alkoholische Getränke trank.

Amtierender Chef des Operativen Sektors für das Land Thüringen bei der SMAD  
Oberstleutnant Nikulin

*GARF 7184/1/9, Bl. 113-114. Original.*

**Nr. 200. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg Oberst Filinow<sup>69</sup> an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew<sup>70</sup> über die Tötung des stellvertretenden Chefs der Abteilung Inneres der SMA-Verwaltung Hauptmann Morosow<sup>71</sup> und die schwere Verwundung von Oberstleutnant Sch. 13. September 1946**

Streng geheim

**Sondermeldung**

In der Nacht vom 12. zum 13. September 1946 tötete der Operativbevollmächtigte der Unterabteilung für Inneres des Bezirks Brandenburg Oberleutnant T. den Stellvertreter des Chefs der Abteilung Inneres der Provinz Brandenburg Hauptmann Nikolai Iwanowitsch Morosow, Jahrgang 1914, Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1942, Parteiorganisator der Grundorganisation der Abteilung Inneres der Provinz Brandenburg. Die Tat geschah unter folgenden Umständen:

Am 12. September d.J. sollten der Chef der Unterabteilung der Abteilung Inneres für den Bezirk Brandenburg Oberstleutnant Sch. und sein Operativbevollmächtigter Oberleutnant T. zu einer Kommandeursschulung und Parteiversammlung in der Abteilung Inneres der Provinz in Potsdam erscheinen. Dabei sollte der Fall des Kommunisten T. behandelt werden, der sich wegen Trunksucht und anderer Dienstvergehen zu verantworten hatte. Oberstleutnant Sch. sollte gleichzeitig die Dokumente für seine Abkommandierung in die Verwaltung<sup>72</sup> Inneres der SMAD erhalten, die ihn von seinem Posten abgesetzt und ihm am 9. September wegen Trunksucht, Vernachlässigung seiner Arbeit und anderer Dienstvergehen einen strengen Verweis mit Verwarnung ausgesprochen hatte.

Oberstleutnant Sch. und Oberleutnant T. waren aber am 12. September 1946 nicht in Potsdam erschienen. Daraufhin begab sich der Chef der Abteilung Inneres der Provinz Oberst

<sup>69</sup> Filinow, Fjodor Gawrilowitsch, Oberst; 1946–47 Chef der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg.

<sup>70</sup> Andrejew, Iwan Michailowitsch (1904–1970), Generalmajor; 1934 Absolvent des Instituts für Kadervorbereitung der Roten Professur in Moskau, danach Parteiarbeit, ab 1942 in der Roten Armee, stellvertretender Chef der Politischen Verwaltung der Westfront und der 3. Belorussischen Front. Ab Juli 1945 Chef der Politischen Abteilung des Stabes der SMAD und stellvertretender Stabschef für politische Fragen, 1946–48 Chef der Politischen Verwaltung der SMAD.

<sup>71</sup> Morosow, Nikolai Iwanowitsch (1914–1946), stellvertretender Chef der Abteilung Inneres der SMA Brandenburg.

<sup>72</sup> Vorlage: „Abteilung“.

Gamij<sup>73</sup> und sein Stellvertreter Hauptmann Morosow nach Brandenburg, um vor Ort die Gründe für das Nichterscheinen in Potsdam zu klären und um Oberstleutnant Sch. aufzufordern, unverzüglich zur Verwaltung Inneres der SMAD abzureisen.

Als Oberst Gamij am 12. September 1946 um 18.30 Uhr ankam, waren Sch. und T. nicht an ihrem Arbeitsplatz, mit Hauptmann Morosow zusammen fand er die beiden beim Dolmetscher der Unterabteilung Inneres des Brandenburger Bezirks Kostjutschenko.

Als sie die Ankunft des Obersten und des Hauptmanns bemerkten, kamen alle drei zur Begrüßung auf die Straße. Oberst Gamij schlug vor, ins Dienstzimmer von Oberstleutnant Sch. zu gehen.

Beim Betreten des Dienstgebäudes der Unterabteilung floh Oberleutnant T. in sein Dienstzimmer im 3. Stock, auf die Aufforderung des Dolmetschers, aus dem Zimmer zu kommen, reagierte er nicht. Daraufhin wollte Hauptmann Morosow gemeinsam mit dem Dolmetscher zu T.s Dienstzimmer gehen.

T. befand sich inzwischen auf der Treppe und tötete Hauptmann Morosow, indem er ihn mit seiner Pistole „TT“ aus nächster Nähe in den Kopf schoß. Auf den Schuß kam Oberstleutnant Sch. hinzu, den T. ebenfalls aus nächster Nähe am Kopf schwer verwundete, danach verbarg er sich in seiner Wohnung.

Mit einem Kommando der Operativen Gruppe wurde die Wohnung von Oberleutnant T. umstellt, während dieser anhaltend Widerstand leistete und mit seiner Pistole schoß. Erst um 23.30 Uhr, nachdem er sich selbst an der linken Hand verletzt hatte, konnte Oberleutnant T. festgenommen werden. Danach brachte man ihn ins Lazarett der Garnison in Brandenburg. Dorthin war auch der verwundete Oberstleutnant Sch. gebracht worden, der bewußtlos ist und sich in einem kritischen, hoffnungslosen Zustand befindet.

Oberleutnant T., dessen Zustand sich gebessert hat, wird ins Brandenburger Gefängnis eingeliefert.<sup>74</sup>

Der Leichnam von Hauptmann Morosow wurde nach Potsdam zur Bestattung überführt.

Die Untersuchung leitet die Abteilung Inneres der SMA der Provinz Brandenburg.

Chef der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Brandenburg Garde-Oberst Filinow

*GARF 7077/1/49, Bl. 173-174. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>73</sup> Gamij, Aristarch Demidowitsch (1894–1964), Oberst; ab 1915 in der Armee und ab 1927 in der Staatssicherheit bzw. Polizei, 1936 Absolvent der Frunse-Militärakademie. 1945–47 Chef der Abteilung Inneres der SMA Brandenburg. 1947–53 im Zentralapparat des MWD/MGB der UdSSR.

<sup>74</sup> Wie aus späteren Meldungen hervorgeht, hat sich Oberleutnant T. am 25. Sept. 1946 in seiner Zelle erhängt (vgl. GARF 7077/1/49, Bl. 201).

**Nr. 201. Meldung des Militärkommandanten des Kreises Weimar Oberst Fonderanzew<sup>75</sup> an den Chef der SMA Thüringen Generalmajor Kolesnitzenko über Fälle von Verletzungen der Disziplin durch Mitarbeiter des Operativen Sektors des MGB. 11. November 1946**

Geheim

Nr. 0943

An den Chef der Verwaltung der Militärkommandantur für den Erfurter Bezirk

An den Chef des Operativen Sektors der SMA-Verwaltung für Thüringen

An den Chef der SMA-Verwaltung für Thüringen

Ich melde, daß sich in letzter Zeit in der Stadt Weimar Fälle häufen, in denen Militärangehörige und Zivilangestellte des Operativen Sektors der SMA-Verwaltung für Thüringen die militärische Disziplin und Ordnung verletzen, was davon zeugt, daß die Chefs und Offiziere des Operativen Sektors in ihren Anforderungen nicht streng genug sind und daß sie sich zu Ordnungsverletzern und Straftätern liberal verhalten. Dazu folgende Beispiele:

Am 3. August d.J. schlugen die Soldaten K. und K. Hauptmann Papsujew zusammen, der dabei war, seine dienstlichen Pflichten zu erfüllen, indem er in Ehringsdorf zum Schutz von Marschall Sokolowski Streifendienst versah. Das Material der Untersuchung, auf dessen Basis die Schuldigen durch den Militärstaatsanwalt für das Land Thüringen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden sollen, wurde dem Chef des Operativen Sektors zugeschickt, doch bis jetzt erfolgte keine Verurteilung der Straftäter durch das Militärtribunal.

Seit Anfang Oktober wurden von der Militärkommandantur festgenommen:

Wegen Trunkenheit und Rowdytums: Hauptfeldwebel A. P. K., Soldat W. K., Soldat I. I. K. (zweimalige Festnahme), Oberleutnant P. G. M., der Zivilangestellte W. (er hatte eine Waffe bei sich und drohte damit), Soldat W. N. N. (er bedrohte mit seiner Waffe sowohl Deutsche als auch die Streife).

Wegen unerlaubter Entfernung und Zusammenlebens mit deutschen Frauen: Obersergeant I. P. P., der Zivilangestellte M. N. G.

Leutnant B. G. T. wurde festgenommen, weil er sich im betrunkenen Zustand verletzt hatte. Dabei beschimpfte er die Streife und drohte mit Worten wie Operativer Sektor, Gefängnis usw., und er erklärte, die ganze Streife werde im Gefängnis landen, wenn man einen Mitarbeiter des Operativen Sektors festnimmt; die Kommandantur hindere ihn daran, gewisse operative Aufgaben zu erfüllen usw. Es sei überhaupt nötig, die ganze Kommandantur aus der Stadt zu entfernen, da sie den Operativen Sektor bei der Arbeit stört. Hierzu ist zu sagen, daß auch andere Mitarbeiter des Operativen Sektors geneigt sind, darauf zu spekulieren, daß sie Dienst beim Operativen Sektor tun, um in der Art von T. auf Leute mit schwachen Nerven Eindruck zu machen. Doch solche Leute, die sich vor Ordnungsverletzern und Straftätern fürchten, gibt es bei der Kommandantur noch nicht.

Ich bitte darum, entsprechende Maßnahmen gegen die Verletzer der militärischen Disziplin und Ordnung in der Garnison zu ergreifen.

Militärkommandant der Stadt Weimar Garde-Oberst Fonderanzew

*Gen. Bywaly, Weisungen dazu gab ich Ihnen persönlich. [Unterschrift]. 13. Nov. [19]46.*

*Ausgeführt P[olitische]-A[bteilung] der SMA für Thüringen. Für die Richtigkeit: Leutnant [Unterschrift]. 3. Dez. [19]46.*

*GARF 7184/1/12, Bl. 464. Original.*

<sup>75</sup> Fonderanzew, Gerassim Jefimowitsch; Aug. 1946 Kreiskommandant von Weimar.

## **Nr. 202. Urteil des Militärtribunals der MWD-Truppen in Deutschland über Mitarbeiter des Operativen Sektors des MWD für das Land Thüringen. 16. November 1946**

### **Urteil im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 16. November 1946**

Das Militärtribunal der MWD-Truppen in Deutschland mit dem Vorsitzenden Major der Justiz Bujanow und den Mitgliedern Hauptmann der Justiz Schukow und Leutnant Zokon, mit dem Sekretär Unterleutnant Lubitsch erörterte in offener Verhandlung die Sache der Angeklagten:

1. Major Sakir S. G., ehemaliger Chef der Operativen Gruppe des MGB für den Landkreis Greiz, Jahrgang 1908, geb. in der Stadt Krasnoufimsk, Gebiet Swerdlowsk, Tatar, Bürger der UdSSR, Hochschulabschluß in Pädagogik, ehemaliges Mitglied der WKP(B), ausgeschlossen im September 1946, verheiratet, in den Organen von OGPU, MWD, MGB seit 1939, ausgezeichnet mit dem Rotbannerorden, dem Orden des Vaterländischen Krieges 2. Klasse, dem Roten Stern und den Medaillen „Für militärische Verdienste“ und „Für den Sieg über Deutschland“, nicht vorbestraft.

2. Oberleutnant Aram A. K., stellvertretender Chef der gleichen Operativen Gruppe, Jahrgang 1903, geb. im Dorf Gischi des Martunensker Kreises, Aserbaidzhanische SSR, Armenier, Bürger der UdSSR, unabgeschlossene juristische Hochschulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), ausgeschlossen im September 1946, verheiratet, in den Organen des MWD seit 1941, ausgezeichnet mit dem Orden Roter Stern und den Medaillen „Für Tapferkeit“, „Für die Verteidigung des Kaukasus“, „Für die Einnahme Berlins“, „Für die Befreiung Prags“, „Für den Sieg über Deutschland“, nicht vorbestraft.

3. Garde-Hauptmann Suren A. M., ehemaliger Chef der operativen Abteilung für Voruntersuchungen des Operativen Sektors des MGB für Thüringen, Jahrgang 1915, geb. im Dorf Gitepak, Sangisursker Kreis, Armenische SSR, Armenier, Bürger der UdSSR, Oberschulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), ausgeschlossen im Zusammenhang mit vorliegender Sache, ledig, in der Sowjetarmee seit 1933, in den Organen der OGPU, MWD, MGB seit 1941, ausgezeichnet mit dem Orden Roter Stern und der Medaille „Für militärische Verdienste“, nicht vorbestraft.

Alle drei waren angeklagt wegen Verbrechen nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR<sup>76</sup>.

4. Anschel G. A., Dolmetscher der operativen Abteilung für Voruntersuchungen des Operativen Sektors des MGB für Thüringen, Jahrgang 1910, geboren im Vorwerk Nowy des Moldaukreises, Gebiet Odessa, Jude, Bürger der UdSSR, parteilos, mit Hochschulbildung, von Beruf Ingenieur, verheiratet, in den Organen des MWD seit 1945, nicht vorbestraft – angeklagt wegen Verbrechen nach Artikel 17-193-17a<sup>77</sup> und 182-1 des Strafgesetzbuchs der RSFSR<sup>78</sup>.

Nach dem Material der Voruntersuchung und der gerichtlichen Untersuchung wurde festgestellt:

Als Chef der Operativen Gruppe des MWD für den Kreis Greiz mißbrauchte G. seit Mitte 1945 bis September 1946 seine dienstliche Stellung, indem er aus eigennützigem Interesse Haussuchungen durchführte und bei den verhafteten bzw. festgenommenen Personen Inventar und Wertsachen entnahm, die er sich aneignete und verschleuderte.

Im Juni 1945 wurden während einer Haussuchung bei dem Deutschen Lippold und dessen Festnahme 22.000 Mark entnommen. Lippold wurde entlassen, doch das bei ihm beschlagnahmte Geld bekam er nicht zurück.

---

<sup>76</sup> Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR bezieht sich auf Amtsmißbrauch in Verbindung mit Wegnahme von Gütern bei Zivilpersonen (sogenanntes Marodieren).

<sup>77</sup> So in der Vorlage. Die erste Ziffer bezieht sich auf Artikel 17 (Vorsatz).

<sup>78</sup> Artikel 182 des Strafgesetzbuchs der RSFSR bezieht sich auf Raub.

Anfang Dezember 1945 nahm der Angeklagte K. den Deutschen Poser fest, dabei wurden 84.000 Mark beschlagnahmt. Im Protokoll wurde diese Summe nicht verzeichnet und K. übergab sie G., der sie aber nicht im Bereich Finanzen ablieferte und vor der Registrierung verbarg.

Auf diese Weise unterschlug G. insgesamt 127.000 Mark. Von dieser Summe führte er, als die Untersuchungen bereits eingeleitet waren, 47.347 Mark an die Kasse der Finanzabteilung ab, 56.663 Mark hatte G. illegal für verschiedene materielle Bedürfnisse der Operativen Gruppe verausgabt, den Rest von 22.999 Mark hatte er für seine persönlichen Bedürfnisse verbraucht.

Verschiedene Gegenstände und Wertsachen, die man bei Festgenommenen beschlagnahmt hatte, kamen in die Operative Gruppe, wurden aber nicht registriert, sondern verschleudert.

Im September 1945 nahm G. im Frauengefängnis der Stadt Hohenleuben persönlich ein Kästchen mit verschiedenen Wertsachen an sich, in dem sich mehr als 100 Stücke befanden, darunter zehn goldene Uhren, 20 Armbänder u. a. Die genannten Wertsachen wurden ohne jede Beurkundung beschlagnahmt, und G. lieferte sie nicht an die Finanzabteilung ab. 40 Gegenstände, darunter kleine Stücke wie Ohrringe, Ringe usw., wurden erst im September 1946, d. h. ein Jahr später, der Finanzabteilung übergeben, die übrigen Sachen waren von G. verschleudert worden.

Bei der Festnahme des Deutschen Stark Ende 1945 beschlagnahmte G. bei diesem verschiedene Wertsachen, darunter eine Damenuhr mit Armband und Brillanten. Alle Wertsachen wurden im Protokoll der Haussuchung aufgeführt. Später wurde das Protokoll von G. umgeschrieben, darin waren die Uhr mit Armband und Brillanten und ein Halsschmuck nicht mehr verzeichnet.

In dem genannten Zeitraum beschlagnahmte G. bei Deutschen, die von der Operativen Gruppe festgenommen wurden, sechs Pkw. Einen davon, einen Mercedes-Benz, eignete er sich selbst an, was er mit einem gefälschten Dokument beurkundete. Zwei Pkw verschenkte er: Einen an einen Mitarbeiter der Leningrader Verwaltung des MWD (sein Name wurde nicht festgestellt), den anderen an den Straßenkommandanten Oberstleutnant Schibrow. Die drei übrigen Autos wurden, als G. in der Operativen Gruppe nicht anwesend war, von seinem Stellvertreter K. für 11.000 Mark an Deutsche verkauft. Das Geld aus dem Autoverkauf nahm G. an sich und leitete es als Teil einer Summe von 47.300 Mark an die Kasse der Finanzabteilung weiter.

Im September 1946 wurden zahlreiche Gegenstände, die bei Festgenommenen beschlagnahmt worden waren, in der Operativen Gruppe nicht registriert. Und bis September 1946 waren auf Anweisung G.s verschiedene Personen aus dem Lager bedient worden, so erhielten beispielsweise zwei demobilisierte Soldaten vor ihrer Abreise Anzüge. Einen Teil der Sachen nahm G. zur persönlichen Verwendung an sich; bei der Haussuchung beschlagnahmte man in seiner Wohnung neun Anzüge, 300 Meter Stoff u. a.

K., der als stellvertretender Chef der Operativen Gruppe des Kreises arbeitete, mißbrauchte seine dienstliche Stellung, als er im Dezember 1945 bei der Festnahme des Deutschen Poser 84.000 Mark entdeckte und an sich nahm, ohne sie ins Protokoll der Haussuchung aufzunehmen. Das Geld übergab er G., er wußte von dessen illegalen Geldausgaben und war selbst daran beteiligt.

Im August 1946 verkaufte er als stellvertretender Chef der Operativen Gruppe während G.s Urlaub drei Pkw für 11.000 Mark und 500 Liter Benzin an Deutsche, ohne daß er ein Recht dazu gehabt hätte. Den Erlös aus dem Autoverkauf übergab er G.

Der Angeklagte M. mißbrauchte von Juni 1945 bis April 1946 seine Dienststellung als Chef der operativen Abteilung für Voruntersuchungen, indem er bei Haussuchungen und Festnahmen Gegenstände und Wertsachen entnahm und diese sich teilweise persönlich aneignete oder verschleuderte. So nahm er im Oktober 1945 bei einer Haussuchung in der Wohnung des Verhafteten Bischof einen fahrbaren Aschenbecher, eine Lederaktentasche, eine Kollegmappe, ein Kästchen mit Parfüm und Seife an sich, ohne daß diese Gegenstände im Besitzverzeichnis aufgeführt wurden. Nach seiner Entlassung erhielt Bischof die genannten Gegenstände nicht zurück. Als Bischof begann, deren Rückgabe zu verlangen, bestellte ihn M. zu sich ins Dienstzimmer und

zwang ihn unter Androhung von Inhaftierung, eine Bescheinigung über den Erhalt aller beschlagnahmten Gegenstände zu unterschreiben.

Bei einer Haussuchung in der Wohnung von De Lattrie Ende 1945 beschlagnahmte M. zwei Daunendecken und eignete sie sich an. Eine dieser Decken wurde bei der Haussuchung in seiner Wohnung gefunden.

Im Dezember 1945 nahm M. bei einer Haussuchung im Zusammenhang mit der Festnahme der Deutschen Dressler, Kramer und Schick in Gotha mehrere Anzüge an sich. Ein Protokoll über die Haussuchung und Beschlagnahme wurde nicht angefertigt.

Zur gleichen Zeit beschlagnahmte M. einen Pkw der Marke BMW, den er zur persönlichen Nutzung Oberstleutnant Michailow schenkte.

Auf der Grundlage des Dargelegten erkannte das Militärtribunal G., K. und M. für schuldig nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR.

Was die gegen Adamowski vorgebrachte Anklage betrifft, so fand sie in der gerichtlichen Untersuchung keine Bestätigung. Adamowski war beschuldigt worden, daß er das Verzeichnis der bei dem Deutschen Bischof beschlagnahmten Gegenstände nicht korrekt übersetzt habe. Nach Zeugenaussagen von Kusnezow und anderen hatte Adamowski das Verzeichnis gar nicht übersetzt, vielmehr hatte Kusnezow auf Weisung seines Chefs M. in das Verzeichnis der beschlagnahmten Gegenstände jene Gegenstände nicht eingetragen, die dieser an sich genommen hatte.

Adamowski hat sich bei Haussuchungen und Festnahmen keine Sachen und Wertgegenstände angeeignet. Auf Weisung seines Chefs M. hatte er von den Sachen, die bei Haussuchungen bei den Deutschen Schick und Dressler beschlagnahmt worden waren, einen alten Anzug bekommen.

Nach Angaben von Adamowski selbst, aber auch der Zeugen Telegin, Sossunkewitsch, Kusnezow, Stechin und anderer unmittelbarer Vorgesetzter Adamowskis, die auf Befehl des Chefs des Operativen Sektors den Dolmetschern die Waffen abgenommen haben, durfte Adamowski seine Pistole behalten, da er an Operationen beteiligt ist und die Dolmetscher in solchen Fällen dem gleichen Befehl zufolge Waffen tragen müssen. Das Militärtribunal befindet deshalb, daß Adamowskis Handlungen nicht den Tatbestand von Verbrechen nach Artikel 17-193-17a und 182-1 des Strafgesetzbuchs der RSFSR erfüllen.

Geleitet von Artikeln 319 und 320 der Strafprozeßordnung der RSFSR verurteilte das Militärtribunal:

Sakir S. G. nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR zu zehn Jahren Freiheitsentzug im Arbeitslager ohne Aberkennung der bürgerlichen Rechte.

G. wird der militärische Dienstgrad des Majors aberkannt.

Suren A. M. nach Artikel 193-17 des Strafgesetzbuchs der RSFSR zu fünf Jahren Freiheitsentzug im Arbeitslager ohne Aberkennung der bürgerlichen Rechte.

Aram A. K. nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR zu drei Jahren Freiheitsentzug im Arbeitslager ohne Aberkennung der bürgerlichen Rechte.

Anschel Grigorjewitsch Adamowski wurde nach Artikel 17-193-17a und 182-1 des Strafgesetzbuchs der UdSSR freigesprochen.

Beweisgegenstände wie Wertsachen, Inventar und Autos werden den Staatseinnahmen zugeführt. Beweisgegenstände, die keinen Wert besitzen, wie Briefumschläge, Schriftstücke u. a. Papiere sind zu vernichten.

Die Zeit der Strafverbüßung zählt bei G. und M. vom 9. Oktober 1946 an, bei K. vom 27. Oktober 1946 an.

Das Urteil ist endgültig und unterliegt nicht der Revisionsmöglichkeit.

Vorsitzender – Major der Justiz (Bujanow)

*ZA FSB Archiwno-sledstwennoe delo G. A. Beschanowa Nr. R-120. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 203. Begleitschreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA der Provinz Sachsen Oberst Guskow<sup>79</sup> an den Chef des Operativen Sektors der Provinz Sachsen Generalmajor Martirossow zu einer anonymen Anzeige über verwerfliche Handlungen von Major W. A. T. mit Anlage. 5. Februar 1947**

Geheim

Anbei übermittle ich Ihnen die Kopie eines an mich gerichteten Briefes zwecks Untersuchung auf Parteiebene und Einleitung entsprechender Maßnahmen.

Anhang: Obengenanntes auf 3 Blatt.

Chef der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen Oberst M. Guskow

*Anlage*

Kopie

Genosse Oberst!<sup>80</sup>

Als Kommunist bringe ich Ihnen zur Kenntnis, daß im Mai 1946 die Bezirksoperativgruppe in der Nähe von Genthin ein Lager mit 36 Tonnen Zucker entdeckte, das von einem abgezogenen Truppenteil zurückgelassen worden war. Der Zucker wurde um 3 Uhr nachts in ein Lager des Bezirks gebracht, danach begann Major T., den Zucker hierhin und dorthin zu verschleudern.

Drei Tonnen wurden nach Halle geschafft, fünf Tonnen wurden an die Mitarbeiter verteilt, die übrige Menge verwendete Major T. für verschiedene „Geschäfte“<sup>81</sup>. Für Jagdpatronen gab Major T. ganze Säcke mit Zucker an Deutsche, zweimal schickte er seine Ordonanz mit Zucker in die Sowjetunion, dreimal schickte er den Zivilangestellten Nadeschdin auf Dienstreise durch die ganze sowjetische Besatzungszone, um bei den Deutschen Zucker gegen irgendwelche Klamotten einzutauschen, wo wir in der sowjetischen Zone nicht einmal genug Zucker für unsere Kinder haben.

Zudem betrieb Major T. eine dem Staat gegenüber verheimlichte Nebengewirtschaft mit 100 Schafen und etwa 30 Kühen, ein Teil davon ging in den Gemeinschaftstopf, doch ein großer Teil wurde für Major T.s Geschäfte verwendet. Diese Wirtschaft wurde zum großen Teil beseitigt, aber am Wohnort von Major T. wird sie teilweise weiterbetrieben. Von den Ergebnissen wird ein Teil bei den Deutschen gegen Plunder eingetauscht, der dann auch in die Sowjetunion geschickt wird. Zur Zeit wird ein Teil des Viehs bei Bauern versteckt und dem Staat gegenüber nicht angegeben. Und vieles andere ließe sich noch vor Ort mühelos feststellen.

Nicht zufällig war die folgende Äußerung von Major T., die er mir gegenüber nach einer Versammlung machte: „Rakutin wird einiges abbekommen und dich werde ich von der Erde fegen.“

Zudem lebte Major T. mit Repatrianten zusammen, die ihm unterstellt waren. Das führte zu deren moralischer Zersetzung und Undiszipliniertheit.

Dieser Kommunist, der schon Vergehen zu Lasten des Staates beging, schuf auch noch Unzufriedenheit unter den Offizieren der Operativen Gruppe, indem er zu seinen Unterstellten nach Hause kam und alles mitnahm, was ihm gefiel.

Ich bitte darum, daß alle von mir genannten Fakten auf Parteiebene untersucht werden.

„...“<sup>82</sup> Februar 1947

*GARF 7133/1/58, Bl. 4. Original; Bl. 5. Beglaubigte Kopie.*

<sup>79</sup> Guskow, Michail Fjodorowitsch (1902–), Oberst; politischer Offizier in der Armee und im NKWD; 1925 WKP(B). 1945 zunächst Vertreter des Politischen Beraters und Chef der Politischen Abteilung, dann bis 1947 Chef der Abteilung Propaganda der SMA Sachsen-Anhalt.

<sup>80</sup> Der Stil des Dokuments wurde beibehalten.

<sup>81</sup> Vorlage: „geschefty“.

<sup>82</sup> Das Datum fehlt.



**Nr. 204. Meldung des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg Oberst Filinow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über ungesetzliche Nebenwirtschaften, die dem Operativen Sektor des MGB gehören. 20. Februar 1947**

Geheim

Nr. 075

**Sondermeldung**

Ich melde, daß vom Kommandanten des Kreises Nauen in Ketzin eine deutsche Fleischerei entdeckt wurde, die von dem ehemaligen Repatrianten Wladimir Michailowitsch Palamar, Jahrgang 1916, geb. im Gebiet Lwowsk, Kreis Slotschewski, betrieben wird.

Gen. Palamar besitzt einen provisorischen Ausweis, der vom Chef der Kaderabteilung des Operativen Sektors Brandenburg Hauptmann Lobasow<sup>83</sup> unter Nr. I-6407 am 6. Februar 1947 ausgestellt wurde. Nach seiner mündlichen Erklärung arbeitet er in der Nebenwirtschaft von General Filatow und versorgt den Operativen Sektor mit Wurst- und Fleischwaren.

Am Tag der Kontrolle waren in dieser Fleischerei vorhanden: 64 Schinken zu je fünf Kilogramm, 90 Kilogramm Wurst und 300 Kilogramm Frischfleisch. Nach Auskunft von Gen. Palamar gehörte das alles General Filatow und General Wassiljew von der 16. Fliegerarmee.

Im Kreis Nauen besteht im Dorf Ütz eine Nebenwirtschaft des Operativen Sektors der Provinz Brandenburg und im Dorf Marquardt eine Nebenwirtschaft von Generalleutnant Selenin. Beide Wirtschaften existieren illegal. Ihre Mitarbeiter erklären hochmütig: „Das sind Serows Wirtschaften, es geht niemanden etwas an, warum sie bestehen.“

Es gibt Grund zu der Annahme, daß die Mitarbeiter der genannten Nebenwirtschaften auf die Wirkung der angesehenen Namen spekulieren, um staatliche Mittel zu verschleudern.

Chef der Politischen Abteilung der SMA für Brandenburg Garde-Oberst Filinow

*GARF 7077/1/50, Bl. 110. Original.*

**Nr. 205. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über die Tötung des Sergeanten einer Kommandantur Kotschubei durch Mitarbeiter der Abwehr des MGB der 20. Division der 8. Garde-Armee. 20. März 1947**

Geheim

Nr. 0437

Ich melde:

Am 8. März 1947 wurden Sergeant Kotschubei und Soldat Antrokow vom Militärkommandanten der Stadt Jena zum Streifendienst durch die Stadt beordert, um festzustellen, wie die deutsche Bevölkerung den Befehl über das Verbot der Nutzung von Elektroenergie einhält.

Als sie gegen 24.00 Uhr in die Gaststätte „Schnaps-Hans“ kamen, wurden sie von zwei Russen in Zivil mit dem Ruf empfangen: „Ah! Die Kommandantur ist da!“

---

<sup>83</sup> So im Dokument, richtig ist: Iwan Grigorjewitsch Labasow.

Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei den Unbekannten um Unterleutnant K. und Soldat St., beide von der Operativen Gruppe des MGB der 20. Mechanisierten Division der 8. Garde-Armee.

Die Streife forderte K. und St. auf, mit zur Kommandantur zu kommen, diese weigerten sich jedoch, und nachdem sie zusammen auf die Straße gegangen waren, fingen sie Streit und eine Schlägerei mit der Streife an. Soldat Antrokow schlugen sie mit der Pistole gegen die Brust und einer versetzte Sergeant Kotschubei einen so heftigen Schlag, daß dieser fiel und, mit dem Kopf auf den Vorsprung eines Hauses aufschlagend, sofort das Bewußtsein verlor.

Sergeant Kotschubei wurde im bewußtlosen Zustand ins 588. Lazarett des Medizinischen Dienstes gebracht, wo er, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, am 10. März 1947 um 19.00 Uhr an dem schweren Schädelbruch starb.

Die Untersuchung zum Fall der Tötung von Sergeant Kotschubei hat der Militärstaatsanwalt der SMA Thüringen übernommen. Über die Ergebnisse werde ich gesondert Meldung erstatten.

Chef der Abteilung Kommandanturdienst der SMA-Verwaltung für Thüringen  
Generalmajor Karpeljuk

*GARF 7184/1/98, Bl. 19. Original.*

**Nr. 206. Bericht des Chefs der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung für die Provinz Sachsen Oberst Guskow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über den Amtsmißbrauch des ehemaligen Chefs der Operativen Gruppe des MWD für den Kreis Altmark W. A. T.  
28. April 1947**

Geheim

Nr. 0270

Bezugnehmend auf Nr. 17/0699 vom 22. April 1947

Zur Frage des Mißbrauchs seiner Dienststellung durch Major T.<sup>84</sup> (Operativer Sektor) melde ich folgendes:

Die Frage des Amtsmißbrauchs von Major T. wurde auf einer Parteiversammlung behandelt. Als ich davon erfuhr, erteilte ich sofort die Anweisung, daß alle angegebenen Fakten zu untersuchen sind. Damit wurde speziell der Bevollmächtigte Oberleutnant Winogradow beauftragt, der folgendes feststellte:

Im Mai 1946 hinterließ ein Truppenteil, der in die UdSSR verlegt wurde, klaren Rohzucker, dessen Menge sich heute nicht mehr feststellen läßt. Auf Anweisung von Major T., der damals Chef der Bezirksoperativabteilung Altmark war, wurde dieser Zucker zur Bezirksabteilung nach Stendal gebracht, wobei vier Tonnen der Kreisoperativabteilung in Genthin überlassen wurden. Danach verteilte Major T. aus dem Bestand der Bezirksabteilung je sechs Sack an jede der Operativabteilungen des Kreises (drei Tonnen), drei Tonnen Rohzucker ließ er zu Pralinen und anderen Konditorwaren für die Mitarbeiter der Abteilung verarbeiten. Der übrige Zucker ging in die Raffinerie, von dort wurden drei Tonnen an die Wirtschaftsabteilung des Operativen Sektors der Provinz abgegeben, fünf Tonnen erhielten die Mitarbeiter und die Kantine der Bezirksabteilung, 300 Kilogramm gingen an das Grenzbataillon und andere Personen der Garnison. Auf diese Weise verschleuderte Major T. in etwa 22-23 Tonnen Zucker.

<sup>84</sup> Vgl. Dokument Nr. 203.

Im März 1946 übernahm Major T. von der Kreisabteilung Stendal eine Nebenwirtschaft, die dort mit dem Vieh eingerichtet worden war, das man bei inhaftierten Deutschen beschlagnahmt hatte. Major T. übernahm: 14 Kühe, zwei<sup>85</sup> Schweine, einen Bullen, zwei Färsen, fünf Kälber und 80 Schafe. Dieses Vieh wurde nirgends als Einnahme verbucht. Von diesem Viehbestand übergab Major T. der Bezirksabteilung Magdeburg drei Kühe und zehn Schafe. Zum Feiertag des 7. November 1946 ließ er für die Mitarbeiter der Abteilung eine Kuh zu Wurst verarbeiten, und im Laufe des Jahres wurden zwei Färsen, fünf Kälber und 38 Schafe für das Offiziersessen verwendet. In jüngster Zeit erhielten vier Kreisoperativabteilungen je eine Kuh. Außerdem nahm Major T. 130 Kilogramm Schafwolle an sich und tauschte sie gegen Stoffe, die er sich zusammen mit Unterleutnant F. aneignete.

Insofern bestätigte sich, daß T. Zucker und Vieh, das nirgends verbucht worden war, verschleudert hatte.

Major Wiktor A. T. ist Jahrgang 1906, Mitglied der WKP(B) seit 1932, Russe, Angestellter, verfügt über Oberschulbildung. In den Organen des MGB arbeitet er seit 1938, an den Fronten des Vaterländischen Krieges diente er von 1941 bis 1945. Er wurde ausgezeichnet mit fünf Orden und sechs Medaillen. Er war nicht verwundet. Er arbeitete als Chef der Bezirksoperativgruppe Altmark, inzwischen wurde er dienstlich zurückgestuft und ist als stellvertretender Chef der Bezirksabteilung Magdeburg tätig.

Maßnahmen: Das Material über T. wird vom Chef des Operativen Sektors der Provinz Gen. Generalmajor Martirossow an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Gen. Generalleutnant Kowaltschuk gemeldet, der eine Entscheidung treffen wird. Auf Parteiebene wird sich T. bis spätestens 10. Mai d. J. zu verantworten haben.

Anlage: Auf 4 Blatt, WTsch-Telegramm Nr. 0441. Für den Adressaten persönlich.

Chef der Politabteilung der SMA-Verwaltung für die Provinz Sachsen

Oberst M. Guskow

*GARF 7133/1/58. Bl. 17- 18. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 207. Meldung des Chefs der Abteilung Kommandanturdienst der SMA-Verwaltung Thüringen Generalmajor Karpeljuk an den Chef der Verwaltung für Kommandanturdienst der SMAD Generalmajor Gorochow über die Verletzung des Chefs der MGB-Abteilung in Sonneberg Leschnew<sup>86</sup> bei einem Autounfall. 24. Juli 1947**

Geheim

Nr. 0938

Ich melde:

Am 12. Juli 1947 um 1.00 Uhr stieß der Chef der Operativen Gruppe der Stadt Sonneberg Major Leschnew, als er zusammen mit Soldat Demischtschew im Auto von Suhl nach Sonneberg unterwegs war, 3 Kilometer nördlich von Eisfeld (Kreis Hildburghausen) nach Verlust der Kontrolle über das Fahrzeug gegen einen Baum.

Bei dem Unfall verletzte sich Major Leschnew beide Beine – die Kniescheibe des rechten Beines bekam einen Riß, im Kniegelenk des linken Beines bildeten sich starke innere Blutungen,

---

<sup>85</sup> Korrigiert aus ursprünglich „vier“.

<sup>86</sup> Leschnew, Iwan Andrejewitsch.

der Schädel erhielt an der Schädelnaht einen Riß, das Brustbein im oberen Teil der Brust erlitt durch das Lenkrad (Major Leschnow saß selbst am Steuer) einen Bruch.

Soldat Demischtschew bekam zahlreiche Quetschungen und verlor Zähne aus dem Ober- und dem Unterkiefer.

Die Verletzten wurden, nachdem sie in einem deutschen Krankenhaus erste Hilfe erhalten hatten, in das Lazarett von Erfurt gebracht. Das völlig zerstörte Auto wurde der Operativen Gruppe Hildburghausen übergeben.

Chef der Abteilung Kommandanturdienst der SMA-Verwaltung Thüringen  
Generalmajor Karpeljuk

*GARF 7184/1/98, Bl. 37. Original.*

**Nr. 208. Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR Fedotow<sup>87</sup> an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow<sup>88</sup> über Maßnahmen zur Verhinderung von Enttarnung der Mitarbeiter der Aufklärung, die im Apparat der SMAD arbeiten.  
23. August 1947**

Streng geheim

Die Mitarbeiter unserer Residentur, die in Deutschland verdeckt im Apparat des Politischen Beraters und ähnlicher Institutionen (WOKS<sup>89</sup>, TASS<sup>90</sup> u. a.) arbeiten, sollen sich nach der geltenden Ordnung in den Parteiorganisationen der SMAD registrieren lassen und dort auch ihre Beiträge entrichten. Diese Ordnung führt aber zur Enttarnung unserer Mitarbeiter, da ihre Parteibücher entweder in den Parteiorganisationen des MGB abgegeben wurden oder einen Vermerk enthalten, der auf die Zugehörigkeit zu den Organen der sowjetischen Aufklärung hinweist.

Infolge der Ungelöstheit dieser Frage lassen sich die Mitarbeiter der Residentur in den dortigen Parteiorganisationen nicht registrieren und zahlen keine Mitgliedsbeiträge, was sie den Mitarbeitern und Parteiorganisationen der Einrichtungen gegenüber, in denen sie verdeckt arbeiten, in eine zweideutige Lage bringt.

Zur Regelung dieser Angelegenheit und zur Gewährleistung der notwendigen Konspiration bitte ich Sie, die Frage zu erwägen, ob nicht die für Parteiorganisationen im Ausland geltende Ordnung auch auf den Apparat des Politischen Beraters in Deutschland und verwandte Organisatio-

<sup>87</sup> Fedotow, Pjotr Wassiljewitsch (1900–1963), Generalleutnant; 1946–47 Chef der Ersten Hauptverwaltung (d. i. Auslandsaufklärung) des MGB der UdSSR und stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR, 1947–52 stellvertretender Vorsitzender des Informationskomitees beim Ministerrat bzw. beim Außenministerium der UdSSR (Organ zur Koordinierung der Auslandsgeheimdienste), 1952–53 Mitglied des Kollegiums des MWD der UdSSR und darin 1953–54 Chef der Ersten Hauptverwaltung, 1954–56 Chef der Zweiten Hauptverwaltung des KGB beim Ministerrat der UdSSR. 1959 aus dem KGB entlassen und des Generalsranges für verlustig erklärt.

<sup>88</sup> Kusnezow, Alexei Alexandrowitsch (1905–1950), 1925 WKP(B), Parteifunktionär in Leningrad, ab 1932 2. und ab 1945 1. Sekretär der dortigen Parteiorganisation; ab 1939 Mitglied des ZK, Apr. 1946–Juni 1948 Leiter der ZK-Kaderverwaltung und bis Jan. 1949 Sekretär des ZK der WKP(B), Mitglied des Organisationsbüros des ZK, 1949 verhaftet, 1950 hingerichtet, 1954 rehabilitiert.

<sup>89</sup> WOKS für: Wsesojusnoe Obschtschestwo Kulturnych Swjasei s Saganizei, d. i. All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland.

<sup>90</sup> TASS, für: Telegrafnoje Agenstwo Sowetskowo Sojusa, d. i. Presseagentur der Sowjetunion.

nen (WOKS, TASS, Meschdunarodnaja kniga<sup>91</sup>), die unseren Mitarbeitern als Tarnung dienen, ausgedehnt werden kann<sup>92</sup>.

P. Fedotow

*RGASPI 17/117/936, Bl. 31. Original.*

**Nr. 209. Schreiben des amtierenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über Maßnahmen zur Verhinderung von Enttarnung von Mitarbeitern der Aufklärung, die im Apparat der SMAD arbeiten. 9. September 1947**

Die Parteiorganisation des Politischen Beraters der SMAD zählt 41 Mitglieder und zwei Kandidaten, sie untersteht der Politischen Abteilung des Stabes und der Politischen Verwaltung der SMAD. Daß die Parteiorganisation dieser Verwaltung, die auf direkte Anweisungen des Außenministeriums diplomatische Arbeit leistet und auch nur dem Außenministerium rechenschaftspflichtig ist, den politischen Organen der SMAD untersteht, führt zu einer Reihe ernsthafter Unstimmigkeiten: Mitarbeiter anderer Ressorts erhalten überflüssigerweise Informationen über die Tätigkeit unserer Verwaltung, außerdem ist es dadurch schwieriger, Fragen der diplomatischen Arbeit in der Parteiorganisation oder den übergeordneten Parteiorganen gegenüber zur Diskussion zu stellen. Besondere Bedeutung hat die Frage der Registrierung und Mitarbeit der Kommunisten, die den Sonderorganen (MGB) angehören, in den Parteiorganisationen. Diese Kommunisten haben sich in der Politischen Abteilung und in unserer Parteiorganisation nicht registrieren lassen, da sie der Ansicht sind, sie würden sich durch Ummeldemarken, Einträge in die Mitgliederkartei und Parteibücher enttarnen. Doch dadurch, daß sie sich nicht registrieren ließen, haben sie sich sowohl in der Politischen Abteilung als auch in unserer Verwaltung faktisch enttarnt und verzichten zudem auf ihr Recht, an der Arbeit unserer Parteiorganisation teilzunehmen. Alle früher zu uns gekommenen Kommunisten der Parteiorganisation besitzen ein Parteibuch, doch in jüngster Zeit kommen neue Mitarbeiter ohne Parteibuch, die nicht registriert werden können.

Wir halten es deshalb für zweckmäßiger, wenn die Parteibücher aller unserer Mitarbeiter im ZK der WKP(B) aufbewahrt werden.

Mit Rücksicht auf die Besonderheit der Arbeit der Verwaltung des Politischen Beraters bitten wir Sie, unserer Parteiorganisation einen analogen Status zu geben wie den Parteiorganisationen von Botschaften und Missionen.

Die Parteiorganisation empfiehlt, Gen. W. N. Kusnezow [...] <sup>93</sup>

Amtierender Politischer Berater in Deutschland Gribanow

*RGASPI/17/117/936, Bl. 32. Original.*

---

<sup>91</sup> Meschdunarodnaja kniga, d.i. Internationales Buch, sowjetischer Verlag für internationale Literatur.

<sup>92</sup> Vgl. die Dokumente Nr. 209 und Nr. 211.

<sup>93</sup> Die folgenden biographischen Informationen über W. N. Kusnezow wurden hier weggelassen.

## **Nr. 210. Bericht über außerordentliche Vorkommnisse in den Truppenteilen der Inneren Truppen des MGB in Deutschland im Jahr 1947. 10. September 1947**

Streng geheim

### 1. Landesverrat oder versuchter Landesverrat:

– Soldat Tsch. vom Kommandantenzug des 105. Schützenregiments, der am 20. April 1947 vom britischen Geheimdienst angeworben worden war, entwendete die Fahne des Truppenteils aus ihrem Futteral und beschädigte sie.

Tsch. befindet sich im Arrest, die Untersuchung läuft.

– Am 6. Juni 1947 desertierte mit dem Ziel des Landesverrats und des Übertritts in die amerikanische Besatzungszone der Soldat der 2. Kompanie des 92. Schützenregiments Ch.

Unterleutnant S. aus der gleichen Kompanie bereitete sich ebenfalls darauf vor, die Heimat zu verraten und in die amerikanische Besatzungszone zu gehen.

Ch. und S. wurden vom Militärtribunal verurteilt.

### 2. Antisowjetische Agitation und politische Verbrechen in der Vergangenheit:

– Am 24. Januar 1947 wurde Soldat K. vom 92. Schützenregiment wegen antisowjetischer Agitation verhaftet. Er wurde vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 23. April 1947 wurde Soldat M. vom 92. Schützenregiment wegen verräterischer Tätigkeit in der Vergangenheit verhaftet. Er wurde vom Militärtribunal verurteilt.

### 3. Verleumderische Äußerungen:

– Soldat T. vom 92. Schützenregiment äußerte verleumderische Erdichtungen über die sowjetische Regierung und über einen der Marschälle der Sowjetunion. Außerdem schnitt er, als er im April und Mai Postdienst hatte, absichtlich den Telefonhörer ab, und im Zimmer für politische Aufklärung setzte er den Lautsprecher des Radios außer Betrieb, indem er heißes Wasser hineinschüttete.

T. wurde verhaftet, die Untersuchung läuft.

### 4. Selbstmorde und Selbstmordversuche:

– Am 13. Mai 1947 versuchte Zugführer Leutnant Sch. aus dem 92. Schützenregiment aus Eifersucht auf seine Frau sein Leben durch Selbstmord zu beenden.

– Am 13. Juni 1947 beging Soldat A. vom 38. Schützenregiment einen Selbstmordversuch, nachdem er von zu Hause einen Brief erhalten hatte, in dem ihm der Tod seiner Mutter und die Ermordung seines Schwagers durch Unbekannte mitgeteilt wurden.

– Am 20. Juni 1947 versuchte Soldat Ch. vom 38. Schützenregiment wegen seiner Erkrankung an Schizophrenie sein Leben durch Selbstmord zu beenden.

– Am 15. Juli 1947 beging Sergeant T. einen Selbstmordversuch. Einer der Gründe, die ihn dazu brachten, waren gesetzwidrige Handlungen von Seiten des Stabschefs des Bataillons Hauptmann T. und des Kommandeurs des Fernmeldezuges Oberleutnant I., die entgegen Artikel 393 der Dienstvorschriften für den Innendienst Sergeant T. zwangsweise die Kopfhare abschneiden ließen.

Hauptmann T. und Oberleutnant I. wurden disziplinarisch bestraft.

– Am 5. August 1947 versuchte Soldat N. vom 157. Schützenregiment sein Leben durch Selbstmord zu beenden.

– Am 12. August 1947 beging der Teilnehmer der Sergeantenschule K. vom 92. Schützenregiment Selbstmord.

#### 5. Desertionen:

– Am 8. März 1947 desertierte Soldat A. vom 157. Schützenregiment. Später wurde A.s Leiche in einem Fluß gefunden.

#### 6. Diebstähle, Plünderungen und Gewaltakte gegen die ortsansässige Bevölkerung:

– Am 28. Januar 1947 tötete Soldat F. vom 83. Schützenregiment im betrunkenen Zustand einen taubstummen Deutschen.

Er wurde vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 26. März 1947 beraubten die Soldaten des 83. Schützenregiments B., W. und Untersergeant I., als sie von einer Komsomolversammlung der Kompanie in die Garnison zurückkehrten, im Zug zwei Deutsche.

Alle drei wurden vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 4. April 1947 brachen Sergeant B. und die Soldaten S. und S. vom 92. Schützenregiment bei einem deutschen Einwohner ein Schloß auf und stahlen zwei Kaninchen; bei einem anderen stahlen sie ein Kalb, führten es in den Wald und schlachteten es.

Alle drei wurden disziplinarisch bestraft.

– Am 5. April 1947 versuchte Untersergeant A. vom 92. Schützenregiment die Deutsche G., die als Stellvertreterin des Landrates und als Stadtrat arbeitet, zu vergewaltigen.

A. wurde vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 30. April 1947 stahl Untersergeant R. vom 83. Schützenregiment, als er vom Stab zurückkehrte, im Zug bei deutschen Mitreisenden einen Koffer mit Wäsche.

Er wurde disziplinarisch bestraft.

– Am 8. Mai 1947 raubten die Soldaten vom 105. Schützenregiment T. und S. auf der Straße zwei Deutsche aus.

Beide wurden vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 30. Juni 1947 übte der Längerdienende Sergeant I., Praktikant der Unterabteilung Kader bei der Truppenverwaltung, Gewalt gegen ein neunjähriges deutsches Mädchen aus und mißbrauchte es. Außerdem nahm man bei der Durchsuchung I.s eine Pistole „Parabellum“ ab, die er einem Obersten gestohlen hatte.

I. wurde vom Militärtribunal verurteilt.

#### 7. Diebstähle und Veruntreuung von militärischen Ausrüstungen und Lebensmitteln:

– Am 22. April 1947 brachen die Soldaten des 83. Schützenregiments T., M. und B. in das Lager der Operativen Gruppe ein und stahlen 70 kg Tafelbutter, 11 kg Zucker, 2 kg Salz und 7 kg Brot.

Alle drei wurden vom Militärtribunal verurteilt.

– Am 26. April 1947 entwendeten die Soldaten K. und S. vom 157. Schützenregiment aus dem Lager der Operativen Gruppe einen Sack Weizen.

K. und S. erhielten jeder 20 Tage einfachen Arrest.

– Am 30. Mai 1947 drangen Soldat G. und Gefreiter K. vom 157. Schützenregiment in das Lager der Operativen Gruppe ein und versuchten, einen Sack Mehl und 15 kg Zucker zu stehlen.

Beide wurden vom Militärtribunal verurteilt.

– Verschleuderung materieller Werte und andere Veruntreuungen ließen sich der ehemalige Stellvertreter für Versorgung des Kommandeurs des 83. Schützenregiments Major des Intendanturdienstes K. und der Chef des Verpflegungs- und Futterdienstes des Regiments Oberleutnant des Intendanturdienstes S. zuschulden kommen.

Beide wurden aus den Truppen entlassen.

8. Waffendiebstahl:

– Im April d.J. wurden aus der Bekleidungs- und Ausrüstungskammer der 1. Kompanie des 83. Schützenregiments von deutschen Jugendlichen zwei Revolver und eine Pistole „TT“ entwendet. Der Diebstahl wurde im Juni entdeckt, die Waffen wurden gefunden.

– Im Mai d.J. wurde im MG-Zug des 2. Schützenbataillons des 105. Schützenregiments das Verriegelungsschloß eines schweren MG's entwendet, das sich später in einem Ofen wiederfand.

– Am 17. Juni 1947 wurde bei der Waffenkontrolle im 3. Schützenbataillon des 105. Schützenregiments der Verlust eines Revolvers „Nagan“ festgestellt, der dem Chef der Funkstelle Hauptfeldwebel Farberow zugeteilt war. Die Waffe wurde nicht gefunden.

9. Sonstige Vorkommnisse:

– Am 7. April 1947 weigerte sich Soldat M. vom 92. Schützenregiment, der an Plattfüßen leidet, zweimal als Wachposten aufzuziehen. Als einer der Soldaten ihm Simulantentum vorwarf, lief M. auf den Dachboden und täuschte einen Selbstmordversuch vor, indem er tat, als wollte er sich erhängen.

– Am 1. Mai 1947 hatte der Chef der Bezirksabteilung des MGB aus Anlaß einer Verstärkung der Mannschaft der Garnison der Stadt Bautzen vom 3. Schützenbataillon des 92. Schützenregiments nicht erlaubt, ins Kino zu gehen. Zwei Tage später fand sich an den Türen der Abteilung die Aufschrift: „Sergeanten, Soldaten und Hunden ist der Zutritt verboten“.

– Am 19. Mai 1947 fand man in der 8. Kompanie des 105. Schützenregiments ein anonymes Blatt mit Drohungen gegen den Gehilfen des Zugführers des 1. Zuges Untersergeant Lozman und Gefreiten Kostjuk (beide Komsomolzen), die sich beharrlich für die Festigung der Disziplin im Zug einsetzen. Davor war dem Gefreiten Kostjuk bereits ein anonymes Zettel mit Drohungen heimlich zugesteckt worden.

– Am 17. Mai 1947 veranstalteten sechs Offiziere des 38. Schützenregiments ein gemeinschaftliches Trinkgelage, dabei verlor Kompaniechef Oberleutnant K. sein Parteibuch, seinen Ausweis, den Passierschein für das Betreten des Sonderlagers und andere Dokumente.

Alle Teilnehmer des Gelages erhielten Disziplinarstrafen und wurden auf Parteiebene zur Verantwortung gezogen.

– Am 25. Mai 1947 täuschte Soldat S. vom 83. Schützenregiment zweimal einen Selbstmordversuch vor, um seinen Vorgesetzten Angst zu machen und sie zu zwingen, ihm Heimaturlaub zu gewähren.

– Am 9. Juni 1947 wurde von irgend jemandem die Signalverbindung zwischen dem Posten an der Truppenfahne und dem Stab absichtlich durchgeschnitten.

– Soldat O. vom 38. Schützenregiment fügte, nachdem er sich betrunken hatte und randalierte, dem Diensthabenden der Garnison Unterleutnant Baryschew eine Stichverletzung mit einem Messer zu.

O. wurde verurteilt.

– Soldat M. vom Kommandantenzug des 83. Schützenregiments, der in der Politischen Abteilung des Regiments als Gestalter arbeitete, stellte im März und April 1947 Falschgeld mit dem Aussehen der sowjetischen Besatzungsmark her. Insgesamt fertigte er zehn Scheine mit dem Wertzeichen von 1.000 Mark an. Um das Falschgeld in Umlauf zu bringen, bezog er den Codierer des Regimentsstabs Untersergeant B. ein.

M. und B. wurden vom Militärtribunal verurteilt.

Chef der 4. Unterabteilung der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Oberstleutnant (Bodunow)

*RGWA 38650/1/1264, Bl. 122-127. Original.*



**Nr. 211. Denkschrift des Abteilungsleiters der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) N. Wisschilin an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über die Reorganisation der Parteigrundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD und deren Unterstellung unter die Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) sowie über die Bestätigung Kusnezows als Parteisekretär dieser Organisation. 4. Oktober 1947**

Zur Zeit sind alle Mitglieder und Kandidaten der WKP(B), die in Deutschland in der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD, in den Vertretungen des WOKS bzw. von TASS oder von Meschdunarodnaja kniga arbeiten, im Besitz von Parteidokumenten. Die Mitarbeiter von Sonderorganen, die zur Arbeit in diese Organisationen abkommandiert wurden, sind ebenfalls im Besitz von Parteidokumenten, was zu ihrer Enttarnung führt.

Das Informationskomitee (Gen. Fedotow) hält es [deshalb] für notwendig, die Parteidokumente aller Mitglieder und Kandidaten der WKP(B), die in Deutschland in der Verwaltung des Politischen Beraters, in den Vertretungen des WOKS bzw. von TASS oder von Meschdunarodnaja kniga arbeiten, im ZK der WKP(B) aufzubewahren. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, alle Kommunisten, die in diesen Institutionen arbeiten, in einer Grundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters zusammenzufassen und diese der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) zu unterstellen.

Der Stellvertreter des Politischen Beraters der SMAD Gen. Gribanow unterstützt diesen Vorschlag und empfiehlt, Gen. W. N. Kusnezow als Sekretär dieser Parteiorganisation zu bestätigen.

Gen. Kusnezow besitzt Erfahrungen in der Komsomol- und Parteiarbeit: Er war Kreissekretär des Komsomol, Instrukteur der Politischen Abteilung der Armee, Chef der Politischen Abteilung eines befestigten Kreises des Baltischen Militärbezirks; gegenwärtig arbeitet er als Gehilfe des Politischen Beraters und als Sekretär des Büros der Parteiorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters und leistet gute Arbeit. Er wird charakterisiert als politisch reifes, initiativreiches und diszipliniertes Parteimitglied. Er genießt Ansehen unter den Mitarbeitern der Verwaltung.

Die Abteilung der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) hält es für notwendig, die Kommunisten, die in Deutschland in der Verwaltung des Politischen Beraters, in den Vertretungen des WOKS bzw. von TASS und von Meschdunarodnaja kniga arbeiten, zu einer Grundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters zusammenzufassen und unterstützt den Vorschlag des Gen. Gribanow, den Gen. W. N. Kusnezow als Sekretär dieser Grundorganisation zu bestätigen.<sup>94</sup>

Der Entwurf einer Anlage wird beigelegt.

Abteilungsleiter der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) N. Wisschilin

*RGASPI 17/117/936, Bl. 29. Original.*

---

<sup>94</sup> Das Sekretariat des ZK der WKP(B) nahm am 10. Okt. 1947 folgenden Beschluß Nr. 322/312gs an: „Über Gen. W. N. Kusnezow. Gen. W. N. Kusnezow wird als Sekretär der Grundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD bestätigt.“ (In: RGASPI 17/117/936, Bl. 28). Mit Beschluß des Sekretariats des ZK der WKP(B) Nr. 429/216gs vom 24. Apr. 1949 wurde W. N. Kusnezow wegen Untätigkeit und „Beschäftigung mit Trödelkram“ von seiner Funktion als Sekretär der Parteigrundorganisation bei der Verwaltung des Politischen Beraters der SMAD entbunden (in: RGASPI 17/118/374, Bl. 93-101).

**Nr. 212. Aus einer Denkschrift des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Sachsen-Anhalt Oberst Kolunow<sup>95</sup> an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew zur Überprüfung des Standes der politischen und der Parteiarbeit im Operativen Sektor des MGB des Landes. 6. November 1947**

Geheim

**Denkschrift**

über den Stand der politischen Arbeit und der Arbeit der Partei- und Komsomolorganisationen im Operativen Sektor der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt

Auf Ihre Anweisung führten die Mitarbeiter der Politischen Abteilung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt vom 15. bis 20. Oktober eine Überprüfung des Standes der politischen Arbeit und der Arbeit der Partei- und Komsomolorganisationen im Operativen Sektor des MGB des Landes Sachsen-Anhalt durch. Dabei wurde folgendes festgestellt:

Zum Zeitpunkt der Kontrolle waren in den Parteigrundorganisationen 342 Mitglieder der WKP(B) und 45 Kandidaten der WKP(B) registriert. Davon sind 36 Mitglieder und fünf Kandidaten provisorisch registriert, für sie sucht die Politische Abteilung des Landes noch nach den Karteikarten.

Die gesamte Partei- und Komsomolarbeit in der Verwaltung des Operativen Sektors sowie in den Operativen Gruppen der Bezirke und Kreise wird vom Parteikomitee angeleitet, dem neun Mitglieder angehören und das auf einer Parteikonferenz am 17. März 1947 gewählt wurde. Sekretär des Parteikomitees ist Hauptmann A. D. Sadoroschny<sup>96</sup>.

Das Parteikomitee umfaßt fünf Parteigrundorganisationen:

1. Verwaltung des Operativen Sektors der SMA – der Parteiorganisation gehören 112 Mitglieder und elf Kandidaten an, Sekretär des Parteibüros ist Leutnant A. P. Wassilkowski.
2. Parteigrundorganisation des Bezirks Merseburg: 92 Mitglieder und 13 Kandidaten, Sekretär des Parteibüros ist Leutnant M. W. Arbusow.
3. Parteigrundorganisation des Bezirks Magdeburg: 59 Mitglieder, sechs Kandidaten, Sekretär des Parteibüros ist Major I. G. Rewin.
4. Parteigrundorganisation des Bezirks Dessau: 45 Mitglieder, zwölf Kandidaten, Sekretär des Parteibüros ist Oberleutnant W. W. Sorokin.
5. Parteigrundorganisation des Bezirks Altmark: 34 Mitglieder, drei Kandidaten, Sekretär des Parteibüros ist Oberleutnant M. P. Swirin.

Diese fünf Parteigrundorganisationen vereinen 37 Untergliederungen, in denen es 24 Sekretäre und 13 Gruppenorganisatoren gibt; in fünf dieser Untergliederungen werden Parteileitungen gewählt.

In ihrer Arbeit lassen sich das Parteikomitee des Operativen Sektors und die Grundorganisationen der Bezirke vom Beschluß des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946<sup>97</sup> sowie von der Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09<sup>98</sup> leiten.

<sup>95</sup> Kolunow, Alexei Iljitsch (1902–), Oberst; wurde im Juni 1947 vom ZK als Chef der Abteilung Politik der SMA Sachsen-Anhalt bestätigt.

<sup>96</sup> Sadoroschny, Andrijan Dementjewitsch (1909–).

<sup>97</sup> Beschluß des ZK der WKP(B) „Über das Wachstum der Partei und über Maßnahmen zur Verstärkung der parteiorganisatorischen und der parteipolitischen Arbeit mit den neu in die WKP(B) Eingetretenen“ vom 26. Juli 1946, in: KPSS w resoljuzijach i reschenijach sjesdow, konferenzii i plenumow ZK. Band 8, Moskwa 1985, S. 24-30.

<sup>98</sup> Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 vom 20. Juli 1947 „Über Mängel der parteipolitischen Arbeit in den Organen der SMAD und über Maßnahmen zu ihrer Überwindung“.

Der Beschluß des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946 wurde von den Kommunisten der Grundorganisationen erst im März und April 1947 studiert, nachdem das Parteikomitee gewählt worden war und festgestellt wurde, daß dieses historische Dokument unserer Partei noch nicht an die einfachen Mitglieder herangebracht worden war. Das verspätete Studium dieses Beschlusses hatte Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit der Parteiorganisationen.

Die Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 wurde in allen Grundorganisationen ausgewertet. Bei ihrer Erörterung in den Parteiversammlungen deckten die Kommunisten zahlreiche Mängel in der Parteiarbeit sowie im Verhalten einzelner Parteimitglieder und parteiloser Mitarbeiter auf. Diese Diskussionen trugen wesentlich zur Verbesserung der Parteiarbeit und zur Festigung des politisch-moralischen Standes bei den Mitarbeitern des Operativen Sektors bei.

Nach der Wahl des Parteikomitees für den Operativen Sektor und der Freistellung der Sekretäre der Parteigrundorganisationen im März 1947 setzte in der Parteiarbeit eine gewisse Belebung ein: In den Grundorganisationen fanden Versammlungen und Sitzungen der Parteibüros regelmäßiger statt, auch wurden erste Schritte getan zur Organisation einer Schulung der Kommunisten. Und die Parteiorganisationen begannen damit, beharrlicher gegen Verletzungen der Partei- und der dienstlichen Disziplin zu kämpfen.

In den Parteiversammlungen und Sitzungen der Parteibüros beschäftigte man sich verstärkt mit aktuellen Themen. So wurden in den letzten sechs Monaten folgende Fragen behandelt:

- Über die Erfüllung des Beschlusses des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946.
- Aufnahme in die Partei.
- Über die Vorhutrolle der Kommunisten bei der Festigung der Arbeits- und Parteidisziplin.
- Referate der Sekretäre der Parteiorganisationen: Über die Erfüllung der Beschlüsse der Bezirkswahlversammlungen und Parteikonferenzen.
- Die Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 und die Aufgaben der Parteiorganisationen.
- Das persönliche Verhalten der Kommunisten.
- Über den Stand der marxistisch-leninistischen Schulung der Kommunisten in den Parteiorganisationen u. a.

Wie sich bei der Kontrolle zeigte, verlaufen die Parteiversammlungen noch nicht auf hohem ideologisch-politischem Niveau. Die aktive Beteiligung an den Versammlungen ist sehr gering. Zur Diskussion auf Parteiversammlungen der Grundorganisationen sprachen beispielsweise:

1. In der Parteiorganisation der Verwaltung des Operativen Sektors in Halle:

Datum	Anwesende	Redner in der Diskussion
5. April 1947	94	6
17. Mai 1947	74	7
14. Juni 1947	105	14
26. Juli 1947	94	9
23. August 1947	87	12
27. September 1947	86	6
4. Oktober 1947	89	8

Nicht besser steht es mit der aktiven Beteiligung an den Parteiversammlungen in den Grundorganisationen der Bezirke Merseburg, Magdeburg, Anhalt. Wie aus den Stellungnahmen einzelner Kommunisten bei der Kontrolle hervorgeht, muß bei jeder Versammlung das Präsidium inständig um Diskussionsbeiträge der Mitglieder bitten.

Auf den Parteiversammlungen sprechen meist immer wieder dieselben Kommunisten zur Diskussion, in der Regel handelt es sich dabei um Führungskräfte. Dagegen haben sich in der Parteiorganisation der Abteilung des Operativen Sektors für die Stadt Halle elf Kommunisten – die Genossen Leutnant Butschkin, Hauptmann Winogradow, Hauptmann Koschelew, Oberleutnant Mironitschew, Hauptmann Putikow, Hauptmann Rodionow, Leutnant Chanski, Unterleutnant Zwetkow, Hauptmann Schloma (Mitglied des Parteibüros), Major Judin, Oberleutnant Zelunow – seit August 1945 bis zum Zeitpunkt der Überprüfung noch kein einziges Mal in einer Parteiversammlung an der Diskussion beteiligt.

Kritik und Selbstkritik in bezug auf Mängel in der Arbeit der Parteibüros und der Kommunisten sind nur schwach entwickelt. Im Gespräch mit den Mitgliedern wurde klar, daß sie Furcht davor haben, Kritik zu üben. Sie erklärten: „Wenn ich über Mängel in der Arbeit spreche, muß ich doch auch den Chef kritisieren, und das würde Auswirkungen für mich und meine Arbeit haben.“

Die geringe Beteiligung und die ungenügende Kritik und Selbstkritik in den Parteiversammlungen der Grundorganisationen des Operativen Sektors läßt sich damit erklären, daß die meisten Mitglieder nicht über eine längere Parteierfahrung verfügen, 80 Prozent der Kommunisten sind erst während des Großen Vaterländischen Krieges in die Partei eingetreten. Wie sich bei der Überprüfung zeigte, ist die politische Bildung der Kommunisten *unzulänglich*<sup>99</sup>. Bei den Parteiversammlungen fehlt immer ein großer Teil der Mitglieder, sei es, weil sie krank sind, sei es, weil sie Urlaub oder Dienst haben. Bei den bestbesuchten Versammlungen fehlten 18 Kommunisten, die am schlechtesten besuchten 49. Bei der Parteiversammlung der Abteilung des Operativen Sektors für die Stadt Halle am 4. Oktober d. J. fehlten 34 Kommunisten, davon hatten sechs Urlaub, elf waren krank, 17 hatten angeblich Dienst.

Die Mitglieder der Parteibüros<sup>100</sup> bereiten sich nicht genügend auf die Versammlungen vor, schwach entwickelt ist ihre erzieherische Einflußnahme auf die Ausprägung der Parteilichkeit bei den Kommunisten. Um die Schulung der jungen Kommunisten in den Parteiorganisationen, vor allem in den Bezirken Merseburg (Parteisekretär: Leutnant Arbusow), und Anhalt (Parteisekretär: Oberleutnant Sorokin), ist es schlecht bestellt. Nur so ist zu erklären, daß die Parteiversammlungen nicht zur Schule bolschewistischer Erziehung wurden.

#### Wachstum der Partei und die Arbeit mit den jungen Kommunisten:

1947 wurden 18 neue Mitglieder in die WKP(B) aufgenommen, elf Personen wurden Kandidaten der WKP(B). Von den neu Aufgenommenen kommen elf aus den Reihen des Komsomol.

In einem Fall wurde die Aufnahme in die WKP(B) verweigert, auch eine Kandidatur für die WKP(B) wurde abgelehnt, und zwar aus Gründen zu geringer politischer Bildung und wegen amoralischer Handlungen.

In den Parteiorganisationen gibt es 30 Kandidaten, deren Kandidatenzeit überschritten ist: Einer ist seit 1940 Kandidat, einer seit 1941, sieben sind es seit 1943, acht seit 1944, zehn seit 1945, drei seit 1946. Die meisten dieser Kandidaten gehören den Parteiorganisationen des Operativen Sektors seit über einem Jahr an, doch konnten sie bisher nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Das liegt hauptsächlich in folgendem begründet:

a) Die Parteibüros haben die erzieherische Arbeit mit diesen Kandidaten schlecht organisiert, so daß sie nicht die nötige Unterstützung bei der Vorbereitung auf ihre Aufnahme als Mitglieder in die Partei erhalten. Auch die Schulung der jungen Kommunisten ist schlecht organisiert. Das gilt vor allem für die Parteiorganisationen der Bezirke Merseburg und Anhalt.

<sup>99</sup> Das kursiv gesetzte Wort wurde handschriftlich eingefügt statt „gering“.

<sup>100</sup> Das kursiv gesetzte Wort wurde handschriftlich eingefügt.

Dazu ein Beispiel: In der Parteigrundorganisation des Bezirks Merseburg war im Mai eine Parteischulung für junge Kommunisten organisiert worden, die von Major Nossow geleitet werden sollte. Dieser führte einige Male Unterricht durch, ging dann aber im August in die UdSSR. Danach fand diese Schulung nicht mehr statt, und es gab auch keine andere Beschäftigung mit den jungen Kommunisten und Kandidaten der WKP(B). In der Parteileitung finden sich keine Angaben und Hinweise über die Arbeit dieser Schulung und deren Zusammensetzung. Im Gespräch mit dem Fahrer Gen. D. P. Sabrodin, der seit 1945 Kandidat der WKP(B) ist, stellte sich heraus, daß er nichts zur Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus unternimmt und noch nie an einem entsprechenden Unterricht teilgenommen hat. Gen. Sabrodin ist politisch ungebildet.

Ein weiteres Beispiel aus der Parteiorganisation des Bezirks Anhalt: Bereits im Februar hatte ein Beschluß der Parteiversammlung gefordert, die politisch-erzieherische Arbeit mit den jungen Kommunisten zu organisieren und eine Parteischulung für sie einzurichten. Doch erst acht Monate später wurde eine solche Schulung ins Leben gerufen, der erste Unterricht fand am 10. Oktober 1947 statt. Dabei gehören zu dieser Parteiorganisation zehn Kandidaten, die ihre Kandidatenzeit überschritten haben, und der Grund dafür, daß sie nicht als Mitglieder der WKP(B) aufgenommen werden, ist ihre fehlende Vorbereitung: Die Kandidaten Gen. Schischenin und Gen. Tatarschenko hatten Parteistrafen erhalten, bei den übrigen acht Kandidaten, die nicht aufgenommen wurden, gibt es Mängel im persönlichen Verhalten, eine schlechte Einstellung zur Arbeit und sie tun nichts zur Erhöhung ihres politischen Niveaus. Die Erteilung von Parteiaufträgen an junge Kommunisten als Form der Parteierziehung spielt in den Grundorganisationen noch nicht die erforderliche Rolle. Die Mehrzahl der jungen Kommunisten und insbesondere die Kandidaten der Partei werden nicht mit Parteiaufträgen betraut.

b) Obwohl es Beschlüsse von Parteiversammlungen gibt, die eine gründliche politisch-erzieherische Arbeit mit den jungen Kommunisten und Kandidaten verlangen, verhalten sich die Parteibüros formal zu diesen berechtigten Forderungen der Kommunisten und arbeiten nur ungenügend an der Erfüllung des *Beschlusses*<sup>101</sup> des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946.

[...] <sup>102</sup>

#### Der Kampf der Parteiorganisationen für die Festigung der Disziplin und des politisch-moralischen Standes der Mitarbeiter:

Darüber, wie die Parteiorganisationen konkret gegen Verletzungen der Partei- und der dienstlichen Disziplin sowie gegen Veruntreuungen staatlichen Eigentums kämpften, gibt die Zahl der Fälle Auskunft, in denen in den Parteibüros, in der Parteikommission und in den Grundorganisationen Auseinandersetzungen mit Kommunisten geführt wurden.

Allein in den neun Monaten des Jahres 1947 zog die Parteikommission bei der Politischen Abteilung der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt 27 Personen zur Verantwortung, davon 21 Mitglieder der WKP(B) und sechs Kandidaten der Partei.

#### Charakter der Verfehlungen:

1. Verlust des Parteidokuments – 5 Personen,
2. Fälschungen bei der Zahlung der Mitgliedsbeiträge – 2,
3. Trunksucht, Vernachlässigung des Dienstes, Beziehungen zu deutschen Frauen – 15,
4. Nachlässige Führung der Untergebenen und wirtschaftliche Verschwendung – 3,
5. Verbindung zu Häftlingen und Diebstahl – 2.

Insgesamt: 27 Personen

---

<sup>101</sup> Das kursiv gesetzte Wort wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>102</sup> Weggelassen wurden die Abschnitte „Arbeit der Parteibüros“ und „Anleitung der Komsomolorganisationen durch die Partei“.

Charakter der Parteistrafen:

1. Parteiausschluß – 6 Personen,
2. strenge Rüge mit Verwarnung – 2,
3. strenge Rüge – 10,
4. Rüge mit Eintragung in die Parteiunterlagen – 9.

Die vor der Partei zur Verantwortung Gezogenen nach Dienstgraden:

- |                     |                       |                      |
|---------------------|-----------------------|----------------------|
| 1. Major – 1        | 5. Unterleutnant – 6  | 9. Untersergeant – 1 |
| 2. Hauptmann – 5    | 6. Hauptfeldwebel – 1 | 10. Soldaten – 2     |
| 3. Oberleutnant – 4 | 7. Obersergeant – 1   | ohne Dienstgrad – 1  |
| 4. Leutnant – 3     | 8. Sergeant – 2       |                      |

Die vor der Partei zur Verantwortung Gezogenen nach Dienststellung:

1. Chefs von Kreisabteilungen – 4,
  2. stellvertretende Chefs von Kreisabteilungen – 2,
  3. Oberoperativbevollmächtigte – 2,
  4. Operativbevollmächtigte – 7,
  5. Oberuntersuchungsführer – 2,
  6. Kommandanten – 3,
  7. Gehilfen der Chefs von Gefängnissen – 2,
  8. Gefängnisaufseher – 5.
- Insgesamt: 27.

Die vor der Partei zur Verantwortung Gezogenen nach Bezirken:

1. Operativer Sektor – 8,
2. Merseburg – 3,
3. Anhalt – 5,
4. Magdeburg – 5,
5. Torgau – 6.

Außer vor der Parteikommission wurden Kommunisten auch in den Grundorganisationen und unteren Parteigliederungen zur Verantwortung gezogen. Insgesamt betraf letzteres 38 Personen. Ein Teil der Parteimitglieder des Operativen Sektors und der Operativen Gruppen, die angesichts ihrer Abkommandierung in die UdSSR die Partei- und die dienstliche Disziplin verletzten, werden an ihrer [neuen] Dienststelle zur Parteiverantwortung gezogen; die sie betreffenden Unterlagen wurden den Sekretären der Parteileitungen in den Gebietsverwaltungen des MGB übersandt.

Persönliche Unterlagen dieser Art wurden von 22 Kommunisten verschickt.

Mit Berücksichtigung dieser Fälle betrug der Anteil der zur Parteiverantwortung gezogenen Kommunisten demnach 22,4 Prozent des Mitgliederbestandes.

Wie die Anzahl der Kommunisten zeigt, die wegen verschiedener Verfehlungen zur Parteiverantwortung gezogen wurden, gab es in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors eine Reihe von Kommunisten, die mit ihrem Verhalten die Würde unserer MGB-Organen herabsetzten und ihre fachliche Arbeit kompromittierten. Deshalb erhoben die Kommunisten in den Berichtswahlversammlungen dem Parteikomitee und den Parteibüros gegenüber die entschiedene Forderung, daß diese nicht nur energisch dafür kämpfen, daß die Kommunisten hinsichtlich ihrer ideologischen Reife vorangehen, sondern daß sie sich genauso energisch für die Festigung der Partei- und der militärischen Disziplin, für die strenge Bestrafung jeder Veruntreuung staatlicher Mittel

einsetzen. Denn einzelne Fälle von Disziplinverletzungen und Veruntreuungen staatlicher Mittel kommen bis zum heutigen Tag vor.

Zu Fragen der Festigung des politisch-moralischen Standes und der militärischen Disziplin führten das Parteikomitee, die Parteibüros und das Kommando Beratungen mit allen Offizieren durch. Dazu fand auch eine Versammlung mit den nichtoperativen Mitarbeitern des Operativen Sektors statt. Überall gab es Parteiversammlungen zu dem Tagesordnungspunkt „Aufgaben der Parteiorganisationen bei der Festigung der Partei- und dienstlichen Disziplin“. Am 25. Oktober fand eine Parteiaktivtagung der Kommunisten des Operativen Sektors des Landes Sachsen-Anhalt statt, ihr Thema: „Über Mängel der Parteiarbeit in den Parteiorganisationen und die Aufgaben zu ihrer Überwindung“. Das Referat hielt der Sekretär des Parteikomitees Gen. Hauptmann Sadoroschny, es war geprägt von Kritik und Selbstkritik hinsichtlich der Mängel in der Arbeit der Parteiorganisationen und einzelner Kommunisten. Für das Referat wurde das Material der Überprüfung der Arbeit der Parteiorganisationen durch die Politische Abteilung der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt genutzt. In der Diskussion traten 15 Kommunisten auf, die die Arbeit der Parteiorganisationen und das parteifremde Verhalten einzelner Kommunisten und Mitarbeiter kritisierten.

In seinem Beitrag führte Oberst Kusnezow, stellvertretender Chef des Operativen Sektors der SMA des Landes, aus: „Im Vergleich zur Vergangenheit gibt es bei uns eine Belebung der parteipolitischen Arbeit. Der politisch-moralische Stand der Mitarbeiter der Operativen Gruppen in den Bezirken und Kreisen sowie in der Verwaltung des Operativen Sektors hat sich bedeutend gefestigt. Unter den Mitarbeitern der Operativen Gruppen hat sich allerdings die Devise eingebürgert: ‚Die schmutzige Wäsche wäscht man nicht vor anderen Leuten‘, solange die Verletzung nicht von einer besonderen Inspektion aufgedeckt wird. Verletzungen der Partei- und der militärischen Disziplin werden also verborgen; so daß Fälle verbrecherischen Verhaltens erst dann ans Licht kommen, wenn der betreffende Mitarbeiter in die UdSSR zurückkehrt.“

Leutnant Arbusow, Sekretär des Parteibüros der Parteiorganisation des Bezirks Merseburg, erklärte: „In unserem System wird die parteipolitische Arbeit unterschätzt. Die Führung des Operativen Sektors hat nicht ein einziges Mal an einer Parteiversammlung in Grundorganisationen der Bezirke teilgenommen. Und das Kommando erfuhr erst auf dieser Parteiaktivtagung von der Lage in der Operativen Gruppe der Kreisabteilung Eisleben. Von Mitarbeitern der Politischen Abteilung werden bei uns nur Vorlesungen und Vorträge gehalten, doch die Politische Abteilung gibt uns keine Direktiven und keine Literatur.“

Major Sikejew, stellvertretender Chef der Bezirksabteilung Magdeburg, sagte: „Der Kommandant der Operativen Gruppe Magdeburg Leutnant Alexejew hatte an die Mitarbeiter übelriechendes Fleisch ausgegeben. In dieser Frage gab es berechtigte Klagen. Die Frauen der Mitarbeiter der Operativen Gruppe leisteten keine gesellschaftliche Arbeit mehr und besuchten nicht mehr den Unterricht. Wie sich bei einer Versammlung mit diesen Frauen zeigte, verhalten sich manche von ihnen auch taktlos.“

Hauptmann Dubrowski, Chef der Kaderabteilung des Operativen Sektors der SMA, führte aus: „Unsere Parteiorganisationen setzten sich nur ungenügend mit Verletzungen der revolutionären Gesetzmäßigkeit auseinander. Angesichts der Tatsache, daß viele Kommunisten noch jung sind und nicht selbständig an sich arbeiten können, sollten Vorlesungen zu den Themen ‚Wie arbeitet man selbständig mit einem Buch?‘ und ‚Wie fertigt man ein Konspekt an?‘ gehalten werden.“

Leutnant Wassilkowski, Sekretär einer Grundorganisation des Operativen Sektors der SMA, stellte fest: „Die Sekretäre der Parteibüros in den Bezirken und der SMA haben es in ihrer Arbeit sehr schwer. Man kann Fragen im Büro zur Diskussion stellen, doch niemand wird einem helfen. In der Verwaltung des Operativen Sektors der SMA hat sich bei führenden Kommunisten die Meinung herausgebildet, daß derjenige ein Schwätzer ist, der gute Gespräche zu politischen

Themen führen oder gute Referate dazu halten kann. Von einer bestimmten Kategorie von Kommunisten kann man oft den Vorwurf hören: „Wozu müssen wir eine Versammlung durchführen?“ Einmal wurden bei einer Parteiversammlung 20 Kommunisten scharf kritisiert, am nächsten Tag kamen sie alle in die Leitung und fragten vorwurfsvoll: „Warum hat man in der Parteiversammlung schlecht über uns gesprochen?“<sup>103</sup>

Der Kommunist Smorodinski und andere äußerten in ihren Beiträgen Unzufriedenheit mit der Versorgung durch die Handels- und Dienstleistungseinrichtungen.

Obwohl auf der Parteiaktivtagung eine relativ große Zahl von Kommunisten das Wort ergriff, sprachen die meisten von ihnen nicht die großen Mängel an, die es bei den Kommunisten und in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors gibt. Kritik und Selbstkritik waren ungenügend ausgeprägt. Den Beiträgen war das Motto anzumerken: „Wozu vor anderen schmutzige Wäsche waschen?“ Infolge dieser Auffassung vom Kampf gegen verbrecherische Handlungen und gegen Mängel in der Arbeit der Parteiorganisationen kommen bis auf den heutigen Tag Verletzungen der Partei- und der dienstlichen Disziplin sowie Fälle amoralischen Verhaltens vor.

[...]<sup>103</sup>

#### Arbeitsbedingungen des Parteikomitees und der Parteiorganisationen des Operativen Sektors:

Weit verbreitet unter den Mitarbeitern des Operativen Sektors und der Operativen Gruppen, unter den Chefs aller Ebenen, unter Kommunisten wie Parteilosern ist die Meinung, wegen der starken Beanspruchung der Kommunisten durch ihre dienstliche Tätigkeit hätten sie keine Zeit, sich mit Parteiarbeit und politischer Arbeit zu befassen.

Infolge dieser Haltung bleiben das Parteikomitee und die Parteibüros sich selbst überlassen und die von ihnen geleistete Arbeit ist wenig wirksam. In den letzten drei Monaten gab es Fälle, in denen Mitarbeiter die Wachsamkeit verloren hatten.

Dazu folgende Beispiele:

1. Im August wurden aus dem Apparat aller Operativen Gruppen des Landes jene Mitarbeiter ausgesondert, die kein politisches Vertrauen genossen und in die UdSSR zurückgeschickt werden sollten. Eines Nachts öffneten Unbekannte die Tür des Klubs der Verwaltung des Operativen Sektors des Landes, rissen das Porträt unseres Führers I. W. Stalin herunter, zogen die Decke vom Tisch und schrieben an die Toilettenwände antisowjetische Parolen.

2. 1947 begingen, nachdem sie mehr und mehr moralisch verkommen waren, Selbstmord: der Operativbevollmächtigte Unterleutnant S. I. F., der Dolmetscher K., der Fahrer A. M. K. und noch ein Fahrer, dessen Namen wir vergessen haben.

Fünf Mitarbeiter des Operativen Sektors desertierten und verrieten die Heimat.

Außerdem desertierten allein 1947 aus den Militärkommandanturen und Einheiten des Landes Sachsen-Anhalt, die durch Mitarbeiter des Operativen Sektors des Landes operativ betreut werden, elf Soldaten, Sergeanten und Zivilangestellte.

3. Beim Umzug der Operativen Gruppe des Kreises Eisleben in ein anderes Dienstgebäude wurden in den alten Räumen Akten der Operativen Gruppe zurückgelassen, wofür der Chef der Operativen Gruppe Hauptmann Usmanow, Mitglied der WKP(B), die Verantwortung trägt. Nach einiger Zeit kam ein Deutscher zur Operativen Gruppe und erklärte, man solle die zurückgelassenen Papiere abholen.

Auf Grund der genannten Fakten müßte das gesamte Personal des Operativen Sektors zur Erhöhung der bolschewistischen Wachsamkeit und zur Einhaltung der revolutionären Gesetzlichkeit mobilisiert werden. Das Parteikomitee wollte auch zu einigen Fragen das Parteiaktiv einberufen,

<sup>103</sup> Weggelassen wurde der Abschnitt „Stand der marxistisch-leninistischen Schulung und der erzieherischen Arbeit mit den Kommunisten“.



doch der Termin für die Zusammenkunft des Parteiaktivs wurde von der Führung von Mai bis zum 25. Oktober d. J. verschoben.

Die Führung der Verwaltung des Operativen Sektors gestattete es dem Parteikomitee und den Parteibüros nicht, Parteiuntersuchungen einzuleiten und Auseinandersetzungen mit einzelnen Kommunisten zu führen, die die Partei- und dienstliche Disziplin verletzt hatten, beispielsweise im Fall des ehemaligen Chefs der Operativen Gruppe des Bezirks Altmark Major T.<sup>104</sup> oder des Chefs der Kaderabteilung des Operativen Sektors Oberstleutnant Schelnow u. a. Diese Personen wurden in die UdSSR zurückbeordert, ohne daß ihre Straftaten auf Parteiebene geahndet worden wären.

Bis heute steht die dringend gebotene Parteiuntersuchung wegen begangener Dienstvergehen zu folgenden führenden Mitarbeitern noch aus:

1. Chef der Operativen Gruppe des Bezirks Magdeburg Oberst K. wegen Verheimlichung von elf Kraftfahrzeugen vor der Registrierung und wegen Ruinierung der Wirtschaft.

2. Bevollmächtigter der Poliklinik in Halle Hauptmann B. wegen Beziehungen zu deutschen Frauen.

3. Bevollmächtigter der Operativen Gruppe des Kreises Salzwedel M., der in deutschen Firmen 100 Kilogramm Zucker und zehn Kilogramm Pralinen ungesetzlich entnahm und sie gegen Material eintauschte. Das gleiche Vergehen beging auch der Oberuntersuchungsführer des Kreises Stendal B.

4. Stellvertretender Chef des Bezirks Merseburg Major T. Dieser betrinkt sich häufig, befaßt sich mit Trödelkram, es gibt Fälle, in denen er Deutsche geschlagen hat, er betreibt den Weiterverkauf von Autos. *Die Fakten beziehen sich auf das erste Halbjahr 1947, doch die Parteileitung hat nicht reagiert*<sup>105</sup>.

Die Parteiorganisationen können die obengenannten Fälle gesetzeswidrigen Verhaltens nicht weiter untersuchen, da die Führung der Ansicht ist, es handele sich um gute Mitarbeiter und sie mit dem Hinweis verteidigt, die jeweilige Angelegenheit habe nur geringe Bedeutung.

Die Führung des Operativen Sektors stellt dem Parteikomitee und den Parteibüros keine Arbeitsaufgaben. Mehr noch, einzelne Sekretäre von Parteileitungen (Leutnant Wassilkowski) werden über zwei Monate weder vom Chef noch von dessen Stellvertreter empfangen.

Von der Führung des Operativen Sektors wurde die Arbeit der Parteibüros *bezüglich der Chefs von Kreisabteilungen*<sup>106</sup> ausschließlich auf die Schulung beschränkt und es wurde ihnen verboten, Fragen im Zusammenhang mit Verletzungen der militärischen und dienstlichen Disziplin zu behandeln, obwohl letzteres notwendig wäre.

Die führenden Mitarbeiter nehmen fast keinen Anteil an der parteipolitischen Arbeit ihrer Einrichtungen. Sie selbst halten keine Referate oder Vorträge zu theoretischen Fragen, führen auch keine Gespräche zu solchen Themen, somit erfüllen sie nicht die Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09.

#### Zusammenfassung:

1. In der politischen Arbeit der Parteiorganisationen des Operativen Sektors von Sachsen-Anhalt gibt es zwar in letzter Zeit eine gewisse Belebung. So werden die Versammlungen regelmäßiger durchgeführt, auch wurden erste Schritte zur Organisation einer Schulung der Kommunisten unternommen und die Parteiorganisationen fingen an, sich beharrlicher mit Verletzungen der Partei- und der dienstlichen Disziplin auseinanderzusetzen. Dennoch ist die Arbeit der Partei- und Komsomolorganisationen noch immer unbefriedigend, das heißt insbesondere:

---

<sup>104</sup> Vgl. Dokumente Nr. 203 und 206.

<sup>105</sup> Der kursiv gesetzte Satz wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>106</sup> Der kursiv gesetzte Satz wurde handschriftlich eingefügt.

a) Die Arbeit der Parteiorganisationen entspricht nicht den Forderungen, wie sie in dem Beschluß des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946 sowie in der Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 formuliert wurden.

b) Kritik und Selbstkritik bezüglich aller Mängel der parteipolitischen Arbeit befinden sich auf einem niedrigen Stand.

c) Der Arbeit zur ideologisch-politischen Erziehung der Kommunisten fehlt der richtige Ansatz. Die Parteiorganisationen haben bis heute im Grunde noch nicht Schluß gemacht mit der schädlichen Praxis der Nichteinmischung in den Prozeß der politischen Reifung der Kommunisten. Eine marxistisch-leninistische Schulung, die den Anforderungen der Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 30 entspräche, findet nicht statt. Statt die Anforderungen der Direktiven Nr. 30 und Nr. 09 für die Bedingungen im Operativen Sektor zu konkretisieren, gingen Führung und Parteibüros den unrichtigen Weg und leugneten ihre Erfüllbarkeit.

d) Die erzieherische Arbeit mit den jungen Kommunisten ist noch nicht richtig organisiert, obwohl die Parteiorganisationen überwiegend aus jungen Kommunisten bestehen.

e) Die Komsomolorganisationen arbeiten schlecht, die erzieherische Arbeit und die Arbeit innerhalb des Verbandes befinden sich auf niedrigem Niveau. Die Komsomolorganisationen arbeiten nicht mit den Jugendlichen außerhalb des Verbandes. Diese Mängel sind die Folge der ungenügenden Anleitung von Seiten der Parteigrundorganisationen, sind aber auch dadurch bedingt, daß es im Operativen Sektor keinen freigestellten Mitarbeiter für den Komsomol gibt.

f) Die Führungskräfte nehmen nicht an der erzieherischen Arbeit mit den Kommunisten und Mitarbeitern des Operativen Sektors teil. In ihrer Tätigkeit stützen sie sich kaum auf die Partei- und Komsomolorganisationen, formulieren für diese keine Aufgaben.

g) Das Parteikomitee und die Parteibüros führen nicht den nötigen Kampf gegen Personen, die sozialistisches Eigentum veruntreuen und die ihre Dienststellung mißbrauchen.

h) Führung und Parteibüros haben die Mitarbeiter bis heute noch nicht zu hohem Verantwortungsbewußtsein für die ihnen anvertraute Sache, für eine hohe bolschewistische Wachsamkeit erzogen.

In den Einrichtungen des Operativen Sektors gibt es amoralische Erscheinungen, außerordentliche Vorkommnisse und sogar Fälle von Desertion.

2. Am 25. Oktober d.J. fand eine Parteiaktivtagung der Mitarbeiter des Operativen Sektors von Sachsen-Anhalt statt, auf der die Mängel der Parteiarbeit erörtert wurden. Hier wurden auch praktische Maßnahmen zur Verbesserung des ganzen Systems der parteipolitischen Arbeit in den Partei- und Komsomolorganisationen aufgezeigt. Die Politische Abteilung benannte einige praktische Schritte zur Unterstützung des Parteikomitees und der Parteibüros bei der Überwindung der vorhandenen Mängel.

Chef der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung für Sachsen-Anhalt  
Oberst (Kolunow)

*An Sorokin. Andrejew.*

*Gen. Malyschko: Zur Verallgemeinerung des Materials zu den Parteiorganisationen der Operativen Sektoren. Sorokin. 12. Nov. [19] 47.*

*Ausgeführt. 10. Dez. [19]47. K. Malyschko.*

*GARF 7317/10/17, Bl. 311-314, 318-321, 323-326. Original.*

**Nr. 213. Schreiben des Sekretärs des Parteikomitees des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen-Anhalt Hauptmann Sadoroschny an den Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Generalleutnant Kowaltschuk „über Mängel der Parteiarbeit in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors“. 14. November 1947**

Streng geheim

Nr. p/00122

An den Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland  
Gen. Generalleutnant Kowaltschuk Berlin  
Kopie an: ZK der WKP(B) Moskau

Vom Sekretär des Parteikomitees des Operativsektors des Landes Sachsen-Anhalt in Deutschland Hauptmann A. D. Sadoroschny

**Denkschrift**

„Über Mängel der Parteiarbeit in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors“

Ich arbeite seit 1. Januar 1947 im Operativen Sektor. Von Februar bis März d. J. fanden Berichtswahlversammlungen statt, am 18. März folgte eine Parteikonferenz des Operativen Sektors, bei der ein neunköpfiges Parteikomitee gewählt wurde.

Das Parteikomitee leitet sechs Grundorganisationen an: eine in der Verwaltung des Operativen Sektors, fünf in den Bezirksabteilungen – Merseburg, Magdeburg, Altmark, Anhalt und Torgau, der Bezirk Torgau wurde am 1. Oktober d. J. mit dem Bezirk Merseburg vereinigt, beide zusammen bilden jetzt den Bezirk Merseburg. Zur Zeit gibt es also fünf Grundorganisationen. In den Bezirksabteilungen sind die Sekretäre der Parteiorganisationen freigestellte Mitarbeiter, in der Verwaltung des Operativen Sektors wird der Parteisekretär nicht freigestellt, in diese Funktion wurde deshalb der Instrukteur des Parteikomitees Oberleutnant Wassilkowski gewählt.

Richtschnur für die praktische Arbeit des Parteikomitees und der Parteiorganisationen sind der Beschluß des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946 und der Beschluß des ZK der WKP(B) zu Fragen der ideologischen Arbeit, die Anweisungen der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR und die Direktive Nr. 09 vom 20. Juli 1947 mit dem Abschnitt „Über Mängel der Parteiarbeit in den Organen der SMAD und über Maßnahmen zu ihrer Überwindung“.

Nach den Berichtswahlversammlungen belebte sich die Parteiarbeit in den Grundorganisationen und Parteigruppen.

In den Parteiversammlungen der Grundorganisationen wurden folgende Fragen erörtert:

1. Der Beschluß des ZK der WKP(B) vom 26. Juli 1946 „Über das Wachstum der Partei und über Maßnahmen zur Verstärkung der parteiorganisatorischen und parteipolitischen Arbeit mit den neu in die WKP(B) eingetretenen Mitgliedern“ und die Aufgaben der Parteiorganisation.
2. Beschluß des Februarplenums des ZK der WKP(B) „Über Maßnahmen zum Aufschwung der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit und die Aufgaben der Kommunisten“<sup>107</sup>.
3. Die Vorhutrolle der Kommunisten bei der Festigung der Disziplin und des politisch-moralischen Zustands.
4. Über den Stand der Erfüllung der Beschlüsse der Berichtswahlversammlung und der Parteikonferenz des Operativen Sektors.

---

<sup>107</sup> Wortlaut in: KPSS w resoljuzijach i reschenijach sjesdow, konferenzi i plenumow ZK, 7. Auflage, Teil 3, Moskwa 1954, S. 502-550.

5. Die Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 und die Aufgaben der Parteiorganisation.

6. Über die ideologisch-theoretische Weiterentwicklung der Kommunisten.

7. Die Aufnahme in die Partei.

8. Auseinandersetzung mit dem persönlichen Verhalten von Kommunisten und andere Fragen.

In den Sitzungen der Parteibüros der Grundorganisationen wurden folgende Fragen beraten:

1. Information der Sekretäre der Parteigruppen über den Stand der Parteischulung und der innerparteilichen Arbeit.

2. Information der Sekretäre der Komsomolorganisationen über den Stand der Arbeit innerhalb des Verbandes.

3. Information der Propagandisten<sup>108</sup> über den Stand der Parteischulung in den Gruppen und über die Leiter des politischen Unterrichts.

4. Anhörung von Sekretären der Parteiorganisationen und einzelner Kreischefs zur Partei- und Arbeitsdisziplin.

5. Über das Erlernen der deutschen Sprache.

6. Über die Arbeit mit den Kandidaten der Partei.

7. Anhörung einzelner Kommunisten zu ihrer Arbeit an der Erhöhung ihres ideologisch-theoretischen Niveaus und von Kandidaten der WKP(B) zu ihrer Vorbereitung auf den Eintritt in die Partei.

8. Aufnahme in die Partei.

9. Auseinandersetzung mit dem persönlichen Verhalten von Kommunisten und viele andere Fragen.

Die Parteiversammlungen und die Sitzungen der Parteibüros wurden auf hohem ideologischem Niveau vorbereitet und durchgeführt.

#### Stand der Parteiarbeit:

Die Parteischulung wird regelmäßig organisiert und durchgeführt. Die Schulung erfolgt nach der Methode, daß die Kommunisten selbständig mit Büchern arbeiten. Außerdem werden thematische Vorlesungen, Konsultationen und Gespräche organisiert. Wie sich jedoch bei der Überprüfung des Wissens einzelner Kommunisten zeigte, gibt es zahlreiche Mängel in der Parteischulung. Manche kennen sich nicht in den einfachsten, elementarsten Fragen aus. Das rührt aber nicht daher, daß sich die Parteiorganisation etwa nicht mit solchen Fragen in der Schulung beschäftigt hätte. Die Beschäftigung damit erfolgt regelmäßig, eine Kontrolle der Schulung findet auch statt, es wurden – in Abhängigkeit vom jeweiligen Kollektiv – Propagandisten für je fünf bis zehn oder 15 Personen eingeteilt und diese arbeiten nicht schlecht. Die Zurückgebliebenen, die nicht lernen wollen, werden auf Parteiversammlungen kritisiert, man lädt sie ins Parteibüro vor usw. Dennoch befindet sich die Parteischulung auf einem niedrigen Niveau. Der Grund dafür liegt, wie mir scheint, darin, daß die Führungskräfte des Operativen Sektors und der Bezirksabteilungen selbst nicht an der Erhöhung ihres ideologisch-theoretischen Niveaus arbeiten und daß sie ihre Unterstellten nicht danach fragen, warum diese nichts tun, um ihr politisches und kulturelles Niveau zu erhöhen. Man beschränkt sich darauf, den Kommunisten vier Stunden wöchentlich für die Parteischulung einzuräumen, doch man zeigt kein Interesse an der Schulung selbst. Nicht selten sind Fälle, in denen überhaupt 30 Prozent der Kommunisten aus dem Unterricht herausgenommen werden.

Und leider gibt es viele Kommunisten, die sich hinter ihrer Arbeit verstecken und nicht studieren wollen. Im Sekretär des Parteibüros sehen sie jemanden, der sie mit der Forderung nach

<sup>108</sup> Vorlage: „konsultanty-sobesedschiki“.

Schulung belästigt. Nahezu in jeder Parteiversammlung, in der ein Sekretär einzelne Kommunisten wegen ihres mangelhaften Studiums kritisiert, bringen die Betroffenen viele Rechtfertigungsgründe vor und beschuldigen ihrerseits den Sekretär, aber keiner unterstützt den Sekretär und hält die Kommunisten zum Studium an.

Die Führungskräfte schweigen oder bleiben in ihren Redebeiträgen allgemein, die übrigen Kommunisten, wenn sie überhaupt auftreten, halten sich mit Kritik und Selbstkritik zurück. Insgesamt ist es hier üblich, niemanden zu kritisieren und nicht über sich selbst zu sprechen, als ob nur das Büro etwas auszusetzen und zu schelten hätte.

Unter diesen Bedingungen ist es sehr schwierig, die Kommunisten zum Studium anzuhalten.

Aus dem Dargelegten könnte ein Außenstehender zu dem Schluß gelangen, daß die Versammlungen nicht gut vorbereitet sind, daß die Referate unkritisch und inhaltslos sind und deshalb sich niemand an der Diskussion beteiligt.

Doch das wäre ein Fehlschluß. Die Versammlungen werden einen ganzen Monat lang vorbereitet, die Referate sind inhaltsreich und angefüllt mit konkretem, geprüftem Material aus dem Leben der Parteiorganisation und der dienstlichen Tätigkeit. So fragt man sich, woran es dann liegt. Ich persönlich kam zu dem Schluß, daß es sich bei den meisten Mitarbeitern und Führungskräften um alte Mitarbeiter des Operativen Sektors handelt, die seit 1945 und 1946 hier arbeiten. Und da in diesen Jahren im Operativen Sektor praktisch keine Parteiarbeit geleistet und keine Schulung durchgeführt wurde, sind sie nicht mehr an das Parteileben gewöhnt, wollen in die aktive Parteiarbeit nicht einbezogen werden, wobei sie ihre ganze Untätigkeit dahinter verbergen, daß sie keine Zeit haben.

Dieser Verweis auf den angeblichen Zeitmangel geht wiederum von den Führungskräften aus.

Die Führungskräfte sind nicht gewillt, vor den Kommunisten und parteilosen Mitarbeitern des Operativen Sektors Vorträge oder Referate zu politischen Themen zu halten. Im Jahre 1947 ist nicht einer von ihnen vor den Massen aufgetreten, nicht einmal in den Parteiversammlungen wollen sie ein Referat übernehmen.

Ich sage es ganz direkt: Die Führung des Operativen Sektors unterschätzt die Parteiarbeit, sie stellt dem Parteikomitee und den Parteiorganisationen keine Aufgaben. Man wehrt die Sekretäre ab wie aufdringliche Leute, da sie immer wieder fordern, daß man ihnen Aufgaben stellt, damit die Parteiarbeit zur Erfüllung der Arbeitsaufgaben sowie zur Festigung der Partei- und Arbeitsdisziplin beitragen kann. Und was erreichen wir mit unseren Forderungen? Man stellt uns einfach keine Aufgaben, aber wenn sich die Parteiorganisationen von sich aus mit diesen Fragen beschäftigen, dann gefällt das der Leitung auch nicht immer.

Ich nenne Beispiele zu Fragen der Festigung der Partei- und Arbeitsdisziplin.

In der Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 heißt es: „Die Partei- und Komsomolorganisationen haben nicht den Kampf für die Festigung der militärischen und der Arbeitsdisziplin organisiert ... und haben wenig getan, um in das Leben und die Arbeit der Militärangehörigen eine strenge Ordnung zu bringen.“

„Im Ergebnis sind einzelne Mitarbeiter ... verkommen und besitzen nicht mehr die moralisch-politische Haltung eines sowjetischen Menschen.“

„Es ist kein Zufall, daß viele der Mitarbeiter, die für die Rückkehr in die UdSSR ausgewählt werden, ihre Abkommandierung wegen Trunksucht und moralischer Haltlosigkeit erhalten.“

Bei uns wurden ebenfalls aus solchen Gründen 1947 etwa 500 Personen abkommandiert. Im gleichen Zeitraum begingen vier Personen Selbstmord. Einige Dolmetscher flohen in die britische bzw. amerikanische Zone. Es gab auch weitere Fluchtversuche, die aber verhindert werden konnten. 1947 ereigneten sich fünf solche Fälle.

Und viele waren Trinker, von denen man sich getrennt hat. Häufig gab es Beziehungen zur ortsansässigen Bevölkerung, vor allem zu deutschen Frauen. Getrennt hat man sich von vielen, die staatliches Eigentum veruntreut hatten.

Wie führten die Parteiorganisationen den Kampf für die Festigung der Partei- und der Arbeitsdisziplin, gegen diejenigen, die staatliche Mittel veruntreuen?

Ungeachtet der gravierenden Mängel in der Arbeit der Parteiorganisationen leisteten sie in dieser Hinsicht eine große Arbeit.

Neben ihrer erzieherischen Arbeit behandelten die Parteiorganisationen wiederholt Fragen der Partei- und Arbeitsdisziplin auf Versammlungen und in Leitungssitzungen, wo Disziplinverstöße kritisiert und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen wurden. 1947 wurden in 65 Fällen Parteistrafen verhängt, sechs Personen wurden aus der Partei ausgeschlossen, 21 erhielten eine strenge Rüge mit Eintragung in die Unterlagen, 38 bekamen einen strengen Verweis oder Verweis. Außerdem wurden in 22 Fällen entsprechende Unterlagen über Kommunisten in die Sowjetunion an den neuen Dienstort der Betroffenen geschickt.

Alle diese Kommunisten wurden wegen Trunksucht, wegen Beziehungen zu deutschen Frauen, wegen Veruntreuung staatlicher Werte oder wegen Trödelgeschäften mit der deutschen Bevölkerung zur Verantwortung vor der Partei gezogen. Aber viele Kommunisten entgingen durch ihre Abreise einer Bestrafung.

Warum sind unsere Menschen so tief gesunken?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Es fehlt an dem nötigen Kampf gegen diese amoralischen Erscheinungen.

Wer ist daran schuld? Üblicherweise sagt man darauf, daß die Parteiorganisationen schlecht arbeiten. Dem stimme ich auch zu.

Doch mir scheint, es ist an der Zeit, daß auch die Führung des Operativen Sektors und der Bezirksabteilungen gefragt werden muß, warum sie nicht diese schändlichen Erscheinungen aktiv bekämpfen.

Als Sie mich in den Operativen Sektor entsandten, um die Funktion des Sekretärs des Parteikomitees zu bekleiden, stieß ich hier auf „Bajonette“. Vor allem der ehemalige Chef der Kaderabteilung Oberstleutnant Schelnow unternahm alles gegen mich, was nur in seinen Kräften stand. Der Chef des Operativen Sektors Generalmajor Martirossow unterstützte mich zwar loyal, doch bei jedem Schritt warnte er mich, ich solle vorsichtiger sein beim Aufwerfen von Fragen in der Partei, da mich sonst die Kommunisten nicht ins Parteikomitee wählen werden. Unter solchen Bedingungen mußte ich bis zu meiner Wahl am 18. März arbeiten. Aber auch vor der Wahl tat ich alles, um die Parteiarbeit zu beleben und den Kampf gegen amoralische Erscheinungen zu führen. Doch wurde ich von niemandem unterstützt, im Gegenteil, man behinderte mich sogar. Ich deckte damals einige Mißstände auf, beispielsweise im Fall des ehemaligen Chefs der Bezirksabteilung Altmark Major T., der bei der Bezirksstelle eine Nebenwirtschaft unterhielt mit 14 Kühen, 75 Schafen, 25 Schweinen, sieben Kälbern, einem Bullen, zwei Pferden, drei Gänsen und der 1946 ein Lager mit etwa 35 Tonnen Zucker gefunden hatte. Über die Nebenwirtschaft wie über den Zucker verfügte er ohne jede Nachweisführung. Das meiste davon soll Major T. nach Auskunft von Kommunisten für eigennützige persönliche Zwecke verwendet haben. Alle wußten davon, aber niemand unternahm etwas. Erst Ende Januar 1947 wurde auf mein Drängen hin eine dienstliche Untersuchung eingeleitet. Alle Angaben bestätigten sich, T. wurde in die UdSSR zurückbeordert, auf Parteiebene wurde das Material an seinen neuen Dienstort geschickt<sup>109</sup>.

Im März/April wurde der Fall des ehemaligen Chefs der Kreisabteilung Eisleben im Bezirk Merseburg Hauptmann U. aufgedeckt. Dieser ging nicht seiner Arbeit nach, sondern beschäftigte sich mit Schiebereien und mißbrauchte seine Dienststellung. So nahm er von Kaufleuten und Handelsorganisationen Waren und verkaufte sie weiter, auch verkaufte er etwa zehn Pkws, die er von Deutschen eingezogen hatte. Außerdem ließ derselbe U. bei einem Umzug der Abteilung von einer deutschen Wohnung in eine andere in der alten Wohnung operative Dokumente zurück,

<sup>109</sup> Vgl. die Dokumente Nr. 203 und Nr. 206.

die bis September d. J. in der Wohnung der Deutschen liegen blieben und bis heute noch dort lägen, wenn nicht die Deutschen verlangt hätten, daß man sie abhole. U. schied im Mai aus der Abteilung aus und wurde im Juni in die UdSSR abkommandiert. Für den Verlust dieser Dokumente wurde niemand zur Verantwortung gezogen, für die erzieherische Arbeit mit dem operativen Personal wurde dieser Fall nicht ausgewertet.

Über U. wurde Material zu einem alten Fall nachgeschickt, damit man ihn zur Verantwortung zieht.

Bezüglich älterer Fälle kann man viele Beispiele nennen, die zeigen, daß sich die Parteiorganisation durchaus mit solchen Fragen beschäftigt hat, und zwar gegen den Wunsch des ehemaligen Chefs des Operativen Sektors Generalmajor Martirossow und des ehemaligen Chefs der Kaderabteilung Oberstleutnant Schelnow. Letzterer kehrte übrigens in die UdSSR zurück, ohne zur Rechenschaft gezogen worden zu sein für das, was er sich hier hat zuschulden kommen lassen, indem er ehrliche Mitarbeiter verhöhnte und die Verbrechen führender Mitarbeiter vertuschte.

Wenn die alten Fälle abgeschlossen worden wären und solche Vergehen nicht mehr vorkämen, brauchte man diese Fragen nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Doch leider wiederholen sich solche Dinge bis auf den heutigen Tag. Wie mir beispielsweise der ehemalige stellvertretende Chef der Kaderabteilung Major Panfilow sagte, ergibt sich aus dem Untersuchungsmaterial zu den Fällen Kalaschnikow und Dergatschew, daß im Bezirk Altmark, wo Major T. früher Chef war, unter Oberstleutnant Denissenko die Mißstände bis heute fortauern und die dienstliche Stellung zu eigensüchtigen Zwecken genutzt wird.

Der Oberoperativbevollmächtigte der Kreisabteilung Salzwedel Marmulew und der Oberuntersuchungsführer der Bezirksabteilung Altmark Barabanow haben Beziehungen zu Deutschen in der Zuckerfabrik von Salzwedel angeknüpft, nahmen von diesen 100 bis 200 Kilogramm Zucker und Pralinen und tauschten dagegen bei anderen Deutschen Frauenkleider ein.

Der Chef der Bezirksabteilung D. fuhr im Juni in die Grenzstadt Ebersfelde<sup>110</sup> zu dem Deutschen Nouke, um Textilien zu besorgen. Er bekam Wollstoff für zwei Anzüge, 34 Meter Seide und große Mengen Futterstoffe und veranstaltete mit diesem verdächtigen Deutschen (er ist ein großer Schieber und besucht öfter die britische Zone) ein Trinkgelage. Diesen Deutschen lud D. zu sich ein und bat ihn, noch mehr Kleidersachen zu besorgen.

In der früheren Bezirksabteilung Torgau hatte der Chef der Kreisabteilung Bad Liebenwerda Hauptmann Kowalenko<sup>111</sup>, bevor er im Juni in die UdSSR zurückkehrte, an Deutsche drei Pkws verkauft.

Der ehemalige Chef der Bezirksabteilung Anhalt Major K. entnahm vor seiner Rückkehr in die UdSSR aus beschlagnahmtem Besitz zwei Pelzmäntel, Wollstoff für zwei Anzüge, ein Radio, ein elektrisches Bügeleisen und andere Sachen. Außerdem ließ er ein Schwein aus der Nebengewirtschaft schlachten und nahm es mit auf die Reise.

Im Bezirk Magdeburg brachten die Kommunisten in jeder Parteiversammlung vor, daß sie in den Kreisabteilungen nicht genügend Lebensmittel bekämen und daß sogar minderwertige Lebensmittel ausgegeben würden. Doch von Januar bis September d. J. wurde nichts unternommen, um den Wirtschaftsverwalter, den Kommunisten A., zur Verantwortung zu ziehen, weil dieser vom Chef der Bezirksabteilung Oberst Krotkow in Schutz genommen wurde.

---

<sup>110</sup> Vermutlich handelt es sich um die Stadt Oebisfelde an der Grenze zu Niedersachsen (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>111</sup> Über das Verhalten Kowalenkos hatte der Chef der Abteilung Kommandanturdienst der SMA für die Provinz Sachsen Muchin am 14. Nov. 1945 unter Nr. 0629 eine an den Chef des Operativen Sektors des NKWD Martirossow adressierte Meldung erstattet, in der es hieß: „Der Chef der Operativgruppe des Kreises Bad Liebenwerda Hauptmann Kowalenko hat am 7. Nov. 1945 zusammen mit Untergebenen den Hauptfeldwebel der Wachkompanie der Kommandantur von Bad Liebenwerda ohne erkennbaren Grund niedergeschlagen, weil sie völlig betrunken waren.“ In: GARF 7133/1/115, Bl. 413.

Im Juni wurde auf einer Parteiversammlung beschlossen, drei Kommunisten damit zu beauftragen, den eingegangenen Klagen über A. nachzugehen. Bei der Überprüfung stellte sich heraus, daß die Mitarbeiter tatsächlich nicht genügend Lebensmittel bekommen und daß die ausgegebenen oft von minderer Qualität waren. Als ich dieses Material dem Chef des Operativen Sektors Oberst Loss<sup>112</sup> zuleitete, erklärte dieser mir, es sei nicht Sache der Parteiorganisation, sich in dienstliche Angelegenheiten einzumischen, und künftig solle man solche Einmischungen unterlassen (dabei handelte es sich hier keineswegs um eine Einmischung). Danach bestand ich dennoch darauf, daß eine Revision vorgenommen wird.

Die Kommission stellte bei der Überprüfung fest, daß in A.s Wirtschaft über eingegangene und ausgegebene Lebensmittel keinerlei Buchführung erfolgt. Zum 22. September 1947 waren im Lager folgende überschüssige Lebensmittel vorhanden:

Zucker – 92,5 kg  
 Fett/Speck – 120,2 kg  
 Fisch/Heringe – 366,0 kg  
 Butter – 122,0 kg  
 Zigaretten – 78.532 Stück  
 Makkaroni – 68 kg  
 Backwaren – 19,8 kg u.a.

Dieser Überschuß war dadurch entstanden, daß A. bei der Belieferung mit Lebensmitteln eine überhöhte Stärkemeldung gemacht hatte.

Wie zudem festgestellt wurde, hatten die Kreisabteilungen manche Lebensmittel nicht bekommen, obwohl sie im Lieferschein als ausgegeben vermerkt worden waren.

Beispielsweise sollte die Kreisabteilung Burg laut Lieferschein Nr. 1 185 kg Kartoffeln erhalten haben, doch ausgegeben wurden sie nicht.

Der Stadtabteilung Schönebeck waren auf die gleiche Weise 185,5 kg Kartoffeln vorenthalten worden.

Für die Kreisabteilung Neuwaldenleben unterblieb die Ausgabe von 55,4 kg Roggenmehl, 5 kg Qualitätsmehl und 53,1 kg Kartoffeln.

Und so gibt es noch zahlreiche Beispiele.

Eine Buchführung über die Nebenwirtschaft existiert nicht. Wie sich zeigte, gab es in der Nebenwirtschaft folgendes überzählige Vieh: eine Kuh, zwei Schweine, ein Schaf, 17 Hühner.

Von Mai bis September wurden zwei Schweine geschlachtet, doch der tatsächliche Ertrag an Fleisch und Fett läßt sich nicht ermitteln, da über die Schlachtungen keine Protokolle angefertigt wurden. Es findet sich nur eine Mitteilung, daß an die Mitarbeiter Fleisch aus der Nebenwirtschaft abgegeben wurde. Dieser Mitteilung zufolge zahlten die Mitarbeiter dafür 1.100 Mark; wie aber dieses Geld ausgegeben wurde, ist nicht bekannt.

Darüber hinaus leistete die Nebenwirtschaft aber keinen Beitrag für die Verbesserung des Essens der Offiziere und Zivilangestellten.

Die 17 Hühner der Nebenwirtschaft legen im Monat 180 bis 200 Eier, doch diese wurden nirgends verbucht und wie sie verwendet wurden, läßt sich ebenfalls nicht feststellen.

Bei einer Inventur des Fuhrparks durch die Bezirksabteilung wurden elf Fahrzeuge verheimlicht, die erst bei der jetzigen Revision entdeckt wurden.

A. hätte eine strenge Parteistrafe verdient, auch eine dienstliche Untersuchung wäre nötig, aber wer weiß, wann das sein wird.

<sup>112</sup> Loss, Semjon Lwowitsch (1906–1966), Oberst; ab 1930 in der Staatssicherheit; 1929 WKP(B). 1944–47 leitend in der Spionageabwehr der 2. Belorussischen Front und zuletzt der Nordgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Polen tätig. März-Aug. 1947 Chef des Operativen Sektors des MGB in Mecklenburg und Aug.-Dez. 1947 Chef des Operativen Sektors in Sachsen-Anhalt. Danach bis 1951 in der militärischen Abwehr des MGB in der UdSSR eingesetzt.



Mit den dienstlichen Untersuchungen steht es überhaupt schlecht, sie werden ein Jahr verschleppt, und die Angelegenheiten sind verjährt, wenn man jemand vor der Partei zur Verantwortung ziehen will.

So war es beispielsweise im Fall von Oberstleutnant M. Wie mir der stellvertretende Chef der Kaderabteilung Major Panfilow sagte, führt er eine Untersuchung zu M. im Zusammenhang mit der Verhaftung von Schwarzkopf, doch er kann sie nicht abschließen, da man ihn nicht unterstützt. Schwarzkopf, der am 14. Dezember 1946 zu zehn Jahren verurteilt wurde, erstattete Anzeige, daß in dem den Untersuchungsakten beigefügten Protokoll viele Dinge fehlen. Diese hätten in staatlichen Besitz übergeben werden müssen.

Schwarzkopf war am 13. August 1946 von Oberstleutnant M., Hauptmann W., Hauptmann L. und Oberleutnant S. (sie alle arbeiten im Operativen Sektor) verhaftet worden. Bei der Verhaftung wurde kein Protokoll über den vorhandenen Besitz angefertigt, dieses wurde erst anderthalb Monate später aufgestellt und auch das nur zum Schein, bis Schwarzkopf das Material zu seiner Anklage unterschrieben haben würde. Dann wurde dieses Protokoll aus den Akten entnommen und durch ein gefälschtes ersetzt, in dem nur alte Klamotten verzeichnet waren, während sich die Mitarbeiter die Wertgegenstände angeeignet und unter sich verteilt hatten. Oberstleutnant M. hatte sich dabei angeeignet:

1. goldene Damenarmbanduhr mit Armband,
2. goldenes Armband,
3. Perlenhalskette,
4. Goldring mit Edelstein,
5. silbernes Tischgeschirr mit 36 Einzelteilen,
6. Filmkamera und Fotoapparat,
7. 3.000 Mark,
8. marmorne Schreibtischgarnitur,
9. einen großen und einen kleinen persischen Teppich,
10. drei Lederkoffer,
11. 20 Garnituren Bettwäsche und andere Dinge.

Man sagt, das sei bei Gen. M. Praxis gewesen – Sachen beschlagnahmen, kein Protokoll anfertigen, sich dann die Sachen aneignen und unter den Mitarbeitern verteilen.

1946 schickte M. dreimal Soldat Rodin los, der zu ihm nach Hause Koffer brachte, insgesamt soll er 15 Koffer zu M. gebracht haben.

Und zu all diesen Fragen wird seit etwa einem Jahr eine Untersuchung durchgeführt, die aber irgendwie nicht abgeschlossen werden kann, obwohl – wie mir Panfilow sagte – alles durch Zeugenaussagen belegt ist.

In Sitzungen des Parteibüros der Verwaltung des Operativen Sektors gab es zweimal Auseinandersetzungen um das amoralische Verhalten des Oberoperativbevollmächtigten Hauptmann B. aus M.s Abteilung, der beide Male das Obengesagte bestätigte. Doch aus irgendwelchen Gründen hält die Führung des Operativen Sektors all das vor dem Sekretär des Parteikomitees geheim und bringt selbst die Angelegenheit nicht ins Reine.

Man könnte noch viele Beispiele anführen, wie sich die Leute mit Trödelkram beschäftigen, sich staatlichen Besitz aneignen, nicht an ihre eigentliche fachliche Arbeit denken und vergessen, wozu man sie nach Deutschland geschickt hat. Manche arbeiten nicht, sondern leben zu ihrem Vergnügen. Doch ich denke, die genannten Beispiele reichen aus, um zu zeigen, wie schwach die Partei- und Staatsdisziplin ist und wie der politisch-moralische Zustand beschaffen ist.

#### Wie arbeiten die Parteiorganisationen, um die Erfüllung der Arbeitsaufgaben zu sichern?

Die Parteiorganisationen leisteten nicht nur parteierzieherische Arbeit, sondern beschäftigten sich auch mit Fragen der fachlichen Arbeit. Nach Hinweisen ihrer Chefs wurden einzelne

Kommunisten, die schlecht arbeiten oder die revolutionäre Gesetzlichkeit verletzen, in Sitzungen der Parteibüros angehört, und sie bekamen auf Parteiebene einen entsprechenden Verweis. Doch als im August der neue Chef des Operativen Sektors, Oberst Loss, hier eintraf, untersagte dieser den Parteiorganisationen, daß sie sich mit Fragen der fachlichen Arbeit befassen. Und nicht einmal zu Arbeitsbesprechungen werden die Sekretäre der Grundorganisationen oder der Sekretär des Parteikomitees eingeladen, so daß wir seit August nicht wissen, ob die fachliche Arbeit gut läuft oder schlecht. Wie mir scheint, steht es schlecht darum, weil es zur Zeit im Operativen Sektor faktisch keinen Dienstherrn gibt. Als Loss hier ankam, erteilte er seine Anweisungen und liegt seitdem krank in seiner Wohnung. Der stellvertretende Chef des Operativen Sektors Oberst Kusnezow ist seit Loss' Eintreffen ebenfalls krank, und der stellvertretende Chef des Operativen Sektors Oberstleutnant Wassiljew entscheidet keine einzige Frage selbständig. Den Parteiorganisationen werden keinerlei Aufgaben gestellt, es ist nicht recht zu erkennen, wie man hier seine Arbeit tun soll, und die operativen Mitarbeiter klagen darüber, daß es im Operativen Sektor keinen Dienstherrn gibt.

Die Parteiorganisationen arbeiten, organisieren, führen mit den Kommunisten Parteischulungen durch, erteilen den nichtoperativen Mitarbeitern und den Familienmitgliedern politischen Unterricht, setzen sich mit Verletzungen und amoralischen Handlungen auseinander. Doch aus irgendwelchen Gründen erheben in letzter Zeit die Verletzer der Partei- und Arbeitsdisziplin ihr Haupt, und wenn man diese Leute auf Parteiversammlungen kritisiert, treten sie gegen die Parteifunktionäre auf und erhalten leider oft Unterstützung, wenngleich eine stillschweigende, von Seiten der Führungskräfte. Und das ist nicht zufällig. Als Oberst Loss in den Operativen Sektor kam, verbot er es, daß man sich auf Parteiebene mit dem persönlichen Verhalten von Führungskräften – vom Chef einer Kreisabteilung aufwärts – auseinandersetzt. Als im Parteikomitee das persönliche Verhalten des Chefs der Kreisabteilung Blankenburg Hauptmann N. auf der Tagesordnung stand, gelang es mir nur mit Mühe, von Oberst Loss die Erlaubnis für die Behandlung dieses Falls einzuholen. Die Angelegenheit wurde auf Parteiebene untersucht und der Parteikommission bei der Politischen Abteilung der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt übergeben. Am 13. Oktober d.J. lud man N. vor die Parteikommission und erteilte ihm eine strenge Rüge mit Eintragung in die Unterlagen für die illegale Unterhaltung eines Lagers mit Kraftstoffen (5.000 bis 6.000 Liter Benzin und 200 Kilogramm Öl), für unkontrollierten und unwirtschaftlichen Verbrauch der Erträge aus der Nebengewirtschaft, die ebenfalls illegal betrieben wurde, für den illegalen, mit Deutschen vollzogenen Tausch eines Pferdes gegen eine Kuh und für den Tausch des eigenen Pkws gegen einen von Deutschen, worüber sich die Deutschen bei der Kommandantur beschwert hatten. Als ich Loss Meldung darüber erstattete, daß die Parteikommission N. eine strenge Rüge erteilt hatte, beschimpfte mich Loss im Beisein von Oberstleutnant Wassiljew und Oberstleutnant Masjutkin dafür, daß ich die Angelegenheit der Parteikommission übergeben hatte und erklärte, daß wir uns in Arbeitsfragen nicht einzumischen hätten. Somit war den Kommunisten aus dem Führungspersonal klar geworden, daß die Parteiorganisation nicht nur kein Recht hat, ihre Angelegenheiten zu untersuchen, sondern auch kein Recht, sie für schlechte Arbeit oder parteifremdes Verhalten zu kritisieren.

Inzwischen braucht man nur anzufangen, über Mängel in der Arbeit einzelner Kommunisten oder über ihr parteifremdes Verhalten zu sprechen, und schon richtet sich das Feuer auf den Parteifunktionär – daß er die Leute schlecht erzieht usw. Nach solchen Versammlungen kommt von Seiten der Leitung nicht nur keine Hilfe bei der Erziehung der Mitarbeiter, sondern oft vereitelt sie auch organisatorische Maßnahmen der Parteiarbeit.

Ich erwähnte oben bereits, daß am 18. März d.J. eine Parteikonferenz des Operativen Sektors durchgeführt wurde, auf der das Parteikomitee gewählt wurde. Danach wurde das Parteiaktiv des Operativen Sektors bis zum 25. Oktober d.J. nicht ein einziges Mal einberufen, obwohl in der Entschließung festgelegt worden war, das Aktiv mindestens einmal in drei Monaten einzu-

berufen. Und wie sehr ich mich auch um die Einberufung des Aktivs bemühte, man gestattete es nicht. Erst im Oktober gelang es mit Mühe, eine Parteiaktivtagung durchzuführen. Weil das Führungspersonal des Operativen Sektors sich fortwährend weigert, auf Parteiversammlungen Referate zu halten, beschlossen wir auf einer Sitzung des Parteikomitees, das Thema „Über Mängel in der parteipolitischen Arbeit in den Parteiorganisationen des Operativen Sektors und Maßnahmen zu ihrer Überwindung“ auf die Tagesordnung der Parteiaktivtagung zu setzen. Diese Entscheidung war auch dadurch bedingt, daß bei der Diskussion der Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR Nr. 09 vom 20. Juli 1947 in den Grundorganisationen einige Kommunisten zu beweisen versuchten, daß die Direktive uns nicht betrifft, während die meisten Führungskräfte zu dieser Frage schwiegen. Dem Parteiaktiv mußte deshalb gezeigt werden, daß diese Direktive durchaus auch auf uns zutrifft, daß die dort genannten Mängel auch bei uns vorhanden sind und daß man die Kommunisten zu ihrer Überwindung mobilisieren muß.

Im Referat wurden also diese Mängel aufgezeigt und auch konkret einige Schuldige benannt, und da es sich um das Parteiaktiv handelte und die meisten Führungskräfte anwesend waren, unterzog ich auch deren Mängel in der Anleitung der Parteiorganisationen und im Kampf gegen Verletzungen der Partei- und der Arbeitsdisziplin der Kritik. Ich kritisierte auch die Disziplinverletzungen einiger Chefs und sprach über das im vorliegenden Bericht Dargestellte, nur über Masjutkin und Denissenko machte ich keine Ausführungen. Die Beiträge der Kommunisten in der Diskussion waren nicht schlecht (es sprachen 13 Redner) und es wurde eine fünfköpfige Kommission zur Überarbeitung des Entschließungsentwurfs gewählt. Als dann nach der Diskussion die Entschließung angenommen werden sollte, traten einige Kommunisten auf – der stellvertretende Chef des Operativen Sektors Oberstleutnant Wassiljew, der Chef der 2. Abteilung Oberstleutnant Mitin, der Chef der Wirtschaftsabteilung Major Smorodinski – und sprachen sich dagegen aus, daß die im Referat behandelten Mängel in unserer Arbeit und insbesondere die amoralischen Erscheinungen in den konstatierenden Teil der Entschließung aufgenommen werden. Mitin meldete sich mehrmals zu Wort und meinte, die Resolution sei schrecklich, eine Verurteilung, und Wassiljew verstieg sich soweit, daß er überhaupt gegen die Annahme einer Entschließung auftrat.

Doch das Parteiaktiv folgte nicht diesen Wünschen, vielmehr wurde der Entschließungsentwurf mit Abänderungen und Ergänzungen angenommen und das Parteikomitee damit beauftragt, die Entschließung redaktionell zu bearbeiten und den Grundorganisationen zuzuschicken.

Seit der Tagung des Parteiaktivs gehen Wassiljew und Mitin auf Konfrontation zum Parteikomitee und zu den Parteifunktionären, sie machen Stimmung gegen die Parteifunktionäre und suchen Verbündete unter denen, die sich durch die Kritik beleidigt fühlen, um sie gegen das Parteikomitee aufzubringen. Und leider finden sie solche Leute, die sich beleidigt fühlen. Die einen waren von Parteifunktionären auf Versammlungen kritisiert worden, bei anderen hatte man von Seiten des Parteibüros Eintragungen in die Parteibeurteilungen gemacht, die die Mängel in ihrer Parteiarbeit betrafen, aber die meisten schweigen, da sie befürchten, es könnte, wenn sie sprächen, Auswirkungen auf ihre dienstliche Arbeit haben.

Oberst Loss ist krank und liegt zu Hause; welche Linie er verfolgt, wurde oben gesagt, das muß nicht wiederholt werden. Oberst Kusnezow zieht es vor, sich herauszuhalten, statt sich in diese Fragen einzuschalten. Die Parteifunktionäre werden von niemandem unterstützt, man beleidigt und beschimpft sie, man behauptet, sie störten nur die Arbeit, und man hat viele Forderungen an sie. Doch alle diese Forderungen laufen darauf hinaus, daß der Parteifunktionär lediglich Kulturarbeit leisten soll, auch soll er alles ausbaden, aber um Himmels willen keine Kritik an den Mängeln in der Arbeit üben.

So ist die Situation nach der Parteiaktivtagung des Operativen Sektors; unter solchen Bedingungen zu arbeiten, ist äußerst schwer.

Die Kommunisten fürchten sich, ins Parteikomitee zu gehen, denn die Chefs könnten sehen, daß sie dort waren, und sie dafür angreifen. Als Beleg nenne ich ein Beispiel: Das Mitglied der WKP(B) Major Amelin aus der 3. Abteilung kam zu mir und wir unterhielten uns über eine ganze Reihe von Fragen, zum Abschluß sagte er, er gehe jetzt in die Wirtschaftsabteilung und erst von dort zurück in seine Abteilung, denn wenn man sehe, daß er im Parteikomitee war, würde das bei den Chefs Unwillen erregen und man würde ihn dafür angreifen.

Und wenn ich von mir aus einen Kommunisten wegen Parteiangelegenheiten für zehn bis 15 Minuten ins Komitee bestellen muß, dann geht das auf gar keinen Fall, nur in den Pausen oder nach 24.00 Uhr.

Viele Kommunisten klagen darüber, daß ihnen ihre Chefs in der Arbeit nicht helfen, sie nicht unterweisen, sondern sie ständig beleidigen, heruntersuchen und lauthals beschimpfen. In dieser Hinsicht tun sich besonders der Chef der 3. Abteilung Major Michailow und sein Stellvertreter Major Schloma hervor, doch den ersten Platz in der Beleidigung und Beschimpfung von Mitarbeitern nimmt der stellvertretende Chef des Operativsektors Oberstleutnant Wassiljew ein.

Genosse General, es muß etwas zur Entspannung dieser Situation geschehen, andernfalls fehlt die Kraft zur Arbeit. Wenn ich persönlich nicht tauglich bin für die Parteiarbeit im Operativen Sektor, dann soll man mich von dort versetzen. Nur besteht das Problem darin, daß alle Sekretäre unter der Fuchtel von Wassiljew, Mitin, Smorodinski und Michailow nicht in der Lage sein werden, Parteiarbeit zu leisten. Die Parteifunktionäre stören sie, natürlich tun sie das, aber nicht bei der Arbeit, sondern weil sie ihrem parteifremden Verhalten Grenzen setzen.

Nicht eine Parteiorganisation, auch nicht das Parteikomitee hat sich in die dienstlichen Angelegenheiten der Chefs eingemischt, noch weniger wollte man sich an deren Stelle setzen, und es besteht nicht die Absicht, die Chefs in dienstlicher Hinsicht zu kontrollieren.

Wir Parteifunktionäre verlangen nur, daß sich die Chefs in ihrer Arbeit auf die Parteiorganisationen stützen und ihnen Aufgaben stellen, daß sie sich am Parteileben aktiv beteiligen und in der Arbeit wie im Alltag Vorbilder sind. Dann werden wir die Erziehung der Kommunisten und der Parteilosen meistern und die dienstlichen Aufgaben erfüllen können.

#### Wie werden wir von der Politischen Abteilung der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt angeleitet und unterstützt?

Wir gehören zur Parteiregistrierung der Politischen Abteilung der SMA des Landes Sachsen-Anhalt. Gemäß Direktive der Politischen Verwaltung der SMAD Nr. 17/003326 vom 26. November 1946 sollten die Operativen Sektoren sowie die Bezirks- und Kreisabteilungen in die Parteiregistrierung einbezogen und politisch betreut werden.

Wir wurden zwar in die Parteiregistrierung einbezogen, doch eine politische Betreuung im wahrsten Sinne haben wir bisher nicht erlebt. Erstens bekommen wir bis heute keine politische Literatur für die Bibliotheken, von Belletristik ganz zu schweigen. Auch beim Abonnement für Zeitungen und Zeitschriften waren wir bis zum vierten Quartal schlecht versorgt, man teilte uns vor allem lokale Zeitungen zu, während Zeitschriften überhaupt nicht in die Bezirks- und Kreisabteilungen kamen. Erst im vierten Quartal erreichten wir, daß unsere Zeitungsabonnements nicht mehr begrenzt wurden und daß die Kreisabteilungen je eine Zeitschrift bekommen. Die Abonnements für die Kreisabteilungen liefen über den Operativen Sektor, da sie aus der Entlohnung in sowjetischen Rubeln bezahlt wurden. Nach Absprache mit der Politischen Abteilung gaben wir eine Bestellung auf, welcher Kreis wie viele Zeitungen und Zeitschriften über die jeweilige Kommandantur beziehen soll. Wie sich aber herausstellte, erhielten unsere Kreisabteilungen im Oktober nicht die normale Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften, weil viele Kommandanturen, obwohl sie die Zeitungen für uns alle erhalten hatten, sie nicht vollständig an die Kreisabteilungen weitergaben, und zwar mit der Begründung, daß wir die Abonnements nicht bei ihnen aufgeben hätten. Und als man ihnen von der Politischen Abteilung den Befehl gab, die Zei-

tungen weiterzugeben, brachten sie andere Gründe vor, z. B. daß sie für uns gar keine Zeitungen erhalten hätten. Sie eigneten sich unsere Zeitung also einfach an, ich nenne folgende Kommandanturen: Gardelegen, Weißenfels, Ammendorf u. a.

Die Politische Abteilung leitete zwar Maßnahmen ein, doch das zog sich sehr lange hin, und zwar einfach deshalb, weil die Mitarbeiter der Politischen Abteilung kein Interesse daran hatten, jene Stellvertreter für den politischen Bereich, die ihre Anweisungen nicht ausführten, zur Ordnung zu rufen.

Vorlesungen und Referate zu politischen Themen wurden von der Politischen Abteilung bis September nur im Operativen Sektor gehalten, während in den Bezirks- und Kreisabteilungen in dieser Hinsicht fast nichts geschah. In letzter Zeit hat sich zwar in bezug auf Vorlesungen einiges verbessert, dennoch muß man, obwohl wir sogar den Transport der Referenten übernehmen, sehr lange darum bitten, daß in den Bezirksabteilungen im Monat ein, mitunter auch zwei Vorlesungen für den ganzen Bezirk gehalten werden. Und wenn ein Lektor der Politischen Abteilung in einer Kreiskommandantur eine Vorlesung hält, vergißt man meistens, die Leute aus den Operativen Gruppen der Kreisabteilung dazu einzuladen.

Bis heute wird die ressortbedingte Teilung in „unsere“ und „eure“ fortgesetzt, dabei dürften sich solche Unterschiede doch keinesfalls auf die ideologische Erziehung der sowjetischen Menschen auswirken, gerade weil wir uns im Ausland befinden. Ich verstehe es so, daß wir sowjetischen Menschen, die wir uns im Ausland aufhalten, eine einzige sowjetische Familie bilden, und welche Funktion wir im einzelnen auch ausüben, erfüllen wir doch eine große gemeinsame Aufgabe von hoher staatlicher Bedeutung. Uns hat unsere Partei, unser Volk nach Deutschland geschickt, um die Interessen unseres sowjetischen Staates zu schützen. Damit wir die uns gestellte Aufgabe bewältigen, unsere in Deutschland arbeitenden sowjetischen Menschen vor dem Eindringen der bürgerlichen Ideologie in ihr Bewußtsein zu bewahren, müssen wir die erzieherische Arbeit mit den sowjetischen Menschen verstärken, unabhängig davon, welcher Behörde oder welchem Ressort sie angehören, dürfen sie nicht in „unsere“ und „eure“ einteilen, zumal in der genannten Direktive die Weisung enthalten ist, daß die Operativen Sektoren sowie die Bezirks- und die Kreisabteilungen in die politischen Betreuung einzubeziehen sind.

Ich schreibe Ihnen nicht, um zu klagen oder um zu behaupten, die Politische Abteilung würde nichts tun. Ich möchte nur sagen, daß wir bisher zu wenig für die Erfüllung jener Forderungen getan haben, die heute an die erzieherische Arbeit gestellt werden, insbesondere an die Erziehung der sowjetischen Menschen, die sich in Deutschland aufhalten. Jedem ist bekannt, daß dort, wo wir, die Aktivisten der Partei, schlecht arbeiten, der Gegner seine Arbeit verstärkt. Und es ist kein Zufall, daß viele unserer eigenen Mitarbeiter in die Sowjetunion zurückbeordert wurden. Sie waren hier nicht mehr zu halten, weil sie zu entarten begannen. Dabei habe ich nicht nur Mitarbeiter aus dem Operativen Sektor im Auge, sondern auch aus den Kommandanturen.

Hätten wir denn diese Menschen vor dem moralischen Verfall bewahren können? Ja, das hätten wir, wenn die erzieherische Arbeit besser angepackt worden wäre und die wechselseitige Verbindung in der dienstlichen Tätigkeit besser funktioniert hätte.

Vielleicht irre ich mich, dann korrigieren Sie mich, doch mir scheint, daß wir auf allen Linien schlecht arbeiten, obwohl wir große Möglichkeiten haben, gute Arbeit zu leisten.

Ich denke, es genügt, was ich zu diesem Thema geschrieben habe, sonst verheddere ich mich nur noch, denn ich bin kein Theoretiker und habe keine höhere Bildung. Es schmerzt mich bloß, daß ich nur selten Führungskräfte antreffe, die aus ganzer Seele und voller Leidenschaft ihre Arbeit tun, meist hört man nur heraus, daß es um das eigene Wohlergehen geht, und das wirkt sich auf die Untergebenen aus. Deshalb wird auch die erzieherische Arbeit nicht richtig in Angriff genommen, und noch schwächer ausgeprägt ist die Kritik und Selbstkritik bezüglich der Mängel in der Arbeit: Denke ja nicht daran, einen über dir stehenden Chef zu kritisieren, es wird dir schlecht bekommen!

Davor habe ich allerdings keine Angst und übe Kritik, doch von keiner Seite bekommt man Unterstützung. Es heißt, man soll seine Kritik diplomatisch üben, doch ich möchte nicht mit Diplomatie kritisieren, das ist nicht meine Art. Ich sage, was ich für notwendig halte, sage es auch dem Chef direkt ins Gesicht, und wenn der Mangel nicht korrigiert wird, dann bringe ich es in der Versammlung vor. Am 31. Oktober d.J. war eine Zusammenkunft des Parteiaktivs der SMA-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, Thema: „Über eine Informationstagung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien und die Aufgaben des Parteiaktivs“<sup>113</sup>. Als Teilnehmer der Aktivtagung hatte ich die Sache so verstanden, daß wir dieses Thema beraten, um uns über die internationale Lage Klarheit zu verschaffen, um entsprechend die erzieherische Arbeit und die dienstliche Tätigkeit zu verbessern. Ich ergriff das Wort, verbreitete mich aber nicht über die internationale Lage, da der Referent und meine Vorredner das Thema schon ausreichend beleuchtet hatten, vielmehr sprach ich nach einer kurzen Vorbemerkung über die Aufgaben der erzieherischen Arbeit und sagte mit wenigen Worten, daß eine Verbesserung der erzieherischen Arbeit notwendig ist, damit wir die uns übertragenen Aufgaben besser erfüllen können, damit unsere Menschen, d.h. die SMA und der Operative Sektor, die hier in Deutschland eine einzige sowjetische Familie bilden, die vor uns stehenden Aufgaben richtig begreifen und bewußt erfüllen. Die Aufgaben sind die gleichen für uns alle, man kann uns nicht teilen, und doch besteht eine solche Teilung in „unsere“ und „eure“, was für die Verbesserung der erzieherischen Arbeit sehr hinderlich ist. Ich führte als Beispiel an, daß manche Kommandanturen über längere Zeit die Zeitungen an unsere Leute nicht weitergegeben haben. Doch ich kam nicht dazu, meine Gedanken zu begründen, da einzelne Kommandanten und ihre Stellvertreter, die es betraf und denen meine Ausführungen nicht gefielen, dazwischenzurufen begannen und der Vorsitzende des Präsidiums, der Chef der Politischen Abteilung Oberst Kolunow, sie nicht zur Ordnung rief. Meine Redezeit ging zu Ende, ich wandte mich noch an die Führung der Politischen Abteilung, der SMA-Verwaltung und des Operativen Sektors, daß sie ihr Augenmerk auf die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen und der Erziehungsarbeit richten sollen.

Vor mir war der Sekretär des Parteibüros der Grundorganisation der Bezirksabteilung Magdeburg Gen. Major Rewin aufgetreten. Er war ebenfalls kurz auf die Mängel in der Parteiarbeit eingegangen und hatte über die erzieherische Arbeit gesprochen. Dabei hatte er etwa folgendes ausgeführt: Mitunter würden diese Mängel nicht kritisiert und seien auch nicht Gegenstand von Selbstkritik, und das hindere daran, sie zu überwinden und die Parteiarbeit zu verbessern. Als Beispiel führte er die Parteiaktivtagung des Operativen Sektors vom 25. Oktober an, bei der die Kommunisten Mängel in der Parteiarbeit konstatiert und einige Fakten genannt hatten, wo aber dann die Kommunisten Wassiljew, Mitin und Smorodinski dagegen aufgetreten waren, daß diese Fakten in die Entschließung aufgenommen werden. Mitin habe die Entschließung „schrecklich“ genannt und als „Verurteilung“ bezeichnet und Wassiljew habe sich überhaupt gegen die Annahme einer Entschließung ausgesprochen. Rewin fügte hinzu, daß diese Kommunisten die Annahme der Entschließung fast verhindert hätten.

Nach der Parteiaktivtagung machten Wassiljew, Mitin und Smorodinski am 1. November d.J. eine Eingabe an das Parteikomitee, worin sie erklärten, Gen. Rewin habe sie in seinem Beitrag verleumdet, und sie forderten, ihn vor der Partei zur Verantwortung zu ziehen. Wassiljew rief

<sup>113</sup> Die Informationsberatung von Vertretern der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Rumäniens, Ungarns, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens, der Bulgarischen Arbeiterpartei, der Polnischen Arbeiterpartei und der WKP(B) fand vom 22. bis 27. Sept. 1947 in Szklarska Poreba (Schreiberhau, Schlesien) statt. Beschlossen wurde, die Tätigkeit der kommunistischen Parteien zu koordinieren und zu diesem Zweck ein Informationsbüro geschaffen. Vgl. Informazionnoje soweschtschanije predstavitelei nekotorych komparti w Polsche w konce sentjabrja 1947. Moskau 1948; Soweschtschanija Kominforma, 1947, 1948, 1949. Dokumenty i materialy, Moskwa 1998, S. 3-336.

mich zu sich, putzte mir gegenüber alle Parteifunktionäre herunter und kündigte an, er werde Ihnen, Genosse General, schreiben, damit sie gegen uns, die Parteifunktionäre, Maßnahmen ergreifen.

Ich weiß nicht, vielleicht war es ja unangebracht, diese Fragen vor dem Parteiaktiv aufzuwerfen, aber um eine Verleumdung handelte es sich keinesfalls. Was hier vorliegt, ist eine Unterdrückung von Kritik und Selbstkritik von Seiten Wassiljew.

Wenn Gen. Rewin und ich diese Fragen vor das Parteiaktiv gebracht haben, dann deshalb, weil es sich um dringende, brennende Probleme handelt, wir aber nirgends sonst Lösungsmöglichkeiten sehen. Auf unseren Versammlungen haben die Kommunisten immer wieder diese Fragen aufgeworfen, wir haben darüber der Führung des Operativen Sektors und der Politischen Abteilung Bericht erstattet, doch wir können nicht feststellen, daß von den übergeordneten Leitungen eine positive Lösung kommt. Irgendetwas geschieht schon zur Verbesserung der Parteiarbeit, doch wir sind nicht zufrieden damit, deshalb sahen wir uns gezwungen, mit diesen Fragen vor dem Parteiaktiv der SMA-Verwaltung aufzutreten. Vielleicht werden ja unsere Chefs darauf reagieren. Doch wie sich zeigt, reagieren sie ja eigentlich schon, nur eben mit schmerzhafter Schärfe und Angriffen gegen uns.

Was die Politische Abteilung betrifft, so waren die dortigen Mitarbeiter zufrieden damit, daß sie bei der Überprüfung sowie durch die Beiträge von Kommunisten auf Versammlungen ein paar Einzelheiten über die Mängel in der Parteiarbeit erfuhren, doch unzufrieden waren sie dann, wenn sie selbst oder auch nur irgendwelche Mitarbeiter ihrer Behörde kritisiert wurden.

Überhaupt stehen wir, die Parteifunktionäre des Operativen Sektors, zwischen zwei „Feuern“ – der eigenen Führung und der Führung der Politischen Abteilung, und man kann es niemand recht machen.

Doch wir legen nicht die Hände in den Schoß, wir setzen unsere Arbeit fort, wenngleich das in dieser Situation schwerfällt.

Wenn wir den Chefs gegenüber Schmeichler und Kriecher wären, hätten wir immer deren Unterstützung, selbst wenn es in der Arbeit schlecht lief, Hauptsache wir tragen nichts nach außen. Aber mein Charakter verbietet es mir, ein Schmeichler und Kriecher zu sein. Ich arbeite nicht um meinetwillen hier, sondern für unseren Staat, für die Partei, für unser Volk. Ich kann mich nicht mit Leuten versöhnen, die denken, sie sind nach Deutschland gekommen, um es sich hier wohl sein zu lassen, die ihre Arbeit vergessen, die sich nicht um ihre Untergebenen kümmern. Dabei erwarte ich vor allem, daß sie sich um die Erziehung ihrer Untergebenen sorgen, damit diese sich politisch entwickeln, denn ohne eine Erhöhung ihres ideologisch-politischen Niveaus werden sie mit den ihnen übertragenen Aufgaben nicht zurechtkommen, werden nicht in unseren Organen arbeiten können.

Während des Krieges arbeitete ich als Sekretär eines Parteibüros in einem Regiment und als Sekretär einer Parteikommission, mit der Front kam ich nach Deutschland und seitdem befinde ich mich hier. Ich mußte auch früher gegen Vergehen, amoralische Erscheinungen und Unterschlagungen von staatlichem Eigentum kämpfen, auch vor dem 1. Januar 1947. Solange ich bei den Truppen arbeitete, hatte ich Menschen zu erziehen, und dort bin ich mit meiner Arbeit zurechtgekommen, doch hier übersteigt es meine Kräfte, niemand kann mich wirklich unterstützen. Hier gab es ebenfalls Verletzungen aller Art, nichtkommunistische Einstellungen zur Arbeit, zur Familie usw., Schmarotzertum breitete sich aus. Inzwischen ist vieles davon zurückgedrängt worden, auch wenn man nur die Zeit bis 1. November d.J. nimmt, und darin besteht ein großes Verdienst der Parteiorganisationen. Doch vieles ist noch zu tun, um das Schmarotzertum und die moralische Haltlosigkeit einzelner Mitarbeiter endgültig auszumerzen.

Dazu ist es notwendig, erstens, daß man die Menschen erzieht, daß man sie in ihrer Arbeit qualifiziert, ihnen eine kommunistische Arbeitseinstellung beibringt und innerhalb der Partei eine Situation schafft, die es jedem unmöglich macht, Fehlhandlungen zu begehen. Um das aber zu

erreichen, muß es im Operativen Sektor einen Dienstherrn geben. Sehen Sie, Genosse General, bis zum 1. Juni war es Generalmajor Martirossow, vom 1. Juni bis 15. August Gen. Major Kusnezow, seit 15. August Gen. Oberst Loss. In zehn Monaten wechselten sich drei Chefs ab, dabei hat jeder Chef seine eigenen Vorstellungen. Gen. Loss kam, erteilte seine Anweisungen und wurde krank, konnte nicht arbeiten. Kusnezow erkrankte ebenfalls und arbeitet kaum noch, und Wasiljew trifft keine selbständigen Entscheidungen, so gibt es also drei Monate lang keinen Dienstherrn. Urteilen Sie selbst, ob es für mich leicht ist, unter den gegebenen Bedingungen ohne Dienstherrn zu arbeiten, unter Bedingungen, die, wie ich sagen möchte, in erster Linie von Wasiljew geschaffen wurden, und zwar deshalb, weil ich ihn auf unserer Parteiaktivtagung etwas kritisiert habe, ohne freilich seinen Namen zu nennen, aber das aussprach, was ihn betraf. Und Kritik gefällt bekanntlich nicht jedem, vor allem nicht dem Kritisierten, deshalb geht er nun gegen mich vor.

Ich habe Ihnen vieles aufgeschrieben, vielleicht ist es etwas zusammenhangslos, aber verzeihen Sie mir, ich bin etwas nervös und in Eile; wenn ich mich irre, dann werden Sie mich, nehme ich an, korrigieren. Ich habe keinerlei Hintergedanken und will niemanden verleumden. Ich habe aufrichtig geschrieben, wie ich die Dinge verstehe. Sie selbst gaben mir die Richtlinie, schonungslos gegen Schmarotzertum, Trunksucht und gegen Veruntreuungen von Staatsvermögen zu kämpfen, die Partei- und die Arbeitsdisziplin zu festigen. Ich habe Ihre Weisung befolgt und setze Sie nun über den Stand der Dinge in Kenntnis und bitte Sie sogar um Hilfe.

Eine Kopie des Schreibens werde ich an das ZK der WKP(B) senden, damit man auch im ZK Bescheid weiß, daß mit der erzieherischen Arbeit der sowjetischen Menschen, die sich in Deutschland befinden, nicht alles in Ordnung ist, und das nicht nur bei uns im Operativen Sektor, auch in anderen Strukturen finden sich solche Mängel, vor allem in den Kommandanturen, aber dort ist es leichter, Erziehungsarbeit zu leisten, weil sie politische Arbeiter haben, während bei uns keine sind außer den Sekretären der Parteiorganisationen in den Bezirksabteilungen. Auf unseren Schultern ruht buchstäblich alles: Wir sind Sekretäre, Klubleiter, Filmvorführer, Kulturfunktionäre und Bibliothekare. Natürlich helfen uns die Parteimitglieder, doch in der Hauptsache sind sie mit ihrer dienstlichen Tätigkeit befaßt, und aus dieser Arbeit kann man sie nicht herausnehmen. Im Gegenteil, für sie muß das alles organisiert werden, und so hastet man hin und her, um alles zu schaffen, da man ja auf sich allein gestellt ist.

Entschuldigen Sie bitte die Störung, aber nun wissen Sie, wie bei uns die Dinge stehen.

Mit kommunistischem Gruß  
Hauptmann Sadoroschny<sup>114</sup>

*RGASPI 17/127/1510, Bl. 111-127. Original.*

<sup>114</sup> In den Akten findet sich folgender Bescheid, der vom stellvertretenden Abteilungsleiter der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) Popow am 9. Dez. 1947 an das Sekretariat des ZK der WKP(B) geschickt wurde: „Zur Klärung der Fragen, die im Schreiben des Gen. Sadoroschny aufgeworfen werden, wurde der Bevollmächtigte des MGB in Deutschland Gen. Kowaltschuk in die Abteilung der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) eingeladen. Wie mit ihm vereinbart, werden Mitarbeiter seines Apparats in nächster Zeit eine Überprüfung der Arbeit des Operativen Sektors Sachsen-Anhalt vornehmen, um dort vorhandene Mängel aufzudecken und zu beheben. Außerdem wurde Gen. Kowaltschuk damit beauftragt, Gen. Sadoroschny und anderen Parteiarbeitern der Operativen Sektoren die notwendigen Erläuterungen zu geben, wie die Angelegenheiten von operativen Mitarbeitern, die diese oder jene Fehlhandlungen begangen haben, zu behandeln sind.“ In: RGASPI 17/127/1510, Bl. 111-127.



**Nr. 214. Dienstliche Beurteilung des Chefs des Operativen Sektors der Stadt Berlin Generalmajor Sidnew. 19. November 1947**

**Dienstliche Beurteilung des Chefs des Operativen Sektors der Stadt Berlin  
Generalmajor Alexei Matwejewitsch Sidnew**

In seiner Tätigkeit als Chef des Berliner Operativen Sektors des MGB bewältigt Gen. Sidnew die ihm übertragenen Aufgaben zufriedenstellend.

Vom Operativen Sektor des MGB Berlin wurden 1947 eine Reihe operativer Maßnahmen unter Einsatz von Agenten erfolgreich durchgeführt, bei denen sowohl in Berlin als auch in anderen Städten der SBZ amerikanische, britische und französische Agenten unschädlich gemacht werden konnten.

Nachrichtendienstliche Angaben über die politische und wirtschaftliche Situation in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands konnten in erheblicher Menge gesammelt werden. Die Arbeit zur Spionageabwehr unter den in Deutschland befindlichen Sowjetbürgern verbesserte sich.

Gen. Sidnew verfügt über ausreichende Erfahrungen in der Führungstätigkeit. Er ist ein guter Leiter und vermag, das Kollektiv für die Erfüllung der gestellten Aufgaben zu organisieren. Er stellt hohe Anforderungen an sich selbst und an seine Untergebenen, er ist willensstark, diszipliniert und beherrscht. Er ist politisch entwickelt und arbeitet an sich.

Er ist der Sache der Partei Lenins und Stalins ergeben.

Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generalleutnant Kowaltschuk

*RGASPI 17/100/202333, Bl. 24. Original.*

**Nr. 215. Parteibeurteilung des Mitglieds der WKP(B) und ehemaligen Chefs des Operativen Sektors des MGB der Stadt Berlin Generalmajor Sidnew.  
26. November 1947**

Streng geheim  
Empfangen über „WTsch“ aus Berlin

Alexei Matwejewitsch Sidnew, Jahrgang 1907, geb. in Leningrad, wohnte in der Dscherschinskaja uliza Nr. 4, Wohnungsnummer 3, Russe, Hochschulbildung, Angestellter, verheiratet, in der Roten Armee seit 1928, in den Organen des NKWD-„Smersch“ seit 1939, Teilnehmer am Vaterländischen Krieg seit 1941, folgende Auszeichnungen: Rotbannerorden, Kutusow-Orden 2. Klasse, Orden des Vaterländischen Krieges 1. Klasse, zwei Orden des Roten Sterns, Medaille „Für die Verteidigung Leningrads“.

Mitglied der WKP(B) seit 1931, Nummer des Parteibuchs 3962214, befindet sich in der Parteiregistratur der Parteioorganisation des Operativen Sektors seit April 1945.

Gen. Sidnew wurde in der Parteioorganisation des Operativen Sektors registriert, er nahm persönlich aktiv am Leben der Parteioorganisation teil, besuchte regelmäßig die Parteiversammlungen, trat oft auf in Versammlungen und Sitzungen des Parteibüros, er hielt Referate vor den Kommunisten und den parteilosen Mitarbeitern des Operativen Sektors.

Als Mitglied des Parteibüros half er in vieler Hinsicht bei der Leitung und der Arbeit der Parteioorganisation. Er arbeitet an der Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus, kann sich gut in politische Fragen hineindenken und hilft den einfachen Kommunisten in ihrer politischen

Entwicklung, er liest regelmäßig Zeitungen und Zeitschriften und tauscht sich mit anderen über das Gelesene aus. In bezug auf die Partei ist er diszipliniert, er nimmt an den Versammlungen und den Sitzungen des Parteibüros regelmäßig teil. In moralischer Hinsicht und in seinem Alltagsverhalten ist er standfest und beständig, er tut viel für die Erziehung seiner Familie, erzieht sie zu Kollektivgeist und kulturvollem Verhalten zur Umgebung, seine Tochter nimmt aktiv an den organisierten Kulturveranstaltungen teil.

Gen. Sidnew ist bei allen Kommunisten unserer Parteiorganisation angesehen, er ist in ideologischer Hinsicht konsequent und moralisch standhaft.

Sekretär des Parteibüros der Parteiorganisation des Operativen Sektors der Stadt Berlin Oberstleutnant Scheiko

Bestätigt durch: Chef der Politischen Abteilung des Stabs der SMAD Oberst Owtschinnikow<sup>115</sup>

*RGASPI 17/100/202333, Bl. 25-26. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 216. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung Sareluas als Chef der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Militärbezirk Transkaukasien. Moskau, 10. Januar 1948**

„Ich bestätige.“

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Generalmajor Swinelupow<sup>116</sup>

„9.“ Januar 1948

### **Gutachten zur Bestätigung von Generalmajor Wladimir Jekwtimowitsch Sarelua als Chef der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Militärbezirk Transkaukasien**

Wladimir Jekwtimowitsch Sarelua, Jahrgang 1903, geb. in Poti, Georgische SSR, Nationalität: Georgier, Mitglied der WKP(B) seit 1930, Oberschulbildung, schloß 1924 die Fachschule für Geisteswissenschaften in Poti ab, in den Organen der OGPU, des NKWD/Spionageabwehr-MGB seit 1930, in führenden Funktionen seit 1933.

Eine Sonderüberprüfung des Gen. Sarelua, seiner Frau und ihrer Verwandten wurde 1938 und 1946 vorgenommen, belastendes Material über Sarelua selbst ergab sich dabei nicht.

Der Vater von Sareluas Frau – Akwsenti Dawidowitsch Zchadoja – wurde 1938 von den Organen des NKWD verhaftet und für konterrevolutionäre, trotzkistische Tätigkeit zur Höchststrafe verurteilt.

<sup>115</sup> Owtschinnikow, Konstantin Wassiljewitsch (1908–1986), Oberst; ab 1927 in der Roten Armee und ab 1930 politischer Offizier bei NKWD-Truppen, ab 1945 wieder bei der Armee; 1930 Absolvent der Infanterieschule, 1936 der Hochschule der NKWD-Grenztruppen in Moskau, 1939 der Lehrgänge für Kriegskommissare bei der Militärpolitischen Woroschilow-Akademie des NKWD und 1945 der Lehrgänge für höhere politische Offiziere bei der Frunse-Akademie; 1932 WKP(B). 1945 stellvertretender Chef der Abteilung Repatriierung der SMAD für politische Fragen, ab Sept. 1945 stellvertretender und 1945–49 Chef der Politischen Abteilung des Stabes der SMAD sowie Okt. 1946–1948 Stellvertreter des Stabschefs für politische Fragen; gleichzeitig ab Aug. 1946 Stellvertreter des Chefs der Politischen Verwaltung der SMAD und darin Chef der Abteilung für die Leitung der Parteigrundorganisationen der Verwaltungen und Abteilungen des Stabes. Ab Apr. 1949 in der UdSSR.

<sup>116</sup> Swinelupow, Michail Georgijewitsch (1903–1979), Generalmajor; Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR für Kaderfragen.

Über die Verhaftung von Zchadoja hat Sarelua die Führung des NKWD der Georgischen SSR und der Parteiorganisation sofort informiert, wobei er darauf hinwies, daß er zu Zchadoja in rein verwandtschaftlicher Beziehung stand.

In dem Untersuchungsmaterial zum Fall Zchadoja kommt Sarelua nicht vor.

Der Bruder von Sareluas Frau – Schalwa Akwsentjewitsch Zchadoja – wurde 1931 von der Sonderkommission beim Kollegium der Georgischen GPU wegen verschiedener Machenschaften im Dienst für ein Jahr auf Bewährung verurteilt.

Im April 1936 erhielt Gen. Sarelua als dienstrechtliche Bestrafung zehn Tage Arrest, weil er unter den Mitarbeitern der Kreisunterabteilung des NKWD von Zalendschichski Trinkgelage zugelassen hatte, auf Parteiebene wurde ihm dafür eine Rüge ausgesprochen.

Die Parteistrafe wurde 1937 vom Kreiskomitee der WKP(B) von Zalendschichski gelöscht.

Die dienstrechtliche Strafe wurde ebenfalls gelöscht.

Während der ganzen Zeit seiner Arbeit in den Organen wurde Gen. Sarelua von der Führung wie von den Parteiorganisationen positiv beurteilt, als ein gebildeter Tschekist, allseitig entwickelt, als disziplinierter und politisch geschulter Mitarbeiter.

Im Großen Vaterländischen Krieg arbeitete Gen. Sarelua 1941 in den Truppen der kämpfenden Armee, wurde zum Chef der Sonderabteilung des NKWD der 46. Armee ernannt, 1943 kam er auf Grund positiver Empfehlungen auf den Posten des Chefs der Sonderabteilung des NKWD der Schwarzmeergruppe der Truppen der Transkaukasischen Front.

Im April 1943 wurde Gen. Saruela im Zusammenhang mit der Auflösung der Schwarzmeergruppe der Truppen erneut zum Chef der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der 18. Armee ernannt, wo man seine Arbeit wiederum positiv beurteilte.

Im September 1944 setzte man Gen. Sarelua auf seine persönliche Bitte hin an einem Brennpunkt der Arbeit ein, und zwar als Chef der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der 3. Garde-Armee, auf diesem Posten blieb er bis August 1945, d. h. bis zum Zeitpunkt der Auflösung dieses Truppenteils.

Während seiner Zeit in der 3. Garde-Armee leistete Gen. Sarelua durch richtige Organisation der operativen Arbeit und richtige Orientierung des operativen Personals eine große Arbeit zur Entlarvung und Liquidierung von Spionen, Diversanten und anderen feindlichen Elementen in den Truppenteilen der Armee, außerdem zur Aushebung und Liquidierung konterrevolutionärer Formationen der ukrainischen Nationalisten in der Westukraine und zur Bekämpfung der „AK“<sup>117</sup> auf polnischem Gebiet. Für die Zeit des Bestehens der Abteilung Spionageabwehr der 3. Garde-Armee auf dem Territorium Deutschlands leistete Gen. Sarelua eine bedeutende Arbeit hinter der Front.

Von September 1945 bis Mai 1946 hielt sich Gen. Sarelua zur Erfüllung eines Spezialauftrags der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ in der Mandschurei auf, wo er sich ebenfalls in seiner Arbeit positiv hervortat und an der Spitze einer operativ-tschekistischen Gruppe in der Stadt Mukden eine Gruppierung der japanischen Spionage aufdecken konnte, wobei eine große Anzahl japanischer Polizisten und aktiver weißer Emigranten ausgehoben wurde.

Nach seiner Rückkehr von dem Dienstauftrag im Fernen Osten in der Mandschurei wurde Gen. Sarelua zum Stellvertreter des Chefs der ehemaligen 1. Hauptverwaltung des MGB der UdSSR ernannt, wo er von Juni 1946 bis Juni 1947 tätig war, die meiste Zeit in Berlin. Im Juli 1947 wurde er in den Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland umgesetzt, wo er seitdem bis heute als Stellvertreter des Bevollmächtigten arbeitet.

Gen. Kowaltschuk beurteilt Sarelua in seiner Arbeit positiv.

---

<sup>117</sup> AK für: „Armija Krajowa“, d. i. (polnisch) Landesarmee, polnische Untergrundarmee im Zweiten Weltkrieg.

Wir halten für möglich:

Gen. Wladimir Jewktimowitsch Sarelua zur Bestätigung im ZK der WKP(B) für das Amt des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Militärbezirk Transkaukasien vorzuschlagen<sup>118</sup>.

Stellvertretender Chef der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR

Oberstleutnant Gratschew

Chef der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR

Oberst Woltschanski

*RGASPI 17/100/44887, Bl. 32-34. Original.*

**Nr. 217. Aus einer Denkschrift des Inspektors der Politischen Verwaltung der SMAD Major Palyga an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Andrejew über eine Kontrolle des Standes der Parteiarbeit im Operativen Sektor des MGB des Landes Mecklenburg. 14. Januar 1948**

Geheim

Vom 4. bis 12. Januar 1948 führte ich zusammen mit den Mitarbeitern der Politischen Abteilung der SMA-Verwaltung Mecklenburg – Major Prokofjew und Hauptmann Jepantschinzew – eine Kontrolle des Standes der Parteiarbeit im Operativen Sektor des Landes Mecklenburg durch. Überprüft wurde die Arbeit des Parteibüros des Operativen Sektors des Landes (Sekretär – Major Koschin) sowie folgender Grundorganisationen: Verwaltung des Operativen Sektors (Sekretär – Major Dmitraschko), Abteilung Verwaltung, Wirtschaft, Finanzen (Sekretär – Oberleutnant Podschawalow), Militärzensur (Sekretär – Leutnant Fedin) und Bezirksabteilung Rostock der SMA (Sekretär – Hauptmann Gontscharenko).

Chef des Operativen Sektors der SMA des Landes Mecklenburg ist Oberst Schestakow<sup>119</sup>.

Durch die Kontrolle wurde folgendes festgestellt:

Politisch-moralischer Zustand der Mitarbeiter:

Der politisch-moralische Stand der Mitarbeiter ist insgesamt als gesund einzuschätzen, doch das niedrige ideologische Niveau der Organisations- und der politischen Arbeit der Partei hat zur Folge, daß die praktische Arbeit einiger Bezirksabteilungen (Rostocker Bezirksabteilung – Chef: Oberst Nasarow<sup>120</sup>) unbefriedigend ist und daß amoralische Erscheinungen sowie Disziplinverstöße auftreten, insbesondere unter den Zivilangestellten.

Im zweiten Halbjahr 1947 gab es 57 (registrierte) Fälle von amoralischen Handlungen und Disziplinverstößen, davon wurden 16 von Offizieren begangen, 41 von Zivilangestellten. Unter

<sup>118</sup> Sarelua wurde mit dem Beschluß des Sekretariats des ZK der WKP(B) Nr. St. 343/496 vom 11. März 1948 für das Amt des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Militärbezirk Transkaukasien bestätigt. Vgl. RGASPI 17/100/44887, Bl. 1.

<sup>119</sup> Schestakow, Michail Nikolajewitsch (1909–), Oberst; 1931 Absolvent eines Industrietechnikums, ab 1931 in der Staatssicherheit, ab 1937 im Zentralapparat des NKWD, 1944–46 Chef der NKWD-Gebietsverwaltung Wolhynien; 1939 WKP(B). Ab Nov. 1946 Chef der 3. Abteilung des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland, Aug. 1947–Aug. 1950 Chef des Operativen Sektors des MGB Mecklenburg und Aug. 1950–Feb. 1952 Chef des Operativen Sektors des MGB Brandenburg. Ab 1952 im Zentralapparat des MGB-KGB im Bereich der Aufklärung tätig.

<sup>120</sup> Nasarow, Iwan Filippowitsch (1904–1974), Oberst; 1947–48 Chef der Operativen Gruppen des MGB im Bezirk Rostock.

ihnen waren 22 Kommunisten und 15 Komsomolzen, d.h. 65 Prozent der Vergehen gehen auf ihr Konto.

In 30 Fällen (sechs bei Offizieren, 24 bei Zivilangestellten), also bei 53 Prozent der Disziplinverstöße, handelt es sich um amoralisches Verhalten, Beziehungen zu deutschen Frauen, Trunksucht.

Bekanntlich werden die Mitarbeiter für die Verwaltung des Operativen Sektors, für die Abteilungen und Kreise sorgfältig ausgesucht. Folglich zeugt das Vorkommen solcher Verstöße wie Beziehungen zu deutschen Frauen und Trunksucht, vor allem unter den Zivilangestellten, von einem äußerst niedrigen Niveau der politischen Arbeit der Partei im Operativen Sektor.

In den Parteiorganisationen werden Fragen der Festigung der Disziplin nicht behandelt, und die Kommunisten werden in dieser Hinsicht nicht mobilisiert. Das Parteibüro des Operativen Sektors hat bereits seit einem Jahr nicht mehr über die Festigung der Disziplin beraten, und nicht in einer einzigen Parteiorganisation war der politisch-moralische Stand Gegenstand von Versammlungen der Kommunisten.

Dabei gab es auch im ersten Halbjahr 1947 zahlreiche Disziplinverstöße, amoralische Handlungen und außerordentliche Vorkommnisse.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Sekretärs des Parteibüros für den Operativen Sektor der SMA des Landes, den er der gemeinsamen Parteiversammlung am 14. August 1947 vorlegte, geht hervor, daß vom 1. Januar bis 1. August 1947 97 Disziplinverstöße und amoralische Handlungen registriert wurden, davon waren 46 von Kommunisten und 13 von Komsomolzen begangen worden, d.h. 61 Prozent der Verstöße gehen auf das Konto von Mitgliedern der Partei und des Komsomol.

Bei den amoralischen Erscheinungen und außerordentlichen Vorkommnissen geht es in 40 Fällen um Beziehungen zu deutschen Frauen, in vier Fällen um den Verlust geheimer Dokumente, in 14 Fällen um den Mißbrauch der Dienststellung, in einem Fall um einen Verkehrsunfall usw. Außerdem verübte das Mitglied der WKP(B) B. Selbstmord (aus Angst, wegen Mißbrauchs der dienstlichen Stellung und wegen Beziehungen zu deutschen Frauen zur Verantwortung gezogen zu werden). Bei einem Selbstmordversuch (ebenfalls aus Angst, sich für Mißbrauch im Dienst verantworten zu müssen) verletzte sich der Kandidat der WKP(B) K.

Dennoch wurden auch diese beunruhigenden Signale nicht zum Gegenstand einer besonderen Beratung im Parteibüro des Operativen Sektors oder in einer Parteiversammlung. Die nach dem Rechenschaftsbericht angenommene Entschließung wird nicht erfüllt, und es wurde auch keinerlei Kontrolle über deren Realisierung organisiert.

Beispielsweise lautet Punkt 4 „Auf den nächsten Sitzungen des Parteibüros des Landes und der Parteibüros der Bezirke werden Berichte über den Stand der militärischen und der Arbeitsdisziplin beraten“, doch dieser Punkt wurde nicht erfüllt.

Im Punkt 5 heißt es: „Kommunisten, die amoralische Handlungen begingen, und dafür noch nicht zur Verantwortung gezogen wurden, sind streng zur Verantwortung zu ziehen“, auch das ist nicht erfolgt.

Das Mitglied der WKP(B) D. (Kreis Schönberg) ergab sich dem Alkohol, hatte Beziehungen zu deutschen Frauen und fuhr im betrunkenen Zustand ein Auto kaputt. Im November 1947 wollte das Parteibüro D. zur Verantwortung ziehen, doch da kamen zusätzliche Umstände ans Licht und der Fall sollte weiter untersucht werden, bis jetzt wurden aber keine weiteren Untersuchungen angestellt.

Der Chef des Kreises Schönberg Oberleutnant Wichorew<sup>121</sup> führt seine Mitarbeiter nicht und gewährleistet nicht, daß die praktische Arbeit in diesem wichtigen, an die britische Zone angrenzenden Kreis geleistet wird. Außerdem ließ er es zu, daß zu den Oktoberfeierlichkeiten am

---

<sup>121</sup> So im Text des Dokuments, wahrscheinlich handelt es sich aber um Nikolai Gawrilowitsch Wichrew.

7. November 1947 ein Trinkgelage veranstaltet wurde, zu dem man die Mitarbeiter der Militärkommandantur einlud. Am 8. November 1947 kam er im betrunkenen Zustand zu dem Untergebenen Sokolow (Mitglied der WKP(B), der eine „strenge Rüge“ wegen Trunksucht und Beziehungen zu deutschen Frauen erhalten hatte), aber dieser, ebenfalls betrunken, jagte Wichorew weg.

Obwohl dem Parteibüro des Landes diese Fakten bekannt sind, wurde Wichorew nicht vor der Partei zur Verantwortung gezogen.

Das Mitglied der WKP(B) und Mitglied des Parteibüros des Operativen Sektors des Landes Major K. (ehemaliger Chef der Stadtabteilung der SMA in Rostock) wurde wegen Desorganisation in der Arbeit und Betreibens schwarzer Lager in die UdSSR zurückbeordert, wurde aber nicht zur Parteiverantwortung gezogen und auch nicht aus dem Parteibüro ausgeschlossen.

In der praktischen Arbeit der Partei- und Komsomolorganisationen werden Fragen der Erhöhung der bolschewistischen Wachsamkeit und des Kampfes gegen Sorglosigkeit und Nachlässigkeit in der Arbeit einzelner Kommunisten und Komsomolzen nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Das führt dazu, daß Fälle vorkommen, in denen die bolschewistische Wachsamkeit in einer für Tschekisten unzulässigen Weise vernachlässigt wird. So *übergab*<sup>122</sup> das Mitglied der WKP(B) D. im November 1947 beim Umzug der Kreisabteilung von Parchim nach Ludwigslust einem weißen Emigranten einen Safe mit geheimen Dokumenten der Abteilung zur Aufbewahrung. Der Safe wurde dann von dem weißen Emigranten mehrere Tage „bewacht“, davor war aber ein zweiter Satz Schlüssel für den Safe verloren gegangen. D. hat sich regelmäßig betrunken, Schlägereien angefangen, die Arbeit im Kreis desorganisiert.

Auf dienstrechtlicher Ebene erhielt D. 20 Tage Arrest, auf Parteiebene wurde er *in einer Sitzung des Parteibüros*<sup>123</sup> aus der WKP(B) ausgeschlossen, in der Parteiversammlung konnte sein Fall wegen seiner Erkrankung aber noch nicht behandelt werden. Allein schon diese Tatsache und davor die vier Fälle, in denen streng geheime Dokumente verloren gegangen waren, und in jüngster Zeit der Verlust von zwei operativen Akten in der Rostocker Bezirksabteilung (verantwortlich dafür war der Kommunist Petrow) hätten der Parteiorganisation Anlaß sein müssen, die Erhöhung der bolschewistischen Wachsamkeit gesondert zu erörtern, um aus diesen beschämenden Tatsachen praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Doch bis jetzt ist nichts dergleichen geschehen.

Da es an der nötigen Anleitung der Komsomolorganisationen fehlt, wurde die erzieherische Arbeit unter den Komsomolzen und überhaupt unter den jungen Mitarbeitern weitgehend vernachlässigt. Die Komsomolorganisationen kämpfen nicht genügend dafür, daß die Komsomolzen hinsichtlich ihrer Disziplin als Vorbilder wirken, und viele *Komsomolzen*<sup>124</sup>, die sich moralische Vergehen zuschulden kommen ließen, werden innerhalb des Verbandes nicht zur Verantwortung gezogen.

In der Komsomolorganisation der Rostocker Bezirksabteilung (Sekretär ist Gen. Scha) geschieht es, daß das Komsomolmitglied Tsch. nicht an sich arbeitet, den politischen Unterricht nicht besucht, sich betrinkt, eine Beziehung zu einer Deutschen unterhält und seinen dienstlichen Verpflichtungen ungenügend nachkommt, ohne daß mit den Mitteln des Verbandes auf ihn eingewirkt wird. Zu der gleichen Organisation gehört der Komsomolze K., der sich ebenfalls betrinkt und Beziehungen zu deutschen Frauen hat, der sein Komsomol-Mitgliedsbuch verlor, ohne daß das in der Komsomolorganisation überhaupt zur Sprache gebracht wird.

Sechs Komsomolmitglieder aus der Verwaltung des Operativen Sektors erhielten Verweise wegen Disziplinverstößen, doch in der Komsomolorganisation wurden ihre Verfehlungen nicht erörtert.

<sup>122</sup> Das Wort wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>123</sup> Die kursiv gesetzten Worte wurden handschriftlich eingefügt.

<sup>124</sup> Das Wort wurde handschriftlich eingefügt.

Die Partei- und Komsomolorganisationen sorgen sich nicht genügend um die erzieherische Arbeit mit den Kindern, so daß es auch unter den Kindern zu amoralischen Erscheinungen kommt. Am 7. Januar 1948 wurden um 23.00 Uhr zwei Schüler im betrunkenen Zustand auf der Straße aufgegriffen, bei denen es sich um Söhne des Mitarbeiters des Operativen Sektors Hauptmann K. (Mitglied der WKP(B)) handelte.

Die Eltern fühlen sich nicht verantwortlich für die Erziehung ihrer Kinder, das betrifft insbesondere Mitglieder der WKP(B). Davon zeugt eine weitere Tatsache: Das Mitglied der WKP(B) T. (Chef der Abteilung Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen und Mitglied des Parteibüros dieser Abteilung) fuhr mit seiner Frau in die UdSSR in Urlaub und ließ seine zwölfjährige Tochter in der Obhut einer Deutschen zurück, die inzwischen verhaftet wurde.

#### Die ideologische Erziehung der Kommunisten und die politische Erziehung der Mitarbeiter:

Die Parteioorganisationen des Operativen Sektors gehen an die Organisation der ideologischen Erziehung der Kommunisten formal heran, die selbständige Beschäftigung wird dem Selbstlauf überlassen, eine Kontrolle darüber gibt es nicht. Infolgedessen arbeiten die meisten Mitarbeiter nicht an der Erhöhung ihres ideologischen Niveaus, auch nicht die Führungskräfte. Alle von uns befragten Führungskräfte: Oberst Schestakow (Chef des Operativen Sektors), Oberst Nasarow (Chef der Rostocker Bezirksabteilung), Oberstleutnant Trofimow<sup>125</sup> (stellvertretender Chef der Rostocker Bezirksabteilung), Oberstleutnant Charitonow<sup>126</sup> (Chef einer Abteilung des Operativen Sektors), Major Demin<sup>127</sup> (Operativer Sektor) und andere erklärten, daß sie schon seit langer Zeit nicht mehr die Geschichte der Partei studiert haben. Einige Führungskräfte (Oberstleutnant Trofimow, Major Demin) kennen sich in den aktuellen Ereignissen nur schlecht aus, weil sie offenbar nicht einmal Zeitungen regelmäßig lesen. Und Belletristik lesen sie fast gar nicht.

Referate zu theoretischen Themen vor den Mitarbeitern werden von den Führungskräften nicht gehalten.

In den sieben Gruppen zum Studium der Geschichte der WKP(B) liegt die Teilnahme im Durchschnitt bei 50 Prozent und oft fällt der Unterricht auch aus. Als der Leiter einer Gruppe, Unterleutnant Lebedew (Militärzensur), beispielsweise am 24. Dezember 1947 in Urlaub fuhr, wurde kein Unterricht mehr durchgeführt. Eine Anwesenheitsliste wird in dieser Gruppe auch nicht geführt.

Oberstleutnant Finkelberg<sup>128</sup> (stellvertretender Chef des Operativen Sektors) wurde damit beauftragt, mit den Leitern dieser Gruppen ein Seminar durchzuführen, doch dieser Auftrag wird nicht erfüllt. Im Ergebnis kommt es zu Unterrichtsausfällen, geringer Teilnahme, schlechter Vorbereitung sowohl der Teilnehmer als auch der Leiter, und der Unterricht hat nur ein geringes Niveau.

Noch schlechter steht es mit der politischen Erziehung der Zivilangestellten (Fahrer, Aufseher, Wachleute u. a.). In der Rostocker Bezirksabteilung beispielsweise fällt in der von dem Mitglied der WKP(B) Petrow geleiteten Gruppe mit 14 Teilnehmern der Unterricht häufig aus (im Durchschnitt wird er zweimal im Monat durchgeführt), und seit dem 27. Dezember findet überhaupt kein politischer Unterricht mehr statt. In einer anderen Gruppe der gleichen Abteilung, die vom Mitglied der WKP(B) Woronzow geleitet wird, fand der Unterricht insgesamt nur viermal statt und die Teilnahme betrug im Durchschnitt 50 Prozent (Gegenstand war die Rede des Gen. Molotow „Der 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“).

---

<sup>125</sup> Trofimow, Iwan Filippowitsch (1904–1979).

<sup>126</sup> Charitonow, Andrei Matwejewitsch (1900–1983).

<sup>127</sup> Demin, Alexandr Nikolajewitsch (1912–1980).

<sup>128</sup> Finkelberg, Grigori Pawlowitsch (1901–1974), Oberstleutnant; 1947–49 stellvertretender Chef des Operativen Sektors des MGB in Mecklenburg.

Die Leiter der Gruppen selbst bereiten sich auf den Unterricht schlecht vor, sie arbeiten kaum an der Hebung ihres ideologischen Niveaus. Bei der Militärzensur (Leiter des politischen Bereichs dort ist Hauptmann Uschakow) findet für die Soldaten (Wachleute, Fahrer) überhaupt kein politischer Unterricht statt.

In der Abteilung Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen ist Major Merkulow Leiter des politischen Unterrichts für die Gruppe der Fahrer. Nur im November 1947 führte er zweimal Unterricht durch, eine Anwesenheitsliste existiert nicht, auf den Unterricht bereitet er sich nicht vor, Konспекte besitzt er nicht.

Die meisten der befragten Kommunisten hatten die Biographie des Gen. Stalin nicht gelesen.

Da die ideologische Erziehung der jungen Kommunisten nicht organisiert wird, werden einige von ihnen ihrer Vorhutrolle in der praktischen Arbeit nicht gerecht und tendieren dazu, amoralische Handlungen zu begehen:

– Alexei A. O. ist seit August 1944 Mitglied der WKP(B), er arbeitet nicht an sich, liest keine Zeitung und hat auch keine abonniert, die Reden des Gen. Molotow „Über den 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ und des Gen. Schdanow<sup>129</sup> „Über die internationale Lage“ hat er nicht gelesen. Von den sechs Unterrichtsveranstaltungen, die zur kurzen Biographie des Gen. Stalin durchgeführt wurden, besuchte er lediglich drei. Parteiaufträge hat er bisher nicht bekommen. Wegen regelmäßigen Betrunkens und Beziehungen zu deutschen Frauen erhielt Gen. O. im März 1947 als Parteistrafe eine strenge Rüge mit Verwarnung. Danach unterhielt er weiterhin Beziehungen zu deutschen Frauen und zog sich eine Geschlechtskrankheit zu. Zur Zeit setzt er seine Trinkerei fort, aber der Sekretär des Parteibüros Oberleutnant Podschiwalow ergreift dem demoralisierten Kommunisten gegenüber keinerlei Maßnahmen und wußte noch nicht einmal, daß dieser bereits eine Parteistrafe erhalten hatte. Gegen den Vater und die Mutter O.s wurden 1930 seitens der Organe der Sowjetmacht Strafmaßnahmen ergriffen.

– Der Zivilangestellte F. W. P. ist seit Juli 1946 Kandidat der WKP(B), seit zwei Jahren arbeitet er als Diensthabender im Passierscheinbüro, an der Arbeit der Parteiorganisation beteiligt er sich in keiner Weise, Parteiaufträge hat er bisher nicht erhalten. Er unternimmt nichts, um an sich zu arbeiten, die Reden der Genossen Molotow und Schdanow hat er nicht gelesen, in Fragen der aktuellen Politik kennt er sich nicht aus. Über die Ereignisse in Rumänien und die Lage in Griechenland kann er nichts sagen. Die im Statut formulierten Pflichten eines Mitglieds der WKP(B) kennt er nicht. Das Statut der WKP(B) hatte er lediglich bei Beginn seiner Kandidatenzeit gelesen. Statt an sich zu arbeiten, betrinkt er sich regelmäßig, wofür er schon zehn Tage in der Arrestanstalt saß. Auf Parteiebene wurde sein Verhalten zwar besprochen, doch er erhielt keine Parteistrafe.

– K. K. K. ist seit April 1944 Kandidat der WKP(B), auch er nimmt am Parteileben in keiner Form teil, in zweieinhalb Jahren hat er nicht ein einziges Mal einen Parteiauftrag erhalten, er unternimmt nichts zur Hebung seines ideologischen Niveaus. Er betrinkt sich regelmäßig, im Oktober erschien er eines Tages nicht zur Arbeit, weil er seinen Geburtstag feierte. Er hatte ein Verhältnis zu einer Deutschen. Als disziplinarische Strafe erhielt er 25 Tage Arrest; am 26. November 1947 war beschlossen worden, ihn auch vor der Partei zur Verantwortung zu ziehen, doch erst am 5. Januar 1948 wurde seine Angelegenheit in der Parteiversammlung behandelt.

Die Parteibüros haben nicht ein einziges Mal Fragen der ideologischen Erziehung der jungen Kommunisten beraten. Nicht organisiert wird die Arbeit zur Erziehung der Mitarbeiter im Geiste des sowjetischen Patriotismus, der Ergebenheit gegenüber den Interessen des Sowjetstaates, im

<sup>129</sup> Schdanow, Andrei Alexandrowitsch (1896–1948), ab 1927 Sekretär des ZK der WKP(B), ab 1934 Parteisekretär von Leningrad, ab 1935 Kandidat und ab 1939 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); ab 1938 Leiter der ZK-Abteilungen für Außenpolitik und Kultur. Gehörte nach dem Krieg zum engsten Führungskreis um Stalin und spielte eine führende Rolle in der sowjetischen Kulturpolitik.



Geiste der Erziehung zu einem unbeugsamen Willen und Charakter, im Geiste der Befähigung zum Widerstand gegen alle hinterlistigen Methoden der Feinde. Vorlesungen und Referate für die Mitarbeiter zu solchen dringenden Aufgaben werden nicht gehalten.

Die ganze Erziehungsarbeit mit den Familien der Mitarbeiter des Operativen Sektors beschränkt sich auf den Zirkel zum Studium der Biographie des Genossen Stalin, den zwölf bis 13 von den 103 Frauen der Mitarbeiter besuchen. Doch auch bei diesem Zirkel fallen die Zusammenkünfte oft aus, und zur Zeit gibt es keinen Zirkelleiter.

Das Parteibüro hat sich kein einziges Mal mit der Vorsitzenden des Frauensowjets Genossin Woropajewa beraten und es leistet keine praktische Hilfe für die politische Erziehung der Frauen der Mitarbeiter.

Auch in bezug auf die 108 Kinder ist die Erziehungsarbeit unbefriedigend. Infolgedessen kommen bei den Kindern im Schulalter Fälle von Trunkenheit und Rowdytum vor (siehe den Abschnitt über den politisch-moralischen Stand der Mitarbeiter), und manche Eltern (Mitglied der WKP(B) Tolaschew) überlassen die Erziehung ihrer Kinder deutschen Frauen.

Die Führungskräfte des Operativen Sektors und die Parteisekretäre erklären die Vernachlässigung der ideologischen Erziehung der Kommunisten und aller Mitarbeiter mit Zeitmangel. Doch bei der Organisation der ideologischen Arbeit ist das nicht die Hauptsache, sondern es geht um Initiative und Verantwortungsbewußtsein für die Erziehung aller Mitarbeiter sowohl bei den Führungskräften des Operativen Sektors als auch bei den Parteibüros.

#### Stand der innerparteilichen Arbeit:

In der Parteiorganisation des Operativen Sektors sind zum 10. Januar 1948 243 Mitglieder der WKP(B) und 31 Kandidaten registriert, zeitweilig registriert sind zudem sieben Mitglieder.

In das Parteibüro des Operativen Sektors des Landes wurden neun Personen gewählt, zur Zeit gehören ihm sieben Mitglieder an. Das Mitglied des Büros Major S. mußte wegen Trunkenheit und Prügeleien aus dem Büro ausscheiden, er erhielt als Parteistrafe eine Rüge. Wegen der Unterhaltung schwarzer Lager und Desorganisation in der Arbeit wurde der Chef der Stadtabteilung Rostock Major K. in die UdSSR zurückgeschickt. Aus dem Parteibüro des Landes wurde er nicht entfernt und wurde auch nicht vor der Partei zur Verantwortung gezogen.

Seit Oktober 1947 finden die Sitzungen des Parteibüros monatlich statt, im Juli und September gab es keine Sitzungen.

Das Parteibüro arbeitet losgelöst von den konkreten Aufgaben, die vor den Kommunisten des Operativen Sektors stehen. Es kam nicht ein einziges Mal vor, daß Fragen des politisch-moralischen Zustandes, der Festigung der militärischen und der Arbeitsdisziplin, der Erhöhung der bolschewistischen Wachsamkeit, der ideologischen Erziehung der jungen Kommunisten oder der politischen Massenarbeit mit den Frauen der Mitarbeiter des Operativen Sektors im Parteibüro beraten oder auf einer Parteiversammlung zur Diskussion gestellt worden wären. Die Erhöhung des ideologischen Niveaus der Kommunisten stand lediglich im Juni 1947 zur Diskussion (auf einer Sitzung des Parteibüros und in einer Parteiversammlung), doch die Erfüllung des Beschlusses zu dieser Frage wurde vom Parteibüro nicht organisiert.

Das Parteibüro wurde bisher noch nicht zum Organ der kollektiven Führung, einige Mitglieder des Büros sind in die aktive Arbeit nicht einbezogen, die zur Beratung stehenden Themen werden nicht vorbereitet, so daß Angelegenheiten aufgeschoben oder zu den besprochenen Punkten keine Beschlüsse gefaßt werden.

In der Verwaltung des Operativen Sektors gab es am 10. Oktober 1947 eine Beratung zum Thema „Vorbereitung und Durchführung des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, von den Mitgliedern des Büros ergriff dazu keiner das Wort, Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

In einer Parteibürositzung der Grundorganisation der Abteilung Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen referierte am 24. September 1947 der Chef des Gefängnisses Oberleutnant Lukin über

den „Stand der Disziplin unter dem Aufsichtspersonal“. Zu dem Referat sprach ein Leitungsmittglied und es wurde ein Beschluß gefaßt, der folgende zwei Punkte enthält:

a) „WKP(B)-Mitglied Lukin ist damit zu beauftragen, mit den Kommunisten, Komsomolzen und den nicht dem Komsomol angehörenden jungen Mitarbeitern des Aufsichtspersonals die kurze Biographie des Genossen Stalin zu studieren.

b) Wöchentlich ist mit dem Aufsichtspersonal eine politische Information durchzuführen.“

Auf einer Parteibürositzung der gleichen Grundorganisation vom 28. Oktober 1947 hatte man die Frage zur Diskussion gestellt: „Wie erhöht der Kandidat der WKP(B) K. sein ideologisch-theoretisches Niveau?“ Tatsächlich hätte man aber K. nicht nur dafür zur Verantwortung vor der Partei ziehen müssen, daß er nicht an sich arbeitete, sondern hauptsächlich wegen seiner Beziehungen zu deutschen Frauen und seiner Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin.

K. verstand überhaupt nicht, wozu man mit ihm eine Aussprache im Büro führte, und so lebt er jetzt mit einer jungen Frau aus den Reihen der sowjetischen Repatrianten zusammen und hat weiterhin Beziehungen zu deutschen Frauen; zur Verantwortung vor der Partei wurde er jedenfalls nicht gezogen.

Gemeinsame Parteiversammlungen aller Kommunisten des Operativen Sektors werden von Fall zu Fall durchgeführt, im ganzen Jahr 1947 fanden zwei statt:

1. am 7. Juni 1947 zum Thema: „Stand der marxistisch-leninistischen Schulung der Kommunisten“,

2. am 14. August 1947 zum „Rechenschaftsbericht des Parteibüros des Landes und Nachwahlen zum Büro“.

Die Beschlüsse dieser Versammlungen gaben den Kommunisten eine richtige Orientierung auf die Erfüllung der zu lösenden Aufgaben, doch es besteht keine Beschlußkontrolle und so werden diese Beschlüsse auch nicht in die Tat umgesetzt.

In der Grundorganisation der Rostocker Bezirksabteilung wurden seit September 1947 nur zwei Versammlungen durchgeführt, und seit dem 15. November 1947 fanden überhaupt keine Versammlungen mehr statt.

In der Parteiorganisation der Abteilung Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen gab es seit zweieinhalb Monaten keine Parteiversammlung mehr.

Die Führung der Parteiunterlagen wird völlig vernachlässigt, Protokolle werden zum Teil überhaupt nicht angefertigt (für die Sitzung des Parteibüros des Operativen Sektors des Landes vom 28. Dezember 1947 gibt es kein Protokoll zu den dort behandelten Fragen – 1. Verlauf der Vorbereitung auf die Wahlberichtsversammlung, 2. Selbststudium der Geschichte der Partei durch die Kommunisten der Kreisabteilung Hagenow – wurden keine Beschlüsse angenommen). In der Grundorganisation der Abteilung Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen des Operativen Sektors (Sekretär des Parteibüros ist Oberleutnant Podschivalow) schreibt man die Protokolle der Bürositzungen und Versammlungen ins Unreine auf die Rückseite der Entwürfe.

Bei der Nachweisführung über die Bezahlung der Parteibeiträge wird die Direktive der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte nicht eingehalten. Die Kommunisten werden nicht vor dem Empfang ihres Gehalts in die Listen eingetragen, für die vergangenen Monate wurden keine Listen geführt und viele Kommunisten sind in den Listen nicht eingetragen.

Arbeitspläne sind vorhanden, doch meistens werden sie losgelöst von den Aufgaben formuliert, die vor den Kommunisten des Operativen Sektors stehen, und die geplanten Maßnahmen – Sitzungen des Büros, Versammlungen, Referate, Gespräche und andere Vorhaben des innerparteilichen Lebens – werden oft nicht erfüllt. Geplant war, von August 1947 an monatlich „Über den Stand der ideologischen Erziehung der Kommunisten der Kreisabteilungen Ludwigslust und Wismar“ zu beraten, aber dazu kam es nicht.

In den Arbeitsplänen des Operativen Sektors des Landes sind formal Maßnahmen zur Unterstützung der Grundorganisationen in parteiorganisatorischen und parteipolitischen Fragen vor-

gesehen, doch nichts davon wird durchgeführt, weil es seitens des Parteibüros keine Kontrolle gibt.

Die Sekretäre der Grundorganisationen und der Organisationen in den Kompanien erteilen den Kommunisten nur selten Parteiaufträge, sogar die Mitglieder des Büros werden nicht zur aktiven Arbeit herangezogen.

Statt die Arbeit mit den Kandidaten der WKP(B) und mit den parteilosen Aktivisten zu verbessern, hat sich das Parteibüro mehr mit Parteiaufnahmen beschäftigt. Im Jahr 1947 wurden 13 Personen in die WKP(B) als Mitglieder und neun als Kandidaten aufgenommen, insgesamt also 22 Personen, aber nach ihrer Aufnahme in die Partei blieben sie sich selbst überlassen.

In der Grundorganisation der Rostocker Bezirksabteilung (Sekretär ist Gontscharenko) wurde Gen. Scha als Mitglied aufgenommen, wobei die Empfehlungen nicht sehr qualifiziert waren. So wurde Scha u. a. von der Frau eines Offiziers der Kommandantur von Parchim empfohlen, die nicht mit ihm zusammenarbeitet, die ihn als „ehrlich, gewissenhaft und der Partei Lenins und Stalins treu ergeben“ charakterisierte. Gen. Scha ist als Sekretär der Komsomolorganisation völlig untätig. Die Politische Abteilung der SMA-Verwaltung des Landes Mecklenburg hat die Angelegenheit zur näheren Untersuchung an sich gezogen.

In zwei Fällen verloren Kommunisten ihre Parteibücher:

1. K. verlor seine Kandidatenkarte im betrunkenen Zustand; er wurde aus der Partei ausgeschlossen.

2. L. verlor sein Parteibuch und betrinkt sich regelmäßig; er wurde aus der Partei ausgeschlossen.

[...] <sup>130</sup>

Inspektor der Politischen Verwaltung der SMAD Major (Palyga)

*GARF 7317/10/35, Bl. 9-19. Original.*

**Nr. 218. Schreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Batkow<sup>131</sup> an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow zur Untersuchung des Selbstmords des Mitarbeiters der Abteilung Inneres der SMA-Verwaltung Major S. 18. Februar 1948**

Geheim

Nr. 2/0196

In der Abteilung Inneres der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen beging am 29. November 1947 der leitende Mitarbeiter der Abteilung Major S. Selbstmord. Bei der nach dem Vorfall eingeleiteten Untersuchung wurde folgendes festgestellt: In dieser Abteilung gab es von 1945 an bis in die jüngste Zeit, also über einen längeren Zeitraum hinweg, Vetternwirtschaft, gegenseitige Inschutznahme der Mitarbeiter der Abteilung im Offiziersrang, amoralische Handlungen und Mißbrauch der Dienststellung, Trinkgelage der Führungskräfte der Abteilung mit den Untergebenen,

---

<sup>130</sup> Weggelassen wurden die Abschnitte „Anleitung der Komsomolorganisation“ und „Schlußfolgerungen und Vorschläge“.

<sup>131</sup> Batkow, Foka Andrejewitsch (1904–), Oberst; ab 1935 in der Armee, 1941 Absolvent der Militärpolitischen Lenin-Akademie, ab 1943 Sekretär und Mitglied der Parteikommission der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, 1946–47 stellvertretender Chef für politische Fragen der Bauverwaltung der Streitkräfte der UdSSR; im Juni 1947 vom ZK als Chef der Politischen Abteilung der SMA Thüringen bestätigt, Juni 1950 in die UdSSR.

Einsatz der Untergebenen für außerdienstliche Aufträge, bei denen es um die Beschaffung verschiedener Waren für die Chefs, darunter auch für den Chef der Abteilung Oberstleutnant Iwanow<sup>132</sup> sowie für Führungskräfte der Verwaltung des MWD der SMAD ging.

Das Fehlen von Kritik und Selbstkritik in der Parteiorganisation der Abteilung, die Haltung der Führungskräfte der Abteilung (Iwanow u. a.), vor anderen „keine schmutzige Wäsche waschen“ zu wollen, das Fehlen der nötigen Aufsicht über die Arbeit der Untergebenen von Seiten des Chefs der Abteilung Oberstleutnant Iwanow – das alles trug dazu bei, daß einzelne Mitarbeiter der Abteilung mehr und mehr den moralischen Halt verloren.

Das Parteibüro, die Parteiorganisation und die Politische Abteilung der SMA-Verwaltung Thüringen übersahen diese Fakten und ergriffen nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Gesundung der Arbeitssituation in dieser Abteilung.

Die Abkommandierung einzelner Mitarbeiter der Abteilung in die UdSSR erreichte unter diesen Bedingungen nicht ihr Ziel, weil man neben den wirklich demoralisierten Mitarbeitern auch diejenigen loswerden konnte, die mit ihrem Verhalten in gewissen Grenzen versucht hatten, die Schuldigen für die ungesunde Situation in der Abteilung zu benennen.

Dieses fehlerhafte System in der Arbeit wurde von oben, von den Führungskräften der Verwaltung des MWD der SMAD eingeführt.

Das Mitglied der WKP(B) Welitschko schreibt in seiner Erklärung: „Im Zeitraum von 1945 bis 1947 hat die Führung der Verwaltung für Inneres mit Malkow und seinem Stellvertreter Oberst Lapenkow an der Spitze starken Einfluß auf Iwanow ausgeübt und hat ihn zum Zwecke der persönlichen Bereicherung ausgenutzt. Dabei drängten sie ihn von einem Verbrechen zum anderen und das wurde zum System. Auch die Mitarbeiter der Abteilung gewöhnten sich daran, hörten auf, wachsam zu sein, und glaubten den Führungskräften. ... Ich fuhr 1946 und 1947 dreimal im Auftrag des Gen. Iwanow zusammen mit dem Inspektor der Kriminalpolizei Herrn Schuchart nach Suhl zu einem privaten Meister, wo ich jedesmal zwei Gewehre holte, die Iwanow dann an General Malkow und dessen Stellvertreter Oberst Lapenkow schickte. Anfang 1946 fuhr ich mit dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Tonor und dem Dolmetscher Zinkusch ebenfalls nach Suhl zu einem Waffenschmied. Ich erhielt dort zwei Gewehre, für die ich 3.700 Mark bezahlte und die Iwanow einen Tag später nach Berlin an die Adresse von General Malkow schickte.

Außer mir fuhr auch Gen. Awdejew mit solchen Aufträgen nach Suhl, zudem brachten Deutsche selbst wie die Herren Schuchart, Zinkusch, Teufel und Gassler Gewehre aus Suhl. Von Seiten der Führung der Verwaltung für Inneres der SMAD war das ein System. Wir glaubten blind dieser Führung, und Iwanow war zu sehr überzeugt von der Stärke und Macht von General Malkow und Gen. Lapenkow.

1947 änderte sich die Form der Lieferungen nach Berlin, und auch bei den Beschaffern änderte sich etwas. Nach der Organisation der Bezirksunterabteilungen, u. a. der Unterabteilung in Gera, zogen die Führung der Verwaltung und einzelne ihrer Mitarbeiter den Gauner Selenkow heran und begannen über ihn alle möglichen Geschäfte abzuwickeln. Über lange Zeit hinweg besorgte Selenkow für General Malkow den Apparat „Medikus“, Kronleuchter und Teekessel, für die Mitarbeiter der Kaderabteilung Major S. und Leutnant S. Akkordeons und Schreibmaschinen. Im September oder Oktober reisten General Malkow, Major S. und Oberleutnant G. selbst an und erhielten von Selenkow zwei Akkordeons und zwei Schreibmaschinen. Außerdem schickte auch der Chef der Abteilung Iwanow mehrmals Schreibmaschinen nach Berlin an die Verwaltung für Inneres der SMAD. 1946 waren über den Chef der SMA-Verwaltung für Thüringen für den persönlichen Gebrauch der Mitarbeiter der Abteilung mehrere Schreibmaschinen bestellt worden,

<sup>132</sup> Iwanow, Jakob Jakowljewitsch (1901–), Oberstleutnant; 1945–48 Chef des Sektors/der Abteilung Inneres der SMA Thüringen, 1949–53 in der UdSSR.

darunter auch für mich, doch die Maschinen wurden uns weggenommen und ich bekam weder das Geld noch die Maschine zurück. Überhaupt ist anzumerken, daß man aus Berlin alles Mögliche nahm, aber schlecht bezahlte. Das ging soweit, daß sie Iwanow zwei Sätze Jagdmunition abnahmen, aber nichts dafür bezahlten.

Daß man Selenkow ausnutzte, ist auch daraus zu ersehen, daß er 1946 Urlaub bekam und in die UdSSR ausreisen durfte, dabei führte er einen BMW und einen Waggon mit Möbeln aus. 1947 erhielt Selenkow wiederum Urlaub mit dem Recht auf Ausreise in die UdSSR, und erneut brachte er einen Waggon mit Möbeln dorthin. Im Februar d.J. wurde Selenkow in die UdSSR abkommandiert und wieder führte er einen Pkw, mehrere Akkordeons und einen Waggon mit Möbeln aus. Selenkow selbst sprach darüber, und alle Mitarbeiter der Abteilung wissen, daß er das alles für Malkow, Lapenkow, S., G. und S. tat. Eine weitere Bestätigung für das Vorgehen der Mitarbeiter der Verwaltung ist in folgendem zu sehen: Als Hauptmann Talezki sein Akkordeon und seine Schreibmaschine nicht an S. und S. herausgab, erhielt er keinen Urlaub. Sobald er es aber tat, gab man ihm Urlaub und einen Erholungsaufenthalt in Karlsbad.

Am Tage von S.s Selbstmord war ein Leutnant aus der Kaderabteilung in Gera, der in letzter Zeit die Lieferungen von Selenkow aus Gera an die Adresse S.s und seiner Mitarbeiter übernommen hatte. Diese hatten Gen. Iwanow nicht davon unterrichtet, daß sie den Leutnant nach Gera geschickt hatten, und verlangten von ihm auch noch einiges.

In der Sitzung der Parteikommission war die Frage der Wertsachen aufgeworfen worden. Diese Frage kann ich klären. Ich erinnere mich nicht an das Datum, weiß aber genau, daß Oberleutnant Suchorew und Awdejew im Haus einer ehemaligen Prinzessin Wertsachen beschlagnahmten. Dabei handelte es sich um eine große Menge Geschirr aus reinem Porzellan und Kristall, um silbernes Geschirr und verschiedene Schmuckgegenstände – Figuren, Leuchter, Tablett, Halsketten, Ringe, Messer und Gabeln, verschiedene Kästchen, wahrscheinlich aus Elfenbein, Gegenstände für die Damentoilette. Ich kann gar nicht alles aufzählen, da ich die Dinge nur ein einziges Mal gesehen habe und mir von vielen gar nicht vorstellen kann, wozu sie dienen. Vieles davon hing mit den Lebensgewohnheiten asiatischer Völker zusammen, silberne Kränze verschiedener Art, Platten. Das alles brachte man nach Berlin. Wie das im einzelnen gemacht wurde, kann ich nicht sagen, denn damit befaßten sich Oberleutnant Uwarow und Awdejew, doch ich weiß, daß ein ehemaliger Kommandant der Verwaltung zu uns kam, um Teller einzukaufen, da er nicht über alles von Uwarow Erhaltene Rechenschaft ablegen konnte. Denn man hatte bei ihm alles Wertvolle herausgezogen und er mußte es nun durch Keramiksachen ersetzen, wobei ihm wiederum Selenkow behilflich war, der in der Stadt Kahla einige Service zu niedrigem Preis besorgte. So konnte der Kommandant Rechenschaft ablegen und in die UdSSR fahren. Dieser hatte mir und Swonow einmal, als wir in Berlin zu einer Beratung waren, erzählt, daß die Führung selbst das Geschirr entnommen hatte. Er aber erhielt dafür zehn Tage Arrest und man verlangte von ihm, daß er bei der Übergabe an den neuen Kommandanten Rechenschaft ablegt. Dabei hatte Leutnant Fedorenko keine Namen genannt, aber er war von Lapenkow sehr gekränkt worden.

Außerdem schickte Oberstleutnant Iwanow – soweit ich weiß – in der ganzen Zeit mehrere Service nach Berlin, zwei an General Malkow und eins an Oberst Lapenkow, was wiederum über Selenkow abgewickelt wurde. Wie Selenkow die Sachen besorgte, weiß ich nicht, es ist allerdings zu vermuten, daß er sie bei Firmen entnahm, die für Reparationsaufträge arbeiten. Dieser Geschäftemacher konnte alles tun, womit er die Mitarbeiter in Berlin zufriedenstellte. Zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution wurde er ausgezeichnet, ohne daß man die Leitung der Abteilung davon in Kenntnis setzte.

Als der General nach Gera kam, besuchte er Selenkow sogar in dessen Wohnung, während er Major S., den Chef der Unterabteilung, natürlich nicht in dessen Wohnung besuchte. So machten es auch die Mitarbeiter, wenn sie nach Gera kamen. Sie hielten sich bei Selenkow auf, mit S. verkehrten sie offiziell. Allen Mitarbeitern war klar: Wer Selenkow anrührt, verliert seinen Kopf.

... Vom 27. bis 30. November hielt sich der Inspektor der Kaderabteilung Leutnant Polujek-tow in S.s Unterabteilung in Gera auf. Er war von Major Soskow geschickt worden, um Akkor-deons und Schreibmaschinen abzuholen. Dieser Geschäftemacher wohnte bei Selenkow in den zwei Tagen vor S.s Selbstmord und in den zwei Tagen, nachdem dieser sich erhängt hatte. Über die Lage in der Geraer Unterabteilung und darüber, daß sich S. all die Tage über ständig betrank, machte er niemandem Mitteilung, er hatte nicht einmal den stellvertretenden Chef der Abteilung Tilinin über seinen Aufenthalt in der Geraer Unterabteilung benachrichtigt. Und nachdem sich S. erhängt hatte und die Führungen der Abteilung und der SMA-Verwaltung Thü-ringen nach Gera kamen, nahm dieser Polujektow seine Besorgungen an sich und fuhr davon, ohne sich jemandem gegenüber auszuweisen.

... Die Kaderabteilung hatte die Unterabteilung und S. nur persönlicher Beschaffungen wegen besucht, ohne sich auch nur im geringsten für die Arbeit der Unterabteilung zu interessieren oder für die Kader, wie sie arbeiten und leben. So hielt es die Kaderabteilung der Verwaltung aber nicht nur in bezug auf Gera, auch der Abteilung gegenüber verhielt man sich so. Jeder Chef einer Abtei-lung beschäftigte sich mit den Kadern vor Ort, aber die Kaderabteilung mit Sasonow und Soskow an der Spitze erteilte Befehle, ohne sich die lebendigen Menschen anzusehen. Oberst Lapenkow unterhielt sich ebenfalls nie mit den Mitarbeitern der Abteilung, nur mit dem Chef. Dieses büro-kratische Verhalten führte dazu, daß die Verwaltung die Wirklichkeit in den Abteilungen nicht kannte, ganz zu schweigen von ihrer Kenntnis über die Situation in den Unterabteilungen.

... 1946 entdeckte die Kriminalpolizei in Erfurt ein Lager mit Chromleder und erstattete darüber Meldung an die Abteilung Inneres. Oberleutnant Awdejew fuhr hin und besichtigte das Lager, dann machte er an Iwanow Meldung. Das nächste Mal fuhren Kommandant Uwarow und der Fahrer Ignatenko dorthin und brachten von dort einige Ballen Chromleder direkt in den Keller des Hauses, in dem Iwanow wohnte.

Nach einigen Tagen erfuhr ich von Ignatenko, daß Iwanow auf Anweisung aus der Verwal-tung für Inneres der SMAD über die deutsche Regierung 13 Ledermäntel für Berlin bestellte, die – nach Ignatenkos Worten – für folgende Personen bestimmt waren:

Iwanow – 2 Mäntel,

Awdejew – 2,

Uwarow – 1,

Ignatenko – 1,

Malkow – 2,

Lapenkow – 2,

Gontscharow – 1,

von zwei Mänteln weiß ich nicht, für wen sie gedacht waren.

Das Leder nahm nach Ignatenkos Worten der Adjutant von Malkow Oberleutnant Gontscharow an sich.

... 1946 fuhr ich zusammen mit Oberleutnant Awdejew und Major Gluch in das Gebiet von Ohrdruf, wo ein Archiv entdeckt worden war. Außerdem hatte man dort acht Ballen Gardinen-stoff und einen Kasten mit Bettwäsche gefunden, alles herrenloses Gut. Wir nahmen alles mit uns und legten es zu mir ins Dienstzimmer. Zu dieser Zeit hielt sich gerade der stellvertretende Chef der Verwaltung Lapenkow in der Abteilung auf. Als er am Morgen wegfuhr, befahl er, die Gardinen und die Wäsche in sein Auto zu laden, was auch geschah. Übrig geblieben waren ein Ballen Gardinenstoff und einige Stücke Wäsche, diese Reste sollte Iwanow auf Anweisung von Lapenkow unter den Mitarbeitern verteilen.

... In den ersten Tagen des November 1947 schickte ich Golowkow, für Iwanow ein Huhn zu kaufen. Er kaufte zwei Gänse und eine Ente. ...

... Als Malkow nach Moskau zur Ministerratssitzung fuhr, kam sein Adjutant Gontscharow zu mir, nahm Golowkow und Hauptmann Selenkow mit und fuhr mit ihnen zum Einkauf. Nach

ihren Worten kauften sie ein Schwein, Gänse und Gemüse und schickten alles nach Berlin. 1945/46 gab es viele solcher Aktionen, die von dem Fahrer Ignatenko ausgeführt wurden.

Iwanow war für Berlin wirklich ein Versorger, wenn man sich so ausdrücken kann.

... Wodka wurde 1945/46 und auch noch Anfang 1947 sehr oft nach Berlin gebracht. Natürlich nicht für die einfachen operativen Mitarbeiter, sondern für die Führung, davon wußten alle Mitarbeiter der Abteilung ... Nach meiner Kenntnis war der Dolmetscher Dolgi für die Zeit vom 30. Dezember 1946 bis zum 1. Januar 1947 nach Berlin gefahren, und wie Awdejew und Koslow wissen, brachte er einen Koffer mit Wodka für Malkow hin.“

Der von uns befragte Oberstleutnant Iwanow bestätigte in seiner Erklärung vor der Parteikommission die oben dargelegten Fakten: den Transport von Wodka nach Berlin 1947, den Erwerb eines Schweins und anderer Nahrungsmittel für General Malkow, die Verschleuderung von Gardinestoff und Wäsche, die im Sommer 1946 aus dem Bezirk Gotha gebracht worden waren, die Tatsache, daß Gardinen und Wäsche von Oberst Lapenkow aus der Abteilung mitgenommen wurden, also alles, was Welitschko schreibt. Iwanow bestätigte auch die Lieferungen von Chromleder, Jagdgewehren u. a. nach Berlin.

„... Lästige Telefonanrufe, die auf die Besorgung von Gewehren drängten, gab es von Mitarbeitern wie Oberstleutnant Malygin, Oberstleutnant Sytschew, Oberst Lapenkow, Oberleutnant Gontscharow, Gogin, Zwetkow u. a. Und wenn diese Mitarbeiter unsere Abteilung besuchten, äußerten sie ebenfalls Bitten, dies und das für sie zu besorgen, sei es eine Schreibmaschine, sei es ein Gewehr oder sonst etwas, natürlich waren das dringende Bitten, die man ihnen erfüllen mußte.“

Das Mitglied der WKP(B) Gen. Plochow sagte aus: „Am Ende des Gesprächs fragte ich S., warum er nicht über all das in Berlin Mitteilung macht. Seine Antwort lautete etwa so: ‚Ach, mein Lieber, da dringst du nicht durch.‘ Dazu führte er die Tatsache an, daß Iwanow und Welitschko bei einem inhaftierten Landrat (den Namen habe ich vergessen) viel Gold beschlagnahmten und einen Teil davon nach Berlin schickten. Eine Hand wäscht die andere, sagte S. zum Schluß.

... Zu den Oktoberfeierlichkeiten (1947) kam S. zu mir zu Besuch und verbrachte bei mir fünf Stunden. Nach dem Mittagessen sagte er zu mir, seine Vermutung habe sich bestätigt. ‚Ich habe mich jetzt davon überzeugt, daß man mich nicht zur Arbeit nach Gera geschickt hat. Man will, daß ich so werde wie Selenkow, man will einen Beschaffer aus mir machen, doch das wird ihnen nicht gelingen. Ich werde meine Ehre nicht verkaufen.‘ Bei alledem beschwerte sich S. darüber, daß alle Chefs und alle Kommissionen sich an ihn wenden, um zu trinken und Geschenke zu bekommen. Er sagte: ‚Man verlangt von mir Gewehre, Schreibmaschinen, Pelze und Textilien, wo ich selbst nichts habe.‘

... Zum letzten Mal begegnete ich S. sieben oder acht Tage vor dem Vorfall. Er rief mich zum Einlaßpunkt des Gebäudes der Thüringer SMA-Verwaltung und sagte, daß er nicht zur Abteilung gehen werde und mir nur ein paar Worte sagen wolle. Ich bat ihn in die Kantine der SMA-Verwaltung, und wir tranken zusammen etwa 100 Gramm Wodka, was der Leiter der Kantine bestätigen kann. Danach erklärte mir S., daß er jetzt genügend Fakten in der Hand habe, um zuzuschlagen. Wörtlich sagte er: ‚Fakten, Freund, habe ich genug. Ich beginne zuzuschlagen. Als erstes Ziel habe ich Selenkow ausersehen. Ich will den ersten Schlag gegen die materielle Basis richten. Ich habe schon zwei Meldungen gemacht und warte auf Antwort. Wenn sie das vertuschen, gehe ich an den Kopf ran.‘ Danach trennten wir uns und er fuhr weg ...

... Im Herbst 1946 hatte die Abteilung einen Landrat in Thüringen (Schäffer) verhaftet, bei dem eine große Menge goldene und silberne Gegenstände und Gefäße beschlagnahmt wurden. Diese Wertgegenstände wurden in einem Raum neben meinem Dienstzimmer untergebracht, der von Kommandant Uwarow verplombt wurde. Zugang zu diesem Lager mit den Wertsachen hatten nur Uwarow, Iwanow und Welitschko. Zwei oder drei Monate später wurden diese Wertsachen unter dem Anschein, als handele es sich um geringwertiges Geschirr, nach Berlin geschickt. Ich

sah selbst, wie die Sachen zum Transport verpackt wurden, und behauptete, daß von den ursprünglich eingelagerten Dingen nicht einmal die Hälfte übrig geblieben war, vor allem waren die Goldsachen unterschlagen worden. Das Protokoll über die Übergabe des Geschirrs in Berlin befand sich am 1. Januar 1948 bei Hauptmann Tokoresa in der Aktenablage. Näheres darüber mußte Leutnant Charitonenko berichten können, der die Sachen von Kommandant Uwarow empfangen hatte.

... Bei der Untersuchung zu S. wurde Druck auf die Zeugen ausgeübt im Sinne einer Rechtfertigung von Iwanow und Welitschko. Der die Untersuchung führende Oberst Lapenkow, statt die Umstände der Tat aufzuklären, fragte mich nörglerisch, wie und wann ich in die Organe des MWD gekommen bin, was ich vorher gemacht habe, wann ich aus der Partei ausgeschlossen wurde, und das, wo ich während der ganzen Zeit meiner Mitgliedschaft in der Partei nicht einmal eine leichte Rüge bekommen habe. Den gleichen Druck übte er auch auf Leutnant Okon aus, woraufhin dieser zu schwanken begann.

Nach unserer Untersuchung wurden die Schuldigen für die genannten untragbaren Handlungen, soweit sie in der Abteilung des MWD bei der SMA-Verwaltung Thüringen arbeiten bzw. gearbeitet haben, zur Verantwortung vor der Partei gezogen.

Was die Mitarbeiter betrifft, die in diese Angelegenheit verwickelt sind, uns aber nicht unterstehen, wie Generalmajor Malkow, Oberst Lapenkow, Oberstleutnant Malygin, Oberstleutnant Sytschew, Zwetkow und Major Soskow, Oberleutnant Gontscharow, Sasonow und Leutnant Polujektow, würde ich es für notwendig erachten, sie strengstens vor der Partei und auf dienstlicher Ebene zur Verantwortung zu ziehen für das, was ich zu Ihrer Entscheidung berichtet habe.

Wenn ich Ihnen diese Frage vorlege, halte ich es gleichzeitig für notwendig, daß eine Überprüfung organisiert wird, wie von Seiten des Ministeriums für Inneres die Auswahl und der Einsatz der Kader für die Arbeit unter den Bedingungen der SMA erfolgt.

Chef der Politischen Abteilung der SMA des Landes Thüringen Oberst Batkow

*Gen. Bakakin. Zusammen mit der Kaderverwaltung des MWD der UdSSR muß die Verwaltung für Inneres der SMAD überprüft werden, insbesondere hinsichtlich der von Gen. Batkow aufgeworfenen Fragen. 5. März [19]48. A. Kusnezow<sup>133</sup>.*

*RGASPI 17/127/1720, Bl. 41-48. Original.*

## **Nr. 219. Bericht zum Untersuchungsmaterial über den Fall des Soldaten Machmutschin vom 105. Schützenregiment der MGB-Truppen, der als Wachposten bei der Stadtbezirksabteilung Köpenick geschlagen worden sein soll. 27. Februar 1948**

Streng geheim

In der Nacht zum 6. Februar 1948 wurde vom Auto des Chefs der Stadtbezirksabteilung Köpenick Oberstleutnant Schustorowitsch, das am Hauseingang in der Nähe des Postens stand, das Reserve- rad gestohlen, und in der Nacht zum 7. Februar 1948 versuchte nach Aussagen der Dolmetscherin der Stadtbezirksabteilung Sacharowa ein Soldat der Wache, heimlich in das Lager der Abteilung einzudringen.

Über diese und weitere Fakten wurden der Kompaniechef der 1. Kompanie des 105. Regiments der MGB-Truppen Oberleutnant Saweljew und der Kommandeur des 1. Bataillons dieses Regi-

<sup>133</sup> Vgl. Dokument Nr. 224.



ments Major Kondratenko benachrichtigt, die daraufhin am 7. Februar 1948 in das Gebäude der Stadtbezirksabteilung Köpenick kamen.

In Gesprächen mit den Angehörigen des Wachtrupps und den Einlaßposten der Stadtbezirksabteilung fanden sie heraus, daß Angehörige der Wache Beziehungen zur deutschen Bevölkerung unterhalten, über die alkoholische Getränke beschafft wurden. Es gelang ihnen aber nicht festzustellen, wer in das Lager einzudringen versucht hatte. Die Dolmetscherin Sacharowa war nicht anwesend, sie hatte in dienstlichen Angelegenheiten das Objekt der Stadtbezirksabteilung verlassen.

Major Kondratenko wollte nicht auf die Rückkehr Sacharowas warten, er rief den Einlaßposten der Kreisabteilung Schelesnjak zu sich und bat ihn, über Sacharowa herauszubekommen, wer von den Soldaten der Wache in der Nacht zum 7. Februar 1948 in das Lager einzudringen versucht hatte. Er selbst fuhr danach weg.

Am gleichen Tag fünf Stunden später traf Schelesnjak am Ausgang des Gebäudes der Stadtbezirksabteilung Sacharowa und bat sie, ihm den Soldaten zu zeigen, der in der vorangegangenen Nacht in das Lager einzudringen versucht hatte. Sacharowa zeigte auf Soldat Machmutschin, der am Eingang zum Dienstgebäude auf Wache stand. Machmutschin begann daraufhin, Sacharowa zu beschimpfen und sie zu beschuldigen, daß sie ihn fälschlich anzeigt. Da sie sich Machmutschins Beschimpfung nicht länger anhören wollte, wandte sich Sacharowa ab und ging weiter. Machmutschin, der sehr erregt war, rief sie an: ‚Nein, du gehst nicht weg!‘ Und er riß sein Gewehr hoch in Richtung Sacharowa.

Der in der Nähe des Wachpostens stehende Einlaßposten Schelesnjak warf sich, um Schlimmeres zu verhüten, auf den Wachposten Machmutschin, ergriff das Gewehr und drehte es in eine andere Richtung, weg von Sacharowa. Gleichzeitig rief er nach dem Diensthabenden der Garnison. Auf den Ruf hin kam Obersergeant Wolkow aus der nur fünf Meter vom Posten entfernten Wachstube, nahm das Gewehr an sich, das Machmutschin und Schelesnjak in ihren Händen hielten, entfernte Machmutschin von seinem Posten und ließ einen anderen Posten aufziehen.

Schelesnjak streitet kategorisch ab, daß er Wachposten Machmutschin einen Schlag versetzt haben soll. Machmutschin dagegen behauptet, einen Schlag bekommen zu haben, kann aber dazu keine klaren Aussagen machen.

In seiner ersten, an den Kompaniechef gerichteten Erklärung gab Machmutschin an, Einlaßposten Schelesnjak habe versucht, ihm das Gewehr aus den Händen zu reißen, und als er das verhinderte, habe Schelesnjak ihm einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Bei der Vernehmung erklärte er dagegen, er habe in dem Augenblick einen Schlag ins Gesicht verspürt, als Schelesnjak sich auf ihn stürzte und mit den Händen die Waffe ergriff. Er könne aber nicht sagen, womit der Schlag ausgeführt wurde.

Die Dolmetscherin Sacharowa und der Sekretär der Stadtbezirksabteilung Iwanow, die dabei waren, können nicht bestätigen, daß dem Wachposten ein Schlag versetzt wurde.

Die Aussagen von Untersergeant Chomitsch und des Soldaten Kolessow, die behaupten, daß Posten Machmutschin von Einlaßposten Schelesnjak geschlagen wurde, sind in Zweifel zu ziehen, da weder Chomitsch noch Kolessow bei dem Vorfall zugegen waren. Außerdem erklärt Untersergeant Chomitsch, daß er, als er an dem Posten vorbeiging, gesehen habe, wie Machmutschin und Schelesnjak um die Waffe gerungen und sich beschimpft hätten. Er habe beide auseinandergebracht und den Posten aufgefordert, auf seinen Platz zu gehen, und da habe Schelesnjak Machmutschin ins Gesicht geschlagen. Machmutschin selbst aber gibt an, daß sie sich, als Chomitsch vorbeiging, nicht beschimpft hätten, sie hätten beieinandergestanden und sich unterhalten, und Chomitsch habe Machmutschin tatsächlich aufgefordert, das Gespräch zu beenden und auf seinen Posten zu gehen, sei aber selbst gleich wieder weggegangen.

Soldat Kolessow konnte im Gespräch nichts Konkretes zur Frage, ob Machmutschin geschlagen wurde, angeben. Außerdem hat Machmutschin im Gespräch mit dem Diensthabenden der Stadt-

bezirksabteilung Oberleutnant Bojarinzew am Abend des 7. Februar 1948, als es um die Klärung der Umstände für den Streit mit dem Posten ging, nicht den Vorwurf erhoben, daß er von jemandem geschlagen worden sei.

Nach meiner Ansicht haben beide Schuld, sowohl der Einlaßposten Schelesnjak, der mit einer Wache, die auf Posten steht, ein Gespräch begann, als auch Machmutschin, der das Gespräch fortsetzte, das dann in den Streit mündete.

Gleichzeitig halte ich es für erforderlich, Schelesnjak streng zu verwarnen, damit er künftig solche Anzeigen unterläßt.

Sonderbevollmächtigter des Operativen Sektors des MGB der Stadt Berlin Major Koslow

*RGWA 39016/1/11, Bl. 55-57. Original.*

## **Nr. 220. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Mecklenburg Oberst Schestakow<sup>134</sup>. 25. März 1948**

Gen. Schestakow, der von Oktober 1946 bis August 1947 als Chef einer Abteilung im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland arbeitete, bewährte sich als Mitarbeiter wie als Leiter. Im August 1947 wurde er zum Chef des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg ernannt.

In seiner Arbeit auf diesem Posten empfahl sich Gen. Schestakow als Führungskraft, die in der operativen Arbeit mit Agenten Erfahrungen besitzt und diese beherrscht.

Durch kluge Organisation der Arbeit und Überwindung der in der operativ-tschechistischen Arbeit vorhandenen Mängel leistete der Operative Sektor seit Eintreffen des Gen. Schestakow einen großen Beitrag zur Erfüllung von Befehl Nr. 0048-1947 des Gen. Ministers für Staatssicherheit Abakumow<sup>135</sup>.

Allerdings muß festgestellt werden, daß es in der erzieherischen Arbeit mit den Mitarbeitern des Operativen Sektors ernste Mängel gibt, so daß bis heute immer noch zahlreiche Fälle amorali-schen Verhaltens vorkommen, worauf Gen. Schestakow durch den Befehl des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland vom 4. Mai 1948 hingewiesen wurde.

Gen. Schestakow nimmt an der Parteiarbeit aktiv teil. Er ist politisch entwickelt und arbeitet systematisch an der Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus. Er kümmert sich um die ideologisch-politische Erziehung seiner Untergebenen. Er ist persönlich diszipliniert, in der Entscheidung von Fragen prinzipienfest, in seiner Lebensweise bescheiden, moralisch standfest. Unter den Mitarbeitern genießt er Ansehen.

Er wird den Anforderungen seines Postens gerecht.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland  
Generalmajor Melnikow

*RGASPI 17/100/231334, Bl. 50 mit Rückseite. Kopie.*

<sup>134</sup> Schestakow, Michail Nikolajewitsch.

<sup>135</sup> Befehl des MGB der UdSSR Nr. 0048 vom 2. Feb. 1947 „Über die Verstärkung der Abwehrarbeit zum Kampf gegen die Agenten amerikanischer und britischer Geheimdienste“. Der Befehl enthält die Forderung nach Intensivierung der Fahndung nach ausländischen Agenten und deren Enttarnung, außerdem eine Kritik an den Mitarbeitern des MGB. So heißt es in dem Befehl, unter einigen verantwortlichen Mitarbeitern des MGB „existierte die falsche Vorstellung, daß der amerikanische und der britische Geheimdienst seine Spionagetätigkeit auf dem Territorium der UdSSR hauptsächlich durch persönliche Beobachtungen realisiert“. In: ZA FSB 4os/5/4, Bl. 213-219.

## **Nr. 221. Parteibeurteilung über den Chef der Verwaltung für Inneres der SMAD Generalmajor Malkow. 10. April 1948**

Jahrgang 1904, Russe, Hochschulbildung, Abschluß der Frunse-Militärakademie 1938, Mitglied der WKP(B) seit 1930, Generalmajor, Teilnehmer am Vaterländischen Krieg, erhielt Regierungsauszeichnungen.

Gen. P. M. Malkow bekleidet seit Juli 1945 den Posten des Chefs der Verwaltung für Inneres der SMAD.

In seiner praktischen Tätigkeit stützt er sich nicht genug auf die Partei- und Komsomolorganisation, er zeigt wenig Interesse an deren Arbeit.

Als Chef ist er bestrebt, die erzieherische Arbeit an zweitrangige Personen zu delegieren, Gen. Malkow selbst nimmt nur unzureichend an der agitatorisch-propagandistischen und erzieherischen Arbeit teil.

Nur sehr selten tritt er vor den Mitarbeitern der Verwaltung mit Referaten und Vorlesungen zu politischen oder theoretischen Themen auf. Für die marxistisch-leninistische Schulung der Offiziere interessiert er sich nicht und leitet sie nicht an.

An der Erweiterung seines politischen Horizonts und der Vertiefung seines theoretischen Wissens arbeitet er kaum.

Nur sehr ungenügend widmet sich Gen. Malkow der Sondierung und Prüfung der fachlichen und politischen Qualitäten seiner Untergebenen. Infolgedessen übersah er die Fakten des Landesverrats bei Rebrow (Chef der Archivabteilung der Verwaltung) und bei den Dolmetschern Serebrjakow und Ferber<sup>136</sup>. Auch entgingen ihm die amoralischen Handlungen seines Stellvertreters Oberst Lapenkow, der Bestechungsgeschenke annahm, Verbindung zu einem weißgardistischen Schieber hatte und seine Dienststellung zu eigensüchtigen Zwecken nutzte: bei den Chefs von Abteilungen Iwanow und Schtachanowski, die die Arbeit vernachlässigten und sich Trinkgelagen und Trödelgeschäften widmeten; bei dem stellvertretenden Chef einer Abteilung Oberstleutnant Smimow, der Schiebergeschäfte mit Wodka, Zigaretten und anderen Waren betrieb und undurchsichtige Beziehungen zu einer Deutschen hatte, einer Hochstaplerin, die im amerikanischen Sektor Berlins lebt; sowie bei einigen anderen seiner Untergebenen.

Gen. Malkow zeigt politische Sorglosigkeit und verhält sich versöhnlich bei außerordentlichen Vorkommnissen und amoralischen Erscheinungen. Er versucht nach außen den Eindruck zu erwecken, als sei der politisch-moralische Zustand der Mitarbeiter in Ordnung, Fälle amoralischen Verhaltens versucht er zu verharmlosen, ohne aus ihnen politische Schlußfolgerungen für die Arbeit zu ziehen.

Gen. Malkow legt nicht genügend Initiative an den Tag, zeigt Führungsschwäche, er kontrolliert ungenügend die Abteilungen für Inneres der Länder, erweist ihnen keine praktische Hilfe in der Arbeit. Gen. Malkow ist in parteilicher Hinsicht nicht prinzipienfest, er ist verschlossen, auf Kritik seitens der Parteiorganisation reagiert er gekränkt.

Gen. Malkow ist moralisch standfest, der Partei Lenins und Stalins und der sozialistischen Heimat ist er ergeben.

Chef der Politischen Abteilung des Stabs der SMAD Oberst K. Owtschinnikow

*RGASPI 17/100/254786, Bl. 16-17. Original.*

---

<sup>136</sup> Die in der Abteilung Inneres der SMA Brandenburg ab Juni 1947 tätige Dolmetscherin Rosa E. Ferber (1911–) floh am 30. März 1948 mit ihrer siebenjährigen Tochter nach West-Berlin, nachdem sie in Erfahrung gebracht hatte, daß sie wegen Kontakten mit Deutschen in die UdSSR abkommandiert werden sollte. Vgl. GARF 7077/1/52, Bl. 195-199.

## **Nr. 222. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg Generalmajor Filatow. 25. Mai 1948**

Gen. Filatow, der seit 1. März 1946 den Posten des Chefs des Operativen Sektors für Brandenburg einnimmt, erwies sich als solide, gut ausgebildete Führungskraft, in der operativ-tschechistischen Arbeit besitzt er große Erfahrungen, die er erfolgreich an seine Untergebenen weitergibt.

Gen. Filatow hat die Fähigkeit, die Mitarbeiter auszuwählen, richtig einzusetzen und sie auf die Erfüllung der vor den Organen des MGB in Deutschland stehenden Aufgaben zu orientieren. Die Arbeit der Untergebenen wird von ihm ständig kontrolliert. Beharrlich und mit großem Einsatz arbeitet er an der Festigung der Disziplin und am politisch-moralischen Stand der Mitarbeiter.

Gen. Filatow hat den Befehl des Ministers Nr. 0048 richtig verstanden und vermag den Hauptteil des operativen Personals für die Erfüllung der Aufgaben im Kampf gegen ausländische Geheimdienste zu mobilisieren. Im Ergebnis wurde im Verlauf des Jahres 1947 von den Organen des Operativsektors eine bedeutende Arbeit zur Aufspürung und Entlarvung von Agenten der anglo-amerikanischen und anderer Geheimdienste auf dem Territorium der SBZ geleistet.

Gen. Filatow ist politisch und hinsichtlich seiner Allgemeinbildung entwickelt. Er arbeitet systematisch an der Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus und kümmert sich um die Verbesserung der ideologischen Erziehung seiner Untergebenen. An der Parteiarbeit nimmt er aktiv teil. Er ist Mitglied des Parteibüros des Operativen Sektors. Bei der Entscheidung von Fragen ist er prinzipienfest und konsequent. Er ist diszipliniert, in seiner Lebensweise bescheiden, moralisch standfest. Unter den Mitarbeitern genießt er Ansehen. Den Anforderungen seines Postens wird er gerecht.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland  
Generalmajor Melnikow

Gutachten zum Zeugnis  
28. Mai 1948

Gen. Filatow wird den Anforderungen seines Postens als Chef des Operativen Sektors des Landes Brandenburg gerecht.

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR  
Generalleutnant N. Kowaltschuk

*RGASPI 17/100/306777, Bl. 32-33. Original.*

## **Nr. 223. Dienstliches Zeugnis für den stellvertretenden Bevollmächtigten des MBG in Deutschland Oberst Tschaikowski<sup>137</sup>. 28. Mai 1948**

Gen. Tschaikowski arbeitet im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland seit September 1946. Vorher hatte er den Posten des Stellvertreters des Chefs der Verwaltung Spionageabwehr des MGB für den Moskauer Militärbezirk inne. Bis Januar 1947 war er im Apparat als Chef der Abteilung Spionageabwehr tätig, danach erhielt er den Posten des Stellvertreters des Bevollmächtigten.

<sup>137</sup> Tschaikowski, Pjotr Mitrofanowitsch (1902–1985), Oberst; 1947–51 Stellvertreter des Bevollmächtigten des MBG in Deutschland.

Gen. Tschaikowski hat ein richtiges Verständnis für unsere tschekistischen Aufgaben in Deutschland, er vermag sich in der politischen Situation und den Arbeitsbedingungen in Deutschland zu orientieren.

Als Stellvertreter des Bevollmächtigten ist Gen. Tschaikowski damit beauftragt, die Abwehrarbeit zu leiten.

Gen. Tschaikowski gibt den Abwehrabteilungen der Operativen Sektoren des MGB in Deutschland eine richtige Orientierung und erweist ihnen ständig große Hilfe. Unter unmittelbarer Anleitung des Gen. Tschaikowski wurden von den Operativen Sektoren einige große Residenturen des amerikanischen und anderer ausländischer Geheimdienste aufgeklärt und beseitigt.

Gen. Tschaikowski ist seit 1921 Tschekist, er besitzt große Erfahrung in der Führung der operativen Arbeit mit Agenten und der Ermittlungstätigkeit.

Gen. Tschaikowski ist ein anspruchsvoller, nachdenklicher Mitarbeiter, er verfügt über einen starken Willen, genießt Ansehen, in seiner Lebensweise ist er bescheiden, moralisch standfest.

Der Partei Lenins und Stalins ist er ergeben.

Er wird den Anforderungen seines Postens gerecht.

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR

Generalleutnant N. Kowaltschuk

*RGASPI 17/100/228864, Bl. 27 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 224. Bericht einer Abteilung der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) zur Überprüfung der Fakten, die im Schreiben des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Thüringen Oberst Batkow dargelegt wurden<sup>138</sup>. 2. Juni 1948**

An den Sekretär des ZK der WKP(B) Gen. A. A. Kusnezow

Gen. Batkow teilt in seinem an das ZK der WKP(B) adressierten Schreiben mit, daß sich die Führungskräfte der Verwaltung für Inneres der SMAD, die Genossen Malkow, Lapenkow, Malygin, Sytschew, Zwetkow, Soskow, Gontscharow, Sasonow und Polujektow, zum Zwecke der persönlichen Bereicherung große Mengen von Wertsachen angeeignet haben und daß sie illegal Gewehre, Akkordeons, Chromleder, Lebensmittel u. a. erwarben.

Auf Ihren Auftrag hin, die dargelegten Fakten zu überprüfen, begab sich der Inspektor der Abteilung Gen. Tumanow vor Ort.

Bei der Überprüfung wurde folgendes festgestellt:

1. Der Chef der Verwaltung für Inneres der SMAD Gen. Malkow erwarb über die Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Landes Thüringen einen Apparat „Medicus“ und ein Gewehr und kaufte Lebensmittel und Wodka. Diese Fakten beziehen sich auf das Jahr 1945.

Die Aneignung von Wertsachen durch Malkow, wie in dem Brief des Gen. Batkow angegeben, konnte nicht bestätigt werden.

Bei der Überprüfung wurde allerdings aufgedeckt, daß Gen. Malkow die Registrierung und Aufbewahrung von Wertsachen und Gegenständen, die bei Verbrechern konfisziert wurden, äußerst unbefriedigend organisiert und kontrolliert hat.

Die Finanzunterabteilung, die die Wertsachen entgegennahm, wurde nicht ein einziges Mal überprüft. Infolgedessen konnte der ehemalige Chef dieser Unterabteilung Luschin (inzwischen

---

<sup>138</sup> Vgl. Dokument 218.

verhaftet) die Rechnungsführung über die Geldmittel in Unordnung bringen, und in den Jahren 1946/47 unterschlug er von den Wertsachen, die die Abteilung Inneres in Thüringen übergab, Werte in Höhe von mehr als einer Million Rubel, die in seinem Safe gefunden wurden.

Auf Grund der Unordnung in der Rechnungsführung über Wertsachen und Besitzgegenstände in der Verwaltung für Inneres ist es schwierig festzustellen, welche Werte angeeignet wurden und von wem. Beispielsweise sind in der Nachweisführung der Verwaltung für Inneres gegenwärtig noch folgende Gegenstände verzeichnet, von denen aber nicht mehr festgestellt werden kann, wer von den ehemaligen Mitarbeitern, die damit zu tun hatten und inzwischen aus den Organen ausgeschieden sind, sie sich angeeignet hat: zwei Halsketten, ein Zigarrenetui, 18 silberne Messer, 16 Gabeln, 13 silberne Zuckerdosen, zwei Silbervasen, vier silberne Teekessel, Damenuhren usw.

Zu dieser Frage wurde Gen. Malkow vor Ort angewiesen, eine Untersuchung anzustellen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die Rechnungsführung in Ordnung zu bringen.

Im Zusammenhang mit der unbefriedigenden Führung der Verwaltung für Inneres der SMAD durch Gen. Malkow wird dem ZK der WKP(B) ein Beschlußentwurf vorgelegt, ihn von dieser Arbeit zu entbinden.

2. Der ehemalige stellvertretende Chef der Verwaltung für Inneres der SMAD Lapenkow hielt sich öfter in der Abteilung des Landes Thüringen auf, und unter Ausnutzung seiner Dienststellung nahm er sieben Ballen Gardinenstoff und eine Kiste mit Bettwäsche an sich, die als herrenloses Gut eingeliefert worden waren. Außerdem erwarb er Leder für drei Mäntel, ein Gewehr, ein Radiogerät, ein Service und ließ manch anderen Mißbrauch zu. Er hatte Verbindung zu einem Emigranten, einem ehemaligen Kommandeur des weißgardistischen Kamensk-Regiments usw.

Wir haben dem Minister für Inneres der UdSSR Gen. Kruglow gegenüber die Frage aufgeworfen, ob Lapenkow zur Verantwortung gezogen werden sollte.

3. Durch die Überprüfung bestätigte sich, daß eine Reihe anderer Mitarbeiter, die im Schreiben des Gen. Batkow genannt wurden, ebenfalls über die Abteilung Inneres des Landes Thüringen Gewehre, Akkordeons und Schreibmaschinen aus den Betrieben und Firmen erwarben.

Wie der Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Gen. Andrejew mitteilte, wird die Frage des Mißbrauchs, der von einzelnen Mitarbeitern der Verwaltung für Inneres begangen wurde, in der Parteikommission behandelt werden.

Über die Mängel in der Arbeit mit den Kadern in der Verwaltung für Inneres der SMAD wird Ihnen der Bericht zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Inspektor der Abteilung der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) Tumanow

*RGASPI 17/127/1720, Bl. 49-50. Original.*

**Nr. 225. Information des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee Generaloberst Schikin<sup>139</sup> an den Sekretär des ZK der WKP(B) Kusnezow über das Verschwinden des Operativbevollmächtigten der Rostocker Bezirksabteilung des MGB Hauptmann Gurschijew<sup>140</sup>. 7. Dezember 1948**

Geheim

Nr. 238971

Ich berichte Ihnen über das Verschwinden des Operativbevollmächtigten der Rostocker Bezirksabteilung des MGB in Mecklenburg Hauptmann B. K. Gurschijew.

Hauptmann Boris Kuprijanowitsch Gurschijew ist Jahrgang 1913, Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1943, geboren im Kreis Ust-Labinsk in der Region Krasnodar. Gurschijew befand sich seit Juli 1947 in Deutschland und wohnte mit seiner Frau zusammen, die er im Sommer 1948 in die UdSSR schickte. Hinsichtlich seiner Dienstausbübung wurde Gurschijew positiv beurteilt, doch daneben wurde sein wiederholter Alkoholkonsum vermerkt. Wie jetzt bekannt wurde, unterhielt er intime Beziehungen zu einer Deutschen. Bis zu seinem Verschwinden hielt sich Gurschijew mehrere Tage zur Erfüllung eines operativen Auftrags in Neustrelitz auf. Am 11. November hat ein Offizier der Kommandantur dieser Stadt Gurschijew in Berlin auf dem Stettiner Bahnhof gesehen. Seitdem gibt es keinerlei Angaben über seinen Aufenthaltsort. Von den Organen des MGB wurden Maßnahmen eingeleitet, um Hauptmann Gurschijew zu suchen. Auch läuft eine Untersuchung zu den Umständen und Ursachen seines Verschwindens.

Ich berichte Ihnen zur Kenntnisnahme.

Schikin

*Gen. Bakakin. Wer ist schuld am Verschwinden Gurschijews? A. Kusnezow. 14. Dez. [19]48<sup>141</sup>.*

*RGASPI 17/136/13, Bl. 78. Original.*

**Nr. 226. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung des Generalmajors Filatow als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg durch das ZK der WKP(B). 19. Januar 1949**

Streng geheim

„Ich bestätige“

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Generalmajor Swinelupow

„18.“ Januar 1949

**Gutachten zur Bestätigung von Generalmajor Stepan Iwanowitsch Filatow  
als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg in der SBZ  
durch das ZK der WKP(B)**

Stepan Iwanowitsch Filatow ist Jahrgang 1901, geb. im Dorf Swischni im Dolgorukowsker Rayon, Orlowsker Gebiet, Nationalität: Russe, soziale Herkunft: arme Bauernschaft, soziale Stellung:

---

<sup>139</sup> Schikin, Iossif Wassiljewitsch (1906–1973), Generaloberst; Parteifunktionär, 1939 Rote Armee, ab 1942 stellvertretender und 1946–49 Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten/Sowjetischen Armee (GlawPUR).

<sup>140</sup> Gurschijew, Boris Kuprijanowitsch (1913–).

<sup>141</sup> Vgl. Dokument Nr. 228.

Angestellter, Beruf: Lehrer, Mitglied der WKP(B) seit 1926, Nr. des Parteibuchs: 2505102, mittlere pädagogische Bildung, schloß 1917 die Zweiklassenschule im Dorf Dolgorukowo, Orłowski Gebiet, ab. 1918 ein Jahr Besuch des Lehrerbildungsseminars in der Stadt Alexandrija im ehemaligen Gouvernement Cherson, heute Gebiet Kirowograd, 1923 Besuch der pädagogischen Fachschule in Jelez.

Gen. Filatow begann seine berufliche Tätigkeit 1919.

Im Oktober 1919 ging er als Freiwilliger zur Roten Armee und diente bis März 1920 als Soldat im 70. Regiment in der Stadt Koslow (heute Mitschurinsk). Aus Krankheitsgründen wurde er von einer medizinischen Kommission vom Dienst in der Roten Armee freigestellt. Von 1920 bis 1923 war er Student der Pädagogischen Fachschule von Jelez. Nach Abschluß der Fachschule wurde er im Oktober 1923 vom Kreiskomitee des Komsomol zur Arbeit in das Kreismilitärkommissariat entsandt, wo er bis Oktober 1924 als politischer Organisator des Kreises arbeitete.

Am 17. April 1925 schickte ihn das Kreiskomitee der WKP(B) von Jelez, Orłowski Gebiet<sup>142</sup>, zur Arbeit in die Organe des MWD-MGB, in denen er ohne Unterbrechung bis heute arbeitet.

Seit 1933 ist er in operativ-tschechistischen Führungspositionen tätig und sammelte dabei Erfahrungen und Fertigkeiten in der Führung operativer Mitarbeiter und der tschechistischen Arbeit. Große Aufmerksamkeit widmet er der Erziehung der jüngeren operativen Mitarbeiter, die er durch sein persönliches Beispiel in der Arbeit unterweist. Das operative Material wird von ihm gründlich analysiert, und es werden daraus durchdachte, im tschechistischen Sinne qualifizierte Maßnahmen abgeleitet.

Im Februar 1941 wurde Gen. Filatow zum Volkskommissar für Staatssicherheit der Kabardinischen ASSR<sup>143</sup> ernannt.

Bei der Aufteilung der Volkskommissariate (Inneres und Staatssicherheit) 1943 ernannte man Filatow zum Volkskommissar für Staatssicherheit dieser Republik, während Gen. Bsiawa als Volkskommissar für Inneres bestätigt wurde.

Nach der Geschäftsübernahme und der Einarbeitung sandte Volkskommissar Bsiawa ein Schreiben an Gen. Kobulow, in dem er darüber informierte, daß Filatow als Volkskommissar der Kabardinischen ASSR nach der Befreiung des Territoriums durch die sowjetischen Truppen den Kampf gegen das Bandenwesen vernachlässigte, die Gruppierungen von Banditen nicht erfaßte, Bürger grundlos verhaften ließ und zu wenig operative Maßnahmen unter Einsatz von Agenten ergriff.

Im Zusammenhang mit Bsiawas Schreiben wurde auf Weisung des damaligen Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Gen. Merkulow im Juli 1943 eine Brigade in die Kabardinisch-Balkarische ASSR geschickt, um die Arbeit des dortigen NKGB zu überprüfen. Bei dieser Überprüfung wurden einige Mängel festgestellt: Verschleppung der Untersuchungsverfahren zu den Fällen von Inhaftierten, Verhaftungen ohne ausreichende Begründung, Verletzungen der Verfahrensvorschriften, unzureichende Arbeit mit Agenten, von denen zu wenige auf die Entlarvung der von den Deutschen auf dem befreiten Territorium zurückgelassenen Agenten orientiert wurden.

Daraufhin wurde Filatow in das NKGB der UdSSR bestellt, wo man ihm die notwendigen Weisungen zur Umgestaltung der operativen Arbeit mit Agenten und der Untersuchungstätigkeit erteilte.

Im Oktober 1944 wurde Filatow, da sich die Beziehungen zwischen ihm und Bsiawa zuspitzten und er die Umgestaltung der Arbeit entsprechend den ihm erteilten Weisungen nicht gewährleisten

<sup>142</sup> So in der Vorlage, richtig ist: Orłowski Gouvernement.

<sup>143</sup> So in der Vorlage. 1941 lautete die Bezeichnung Kabardino-Balkarische ASSR, seit 1944 dann, nach der Aussiedlung der Balkaren, Kabardinische ASSR.



konnte, von seinem Posten abberufen und der Kaderabteilung des NKGB der UdSSR zur Verfügung gestellt.

Im Februar 1945 ernannte man Filatow zum Stellvertreter des Chefs der Verwaltung des NKGB für das Molotowsker Gebiet. Von dieser Position wurde er im Februar 1946 abberufen und am 1. März 1946 zur Stärkung des Apparats des Bevollmächtigten des MGB nach Deutschland geschickt, wo man ihn zum Chef des Operativen Sektors des Landes Brandenburg ernannte.

Während seiner Zeit in den Organen erhielt Gen. Filatow zwei Parteistrafen: Im Oktober 1936 vom Parteikomitee der Verwaltung des NKGB des Gebiets Woronesch einen Verweis ohne Eintragung in die Unterlagen für die nicht rechtzeitige Überprüfung der Bibliothek des Klubs, Ende 1937 erneut einen Verweis durch das gleiche Parteikomitee für die nicht rechtzeitige Erfüllung eines Parteiauftrags.

1938 wurden beide Parteistrafen gelöscht.

Für die gesamte Zeit seiner Arbeit in den Organen der OGPU bzw. des NKWD-MGB der UdSSR erhielt Gen. Filatow positive Beurteilungen, die seine Erfahrungen in der operativen Arbeit mit Agenten sowie in der Untersuchungstätigkeit anerkannten.

In der Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten verhält er sich gewissenhaft, in seiner Arbeit zeigt er Initiative.

Eine 1948 vorgenommene Überprüfung ergab, daß die Schwester Filatows, Anna Iwanowna Filatowa, von der Schutzabteilung des MGB der Station Jelez unter Einsatz von Agenten bearbeitet wurde.

Die Bearbeitung war im Januar 1947 von der Stadtabteilung des MGB von Jelez begonnen worden, und zwar wegen der Äußerung terroristischer Absichten gegen den Vorsitzenden des Lawsker Sowjets im Rayon Jelez, Gebiet Orlow.

Im Laufe der weiteren Bearbeitung wurde kein belastendes Material gefunden, daraufhin wurde der Vorgang beendet.

Im Jahre 1918, als Filatow mit einem Urlaubsschein während der Ferien seinen Heimatort besuchte, mußte er ein von Deutschen besetztes Gebiet überqueren. Auf der Rückseite des Urlaubsscheins wurde ein Visumsvermerk in russischer Sprache eingetragen, der die Durchfahrt durch den Rayon Belgorod gestattete. Wer von den damaligen Machthabern die Erlaubnis zum Passieren der Linie im Raum Belgorod erteilt hat, ob es das deutsche Kommando war oder die Behörde des Hetman Skoropadski<sup>144</sup>, daran kann sich Filatow nicht mehr erinnern. Das ließ sich auch durch eine Überprüfung nicht mehr feststellen.

Anderes belastendes Material über Filatow und seine Verwandten liegt nicht vor.

Gen. Filatow arbeitet an der Erweiterung und Vertiefung seines tschekistischen Wissens sowie an der Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus, auch sorgt er sich um die Verbesserung der ideologischen Erziehung seiner Untergebenen. An der Parteiarbeit beteiligt er sich aktiv.

Während seiner Mitgliedschaft im Komsomol (1922–1925) war er Sekretär der Komsomolorganisation an der pädagogischen Fachschule von Jelez und Mitglied des Büros des Kreiskomitees des Komsomol von Jelez.

Von 1924 bis 1930 war er über mehrere Wahlperioden Abgeordneter des Jelezer Stadtsowjets der Werktätigen.

Im November 1934 wählte man ihn zum Abgeordneten des Tambower Stadtsowjets und im Januar 1935 in das Exekutivkomitee der Abgeordneten der Werktätigen für den Tambower Rayon.

---

<sup>144</sup> Skoropadski, (russisch: Pawel Petrowitsch; ukrainisch: Pavlo) (1873–1945), 1916 Generalleutnant der russischen Armee; übernahm 1918 in der Ukrainischen Volksrepublik für einige Monate die Macht („Hetman der Ukraine“) und ging dann ins Exil nach Deutschland.

1939 wurde er zum Abgeordneten des Regions- und Stadtsowjets der Werktätigen von Chabarowsk gewählt, 1940 zum Mitglied des Plenums des Komitees der WKP(B) für Region und Stadt Chabarowsk. Aus diesen Funktionen schied er aus, als er zur Arbeit nach Moskau ging.

Von 1942 bis 1944 war er Mitglied des Plenums und des Büros des Kabardino-Balkarischen Gebietskomitees der WKP(B).

Zur Zeit ist Filatow Mitglied des Parteibüros des Operativen Sektors des MGB im Land Brandenburg.

Während seiner Arbeit als Chef des Operativen Sektors des MGB der UdSSR für das Land Brandenburg konnte er die Arbeit zur Organisation und Erziehung der operativen Mitarbeiter erheblich verbessern, so daß er in der operativen Arbeit zur Enttarnung von Agenten gegnerischer Geheimdienste keine schlechten Ergebnisse zu erzielen vermochte.

Eine beachtliche Arbeit wurde auch geleistet, um den Apparat des Operativen Sektors von Mitarbeitern zu säubern, die sich als unfähig erwiesen, die vor den Organen des MGB in Deutschland stehenden Aufgaben zu erfüllen.

Dank dieser Maßnahmen, die im vergangenen Jahr sowohl in dienstrechtlicher Hinsicht als auch durch die Parteiorganisation ergriffen wurden, konnte die Disziplin unter den Mitarbeitern deutlich gestärkt werden, erhöhte sich das Verantwortungsbewußtsein für den zugewiesenen Arbeitsabschnitt, verbesserte sich die Qualität der operativen Arbeit und es kam viel seltener zu amoralischen Erscheinungen.

Gen. Filatow besucht oft die ihm unterstehenden Bezirks- und Kreisabteilungen, wo er die Führungskräfte und das operative Personal instruiert und ihnen hilft, die Arbeit mit Agenten und die Untersuchungstätigkeit richtig zu organisieren.

Er kennt die Alltagsbedingungen und Bedürfnisse der Mitarbeiter und er ergreift Maßnahmen zur Behebung vorhandener Mängel in den Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Am Partei- und gesellschaftlichen Leben des Kollektivs nimmt er aktiv teil, der Parteiorganisation hilft er immer wieder bei der politischen und organisatorischen Arbeit. Als Mangel des Gen. Filatow wurde festgestellt, daß er in manchen Fällen Unterdrückung von Kritik und grobes Verhalten zu Untergebenen zuließ.

Die Beziehungen zur Führung der SMA und der Politischen Abteilung gestaltet er sachlich.

In ideologischer Hinsicht ist er diszipliniert und konsequent, moralisch standfest, in seiner Lebensweise bescheiden.

Als Stellvertreter des Chefs der Verwaltung des NKWD der Region Chabarowsk wurde Gen. Filatow 1940 durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets für die vorbildliche Erfüllung einer Sonderaufgabe mit dem Orden „Roter Stern“ ausgezeichnet.

Während des Großen Vaterländischen Krieges erhielt er folgende Auszeichnungen: die Orden „Zeichen der Ehren“ und „Rotes Banner“, die Medaille „Für die Verteidigung des Kaukasus“, den Rotbannerorden für längere Dienstzeit, die Medaillen „Für den Sieg über Deutschland“ und „30 Jahre Sowjetarmee“. 1948 erhielt er für die Erfüllung einer Sonderaufgabe in der SBZ den Orden „Rotes Banner der Arbeit“<sup>145</sup>.

Gen. Filatow wurde früher bereits vom ZK der WKP(B) bestätigt: im Oktober 1940 als Stellvertreter des Chefs der 2. Abteilung der Hauptverwaltung des NKWD der UdSSR, im Februar 1941 als Chef der 1. Abteilung der 3. Verwaltung des NKGB der UdSSR, im Juli 1941 als Volkskommissar für Staatssicherheit der Kabardinischen ASSR.

<sup>145</sup> Durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 24. Juni 1948 wurden Mitarbeiter der SMAD und des Apparats des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland mit Orden und Medaillen „für die erfolgreiche Erfüllung von Aufgaben der Regierung der UdSSR“ ausgezeichnet. In: Wedomosti Werchownowo Sowjeta SSSR vom 2. Juli 1948.

Ausgehend von dem Dargelegten halten wir für möglich:

dem ZK der WKP(B) vorzuschlagen, Generalmajor Stepan Iwanowitsch Filatow in seinem Amt als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg in der SBZ zu bestätigen.

Chef der 4. Unterabteilung der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Oberst Kremen

Stellvertretender Chef der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Oberstleutnant Gratschew

Stellvertretender Chef der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Generalleutnant Wradi

*RGASPI 17/100/306777, Bl. 34- 38. Original.*

**Nr. 227. Aus einem Bericht des Chefs der Politischen Abteilung der SMA Mecklenburg Oberst Belych<sup>146</sup> an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Generalmajor Russow<sup>147</sup> zur Überprüfung des Standes der Parteiarbeit in der Bezirksabteilung Greifswald des MGB. 20. Januar 1949**

Streng geheim

An den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Gen. Generalmajor Russow

Ihrer Anordnung gemäß überprüfte ich den Stand der Parteiarbeit und unterbreite hiermit das Material über die Parteigrundorganisation der Greifswalder Bezirksabteilung des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg.

Chef der Bezirksabteilung ist Oberst Dmitrjukow<sup>148</sup> (Mitglied der WKP(B) seit 1926, Jahrgang 1907, arbeitet seit 1928 in den Organen), Sekretär der Parteiorganisation ist Unterleutnant Kruglow (Mitglied der WKP(B) seit August 1931, Jahrgang 1904, arbeitet in den Organen seit 1933).

In der Parteigrundorganisation sind 45 Mitglieder der WKP(B) und zwei Kandidaten ständig registriert, zeitweilig registriert sind zwei Mitglieder und ein Kandidat, insgesamt gehören also der Grundorganisation 47 Mitglieder der WKP(B) und drei Kandidaten an.

Mit den Rechten von Parteiorganisationen einer Kompanie gehören der Grundorganisation die Parteiorganisationen der Kreisabteilungen Stralsund und Ückermünde an. Es besteht eine Komsomolorganisation mit zwölf Mitgliedern, ihr Sekretär ist Leutnant Koschewin (Operativbevollmächtigter der Abteilung).

1. Der Chef der Bezirksabteilung Gen. Dmitrjukow bekleidet diesen Posten seit Mai 1947.

[...] <sup>149</sup>

---

<sup>146</sup> Belych, Alexei Sergejewitsch (1907–), Oberst; 1938 WKP(B); ab 1929 in der Roten Armee, Absolvent der Militärpolitischen Lenin-Akademie. Ab 1945 stellvertretender Chef für politische Fragen der Abteilung Landstreitkräfte, ab 1947 stellvertretender Chef für politische Fragen der Militärischen Verwaltung der SMAD, 1949 Chef der Politischen Abteilung der SMA Mecklenburg.

<sup>147</sup> Russow, Alexandr Georgijewitsch (1903–1969), Generalmajor; bis 1948 Chef der Politischen Verwaltung des transkaukasischen Militärbezirks, 1948–49 Chef der Politischen Verwaltung, danach Chef der Politischen Abteilung der SKK.

<sup>148</sup> Dmitrjukow, Michail Michailowitsch (1904–1967).

<sup>149</sup> Weggelassen wurden die Abschnitte: „Stand der ideologisch-politischen Erziehung“, „Wie wird die marxistisch-leninistische und politische Schulung für 1949 organisiert?“, „Stand der innerparteilichen Arbeit“.

Disziplin und politisch-moralischer Stand der Mitarbeiter:

Der politisch-moralische Stand der Mitarbeiter der Bezirksabteilung ist gesund, die Disziplin ist zufriedenstellend. In Parteiversammlungen und in Sitzungen des Parteibüros wurden im Laufe des Jahres viermal Fragen zum Stand der dienstlichen und militärischen Disziplin erörtert.

Dennoch kommt es mitunter zu amoralischen Erscheinungen und außerordentlichen Vorkommnissen. So gab es 1948 ein außerordentliches Vorkommnis, das von einem parteilosen Zivilangestellten, dem Buchhalter der Bezirksabteilung N., verursacht wurde.

Der Hergang war folgender: Obwohl er keine Fahrerlaubnis hatte, fuhr N. im betrunkenen Zustand ein Auto und verursachte einen Unfall. Aus Angst, zur Verantwortung gezogen zu werden, beging er Selbstmord. Dieser Vorfall war möglich auf Grund der Nachlässigkeit des Chefs der Abteilung, der wußte, daß N. den Wagen häufig benutzte, obwohl er keine Fahrerlaubnis hatte. Außerdem trug dieser illegal eine Waffe bei sich. Außer dem Chef wußten auch andere Offiziere, die Mitglieder der WKP(B) sind, darüber Bescheid, doch es wurden nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Verhütung eines solchen Vorfalls ergriffen. Zur Verantwortung dafür wurde auch niemand gezogen.

1948 gab es sechs Fälle amoralischen Verhaltens. So hatte das Mitglied der WKP(B) K. regelmäßig Beziehungen zu deutschen Frauen, die er häufig mit in seine Wohnung nahm und mit Wodka bewirtete. Zweimal wurde er dafür vor der Partei zur Verantwortung gezogen, danach wurde er in die UdSSR zurückbeordert.

Das Mitglied der WKP(B) D. verheimlichte lange Zeit dem Staat gegenüber zwei illegal erworbene Pkw. Als er sie dann verkaufen wollte, nahm er geschäftliche Beziehungen zu Deutschen auf. Dafür wurde er am 10. August 1948 vor der Partei zur Verantwortung gezogen und es wurde von ihm verlangt, daß er das eingenommene Geld auf ein staatliches Konto einzahlt. Er wurde ebenfalls in die UdSSR abkommandiert.

Das Mitglied der WKP(B) R. betrank sich regelmäßig und randalierte in deutschen Gaststätten. Dafür wurde er im März 1948 zur Parteiverantwortung gezogen und in die UdSSR abkommandiert.

Insgesamt wurden 1948 in der Parteioorganisation acht Kommunisten wegen amoralischen Verhaltens oder wegen Verletzung der Partei- und der militärischen Disziplin zur Verantwortung gezogen.

Außerdem gab es drei Fälle von Verstößen von Parteimitgliedern gegen die dienstliche Disziplin (Zuspätkommen zur Arbeit), die aber auf Parteiebene nicht beraten wurden.

Zum Zwecke der Festigung des politisch-moralischen Zustandes und der militärischen Disziplin wurden 1948 drei moralisch labile Personen (die Parteimitglieder K., R. und D.) in die Sowjetunion zurückbeordert.

Die Parteioorganisation und das Kommando der Bezirksabteilung ergreifen heute energische Maßnahmen gegen alle Disziplinverstöße. Diese Fragen werden auf den Parteiversammlungen, auf Zusammenkünften der Offiziere und auf Versammlungen des administrativ-technischen Personals regelmäßig beraten.

Zudem wurden Vorbeugungsmaßnahmen organisatorischer Art ergriffen: die Konzentration der Unterkünfte für Offiziere und Mitarbeiter auf engerem Raum, Organisation von Dienstleistungen und der Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs usw. Damit ist eine höhere Kontrolle über die Mitarbeiter und eine strengere Ordnung in der Abteilung gewährleistet.

Spezielle Bemerkung:

In der gesamten sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die Rückkehr von sowjetischen Repatrianten aus den Einrichtungen und Truppenteilen in die Heimat nahezu abgeschlossen, aber im System der Operativen Sektoren wurde ihre Einbeziehung ernsthaft und für längere Zeit legitimiert. So arbeiten in der Bezirksabteilung Greifswald sieben Personen als Dolmetscher und in der Bezirksabteilung Rostock sechs Personen, ähnlich ist die Situation in anderen Abteilungen.

Ich halte das nicht für normal, da diese Menschen nun schon seit sechs oder sieben Jahren in Deutschland leben und die Heimat völlig vergessen können.<sup>150</sup>

Chef der Politischen Abteilung der SMA des Landes Mecklenburg  
Oberst (Belych)

*GARF 7317/10/51, Bl. 160, 168-169. Original.*

**Nr. 228. Bericht der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) über das Verschwinden des Operativbevollmächtigten der Rostocker Bezirksabteilung des MGB des Landes Mecklenburg Hauptmann Gurschijew. 9. März 1949**

Nr. 59962

An das Sekretariat des ZK der WKP(B)

Im November 1948 ereignete sich der Fall, daß der Operativbevollmächtigte der Rostocker Bezirksabteilung des MGB des Landes Mecklenburg B. K. Gurschijew (Apparat des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland)<sup>151</sup> verschwand.

Durch die von Seiten des MGB in Deutschland eingeleitete Untersuchung konnten die Ursachen für das Verschwinden Gurschijews und sein jetziger Aufenthaltsort nicht ermittelt werden.

Der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Gen. Kowaltschuk verhängte über die Mitarbeiter des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg, die für das Verschwinden Gurschijews die unmittelbare Verantwortung tragen, strenge Strafen: Der Chef der Kreisabteilung Neustrelitz<sup>152</sup> des MGB Gen. F. G. Seliwanow wurde von seinem Posten entfernt, der stellvertretende Chef der Rostocker Bezirksabteilung des MGB Gen. Trofimow erhielt eine Disziplinarstrafe von 15 Tagen Arrest, der stellvertretende Chef des Operativen Sektors des Landes Mecklenburg Gen. Finkelberg bekam einen Verweis.

Am 9. Dezember 1948 erließ Gen. Kowaltschuk einen Befehl, der Mitarbeitern der Operativen Sektoren des MGB in Deutschland die Übernachtung in Hotels verbietet.

Sektorenleiter der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) Nosenkow  
Instrukteur der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) Marfunin

*Ins Archiv. 10. März [1949] Andrejew.*

*RGASPI 17/136/13, Bl. 79. Original.*

---

<sup>150</sup> Mit der Anordnung Nr. 3183-1326ss des Ministerrates der UdSSR vom 24. Juli 1949 wurde die SMAD verpflichtet, alle als Zivilangestellte beschäftigten sowjetischen Repatrianten und ehemaligen Kriegsgefangenen in die UdSSR zurückzuschicken (in: GARF 7317/7/86, Bl. 106-110). Die Anordnung wurde mit SMAD-Befehl Nr. 0032 vom 2. Aug. 1949 umgesetzt (in: GARF 7317/7/95, Bl. 231).

<sup>151</sup> Vgl. Dokument Nr. 225.

<sup>152</sup> Vorlage: „Maischtrowez“, vgl. Dokument Nr. 225.

**Nr. 229. Mitteilung des stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Generalmajor Melnikow an den Chef der Politischen Verwaltung der SMAD Russow über die Bestrafung des Chefs der Kreisabteilung des MGB in Mühlhausen. 6. Mai 1949**

Streng geheim

Nr. FK/9908

Zu Nr. 17/0538 vom 27. April [19]49

Ich teile Ihnen mit, daß der ehemalige Chef der Kreisabteilung Mühlhausen des Operativen Sektors des MGB des Landes Thüringen Major Sergei Stepanowitsch Martschenkow wegen Verletzung der tschekistischen Disziplin und unwürdigen Verhaltens als Disziplinarstrafe Arrest erhalten hat und am 28. April d. J. in die UdSSR abkommandiert wurde, weil er für den weiteren Einsatz in Deutschland untragbar war.

Stellvertretender Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland  
Generalmajor Melnikow

*GARF 7317/10/61, Bl. 185. Original.*

**Nr. 230. Auskunft der Abteilung Verwaltungsorgane des ZK der WKP(B) über den stellvertretenden Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Tschaikowski. 24. August 1949**

**Auskunft über Oberst P. M. Tschaikowski**

Der Minister für Staatssicherheit der UdSSR Gen. W. S. Abakumow unterbreitet den Vorschlag, Oberst P. M. Tschaikowski als Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu bestätigen.

Pjotr Mitrofanowitsch Tschaikowski ist Jahrgang 1902, Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1926, verfügt über unabgeschlossene mittlere Bildung. In den Organen der Staatssicherheit dient er seit 27 Jahren, seit zwölf Jahren in Führungspositionen.

Gen. Tschaikowski wird als erfahrener, kluger und arbeitsamer operativer Mitarbeiter charakterisiert. In der politischen Situation und der operativen Lage in Deutschland kennt er sich gut aus. Seit zwei Jahren ist er als Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland tätig, seine Arbeit wird positiv beurteilt. Er ist politisch entwickelt, im Kollektiv genießt er Ansehen.

Nach Informationen des MGB der UdSSR war Tschaikowskis Vater M. A. Tschaikowski von 1922 bis 1929 Händler (ohne Beschäftigung von Lohnarbeitern), deshalb wurde ihm das Wahlrecht entzogen und sein Aufenthaltsrecht eingeschränkt. Später wurden seine Rechte wiederhergestellt. Er lebte in Batumi und starb 1946.

Tschaikowskis Schwester D. M. Tschaikowskaja heiratete 1921 einen ausländischen Staatsbürger und zog mit ihm in die Türkei, wo sie angeblich bald darauf bei einem Wohnungsbrand verstarb.

Der Mann von Tschaikowskis Schwester A. I. Jablonski wurde 1939 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR als polnischer Spion zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Die Strafe wurde abgebußt, er verstarb 1948.

In die Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) war Gen. P. M. Tschaikowski eingeladen worden.

Wir halten es für möglich, den Vorschlag des Gen. Abakumow anzunehmen und Oberst P. M. Tschaikowski in seinem Amt als Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu bestätigen<sup>153</sup>.

Für den stellvertretenden Sektorenleiter der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B)

W. Semjonow

Instrukteur der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) Marfunin

*RGASPI 17/100/228864, Bl. 30. Original.*

### **Nr. 231. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Bestätigung von Oberst Pimenow<sup>154</sup> als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen durch das ZK der WKP(B). Moskau, 22. August 1950**

Streng geheim

Konstantin Terentjewitsch Pimenow ist Jahrgang 1911, geb. in der Stadt Feodossija auf der Krim, seiner Nationalität nach Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1932, Nummer des Parteibuchs: 1945826, mit unabgeschlossener Hochschulbildung, 1939 beendete er das 4. Studienjahr an der Schukowski-Akademie der Luftstreitkräfte.

Seine Arbeitstätigkeit begann er im Alter von 14 Jahren, bis 1932 arbeitete er in Feodossija als Verkäuferlehrling in einer Genossenschaft, als Lastträger im Hafen, als Fahrer und als Leiter einer Reparaturbrigade.

In dieser Zeit wird er als guter Arbeiter, aktiver Komsomolze und gesellschaftlich aktiver Mensch charakterisiert. Von 1928 bis 1930 war er gewähltes Mitglied der Aufnahmekommission des Rayonkomitees des Komsomol, von 1930 bis 1932 Mitglied des Plenums des Stadtkomitees des Komsomol. 1932 wurde er als Kandidat in das Büro des Stadtkomitees des Komsomol von Feodossija gewählt.

Nachdem er 1932 einen Vorbereitungslehrgang für Arbeiter zum Hochschulbesuch absolviert hatte, nahm Gen. Pimenow ein Studium am Leningrader Institut für Autostraßenbau auf. Mit dem 2. Studienjahr 1932 wurde er für die Rote Armee mobilisiert und zum Studium an die Leningrader Woroschilow-Schule für Luftfahrttechnik delegiert, von dort aus schickte man ihn 1934 zum Studium an die Schukowski-Akademie der Luftstreitkräfte.

Während seines Studiums an der Akademie war Gen. Pimenow von 1935 bis 1939 verantwortlicher Redakteur der Wandzeitung seines Studienjahres. 1938 war er bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR Mitglied der Wahlkommission des 64. Wahlkreises von Moskau.

Vom ZK der WKP(B) wurde Gen. Pimenow nach dem 4. Studienjahr zur Arbeit in einer führenden Position in den Sonderorganen des NKWD geschickt.

Gen. Pimenow wurde zum Chef der Sonderabteilung des NKWD der Bobruisker Armee-gruppe (der späteren 4. Armee) ernannt. Hier leistete er gute operative Arbeit und konnte auch später die ihm unterstellten Organe in der operativen Arbeit richtig anleiten. So erzielten die unter-

---

<sup>153</sup> Tschaikowski wurde mit Beschluß des Sekretariats des ZK der WKP(B) Nr. St. 461/106 vom 12. Sept. 1949 in seinem Amt als Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland bestätigt. In: RGASPI 17/116/461, Bl. 21.

<sup>154</sup> Pimenow, Konstantin Terentjewitsch (1911–1978), Oberst; ab 1933 in der Roten Armee, 1939 Absolvent der Schukowski-Luftwaffenakademie; 1932 WKP(B). Im Krieg in der militärischen Abwehr, zuletzt Chef der NKWD-Operativgruppe in Radom und Berater der polnischen Staatssicherheit in der Wojewodschaft Kielce. Ab Mai 1945 Chef der Operativen Gruppe des NKWD/MWD für den Bezirk Potsdam und Dez. 1946 der MGB-Bezirksverwaltung Bernau, später Eberswalde, ab Aug. 1948 stellvertretender und 1950–52 Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Sachsen. 1952–60 MGB-/KGB-Funktionen in der Armee in der UdSSR.

stellten Organe positive Ergebnisse bei der Zerschlagung konterrevolutionärer Organisationen und Formationen.

Durch seine Unterstützung der Parteiorganisationen konnten die Kommunisten zur Erfüllung der Aufgaben rechtzeitig mobilisiert werden.

Von 1939 bis 1941 war er gewähltes Mitglied des Büros der Parteigrundorganisation der 4. Armee. Im Dezember 1940 wurde er zum Delegierten der 15. Bezirksparteikonferenz des Westlichen militärischen Sonderbezirks gewählt.

1941 hatte Gen. Pimenow zwei Monate lang den Posten des stellvertretenden Chefs der Sonderabteilung des NKWD der Zentralfront inne, danach war er bis 1943 erneut als Chef der Sonderabteilung des NKWD der Armee an Brennpunkten der Fronten des Vaterländischen Krieges tätig. Auch für diese Zeit erhielt er positive Beurteilungen.

In der Zeit von 1941 bis 1943 war er zum Mitglied der Büros der Parteiorganisationen der 51. Armee, der 1. Reservearmee (2. Garde-Armee) und der 48. Armee gewählt worden.

Nachdem er 1943 zum Chef der Sonderabteilung der 48. Armee ernannt worden war, unterband Gen. Pimenow nicht die amoralischen Handlungen, die es im Apparat der Sonderabteilung der 48. Armee unter seinen Mitarbeitern gab, und ließ sich selbst Trunkenheit und intime Beziehungen zu unterstellten Mitarbeiterinnen zuschulden kommen, was seine Autorität untergrub. Aus diesen Gründen wurde er von seinem Posten befreit und der ehemaligen Hauptverwaltung der Spionageabwehr „Smersch“ zur Verfügung gestellt.

Mit Rücksicht darauf, daß Gen. Pimenow sein Fehlverhalten selbst verurteilte, beschränkte sich die Führung der Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ darauf, ihm eine ernsthafte Verwarnung zu erteilen und ihn zurückzustufen zum stellvertretenden Chef einer Abteilung Spionageabwehr einer Armee.

In den Zeugnissen der folgenden Zeit wird Gen. Pimenow positiv beurteilt.

In seinem Amt als stellvertretender Chef der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der 69. Armee leistete Gen. Pimenow von 1943 bis 1945 durch richtige Organisation und eigenen Einsatz eine große Arbeit zum Aufspüren und Entlarven verbrecherischer Elemente. Er erwies sich als disziplinierter und zuverlässiger Mitarbeiter. Er wurde in das Büro der Parteiorganisation der Abwehrabteilung der Armee gewählt.

Von 1945 bis 1947 arbeitete Gen. Pimenow als Chef der Bezirksabteilung für das Umland von Berlin des Operativen Sektors des MWD der Provinz Brandenburg der SMAD und von 1947 bis 1948 als Chef der Bezirksabteilung Eberswalde des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland.

In den genannten Funktionen erbrachte Gen. Pimenow große Leistungen in der Organisation der operativen Arbeit im Apparat der Bezirksabteilungen und den unterstellten Kreisabteilungen. So konnte er bedeutende operative Ergebnisse bei der Beseitigung von Spionen und des faschistischen Untergrundes erzielen.

Erneut erwies er sich als diszipliniert, moralisch standfest, sich selbst und den Untergebenen gegenüber anspruchsvoll.

Er nahm aktiv am Parteileben des Kollektivs teil und war Mitglied des Parteibüros des Bezirks und des Operativen Sektors.

Am 29. März 1947 erhielt Gen. Pimenow mit Befehl des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland einen Verweis wegen der Zurückhaltung eines Dokuments, und am 15. Juni 1948 wurde ihm mit Befehl des Chefs des Operativen Sektors ein Verweis erteilt, da unter den Mitarbeitern der Bezirksabteilung Gegenstände und Wertsachen von Verhafteten verkauft worden waren. Die Strafen wurden am 17. März 1950 gelöscht.

Im August 1948 kam Gen. Pimenow auf den Posten des Stellvertreters des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland, er wird in dieser Funktion positiv beurteilt.



Mit seinen Führungserfahrungen vermag er die ihm unterstellten Abteilungen gut anzuleiten.

Seine Kenntnisse und Erfahrungen in der tschekistischen Arbeit bringt er sinnvoll in die praktische Arbeit ein. An die Lösung von Fragen geht er richtig und überlegt heran, hartnäckig ringt er um die Erfüllung der Aufgaben. Den Stadt- und Kreisabteilungen gewährt er weitgehende Unterstützung in ihrer Arbeit.

Er ist persönlich diszipliniert, anspruchsvoll gegen sich und seine Untergebenen, unter den Mitarbeitern des Operativen Sektors genießt er Ansehen.

Er arbeitet an der Erhöhung seines ideologisch-politischen Niveaus, er nimmt aktiv Anteil am Partei- und gesellschaftlichen Leben des Kollektivs, er ist Mitglied des Büros der Parteigrundorganisation des Operativen Sektors.

Eine spezielle Überprüfung Pimenows und seiner Verwandten wurde 1939 und erneut 1949 vorgenommen, dabei ergab sich folgendes:

Der Vater von Pimenows Frau, T. N. Gaikowoi, besaß bis 1926 in Fedossija vier Häuser, die er an Privatpersonen vermietete. Auf Beschluß des Zentralen Exekutivkomitees der ASSR Krim wurde Gaikowois Hausbesitz 1926 enteignet und dem staatlichen Wohnungsfonds übergeben.

Während der deutschen Besetzung lebte Gaikowoi in Fedossija und machte mehrere Eingaben an die Stadtverwaltung, um die Rückgabe seines Hausbesitzes zu erwirken, auch bat er darum, daß man in seine Wohnung deutsche Offiziere einquartiert. Diese Bitte wurde erfüllt und deutsche Offiziere wurden in seiner Wohnung untergebracht.

1947 starb Gaikowoi in Fedossija.

Von den Organen des MGB wurde Gaikowoi nicht bearbeitet.

Mit Rücksicht auf seine Erfahrungen in der Partei- und der tschekistischen Arbeit und auf die fachlichen Qualitäten des Gen. Pimenow und angesichts des Ersuchens des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland, Pimenow den Posten des Chefs des Operativen Sektors zu übertragen, halten wir es für möglich:

dem ZK der WKP(B) den Vorschlag zu unterbreiten, Oberst Konstantin Terentjewitsch Pimenow für das Amt des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen zu bestätigen<sup>155</sup>.

Chef der Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Woltschanski

Stellvertreter des Chefs der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Wradi

„Einverstanden“: Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR Swinelupow

*RGASPI 17/100/144426, Bl. 31-34. Original.*

## **Nr. 232. Beurteilung des Mitarbeiters des Informationskomitees beim Außenministerium der UdSSR Oberst Graur<sup>156</sup>. 6. Januar 1951**

Streng geheim

Gen. A. G. Graur wurde 1905 geboren, ist seiner Nationalität nach Ukrainer. Er schloß 1931 ein Studium am Moskauer Institut für Fahrzeugtechnik und 1938 ein Studium am Moskauer Institut für Orientalistik ab. Mitglied der WKP(B) ist er seit 1928, in den Organen des MGB arbeitet er seit Februar 1938.

---

<sup>155</sup> Pimenow wurde mit Beschluß des Sekretariats des ZK der WKP(B) Nr. St. 527/268 vom 15. Sept. 1950 für das Amt des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen bestätigt. In: RGASPI 17/100/144426, Bl. 1.

<sup>156</sup> Graur, Andrei Grigorjewitsch (1905–1957), Oberst; ab Juli 1951 Vertreter des Informationskomitees beim Außenministerium der UdSSR beim Außenpolitischen Nachrichtendienst (APN) der DDR und damit faktisch sein Leiter.

Seit August 1947 ist er Stellvertreter des Chefs des Dienstes Nr. 5 des Informationskomitees.

In Führungsfunktionen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit ist er seit 1939 tätig. Mehrfach befand er sich über die Linie MGB – Informationskomitee im dienstlichen Auftrag im Ausland. Er erlernte die englische Sprache, versteht das gesprochene Englisch, doch beherrscht er die Sprache nur unzulänglich.

Er ist ausreichend theoretisch geschult und verfügt über Erfahrungen in der Leitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit, und zwar sowohl im Zentrum als auch im Ausland. Gen. Graur erwies sich bei der Arbeit im Ausland als kluger Leiter, der zur selbständigen Lösung der operativen Aufgaben befähigt ist.

Seit Bildung des Informationskomitees (1947) arbeitet Gen. Graur als Stellvertreter des Chefs des Dienstes, der sich mit Fragen der Desinformation und anderen aktiven Mitteln der Aufklärung beschäftigt.

Bei der Lösung der operativen und politischen Fragen, die mit der Arbeit des Dienstes zusammenhängen, verhält er sich überlegt und umsichtig.

Seinem Charakter nach ist er prinzipienfest und streng, reagiert *aber*<sup>157</sup> mitunter empfindlich auf Kritik an seiner Arbeit oder seinem Verhalten.

Er ist politisch entwickelt, der Partei Lenins und Stalins ergeben und theoretisch geschult. Er leistet Parteiarbeit als ehrenamtlicher Instrukteur des Parteikomitees des Informationskomitees<sup>158</sup>.

Chef des Dienstes Nr. 5 P. Schurawlew

RGASPI 17/100/230610, Bl. 25-26. Original.

**Nr. 233. Meldung des Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Generalleutnant Sladkewitsch an den Chef der Inneren Truppen des MGB  
der UdSSR Generalleutnant Burmak über das Anhören einer Sendung des  
Senders „Stimme Amerikas“ durch Militärangehörige des 12. Schützen-  
regiments. 23. April 1951**

Streng geheim

Nr. 13/7-00570

An den Chef der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Gen. Generalleutnant Burmak

An den Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB Gen. Oberst Tereschtschenko

**Sondermeldung**

über das Anhören einer Sendung der „Stimme Amerikas“ durch Militärangehörige  
des Versorgungszuges des 12. Schützenregiments

Hiermit melde ich, daß am 10. April 1951 um 16.00 Uhr der Soldat Timofejew in die Unterkunft des Versorgungszuges des Regiments einen ihm persönlich gehörenden Rundfunkempfänger brachte, ihn ans Netz anschloß und einen Sender einstellte, der Musik übertrug. Danach suchte er einen Sender, der eine Sendung in russischer Sprache brachte. Wie sich zeigte, war es eine

<sup>157</sup> Handschriftlich eingefügt.

<sup>158</sup> Mit Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) vom 14. Juli 1951 wurde Graur als Vertreter des Informationskomitees des Außenministeriums der UdSSR bei den Organen der außenpolitischen Aufklärung der DDR bestätigt, wobei er offiziell als Chef der Abteilung Organisation/Instruktion bei der SKK in Deutschland geführt wurde. Vgl. RGASPI 17/162/46, Bl. 23, sowie: ebenda 100/230610.

Übertragung des feindlichen Senders „Stimme Amerikas“, die außer von Timofejew noch von sechs weiteren Angehörigen des Zuges, die sich gerade im Raum befanden, fünf bis sieben Minuten lang angehört wurde.

Die Untersuchung dieses Vorfalles vor Ort ergab folgendes:

Soldat A. K. Timofejew, der als Koch in der Sanitätsabteilung des Regiments eingesetzt ist, hatte sich am 16. Januar 1951 mit Erlaubnis des Chefs der Sanitätsabteilung Oberstleutnant des medizinischen Dienstes Pankin in einem deutschen Geschäft ein Rundfunkgerät gekauft, das bis zum 24. Januar 1951 in der Küche der Sanitätsabteilung des Regiments stand und das er täglich ans Netz anschloß, um Radiosendungen zu hören.

Am 24. Januar kehrte der Arzthelfer des Sanitätsbereichs des Regiments Leutnant des medizinischen Dienstes Buslowitsch von einer Dienstreise zurück und entdeckte in der Küche den Rundfunkempfänger. Daraufhin machte er unverzüglich Oberstleutnant Pankin Meldung und wies daraufhin, daß es Soldaten und Unteroffizieren auf dem Territorium Deutschlands untersagt ist, persönliche Rundfunkempfänger zu nutzen.

Daraufhin gab Oberstleutnant Pankin Timofejew den Befehl, das Gerät einzupacken und es entweder in die Bekleidungs- und Ausrüstungskammer der Sanitätsabteilung zur Aufbewahrung zu geben, oder es an einen Offizier zu verkaufen. Timofejew packte das Gerät in einen Karton, der in eine Decke eingenäht wurde, und gab es mit dieser Verpackung in die Kleiderkammer.

Am 10. März d. J. wurde Timofejew zur Arbeit als Koch in der Offizierskantine versetzt, aber seine persönlichen Sachen, darunter auch das Rundfunkgerät, blieben in der Kleiderkammer der Sanitätsabteilung des Regiments.

Am 4. April d. J. erfuhr der Chef Nachrichten des Regiments Hauptmann Skriptschenko, daß sich in der Kleiderkammer der Sanitätsabteilung ein Rundfunkgerät befindet, und er befahl, das Gerät in das Lager der Nachrichteneinheit des Regiments zu bringen.

Am 8. April d. J. rief Leutnant Buslowitsch Timofejew in die Sanitätsabteilung des Regiments und verlangte von ihm, das Gerät entweder in das Lager des Nachrichtenwesens des Regiments zu bringen oder es ihm (Buslowitsch) zu verkaufen. Timofejew war einverstanden damit, den Empfänger zu verkaufen, da aber Buslowitsch zu diesem Zeitpunkt nicht das nötige Geld hatte, war Timofejew nicht bereit, das Gerät wegzugeben. Am 9. April nahm er das Gerät aus der Kleiderkammer, um es dem Lager zu übergeben. Da dieses gerade geschlossen war, brachte er den Empfänger wieder in die Kleiderkammer zurück.

Am 10. April brachte Timofejew gegen 16.00 Uhr das Radio in die Unterkunft des Zuges. Statt es aber in das Lager zu schaffen, packte er es aus, schloß es an und stellte eine Musiksending ein. Sofort setzten sich die sechs Militärangehörigen des Zuges, die sich im Zimmer befanden, zu ihm.

Nachdem sie Musik gehört hatten, stellte Timofejew einen Sender ein, der eine Sendung in russischer Sprache brachte. Obwohl er merkte, daß das nicht unser Sender war, stellte er das Gerät nicht vor Ende der Sendung, die etwa fünf bis sieben Minuten dauerte, aus. Wie sich herausstellte, handelte es sich um eine Sendung des feindlichen Senders „Stimme Amerikas“.

Somit hörte man sich verleumderische antisowjetische Meldungen über die Ereignisse in Korea und über die Tagung der stellvertretenden Außenminister sowie die Erdichtungen eines „ehemaligen Hauptmanns der Sowjetarmee“ an.

Beim Anhören empörten sich die Soldaten über die Verlogenheit der Sendung, sie sagten: „Wie sie lügen!“, doch keiner verlangte, daß das Radio vor Ende der Sendung ausgeschaltet wird.

Im Gespräch mit Timofejew stellte sich heraus, daß er bereits vor seiner Einberufung zur Armee, als er noch in einer Moskauer Gaststätte als Koch arbeitete, mit seinen Kollegen zusammen mitunter ausländische Sender gehört hatte.

Der genannte Vorfall war auf Grund folgender Umstände möglich geworden:

1. Mangel an Wachsamkeit und Umsicht bei einem Teil der Offiziere, Sergeanten und Soldaten des 12. Schützenregiments, insbesondere in den Dienstleistungseinheiten des Regiments.

2. Unzulängliche politisch-erzieherische Arbeit mit den Angehörigen des Versorgungszuges des Regiments. Hier hat man Fragen der Erziehung zum Haß auf unsere Feinde und der Entlarvung ihrer gemeinen, verleumderischen Angriffe auf die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie fast völlig aus den Augen verloren.

3. Undiszipliniertheit, geringes Niveau der allgemeinen Entwicklung und politische Unreife bei Soldat Timofejew.

4. Schwache Kontrolle der Untergebenen und Nachlässigkeit hinsichtlich der Weisungen, die die Nutzung persönlicher Rundfunkgeräte durch Soldaten und Sergeanten verbieten, von Seiten des Chefs des Sanitätsdienstes Oberstleutnant des medizinischen Dienstes Pankin.

5. Mangel an Information. Das Kommando des Regiments erfuhr nichts davon, daß sich Timofejew ein Radio gekauft und genutzt hatte und daß es dann in der Kleiderkammer der Sanitätsabteilung aufbewahrt wurde.

#### Maßnahmen:

1. Auf der Zusammenkunft der Kommandeure und der Chefs der Politischen Abteilungen der Truppenteile am 20. April d.J. wurden bei Erörterung des Themas „Über den politisch-moralischen Zustand und den Zustand der militärischen Disziplin in den Truppenteilen im ersten Quartal d.J.“ die Lehren und Schlußfolgerungen aus dem genannten Vorfall sorgfältig beraten. In diesem Zusammenhang wurde verlangt:

a) Die exakte Erfüllung meines Befehls über die Nutzungsordnung für Radiozentralen sowie für gemeinschaftliche und persönliche Rundfunkempfänger ist sicherzustellen.

b) Aus kleineren Untereinheiten, in denen keine Offiziere anwesend sind, sind Rundfunkgeräte zu entfernen.

c) Die persönlichen Sachen der Soldaten und Sergeanten sind noch einmal zu kontrollieren, die dabei aufgefundenen privaten Radios sind zur Aufbewahrung in das Lager der Nachrichteneinheit zu geben, der Zugang zu ihnen ist streng zu begrenzen.

d) Die Erziehung zur Wachsamkeit ist zu verstärken, insbesondere bei den dem Stab zugeordneten Untereinheiten und bei den verschiedenen Spezialisten.

e) Alle Offiziere und längerdienenden Sergeanten sind warnend darauf hinzuweisen, daß sie sich für das Anhören ausländischer Sender zu verantworten haben.

2. Die Mitarbeiter der Politischen Abteilung des Regiments haben mit den Angehörigen des Versorgungszuges und anderer Spezialeinheiten des Regiments Gespräche zu folgenden Themen zu führen:

a) „Wachsamkeit ist unsere Waffe“;

b) „Über die heimtückischen Mittel und Methoden, mit denen die Geheimdienste der imperialistischen Staaten arbeiten“ u. a.

Zu den gleichen Themen werden in allen Untereinheiten des Regiments und in anderen Truppenteilen Gespräche geführt.

3. Die Angehörigen des Zuges, die die Sendung des Feindsenders „Stimme Amerikas“ gehört haben, sind davor zu warnen, das dort Gehörte herumzuerzählen.

4. Wegen Nachlässigkeit und fehlender Kontrolle der Untergebenen erhält der Oberstleutnant des medizinischen Dienstes Pankin einen Verweis.

5. Soldat Timofejew erhält 15 Tage strengen Arrest. Nach Abbüßen der Strafe wird er aus den Truppen abkommandiert, um seinen weiteren Dienst auf dem Territorium der UdSSR zu leisten.

Auskunft: Andrei Konstantinowitsch Timofejew ist Jahrgang 1930, Russe, parteilos, Schulbildung: 5 Klassen.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch

Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Kleschtschew<sup>159</sup>

*Krasnow. 1. Zum Bericht über Veränderungen des politischen Zustands. 2. Orientierung an alle Kommandeure und Polit[ischen]Stellvertreter herausgeben, sie dringend darauf hinweisen, daß alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen sind, um ähnliche Vorfälle auszuschließen. Tereschtschenko. 5. Mai [19]51.*

*Direktive Nr. 13/6-003228 vom 28. Mai 1951 wurde ausgegeben. [Unterschrift].*

*RGWA 38650/1/1414, Bl. 182-185. Original.*

**Nr. 234. Begleitschreiben des Chefs der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Kleschtschew an den Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB der UdSSR Tereschtschenko mit dem Befehl der Inneren Truppen in Deutschland Nr. 087 über die Ordnung für die Arbeit von Radiozentralen in der Anlage. 22. Mai 1951**

Streng geheim

Nr. 13/7-00667

Zur Ergänzung unserer Meldung Nr. 13/7-00570 vom 23. April [19]51:

Ich übermittle Ihnen die Kopie des Befehls über die Ordnung für die Arbeit von Radiozentralen und die Nutzung von kollektiven und individuellen Rundfunkempfängern.

Gleichzeitig melde ich, daß durch mündliche Anordnung verboten wurde:

a) Der Besitz von Rundfunkempfängern in Garnisonen, in denen keine Offiziere anwesend sind. Dort, wo ein Offizier Chef der Garnison ist, darf nur dieser vorhandene Rundfunkgeräte ans Netz anschließen und auch das nur für eine festgelegte Zeit.

b) Die Einstellung von Rundfunkempfängern auf Kurzwellenbereich. Angehört werden dürfen nur Sendungen der Moskauer Sender und des Senders „Wolga“<sup>160</sup> auf Langwelle.

Offiziere und Längerdienende, die in ihren Wohnunterkünften persönliche Rundfunkempfänger haben, wurden persönlich ermahnt, daß sie für das Hören von feindlichen Sendern zur Verantwortung gezogen werden.

Zur Zeit werden von der Politischen Verwaltung der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Maßnahmen ergriffen, um alle Hotels und Wohnungen, in denen Offiziere untergebracht sind, mit Radiogeräten auszustatten. Danach wird möglicherweise von den Offizieren verlangt, daß sie ihre persönlichen Rundfunkempfänger weggeben und selbst keine mehr besitzen.

Anhang: Das Genannte auf 2 Blatt, nur für den Adressaten.

Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland  
Oberst Kleschtschew

---

<sup>159</sup> Kleschtschew, Alexandr Iwanowitsch (1908–), Oberst; ab Aug. 1949 Chef der Politischen Abteilung der Inneren Truppen des MGB in Deutschland.

<sup>160</sup> Der Sender „Wolga“ war der Sender der GSBSD.

## Anlage

**Befehl an die Inneren Truppen des MGB in Deutschland „Über die Ordnung  
für die Arbeit von Radiozentralen und die Nutzung kollektiver  
und persönlicher Rundfunkempfänger“**

Geheim

10. Februar 1950

Nr. 087

Berlin-Grünau

In letzter Zeit gab es Fälle, in denen ausländische Rundfunksender („Stimme der USA“) ihre Sendungen auf den Wellen sowjetischer Rundfunksender übertrugen. Außerdem wurde festgestellt, daß einzelne Soldaten und Sergeanten mit ihren eigenen Rundfunkempfängern oder mit den für den Gemeinschaftsempfang bestimmten Geräten bei fehlender Kontrolle ausländische Sender hörten.

Um die Möglichkeit auszuschließen, daß ausländische Sender gehört werden, und um für den Rundfunkempfang die erforderliche Ordnung einzuführen, befehle ich:

1. Die Regimentskommandeure und ihre Stellvertreter für den politischen Bereich haben die Arbeit der Radiozentralen des Regiments und die Nutzung der Rundfunkgeräte für den Gemeinschaftsempfang in Übereinstimmung mit dem Tagesdienstplan zu reglementieren und die Kontrolle über Beginn und Beendigung des Empfangs zu gewährleisten.

2. Die Radiozentralen haben lediglich Sendungen der Moskauer Sender und des Senders „Wolga“ zu übertragen. Die Rundfunkempfänger für den Gemeinschaftsempfang sind auf den Sender „Wolga“ einzustellen, es sind Beschränkungen einzubauen und die Geräte sind zu versiegeln.

An allen Stellen ist der Empfang von Rundfunkprogrammen im Kurzwellenbereich verboten.

3. Der Dienst in den Radiozentralen der Regimenter und die Bedienung der Rundfunkgeräte für den Gemeinschaftsempfang in den Untereinheiten ist bewährten, hochentwickelten und politisch gebildeten Militärangehörigen zu übertragen.

Mit dem Bedienungspersonal der Radiozentralen und der Geräte für den Gemeinschaftsempfang sind regelmäßige Unterweisungen durchzuführen, bei denen die effektivere Nutzung der vorhandenen Apparate und die höchstmögliche Versorgung der Militärangehörigen mit Rundfunksendungen zu behandeln ist.

4. Das Betreten der Radiozentralen oder das Einschalten von Rundfunkgeräten für den Gemeinschaftsempfang durch unbefugte Personen ist streng verboten.

5. Alle persönlichen Rundfunkgeräte der Soldaten und Sergeanten, die in Kasernen untergebracht sind, sind einzuziehen und in die Kleiderkammer zur Aufbewahrung zu geben.

6. Ich weise die Regimentskommandeure und ihre Stellvertreter für den politischen Bereich warnend darauf hin, daß sie persönlich für die Organisation des Rundfunkempfangs und dessen Kontrolle verantwortlich sind. Im Falle irgendeiner Abweichung von meinen Forderungen werde ich die Betroffenen persönlich streng zur Verantwortung ziehen.

7. Der Chef der Unterabteilung Nachrichten der Truppen Oberstleutnant Franzew hat die technische Kontrolle zu organisieren und zu gewährleisten, daß die Radiozentralen und die Geräte für den Gemeinschaftsempfang störungsfrei arbeiten.

8. Über die Ausführung dieses Befehls ist mir zum 1. März d. J. Meldung zu erstatten. Der Befehl ist allen Offizieren der Truppen zur Kenntnis zu geben.

Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Generalleutnant Sladkewitsch  
Stabschef der Truppen Oberst Wolkow

*RGWA 38650/1/1414, Bl. 179. Original, Bl. 180-181. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 235. Schreiben des amtierenden Chefs der Politischen Abteilung des Inneren Schutzes<sup>161</sup> des MGB der UdSSR Oberst Demjaschkin an den amtierenden Chef der Inneren Truppen in Deutschland Oberst Wolkow über die Notwendigkeit, Fälle von Begegnungen zwischen sowjetischen Militäranghörigen und deutschen Polizisten zu überprüfen. 28. September 1951**

Geheim

13/6-05460

Wie der Chef der 6. Abteilung des Inneren Schutzes des MGB Gen. Oberst des Inneren Schutzes Serikow<sup>162</sup> meldete, wurde am 6. Juni 1951 bei Soldat Pawel Iwanowitsch Sokolow, der im Februar d. J. aus dem 18. Regiment der Truppen in Deutschland hier eintraf, die Fotografie eines deutschen Polizisten mit der Aufschrift „Karl Ulemann, Waldau“ gefunden.

Zur Erläuterung vor dem Kommando des Truppenteils sagte Soldat Sokolow dazu, er habe während der Zeit, als er zur Bewachung von Objekt Nr. 1 der Aktiengesellschaft Wismut eingesetzt war, mit diesem Polizisten eine Beziehung aufgenommen, habe sich öfter mit ihm getroffen und mit ihm Fotografien ausgetauscht.

Soldat Sokolow berichtete, daß sich Soldaten und Sergeanten des 18. Regiments bei privaten deutschen Fotografen fotografieren ließen und die Negative den Fotografen überließen.

Der Chef des Inneren Schutzes des MGB der UdSSR verlangt eine sorgfältige Überprüfung der genannten Fakten und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorfälle in den Truppenteilen.

Über die Ergebnisse dieser Überprüfung und die eingeleiteten Maßnahmen ist der Hauptverwaltung Innerer Schutz bis zum 20. Oktober 1951 Meldung zu erstatten<sup>163</sup>.

Stellvertretender Chef der Politischen Abteilung des Inneren Schutzes des MGB der UdSSR  
Oberst des Inneren Schutzes Demjaschkin

*RGWA 38650/1/1430, Bl. 38. Beglaubigte Kopie.*

**Nr. 236. Aus der Anklageschrift in der Sache der ehemaligen Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MWD in Deutschland Beschadow, Klepow u. a. 2. Oktober 1951**

Nach Untersuchungsverfahren Nr. 798

„Ich bestätige“

Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR Generaloberst Goglidse<sup>164</sup>

2. Oktober 1951

---

<sup>161</sup> Mit der Anordnung des Ministerrats der UdSSR vom 6. Mai 1951 erfolgte die Reorganisation der Inneren Truppen zum „Inneren Schutz des MGB der UdSSR“ („wnutrennjaja ochrana“) (Anm. d. Übers. R. S.).

<sup>162</sup> Serikow, Dmitri Jemeljanowitsch.

<sup>163</sup> Vgl. das Dokument Nr. 237.

<sup>164</sup> Goglidse, Sergei Arsentjewitsch (1901–1953), Generaloberst; ab 1918 in der Roten Armee und ab 1921 in der Staatssicherheit, 1943–51 Bevollmächtigter des NKWD/MGB der UdSSR für den Fernen Osten und Mitglied des Kollegiums des NKWD/MGB der UdSSR, 1951 und 1952–53 Erster Stellvertreter des MGB der UdSSR sowie 1952–53 Chef der Dritten Hauptverwaltung des MGB, März-Juni 1953 Chef der 3. Verwaltung des MWD der UdSSR. Am 3. Juli 1953 festgenommen, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

### Anklageschrift

Angeklagt sind: Grigori Akimowitsch Beschalow für Verbrechen nach Artikel 193-17b<sup>165</sup> des Strafgesetzbuchs der RSFSR und nach dem Gesetz vom 7. August 1932<sup>166</sup>; Sergei Alexejewitsch Klepow und Wassili Michailowitsch Tuschlow<sup>167</sup> für Verbrechen nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR und nach dem Gesetz vom 7. August 1932; Michail Alexandrowitsch Chrenkow<sup>168</sup> und Michail Semjonowitsch Wichrjanow<sup>169</sup> für Verbrechen nach Art. 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR.

Ende 1947 gingen im MGB der UdSSR Berichte darüber ein, daß der ehemalige Chef des Operativen Sektors des MWD für das Land Thüringen (Deutschland) G. A. Beschalow unter Ausnutzung seiner Dienststellung Veruntreuungen beging und sich Güter und Wertsachen aneignete, die in staatlichen Besitz hätten übergeben werden müssen.

Bei einer Überprüfung fanden diese Berichte ihre volle Bestätigung, woraufhin Beschalow und danach – als seine Komplizen – S. A. Klepow, Chef des Operativen Sektors des MWD für das Land<sup>170</sup> Sachsen (Deutschland), W. M. Tuschlow, ehemaliger Operativbevollmächtigter des Sekretariats des MWD der UdSSR, und M. W. Wichrjanow, ehemaliger Mitarbeiter des Sekretariats des Bevollmächtigten des MWD der UdSSR in Deutschland, verhaftet wurden.

Wie im Untersuchungsverfahren festgestellt wurde, nutzten Beschalow, Klepow, Tuschlow, Chrenkow und Wichrjanow, die sich zur Arbeit in Deutschland befanden, ihre Dienststellung zu persönlichen Zwecken aus und begingen Veruntreuungen von Sachen und Wertgegenständen, die an den Staat hätten abgeführt werden müssen.

Beschalow ließ darüber hinaus Verzerrungen in der operativen und der Untersuchungsarbeit zu.

Wie sich aus dem in das Untersuchungsverfahren einbezogenen Material ergibt, das von der Sonderinspektion der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR vor Ort ermittelt wurde, außerdem aus zwei zusätzlichen Überprüfungen, aus Gutachten über Agentenfälle und Untersuchungsverfahren sowie aus Zeugenaussagen, ließ Beschalow während seiner Tätigkeit als Chef des Operativen Sektors des MWD im Land Thüringen von Juni 1945 bis September 1946 grobe Entstellungen in der Arbeit mit Agenten und in der Untersuchungstätigkeit zu, was sich in unbegründeten Verhaftungen, in der Konstruktion provokatorischer Fälle und in anderen Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit äußerte.

Befragt dazu, gab Beschalow in der Vernehmung vom 28. Januar 1948 an: „Ich fühle eine schwere Schuld vor der Partei und der Regierung, weil ich, auf einen verantwortungsvollen Posten in Deutschland gesetzt, diese schwerwiegenden Entstellungen in der Arbeit mit Agenten und der Untersuchungstätigkeit in dem mir unterstellten Operativen Sektor zugelassen habe“ (Band 1, Bl. 128).

Das bestätigte Beschalow auch in der Vernehmung vom 11. September 1951: „Hinsichtlich meiner dienstlichen Tätigkeit erkläre ich mich in dem Sinne für schuldig, daß in dem mir anver-

<sup>165</sup> Der Artikel 193-17 bezieht sich auf den Amtsmissbrauch. Die in den Unterteilen aufgezählten genauen Strafbestandsteile können hier nicht spezifiziert werden, weil eine zeitgenössische Ausgabe des Gesetzeswerkes nicht vorlag.

<sup>166</sup> Das Gesetz vom 7. August 1932, das sogenannte Gesetz über drei Ähren, schützte alle Formen des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums. Es sah Strafen zwischen vier Jahren Haft und der Erschießung vor.

<sup>167</sup> Tuschlow, Wassili Michailowitsch (1913–1983), Oberstleutnant; ab 1935 in den Truppen des NKWD, 1942–47 Sekretär des stellvertretenden Volkskommissars/Ministers für Inneres der UdSSR I. A. Serow, Feb. 1948–Okt. 1951 in Untersuchungshaft, 1952–57 bei der Eisenbahnpolizei, danach als Ingenieur tätig..

<sup>168</sup> Chrenkow, Michail Alexandrowitsch (1911–), Major; 1942–47 Adjutant von I. A. Serow, danach in den Grenztruppen.

<sup>169</sup> Wichrjanow, Michail Semjonowitsch (1916–1986), Hauptmann; 1945–47 Offizier für Wirtschaftsfragen beim Bevollmächtigten des NKWD/MWD/MGB in Deutschland I. A. Serow, danach in MWD-Truppen.

<sup>170</sup> In der Vorlage irrtümlich: „Provinz“.



trauten Operativen Sektor ... Fälle von Entstellungen in der operativen und der Untersuchungstätigkeit vorkamen“ (Bd. 1, Bl. 184).

In seinen Aussagen gibt der Chef der Abteilung „A“ des Operativsektors des MWD des Landes Thüringen Hauptmann Spessiwzew an, daß während Beschanows Zeit in diesem Operativsektor 42 Agentenakten bzw. Karteikarten geführt wurden, ohne daß ausreichendes Material dafür vorgelegen hätte. Diese Vorgänge wurden später eingestellt (Bd. 3, Bl. 72-89).

Diese Angaben werden auch durch das Material bestätigt, das sich bei der Überprüfung durch die Sonderinspektion der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR ergab (Bd. 3, Bl. 16).

Aus diesem Material ebenso wie aus den Aussagen des Verurteilten Schigarjew und den Zeugenaussagen der Mitarbeiter des Operativen Sektors Schpak, Nisow, Iljin, Titow, Nikulin u. a. ist zu entnehmen, daß bei der Bearbeitung von Agenten diesen provokatorische Aufträge erteilt wurden, mit deren Hilfe man künstlich „Untergrundorganisationen“ schuf, deren „Mitglieder“ dann verhaftet wurden.

So gab man in dem Agentenvorgang „Strahl gen Westen“ einem Agenten den Auftrag, andere Deutsche zu überreden, für die Briten und die Amerikaner zu arbeiten (Bd. 3, Bl. 15, 30-31; Bd. 2, Bl. 87-88).

In dem Agentenvorgang „Hitlerleute“ erhielten Agenten den Auftrag, Deutsche dazu zu provozieren, in eine Organisation zum Kampf gegen die Sowjetarmee einzutreten, und denjenigen, die sich einverstanden erklärten, versprach man eine Auszeichnung (Bd. 3, Bl. 16, Bd. 2, Bl. 99).

Wie der Verurteilte Schigarjew sowie der Zeuge Schpak und andere, die in dieser Sache vernommen wurden, angaben, wurde im Februar 1946 mit dem Vorgang „Die Unversöhnlichen“ durch Bearbeitung von Agenten die fiktive Organisation „Widerstandsbewegung“ geschaffen. Mit Zustimmung von Beschanow stellte man eine „Kombination“ mit der Ermordung des Deutschen Bätzel her, der sich geweigert hatte, Untergrundarbeit gegen die sowjetischen Truppen zu leisten. Auf den Leichnam des Ermordeten legte man einen Zettel mit der Aufschrift „So wird es allen Verrätern am deutschen Volk ergehen“ (Bd. 2, Bl. 86-87, Bd. 3, Bl. 365-366, 343-355).

Wie festgestellt wurde, war Beschanow persönlich an der Abfassung dieser Aufschrift beteiligt. In der Vernehmung vom 11. September 1951 sagte er dazu: „Den Text des Zettels, den man auf Bätzels Leiche legen wollte, habe ich gelesen und, wie scheint, noch einige grammatische Fehler korrigiert.“ (Bd. 1, Bl. 196).

Daß der Agentenvorgang „Die Unversöhnlichen“ mit Hilfe einer Provokation konstruiert worden war, das fand auch seine Bestätigung durch ein Expertengutachten, das zum Fall der „Unversöhnlichen“ erstellt worden war (Bd. 3, Bl. 343-355), sowie durch die Zeugenaussagen von Schpak (Bd. 2, Bl. 86-87), Iljin (Bd. 2, Bl. 54) und anderer Zeugen (Bd. 3, Bl. 331).

Mit den gleichen Mitteln der Provokation wurden während Beschanows Zeit als Chef des Operativen Sektors des MWD in Thüringen auch die Agentenvorgänge „Die Schweizer“, „Die Geraer“ und einige andere angelegt. Deren „Teilnehmer“ wurden verhaftet, mußten aber dann nach langer Haftzeit freigelassen werden, da ihnen der Tatbestand eines Verbrechens nicht nachgewiesen werden konnte (Bd. 3, Bl. 316-318, 356-361).

Wie weiter festgestellt wurde, erfolgte die Anwerbung von Agenten für den Auslandseinsatz<sup>171</sup> in dem von Beschanow geleiteten Operativen Sektor meist auf folgende Weise: Zunächst wurden die Betroffenen verhaftet und einige Monate inhaftiert, man unterzog sie physischer Einwirkung, man konfiszierte ihre persönlichen Sachen und Wertgegenstände, und danach wurden sie angeworben und zur Arbeit ins Ausland geschickt.

Infolgedessen wurden viele dieser Agenten zu Doppelagenten oder kehrten gar nicht von jenseits der Demarkationslinie zurück. Nach Auskunft der Kommission, die die Arbeit mit Agenten

---

<sup>171</sup> Vorlage: „sakordonnaja agentura“.

und die Ermittlungstätigkeit im Operativen Sektor überprüfte, kamen von den 128 Personen, die als Auslandsagenten angeworben worden waren, 38 nicht wieder aus den Westzonen Deutschlands zurück (Bd. 3, Bl. 25, 28, 66).

Im Januar 1946 verhaftete der ehemalige Mitarbeiter des Operativen Sektors Hauptmann Mkrtyschew<sup>172</sup> auf Anweisung Beschанows den Einwohner der Stadt Leipzig M., ohne daß gegen diesen belastendes Material vorgelegen hätte. Als M. verhaftet wurde, beschlagnahmte man bei ihm 42.000 Reichsmark und eine große Menge Wertgegenstände. Bevor er angeworben wurde, hielt man ihn über fünf Monate gefangen und Beschанow persönlich schlug ihn, wobei er ihm die Zahnprothese zerschlug.

Bei seiner Freilassung erhielt M. 32.000 Mark und zwei Brillanten nicht zurück, andere Juwelen hatte man ausgetauscht. Danach wurde M. angeworben und zweimal mit Aufträgen in die Westzonen Deutschlands geschickt.

Beschанow gab diese Fakten zu und sagte: „Ich hatte gegen M. keinerlei Material in der Hand, im Zusammenhang damit schlug ich ihn bei der Rückkehr nach Weimar ..., und ich war, weil ich keinerlei Aussagen herausbekam, gezwungen, ihn freizulassen. Um aber das Ungesetzliche meiner eigenen Handlungen zu vertuschen, warb ich M. als Agenten an und schickte ihn in die amerikanische Zone“ (Bd. 1, Bl. 126).

Außer durch das persönliche Eingeständnis Beschанows ist dieser Sachverhalt auch durch die Aussagen von Zeugen belegt: Mkrtyschew (Bd. 7, Bl. 179), Borowkow (Bd. 2, Bl. 1-6), Sossunkewitsch (Bd. 2, Bl. 8-12), M. (Bd. 2, Bl. 13-17) und durch andere Materialien, die in das Verfahren einbezogen wurden (Bd. 2, Bl. 7, 8, 18-19).

Aus der Zeugenvernehmung der Mitarbeiter des Operativen Sektors – Nisow, Lisker, Spessiwzew, Iljin, Schpak, Nikulin u. a. – sowie aus den Aussagen von Gefangenen und den Berichten über Untersuchungsverfahren sowie aus dem Material der Überprüfungen kam außerdem heraus, daß es infolge von Beschанows Nachlässigkeit im Operativen Sektor und den ihm unterstellten Organen massenhaft Fälle von unbegründeten Verhaftungen und verzerrten Methoden der Untersuchungsführung gab.

Durch die gleichen Materialien wurde eine Reihe von Fällen aufgedeckt, in denen Personen völlig grundlos festgenommen und durch Prügel dazu gebracht wurden, erfundene Angaben über ihre Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten oder ihre Mitgliedschaft in Untergrundorganisationen zu machen (Bd. 2, Bl. 25, 33, 38, 46, 49, 52, 68-70; Bd. 3, Bl. 42-48).

So wurde im März 1946 von der Operativen Gruppe der Stadt Hildburghausen ohne jeden Grund eine Gruppe von 36 Deutschen verhaftet, die später freigelassen werden mußten, weil sich der Tatbestand eines Verbrechens nicht beweisen ließ (Bd. 3, Bl. 43).

Im Januar 1946 verhaftete die Operative Gruppe der Stadt Erfurt acht Deutsche unter dem Verdacht, Mitglieder einer „Werwolf“-Untergrundorganisation zu sein. Auch sie wurden, nachdem sie längere Zeit in Haft gehalten und verprügelt worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt (Bd. 3, Bl. 43).

Insgesamt wurden im Bereich des Operativen Sektors wegen Mangels an Beweisen 137 Verfahren über 306 Personen eingestellt, von denen zehn Personen während ihrer Haftzeit Selbstmord begingen (Bd. 3, Bl. 16).

Daneben wurde festgestellt, daß Beschанow seine Dienststellung zur persönlichen Bereicherung nutzte und sich Güter und Wertsachen aneignete, die in staatliche Verfügung hätten gegeben werden müssen.

Durch ein System der Überbringung von „Geschenken“, das Beschанow in dem ihm unterstellten Apparat eingerichtet hatte, erpreßte er für sich Wertsachen und kostbare Gegenstände, die teilweise zu diesem Zweck bei Verhafteten beschlagnahmt worden waren.

<sup>172</sup> Vgl. Dokument Nr. 202.

Dazu gab der Zeuge Mkrtyschew bei der Gegenüberstellung mit Beschalow an: „Ich kam am 5. Juli 1945 nach Weimar, stellte mich Generalmajor Beschalow vor und sagte ihm, wo ich vorher gearbeitet hatte.

Bei der ersten Begegnung sah Beschalow bei mir eine Armbanduhr mit Sekundenzeiger und sagte: „Wie kann das sein? Ein Hauptmann trägt so eine Uhr und ein General hat keine!“

Ich verstand den Wink Beschalows und gab ihm die Uhr.

Nachdem er die Uhr an sich genommen hatte, sah er auf den Fotoapparat „Leica“, den ich bei mir hatte, und sagte, er habe einen Sohn Rubik, dem man das Fotografieren beibringen müßte. Ich nahm daraufhin den Fotoapparat von der Schulter und gab ihn Beschalow“ (Bd. 1, Bl. 143).

Beschalow bestätigte Mkrtyschews Angaben und erklärte, er habe tatsächlich die Uhr und den Fotoapparat von ihm genommen (Bd. 1, Bl. 143).

Bei der Gegenüberstellung mit Beschalow nannte Mkrtyschew noch weitere Fälle, in denen er Sachen und Wertgegenstände, die bei Inhaftierten beschlagnahmt worden waren, Beschalow in dessen persönlichen Besitz übergab (Bd. 1, Bl. 145-157).

Zeuge Gabdrakipow<sup>173</sup> gab bei der Gegenüberstellung mit Beschalow bezüglich der Aneignung von Sachen und Wertgegenständen durch diesen an: „Ende Juli 1945 kam der Chef der Untersuchungsabteilung des Operativen Sektors Nisow zu mir in die Operative Gruppe. Ich erstattete Bericht über die Verfahren und teilte dabei mit, daß bei dem Verhafteten Stark eine Schatulle mit Wertsachen beschlagnahmt worden sei. Er sagte, er werde Beschalow Meldung machen, und gab mir Weisung, wie ich damit umzugehen habe. ... Als ich in Weimar war, ging ich zusammen mit Nisow in Beschalows Dienstzimmer. Dieser nahm von mir die Schatulle und begann, sich die Wertgegenstände anzusehen. Beim Betrachten sagte Beschalow, demnächst komme seine Frau an und er habe nicht einmal ein Geschenk, das er ihr übergeben könnte.

Unter den Wertsachen war eine goldene Armbanduhr, das zugehörige Armband war mit Edelsteinen besetzt. Nisow schlug Beschalow vor, die Uhr zu behalten, und dieser behielt sie auch (Bd. 1, Bl. 173).

Bei der Gegenüberstellung mit Gabdrakipow bestätigte Beschalow auch diese Angaben (Bd. 1, Bl. 173).

Gabdrakipow nannte bei der Gegenüberstellung mit Beschalow auch noch andere Fälle, in denen sich dieser bei Inhaftierten konfiszierte Wertgegenstände angeeignet hatte (Bd. 1, Bl. 165-172).

Wie die Zeugen Mkrtyschew und Stechin angaben, eignete sich Beschalow im Februar 1946 ein Service aus Kristall und Silber an, das auf dem Familiengut von Baron Wrangel beschlagnahmt worden war (Bd. 2, Bl. 20-21; Bd. 7, Bl. 192).

Der Angeklagte Beschalow gab das zu und führte aus: „Ich brachte aus Deutschland insgesamt etwa 3.000 Meter Woll-, Seiden- und andere Stoffe ... und zehn Porzellanservice mit, von denen eins früher Wrangel gehörte“ (Bd. 1, Bl. 114).

Über ähnliche Beispiele für die Aneignung von Sachen und Wertgegenständen durch Beschalow machten auch folgende Zeugen Angaben: Lisker (Bd. 2, Bl. 34), Kunizin (Bd. 2, Bl. 138), Kressow (Bd. 2, Bl. 148), Kryssanow (Bd. 2, Bl. 136), Gorodilow (Bd. 2, Bl. 43), Alexejew (Bd. 7, Bl. 138-a), Tschernyschew (Bd. 2, Bl. 135), Borowkow (Bd. 2, Bl. 3), Smeljanski (Bd. 7, Bl. 37) und andere.

Ende April 1946 bezog Beschalow eine Villa in Erfurt, die dem Geschäftsmann Schotte gehörte. Als die Villa dem Besitzer zurückgegeben wurde, waren folgende Dinge verschwunden: Sieben Teppiche, fünf Gardinen aus englischem Tuch, drei große Silbertablets, 150 Stück silbernes Tischbesteck und zwei Teeservice aus Porzellan, Tischuhren, ein Filmvorführgerät und

---

<sup>173</sup> Vgl. Dokument Nr. 202.

viele andere Sachen (aus den Aussagen des Sohnes des Villenbesitzers Franz Schotte, Bd. 2, Bl. 148-149).

Das Gleiche bestätigte auch der ehemalige Chauffeur Beschanows Semenowski, der persönlich daran beteiligt war, die Dinge aus dieser Villa für Beschanow wegzubringen (Bd. 7, Bl. 66).

Nach Beschanows eigenem Eingeständnis nahm er aus der Villa in Weimar, die er bewohnte, 1946 bei seiner Rückkehr aus Deutschland für seine Wohnung in der Stadt Naltschik das gesamte Inventar und die Wertgegenstände mit (Bd. 1, Bl. 177).

Außer durch Beschanows Eingeständnis wurde dieser Sachverhalt auch durch die Aussagen des Zeugen Semenowski bestätigt (Bd. 7, Bl. 73).

Zum Zwecke der Aneignung von Gegenständen und Wertsachen unterhielt Beschanow Beziehungen zu Deutschen.

Im Juni 1945 nahm Beschanow Verbindung zum Direktor der Porzellanfabrik in Blankenhain Dr. Fuchs und zu dem Geschäftsmann Scheidt auf.

Zu beiden unterhielt Beschanow freundschaftliche Beziehungen und half der Fabrik mit Brennstoff und Lebensmitteln.

Im September 1945 gab Beschanow für Fuchs und Scheidt in seiner Villa einen Empfang und ein Essen, bei dem ihm Fuchs ein Porzellanservice überreichte. Die genannte Fabrik stellte für Beschanow persönlich acht wertvolle Service her, außerdem mehr als 165 Service für seine Bekannten.

In den Akten befindet sich der Briefwechsel zwischen Fuchs und Beschanow, in dem es um Passierscheine für Vertreter der Firma in die Westzone Deutschlands und um die Beschaffung von Gold für die Service ging (Bd. 3, Bl. 380-398).

Die Beziehungen Beschanows zu den genannten Deutschen und der Erwerb von Service bei ihnen ist auch durch Zeugenaussagen belegt: Fuchs (Bd. 2, Bl. 150), Gerassimtschuk (Bd. 7, Bl. 124) und Komow (Bd. 2, Bl. 123).

Im Dezember 1945 wurde das ehemalige Mitglied der Nazipartei Hans Menge unter dem Verdacht des Waffenbesitzes vom Operativen Sektor verhaftet.

Als Beschanow erfuhr, daß Menge Besitzer einer Fuchsfarm ist, ließ er ihn aus der Haft frei und am gleichen Tag fuhr er mit ihm zu der Fuchsfarm, wo er mit Menge vertraglich vereinbarte, für 32.000 Reichsmark 40 Silber- und Platinfüchse zu kaufen. Beschanow bezahlte diese Füchse mit dem Geld, das bei dem inhaftierten M. beschlagnahmt worden war.

Beschanow bekannte sich in diesem Punkt schuldig und gab an: „Auf meine Weisung bezahlte Mkrtyschew die Füchse mit dem Geld, das man bei dem inhaftierten M. beschlagnahmt hatte“ (Bd. 1, Bl. 125).

Dies bestätigten auch Mkrtyschew (Bd. 7, Bl. 179), Menge (Bd. 2, Bl. 39-42), Semenowski (Bd. 7, Bl. 63) und andere Zeugen.

Wie anhand von Dokumenten festgestellt wurde, ließ Beschanow im Juni 1945 in Weimar eine Bierbrauerei wieder in Gang setzen, die von Deutschen betrieben wurde. Die Einnahmen aus dem Verkauf verwendete Beschanow sowohl für den Bedarf des Operativen Sektors als auch zur persönlichen Bereicherung.

Zu den gleichen Zwecken nutzte Beschanow eine von ihm organisierte Wirtschaft in einem Vorort. Von dieser erhielt er Wolle, die er zur Verarbeitung an deutsche Fabriken gab. Die fertigen Produkte eignete er sich an.

Befragt dazu gab Beschanow an: „Ich zog nach Weimar um und bezog die Villa, die dem Besitzer einer großen Brauerei gehörte. Meinen unterstellten Mitarbeitern befahl ich, Wertgegenstände und Möbel dorthin zu bringen. Gleichzeitig legte ich meine Hand auf eine Wirtschaft in einem Vorort, zu der eine Brauerei gehörte.

Die wieder in Gang gesetzte Brauerei erzeugte Bier, das an Gaststätten der Stadt und an Truppenteile verkauft wurde.“

Und weiter: „Die Wolle wurde an deutsche Firmen geschickt, die daraus wertvolle Wollstoffe in verschiedenen Farben herstellten. Zum Teil eignete ich mir diese Wollstoffe auch persönlich an“ (Bd. 1, Bl. 122-123).

Darüber machten auch folgende Zeugen Aussagen: Smeljanski (Bd. 7, Bl. 37, 42- 48), Semelowski (Bd. 7, Bl. 57, 58-59), Petrossjan (Bd. 2, Bl. 100-102), außerdem wird es durch die den Akten beigelegte Kopie des Vertrages bestätigt, der mit der deutschen Firma über die Verarbeitung der Wolle geschlossen worden war (Bd. 3, Bl. 399-400), und durch anderes Material aus der Untersuchung (Bd. 3, Bl. 405-413, 441-442).

Bei der Haussuchung in Beschánows Wohnung wurden beschlagnahmt:

Mehr als 3.000 Meter verschiedener Stoffe, kostbare Speise- und Teeservice mit 1.476 Einzelteilen, 315 Antiquitäten (Statuetten, Vasen usw.), 93 Gold- und Silbergegenstände, 22 Pelzartikel (Pelze und Stolen), 41 Teppiche und Läufer, 323 Paar Damenstrümpfe, 156 Paar Schuhe und Lederartikel, 69 Damenmäntel, 17 Herrenanzüge, sechs Rundfunkempfänger und Radios mit eingebautem Plattenspieler, vier Akkordeons und andere Gegenstände und Wertsachen, die in dem den Akten beigelegten Protokoll aufgelistet sind (Bd. 1, Bl. 34-103).

Der in gegenwärtigem Verfahren Angeklagte S. A. Klepow hat als Chef des Operativen Sektors des MWD im Land<sup>174</sup> Sachsen genauso wie Beschánow seine Dienststellung zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt und hat sich verschiedene Gegenstände und Wertsachen angeeignet, die in staatliche Verfügung hätten übergeben werden müssen.

Der Angeklagte Klepow sagte im Untersuchungsverfahren aus: „Ich bekenne mich schuldig, daß ich als Chef des Operativen Sektors des MWD des Landes<sup>175</sup> Sachsen meine Dienststellung zum Zwecke der persönlichen Bereicherung ausgenutzt und mir Gegenstände und Wertsachen angeeignet habe, die in staatliche Verfügung hätten übergeben werden müssen“ (Bd. 4, Bl. 123).

Wie im Untersuchungsverfahren festgestellt, hatte sich Klepow in Dresden das Inventar und die Wertsachen zweier großer deutscher Villen angeeignet und ließ das alles in seine Moskauer Wohnung bringen.

Zur Bestätigung dieses Tatbestands gab Klepow an: „Während meines Aufenthalts in Deutschland beging ich tatsächlich Raubtaten und eignete mir wertvolle Sachen an.

Das begann damit, daß ich bei meinem Eintreffen in Deutschland in Dresden eine prunkvolle zweistöckige Villa bezog, die einem bekannten deutschen General gehörte, und meinen Mitarbeitern befahl, wertvolle Gegenstände und Möbel aus einer anderen, von mir vorher begutachteten Villa dorthin zu bringen.

Außer Möbeln wurden auch viele Wertsachen zu mir geschafft, darunter einige Teppiche, wertvolle Gemälde.“ [...] <sup>176</sup>

*Auskunft. Die Anklageschrift wurde am 4. Oktober 1951 vom amtierenden Militärstaatsanwalt der Sowjetarmee Oberstleutnant der Justiz Tsch. I. Warski ohne Veränderungen bestätigt. [Unterschrift] 4. Okt. [19]51. Angenommen auf der Vorbereitenden Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR am 9. Oktober 1951. Es berichtete Gen. Otryschko [Unterschrift].*

*ZA FSB. Archiwno-sledstwennoe delo G. A. Beschánowa Nr. R-120. Beglaubigte Kopie.*

---

<sup>174</sup> In der Vorlage irrtümlich: „Provinz“.

<sup>175</sup> In der Vorlage irrtümlich: „Provinz“.

<sup>176</sup> Weggelassen wurde ein Teil der Anklageschrift mit Anklagen gegen Klepow u. a.

**Nr. 237. Meldung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen in Deutschland Oberst Wolkow an den Chef der Hauptverwaltung Innerer Schutz des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak über den Fall des Austauschs von Fotografien zwischen einem sowjetischen Militärangehörigen und einem deutschen Polizisten. Berlin-Grünau, 9. Oktober 1951**

Geheim

Nr. 13/7-01332

Auf [Schreiben] Nr. 13/6-05460 vom 28. September 1951

Ich melde, daß der Austausch von Fotografien zwischen dem ehemaligen Militärangehörigen des 18. Schützenregiments Soldat Pawel Iwanowitsch Sokolow und dem deutschen Polizisten Karl Ulemann im Februar 1951 während ihres gemeinsamen Dienstes zur Bewachung eines Schachtes tatsächlich stattgefunden hat.

Der Austausch der Fotografien kam auf Initiative von Soldat Sokolow zustande, der angeblich die Fotografie des Deutschen Ulemann haben wollte, um bei seiner Rückkehr in die Sowjetunion anschaulicher von seinem Aufenthalt in Deutschland erzählen zu können. Verbindungen anderer Art zwischen dem Soldaten Sokolow und dem deutschen Polizisten Ulemann wurden nicht festgestellt. Das Material der Überprüfung von Soldat Sokolow durch die Abwehrabteilung der Truppen des MGB in Deutschland wurde am 21. Februar 1951 unter Nr. 5/1285 an den Chef der Abwehrabteilung des MGB des Truppenteils 70861 gesandt.

Es gab weitere Fälle, in denen sich einzelne Militärangehörige von privaten deutschen Fotografen fotografieren ließen und die Negative nicht an sich nahmen.

Zu dieser Frage erteilte ich am 7. Juli 1951 unter Nr. 13/1-01861 an die Kommandeure der Truppenteile eine Weisung über die Ordnung, in der das Fotografieren von Angehörigen der Truppen in Übereinstimmung mit Befehl des Oberbefehlshabers Nr. 0150-1951 zu erfolgen hat. Den Militärangehörigen und ihren Familienangehörigen wurde verboten, sich von deutschen Fotografen fotografieren zu lassen.

Amtierender Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow

*Gen. Schtschিপizyn. Bereiten Sie eine Anweisung an Gen. Kleschtschew vor. Tereschtschenko. 16. Okt. [19]51. Gen. Krasnow. Schicken Sie die Anweisung über die Durchführung von Aufklärungsarbeit unter den Militärangehörigen und die Unterbindung solcher Vorfälle an Gen. Kleschtschew. Schtschипizyn. 17. Okt.*

*RGWA 38650/1/1430, Bl. 37. Original.*

**Nr. 238. Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR in der Strafsache gegen die ehemaligen Mitarbeiter des Apparats des Bevollmächtigten des NKWD-MWD in Deutschland Beschadow, Klepow u. a.  
17. Oktober 1951**

**Urteil  
im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR mit dem Vorsitzenden Generalmajor der Justiz Suslin, den Mitgliedern: Oberst der Justiz Pawlenko, Oberst der Justiz Klopow, dem Sekretär Oberleutnant Afanasjew verhandelte in Moskau vom 16. bis 17. Oktober 1951 in geschlossener Gerichtssitzung die Anklage gegen:

1. Grigori Akimowitsch Beschadow, Jahrgang 1897, geboren in Tbilissi, Armenier, von Handwerkern abstammend, verheiratet, unabgeschlossene Hochschulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), nicht vorbestraft, bis zu seiner Verhaftung tätig als Minister für Staatssicherheit der Kabardinischen ASSR, Generalmajor – nach Art. 193-17b des Strafgesetzbuches der RSFSR und nach Gesetz vom 7. August 1932 über den Schutz des sozialistischen Eigentums;

2. Sergei Michailowitsch Klepow, Jahrgang 1900, geboren in Woronesch, Russe, von Arbeitern abstammend, verheiratet, Grundschulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), nicht vorbestraft, vor seiner Verhaftung tätig als Chef des Operativen Sektors des MWD-MGB des Landes<sup>177</sup> Sachsen, Generalmajor – nach Art. 193-17 a und nach Gesetz vom 7. August 1932 über den Schutz des sozialistischen Eigentums;

3. Wassili Michailowitsch Tuschlow, Jahrgang 1913, geboren im Dorf Werchne-Pogromnoe, Dubowsker Rayon, Stalingrader Gebiet, Russe, von Bauern abstammend, verheiratet, 7-Klassen-Schulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), nicht vorbestraft, bis zu seiner Verhaftung Hörer am Militärinstitut des MWD, Oberstleutnant – nach Art. 193-17a des Strafgesetzbuches der RSFSR und nach Gesetz vom 7. August 1932 über den Schutz des sozialistischen Eigentums;

4. Michail Alexandrowitsch Chrenkow, Jahrgang 1911, geboren im Dorf Gawrilowo, Ug-litschsker Rayon, Jaroslawler Gebiet, Russe, von Bauern abstammend, verheiratet, 5-Klassen-Schulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), nicht vorbestraft, bis zu seiner Verhaftung als Obergehilfe des Chefs einer Unterabteilung der Verwaltung der Grenztruppen des MWD des Bezirks Moldawien, Major – nach Art. 193-17a des Strafgesetzbuches der RSFSR;

5. Michail Semjonowitsch Wichranow, Jahrgang 1916, geboren in dem Dorf Kotschelejewe, Narowtschatsker Rayon, Gebiet Pensa, Russe, von Bauern abstammend, 6-Klassen-Schulbildung, ehemaliges Mitglied der WKP(B), nicht vorbestraft, bis zu seiner Verhaftung tätig als stellvertretender Regimentskommandeur bei den Truppen des MWD, Hauptmann – nach Art. 193-17a des Strafgesetzbuches der RSFSR.

Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR stellte in seiner Gerichtssitzung fest:

1. Beschadow hat als Chef des Operativen Sektors des MWD des Landes Thüringen in der Zeit von Juni 1945 bis September 1946 seinen Untergebenen gegenüber nicht die nötige Leitung und Kontrolle ausgeübt, so daß es in der operativen und der Untersuchungsarbeit einzelner Mitarbeiter zu groben Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit kam: zu unbegründeten Verhaf-

---

<sup>177</sup> In der Vorlage irrtümlich: „Provinz“.

tungen von Personen deutscher Nationalität, zu Maßnahmen physischer Einwirkung auf Inhaftierte, zur absichtlichen, künstlichen Veranlassung von Straftaten.

Im genannten Zeitraum wurden 137 Verfahren gegen 306 Personen wegen Unbeweisbarkeit eines Straftatbestands eingestellt.

Unter Einsatz von Schlägen gegen Inhaftierte wurden einige provokatorische Gruppenverfahren konstruiert, bei denen deutsche Bürger schwerer Verbrechen gegen die Sowjetunion beschuldigt wurden. Das betrifft insbesondere das Verfahren gegen eine Gruppe von 36 Personen mit Klein an der Spitze, das Verfahren gegen eine achtköpfige Gruppe unter Führung von Kreiner und andere Verfahren.

Unter Ausnutzung seiner Dienststellung ließ Beschadow über seine Untergebenen bei Nazis und anderen Personen nach vorhandenen Wertgegenständen und Sachen suchen, und diese Werte entnahm er für seine eigenen Zwecke.

Als Beschadow erfahren hatte, daß der Inhaftierte Menge Besitzer einer Fuchsfarm ist, entließ er ihn im Dezember 1945 aus der Haft und erhielt von ihm 40 Silberfuchse, die er von dem Geld bezahlte, das er bei dem Inhaftierten M. beschlagnahmt hatte.

Im Februar 1946 eignete sich Beschadow ein Silber- und Kristallservice an, das auf dem Familiengut von Baron Wrangel konfisziert worden war.

Ende April 1946 bezog Beschadow die Villa des Geschäftsmannes Schott; bei der späteren Rückgabe an den Besitzer fehlten sieben Teppiche, 150 Teile Tischsilber und andere Gegenstände.

Bei der Haussuchung in Beschadows Wohnung wurden viele Sachen beschlagnahmt, die an den Staat hätten abgeführt werden müssen: mehr als 3.000 Meter Stoffe, 1.476 Teile von Speise- und Teeservice, 315 Antiquitäten (Statuetten, Vasen, usw.), 90 Silbergegenstände, 22 Pelzerzeugnisse (Pelzmäntel und Stolen), 41 Teppiche und Läufer, 359 Stück Damenwäsche und Trikotagen, mehr als 150 Paar Schuhe und Ledererzeugnisse, etwa 60 Kleider, 17 Herrenanzüge, 13 Gemälde und andere Wertsachen.

2. Klepow mißbrauchte als Chef des Operativen Sektors des MWD des Landes<sup>178</sup> Sachsen seine Dienststellung und eignete sich in der Zeit von Juni 1945 bis Anfang 1947 zur persönlichen Bereicherung verschiedenes Inventar und Wertsachen an, die in staatliche Verfügung hätten übergeben werden müssen.

Klepow nahm das Inventar und die Wertgegenstände zweier großer deutscher Villen an sich und ließ das alles in seine Moskauer Wohnung schaffen.

Bei der Haussuchung in seiner Wohnung wurden beschlagnahmt: 414 Gold- und Silbergegenstände, 301 Teile von kostbaren Speise- und Teeservice, 198 Antiquitäten (Statuetten, Vasen), 15 Gemälde, einige Fotoapparate, Akkordeons und anderes Inventar.

3. Als Sekretär des Bevollmächtigten des MWD der UdSSR in Deutschland nutzte Tuschlow seine Dienststellung aus und eignete sich in der Zeit von 1945 bis Anfang 1947 illegal aus dem Beutegut Gegenstände und Wertsachen an.

Bei der Verhaftung Tuschlows wurden beschlagnahmt: zwei große Ziehharmonikas, ein Akkordeon, fünf Uhren, drei Fotoapparate, zwei Teppiche.

Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR erkennt auf schuldig:

1. Beschadow – wegen Verbrechen nach dem Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 und nach Artikel 193-17a, nicht aber nach Artikel 193-17b des Strafgesetzbuches der RSFSR, weil Beschadows Schuld wegen unmittelbarer Beteiligung an der Konstruktion provokatorischer Fälle und insbesondere wegen einer Verwicklung in den Mord an dem Deutschen Bätzel nicht nachgewiesen werden konnte.

<sup>178</sup> In der Vorlage irrtümlich: „Provinz“.



Die diesbezügliche Beschuldigung Beschанows beruhte auf den Aussagen des Verurteilten Schigarjew, die sich durch objektive Beweise nicht erhärten ließen.

2. Klepow – wegen Verbrechen nach dem Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 und nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuches der RSFSR.

3. Tuschlow – wegen Verbrechen nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuches der RSFSR.

Die Anklage gegen ihn nach dem Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 ließ sich nicht beweisen, da sich die Dokumente, die Tuschlow der Finanzabteilung des Innenministeriums der UdSSR über die Verausgabung von sieben Millionen Reichsmark übergeben hatte, bei ihrer Prüfung durch das Militärkollegium im Untersuchungsverfahren als echt erwiesen. Objektive Beweise für die Aneignung der Reichsmark durch Tuschlow konnten ebenfalls nicht erbracht werden.

4. Chrenkow und Wichrjanow waren angeklagt, unter Mißbrauch ihrer Dienststellung zur Unterschlagung von Vermögenswerten beigetragen zu haben, die in staatliche Verfügung hätten übergeben werden müssen.

Das Militärkollegium betrachtet diese Anklage als unbewiesen. Denn wenn Chrenkow und Wichrjanow dienstliche Aufträge zur Beschaffung verschiedener Sachen erfüllt haben, ohne daß sie deren weitere Bestimmung kannten, so ist das nicht als Straftat anzusehen.

Was die Anklage betrifft, Wichrjanow habe zusammen mit Tuschlow ein gefälschtes Dokument über die Ausgabe von sieben Millionen Reichsmark unterschrieben, so sieht – wie bereits festgestellt – das Militärkollegium das Dokument nicht als Fälschung an.

Auf der Grundlage des Dargelegten und geleitet von den Artikeln 319, 320 und 326-3 des Strafgesetzbuchs der RSFSR spricht das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR folgendes Urteil:

Michail Alexandrowitsch Chrenkow und Michail Semjonowitsch Wichrjanow werden gerichtlich freigesprochen. Sie sind aus der Haft zu entlassen.

Wassili Michailowitsch Tuschlow erhält nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR drei Jahre und sechs Monate Arbeitslager ohne Aberkennung der [bürgerlichen] Rechte. Bezüglich des Gesetzes zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 wird er freigesprochen.

Nach Verbüßung seiner Haftstrafe ist Tuschlow freizulassen.

Grigori Akimowitsch Beschанow und Sergei Alexejewitsch Klepow erhalten mit Rücksicht auf ihren langjährigen tadellosen Dienst in den Organen des MWD-MGB in der Vergangenheit nach dem Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 jeder zehn Jahre Arbeitsbesserungslager mit Einzug ihres Eigentums und Aberkennung der politischen Rechte für drei Jahre.

Nach Artikel 193-17a des Strafgesetzbuchs der RSFSR erhält Beschанow sieben und Klepow fünf Jahre Arbeitsbesserungslager.

Insgesamt erhalten Beschанow und Klepow für die von ihnen begangenen Verbrechen nach Artikel 49 des Strafgesetzbuchs der RSFSR und nach dem Gesetz zum Schutz des sozialistischen Eigentums vom 7. August 1932 jeder zehn Jahre Arbeitsbesserungslager mit Einzug ihres Eigentums und Aberkennung der politischen Rechte für drei Jahre. Beschанow werden folgende Medaillen aberkannt: „Für die Verteidigung Leningrads“, „Für die Verteidigung des Kaukasus“, „Für den Sieg über Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945“, „Für heldenhafte Arbeit im Großen Vaterländischen Krieg“.

Klepow werden folgende Medaillen aberkannt: „Für die Verteidigung Moskaus“, „Für die Verteidigung des Kaukasus“, „Für den Sieg über Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945“.

Das Präsidium des Obersten Sowjets wird ersucht, G. A. Beschанow den Leninorden, zwei Rotbannerorden, den Orden „Vaterländischer Krieg 1. Klasse“, den Orden „Roter Stern“, das

„Ehrenzeichen“ und die Medaille „20 Jahre Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ und S. A. Klepow den Leninorden, drei Rotbannerorden, den Kutusow-Orden 2. Klasse, zwei Orden „Vaterländischer Krieg 1. Klasse“, einen Orden „Vaterländischer Krieg 2. Klasse“ und einen Rotbannerorden der Usbekischen SSR abzuerkennen.

Der Ministerrat der UdSSR wird ersucht, G. A. Beschadow und S. A. Klepow den Rang eines Generalmajors abzuerkennen.

Die Haftzeit zählt für Beschadow vom 10. Dezember 1947 und für Klepow vom 30. Januar 1948 an.

Das Urteil ist endgültig und unterliegt nicht der Berufungsmöglichkeit.<sup>179</sup>

Echt nach ordnungsgemäßen Unterschriften.

Beglaubigt:

Gerichtssekretär des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR

Oberleutnant Afanasjew

*ZA FSB Archiwno-sledstwennoje delo G. A. Beschadow Nr. R-120. Beglaubigte Kopie.*

## **Nr. 239. Auskunft der Abteilung Verwaltungsorgane des ZK der WKP(B) über den Bevollmächtigten des MGB in Deutschland Oberst Dawydow. November 1951**

„...“<sup>180</sup> November 1951

Der Minister für Staatssicherheit der UdSSR Gen. Ignatjew unterbreitet den Vorschlag, Oberst S. P. Dawydow von seinen Posten als Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland, als Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und als Stellvertreter des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission abzulösen.

Gen. S. P. Dawydow ist Jahrgang 1909, Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1938, besitzt Hochschulbildung, dient seit zwölf Jahren in den Organen der Staatssicherheit. Auf dem Posten des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland arbeitet er seit März 1950.

Das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR überprüfte und erörterte den Stand der vom Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland geleisteten operativen Arbeit mit Agenten. Dabei wurden ernste Mängel und Fehler in der operativen Tätigkeit der Organe des MGB der UdSSR in Deutschland aufgedeckt, die infolge der unzulänglichen Leitung dieser Arbeit durch Gen. Dawydow, aber auch durch das MGB der UdSSR aufgetreten sind.

Angesichts der Tatsache, daß Gen. Dawydow die ihm übertragene Arbeit nicht bewältigt und auch künftig die Erfüllung der vor den Organen des MGB in Deutschland stehenden Aufgaben nicht zu gewährleisten vermag, unterbreitet das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR den Vorschlag, ihn von seinem Posten abzulösen.

<sup>179</sup> Beschadow und Klepow wurden im Juli 1953 rehabilitiert, doch in die KPdSU wurden beide nicht wieder aufgenommen. Die Materialien der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU zu ihrem Fall wurden veröffentlicht in: Petrow, N. W.: Perwy predsedatel KGB Iwan Serow, Moskwa 2005, S. 274-301.

<sup>180</sup> Das Datum ist nicht eingetragen.

Wir halten es für möglich, den Vorschlag des Gen. Ignatjew anzunehmen<sup>181</sup>.

Stellvertretender Sektorenleiter der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) Grigorjew  
Instrukteur der Verwaltungsabteilung des ZK der WKP(B) Marfunin

*RGASPI 17/100/228435, Bl. 25. Original.*

**Nr. 240. Meldung des amtierenden Chefs der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow an den Chef des Inneren Schutzes des MGB der UdSSR Generalleutnant Burmak über die Aufbewahrung antisowjetischer Flugblätter durch einen Zugführer des 105. Schützenregiments. 11. Dezember 1951**

Streng geheim

Nr. 13/7-001585

**Sondermeldung**

über die Aufbewahrung antisowjetischer Flugblätter durch den Zugführer des  
105. Schützenregiments Unterleutnant S. J. Dudarow

Ich melde, daß der Zugführer der 5. Schützenkompanie des 105. Schützenregiments Unterleutnant Dudarow sieben Tage lang (vom 27. November bis zum 3. Dezember d.J.) 14 antisowjetische Flugblätter von je 3x4 cm Größe in der Tasche seiner Uniformjacke aufbewahrte.

Die Untersuchung des Sachverhalts vor Ort ergab folgendes:

Unterleutnant Sergei Jewstafjewitsch Dudarow, Jahrgang 1925, Russe, Arbeiter, Kandidat der WKP(B), unabgeschlossene Oberschulbildung, kam im Dezember 1950 aus der Reserve zum 105. Schützenregiment. Während seines Dienstes im Regiment wurde er vom Kommando des Bataillons und des Regiments als disziplinierter, taktvoller, bescheidener, moralisch standfester Offizier charakterisiert, der jedoch noch nicht über genügend Erfahrung in der Erziehung der Truppe verfügt. Er ist darum bemüht, sich diese Erfahrungen in der praktischen Arbeit anzueignen. Die Disziplin unter den Angehörigen seines Zuges ist völlig zufriedenstellend. In den letzten vier Monaten gab es in diesem Zug keine schweren Disziplinverstöße.

Am 27. November d.J. nahm die 5. Schützenkompanie zusammen mit anderen Untereinheiten des Bataillons an taktischen Übungen teil, die auf einem Panzerübungsplatz in der Nähe von Bernau durchgeführt wurden.

Alle Offiziere wurden vor dem Ausrücken zu der Übung vom Kommando des 2. Schützenbataillons vorbeugend darauf aufmerksam gemacht, daß sich auf dem Übungsplatz Flugblätter

---

<sup>181</sup> Auf Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) Nr. P84/489 vom 23. Nov. 1951 wurde Dawydow von den Posten des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland, des Stellvertreters des Oberbefehlshabers der GSBSD und des Stellvertreters des Vorsitzenden der SKK in Deutschland abgelöst, statt seiner wurde M. K. Kawersnjew ernannt. In: RGASPI 17/3/1091. – Kawersnjew, Michail Kirillowitsch (1905–), Generalmajor; 1930 WKP(B); ab 1933 in der Staatssicherheit, ab 1941 stellvertretender Chef der NKWD-Gebietsverwaltung von Moskau, 1943–45 NKGB der Usbekischen SSR, 1945–49 Chef der MGB-Gebietsverwaltung von Kuibyschew und ab 1949 von Krasnodar; Nov. 1951–Mai 1953 Bevollmächtigter des MGB-MWD in Deutschland, gleichzeitig stellvertretender Oberbefehlshaber der GSBSD und stellvertretender Vorsitzender der SKK. 1953–54 Chef der MWD-Gebietsverwaltung von Rostow; 1955 aus dem KGB entlassen und 1956 aus der KPdSU ausgeschlossen sowie Rangaberkennung „wegen Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit bei der Untersuchungsführung und wegen Falsifizierung von Untersuchungsakten“.

befinden könnten, und es wurde erläutert, wie man sich beim Auffinden von Flugblättern zu verhalten hat. Zu dieser Frage wurden auch die Agitatoren der Züge vorher instruiert.

Während der Übung übergab Untersergeant Ja. M. Kisselew 14 antisowjetische Flugblätter, die er gefunden hatte, an Unterleutnant Dudarow, der einen Teil davon in die linke Jackentasche, einen anderen Teil in die Hosentasche steckte.

Vor der Abfahrt vom Übungsplatz holte sich Dudarow Zigaretten aus der Hosentasche und zog dabei ein Flugblatt heraus. Leutnant Rjasanzew, der das bemerkte, fragte Dudarow: „Was hast du da?“ Darauf antwortete Dudarow, das sei geheim, dann hob er das Flugblatt auf und steckte die Flugblätter aus seiner Hosentasche zu den anderen in seiner Jackentasche.

Bei der Rückfahrt von der Übung las Dudarow im Führerhaus eines Lkw ein Flugblatt.

Über all das hatte Dudarow niemandem Meldung erstattet. Und erst am 3. Dezember wurden ihm die Flugblätter abgenommen und vom Politischen Stellvertreter des Kommandeurs des 2. Schützenbataillons Hauptmann Dowki vernichtet.

Die Aufbewahrung der antisowjetischen Flugblätter über sieben Tage erklärt Dudarow damit, daß er sie angeblich vergessen hat. Diese Erklärung Dudarows kann man für wahrscheinlich halten, da die Flugblätter klein waren und aus dünnem Papier bestanden.

Fazit: Diese Begebenheit war Folge politischer Sorglosigkeit bei Unterleutnant Dudarow und mangelnder erzieherischer Arbeit mit den Offizieren zur Erhöhung der politischen Wachsamkeit, was insbesondere die neu hinzugekommenen Offiziere betrifft.

#### Maßnahmen:

1. Zur Untersuchung des Sachverhalts und zur Unterstützung bei der Einleitung der erforderlichen Maßnahmen vor Ort war der Sekretär der Parteikommission der Truppen Oberst Bogdanow ins Regiment entsandt worden.

Dudarow wurde im persönlichen Gespräch erläutert, welchen Fehler er begangen hat.

2. Wegen politischer Sorglosigkeit wird Dudarow vor der Partei zur Verantwortung gezogen und in einen anderen Truppenteil versetzt.

3. Zu diesem Fall werden die Kommandeure der Truppenteile und die Chefs der Politischen Abteilungen bei der nächsten Zusammenkunft in der Verwaltung der Truppen eine Orientierung erhalten.

4. Mit den Offizieren des Regiments wurde der genannte Sachverhalt gründlich ausgewertet und es wurden Maßnahmen festgelegt, die künftig solche Fälle verhindern sollen.

Amtierender Chef der Inneren Truppen des MGB in Deutschland Oberst Wolkow

Amtierender Chef der Politischen Abteilung der Truppen Oberstleutnant Lyssenko

*Gen. Kusnezow. Mit den Maßnahmen einverstanden. Tereschtschenko. 18. Dez. [19]51. An Gen. Krasnow. 19. Dez. Kusnezow.*

*RGWA 38650/1/1430, Bl. 101-103. Original.*

**Nr. 241. Dienstliches Zeugnis über den stellvertretenden Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg Oberst Sitnow<sup>182</sup>. 18. Februar 1952**

Streng geheim

Oberst Wladimir Michailowitsch Sitnow war von Juli 1950 bis August 1951 Chef der Abteilung „WT“<sup>183</sup> (der Dienststellung nach stellvertretender Chef eines Operativen Sektors) bei der SAG Wismut. Im August 1951 wurde er zum stellvertretenden Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Brandenburg ernannt, zugleich wurde er Chef der Abteilung „MK“ zur Anleitung der deutschen Staatssicherheitsorgane im Land Brandenburg.

Als Chef der Abteilung „WT“ und später der Abteilung „MK“ leistete Gen. Sitnow eine positive Arbeit, erwies er sich als erfahrener Tschekist und guter Organisator.

In kurzer Zeit organisierte Gen. Sitnow die Arbeit mit Agenten unter den deutschen Beschäftigten der Wismut, so daß die Abteilung einige beachtliche Vorgänge zu Spionage- und Untergrundformationen operativ bearbeiten konnte, die später ausgehoben wurden.

Gen. Sitnow organisierte den Apparat der Abteilung so, daß die Erfüllung der gestellten Aufgaben im Mittelpunkt stand. Er arbeitete persönlich mit den Untergebenen, fuhr fast täglich zu den Unterabteilungen in den Objekten, wo er sich zusammen mit dem operativen Personal an der Ausarbeitung und Durchführung von Maßnahmen mit Agenten sowie an der Aufnahme und Werbung von Agenten beteiligte.

Auch für den kurzen Zeitraum seiner Arbeit in der Abteilung „MK“ ist er nur positiv zu beurteilen.

Er genießt Ansehen bei den unterstellten Mitarbeitern, ist ein aufmerksamer, feinfühligler Leiter.

Bei der Behandlung grundsätzlicher operativer Fragen dringt er tief in das Wesen der Sache ein. Bevor er Entscheidungen trifft, berät er sich mit den unterstellten operativen Mitarbeitern und den übergeordneten Chefs.

Er nimmt aktiv teil am Partei- und gesellschaftlichen Leben des Kollektivs.

Er ist ideologisch konsequent und arbeitet intensiv an der Erweiterung seines politischen Wissens.

Im Alltag verhält er sich bescheiden.

Er wird dem Posten des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors gerecht, er kann mit dem Posten des Chefs des Operativen Sektors betraut werden<sup>184</sup>.

Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Oberst Kurenkow<sup>185</sup>

Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland Oberst Medwedew<sup>186</sup>

*RGASPI 17/100/358142, Bl. 40-41. Original.*

<sup>182</sup> Sitnow, Wladimir Michailowitsch (1914–1989), Oberstleutnant/Oberst; Techniker, ab 1939 in der Staatssicherheit; 1943–45 Abteilungschef in der Verwaltung Abwehr der 3. Belorussischen Front; 1940 WKP(B). 1945–46 Chef der 5. Abteilung der Verwaltung Abwehr der GSBSD und ab Dez. 1946 Chef der für die sowjetische Kolonie zuständigen Abteilung des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland; ab 1951 stellvertretender, ab Feb. 1952 kommissarischer und Apr.-Juli 1952 Chef des Operativen Sektors Brandenburg, danach Chef des Operativen Sektors des Apparates des MGB/MWD/KGB im Bezirk Potsdam. 1956 stellvertretender und 1957–75 Chef der KGB-Gebietsverwaltung von Nowosibirsk. 1945 Oberstleutnant, 1949 Oberst, 1965 Generalmajor.

<sup>183</sup> D. i. Abteilung zur operativen Beaufsichtigung der SAG Wismut.

<sup>184</sup> Vgl. das folgende Dokument.

<sup>185</sup> Kurenkow, Alexei Nikolajewitsch (1915–1992), Oberst; 1949–53 stellvertretender Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland für Kaderfragen.

<sup>186</sup> Medwedew, Pawel Nikolajewitsch (1905–), Oberst; 1949–53 stellvertretender Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland.

**Nr. 242. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zur Vorlage im ZK der WKP(B) über die Bestätigung von Oberst Sitnow als Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Brandenburg. 12. März 1952**

Streng geheim

Wladimir Michailowitsch Sitnow, Jahrgang 1914, geboren in der Stadt Rodniki, Gebiet Iwanowo, Russe, Angestellter, Mitglied der WKP(B) seit 1940, Parteibuch Nr. 2877163, Oberschulbildung, 1931 Abschluß der 9-Klassen-Schule, 1935 Abschluß der Industriefachschule von Schuiski, in den Organen des NKWD-MGB seit 1939, verheiratet.

Gen. Sitnow begann seine Arbeitstätigkeit 1931 als Elektromonteur, nach dem Abschluß der Industriefachschule von Schuiski arbeitete er von 1935 bis 1939 als Elektrotechniker, als Stellvertreter des Chefs und als Chef der Elektroabteilung des Baumwollkombinats „Bolschewik“ in der Stadt Rodniki, Gebiet Iwanowo.

Im August 1939 wurde Gen. Sitnow vom Gebietskomitee der WKP(B) in Iwanowo zum Studium an die NKWD-Schule in Taschkent geschickt. Nach Abschluß der Schule erhielt er eine Abkommandierung zum NKWD der Belorussischen SSR und wurde zum Oberoperativbevollmächtigten ernannt. Später wurde er Stellvertreter des Chefs einer Unterabteilung der Abteilung Geheimpolitik<sup>187</sup> der NKWD-Verwaltung des Pinsker Gebiets.

Bei seiner Arbeit in den genannten Dienststellungen empfahl er sich durch positives Wirken, er festigte die an der Schule erworbenen Kenntnisse und zeigte seine Befähigung zur operativen Arbeit mit Agenten.

Anfang 1942 wurde Gen. Sitnow umgesetzt in die Sonderorgane des NKWD an der Westfront, wo er zunächst für kurze Zeit als Chef des Sekretariats, später als Chef der 4. Unterabteilung der Sonderabteilung des NKWD der 16. Armee tätig war.

1943 berief man ihn in führende Funktionen – erst als Stellvertreter des Chefs, dann als Chef der 3. Abteilung der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der Westfront bzw. der 3. Belorussischen Front, und 1945 wurde er zum Chef der 5. Abteilung der Verwaltung Spionageabwehr der GSBSD ernannt.

Bei seiner Arbeit im zentralen Apparat der Front und der Gruppe hat es Gen. Sitnow gut verstanden, die operativen Mitarbeiter auf die Erfüllung der vor den Organen der Spionageabwehr stehenden Aufgaben zu orientieren, zugleich erwies er ihnen praktische Hilfe in der Arbeit. Am Parteileben nahm er aktiv teil, er war stellvertretender Parteiorganisator der WKP(B)-Organisation der Verwaltung Spionageabwehr der Front und Mitglied des Parteibüros der Parteiorganisation der 3. Abteilung.

1946 wurde Gen. Sitnow aus den Abwehrorganen des MGB in den Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland umgesetzt, hier wurde er zum Chef der Abteilung für die Betreuung der sowjetischen Kolonie ernannt. In den vier Jahren, die er auf diesem Posten tätig war, leistete er eine bedeutende Arbeit zur Säuberung der Objekte der SMAD von Personen, denen man politisch nicht vertrauen konnte, die moralisch haltlos waren oder sich durch Beziehungen zu Ausländern kompromittiert hatten. Große Aufmerksamkeit widmete er der Erziehung der ihm unterstellten Mitarbeiter, im Kollektiv genoß er hohes Ansehen. An der Arbeit der Parteiorganisation nahm er aktiv teil, er war Mitglied des Parteibüros der Abteilung.

Im Zusammenhang mit der Reorganisation des Apparats des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland wurde Gen. Sitnow im August 1950 zum Chef der selbständigen Abteilung für die Betreuung der SAG Wismut ernannt, wo er ebenfalls im positiven Sinne wirkte.

<sup>187</sup> Vorlage: „sekretno-polititscheski otdel“.

Bei seiner Arbeit in Deutschland unterließ Gen. Sitnow am 31. Dezember 1949 eine grobe Verletzung der tschekistischen Disziplin, als er in einer deutschen Schneiderei eine Mappe mit streng geheimen Dokumenten liegen ließ. Offiziere der Sowjetischen Armee nahmen die Mappe an sich und übergaben sie nach kurzer Zeit Gen. Sitnow persönlich. Für diese Verletzung der tschekistischen Disziplin erhielt Gen. Sitnow im April 1950 von der Sonderinspektion der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR einen strengen Verweis, der im April 1951 gelöscht wurde.

Seit Juni 1951 arbeitet er als Chef der Abteilung für die Aufsicht über die MGB-Organen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Posten des stellvertretenden Chefs des Operativen Sektors des Landes Brandenburg.

Gen. Sitnow verfügt über große Erfahrungen in der operativen, auf Agenten gestützten Arbeit unter den Bedingungen in Deutschland und ist ein qualifizierter Tschekist. Er versteht es, die Arbeit der unterstellten Mitarbeiter gut zu organisieren und vermittelt ihnen seine Erfahrungen in der Arbeit. Er arbeitet auch persönlich mit Agenten. An der Arbeit der Parteiorganisation nimmt er regen Anteil.

Für die Erfüllung operativer Aufgaben und für seinen tadellosen Dienst in den Organen des NKWD-MGB erhielt er mehrere staatliche Auszeichnungen.

Der Bevollmächtigte des MGB der UdSSR in Deutschland Gen. Kawernsjew ersucht darum, W. M. Sitnow zum Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg zu ernennen.

In Anbetracht seiner großen Erfahrungen in der operativen, auf Agenten gestützten Arbeit unter den Bedingungen in Deutschland und seiner positiven fachlichen, politischen und persönlichen Qualitäten hält es die Kaderverwaltung des MGB der UdSSR für möglich, dem ZK der WKP(B) das Ersuchen zu unterbreiten, Oberst Wladimir Michailowitsch Sitnow als Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland zu bestätigen<sup>188</sup>.

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR A. Jepschew<sup>189</sup>

Stellvertreter des Chefs der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Sabolotny<sup>190</sup>

Chef der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Woltschanski

*RGASPI 17/100/358142, Bl. 42-43. Original.*

### **Nr. 243. Dienstliches Zeugnis für den Chef des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen Oberst Pimenow. 8. Juli 1952**

Oberst K. T. Pimenow arbeitete bis September 1950 als Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors des Landes Sachsen, seine Arbeit wurde positiv beurteilt.

Im September 1950 wurde er zum Chef des Operativen Sektors von Sachsen berufen.

In der tschekistischen Arbeit ist er erfahren, viele Dienstjahre war er in Führungsfunktionen tätig, er verfügt über organisatorische Fähigkeiten.

Die unterstellten Mitarbeiter vermag er zu führen, das Kollektiv der Tschekisten orientiert er richtig auf die Erfüllung der vor den Organen des MGB der UdSSR in Deutschland stehenden Aufgaben.

---

<sup>188</sup> Sitnow wurde mit Beschluß des Sekretariats des ZK der WKP(B) Nr. St. 620/125 vom 2. Apr. 1952 für den Posten des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg bestätigt. In: RGASPI 17/100/358142.

<sup>189</sup> Jepschew, Alexei Alexejewitsch (1908–1985), 1951–53 Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR für Kaderfragen.

<sup>190</sup> Sabolotny, Grigori Iwanowitsch (1916–1994).

Gut versteht er es, sich in die deutsche Innenpolitik hineinzudenken und sich frei in der Situation zu orientieren.

An die Lösung operativer Fragen geht er überlegt heran und trifft dazu richtige Entscheidungen.

Auf Grund der richtigen Führung der unterstellten operativen Mitarbeiter kann der Operative Sektor auf positive Ergebnisse in der tschekistischen Arbeit verweisen.

In persönlicher Hinsicht ist Gen. Pimenow diszipliniert, zur Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten verhält er sich gewissenhaft.

Er ist politisch entwickelt, an der Arbeit der Parteiorganisation nimmt er regen Anteil.

Er ist moralisch gefestigt, im Alltag verhält er sich bescheiden.

Gen. Pimenow verdient es, auf den Posten des Stellvertreters des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland und Chef der Verwaltung „WT“ berufen zu werden.

Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland Generalmajor Kawersnew

*RGASPI 17/100/144426, Bl. 40 mit Rückseite. Original.*

## **Nr. 244. Gutachten der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR zu Oberst Pimenow. 30. Juli 1952**

Streng geheim

Gen. Konstantin Terentjewitsch Pimenow, Jahrgang 1911, geboren in der Stadt Feodossija, Gebiet Krim, Nationalität: Russe, Mitglied der WKP(B) seit 1932, Nr. des Parteibuchs: 1945826, abgeschlossene Hochschulbildung, beendete 1939 das 4. Studienjahr an der Schukowski-Akademie der Luftstreitkräfte.

Den Dienst in den Organen des NKWD-MGB trat er im Januar 1939 auf Beschluß des ZK der WKP(B) an. Von dieser Zeit an bis 1945 arbeitete er in führenden Funktionen in den Organen der Sonderabteilungen des NKWD und später bei der Spionageabwehr „Smersch“ zur Betreuung von Truppenteilen der Sowjetischen Armee.

Er war Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg. Im Juni 1945 wurde Gen. Pimenow aus der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ der 1. Belorussischen Front, wo er den Posten des stellvertretenden Chefs der Abteilung Spionageabwehr „Smersch“ der 69. Armee bekleidete, zur Arbeit im Apparat des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland entsandt.

Von 1945 bis 1948 arbeitete er erst als Chef der Bezirksabteilung für das Umland von Berlin, später als Chef der Bezirksabteilung Eberswalde des Operativen Sektors des MGB des Landes Brandenburg.

Von 1948 bis 1950 war er Stellvertreter des Chefs des Operativen Sektors des MGB des Landes Sachsen.

Im September 1950 wurde Gen. Pimenow auf Grund seiner Erfahrung in der Führungstätigkeit und in der operativen, auf Agenten gestützten Arbeit auf Ersuchen der Führung des Apparats des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland vom ZK der WKP(B) als Chef des Operativen Sektors des MGB für das Land Sachsen bestätigt.

Für die Zeit seiner Arbeit in den Operativen Sektoren des MGB der Länder Brandenburg und Sachsen wird Gen. Pimenow positiv beurteilt. In der operativen, auf Agenten gestützten Arbeit sowie in der Untersuchungstätigkeit kennt er sich gut aus. Er versteht es, die ihm unterstellten Mitarbeiter zu führen, das operative Personal richtig auf die Erfüllung der den Organen des MGB in Deutschland gestellten Aufgaben zu orientieren.

Er ist diszipliniert, anspruchsvoll sich selbst und den Untergebenen gegenüber. Zur Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten verhält er sich gewissenhaft. Unter den Mitarbeitern genießt er Ansehen.



Er ist politisch entwickelt, am Leben der Parteiorganisation nimmt er regen Anteil, im Oktober 1950 wurde er zum Mitglied des Parteibüros des Operativen Sektors gewählt.

Der Bevollmächtigte des MGB der UdSSR in Deutschland Gen. Kawersnew schlägt Pimenow zur Bestätigung als Stellvertreter des Bevollmächtigten vor. Der Stellvertreter des Chefs der Ersten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR Gen. Dobrochotow<sup>191</sup> unterstützt die Kandidatur Pimenows.

In Anbetracht der fachlichen und politischen Qualitäten des Gen. Pimenow halten wir es für möglich, dem ZK der WKP(B) den Vorschlag, Gen. Konstantin Terentjewitsch Pimenow für den Posten des Stellvertreters des Bevollmächtigten des MGB der UdSSR in Deutschland zu bestätigen und ihn gleichzeitig von seiner Funktion als Chef des Operativen Sektors des MGB für Sachsen zu entbinden, zur Beratung zu unterbreiten<sup>192</sup>.

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR A. Jepischew

Stellvertreter des Chefs der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Sabolotny

Stellvertreter des Chefs der 3. Abteilung der Kaderverwaltung des MGB der UdSSR Kriworutschko

*RGASPI 17/100/144426, Bl. 43-44. Original.*

### **Nr. 245. Erklärung des ehemaligen Chefs des Operativen Sektors des NKWD-MGB für die Provinz Mecklenburg Generalmajor Nikitin an das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU aus Anlaß der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. 12. April 1957**

An das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU

Vom Mitglied der KPdSU seit August 1919

D. M. Nikitin

#### **Erklärung**

Bei der Behandlung meiner Angelegenheit in der Sitzung des Kontrollkomitees beim ZK der KPdSU vom 28. März 1957 wurden Auszüge aus einer Erklärung meines ehemaligen Stellvertreters für Untersuchungstätigkeit in Deutschland Gen. Schulgin<sup>193</sup> vom März 1947 verlesen.

Diese Auszüge laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß ich in einer operativen Beratung folgendes gesagt haben soll:

1. Staatsanwälte sind nicht ins Gefängnis zu den Inhaftierten vorzulassen,
2. verhaftete Spione soll man „am Fließband“ verhören, solange sie nichts zugeben,
3. der Staatsanwalt (welcher ist nicht bekannt) ist ein Dummkopf.

---

<sup>191</sup> Dobrochotow, Wassili Pawlowitsch (1911–1971), Oberst, 1957 Generalmajor; ab 1951 Chef des Sekretariats des MGB der UdSSR, ab 1952 Erster Stellvertreter des Chefs der Ersten Hauptverwaltung des MGB der UdSSR, 1953 Chef des Sekretariats des MGB und dann Erster Stellvertreter des Chefs des Sekretariats des MWD der UdSSR, 1953–54 Stellvertreter des Chefs der Zweiten Hauptverwaltung des MWD der UdSSR, ab März 1954 Chef des Sekretariats des KGB beim Ministerrat der UdSSR.

<sup>192</sup> Pimenow amtierte geschäftsführend als Stellvertreter des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland und gleichzeitig als Chef der Verwaltung „WT“ des Bevollmächtigten des MGB seit Juli 1952. Auf diesem Posten wurde er vom ZK der WKP(B) nicht bestätigt und im Herbst 1952 in die UdSSR abkommandiert. Vgl. RGASPI 17/100/144426.

<sup>193</sup> Schulgin, Alexandr Timofejewitsch (1903–1976), 1945–46 Chef der Operativen Gruppe des NKWD im Bezirk Güstrow, 1946–47 stellvertretender Chef des Operativen Sektors des MGB in Mecklenburg.

Diese Aussagen aus Schulgins Erklärung sind Lügen. Die Staatsanwälte, die die Arbeit des von mir geleiteten Operativen Sektors beaufsichtigten, waren die Genossen Michailowski und Pustowalow. Mit ihnen, vor allem mit Gen. Pustowalow, hatte ich, hatten auch meine Stellvertreter fast täglich zu tun, mit ihnen lösten wir alle im Zusammenhang mit den Untersuchungen auftauchenden Fragen.

Irgendein Verbot, die Staatsanwälte zu den Gefangenen vorzulassen, habe ich nicht erteilt. Im Gegenteil, um die Arbeit der Staatsanwälte im Gefängnis zu gewährleisten, wurde extra ein Arbeitszimmer eingerichtet, in dem sie auch arbeiteten.

Die Staatsanwälte hatten stets uneingeschränkte Möglichkeiten, über alle Gefangenen und die sie betreffenden Untersuchungsverfahren, die vom Operativen Sektor und seinen Untergliederungen geführt wurden, ihre Aufsicht auszuüben.

Mängel in der Untersuchungsarbeit, die die Staatsanwälte mündlich oder in schriftlicher Form rügten, wurden von mir und den Mitarbeitern des Operativen Sektors bald darauf behoben.

Es wurde eine große Aufklärungsarbeit geleistet, damit die aufgezeigten Mängel in der Untersuchungsarbeit fortan nicht mehr auftreten.

Die Schuldigen für diese oder jene Fehler in der Untersuchungsführung wurden von mir bestraft.

Ungeachtet aller von mir unternommenen Maßnahmen zur Abstellung der Fehler in der Untersuchungsarbeit (Gespräche, Diskussionen auf den operativen Zusammenkünften, Erteilung dienstrechtlicher Verweise u. a.) gab es in der Folgezeit dennoch erneut Einzelfälle, bei denen in der Untersuchungsführung Mängel auftraten. Das erklärt sich aus:

1. der geringen tschekistischen Qualifikation des Apparats,
2. der großen Menge von neu Inhaftierten,
3. der Verstreutheit und dem weiten Auseinanderliegen vieler Untergliederungen des Operativen Sektors (in den Kreisen, Bezirken),
4. der Kompliziertheit und Besonderheit der Arbeit auf einem Territorium (eines anderen Staates), das gerade erst von den Faschisten befreit wurde.

Was die Erklärung Schulgins betrifft, ich hätte angeblich die Weisung erteilt, verhaftete Spione „am Fließband“ zu verhören, so ist sie von seiner Absicht diktiert, mich als Leiter des Operativen Sektors zu kompromittieren.

In der letzten operativen Beratung sprach ich tatsächlich über Mängel in der Untersuchungsführung. Ein verhafteter Spion hatte etwas zugegeben, doch er war nicht bis zu Ende verhört worden, sondern man hatte ihn wieder in die Zelle gebracht. Während der Untersuchungsführer aus irgendeinem Grund wegging (zum Essen, zu einer Versammlung oder einer Beratung), sprach sich der Spion in der Zelle mit seinem Komplizen ab, was die weitere Untersuchung sehr erschwerte.

Bei der Erläuterung, wie man die Untersuchung in Spionagefällen, vor allem wenn es sich um Gruppierungen handelt, am besten führen sollte, sagte ich, daß es, um Komplikationen in der Untersuchung zu vermeiden, beim Verhör eines geständigen Spions notwendig ist, den Untersuchungsführer, wenn dieser unbedingt für eine Zeit aussetzen muß, durch einen anderen zu ersetzen, wobei für den Gefangenen die erforderlichen Voraussetzungen für die Einnahme des Essens am Ort des Verhörs zu schaffen sind. So ist das Verhör vollständig zu Ende zu führen, nicht nur bis zur Mitte oder zu dem Punkt, an dem der Verhaftete mit seinem Geständnis beginnt. Danach kann man diesen in die Gefängniszelle zurückbringen, ohne befürchten zu müssen, daß er sich mit seinen Komplizen abspricht, zumal in diesem Gefängnis keine Möglichkeit bestand, die Gefangenen zuverlässig zu isolieren, wie es in entsprechend eingerichteten Gefängnissen geschieht.

Diese Hinweise von mir zur Untersuchung in Spionageverfahren interpretierte Schulgin als Aufforderung, bei Verhören das „Fließband“ anzuwenden.

Was die Behauptung betrifft, ich hätte gesagt, einer der Staatsanwälte sei ein „Dummkopf“, so ist sie offenbar absurd und von Schulgin erfunden worden. Die Staatsanwälte der SMA, die damals mit mir zusammen in Deutschland arbeiteten, der Gen. Michailowski und sein Stellvertreter Gen. Pustowalow haben am 12. April 1957 in einem Gespräch im Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU mit dem verantwortlichen Kontrolleur des Parteikontrollkomitees Gen. Wachtin ebenfalls bestätigt, daß ich persönlich immer gegen Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit gekämpft und rechtzeitig Maßnahmen ergriffen habe, um diese oder jene Mängel in der Untersuchungstätigkeit zu beseitigen, auf die sie persönlich oder durch Eingaben aufmerksam gemacht hatten.

Meine Arbeit wurde mehrfach überprüft, es wurden aber keine wesentlichen Mängel festgestellt und ich erhielt keine diesbezüglichen Hinweise.

Mängel in der Arbeit gab es natürlich, darauf habe ich oben hingewiesen. Bei meiner Arbeit in Deutschland habe ich mich ehrlich und gewissenhaft zu der mir übertragenen Aufgabe verhalten.

Schulgins Erklärung entspringt meines Erachtens keinesfalls sachlichen Erwägungen, sondern aus einer eigentümlichen „Kränkung“ durch mich (er war von mir in die UdSSR zurückgeschickt worden, weil er sich weigerte, das Zusammenleben mit einer Repatriantin zu beenden).

Im Verlauf der zehn Jahre (seit 1947), in denen diese Erklärung nun schon vorliegt, hat keiner meiner Vorgesetzten von mir irgendwelche Erklärungen dazu verlangt, d. h., sie maßen ihr offenbar keine ernsthafte Bedeutung bei.

Mitglied der KPdSU Nikitin

*RGASPI 589/3/7595, Bl. 172-178. Original.*

**Nr. 246. Erklärung der ehemaligen Militärstaatsanwälte der SMA-Verwaltung der Provinz Mecklenburg Michailowski und Pustowalow an das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU zu den gegen den ehemaligen Chef des Operativen Sektors des NKWD-MGB der Provinz Mecklenburg Generalmajor Nikitin vorgebrachten Beschuldigungen. Moskau, 12. April 1957**

Von den Mitgliedern der KPdSU Wladimir Andrejewitsch Michailowski, Parteibuch-Nr.: 01761878, wohnhaft in Moskau, Bolschoi pestschany pereulok Nr. 7, Wohnung Nr. 54, *gehört zur Parteiregistrierung der Hausverwaltung Nr. 7 des Leningrad-Rayons*<sup>194</sup>, und Wassili Andrejewitsch Pustowalow, Parteibuch-Nr.: 01271966, wohnhaft in Grodno, Truppenteil 28226, *gehört zur Parteiregistrierung der Politischen Abteilung der 28. Armee*.

General Nikitin kennen wir aus der gemeinsamen Arbeit in Schwerin (Deutschland). Er arbeitete von 1945 bis April 1947 als Chef des Operativen Sektors der SMA der Provinz Mecklenburg-Westpommern.

W. A. Pustowalow arbeitete von November 1945 bis April 1946 in der gleichen Provinz als kommissarischer Militärstaatsanwalt der Provinz und von April 1946 bis Juli 1949 als Stellvertreter des Militärstaatsanwalts der Provinz für die Aufsicht über die Untersuchungsverfahren im Operativen Sektor.

W. A. Michailowski war von April 1946 bis Mai 1948 als Militärstaatsanwalt der Provinz Mecklenburg tätig.

Die Militärstaatsanwaltschaft der Provinz hatte nicht nur die Truppenteile und militärischen Einrichtungen zu betreuen, sondern führte auch die Aufsicht über die Untersuchungsverfahren

---

<sup>194</sup> Die kursiv gesetzten Worte sind handschriftlich eingetragen.

zu Fällen mit besonderer Zuständigkeit sowie über die Einhaltung der Gesetzlichkeit bei der Haft in Gefängnissen und Untersuchungshaftzellen. In Strafsachen, d. h. in Fällen zu konterrevolutionären Verbrechen, ermittelten der Apparat der Untersuchungsabteilung des Operativen Sektors sowie die Ermittler der Kreisabteilungen (Operative Gruppen).

Beim Operativen Sektor in Schwerin sowie in einigen Kreisen (Güstrow) gab es Gefängnisse, in den übrigen (mehr als zehn) Kreisen waren Untersuchungshaftzellen eingerichtet.

Die Aufsicht über die Untersuchungsverfahren im Operativen Sektor und den Kreisoperativgruppen (Erteilung von Sanktionen für Verhaftungen, Teilnahme an der Untersuchung, Bestätigung der Anklageschriften, Einreichung der Fälle beim Militärtribunal) hatte der vorgesetzte Militärstaatsanwalt dem Stellvertreter des Militärstaatsanwalts der Provinz, d. h. Gen. Pustowalow, übertragen. Später, etwa ab Ende 1946, war der Militärstaatsanwalt der Provinz, d. h. Gen. Michailowski, für die Erteilung der Sanktionen für Verhaftungen, die Bestätigung der Anklageschriften und die Weiterleitung der Fälle an das Gericht selbst zuständig.

In der Zeit der Zusammenarbeit mit General Nikitin haben weder er selbst noch einer seiner Untergebenen jemals verboten, die Gefängnisse und die Untersuchungshaftzellen zu kontrollieren. Immer, sowohl nach dem Arbeitsplan als auch außerplanmäßig, wurden die Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen von uns überprüft und dementsprechend auch die Einhaltung der Gesetzlichkeit hinsichtlich der in Gewahrsam befindlichen Festgenommenen und Inhaftierten kontrolliert.

Bei der Kontrolle der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen stellten wir häufig fest, daß Deutsche und Staatsbürger der UdSSR unrechtmäßig (ohne Sanktion durch den Staatsanwalt) in Haft gehalten wurden.

Nach jeder Kontrolle der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen fertigten wir Protokolle an, in denen die unrechtmäßig in Gewahrsam gehaltenen Personen benannt wurden.

Jeden Fall eines unrechtmäßig Inhaftierten brachten wir bei General Nikitin oder bei seinem Stellvertreter Oberstleutnant Schulgin in mündlicher oder schriftlicher Form vor. General Nikitin reagierte auf unsere Eingaben. Er bestrafte seine Untergebenen, wenn sie die Gesetzlichkeit verletzt hatten; einige der unrechtmäßig in Haft gehaltenen Personen setzte er auf freien Fuß, da für ihre Inhaftierung nicht genügend Material vorlag, für andere festgenommene Personen legte er der Staatsanwaltschaft Material vor, um ihre Verhaftung sanktionieren zu lassen.

Später, nach 15 bis 20 Tagen oder nach einem Monat, wurde bei der nächsten Kontrolle der Gefängnisse und Untersuchungshaftzellen wiederum konstatiert, daß Festgenommene gesetzwidrig, d. h. über die gesetzliche Frist hinaus, in Gewahrsam gehalten wurden. Erneut brachten wir diese Fälle bei General Nikitin vor, und er reagierte wiederum auf unsere Vorlagen. Doch später wiederholten sich erneut solche Verletzungen der Gesetzlichkeit. In einzelnen Fällen erklärte Gen. Nikitin, manche der festgenommenen Personen würden auf Anweisung von General Kowaltschuk (ehemaliger Bevollmächtigter des MGB der UdSSR in Deutschland) ohne staatsanwaltliche Sanktion in Haft gehalten.

Die Aufnahme von Festgenommenen in das Gefängnis des Operativen Sektors erfolgte auf Anordnung eines Untersuchungsrichters oder eines Operativbevollmächtigten. Diese Anordnungen mußten unbedingt vom Chef des Operativen Sektors oder seinem Stellvertreter (mit Unterschrift und Stempel) bestätigt werden. In den Operativen Gruppen der Kreise nahmen die Chefs der Kreisabteilungen die Festnahmen vor. Der Stellvertreter von General Nikitin Oberstleutnant Schulgin, der unmittelbar für die Untersuchungen zuständig war, wußte von Fällen, in denen Bürger der UdSSR oder Deutsche unrechtmäßig in Gewahrsam gehalten wurden, doch er selbst unternahm nicht alles in seiner Macht stehende, sondern berief sich auf General Nikitin.

Von einzelnen Mitarbeitern des Operativen Sektors (um wen es sich dabei im Einzelnen handelt, läßt sich aus dem Archivmaterial der Militärstaatsanwaltschaft der Provinz entnehmen) wurden im Untersuchungsverfahren Verletzungen der Strafprozeßordnung zugelassen – lang-

andauernde Verhöre, verspätete Vorlage der Anklage, die Verlängerung des Untersuchungsverfahrens über die vorgeschriebene Frist hinaus usw. Über diese Sachverhalte wurde General Nikitin von uns informiert. Konkret die Fälle, Personen, Zeiten und Verletzungen der Gesetzlichkeit anzugeben, erscheint nicht möglich, da alles zeitlich zu weit zurückliegt. Zur Abstellung auch dieser Verletzungen ergriff Nikitin ebenfalls Maßnahmen.

Über die genannten Verletzungen der Gesetzlichkeit, die wir bei der Prüfung der Strafsachen und bei der Kontrolle der Gefängnisse feststellten, machten wir Eingaben an den Chef des Operativen Sektors und erstatteten gleichzeitig schriftlich Bericht an den vorgesetzten Militärstaatsanwalt.

Bei unserer gemeinsamen Arbeit mit General Nikitin, als dieser Chef des Operativen Sektors war, hatten wir ungehinderten Zugang zu den Untersuchungsverfahren, d. h. auf unsere Anforderung legte man uns das Material zu den Verfahren in der Militärstaatsanwaltschaft vor, außerdem machten wir uns bei den Untersuchungsführern des Operativen Sektors mit den Verfahren bekannt. Wir persönlich haben von einem Verbot General Nikitins, „den Staatsanwälten Akten herauszugeben“, weder etwas gehört noch gewußt. Für Arbeitskontakte mit General Nikitin wurden weder von ihm selbst noch von seinen Untergebenen irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt. Die Verbindung mit Gen. Nikitin wurde hauptsächlich über Gen. Pustowalow aufrecht erhalten.

Die Kader, die im Operativen Sektor als Untersuchungsführer und Operativbevollmächtigte tätig waren, verfügten nicht über ausreichende Qualifikation, das gilt insbesondere für die Kreisabteilungen. Einige von ihnen waren Neulinge in dieser Arbeit und kannten nicht die elementaren Vorschriften der Strafprozeßordnung. Wir regten bei General Nikitin an, diesen Mitarbeitern Unterricht zu erteilen. Nikitin reagierte positiv auf diesen Vorschlag, und der Unterricht wurde von ihm organisiert. Pustowalow hielt bei diesen Veranstaltungen einige Vorlesungen über die Methodik der Ermittlung und der Aufbereitung von Ergebnissen in prozeßreifer Form.

Alles Archivmaterial der ehemaligen Militärstaatsanwaltschaft der Provinz Mecklenburg-Westpommern, darunter auch die Kopien unserer Eingaben und Protokolle von Gefängniskontrollen, mußten sich im Archiv der Militäroberstaatsanwaltschaft und die Gerichtsakten im Archiv des KGB befinden.

Mitglieder der KPdSU: Michailowski und Pustowalow

*RGASPI 589/3/7595, Bl. 169-171. Original.*

## Über die Autoren und Übersetzer

Foitzik, Jan, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Petrow, Nikita Wassiljewitsch, Dr. phil., stellvertretender Leiter des Wissenschaftlichen Informations- und Aufklärungszentrums „Memorial“, Moskau.

Knoll, Viktor, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Semmelmann, Rolf, Dr. phil., Redakteur und Übersetzer.



# Namensregister

*Die in den Dokumenten anonymisierten Namen wurden nicht in das Namensregister aufgenommen.*

## A

Abakumow, Wiktor Semjonowitsch 16-19, 22, 25-26, 39-40, 53-54, 95, 100-102, 144, 148-149, 166-167, 171, 176, 184, 313, 331, 339, 345-347, 465, 477-478  
Abramow 48, 182  
Abysow, Wassili Alexejewitsch 95, 172-173, 249, 384, 394  
Achmadulin 383  
Ackermann, Anton 58, 261  
Adamowski, Anschel Grigorjewitsch 414  
Afanasjew, Oberleutnant 397  
Afanasjew, Gerichtsssekretär 494, 497  
Akmuradow 252, 254  
Alexandrow 214  
Alexejew, Leutnant 430  
Alexejew, Wachposten 200  
Alexejew, Michail Leonidowitsch 154  
Alexejew, Wassili Wassiljewitsch 33, 36, 122, 213, 242, 245, 249, 251, 255, 263-264, 268, 272, 274, 333, 339, 351-352, 396-397, 490  
Amanui-Chan, Padischacha 232  
Amelin, Nikolai Alexejewitsch 442  
Andrejew, Iwan Michailowitsch 173, 409, 416-417, 425, 433, 451, 469, 476  
Andrejew, Michail Alexandrowitsch 98  
Andris, Otto 199  
Anton 405  
Antonjuk, Iwan Awxentjewitsch 222-223, 369  
Antonow, Alexei Innokentjewitsch 133, 368  
Antrokow 416-417  
Apelhagen 335  
Apollonow, Arkadi Nikolajewitsch 28-29, 89-90, 123-124, 158, 162, 166-167, 169, 209  
Arbusow, M. W. 425, 427, 430  
Archipenko (auch: Archipenkow), Alexei Wassiljewitsch 128, 242, 250  
Arkadjew, Dmitri Wassiljewitsch 98, 102  
Armjaninow, Dmitri Michailowitsch 109-111, 117  
Assendelft, Boris Pawlowitsch 190  
Atschin 189  
Auelbach, Albrecht 344  
Awdejew 459-462  
Awramow 405  
Axenowitsch, W. 187  
Axjutin 231

## B

Bakakin, A. S. 463, 470  
Baktemirow, K. 303  
Barabanow 438  
Baranenkow, Fjodor Iljitsch 354  
Baranow 279  
Baranowski 278  
Barinow, Alexandr Borissowitsch 235  
Barinow 367  
Barwitzki, Klara 344  
Baryschew 423  
Batkow, Foka Andrejewitsch 458, 463, 468-469  
Bätzel 488, 495  
Bauer, Else 53  
Baumann, Heinz 50, 345  
Bausdorf, Kogel 282  
Becker, Edmund Johannowitsch 200  
Beljawski, Witali Andrejewitsch 235  
Belkin 217  
Beloussow 399-400  
Belych, Alexei Sergejewitsch 474, 476  
Berenson, Lasar Israiljewitsch 204  
Bereschnoi 373  
Berger 312  
Berger, Hans 278  
Berija, Lawrenti Pawlowitsch 13, 15-19, 21, 27, 30, 59, 61, 91, 98-99, 102, 106, 114, 118, 124, 132-133, 136, 140, 142, 144-145, 148-149, 158, 197, 205, 209, 214-216, 226-227, 241, 272, 346-347, 355, 358, 368  
Bersarin, Nikolai Erastowitsch 119  
Beschanow, Grigori Akimowitsch 24, 142, 151-153, 156, 228, 275, 277, 374, 381, 394, 404-405, 407, 486-492, 494-497  
Bespalow 382  
Betcher, Nikolai Petrowitsch 110, 371-372  
Bibeck 336  
Bickel 309  
Bischof 413-414  
Bitschewski 136  
Bljumin, Sinowi Ossipowitsch 323-325  
Bogatow, Konstantin Filippowitsch 149  
Bogatow, Walentin Nikanofowitsch 187  
Bogdanow 499  
Bogdanow, Semjon Iljitsch 235  
Bogdanow, Stepan Alexejewitsch 406-407  
Bogomasow 220  
Bojarinzew 465  
Bokow, Fjodor Jefimowitsch 377, 380



Bolotin, Grigori Samoilowitsch 37  
 Bolschakow, A. 119, 138-139, 142, 159, 211, 238, 376  
 Bolschakow, Iwan Grigorjewitsch 330  
 Bondarenko, Pawel Petrowitsch 147  
 Borissow, Nikolai 303  
 Borodkin 279-280  
 Borowkow 489-490  
 Boschko 300  
 Botscharow, Nikolai 303  
 Botschkow 101  
 Böttge, Bruno 310, 313  
 Brodauf 378  
 Brunow 395  
 Bsiawa, Konstantin Pawlowitsch 471  
 Budalejew 251-254  
 Budargin 333  
 Bujanow 412, 414  
 Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch 59, 347, 355, 358  
 Bunzew 365  
 Buralew 356  
 Burkhart 312  
 Burmak, Pjotr Wassiljewitsch 35, 162, 167, 169, 171, 315, 481, 493, 498  
 Burow, Pjotr Nikolajewitsch 122, 128  
 Buslenko 322  
 Buslowitsch 482  
 Buton, Eni 253-254  
 Butschkin 427  
 Bywaly 411

## C

Channikow, Nikolai Georgijewitsch 95  
 Chanski 427  
 Charitonenko 463  
 Charitonow, Andrei Matwejewitsch 454  
 Chasin 369  
 Chimtschenko, Andrei Dmitrijewitsch 205  
 Chischnjak 367  
 Choma 297-298  
 Chomitsch 464  
 Choroschilow 283  
 Chrenkow, Michail Alexandrowitsch 487, 494, 496  
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 355, 358  
 Chwat, Alexandr Grigorjewitsch 108, 111, 117

## D

Danilenko 378  
 Dawydkin 381  
 Dawydow, Semjon Prochorowitsch 184-185, 346, 354, 497-498  
 De Lattre 414  
 Dege, Erich 248

Demidow 404  
 Demin, Alexandr Nikolajewitsch 454  
 Demischtschew 418-419  
 Demjaschkin 486  
 Denissenko, Dmitri Iwanowitsch 438, 442  
 Denskewitsch, Michail Iljitsch 233  
 Derewinski, Iwan 303  
 Dergatschew 438  
 Dertinger, Georg Dr. 344  
 Detschko, Michail Fjodorowitsch 22  
 Diamanti 390-391  
 Dietz, Emil 199, 374  
 Dimitrijew 396  
 Djatlow 309, 313  
 Dmitraschko, Pjotr Alexandrowitsch 451  
 Dmitrjukow, Michail Michailowitsch 474  
 Dobrochotow, Wassili Pawlowitsch 504  
 Dobrynin, Georgi Prokopjewitsch 18, 20, 151-153  
 Dokur 297  
 Dolgi 462  
 Dolinski, Sergei Nikolajewitsch 374  
 Dombowskaja 365  
 Domtschenko 370, 372  
 Dowki 499  
 Drankin 214  
 Drescher, Fritz 335  
 Dressler 414  
 Drukow 122  
 Dubinin, Andrei Andrejewitsch 243, 453  
 Dubrowski, Iwan Pawlowitsch 430  
 Dudarow, Sergei Jewstafjewitsch 498-499  
 Dybis 236

## E

Ebert, Friedrich 53  
 Efen-Apelhagen, Hilde 334  
 Eggerath, Werner 51  
 Eitingon, Naum Issaakowitsch 158  
 Endert, Heinrich 383  
 Ensich 385  
 Esche 408  
 Eulenburg 236

## F

Fadejew, Sergei Maximowitsch 96  
 Fajustow, Alexandr Wassiljewitsch 110  
 Farberow 423  
 Fatejew 299  
 Fechner, Max 53  
 Fedin 451  
 Fedjuninski, Iwan Iwanowitsch 223, 225  
 Fedorenko 460  
 Fedotow, Pjotr Wassiljewitsch 419-420, 424  
 Felik, Anton 290

Ferber, Rosa Eschujewna 466  
 Fiedel, Theodor 390  
 Filatow 278  
 Filatow, Stepan Iwanowitsch 33-34, 335, 394, 407, 416, 467, 470-474  
 Filatowa, Anna Iwanowna 472  
 Filinow, Fjodor Gawrilowitsch 173, 175, 409-410, 416  
 Finkelberg, Grigori Pawlowitsch 454, 476  
 Fischer, Idol 290  
 Fischer, Ruth (eigentlich: Elfriede Eisler) 309  
 Fischl, Werner 309  
 Fisun 398  
 Fjodorow, Iwan Grigorjewitsch 259  
 Flahm, Else 309  
 Fokin, Pjotr Maximowitsch 151-153, 156, 231, 233  
 Fomin, Dmitri Iwanowitsch 331  
 Fomitschew 381  
 Fonderanzew, Gerassim Jefimowitsch 411  
 Franco, Francisco 287  
 Franzew 485  
 Frase, Elsa 274  
 Frase, Wilhelm 274  
 Frei 387  
 Frenkina, Esfir Issaakowna 205  
 Frenz, Hans 278  
 Fricke 236, 348  
 Friedrich 340  
 Fritsche, Max 392  
 Frolow 368  
 Frolow, Alexei Fjodorowitsch 108, 112, 117, 125,  
 Frolow, Wassili Arsentjewitsch 374-375  
 Fuchs, Dr. 491  
 Fukin, Konstantin Alexandrowitsch 108, 111-112, 117, 125, 129-130  
 Furman 333

## G

Gabdrakipow, Sakir Sadykowitsch 490  
 Gädeck, Martha 290  
 Gaiko 248  
 Gaikowoi, T. N. 480  
 Galkin 208  
 Gamij, Aristarch Demidowitsch 410  
 Gassler 459  
 Gatzke, Helene 334  
 Gawrilow, Arsentj 303  
 Gawrilow, Pjotr Iwanowitsch 243  
 Geißler 248  
 Geldner, W. 385  
 Gerassimtschuk 491  
 Gillessen, Heinrich Dr. 343  
 Glina, Ilja Iljitsch 126, 368  
 Gluch 461  
 Gnedin 249  
 Gniffke, Erich 53

Godatz, Kurt 314  
 Gogin 462  
 Gold, Franz 47  
 Golin 280  
 Golowkow 461  
 Golub 365  
 Gontscharenko, Leonid Alexandrowitsch 451, 458  
 Gontscharow 461-463, 468  
 Gontscharow, Pawel Nikiforowitsch 147  
 Göpfert, Gregor 344  
 Gorbatsjuk, Iwan Markowitsch 123, 209  
 Gorbatko 119, 239  
 Gorbatowski 213  
 Gorbunow 303  
 Gordejew 166, 176, 262, 314-315, 327, 333, 339, 384-385, 394  
 Gorochow, Sergei Fjodorowitsch 172-173, 181, 220, 233, 291, 369, 374-376, 380-381, 389, 416, 418  
 Gorodilow, Alexandr Fjodorowitsch 490  
 Gottwald, Tarta 368  
 Grabowski, Jewgeni Alexandrowitsch 20, 34, 303  
 Gratschew 451, 474  
 Graur, Andrei Grigorjewitsch 480-481  
 Greiner 59, 388  
 Gribanow, Michail Grigorjewitsch 272, 304, 313, 420, 424  
 Grigorjan, Wagan Grigorjewitsch 339  
 Grigorjew, Pjotr Iwanowitsch 498  
 Grobtschak (auch: Grabtschak), Dmitri Wlassowitsch 375-376, 379  
 Groll, Ursula 286  
 Gromyko, Andrei Andrejewitsch 347, 358  
 Grote, Dr. 309  
 Grotewohl, Otto 40, 51, 54-55, 60, 346, 353, 377  
 Gubin, Wladimir Wladimirowitsch 20, 156, 223, 225, 233-234  
 Gulin, Nikolai Andrejewitsch 251, 253-254  
 Guljajew 158  
 Gulst, Sinowitsch Naumowitsch 277  
 Günsel, Fritz 283  
 Gunsilowitsch 197  
 Gurjew 357  
 Gurschijew, Boris Kuprijanowitsch 470, 476  
 Gurulew, Michail Innokentjewitsch 320  
 Guskow, Michail Fjodorowitsch 415, 417-418  
 Guss, Fritz 199  
 Gussew 310

## H

Halle 335  
 Hammermann 373  
 Hansen, Georg Wilhelm 47  
 Harimann 286  
 Hererd, Gerhard 274  
 Hesse 283

Hitler, Adolf 236, 283, 285-287  
 Hofke, Karl 279-280  
 Hofmann 236  
 Hofmann, Artur 261  
 Holzey, Thea 409  
 Homann, Wilhelm 199  
 Hühe, Ida 383

## I

Ignatenko 461-462  
 Ignatjew, Semjon Denissowitsch 280, 352, 354, 357-358, 497-498  
 Ignatow, Jewgeni Fjodorowitsch 110, 140, 370  
 Ignatow, Semjon Kusmitsch 229, 240  
 Iljin 488-489  
 Iljin, Soldat 284  
 Iljitschow, Iwan Iwanowitsch 45, 58  
 Ins, Walter 148, 345  
 Isel 284  
 Issajew, Stepan Iwanowitsch 148  
 Issakow 380  
 Iwanow 464  
 Iwanow, Major 408  
 Iwanow, Oberstleutnant 244  
 Iwanow, Jakow Jakowljewitsch 459-463, 466

## J

Jablonski, A. I. 477  
 Jakowlew 13, 396-397  
 Jakubenko 214  
 Janewitsch 165  
 Jasykow 377  
 Jedunow, Jakow Afanassjewitsch 95, 100, 142  
 Jeffremow 382  
 Jegoschin, Kusma Pantelejewitsch 315, 335  
 Jemez 282  
 Jepantschinzew, M. 451  
 Jepschew, Alexei Alexejewitsch 502, 504  
 Jeremejew 358-359  
 Jermakow, Wladimir Iwanowitsch 248  
 Jerschow 91  
 Jöhren, Werner 344  
 Judin, Fjodor Petrowitsch 427  
 Judowin 122  
 Jurewitsch 278-279  
 Juschana, Jadwiga 253-254  
 Juschnikow 278-279

## K

Kabanow 296  
 Kaganowitsch, Lasar Moissejewitsch 347, 355  
 Kaiser, Jakob 343-344

Kakutschaja, Warlam Alexejewitsch 21, 158  
 Kalaschnikow 438  
 Kalinin 15, 24, 106  
 Kalinin, Gefreiter 327  
 Kalinkin 375, 379  
 Kalinzew 227  
 Kalkutin 303  
 Kanewski, Anatoli Jakowlewitsch 119, 138-139, 142, 151, 211, 217, 369  
 Karpelew 399-400  
 Karpeljuk, Andrei Iossifowitsch 181, 381, 401, 404, 416-419  
 Karpow, Sergei Dmitrijewitsch 126, 128, 181, 399  
 Katuschkin 320-321  
 Kawersnew, Michail Kirillowitsch 498, 503-504  
 Keller, Charlotte 289  
 Keller, Franz 289  
 Kestingschäfer, Gustav 278  
 Kiback 334  
 Kirdin, Sergei Timofejewitsch 134  
 Kislowa 47  
 Kisselew, Ja. M. 499  
 Kladow 170  
 Klaiser 374  
 Kleimenow, Dmitri 303  
 Klein 495  
 Klepow, Sergei Alexejewitsch 151-153, 155-156, 246, 249, 262, 323-324, 379, 384-385, 394, 407, 486-487, 492, 494-497  
 Kleschtschew, Alexandr Iwanowitsch 484, 493  
 Klimuschkin 279  
 Klinnikow 252-254  
 Klopow 494  
 Klykow, Afanassi Nikolajewitsch 134  
 Kobulow, Amajak Sacharowitsch 59, 113-114  
 Kobulow, Bogdan Sacharowitsch 16-17, 21, 106, 149, 158, 184-185, 354, 471  
 Koenen, Bernard 310-311  
 Koglan 245  
 Kolesnitschenko, Iwan Sasonowitsch 382-384, 401, 404-406, 408, 411  
 Kolessow 464  
 Kolomeizew, Pawel Iwanowitsch 246, 249, 257, 260  
 Kolomijez 296  
 Kolomijzew 126  
 Koltypin, W. 47  
 Kolunow, Alexei Iljitsch 425, 433, 445  
 Kolzow 377  
 Kolzun 337  
 Komandin 189  
 Komissarow 337  
 Komow 491  
 Konanenko 255  
 Konanychin 251, 253  
 Kondraschin 254-255  
 Kondratenko 464

Kondratenko, Boris Kalistratowitsch 128  
 Kondrazki, Leonid Ustinowitsch 243  
 König, Georg 305-306, 309-313  
 Konjew, Iwan Stepanowitsch 141  
 Kononenko 330, 337  
 Korjaschkin 382  
 Korolew 102  
 Korotja, Grigori Alexejewitsch 298  
 Korotkow, Alexandr Michailowitsch 45, 61  
 Körting, Otto 341  
 Kortschagin, Michail Nikolajewitsch 351  
 Koschelew 427  
 Koschelew, Alexandr Fjodorowitsch 378  
 Koschewin 474  
 Koschin 251-253  
 Koschin, Miron Akimowitsch 451  
 Koschkin 189  
 Koschmjak, Georgi Danilowitsch 377-378  
 Kosenkow 352, 359  
 Kosin 235  
 Kosjanenko 189  
 Koslow 189  
 Koslow, Mark Terentjewitsch 462, 465  
 Kostendeck, Martin 312  
 Kostikow, Alexandr Dmitrijewitsch 243  
 Kostjuk 423  
 Kostjutschenko 410  
 Kotikow, Alexandr Georgijewitsch 308  
 Kotljar, Nikolai Michailowitsch 304, 313  
 Kotschubei 416, 417  
 Kowalenko, Dmitri Jakowlewitsch 438  
 Kowalschuk 401, 403-404  
 Kowalschuk, Nikolai Kusmitsch 22-23, 34-36, 39,  
 53, 96, 166-168, 170-172, 179, 203, 214, 275,  
 315, 333, 339-340, 345, 418, 434, 447-448,  
 450, 467-468, 476, 507  
 Kowryschkin 282  
 Kramer 59, 414  
 Kranz 389  
 Krapiwins, W. I. 390  
 Krasnow 484, 493, 499  
 Krause 320-321  
 Krawtschenko, Andrei Iljitsch 375  
 Krawtschenko, Walentin Alexandrowitsch 21,  
 158  
 Krawtschenko, Wassili 303  
 Kreiner 495  
 Kressow 490  
 Krikun 189  
 Krischan 386  
 Kriwatschow, Dmitri Afanassjewitsch 121  
 Kriwenko, Michail Spiridonowitsch 106, 114  
 Kriworutschko 504  
 Kriwoschejew 189  
 Krjukow, Wladimir Wiktorowitsch 223  
 Krjutschkin 214  
 Krotkow 438  
 Kruglow 474

Kruglow, Sergei Nikiforowitsch 21, 30, 35, 102,  
 134, 137, 145, 149, 161, 166-167, 171-172,  
 268, 272, 313, 469  
 Krupin 373  
 Krupninin 262  
 Krut 371, 372  
 Kryssanow 490  
 Kubatkin, Pjotr Nikolajewitsch 94-95  
 Kudinow 396  
 Kudrja, A. Ja. 399, 402, 405  
 Kudrjawzew, Iwan Gawrilowitsch 252  
 Kulam-Chasan 232  
 Kulam-Dsheidani 232  
 Kulam-Gaidar-Ogly, Jussuf-Sai-Abdulasijew 231-  
 233  
 Kulam-Nabi 232  
 Kulam-Sadyg 232-233  
 Kulam-Uzman 232  
 Kulijan 373  
 Kuljukin 294  
 Kunizin 490  
 Kuprijanow 333, 335  
 Kupritschenkow 329-330  
 Kuraschin 369  
 Kurenkow, Alexei Nikolajewitsch 349, 351, 500  
 Kuriltschik, Fjodor Antonowitsch 110, 140, 197  
 Kurydkaschin 402  
 Kuschneruk 278  
 Kusmin 138, 235  
 Kusminow, Nikolai Alexandrowitsch 335-336  
 Kusnezow 283  
 Kusnezow, Major 446-447  
 Kusnezow, Alexandr Semjonowitsch 204, 207  
 Kusnezow, Alexandr Wassiljewitsch 398, 414,  
 430, 441-442  
 Kusnezow, Alexei Alexandrowitsch 39, 54, 419,  
 458, 463, 468, 470, 499  
 Kusnezow, Boris Wladimirowitsch 179  
 Kusnezow, Jow Sergejewitsch 34, 36, 147, 162,  
 166-170, 175-176, 263, 265, 268, 279, 314-315,  
 324-325, 329, 338  
 Kusnezow, W. N. 420, 424  
 Kusubow 321

## L

Lampka, Erwin 52  
 Lapenkow, Nikolai Jefimowitsch 35, 262, 459-463,  
 466, 468-469  
 Latijew 365-366  
 Lebedew 454  
 Lebedew, Pjotr Maximowitsch 373-374  
 Ledain 335  
 Leonow 205  
 Leontjew, Alexandr Michailowitsch 94  
 Lepin 390  
 Leschenkow 293

Leschnew, Iwan Andrejewitsch 418  
 Letzuki (alias Rodazek) 345  
 Lichman, W. A. 294  
 Lindau, Hermann 341  
 Lipatschew, Pjotr Iwanowitsch (auch: Pjotr Pawlowitsch) 372-373  
 Lippold 412  
 Lisizin, Anatoli 303  
 Lisker, Semjon Dawidowitsch 489-490  
 Litwak, Leonid Arkadjewitsch 274  
 Ljaimer 288  
 Ljubitow, Iossif Michailowitsch 109, 112, 118, 125  
 Ljuby, Iwan Semjonowitsch 95  
 Ljudwigow, Boris Alexandrowitsch 14, 204  
 Lobanow 373  
 Lobanow, Grigori 303  
 Lobasow (eigentlich: Labasow), Iwan Grigorjewitsch 416  
 Lopak 288  
 Lösche 312  
 Loss, Semjon Lwowitsch 318, 439-442, 446-447  
 Lozman 423  
 Lubitsch 412  
 Lukaschenko 374  
 Lukaschin 288  
 Lukin 456, 457  
 Lukojanow 239  
 Lunew, Iwan 303  
 Lupei 295  
 Luschin 468  
 Lysanow, Gawril Alexandrowitsch 365-366  
 Lyssejew, Alexandr Wassiljewitsch 251-254  
 Lyssenko 499

## M

Machmutschin 463-465  
 Mader, Helga 304-312  
 Maier 308  
 Maier, Herbert 247  
 Maiorow 204  
 Makarow, Nikolai Iwanowitsch 359  
 Makowetzki, Kasimir Frantischek 199  
 Malenkow, Georgi Maximowitsch 226, 241, 339, 346-347, 355, 358  
 Malinin, Leonid Andrejewitsch 35, 45  
 Malinin, Michail Sergejewitsch 159, 193, 220, 385, 393  
 Malkow, Pawel Michailowitsch 20, 134, 138-139, 172, 272, 308-310, 459-463, 466, 468-469  
 Malygin, Anatoli Alexandrowitsch 462-463, 468  
 Malyschko, K. F. 433  
 Malzew, Michail Michailowitsch (auch: Michail Mitrofanowitsch) 184-185  
 Mamonow, Rasum Iwanowitsch 252, 254  
 Mamulow, Stepan Solomonowitsch 18, 208

Mansur-Dowud 232  
 Marfunin, Semjon Semjonowitsch 476, 478, 498  
 Marilza 289  
 Marjanowitsch, Milan 345-346  
 Markgraf, Paul 268-269  
 Markwot, Lix 199  
 Marmulew 438  
 Martemjanow, Pjotr Lukitsch 255  
 Martirossow, Georgi Iossifowitsch 24, 39, 142, 151-153, 156, 219-220, 394, 397, 399, 407, 415, 418, 437-438, 446  
 Martschenkow, Sergei Stepanowitsch 477  
 Martynow 383  
 Maschewzew, Pawel Iwanowitsch 242-243  
 Maschin 128-129, 154, 213, 245, 251, 264, 274, 397  
 Masjutkin, Nikolai Petrowitsch 441-442  
 Masurowski, Iossif Michailowitsch 137, 147  
 Matrossow 370  
 Matuschka 236  
 Medwedew, Pawel Nikolajewitsch 500  
 Meer, Eberhard 199  
 Melnikow, Grigori Alexandrowitsch 24, 118-120, 345, 465, 467, 477  
 Menge, Hans 491, 495  
 Menzel 236  
 Merkulow 455  
 Merkulow, Wsewoljod Nikolajewitsch 21-22, 149, 158, 161, 166, 215-216, 330, 471  
 Meschik, Pawel Jakowlewitsch 17, 96, 100-102, 116, 126, 141-142, 203, 214  
 Mesinow, Nikolai Georgijewitsch 244  
 Michailow, Fjodor Iwanowitsch 244  
 Michailow, Gennadi Wassiljewitsch 443  
 Michailow, Konstantin Nikolajewitsch 236  
 Michailow, Oberst 204  
 Michailow, Oberstleutnant 414  
 Michailow, Unterleutnant 303  
 Michailowski, Wladimir Andrejewitsch 505-508  
 Micheitschew, Alexandr Iwanowitsch 108, 112, 117, 125  
 Mielke, Erich 50, 55, 58, 61  
 Miknosko, Joesef 289  
 Mikojan, Anastas Iwanowitsch 241, 347, 355, 358  
 Minin 279  
 Mironitschew 427  
 Mitin, Wassili Iwanowitsch 442-443, 445  
 Mkrtyschew, Suren Agapetowitsch 489-491  
 Mokryschew 36, 212-213  
 Moller, Ernst 385  
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 39, 53, 226, 241, 272, 339, 345-347, 352, 354, 357-358, 368, 454-455  
 Moltmann, Carl 53  
 Moltschanow 296  
 Morosow, Nikolai Iwanowitsch 409-410  
 Morosow, Major 318, 322  
 Morosow, Unterleutnant 303

Mosler 312  
 Motynga 303  
 Muchin 438  
 Müller, Karl 248  
 Münch, Frau 334  
 Münch, Herr 334  
 Mussolini, Benito 287

## N

Nadeschdin 415  
 Naneischwili, Georgi Iwanowitsch 147  
 Nasarow, Iwan Filippowitsch 48, 451, 454  
 Nedychlajew 245  
 Negreschny 295  
 Nesterow, Iwan Dmitrijewitsch 33  
 Nikaschow 126  
 Nikitin, Dmitri Michailowitsch 20, 134, 156, 220, 394, 407, 504  
 Nikitin, General 506-508  
 Nikitin, Hauptmann 310  
 Nikitin, Oberst 236  
 Nikitin, Pawel 303  
 Nikonorow 91  
 Nikulin, Dmitri Georgijewitsch 277, 408-409, 488-489  
 Nisow, Konstantin Andrejewitsch 275, 277, 488-490  
 Nolte, Otto 304-309, 311  
 Nosenkow 476  
 Nossow 288  
 Nossow, Major 428  
 Nouke 438  
 Nowik 373  
 Nowikow 380  
 Nuschke, Otto 342-344

## O

Obrutschnikow, Boris Pawlowitsch 16-18, 97, 102, 133, 146, 148-149, 204  
 Oichman, Boris Abramowitsch 233  
 Okon 463  
 Olbrich, Hans 342  
 Olschuk, Alexandr Wikentjewitsch 129-130  
 Onufrijew 189  
 Orlow, Iwan Iwanowitsch 110  
 Ossadschuk, Iwan 334  
 Ossadschuk, Pjotr 303  
 Ossetrow, Nikolai Alexandrowitsch 96  
 Ossipow 382  
 Ossokin 396, 397  
 Otryschko 492  
 Otto 334  
 Owtschinnikow, Konstantin Wassiljewitsch 449, 466

## P

Pahl 288  
 Pakentriger, Solomon Moissejewitsch 237  
 Palamar, Wladimir Michailowitsch 416  
 Palyga 451, 458  
 Panassenko, Nikolai Iwanowitsch 390-392  
 Panfilow 438, 440  
 Pankin 482-483  
 Pankow 173  
 Panschukow 321  
 Pantschenko 295  
 Pantschurin, Boris Wassiljewitsch 337  
 Panwitz 236  
 Papsujew 411  
 Pawlenko 494  
 Pawlow 260-262  
 Pawlow, Iwan Iwanowitsch 141-142, 147,  
 Perchorowitsch, Franz Iossifowitsch 220  
 Perewersew, Wladimir Iwanowitsch 257  
 Peter, Alfred 60, 282, 304-309, 311  
 Petropawlowski, Wiktor Petrowitsch 375-376, 379  
 Petrossjan 492  
 Petrow 328  
 Petrow (MGB) 453-454  
 Petrowski 189  
 Petrowski, Fjodor Pawlowitsch 233  
 Petschenkin, Alexei Nikolajewitsch 256-257, 260-262  
 Pieck, Wilhelm 39, 49, 54, 56, 285, 305, 346, 377  
 Pilipenko, Wassili Tarassowitsch 406-407  
 Piljuschko (auch: Piloschko), Iwan 284, 303  
 Pimenow, Konstantin Terentjewitsch 131, 139, 478-480, 502-504  
 Piskunow 408-409  
 Pitowranow, Jewgeni Petrowitsch 60, 345  
 Pjarin, Anatoli Nikiforowitsch 244  
 Pjatin, Andrei Abramowitsch 336  
 Platonow 229, 231  
 Plochow, Wassili Andrejewitsch 462  
 Plotnikow 212, 395  
 Podoljako, Nikolai Petrowitsch 116, 126  
 Podoroschny, Semjon Andrejewitsch 396  
 Podosinnikow, Jakow Semjonowitsch 121  
 Podschawalow 451, 455, 457  
 Pokidajew 137  
 Pokunow 288  
 Poljakow 136  
 Polujektow 461, 463, 468  
 Ponomarenko, Oberstleutnant 190  
 Ponomarenko, Obersergeant 381  
 Popow 321  
 Popow, Konstantin Nikolajewitsch 275  
 Popow, Michail Timofejewitsch 146, 447  
 Pordan 334  
 Poser 413  
 Posjawn 217  
 Potechin, Nikolai Nikolajewitsch 102

Pristanskow 278  
 Prjadiltschikow 279  
 Prochorenko 201, 227  
 Prokofjew 451  
 Pschedezki 401-402  
 Puchow 303  
 Pustowalow, Wassili Andrejewitsch 505-508  
 Putikow 427

## R

Rakutin 415  
 Rasin, Wassili Fjodorowitsch (auch: Wassili Trifonowitsch) 45  
 Rasstworow 297  
 Rauch, Bernhard 314  
 Rebrow 466  
 Reife, Ulf 314  
 Reiter, Anna 247  
 Rekimberg 236  
 Repninski 229  
 Reuter 277  
 Rewin, I. G. 425, 445-446  
 Richter, Frau 403  
 Richter, Herr 401, 403-404  
 Richter (KPD) 336  
 Rieck, Alfred 307  
 Rjabow, Philipp Iwanowitsch 110  
 Rodazek s. Letzuki  
 Rodin 440  
 Rodionow 427  
 Rogatin, Wladimir Tarassowitsch 91, 95, 100, 109-110, 112, 118, 125, 129-130, 138, 145, 147  
 Rogatschew 36  
 Rogosin 398-399  
 Rogow, Iwan Iwanowitsch 400  
 Rokossowski, Konstantin Konstantinowitsch 141, 196-197  
 Rolenko, Witali Gerassimowitsch 233  
 Romelt 283  
 Roschnow 284, 295  
 Roschtschin, Wassili Petrowitsch s. Rasin, Wassili Fjodorowitsch  
 Rossel 248  
 Ruchadse, Nikolai Maximowitsch 21, 158  
 Rudenko 236-237, 239  
 Rumjanzew 383  
 Russow, Alexandr Georgijewitsch 474, 477

## S

Sabolotny , Grigori Iwanowitsch 502, 504  
 Sabotin, Fjodor Nikolajewitsch 156, 249, 260-262  
 Sabrodin, D. P. 428  
 Sacharow 165  
 Sacharowa 463-464

Sachno, A. M. 173, 380-381  
 Sadoroschny, Andrijan Dementjewitsch 425, 430, 434, 447  
 Sadykow, Jussup 296-297  
 Salnikow, S. F. 149  
 Samochin 214  
 Sapewalin, Michail Alexandrowitsch 15  
 Sarelua, Wladimir Jekwtimowitsch 35, 449-451  
 Sasonow 461, 463, 468  
 Sattler, Frau 334  
 Sattler, Helmut 334  
 Saweljew, Oberleutnant 165  
 Saweljew, Oberleutnant (Kompaniechef) 463  
 Scha 453, 458  
 Schabalow 381  
 Schadrin 288  
 Schalin, Michail Alexejewitsch 235  
 Schamin 361  
 Schangin, Weniamin 303  
 Schaposchnikow, Boris Michailowitsch 28, 90  
 Scharf 310  
 Schawer, Boris Matwejewitsch 304, 313  
 Schdanow, Andrei Alexandrowitsch 272, 455  
 Scheidt 491  
 Scheiko, Boris Filippowitsch 449  
 Schelesnikow, Nikolai Iwanowitsch 95  
 Schelesnjak 464-465  
 Schelnow, Alexandr Lawrentjewitsch 406, 432, 437-438  
 Scheredega, Iwan Samsonowitsch 91, 94  
 Schestakow, Michail Nikolajewitsch 451, 454, 465  
 Schestakow, Sergei Michailowitsch 181, 366, 369, 381  
 Schewtschenko 283  
 Schibkow, I. 190  
 Schibrow 413  
 Schick 414  
 Schigarjew, Abram Wiktorowitsch 488, 496  
 Schikin, Iossif Wassiljewitsch 470  
 Schilling 401, 402, 403, 404  
 Schindler, Kurt 408  
 Schingin 294  
 Schirschow 264  
 Schischenin 428  
 Schischkin 382  
 Schischow 365  
 Schitikow, Nikita Ionowitsch 106-107, 114  
 Schiwitzki, Wassili Wikentjewitsch 240  
 Schkile 373  
 Schkola 189  
 Schljachtin, Mark Dmitrijewitsch 146, 203, 366-367  
 Schloma, Dmitri Kondratjewitsch 427, 443  
 Schmali 285, 303  
 Schmick, Willi 199  
 Schmidt 386  
 Schmidt, Emil 278  
 Schnell, Arthur 247

- Schnor 342  
 Schotte, Franz 490  
 Schpak, Tichon Iwanowitsch 238, 488-489  
 Schtachanowski, Porfiri Alexandrowitsch 305, 308-310, 313, 466  
 Schtschenow, Wassili Iwanowitsch 244  
 Schtscherbakow, Flegont Iwanowitsch 374  
 Schtschipizyn 493  
 Schtschukin, Iossif Markowitsch 147  
 Schubert 383  
 Schuchart 459  
 Schugaizer 321  
 Schukow 245  
 Schukow, Georgi Konstantinowitsch 44, 55, 115, 141, 151-152, 193, 225, 235, 380  
 Schukow, Hauptmann 412  
 Schukozki 264  
 Schulgin, Alexandr Timofejewitsch 504-507  
 Schulz, Ferdinand 389  
 Schumacher, Kurt 53, 252, 312  
 Schumeiko 284  
 Schurawlew, Pawel Matwejewitsch 481  
 Schustorowitsch, Sjusja Selmanowitsch 243, 463  
 Schutow 299-300  
 Schwabe 304-307, 310-312  
 Schwebig 344  
 Schweinberg, Dorothee 313  
 Seibt, Karl 344  
 Seifert 307  
 Seitow 297  
 Sekretarjew, Konstantin Fjodorowitsch 351-352  
 Selenin, Pawel Wassiljewitsch 37, 95, 123, 197, 199, 203, 209, 214, 291, 416  
 Selenkow 459-462  
 Seliwanow, F. G. 476  
 Seliwanowski, Nikolai Nikolajewitsch 96, 141-142  
 Seliwerstow 189  
 Semenowski 491-492  
 Semjonow, Wladimir Semjonowitsch 48, 56, 59, 347, 354, 478  
 Serebrjakow 466  
 Serebrjakow, Boris Pawlowitsch 95  
 Sergejew, Wassili Alexejewitsch 354  
 Serikow, Dmitri Jemeljanowitsch 486  
 Serow 283  
 Serow, Iwan Alexandrowitsch 15-21, 23, 34-35, 44, 55, 90, 95, 100-102, 114-115, 118, 120, 131-133, 139, 141-144, 148-149, 153, 156-157, 161-162, 165-172, 201, 203, 211, 214-216, 219-220, 227-228, 231, 233, 235-237, 239, 251, 255-256, 262, 265, 268, 272, 310, 315, 370, 374, 375-376, 379-381, 384-385, 390, 407, 416, 487, 497  
 Serpkow 398  
 Sewastjanow, Iwan Stepanowitsch 396-397  
 Sidnew, Alexei Matwejewitsch 34-35, 104, 133, 135, 151, 153, 156, 211, 242, 245-246, 297, 394, 397, 407, 448-449  
 Siewert, Robert 305-306, 308-310, 312-313, 359  
 Sikejew, Walentin Pawlowitsch 110, 430  
 Simachin, Wassili Andrianowitsch 110  
 Simin, Pawel Michailowitsch 33, 96, 105, 119-120, 122, 131, 135, 138-139, 142, 146, 150-151, 154-155, 158, 161, 195, 200, 202-203, 211, 219, 228, 235-239, 242, 249, 253, 255, 263, 365-366, 369, 376, 384-385, 389-390, 392, 397  
 Sirajew 297-298  
 Sirotin, Anatoli 303  
 Sitnow, Wladimir Michailowitsch 500-502  
 Siwakow, Iwan Iwanowitsch 333-334  
 Siwkow 156, 249  
 Sjablow, Michail Iwanowitsch 377, 379  
 Skorbin 295  
 Skorodumow, Pjotr Alexandrowitsch 395  
 Skoropadski, Pawel Petrowitsch (ukr. Pawlo) 472  
 Skorynin 404  
 Skossyrew (auch: Skossarew), Michail Alexandrowitsch 233-234, 274-275  
 Skriptschenko 482  
 Skubak 381  
 Sladkewitsch, Moissei Iossifowitsch 169, 182-187, 229, 315, 351, 481, 484-485  
 Slydnew 189  
 Slysckin, Afanassi Nikitowitsch 235  
 Smeljanski 490, 492  
 Smetanin, Georgi Nikiforowitsch 380  
 Smetanin, Iwan Fjodorowitsch 137, 147  
 Smirnow, Dmitri Iwanowitsch 389-390, 466  
 Smirnow, Oberstleutnant (Verwaltung für Inneres) 466  
 Smirnow, Oberstleutnant (Kommandeur 331. Grenzregiment) 34  
 Smirnow, Oberstleutnant (Stabschef 92. Grenzregiment) 208, 209, 315, 322  
 Smorodinski, Grigori Lasarewitsch 431, 442-443, 445  
 Sokolow, Hauptmann 205  
 Sokolow, Oberleutnant 309  
 Sokolow, Oberleutnant (NKWD) 305  
 Sokolow (WKP(B)) 453  
 Sokolow, Pawel Iwanowitsch 486, 493  
 Sokolowski, Wassili Danilowitsch 46-48, 51, 59, 167, 269, 272, 330-331, 411  
 Solotonosch 294  
 Solotowski 396  
 Sorkin, Lew Michailowitsch 126  
 Sorokin, W. W. 425, 427, 433  
 Soskow 461, 463  
 Sossunkewitsch 414, 489  
 Sot, Peter 282  
 Sotski, Pawel Stanislawowitsch 108, 112, 117, 125  
 Spassenko, F. A. 102  
 Speis 376, 379  
 Spessiwzew, Fjodor Iwanowitsch 488-489  
 Spirjagin, Alexandr Georgijewitsch 110  
 Stachanow, Nikolai Pawlowitsch 98, 102, 133, 204



Stalin, Iossif Wissarianowitsch 13, 15, 18-19, 21-22, 25-28, 39-40, 44, 51, 54, 58-59, 140, 161, 209, 226, 241, 272, 331, 346-347, 352, 358, 368, 431, 455, 456-457  
 Stann, Elfriede 247  
 Stann, Otto 247  
 Stark 413, 490  
 Stechin 414, 490  
 Stein, Harald 314  
 Stein, von 312  
 Stepanow, Hauptmann (Bataillon) 279  
 Stepanow, Hauptmann 249  
 Stepanow, Rotarmist 294  
 Stepanow, Iwan Alexandrowitsch 102  
 Strasse, Franz 385  
 Straßenburg, Max 289  
 Strauch 408  
 Strauß, Johann 288  
 Stroitelew 154, 221, 226  
 Sturmman, Heinrich 304-306, 308, 311, 313  
 Subarew, Nikolai Prokofjewitsch 96, 116, 122, 126, 128  
 Subbotin, Nikita Jegorowitsch 145, 196-197  
 Subkow, Konstantin Terentjewitsch 366-367  
 Suchatschew 284  
 Suchorew 460  
 Suchowski 389  
 Sudoplatow, Pawel Anatoljewitsch 15  
 Sujasow 189  
 Surikow, Wassili Michailowitsch 274-275, 370-372  
 Suslin, Andrei Grigorjewitsch 494  
 Suslow, Michail Andrejewitsch 47, 57  
 Suworow, Semjon Trofimowitsch 146, 243  
 Swinelupow, Michail Georgijewitsch 449, 470, 480  
 Swirin, M. P. 425  
 Swistunow, Alexandr Michailowitsch 370  
 Swonow, Wassili Wassiljewitsch 460  
 Sytschew 462-463, 468  
 Szillat, Paul 53

## T

Talanow, Nikolai Alexejewitsch 352  
 Talezki 460  
 Tarassow 336  
 Tatartschenko 428  
 Tebin, Nikolai 303  
 Telegin 414  
 Telegin, Konstantin Fjodorowitsch 193, 380, 393,  
 Terentjew, Michail Petrowitsch 121, 240  
 Tereschtschenko 481, 484, 493, 499  
 Terpigorjew, Wassili Kusmitsch 34  
 Tertytschny 189  
 Teufel 459

Thiel, Wilhelm 274  
 Thiemann, Wilhelm 344  
 Tibekin (auch: Tibenin), Pawel Iwanowitsch 376  
 Tilinin 461  
 Tille, Ferdinand 278  
 Timme 307, 312  
 Timofejew, Andrei Konstantinowitsch 481-484  
 Timofejew, Buslowitsch 482  
 Timofejew, Pankin 482  
 Tischajew, Iwan Wassiljewitsch 131-132, 138, 145, 397-398  
 Tischtschenko, Jakow Fjodorowitsch s. Rasin,  
 Wassili Fjodorowitsch  
 Titow 488  
 Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch 48, 335  
 Tkatschenko, Iwan Maximowitsch 95  
 Tkatschenko, Wladimir 279-280  
 Togliatti, Palmiro 337  
 Tokoresa 463  
 Tokuda, Kyuichi 337  
 Tolbuchin, Fjodor Iwanowitsch 141  
 Tomtschakowski 406  
 Tonikjan, Aschot Bogdanowitsch 121  
 Tonor 459  
 Trapse 277  
 Trikulio 91  
 Trinko 224  
 Trofimow 396  
 Trofimow, Iwan Filippowitsch 454, 476  
 Trojan 401, 404  
 Troschin 294  
 Trussow, Nikolai Michailowitsch 384-385  
 Tschadajew, Jakow Ermolajewitsch 331  
 Tschaikowskaja, D. M. 477  
 Tschaikowski, Pjotr Mitrofanowitsch 35, 467-468, 477-478  
 Tscheklezow 370, 372  
 Tscherepanow 404  
 Tscherewitschenko, Jakow Timofejewitsch 104  
 Tschernega 284, 295  
 Tschernenko 287, 293  
 Tschernow 355-357  
 Tschernych, Nikolai Alexandrowitsch 244  
 Tschernyschew, Wassili Wassiljewitsch 18, 98, 102, 106, 113-114, 133, 145, 206, 490  
 Tschetschkow, Semjon Timofejewitsch 128  
 Tschitschajew, Iwan Andrejewitsch 359  
 Tschugunkin 377-378  
 Tschujkow, Wassili Iwanowitsch 58, 184, 187, 347-348, 353-354, 358  
 Tschumatschenko 389  
 Tschuprin 200  
 Tschurkin 140  
 Tul 294  
 Tulubejew 294-295  
 Tumanow 468-469  
 Turuschew 251  
 Tuschlow, Wassili Michailowitsch 487, 494-496

Tutuschkin, Fjodor Jakowlewitsch 123, 209  
 Tytschin 401, 404-405

## U

Ubaitulajew, Issak 374  
 Udalow, Boris Fjodorowitsch 240  
 Ufimzew 297  
 Ulbricht, Walter 39, 49, 51-52, 56, 60, 346, 377  
 Ulemann, Karl 486, 493  
 Umarow 278  
 Uschakow 399-400, 455  
 Usmanow, Achnaf Bakirowitsch 431  
 Uwarow 460-462

## W

Wachtin 506  
 Wadis, Alexandr Anatoljewitsch 19, 96, 148  
 Walbas, Schali 263-264  
 Walter, Otto 39, 49, 51-52, 56, 59-60, 310, 313, 346  
 Walter, Reinhard 263-264  
 Wankow 303  
 Warski, Tsch. I. 492  
 Wassilewski, Alexandr Michailowitsch 29, 89  
 Wassiljew, General 416,  
 Wassiljew, Major 400, 402  
 Wassiljew, Wladimir Wladimirowitsch 441-443, 445, 447  
 Wassilkowski, A. P. 398, 425, 430, 432, 434  
 Wassiltschenko, Ilja Dmitrijewitsch 236  
 Weiß, Herbert 342  
 Welikanow 315  
 Welitschko 459, 462-463  
 Werner, Karl 282  
 Wesche 236  
 Weselow 130  
 Westphal 334  
 Wichelmaier, Wilhelm 341  
 Wichorew (eigentlich: Wichrew), Nikolai Gawrilowitsch 452-453  
 Wichrjanow, Michail Semjonowitsch 487, 494, 496  
 Wieland, Deba 47  
 Winogradow 370, 417, 427

Winowskaja, Claudia 322  
 Wisschilin, N. 424  
 Wjalow 289, 301  
 Wjatkan 382  
 Wolf 312  
 Wolkow, Alexandr Matwejewitsch 34, 105, 119-120, 135, 161, 173, 182-184, 186-187, 195, 200, 211, 213, 219, 221, 235, 263, 268, 315, 327, 329, 333, 338-339, 359-361, 397, 485-486, 493, 498-499  
 Wolkow, Anatoli Pawlowitsch 244  
 Wolkow, Major 121  
 Wolkow, P. A. 131  
 Wolkow; Obersergeant 303, 464  
 Wolkowysski, Wilgelm Arnoldowitsch 377  
 Wolk-Ramshausen, Wilke von 310  
 Woloschin 399-400, 402, 404  
 Wolski, Nikolai Iwanowitsch 146, 366  
 Woltschanski, M. S. 451, 480, 502  
 Woronzow 454  
 Woropajewa 456  
 Wradi, Iwan Iwanowitsch 474, 480  
 Wurgaft, Alexandr Alexejewitsch 204  
 Wyschinski, Andrei Januarjewitsch 304, 352, 354  
 Wyswanny 379

## Z

Zahn, Walter 274  
 Zaisser, Wilhelm 59-60  
 Zamtow, Reinhold 341  
 Zanova, Lawrenti Fomitsch 15, 17, 95, 99-102, 136, 142, 145, 203, 214  
 Zarew, Wassili Sergejewitsch 368  
 Zchadoja, Akwsenti Dawidowitsch 449-450  
 Zchadoja, Schalwa Akwsentjewitsch 450  
 Zelikow, Pjotr Danilowitsch 320  
 Zelunow 427  
 Zepnewski 247  
 Zernik, Kurt Dr. 199  
 Zimmermann, Hans 304-307, 309-313  
 Zinkusch 459  
 Zokon 412  
 Zwetkow, Unterleutnant 427  
 Zwetkow, Untersergeant 296  
 Zwetkow 462-463, 468

# Ortsregister

*Berücksichtigt wurden Ortschaften in der SBZ, West-Berlin und in ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten.*

## A

Abtlöbnitz 408  
Ahrensfelde 118  
Albrecht 107  
Almerswind 382-383  
Alt Limmritz 193-194  
Altdamm 117  
Altenburg 399-400  
Alt-Glienicke 153  
Altmannsgrün 185  
Altmark 83, 417-418, 425, 432, 434, 437-438  
Ammendorf 443  
Angermünde 282, 291  
Anhalt 426-429, 434, 438  
Anklam 234  
Annaberg 186, 188-189  
Arnoldsgrün 185  
Arnstadt 276  
Aue 32, 183, 186, 188-189, 335, 347  
Auerbach 186, 188-189

## B

Bad Brambach 187  
Bad Elster 187, 232  
Bad Freienwalde 138  
Bad Lausick 249  
Bad Liebenwerda 438  
Bad Schandau 262  
Bad Schönfließ 193-194  
Bärenbusch 194  
Bartenstein 205  
Barth 68, 130  
Baruth 121  
Bärwalde 108  
Bautzen 31, 155, 249, 256-257, 323, 325, 336, 423  
Beeskow 138  
Belgern 121  
Belzig 55, 291  
Bennstedt 341  
Berga, Thüringen 353  
Bergen 223  
Bergeri (Ort nicht lokalisierbar) 127  
Berlin 16, 19-23, 25-26, 28, 30-36, 41, 45-48, 51, 53, 55-56, 59, 61, 67-68, 70-72, 75-78, 80, 83, 85, 95-96, 114-115, 118-122, 126, 128, 132-134, 135, 137-138, 148, 150-151, 153-154, 156, 158-161, 165, 167, 172, 174-178, 180, 182-183, 185, 210,

213, 218, 232, 235-236, 238-239, 242, 244-246, 249, 254-255, 262-263, 268-271, 276, 279-282, 284-286, 288-292, 295, 298-300, 304, 306, 308-309, 312-314, 332-335, 337-340, 342-346, 289-390, 394, 407, 412, 434, 448-450, 459-463, 465-466, 470, 479, 503  
Berlin-Adlershof 133, 332  
Berlin-Biesdorf 337  
Berlin-Blankenburg 288  
Berlin-Bohnsdorf 332  
Berlin-Boxhagen 332  
Berlin-Britz 135  
Berlin-Buchholz 332  
Berlin-Buckow 134-136  
Berlin-Charlottenburg 136  
Berlin-Dahlem 121  
Berlin-Falkenberg 299, 389  
Berlin-Friedrichsfelde 119, 128, 273  
Berlin-Glienicke 273, 284, 396-397  
Berlin-Grünau 85, 134, 153, 160, 183, 332, 485, 493  
Berlin-Grunewald 281, 291  
Berlin-Hohenschönhausen 154, 299, 389-390  
Berlin-Karlshorst 35, 122, 133, 182, 359  
Berlin-Köpenick 83, 182, 243, 264, 281-284, 286, 290-291, 332, 463-464  
Berlin-Lichtenberg 25, 31, 36, 75-76, 78, 154, 165, 239, 245, 278, 282, 288-289, 349-350, 352  
Berlin-Lichterfelde 289  
Berlin-Mariendorf s. Mariendorf  
Berlin-Müggelheim 291  
Berlin-Neu-Hohenschönhausen 172  
Berlin-Neukölln 281, 283, 291  
Berlin-Pankow 36, 134-135, 154, 273, 288, 291, 294, 300  
Berlin-Prenzlauer Berg 36, 273, 283, 285, 288, 291  
Berlin-Reinickendorf 289  
Berlin-Rummelsburg 262  
Berlin-Schöneberg 135  
Berlin-Schöneeweide 128, 273  
Berlin-Spandau 119, 135, 284  
Berlin-Steglitz 135  
Berlin-Tegel 135  
Berlin-Treptow 291  
Berlin-Wedding 135, 288  
Berlin-Weißensee 31, 47, 154, 273, 279-280, 289-291, 294, 314, 389-390  
Berlin-Wendenschloß 134  
Berlin-Wilmersdorf 136  
Berlin-Zehlendorf 121, 136

Bernau 25, 131, 138, 174, 478, 498  
Bernburg 307, 326, 376  
Beucha 248  
Biberteich 193-194  
Bielsko (dt. Bielitz bei Katowitz) 205  
Bieskau 121  
Blankenburg 80, 375-376, 379, 441  
Blankenhain 491  
Blumberg 118  
Bock 30  
Bomst 193-194  
Borna 256, 346  
Brandenburg (Stadt) 121, 131, 134, 174-175, 322, 409-410  
Breitenbrunn, Sachsen 353  
Breitenfeld 259  
Breslau 30, 127  
Bromberg 194  
Buchenwald (Weimar-Buchenwald) 31, 277, 305, 307  
Burg 372, 439  
Burg Stargard 20, 205, 233, 366-367

## C

Calau 121  
Calbe 372-373  
Camburg 82, 408-409  
Cammin 111, 117  
Chemnitz, s. auch Karl-Marx-Stadt, 32, 186-187, 248, 256-257, 323, 325  
Christburg, Pommern 108, 111  
Cottbus 30, 121, 126-127, 174-175, 231-233, 266, 334, 337

## D

Dahlen 127  
Dahme 121, 127  
Danzig, Pommern 107, 110-111, 117, 205  
Demmin 130, 224  
Dertzow 111  
Dessau 30, 425  
Deutsch-Krone, Westpommern 194  
Dippoldiswalde 155, 186-187  
Dittmannsdorf 346  
Döbeln 127, 256  
Dobki, Pommern 107  
Dölau 229  
Dölitz, Sachsen 112  
Dömitz 124  
Domtau 205  
Dorndorf 374  
Dresden 30-31, 37, 47, 68, 77, 126-127, 153, 155, 186-188, 190, 232-234, 247, 249, 256-257, 323-324, 327, 335-336, 377-378, 385-386, 492  
Drückendorf 382  
Dürrbach 386

## E

Ebersfelde (vermutlich: Oebisfelde) 438  
Eberswalde 131, 174-175, 478-479, 503  
Effelder, Thüringen 382  
Ehringsdorf (Ortsteil von Weimar) 411  
Eisenach 276  
Eisenberg 401-405  
Eisfeld 418  
Eisleben 310, 406, 430-431, 437  
Elbing 123  
Elstal, bei Potsdam 118  
Elster, an der Elbe, Sachsen-Anhalt 127, 187, 232  
Engerda 374  
Erfurt 76, 81, 235, 275, 277, 374, 405, 411, 419, 461, 489-490  
Erlau 194

## F

Falkenberg 30, 127  
Falkenburg 111, 117  
Fehrbellin 30, 125  
Finsterwalde 126, 327  
Flöha 127, 186-187, 335-336  
Floth 194  
Frankfurt/Oder 104, 134, 232, 352  
Freiberg 30, 80, 127, 155, 186-187, 377-378  
Freienwalde 108, 138  
Freital 186  
Friedersdorf 121  
Friedrichshagen 38  
Fürstenwalde 20, 31, 69, 134, 138-139, 205, 289

## G

Gadebusch 345  
Gardelegen 376, 443  
Gartenstein 188  
Gartz 345  
Gdynia (dt. Gdingen, Pommern) 107, 110  
Gelenau 185, 189  
Genshagen 119  
Genthin 415, 417  
Gera 81, 341, 373, 399-400, 402, 404, 459-462  
Gleiwitz, Oberschlesien 36  
Gnesen 195  
Göbschelwitz, Kreis Leipzig 247  
Göhlsdorf, Brandenburg 118  
Goldap 199  
Gollnow 194, 205  
Görbitch (pl. Garbicz, in der Nähe von Reppen) 195  
Görlitz 122, 126, 155, 246, 261, 385

Gotha 340, 414, 462  
 Gottberg 111, 117  
 Grabow 124  
 Gräfenhainichen 307  
 Gransee 124  
 Graudenz 205  
 Greifenberg 125  
 Greifenhagen 117  
 Greifswald 30, 84, 110, 125, 223, 233, 274, 370, 474-475  
 Greiz 77, 320, 342, 412  
 Grimma 248, 256, 260, 326  
 Groß Düben 386  
 Groß Gastrose 121, 127  
 Groß Jestin 108  
 Groß Köris 127  
 Großenhain 121-122, 127, 155  
 Großfriesen 188  
 Guben 134, 366, 369  
 Güstrow 30-31, 125, 224-225, 277, 504, 507  
 Gutenfürst (bei Plauen) 262

## H

Hagen 111, 117  
 Hagenow 457  
 Halberstadt 80, 326, 379  
 Halle 32, 77, 153, 229-230, 235-236, 304, 396-310, 312, 397-398, 406, 415, 426-427, 432  
 Hartenstein, Sachsen 185  
 Haselbach 378  
 Heinow 107, 111  
 Heinzebank 185  
 Hennigsdorf 118  
 Herzberg 121  
 Heubude, Ostpreußen 107  
 Hildburghausen 276-277, 383, 418-419, 489  
 Hindenburg, Oberschlesien 30, 127  
 Hohenleuben 413  
 Hoherlehme 119  
 Hoyerswerda 121, 386

## I

Inowrocław, Kujawien-Pommern 104  
 Instenburg, Ostpreußen 37, 205

## J

Jahnsgrün 185  
 Jamlitz 31, 164  
 Jena 373, 408, 416  
 Jessen (Elster) 37, 75, 240  
 Johanneergeorgenstadt 32, 183, 186, 188-189

## K

Kablow-Ziegelei 119  
 Kahla 460  
 Kalisch 104  
 Kalkberg 118  
 Kalthausen 121  
 Kamenz 155  
 Kanen (Polen) 247  
 Karl-Marx-Stadt, s. auch Chemnitz, 188-200  
 Karlsbad 460  
 Karschin 107  
 Kemberg 127  
 Kemnitz (Brandenburg) 118  
 Ketzin 416  
 Kielce 131, 478  
 Klein Kirschbaum, Neumark 193-194  
 Kleinmachnow 285  
 Kleinsaubernitz 385  
 Kleinwiederitzsch 259-260  
 Klingenthal 188-189  
 Koatmen, auch Kaotschen (wahrscheinlich: Grait-schen bei Camburg) 408  
 Kolberg, Westpommern 111  
 Königs Wusterhausen 331  
 Königsberg, Neumark 117  
 Königsberg, Ostpreußen 26, 73, 123, 197-199, 205, 229  
 Königsbrück 121  
 Kräschleben (Ort nicht lokalisierbar) 342  
 Kühnhaide (Konheide) 185  
 Küstrin 134, 195  
 Kyritz 374

## L

Labiau, Ostpreußen 199  
 Landsberg 104, 195, 205  
 Langenberg 117  
 Langensalza 276, 405  
 Leibchen (vermutlich Leipzig) 385  
 Leichholz, Neumark 193-194  
 Leipzig 18, 31, 75-76, 235, 246-249, 256-257, 259-263, 266, 313, 323, 325-326, 489  
 Lembergow (Ort nicht lokalisierbar, wahrscheinlich: Libertow bei Krakau) 205  
 Leutzsch 259  
 Lieben, Neumark 193  
 Lieberose 232  
 Liebertwolkwitz 259  
 Lindwerder 193-194  
 Litenberg (Ort nicht lokalisierbar) 381  
 Lodenau 386  
 Löbau 155  
 Löbnitz 185  
 Löwenberg 121  
 Lübben 116, 121

Lübbenau 127, 232  
 Luckenwalde 121  
 Ludwigslust 453, 457  
 Lukatzkreuz (pl. Krzyż Wielkopolski, Polen)  
 194  
 Lychen 30

## M

Magdeburg 80, 110, 142, 235, 372-373,  
 380, 418, 425-426, 429-430, 432, 434, 438,  
 445  
 Mahlow 34, 322, 332  
 Mahlsdorf 30  
 Malchin 224-225  
 Marienberg 127, 185-186, 188-189, 378  
 Marienborn 262  
 Mariendorf (wahrscheinlich Berlin-Mariendorf) 30,  
 121  
 Markneukirchen 185, 188  
 Markranstädt 259  
 Marquardt 416  
 Martinsberg (pl. Marcinków, Niederschlesien) 79,  
 367-378  
 Mechlinken (Polen) 107  
 Meiningen 276  
 Meißen 155  
 Merseburg 75, 121, 236, 372, 406, 425-430, 432,  
 434, 437  
 Michelau 30  
 Michendorf 119, 121, 159-160  
 Mittenwalde 121  
 Mjugalbi (Ort nicht lokalisierbar) 127  
 Mockern 121  
 Müggelheim s. Berlin-Müggelheim  
 Mühlberg 31, 164, 168  
 Mühlenbeck 118  
 Mühlhausen 84, 405, 477  
 Mulkwitz 387  
 Muppeg 383  
 Muskau 387  
 Myslowice, Schlesien 206

## N

Nauen 30, 322, 326, 332, 416  
 Naugard, Westpommern 108, 112  
 Naumburg 312-313, 400, 402-401  
 Naunhof 248  
 Neiße 121  
 Nerchau 127  
 Neu Balz 193-194  
 Neu Bentschen, Neumark 193-194  
 Neu Fahrland 299  
 Neu Werder 108  
 Neubrandenburg 31, 164, 168, 366

Neubukow 274  
 Neuenhagen 118  
 Neuhaldensleben 439  
 Neukirch 107  
 Neustadt 121, 124  
 Neustettin, Westpommern 194  
 Neustrelitz 224-225, 233, 251, 271, 470, 476  
 Neuzelle 369  
 Nickelswalde (Polen) 108, 111  
 Nieder Kränig, Neumark 111  
 Niederschlema 183  
 Niesky 385-387  
 Nordhausen 80, 374-375

## O

Oberhermsdorf 121, 127  
 Oberschlema 183  
 Odereck 194  
 Oebisfelde 438  
 Oederan 127  
 Ohrdruf 461  
 Oliva 110  
 Oelsnitz 186-189  
 Oranienburg 31, 332  
 Oschatz 247, 256, 335  
 Osterburg 372  
 Osterode 108, 111  
 Osthavelland 337  
 Ost-Prauske (vermutlich Ober Prauske) 385

## P

Parchim 224-225, 453, 458  
 Pätzig, Neumark 193-194  
 Peitz 231  
 Pillau 123, 138  
 Pipperwiese 117  
 Pirna 155  
 Plauen 186-190, 232, 236  
 Pöbneck 381  
 Potsdam 18, 31, 34, 118-119, 131, 134, 139,  
 153, 182, 282-283, 285, 289, 291, 300,  
 322, 332-333, 337, 359, 379, 409-410, 478,  
 500  
 Potsdam-Babelsberg 30  
 Potsdam-Wildpark 182  
 Prauster Pfarrdorf 107  
 Prenzlau 282  
 Preußisch Eylau, Ostpreußen 205  
 Preußisch Holland, Ostpreußen 108, 111  
 Pritzwalk 30, 125  
 Prödel 259  
 Ptjublau 111  
 Putziger Nehrung 111, 117  
 Putziger Wiek 107

Q

Quasnitz 259  
 Quedlinburg 372  
 Quednau, Ostpreußen 199  
 Querfurt 236

R

Rabenberg, Sachsen 353  
 Radebeul 127-128  
 Randow 253  
 Ratibor, Oberschlesien 206  
 Ratidorf (Ratzdorf an der Oder) 194  
 Rauscha 121-122  
 Rawitsch, Großpolen 205  
 Reetz 194  
 Rehna 344  
 Reppek [Reppen], Neumark 104  
 Riesa 127  
 Rietschen 387  
 Ringenwalde 193-194  
 Rochlitz 256  
 Rodewisch 188  
 Rohne 387-388  
 Ronneburg 392  
 Rostock 224, 451, 453-454, 456-458, 470, 475-476  
 Rudolstadt 373  
 Ruhland 121  
 Ruppertsgrün 185

S

Saalfeld 108, 111, 276, 344, 352-353, 355  
 Sachsenhausen 310  
 Saida 378  
 Salzwedel 380, 432, 438  
 Sangerhausen 406  
 Satzkorn 118  
 Schalkau 382  
 Scharfenstein 185  
 Schleife, Oberlausitz 386-387  
 Schloppe, Westpommern 111, 117, 367  
 Schmagorei, Neumark 193-194  
 Schmöckwitz (Berlin-Schmöckwitz) 121  
 Schneeberg 32, 185-186, 188-189  
 Schneidemühl, Großpolen 111, 117, 205  
 Schöenberg 233-234, 452  
 Schöneberg 107, 111  
 Schönebeck 373, 439  
 Schönerlinde 282, 332  
 Schrimm, Großpolen 104  
 Schwarzenberg 32, 186, 188-189  
 Schwedt 124  
 Schweinitz 127

Schwerin 124, 153, 233, 235, 253-254, 342, 344, 355, 375, 506-507  
 Schwiebus, Neumark 193-194, 205  
 Seehausen 121  
 Senftenberg 121  
 Siedlung Panart (Ort nicht lokalisierbar) 205  
 Siegmar-Schöнау 344  
 Smigal (Schmiegel) 194  
 Soldin, Westpommern 195  
 Sommerfeld 259  
 Sonneberg 382, 418  
 Sorge 353  
 Spremberg 119  
 Sprottau, Neumark 127  
 Stadtroda 400-405, 408  
 Standemin, Westpommern 108  
 Stargard s. Burg Stargard  
 Stendal 417-418, 432  
 Stepenitz 117  
 Sternberg 193-194, 274  
 Stettin, Westpommern 20, 30, 111, 125, 195, 238, 282, 332, 470  
 Stollberg 188-189  
 Stolp, Pommern 111  
 Stolpe 134  
 Stralsund 474  
 Strasburg 30, 125  
 Strausberg 25, 138, 337  
 Strehlen 121  
 Strelitz (wahrscheinlich: Neustrelitz) 371  
 Suhl 391, 418, 459  
 Sundhausen 405  
 Szklarska Poreba (dt. Schreiberhau, Schlesien) 445

T

Tainitz (wahrscheinlich: Teupitz bei Berlin) 288  
 Tapiau, Ostpreußen 205  
 Taucha 260  
 Teltow 34, 289, 332  
 Teupitz 121, 288  
 Topper, Neumark 193-194  
 Torgau 30-31, 121, 127, 240, 307, 429, 434, 438  
 Tost, Schlesien 205  
 Tribsees 30, 125

U

Uchtdorf 111, 117  
 Ückermünde 33, 474  
 Uhyst 121  
 Unruhstadt 193-194  
 Usedom 344  
 Ütz 416

V

Vogtei 107, 111

W

Wachau 259  
 Wahlendorf, Westpreußen 107  
 Wald Dievenow, Westpommern 111, 117  
 Waldau 486  
 Waltersdorf 332  
 Waren 223-224  
 Warin 274  
 Warnitz 193-194  
 Warsow 124, 137  
 Wartha 262  
 Weimar 74, 82, 153, 181, 228, 342, 411, 489-491  
 Weißenfels 443  
 Weißwasser 385-388  
 Welka, Oberlausitz 121  
 Wendisch-Buchholz 121  
 Werda 185  
 Werlsee, Gewässer in Brandenburg 118  
 Wermsdorf 127  
 Werneuchen 205  
 Wernigerode 326  
 Westlich-Neufähr, Ostpreußen 111

Wiedelhöhe (Ort nicht lokalisierbar) 124, 137  
 Wiederitzsch 247  
 Wiesenburg 30  
 Wiesental 194  
 Wildenbruch 111, 117  
 Wismar 124, 274, 457  
 Wittenberg 121, 124, 127  
 Wittenberge 134  
 Wittun, Kujawien-Pommern 194  
 Woldegk 30  
 Wolfskirch 121  
 Woxholländer-Logau 193-194  
 Wroslaf 111  
 Wustermark 332  
 Wutzow 108

Z

Zantoch, Neumark 195  
 Zauch-Belzig 55  
 Zdunsk (d.i. Zduńska Wola bei Lodz) 104  
 Zebbin 111  
 Zittau 155  
 Zoppot, Pommern 109-110  
 Zschopau 127, 188-189  
 Zwickau 188-190, 256-257, 323, 325, 353  
 Zwönitz 185, 188